

Ian Kershaw

# WENDEPUNKTE

Schlüsselentscheidungen  
im Zweiten Weltkrieg



DVA

**Hitler und Stalin, Roosevelt und Churchill, Mussolini und Kaiser Hirohito – sie alle trafen während des Zweiten Weltkriegs weitreichende Entscheidungen, die die Welt für immer verändern sollten. Ian Kershaw nimmt zehn Schlüsselentscheidungen der Jahre 1940/41, die für den Verlauf des Zweiten Weltkriegs von größter Bedeutung waren, in den Blick und zeigt, wie es zu den welthistorisch wichtigsten Wendepunkten im Krieg kam.**

**»Kershaw versteht es, Geschichtsinteressierte nicht nur zu belehren, sondern auch glänzend zu unterhalten.«**  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung*



**DVA**

PESTALOZZI-BIBLIOTHEK ZÜRICH



30001 0129 9721 1

Die Ereignisse, die den Beginn des Zweiten Weltkriegs markierten, stürzten weite Teile der Welt in eine Art Schockzustand. Plötzlich schien es keine Regeln mehr zu geben. Die Aggressoren setzten ihrem Tun keine Grenzen, für ihre Opfer aber zogen dunkle Zeiten herauf. Im Strudel dieser Ereignisse sah sich eine kleine Gruppe von Politikern mit zentralen Entscheidungen konfrontiert, die in dieser Auseinandersetzung Triumph oder Untergang bedeuten konnten.

In seinem glänzend geschriebenen Buch *Wendepunkte* vermittelt Ian Kershaw dem Leser einen einzigartigen Eindruck davon, wie groß der Entscheidungsspielraum der einzelnen Politiker tatsächlich war und welche Rolle ihre ganz individuelle Persönlichkeit spielte: Warum entschloss sich Churchill, nach der französischen Kapitulation weiterzukämpfen? Warum vertraute Stalin darauf, dass Hitler die UdSSR nicht überfallen würde? Und warum griffen die Japaner Pearl Harbour an? Diese und weitere Entscheidungen veränderten den Lauf der Welt.

»Kershaw beweist hier einmal mehr wissenschaftliche Sorgfalt, genaue Analyse und scharfes Urteilsvermögen – Eigenschaften, mit denen er in seiner Hitler-Biografie Standards gesetzt hat.«

RICHARD OVERY



Ian Kershaw, geboren 1943, ist Professor für Modern History an der University of Sheffield und zählt zu den bedeutendsten Historikern der Gegenwart. Seine große zweibändige Biographie über Adolf Hitler gilt als Meisterwerk der modernen Geschichtsschreibung. Zuletzt erschien von ihm bei DVA *Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg* (2005).

Weitere Informationen zu diesem Buch und unserem Programm unter [www.dva.de](http://www.dva.de)

Deutsche Verlags-Anstalt

Umschlaggestaltung: [www.buero-jorge-schmidt.de](http://www.buero-jorge-schmidt.de)

Umschlagabbildungen: Benito Mussolini im Gespräch mit Hermann Göring, Adolf Hitler im Gespräch mit Generaloberst Werner Frhr. v. Fritsch, Oberbefehlshaber des Heeres;

© ullstein-bild

ISBN 978-3-421-05806-5



9 783421 058065



Ian Kershaw

# WENDEPUNKTE

**Schlüsselentscheidungen im  
Zweiten Weltkrieg  
1940/41**

Aus dem Englischen von  
Klaus-Dieter Schmidt

PBZ  
Aussersihl

PBZ  
Ausgeschieden

Deutsche Verlags-Anstalt

Die Originalausgabe erschien 2007 unter dem Titel  
*Fateful Choices. Ten Decisions That Changed the World, 1940-1941*  
bei Allen Lane (an Imprint of Penguin Books, London)



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich  
bewirtschafteten Wäldern und  
anderen kontrollierten Herkünften

Zert.-Nr. SGS-COC-1940

[www.fsc.org](http://www.fsc.org)

© 1996 Forest Stewardship Council

Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100  
Das für dieses Buch verwendete FSC-zertifizierte Papier *EOS*  
liefert Salzer, St. Pölten.

2. Auflage 2008

Copyright © Ian Kershaw 2007

Copyright © der deutschsprachigen Ausgabe 2008

Deutsche Verlags-Anstalt, München,

in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Jörg Später

Layout und Satz: Boer Verlagsservice, Grafrath

Gesetzt aus der Minion Pro

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pössneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-421-05806-5

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

[www.dva.de](http://www.dva.de)

# Inhalt

Handelnde Personen .....	7
Vorrede.....	15
1 London, Frühjahr 1940 Grossbritannien beschliesst, weiter zu kämpfen .....	25
2 Berlin, Sommer und Herbst 1940 Hitler beschliesst, die Sowjetunion anzugreifen .....	77
3 Tokio, Sommer und Herbst 1940 Japan beschliesst, die «goldene Gelegenheit» zu ergreifen . . .	121
4 Rom, Sommer und Herbst 1940 Mussolini beschliesst, sich seinen Teil zu nehmen .....	169
5 Washington, Sommer 1940 bis Frühjahr 1941 Roosevelt beschliesst, Hilfe zu leisten .....	235
6 Moskau, Frühjahr und Sommer 1941 Stalin beschliesst, es besser zu wissen .....	309
7 Washington, Sommer und Herbst 1941 Roosevelt beschliesst, einen unerklärten Krieg zu führen . . .	375
8 Tokio, Herbst 1941 Japan beschliesst, in den Krieg einzutreten .....	417
9 Berlin, Herbst 1941 Hitler beschliesst, den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären....	481
10 BERLIN / OSTPREUSSEN, Sommer und Herbst 1941 Hitler be- schliesst, die Juden zu ermorden.....	541
Schlussbetrachtung. . . ..	589

## INHALT

Danksagung .....	607
Abkürzungen .....	611
Anmerkungen .....	612
Bibliografie.....	695
Bildnachweis .....	717
Personenregister .....	719
Ortsregister .....	725
Karten.....	731



## Handelnde Personen

Die Hauptakteure der wichtigsten Länder in dem dramatischen Geschehen der Jahre 1940/41 waren:

### *Grossbritannien*

CLEMENT ATTLEE, seit 1935 Vorsitzender der Labour Party; Lordsiegelbewahrer in Churchills Kriegskabinett.

ALEXANDER CADOGAN, Ständiger Unterstaatssekretär im Aussenministerium (Chef des diplomatischen Stabes).

NEVILLE CHAMBERLAIN, Premierminister von 1937 bis zu seinem Rücktritt am 10. Mai 1940; danach Mitglied des Kriegskabinetts, bis ihn wenige Wochen vor seinem Tod am 9. November 1940 eine schwere Erkrankung zur Aufgabe seines Regierungsamts (und des Vorsitzes der Konservativen Partei) zwang.

WINSTON CHURCHILL, am 10. Mai 1940 nach einem Jahrzehnt im politischen Abseits zum Premierminister ernannt; übernahm auch den Posten des Verteidigungsministers; nach Chamberlains Rücktritt Vorsitzender der Konservativen Partei.

STAFFORD CRIPPS, ab Mai 1940 Botschafter in Moskau.

ARTHUR GREENWOOD, seit 1935 stellvertretender Vorsitzender der Labour Party; Minister ohne Geschäftsbereich (verantwortlich für Wirtschaftsfragen) in Churchills Kriegskabinett.

LORD GORT, Feldmarschall, Oberbefehlshaber der britischen Expeditionstruppen, der im Mai 1940 den Entschluss fasste, seine Truppen zur Evakuierung nach Dünkirchen zurückzuziehen.

LORD HALIFAX, von 1938 bis zu seiner Ernennung zum Botschafter in Washington im Januar 1941 Aussenminister.

DAVID LLOYD GEORGE, ehemaliger Premierminister (1916-1922), in dem 1940 manche (einschliesslich er selbst) den künftigen Regierungschef sahen, falls man mit Deutschland eine Friedensregelung finden könne.

## HADELNDE PERSONEN

LORD LOTHIAN, britischer Botschafter in Washington; eröffnete den Amerikanern im November 1940 die finanzielle Notlage Grossbritanniens, was zum Lend-Lease-Gesetz führte, das die Unterstützung Grossbritanniens mit kriegswichtigem Material ermöglichte; verstarb im folgenden Monat.

ARCHIBALD SINCLAIR, seit 1935 Fraktionsvorsitzender der Liberalen Partei im Unterhaus; Luftfahrtminister in Churchills Regierung; nahm an den Beratungen des Kriegskabinetts von Ende Mai 1940 teil.

### *Deutschland*

WALTHER VON BRAUCHITSCH, Generalfeldmarschall, 1938 bis Dezember 1941 Oberbefehlshaber des Heeres.

KARL DÖNITZ, Vizeadmiral, Befehlshaber der U-Boot-Flotte.

ADOLF EICHMANN, Chef des Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt; gegenüber Heydrich verantwortlich für die Deportation der Juden; praktisch der «Manager» der «Endlösung».

HANS FRANK, Generalgouverneur des besetzten Polen.

JOSEPH GOEBBELS, seit März 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.

HERMANN GÖRING, «Reichsmarschall» und Oberbefehlshaber der Luftwaffe; seit 1936 Beauftragter für den Vierjahresplan; Hitlers designierter Nachfolger.

ARTHUR GREISER, Reichsstatthalter und Chef der NSDAP im sogenannten Warthegau, dem im Herbst 1939 annektierten Westpolen.

FRANZ HALDER, Generaloberst, Generalstabschef des Heeres; für die militärische Planung verantwortlich.

REINHARD HEYDRICH, direkter Untergebener Himmlers; Chef des Reichssicherheitshauptamts; für die Durchführung der «Endlösung der Judenfrage» verantwortlich.

HEINRICH HIMMLER, seit 1929 Führer der SS, später «Reichsführer»; 1936 zum Chef der Deutschen Polizei ernannt; seit 1939 zusätzlich «Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums» (als der er das letzte Wort in Bezug auf die geplante Bevölkerungsverschiebung in Osteuropa hatte).

ADOLF HITLER, seit 1921 Führer der NSDAP; seit Januar 1933 Reichskanz-

## HANDELNDE PERSONEN

- ler; seit August 1934 zudem Staatsoberhaupt; besass seit Februar 1938 die oberste und direkte Leitung des neu geschaffenen Oberkommandos der Wehrmacht; seit 1939 offiziell nur noch als «Führer» angesprochen; befand sich 1940 nach dem Sieg über Frankreich auf dem Höhepunkt seiner Macht.
- ALFRED JODL, Generalmajor, als Chef des Wehrmachtführungsstabs für die strategische Gesamtplanung verantwortlich; Hitlers wichtigster Berater in Fragen der militärischen Strategie und Operationen und diesem treu ergeben.
- WILHELM KEITEL, Generalfeldmarschall, seit Februar 1938 Chef des Oberkommandos der Wehrmacht; als solcher Hitler uneingeschränkt untergeordnet.
- HEINRICH MÜLLER, seit 1937 Chef der Gestapo; direkter Untergebener Heydrichs.
- EUGEN OTT, Weltkrieg-I- und Reichswehroffizier, seit 1938 Botschafter in Tokio.
- ERICH RAEDER, Grossadmiral, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine.
- JOACHIM VON RIBBENTROP, seit Februar 1938 Aussenminister.
- ALFRED ROSENBERG, ab Juli 1941 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete.
- GRAF FRIEDRICH WERNER VON DER SCHULENBURG, seit 1934 Botschafter in Moskau.
- WALTER WARLIMONT, Generalmajor, seit November 1938 Leiter der Abteilung Landesverteidigung im Wehrmachtführungsstab; Stellvertreter Jodls.
- ERNST VON WEIZSÄCKER, seit März 1938 Staatssekretär im Auswärtigen Amt; Chef des diplomatischen Stabs; hatte eine gespannte Beziehung zu Ribbentrop.

## *Japan*

- HIROHITO, Kaiser seit 1926, in der Nachfolge seines Vaters Yoshihito; heiliges Symbol der «Showa»-Zeit (Showa bedeutet «erleuchteter Frieden»).
- KOICHI KIDO, Marquis, als Kaiserlicher Siegelbewahrer (seit 1. Juni 1940) wichtigster Berater des Kaisers.
- FUMIMARO KONOE, Fürst, seit 1937, als der Krieg gegen China begann,

## HANDELNDE PERSONEN

- Ministerpräsident; im Januar 1939 zurückgetreten; im Juli 1940 erneut zum Ministerpräsidenten ernannt; im Juli 1941 (nominell) mit dem gesamten Kabinett zurückgetreten und sofort wieder zum Regierungschef berufen; nach dem Scheitern seiner Politik am 16. Oktober 1941 endgültig zurückgetreten.
- SABURO KURUSU, früherer Botschafter in Berlin; im November 1941 als Sondergesandter nach Washington geschickt, um Nomura bei der Auslotung der Möglichkeiten einer Verhinderung des Krieges zu unterstützen.
- YOSUKE MATSUOKA, von Juli 1940 bis Juli 1941 Aussenminister; eigenwilliger Verfechter der Achse.
- OSAMI NAGANO, Admiral, Stabschef der Marine.
- KICHISABURO NOMURA, ab April 1941 Botschafter in Washington.
- KOSHIRO OIKAWA, Admiral, von September 1940 bis Oktober 1941 Marineminister.
- HIROSHI OSHIMA, 1938/39 und ab Februar 1941 Botschafter in Berlin; Befürworter der Achse.
- SHIGETARO SHIMADA, im Oktober 1941 Oikawas Nachfolger als Marineminister.
- GEN SUGIYAMA, General, 1937 Heeresminister; später Chef des Generalstabs des Heeres.
- SHIGENORI TOGO, ehemaliger Botschafter in Berlin und Moskau; im Oktober 1941 als Nachfolger Toyodas auf den Posten des Aussenministers in der Regierung Tojo berufen.
- HIDEKI TOJO, General, ehemaliger Stabschef der Kwantungarmee; Heeresminister in der zweiten Regierung Konoe; ab Oktober 1941 Ministerpräsident.
- TEIJIRO TOYODA, 1940 stellvertretender Marineminister; von Juli bis Oktober 1941 als Nachfolger Matsuokas Aussenminister.
- ISOROKU YAMAMOTO, Admiral, ehemaliger stellvertretender Marineminister; Architekt des Plans für den Angriff auf Pearl Harbor; Kommandeur der Angriffsflotte.
- MITSUMASA YONAI, Admiral, von Januar bis Juli 1940 Konoes Vorgänger als Ministerpräsident.
- ZENGO YOSHIDA, Admiral, von Juli bis September 1940 Marineminister (trat aus Gesundheitsgründen zurück).



## HANDELNDE PERSONEN

### *Italien*

DINO ALFIERI, seit Mai 1940 Botschafter in Berlin; der deutschen Führung genehmer als Attolico.

BERNARDO ATTOLICO, seit 1935 Botschafter in Berlin, bis Hitler Ende April 1940 aufgrund seiner Ablehnung der italienischen Kriegsteilnahme um seine Rückberufung ersuchte.

PIETRO BADOGLIO, Marschall, kommandierte 1935/36 die siegreichen italienischen Truppen in Abessinien; wichtiger Militärberater Mussolinis; trat im Dezember 1940 nach dem Debakel in Griechenland als Chef des Generalstabs zurück.

DOMENICO CAVAGNARI, Admiral, Stabschef der Marine und bis zu seinem Rücktritt im Dezember 1940 Staatssekretär im Marineministerium.

GRAF GALEAZZO CIANO, seit 1936 Aussenminister; mit Mussolinis Tochter Edda verheiratet.

RODOLFO GRAZIANI, Marschall, ehemaliger Vizekönig von Abessinien; 1939-1941 Stabschef des Heeres; 1940/41 italienischer Befehlshaber in Nordafrika.

FRANCESCO JACOMONI, seit 1939 Gouverneur von Albanien.

BENITO MUSSOLINI, seit 1919 Vorsitzender der «Fasci di combattimento»; seit 1922 Regierungschef; hatte seit 1933 ausserdem als Kriegs-, Marine- und Luftfahrtminister die Kontrolle über die Streitkräfte; 1936 nach dem Sieg über Abessinien befand er sich – gestärkt durch den künstlich geschaffenen Kult um den «Duce» – auf dem Höhepunkt seiner Popularität und innenpolitischen Macht; aussenpolitisch war er bis 1940 zunehmend in den Schatten Hitlers geraten.

FRANCESCO PRICOLO, General, 1939-1941 Stabschef der Luftwaffe.

MARIO ROATTA, General, 1939-1941 stellvertretender Generalstabschef des Heeres.

UBALDO SODDU, General, seit 1939 Staatssekretär im Kriegsministerium und ab Juni 1940 stellvertretender Chef des Oberkommandos der Streitkräfte; Mussolinis engster Militärberater; löste im November 1940 Visconti Prasca als Befehlshaber in Albanien ab, offenbarte im Griechenlandfeldzug aber bald Unzulänglichkeiten; trat im Januar 1941 aus Gesundheitsgründen zurück.

VIKTOR EMANUEL III., König von Italien (seit 1900); auch Kaiser von Abessi-

## HANDELNDE PERSONEN

nien und König von Albanien; als Staatsoberhaupt war er letztlich auch Mussolinis Vorgesetzter (wie dessen Entmachtung und Festnahme im Juli 1943 zeigen sollten).

GRAF SEBASTIANO VISCONTI-PRASCA, General, unfähiger Militärbefehlshaber in Albanien; im November 1940 als einer der Sündenböcke für das Scheitern der Offensive in Griechenland fallengelassen.

### *Vereinigte Staaten von Amerika*

JOSEPH C. GREW, langjähriger, äusserst erfahrener und befähigter Botschafter in Tokio; 1941 einer der eifrigsten Befürworter von Versuchen zur Beilegung der sich ausweitenden Krise.

HARRY HOPKINS, Roosevelts trotz schwerer Krankheit höchst tatkräftiger «Feuerwehrmann»; als Freund des Präsidenten und Mitglied von dessen engstem Kreis wurde er gelegentlich bei besonders wichtigen Missionen als persönlicher Abgesandter eingesetzt.

STANLEY K. HORNBECK, Cordell Hulls Chefberater für den Fernen Osten; ein ausgesprochener «Falke» im Hinblick auf die von Japan ausgehende Bedrohung.

CORDELL HULL, seit 1933 Aussenminister; glaubte zwar an die von Präsident Woodrow Wilson am Ende des Ersten Weltkriegs proklamierten Prinzipien der Selbstbestimmung und der internationalen Zusammenarbeit, sah sich aber 1941 in langwierigen Verhandlungen mit Japan genötigt, auf einen harten Kurs einzuschwenken.

HAROLD L. ICKES, Innenminister und entschiedener Befürworter des amerikanischen Kriegseintritts.

WILLIAM FRANKLIN «FRANK» KNOX, ab Juni 1940 Marineminister; Republikaner, der zusammen mit Stimson für eine härtere Verteidigungspolitik eintrat, als Roosevelt zu verfolgen bereit war.

GEORGE C. MARSHALL, General, seit 1939 Stabschef des Heeres; ausgezeichnete Organisator, der eine rasche und umfangreiche Vergrösserung des Heeres forderte, die zwischen dem Beginn des Krieges in Europa und dem Angriff auf Pearl Harbor unter seiner Leitung durchgeführt wurde.

HENRY MORGENTHAU JR., Finanzminister; nachdrücklicher Verfechter der Wirtschaftshilfe für Grossbritannien; mit der Organisation der Kriegsproduktion beauftragt.

## HANDELNDE PERSONEN

FRANKLIN D. ROOSEVELT, seit März 1933 Präsident; 1936 wiedergewählt; im November 1940 für eine dritte Amtszeit erneut gewählt; bis Ende der dreissiger Jahre hauptsächlich mit der Überwindung der Folgen der Weltwirtschaftskrise im Innern beschäftigt; danach setzte er aus zunehmender Sorge wegen der von Deutschland und Japan ausgehenden Bedrohung ein Rüstungsprogramm in Gang, das im Lauf der Zeit gewaltige Ausmasse annehmen sollte.

HAROLD R. STARK, Admiral, seit 1939 Operationschef der Marine; einer der entscheidenden Befürworter der Forderung, dem Atlantik vor dem Pazifik die Planungspriorität einzuräumen.

LAURENCE STEINHARDT, seit 1939 Botschafter in Moskau.

HENRY L. STIMSON, ab Juni 1940 Kriegsminister; nachdrücklicher Befürworter des amerikanischen Kriegseintritts.

SUMNER WELLES, Staatssekretär im Aussenministerium; stand Roosevelt nahe, was zu Spannungen im Verhältnis zu Hull führte.

## *Sowjetunion*

LAWRENTI BERIJA, seit 1938 Chef des NKWD; für die innere Sicherheit verantwortlich.

WLADIMIR DEKANOSOW, ab Dezember 1940 Botschafter in Berlin.

FILIP GOLIKOW, General, Chef des militärischen Nachrichtendiensts.

GEORGI MALENKOW, Stalins rechte Hand im Generalsekretariat der Kommunistischen Partei und Chef der Parteibürokratie; nach dem deutschen Überfall mit der Evakuierung der Industrie in den Osten und dem Nachschub der Roten Armee beauftragt.

IWAN MAISKI, seit 1932 Botschafter in London.

WSEWOLOD MERKULOW, Volkskommissar für Staatssicherheit (Chef des Auslandsnachrichtendiensts, der im Februar 1941 von Berijas NKWD abgespalten wurde und mit einer eigenständigen Organisation neben dem militärischen Nachrichtendienst agierte).

ANASTAS MIKOJAN, gehörte zu Stalins engstem Kreis im Politbüro; für den Aussenhandel verantwortlich.

WJATSCHESLAW MOLOTOW, seit Mai 1939 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten und bis zum 5. Mai 1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare (also Ministerpräsident).

#### HANDELNDE PERSONEN

KONSTANTIN UMANSKI, seit 1939 Botschafter in Washington.

JOSEF STALIN, Generalsekretär der Kommunistischen Partei; ab 5. Mai 1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare; hatte als unangefochtener Herrscher über die Sowjetunion alle Hebel der politischen und militärischen Macht in der Hand.

SEMJON K. TIMOSCHENKO, Marschall, ab Mai 1940 Verteidigungsminister; für Organisation und Ausbildung der Roten Armee verantwortlich.

KLIMENT WOROSCHILOW, Marschall, bis Mai 1940 Verteidigungsminister; langjähriger Militärberater Stalins.

GEORGI SCHUKOW, Marschall, wurde 1939 als Kommandeur im Konflikt mit japanischen Truppen an der manschurisch-mongolischen Grenze bekannt; ab Januar 1941 Generalstabschef der Roten Armee.



## Vorrede

Noch heute ist zu spüren, wie sehr der Zweite Weltkrieg das 20. Jahrhundert umgestaltet hat. Und der Verlauf dieses Krieges – des schrecklichsten der Geschichte – wurde weitgehend bestimmt durch eine Reihe schicksalhafter Entschlüsse, welche die Führer der Grossmächte innerhalb von nicht mehr als neunzehn Monaten, zwischen Mai 1940 und Dezember 1941, fassten. Diese beiden Gedanken liegen den folgenden Kapiteln zugrunde.

Je näher das Ende des 20. Jahrhunderts rückte, desto deutlicher wurde, dass der Zweite Weltkrieg seine prägende Periode gewesen war. Selbstverständlich war der Erste Weltkrieg die «Urkatastrophe».<sup>1</sup> Er stürzte politische Regime (das Russische, das Habsburgische und das Osmanische Reich, die deutsche Monarchie), zerstörte Wirtschaften und hinterliess schwelende Wunden, welche die politische Mentalität prägten. Auch waren die höchst anfälligen, instabilen Gesellschaften und politischen Strukturen, die aus dem globalen Krieg hervorgingen, nur von kurzer Dauer. Aufgrund der gewaltigen sozialen, ökonomischen und politischen Kosten des scheinbar sinnlosen vierjährigen Gemetzels war ein neuer Flächenbrand stets wahrscheinlich und wurde im Lauf der Zeit immer unvermeidlicher. Der Zweite Weltkrieg führte ganz offensichtlich zu Ende, was im Ersten unerledigt geblieben war. Aber dieser zweite grosse Konflikt war nicht nur blutiger – er forderte über fünfzig Millionen Todesopfer, also vier- bis fünfmal so viele wie der Krieg von 1914 bis 1918 – und globaler als der erste, auch seine langfristigen Folgen und die durch ihn bewirkte Veränderung der Machtstrukturen der Welt waren einschneidender.<sup>2</sup>

Sowohl in Europa als auch im Fernen Osten gingen frühere Machtansprüche – diejenigen von Deutschland, Italien und Japan – im Malstrom der Zerstörung unter. Eine Mischung aus nationalem Bankrott und wiederauflebenden antikolonialen Bewegungen brachte das britische Empire zu Fall. Maos China war ein Hauptnutznießer des Endes der japanischen Vorherrschaft und der Unruhen im vom Krieg erschütterten Fernen Osten. Vor allem aber hielten sich

## VORREDE

zwei Supermächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, die vor 1939 gar nicht so überlegen und dominant gewesen waren, mit ihren Atomwaffenarsenalen in einem Kalten Krieg, der bis zum letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts dauerte, gegenseitig in Schach. Die vom Zweiten Weltkrieg herbeigeführte Machtkonstellation mündete – zur Überraschung und Erleichterung vieler Zeitgenossen aus der Anfangsphase des Kalten Krieges – nicht in einen dritten verheerenden Konflikt, sondern bildete den Rahmen einer phönixgleichen Erholung sowohl Europas als auch des Fernen Ostens, deren wirtschaftlich treibenden Kräfte erstaunlicherweise das besiegte Deutschland (zumindest dessen Westteil) und das besiegte Japan waren.<sup>3</sup> In die Nach-Nachkriegs-ära trat die Welt erst mit dem unvorhersehbaren (überwiegend) friedlichen Ende des Sowjetblocks in den Jahren 1989 bis 1991 ein. Die Folgen des Zweiten Weltkriegs waren also ebenso tief greifend wie dauerhaft und prägend.

Der Zweite Weltkrieg hinterliess der Menschheit zudem ein neues, grässliches Wort, das einen Tatbestand bezeichnet, der in zunehmendem Mass als eines der bestimmenden Merkmale des Jahrhunderts betrachtet werden musste: Genozid.<sup>4</sup> Und obwohl das, was später «Holocaust» genannt werden sollte – der zielstrebig verfolgte Plan der Nationalsozialisten, alle Juden in ihrem Herrschaftsbereich zu ermorden –, ein in der Geschichte beispielloses genozidales Vorhaben, wenngleich nicht das einzige Verbrechen in diesem Jahrhundert der Gewalt war, drückte es den nachfolgenden Jahrzehnten am dauerhaftesten und tiefsten seinen Stempel auf. Politisch gesehen, ermöglichte und legitimierte das Gedenken an den Holocaust die Gründung des Staates Israel, die von einem Grossteil der Welt befürwortet, von den arabischen Nachbarstaaten, die dadurch Land verloren, aber leidenschaftlich bekämpft wurde und zwangsläufig zu nicht enden wollendem und sogar zunehmendem Aufruhr im Nahen Osten führte – wiederum mit enormen Auswirkungen auf die übrige Welt. Ausserdem hat die immer intensivere Beschäftigung mit dem Holocaust, je weiter er in die Geschichte zurücktrat, die Anschauungen über Rasse, Ethnizität und die Behandlung von Minderheiten nachhaltig beeinflusst und verändert. Die Ermordung der Juden hat nicht nur im Kontext des Zweiten Weltkriegs stattgefunden, sondern war ein integraler Bestandteil der deutschen Kriegführung und Politik, und in den nachfolgenden Jahrzehnten spielte dieser untrennbar zum Zweiten Weltkrieg gehörende Völkermord eine immer bedeutendere Rolle im historischen Bewusstsein.

## VORREDE

Bis zum Mai 1940 wurden auf verschiedenen Kontinenten zwei separate Kriege ausgefochten. Der erste war der erbittert geführte Krieg in China, der 1937 durch den japanischen Angriff ausgelöst worden war, der zweite der europäische Krieg, der 1939 mit dem deutschen Überfall auf Polen begonnen hatte, dem zwei Tage später die Kriegserklärungen Frankreichs und Grossbritanniens an Deutschland gefolgt waren. Furchtbare Gräueltaten – der Japaner in China und der Deutschen in Polen – waren bald zu Kennzeichen beider Kriege geworden. Doch der Genozid, der dann in Osteuropa stattfinden sollte, lag in dieser Phase, im Frühjahr 1940, noch in der Zukunft. Und obwohl der Krieg im Fernen Osten für die europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten von vitalem Interesse war, blieb er bis zu diesem Zeitpunkt vom europäischen Krieg getrennt. Dieser hatte sich seinerseits (abgesehen von Albanien, das sich seit der italienischen Invasion im April 1939 unter italienischer Herrschaft befand) noch nicht über die von deutschen Truppen besetzten Teile Mittel- und Osteuropas hinaus ausgeweitet. Vielmehr hatte der Krieg in Europa umgekehrt zur Folge, dass man in Japan begierige Blicke auf plötzlich greifbar erscheinende reiche Beute in Ostasien warf, insbesondere auf Kosten der größten Kolonialmacht Grossbritannien. Aber wie die japanische Führung sehr wohl wusste, bedeutete die Expansion nicht nur ein direktes Kräftenessen mit Grossbritannien, sondern möglicherweise zudem eine noch weit gefährlichere Konfrontation mit den Vereinigten Staaten. Auch in Europa sprach alles für eine Ausweitung des Krieges. Im Herbst steckte Mussolini durch den Angriff auf Griechenland den Balkan in Brand, und am Ende des Jahres wurde Hitlers Beschluss, im folgenden Frühjahr in die Sowjetunion einzufallen, in eine förmliche militärische Direktive übersetzt. Unterdessen verstärkten die Vereinigten Staaten die Hilfsleistungen für das belagerte Grossbritannien. Die ganze Welt wurde in raschem Tempo in einen einzigen gigantischen Krieg hineingezogen.

Gegenstand der folgenden Kapitel ist eine Reihe von miteinander verknüpften politischen Entscheidungen mit weit reichenden und dramatischen militärischen Folgen, die zwischen Mai 1940 und Dezember 1941 gefällt wurden und die beiden Kriege in Asien und Europa in einen wahrhaft globalen Konflikt zusammenführten, einen kolossalen Flächenbrand, in dessen Mittelpunkt ein Völkermord und beispiellose Grausamkeiten standen. Natürlich war der

## VORREDE

Krieg im Dezember 1941 noch lange nicht zu Ende. In seinem Verlauf sollten noch weitere Wendepunkte geschehen und grundlegende Entscheidungen getroffen werden, die allerdings vorwiegend strategischer und taktischer Art waren. Und als gegen Kriegsende die Vorherrschaft der Alliierten feststand, wurde auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam der geopolitische Rahmen der Nachkriegsordnung festgelegt – die Arena des bald darauf ausbrechenden Kalten Krieges. Dennoch wurden in den verbliebenen dreieinhalb Kriegsjahren im Wesentlichen die Konsequenzen aus den zwischen Mai 1940 und Dezember 1941 gefassten Entschlüssen gezogen.<sup>5</sup> Es waren in der Tat schicksalhafte Entscheidungen, welche die Welt veränderten.

Die schicksalhaften Entschlüsse der politischen Führer Deutschlands, Grossbritanniens, der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Japans und Italiens waren entscheidend von den unterschiedlichen Systemen der jeweiligen Länder geprägt – zwei faschistische, zwei demokratische, ein kommunistisches und ein bürokratisch-autoritäres. In den folgenden Kapiteln wird die Genese dieser Entscheidungen nachverfolgt. Dabei erheben sich sofort damit zusammenhängende Fragen: Unter welchen Einflüssen standen die Entscheidungsträger? Wie weit waren Entscheidungen von Regierungsbükratien vorgegeben oder von konkurrierenden Machtgruppen innerhalb der herrschenden Eliten beeinflusst?<sup>6</sup> Wie rational waren die Entschlüsse hinsichtlich der Ziele der einzelnen Regime und angesichts der Erkenntnisse ihrer Nachrichtendienste? Wie viel Entscheidungsfreiheit besaßen einerseits die Kriegsführer, und wie weit bestimmten oder beschränkten andererseits äussere, unpersönliche Kräfte deren Entschlüsse? Inwieweit verringerte sich ihr Ermessensspielraum im Verlauf der fraglichen neunzehn Monate? Mit anderen Worten, wie weit verengte sich der Blickwinkel für Alternativen, oder verschwand er sogar ganz? Und welche kurz- und langfristigen Folgen hatten die Entschlüsse? Das sind nur einige der im Folgenden behandelten Fragen.

Im Rückblick scheint das Geschehen unausweichlich gewesen zu sein. Bei der Betrachtung der Geschichte von Kriegen gibt es, vielleicht noch mehr als bei der Beschäftigung mit Geschichte im Allgemeinen, den nahezu natürlichen teleologischen Drang, das tatsächliche Ergebnis der jeweiligen Entwicklung als das einzig mögliche anzusehen. In diesem Buch soll unter anderem gezeigt werden, dass es nicht so war, vor allem, wenn der Krieg vom Schreibtisch ei-



## VORREDE

nes der Hauptstrategen aus betrachtet wird – mit nur ungefähren Vorstellungen von den gegnerischen Plänen, unbestimmter Zukunft, zu beachtenden Optionen und zu fällenden Entscheidungen. Eine Entscheidung zu treffen, setzt voraus, dass man eine Wahl zwischen mehreren möglichen Alternativen hat. Für die Handelnden, selbst die am stärksten ideologisch geprägten (oder blinden), standen grundsätzliche Überlegungen auf dem Spiel; sie mussten bedeutsame Einschätzungen vornehmen und grosse Risiken eingehen. Einen unausweichlichen Weg, dem sie hätten folgen können, gab es nicht. Es wird daher in jedem Einzelfall gefragt werden, warum eine bestimmte Option den Vorzug erhielt, was zumeist die explizite Frage nach sich zieht, was geschehen wäre, wenn eine Alternative ergriffen worden wäre.

Dies soll keineswegs in kontrafaktische Spekulationen ausarten. Es gibt stets zu viele Variablen, als dass eine solche Herangehensweise produktiv sein könnte. Gleichwohl stellen Historiker zwangsläufig implizit kurzfristige kontrafaktische Überlegungen an, wenn sie Alternativen zu unmittelbar bevorstehenden Ereignissen oder Entwicklungen in Erwägung ziehen. Andernfalls wären sie nicht in der Lage, die Bedeutung der tatsächlichen Geschehnisse in vollem Umfang zu ermessen. Wenn im Folgenden Alternativen erwogen werden, dann also nicht als langfristige Projektionen oder Spekulationen über das «Was-wäre-wenn», sondern als realistische, kurzfristige, von den tatsächlich gefällten Entscheidungen abweichende Optionen. Anders gesagt, die Betrachtung der hinter einem Entschluss stehenden Wahlmöglichkeiten trägt dazu bei, die konkreten Gründe zu erhellen, aus denen die jeweilige Entscheidung getroffen wurde.

Dieses Buch rekonstruiert zehn Entschlüsse mit Folgen. Drei von ihnen, sicherlich die weit reichendsten, wurden von Hitlers Regime gefasst: die Sowjetunion anzugreifen, den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären und die Juden zu ermorden. Die ausführliche Untersuchung dieser Entscheidungen spiegelt die überragende Rolle Deutschlands als Haupttriebkraft der hier interessierenden Ereignisse wider. Japan stand als dynamische Macht, die Entwicklungen ansties, nur Deutschland nach, was in den beiden Kapiteln über japanische Entscheidungen zum Ausdruck kommt. Die im Wesentlichen reaktiven Entschlüsse Grossbritanniens, der Sowjetunion und – auf andere Weise und mit selbsterstörerischen Konsequenzen – Italiens werden in jeweils einem

## VORREDE

Kapitel behandelt, während die Darstellung der immer bedeutenderen Rolle der Vereinigten Staaten zwei Kapitel erfordert. Andere Entscheidungen als die hier ausgewählten, etwa diejenige von Francos Spanien und von Vichyfrankreich, nicht aufseiten der Achse in den Krieg einzutreten, waren im Vergleich mit diesen weit reichenden Entschlüssen von deutlich geringerer Bedeutung.

Man kann natürlich mit einigem Recht einwenden, dass die Entscheidung mit den tief greifendsten Auswirkungen auf die Gestaltung der Nachkriegswelt nicht am Anfang, sondern am Ende des Zweiten Weltkriegs gefällt wurde: diejenige nämlich, auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki Atombomben abzuwerfen. Doch auch hierfür war eine frühere Entscheidung nötig gewesen – die Atombombe zu entwickeln –, die ebenfalls in den schicksalhaften Monaten von 1940/41 getroffen wurde. Nach vorbereitenden Arbeiten legten amerikanische Wissenschaftler mit den Forschungsmitteln, die nach dem Fall von Frankreich im Sommer 1941 in grösserem Umfang bereitgestellt wurden, und mithilfe der Forschungsergebnisse von Exilwissenschaftlern in Grossbritannien im Herbst 1941 die Grundlagen für den Bau der Atombombe. Einen Tag, bevor in Pearl Harbor japanische Bomben auf amerikanische Kriegsschiffe fielen, beschloss Präsident Franklin D. Roosevelt, trotz der riesigen Kosten und der notwendigen Beteiligung einer grossen Zahl der fähigsten amerikanischen Wissenschaftler, die Atombombe entwickeln zu lassen. Ohne diese Entscheidung wäre sie nicht verfügbar gewesen, als sein Nachfolger Harry S. Truman sie in der Endphase des Krieges im August 1945 einsetzte.<sup>7</sup> Als die Forschung für eine Atombombe in Auftrag gegeben wurde, war ihr möglicher Einsatz allerdings kaum mehr als eine ferne Vision.

Die in diesem Buch behandelten Entschlüsse hatten Auswirkungen, die zur Grundlage der nachfolgenden Entscheidungen wurden. So ergibt sich, während der Blickwinkel von einem Land zum nächsten wechselt, sowohl eine logische Folge von «angestossenen» Ereignissen und Implikationen als auch ein chronologisches Muster. Die Darstellung beginnt mit der britischen Entscheidung vom Mai 1940, den Krieg weiterzuführen. Dabei handelte es sich keineswegs um die naheliegende oder gar selbstverständliche Entscheidung, als die sie im Licht der späteren Ereignisse (und einiger wirkungsvoller historischer Schriften) erscheinen mag.<sup>8</sup> Vielmehr erwog das Kabinett drei Tage lang ernsthaft die verschiedenen Optionen. Hintergrund war die Tatsache, dass der neue Premierminister sich noch in sein Amt einarbeiten musste, die briti-

## VORREDE

schen Expeditionstruppen in Dünkirchen verloren zu sein schienen, von den Vereinigten Staaten vorläufig keine Hilfe zu erwarten war und eine deutsche Invasion unmittelbar bevorzustehen schien. Die schliesslich getroffene Entscheidung, keinen Verhandlungsfrieden anzustreben, hatte direkte und weit reichende Konsequenzen nicht nur für Grossbritannien, sondern auch für Deutschland.

Tatsächlich stellte diese eine Entscheidung Hitlers gesamte Kriegsstrategie in Frage. Da Grossbritannien (aus seiner Sicht) unvernünftig handelte, der Krieg im Westen also nicht endete und im Hintergrund die Möglichkeit eines immer wahrscheinlicher werdenden amerikanischen Kriegseintritts lauerte, sah sich Hitler schon im Juli 1940 genötigt, mit den Vorbereitungen für einen risikoreichen Zweifrontenkrieg zu beginnen, den er nach einem Angriff auf die Sowjetunion im folgenden Jahr würde führen müssen. Zu einer konkreten Kriegsdirektive wurde dieser Notfallplan aber erst ein halbes Jahr später. In der Zwischenzeit gab es keinen zwangsläufigen Weg in den russischen Krieg. Selbst Hitler schien zu schwanken und unsicher zu sein. Er erwog eine ganze Reihe strategischer Möglichkeiten, verwarf sie aber schliesslich alle. Diese im Sommer und Herbst 1940 diskutierten Optionen werden im zweiten Kapitel aus der Sicht Hitlers und seiner Berater dargestellt.

Der aussergewöhnliche deutsche Sieg über Frankreich und der erwartete Zusammenbruch Grossbritanniens lenkten den Blick der japanischen Führung auf Chancen, die unverzüglich durch eine Expansion nach Südostasien ergriffen sein wollten. Das dritte Kapitel wendet sich deshalb dem Fernen Osten und der Entscheidung für den Vorstoss nach Süden zu, der zwangsläufig die Gefahr eines Konflikts mit den Vereinigten Staaten mit sich brachte und daher den Weg nach Pearl Harbor vorzeichnete, den Japan im folgenden Jahr beschreiten sollte.

Auch in Europa hatte die rasche Niederlage Frankreichs unmittelbare und weit reichende Folgen. Das vierte Kapitel behandelt die Entscheidungen, vor denen die italienische Führung stand, während Mussolini die französische Niederlage nutzte, um sein Land in den Krieg zu führen, und anschliessend durch seinen katastrophalen Entschluss, Griechenland anzugreifen, den Balkan ins Chaos stürzte. Die entscheidende Rolle der Vereinigten Staaten ist Gegenstand des fünften Kapitels. Es behandelt Roosevelts Drahtseilakt zwischen der isolationistischen Haltung der Öffentlichkeit und dem politischen Willen

## VORREDE

zur Intervention, um künftig nicht nur Grossbritannien auf jede Weise zu unterstützen, sondern auch sein Land schnellstens auf die volle Kriegsteilnahme vorzubereiten.

Das sechste Kapitel beschäftigt sich mit einer der rätselhaftesten Episoden des Krieges, die beinahe fatale Folgen für die Sowjetunion gehabt hätte: Stalins Entschluss, alle Warnungen und die konkreten Erkenntnisse seines eigenen Nachrichtendienstes über die bevorstehende deutsche Invasion in den Wind zu schlagen, sodass sein Land, als Deutschland am 22. Juni 1941 angriff, völlig unvorbereitet war und sich in einem desolaten Zustand befand. Der restliche Weg in den globalen Krieg war kurz, aber nicht ohne weitere Wendungen. Das siebente Kapitel ist der Entscheidung der amerikanischen Regierung gewidmet, im Atlantik auf provozierende Weise einen «unerklärten Krieg» gegen das Deutsche Reich zu führen. Es folgt im achten Kapitel eine Untersuchung des ausserordentlichen japanischen Entschlusses, die Vereinigten Staaten anzugreifen. Er wurde gefasst, obwohl man das enorme Risiko kannte und sich der Tatsache bewusst war, dass die langfristigen Siegeschancen gering waren, sollte der Angriff nicht zum sofortigen totalen Vernichtungsschlag werden. Dies stand in direktem Kausalzusammenhang mit Hitlers Entscheidung, den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären, die unmittelbar nach Pearl Harbor gefällt wurde und lange als eine der merkwürdigsten des Zweiten Weltkrieges galt. Mit dieser Entscheidung, die im neunten Kapitel behandelt wird, stand die ganze Welt in Flammen.

Danach bleibt noch ein weiterer Entschluss – oder ein Bündel von Entschlüssen – zu analysieren. Dieser war zwar von anderer Art, aber unauflöslich mit dem Krieg verknüpft und gehörte zu seinen wesentlichen Merkmalen: der im Sommer und Herbst 1941 schrittweise, aber unaufhaltsam gefasste endgültige Entschluss, die europäischen Juden zu ermorden. Der komplexe Prozess des Übergangs von partiellen, begrenzten genozidalen Aktionen zum totalen Völkermord, in dem Impulse der NS-Theoretiker und ihrer Vollstrecker «an der Basis» vor allem in Osteuropa ineinandergriffen und einander verstärkten und der sich in den ersten Monaten des Jahres 1942 zur umfassenden «Endlösung» ausweitete, ist Gegenstand des letzten Kapitels.

Ende 1941, neunzehn Monate nach dem Beginn der deutschen Offensive in Westeuropa, war der Konflikt global und genozidal geworden. Der Krieg stand auf Messers Schneide. Zwar hatte der erste grosse sowjetische Gegenangriff den deutschen Vormarsch aufgehalten, aber die Wehrmacht überstand

## VORREDE

– fürs Erste – die Wucht der Offensive der Roten Armee und den grimmigen russischen Winter, begann bald wieder ihre Kräfte zu sammeln und schickte sich an, bis zum Herbst 1942 weitere grosse Geländegewinne zu erzielen. Im Atlantik konnten die deutschen U-Boote im ersten Halbjahr 1942 beispiellose Erfolge verbuchen, und eine Zeitlang schien es, als würden die Alliierten den Seekrieg verlieren. In Europa und im Fernen Osten standen den Achsenmächten immer noch beträchtliche wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung.<sup>9</sup> Und die von den Alliierten versprochene zweite Front war, zu Stalins anhaltender Verwunderung, nirgendwo in Sicht. Die amerikanische Wirtschaft war weiterhin nicht in einem Umfang auf die Kriegsproduktion umgestellt worden, der einen gleichzeitigen Sieg über Deutschland und Japan ermöglicht hätte. Unterdessen trieben die japanischen Truppen ihren brutalen Vormarsch im Fernen Osten voran. Im Februar 1942 sollten sie Singapur einnehmen, das lange Zeit als Bastion der britischen Macht in Südostasien angesehen worden war. Der Weg zur Eroberung Indiens, des Kernstücks des britischen Empires, schien offenzustehen. Die Achsenmächte befanden sich dem Anschein nach weiter im Aufwind. Erst im Rückblick wird erkennbar, dass sie kurz davor standen, das riesige Glücksspiel, auf das sie sich eingelassen hatten, zu verlieren, dass sie ihre Kapazitäten überdehnt hatten und dass die volle Kriegsteilnahme der Vereinigten Staaten, zusammen mit der ausserordentlichen Zähigkeit der Sowjetunion und der letzten grossen Kraftanstrengung Grossbritanniens und des britischen Empires, ihre Niederlage immer unausweichlicher machte.<sup>10</sup>

Bis zu diesem Ende im Jahr 1945, als nach Hitlers Selbstmord zuerst die rasche Kapitulation des zerstörten Deutschland folgte und dann das kaiserliche Japan zur Aufgabe gezwungen wurde, war allerdings noch ein langer, verlustreicher Weg zurückzulegen. Millionen von Menschen verloren ihr Leben, und die Zerstörungen erreichten ein noch nie dagewesenes Ausmass. Ende 1941 war dies alles noch fern. Aber die schicksalhaften Entscheidungen der beiden vorangegangenen Jahre hatten den Weg dorthin geebnet.

## London, Frühjahr 1940

*Grossbritannien beschliesst, weiterzukämpfen*

*Der PM [Premierminister] lehnte jede Fühlungnahme mit Musso [Uni] ab. Es sei unwahrscheinlich, dass Hitler Bedingungen zustimmen würde, die für uns annehmbar wären, obwohl er die Gelegenheit ergreifen würde, wenn wir uns durch die Aufgabe von Malta und Gibraltar sowie einiger afrikanischer Kolonien aus dieser Klemme befreien würden. Aber der einzige sichere Weg sei, Hitler vor Augen zu führen, dass er uns nicht besiegen könne [...] Halifax meinte, dass es nicht schaden könne, Musso in Versuchung zu bringen und zu sehen, was dabei herauskommt. Wenn die Bedingungen unmöglich seien, könnten wir sie immer noch zurückweisen.*

Neville Chamberlain, Tagebucheintrag vom 26. Mai 1940

«Künftige Generationen werden es wohl für bemerkenswert halten, dass jene letzte Frage, ob wir den Kampf allein fortsetzen sollten, niemals auf der Tagesordnung des Kriegskabinetts figurierte. Diese Männer aus allen Parteien im Staat hielten das für natürlich und selbstverständlich, und wir hatten viel zuviel zu tun, als dass wir unsere Zeit mit solch unrealen, akademischen Fragen hätten vergeuden können.»<sup>1</sup> Dies schrieb Winston Churchill in seinen Memoiren über den Zweiten Weltkrieg, die enormen Einfluss auf das historische Bild des Krieges hatten und den Mythos mitbegründeten, dem zufolge Grossbritannien allein und in grosser Not, aber mit eisernem Willen niemals auch nur für einen Augenblick in seiner Entschlossenheit geschwankt habe, den Kampf gegen ein mächtiges, siegreiches und unmittelbar bedrohliches Deutschland fortzuführen. Wenn man das Ende einer Geschichte kennt, fällt es immer schwer, sie nicht rückwärts von ihrem Ausgang her zu verstehen, vor allem, wenn sie von einer so einzigartigen Figur wie Churchill geschrieben worden ist. Er selbst steht wie kein anderer für den nationalen Durchhaltewillen, der sich in der grandiosen Rhetorik seiner Reden vom Sommer 1940 widerspiegelte, in denen

er den Sieg in der «Schlacht um England» beschwor, den «Handschlag» über den Atlantik hinweg in Form ständig wachsender amerikanischer Hilfsleistungen. Doch Churchill wusste sehr gut, dass es in den düstersten Tagen im Mai 1940 anders aussah.

Es war eine von Angst geprägte Zeit. Die britischen Expeditionstruppen in Nordfrankreich und Belgien waren anscheinend verloren; das einst machtvolle französische Heer taumelte unter den Schlägen der deutschen Wehrmacht; sofortige Hilfe war weder aus den Vereinigten Staaten noch im direkten, praktischen Sinn aus den britischen Kolonien zu erwarten, und die Heimatverteidigung befand sich angesichts der sehr real gewordenen Gefahr einer Invasion in bedenklichem Zustand. Unter diesen Umständen wäre es höchst ungewöhnlich gewesen, hätte die britische Regierung die Frage, ob das Land weiterkämpfen könne oder solle, wirklich als «unreal» und «akademisch» betrachtet und keiner Diskussion würdig. Und tatsächlich stellte das Kriegskabinett, obwohl Churchill jeden Hinweis darauf getilgt hat, ernsthafte und ausführliche Überlegungen zu genau dieser Frage an: Sollte Grossbritannien weiterkämpfen, oder sollte es akzeptieren, dass es in der gegenwärtigen Notlage am besten wäre, die Bedingungen eines Friedensschlusses zu erkunden?<sup>2</sup> Dies war die schwerwiegende Entscheidung, vor der die britische Führung während eines schicksalhaften Zeitraums von drei Tagen Ende Mai 1940 stand. Wie sie ausfiel, das sollte tiefgreifende Folgen nicht nur für Grossbritannien, sondern auch für den allgemeinen Verlauf des Krieges in den nächsten Jahren haben.

## 1

Wie Grossbritannien in eine derart bedrängte Lage geraten war, dass sich die Frage stellte, ob man aus einer Position der Schwäche um einen Friedensschluss geradezu bitten sollte, ist seither ausführlich untersucht und analysiert worden. Bereits 1940 gab eine viel gelesene und einflussreiche Polemik mit dem Titel *Guilty Men* – schuldige Männer –, die denjenigen Mitgliedern der britischen Regierung die Schuld zuschob, die in den dreissiger Jahren den gefährlichen Weg der Beschwichtigung Hitlers, des Appeasement, beschritten hatten.<sup>3</sup> Ganz oben auf der Liste der Schuldigen standen der nüchterne, steife, aber gewiefte und scharfsinnige Neville Chamberlain, der von



Mai 1937 bis Mai 1940 Premierminister gewesen war, und der grossgewachsene, nicht sonderlich humorvolle Aussenminister Lord Halifax, der unter Churchill seinen Posten behalten hatte. Halifax, ein ehemaliger Vizekönig von Indien und erfahrener Diplomat, war sowohl für seine Frömmigkeit als auch für seine Leidenschaft für die Fuchsjagd bekannt und wurde deshalb «Holy Fox» (heiliger Fuchs) genannt. Die «Schande von München» im Jahr 1938, als sich Grossbritannien und Frankreich Hitlers Druck beugten und ihm einen Teil der Tschechoslowakei auslieferten, ist für immer mit dem Namen Chamberlains verbunden. Dabei wird häufig vergessen, dass die Appeasementpolitik bis München in Grossbritannien sehr populär war, sogar bei denen, die angesichts der nachfolgenden Ereignisse zu ihren schärfsten Kritikern werden sollten. Dem Versuch, Hitler zu beschwichtigen, lagen zweifellos gravierende Fehleinschätzungen zugrunde. Doch diese müssen im Zusammenhang mit den nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten gesehen werden, vor denen Grossbritannien stand, während zugleich immer deutlicher zutage trat, welche Gefahr von Hitler ausging.

Die belastenden strukturellen Probleme Grossbritanniens in der Zwischenkriegszeit drehten sich um die unauflöslich verknüpfte Triade von Wirtschaft, Empire und Wiederaufrüstung. Sie bewirkte, dass London, als die Diktatoren begannen, ihre Muskeln spielen zu lassen, in seinem angegriffenen Zustand kaum in der Lage war, sich ihrer wachsenden Macht entgegenzustellen. Grossbritannien war nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zwar weiterhin eine Grossmacht geblieben, aber eine geschwächte, auch wenn dies zumeist erst beim zweiten Blick erkennbar wurde. Grossbritannien war immer noch ein weltweiter Kreditgeber; die ausstehenden Anleihen an das Empire und seine Kriegsverbündeten beliefen sich 1920 auf 1,85 Milliarden Pfund. Gleichzeitig war es jedoch mit 4,7 Milliarden Dollar bei den Vereinigten Staaten verschuldet. Dies war ein Anzeichen für eine Verlagerung der finanziellen Machtverteilung, die allerdings erst im Lauf der Zeit deutlich werden sollte, als die zunehmende Abhängigkeit Grossbritanniens von seinem transatlantischen Vetter zutage trat. Selbst die Royal Navy, immer noch die grösste Kriegsmarine der Welt, musste jetzt mit einem künftigen Rivalen in Gestalt der rasch wachsenden Marine der Vereinigten Staaten rechnen. Hinzu kamen Probleme in Indien, Ägypten und dem näher gelegenen Irland, welche die begrenzten militärischen Ressourcen überforderten.<sup>4</sup> Da ausserdem die Dominions Kanada,

Australien, Neuseeland und Südafrika Anzeichen zunehmender Unabhängigkeitsbestrebungen zeigten, war nicht zu übersehen, dass das Empire nach und nach auseinanderbrach.

In den zwanziger Jahren, als das Kriegstrauma überwunden schien, waren die Probleme noch weitgehend verdeckt geblieben.<sup>5</sup> Doch die Schlüsselindustrien, die vor dem Krieg das Fundament des Wohlstands in Grossbritannien gebildet hatten – Kohle, Eisen und Stahl, Schiffbau, Textilindustrie –, kämpften nun mit einem langfristigen Niedergang. Es wurde mehr importiert und weniger exportiert.<sup>6</sup> Neben Stagnation und Depression gab es allerdings auch Anzeichen dafür, dass neue Industrien entstanden, und ausserhalb der heruntergewirtschafteten Industriestädte erlebten die zwanziger Jahre einen freilich kurzen Aufschwung von Hoffnung, Zuversicht und relativem Wohlstand.<sup>7</sup> Nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 änderte sich all dies rasch. Das Wirtschaftswachstum in der industrialisierten Welt kam abrupt zum Erliegen. Soziale Not und politischer Aufruhr waren die Folge. In Grossbritannien löste der Börsenkrach in der New Yorker Wall Street im Oktober 1929 eine politische Krise und anhaltende wirtschaftliche Depression aus. Indirekt sollten sich jedoch die globalen Folgen als weit gefährlicher herausstellen. Das Auftauchen des japanischen Nationalismus, Militarismus und Imperialismus nach 1931 war ebenso wie der Aufstieg des Nationalsozialismus zwischen 1930 und 1933 in nicht geringem Mass auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen. Für das wirtschaftlich geschwächte Grossbritannien bedeuteten beide Entwicklungen erhebliche neue strategische Gefahren, die zu der potenziellen Bedrohung durch Mussolinis Italien im Mittelmeer hinzukamen.

Die aufstrebenden neuen autoritären Mächte in Europa und im Fernen Osten – Deutschland, Italien und Japan – hatten ein klares Interesse daran, die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene internationale Ordnung infrage zu stellen und zu «revidieren» oder ganz umzustossen. Sie fühlten sich, mit allem daraus erwachsenden Groll, als «Habenichtsnationen» und waren entschlossen, den ihnen zustehenden «Platz an der Sonne» zu erlangen. Wie Grossbritannien, Frankreich und andere Kolonialmächte wollten auch sie ein Imperium besitzen und jene dem Nationalstolz schmeichelnde politische Vorherrschaft geniessen, die mit dem ersehnten Grossmachtstatus einherging. Ein autarker Grosswirtschaftsraum schien in einer tiefen Krise des internationalen Kapita-

lismus der einzige Garant für anhaltende nationale Prosperität zu sein. Doch andere Länder würden die für die neuen Reiche nötigen Territorien kaum freiwillig abtreten; deshalb würde man sie sich, wie es Grossbritannien und die anderen alten Grossmächte in der Vergangenheit getan hatten, mit Gewalt nehmen müssen – «mit dem Schwert», wie Hitler es wiederholt ausdrückte.

Die britischen Interessen waren genau entgegengesetzt. Als «saturierter Nation» ging es Grossbritannien vor allem darum, sein Weltreich zu bewahren. Das bedeutete die Aufrechterhaltung der Nachkriegsordnung, an deren Schaffung London massgeblich beteiligt gewesen war. Ausserdem hiess es, dass man die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit und diplomatische Verhandlungen zur Lösung von Problemen betonte. Internationale Sicherheitsmassnahmen und die Verpflichtung zur Abrüstung sollten verhindern, dass die Welt erneut in ein Gemetzel wie das von 1914 bis 1918 verfiel. Das verlangte allein schon die noch frische und schmerzliche Erinnerung an die Millionen Kriegstoten.

Aus Sicht einer siegreichen und noch prosperierenden Weltmacht war es leicht, eine neue Ordnung auf der Grundlage von bürgerlichen Freiheiten, internationalen Vereinbarungen und Aussenhandel zu vertreten. Vom Standpunkt der «Habenichtsnationen» war diese Ordnung dagegen sowohl wirtschaftlich unvorteilhaft als auch politisch demütigend. In den Augen einer wachsenden Zahl ihrer Bürger verbot die Erinnerung an die Kriegstoten die unterwürfige Annahme der von den Siegern aufgestellten Bedingungen. Man wollte keinen Frieden mit dem unbefriedigenden *Staus quo*, sondern Krieg – um nationalen Ruhm, um Gebiete, auf denen ein anhaltender Wohlstand begründet werden konnte, und um die Wiedergutmachung von vergangener Demütigung und gegenwärtiger Ungerechtigkeit.

Zusammen mit seinem wichtigsten kontinentalen Verbündeten, dem vom Krieg zerrütteten Frankreich, und seinem transatlantischen Partner, der aufstrebenden neuen Weltmacht USA, sah Grossbritannien die Nachkriegsordnung daher völlig anders als Italien, Japan und Deutschland. Darüber hinaus vermittelte die in Europa durch den Versailler Vertrag von 1919 (und die nachfolgenden Verträge von Saint-Germain und Trianon) und im Fernen Osten durch den Washingtoner Neunmächtevertrag von 1922 geschaffene Ordnung keinen sehr stabilen Eindruck. Dass die Vereinigten Staaten sich weigerten,

durch ihren Beitritt zum Völkerbund – also jener Institution, die geschaffen worden war, um die internationale Zusammenarbeit zu gewährleisten – die europäische Regelung zu untermauern, rief nicht gerade Optimismus in Bezug auf deren Dauerhaftigkeit hervor. Dennoch blieb sie sowohl in Europa als auch im Fernen Osten in den zwanziger Jahren bestehen. Japan, das dem Völkerbund angehörte, stellte für Europa und die amerikanischen Interessen im Fernen Osten keine Gefahr dar und «schien bereit, nach westlichen Regeln zu spielen».<sup>8</sup> Selbst Churchill rechnete nicht mit einem Krieg gegen Japan. «Ich glaube, solange wir leben, gibt es dafür nicht die geringste Chance», schrieb er im Dezember 1924. «Japan liegt am andern Ende der Welt. Es kann unsere grundlegende Sicherheit in keiner Weise bedrohen.»<sup>9</sup> Auch in Europa gab es Anzeichen für eine Verbesserung der Lage. Die Nachkriegsordnung wurde 1925 durch den Vertrag von Locarno, der die deutsche Westgrenze durch ein internationales Abkommen festlegte, und im folgenden Jahr durch den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund gestärkt. Initiator beider Verträge war der herausragende Staatsmann der zwanziger Jahre, der deutsche Aussenminister Gustav Stresemann.<sup>10</sup> Doch der Anschein trug. Die Wirtschaftskrise zerstörte jeden Optimismus, und bald sollte die Nachkriegsordnung sowohl in Europa als auch im Fernen Osten in Scherben liegen.

Dort wurde wenig später durch die ersten Akte der japanischen Kriegslust, die Besetzung der Mandchurei im Jahr 1931 und Angriffe auf Schanghai im folgenden Jahr, die britische Schwäche offenbar. Die Stabschefs der britischen Streitkräfte wiesen auf die Gefahr hin, die den britischen Besitzungen und Schutzgebieten, einschliesslich Indiens, Australiens und Neuseelands, drohte. Robert Vansittart, der mächtige Ständige Unterstaatssekretär im Aussenministerium, notierte Anfang 1932, dass Grossbritannien «unfähig [sei], Japan, wenn es wirklich Ernst macht, auf irgendeine Weise aufzuhalten». Das bedeute, dass es um die britische Macht «im Fernen Osten am Ende geschehen sein wird, es sei denn, die Vereinigten Staaten sind schliesslich bereit, Gewalt einzusetzen».<sup>11</sup> Das waren sie nicht, vielmehr begnügten sie sich im grossen Ganzen mit überwiegend kontraproduktiven Verurteilungen des japanischen Vorgehens. Tatsächlich bevorzugte die britische Politik Japan gegenüber China; dabei versuchte sie jedoch die Quadratur des Kreises, indem sie Chinesen und Amerikaner beschwichtigte, ohne einerseits die Japaner vor den Kopf

zu stossen und andererseits den Völkerbund aus den Angeln zu heben.<sup>12</sup> Anfang 1934, als Grossbritannien, immer noch von einer schweren Wirtschaftskrise gebeutelt, tiefe Einschnitte in die Etats der Streitkräfte vornahm (die ohnehin mit der Ablehnung der Wiederaufrüstung sowohl durch alle grossen Parteien als auch durch die Öffentlichkeit zu kämpfen hatten), stellte Schatzkanzler Neville Chamberlain fest, die Freundschaft zu Japan sei für Grossbritannien wichtiger als diejenige zu den Vereinigten Staaten oder das Wohlwollen Chinas und der Freunde im Völkerbund.<sup>13</sup> Der Kurs in Richtung Appeasement im Fernen Osten war eingeschlagen. Zu diesem Zeitpunkt gehörte Japan nicht mehr dem Völkerbund an, und eine neue, unmittelbarere und ernstere Gefahr konnte nicht mehr ignoriert werden.

Die Passivität wurde erst aufgegeben, als Deutschland im März 1935 bekanntgab, dass es unter Verletzung des Versailler Vertrags eine Luftwaffe aufgebaut habe und eine gewaltige Vergrösserung des Heeres plane. Am Ende des Monats kamen Aussenminister John Simon und Lordsiegelbewahrer Anthony Eden von einem Besuch bei Hitler zudem mit der verblüffenden Neuigkeit zurück, dass die deutsche Luftwaffe bereits die Grösse der britischen erreicht habe. Der deutsche Reichskanzler hatte zwar übertrieben, doch die Nachricht löste in Whitehall und in der Öffentlichkeit einen spürbaren Schock aus. Verspätet erkannte man die Dringlichkeit der Aufrüstung – die bisher nur Churchill und ein paar andere einsame Stimmen gefordert hatten –, auch wenn die Labour Party und liberale Kreise sie noch bis 1938 überwiegend ablehnen sollten. Es wurde immer offensichtlicher, dass Grossbritannien, das globale Verpflichtungen zu erfüllen und gleichzeitig mit den Folgen der andauernden Wirtschaftskrise zu kämpfen hatte, der deutschen Militärmacht nicht würde Paroli bieten können, von einer Eindämmung des deutschen Expansionsstrebens ganz zu schweigen. Ebenso deutlich wurde, dass binnen weniger Jahre ein neuer Krieg mit Deutschland zu erwarten war. Andererseits erkannte man, dass die britischen Streitkräfte erst nach Verwirklichung eines langfristigen Rüstungsprogramms in der Lage sein würden, einen solchen Krieg zu führen, möglicherweise erst ab 1942.<sup>14</sup> Der Aufbau der Luftwaffe und die Verstärkung der Marine gingen ausserdem auf Kosten des Heeres (was 1940 zu spüren sein sollte), da man versuchte, die Rüstungskosten mit den Anforderungen eines ausgeglichenen Staatshaushalts und der wirtschaftlichen Erholung in Einklang zu bringen.<sup>15</sup>

Eine Folge der sichtbar werdenden militärischen Schwäche Grossbritanniens war ein verheerender diplomatischer Rückschlag Ende 1935: das Hoare-Laval-Abkommen, eine blamable, zunächst geheime, dann publik gewordene Übereinkunft zwischen Briten und Franzosen, mit der vergeblich versucht worden war, den Aggressor Mussolini auf Kosten seines Opfers, Abessinien, auf die westliche Seite zu ziehen. Von diesem Debakel sollte sich der Völkerbund nie mehr erholen. Hitler nutzte die diplomatische Verwirrung und liess im März 1936 die Wehrmacht ins entmilitarisierte Rheinland einmarschieren. Damit war die deutsche Position wiederum stärker geworden.

Noch bevor Neville Chamberlain im Mai 1937 Stanley Baldwin als Premierminister ablöste, war die britische Aussenpolitik also von Verwirrung, Unsicherheit und Untätigkeit geprägt. Chamberlain versuchte der kalten Realität der militärischen Schwäche ins Auge zu blicken und eine praktische Politik zu entwerfen, die diesem Zustand Rechnung trug. Dazu gehörten aktive Schritte zur Befriedigung – oder «Beschwichtigung» – der deutschen Interessen. Doch so realistisch er die britische Lage sah, so sehr täuschte er sich über die deutschen Ziele. Wie die meisten Beobachter der internationalen Politik nahm er an, dass sie rein nationalistischer Art seien. Nach seiner Vorstellung, die er mit vielen teilte, erhob Hitler lediglich nicht ganz unbegründete Gebietsforderungen in Mittelund Osteuropa, die mit etwas gutem Willen und friedlichen Absichten auf beiden Seiten auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden könnten. Wenn man den nationalistischen Ansprüchen der Deutschen entgegenkomme, so sein Gedankengang, könne man einen Krieg vermeiden. Mit anderen Worten, Zugeständnisse an Hitler waren der Preis des Friedens, und nach Chamberlains Ansicht war er es wert, gezahlt zu werden.

Auf dieser Annahme beruhte das Geschehen von 1938, als Chamberlain auf dem Höhepunkt der tschechoslowakischen Krise seine dramatischen Flügel nach Deutschland unternahm, um eine Übereinkunft mit Hitler zu erreichen, die Ende September in Gestalt des Münchener Abkommens zustande kam. Ob ein anderer nicht kriegerischer Weg aus der Krise möglich gewesen wäre, ist zweifelhaft. Auf jeden Fall hat man keinen anderen zu beschreiten versucht. Churchill, der seit Mitte der dreissiger Jahre immer heftigere Attacken gegen die Verteidigungs- und Aussenpolitik der britischen Regierung geritten hatte, war der Hauptverfechter einer «grossen Allianz» mit Frankreich und der So-

wjetunion, die Hitler abschrecken und, wenn nötig, jeder Aggression gegen die Tschechoslowakei (die mit beiden Ländern vertraglich verbunden war) mit Gewalt entgegentreten sollte. Bei der Linken und in der Öffentlichkeit stiess diese Idee auf viel Zustimmung, aber nicht bei der Regierung, denn bei Chamberlain und seinem Aussenminister, Lord Halifax, mischte sich Abscheu vor dem Bolschewismus mit tiefem Misstrauen gegenüber Stalins Absichten und Verachtung für die Rote Armee. Ein Bündnis war für sie ausgeschlossen.

Vermutlich hätte die «grosse Allianz», auch wenn sie zustande gekommen wäre, nichts bewirkt. Der sowjetische Diktator behauptete zwar, seine Truppen stünden bereit, falls Hitler in die Tschechoslowakei einmarschieren sollte. Aber das war eher Bluff als Absichtserklärung. Die unter Stalins Säuberungen leidende Rote Armee traf keinerlei Vorbereitungen für einen Truppeneinsatz; ausserdem hätten ihr Polen und Rumänien wahrscheinlich die Durchmarscherlaubnis verweigert.<sup>16</sup> Im Westen versuchte sich Frankreich aus seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei herauszuwinden, und Grossbritannien achtete darauf, nicht dazu verpflichtet zu werden, ein eventuelles französisches Eingreifen zu unterstützen. Chamberlain wurde darauf aufmerksam gemacht, dass der Rüstungsstand für einen grossen Krieg nicht ausreiche und man militärisch nichts tun könne, um die Tschechoslowakei zu retten. Ein Krieg würde das Empire gefährden. Durch die japanische Aggression gegen China waren bereits die britischen Interessen im Fernen Osten in Gefahr. Im Mittelmeerraum stellten das faschistische Italien und der immer wahrscheinlicher werdende Sieg Francisco Francos im seit Sommer 1936 tobenden Spanischen Bürgerkrieg eine zunehmende Bedrohung der britischen Macht dar. Chamberlain erklärte später, er habe keine andere Wahl gehabt. Grossbritannien sei nicht auf einen Krieg vorbereitet gewesen; er habe Zeit gewinnen müssen. «Jedenfalls», schrieb er einer seiner Schwestern, Monate nachdem der Krieg schliesslich ausgebrochen war, «ist es, ungeachtet des Ausgangs, klar wie der Tag, dass das Resultat weit schlimmer gewesen wäre, wenn wir 1938 hätten kämpfen müssen. Es wäre verfrüht, das Urteil der Geschichte vorherzusagen, aber wenn einst alle Akten zugänglich sein werden, wird man sehen, dass ich von Anfang an unsere militärische Schwäche erkannte und mein Bestes tat, um den Krieg aufzuschieben, wenn ich ihn schon nicht verhindern konnte.»<sup>17</sup>

Ob Chamberlain glaubte, durch die Preisgabe der Tschechoslowakei Zeit gewonnen zu haben, oder aber überzeugt war, einen grossen Schritt zur Sicherung des «Frieden für unsere Zeit» getan zu haben, ist bis heute umstritten.<sup>18</sup> Ebenso ungewiss ist, ob die im Sommer 1938 versäumte Gelegenheit, Hitler Einhalt zu gebieten, besser gewesen wäre als die Lage im folgenden Jahr, als man dann doch in den Krieg ziehen musste, und ob eine unnachgiebige Haltung in der tschechoslowakischen Frage möglicherweise zu Hitlers Sturz durch einen Staatsstreich geführt hätte. Am wahrscheinlichsten ist in beiden Fällen eine negative Spekulation: dass man keine bessere Gelegenheit verpasst hatte und dass Hitler nicht zu Fall gekommen wäre. Wie Planspiele ergeben haben, wäre die Tschechoslowakei aller Wahrscheinlichkeit nach rasch überannt worden und Grossbritannien und Frankreich hätten sich mit diesem *Fait accompli* abfinden oder aber aus einer militärisch schwächeren Position als 1939 Krieg führen müssen. Auf jeden Fall hätte ein bewaffneter Triumph Deutschlands im Bereich des Möglichen gelegen. Und es muss bezweifelt werden, dass die noch in den Anfängen steckende deutsche Opposition gut genug organisiert gewesen wäre, um gegen Hitler vorzugehen, bevor er ihr durch einen Sieg über die Tschechoslowakei bei gleichzeitiger Ausschaltung der Westmächte den Wind aus den Segeln genommen hätte. Jenseits aller Mutmassungen traf indessen zu, was Churchill im Unterhaus so vehement feststellte: «Wir haben [in München] eine vollständige, durch nichts gemilderte Niederlage erlitten»<sup>19</sup> – wenn auch eine, die auf einer seit Langem bestehenden militärischen Schwäche und der ebenso lange verweigerten Erkenntnis der Notwendigkeit einer raschen Aufrüstung beruhte, wofür mehrere britische Regierungen, nicht nur diejenige Chamberlains, verantwortlich waren. Wenigstens wurde jetzt die Aufrüstung beschleunigt vorangetrieben, sodass Grossbritannien im September 1939 zwar militärisch nicht wirklich stark war, sich aber im Vergleich zu den deutschen Streitkräften in einer besseren Position befand als in der Zeit von München.

Als Hitler im März 1939 sein wahres Gesicht zeigte, indem er das in München gegebene Wort brach und die Wehrmacht in die restliche Tschechoslowakei einmarschieren liess, dämmerte der britischen Regierung, dass der Krieg nicht mehr zu verhindern war. Durch die Garantie, die sie Polen am Ende desselben Monats gab, wurde er dann unvermeidlich, denn diese legte das Schicksal Grossbritanniens in die Hände Deutschlands und Polens. Es folgte



mit unerbittlicher Konsequenz die Kette von Ereignissen im dramatischen Sommer 1939, die zunächst zum deutsch-sowjetischen Abkommen und dann zum Überfall auf Polen führte. Chamberlain und Halifax sahen erst spät und widerstrebend ein, dass es notwendig gewesen wäre, die Möglichkeit eines Bündnisses mit Stalin zu erkunden. Doch Hitler manövrierte sie erneut aus. Der berühmte Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 bedeutete, dass der Krieg nicht nur unvermeidlich war, sondern auch unmittelbar bevorstand. Er begann gut eine Woche später, am 1. September 1939, mit dem deutschen Angriff auf Polen. Durch die zwei Tage später folgenden Kriegserklärungen Grossbritanniens und Frankreichs an Deutschland wurde der deutsch-polnische Konflikt zu einem europäischen Krieg. Chamberlain rechnete mit einem langen Kräftemessen, war jedoch zuversichtlich, dass Grossbritannien am Ende die Oberhand gewinnen würde.

Diese Einschätzung beruhte zum grossen Teil auf den überlegenen ökonomischen Ressourcen, die Grossbritannien zur Verfügung standen. Man nahm an, dass sie in einem langen Krieg den Ausschlag geben würden. Zugleich unterstellte man der deutschen Wirtschaft eine kritische Instabilität. In den auf den deutschen Angriff auf Polen folgenden Monaten der militärischen Passivität in Westeuropa geschah wenig, was diesen grundlegenden Optimismus erschüttern konnte. Bis er im Frühjahr 1940 binnen weniger Tage zerstob.

## II

Der Donnerschlag brach am 10. Mai 1940 los und bereitete dem «Sitzkrieg» an der Westfront ein Ende. Der Sturm hatte sich seit einem Monat zusammengebraut, seit Hitlers Truppen Anfang April in Dänemark und Norwegen einmarschiert waren. Als an diesem Maimorgen der Tag dämmerte, eröffnete die deutsche Artillerie an der belgischen Grenze das Feuer. Der lange erwartete Westfeldzug hatte begonnen.

Mit atemberaubender Geschwindigkeit rückte die Wehrmacht, unter Missachtung der niederländischen und belgischen Neutralität, vor und erreichte am Abend des 20. Mai die französische Küste, nachdem sie in nur zehn Tagen zweihundertvierzig Kilometer zurückgelegt hatte. Die alliierten Truppen, die durch das Tempo und die überraschende Sichelschnittbewegung der Wehr-

macht durch Südbelgien und Nordfrankreich in zwei Gruppen geteilt worden waren, zogen sich ungeordnet in Richtung Küste zurück. Die letzten Hoffnungen auf eine Gegenoffensive erwiesen sich als illusorisch, als am 24. Mai Boulogne fiel und Calais unter Belagerung geriet. Am 25. Mai war Dünkirchen der einzige Hafen, der den Alliierten noch offenstand. Am nächsten Tag zogen sich praktisch die gesamten britischen Expeditionstruppen und der grösste Teil der noch kämpfenden französischen Truppen – alles in allem annähernd 340'000 Mann – nach Dünkirchen und in seine Umgebung zurück, wo sie zwischen dem Ärmelkanal und der deutschen Front festsassen.

Das Schicksal wollte es, dass am selben Tag, an dem Hitler den Westfeldzug begann, dem 10. Mai, der Mann, der sich als sein schärfster Gegner erweisen sollte, Winston Churchill, das Amt des Premierministers des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland antrat. Die dreissiger Jahre hatte Churchill im politischen Abseits verbracht. Trotz seiner reichen Erfahrungen als Minister, die bis in den Ersten Weltkrieg zurückgingen, war er in den Augen der damaligen Regierungschefs der grossen Koalition, die 1931 während der Wirtschaftskrise gebildet worden war und von seiner eigenen Partei, den Konservativen, dominiert wurde, ein zu unzuverlässiger und zu unabhängiger Geist, um ihm ein hohes Regierungsamt anzuvertrauen. Während die Linke ihn als Reaktionär verabscheute, betrachteten ihn viele Konservative als einzelgängerischen Abenteurer. Dass er für die Katastrophe von Gallipoli im Ersten Weltkrieg verantwortlich war, hatte man ebenso wenig vergessen wie seine frühere politische Treulosigkeit, als er zunächst von der Konservativen Partei zu den Liberalen und später wieder zurückgewechselt war. Als Schatzkanzler unter Premierminister Stanley Baldwin zwischen 1924 und 1929 hatte er sich ebenfalls nicht sonderlich ausgezeichnet. Die Jahre im Finanzministerium sind als «die schwächsten in seiner wechselvollen Karriere» eingeschätzt worden. Seine «schwankende Finanzpolitik» – er galt als zu ungeduldig, um die Details der Finanzverwaltung beherrschen zu können – habe ihn «in den Augen nüchternerer Politiker diskreditiert und das Finanzministerium geschwächt, sodass es weniger gewappnet war für eine Periode wirklicher Wirtschaftsprobleme».<sup>20</sup> Dass er «unvernünftig» war, schien er Anfang der dreissiger Jahre durch seine offene Ablehnung der von seiner Partei angestrebten begrenzten Verfassungsreform in Indien und durch seine

nachdrückliche Unterstützung König Edwards VIII. in der Abdankungskrise im Dezember 1936 erneut zu bestätigen.

Der Eindruck, dass Churchill trotz seiner vielen Talente hinsichtlich seines politischen Urteilsvermögens nicht zu trauen war, wurde in der Konservativen Partei weithin geteilt. Viele hätten dem privat geäußerten Verdikt des damaligen Premierministers Baldwin zugestimmt: «Als Winston geboren wurde, flogen viele Feen mit ihren Gaben zu seiner Wiege herab – Fantasie, Beredsamkeit, Fleiss, Tatkraft –, und dann kam eine Fee, die sagte: «Niemand hat ein Recht auf so viele Gaben», hob ihn hoch und schüttelte ihn derart durch, dass ihm trotz all seiner Gaben Urteilsvermögen und Klugheit vorenthalten blieben.»<sup>21</sup> Seine angebliche Unzuverlässigkeit war lange Zeit der hervorstechende Zug des Bildes, das sich seine eigene Partei von Churchill machte. Noch im Juli 1939 wollten vier Fünftel der konservativen Hinterbänker im Unterhaus ihn nicht im Kabinett sehen.<sup>22</sup>

Churchill war in der Tat ein unabhängiger Geist. Auf seine vielen Kontakte, seine rhetorischen und journalistischen Fähigkeiten sowie sein Ansehen im Parlament gestützt, hatte er regelmässig und mit zunehmender Wirkung die britische Verteidigungs- und Rüstungspolitik kritisiert. Seine Warnungen vor der wiedererstehenden Gefahr aus Deutschland hatten sich als prophetisch erwiesen. Aufgrund der unerbittlichen Feindschaft gegenüber dem Nationalsozialismus, der er seit Hitlers Machtantritt beständig Ausdruck verlieh, war er einer der wenigen strikten Gegner der Appeasementpolitik in seiner Partei. Mit seiner Verurteilung des ebenso schändlichen wie demütigenden Münchener Abkommens hatte er sich deutlich von Chamberlain und seinen glücklosen Zugeständnissen an Hitler abgehoben. Als dieser durch die Zerstörung der restlichen Tschechoslowakei im März 1939 den Briten die Augen dafür geöffnet hatte, dass es ihm nicht allein um die Zusammenführung der «Volksdeutschen» in einem «Grossdeutschen Reich» ging, sondern um koloniale Eroberung, und dass der Krieg in Europa unvermeidlich war, hatte Churchill wie in der sich vertiefenden Krise im vorangegangenen Jahr erneut vergeblich die Bildung einer «grossen Allianz» gefordert, in der sich Grossbritannien mit der Sowjetunion und Frankreich vereinigen sollte – als letzte Chance, einen neuen grossen Flächenbrand zu verhindern.<sup>23</sup> Als dann trotz aller Friedensbemühungen der Appeasementpolitiker der Krieg ausbrach, konnte sich Churchill be-

stätigt sehen. Seine Rückkehr ins Kabinett, in sein altes Amt als Erster Lord der Admiralität, am 3. September 1939, dem Tag der britischen Kriegserklärung an Deutschland, wurde daher von vielen begrüsst, sogar von einigen seiner früheren politischen Gegner. Seine Ernennung schien eine gewisse Zuversicht zu verbreiten.

Man sollte Churchills damalige Machtbasis jedoch nicht überschätzen. Chamberlain hatte weiterhin das Ruder fest in der Hand und war während des sogenannten Sitzkriegs in seiner eigenen Partei immer noch überaus beliebt. In diesen Monaten blieben die britischen Kriegsziele, abgesehen davon, dass man Hitler loswerden wollte, unbestimmt. Es gab übertriebene Hoffnungen, dass eine Wirtschaftskrise oder ein Machtkampf Hitler zu Fall bringen würde. Danach, so nahm man optimistisch an, wäre der Weg zu einer Wiederherstellung der alten Grenzen und zur Beendigung des Konflikts frei. Chamberlain rechnete jedoch, realistischer als viele andere, mit einem langen Krieg von etwa drei Jahren. Er bezweifelte, dass er mit einem vollständigen Sieg enden würde, glaubte aber nicht, dass Hitler auf lange Sicht gewinnen konnte, und hoffte, dass er gestürzt werden würde, sobald das deutsche Volk dies klar erkannte. Manche wollten durch Verhandlungen mit Hitlers Regierung den Konflikt beenden, bevor er ernst zu werden begann. Im Herbst 1939 erhielt Chamberlain Tausende von Briefen, in denen er aufgefordert wurde, den Krieg durch einen Verhandlungsfrieden zu beenden.<sup>24</sup> Obwohl es keine «Friedenspartei» als solche gab, drückten Einzelne – zumeist Konservative sowie eine Reihe von Peers mit guten Verbindungen zu hochgestellten Persönlichkeiten – die verzweifelte Hoffnung auf eine Verhandlungslösung aus.<sup>25</sup> Doch die Regierung zeigte sich nicht bereit, diesen Weg zu beschreiten; das «Friedensangebot», das Hitler am 6. Oktober 1939 nach dem deutschen Sieg über Polen unterbreitete, wurde umgehend zurückgewiesen.<sup>26</sup>

So zog sich der Sitzkrieg mit seiner «unheildrohenden Stille» (wie der rastlose Churchill sie nannte) bis ins Frühjahr 1940 hin.<sup>27</sup> Auch der merkwürdige Optimismus der britischen Regierung, dem zufolge Hitler schliesslich gestürzt oder besiegt werden, auf keinen Fall aber die Oberhand gewinnen würde, hielt sich hartnäckig. Darunter verbarg sich allerdings Beunruhigung, das Gefühl, dass der unheimlichen Ruhe ein grosser Sturm folgen würde. Hitlers nächster Schritt, so ahnte man, würde nicht lange auf sich warten lassen. Mit dem Schritt, den er dann im April 1940 unternahm, kam er dem britischen Vorhaben zuvor, skandinavische Gewässer zu verminen, wie es Churchill wiederholt

gefordert hatte. Am 4. April hatte Chamberlain das Schicksal herausgefordert, indem er verkündete, Hitler habe durch das Versäumnis, Frankreich und Grossbritannien anzugreifen, «den Anschluss verpasst».<sup>28</sup> Diese leichtfertige Prahlerei wurde prompt bestraft: Fünf Tage später marschierte die Wehrmacht in Dänemark und Norwegen ein. Es folgte die katastrophale britische Intervention in Norwegen. Die Hauptverantwortung lag zwar bei Churchill, aber den politischen Preis hatte Chamberlain zu zahlen. Die Messer waren gewetzt, um den Premierminister zu stürzen, der versucht hatte, Hitler zu beschwichtigen. Churchill, dessen Warnungen aus dem politischen Abseits jetzt als prophetisch erschienen, hatte an Statur gewonnen. Anfang Mai hatte ein grosser Teil von Chamberlains eigener Partei das Vertrauen in ihn verloren und sah in ihm nicht mehr die Führungspersönlichkeit, die Grossbritannien im Krieg brauchte. Die Oppositionsparteien lehnten eine Zusammenarbeit mit ihm in einem Kriegskabinett kategorisch ab. Nachdem er im Unterhaus eine Vertrauensabstimmung verloren hatte, trat er am 10. Mai zurück.

Die beiden Anwärter auf seine Nachfolge waren Churchill und Aussenminister Halifax, seit 1937 nach dem Premierminister die führende Figur im Kabinett. Chamberlain bevorzugte Halifax, ebenso wie privatim (da sie verfassungsgemäss keine Stimme in der Angelegenheit hatten) König Georg VI. und Königin Elisabeth. Auch das Parlament hätte Halifax' Wahl unterstützt. Vom Ober- ins Unterhaus zu wechseln, was wahrscheinlich notwendig gewesen wäre, war umständlich, stellte jedoch kein unüberwindliches Hindernis dar. Aber Halifax winkte ab. Über die Gründe ist viel spekuliert worden.<sup>29</sup> Am wahrscheinlichsten ist, dass die tiefe Ablehnung, die Chamberlain zum Zeitpunkt seines Rücktritts erfuhr, ihn zu der Erkenntnis brachte, dass auch ihm das Temperament für einen Kriegspremier fehlte. Damit war der Weg frei für den kampflustigeren, dynamischeren, entschlosseneren und willensstärkeren – wenn auch unberechenbaren – Churchill. Wie die Zukunft ausgesehen hätte, wenn Halifax, der bloss hätte zugreifen müssen, das Amt des Premierministers übernommen hätte, lässt sich nicht sagen. Aber seine Entscheidung, zu diesem Zeitpunkt Churchill den Vortritt zu lassen, hatte enorme Auswirkungen auf die britische Kriegführung. Am Abend des 10. Mai war Churchill Premierminister. «Endlich verfügte ich über die Autorität, in jeder Richtung massgebende Weisungen zu erteilen», beschrieb er seine Gefühle einige Jahre später in vielleicht etwas allzu dramatischer Form.

«Mir war zumute, als ob das Schicksal selber mir den Weg wiese, als wäre mein ganzes bisheriges Leben nur eine Vorbereitung auf diesen Augenblick gewesen und auf diese Prüfung.»<sup>30</sup>

Die Schwere der Prüfung sollte rasch klar werden, denn binnen vierzehn Tagen hing das Schicksal Frankreichs am seidenen Faden, während fast das gesamte britische Expeditionskorps in Gefahr schwebte, entweder gefangen genommen oder aufgerieben zu werden. Churchill hatte sein neues Amt kaum angetreten, als sich sein Land der grössten Bedrohung seiner gesamten Geschichte gegenüber sah. Angesichts der drohenden Gefahr hatte das Kriegskabinett eine der folgenreichsten Entscheidungen zu treffen, die eine britische Regierung jemals gefällt hat: ob sie Fühler ausstrecken sollte, um einen Verhandlungsfrieden mit Hitler zu erreichen, oder ob Grossbritannien weiterkämpfen sollte. An Meinungen dazu herrschte kein Mangel, auch nicht an solchen von einflussreichen Kreisen, die sich, wenn auch widerstrebend, für einen Friedensschluss zu ehrenhaften Bedingungen aussprachen, weil sie darin in einer derart ernsten Lage wie der, in der sich das Land befand, den einzigen vernünftigen Ausweg sahen.<sup>31</sup> Das Ergebnis der Überlegungen des Kriegskabinetts stand in den Tagen, in denen ein Grossteil des britischen Heeres in Dünkirchen buchstäblich gestrandet war, keineswegs von vornherein fest.

### III

Angesichts der späteren Ereignisse fällt es schwer, sich vorzustellen, wie unsicher Churchills Position Mitte Mai 1940 war. Noch war seine Machtstellung nicht so unumstritten, wie sie es bald werden sollte. Als er am 13. Mai zum ersten Mal als Premierminister im Unterhaus auftrat, löste er keineswegs Begeisterungstürme aus. Der Beifall an diesem Tag, abgesehen von demjenigen der Opposition, galt vielmehr Chamberlain.<sup>32</sup> Churchills später als Musterbeispiel für seine rhetorischen Fähigkeiten angesehene Antrittsrede, in der er «Blut, Mühsal, Tränen und Schweiss» versprach, wurde von den konservativen Abgeordneten kühl aufgenommen. Das Misstrauen blieb. Manche rechneten damit, dass Churchills Amtszeit nur von kurzer Dauer sein würde.<sup>33</sup> Viele Konservative wären froh gewesen, wenn Chamberlain wieder das Ruder übernommen hätte. Churchill war klar, dass er es sich angesichts des nur be-

dingten Rückhalts in seiner Partei nicht leisten konnte, seinen Vorgänger, der weiterhin Vorsitzender der Konservativen war, zu verprellen.<sup>34</sup>

Churchill holte einige führende Labourpolitiker in die Regierung, drehte ansonsten aber nur das Postenkarussell, sodass die meisten der alten Gesichter blieben. Nur das Kriegskabinett wurde dennoch radikal umgebaut und auf fünf Mitglieder verkleinert, von denen drei Konservative waren: Churchill selbst, der neben dem Amt des Regierungschefs auch das des Verteidigungsministers übernahm, Neville Chamberlain, der als Lordpräsident des Staatsrates für die Innenpolitik zuständig war, und Halifax, der Aussenminister blieb. Zu ihnen kamen zwei Labourvertreter, Clement Attlee und Arthur Greenwood. Attlee, seit 1935 Parteivorsitzender, Ende fünfzig, ein kleiner, gepflegter, zurückhaltender Mann, der als ehemaliger Weltkriegsoffizier ein eher untypischer Sozialist war, wurde Lordsiegelbewahrer, und sein Stellvertreter Greenwood, sechzig Jahre alt, ein liebenswürdiger Mann aus Yorkshire, der wie Churchill gern dem Alkohol zusprach und sich in einer kurzen Amtszeit vor der Weltwirtschaftskrise als fähiger, wenn auch unauffälliger Gesundheitsminister erwiesen hatte, wurde Minister ohne Portefeuille. Churchill, der seine Position durch die Übernahme des Verteidigungsressorts weiter gestärkt hatte, sollte das Kriegskabinett bald dominieren. Doch im Mai 1940, als sich die Krise verschärfte, war seine Stellung noch nicht derart beherrschend. Er konnte die anderen Mitglieder des Kabinetts nicht überstimmen oder ihnen seinen Willen aufzwingen, und er räumte seine Abhängigkeit insbesondere von Chamberlain und Halifax freimütig ein. Chamberlain notierte am Tag nach Churchills Amtsantritt: «Ich weiss, dass er sich auf Halifax und mich verlässt oder, wie er es in einem Brief ausgedrückt hat: ‚Mein Weg hängt zum grossen Teil von Ihnen ab.‘»<sup>35</sup>

Das Ausmass der Krise, der sich Churchills Kriegskabinett gegenüber sah, wurde mit jedem Tag deutlicher. Die Wehrmacht rückte mit atemberaubendem Tempo vor. Jeder neue Bericht bestätigte, dass sich eine Katastrophe ersten Ranges anbahnte. Die Sorge um Frankreich wuchs ständig. Mit ihr einher ging die häufig unausgesprochene Befürchtung, dass Grossbritannien nicht würde weiterkämpfen können, falls sein Verbündeter besiegt werden sollte – so sah es zum Beispiel Chamberlain.<sup>36</sup> Einige Tage darauf bemerkte Samuel Hoare, der Chamberlains Kriegskabinett angehört hatte, jetzt aber vor der Abreise stand, um seinen neuen Posten als britischer Botschafter in Madrid anzutreten,

der frühere Premierminister sei «völlig am Boden. Alles aus. Die USA bringen nichts. ‚Wir können unsere Armee niemals herausholen, und wenn, dann ohne jede Ausrüstung.‘»<sup>37</sup> Nicht nur Chamberlain schaute bedrückt in die Zukunft. Beobachter sprachen von einer «Panikstimmung»<sup>38</sup> und von «Defätismus» in der Londoner Oberschicht,<sup>39</sup> und Generalstabschef Edmund Ironside befürchtete, dass der deutsche Angriff das «Ende des britischen Empires» eingeläutet habe.<sup>40</sup> Der Oberkommandeur des Jägerkommandos, Hugh Dowding, erklärte am 16. Mai, dass Grossbritannien weiterkämpfen könne, wenn eine angemessene Jägerflotte im Land bleibe und die Marine nicht zerstört werde. Sollten jedoch Geschwader über den Ärmelkanal geschickt werden, dann würde die Niederlage Frankreichs auch die endgültige Niederlage Grossbritanniens bedeuten.<sup>41</sup>

Als der französische Ministerpräsident Paul Reynaud seinem neuen Amtskollegen in London am 15. Mai mitteilte: «Wir sind geschlagen», wollte Churchill dies zuerst nicht glauben. Nach einem Treffen mit den Spitzen der französischen Regierung am nächsten Tag in Paris war jedoch kein Zweifel am Ausmass der Katastrophe und an der dort herrschenden Verzweiflung mehr möglich.<sup>42</sup> Churchill gab eine Glanzvorstellung und versicherte seinen Gastgebern, dass Grossbritannien weiterkämpfen werde, bis die Vereinigten Staaten ihm zu Hilfe kämen und Deutschland besiegt sei.<sup>43</sup> Gleichzeitig beschrieb er jedoch, durch eine dicke Wolke aus Zigarrenrauch hindurch, bis spät in die Nacht hinein eine «apokalyptische Vision des Krieges», in der er sich selbst «im Herzen von Kanada den Luftkrieg zwischen der Neuen und der von Deutschland beherrschten Alten Welt dirigieren sah, über einem England, das von hochexplosiven Bomben dem Boden gleichgemacht war, und einem Frankreich, dessen Ruinen bereits erkalteten».<sup>44</sup> «Franzosen knicken offenbar ein, und Lage furchtbar», notierte Alexander Cadogan, der Chef des diplomatischen Stabes im britischen Aussenministerium, nachdem er Churchills Bericht über seinen Parisbesuch gehört hatte. Am 21. Mai vertraute er seinem Tagebuch an: «Nur ein Wunder kann uns noch retten; ansonsten sind wir erledigt.»<sup>45</sup>

Wer keinen Einblick in die hohe Politik oder die niederschmetternden Berichte der militärischen Führer hatte, also die Masse der Bevölkerung, konnte den Ernst der Lage nicht in vollem Umfang erkennen.<sup>46</sup> Zumindest an der Oberfläche herrschte Ruhe. Viele steckten einfach den Kopf in den Sand. Chamberlain gab am 17. Mai in einem Brief an seine Schwester Hilda seinen



Eindruck von der Stimmung im Land wieder: «Die Öffentlichkeit begreift nicht im Geringsten, wie ernst die Lage ist. Beim Spaziergang um den See [im St.-James-Park] konnte es einem heute das Herz brechen, wenn man sah, wie die Leute auf ihren Stühlen die Sonne genossen, oder beobachtete, wie die Entenküken auf dem Wasser hin und her schossen. Wir werden versuchen, ihrem Wirklichkeitssinn auf die Sprünge zu helfen, obwohl ich vorauszusagen wage, dass die Ereignisse mehr dazu beitragen werden als alles, was wir uns ausdenken können.»<sup>47</sup> Chamberlains Voraussage bewahrheitete sich. Nichts-sagende Berichte von BBC und Presse konnten weder die Bedrohung verbergen, die vom Vormarsch der deutschen Wehrmacht ausging, noch die Schwäche der alliierten Truppen, die ihn nicht aufzuhalten vermochten. Die Ereignisse auf der anderen Seite des Ärmelkanals lösten berechtigte und immer grösser werdende Ängste aus.<sup>48</sup>

Churchills Vertrauen in die Fähigkeit der Franzosen, auszuhalten, hatte bei seinem Parisbesuch am 16. Mai einen schweren Schlag erhalten. Von einem zweiten Besuch am 22. Mai kehrte er wegen der Aussicht auf eine Gegenoffensive, die er den Franzosen aufgedrängt hatte, etwas optimistischer zurück.<sup>49</sup> Dennoch musste auch für die Möglichkeit, wenn nicht sogar die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns eines Angriffs geplant werden. In diesem Fall, so erläuterte Churchill am Vormittag des 23. Mai dem König, bliebe ihm nur eines übrig: das britische Expeditionskorps nach England zurückzubeeordern, unter Zurücklassung sämtlicher Waffen und wahrscheinlich zu einem immensen Blutzoll.<sup>50</sup> Bei Einbruch der Dunkelheit am 23. Mai waren eine Viertelmillion britischer Soldaten in der enger werdenden deutschen Umklammerung gefangen. Calais würde wahrscheinlich nicht mehr lange standhalten, und unterdessen rückte die Vorhut der deutschen Panzer immer näher an Dünkirchen heran, den letzten Hafen, der sich in der Hand der Alliierten befand.

Als Hitler am Morgen des 24. Mai das Hauptquartier seines Oberbefehlshabers West, Generaloberst Gerd von Rundstedt, besuchte, standen die Panzer der deutschen Vorhut nur noch fünfundzwanzig Kilometer südlich von Dünkirchen. Nachdem Rundstedt ihm die militärische Lage geschildert hatte, befahl Hitler, den Vormarsch zu stoppen und nicht weiter auf Dünkirchen selbst vorzurücken. Diese Entscheidung, dem geschlagenen britischen Heer nicht den Todesstoss zu geben, wurde bald als schweres Versäumnis betrach-

tet. Um diesen offensichtlichen militärischen Fehler zu rechtfertigen, erklärte Hitler später, er habe die britische Armee, das Rückgrat des Empires, nicht vernichten wollen.<sup>51</sup> Das war nicht mehr als ein Versuch, das Gesicht zu wahren. Tatsächlich war er bloss dem militärischen Ratschlag des Frontkommandeurs von Rundstedt gefolgt, der seine motorisierten Kräfte für die letzte Etappe des Feldzugs, den Vorstoss nach Süden, schonen wollte. Was Hitler anging, so wollte er keineswegs die britische Armee schonen; vielmehr hatte ihm Göring als Oberbefehlshaber der Luftwaffe weisgemacht, seine Flugzeuge würden den Angriff zu Ende führen.<sup>52</sup>

In London beschäftigte sich derweil das Kriegskabinett mit dem Schicksal der britischen Truppen im inzwischen belagerten Calais sowie mit der wahrscheinlich bevorstehenden Kapitulation Belgiens. Boulogne war bereits gefallen, und die letzten dort noch verbliebenen britischen Soldaten, rund tausend Mann, waren über das Meer herausgeholt worden. Churchill bestand jedoch darauf, dass die in Calais eingeschlossenen Truppen weiterkämpfen sollten, um die Deutschen so lange wie möglich aufzuhalten. Jeder Zeitgewinn sei wertvoll, entweder für den vorgeschlagenen Gegenangriff (den die französische Militärführung zu diesem Zeitpunkt längst aufgegeben hatte, um stattdessen die Kapitulation ins Auge zu fassen<sup>53</sup>) oder für die Evakuierung von so vielen britischen Soldaten wie möglich. Dennoch war bis zum 24. Mai noch keine britische Einheit nach Dünkirchen geschickt worden, obwohl dessen Hafen noch frei war, und dort eine grosse französische Garnison lag.<sup>54</sup>

Der Gegenangriff fand nie statt. Er war einfach nicht durchführbar gewesen. Stattdessen folgte ein Rückzug der britischen Truppen, der zwischen Paris und London zu Missverständnissen und gegenseitigen Schuldvorwürfen führte. Als am Abend des 25. Mai die Offensive endgültig aufgegeben worden war und die Kapitulation Belgiens unmittelbar bevorstand, beschloss der Kommandeur des britischen Expeditionskorps, General Lord Gort, aus eigenem Ermessen, wenn auch mit nachträglicher Zustimmung Londons seine Truppen an die Küste zurückzuziehen, um bei Dünkirchen einen Brückenkopf zu bilden und so viele Soldaten wie möglich zu evakuieren. Der Name Dünkirchen, der der britischen Öffentlichkeit damals so gut wie unbekannt war, sollte bald in aller Munde sein.

Für das britische Kriegskabinett war, angesichts der deutschen Umklammerung, der immer wahrscheinlicher werdende Fall Frankreichs und mit ihm

der mögliche grosse Verlust eigener Truppenverbände kaum noch eine Überraschung. General Ironside, zugegebenermassen ein pessimistisch gestimmter Mann, schrieb am 23. Mai düster: «Ich sehe kaum eine Chance, dass wir irgendjemand vom Expeditionskorps herausbekommen.»<sup>55</sup> Zwei Tage später glaubte er immer noch, dass man nur einen «winzigen Teil» der Truppen werde retten können. Ausserdem werde man die gesamte Ausrüstung zurücklassen müssen.<sup>56</sup> Ein grosser Teil der Expeditionstruppen und ihrer Ausrüstung werde «selbst unter den besten Umständen unvermeidlicherweise verloren gehen».<sup>57</sup> Am 26. Mai, dem Tag, an dem die «Operation Dynamo», die Evakuierung aus Dünkirchen, angeordnet wurde, hiess es, man werde nicht mehr als 45'000 Männer retten können.<sup>58</sup> Der Verlust fast des gesamten Expeditionskorps wäre ein verheerender Schlag gewesen.<sup>59</sup> Es gab in Grossbritannien keine nennenswerten Reserven, die es hätten ersetzen können. Man hätte also kaum noch die Mittel gehabt, um eine deutsche Invasion abzuwehren, die den nachrichtendienstlichen Erkenntnissen zufolge vermutlich bevorstand.<sup>60</sup> Unter solch düsteren Umständen war es kaum überraschend, dass sich manche mit den Optionen beschäftigten, die Grossbritannien noch offenstehen würden, wenn das Schlimmste eintreten sollte.

#### IV

Für manche in London und Paris war Italien die letzte Hoffnung. Man durfte zwar nicht allzu viel erwarten, aber einen Versuch war es wert, dachte man, und sei es nur, um Italien – das zu diesem Zeitpunkt noch neutral war – aus dem Krieg herauszuhalten. Im Zusammenhang damit stellte man sich ausserdem vor, dass Mussolini selbst jetzt noch dazu bewogen werden könnte, als Mittelsmann zu seinem Freund Hitler zu dienen und mitzuhelfen, eine Ausweitung des Konflikts und die Zerstörung Europas zu verhindern. Immerhin hatte Mussolini 1938 zugunsten des Friedens interveniert, wenn auch mit dem Ergebnis der rühmlosen Münchener Konferenz. Zudem konnte Italien nicht einfach ruhig zusehen, wie Deutschland den Kontinent unter seine Vorherrschaft brachte. Darüber hinaus durfte Mussolini für jede Mittlertätigkeit bedeutende territoriale Zugeständnisse für Italien im Mittelmeerraum erwarten. Machtsteigerung, Prestigegewinn und Wohlstand für sein Land in einem fried-

lichen Europa, das waren die Zuckerbrote, die vor ihm lagen. Weitere Anreize, mit denen man den italienischen Diktator hätte verlocken können, gab es kaum, wenn überhaupt, und ganz gewiss gab es keine, die ihn dazu gebracht hätten, der Anziehungskraft der militärischen Grösse zu widerstehen, die ihm der Triumph in einem Krieg versprach, der in seiner Vorstellung schon gewonnen war. Er verstand Drohungen, zumal dann, wenn dazu ein genügend grosser Knüppel geschwungen wurde. Aber blossе Vorhersagen wie, er habe «aufs falsche Pferd gesetzt» oder Italien sei ein «Leichtgewicht» in einem Boxring mit den schwergewichtigen westlichen Demokratien, die eine längere Auseinandersetzung am Ende gewinnen würden, konnten ihn nicht beeindrucken. Auf solche Vorhaltungen, die vorgebracht worden waren, hatte er sowohl dem französischen Ministerpräsidenten Reynaud als auch Churchill versichert, dass er entschlossen sei, in politischer und militärischer Hinsicht Deutschlands Verbündeter zu bleiben.<sup>61</sup>

Auf dem Höhepunkt der Krise stellte jedoch eine Demarche bei Mussolini möglicherweise eine letzte Chance dar. Der französische Verteidigungsminister (und frühere Ministerpräsident) Édouard Daladier schlug vor, Mussolini zu «kaufen». Ihm schwebte eine Kontaktaufnahme über US-Präsident Roosevelt vor, um dem Faschistenführer mitzuteilen, dass die Alliierten bereit seien, über seine Forderungen nachzudenken, wenn Italien nicht in den Krieg eintrete. Ausserdem wurde ihm die Teilnahme an der Friedenskonferenz im Status eines Kriegführenden versprochen. Das britische Aussenministerium signalisierte am 25. Mai seine Einwilligung.<sup>62</sup> Am Vortag war der Vorschlag, «mit Italien über das Mittelmeer zu diskutieren», dem früheren mächtigen Chefdiplomaten im Aussenministerium, Robert Vansittart, unterbreitet worden, der ihm zugestimmt hatte. Auch sein Nachfolger Alexander Cadogan war dafür, «wenn er den Krieg mit Italien um ein paar Tage hinauszögert».<sup>63</sup> Das unmittelbare Ziel der französischen Initiative und der britischen Unterstützung war darauf begrenzt, Mussolini aus dem Krieg herauszuhalten, um Zeit zu gewinnen. Die Erwähnung der italienischen Rolle auf einer künftigen Friedenskonferenz deutet jedoch daraufhin, dass der Vorschlag implizit weiterging. Man hatte nicht weniger im Sinn, als den Konflikt durch Verhandlungen zu beenden. Aber dazu musste man Deutschland einbeziehen. Hitler hätte auf einer Friedenskonferenz auf jeden Fall ein gewichtiges Wort mitzureden.

Bereits am 16. Mai hatte Neville Chamberlain in seinem Tagebuch notiert, wenn Frankreich zusammenbreche, bestehe Grossbritanniens einzige Chance, der Zerstörung zu entgehen, in einem von Roosevelt vermittelten Waffenstillstandsabkommen. Es sei allerdings unwahrscheinlich, dass Deutschland darauf eingehen werde.<sup>64</sup> Auch Churchill wollte die Hilfe der Amerikaner, aber nicht um einen Waffenstillstand zu erreichen. In den ersten Briefen einer Korrespondenz mit dem amerikanischen Präsidenten, die im Lauf der Zeit zu beachtlichem Umfang anwachsen sollte, schlug er einen trotzigsten Ton an: «Wenn nötig, werden wir den Krieg allein fortsetzen, und das schreckt uns nicht», schrieb er am 15. Mai, um drei Tage später hinzuzufügen: «Wir sind entschlossen, bis zum Ende durchzuhalten, wie auch das Ergebnis der grossen Schlacht sein mag, die in Frankreich tobt.» Er machte jedoch keinen Hehl daraus, dass Grossbritannien durch den Fall Frankreichs in ernste Bedrängnis geraten würde. «[W]enn die Vereinigten Staaten unser Land seinem Schicksal überlassen sollten», betonte er am 20. Mai, «so hätte kein Mensch das Recht, den in jener Stunde Verantwortlichen einen Vorwurf daraus zu machen, wenn sie versuchen würden, für die überlebenden Bewohner die bestmöglichen Bedingungen herauszuschlagen.»<sup>65</sup> Es war ein Versuch, Roosevelt durch das Eingeständnis der Gefahr, in der sich Grossbritannien befand, zu einem offenen Solidaritätsbekenntnis zu bewegen, in der Hoffnung, dass praktische Schritte folgen würden. Aber die später viel beschworene «besondere Beziehung» war zu diesem Zeitpunkt alles andere als besonders gut. Churchill selbst bemerkte wenige Tage später mit einem Anflug von Bitterkeit: «Die Vereinigten Staaten haben uns im Krieg praktisch nicht geholfen, und jetzt, wo sie sehen, wie gross die Gefahr ist, wollen sie alles, was uns helfen könnte, für ihre eigene Verteidigung behalten.»<sup>66</sup>

Roosevelt antwortete freundlich, aber unverbindlich. Er musste an die öffentliche Meinung in seinem eigenen Land denken, die zu einem guten Teil isolationistisch eingestellt war. Ausserdem musste er in Erwägung ziehen, ob Grossbritannien zu unterstützen nicht eine Investition in eine verlorene Sache wäre. Am 24. Mai war sein Vertrauen in die britische Fähigkeit zum Durchhalten, derart erschüttert, dass er Kanada und die Dominions aufforderte, Churchill dazu zu drängen, die britische Flotte über den Atlantik zu schicken, bevor Hitler ihre Übergabe in seine Friedensbedingungen aufnehmen könne.<sup>67</sup>

Am Ende sagte Roosevelt jedoch zu, seinen Einfluss bei Mussolini (der sich, wie kaum anders zu erwarten, als gering erwies) zugunsten der Alliierten geltend zu machen.

Am selben Tag, an dem Roosevelt versuchte, Churchill dazu zu bewegen, die britische Flotte aus der Gefahrenzone zu manövrieren, empfahl Halifax dem Kabinett die Annahme des französischen Vorschlags, durch Vermittlung des amerikanischen Präsidenten einen Versuch zu unternehmen, den Kriegseintritt Italiens zu verhindern. Er glaubte zwar nicht, dass dabei viel herauskommen würde, sprach sich aber dafür aus, mit Roosevelts Hilfe herauszufinden, zu welchen Bedingungen Italien sich aus dem Konflikt heraushalten würde. Es könnte nützlich sein, fügte Halifax hinzu, den amerikanischen Präsidenten darüber hinaus zu bitten, Mussolini die Grundgedanken des letzten Teils einer Erklärung zu übermitteln, «die der Premierminister abgeben wollte und dann zurückgezogen hat». Diese würden besagen, «dass die Alliierten bereit seien, am Ende des Krieges vernünftige italienische Forderungen in Erwägung zu ziehen und Italien auf einer Friedenskonferenz als den kriegführenden gleichgestellten Teilnehmer zu begrüßen».<sup>68</sup> Das entsprach im Wesentlichen dem von Daladier stammenden französischen Vorschlag. Churchill hatte offenbar im Nachhinein Bedenken gehabt, eine solche Erklärung zu diesem Zeitpunkt selbst abzugeben, hiess aber wie die anderen Mitglieder des Kriegskabinetts den Vorschlag des Aussenministers gut, Roosevelt nicht nur einzuschalten, um Italiens Kriegsbeteiligung zu verhindern, sondern auch um Mussolini die Teilnahme an einer Friedenskonferenz anzubieten, der vermutlich ein früher Waffenstillstand sowohl auf britischer als auch auf französischer Seite vorausgehen sollte.

In dieser Zeit – das genaue Datum ist nicht bekannt – entwarf Halifax für Churchill ein Telegramm an Roosevelt, das dann jedoch nicht abgeschickt wurde. Es lief auf eine flehentliche Bitte an Roosevelt hinaus zu intervenieren, sollte Hitler nach dem Fall Frankreichs Grossbritannien unannehmbare, «die britische Unabhängigkeit zerstörende» Bedingungen stellen wie die Übergabe der Flotte oder der Luftwaffe. Roosevelt sollte klarstellen, dass dies «auf US-Widerstand» stossen würde und Grossbritannien in einer solch verzweifelten Lage mit der vollen Unterstützung der Vereinigten Staaten rechnen könne.<sup>69</sup> Wahrscheinlich behagte Churchill, der nicht gern Anzeichen von Verzweiflung zeigte, der notgedrungen schwächliche, pessimistische Ton des Schreibens nicht.

Nach einem Londonbesuch von Paul Reynaud am 26. Mai wurde schliesslich ein englisch-französisches Ersuchen an Roosevelt gerichtet. Man zog diesen Weg der direkten Kontaktaufnahme mit Mussolini vor, da diese als Zeichen von Schwäche hätte gewertet werden können.<sup>70</sup> Noch am selben Tag teilte Roosevelt dem italienischen Diktator mit, dass er bereit sei, als Mittelsmann zu fungieren und «italienische Ansprüche im Mittelmeerraum» an die Alliierten weiterzuleiten. Ausserdem garantiere er die gleichberechtigte Teilnahme Italiens an Friedensverhandlungen nach dem Krieg. Dafür müsse Mussolini lediglich zusagen, nicht in den Krieg einzutreten. Das Angebot wurde am nächsten Tag ohne viel Aufheben abgelehnt.<sup>71</sup>

Unterdessen hatte sich für die Alliierten eine Möglichkeit ergeben, selbst direkter und unmittelbarer mit den Italienern in Verbindung zu treten. Um diese Möglichkeit drehte sich in den folgenden drei Tagen die Diskussion: Sollte man Verhandlungen führen oder weiterkämpfen? Am 20. Mai hatte sich der italienische Botschafter in London, Graf Giuseppe Bastianini, in einem Gespräch mit dem für seine Sympathien für den Faschismus bekannten Lord Phillimore begeistert über die Aussicht auf eine durch Italien vermittelte britische Fühlungnahme mit Berlin geäussert. Phillimore hatte dem Aussenministerium pflichtschuldig berichtet, dass Mussolini sogar jetzt noch bei Hitler Gehör finden würde. Bald darauf deutete Gabriele Paresci, der Presseattaché an der italienischen Botschaft, gegenüber Vansittart an, dass eine Anfrage an Italien nicht abschlägig beschieden werden würde.<sup>72</sup> Halifax trug dies am 25. Mai dem Kriegskabinett vor, wobei er erwähnte, dass er nach Beratung mit dem Premierminister autorisiert sei, «die Sache weiterzuverfolgen». Inzwischen war Vansittart ein zweites Mal von Paresci eingeladen worden. Halifax empfahl ihm eine vorsichtige Linie mit dem Tenor, dass man stets bereit sei, «in Gespräche mit der italienischen Regierung einzutreten mit dem Ziel, den Schwierigkeiten und Missverständnissen, welche den Weg der Freundschaft zwischen beiden Völkern versperren, ein Ende zu bereiten». Churchill hatte keine Einwände, solange das Treffen nicht publik gemacht würde.<sup>73</sup>

Es war ein Samstag, ein ungewöhnlicher Tag für ein diplomatisches Treffen, aber Halifax wollte angesichts der kritischen militärischen Lage keine Zeit verlieren. Die Situation wurde immer ernster. Die durchsickernden Nachrichten waren bedrückend. Im Lauf des Tages zerschlug sich die letzte Hoffnung

auf einen zusammen mit den Franzosen ausgeführten britischen Gegenangriff, um den deutschen Vormarsch zu stoppen. Der verzweifelte Rückzug nach Dünkirchen hatte begonnen. Die Wehrmacht stand nur noch rund fünfzehn Kilometer vor dem Hafen. Die Aussichten für die britischen Expeditionstruppen waren düster. «Alles befindet sich in völligem Durcheinander», notierte Cadogan im Aussenministerium, «keine Kommunikationsverbindungen, und niemand weiss, was vor sich geht, ausser, dass alles Schwarz in Schwarz ist. Boulogne genommen, Calais unter schwerer Belagerung. Dünkirchen mehr oder weniger offen, und das ist der einzige Ausweg für unsere BEF [British Expeditionary Force], wenn sie jemals herausgebracht werden kann. Inzwischen hat sie nur noch wenig Nahrung und praktisch keine Munition mehr. [...] Mit jedem Tag werden unsere Chancen kleiner.»<sup>74</sup>

Am späten Nachmittag kam Halifax mit Bastianini zusammen. Obwohl die üblichen diplomatischen Regeln des vorsichtigen Florettfechtens eingehalten wurden, ging das Gespräch bald über das begrenzte Ziel hinaus, den italienischen Kriegseintritt zu verhindern. Bastianini erweiterte das Themenfeld, indem er erklärte, Mussolini sei stets der Ansicht gewesen, «dass die Beilegung der Probleme zwischen Italien und anderen Ländern im Rahmen einer umfassenden europäischen Regelung geschehen sollte». Darauf erwiderte Halifax, dass bei der Schaffung eines friedlichen Europa «Angelegenheiten, die Italien Sorge bereiten» – womit dessen umfangreiche territoriale Ansprüche im Mittelmeerraum gemeint waren –, «natürlich im Rahmen einer allgemeinen europäischen Regelung erörtert werden müssten». Als Bastianini sich erkundigte, ob die britische Regierung Gespräche über «allgemeine Fragen», die sowohl Grossbritannien und Italien als auch «andere Länder» betreffen, in Erwägung ziehe, erklärte Halifax ausweichend, solange der Krieg andauere, seien derart weit gefasste Unterredungen schwer vorstellbar. Darauf entgegnete der italienische Botschafter, dass der Krieg «sinnlos» werde, sobald solche Gespräche begonnen hätten. Mussolini sei bestrebt, «eine europäische Einigung zustande zu bringen, die nicht bloss ein Waffenstillstand wäre, sondern den europäischen Frieden für ein Jahrhundert sichern würde». Dieses Ziel verfolge auch die Regierung Seiner Majestät, erwiderte Halifax, und sie sei «nie abgeneigt, einen von verantwortlicher Seite unterbreiteten Vorschlag zu erwägen, der die Schaffung eines sicheren und friedlichen Europa in Aussicht stelle». Dann



dürfe er Mussolini also mitteilen, fragte Bastianini, «dass Seiner Majestät Regierung die Möglichkeit von Gesprächen über breitere Probleme Europas nicht ausschliesse, sofern sich die Gelegenheit dazu ergebe». Halifax bejahte dies.<sup>75</sup>

Am nächsten Morgen, Sonntag, den 26. Mai, erhielt Halifax, gerade als er zur Kirche gehen wollte, die Nachricht, dass Churchill für neun Uhr, vor dem Besuch des französischen Ministerpräsidenten, eine Sitzung des Kriegskabinetts einberufen habe – die erste von drei Zusammenkünften an diesem Tag. In der Besprechung berichtete Halifax über sein Treffen mit dem italienischen Botschafter, wobei er vorausschickte: «Allgemein gesprochen, hätten wir der Tatsache ins Gesicht zu sehen, dass es nicht so sehr darum gehe, Deutschland eine vollständige Niederlage beizubringen, als vielmehr darum, die Unabhängigkeit unseres eigenen Empires zu sichern, und wenn möglich auch diejenige von Frankreich.» Niemand erhob einen Einwand gegen die unter den verzweifelten Umständen höchst realistisch klingende Überlegung, dass nicht der Sieg, sondern das Überleben das Ziel sei. Implizit hatte Halifax damit auch gesagt, dass Grossbritannien zu gegebener Zeit, vermutlich eher früher als später sowie mit oder – was immer wahrscheinlicher wurde – ohne Frankreich, Verhandlungen über eine Beendigung des Krieges würde aufnehmen müssen. Bastianini, erklärte Halifax, habe «unverkennbar auszuloten versucht, ob wir einer Konferenz zustimmen würden», und angedeutet, dass Mussolini den Frieden in Europa erhalten wolle. Er, Halifax, habe darauf erwidert, dass Frieden und Sicherheit auch die Ziele Grossbritanniens seien und dass man selbstverständlich bereit sei, jeden in dieser Hinsicht förderlichen Vorschlag zu prüfen, solange die eigene Unabhängigkeit und Sicherheit gewahrt blieben. Churchill liess dies nicht ohne Kommentar stehen. Frieden und Sicherheit, warf er ein, könnten auch unter deutscher Vorherrschaft in Europa erreicht werden. Das Ziel Grossbritanniens sei es, seine «vollständige Freiheit und Unabhängigkeit» zu bewahren. Er lehne «jegliche Verhandlungen ab, die zu einer Verschlechterung [der britischen] Rechte und Macht führen könnten».<sup>76</sup> Damit waren Verhandlungen jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Bastianini hatte um ein weiteres Treffen gebeten, um neue Vorschläge unterbreiten zu können. Dennoch wurde Attlees Anregung gebilligt, die weitere Diskussion zu verschieben, bis Reynaud, der später am Tag erwartet wurde, eingetroffen sei und der Bericht der Stabschefs über die Chancen für ein britisches Ausharren, falls Frankreich zusammenbrechen sollte, vorliege. Dieser

Bericht, der auf den 25. Mai datiert war, aber erst zwei Tage später vom Kriegskabinett besprochen wurde, enthielt eine leidenschaftslose Darstellung der Lage, in der sich Grossbritannien im Fall einer französischen Kapitulation befinden würde. Unter der Voraussetzung des Verlusts des grössten Teils der Expeditionstruppen und ihrer gesamten Ausrüstung sowie des italienischen Eintritts in den Krieg gegen Grossbritannien, aber auch in der Annahme finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe vonseiten der Vereinigten Staaten (und ihrer wahrscheinlichen späteren Kriegsteilnahme) kam der Bericht zu der Schlussfolgerung, dass in Ermangelung von Verbündeten in der Luftüberlegenheit die grösste britische Hoffnung liege, in den nächsten Monaten die Gefahr einer drohenden Invasion zu überstehen. Der Bericht bot also selbst in einer solchen Notlage Anlass zu vorsichtigem Optimismus.<sup>77</sup>

Am 26. Mai trafen sich Churchill und Reynaud allein zum Mittagessen. Hinterher berichtete Churchill dem Kriegskabinett, dass Italien wahrscheinlich die Neutralisierung Gibraltars und des Suezkanals, die Entmilitarisierung Maltas und die Begrenzung der britischen Seestreitkräfte im Mittelmeer fordern werde. Er habe Reynaud gesagt, dass Grossbritannien «nicht bereit sei, in jedem Punkt nachzugeben». Es werde «eher kämpfend untergehen, als sich von Deutschland versklaven zu lassen». Auf jeden Fall sei man zuversichtlich, dass eine «gute Chance» bestehe, den deutschen Ansturm zu überstehen. Anschliessend wandte sich das Kriegskabinett der Frage zu, ob man auf Italien zugehen sollte. Halifax war dafür. Er glaubte, dass Mussolini keinesfalls ein von Deutschland beherrschtes Europa wolle und bestrebt sei, «Hitler zu einer vernünftigeren Haltung zu bewegen». Churchill hingegen «bezweifelte, dass es etwas bringen würde, an Italien heranzutreten», stellte aber dem Kriegskabinett anheim, weiter darüber zu diskutieren.<sup>78</sup>

Um vierzehn Uhr, nach der zweiten Sitzung des Kriegskabinetts an diesem Tag, kam Halifax erneut mit Reynaud zusammen. Später stiessen auch Churchill, Chamberlain und Attlee zu ihnen. Die Unterredung dauerte bis halb fünf, dann musste Reynaud abreisen. Der französische Ministerpräsident äusserte die Hoffnung, dass «irgendeine Formel» gefunden werden könne, die, «unter der Bedingung, dass Italien nicht in den Krieg eintritt, im Fall eines alliierten Sieges die italienische Selbstachtung wahr».<sup>79</sup> Wie er erwähnte, hatte André François-Poncet, der französische Botschafter in Rom, einige Tage zu-

vor darauf hingewiesen, dass die Alliierten, wenn sie Erfolg haben wollten, bereit sein müssten, den Status von Gibraltar, Malta und Suez auf britischer sowie von Dschibuti und Tunesien auf französischer Seite zur Disposition zu stellen. Reynaud hatte den Eindruck, dass Halifax für seine Argumente zugänglich war. Später erzählte er, der britische Aussenminister habe «seine Bereitschaft ausgedrückt, Mussolini zu verstehen zu geben, dass die Alliierten willens seien, mit ihm über die italienischen Ansprüche im Mittelmeerraum zu sprechen, insbesondere über jene in Bezug auf dessen Ausgänge, wenn Italien einwillige, mit Frankreich und Grossbritannien bei der Schaffung eines Friedens zusammenzuarbeiten, der die Unabhängigkeit dieser beiden Länder garantiere und auf einer gerechten und dauerhaften Lösung aller europäischen Probleme beruhe». Aber Reynaud erkannte auch, dass Churchill ebenso wie Chamberlain («mit einigen Vorbehalten») und Attlee «Konzessionen an Mussolini grundsätzlich ablehnend» gegenüberstanden.<sup>79</sup>

Während der Gespräche mit Reynaud befanden sich alle, die über die dramatischen Ereignisse auf der anderen Seite des Ärmelkanals Bescheid wussten, in ausgesprochen niedergedrückter Stimmung. Chamberlain bezeichnete den 26. Mai in seinem Tagebuch als den «schwärzesten Tag überhaupt». Die belgische Armee, die den ganzen Tag über unter schwerem Beschuss gelegen hatte, stand kurz vor dem Zusammenbruch. Leopold, der König der Belgier, bereitete die Kapitulation vor. Die Franzosen befanden sich, wie Cadogan erfuhr, ebenfalls «in sehr schlechter Verfassung» und sprachen auch von Kapitulation. Der französische Oberbefehlshaber, General Maxime Weygand, habe festgestellt, dass er «nur über fünfzig Divisionen gegenüber hundertfünfzig deutschen Divisionen verfüge. Er werde bis zum Schluss kämpfen, wenn man ihm dies befehle, aber es wäre sinnlos. Paris werde in wenigen Tagen fallen.» Ausserhalb des engeren Regierungszirkels versuchte man die Zeichen zu lesen. Die Furcht vor einer deutschen Invasion wuchs. Ein Unterhausabgeordneter schrieb seiner Frau, sie sollten sich beide Selbstmordtabletten beschaffen, damit, «sollte es zum Schlimmsten kommen, immer noch diese beiden kleinen Pillen da sind».<sup>80</sup>

Laut Chamberlains Tagebucheintrag über die Unterredung mit Reynaud verband dieser mit der Demarche in Rom, die Mussolini um den Preis territorialer Zugeständnisse vom Kriegseintritt abhalten sollte, die Hoffnung, zehn Divisionen freizubekommen, die gegen die Deutschen geworfen werden könn-

ten. Die britischen Minister hatten eingewandt, dass dies die militärische Lage wahrscheinlich kaum ändern werde. Reynaud hatte jedoch darauf beharrt, dass Mussolini aufgrund seines eigenen Interesses daran, im Fall des Zusammenbruchs von Briten und Franzosen die italienische Unabhängigkeit zu wahren, einem Vorschlag für eine europäische Regelung aufgeschlossen gegenüberstehen könnte. Chamberlain hatte die Vermutung geäußert, dass Mussolini tatsächlich eine Viermächtekonferenz im Auge habe, aber erst nach dem Fall von Paris. Churchill hatte jedoch seine Ablehnung jeglichen Ersuchens an den italienischen Diktator deutlich gemacht. «Der PM [Premierminister] lehnte jede Fühlungnahme mit Musso [lini] ab», notierte Chamberlain. «Es sei unwahrscheinlich, dass Hitler Bedingungen zustimmen würde, die für uns annehmbar wären, obwohl er die Gelegenheit ergreifen würde, wenn wir uns durch die Aufgabe von Malta und Gibraltar sowie einiger afrikanischer Kolonien aus dieser Klemme befreien würden. Aber der einzige sichere Weg sei, Hitler vor Augen zu führen, dass er uns nicht besiegen könne. Wir würden uns ohne die Franzosen vielleicht besser schlagen als mit ihnen, wenn sie uns auf eine Konferenz festlegen, in die wir von vornherein als Verlierer hineingehen sollen.» Halifax widersprach; es könne nicht schaden, «Musso» in Versuchung zu führen und zu sehen, was dabei herauskomme. Wenn die Bedingungen unmöglich seien, könne man sie immer noch zurückweisen. Chamberlain unterstützte Halifax, hatte aber den Eindruck, dass Attlee, obwohl er wenig sagte, der Haltung des Premierministers zuneigte. Das Kriegskabinett war offensichtlich geteilter Meinung. Aber die Auffassungen waren noch nicht gefestigt. Chamberlain schlug sich zwar auf die Seite des Aussenministers, teilte aber Churchills Ansicht, dass es das Beste wäre, «weiterzukämpfen und darauf zu hoffen, in der Luft genügend Stärke zu behalten, um die Deutschen in Schach zu halten, bis andere Kräfte mobilisiert werden können, vielleicht in den USA». Gleichwohl schloss Churchill, ungeachtet seiner eigenen Präferenzen, zu diesem Zeitpunkt nichts aus. Zu Reynaud sagte er kurz vor dessen Abreise, dass man versuche sollte, «irgendeine Formel» zu finden, mit der man an «Musso» herantreten könne; man brauche jedoch Zeit zum Nachdenken.<sup>81</sup>

Nachdem Reynaud abgereist war, kam das Kriegskabinett (ohne den Kabinettssekretär) zu einer kurzen «informellen Sitzung» zusammen. Es ging weiterhin um die Frage, ob man an Mussolini herantreten sollte oder nicht. Die

gegensätzlichen Meinungen wurden, wie schon im Gespräch mit Reynaud, von Churchill und Halifax vertreten. Churchill unterstrich, dass Grossbritannien im Gegensatz zu Frankreich immer noch die Kraft zum Widerstand besässe. Ausserdem wies er daraufhin, dass Deutschland Frankreich wahrscheinlich anständige Waffenstillstandsbedingungen anbieten werde, während die Bedingungen, die es gegebenenfalls Grossbritannien aufzwingen würde, vermutlich grenzenlos waren. Er, Churchill, wolle nicht «in eine schwache Position gedrängt werden, in der [man] zu Signor Mussolini gehen und ihn auffordern würde, Herrn Hitler aufzusuchen und ihn zu bitten, [die Briten] nett zu behandeln». Halifax, fuhr er fort, messe dem «wünschenswerten Ziel, Frankreich zu gestatten, die Möglichkeit eines europäischen Gleichgewichts auszuloten, grösseres Gewicht bei als der Premierminister». Unter den gegebenen Umständen sei dies eine allzu optimistische Herangehensweise. Halifax erwiderte, dass man keine Bedingungen in Erwägung ziehen dürfe, welche die britische Unabhängigkeit aushöhlen würden, wiederholte aber die Vermutung, dass Mussolini angesichts einer möglichen deutschen Hegemonie über Europa bestrebt sein könnte, das Machtgleichgewicht zu bewahren. «Auf jeden Fall», resümierte er, «hätte er keinen Nachteil zu befürchten, wenn er diesen Weg versuchen würde.» Greenwood hatte nichts gegen den von Halifax vorgeschlagenen Kurs einzuwenden, glaubte allerdings, dass Mussolini kaum Spielraum für ein von Hitler unabhängiges Handeln habe und man bald mit Forderungen rechnen müsse, welche die britische Sicherheit beeinträchtigen würden. Auch Chamberlain war bereit, mit Mussolini über italienische Ansprüche zu verhandeln, aber nur wenn der Diktator mit Grossbritannien zusammenarbeite, «um annehmbare Bedingungen zu erhalten». Allerdings dürfe man Mussolini, wie Reynaud betont habe, keine Allgemeinplätze anbieten; vielmehr wäre ein konkretes Angebot nötig. Churchill wollte die Entscheidung vertagen, bis klar sei, wie viele Soldaten aus Frankreich herausgeholt werden konnten.<sup>82</sup>

An diesem Punkt verlas Halifax das mit Frankreich vereinbarte Schreiben an den US-Präsidenten, in dem dieser um seine Vermittlung gebeten wurde, und berichtete über das Gespräch mit Bastianini am vorangegangenen Tag. Während das Ersuchen an Roosevelt nicht auf Widerspruch stiess, lehnte Churchill erneut jede direkte Demarche bei Mussolini ab. Was Halifax vorschlug, erklärte er, beruhe auf der Annahme, dass Grossbritannien, wenn es Deutschland seine Kolonien zurückgebe und gewisse Zugeständnisse im Mit-

telmeerraum mache, aus den «gegenwärtigen Schwierigkeiten herauskommen» könne. Diese Option stehe nach seiner Ansicht nicht offen, da die Bedingungen, die man angeboten bekäme, die Vollendung der Wiederaufrüstung verhindern würden. Halifax erwiderte, dass man sie in diesem Fall ja ablehnen könne. Daraufhin wiederholte Churchill, dass man Hitler, der offenbar das Heft in der Hand halte, vor Augen führen müsse, dass er Britannien nicht erobern könne. Allerdings erhob er, wie das Protokoll vermerkt, «keinen Einspruch gegen eine gewisse Fühlungnahme zu Signor Mussolini». Obwohl er sich bisher bei jeder Gelegenheit gegen einen solchen Schritt ausgesprochen hatte, warf er die Tür zu einer möglichen Annäherung an den italienischen Diktator nicht endgültig zu. Zumindest deuten seine Äusserungen daraufhin, dass er sich zu diesem Zeitpunkt nicht sicher genug fühlte, um seine Kabinettskollegen, insbesondere Halifax, zu überstimmen und ihnen seine Meinung aufzuzwingen.

An diesem Punkt der Diskussion brachte Greenwood ein schlagendes Argument vor. Wie andere auch rechnete er damit, dass Mussolini Malta, Gibraltar und Suez fordern würde. (Chamberlain vermutete, dass er ausserdem möglicherweise noch Somaliland, Kenia oder Uganda verlangen könnte.) Er sei sich sicher, dass die Verhandlungen darüber scheitern würden, fuhr Greenwood fort, «aber Herr Hitler würde von ihnen erfahren, und das könnte sich nachteilig auf unser Ansehen auswirken». Halifax warf ein, dass man genau deshalb in der Note keine Einzelheiten erwähnen dürfe. Käme es jedoch zu Verhandlungen über eine allgemeine Regelung und sollte sich herausstellen, dass man Bedingungen erhalten könnte, die nicht die Aufgabe der eigenen Unabhängigkeit voraussetzten, dann wäre es doch dumm, sie nicht anzunehmen. Greenwood wies darauf hin, dass zum Zeitpunkt solcher Verhandlungen Paris wahrscheinlich schon gefallen sein werde und es daher fraglich sei, ob sie noch irgendeinen Sinn hätten. Damit vertagte sich das Kabinett, ohne eine Entscheidung getroffen zu haben, auf den nächsten Tag. Zu dieser Sitzung wurde auch Luftfahrtminister Archibald Sinclair eingeladen, der mit Churchill befreundet war, seit er im Ersten Weltkrieg dessen Stellvertreter gewesen war, und der wie dieser das Münchener Abkommen verurteilt hatte. Halifax wurde gebeten, den Entwurf eines Schreibens an Mussolini sowie das Protokoll seines Gesprächs mit Bastianini am vergangenen Abend an die Mitglieder des Kriegskabinetts zu verteilen.<sup>83</sup>

Der «Vorschlag einer Annäherung an Signor Mussolini», den Halifax am 26. Mai herumgehen liess, gab im Wesentlichen wieder, was Reynaud am selben Tag empfohlen hatte. Er betonte, dass Mussolini in Schwierigkeiten geraten würde, sollte Deutschland zur Vormacht in Europa werden; dass Grossbritannien und Frankreich bis zum Ende kämpfen würden, um ihre Unabhängigkeit zu wahren; dass man Italiens Interessen berücksichtigen werde, wenn Mussolini «bei einer Einigung über alle europäischen Fragen, die die Unabhängigkeit und Sicherheit der Alliierten gewährleistet, mitarbeite»; und dass man, wenn er vertraulich seine genauen Wünsche für die «Lösung bestimmter Mittelmeerfragen» darlege, versuchen werde, sie zu erfüllen.<sup>84</sup> Dies war zwar dem Anschein nach Reynauds Konzept, entsprach aber sowohl der Idee einer italienischen Vermittlerrolle als auch, bis in den Wortlaut hinein, dem, was Halifax *vor* dem Besuch des französischen Ministerpräsidenten gegenüber dem italienischen Botschafter geäussert hatte. Anders gesagt, die Vorschläge, insbesondere der dritte, der die Aussicht auf eine umfassende europäische Vereinbarung eröffnete, kamen zumindest teilweise in grösserem Mass von Halifax als von Reynaud.<sup>85</sup>

In der ersten von zwei Sitzungen, die das Kriegskabinett am nächsten Tag, dem 27. Mai, abhielt, beschäftigte es sich hauptsächlich mit der deprimierenden militärischen Lage.<sup>86</sup> Die deutsche Luftwaffe hatte begonnen, den Strand von Dünkirchen zu bombardieren. In den Häfen an der südenenglischen Küste sammelten sich hastig improvisierte Flottillen aus kleinen Schiffen, Trawlern, Schleppern, winzigen Motorbooten – kurz, aus allem, was schwimmen konnte –, um ihren Beitrag zur Rettung der auf der anderen Seite des Ärmelkanals feststehenden britischen Truppen zu leisten.<sup>87</sup> Aber die Chancen einer gross angelegten Evakuierung schienen gering zu sein. Vier britische Divisionen, die bei Lille abgeschnitten worden waren, würden wahrscheinlich Dünkirchen nicht einmal erreichen können. Belgien stand offenbar kurz vor der Kapitulation; später am Tag traf dann auch die Nachricht ein, dass König Leopold um die Einstellung der Feindseligkeiten ersucht habe.<sup>88</sup> Die Stimmung in Whitehall war gedrückt. «Kaum irgendwo ein Lichtblick», notierte Cadogan nach der Kabinettsitzung. «Lage der BEF ziemlich furchtbar, und für mehr als einen geringen Teil von ihr sehe ich keine Hoffnung.»<sup>89</sup> Churchills Privatsekretär John Colville hatte einiges von den angespannten Diskussionen im Kabinett mitbekommen, wahrscheinlich durch Indiskretionen seines Chefs. Man be-

fürchte jetzt ernsthaft den Zusammenbruch Frankreichs, notierte er und fuhr fort: «Im Kabinett überlegt man fieberhaft, ob wir den Krieg unter diesen Umständen allein weiterführen können. Es gibt Anzeichen dafür, dass Halifax genug hat. Er behauptet, es könne nicht länger unser Ziel sein, Deutschland in die Knie zu zwingen, sondern nur noch, unsere eigene Integrität und Unabhängigkeit zu verteidigen.»<sup>90</sup>

In der zweiten Sitzung des Tages am späten Nachmittag stand die vorgeschlagene Demarche bei Mussolini im Mittelpunkt. Laut Halifax' Tagebuch war es eine «lange und ziemlich konfuse Diskussion nominell über die Annäherung an Italien, aber zum grossen Teil auch über die allgemeine Politik in dem Fall, dass die Dinge in Frankreich wirklich schlimm werden».<sup>91</sup> Am Anfang berichtete Halifax, dass der französische Botschafter Charles Corbin ihn am Vormittag auf Anweisung Reynauds aufgesucht habe, um auf «geografische Präzision» in dem Ersuchen an Mussolini zu drängen. Er, Halifax, habe Corbin darauf hingewiesen, dass seine Kabinettskollegen alles ablehnen würden, was über eine allgemeine Fühlungnahme hinausgehe. Halifax erwähnte die Auffassung Percy Loraines, des britischen Botschafters in Rom, der zufolge «nichts, was [Grossbritannien] in diesem Stadium tun könnte, [...] in Bezug auf Signor Mussolini von irgendwelchem Wert» wäre. Chamberlain pflichtete ihm darin bei, dass «die vorgeschlagene französische Fühlungnahme mit Mussolini [...] keinen Nutzen» hätte, war aber gleichwohl bereit, diesen Kurs weiterzuverfolgen, damit Frankreich später nicht behaupten könne, Grossbritannien habe die Chance auf Verhandlungen mit Italien von vornherein vereitelt. Churchill entgegnete bissig, dieses Argument laufe darauf hinaus, «dass bei der Fühlungnahme zwar nichts herauskäme, sie aber dennoch versucht werden sollte, um die Beziehungen zu einem zu Boden gehenden Verbündeten zu verbessern».

Auch Sinclair glaubte, dass eine Kontaktaufnahme in Rom vergeblich wäre. Jedes Zeichen von Schwäche würde die Deutschen und Italiener ermutigen und die Moral in Grossbritannien und den Dominions untergraben. «Die Andeutung, dass wir bereit wären, Teile britischen Territoriums zu verschleudern», warnte der Luftfahrtminister, «würde einen erbärmlichen Eindruck hinterlassen und eine Fortsetzung des verzweifelten Kampfs, mit dem wir es zu tun haben, erschweren.» Nach seiner Ansicht sei es besser, das Ergebnis von Roosevelts Vermittlungsversuch abzuwarten.



Attlee und Greenwood sprachen sich ebenfalls gegen eine anglo-französische Demarche aus. Der vorgeschlagene Schritt, erklärte Attlee, würde unweigerlich dazu führen, dass man Mussolini darum ersuche, sich nach Friedensbedingungen für Grossbritannien zu erkundigen. Wenn man der französischen Bitte um geografische Präzision nachkomme, würde Mussolini einfach noch höhere Forderungen stellen, und wenn Grossbritannien es ablehne, sie zu erfüllen, würde es den Anschein haben, als liesse es seinen Verbündeten im Stich. Nach Greenwoods Ansicht würde sich Grossbritannien durch die Kontaktaufnahme «ins Unrecht setzen», und wenn etwas davon durchsickern sollte, dass man «zum Preis der Aufgabe britischen Territoriums um Friedensbedingungen nachgesucht» habe, werde es «furchtbare Konsequenzen» geben. Mit diesen Annäherungsversuchen weiterzumachen bedeute, «auf eine Katastrophe zuzusteuern».

Churchill vertrat eine ähnliche Ansicht. Er sei «in zunehmendem Mass bedrückt über die Vergeblichkeit der Fühlungnahme mit Signor Mussolini, für die dieser sicherlich nichts als Verachtung übrig hätte». Durch einen solchen Schritt würde man die Glaubwürdigkeit der kämpferischen Haltung Grossbritanniens untergraben. Daran würde auch der Verzicht auf geografische Präzision nichts ändern, denn es sei klar, welche Territorien gemeint seien. Reynaud könne am besten geholfen werden, wenn man ihm das Gefühl vermittle, dass Grossbritannien, was auch immer in Frankreich geschehe, bis zum Ende kämpfen werde. Dann wies Churchill Halifax' Vorschlag ein für alle Mal zurück:

«Im Augenblick ist unser Ansehen in Europa sehr gering. Die einzige Möglichkeit, es wiederzugewinnen, besteht darin, der Welt zu zeigen, dass Deutschland uns nicht geschlagen hat. Wenn wir in zwei oder drei Monaten immer noch ungeschlagen sind, wird unser Ansehen wiederkehren. Doch selbst, wenn wir geschlagen wären, stünden wir nicht schlechter da, als wenn wir den Kampf jetzt aufgäben. Wir müssen deshalb vermeiden, gemeinsam mit Frankreich in gefährliches Gelände zu geraten. Das ganze Manöver ist doch darauf angelegt, uns so tief in Verhandlungen hineinzuziehen, dass uns eine Umkehr unmöglich wäre. Mit unserer Fühlungnahme mit Italien haben wir uns bereits sehr weit vorgewagt, aber wir sollten M. Reynaud nicht erlauben, uns in eine verworrene Situation zu bringen.»

Seine Schlussfolgerung war klar: «Die vorgeschlagene Fühlungnahme wäre nicht nur vergeblich, sondern brächte uns auch in Todesgefahr.»

Chamberlain erhob auf konziliante Weise Einspruch. Er sei zwar ebenfalls der Ansicht, dass der vorgeschlagene Annäherungsversuch keinen Nutzen habe, glaube aber, dass man ihn noch «ein wenig weiter vorantreiben» sollte, «um die Franzosen bei Laune zu halten». Man solle die Angelegenheit in der Schwebe lassen, bis das Ergebnis von Roosevelts Demarche vorliege. Dies stiess auf gewisse Zustimmung. Doch Churchill hatte nur die Gelegenheit zum vorbildhaften Kampf im Blick. «Wenn es zum Schlimmsten kommt», erklärte er, «wäre es für dieses Land nicht das Schlechteste, unterzugehen im Kampf für die anderen Länder, die von der Nazityrannei überwältigt worden sind.»

Bisher hatte Halifax still zugehört. Doch jetzt wurde seine zunehmende Isolation im Kriegskabinet immer deutlicher. Ausserdem verlangte Churchills scharfer Ton nach einer Widerrede. Er sei sich gewisser grundlegender Differenzen der Standpunkte bewusst, stellte er fest. Nach seiner Ansicht wäre es von Nutzen, wenn man die französische Regierung zu der Erklärung bewegen könnte, dass sie bis zum Ende für die Bewahrung der Unabhängigkeit Frankreichs kämpfen werde. Im Übrigen könne er zwischen seinem Vorschlag und der Vorstellung, man würde «um Friedensbedingungen nachsuchen und eine Linie verfolgen, die [Grossbritannien] ins Verderben stürzen werde», keinerlei Ähnlichkeit entdecken. Der Premierminister habe, wie Halifax richtig bemerkte, seit dem vorangegangenen Tag offenbar seine Meinung geändert. Am Tag zuvor habe er zu erkennen gegeben, dass er froh wäre, zu Bedingungen aus der Bedrängnis herauszukommen, welche die Unabhängigkeit des Landes unangetastet liessen, selbst wenn dies die Abtretung einiger Territorien bedeuten würde. Jetzt scheine er jedoch die Ansicht zu vertreten, dass Alternativen zu einem Kampf bis zum Ende unter keinen Umständen in Frage kämen. Er, Halifax, räume ein, dass annehmbare Bedingungen unwahrscheinlich seien. Aber wenn sich eine Vereinbarung als möglich erweisen sollte, welche die fundamentalen Interessen Grossbritanniens nicht beeinträchtigen würde, könne er Churchills Auffassung nicht teilen und «würde es für richtig halten, ein Angebot anzunehmen, das dem Land eine vermeidbare Katastrophe ersparen würde».

Churchill widersprach. Dieser Fall werde kaum eintreten. «Wenn Herr Hitler bereit wäre, unter der Bedingung der Wiedererlangung der deutschen Kolo-

nien und der Vorherrschaft in Mitteleuropa Frieden zu schliessen, sei das eine Sache», erwiderte er. «Doch es ist recht unwahrscheinlich, dass er ein solches Angebot machen wird.» Daraufhin entwickelte Halifax ein hypothetisches Szenario. Angenommen, Hitler würde «in dem Bemühen, den Krieg zu beenden, weil er um seine eigene innere Schwäche wisse», Grossbritannien und Frankreich ein Angebot machen, wäre der Premierminister dann bereit, über seine Bedingungen nachzudenken? Hier kam noch einmal der alte, unangebrachte Optimismus im Hinblick auf Hitlers angebliche innere Schwierigkeiten – in Gestalt einer bevorstehenden schweren Wirtschaftskrise<sup>92</sup> – zum Ausdruck. Churchill antwortete, er würde nicht gemeinsam mit Frankreich um Friedensbedingungen nachsuchen, diese aber in Erwägung ziehen, wenn man sie ihm nennen würde. Chamberlain entschärfte erneut den hitzigen Wortwechsel zwischen Premierminister und Aussenminister. Der Streit wurde mit der Übereinkunft beendet, dass Churchills Antwortschreiben an Reynaud der von Chamberlain vorgeschlagenen Linie folgen solle – keine völlige Ablehnung, aber in Erwartung des Ergebnisses von Roosevelts Intervention auch keine Zusage.<sup>93</sup>

Die Diskussion war leidenschaftlicher gewesen, als das offizielle Protokoll erkennen lässt. Halifax notierte in seinem Tagebuch, er habe gedacht, «Winston rede den fürchterlichsten Blödsinn, ebenso Greenwood». Nachdem er es eine Zeitlang mit angehört hatte, habe er beiden deutlich gesagt, was er von ihnen halte, und hinzugefügt, wenn dies wirklich ihr Standpunkt sei und es zur Nagelprobe komme, müssten sich ihre Wege trennen. Für den ansonsten gelassenen, unerschütterlichen Halifax waren dies in der Tat starke Worte, enthielten sie doch implizit eine Rücktrittsdrohung. Er wiederholte sie, als er nach der Sitzung mit Churchill unter vier Augen sprach, doch inzwischen hatte sich der Premier «besänftigt», wie Halifax es ausdrückte, und «war voller Entschuldigungen und Zuneigung». Es war sowohl ein Zusammenstoss unterschiedlicher Persönlichkeiten als auch eine Meinungsverschiedenheit in der Sache gewesen. Churchills emotionales Temperament bildete das genaue Gegenteil von Halifax' kühler Rationalität. Diesen brachte es, wie er selbst schrieb, «zur Verzweiflung, wenn [Churchill] sich in leidenschaftliche Gefühle hineinsteigert, anstatt seinen Verstand zu gebrauchen und nachzudenken, wie er es sollte».<sup>94</sup> Halifax war sich mit Churchill und den anderen Mitgliedern des Kriegskabinetts darin einig, dass sich eine Fühlungnahme mit Mussolini

höchstwahrscheinlich als vergeblich herausstellen werde. Aber er war immer noch nicht bereit, auf den Versuch zu verzichten. Und was ihm den Magen umgedreht hatte, war Churchills offensichtliches Beharren darauf, dass es besser wäre, kämpfend unterzugehen – auch wenn das Land dabei zerstört werden sollte –, als jede mögliche Verhandlungslösung in Erwägung zu ziehen, die es vor der Katastrophe bewahren konnte.<sup>95</sup>

Um zehn Uhr abends wurde das Kriegskabinett zum dritten Mal an diesem Tag zusammengerufen. Churchill teilte ihm die unerfreuliche Neuigkeit mit, dass Belgien kurz vor der Kapitulation stehe. Die Folgen waren äusserst gravierend – nicht nur für die Aussichten auf einen anhaltenden militärischen Widerstand Frankreichs, sondern auch für die Chancen der Evakuierung des britischen Expeditionskorps. «Natürlich haben wir nicht erwartet, dass Belgien endlos durchhalten würde», notierte Chamberlain in seinem Tagebuch, «aber dieser plötzliche Zusammenbruch öffnet unsere Flanke und macht es unwahrscheinlich, dass unsere BEF in nennenswerter Zahl entkommen werden. Ich muss gestehen, dass ich nicht viel Hoffnung für ihre Rettung hatte, aber es bestand eine Chance, die jetzt fast völlig verschwunden ist.»<sup>96</sup>

Unterdessen stand auch fest, dass Mussolini Roosevelts Vorstoss kategorisch zurückgewiesen und sich sogar geweigert hatte, den amerikanischen Botschafter in Rom, der das Schreiben des Präsidenten persönlich erläutern wollte, zu empfangen. Auch eine Antwort traf nicht ein. Die Verachtung, mit der die Demarche aufgenommen wurde, hätte nicht deutlicher ausgedrückt werden können. Mussolini war Roosevelts Ersuchen durch seinen Aussenminister Graf Galeazzo Ciano übermittlelt worden, der dem amerikanischen Botschafter unumwunden gesagt hatte, dass es abgelehnt werden würde.<sup>97</sup> Roosevelt sei «auf dem falschen Weg», erklärte er. «Es braucht mehr, um Mussolinis Entschluss zu ändern. Im Grunde genommen will er gar nicht dies oder jenes erreichen: Er will den Krieg. Wenn er auf friedlichem Wege auch das Doppelte von dem bekommen könnte, was er verlangt, so würde er es ablehnen.»<sup>98</sup>

Als das Kriegskabinett am Nachmittag des nächsten Tages, dem 28. Mai, die Diskussion über eine mögliche Fühlungnahme mit Mussolini wiederaufnahm, wussten die Minister also bereits, dass Roosevelts Vermittlungsversuch gescheitert war. Ausserdem kannten sie die traurige Neuigkeit von der Kapitulation Belgiens, die in den frühen Morgenstunden erfolgt war. Damit waren

die sich auf Dünkirchen zurückziehenden britischen Truppen, wie Chamberlain befürchtet hatte, ohne Deckung. Sie führten jetzt einen verzweifelten Kampf mit dem Ziel, die Wehrmacht aufzuhalten, um ihren Rückzug fortsetzen zu können. «Aussichten der BEF düsterer denn je», klagte Cadogan. «Schreckliche Tage!»<sup>99</sup> Den ganzen Tag über war «das Schicksal der englischen Armee in der Schwebe», wie Churchill später schrieb. Für einen Grossteil der französischen Truppen, die sich ebenfalls nach Dünkirchen hatten durchschlagen wollen, war es zu spät. Westlich von Lille abgeschnitten und eingekesselt, gab es für sie keinen anderen Ausweg, als sich zu ergeben.<sup>100</sup>

Die Mitglieder des Kriegskabinetts mussten sich jetzt mit einer Bitte aus Paris beschäftigen, erneut einen englisch-französischen Vorstoss bei Mussolini zu versuchen. Auf Anregung Daladiers hatte der französische Ministerrat in einer hektischen Nachtsitzung beschlossen, Rom in dem verzweifelten Versuch, Italien aus dem Krieg herauszuhalten, konkrete einseitige Vorschläge zu unterbreiten. Doch dann hatte es sich die französische Regierung anders überlegt und den Schritt bis nach der Konsultation mit London aufgeschoben.<sup>101</sup> Dieses Ersuchen lag nun dem britischen Kriegskabinet vor und löste, mit Chamberlains Worten, eine «ziemlich scharfe Diskussion» aus.<sup>102</sup> Im Vordergrund standen weiterhin die Alternativen, die Churchill und Halifax am Tag zuvor so schroff formuliert hatten.<sup>103</sup> Halifax erklärte, ihm sei klar, dass er in seinem Gespräch mit Bastianini drei Tage zuvor keinerlei Fortschritte erzielt habe und «die Lage hoffnungslos sei». Aber der diplomatische Berater der Regierung Vansittart, auf dessen Initiative das Treffen zustande gekommen sei, habe anschliessend herausgefunden, was die italienische Botschaft im Sinn gehabt hätte, nämlich dass die britische Regierung ihr «Interesse an einer Vermittlerrolle Italiens klar zu erkennen geben» solle. Churchill wandte sofort ein, die Franzosen versuchten, sie «in gefährliches Gelände zu locken», indem sie Mussolini als Vermittler zwischen Grossbritannien und Hitler einzuschalten trachteten. Doch er sei entschlossen, «nicht in diese Situation zu geraten». Etwas völlig anderes wäre es, fügte er hinzu, wenn Deutschland bereits einen erfolglosen Versuch, England zu erobern, unternommen hätte.

Chamberlain, der den französischen Vorschlag privat als «lächerlich und unangebracht» betrachtete,<sup>104</sup> näherte sich Churchills Position an, auch wenn er im Unterschied zu diesem in der Fortsetzung des Krieges nicht den Weg

zum letztendlichen Sieg, sondern die Voraussetzung für die Aushandlung eines besseren Friedensschlusses sah.<sup>105</sup> Er erklärte seinen Kabinettskollegen, dass sämtliche Konzessionen, die man Italien machen könnte, ob es sich nun um Gibraltar oder Malta handle, nur im Rahmen einer umfassenden Vereinbarung mit Deutschland zugestanden werden könnten. Konzessionen an Italien allein, während Deutschland den Krieg weiterführe, hätten für Grossbritannien keinen Wert. Dass durch Mussolinis Vermittlung annehmbare Friedensbedingungen erlangt werden könnten, bezweifelte er ebenso wie Greenwood und Sinclair. Halifax widersprach in diesem Punkt nicht; tatsächlich bemerkte er in seinem Tagebuch, dass jede weitere Fühlungnahme mit dem italienischen Diktator zwecklos wäre.<sup>106</sup> Dennoch bekräftigte er im Kabinett seine Haltung vom vorangegangenen Tag: Man solle, wenn Mussolini «die Rolle des Vermittlers spielen wolle und Bedingungen erreichen könne, die [die britische] Unabhängigkeit nicht beschneiden, bereit sein, über solche Bedingungen nachzudenken». Möglicherweise, fügte er hinzu, würde Grossbritannien bessere Bedingungen erhalten, «bevor Frankreich aus dem Krieg ausgeschieden sei und [die britischen] Flugzeugfabriken bombardiert würden, als [...] in drei Monaten».

Zu diesem Zeitpunkt verlas Churchill den Entwurf einer Antwort an Reynaud, die seine eigene Auffassung wiedergab.<sup>107</sup> Ihm sei klar, dass Reynaud Grossbritannien durch Mussolinis Vermittlung «an den Konferenztisch mit Herrn Hitler» bekommen wolle. Sässe man aber erst einmal am Verhandlungstisch, würde man herausfinden, «dass die angebotenen Bedingungen [die britische] Unabhängigkeit und Integrität beeinträchtigen», und wenn man dann aufstehe und den Verhandlungstisch verlasse, würde man feststellen, «dass alle Entschlossenheit, über die [man] jetzt verfüge, verflogen sei». Chamberlain, der immer mehr auf Churchills Kurs einschwenkte, stimmte dem Entwurf grundsätzlich zu und empfahl lediglich, aus Rücksicht auf die Franzosen einige stilistische Änderungen vorzunehmen. Die Grundaussage seines Vorschlags entsprach jedoch Churchills Position: dass Grossbritannien glaube, durchhalten zu können und auf diese Weise bessere Friedensbedingungen zu erlangen, als wenn London sich aus einer Position der Schwäche heraus auf Verhandlungen mit Mussolini einliesse.

Da er das Kriegskabinett nun weitgehend auf seiner Seite wusste, unterstrich Churchill noch einmal den Kern seiner Position. «Wenn Signor Musso-

lini als Vermittler ins Spiel käme», erklärte er, «würde er uns das Fell über die Ohren ziehen.» Es sei nicht vorstellbar, «dass Herr Hitler so dumm wäre, uns mit unserem Rüstungsprogramm weitermachen zu lassen. Tatsächlich würden uns seine Bedingungen ihm auf Gedeih und Verderb ausliefern. Wenn wir den Kampf fortsetzten, würden wir, selbst dann, wenn wir geschlagen würden, keine schlechteren Bedingungen bekommen als jene, die uns jetzt angeboten würden.»

Das war ein starkes Argument. Halifax warf eher defensiv ein, «er verstehe immer noch nicht, was der Premierminister an dem französischen Vorschlag, die Möglichkeiten einer Vermittlung auszuloten, für so falsch halte». Daraufhin bemerkte Chamberlain, soviel er sehe, verliere man nichts, wenn man offen feststelle, dass Grossbritannien bis zum Ende kämpfen werde, um seine Unabhängigkeit zu bewahren, aber auch «bereit sei, vernünftige Bedingungen in Erwägung zu ziehen, wenn sie [ihm] angeboten werden würden». Er gab jedoch zu bedenken, «dass die Alternative zur Fortsetzung des Kampfes gleichwohl ein beträchtliches Risiko mit sich brächte». Churchill erklärte mit mehr Gefühl als Logik, «dass Nationen, die kämpfend untergingen, sich wieder erheben würden, jene aber, die mutlos kapitulierten, am Ende seien». Chamberlain pflichtete, wiederum vorsichtig und etwas vage, Halifax' Grundforderung bei, mögliche Friedensbedingungen auszuloten, fügte aber einschränkend hinzu, ein Angebot vernünftiger Bedingungen sei derart unwahrscheinlich, dass Grossbritannien Reynauds Vorschlag einer Fühlungnahme mit Mussolini nicht folgen sollte. Man sollte ihn indessen auch nicht rundheraus ablehnen; man wolle schliesslich nicht, dass die Franzosen den Kampf aufgäben. Ausserdem könnten sich die Umstände ändern, vielleicht sogar kurzfristig, sodass man seine Haltung überdenken müsse. Nachdem das Kriegskabinett über zwei Stunden diskutiert hatte, unterbrach es seine Sitzung um um viertel nach sechs für eine Dreiviertelstunde.

Es war eine wichtige Unterbrechung. Churchill nahm die Gelegenheit wahr, um sich an die Minister zu wenden, die dem Kriegskabinett nicht angehörten. Er berichtet in seinen Erinnerungen von dieser Sitzung des erweiterten Kabinetts. Seit der Bildung seiner Regierung hatte er die nicht dem Kriegskabinett angehörenden Minister selten gesehen, doch jetzt hielt er es für angebracht, sie über den Lauf der Ereignisse und die aktuelle Lage ins Bild zu setzen. Ob er

die Zusammenkunft darüber hinaus einberufen hatte, um seine Gegner im Kriegskabinetts auszumanövrieren, indem er sich der Unterstützung des erweiterten Kabinetts für seine kompromisslose Haltung in der Frage eines Vorstosses bei Mussolini versicherte, ist unklar. Doch genau dies erreichte er. Nach der schwierigen Diskussion im Kriegskabinetts konnte er in dieser Runde seine Auffassung uneingeschränkt und mit allem rhetorischen Elan vorbringen, zumal zumindest ein Teil seines Publikums von vornherein geneigt war, ihm zuzustimmen.<sup>108</sup>

Rund fünfundzwanzig Minister verschiedener politischer Couleur, die keineswegs alle leidenschaftliche oder langjährige Anhänger des Premierministers waren, hatten sich um den Tisch in Churchills Büro im Unterhaus versammelt. Auch wenn ihnen die detaillierten Informationen fehlten, waren sie sich alle bewusst, wie ernst die Ereignisse auf der anderen Seite des Ärmelkanals waren. Sie spürten, wie viel auf dem Spiel stand. Die Spannung war fast mit Händen zu greifen, und Churchill versäumte es nicht, diese Atmosphäre zu nutzen. Einer der Anwesenden, der Minister für Kriegswirtschaft und führende Labourpolitiker Hugh Dalton, fand Churchill «grossartig»: Er sei «der Mann für diese Stunde, und zwar der einzige, den wir haben». Seine Rede war bewegend und aufbauend, auch wenn er weiterhin mit der Rettung von nicht mehr 50'000 Soldaten aus Dünkirchen rechnete und erklärte, die Evakuierung von 100'000 Mann wäre eine «grossartige Leistung». Dalton hielt ein Schlüsselargument Churchills fest, das er auch im Kriegskabinetts anführen sollte: «Es sei müssig anzunehmen, die Deutschen würden uns bessere Bedingungen zugestehen, wenn wir versuchen, jetzt Frieden zu schliessen, anstatt weiterzumachen und die Sache auszufechten. Die Deutschen würden unsere Flotte verlangen – ‚Abrüstung‘ würde das genannt werden –, unsere Marinestützpunkte und viele andre Dinge mehr. Wir würden zu einem Staat von Sklaven werden, obwohl eine britische Regierung als Marionette Hitlers installiert werden würde – ‚unter Mosley oder irgendso einer Persom.‛<sup>109</sup>

Gegen Ende seiner Rede erklärte Churchill: «Natürlich werden wir, was auch immer in Dünkirchen geschieht, weiterkämpfen.» Er wusste, wie düster die Nachrichten aus der Hafenstadt noch immer waren. Bis zum Ende dieses 28. Mai wurden nur 17'000 Soldaten gerettet. (Erst in den folgenden Tagen stieg die Zahl der Evakuierten auf über 50'000 pro Tag.) Aber seine Unbeugsamkeit kam an. Er war überrascht, wie diese erfahrenen, verschiedenen



politischen Richtungen angehörenden Parlamentarier seine Rede aufnehmen: «Einige sprangen vom Tisch auf, stürzten auf meinen Stuhl zu, sie schrien und klopfen mir auf den Rücken. Kein Zweifel – hätte ich in dieser kritischen Stunde bei der Führung der Nation gewankt, so hätte man mich aus dem Amt gejagt. Ich wusste nun, dass jeder Minister eher gewillt war, in nächster Zeit zu sterben und Familie und Habe zu verlieren, als nachzugeben. Darin waren sie die wahren Vertreter des Unterhauses und fast des ganzen Volkes.»<sup>110</sup>

Binnen einer Stunde, nachdem man sich vertagt hatte, war das Kriegskabinett zusammengetreten, und Churchill berichtete seinen Kollegen von der Reaktion der Minister. Sie hätten die allertiefste Genugtuung ausgedrückt, als er ihnen mitgeteilt habe, dass eine Aufgabe des Kampfs nicht in Frage komme. Er könne sich nicht erinnern, jemals zuvor erlebt zu haben, dass sich eine Versammlung führender Politiker so entschieden geäußert habe. Während Halifax und Chamberlain das neue Antwortschreiben an Reynaud entwarfen, hatte sich Churchill Rückhalt für seinen Standpunkt beschafft. Damit hatte er die Oberhand gewonnen. Halifax leistete keinen Widerstand mehr. Churchill äusserte sich zufrieden über den von Chamberlain verlesenen Brief an Reynaud. Als Halifax jedoch die Frage eines gemeinsamen Appells der Alliierten an Präsident Roosevelt ansprach, den Reynaud ebenfalls vorgeschlagen hatte, blieb Churchill fest. Ein Appell an die Vereinigten Staaten wäre zum gegenwärtigen Zeitpunkt «völlig verfrüht», erklärte er. Wiederum folgte seine politische Logik dem psychologischen Instinkt: Wenn man sich Deutschland «mutig entgegenstelle», werde dies die Bewunderung und Hochachtung der Amerikaner finden, «ein kriecherischer Appell dagegen würde im Augenblick den denkbar schlechtesten Eindruck machen».<sup>111</sup>

Später am Abend ging das Antwortschreiben an Reynaud heraus. Der Text war von Chamberlain und Halifax redigiert und vom gesamten Kriegskabinett gebilligt worden,<sup>112</sup> doch sein Inhalt gab Churchills Haltung wieder. Wie von Chamberlain angeregt, wurde die Möglichkeit eines Vorstosses bei Mussolini «zu einem späteren Zeitpunkt» nicht völlig ausgeschlossen. Eine Verbesserung der Lage, hiess es in dem Schreiben weiter, sei aber nur durch die Fort-

setzung des Kampfes zu erreichen: «So werden wir unsere Verhandlungsaussichten verbessern und die Bewunderung und vielleicht die materielle Hilfe der USA gewinnen.» Wenn Grossbritannien und Frankreich weiter durchhielten, könnten sie sich «noch vor dem Schicksal Dänemarks oder Polens retten».<sup>113</sup>

Tatsächlich beschloss die französische Regierung trotz der britischen Ablehnung eines Vorstosses bei Mussolini, ihrerseits ein einseitiges Angebot zu unterbreiten. Es wurde von Rom voller Verachtung zurückgewiesen.<sup>114</sup> Mussolini war auf Krieg aus, nicht auf friedliche Verhandlungen. Frankreich stand kurz vor der Niederlage im Kampf gegen Deutschland, und Mussolini wollte sich auf dem leichtesten und billigsten Weg einen Anteil an Ruhm und Beute sichern. Deshalb erklärte er Frankreich am 10. Juni den Krieg. Der französische Botschafter in Rom, André François-Poncet, bezeichnete diesen Schritt, als ihm der italienische Aussenminister Graf Ciano die Nachricht überbrachte, zutreffend als «Dolchstoss gegen einen Mann, der schon am Boden liegt».<sup>115</sup> Eine Woche später kapitulierte Frankreich.

Die britische Regierung hatte seit Mitte Mai damit gerechnet, dass Grossbritannien, falls Frankreich besiegt werden sollte, allein weiterkämpfen und darauf hoffen müsse, so lange durchzuhalten, bis die Vereinigten Staaten sich entschlossen, dem Land beizustehen (wofür es keine Garantie gab). Nicht erwartet hatte man das «Wunder von Dünkirchen». Ende Mai war in jeder Lageeinschätzung der Verlust fast des gesamten Expeditionskorps einkalkuliert worden. Unter dieser Voraussetzung war die politische Grundsatzentscheidung getroffen worden, deren Heranreifen wir hier verfolgt haben. Erst als sie bereits feststand, wurde mit jedem Tag klarer, dass der über den Ärmelkanal pendelnden Armada aus kleinen Booten – es waren Hunderte – etwas gelang, worauf in diesem Ausmass niemand zu hoffen gewagt hatte. Trotz des unablässigen deutschen Bombardements wurden fast die gesamten britischen Truppen (und viele alliierte Soldaten), die in Nordfrankreich gekämpft hatten, vom Strand und aus dem Hafen von Dünkirchen evakuiert – bis zum 4. Juni insgesamt 224 301 britische sowie 111 172 französische und belgische Soldaten.<sup>116</sup> An diesem Tag konnte Churchill im Unterhaus das «Wunder von Dünkirchen» verkünden. Den rhetorischen Höhepunkt der mitreissenden Rede bildete das berühmte leidenschaftliche Versprechen: «[...] wir werden an den Küsten kämpfen, wir werden auf den Landungsplätzen kämpfen, wir werden auf den

Feldern und in den Strassen kämpfen, wir werden auf den Hügeln kämpfen; wir werden uns niemals ergeben [...]»<sup>117</sup>

Die Herzlichkeit und Begeisterung, mit der Churchills patriotische Ansprache aufgenommen wurde, nachdem die «Erlösung von Dünkirchen» eine düstere Notlage in einen relativen Triumph verwandelt hatte, markierten einen wichtigen Augenblick, in dem sein Ansehen und das Vertrauen in seine Fähigkeiten als unbeugsamer Kriegsführer enormen Auftrieb erhielten. Nach der Dünkirchenkrise überragte er seine Kollegen im Kriegskabinett gleichsam um Haupteslänge. Am 6. Juni konnte er ihnen mit unbestrittener Autorität mitteilen, die britische Regierung werde «unter gar keinen Umständen an Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungen teilnehmen».<sup>118</sup>

V

In einer Hinsicht änderte das Ergebnis der grundlegenden, intensiven und gelegentlich hitzigen Diskussionen der wenigen Tage zwischen dem 25. und 28. Mai nichts. Grossbritannien befand sich bereits im Krieg mit Hitlers Deutschland und blieb es jetzt einfach. Dennoch war es eine fundamentale Entscheidung gegen eine Alternative, nämlich diejenige, Verhandlungen mit Hitler anzustreben, die bedeutet hätten, dass Grossbritannien mit unabsehbaren, auf jeden Fall aber tief greifenden Folgen aus dem Krieg ausgeschieden wäre.

Es muss kaum eigens betont werden, dass nicht einmal Halifax die Kapitulation Grossbritanniens oder einen Frieden zu Bedingungen, die dessen Unabhängigkeit eingeschränkt hätten, in Betracht zog. Ungeachtet ihrer Differenzen, bestand Halifax ebenso unerbittlich wie Churchill darauf, dass die britische Freiheit gewahrt bleiben müsse. Über dieses Ziel waren sich alle Mitglieder des Kriegskabinetts einig. Lediglich über den zu ihm hinführenden Weg waren der Premier und sein Aussenminister geteilter Meinung.

Genauso wenig war es so, dass patriotische Selbstbehauptung und churchillscher Kampfgeist über Schwäche und Defätismus obsiegt hätten. Halifax war nicht weniger patriotisch als Churchill, und auch er war bereit, den Kampf fortzuführen, sofern dies der einzige Weg war. Aber er vertrat die begründete Auffassung, dass weiterzukämpfen, was fraglos hohe Verluste mit sich brin-

gen würde, nicht der einzige Weg war, der Grossbritannien offenstand. Deshalb fand er Churchills Äusserungen, lieber kämpfend unterzugehen, als sich zu ergeben, ärgerlich, solange mögliche Alternativen nicht erkundet worden waren. Andererseits beruhte auch Churchills Standpunkt, bei aller Leidenschaftlichkeit des Ausdrucks und so sehr diese den nüchterner veranlagten Halifax reizte, auf Vernunft und Logik. Chamberlain und die anderen Mitglieder des Kriegskabinetts stellten sich schliesslich nicht hinter Halifax, sondern hinter Churchill, weil dieser die besseren Argumente hatte.<sup>119</sup>

Halifax wollte einen Versuchsballon starten, um zu sehen, ob durch italienische Vermittlung der Weg zu einer umfassenden Vereinbarung geebnet werden könne. Er hielt es für unwahrscheinlich, wollte aber nichts unversucht lassen. In Wirklichkeit überschätzte er damit implizit Mussolinis Einfluss auf Hitler, der erheblich nachgelassen hatte, seit sein Eingreifen 1938 zum Münchener Abkommen geführt hatte. Wie Churchill im Kriegskabinett andeutete, war auch er offenbar nicht abgeneigt, den Versuch zu unternehmen, Italien um den Preis einiger britischer Besitzungen im Mittelmeer zu kaufen. Er hätte sich sogar, wie er einmal sagte, mit einer deutschen Vormachtstellung in Mittel- und Osteuropa abgefunden, wenn dies Grossbritannien «aus dem Schlamassel» geholfen hätte.<sup>120</sup> Aber er hielt jede Fühlungnahme mit Mussolini für zwecklos, zumal nachdem Roosevelts Intervention im Namen der Alliierten so verächtlich zurückgewiesen worden war. Schlimmer noch, sie hätte Grossbritannien in «gefährliches Gelände» gebracht. Chamberlain, der im Verlauf der Krise immer mehr zur Schlüsselfigur in der Auseinandersetzung zwischen Premier und Aussenminister wurde,<sup>121</sup> pflichtete Churchill darin bei, ebenso wie Attlee und Greenwood. Sobald Verhandlungen eröffnet gewesen wären – und zwar nicht nur mit Mussolini, sondern auch mit Hitler –, hätte dies Auswirkungen nicht nur auf die internationale Position Grossbritanniens, sondern ebenso auf die Moral im Innern gehabt. Hitlers Stellung war angesichts des mächtigen Vorstosses seiner Truppen in Frankreich extrem stark. Seine Forderungen wären höchstwahrscheinlich über die Rückgabe früherer deutscher Kolonien hinausgegangen und hätten Grossbritannien ernsthaft geschwächt und seine Unabhängigkeit als Grossmacht gefährdet.

Nach Halifax' Ansicht hätte sich Grossbritannien in einem solchen Fall aus den Verhandlungen zurückziehen können. Churchill, der sich der Zustimmung

des übrigen Kriegskabinetts immer sicherer sein konnte, wies dagegen auf den irreparablen Schaden hin, der dann bereits angerichtet worden wäre, und zwar schon dadurch, dass man durch die Aufnahme von Verhandlungen die Bereitschaft signalisiert hätte, unvermeidliche Zugeständnisse in Erwägung zu ziehen. Nachdem die Bevölkerung erfahren hätte, dass die Regierung bereit gewesen wäre, über Friedensbedingungen nachzudenken, wäre es so gut wie unmöglich gewesen, die Kampfmoral wiederzubeleben. Und die Zugeständnisse, hob Churchill hervor, würden sich nicht auf einige Landstücke beschränken; allein schon die Erfüllung von Mussolinis Forderungen würde die britische Stellung im Mittelmeerraum und im Nahen Osten erheblich schwächen. Im Land selbst würde eine Marionettenregierung eingesetzt werden. Eine weitere Bedingung würde zweifellos die weitgehende Entwaffnung sein. Die Marine würde man wahrscheinlich auflösen oder unter deutsche Kontrolle stellen müssen.<sup>122</sup>

Von Halifax abgesehen, fanden die Mitglieder des Kriegskabinetts diese Argumentation letztendlich überzeugend. Und selbst Halifax stimmte dem Text des am Abend des 28. Mai an Reynaud gesandten Telegramms zu, das die von Churchill dargelegte Position wiedergab, auch wenn Chamberlain mit Hilfe des Aussenministers dem Text den letzten Schliff gegeben hatte.

Drei Tage, von Halifax' Treffen mit Bastianini am späten Nachmittag des 25. Mai bis zur Versendung des Telegramms an Reynaud am Abend des 28. Mai, hatte man für die Entscheidung gebraucht. Es war eine kollektive Einigung, da sich schliesslich auch Halifax den Wünschen der anderen Mitglieder des Kriegskabinetts gebeugt und sein bindendes Einverständnis zu der Entscheidung gegeben hatte (ein Punkt von nicht geringer Bedeutung, demonstrierte man Parlament und Bevölkerung doch damit die Einigkeit der Regierung). Sie war durch vernunftgeleitete Diskussionen zwischen den fünf (gelegentlich, wenn Sinclair teilnahm, auch sechs) Ministern erreicht worden, unter denen Churchill zwar eine Vorrangstellung einnahm, aber keine volle Vorherrschaft ausübte. Er hatte sich nicht mit Macht- und Druckmitteln, sondern mit Argumenten durchgesetzt. Attlee und Greenwood hatten Churchill instinktiv unterstützt, aber den wichtigsten Beistand im Kriegskabinettt hatte Chamberlain geleistet, der die Frage, wie bei ihm gewohnt, erst von allen Seiten eingehend geprüft hatte, bevor er seine anfängliche Zweideutigkeit aufgab und

sich rückhaltlos hinter Churchill stellte. Danach war Halifax (abgesehen vom Rücktritt, der ebenso schädlich wie nutzlos gewesen wäre und im Übrigen nie mehr als ein flüchtiger Gedanke gewesen war) kaum eine andere Wahl geblieben, als sich der Position seiner Ministerkollegen anzuschließen.

Auffällig an diesem Entscheidungsprozess ist, wie wenige Personen an ihm beteiligt waren und wie begrenzt, zumal in einer parlamentarischen Demokratie, die Zahl derjenigen war, die eine Ahnung davon hatten, was auf dem Spiel stand. Genau wusste es nur der kleine Kreis des Kriegskabinetts, über den hinaus so gut wie nichts durchsickerte. Selbst die Mitglieder des erweiterten Kabinetts tappten weitgehend im Dunkeln. Im Apparat des Kabinetts und im Aussenministerium wusste nur die oberste Ebene Bescheid. Die Bevölkerung ahnte natürlich nicht, vor welcher weit reichender Entscheidung das Kriegskabinetts stand, und erkannte erst nach und nach die Ungeheuerlichkeit der Ereignisse, die sich praktisch vor ihrer Haustür auf der anderen Seite des Ärmelkanals abspielten. In der heutigen Welt der globalen Vernetzung und nahezu zeitgleichen Fernsehberichterstattung über Kriege, die Tausende von Kilometern entfernt stattfinden, ist dies kaum noch vorstellbar.

Auch die Protagonisten selbst haben einen Schleier über die Ereignisse geworfen. Weder Churchill noch Halifax berichteten in ihren nach dem Krieg geschriebenen Memoiren von dem kurzzeitig erwogenen Vorschlag, durch Vermittlung Italiens eine Übereinkunft mit Hitler herbeizuführen. Im Entwurf seiner Kriegsmemoiren hatte Churchill zwar geschrieben, dass Halifax bereit gewesen sei, einen «gefährlichen Feind» zu beschwichtigen, und dessen Treffen mit Bastianini erwähnt. Dann war er aber dem Ratschlag gefolgt, Diskretion walten zu lassen, und hatte diese Stelle aus der Druckfassung gestrichen.<sup>123</sup> Erst als dreissig Jahre nach den Ereignissen die Regierungsakten zugänglich wurden, konnte man in vollem Umfang nachvollziehen, wie tiefgreifend und lebenswichtig die Überlegungen jener Maitage für die Zukunft Grossbritanniens gewesen waren.<sup>124</sup>

Darüber, was geschehen wäre, wenn man sich für Halifax' Strategie entschieden hätte, lassen sich natürlich nur Spekulationen und Vermutungen anstellen. Einiges von dem, was Churchill und die anderen Mitglieder des Kriegskabinetts in diesem Fall erwarteten, ist hier bereits dargelegt worden, und man weiss genug über die deutschen Pläne, um eine Vorstellung davon

zu erhalten, was auf Grossbritannien zugekommen wäre, wenn es um Frieden nachgesucht hätte.<sup>125</sup> Die erste deutsche Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen wäre sicherlich ein Regierungswechsel in London gewesen. Churchill, der seit Langem als Erzexponent einer antideutschen, kriegstreiberischen Fraktion galt, und seine Anhänger wären gezwungen gewesen, aus dem Amt zu scheiden, um einer Regierung Platz zu machen, die stärker auf die Interessen des Deutschen Reichs eingestellt und im Interesse des europäischen Friedens eher zu bedeutenden Konzessionen bereit gewesen wäre, als man es unter Churchills Führung jemals erwarten durfte. Churchill selbst rechnete, wie erwähnt, damit, dass die Deutschen auf einer Marionettenregierung unter dem britischen Faschistenführer Oswald Mosley bestehen würden.<sup>126</sup> Wahrscheinlicher wäre gewesen, dass man versucht hätte, David Lloyd George als Chef einer Regierung von Berlins Gnaden einzusetzen. Der ehemalige Premierminister aus der Zeit des Ersten Weltkriegs wurde von Hitler bewundert und war seinerseits, als er ihn 1936 in Berchtesgaden besucht hatte, ein grosser Bewunderer des deutschen Diktators.

Tatsächlich hatte Churchill Lloyd George in sein Kabinett berufen wollen. Der hatte jedoch das Angebot vom 13. Mai, das Landwirtschaftsministerium zu übernehmen, abgelehnt, weil er nicht mit Chamberlain Zusammenarbeiten wollte. Lloyd George, der mittlerweile hoch in den Siebzigern war, glaubte, dass Grossbritannien den Krieg nicht gewinnen könne und zu gegebener Zeit einen Verhandlungsfrieden würde anstreben müssen.<sup>127</sup> Aber er besass immer noch politisches Gewicht, und seine Stimme wurde sowohl im Ausland als auch in Grossbritannien gehört. Angesichts der düsteren Situation von Ende Mai sprach Churchill mit Chamberlain über die Möglichkeit, Lloyd George in die Regierung zu holen. Chamberlain erwiderte freimütig, dass er Lloyd George nicht traue und nicht mit ihm Zusammenarbeiten könne. Churchill müsse sich zwischen ihnen entscheiden. Daraufhin liess Churchill den Gedanken umgehend fallen, da er Chamberlain nicht verlieren wollte. Sie würden zusammen dienen und auch «zusammen untergehen», bemerkte er etwas kryptisch. Er wisse auch nicht, was Lloyd George denke oder ob er sich als defätistisch erweisen würde.<sup>128</sup> Das hielt ihn indessen nicht davon ab, noch mehrmals an ihn heranzutreten. Aber alle Versuche, ihn ins Kabinett zu holen, scheiterten an der unversöhnlichen Feindschaft zwischen ihm und Chamberlain.

Lloyd George war nicht direkt defätistisch eingestellt. Im Sommer 1940 vertrat er die Ansicht, dass Friedensverhandlungen nicht sofort aufgenommen werden sollten, sondern erst, nachdem der deutsche Angriff abgewehrt worden sei und man aus einer besseren Position heraus verhandeln könne. Dennoch war das Misstrauen berechtigt, das Churchill und Chamberlain ihm gegenüber hegten. Im Herbst 1940 sah sich Lloyd George als Frieden stiftenden Premierminister, sobald Grossbritanniens Überleben gesichert wäre, man zugleich aber erkannt hätte, dass ein totaler Sieg über Deutschland ausgeschlossen sei. Er würde «warten, bis Winston am Ende ist», wie er seinem Sekretär im Oktober 1940 anvertraute.<sup>129</sup> Vorher, im Juni und Juli, als praktisch jeden Tag Gerüchte über Friedensinitiativen umgingen, erreichte Berlin die Mär, dass Lloyd George bald an Churchills Stelle treten würde.<sup>130</sup> Er wäre Hitler als britisches Pendant zu Marschall Pétain an der Spitze einer Regierung nach dem Vorbild Vichys sicherlich willkommen gewesen, möglicherweise unter einem wieder inthronisierten König Edward VIII.<sup>131</sup>

Sobald sich eine solche Regierung auf das von Churchill so deklarierte «gefährliche Gebiet» von Verhandlungen begeben hätte, wäre sie in ihrer schwachen Position gezwungen gewesen, Territorien und Waffen an Deutschland abzutreten. Obwohl Hitler später bei zahlreichen Gelegenheiten erklärte, er habe das britische Empire erhalten wollen, ist es undenkbar, dass dies seinen Fortbestand als unabhängige Macht bedeutet hätte. Wie im nächsten Kapitel zu sehen, wäre von manchen Teilen seines Regimes, insbesondere von der Kriegsmarine, sicherlich Druck ausgeübt worden, beträchtliche territoriale Gewinne auf Kosten Grossbritanniens zu erzielen sowie die Bedrohung durch die Royal Navy ein für alle Mal zu beseitigen.

Selbstverständlich hätte eine britische Exilregierung aus irgendeinem Teil der Dominions den Kampf fortgesetzt. Vielleicht wäre es sogar gelungen, die Flotte herauszuholen und in Häfen des befreundeten Auslands in Sicherheit zu bringen. Aber es ist kaum vorstellbar, dass Grossbritannien im späten Frühjahr oder Sommer 1940 aus Friedensverhandlungen, um die es selbst gebeten hätte, anders als zutiefst geschwächt hervorgegangen wäre.

Wenn Grossbritannien Deutschland unterstützt oder ihm zumindest wohlwollend neutral gegenübergestanden hätte, wäre Roosevelts Neigung, ihm materielle und militärische Hilfe zu leisten, natürlich geschwunden. Nach einem



Verhandlungsfrieden zu Deutschlands Gunsten, gefolgt oder begleitet von der vernichtenden militärischen Niederlage Frankreichs, hätte Hitler ganz Westeuropa beherrscht. Die britische Entscheidung, weiterzukämpfen, bedeutete dagegen, dass er den Krieg im Westen nicht beenden konnte, was das Risiko, das er eingegangen war, enorm erhöhte. Er musste jetzt überlegen, ob er den Angriff auf die Sowjetunion, den ideologischen Erzfeind, und damit den Krieg um «Lebensraum» und zur Vernichtung des «jüdischen Bolschewismus», den er stets hatte führen wollen, angesichts des nicht beendeten Krieges im Westen wagen wollte. Denn hinter Grossbritannien stand die Macht der Vereinigten Staaten, welche die britische Kriegsanstrengung zukünftig wahrscheinlich in zunehmendem Mass unterstützen würden. Aus Hitlers Perspektive gesehen, war die Zeit nicht auf Deutschlands Seite. Es musste Grossbritannien aus dem Krieg werfen, bevor die Amerikaner bereit und willens waren, in ihn einzutreten. Sollten sie dies tun, bevor Deutschland Europa vollständig unter seine Herrschaft gebracht hatte und ihm die materiellen Ressourcen des gesamten Kontinents zur Verfügung standen, wären die Siegesaussichten erheblich geringer und auf lange Sicht wahrscheinlich zunichte gemacht. Die britische Entscheidung, den Krieg weiterzuführen, musste bei Hitler das Gefühl verstärken, dass schnelles Handeln geboten sei. Wenn die britische Regierung eine Einigung ausschlug, sah er nur zwei Möglichkeiten: entweder Grossbritannien militärisch niederzuringen oder es durch einen raschen Sieg über die Sowjetunion zu zwingen, die deutsche Vorherrschaft auf dem Kontinent anzuerkennen und damit letztlich auch die Amerikaner aus dem Krieg herauszuhalten.

Hitler wusste nichts von den grundsätzlichen Überlegungen des britischen Kriegskabinetts in der letzten Maiwoche. Erst nachdem London sein letztes halbherziges «Friedensangebot», das er in einer Reichstagsrede am 19. Juli 1940, nach seinem Triumph in Frankreich, verkündet hatte, umgehend zurückgewiesen hatte, war klar, dass Grossbritannien jede Möglichkeit eines Verhandlungsfriedens kategorisch ausschloss. Zu diesem Zeitpunkt, als die britische Armee weitgehend unbeschadet aus Dünkirchen zurückgeholt worden war, wurden in London und Washington erste vorsichtige Schritte unternommen, um die lebenswichtige amerikanische Hilfe zu organisieren. Unterdessen stand Hitler seinerseits vor einer grundlegenden Entscheidung.

## Berlin, Sommer und Herbst 1940

*Hitler beschliesst, die Sowjetunion anzugreifen*

*Den Führer beschäftigt am stärksten die Frage, warum England den Weg zum Frieden noch nicht gehen will. Ersieht ebenso wie wir die Lösung der Frage darin, dass England noch eine Hoffnung auf Russland hat. Er rechnet damit, England mit Gewalt zum Frieden zwingen zu müssen.*

Franz Halder, Generalstabschef des Heeres,  
Tagebucheintrag vom 13. Juli 1940

«Ist aber Russland zerschlagen, dann ist Englands letzte Hoffnung getilgt. Der Herr Europas und des Balkans ist dann Deutschland. Entschluss: Im Zuge dieser Auseinandersetzung muss Russland erledigt werden. Frühjahr 1941. [...] [Beginn des Feldzugs:] Mai 1941. Fünf Monate Zeit zur Durchführung.»<sup>1</sup> Mit diesen erstaunlichen Sätzen verkündete Hitler seinen Generälen am 31. Juli 1940 auf dem Berghof bei Berchtesgaden die schwer wiegendste Entscheidung, die er während des Zweiten Weltkriegs traf. Sie führte zum blutigsten Konflikt der Geschichte, einem Titanenkampf in Osteuropa, der über dreissig Millionen Sowjetbürgern und Deutschen das Leben kosten und weite Landstriche in vorher unbekanntem Mass verwüsten sollte, bevor er fast vier Jahre später mit dem Selbstmord des Diktators in seinem Bunker in Berlin und der viereinhalb Jahrzehnte andauernden sowjetischen Vorherrschaft über den halben europäischen Kontinent endete.

Angesichts der späteren Geschehnisse erscheint Hitlers Vorhaben als schierer Wahnsinn. Bereits Napoleon hatte mit dem Feldzug von 1812 versucht, seine imperialen Träume zu verwirklichen, und dabei ein unrühmliches Ende gefunden. In Hitlers Fall hatte dieses gewagte Spiel sogar noch schlimmere Folgen. Seine Entscheidung erweckt den Eindruck, als hätte er sich selbst und seiner Nation den Tod gewünscht. Warum also hat er sie getroffen? Lag es nur an dem illusorischen Gefühl der Unfehlbarkeit in militärischen Fragen, die der triumphale Sieg über

Frankreich erzeugt oder vielleicht auch nur verstärkt hatte? Bildete die Entscheidung den Höhepunkt einer von Grund auf unlogischen Ideologie, eines irrationalen Wahns, der sich die Vernichtung des «jüdischen Bolschewismus» zum Ziel gesetzt hatte? Wenn sie verrückt war, warum stimmten die Führer der Wehrmacht ihr dann zu? Gab es andere Optionen, oder lagen der sonderbaren Entscheidung, wie die eingangs zitierten Worte andeuten, strategische Zwänge zugrunde, die Hitlers Handlungsspielraum stärker einengten, als es auf den ersten Blick den Anschein hat?

Hitlers Weg in den Krieg ist erschöpfend erforscht worden. Doch bevor versucht werden soll, Antworten auf die soeben gestellten Fragen zu finden, sei kurz an einige Hauptpunkte in der Vorgeschichte der schicksalhaften Entscheidung, die Sowjetunion anzugreifen, erinnert.

## 1

Im Juni 1941 drangen nicht zum ersten Mal deutsche Truppen auf russisches Territorium vor und besetzten riesige Teile Osteuropas. Dies war bereits im Ersten Weltkrieg geschehen. Im zweiten Halbjahr 1915 hatte das deutsche Heer polnische Gebiete überrannt, die unter russischer Herrschaft standen, und grosse Landstriche an der Ostsee besetzt. Zwei Jahre später waren des Kaisers Soldaten auch in Weissrussland und die Ukraine einmarschiert.<sup>2</sup> Gemäss dem harten Vertrag von Brest-Litowsk, der dem neuen Regime der Bolschewiken am 3. März 1918 aufgezwungen wurde, gerieten Polen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland, Weissrussland und die Ukraine unter deutschen Einfluss.<sup>3</sup> Hitler lobte den Vertrag, weil er dem deutschen Volk «Grund und Boden» verschafft habe, die es als Ernährungsgrundlage brauche.<sup>4</sup> Und als er viele Jahre später der Wehrmachtführung die politischen Ziele darlegte, die er mit dem Überfall auf die Sowjetunion verfolgte – die Errichtung von Pufferstaaten in der Ukraine, dem Baltikum, Finnland und Weissrussland –, erinnerten sie stark an jene Bedingungen von Brest-Litowsk.<sup>5</sup>

Das Bild, das die Deutschen im Ersten Weltkrieg von dem besetzten Land gewonnen hatten, prägte die Haltung der nächsten, wesentlich grausamer agierenden Besatzergeneration. Was er kennengelernt habe, notierte ein Offizier, sei «innerstes Russland» gewesen, «ohne Abglanz mitteleuropäischer Kultur, Asien,

Steppe, Sumpf, raumlose Unterwelt und eine gottverlassene Schlammwüste».<sup>6</sup> Von solchen Eindrücken geleitet, wollten die Besatzer im Baltikum einen deutschen Militärstaat errichten, um Ordnung zu schaffen und dem Gebiet «Kultur» zu bringen. Die Schlüsselfigur bei der utopischen Planung dieses Militärstaats war Erich Ludendorff, der dynamischste deutsche Heerführer in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges.<sup>7</sup> Anfang der zwanziger Jahre sollte er in engen Kontakt mit Hitler kommen und zu einer zentralen Gestalt beim Fiasko des Münchner Putsches vom November 1923 werden.

Aller Wahrscheinlichkeit nach gehörte Ludendorff zu denjenigen, die in jenen Jahren einen gewissen Einfluss auf Hitlers sich herausbildendes Russlandbild ausübten. In dieser Zeit wich die frühe, konventionell alldeutsche Orientierung von Hitlers aussenpolitischem Denken – mit dem Hauptaugenmerk auf der Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1914, der Wiedererlangung der verlorenen Kolonien und der Rache an den für den Versailler Vertrag verantwortlichen Siegermächten Frankreich und Grossbritannien – nach und nach der Ausrichtung auf eine Expansion im Osten auf Kosten Russlands, bei gleichzeitiger Verfolgung einer freundlichen Politik gegenüber Grossbritannien. Die erste bekannte Äusserung, in der er diese Position vertrat, stammt aus dem Dezember 1922. Damals stellte er fest: «Es wäre die Zertrümmerung Russlands mit Hilfe Englands zu versuchen. Russland gäbe genügend Boden für deutsche Siedler und ein weites Betätigungsfeld für die deutsche Industrie.»<sup>8</sup> Bis 1924 hatte sich diese Doktrin in Hitlers Denken verfestigt, und im 1926 veröffentlichten zweiten Band von *Mein Kampf* drückte er sie unmissverständlich aus: «Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewusst einen Strich unter die aussenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. [...] Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm Untertanen Randstaaten denken.»<sup>9</sup> Einmal verinnerlicht, hielt Hitler an dieser Lehre vom «Lebensraum» eisern fest. Sie blieb bis zuletzt ein grundlegender Aspekt seiner «Weltanschauung». Ganz neu war diese Idee freilich nicht; sie bildete vielmehr seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts einen integralen Bestandteil des nationalistisch-imperialistischen Denkens, der später von ein-

flussreichen geopolitischen Theoretikern «intellektualisiert» wurde, vor allem von Karl Haushofer, einem Münchener Professor, bei dem Hitlers Privatsekretär und späterer Stellvertreter Rudolf Hess studiert hatte. Das Konzept stützte sich auf eine unausgeglichene Wirtschaftslehre, der zufolge nur Landerwerb für die Neubesiedlung ein Bevölkerungswachstum in einem Umfang ermögliche, wie es für die Stärke und Lebenskraft einer Grossmacht erforderlich sei. Deutschland, hiess es, sei für das nötige Bevölkerungswachstum zu beengt. Deshalb müsse es neue Gebiete erwerben. Und während das britische Empire, dessen Macht Hitler bewunderte und mit Neid betrachtete, auf der Eroberung von Überseeterritorien und deren kolonialer Ausbeutung aufgebaut sei, müsse das deutsche Reich in grösserer Nähe, in Osteuropa, errichtet werden.

Da kein Land, Staat oder Volk sein Territorium freiwillig hergeben würde, war Krieg für das Lebensraumkonzept unverzichtbar. Daneben war es implizit auch sozialdarwinistisch und rassistisch, weil es dem Gedanken anhing, dass die Starken ein Lebensrecht hätten, während die Schwachen verdientermassen zugrunde gingen, und dass die vitaleren, kreativeren Rassen über die «minderwertigen» siegen sollten. Hitler selbst fügte dem eine weitere wichtige rassistische Komponente hinzu: den Antisemitismus. Aber auch dieser war – selbst in seiner ganzen Bösartigkeit – keineswegs neu. Hitler teilte seine antisemitischen Anschauungen mit zahllosen Zeitgenossen – wenngleich die Intensität seiner antijüdischen Paranoia sicherlich ungewöhnlich war. Originär war indessen die Art und Weise, wie die beiden Grundbestandteile seiner «Weltanschauung», sein pathologischer Antisemitismus und die Idee des «Lebensraums», miteinander verschmolzen.<sup>10</sup> Er tat dies, indem er das bolschewistische Regime in Russland als jüdische Herrschaft betrachtete. Diese Ansicht hatte sich 1920 bereits herausgebildet, wahrscheinlich unter dem Einfluss seines publizistischen Helfers Alfred Rosenberg, der aus dem Baltikum stammte, sowie der wilden antisemitischen und antibolschewistischen Tiraden russischer Emigranten, die in der deutschen rechten Presse erschienen.<sup>11</sup> Im Anschluss an die bereits zitierte Passage aus *Mein Kampf* verband Hitler das deutsche Bedürfnis nach Landerwerb im Osten direkt mit der Beendigung der dortigen «Judenherrschaft»: «Seit Jahrhunderten zehrt Russland von diesem germanischen Kern seiner oberen leitenden Schichten. Er kann heute als fast restlos ausgerottet und ausgelöscht angesehen werden. An seine Stelle ist der Jude getreten.

[...] Er selbst ist kein Element der Organisation, sondern ein Ferment der Dekomposition. Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Russland wird auch das Ende Russlands als Staat sein.»<sup>12</sup> Im Osten «Lebensraum» zu erobern, bedeutete also, anders ausgedrückt, die Macht des dort angeblich herrschenden Judentums zu vernichten.

In den späten zwanziger Jahren kam Hitler in unzähligen Reden sowie in einem nicht veröffentlichten Traktat, in dem er ausführlicher als in *Mein Kampf* auf seine aussenpolitischen Vorstellungen einging, auf das Thema des «Lebensraums» zurück. In der 1928 verfassten Schrift definierte er Aussenpolitik als «die Kunst, einem Volke den jeweils notwendigen Lebensraum in Grösse und Güte zu sichern». Für Deutschland bedeute dies, das Ziel «dort zu suchen, wo es einzig und allein liegen kann: Raum im Osten».<sup>13</sup> 1928 waren diese Vorstellungen noch abwegig. Nur wenige Deutsche hegten solche Träume. Hitler stand an der Spitze einer im politischen Abseits agierenden Splitterpartei, die ganz offensichtlich keine Aussicht hatte, jemals an die Macht zu kommen. Unter Gustav Stresemann als Aussenminister hatte sich Deutschland zudem auf die Verträge von Locarno und die kollektive Sicherheit des Völkerbunds verpflichtet. Und die Beziehungen zur Sowjetunion waren trotz der Antipathie gegenüber dem Bolschewismus keineswegs schlecht, seit 1922 mit dem Vertrag von Rapallo eine Grundlage für eine beiderseitig vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen worden war, die es der Reichswehr erlaubte, die strengen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu umgehen und insgeheim Schritte in Richtung Wiederaufrüstung zu unternehmen.<sup>14</sup>

Während des kometenhaften Aufstiegs der Nationalsozialisten an die Macht, als die Weltwirtschaftskrise Deutschland im Griff hielt, sprach Hitler vergleichsweise wenig über «Lebensraum». Ein irgendwann in einer nebelhaften, fernen Zukunft geführter Krieg gegen die Sowjetunion war kaum ein Thema, mit dem man Stimmen fangen konnte. Die meisten Menschen waren vollauf mit ihren eigenen Alltagssorgen, dem Kampf mit dem wirtschaftlichen Elend und dem Versagen des Staats beschäftigt. Entsprechend war Hitlers Propaganda ausgerichtet. Dennoch liess er das Lebensraumkonzept nicht fallen. Nachdem der Demagoge am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden war, waren seine aussenpolitischen Ansichten nicht mehr diejenigen des

fanatischen Sprechers einer Splitterpartei, sondern besaßen das Gewicht der wichtigsten Figur in der Regierung, hinter der eine riesige Massenbewegung stand.

Am Anfang wurde jedoch weder der Erwerb von «Lebensraum» noch irgendein anderes expansionistisches aussenpolitisches Ziel lauthals propagiert. Stattdessen machte sich Hitler daran, die Schwäche Deutschlands auf der internationalen Bühne zu überwinden. Entscheidend dafür war die Wiederherstellung der Militärmacht des Landes. Hitler setzte denn auch die Wiederaufrüstung umgehend an die Spitze der Prioritätenliste. Das war natürlich Musik in den Ohren der Generäle, vor denen er nur vier Tage nach seinem Amtsantritt sprach. Viele von ihnen hatten seit Langem auf den Tag gehofft und ihn insgeheim vorbereitet, an dem die Fesseln fallen würden und die Wiederaufrüstung in Gang gesetzt werden konnte. Sie wünschten sich Deutschland als vorherrschende Macht in Mitteleuropa und sogar auf dem gesamten europäischen Festland. Daher konnte sich Hitler einer günstigen Reaktion sicher sein, als er am 3. Februar 1933 den Ausbau der Streitkräfte ankündigte. Anschliessend wandte er sich der künftigen Aussenpolitik zu und stellte die «Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung» in Aussicht.<sup>15</sup> Es war eine erste vorsichtige Bekräftigung seines Dogmas aus den zwanziger Jahren. Die meisten, die es hörten, sahen darin wahrscheinlich nicht mehr als eine vage Anspielung auf zukünftig einmal zu verfolgende expansionistische Bestrebungen, um in Versailles verlorene Gebiete zurückzugewinnen und die deutsche Vorherrschaft in Mittel- und Osteuropa zu errichten. Diese lehnten nur wenige grundsätzlich ab, aber sie war zu diesem Zeitpunkt keine konkrete aussenpolitische Zielsetzung. Die Anspielung auf den «Lebensraum» deutete jedoch an, in welche Richtung Hitlers Denken in der Aussenpolitik ging. Hitler war kein blosser opportunistischer Machtpolitiker, wenngleich er sicherlich die sich ergebenden Gelegenheiten in der internationalen Politik nutzte. Aber sein Opportunismus war ideologisch fundiert.

Im Sommer 1933 hatte Hitler seine Diktatur bereits konsolidiert. Er herrschte jetzt nicht nur über eine riesige Partei, sondern auch über den bürokratischen Apparat einer Staatsverwaltung und nicht zuletzt über die moderne Maschinerie von Zwang und Repression. Ein Jahr später errichtete er seine totale Herrschaft über den Staat. Durch das Massaker an den SA-Führern im Juni 1934 beseitigte er die einzig verbliebene Bedrohung seiner Macht. Und

als kurz darauf der greise Reichspräsident Hindenburg verstarb, fiel die einzige potenzielle Quelle einer alternativen Loyalität im Staat weg. Hitler übernahm nun neben dem Amt des Regierungschefs auch das des Staatsoberhauptes. Hauptnutznießer der rücksichtslosen Ausschaltung seiner eigenen paramilitärischen Organisation war die Reichswehr, was zusätzlich den Rückhalt stärkte, den er bereits durch sein Aufrüstungsprogramm beim Militär genoss. Inzwischen hatten sich auch Handel und Industrie, von den ihnen eingeräumten Möglichkeiten zur Profitmaximierung fasziniert, grossenteils auf die Seite der neuen Regierung geschlagen.

Die Entscheidungsprozesse im NS-Regime hatten keine Ähnlichkeit mit den Mechanismen demokratischer Staaten. Aber auch anderen Formen totalitärer Herrschaft waren sie kaum vergleichbar. Hitler missfiel es, seine Autorität durch ein kollektives Gremium beschränken zu lassen, und sei es auch nur potenziell. Sobald Hindenburg tot war, begann daher das Kabinett zu verkümmern. Gesetzestexte entstanden meist, indem man die Entwürfe in den relevanten Ministerien zirkulieren liess. Ab Februar 1938 trat das Kabinett überhaupt nicht mehr zusammen. Es gab also kein kollektives Regierungsorgan mehr. Gleichzeitig blieb der Dualismus von Staat und Partei ohne klare Trennlinien bestehen, was zu einiger Verwirrung führte. Verstärkt wurde diese durch Hitlers Neigung, zur Überwindung von Blockaden oder Hindernissen in der Regierungsarbeit bevollmächtigte Gremien zu schaffen, die seine persönliche Unterstützung besaßen und häufig Zwitterinstitutionen zwischen Partei und Staat waren, während daneben die normalen Ministerien und Ämter weiterarbeiteten. Die grundlegende sozialdarwinistische Philosophie der Nationalsozialisten, die Starken und Mächtigen zu unterstützen, förderte den ungezügeltten Wettbewerb und den rücksichtslosen Einsatz von «Ellenbogen». Daher bedeuteten formale Stellungen in der Realität häufig wenig oder nichts, da die Macht bei denen war, die sich nach oben zu kämpfen verstanden und direkten Zugang zu Hitler hatten. Zwei herausragende Beispiele waren SS-Chef Heinrich Himmler, der ab 1936 den gesamten gewaltigen Polizei- und Sicherheitsapparat unter sich hatte, obwohl er nominell dem eher schwachen Reichsminister des Inneren, Wilhelm Frick, unterstand, und Hermann Göring, ab 1936 Beauftragter für den Vierjahresplan, welches das weiter existierende Reichswirtschaftsministerium grossenteils ersetzte.



In diesem Gewirr konkurrierender Ämter und Behörden und der dementsprechenden Verwaltungsanarchie war Hitler der unumstrittene Herrscher. Allerdings hielt er sich weitgehend aus der Innenpolitik heraus. Auf ihn bezogen von Entscheidungsfindung zu sprechen, wäre in den meisten Fällen unzutreffend. Eine «Entscheidung» konnte eine beiläufige Bemerkung sein, die ein Minister oder Parteifunktionär bei Hitlers regelmässigen mittäglichen Zusammenkünften aufgeschnappt und als «Führerbefehl» weitergegeben hatte. Solange alles ablief, wie er es sich vorstellte, griff er in den Vorkriegsjahren selten ein (später war es anders), es sei denn, er wurde als Schlichter angerufen, eine Rolle, die er in der Praxis häufig nur widerstrebend spielte. Aber in Schlüsselmomenten, wenn ein kritischer Punkt erreicht war oder eine Richtungsentscheidung verlangt wurde, war sein Eingreifen unumgänglich. Das vielleicht wichtigste Beispiel einer solchen Intervention aus der Frühzeit des Regimes stammt aus dem Jahr 1936. Als eine Krise der Rohstoffbeschaffung für die Rüstung eintrat, führte Hitler den Vierjahresplan ein, um die Industrieproduktion zu steigern und die deutsche Wirtschaft kriegsbereit zu machen.

Während Hitler vor dem Krieg innenpolitisch höchstens die «Aktionsrichtlinien» bestimmte,<sup>16</sup> traf er von Beginn an die grossen aussenpolitischen Entscheidungen selbst, bis hin zu dem Entschluss von 1939, Polen anzugreifen und damit einen europäischen Krieg zu riskieren.<sup>17</sup> Auch auf diesem Gebiet scheute er den kollektiven Entscheidungsprozess eines Kabinetts. Während die Zentralregierung zerfiel, beriet er sich lieber – zumeist in Einzelbesprechungen oder im kleinen Kreis – mit denjenigen, deren Ansichten er erfahren wollte, bevor er seine Entscheidung fällen konnte. In einer Schlüsselsitzung mit der Wehrmachtführung und dem Aussenminister im November 1937, in der er die Notwendigkeit von Expansion und Krieg erläuterte, schickte er voraus, dass die zur Debatte stehende Frage viel zu wichtig sei, um sie dem Kabinett zu überlassen.<sup>18</sup> Darin spiegelte sich teilweise eine charakteristische Betonung der Geheimhaltung wider, die an sich nicht unvernünftig war, da sie den Kreis derjenigen beschränkte, die über riskante aussenpolitische Schritte (oder später wichtige militärische Operationen) Bescheid wussten. Im Januar 1940 sollte er in jeder militärischen Dienststube einen «grundsätzlichen Befehl» aufhängen lassen, in dem es hiess: «Niemand: keine Dienststelle, kein Offizier dürfen von einer geheim zu haltenden Sache erfahren, wenn sie nicht aus dienstlichen Gründen unbedingt davon Kenntnis haben müssen.» Und auch dann sollten

nur die unbedingt nötigen Informationen weitergegeben werden, und zwar erst zu dem Zeitpunkt, an dem es erforderlich sei.<sup>19</sup> Doch Hitlers Sorge um die Geheimhaltung ging darüber hinaus. Nach seiner Ansicht verlieh die Stellung des «Führers» absolute Macht und Verantwortung und vertrug keine Einmischung. Er allein konnte die grundlegenden Entscheidungen treffen, und selbst wenn er sich bereithalten mochte, sich die Meinung von Militärs und Ministern anzuhören, musste er sich ohne Rücksicht auf die Auffassungen anderer frei entscheiden können. Anschliessend wurden die Entscheidungen einfach denen, die sie kennen mussten, verkündet. Widerspruch öffentlich zu äussern, war daher extrem schwierig, wenn nicht unmöglich, und wer gegenüber Hitler persönlich Vorbehalte anmeldete, musste als Erwiderung mit einer lautstarken Tirade rechnen. Ausserdem konnte Hitler in der herrschenden Elite, vor allem in der Wehrmachtführung, stets mit einem grossen Mass an Zustimmung rechnen. Als der Generalstabschef Ludwig Beck im Sommer 1938 Hitlers Entscheidung, im Herbst des Jahres die Tschechoslowakei anzugreifen (die Militäraktion wurde später aufgrund der westlichen Intervention auf der Münchener Konferenz aufgeschoben), grundsätzlich ablehnte, fand er sich in der Wehrmachtführung völlig isoliert wieder, und dass er aus Verzweiflung von seinem Posten zurücktrat, hatte keinerlei Auswirkungen auf die Politik.

Hitler besass ein hoch entwickeltes Gespür für die Schwächen der anderen. Die aussenpolitischen Erfolge, die er bis 1938 erzielte, beruhten hauptsächlich auf der Intuition des Tyrannen sowie der instinktiven Bereitschaft des Glücksspielers, grosse Risiken einzugehen. Den ersten wichtigen Schritt bei der Festlegung des neuen, selbstbewussten Kurses der deutschen Aussenpolitik, den Rückzug aus der Abrüstungskonferenz und den Austritt aus dem Völkerbund, unternahm Hitler im Oktober 1933 in völliger Übereinstimmung mit Aussenministerium und Reichswehrführung. Den Zeitpunkt hatte er bestimmt, aber den Schritt hätte wahrscheinlich jede nationalistische Regierung damals getan. Eine etwas eigenständigere Linie verfolgte Hitler, als er im Januar 1934 entgegen den Präferenzen des Aussenministeriums eine Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion vorantrieb und den Abschluss eines Nichtangriffsvertrages mit Polen durchsetzte. Im selben Mass, wie er an Selbstvertrauen gewann, wurde er immer kühner. Im März 1935 spekulierte er zutreffend darauf, dass die westlichen Demokratien nichts unternehmen würden, wenn er

einen massiven Ausbau des Heeres sowie die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bekanntgab – beides verletzte die Bestimmungen des Versailler Vertrages in grober Weise. Er hatte dabei weder Militärführer noch Minister vorher um Rat gefragt.<sup>20</sup> Anfang 1936 nahm er wiederum zutreffend an, dass die in der Abessinienkrise offenbar gewordene Schwäche der westlichen Demokratien eine ausgezeichnete Gelegenheit darstelle, in das entmilitarisierte Rheinland einzumarschieren – auch dies ein Schritt, der auf der Tagesordnung jeder nationalistischen Regierung gestanden hätte. In Aussenministerium und Wehrmachtführung wussten überraschend viele über das Vorhaben Bescheid, während Hitler ungefähr einen Monat lang zögerte und mit einer Reihe von Beratern sprach, von denen einige die Aktion als zu riskant ablehnten. Er hörte sich ihre Einwände an, traf die Entscheidung dann aber allein, ohne ihrem Rat zu folgen: «Ich gehe», behauptete er, «mit traumwandlerischer Sicherheit den Weg, den mich die Vorsehung gehen heisst.»<sup>21</sup>

Der Weg war jedoch nicht gerade. Seit Mitte der zwanziger Jahre hatte er in dem anvisierten Krieg gegen den «jüdischen Bolschewismus» Grossbritannien nicht als Feind, sondern als Freund und Verbündeten gewinnen wollen. Aber positive Anzeichen wie das 1935 geschlossene Flottenabkommen zwischen Grossbritannien und Deutschland waren trügerisch. Die Entfremdung nahm fortwährend zu, selbst als der britische Premierminister Neville Chamberlain 1938 mit dem Münchner Abkommen die Zeit des Friedens angebrochen sah. Hitler hatte längst erkannt, dass er Grossbritannien zu den Gegnern Deutschlands zählen musste, zumal London, wenn auch verspätet, mit grossem Tempo aufzurüsten begonnen hatte. Darüber hinaus gab es jenseits des Atlantiks das riesige Potenzial Amerikas, das zwar noch brach lag, da sich die Vereinigten Staaten in die Isolation zurückgezogen hatten, aber im Auge behalten werden musste, weil die USA als möglicher künftiger Gegner in Frage kamen. Immerhin hatte das amerikanische Eingreifen im Ersten Weltkrieg schon einmal das Schicksal Deutschlands besiegelt. Mit anderen Worten, die Zeit war nicht aufseiten Deutschlands. Es hatte durch seine frühe und rasche Aufrüstung einen Vorteil erlangt, aber der würde nicht auf Dauer bestehen bleiben. Dies verstärkte Hitlers Spielermentalität. Das Risiko, erklärte er regelmässig, wäre beim Warten grösser als beim Handeln.

Auch die wirtschaftlichen Daten drängten auf ein Zuschlagen. Nach der Anfangsphase konnte die Aufrüstung nur auf Kosten des Staatshaushalts und

einer geordneten Wirtschaftstätigkeit fortgesetzt werden. Deutschland fehlten einfach die Ressourcen, um alles zu produzieren oder zu importieren, was es für die Waffenherstellung und die Aufrechterhaltung eines bescheidenen Lebensstandards seiner wachsenden Bevölkerung benötigte.<sup>22</sup> Mehr Mittel für Waffen bedeutete weniger Geld für Nahrungsmittel. Kanonen *und* Butter konnte man sich nur begrenzte Zeit leisten. Überall in der Wirtschaft schrillten die Alarmglocken. Der Krieg war zwar nicht die Folge einer Wirtschaftskrise, doch war die schwelende Krise die Folge der ideologischen Notwendigkeit, die Wirtschaft für den Krieg umzuformen.<sup>23</sup> Und sie bedeutete, dass Hitler sich zum Handeln gezwungen sah, zum einen weil er voraussah, dass Deutschland schon in wenigen Jahren in einer weit schlechteren Position sein würde, und zum anderen weil die Wirtschaft nicht endlos in ihrem überdehnten und überhitzten Zustand bleiben konnte.

Es ist aber keineswegs so, dass Hitler nur unter äusserem Druck handelte. Vielmehr stiess er ihn in die Richtung, die er sowieso hatte nehmen wollen, so etwa beim Antibolschewismus. Durch den Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs im Sommer 1936 geriet der Bolschewismus wieder in Hitlers Blickfeld. Er beschloss allein und aus ideologischen Gründen (um die bolschewistische Machtübernahme zunächst in Spanien und dann in Frankreich zu verhindern), General Franco, dem Anführer der nationalistischen Rebellion gegen die spanische Republik, Militärhilfe anzubieten.<sup>24</sup> Später im Sommer verfasste er seine Denkschrift über den Vierjahresplan, die auf der Annahme beruhte, dass der Konflikt mit der Sowjetunion unvermeidlich sei.<sup>25</sup> 1937 erwartete er in den nächsten fünf, sechs Jahren einen grossen Krieg in Europa. Stalin hielt er für «gehirnkrank», und über den Bolschewismus sagte er: «Das ist die Gefahr, die wir einmal niederschlagen müssen.»<sup>26</sup> Er verlor das ideologische Ziel, das er sich in den zwanziger Jahren gesetzt hatte, also nie aus den Augen, auch wenn es aufgrund der machtpolitischen Anpassungen an die wechselnden Konstellationen der praktischen Aussenpolitik in den Jahren vor dem Krieg vorübergehend in den Hintergrund trat. Im August 1939 nahm Hitler die letzte Anpassung vor, indem er mit atemberaubendem Zynismus (in dem ihm Stalin in nichts nachstand) den in der NS-Ideologie angelegten Antagonismus gegenüber der Sowjetunion übergang und mit dem Erzfeind einen Nichtangriffspakt schloss.<sup>27</sup> Doch selbst damals, nur wenige Tage vor diesem dramatischen

Schritt, soll er gegenüber dem Schweizer Carl Burckhardt, dem Hohen Kommissar des Völkerbunds in Danzig, bemerkt haben: «Alles, was ich unternehme, ist gegen Russland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach der Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden.»<sup>28</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war der Krieg in Europa bereits zur Gewissheit geworden. Dafür hatte Hitler vor allen anderen gesorgt. Da eine Kombination von ideologischen, militärisch-strategischen und ökonomischen Faktoren die Entwicklung beschleunigte und die Zeitspanne bis zum Kriegsausbruch – er hatte ursprünglich etwa das Jahr 1943 im Blick gehabt – beträchtlich verringerte, schrumpfte auch sein Spielraum für Manöver bei der Vermeidung von zeitlich näher gelegenen Konflikten mit den Westmächten. Im Jahr 1938 waren Grossbritannien und Frankreich derart erpicht darauf gewesen, einen Krieg zu verhindern, dass sie Deutschlands Aggression gegen die Tschechoslowakei in München nachgegeben hatten. Hitler erwartete nun, dass sie auch Polen fallenlassen würden, zumal bei der Befriedigung seiner Ansprüche auf Danzig und den «polnischen Korridor» weniger auf dem Spiel zu stehen schien. Das allerdings war eine Fehlkalkulation. Indem er im März 1939 unter Bruch des nur ein halbes Jahr zuvor geschlossenen Vertrages mit dem Westen den Rest der Tschechoslowakei besetzte, hatte er selbst der Appeasementpolitik den Boden entzogen. Er glaubte noch bis Ende August, Grossbritannien und Frankreich würden im letzten Moment klein begeben und er würde sich Polen einverleiben können, ohne dass sie eingriffen. Doch zwei Tage, nachdem seine Truppen in Polen eingefallen waren, war der Krieg mit dem Westen da, wenn auch nicht zum Zeitpunkt seiner Wahl.

Der einseitig verlaufende Feldzug in Polen endete nach kaum mehr als drei Wochen mit einem überwältigenden Sieg. Dennoch erwartete Hitler nicht, dass das halbherzige Friedensangebot zu seinen Bedingungen, das er am 6. Oktober in einer Rede vor dem Reichstag verkündete, in London oder Paris auf offene Ohren stossen würde. Er plante bereits seinen nächsten Schritt. Das Gefühl, dass die Zeit seine Feinde begünstigte und dass ein früher Schlag bedeutete, die Initiative zu ergreifen und die Oberhand zu behalten – was, wie gesehen, ein Grundzug seiner Psychologie war –, machte ihn nach dem leich-

ten Erfolg in Polen ungeduldig. Am liebsten hätte er sofort den Westen angegriffen. Da Polen besiegt war und von der Sowjetunion, dem neu gefundenen Verbündeten, vorläufig keine Gefahr mehr ausging, war Deutschland im Osten sicher, und die Westfront lag offen da. Die Umstände konnten nicht besser sein. Man musste die Gelegenheit nutzen, solange sie vorhanden war, um Frankreich eine vernichtende Niederlage beizubringen und Grossbritannien zu zwingen, seine Schwäche einzugestehen und einer Einigung zuzustimmen. Wenn der Krieg im Westen dann gewonnen wäre, könnte er seine Aufmerksamkeit der Vorbereitung jenes Krieges zuwenden, den er immer hatte führen wollen: der Abrechnung mit dem «jüdischen Bolschewismus» im Osten, um Stalins Russland zu vernichten und Deutschlands Zukunft durch den Erwerb von «Lebensraum» und unbegrenzten materiellen Ressourcen langfristig zu sichern. So Hitlers Gedankengang im Herbst 1939.

Seine Generäle schreckten vor den Gefahren eines solchen frühen Schlages gegen den Westen zurück, zumal das Wetter schlechter zu werden begann. Das schwache und veraltete polnische Heer in einem kurzen Feldzug beiseitezufegen war eine Sache. Etwas ganz anderes war es, einen Grossangriff auf Frankreich zu wagen, dessen riesiges Heer durch die ausgeklügelten Verteidigungsanlagen der Maginotlinie geschützt war und das in Grossbritannien und dem britischen Empire mächtige Verbündete besass. Die Generäle wussten, dass die Wehrmacht für einen gross angelegten und wahrscheinlich lang andauernden Konflikt nicht gerüstet war. Schon der kurze polnische Feldzug hatte die Hälfte der deutschen Panzer und motorisierten Fahrzeuge ausser Betrieb gesetzt. Eine sofortige Fortführung des Krieges durch einen Angriff im Westen kam für sie nicht in Frage.

Hitler war wütend über die Zögerlichkeit und Vorsicht der Generäle. Aber vielleicht ahnte er auch, dass sie recht hatten. Jedenfalls beugte er sich ihren Einwänden und verschob den Beginn des Westfeldzugs immer wieder – insgesamt neunundzwanzigmal. Detaillierte Angriffspläne wurden erst im Februar 1940 ausgearbeitet. Dann aber musste zunächst Skandinavien angegriffen werden, wo deutsche Truppen im April Dänemark und Norwegen besetzten. Die Verzögerungen erwiesen sich für den Aufbau der Wehrmacht als überaus wertvoll und führten schliesslich zu dem taktisch kühnen und brillanten Plan, dort anzugreifen, wo es am wenigsten erwartet wurde, indem man die Wälder der Ardennen in Südbelgien durchschnitt und über die Ebenen in Nordfrankreich an die Küste vorsties. Der Plan stammte von Generalleutnant

Erich von Manstein und wurde von Hitler, der mit den einfallslosen und konventionellen Ideen des Oberkommandos des Heeres unzufrieden war, rasch aufgegriffen und in militärische Weisungen umgesetzt. Diese Weisungen lagen dem Angriff zugrunde, der schliesslich am Morgen des 10. Mai 1940 begann.<sup>29</sup>

Die Offensive war ein überwältigender Erfolg, wie ihn selbst Hitler nicht erwartet hatte. Nach nur fünf Tagen kapitulierten die Niederländer. Die Belgier, deren Neutralität innerhalb einer Generation zum zweiten Mal verletzt worden war, hielten länger aus, fast bis zum Ende des Monats. Aber obwohl das kleine belgische Heer tapfer kämpfte, wurde sein Widerstand von der deutschen Übermacht rasch gebrochen. Und das französische Heer, wie gross seine Stärke auf dem Papier auch sein mochte, war mit seiner unfähigen Führung, mangelhaften Ausrüstung und schlechten Moral kein ebenbürtiger Gegner der Wehrmacht. Die viel gepriesenen Befestigungsanlagen der Maginotlinie, die gebaut worden waren, um einen dritten Angriff von der anderen Rheinseite innerhalb einer Lebensspanne abzuwehren, waren in der Praxis kaum von Nutzen. Sie konnten den deutschen Hauptstoss nicht aufhalten, da er einfach um sie herum geführt wurde. Der Widerstandswille schwand. Am 14. Juni, weniger als fünf Wochen nach dem Beginn des Feldzugs, marschierten deutsche Truppen in Paris ein. Hitler jubilierte, als ihm drei Tage später mitgeteilt wurde, dass die Franzosen um Frieden nachgesucht hätten. Seine Rache an ihnen war vollständig – oder sollte es werden, als am 21. Juni in seiner Gegenwart in demselben Eisenbahnwaggon, in dem deutsche Generäle 1918 die Kapitulation besiegelt hatten, der Waffenstillstand unterzeichnet wurde. Das Ausmass des Triumphs hob seinen beginnenden Grössenwahn auf eine neue Stufe. Und seine Selbstverherrlichung (zu der das Gefühl der eigenen Unfehlbarkeit hinzukam) wurde durch den Applaus seiner Generäle weiter verstärkt. Sie mussten, wenn auch teilweise widerstrebend, nicht nur die Grösse des unter Hitler Erreichten, sondern auch seinen direkten Anteil an der so ausserordentlich erfolgreichen Angriffsstrategie eingestehen. Jetzt, so glaubte Hitler, standen nur noch die Briten zwischen ihm und dem vollständigen Sieg im Westen. Sicherlich würden sie zur Vernunft kommen und sich zu einer Einigung bereitfinden.

## II

Am 6. Juli 1940 kehrte Hitler im Triumph nach Berlin zurück, um vor einer riesigen Menge von Bewunderern den spektakulären Sieg über Frankreich und den Abschluss dieses erstaunlichen Westfeldzugs zu feiern. Es war der grandioseste Empfang, der ihm jemals bereitet wurde. Hunderttausende von Menschen, die seit Stunden die mit Blumen bestreuten Strassen säumten, glaubten an das baldige Ende des Krieges. Nur Grossbritannien schien dem endgültigen Sieg noch im Weg zu stehen, und nur wenige in der jubelnden Menge konnten sich vorstellen, dass es der machtvollen Wehrmacht auf Dauer würde standhalten können. Doch Hitlers Militärberater und sogar der Diktator selbst waren sich keineswegs sicher, dass der britische Widerstand so schnell zu brechen sein würde, zumal sich hinter Grossbritannien der drohende Schatten der Vereinigten Staaten erhob. Die untergründige Furcht wurde zwar selten ausgesprochen, war aber gleichwohl vorhanden: Sollten die Vereinigten Staaten ihre gewaltige Macht und ihren Reichtum mobilisieren und wie 1917 in den Krieg eintreten, würden die Chancen für einen deutschen Sieg schlagartig sinken. Das doppelte Problem, wie man Grossbritannien aus dem Krieg bekommen und Amerika aus ihm heraushalten könne, nahm daher in den Wochen nach der Kapitulation Frankreichs in den Gedanken Hitlers und der Wehrmachtführung grossen Raum ein. Unmittelbare Priorität besass die Aufgabe, Grossbritannien zu Friedensverhandlungen zu bewegen, wenn nötig mit militärischer Gewalt.<sup>30</sup> Grossbritanniens Ausscheiden aus dem Krieg würde einerseits die Vereinigten Staaten von einem Engagement in Europa abhalten und andererseits Hitler den Rücken frei machen, den Krieg zu beginnen, den er seit den zwanziger Jahren führen wollte: denjenigen zur Vernichtung des «jüdischen Bolschewismus» und zur Eroberung eines riesigen Kolonialreichs im Osten auf Kosten der Sowjetunion.

Aber schon eine Stunde nach seiner Reichstagsrede am 19. Juli erfuhr Hitler aus den ersten Presseberichten von der frostigen Reaktion Londons auf seinen «Appell an die Vernunft», sich zu einer Einigung bereitzufinden und die Zerstörung des britischen Empires zu vermeiden.<sup>31</sup> Am 22. Juli gab Halifax als britischer Aussenminister in einer Rundfunkansprache allgemein bekannt, was Hitler bereits wusste: dass Grossbritannien die Möglichkeit eines Verhandlungsfriedens nicht in Erwägung ziehe und zum Kampf entschlossen sei.<sup>32</sup>



Noch vor Halifax' Rede hatte Hitler die kategorische Ablehnung seines «Appells» akzeptiert und am 21. Juli mit den Oberbefehlshabern der Wehrmacht über die Möglichkeit gesprochen, noch im selben Herbst die Sowjetunion anzugreifen.

Seine Gründe waren, wie schon seit fast zwei Jahrzehnten, zum einen ideologischer Art. Durch den Angriff auf die Sowjetunion sollte die angebliche Macht der Juden, die in seinem Weltbild vom Regime der Bolschewiken verkörpert wurde, zerstört und gleichzeitig «Lebensraum» für deutsche Siedler gewonnen werden. Ein Sieg würde Deutschland zum «Herrenvolk» in Europa machen und die Grundlage für ein rassistisch gereinigtes Reich schaffen, das in der Lage wäre, den Vereinigten Staaten die Weltherrschaft streitig zu machen. Doch jetzt war klar, dass der Krieg gegen den Bolschewismus nicht so geführt werden konnte, wie Hitler es sich vorgestellt hatte. Die britische Unterstützung (oder zumindest Duldung) würde ausbleiben. «Den Führer beschäftigt am stärksten die Frage, warum England den Weg zum Frieden noch nicht gehen will», hatte der Generalstabschef des Heeres, Franz Halder, am 13. Juli notiert. «Er sieht ebenso wie wir die Lösung der Frage darin, dass England noch eine Hoffnung auf Russland hat. Er rechnet damit, England mit Gewalt zum Frieden zwingen zu müssen.»<sup>33</sup> Wie stark die ideologische Motivation also gewesen sein mag, dem verblüffenden Vorhaben, die Sowjetunion noch im Herbst desselben Jahres anzugreifen, lagen ebenso militärisch-strategische Überlegungen zugrunde. Und in diesem Zusammenhang erklärte er seinen Oberbefehlshabern am 21. Juli: «Unklar, was in England wird. Die Vorbereitungen zur Waffenentscheidung müssen so schnell wie möglich getroffen werden.» Er wolle die militärische und politische Initiative nicht verlieren. Deutschland habe den Krieg gewonnen, behauptete er falsch. Die Lage Grossbritanniens sei hoffnungslos, aber es halte durch, weil es weiterhin amerikanische Hilfe erwarte und seine «Hoffnung auf Russland» setze. Diese könne sich erfüllen, indem Russland auf dem Balkan Unruhe stifte und so die deutsche Treibstoffversorgung unterbreche oder indem Grossbritannien die Sowjetunion dazu bringe, selbst gegen Deutschland vorzugehen. «Stalin», sagte Hitler, «kokettiert mit England, um England im Kampf zu erhalten und uns zu binden, um Zeit zu haben, das zu nehmen, was er nehmen will und was nicht mehr genommen werden kann, wenn Frieden ausbricht.» England müsse bis Mitte September, wenn Deutschland zum Angriff schreite, «erledigt sein». Was die Aus-

sichten dafür anging, war Hitler allerdings weniger sicher, als er klang. Da er die Überquerung des Ärmelkanals für ein «grosses Risiko» hielt, sollte sie nur unternommen werden, «wenn kein anderer Weg offen ist, um mit England zum Schluss zu kommen». Die Zerschlagung der Sowjetunion erschien ihm als leichtere Aufgabe. Deshalb verlangte er: «Russisches Problem in Angriff nehmen. Gedankliche Vorbereitungen treffen.» Als Ziel gab er vor: «Russisches Heer schlagen oder wenigstens so weit russischen Boden in die Hand nehmen, als nötig ist, um feindliche Luftangriffe gegen Berlin und schlesisches Industriegebiet zu verhindern.» Der Aufmarsch der Invasionstruppen werde vier bis sechs Wochen in Anspruch nehmen. «Wenn wir in diesem Herbst Russland angreifen», erwartete er, «wird England luftmässig entlastet.»<sup>34</sup>

Hitler war also bereit, Deutschland – für kurze Zeit, wie er dachte – in einen Krieg im Osten zu stürzen, während derjenige im Westen noch nicht endgültig gewonnen war. Damit zog er den von Militärstrategen und öffentlicher Meinung gleichermassen gefürchteten Zweifrontenkrieg in den Bereich des Möglichen. Als General Alfred Jodl, der Chef des Wehrmachtführungsstabes und Hitlers wichtigster militärstrategischer Berater, seinen unmittelbaren Untergebenen am 29. Juli nach einem Gespräch mit Hitler dessen Absicht mitteilte, den Ostfeldzug zu beginnen, löste die Aussicht auf einen Zweifrontenkrieg eine einstündige besorgte Diskussion aus. Jodl wies, ob nun aus Überzeugung oder nicht, alle Einwände mit dem von Hitler vorgebrachten Argument zurück, der Zusammenstoss mit dem Bolschewismus sei unvermeidlich und besser jetzt herbeizuführen, da sich das eigene Militärpotenzial auf dem Höhepunkt befinde. Zudem werde die Luftwaffe im Herbst 1941, durch den siegreichen Einsatz im Osten gestärkt, wieder bereit sein, gegen Grossbritannien loszuschlagen.<sup>35</sup> Hitler selbst nahm die Ängste vor einem Zweifrontenkrieg auf die leichte Schulter. Von dem grandiosen Sieg im Westen berauscht, sagte er zur Zeit der französischen Kapitulation zu seinen wichtigsten Militärberatern, ein Feldzug gegen Russland werde «nur ein Sandkastenspiel» sein.<sup>36</sup>

Hitler rechtfertigte den Ostfeldzug mit der Notwendigkeit, den letzten potenziellen britischen Verbündeten auf dem Kontinent auszuschalten. Ausserdem betrachtete er die Sowjetunion als «ostasiatischen Degen Englands und Amerikas gegen Japan».<sup>37</sup> Das bedeutete, dass Japan nach einem Sieg der Wehrmacht seine ehrgeizige Südexpansion fortsetzen könnte, ohne die Sowjetunion im Rücken fürchten zu müssen, was gleichzeitig die britische

Machtstellung im Fernen Osten schwächen und die Vereinigten Staaten im Pazifik binden sowie von einer Intervention im Atlantik und in Europa abhalten würde. Der geplante kurze Ostfeldzug versprach nicht nur die Hegemonie auf dem europäischen Kontinent, sondern auch den endgültigen Sieg im Krieg. Danach würde irgendwann in der Zukunft die Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten folgen. Ideologie und militärstrategische Überlegungen standen in Hitlers Vorstellungen über den Angriff auf die Sowjetunion nicht in Widerspruch zueinander. Vielmehr gingen sie Hand in Hand. Das Grundmotiv war, wie üblich, ideologischer Art. Aber im tatsächlichen Entscheidungsprozess dominierte der strategische Imperativ.<sup>38</sup>

Als der Herbsttermin bald darauf als unrealistisch ausgeschlossen wurde, verschob Hitler den Angriff auf die Sowjetunion auf den Mai 1941. Diesen Termin, den er am 29. Juli in dem Gespräch mit Jodl festgelegt hatte, teilte er zwei Tage später der gesamten Wehrmachtführung mit. Es war eine weit reichende Entscheidung, vielleicht die weit reichendste des gesamten Krieges. Und sie war ohne Not gefällt worden, also keineswegs, um einem unmittelbar bevorstehenden Angriff der Sowjetunion die Spitze zu nehmen. Zu diesem Zeitpunkt sprach niemand von der Notwendigkeit eines Präventivschlags – diese Rechtfertigung wurde erst später vorgeschoben. Hitler selbst hatte zehn Tage zuvor festgestellt, dass Russland keinen Krieg mit Deutschland wolle.<sup>39</sup> Genauso wenig hatte das Militär oder irgendeine andere Lobby der Machteliten des Regimes die Angriffsentscheidung gefordert. Vielmehr hatten der Oberbefehlshaber und der Generalstabschef des Heeres, Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch und Generaloberst Halder, noch am 30. Juli, einen Tag bevor Hitler ihnen seine Entscheidung mitteilte, übereinstimmend geraten, «dass man besser mit Russland Freundschaft hält». Nach ihrer Ansicht sollten sich die militärischen Überlegungen auf die Möglichkeiten konzentrieren, britische Positionen im Mittelmeerraum (insbesondere Gibraltar) und im Nahen Osten anzugreifen. In einem russischen Engagement auf dem Balkan und im Persischen Golf sahen sie keine Gefahr. Nach ihren Vorstellungen sollte man Italien helfen, sich ein Mittelmeerreich zu schaffen und sogar mit der Sowjetunion Zusammenarbeiten, um das Deutsche Reich in Nord- und Westeuropa auszubauen, sodass Deutschland eine Basis hätte, von der aus bedenkenlos ein längerer Krieg mit Grossbritannien geführt werden könnte.<sup>40</sup>

Der auf Hitler lastende Druck war subjektiv, nämlich dass man den Angriff auf die Sowjetunion nicht auf die lange Bank schieben dürfe, wenn die Gesamtinitiative im Krieg, die auf der Machtverteilung und dem Militärpotenzial beruhte, nicht von Deutschland auf Grossbritannien und letztlich auf die Vereinigten Staaten übergehen sollte.<sup>41</sup> Dieser subjektive Druck wurde allerdings durch die ökonomische Logik der deutschen Kriegführung verstärkt, die wiederum in der Lebensraumideologie und der eng damit verknüpften Idee der «Grossraumwirtschaft» wurzelte. Als die Euphorie nach dem Sieg über Frankreich abebbte, erkannte man, dass die deutsche Erwartung einer wirtschaftlichen Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent eine Achillesferse hatte: die Sowjetunion. Tatsächlich profitierte Nazideutschland im Sommer 1940 erheblich von sowjetischen Lebensmittel- und Rohstofflieferungen gemäss dem Hitler-Stalin-Pakt.<sup>42</sup> Dennoch machte das Wirtschaftsministerium Hitler darauf aufmerksam, dass man, um sich für einen langen Krieg gegen Grossbritannien und mit zunehmender Wahrscheinlichkeit auch gegen die Vereinigten Staaten zu wappnen, weit mehr brauche, als man gegenwärtig von der Sowjetunion erhalte. Stalin wäre vermutlich, um Zeit zu gewinnen, dem Verlangen nach erhöhten Lieferungen vorläufig nachgekommen, aber damit hätte sich Deutschland in zunehmende Abhängigkeit von der Sowjetunion begeben, und das war für Hitler unannehmbar. Er pflichtete Wirtschaftsminister Walther Funk darin bei, dass der «grossdeutsche Wirtschaftsraum» nicht von «Kräften und Mächten» abhängig werden dürfe, auf die man keinen Einfluss habe.<sup>43</sup> Diese Ansicht wurde in führenden Kreisen von Wehrmacht, Grosswirtschaft und Ministerialbürokratie von vielen geteilt. Das bedeutete, dass Hitlers Entscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion in diesen entscheidenden Gruppen wahrscheinlich positiven Anklang finden würde.<sup>44</sup>

Auch in der Wehrmachtführung stiess der Entschluss nicht auf Widerspruch – wenngleich der eine oder andere General Vorbehalte hegen mochte. Tatsächlich hatte der Generalstab des Heeres, da er das Kommende ahnte, schon Wochen bevor Hitler seine Absicht bekanntgab, Machbarkeitsstudien anzufertigen begonnen.<sup>45</sup> Die Militärführer waren sich der strategischen Lage ebenso bewusst wie Hitler. Sie nahmen an, dass Grossbritannien weder durch eine Invasion noch durch Bombardements in die Knie gezwungen werden

könne, propagierten aber keine alternative Strategie, um den endgültigen Sieg zu erringen.<sup>46</sup> Darüber hinaus unterschätzten sie wie Hitler die Rote Armee erheblich (insbesondere nach deren dürftiger Leistung im «Winterkrieg» gegen Finnland) und teilten seinen Abscheu vor dem Bolschewismus. Manche hatten sogar seine Gleichsetzung von Sowjetregime und jüdischer Macht übernommen. Aber es ist äusserst zweifelhaft, ob sie wenige Wochen nach dem Sieg über Frankreich von sich aus empfohlen hätten, unter Hochdruck den Angriff auf die Sowjetunion vorzubereiten. Diese Entscheidung hatte Hitler allein getroffen.

Standen andere Optionen offen, die eine grössere Aussicht darauf geboten hätten, die für Deutschland von der fortgesetzten Kriegsführung Grossbritanniens und dem zu erwartenden Kriegseintritt der Vereinigten Staaten ausgehende Gefahr zu beseitigen (oder auch nur einzudämmen)? Die Führung der Kriegsmarine glaubte dies, der Aussenminister eine Zeitlang ebenso. Und sie hatten ein Zeitfenster, um in diesem Sinne zu agieren. Die am 31. Juli getroffene Entscheidung, die Sowjetunion im folgenden Frühjahr anzugreifen, wurde nämlich erst am 18. Dezember in eine Kriegsweisung umgesetzt.<sup>47</sup> Und selbst diese Weisung bedeutete nicht, dass der Angriff unbedingt durchgeführt werden musste. Allerdings wurden im Dezember die Weichen unwiderruflich in Richtung Angriff gestellt. In diesen vier Monaten zwischen Juli und Dezember 1940 wirkte Hitler dagegen in Bezug auf die deutsche Strategie merkwürdig schwankend – unsicher, welchen Weg er einschlagen sollte, zögerlich, unentschlossen, sogar schwach, während er sich im Umgang mit Mussolini und Franco und dem Repräsentanten des besiegten Frankreich, Marschall Pétain, auf der Höhe seiner Macht zeigte. Er schien sogar militärische und aussenpolitische Vorschläge in Erwägung zu ziehen, die im Widerspruch zum Krieg im Osten standen. Aber im Spätherbst war klar, dass er auf den früher gewählten Weg zurückgekehrt oder nie wirklich von ihm abgewichen war: Die Sowjetunion sollte – mit dem strategischen Ziel, den endgültigen Sieg im Krieg zu erringen, indem man London via Moskau schlug – zum frühestmöglichen Zeitpunkt angegriffen werden.

Eine Wahl setzt Alternativen voraus. Welche strategischen Möglichkeiten hatte die deutsche Führung im Sommer 1940? In den Nachkriegsjahren wurde nicht selten behauptet, dass eine andere Strategie möglich gewesen wäre, aber durch Hitlers Beharren auf dem Angriff auf die Sowjetunion verspielt worden

sei.<sup>48</sup> Dadurch konnten sich einige Militärführer, die nur allzu sehr bestrebt waren, Hitler die ganze Schuld an der «deutschen Katastrophe»<sup>49</sup> zu geben, entlastet fühlen. Auch die spätere historische Forschung hob vor allem Hitlers ideologischen Imperativ für den Krieg im Osten hervor.<sup>50</sup>

Eine kritische Beurteilung politischer Optionen hängt zum nicht geringen Teil davon ab, wie effektiv die Mechanismen des jeweiligen Regierungssystems in der Lage sind, sie auszuformen und der Führung zu präsentieren. Angesichts des Charakters des Dritten Reichs war die Möglichkeit, Hitler wohl begründete Alternativen vorzustellen, tatsächlich nicht sehr gross. Während das britische Kriegskabinett nach dreitägiger intensiver Diskussion kollektiv die Entscheidung traf, im Krieg zu bleiben, verkündete Hitler seinen Generälen am 31. Juli einfach seinen Entschluss, den Angriff auf die Sowjetunion für das kommende Frühjahr vorzubereiten. Im zivilen Regierungsapparat des Reichs wurde niemand darüber informiert.

Wie erwähnt, war die Fragmentierung des Regierungsapparats im Dritten Reich grösser als in jeder anderen Diktatur der damaligen Zeit. Nachdem das Kabinett Anfang 1938 zum letzten Mal zusammengetreten war, waren auch die letzten Reste einer kollektiven Regierung verschwunden. Zum selben Zeitpunkt, Anfang 1938, übernahm Hitler zudem den Oberbefehl über die Wehrmacht. Als sein Führungsorgan wurde das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) geschaffen, das jedoch im Gegensatz zu den britischen Stabschefs, die auf ihren Sitzungen dem Kriegskabinett zuarbeiteten, nicht als kollektives Beratungsgremium in Strategiefragen fungierte. Folglich gab es wenig bis keine ineinandergreifende Planung der drei Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine. Diese operierten vielmehr nebeneinander, und ihre Befehlshaber hatten hauptsächlich bilateral mit Hitler zu tun. Das führte zu recht unterschiedlichen strategischen Prioritäten. So wichen die Präferenzen der Kriegsmarine deutlich von denjenigen Hitlers ab. Stellten sie eine von Hitler ignorierte realistische Option dar, die eine aussichtsreichere Kriegführung ermöglicht und das Debakel im Osten verhindert hätte?

## III

Die strategischen Vorstellungen der Führung der Kriegsmarine – die in einem für gewöhnlich mühseligen Wettstreit mit Heer und Luftwaffe um Status, Einfluss und Ressourcen kämpfen musste – waren zwar hinsichtlich territorialer Expansion und letztlich angestrebter Weltherrschaft nicht weniger aggressiv und global als Hitlers Konzept, wichen aber dennoch von Anfang an von ihm ab. Hatte Hitler, um ungestört die Sowjetunion zerschlagen und ein riesiges, unbezwingbares Kolonialreich im Osten aufbauen zu können, die britische Freundschaft gewinnen wollen, so sah die Kriegsmarine das Hauptkriegsziel in der Zerstörung der britischen Weltmacht. Das erforderte eine grosse, schlagkräftige Flotte, die in der Lage wäre, es in einem klassischen Seekrieg mit der Royal Navy aufzunehmen und sie zu besiegen. Zusammen mit einem gewaltigen deutschen Kolonialreich würde ein solcher Sieg die Basis bilden, auf der man die Vereinigten Staaten im Kampf um die Weltherrschaft herausfordern und niederringen könnte. Der Angriff auf die Sowjetunion spielte in diesem Konzept keine herausragende Rolle. Natürlich wurde der Bolschewismus als ein Übel begriffen, das irgendwann bekämpft und vernichtet werden müsse. Aber es wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, dass man die Sowjetunion so lange in Schranken halten könne, bis die deutsche Vormachtstellung gesichert wäre. Danach würde man sie immer noch zerschlagen können.

Das Konzept der Kriegsmarine des Dritten Reichs war im Wesentlichen eine modernisierte und ergänzte Variante des «Tirpitzplans».<sup>51</sup> Es stützte sich auf einen der beiden Hauptstränge des deutschen Imperialismus, nämlich denjenigen, der auf ein Kolonialreich in Übersee setzte. Hitlers Vorstellungen (und diejenigen seiner Partei) entstammten der anderen, ebenfalls tief in der Wilhelminischen Epoche verwurzelten imperialistischen Tradition, die Expansion und Eroberung in Osteuropa zum Ziel hatte.<sup>52</sup> Für das Heer besass diese Variante, anders als für die Marine, naheliegende Vorteile, da für die Errichtung der kontinentalen Vorherrschaft eine grosse Landstreitmacht erforderlich war. In der Vorkriegszeit hatten beide Konzepte nebeneinander bestehen können. Heer, Luftwaffe und Marine stritten zwar um Ressourcen, aber es war nicht nötig, zwischen kontinentaler und maritimer Strategie zu wählen. Mit der Entscheidung von 1939, eine grosse Flotte aufzubauen, wie sie der

sogenannte Z-Plan vorsah, hatte es eine Zeitlang sogar den Anschein, als hätte die Admiralität ihren Willen bekommen.<sup>53</sup>

Doch das Konzept der Kriegsmarine, sich auf eine grosse Auseinandersetzung Mitte der vierziger Jahre vorzubereiten, wurde völlig über den Haufen geworfen, als der Angriff auf Polen im September 1939 zum Krieg zwischen Deutschland und Grossbritannien führte. In einer bemerkenswerten Denkschrift vom 3. September 1939, dem Tag, an dem Grossbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg erklärten, war Grossadmiral Erich Raeder nahe daran, Hitler dafür zu kritisieren, dass er Deutschland zu früh in den Krieg geführt habe, indem er ihm vorhielt, dass die Kriegsmarine, die sich gemäss Z-Plan auf einen Seekrieg an der Jahreswende 1944/45 vorbereitete, im Herbst 1939 für den «grossen Kampf mit England» auch nicht annähernd ausreichend gerüstet sei.<sup>54</sup>

Im Frühjahr und Frühsommer 1940 war die anfängliche düstere Stimmung jedoch grenzenlosem Optimismus gewichen. Vor dem Hintergrund der Rolle der Kriegsmarine bei den skandinavischen Eroberungen im April und insbesondere der erregenden Ereignisse während des Westfeldzugs im Mai und Juni, die in dem dramatischen Sieg über Frankreich kulminierten, entwickelte die Seekriegsleitung ihre eigene utopische Vision der künftigen deutschen Weltmachtstellung, die sich auf die Fähigkeit der Kriegsmarine gründete, deutsche Überseebesitzungen zu schützen.<sup>55</sup> Man stellte sich riesige Annexionen vor. Laut einer Denkschrift von Konteradmiral Kurt Fricke, dem Chef der Operationsabteilung der Seekriegsleitung, vom 3. Juni sollten Dänemark, Norwegen und Nordfrankreich zur Sicherung der Nordwestküste des Reichs in deutscher Hand bleiben. In Zentralafrika sollte hauptsächlich aus französischen und belgischen Besitzungen sowie einigen ehemaligen deutschen Kolonien und Gebieten, die man durch Tausch von Grossbritannien und Portugal erhalten wollte, ein grosses zusammenhängendes Kolonialreich entstehen. Vor der afrikanischen Ostküste gelegene Inseln, vor allem Madagaskar, sollten als Stützpunkte dessen Schutz dienen.<sup>56</sup>

Admiral Rolf Carls, der damalige Chef des Marinegruppenkommandos Ost, der lange Zeit als Raeders Nachfolger gehandelt wurde, ging sogar noch weiter. Nach seinen Vorstellungen sollten Teile von Belgien und Frankreich (einschliesslich der Normandie und der Bretagne) nach dem Vorbild von Böhmen und Mähren deutsche Protektorate werden. Das französische Kolonialreich



sollte zugunsten Deutschlands, Italiens und in gewissem Umfang auch Spaniens aufgeteilt werden. Südafrika und Südrhodesien sollten aus dem britischen Empire herausgelöst und unabhängige Staaten werden, während Nordrhodesien als Brücke zwischen den ost- und westafrikanischen Kolonien in deutschen Besitz übergehen sollte. Auch die britischen Rechte im Persischen Golf, vor allem diejenigen an den Erdölfeldern, sollte Deutschland übernehmen. Grossbritannien und Frankreich sollten keinerlei Kontrolle über den Suezkanal mehr ausüben, Grossbritannien zudem seine Mandate im Nahen Osten verlieren. Ferner sollte sich Deutschland die Shetland- und die Kanalinseln aneignen. Auf den Kanarischen Inseln (wahrscheinlich im Zuge eines Gebietsaustauschs mit Spanien), in Dakar an der afrikanischen Westküste (auf Kosten Frankreichs) sowie auf Madagaskar, Mauritius und den Seychellen im Indischen Ozean waren strategische Stützpunkte vorgesehen.<sup>57</sup>

Eine weitere Denkschrift vom 11. Juli drehte sich um die Kriegsflotte, die man brauchen würde, um ein grosses Kolonialreich zu verteidigen und gegen die Vereinigten Staaten Krieg zu führen, nachdem Grossbritannien ganz besiegt und sein einst mächtiges Empire aufgeteilt worden wäre. Die Küstenverteidigung würde massiv ausgebaut werden müssen. Stützpunkte auf den Azoren sowie den Kanarischen und den Kapverdischen Inseln sollten Schutz bieten gegen einen Angriff von jenseits des Atlantiks, und durch die Inbesitznahme von Neuguinea und Madagaskar wäre man vor Attacken im Indischen Ozean geschützt. Die Verbindungen zwischen Deutschland und seinen Kolonien könnten problemlos aufrechterhalten werden, wenn man die Vormacht im Indischen Ozean, im Roten Meer und im Mittelmeer gewonnen hätte.<sup>58</sup> Es war eine Vision von atemberaubender Grösse und ein weiteres Zeichen für die Hybris der deutschen Führung, die keineswegs auf Hitler beschränkt war.

Freilich entsprangen solche Denkschriften keiner kohärenten Strategie. Sie waren vielmehr nicht mehr als grössenwahnsinnige Tagträume, die im vorweggenommenen Rausch des scheinbar unmittelbar bevorstehenden Sieges entstanden. Tatsächlich konnten ohne den Sieg über Grossbritannien, der obersten Voraussetzung, nicht einmal die ersten Schritte unternommen werden. Zudem bereiteten solche Pläne die Kriegsmarine in keiner Weise auf die strategische Entscheidung vor, die Hitler im Sommer 1940 traf: diejenige für den Angriff auf die Sowjetunion im nächsten Frühjahr. Ihm schwebte weiter-

hin ein Kolonialreich in Osteuropa vor, nicht in Zentralafrika. Nach seinem Fahrplan kam die Eroberung eines afrikanischen Kolonialreichs nicht vor, sondern *nach* dem Sieg über den Bolschewismus als Teil der unvermeidlichen zukünftigen Konfrontation mit dem amerikanischen Kontinent.<sup>59</sup>

Diesseits der utopischen Träume, in der Realität der praktischen Planungen, war die Seekriegsleitung mit der Aufgabe beschäftigt, die sie nur wenige Wochen zuvor erhalten hatte: den Operationsplänen für die Invasion der Britischen Inseln im Herbst, durch die Grossbritannien aus dem Krieg geworfen und Deutschland den Rücken frei bekommen sollte für den Angriff auf die Sowjetunion. Obwohl die Kriegsmarine bereits im November 1939 Pläne für eine Invasion Grossbritanniens ausgearbeitet hatte,<sup>60</sup> wurden ernsthafte operative Überlegungen erst im Juni 1940 angestellt. Am 17. Juni, dem Tag, an dem Frankreich um einen Waffenstillstand nachsuchte, teilte Generalmajor Walter Warlimont, der sich als Leiter der Abteilung Landesverteidigung im Wehrmachtführungsstab im Zentrum der militärischen Diskussionen befand, Raeder allerdings mit, dass Hitler nicht die Absicht geäußert habe, eine Landung in England zu unternehmen, «da er die ausserordentlichen Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens voll überblickt». Deshalb treffe das Oberkommando der Wehrmacht keinerlei Vorbereitungen für eine solche Operation. Auch auf die offensichtliche Diskrepanz zwischen Hitlers Denken und den grundsätzlichen strategischen Präferenzen der Seekriegsleitung wies Warlimont hin. Hitler wolle das britische Empire nicht vollständig zerstören, da sich dies nur «zum Nachteil der weissen Rasse auswirken» könne. Er ziehe einen Friedensschluss mit Grossbritannien nach dem Sieg über Frankreich vor, «unter der Bedingung Rückgabe Kolonien und Verzicht auf englischen Einfluss in Europa».<sup>61</sup>

Dennoch legte Jodl, als Chef des Wehrmachtführungsstabes Warlimonts unmittelbarer Vorgesetzter und Hitlers engster Militärberater, zwei Wochen später eine Strategie vor, die Grossbritannien, falls es sich nicht zum Friedensschluss bereitfand, zur Kapitulation zwingen sollte. Diese sah sowohl eine Landung als auch einen «Krieg an der Peripherie» vor, der jene Länder unterstützen sollte, die aus der Zerschlagung des britischen Empires Nutzen ziehen würden, also Italien, Spanien, Russland und Japan. Ausdrücklich erwähnt wurden ein italienischer Angriff auf den Suezkanal und die Einnahme Gibraltars.<sup>62</sup> Diese «Peripheriestrategie» blieb den Sommer und Herbst über im Gespräch,

und einige ihrer Aspekte stimmten mit den Vorstellungen der Seekriegsleitung überein. Der Gedanke einer Landung in England hatte indessen nur eine kurze Lebensdauer. Hitler sah in ihr offenbar lediglich ein letztes Mittel und glaubte nicht an ihre Durchführbarkeit.<sup>63</sup> Als wichtigste Voraussetzung für eine Landung hatte er die deutsche Lufthoheit hervorgehoben, und Raeder hatte ihm beigepflichtet. Aber die Seekriegsleitung zweifelte nicht nur daran, dass die Lufthoheit erreicht werden könne, sondern äusserte Mitte Juli auch schwere Bedenken wegen erheblicher Transportprobleme sowie nicht zuletzt wegen der Möglichkeit, dass die Royal Navy, selbst wenn deutschen Einheiten die Landung glücken sollte, die Fortführung der Landungsoperation verhindern und die gelandeten Truppen von ihren Nachschublinien abschneiden könnte, was eine «ausserordentliche Gefährdung der gesamten eingesetzten Armee» bedeuten würde.<sup>64</sup> Darüber hinaus erwies sich der für Mitte August ins Auge gefasste Termin für die Beendigung der Landungsvorbereitungen als illusorisch,<sup>65</sup> und seine notwendige Verlegung in die Mitte des folgenden Monats<sup>66</sup> bedeutete, dass man für die Durchführung kaum noch Zeit haben würde, bevor die unsichere Wetterlage im Ärmelkanal jeden Landungsversuch bis zum nächsten Frühjahr ausschliessen würde.

Ende August war der Marineführung klar, dass die Vorbereitungen für den Transport nicht bis zu dem neuen Termin, dem 15. September, beendet werden könnten.<sup>67</sup> Tatsächlich hatte sich die Seekriegsleitung schon vor Ende Juli dagegen ausgesprochen, die Operation noch im Jahr 1940 durchzuführen, und als frühesten Termin den Mai 1941 ins Auge gefasst. Am 31. Juli begründete Raeder diese Verschiebung gegenüber Hitler, der sich angesichts dieser Schwierigkeiten einsichtig zeigte, die endgültige Entscheidung aber vertagte, bis die Luftwaffe Gelegenheit gehabt hatte, England acht Tage hintereinander zu bombardieren.<sup>68</sup> Die Weisung für die Verschiebung des «Unternehmens Seelöwe» auf unbestimmte Zeit erging erst am 17. September.<sup>69</sup> In Wirklichkeit hatte Hitler im Hinblick auf eine Landung in Grossbritannien stets Bedenken gehabt und sich bereits in der Zeit vom 29. bis 31. Juli, lange vor der entscheidenden Phase der «Schlacht um England», damit abgefunden, dass sie nicht durchgeführt werden könnte.<sup>70</sup> Dafür rückte nun der Angriff auf die Sowjetunion auf seine Agenda. Er wurde als weniger riskant angesehen.

Raeder hatte die Versammlung von Militärführern auf dem Berghof am 31. Juli 1940 bereits verlassen, als Hitler seine Entscheidung verkündete, die Vor-

bereitungen für den Beginn des Krieges gegen Russland im folgenden Frühjahr zu treffen.<sup>71</sup> Die Neuigkeit kam freilich auch für Raeder nicht unerwartet. Er war anwesend gewesen, als Hitler zehn Tage zuvor von einem möglichen Angriff auf die Sowjetunion gesprochen hatte.<sup>72</sup> Und drei Tage, bevor der Diktator seinen Entschluss bekanntgab, hatte Konteradmiral Fricke seine Ansicht über eine Auseinandersetzung mit Russland in einer Denkschrift dargelegt, die Raeder am folgenden Tag, dem 29. Juli, gelesen hatte. Fricke übernahm die Auffassung, dass der Bolschewismus eine «chronische Gefahr» darstelle, die «so oder so beseitigt» werden müsse, und erhob keine Einwände gegen einen deutschen Angriff, von der Anmerkung abgesehen, dass die Interessen der Kriegsmarine in diesem Fall hinter denen von Heer und Luftwaffe zurückstehen müssten.<sup>73</sup> Zum Zeitpunkt von Hitlers Grundsatzentscheidung vom 31. Juli für den Krieg gegen Russland meldete die Kriegsmarine also weder Einspruch an, noch hatte sie eine klar ausgearbeitete strategische Alternative anzubieten.

In den folgenden Monaten sollte sich dies ändern. Die Notwendigkeit einer Mittelmeerstrategie passte zur Idee eines «Krieges an der Peripherie», die Jodl in seiner Denkschrift vom 30. Juni entwickelt hatte. Schrittweise bildete sich eine militärische Alternative heraus, die allerdings eine aktivere Diplomatie gegenüber Spanien, Italien und Vichyfrankreich erfordert hätte. Unterdessen nahm der Operationsplan für den Angriff auf die Sowjetunion Gestalt an. Dies war das Damoklesschwert, das mit Blick auf den Zeitplan über jedem Alternativvorschlag hing. Im Spätsommer und Herbst stimmten die sich herausbildenden strategischen Vorstellungen der Kriegsmarine in weiten Teilen mit den Gedanken überein, die man in Hitlers Hauptquartier verfolgte. Da die Aussicht auf eine Invasion Grossbritanniens rasch schwand, dachte man über andere Wege nach, den britischen Widerstand zu brechen. Für Jodl, der für die gesamte operative Planung der Wehrmacht verantwortlich war, besass die von ihm entwickelte «Peripheriestrategie» grundlegende Bedeutung.<sup>74</sup> Aber sie stand nicht im Widerspruch zu einem Angriff auf Russland. Vielmehr würde sie Grossbritannien im Idealfall zum Friedensschluss zwingen und Deutschland so den Rücken frei machen für den Ostfeldzug oder, sollte dies nicht gelingen, seine Kräfte binden, bis es sich durch den deutschen Sieg über die Sowjetunion zum Nachgeben genötigt sähe. Für die Marineführung dagegen war

-

die Peripherie- (oder Mittelmeer-)Strategie keine vorübergehende Lösung zum Nutzen des Krieges im Osten, sondern eine Alternative zu ihm.

Mitte August stimmte Hitler Plänen zu, die zum einen für Anfang 1941 die Einnahme Gibraltars (die, wie er glaubte, die Zustimmung Francos haben würde) und zum anderen für ungefähr dieselbe Zeit die Unterstützung eines italienischen Vorstosses gegen den Suezkanal vorsahen.<sup>75</sup> Dass man in der Kriegsmarine begann, ernsthaft über eine auf das Mittelmeer konzentrierte Strategie nachzudenken, deutete kurz darauf eine Studie von Admiral Gerhard Wagner vom 29. August an, in der die Frage untersucht wurde, wie der Krieg gegen Grossbritannien am besten zu führen sei, wenn das «Unternehmen See-löwe» nicht stattfinden sollte.<sup>76</sup> Wagner nahm als sicher an, dass Luftangriffe und der Krieg im Atlantik, durch den der britische Nachschub unterbrochen werden sollte, in den folgenden Monaten keine Entscheidung herbeiführen würden. Und im nächsten Frühjahr würde sich die britische Verteidigungsfähigkeit, möglicherweise mit amerikanischer Hilfe, verbessert haben. Der beste Weg, Grossbritannien anzugreifen, folgerte Wagner, bestehe darin, sein Empire durch einen Krieg im Mittelmeer in Kampfgemeinschaft mit Italien zu schwächen. Die Vorstellungen des Oberkommandos der Wehrmacht aufgreifend, betonte Wagner, dass mit spanischer Hilfe Gibraltar eingenommen und durch eine von Libyen aus durch Ägypten geführte Offensive der Suezkanal blockiert werden könne. Das Resultat wäre die Vertreibung Grossbritanniens aus dem Mittelmeerraum, der sich dann vollständig in der Hand der Achsenmächte befinden würde, sodass Einfuhren aus Nordafrika ungestört abgewickelt werden könnten. Ausserdem würde die Position der Achsenmächte auf dem Balkan beträchtlich gestärkt werden. Die Türkei würde nicht mehr neutral bleiben können und auf die Seite der Achsenmächte gezogen werden. Diese hätten Zugriff auf die Rohstoffe der arabischen Länder, Ägyptens und des Sudan. Man hätte eine gute Ausgangsbasis für die Schwächung der britischen Positionen im Indischen Ozean durch Angriffe auf Kolonien in Ostafrika und die Bedrohung von Indien selbst. Mit Gibraltar hätte Grossbritannien den wichtigsten Stützpunkt für den Krieg im Atlantik verloren. Selbst wenn es auf den Azoren, Madeira oder den Kanarischen Inseln Fuss fassen könnte, wäre das wohl kaum ein gleichwertiger Ersatz. Aufgrund der Vormachtstellung im westlichen Mittelmeer würde man auf die französischen Kolonien in Nord-

afrika Druck ausüben und sie daran hindern können, sich auf die Seite der Gaullisten und damit auf die der Briten zu schlagen. Gleichzeitig wären britische Stützpunkte an der afrikanischen Westküste gefährdet. Wagner resümierte:

«Es ergibt sich, dass die Beherrschung des Mittelmeeres von ausschlaggebender strategischer Bedeutung für die Weiterführung des Krieges sein wird. Die für diesen Zweck in Aussicht genommenen Operationen gehen daher über den Rahmen von ‚Zwischenaktionen‘, wie sie bisher bezeichnet wurden, hinaus. Es wird nicht nur eine wirksame Verstärkung des deutsch-italienischen Kriegspotentials und eine wesentlich verbesserte Ausgangsstellung für den letzten Entscheidungskampf gegen das englische Mutterland und die Kraftquellen des englischen Empire erreicht. Da die empfindlichsten Punkte des englischen Weltreiches getroffen oder bedroht werden, besteht sogar die Möglichkeit, dass sich England zum Aufgeben weiteren Widerstandes gezwungen sieht.»<sup>77</sup>

Vier Tage bevor Erich Raeder, Hitler diese Überlegungen im Rahmen seines Lagevortrags am 6. September darlegen konnte, erhielt Grossbritannien von den Vereinigten Staaten die Zusage über die Lieferung von fünfzig, allerdings nicht mehr neuen Zerstörern. Diese Entscheidung war von weit grösserer symbolischer als direkter militärischer Bedeutung, da sie der deutschen Führung signalisierte, dass die Wahrscheinlichkeit der Bildung einer britisch-amerikanischen Koalition in nicht allzu ferner Zukunft grösser geworden sei.<sup>78</sup> Nachdem Raeder darauf hingewiesen hatte, wie bedroht die portugiesischen und spanischen Inseln im Atlantik sowie die französischen Kolonien in Westafrika im Fall eines amerikanischen Kriegseintritts wären, ordnete Hitler an, die Besetzung der Azoren sowie der Kanarischen und der Kapverdischen Inseln vorzubereiten, um eine Landung von Briten und Amerikanern zu verhindern (obwohl die Analytiker der Kriegsmarine, die in den folgenden Wochen an der Logistik arbeiteten, vom Wert einer solchen Operation nicht überzeugt waren).<sup>79</sup> Angesichts des zunehmenden «Problems USA» und etwas unaufrichtig die Frage stellend, welche politischen und militärischen Direktiven Hitler im Fall des Ausbleibens von «Seelöwe» erteilen würde, sprach sich Raeder, Wagners Argumentation folgend, in der Tat nachdrücklich für eine Mittelmeerstrategie aus, und zwar nicht nur als «Zwischenaktion», sondern als «Hauptaktion gegen England».

Er bat darum, sofort mit den Vorbereitungen beginnen zu dürfen, um die Operationen einleiten zu können, bevor die Vereinigten Staaten eingreifen könnten. Hitler gab eine entsprechende Weisung. Das bedeutete allerdings nicht, dass er seine Zustimmung zur Mittelmeerstrategie anstelle des beabsichtigten Angriffs auf die Sowjetunion erteilt hätte. Der geplante Russlandfeldzug – der in dieser Zeit mit dem Tarnbegriff «Problem S» bezeichnet wurde – kam später in der Sitzung zur Sprache, und als er angesprochen wurde, erhob Raeder keine Einwände gegen ihn. Er bemerkte lediglich, die geeignete Zeit für das Unternehmen wäre nach der Schneeschmelze, und fügte hinzu – worin ihm Hitler sofort beipflichtete –, dass «Seelöwe» und «S» nicht gleichzeitig durchgeführt werden sollten.<sup>80</sup>

Als Raeder am 26. September zum Lagevortrag bei Hitler erschien, hatte die Mittelmeerstrategie vor dem Hintergrund des Angriffs britischer und französischer Truppen (Anhänger von General Charles de Gaulle) auf Dakar einige Tage zuvor neue Dringlichkeit erhalten. Französisch-Marokko, Algerien und Tunesien waren gefährdet, da das Vichyregime in Französisch-Äquatorialafrika gegenüber der gaullistischen Bewegung an Boden verlor. Das schärfte auf deutscher Seite die Sinne. Raeder hatte um ein Treffen unter vier Augen gebeten – eine höchst ungewöhnliche Bitte – und eröffnete die Unterredung mit dem Wunsch, über seinen unmittelbaren Zuständigkeitsbereich hinausgehen und sich über die Kriegslage im Allgemeinen äussern zu dürfen. Er forderte eine konziliantere Haltung gegenüber dem Vichyregime, um die Beziehungen zum unbesetzten Frankreich zu verbessern und es als vollgültigen Verbündeten in den Krieg gegen Grossbritannien einbeziehen zu können. Mit Frankreich an der Seite, so Raeder, könne man nicht nur die französischen Besitzungen und deren Rohstoffe sichern, sondern auch die Briten aus Zentralafrika vertreiben und ihnen die Hafenstadt Freetown an der Westküste nehmen, was den Konvoiverkehr aus dem Südatlantik, aus Südamerika und Südafrika vor erhebliche Probleme stellen würde. Damit wäre ein grosser Schritt getan auf dem Weg zur Vertreibung der Briten aus dem Mittelmeerraum. Schon vorher, noch bevor er sich Nordwestafrika zuwandte, hatte Raeder gemahnt, Deutschland müsse «den Krieg gegen England mit allen Mitteln führen, und zwar ohne Verzug, ehe Amerika wirksam eingreifen kann». Die Briten hätten das Mittelmeer stets als Schlüssel zu ihrer Weltmachtstellung be-

trachtet. Deshalb müsse die «Mittelmeerfrage [...] im Winterhalbjahr bereinigt werden». Gibraltar müsse eingenommen werden, und schon zuvor müsse die Luftwaffe die Kanarischen Inseln sichern. Für die italienische Eroberung des Suezkanals sei deutsche Hilfe vonnöten. Von dort sei dann ein Vormarsch durch Palästina und Syrien bis in die Türkei möglich – den Hitler für denkbar hielt, aber von der Haltung Frankreichs abhängig machte. «Wenn wir so weit sind», erklärte Raeder, «ist die Türkei in unserer Gewalt. Russlandproblem erhält dann anderes Aussehen. Russland hat im Grunde Furcht vor Deutschland. Fraglich, ob dann noch Vorgehen gegen Russland von Norden her nötig sein wird.»<sup>81</sup>

Raeder hätte kaum deutlicher darlegen können, welche Strategie die Kriegsmarine bevorzugte.<sup>82</sup> Die Seekriegsleitung stellte erfreut fest, dass Hitler ihren Vorstellungen sogar grundsätzlich zugestimmt hatte.<sup>83</sup> Bei dem Lagevortrag tauchten jedoch, wenn auch nur implizit, zwei Probleme auf. Das erste war die Grösse der Flotte. Raeder wies darauf hin (und Hitler pflichtete ihm bei), dass sie für die Aufgaben, die sie bei einer Umsetzung der Mittelmeerstrategie erwarteten, zu klein sei, zumal dann, wenn die Vereinigten Staaten in den Krieg einträten und dieser dadurch eine globale Dimension annehmen sollte. Aber die Schiffbaukapazitäten erlaubten keine Ausweitung der Einsätze. Daher litt eine maritime Strategie offensichtlich von Anfang an unter einem Handicap, da die Flotte zu klein war, um sie umzusetzen, und die Ressourcen für ihren raschen Ausbau fehlten.

Das zweite Problem waren die aussenpolitischen Implikationen. Hitler sprach sie an, indem er Raeder mitteilte, dass er nach dem Abschluss des Dreimächtepakts mit Japan und Italien (der am nächsten Tag, dem 27. September, unterzeichnet werden sollte) Gespräche mit Mussolini und Franco führen werde. Anschliessend werde er sich zwischen Frankreich und Spanien als Partner entscheiden müssen. Er halte es für wahrscheinlicher, dass die Wahl auf Frankreich fallen werde, da Spanien viel fordere (Französisch-Marokko), aber wenig anzubieten habe. Grossbritannien und die Vereinigten Staaten müssten gewiss aus Nordwestafrika ferngehalten werden. Aber Frankreich werde bestimmten deutschen und italienischen Gebietsforderungen nachgeben müssen, bevor eine Einigung über den Umfang seiner kolonialen Besitzungen in Afrika erreicht werden könne. Hitler erwähnte es zwar nicht ausdrücklich, aber dieser Punkt musste für Frankreich die Anziehungskraft einer Vereinbarung mit



Deutschland schwächen. Darüber hinaus stand Hitler Raeders Hoffnung, die französische Flotte auf der Seite Deutschlands einsetzen zu können, kühl gegenüber. Er war nicht bereit, ohne die Zustimmung seines Achsenpartners Mussolini zu handeln, und der wäre über eine Stärkung von Italiens Rivalen Frankreich im Mittelmeer sicherlich nicht erbaut. Gleichwohl würde die deutsche Luftwaffe, wenn Spanien in den Krieg eintreten sollte, die Kanarischen Inseln und vielleicht auch die Azoren sowie die Kapverdischen Inseln sichern müssen.<sup>84</sup> Mit anderen Worten, Hitler stimmte der Mittelmeerstrategie zwar grundsätzlich zu, machte ihre Umsetzung aber vom Ausgang der Verhandlungen mit Mussolini, Franco und Pétain abhängig. Er war sich bewusst, dass es nicht leicht sein würde, sie alle zufriedenzustellen. Die einander widerstreitenden Interessen auszugleichen, gestand er zynisch ein, sei «nur durch grandiosen Betrug möglich».<sup>85</sup> Und das ging sogar über Hitlers Kräfte.

Die Vorstellungen der Marine über die Ausrichtung der deutschen Kriegsanstrengung aufs Mittelmeer passten gut zu dem in dieser Zeit – Ende September – im Auswärtigen Amt entwickelten Gedanken eines «Kontinentalblocks», der zu einem mächtigen Bündnis gegen Grossbritannien geformt werden sollte.<sup>86</sup> Kein Geringerer als Aussenminister Joachim von Ribbentrop selbst propagierte ein weltweites Bündnis unter Beteiligung sowohl der Sowjetunion als auch Japans, das sich gegen Grossbritannien richten und gleichzeitig die Vereinigten Staaten neutralisieren sollte.<sup>87</sup> Ins Militärische übersetzt, bestand die «Peripheriestrategie», wie sie sich bis zum Frühherbst 1940 herausgebildet hatte, neben dem Ziel, die britischen Einfuhren zu blockieren, aus drei Strängen: einer italienisch-deutschen Nahostoffensive, der Einnahme Gibraltars und der Ausdehnung der deutschen Kontrolle auf die afrikanische Küste und die Inseln im Atlantik.<sup>88</sup> Freilich beruhte das militärische Potenzial einer solchen Strategie, wie bei Raeders Lagevortrag am 26. September deutlich geworden war, auf bedeutenden diplomatischen Durchbrüchen, genauer gesagt auf Hitlers Fähigkeit, Vereinbarungen mit den Führern von Spanien und Vichyfrankreich zustande zu bringen. Und genau daran sollte alles scheitern.

## IV

Als der Sommer in den Herbst übergang, war den Personen im Machtzentrum des Dritten Reichs immer noch nicht klar, welche militärische Strategie umgesetzt werden sollte. Man hielt es weiterhin für möglich, verschiedene Prioritäten zu setzen. Das heisst, die Optionen schienen noch offen zu sein.

Hitlers eigene Präferenz lag sowohl ideologisch als auch militärisch offensichtlich auf einem frühen Schlag gegen die Sowjetunion. Das war Ende Juli deutlich geworden, und in der Zwischenzeit war nichts geschehen, was auf einen Meinungswandel hingedeutet hätte. Aber sein Interesse an der «Peripheriestrategie» war nicht nur vorgetäuscht. Der Russlandfeldzug, der nach seinen ursprünglichen Plänen im Herbst hatte beginnen sollen, konnte frühestens im Frühjahr stattfinden. Inzwischen war die Befürchtung gewachsen, dass die Vereinigten Staaten früher oder später auf britischer Seite in den Krieg eintreten würden.<sup>89</sup> Sicherlich war Hitler ebenso sehr wie im Sommer bestrebt, dies zu verhindern. Der naheliegendste Weg bestand darin, Grossbritannien zum Ausscheiden aus dem Krieg zu zwingen. Da «Seelöwe» aufgeschoben (und praktisch, wenn auch noch nicht ausdrücklich aufgegeben) worden war, bot die diplomatische und militärische Konzentration auf den Mittelmeerraum die besten Aussichten dafür. Verschiedene Varianten einer solchen Strategie wurden, wie gesehen, von Jodl (und seinem Stellvertreter Warlimont) im Wehrmachtsführungsstab, Raeder und der Seekriegsleitung sowie Aussenminister Ribbentrop vertreten. Eine Zeitlang gab Hitler dem Bestreben nach einer diplomatischen Öffnung der «Peripherie» seine Rückendeckung und förderte die militärischen Planungen für den Fall, dass die Diplomatie von Erfolg gekrönt sein sollte. Aber während die «Peripheriestrategie» für Raeder, Warlimont (wenn auch nicht Jodl) und sogar Ribbentrop eine Alternative zum Angriff auf Russland darstellte, war sie für Hitler lediglich ein Vorspiel, um Deutschland den Rücken freizuhalten, bevor es zum Schlagabtausch mit der Sowjetunion käme, der in seinen Augen sowohl unvermeidlich war, als auch allein das Potenzial besass, über den Ausgang des Krieges zu entscheiden. Daher betrachtete er die «Peripheriestrategie» nie als Endzweck. Dies erklärt zumindest teilweise, warum die diplomatischen Anstrengungen, die er im Oktober in Ge-

sprächen mit Mussolini, Franco und Pétain unternahm, so unergiebig waren. Er ging ohne Illusionen in sie hinein.

Hitler wollte bei seinem Treffen mit Mussolini vom 4. Oktober am Brenner vor allem ausloten, wie der «Duce» zu der Möglichkeit stand, «Frankreich und Spanien auf eine gemeinsame Linie zu bringen und auf diese Weise eine kontinentale Koalition gegen England zustande zu bringen».<sup>90</sup> Mussolini hatte keine Einwände. Aber beide Diktatoren waren sich darüber im Klaren, dass die von Spanien als Preis für seinen Kriegseintritt erhobenen Gebietsforderungen – Marokko und Oran von Frankreich sowie Gibraltar von Grossbritannien – von den Franzosen unter keinen Umständen erfüllt werden und nur den Gaullisten im strategisch wichtigen Nordafrika Vorschub leisten würden. Da Mussolini die Gelegenheit zudem dazu nutzte, Hitler an die italienische Forderung nach territorialen Konzessionen Frankreichs zu erinnern, war abzusehen, dass es äusserst schwerfallen würde, eine für alle drei Mittelmeermächte – Italien, Frankreich und Spanien – zufriedenstellende diplomatische Lösung zu finden. Darüber hinaus war Hitler offenbar nicht geneigt, etwas zu unternehmen, das die Beziehungen zu seinem Achsenpartner belasten würde. Daher brachte das Treffen, so freundlich es verlief, die Schaffung einer «kontinentalen Koalition» in keiner Weise voran.<sup>91</sup>

Die Begegnung mit Franco am 23. Oktober in Hendaye war von vornherein wenig erfolgversprechend.<sup>92</sup> Hitlers Verhandlungsposition war schwach. Er wollte Spanien vor allem deshalb zum Kriegseintritt bewegen, um den geplanten Angriff auf Gibraltar zu erleichtern und die Verteidigung der Atlantikinseln vor der iberischen Küste zu stärken. Aber er war nicht bereit, den exorbitanten Preis zu zahlen, den Spanien, wie er wusste, verlangen würde: riesige Rüstungs- und Lebensmittellieferungen und die Erfüllung von Gebietsansprüchen nicht nur auf Gibraltar (das man Franco leicht zugestehen konnte), sondern auch auf Marokko und Oran. Hitler dürfte das Urteil geteilt haben, das der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, in seinem Tagebuch festhielt: «So viel ist uns Gibraltar nicht wert.»<sup>93</sup> Francos materielle Forderungen zu erfüllen, war für Deutschland jedoch undenkbar. Und die territorialen Konzessionen kamen nicht infrage, weil sie, wie Hitler gegenüber Mussolini klargestellt hatte, die Position Vichyfrankreichs geschwächt und damit die Kontrolle der Achse über Nordafrika gefährdet hätten. Daher hatte Hitler Franco ausser Gibraltar nichts anzubieten, und so wünschenswert die Ein-

verleibung Gibraltars für die Spanier war, so hätten sie dafür doch das aus ihrer Sicht hohe Risiko eingehen müssen, sich an einem Krieg zu beteiligen, den die Achse nach Francos Ansicht entgegen Hitlers grossspurigen Behauptungen keineswegs schon gewonnen hatte. Hitler verliess Hendaye mit leeren Händen.

Am nächsten Tag erging es ihm mit Pétain kaum besser, auch wenn das Gespräch in herzlicherer Atmosphäre verlief.<sup>94</sup> Eine Vereinbarung über eine engere «Zusammenarbeit» zwischen Frankreich und Deutschland war weit von einer französischen Zusage entfernt, sich dem Krieg gegen Grossbritannien anzuschliessen. Die Unterredung blieb auf der Ebene von Allgemeinheiten. Wiederum waren Hitler praktisch die Hände gebunden, und er konnte dem Marschall nichts Konkretes anbieten. Obwohl der Kriegseintritt Vichyfrankreichs aufseiten Deutschlands (und zu dessen Bedingungen) aus deutscher Sicht militärisch und politisch sinnvoll gewesen wäre, fiel es schwer, die Franzosen dafür zu gewinnen, insbesondere wenn gleichzeitig die Frage gestellt wurde, welche Regelung in einem Friedensvertrag zwischen den beiden Ländern für die französischen Kolonien in Nordafrika getroffen werden sollte, ganz zu schweigen von Briey, Calais und Elsass-Lothringen in Frankreich selbst, alles Gebiete, die Deutschland für sich beanspruchte.<sup>95</sup> Darüber hinaus, und das war für Hitler der entscheidende Punkt, hätten engere Beziehungen zu Frankreich in Italien Unmut ausgelöst, was er um jeden Preis vermeiden wollte. Auf jeden Fall erscheint es zweifelhaft, dass Hitler Frankreich tatsächlich als vollgültigen Bündnispartner wollte.<sup>96</sup> So war das Gespräch mit Pétain letztendlich nicht mehr als Schattenboxen.

Kurz gesagt, Hitler konnte Spanien nicht zufriedenstellen, ohne Frankreich vor den Kopf zu stossen, und er konnte Frankreich nicht entgegenkommen, ohne seinen «Freund» Mussolini zu verärgern. Unterdessen hatte dieser, bevor er Hitler am 28. Oktober in Florenz empfing, sehr zu dessen Unmut den unglückseligen Angriff auf Griechenland begonnen und damit einen weiteren kräftigen Stock in die Speichen einer jeden Strategie geworfen, in deren Mittelpunkt die militärische Kooperation zwischen Deutschland und Italien im Mittelmeerraum stand. Bereits auf der Rückfahrt von seinen Treffen mit Franco und Pétain hatte Hitler gegenüber Jodl und dem geschmeidigen OKW-Chef Wilhelm Keitel unterstrichen, dass der Krieg gegen Russland im folgenden Jahr stattfinden müsse.<sup>97</sup> Bald darauf, am 4. November, gab er der Wehr-

machtführung eine «Tour d'Horizon» durch alle aktuellen strategischen Möglichkeiten hinsichtlich des Mittelmeerraums und des Nahen Ostens, wobei er aber zugleich hervorhob, dass Russland «das ganze Problem Europas» bleibe und alles getan werden müsse, «um bereit zu sein zur grossen Abrechnung».<sup>98</sup>

Offenbar fühlte sich Hitler durch die Rückschläge bei der Schaffung eines auf Westeuropa beschränkten «Kontinentalblocks» gegen Grossbritannien in seiner früheren Ansicht bestärkt, dass der Angriff auf die Sowjetunion der einzige Weg zum endgültigen Sieg sei. Die Einnahme Gibraltars (zusammen mit den Kanarischen und Kapverdischen Inseln) stand immer noch weit oben auf seiner Tagesordnung, und er hoffte weiter auf einen Kriegseintritt Spaniens. Wenn man die (in portugiesischem Besitz befindlichen) Azoren besetzen müsse und Lissabon Einspruch erhebe, erklärte Hitler, werde er nötigenfalls damit drohen, Truppen nach Portugal zu entsenden. Zudem bedeutete Mussolinis griechisches Abenteuer, dass die italienische Offensive in Libyen verschoben werden musste und folglich auch die Stationierung deutscher Truppen in Nordafrika und der Vorstoss zum Suezkanal. Es war das erste klare Anzeichen dafür, dass Hitler den militärischen Fähigkeiten seines italienischen Partners misstraute.<sup>99</sup>

Als der sowjetische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Wjatscheslaw Molotow nach Berlin reiste, um am 12. und 13. November Gespräche mit Hitler zu führen, stand die deutsche Strategie immer noch nicht fest. Am selben Tag, an dem die Unterredungen mit Molotow begannen,<sup>100</sup> gab Hitler eine Weisung an die Wehrmacht heraus, die sich mit einer Vielzahl potenzieller Kampfgebiete befasste. Das wichtigste Thema war die Einnahme Gibraltars. Spanien sollte durch bereits in Gang gesetzte politische Massnahmen zum Kriegseintritt bewegt werden. Von Frankreich wurde erwartet, die deutsche Kriegsanstrengung zu unterstützen, vorläufig jedoch ohne in vollem Umfang am Krieg gegen Grossbritannien teilzunehmen. Die Entsendung deutscher Truppen zur Unterstützung des italienischen Angriffs auf Ägypten wurde verschoben. Das «Unternehmen Seelöwe», zwar formal nicht aufgegeben, besass augenscheinlich keine militärische Priorität mehr. Um Mussolini zu helfen, musste die Besetzung des griechischen Festlands nördlich der Ägäis vorbereitet werden. Aber die vielleicht bedeutsamste Feststellung traf Hitler gegen Ende der Weisung: «Politische Besprechungen mit dem Ziel, die Hal-

tung Russlands für die nächste Zeit zu klären, sind eingeleitet. Gleichgültig, welches Ergebnis diese Besprechungen haben werden, sind alle schon mündlich befohlenen Vorbereitungen für den Osten fortzuführen.»<sup>101</sup> Obwohl damit keine andere militärische Option ausgeschlossen wurde, spricht alles dafür, dass Hitler die Entwicklung im Mittelmeerraum inzwischen derart skeptisch betrachtete, dass er sich in seinen Vorstellungen bestätigt sah und auf die Strategie zurückgriff, die er bereits im Sommer favorisiert hatte: den Angriff auf die Sowjetunion. Den letzten Ausschlag gab das Unbehagen, das der Besuch Molotows bei ihm auslöste.<sup>102</sup>

Als Raeder am 14. November erneut versuchte, Hitler dazu zu bewegen, dem Mittelmeerraum und dem Vorstoss auf den Suezkanal Priorität einzuräumen, musste er daher auf taube Ohren stossen. Hitler stellte klar, dass er weiterhin beabsichtige, den Zusammenstoss mit der Sowjetunion voranzutreiben. Raeders Ratschlag, ihn zu verschieben, bis der Sieg über Grossbritannien erungen sei, verhallte ungehört. Und als er zur Vorsicht mahnte, um eine mögliche Besetzung der portugiesischen Atlantikinseln durch Briten oder Amerikaner zu vermeiden, entgegnete Hitler mit dem charakteristischen Hinweis, er denke an die Azoren vorrangig nicht in defensiver, sondern in offensiver Hinsicht. Man könne dort Bomber stationieren, die in der Lage wären, Amerika zu erreichen, und die Vereinigten Staaten auf diese Weise zwingen, eine Luftverteidigung aufzubauen, anstatt Grossbritannien Hilfe zu leisten.<sup>103</sup> Offenbar sah er die Iberische Halbinsel und die portugiesischen Atlantikinseln jetzt nicht mehr wie noch im Sommer im Kontext einer Strategie, die hauptsächlich darauf abzielte, Grossbritannien an den Verhandlungstisch zu bringen, sondern im Zusammenhang mit der Abschreckung einer angloamerikanischen Intervention.<sup>104</sup>

Bald darauf schickte Hitler seine Adjutanten aus, um einen Ort für ein Feldhauptquartier in Ostpreussen zu suchen.<sup>105</sup> Am 5. Dezember wies er Brauchitsch und Halder an, das Heer für einen Angriff auf die Sowjetunion Ende Mai des nächsten Jahres vorzubereiten.<sup>106</sup> Drei Tage später erfuhr er, dass neuerliche Versuche, Spanien für sich zu gewinnen, fehlgeschlagen seien. Franco hatte sich kategorisch gegen die Kriegsteilnahme seines Landes ausgesprochen. Daraufhin stellte Hitler umgehend die Vorbereitungen für die Einnahme Gibraltars ein, «da die politischen Voraussetzungen nicht mehr gegeben

sind».<sup>107</sup> Am 9. Januar wurde die Operation ganz fallengelassen, obwohl Hitler noch einige Zeit über eine mögliche Wiederbelebung des Vorhabens nachdachte.<sup>108</sup> Bereits Wochen zuvor, am 18. Dezember, war durch seine formelle Weisung für das «Unternehmen Barbarossa» die östliche Ausrichtung der deutschen Strategie festgelegt worden. Sie gab ausdrücklich das Ziel vor, «auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen».<sup>109</sup> Damit war die am 31. Juli im Grundsatz getroffene Entscheidung in eine militärische Weisung umgesetzt worden. Eine Umkehr sollte es nicht mehr geben. Die Möglichkeit, eine alternative Strategie zu verfolgen, die im Spätsommer und Herbst kurzzeitig zu bestehen schien, war jetzt endgültig ausgeschlossen.<sup>110</sup>

## v

Versäumte Hitler, indem er 1940 diese schicksalhafte Entscheidung fällte, die Gelegenheit, einen anderen Kurs einzuschlagen, der womöglich zum Sieg geführt hätte oder zumindest dem katastrophalen Weg in die Niederlage ausgewichen wäre? Angesichts des bisher Dargelegten muss man sich dieser Frage wohl auf verschiedene Weise nähern. Die erste und wichtigste Überlegung betrifft Hitlers eigenes Denken. Immerhin war er derjenige, der die Politik bestimmte. Andere mochten ihn zu beeinflussen versuchen. Aber letztlich traf er die Entscheidungen. Er glaubte sicherlich nicht, eine Gelegenheit versäumt zu haben. Im Spätsommer und Herbst 1940 hatte er eine Reihe von Möglichkeiten in Erwägung gezogen, aber in seinen Augen hatte sich keine der Alternativen zu dem Kurs, den er bereits im Juli als aussichtsreichste Strategie betrachtet hatte, als durchführbar erwiesen. blieb nur noch diese übrig: der Angriff auf die Sowjetunion, um einen raschen Sieg vor dem Winter zu erzielen und damit die Grundlage für den umfassenderen Kampf gegen Grossbritannien und Amerika zu schaffen. Das passte auch zu seinen seit Langem bestehenden und unverändert gebliebenen ideologischen Überzeugungen. Doch bei der Festlegung des Termins waren strategische Überlegungen ausschlaggebend.

Hitler schätzte, dass die Vereinigten Staaten 1942 so weit sein würden, um aufseiten Grossbritanniens in den Krieg einzutreten.<sup>111</sup> Er war daher überzeugt, dass die Zeit gegen Deutschland arbeite: Die kontinentale Vormachtstellung, das Ende des europäischen Krieges und die damit verknüpfte Unan-

greifbarkeit mussten 1941 erreicht werden, bevor ein Konflikt mit den Vereinigten Staaten ausbrach. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Hitler eine Verschiebung des für das Frühjahr 1941 geplanten Angriffs auf die Sowjetunion erwogen hätte, ganz zu schweigen davon, dass er an die Aufgabe des «Unternehmens» gedacht hätte. Die Ende Juli 1940 in Gang gesetzten Vorbereitungen wurden nie unterbrochen. Für Hitler stellte die «Peripheriestrategie», da sie Grossbritannien einzudämmen und die Vereinigten Staaten abzuschrecken versprach, ein Mittel dar, mit dem der Weg zum Angriff auf die Sowjetunion geebnet werden konnte. Ein Ersatz für diesen war sie nie. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass Hitlers Unterstützung sowohl für die militärischen als auch für die diplomatischen Schritte in Bezug auf den Mittelmeerraum ernst gemeint waren. Aber nach seiner Ansicht waren die gravierenden Interessengegensätze zwischen Italien, Frankreich und Spanien, den Hauptmächten der Region, nicht auszugleichen, und da der notwendige politische Rahmen nicht geschaffen werden konnte, war nicht zu erwarten, dass eine auf den Mittelmeerraum ausgerichtete militärische Strategie von grossem Nutzen sein würde.

Ohne den Kriegseintritt Spaniens wäre ein Angriff auf Gibraltar, die Schlüsselposition im westlichen Mittelmeer, ein schwieriges Unterfangen gewesen. Es wäre durchführbar gewesen,<sup>112</sup> aber nur zu einem hohen militärischen und politischen Preis. Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Plan aufgegeben wurde, nachdem Franco klargestellt hatte, dass Spanien neutral bleiben würde. Der andere Hauptpfeiler der Mittelmeerstrategie, der Vorstoss zum Suezkanal, hing von den Italienern ab, die sich bald als das schwächste Glied in der militärischen Kette erweisen sollten. Nachdem Mussolini Griechenland angegriffen hatte – was Hitler sofort und wenig überraschend als bodenlose Dummheit brandmarkte<sup>113</sup> –, schwanden die italienischen Siegeschancen in Nordafrika. Mit den geschwächten und in Libyen gebundenen Italienern an der Seite kam ein Vorstoss an den Suezkanal jedenfalls nicht in Frage. Bis Ende 1940, als das griechische Abenteuer Italien in eine derart prekäre Lage gebracht hatte, dass er eine deutsch-französische Übereinkunft begrüsst hätte, war Mussolini zudem gegen jedes Wiedererstarken Frankreichs im Mittelmeer und in Nordafrika gewesen.<sup>114</sup>

Für Hitler stellte sich also nie die Frage, ob er eine andere als die Strategie seiner Wahl verfolgen sollte. Deshalb gab es aus seiner Sicht keine Gelegen-



heit, die versäumt worden wäre.<sup>115</sup> Aber dachten andere im Zentrum des strategischen Planungsprozesses genauso? Die klarste Alternative wurde, wie gesehen, von der Kriegsmarine entwickelt und Hitler von Raeder mehrmals vorgebracht. Dabei versuchte der Grossadmiral, wenn auch nicht allzu nachdrücklich, Hitler vom Angriff auf die Sowjetunion abzubringen. Der Diktator stimmte seinen Vorschlägen für eine Mittelmeerstrategie sogar zu (wenn auch nicht anstelle des Ostfeldzuges). Aber im Herbst, insbesondere nach Molotows Besuch, änderte er seine Meinung erneut und diesmal endgültig. In seinen Augen stand ausser Frage, dass von der Sowjetunion eine Gefahr für Deutschland ausging. Insgesamt bestand keine ernsthafte Aussicht, dass Raeder Hitler dazu bewegen konnte, seine Pläne zu ändern, denn dieser wich nie von seiner Überzeugung ab, dass die «Vernichtung» der Sowjetunion in einem Blitzfeldzug der einzige Weg wäre, um den Krieg zu gewinnen. Darüber hinaus lehnte Raeder den Angriff auf Russland nicht rundheraus ab, auch wenn er keine grosse Begeisterung für ihn an den Tag legte. Und zu dem Zeitpunkt, als die von der Kriegsmarine bevorzugte Mittelmeerstrategie Gestalt angenommen hatte – wenn man die grandiosen utopischen Träume von einem riesigen Kolonialreich, die nach der Niederlage Frankreichs vorübergehend eine gewisse Anziehungskraft besaßen, einmal ausser Acht lässt –, zerbrach der politische und militärische Rahmen für ihre Durchführung, sodass gegen Hitlers Argumente für die russische Option kaum noch anzukommen war.

Im Oberkommando der Wehrmacht war Jodls Stellvertreter im Wehrmachtsführungsstab, General Warlimont, der eifrigste Befürworter einer Mittelmeerstrategie. Aber sein Einsatz für den Vorschlag, die Kriegsanstrengung auf das Vorgehen in Nordafrika zu konzentrieren, wurde im Verlauf des Herbstes immer zweckloser. Von Jodl, seinem Vorgesetzten und Hitlers engstem Berater in Strategiefragen, erhielt er kaum Unterstützung. Obwohl Jodl Ende Juni selbst die «Peripheriestrategie» vorgeschlagen hatte, betrachtete auch er sie nur als Basis für den Angriff auf Russland.<sup>116</sup> Jodl war zwar vor dem Dezember 1940 kaum an den Vorbereitungen für den Krieg im Osten, die in die Zuständigkeit des Oberkommandos des Heeres fielen, beteiligt, stellte Hitlers Grundsatzentscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion aber nie in Frage. Ein kritikloser Glaube an dessen militärisches Genie, das durch den Triumph über Frankreich in noch hellerem Licht erstrahlte, schloss jeden Widerspruch

von dieser Seite aus,<sup>117</sup> und von dem kriecherischen Keitel war noch weniger Aufmüpfigkeit zu erwarten. Welche Zweifel Brauchitsch und Halder, die Chefs des Heeres (das unübersehbar die entscheidende Teilstreitkraft der Wehrmacht im bevorstehenden Russlandfeldzug war), anfangs auch gehabt haben mochten, sie wurden rasch überwunden. Beide betrachteten den Krieg im Osten bald als oberste Priorität. Wie Halder am 13. Juli notiert hatte, sahen sie wie Hitler in Grossbritanniens Hoffnungen auf Russland den Grund für die Verweigerung eines Friedensschlusses.<sup>118</sup> Alternativen wurden nicht ernsthaft erwogen, und von einer Luftwaffe, deren Führung noch nazifreundlicher als diejenige des Heeres war und an deren Spitze Göring stand, der Hitlers Gunst zu verlieren fürchtete und sich nicht zuletzt aus diesem Grund zur Unterstützung des Ostfeldzugs verpflichtet fühlte,<sup>119</sup> war ganz gewiss keine alternative Strategie zu erwarten.

Allein schon die geteilte Organisationsstruktur der Wehrmacht behinderte die Propagierung von ernsthaften Alternativen zu Hitlers eigenen Plänen. Wie bereits erwähnt, bildeten die Stabschefs von Heer, Marine und Luftwaffe sowie der (für die strategische Gesamtplanung zuständige) Chef des Wehrmachtführungsstabes des OKW kein Gremium, das regelmässig zusammenkam, um Absprachen über die Strategie zu treffen. Ebenso wenig kamen die Oberbefehlshaber zusammen, ausser in der dominierenden Gegenwart Hitlers, in der eine echte Diskussion so gut wie ausgeschlossen war.<sup>120</sup> So fehlte der Achse, die sich kurzzeitig zwischen Warlimonts Dienststelle und der Seekriegsleitung herausbildete, sowohl die Unterstützung anderer Wehrmachtsteile als auch ein Kanal, über den ein von Hitlers Strategie abweichendes militärisches Konzept hätte verfochten werden können. Es war daher strukturell unmöglich, eine zusammenhängende alternative Strategie zu entwickeln. Es gab niemals eine, die zur Diskussion hätte gestellt werden können. Ohne eine schlüssige Alternative kann jedoch nicht die Rede davon sein, dass eine Gelegenheit versäumt worden wäre.<sup>121</sup>

Aber selbst, wenn Hitler keinen anderen Weg sah und die Wehrmacht nicht in der Lage war, eine überzeugende Alternative zu präsentieren, ist dann nicht wenigstens theoretisch eine Option vorstellbar, die Deutschland den Sieg oder zumindest einen weniger katastrophalen Kriegsausgang beschert hätte, wenn die Führung sie nur wahrgenommen hätte? An dieser Stelle verlässt man natürlich das historische Terrain – dasjenige der wirklichen Ereignisse und der damals tatsächlich angestellten strategischen Überlegungen – und begibt sich

ins Reich der kontrafaktischen Spekulation, die angesichts der Anzahl möglicher Variablen, die einkalkuliert werden müssen, rasch zu einem blossen akademischen Ratespiel zu verkommen droht. Verfolgt man das Gedankenexperiment jedoch für einen Moment weiter, dann ist es durchaus vorstellbar, dass sich eine rückhaltlose deutsche Ausrichtung auf den Krieg im Mittelmeer und in Nordafrika – die ebenfalls eine härtere Politik sowohl gegenüber Italien als auch gegenüber Spanien und die volle Anerkennung Frankreichs als Kampfgenosse erfordert hätte – wenigstens kurzfristig ausgezahlt hätte. Sie wäre zwar auf Kosten der Vorbereitungen für einen Krieg im Osten gegangen, aber der Gesamtkrieg hätte ein anderes Gesicht erhalten und möglicherweise ein anderes Ende genommen. Vielleicht wäre die totale Katastrophe, die über Deutschland hereinbrechen sollte, vermieden worden.

Der Mittelmeerraum war für das britische Weltreich sicherlich nicht derart lebenswichtig, wie Raeder es behauptete. Aber die Vertreibung aus dem Mittelmeer, gefolgt vom Verlust von Besitzungen und Erdölfeldern im Nahen Osten, wäre fraglos ein schwerer Schlag gewesen. Grossbritannien und sein Empire wären stark geschwächt worden, insbesondere wenn, wie es vermutlich der Fall gewesen wäre, nationale Unabhängigkeitsbewegungen im Nahen Osten und in Indien infolge der militärischen Rückschläge Grossbritanniens an Kraft und Selbstvertrauen gewonnen hätten. Und es ist keineswegs sicher, dass die Vereinigten Staaten, wo Roosevelt schon unter den gegebenen Umständen monatelang gegen starke isolationistische Tendenzen ankämpfen musste, einem geschwächten Grossbritannien zu Hilfe geeilt wären. Japan dürfte kaum gezögert haben, die britische Anfälligkeit im Fernen Osten auszunutzen, sodass die Amerikaner sich bereits früher statt auf den Atlantik auf den Pazifik konzentriert hätten.

Ob die Briten unter solch misslichen Umständen weiter durchgehalten oder aber Churchills Regierung abgelöst und Friedensverhandlungen mit Deutschland begonnen hätten, ist eine müssige Frage. In einer Situation, in der Grossbritannien zurückgedrängt, das europäische Festland und Nordafrika unter deutscher Kontrolle und die USA mit Japan beschäftigt gewesen wären, hätte sich die «russische Frage» in anderem Licht dargestellt. Es wäre weniger dringlich und nicht so sehr als strategische Notwendigkeit erschienen, die Sowjetunion im Jahr 1941 niederzuwerfen. Der Abscheu für den Bolschewismus

wäre geblieben, aber Stalins Regime weniger bedrohlich erschienen – man hätte den Eindruck gewonnen, dass Russland leichter einzudämmen und es daher nicht nötig sei, sich auf das gefährliche militärische Glücksspiel eines schnellen Angriffskriegs einzulassen, und das hätte in den Augen der Militärführer Hitlers Argumente für den Ostfeldzug geschwächt.

Aber auch eine Mittelmeerstrategie würde, selbst wenn man sie bis zum Ende verfolgt hätte, wahrscheinlich irgendwann zu dem Krieg der Kontinente geführt haben, den sich Hitler vorstellte. Vermutlich wäre er sogar sehr bald ausgebrochen, da Deutschland, dessen umfangreichen imperialen Eroberungen auf wenig mehr als brutaler Gewalt und Tyrannei beruhten, langfristig gesehen den enormen Ressourcen der Vereinigten Staaten immer noch nicht genügend hätte entgegensetzen können. Sobald die Umstände günstig gewesen wären, hätte die Sowjetunion wahrscheinlich die Gelegenheit ergriffen, auf alliierter Seite in den Krieg einzutreten, und Deutschland wäre schliesslich doch in den gefürchteten Zweifrontenkrieg geraten. Ein Wettlauf um den Bau von Atomwaffen hätte begonnen, der, wie es wirklich der Fall war, sehr wahrscheinlich von den amerikanischen Wissenschaftlern (von denen einige deutscher Herkunft waren) gewonnen worden wäre. Als Ergebnis eines solchen Wettlaufs wären möglicherweise Atombomben auf Berlin und München abgeworfen worden, anstatt auf Hiroshima und Nagasaki.

In Hitlers Welt wurde 1940 anders als in der kontrafaktischen Fantasiewelt allem Anschein nach keine Chance zum Sieg versäumt. Der Angriff auf die Sowjetunion erschien tatsächlich als der einzige gangbare Weg. Es war Hitlers Entscheidung, aber die Verantwortung ist nicht ihm allein zuzurechnen, wie es manche Freunde der Generäle erscheinen lassen wollten. Sie war breit verteilt. Die Militärelite des Regimes hatte, und zwar mit breiter Unterstützung sowohl anderer Machtgruppen als auch der deutschen Bevölkerung, die Politik eines «Führers» unterstützt, der sein Land in ein Glücksspiel um Weltmacht geführt hatte, in dem die Chancen auf lange Sicht gegen Deutschland standen und das keine «Ausstiegsklausel» kannte. Da sie nicht in der Lage waren, den Krieg zu beenden, hatten Hitler und das Regime, das ihm zu seiner Stellung verholfen hatte, 1940 nur eine Wahl: weiterzuspielen und wie stets den kühnen Schritt nach vorn zu wagen. «Barbarossa», versprach Hitler, werde «wie ein Hagelsturm» über Russland hereinbrechen, und die Welt werde «den Atem anhalten».<sup>122</sup> Es war Wahnsinn, aber er hatte Methode.

## Tokio, Sommer und Herbst 1940

*Japan beschliesst, die «goldene Gelegenheit» zu ergreifen*

*Ergreifen wir die goldene Gelegenheit! Nichts soll uns aufhalten!*

Heeresminister Shunroku Hata, 25. Juni 1940

*Noch nie in unserer Geschichte gab es eine Zeit wie die gegenwärtige, in der es derart dringlich ist, die Weiterentwicklung unserer nationalen Macht zu planen [...] Wir sollten die günstige Gelegenheit ergreifen, die sich uns jetzt bietet.*

Erklärung des Heeres, 4. Juli 1940

Im Fernen Osten war bereits seit Juli 1937 Krieg, und die Gräueltaten, die japanische Soldaten an der chinesischen Zivilbevölkerung verübten, ähnelten denen der deutschen Eroberer im Herbst 1939 in Polen. Gleichwohl unterschied sich der «Chinazwischenfall», wie der Krieg mit China in Japan genannt wurde, stark von dem europäischen Krieg, der mit dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 begann. Im Frühjahr 1940, als in Europa die deutsche Wehrmacht die Niederlande und Frankreich überrannte und Grossbritannien beinahe in die Knie zwang, war kein Ende des asiatischen Krieges in Sicht. Im Gegenteil: Nach Hitlers erstaunlichen militärischen Triumphen in Westeuropa fasste Japan den schicksalhaften Entschluss, die Schwäche der besiegten oder bedrängten Länder auszunutzen und sich nach Südostasien auszudehnen (wo Grossbritannien, Frankreich und die Niederlande bedeutende koloniale Besitzungen hatten) sowie einen Pakt mit den Achsenmächten Deutschland und Italien zu schliessen. Damit traf Japan Entscheidungen, die das Risiko in sich trugen, in einen bewaffneten Konflikt nicht nur mit den europäischen Mächten, sondern auch mit den Vereinigten Staaten hineingezogen zu werden. Der Weg nach Pearl Harbor war zwar keine Einbahnstrasse, aber im Sommer 1940 unternahm die japanische Führung jene entscheidenden Schritte, die schliesslich dazu führten, dass die beiden Kriege in Europa und Asien zu einem einzigen globalen Flächenbrand verschmolzen.

## I

Der Krieg mit China bestimmte den Verlauf des Weges, an dessen Ende Tokio bereit war, durch einen Angriff auf die Vereinigten Staaten alles zu riskieren. Die unmittelbare Vorgeschichte dieses Krieges reicht bis 1931 zurück, sechs Jahre vor seinem Ausbruch, bis zu dem japanischen Angriff auf chinesische Truppen in der Mandschurei im September 1931 – dem «Mukdenzwischenfall», wie er in Japan genannt wurde –, der nicht nur einen Wendepunkt in den internationalen Beziehungen im Fernen Osten darstellte, sondern auch die Veränderung der Machtverteilung in Japan signalisierte.

Die Wurzeln dieser Intervention sind in dem japanischen Ehrgeiz zu finden, zur Grossmacht im Fernen Osten zu werden, mitsamt dazugehörigem Kolonialreich und gesteigertem internationalen Ansehen. Dieser Ehrgeiz hatte sich im späten 19. Jahrhundert entwickelt, als Japan unter Kaiser Meiji eine rasche Modernisierung erlebte und westliche Methoden an die japanische Kultur anpasste. Durch Kriege 1894/95 gegen China und 1904/05 gegen Russland, die es beide selbst durch eine Aggression vom Zaun gebrochen hatte, war die Vormachtstellung in Ostasien gewonnen worden. In Asien wurden die japanischen Erfolge zumeist als Schläge gegen die westliche Dominanz in der Region interpretiert. In Wirklichkeit legte Japan die Fundamente seiner eigenen imperialistischen Herrschaft. Es erwarb Korea, Taiwan, den Südteil von Sachalin sowie bedeutende Pachtrechte und ein Eisenbahnnetz von über tausend Kilometern Länge in der südlichen Mandschurei. Ausserdem sicherte es sich 1901 das Recht, in Peking und einer Reihe anderer chinesischer Städte Truppen stationieren zu dürfen, vorgeblich zum Schutz von Diplomaten und der japanischen Minderheit in den betreffenden Gebieten. China, dessen Zentralregierung sich in einem fortgeschrittenen Zustand der Auflösung befand, erweiterte später die japanischen Rechte in der Südmandschurei. Während des Ersten Weltkriegs, in den Japan aufseiten der Westalliierten eintrat, um die deutschen Besitzungen im Fernen Osten zu erhalten, nutzte es die Schwäche Chinas und den politischen Aufruhr im Land aus, indem es sich seine Rechte in der Südmandschurei und im benachbarten östlichen Teil der Inneren Mongolei bestätigen liess sowie seine Pacht- und Eisenbahnrechte ausdehnte. 1915 ging es sogar so weit, den Aufbau gemeinsamer chinesisch-japanischer Polizeikräfte

sowie die Zulassung japanischer Berater in politischen, ökonomischen und militärischen Angelegenheiten zu verlangen. Damit wäre China praktisch zu einer japanischen Kolonie geworden. Das konnte zwar verhindert werden, weil die Westmächte China den Rücken stärkten, aber es hinterliess in der chinesischen Bevölkerung einen schwelenden Groll und Feindseligkeit gegenüber Japan. Und es war ein Vorgeschmack auf den zwanzig Jahre später unternommenen Versuch Japans, China zu unterwerfen.

1917 erzielte Japan eine Übereinkunft mit den Vereinigten Staaten, die im Gegenzug für die Anerkennung des Prinzips der «offenen Tür» (das 1899 eingeführt worden war und allen Ländern einen gleichberechtigten Zugang zu den chinesischen Handelshäfen gestattete) seine «besonderen Interessen» in China anerkannten. Die Vereinbarung war zweideutig, aber die Japaner verstanden sie als amerikanische Duldung ihrer Stellung in der Südmandschurei. Bei Kriegsende hatte Japan seinen Einfluss in der Region – die reich an Bodenschätzen war – vergrössert und stand insgesamt gestärkt da, während China weiter geschwächt worden war. Von zentraler staatlicher Kontrolle konnte keine Rede mehr sein, und das Land war in politischem Chaos versunken. Internationaler Druck sowie innerer Widerstand gegen die japanische Herrschaft in Korea und Zwischenfälle in China veranlassten Japan in den zwanziger Jahren jedoch, eine konziliantere Haltung einzunehmen. Auf der Washingtoner Konferenz von 1921/22 wurde das Rahmenwerk für die internationale Ordnung im pazifischen Raum in der Zwischenkriegszeit geschaffen. Das in Washington geschlossene Neunmächteabkommen – dessen Unterzeichner neben China und Japan Grossbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande, Portugal und die Vereinigten Staaten waren – bestätigte die Unabhängigkeit und Integrität Chinas.<sup>1</sup> Man hoffte, das Land werde mit internationaler Hilfe eine Stabilität erreichen, welche die Spannungen in der Region verringern und von ökonomischem Nutzen für die westlichen Mächte sein würde. Während der zwanziger Jahre funktionierte das «Washingtoner System», wie es kurz genannt wurde, im grossen Ganzen. Japan behielt seinen gemässigten Kurs bei. 1928 konnten chinesische Nationalisten unter Tschiang Kai-schek in Nanking eine Zentralregierung bilden und mithilfe ausländischen (überwiegend amerikanischen) Kapitals damit beginnen, die Transport- und Kommunikationssysteme auszubauen. China befand sich trotz aller Probleme

auf dem besten Weg, in eine internationale Wirtschaftsordnung eingegliedert zu werden, die auf dem Prinzip der «offenen Tür» beruhte. Diese liberale Ordnung lag wiederum im ureigenen Interesse der westlichen Mächte, vor allem in dem der Vereinigten Staaten.

In Japan mehrten sich jedoch die Stimmen, die im «Washingtoner System» eine Bedrohung für die Zukunft des Landes sahen. In der Öffentlichkeit fanden sie immer mehr Gehör, und die zunehmende soziale Unruhe, die einsetzte, als die vom Wall-Street-Crash im Oktober 1929 ausgelöste Weltwirtschaftskrise spürbar wurde, heizte antiwestliche Gefühle zusätzlich an. Die Idee der Autarkie – der höchstmöglichen ökonomischen Selbstversorgung, um die Abhängigkeit vom westlichen Kapitalismus zu verringern – breitete sich aus.<sup>2</sup> Gleichzeitig entfachten der Boykott japanischer Waren, den Tschiang Kajscheks nationalistisches Regime in China ausrief, sowie Verletzungen der Wirtschaftsrechte, die Japan seit 1905 in der Mandschurei besass, bei den Japanern eine feindselige Stimmung gegenüber China. Der Unmut hatte innenpolitische Folgen. Radikale forderten eine stärkere Regierung und eine energischere Aussenpolitik. Auch im Militär wuchs die Unzufriedenheit mit der angeblich nachgiebigen, den japanischen Interessen schadenden Haltung in internationalen Angelegenheiten. Am auffälligsten war dieser Unmut bei überwiegend jungen Offizieren der mittleren Ränge, die im Zaum zu halten dem Generalstab in Tokio immer schwerer fiel.

Einige der radikalsten nationalistischen Fürsprecher fanden sich in der Kwantungarmee, die seit ihrer Aufstellung im Jahr 1906 die mandschurischen Besitzungen Japans schützte. Ihr Ziel war es, die Einschränkungen aufzuheben, die der japanischen Aussenpolitik durch die Abhängigkeit von den westlichen Mächten und ihren liberal-kapitalistischen Prinzipien auferlegt waren. Die Spannung war förmlich mit Händen zu greifen, als am 18. September 1931 einige dieser Offiziere in Mukden in der Südmandschurei ein Feuergefecht zwischen japanischen Truppen und lokalen chinesischen Kräften inszenierten.<sup>3</sup> Obwohl der Angriff nicht von der japanischen Regierung befohlen worden war, wurde er von ihr hastig nachträglich sanktioniert – ein frühes Anzeichen dafür, wie wenig die Regierung das Heer unter Kontrolle hatte, aber auch für ihre Bereitschaft, ebenso willkürlichen wie gefährlichen Initiativen ihr Placet zu geben und sich in die von autonomen Aktionen des Militärs in Gang gesetzte Dynamik zu ergeben.



Der zunächst unbedeutende Zwischenfall erwies sich als Wendepunkt. Er beendete die vom «Washingtoner System» verkörperte Nachkriegskooperation im Fernen Osten, markierte den Anfang der internationalen Isolation Japans und bestärkte sowohl die antichinesischen als auch die antiwestlichen Gefühle in Japan. Chinesische Appelle, die internationale Hilfe gegen Japan forderten, stiessen auf taube Ohren. Die unter den Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise leidenden westlichen Staaten hatten mit sich selbst zu tun. Der Völkerbund versagte bei seinem ersten grossen Test und verhängte keine Sanktionen gegen Japan. Es war ein frühes Zeichen der Schwäche, die sich sowohl in Asien als auch in Europa bald in vollem Umfang zeigen sollte. Auch die Vereinigten Staaten, die dem Völkerbund nicht angehörten, unterliessen es, Japan zu verurteilen. Davon ermutigt, weitete die Kwantungarmee ihre Aggressionen aus, was Regierung und Öffentlichkeit in Japan wiederum im Nachhinein billigten. Die Bombardierung von Chinchow im Südwesten der Mandschurei, an der Grenze zum eigentlichen China, am 8. Oktober 1931 veranlasste den Völkerbund endlich zum Handeln, allerdings nur so weit, dass er einen Ausschuss einsetzte, der unter Leitung von Lord Lytton, einem britischen Peer, die Ursachen des Konflikts untersuchen und Empfehlungen für seine Beilegung geben sollte. Als der Lyttonausschuss im September 1932 seinen Bericht vorlegte, in dem Japan verurteilt, aber China gleichzeitig aufgefordert wurde, die japanischen Interessen in der Region anzuerkennen, war in der Mandschurei eine Marionettenregierung installiert worden. Das in Mandschukuo umbenannte Land war nur nominell ein unabhängiger Staat. In Wirklichkeit stand es völlig unter japanischer Kontrolle.

Angesichts der breiten internationalen Verurteilung seines Handelns und der Weigerung, den neuen Status von Mandschukuo anzuerkennen, trat Japan im März 1933 aus dem Völkerbund aus und besiegelte damit seine Isolation. In Japan selbst waren die Aggression in der Mandschurei und die Errichtung des Staates Mandschukuo sowohl von der Führungsschicht als auch von der Bevölkerung insgesamt mit viel Beifall bedacht worden. Die internationale Isolation löste Groll und Trotz aus, und es fiel der Propaganda nicht schwer, die Öffentlichkeit von der Legitimität des japanischen Anliegens und der Ungerechtigkeit der westlichen Haltung zu überzeugen (auch wenn die Japaner ihre eigenen imperialistischen Ansprüche ironischerweise in nicht geringem

Umfang nach dem Vorbild des von ihnen so verachteten britischen Empires formulierten). Politisch bewegte sich das Land weiter nach rechts. Ideologien, die «nationale Erneuerung», Solidarität, Ergebenheit gegenüber dem Kaiser (der als «lebendiger Gott» dargestellt wurde) und traditionelle japanische Kultur und Mythologie in den Mittelpunkt stellten, gewannen an Boden. An die Stelle der parlamentarisch kontrollierten Regierung war im Mai 1932 ein Kabinett der nationalen Einheit getreten, das überwiegend aus Militärs und Bürokraten bestand. Den Ton gab in zunehmendem Mass das Militär an, während die zivilen Regierungsmitglieder, die kaum noch wirkliche Macht besaßen, zumeist nur auf den auf sie ausgeübten Druck reagierten, und zwar in der Regel willfährig.

Die Kwantungarmee blieb eine der treibenden Kräfte der Radikalisierung.<sup>4</sup> Die Kämpfe mit chinesischen Truppen gingen weiter. Im Mai 1933 wurde die Grenze von Mandschukuo bis zur Grossen Mauer vorgeschoben, das heisst bis auf rund siebenzig Kilometer an Peking heran. Zwei Jahre später sahen sich Tschiang Kai-schek und seine Regierung genötigt, ihre Truppen aus dem Grenzgebiet südlich der Grossen Mauer abzuziehen, auch aus Peking selbst. Um das Gebiet zu kontrollieren, wurden Marionettenregierungen unter chinesischen Kriegsherren eingesetzt. Zu diesem Zeitpunkt war die japanische Politik darauf ausgerichtet, die Gewinne in der Mandschurei zu sichern und die Beziehungen zu Tschiang Kaischeks nationalistischer Regierung in deren Hauptstadt Nanking zu stabilisieren. Doch das Konfliktpotenzial war nur notdürftig verdeckt.

Mitte 1936 war die japanische Regierung so weit, einem revidierten Kurs entsprechende «Grundsätze nationaler Politik» festzulegen.<sup>5</sup> Den Formulierungen fehlte es zu diesem Zeitpunkt noch an Genauigkeit, und sie versuchten, ohne die möglichen Spannungen und Widersprüche auszugleichen, die gegensätzlichen Vorstellungen von Armee und Marine gleichermassen einzubeziehen. Der Grundgedanke lautete, dass es notwendig sei, der «Aggressionspolitik» der Grossmächte in Ostasien entgegenzutreten. Geschehen sollte dies durch eine japanische Vormachtstellung in dieser Region, durch die militärische Befestigung und wirtschaftliche Stärkung von Mandschukuo – um die «Bedrohung durch die Sowjetunion» auszuschalten –, sowie durch eine Expansion in die Südsee. Hier wurde die Ausdehnung nach Süden zum ersten Mal als politische Richtschnur genannt. Obwohl dies noch nicht mehr als eine vage Absichtserklärung darstellte, spiegelte es doch die schärfer gewordene

Einstellung der Marine wider, die ihren hohen Status im Krieg gegen Russland am Anfang des Jahrhunderts erworben und im Dezember 1934 erfolgreich darauf gedrängt hatte, den 1922 mit Grossbritannien und den Vereinigten Staaten geschlossenen und 1930 verlängerten Vertrag über die Begrenzung der Seerüstung ausser Kraft zu setzen. Die im Sommer 1936 festgelegten aussenpolitischen Ziele wollte man zwar friedlich erreichen, aber dennoch sollten in Mandschukuo und Korea Streitkräfte aufgebaut werden, und zwar in einem Umfang, dass sie den «sowjetischen Streitkräften im Fernen Osten beim Ausbruch von Feindseligkeiten den ersten Schlag versetzen» könnten. Der Ausbau der Marine sollte es ermöglichen, die «Herrschaft über den Westpazifik gegen die Marine der Vereinigten Staaten» zu behaupten. Zu Grossbritannien wollte man gute Beziehungen pflegen, solange London die japanischen Interessen in China anerkannte und nicht gemeinsam mit den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und China Druck auf Japan ausübte. Gleichzeitig sollten, insbesondere wegen dessen antikommunistischer Haltung, gute Beziehungen zu Deutschland aufgebaut werden.

Trotz der Betonung friedlicher Absichten tendierte die japanische Politik in Richtung einer Kollision mit den Vereinigten Staaten und Grossbritannien. Das Heer beharrte auf der Ansicht, dass es notwendig sei, sich auf einen Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten, um die Bedrohung aus dem Norden zu beseitigen. Japan hatte sich zu diesem Zeitpunkt unübersehbar von den Beschränkungen des «Washingtoner Systems» verabschiedet, und als wollte man diese Tatsache bekanntmachen und den Wunsch nach guten Beziehungen zu Deutschland unterstreichen – dem Land, das die Nachkriegsordnung in Europa gesprengt hatte-, schloss Tokio im November 1936 mit Berlin den Antikominternpakt. Darin verpflichteten sich die Vertragspartner, der Sowjetunion keinerlei Unterstützung zu gewähren, sollte einer von ihnen in einen Krieg mit ihr verwickelt werden.

In China verstärkten sich 1937 die antijapanischen Ressentiments und mit ihnen die Einsicht, dass gegen Japan Einigkeit vonnöten sei, was die erbitterte Auseinandersetzung zwischen Nationalisten und Kommunisten vorübergehend in den Hintergrund treten liess. Unterdessen hatte das japanische Heer Abstand von dem Vorhaben genommen, in China Krieg zu führen, und die Zivilregierung war für kurze Zeit zu dem Gedanken zurückgekehrt, die Lösung der Wirtschaftsprobleme des Landes nicht durch weitere territoriale Expan-

sion, sondern durch die Förderung von Industrialisierung, Aussenhandel und internationaler Kooperation anzugehen. Doch solche Vorstellungen konnten sich nicht durchsetzen. Sie liefen der inzwischen nicht nur im Militär tief verwurzelten Idee zuwider, dass die Zukunft Japans in einer mit Waffengewalt gesicherten ökonomischen Autarkie liege. Seit dem «Mukdenzwischenfall» hatte die Einmischung des Heeres oder bestimmter Gruppen des Heeres in die Regierungstätigkeit zugenommen. Im Februar 1936 war ein Putschversuch radikaler Armeeeoffiziere, bei dem mehrere Minister ermordet wurden, fehlgeschlagen und mit drakonischen Strafen geahndet worden.<sup>6</sup> Dennoch ging die Regierung weiter geschwächt aus der Episode hervor, während der Einfluss des Heeres auf die Innenpolitik zunahm.<sup>7</sup> Grundlage seiner wachsenden Bedeutung war die Politik gegenüber China. Im Januar 1937 trat die Regierung auf Drängen des Militärs zurück. Die Nachfolgerin hielt sich nur wenige Monate im Amt, bevor sie im Juni einem Kabinett unter Fürst Fumimaro Konoe Platz machte, der gute Beziehungen zum Militär unterhielt und dem asiatischen Festland gegenüber eine Politik verfolgte, die auf die Kontrolle über Land und natürliche Ressourcen abzielte, was man bei einer um ihr Überleben kämpfenden «Habenichtsnation» als gerechtfertigt ansah.<sup>8</sup> In diesem Klima wurde ein kleiner, ungeplanter Vorfall – der an sich nicht mehr als ein Scharmützel war – in der Nacht des 7. Juli 1937, als an der Marco-Polo-Brücke südlich von Peking chinesische Soldaten auf japanische Truppen schossen, zum Auslöser eines Konflikts, der sich bald zu einem regelrechten Krieg zwischen Japan und China ausweiten sollte.<sup>9</sup>

Einige hohe Vertreter des Generalstabs des Heeres versuchten, die Folgen des Zwischenfalls zu begrenzen. Sie befürchteten, dass eine Eskalation und ein entsprechend langfristiges Engagement in China die Aufrüstung für die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion behindern würden. Kurzzeitig hatte es tatsächlich den Anschein, als würde der Zwischenfall im Sand verlaufen, ohne zu eskalieren. Aber unter den gegebenen Umständen hatte ein am 11. Juli vereinbarter lokaler Waffenstillstand keine Chance. Sowohl in China als auch in Japan standen die Regierungen unter dem Druck der nationalistischen Stimmung, die sie selbst angefacht und manipuliert hatten. Tschiang Kai-schek sah in der japanischen Aggression eine Gelegenheit, den Westen zu verstärkter Unterstützung zu bewegen, während in Japan bedeutende Militärfrak-

tionen den Zwischenfall als Chance betrachteten, China durch eine rasche, machtvolle Aktion zu besiegen und zu unterjochen. Heeresminister Gen Sugiyama und Generalstabschef Fürst Kotohito Kan'in erklärten dem Kaiser, der Krieg mit China könne binnen zwei bis drei Monaten erfolgreich beendet werden.<sup>10</sup> Diese Auffassung setzte sich durch.

Die Zivilregierung billigte die Entscheidung, den Konflikt auszuweiten. Ende Juli wurden erhebliche Verstärkungen nach China entsandt. Peking und Tientsin im Norden des Landes fielen innerhalb von zwei Tagen. Als chinesische Truppen am 29. und 30. Juli in Tungchow ein Massaker begingen, dem mehr als zweihundert japanische und koreanische Zivilisten zum Opfer fielen, löste dies in Japan verständlicherweise Wut aus. Der Bruder des Kaisers, Fürst Takamatsu, notierte in seinem Tagebuch: «Wir werden China zerquetschen, sodass es zehn Jahre dauern wird, bis es sich wieder gerade aufrichten kann.»<sup>11</sup> Mitte August hatten sich die Kämpfe bis nach Schanghai ausgedehnt, wo japanische Truppen, Flugzeuge und Schiffe von chinesischen Flugzeugen bombardiert wurden, woraufhin starke japanische Verbände in das Gebiet eindrangen. Sugiyama sprach von «totalem Krieg», die Regierung begann den Konflikt mit China als «heiligen Krieg» zu bezeichnen,<sup>12</sup> und Ministerpräsident Konoe forderte die «spirituelle Mobilmachung» der Nation.<sup>13</sup>

Als sich die demoralisierten chinesischen Truppen Anfang November aus Schanghai in Richtung Nanking, der Hauptstadt der nationalistischen Regierung, zurückzogen, waren fast 125'000 chinesische Zivilisten (einschliesslich vieler Frauen und Kinder) in der Stadt ums Leben gekommen.<sup>14</sup> Die Zahl der japanischen Todesopfer und Verwundeten belief sich auf 40'000. Japanische Truppen verfolgten die fliehenden chinesischen Soldaten und Zivilisten nach Nanking. Nachdem die Stadt am 13. Dezember 1937 gefallen war, was in Tokio mit Siegesfeiern auf den Strassen begrüsst wurde, schlug eine Welle der Gewalt über der Stadt zusammen. Innerhalb von sechs Wochen wurden mindestens 200'000 chinesische Zivilisten und Kriegsgefangene ermordet. Ausländische Beobachter schätzten die Zahl der jeden Tag vergewaltigten Frauen und Mädchen aller Altersstufen auf rund tausend.<sup>15</sup>

Die Berichte über die Mord- und Vergewaltigungsorgie erschütterten die Welt. Schon vor den Gräueln in Nanking hatten die Japaner Abscheu hervorgerufen, als sie chinesische Flüchtlinge mit Granaten beschossen und als später schiesswütige japanische Piloten das amerikanische Kanonenboot Panay

bombardierten, das mit Diplomaten und Journalisten an Bord nördlich von Nanking auf dem Jangtse ankerte. Japanische Soldaten hatten sogar auf das letzte Rettungsboot geschossen, das von dem brennenden Schiff ans Ufer zu kommen versuchte. Die Regierung in Tokio entschuldigte sich umgehend für den schweren Fehler und sagte beträchtliche Entschädigungen zu. Aber der Schaden war nicht mehr gutzumachen. Die öffentliche Meinung im Westen, insbesondere in Amerika, wandte sich scharf gegen Japan. Entsprechend nahm die Sympathie für China zu. Die kommerzielle Ausbeutung der chinesischen Märkte mittels der Politik der «offenen Tür» hatte stets auch eine kritische Kehrseite gehabt, und jetzt verstärkten die japanischen Gräueltaten in den Vereinigten Staaten das Gefühl, dass die Unterstützung Chinas eine moralische Verpflichtung sei.<sup>16</sup>

Vorläufig drückte sich diese Stimmung jedoch in nicht viel mehr als symbolischen Gesten aus. Die moralische Verurteilung Japans ging Hand in Hand mit politischer Untätigkeit.<sup>17</sup> Präsident Roosevelt billigte zwar die politische Ächtung der japanischen Aggression durch den Völkerbund, legte aber gegen Wirtschaftssanktionen sein Veto ein. Immerhin förderte er nun den Informationsaustausch zwischen amerikanischer und britischer Marine im Pazifik, was dafür sprach, dass die japanische Bedrohung jetzt als ernst eingeschätzt wurde.

Die japanische Regierung hatte durch das sofortige Bemühen um Wiedergutmachung für den Zwischenfall gezeigt, dass sie in dieser Phase bestrebt war, eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden. Sie ging freilich nicht so weit, ihre Chinapolitik zu mässigen. Nach dem Fall Nankings bot sie Tschiang Kai-schek extrem harte Friedensbedingungen an, die praktisch auf die japanische Oberhoheit über China hinausliefen.<sup>18</sup> Tschiang konnte sie unmöglich akzeptieren. Daraufhin nahm Japan eine noch härtere Haltung ein. Im Januar 1938 wurden die diplomatischen Beziehungen zu China abgebrochen, und Ministerpräsident Konoe verkündete die Absicht, das Regime von Tschiang Kaischek «ausradieren» zu wollen.<sup>19</sup>

In den folgenden Monaten weitete das japanische Heer seine Herrschaft in China erheblich aus, und zwar mit überaus brutalen Mitteln. Riesige Landstriche befanden sich jetzt unter japanischer Kontrolle. Ende 1938, als 600'000 Mann in China stationiert waren, waren die japanischen Ressourcen nahezu

ausgeschöpft. Die Verluste wuchsen. Seit dem Ausbruch des Konflikts waren 62'000 japanische Soldaten getötet worden.<sup>20</sup> Und Tschiang, der seine Hauptstadt nach Chungking im Westen Chinas verlegt hatte, war zwar angeschlagen, aber keineswegs besiegt. Die Besatzungstruppen sorgten durch ihre Grausamkeit selbst dafür, dass der nationale Widerstand, der von den USA, Grossbritannien, Frankreich und der Sowjetunion materiell unterstützt wurde, nicht nachliess, sondern zunahm. Japan stand am Scheideweg des Krieges.

Im November 1938 formulierte die japanische Regierung ihre Kriegsziele neu: Ihr Hauptanliegen sei, eine «neue Ordnung zur Sicherung dauerhafter Stabilität in Ostasien» zu schaffen.<sup>21</sup> Die kompromisslose Haltung vom vorangegangenen Januar wurde teilweise aufgegeben: Man sei prinzipiell zur Zusammenarbeit mit den chinesischen Nationalisten bereit. Als Preis verlangte man allerdings die Anerkennung von Mandschukuo, die Einstellung aller antijapanischen Aktivitäten, die Kooperation im «Kampf gegen den Kommunismus» (also praktisch die Zustimmung zur Anwesenheit japanischer Truppen im Land) und die Hinnahme der wirtschaftlichen Ausbeutung Nordchinas und der Inneren Mongolei durch Japan. Die Initiative zielte darauf ab, das nationalistische Lager zu spalten und Tschiang Kai-scheks Rivalen Wang Tschingwei auf die Seite Japans zu ziehen. Wang, der im Dezember 1938 mit Tschiang brach, war zur Zusammenarbeit bereit und propagierte auf der Basis einer gemeinsamen, streng antikommunistischen Politik den Friedensschluss mit Japan. Im März 1940 sollten ihn die Japaner als Chef einer Marionettenregierung in Nanking einsetzen. Tschiang Kai-schek hingegen blieb, wie zu erwarten gewesen war, unerbittlich und besass weiterhin die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der chinesischen Nationalisten. Da Japan weder einen vollständigen Sieg erringen, noch sich aus dem Konflikt zurückziehen konnte, steckte es in einer selbst geschaffenen politischen und militärischen Zwickmühle fest.

Inzwischen hatten sich die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten weiter verschlechtert. Als diese im November 1938 gegen die Einschränkung amerikanischer Rechte gemäss dem Prinzip der «offenen Tür» protestierten, wies die japanische Regierung explizit die Grundsätze des «Washingtoner Systems» zurück.<sup>22</sup> Bald darauf signalisierte die Vergabe eines Kredits in Höhe von 25 Millionen Dollar – dem noch viele folgen sollten – die amerikanische Entschlossenheit, Tschiang Kai-scheks nationalistischem Regime den Rücken

zu stärken. Am 26. Juli 1939 kündigten die Vereinigten Staaten nach zahlreichen Protesten gegen japanische Aktionen in China einen seit 1911 bestehenden wichtigen Handelsvertrag mit Japan auf, der 1940 regulär ausgelaufen wäre. Da fast ein Drittel der japanischen Einfuhren aus den Vereinigten Staaten kam, war dies eine ernste Angelegenheit.<sup>23</sup> Es war eine deutliche Warnung, dass bei weiteren Aggressionen Wirtschaftssanktionen die Folge sein könnten. Insbesondere Altmetall und Erdöl wurden aus Amerika eingeführt. Würden diese Lieferungen ausbleiben, wäre die japanische Kriegsanstrengung nicht länger als ein halbes Jahr aufrechtzuerhalten gewesen.<sup>24</sup>

Auch die Beziehungen zu den europäischen Mächten nahmen durch das japanische Vorgehen Schaden. Die Besetzung strategischer Stützpunkte im Südchinesischen Meer – Hainan vor der chinesischen Südküste im Februar 1939 und die Spratly Islands, ein entlegener Archipel mehrere hundert Kilometer weiter südlich, einen Monat später – war ein Anzeichen für die Absicht Japans, sein Einflussgebiet nach Süden auszudehnen. Die Inseln gehörten nominell zu China, aber ihre Besetzung richtete sich eindeutig gegen Grossbritannien, Frankreich und die Niederlande, die in dieser Region Kolonien besaßen.<sup>25</sup> Die niederländische Kolonialverwaltung in Ostindien reagierte, indem sie die Importe aus Japan verringerte. Grossbritannien und Frankreich brachte Japan zusätzlich dadurch auf, dass es im Juni über ihre Niederlassungen in Tientsin eine Blockade verhängte. Bald darauf kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen japanischen und sowjetischen Truppen, die mit Scharmützeln bei Nomonhan im Nordwesten von Mandschukuo an der Grenze zur Äusseren Mongolei begannen. Sie endeten mit einem bemerkenswerten militärischen Rückschlag, der für Tokio ein Warnzeichen war, die Rote Armee nicht zu unterschätzen. Als die Kämpfe Mitte September durch einen Waffenstillstand beendet wurden, hatte die Kwantungarmee etwa 17'000 Mann verloren.

Ein Ausweg aus der zunehmenden internationalen Isolation war ein Bündnis mit Deutschland. Auf Ribbentrops Anraten hatte Hitlers Regime Anfang 1938 die bisherige Unterstützung Chinas aufgegeben und sich auf die Seite Japans gestellt.<sup>26</sup> Wesentliche Gründe für den Kurswechsel waren die Annahme, dass Japan den Krieg mit China gewinnen würde, sowie dessen feindselige Einstellung gegenüber der Sowjetunion. Greifbaren Ausdruck fand die neue Politik im Mai in der Anerkennung von Mandschukuo. Doch die japanische Regierung wollte die westlichen Demokratien nicht gänzlich vor den



Kopf stossen, indem sie alles auf die deutsche Karte setzte. Deshalb wandelte es den Antikominternpakt nicht in ein vollgültiges Bündnis um, und infolgedessen blieb die diplomatische Isolation bestehen. Als Ende August 1939 die sensationelle Nachricht vom Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts bekannt wurde, vergrösserte sich die Isolation Japans noch einmal drastisch. Schockiert musste es erleben, wie sein einziger mächtiger Beinahefreund in Europa ein Bündnis mit dem Erzfeind im Norden einging. Marquis Koichi Kido, ein führender Höfling, der bald als Kaiserlicher Siegelbewahrer zum engsten Berater Hirohitos werden sollte, notierte in seinem Tagebuch, er sei «über diesen überaus verräterischen Akt verblüfft» gewesen.<sup>27</sup> In ihrer Verwirrung angesichts der «unerklärlichen neuen Umstände» trat die gesamte Regierung zurück.<sup>28</sup> Wenige Tage später herrschte in Europa Krieg.

Trotz der Neutralität musste sich der europäische Krieg auch auf Japan auswirken. Sowohl im Heer als auch in der Zivilregierung sprachen sich einige dafür aus, die bisherige Politik aufzugeben und einen pragmatischen Ausgleich mit der Sowjetunion anzustreben, so wie es Deutschland getan hatte. Sie sahen die Ära einer neuen Weltordnung heraufdämmern, in der das Übergewicht der europäischen Demokratien und der Vereinigten Staaten beseitigt wäre. Die wichtigsten Mächte in Europa würden wahrscheinlich Deutschland, Italien und die Sowjetunion sein. Es liege deshalb im Interesse Japans, argumentierten sie, sich sowohl mit Deutschland als auch mit der Sowjetunion zu verbünden. Was den Krieg in China angehe, so könnten durch ein Bündnis mit Moskau die sowjetischen Lieferungen nach China unterbunden werden.<sup>29</sup> Die Verfechter einer neuen Politik gegenüber der Sowjetunion befanden sich jedoch in der Minderheit. Weil man sich darüber im Klaren war, dass der Krieg die USA und Grossbritannien enger aneinanderbinden würde, herrschte in der Regierung die Meinung vor, man solle versuchen, die Beziehungen zu Washington zu verbessern. Da Japan hinsichtlich seiner aggressiven Chinapolitik zu keinen ernsthaften Konzessionen bereit war, hatte dieser Kurs kaum Erfolgchancen. Tatsächlich verhärtete sich die Haltung Washingtons gegenüber Japan. Man hoffte, das Land zu schwächen und die im Pazifik drohende Gefahr zu verringern, indem man die Hilfe für China aufstockte.

China blieb also das Zünglein an der Waage. Solange dieser Krieg andauerte, würden die menschlichen und materiellen Ressourcen Japans aufs Äus-

serste angespannt sein. Und durch eine Verschlechterung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten würde man die für die Fortsetzung des Krieges benötigten Altmetall- und Erdöllieferungen aufs Spiel setzen. Aber wenn Japan an seinen territorialen Eroberungen und seiner Vormachtstellung festhielt, konnte der Krieg nicht beendet werden; folglich würden sich auch die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nicht verbessern und die Gefährdungen des Rohstoffnachschiebs bestehen bleiben. Da Washington Tschiang Kai-schek und Tokio Wang Tsching-wei unterstützte, blieb die Pattsituation bestehen. Dies war die Lage, als die deutsche Eroberung von Dänemark und Norwegen im April, dann die Einnahme von Holland und Belgien im Mai und schliesslich der bemerkenswerte Sieg über Frankreich im Juni die politische Landkarte in Europa veränderten. Da von den grossen kriegführenden Mächten nur noch Grossbritannien Deutschland Widerstand leistete – und das, wie es schien, lediglich für kurze Zeit –, sah die japanische Regierung eine neue Gelegenheit gekommen, ihre eigenen Probleme zu lösen.

## II

Das Japan von 1940 war weder eine Demokratie noch eine Diktatur. Das weit verbreitete Bild eines monolithischen Herrschaftssystems unter dem Kommando des Kaisers gibt die Wirklichkeit nur verzerrt wieder.<sup>30</sup> Das Regierungssystem war komplex und verschlungen, es hatte sich seit dem Anfang der konstitutionellen Herrschaft im Jahr 1889 herausgebildet und in den zwanziger und dreissiger Jahren unter dem Eindruck von Massenpolitik, von inneren Unruhen, diplomatischem Druck und Krieg weiterentwickelt. Es war stark oligarchisch und bürokratisch geprägt. Die Verfassung von 1889 orientierte sich am europäischen (insbesondere deutschen) Vorbild. Durch sie war ein Parlament eingeführt worden, das aus einem gewählten Unterhaus mit dreihundert Sitzen und einem Oberhaus bestand, dem fünfhundert adlige Hof-, Regierungs- und Militärvertreter angehörten. Wie in Deutschland wurden die Minister vom Kaiser ernannt und waren ihm und nicht dem Parlament verantwortlich. Sie wurden häufig nicht aus den Reihen der Parteien ausgewählt. Erwähnenswert ist auch, dass der Generalstab des Heeres ausdrücklich ein unabhängiges «Recht auf den Oberbefehl» erhielt und ebenfalls direkt dem Kai-

ser unterstand. Das Unterhaus, das anfangs von nur rund einem Prozent der Bevölkerung gewählt wurde, konnte Gesetze verabschieden und sein Veto gegen den Staatshaushalt einlegen, besass aber nur schwache Kontrollvollmachten in Bezug auf Exekutive und Militär. Die alten Oligarchenfamilien, denen ein grosser Teil des Landes und des Volksvermögens gehörte, behielten erheblichen Einfluss.<sup>31</sup>

Doch einmal eingeführt waren politisches Mitspracherecht und konstitutionelle Repräsentanz nicht mehr aufzuhalten. Wie in Europa nahm ihre Bedeutung zu, verstärkt nach dem Ersten Weltkrieg. Die Parteien, die konservative Seiyukai und die liberale Minseito, repräsentierten bald die übergrosse Mehrheit der Wähler, zu denen nach einer Wahlrechtsreform im Jahr 1925 alle Männer über fünfundzwanzig Jahre gehörten. Aber als in der Zwischenkriegszeit die Wirtschaft in die Krise geriet und sich soziale Unruhen und politische Gewalt ausbreiteten (Anfang der dreissiger Jahre wurden zwei Ministerpräsidenten und andere Regierungsvertreter sowie Geschäftsleute und eine Reihe von Intellektuellen ermordet), wurden auch kommunistische, sozialistische und faschistische Ideologien aus Europa auf die japanischen Verhältnisse übertragen.<sup>32</sup> Der innere Aufruhr spiegelte sich in der Tatsache wider, dass die Regierungen instabil und kurzlebig waren; zwischen November 1921 und Juni 1937 wechselten sich fünfzehn Ministerpräsidenten ab.<sup>33</sup>

Die Auswirkungen des «mandschurischen Zwischenfalls» nach 1931 und die rasche Erholung von der Wirtschaftskrise, vor allem durch eine erhebliche staatliche Förderung der Stahl- und der Chemieindustrie sowie der Bauwirtschaft und durch eine gewaltige Vergrösserung des Militärbudgets (das bis 1937 auf drei Viertel des Staatshaushalts anwuchs<sup>34</sup>), hatten eine Einschränkung der Parlamentsbefugnisse und der pluralistischen Politik zur Folge. Die Regierungen bestanden jetzt in der Regel überwiegend aus Männern, die keiner Partei angehörten.<sup>35</sup> Vor allem der Einfluss des Militärs nahm stark zu. Nach dem Ausbruch des Krieges in China wurde eine bessere Koordination der zivilen und militärischen Entscheidungsfindung erforderlich. Ende 1937 wurden deshalb zwei Gremien institutionalisiert, die Verbindungskonferenz und die Kaiserliche Konferenz.

Die Verbindungskonferenz kam im Abstand von wenigen Tagen zusammen und trat in aussenpolitischen Angelegenheiten praktisch an die Stelle des Kabinetts, das sich nun hauptsächlich mit innenpolitischen Fragen befasste.

Konferenzteilnehmer waren einerseits die wichtigsten Regierungsmitglieder – der Ministerpräsident, der Aussenminister, der Kriegsminister, der Marineminister und gelegentlich weitere Ressortchefs, wenn ihr Fachwissen gefragt war – und andererseits die Generalstabschefs von Heer und Marine sowie ihre Stellvertreter als Repräsentanten des Kaiserlichen Oberkommandos. Die Sitzungen fanden in einem kleinen Konferenzraum statt, in dem die Teilnehmer im Kreis um den Ministerpräsidenten sassen. Einen Sitzungsleiter im eigentlichen Sinn gab es jedoch nicht, und die Diskussionen waren eher diffus, was einer spezifisch japanischen Art der Entscheidungsfindung entsprach, in der häufig verklausuliert gesprochen wurde, um sich in einem langwierigen Prozess vorsichtig einer Entscheidung anzunähern, auf deren Einstimmigkeit grosser Wert gelegt wurde.<sup>36</sup> Eine Zeitlang wurde die Konferenz durch Vier- oder Fünfministerkonferenzen ersetzt, an denen ausschliesslich führende Regierungsvertreter teilnahmen. Doch das Problem der mangelnden Koordination trat auch hier auf. Die Abwesenheit der Generalstabschefs erwies sich als grosser Nachteil, und so wurde die Verbindungskonferenz 1940 wiedereingeführt.

Von der Verbindungskonferenz gefasste wichtige Beschlüsse mussten von der Kaiserlichen Konferenz bestätigt werden. In diesen Sitzungen trafen sich überwiegend dieselben Personen, hinzu kamen lediglich der Präsident des Kronrats und natürlich der Kaiser. Der Kaiserlichen Konferenz wurden Dokumente mit den Beschlüssen der Verbindungskonferenz vorgelegt. Zuvor waren diese von Generalstabsoffizieren ausgearbeiteten Papiere an die Ministerien verteilt worden, damit sie Korrekturen und Ergänzungen vornehmen konnten, bevor die führenden Mitglieder der Verbindungskonferenz den Text billigten. In Gegenwart des Kaisers verlasen dann der Ministerpräsident und die einzelnen Minister sowie die Stabschefs vorbereitete Erklärungen. Der Kaiser sagte für gewöhnlich kein Wort. Hatte er Fragen, wurden sie vom Präsidenten des Kronrats gestellt. Aber trotz ihres zeremoniellen Verlaufs besass die Kaiserliche Konferenz erhebliche Bedeutung. War Hirohito erst einmal bereit, einem politischen Kurs seine Zustimmung zu geben und ihn damit zu legitimieren, wurde die Entscheidung von allen Anwesenden als bindend angesehen und war kaum noch zu ändern.<sup>37</sup>

Politische Entscheidungen, insbesondere solche hinsichtlich auswärtiger Angelegenheiten und der Kriegführung, trugen daher nicht wie in den Diktatu-

ren in Deutschland, Italien und der Sowjetunion den Stempel eines Einzelnen. Andererseits besass im Gegensatz zu parlamentarischen Demokratien auch das zentrale Gremium der Zivilregierung, das Kabinett, keine Entscheidungsgewalt. Wie erwähnt, konnte das Kabinett, das vom Kaiser ernannt wurde und nicht vom Parlament abhing, keine Schlüsseleentscheidungen treffen, ohne die Wünsche des Militärs zu berücksichtigen (und ihnen in zunehmendem Mass nachzugeben). Und die nur dem Kaiser verantwortlichen Stabschefs konnten weitgehend nach eigenem Gutdünken handeln. Die Einbindung hoher Offiziere als Kriegs- und Marineminister verminderte nicht deren Unabhängigkeit, zumal diese Minister das Recht hatten, sich direkt an den Kaiser zu wenden, wenn sie den Ministerpräsidenten umgehen wollten. Ausserdem waren sie hauptsächlich mit Personal- und Verwaltungsfragen der Streitkräfte beschäftigt. Die entscheidenden Gebiete der strategischen und operativen Planungen waren die Domäne des Oberkommandos – der Stabschefs von Heer und Marine, deren Autorität allein vom Kaiser abhing.<sup>38</sup>

In der Praxis sprach das Militär selten mit einer Stimme. Seine Wünsche und Forderungen spiegelten die häufig unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen der Fraktionen innerhalb von Armee und Marine wider. Letzten Endes wurden Entscheidungen in wichtigen Fragen der Aussenpolitik daher durch die «Herbeiführung von Koalitionen zur Unterstützung bevorzugter Optionen» erreicht. Bevor gleichsam durch eine Osmose eine Entscheidung zustande kam, wurde ausführlich diskutiert, gestritten und «gehandelt», wobei die Militärvertreter in der Regel am längeren Hebel sassen.<sup>39</sup> Dessen ungeachtet wurde grosser Wert darauf gelegt, dass die schliesslich getroffene Entscheidung einen «Konsens» wiedergab, der am Ende durch die Zustimmung des Kaisers praktisch sakrosankt wurde.

Trotz aller fraktionellen Differenzen, unterschiedlichen Gewichtungen, politischen Meinungsverschiedenheiten und alternativen Strategien hatte sich bis 1940 innerhalb der japanischen Machteliten ein weitgehender ideologischer Konsens herausgebildet. Nach der inneren Spaltung und Uneinigkeit des vorangegangenen Jahrzehnts und vor dem Hintergrund des «mandschurischen Zwischenfalls» und später des Chinesisch-Japanischen Krieges war in den dreissiger Jahren ein neuer Nationalismus entfacht worden, der, wenn auch in der Verkleidung der japanischen Kultur, mehr als nur eine vage Ähnlichkeit mit dem zeitgenössischen europäischen Faschismus aufwies. Sein «spirituel-

ler» Mittelpunkt war der Kaiser als Verkörperung der japanischen Nation und sein Vehikel der Militarismus.

Seit der damals fünfundzwanzigjährige Hirohito 1926 den Kaiserthron bestiegen hatte, und insbesondere seit den spektakulären, verschwenderischen Feierlichkeiten zu seiner rituellen Krönung und «Vergötterung» zwei Jahre später, war der Kaiserkult zum Eckpfeiler der neuen Lehre geworden. Hirohitos Herrschaft wurde als diejenige des «Showa»-Kaisers bezeichnet. Wenn man die nachfolgenden Ereignisse bedenkt, ist es eine Ironie, dass *showa* «erleuchteter Friede» bedeutet. Die Herrschaft von Hirohitos Vater Yoshihito, der von 1912 bis 1926 auf dem Thron gesessen hatte (wobei Hirohito seit 1921 als Regent fungierte), war durch Verwestlichung und Modernisierung gekennzeichnet gewesen. Als Japan in die Krise stürzte, verbreitete sich jedoch ein Gefühl des nationalen Niedergangs. Wie in der Weimarer Republik wurden Demokratie und Parteipolitik von immer mehr Menschen nur noch als Zeichen einer schwachen und zerstrittenen Nation wahrgenommen. Die Festlegung auf das «Washingtoner System» der internationalen Politik, als dessen Hauptnutznießer die westlichen imperialistischen Mächte galten, bestätigte die Schwäche nur noch. Verkörpert wurde diese klägliche Situation von der Gestalt des gebrechlichen und kranken «Taisho»-Kaisers (Yoshihito). Hirohitos Herrschaft wurde dagegen als Ära dargestellt, die sich an das heroische Zeitalter seines Grossvaters anschliessen würde, des Kaisers Meiji, in dessen Regentschaft, die von 1867 bis 1912 gedauert hatte, der Aufbau des modernen Japan, die grossen Triumphe über China und Russland von 1895 beziehungsweise 1905 sowie der Beginn der japanischen Vorherrschaft in Ostasien gefallen waren.

Den Kern der neuen nationalistischen Lehre bildete der sogenannte «imperiale Weg», der zu einem Japan führen sollte, das zu den «wahren Werten» der langen (und legendären) Geschichte des Landes zurückkehren, sich nicht mehr dem westlichen Einfluss unterwerfen würde und sein Schicksal und seine Mission als überlegene Nation und Kultur erkannt hätte, die in der Herrschaft über Ostasien gesehen wurde.<sup>40</sup> Damit war die pure imperialistische Eroberung gerechtfertigt, mit dem grundlegenden Ziel von Japans Aufstieg zur Grossmacht, deren dauerhafte Vormachtstellung auf der Sicherung von Rohstoffen zuerst in der Mandschurei und Nordchina und anschliessend in ganz Südostasien be-

ruhen würde. Durch Manipulation der öffentlichen Meinung mittels intensiver Propaganda, ergänzt durch die rücksichtslose Unterdrückung jeder offenen Opposition, wurde diese elitäre Lehre der Bevölkerung eingetrichtert. Während der Krise in der Mandschurei und dann in China war es nicht schwer, nationalistische und imperialistische Gefühle aufzupeitschen. Anschliessend übte der künstlich hervorgerufene Chauvinismus wiederum Druck auf die Eliten aus. Am wichtigsten war vielleicht, dass sich die Werte des neuen Nationalismus unter den Offizieren von Heer und Marine verbreiteten und von dort in die Unteroffiziersränge und Mannschaften vordrangen. Mehr noch als im Oberkommando bildete sich auf den unteren Ebenen unter dem ideologischen Dach des «imperialen Weges» ein offener, höchst aggressiver und risikobereiter Militarismus heraus. Bis 1940 hatten sich die nationalistisch-imperialistischen Ideen zu einer Ideologie von Überlegenheit und Expansion entwickelt, die sowohl in den führenden Schichten als auch weiter unten auf der sozialen Leiter, in der Zivilbevölkerung ebenso wie bei den mittleren Rängen des Militärs, vorherrschte. Das heisst, welche operativen oder taktischen Meinungsverschiedenheiten auch immer vorhanden waren, es existierte keine andere Ideologie, die eine ernsthafte Konkurrenz dargestellt hätte.

Es gab natürlich Gegner der neuen ideologischen und politischen Entwicklung. Kinmochi Saionji etwa, der langjährige vertraute Berater des Kaisers, ein kultivierter liberaler Konservativer alten Stils, der an der Sorbonne Jura studiert hatte, setzte sich nachdrücklich dafür ein, enge Beziehungen zu Grossbritannien und den USA aufrechtzuerhalten und eine Einigung mit Tschiang Kai-schek anzustreben. Die zunehmende Annäherung an Deutschland und Italien war ihm ein Gräuel.<sup>41</sup> Aber er war nicht nur alt – 1849 geboren, sollte er noch vor dem Ende des Jahres 1940 sterben –, sondern befand sich, wie er selbst erkannte, nicht mehr im Einklang mit den vorherrschenden ideologischen Strömungen der Zeit. Das Gleiche galt für einige Vertreter von Heer und Marine – Militärpolitiker wie General Nobuyuki Abe, der 1939/40 kurzzeitig Ministerpräsident war, wie sein ähnlich kurz im Amt gebliebener Nachfolger, Admiral Mitsumasa Yonai, und der Aussenminister in Abes Kabinett, Admiral Kichisaburo Nomura. Sie alle befürworteten eine wie auch immer geartete Übereinkunft mit den Vereinigten Staaten und lehnten engere Beziehungen zu den Achsenmächten ab, auch wenn sie die japanischen Rechte in der Mandschurei und Nordchina sowie das Bemühen um eine «neue Ordnung» in Ost-

asien unterstützten.<sup>42</sup> Dass sie hohe Ämter bekleiden konnten, deutet einerseits daraufhin, dass immer noch erhebliche Meinungsunterschiede hinsichtlich der Zukunft Japans vorhanden waren. Dass sie so bald wieder abtreten mussten, zeigt andererseits, dass sie den vorherrschenden politischen und ideologischen Kräften, die jetzt die Richtung der japanischen Politik bestimmten und insbesondere von den mittleren Rängen von Heer und Marine unterstützt wurden, nicht zu widerstehen vermochten.

Aus dem Durcheinander der japanischen Politik ging Fürst Konoe als führender Staatsmann hervor – wenn auch nur als Erster unter Gleichen. Er wurde im Juni 1937 das erste Mal Ministerpräsident und sollte in den schicksalhaften Ereignissen von 1940/41 eine entscheidende Rolle spielen. Der 1891 geborene Konoe war 1904 nach dem Tod seines Vaters zum Oberhaupt der angesehensten Adelsfamilie geworden, die es nach dem Kaiserhaus, mit dem sie eng verbunden war, gab. Von früh an für hohe Ämter vorgesehen, galt er bald als der kommende Star auf der politischen Bühne. 1919, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, als er noch keine dreissig Jahre alt war, hatte man ihn als Mitglied der japanischen Delegation zur Friedenskonferenz nach Paris geschickt.

Einige Monate zuvor, bei Kriegsende, hatte er öffentlich Ansichten geäußert, die im Wesentlichen unverändert die Grundlage seines Denkens bleiben sollten. Er beklagte, dass die damaligen japanischen Führer die Friedensbekundungen britischer und amerikanischer Politiker vorbehaltlos hingenommen hätten, und warf ihnen vor, nicht wahrzunehmen, «wie Demokratie und Humanität von angloamerikanischen Sprechern bewusst und unbewusst als Maske ihrer Eigeninteressen benutzt» würden. Der vorgeschlagene Frieden laufe auf «nicht mehr als die Aufrechterhaltung des Status quo» hinaus, die im Interesse von Briten und Amerikanern liege. Diese Auffassung, nach der Japan als «Habenichtsnation» benachteiligt war, sollte in den aufstrebenden Eliten des Landes sowie unter jungen Offizieren in Heer und Marine viele Anhänger finden. Der Erste Weltkrieg, fuhr Konoe fort, sei ein Kampf gewesen «zwischen den Nationen, denen die Aufrechterhaltung des Status quo nutzt, und denjenigen, denen seine Zerstörung nutzen würde. Die Ersteren rufen zum Frieden auf, die Letzteren zum Krieg. In diesem Fall stimmt Pazifismus nicht unbedingt mit Gerechtigkeit und Humanität überein. In ähnlicher Weise ver-



stösst Militarismus nicht unbedingt gegen Gerechtigkeit und Humanität.» Die Stellung Japans gleiche derjenigen Deutschlands vor dem Krieg. Die japanischen Führer würden gegenüber dem Völkerbund «ein Höchstmass an Unterwürfigkeit» an den Tag legen, «als sei er ein Geschenk des Himmels», während er in Wirklichkeit ein Instrument sei, «das die mächtigen Nationen ökonomisch über die schwachen herrschen lasse und die zu spät gekommenen Nationen dazu verdamme, den fortgeschrittenen Nationen für immer untertan zu sein». Wenn die Politik der angloamerikanischen Mächte, durch die Aufrechterhaltung des Status quo ihre eigenen Interessen zu wahren, mithilfe des Völkerbundes die Oberhand gewinnen sollte, schloss Konoe, dann bleibe «Japan, das klein und rohstoffarm ist und seine eigenen Industrieprodukte nicht alle selbst konsumieren kann, um der Selbsterhaltung willen genau wie Deutschland keine andere Wahl, als den Status quo zu zerstören».<sup>43</sup>

In einer Rede im November 1935, anderthalb Jahre, bevor er Ministerpräsident wurde, wiederholte Konoe diese Gedanken teilweise fast wörtlich. Nach seiner Ansicht hatten Kriege zwei Hauptursachen: eine ungerechte Landverteilung und eine falsche Verteilung der Rohstoffe unter den Nationen. Ein dauerhafter Friede sei nur durch die Korrektur des Ungleichgewichts zwischen den führenden Nationen zu erreichen. Die Nachkriegsabkommen hätten jedoch lediglich den Zweck gehabt, einen künftigen Krieg zu unterbinden, aber nichts gegen die grundlegende Ungerechtigkeit getan, die den letzten Krieg verursacht habe. Wenn es nur dazu diene, diese Situation aufrechtzuerhalten, sei das Prinzip des Friedens abzulehnen. Konoe stellte fest:

«Unsere Führer scheinen sich im Gegensatz zu deutschen und italienischen Politikern nicht offen hinstellen und erklären zu können, dass die territoriale Expansion durch Erwerbungen notwendig ist. Wir sind durch die buchstäblich geheiligte angloamerikanische Idee einer auf dem Status quo beruhenden Friedensordnung derart voreingenommen, dass wir unser Vorgehen nach dem mandschurischen Zwischenfall verteidigen wie ein Angeklagter, der vor dem Richter steht. Der Weltfrieden kann durch diese Weltordnung nicht mehr garantiert werden. Japan und andere zu spät gekommene Nationen hätten schon vor langer Zeit einen weltweiten ‚New Deal‘ fordern müssen.»<sup>44</sup>

Diese politische Philosophie sollte Japan wie Deutschland schliesslich auf den Weg ins Verderben führen.

Im Juni 1937 wurde Konoe Ministerpräsident; insgesamt sollte er dieses Amt dreimal innehaben. Er war damals sehr beliebt. Bereits seine Erscheinung war beeindruckend: Er war gross, elegant, gewandt, weltmännisch und mit fünfundvierzig Jahren für einen japanischen Ministerpräsidenten geradezu jugendlich.<sup>45</sup> Man setzte gewaltige Hoffnungen in ihn. Auch das Heer begrüsst seine Ernennung, da es erwartete, dass seine Beliebtheit den eigenen Interessen nutzen würde.<sup>46</sup> Binnen eines Monats befand sich Japan im Krieg mit China, und bald darauf musste Konoe der Eskalation eines Konflikts zustimmen, den Japan nicht beenden konnte. In der Praxis erwies er sich als schwacher Mensch, der nicht fähig war, dem Kabinett eine klare Orientierung zu geben, zu hilflosem Händeringen neigte und in Apathie versank.<sup>47</sup> Gegen Ende seines Lebens, kurz vor seinem Selbstmord im Dezember 1945, versuchte er sich als Opfer eines ausser Kontrolle geratenen Heeres hinzustellen. Tatsächlich hatte er privat Unmut über die missliche Lage in China geäussert, aber er hatte sich nie von der auf die Vorherrschaft Japans gerichteten Politik distanziert oder die von japanischen Truppen in China begangenen Gräueltaten verurteilt, auch nicht das Massaker von Nanking. Und wie erwähnt, hatte seine eigene Regierung im Dezember 1937, kurz vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Tschiang Kai-schek und der Ausweitung des Krieges im folgenden Jahr, versucht, China extrem harte Friedensbedingungen aufzuzwingen.<sup>48</sup> Ende 1938 hatte Konoe die Einigung mit dem Mächtetern-Marionettenführer Wang Tsching-wei eingefädelt. Aber er war deprimiert, weil er den Krieg nicht zu beenden vermochte und sich zunehmend als Opfer jener militärischen Kräfte sah, die er selbst an vorderster Stelle mit auf den Plan gerufen hatte. Deshalb trat er fürs Erste im Januar 1939 zurück.

Im folgenden Jahr bekannte er in einer Denkschrift, dass der Verlauf des Krieges in China ihm zwar grosse Sorge bereite, er aber von seiner Notwendigkeit überzeugt sei. Seine Anschauungen hatten sich seit 1918 nicht geändert. Die Grossmächte, behauptete er, hätten Japan durch eine Wirtschaftsblockade bedroht, indem sie das Land von den Überseemärkten und der Rohstoffversorgung abschnitten. Durch den «mandschurischen Zwischenfall» sei diese Blockade durchbrochen worden, und der «Chinazwischenfall» werde letztendlich zur Schaffung einer «grossostasiatischen Wohlstandssphäre» füh-

ren. Mit diesem 1940 eingeführten Begriff war die japanische Vorherrschaft in der gesamten ostasiatischen Region gemeint, die als notwendiger «Lebensraum» Japans betrachtet wurde.<sup>49</sup>

Geprägt hatte ihn Yosuke Matsuoka, Aussenminister im zweiten Kabinett, das Konoe gebildet hatte, nachdem er im Juli 1940, als in Japan nach den dramatischen Ereignissen in Europa grosse Aufregung herrschte, erneut zum Ministerpräsidenten ernannt worden war. Matsuoka war ein kleiner, stämmiger, extravaganter Mann mit einem Redefluss, der ihm den Spitznamen «Sprechmaschine» eingebracht hatte.<sup>50</sup> Im März 1933 hatte er als Leiter der japanischen Delegation Japan aus dem Völkerbund geführt. Durch den theatralischen Auszug aus der Weltorganisation war er in der Heimat zu einem gefeierten Helden geworden. Ausserdem hatte er ihm den Ruf eingetragen, Gegner einer nachgiebigen Aussenpolitik zu sein, zumal er als ehemaliger Präsident der Südmandschurischen Eisenbahn dafür bekannt war, dass er für eine Revision der politischen Landkarte eintrat.<sup>51</sup> Er war eine kraftvolle Persönlichkeit mit einer Neigung zu Temperamentsausbrüchen und ein arroganter Selbstdarsteller, der sich stets in den Vordergrund drängte. Einem prominenten Zeitgenossen zufolge hatte er «den Vorteil, grossartige Ideen zu haben, aber den Fehler, rücksichtslos in die falsche Richtung zu marschieren».<sup>52</sup> Seine Allüren machten ihn zu einem schwierigen Bundesgenossen. Aber er war ein geschickter Unterhändler, der Gewandtheit mit Entschlossenheit verband. Einen Tag vor seinem Amtsantritt gab er einem amerikanischen Journalisten ein wenig beachtetes Interview, in dem er keinen Hehl aus seinen Erwartungen und politischen Präferenzen machte: «Im Kampf zwischen Demokratie und Totalitarismus wird Letzterer ohne Zweifel gewinnen, und er wird die Welt beherrschen. Das Zeitalter der Demokratie ist zu Ende und das demokratische System bankrott.»<sup>53</sup> In seinen Augen war es eine «historische Unvermeidlichkeit», dass Japan und die Vereinigten Staaten, die beiden führenden pazifischen Mächte, Zusammenstössen würden.<sup>54</sup> Diese Auffassungen bestimmten 1940/41 seine Handlungen und politischen Empfehlungen.

Ein drittes Mitglied des im Juli 1940 gebildeten zweiten Kabinetts Konoe sollte damals und in dem anschliessenden Krieg (in dem er lange Zeit an der Spitze der Regierung stand) eine entscheidende Rolle spielen: der 1884 geborene General Hideki Tojo, ein beinharter Mann und erfahrener Militärverwalter, der den Spitznamen «das Rasiermesser» erhalten hatte. Als früherer Kom-

mandeur der Militärpolizei und Stabschef der Kwantungarmee war er ein führender Vertreter der kompromisslos expansionistischen Heeresfraktion, ein Mann, der wenig Worte machte, aber entschieden die imperialistischen Ambitionen Japans verfocht. Jetzt hatte er als Heeresminister eine Schlüsselrolle in der Regierung erhalten.<sup>55</sup>

Das bei den im Sommer 1940 getroffenen Schlüsselentscheidungen wichtigste Kabinettsmitglied neben Konoe, Matsuoka und Tojo war der Marineminister. Dass die Marine bei jedem Vorstoss nach Süden unentbehrlich war, lag auf der Hand. Aber man benötigte auch ihre Zustimmung zur damals erwogenen umfassenderen Strategie, und da sich Admiral Zengo Yoshida, der im Juli 1940 zum Marineminister ernannt worden war, trotz seiner expansionistischen Einstellung bald nicht mehr in Übereinstimmung mit den vorherrschenden Kräften befand, die ein Militärbündnis mit Deutschland und Italien anstrebten, musste er einem Nachfolger Platz machen, Admiral Koshiro Oikawa.<sup>56</sup>

### III

Das am 19. Juli 1940 gebildete Kabinett Konoe reagierte unverzüglich auf die dramatisch veränderte Situation in Europa. Tatsächlich war der Boden bereits von der vorherigen Regierung unter Admiral Yonai bereitet worden. Yonais Kabinett war gegenüber dem Westen konzilianter eingestellt gewesen. Yonai und sein Aussenminister Hachiro Arita, der sein Amt am 16. Januar 1940 angetreten hatte, hatten die vom Heer angestrebten engeren Bindungen an die Achsenmächte abgelehnt. Arita hatte sich stattdessen darum bemüht, die Beziehungen zu Grossbritannien und den Vereinigten Staaten zu verbessern. Diese Absicht widersprach allerdings der nachdrücklichen Befürwortung der «neuen Ordnung» in Ostasien durch die Regierung Yonai, da die Amerikaner genau jene Ordnung verhindern wollten.<sup>57</sup> Arita selbst kündigte wiederholt an, dass Japan jede Änderung des Status von Niederländisch-Indien ausnutzen werde. Einerseits wollte die Regierung Yonai eine Verschlechterung der Beziehungen zu den westlichen Mächten vermeiden, andererseits erwog sie den «Südvorstoss», mit dem sie genau dies verursachen würde.<sup>58</sup> Es gab in der japanischen Machtelite also keine Meinungsverschiedenheit in Bezug auf das

grosse Ziel, nämlich die Errichtung einer «neuen Ordnung», um dem japanischen Kaiserreich die Rohstoffe Ostasiens zu sichern und die Vorherrschaft Grossbritanniens, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Niederlande in dieser Region zu beenden. Uneins war man sich lediglich über den Weg zu diesem Ziel.

Daher hatte man den Gedanken der Expansion unter dem Eindruck der umwälzenden Ereignisse in Europa schon vor der Bildung von Konoes zweitem Kabinett in einem neuen Licht gesehen.<sup>59</sup> Hatte sich doch die Chance ergeben, durch Eroberungen in Südostasien wirtschaftlich autark zu werden sowie die europäischen Kolonialmächte aus der Region zu vertreiben. In der Aufregung über die Ereignisse in Europa übten die manipulierten Massenmedien Druck aus.<sup>60</sup> Für die Verwirklichung von Hirohitos nationalem Programm musste man allerdings das Verhältnis zum alten Feind im Norden, der Sowjetunion, bereinigen. Ein Krieg an zwei Fronten, während man noch in China gebunden war, kam nicht infrage. Deshalb begannen sich die Militärführer erstmals mit der Aussicht auf einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion anzufreunden. Zugleich gewann die Auffassung immer mehr Anhänger, dass ein Militärbündnis mit der neuen Kraft in Europa, Deutschland, wünschenswert sei.

Schon als Hitlers Armeen noch durch die Niederlande und Nordfrankreich vorrückten, vollzog sich in Tokio ein grundlegender Politikwechsel. Bereits Ende Mai 1940 hatte die Regierung Yonai die Behörden in Niederländisch-Indien unter Druck gesetzt, um eine Garantie für die Lieferung von Zinn, Kautschuk, Erdöl, Altmetall und neun anderen wichtigen Rohstoffen zu erhalten.<sup>61</sup> Nach der französischen Kapitulation am 17. Juni zwang Japan die bedrängten Regierungen in Paris und London, die lebenswichtigen Hilfslieferungen an die chinesischen Nationalisten über Indochina, Burma und Hongkong einzustellen – ein vorübergehendes, gleichwohl demütigendes Eingeständnis der Schwäche vonseiten der Westmächte.<sup>62</sup> Darüber hinaus löste die französische Kapitulation im japanischen Heer eine erhitzte Debatte darüber aus, ob man nicht die Gelegenheit zur Südexpansion nutzen sollte. Am 25. Juni sagte Heeresminister Shunroku Hata zu seinen Mitarbeitern: «Ergreifen wir die goldene Gelegenheit! Nichts soll uns aufhalten!» Auf der Welle der aufgeputschten chauvinistischen Stimmung im Land schwimmend, forderten manche, sofort mit den Vorbereitungen für den Vorstoss nach Süden zu beginnen. Eine hochgestellte,

damals allerdings noch einsame Stimme drängte zu einem Überraschungsangriff auf Singapur. Klügere Ratgeber behielten die Oberhand. Aber eine Einigung wurde nicht erzielt.<sup>63</sup>

Die japanischen Militärs führten Planspiele durch und legten Pläne für die Errichtung von Luftwaffenstützpunkten in Indochina und Thailand sowie einen Blitzangriff auf Niederländisch-Indien vor.<sup>64</sup> Die Planspiele der Marine führten zu dem beunruhigenden Ergebnis, dass ein Angriff auf Niederländisch-Indien letztlich einen Krieg mit den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und den Niederlanden nach sich ziehen würde. Ausserdem kam man zu der Schlussfolgerung, dass Japan ohne amerikanische Erdöllieferungen nur vier Monate lang Krieg führen könnte, wenn es ihm nicht gelänge, die Ölquellen in Niederländisch-Indien zu erobern und das Öl sicher zu fördern und abzutransportieren. Doch selbst mit dem Öl, so die Marineführung, wären die Siegchancen, wenn der Krieg länger als ein Jahr dauern sollte, «gleich Null».<sup>65</sup> Kein Wunder, dass sie weiterhin zögerte, sich in einen risikoreichen Vorstoss nach Süden zu stürzen, auch wenn die Planungen dafür bis ins Jahr 1936 zurückreichten und seit Ausbruch des europäischen Krieges manche lautstarke Stimme verkündet hatte, dass die Zeit jetzt reif sei.<sup>66</sup> Schliesslich erklärten die Abteilungsleiter im Marinestab, die viel Einfluss auf die Gestaltung der Politik besaßen, im April 1940, noch vor dem Beginn der deutschen Westoffensive, dass die Zeit gekommen sei, Niederländisch-Indien zu erobern. Die Flotte wurde in erhöhte Kampfbereitschaft versetzt, und der Stabschef, Fürst Fushimi Hiroyasu, teilte dem Kaiser mit, die Marine werde in fünf bis sechs Monaten kriegsbereit sein.<sup>67</sup> Dann stärkten die Ereignisse in Europa den Optimismus derjenigen, die es für möglich hielten, Niederländisch-Indien einzunehmen, ohne einen Konflikt mit einem geschwächten London und einem unentschiedenen Washington heraufzubeschwören. Die Falken gewannen an Boden.

Das galt auch für das Heer. In der letzten Juniwoche verfasste die Heeresführung – der Marinestab war bereits früher im Juni über die Vorstellungen des Heeres informiert worden<sup>68</sup> – eine Grundsatzerklärung über einen Vorstoss nach Süden. Unter dem beflügelnden Eindruck der deutschen Siege in Europa ging die Arbeit schnell voran. Man rechnete damit, dass die britische Niederlage unmittelbar bevorstehe und Japan ihr Nutzniesser in Südostasien sein würde. Aufgrund dieser Zuversicht vernachlässigte man die Analyse der mate-

riellen Fähigkeit Japans, eine umfangreiche Südexpansion mit Nachschub zu versorgen.<sup>69</sup> Die militärischen Eroberungen, so nahm man an, würden die notwendigen Ressourcen erschliessen. Am 3. Juli war der Text so weit fertiggestellt, dass er von Heeresminister und Generalstab unter dem Titel «Abriss der Hauptgrundsätze im Umgang mit der veränderten Weltlage» gebilligt werden konnte. Es war ein bedeutendes Dokument, das den politischen Kurs des Heeres und schliesslich auch der Regierung bis zum Ausbruch des Pazifikkrieges im Dezember 1941 bestimmen sollte.<sup>70</sup>

In der Präambel wurden die Prioritäten genannt: den «Chinazwischenfall» so schnell wie möglich beizulegen und den günstigsten Zeitpunkt zu nutzen, «um das Problem des Südens zu lösen». Die Südexpansion konnte nach Ansicht des Heeres auch dann stattfinden, wenn der Krieg in China noch nicht beendet sein sollte. Auf jeden Fall wollte man die Kriegsvorbereitungen «zum Zielzeitpunkt Ende August abgeschlossen haben». In der Aussenpolitik legte man den Schwerpunkt auf «die Stärkung der politischen Solidarität Japans mit Deutschland und Italien» und «die rasche Verbesserung seiner Beziehungen zu Sowjetrussland». Hervorgehoben wurde die Forderung, die Routen zu unterbrechen, auf denen Hilfslieferungen zu Tschiang Kai-schek gelangten. Die für Japan lebenswichtigen Ressourcen von Niederländisch-Indien sollten, wenn die Diplomatie versagte, mit Gewalt gesichert werden. Im Schlussabschnitt des «Abrisses» wurde ein kriegerischer Ton angeschlagen: Japan werde den richtigen Augenblick für ein militärisches Vorgehen im Süden nutzen. «Es wird Hongkong und die malaiische Halbinsel angreifen, dabei aber seine Operationen, soweit möglich, auf Grossbritannien beschränken.» Ein Krieg mit den Vereinigten Staaten sollte vermieden werden. Am Schluss hiess es jedoch unheildrohend, Japan werde, «eingedenk dessen, dass es letztlich, wenn es die Situation erfordert, auf den Einsatz von Gewalt gegen die Vereinigten Staaten zurückzugreifen, [...] die notwendigen militärischen Vorbereitung treffen».<sup>71</sup>

Am nächsten Tag wurde der «Abriss» der Marine übergeben. Die Sprecher des Heeres drängten darauf, unverzüglich zu handeln, bevor der europäische Konflikt beendet sei, um eine «sich selbst versorgende Wirtschaftssphäre» zu schaffen, die im Kern aus Japan, der Mandschurei und China bestehen, sich aber vom Indischen Ozean bis in die Südsee nördlich von Australien und Neu-

seeland erstrecken sollte, und Japan aus der Abhängigkeit von Grossbritannien und den Vereinigten Staaten zu befreien. «Noch nie in unserer Geschichte hat es eine Zeit wie die heutige gegeben», hiess es in der Erklärung des Heeres, «in der es derart dringlich war, unsere nationale Macht auszubauen [...] Wir sollten die günstige Gelegenheit, die sich jetzt bietet, ergreifen.»<sup>72</sup>

Die Marine verlangte einige Änderungen, doch auf einer zweiten Konferenz am 9. Juli erreichten Heer und Marine eine grundsätzliche Einigung. Die Korrekturen der Marine hatten den aggressiven Tenor der vom Heer vorgeschlagenen Erklärung keineswegs verwässert, sondern vielmehr verstärkt. Obwohl sie aus ihren Planspielen wusste, dass die Südexpansion zum Konflikt mit den Amerikanern führen musste, sprach die Marineführung sich jetzt dafür aus, diese mögliche Konsequenz in Kauf zu nehmen. Beispielsweise trat sie in dem Abschnitt über Hongkong dafür ein, militärische Schritte zwar so lange wie möglich zu vermeiden, aber, «wenn die Situation es erlaubt, eine Offensive [durchzuführen] [...] mit der festen Entschlossenheit zum Krieg gegen Grossbritannien (oder sogar gegen die Vereinigten Staaten)». Und die Schlussklärung des Heeres, in der hervorgehoben worden war, dass ein Krieg mit den Vereinigten Staaten möglichst vermieden werden sollte, wurde durch folgende schärfere Formulierung ersetzt: «Obwohl Operationen so gestaltet sein sollten, dass aus ihnen kein Krieg gegen die Vereinigten Staaten resultiert, dürfte ein Vorgehen gegen die Vereinigten Staaten früher oder später unvermeidlich werden.» Darüber hinaus hatte der frühere Pessimismus hinsichtlich der langfristigen Aussichten Japans in einem solchen Krieg der zunehmenden Zuversicht Platz gemacht, dass es bei richtiger Vorbereitung siegreich aus ihm hervorgehen würde.<sup>73</sup> Als Erstes hatte freilich die Hoffnung über die Vernunft gesiegt.

Der Wechsel der Blickrichtung des Heeres von seinem traditionellen Ziel Russland zur Südexpansion fiel also mit dem seit Langem bestehenden Interesse der Marine an einer Südstrategie zusammen, die ganz offensichtlich eine erhebliche Vergrösserung der Flotte voraussetzte. Aus Sicht der Marine war das Prinzip der neuen Politik – «Nordverteidigung und Südvormarsch» – nur zu begrüssen. Das entgegengesetzte Szenario, einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden, um die Sowjetunion anzugreifen, hätte zwangsläufig bedeutet, das Marinebudget den Bedürfnissen des Heeres unterzuordnen.<sup>74</sup> Auf jeden Fall wäre die grundlegende Frage der Abhängigkeit Japans von den



Rohstofflieferungen der Westmächte ungelöst geblieben. Davon hing aber nicht nur die japanische Fähigkeit ab, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu führen, sondern auch das Problem der siegreichen Beendigung des Krieges in China, der unablässig Ressourcen verschlang und auf die Moral drückte. Die Vernunftfeie von Heer und Marine, in der beide Partner rasch beschlossen, ihren traditionellen Interessenkonflikt hinter sich zu lassen, wurde zusammengehalten von einem wahnwitzigen Glücksspiel, in dem sie darauf setzten, dass eine japanische Offensive, die höchstwahrscheinlich einen Krieg mit den USA nach sich zog, mit einem Sieg enden würde.

Eine erste Massnahme, bei der sich die neue Einigkeit zwischen Heer und Marine bewährte, war die Schaffung eines geeigneten politischen Umfelds für die geplante risikoreiche Expansion. Die Regierung Yonai passte nicht zu den Plänen der Militärs, weil sie sich um bessere Beziehungen zu den westlichen Mächten bemühte. Deshalb schlug das Heer vor, sie zu ersetzen, und die Marine stimmte ihr zu. Man brauchte einen Ministerpräsidenten, der die neue Glaubensrichtung teilte. Der stellvertretende Kriegsminister Anami Korechika erklärte:

«Jetzt, da ein politischer Wechsel in den nächsten vier oder fünf Tagen unvermeidlich zu sein scheint und das Militär die Massnahmen abschliesst, um sich auf die jüngst eingetretenen plötzlichen Veränderungen der Weltlage einzustellen, ist der Charakter der Regierung Yonai nicht geeignet, Verhandlungen mit Deutschland und Italien zu führen. Sie könnte sogar eine fatale Verzögerung verursachen. Daraus folgt, dass eine Kabinettsumbildung unumgänglich ist, um dieser ernsten Situation gerecht zu werden. Das Heer wird einmütig die Kandidatur von Fürst Konoe unterstützen.»<sup>75</sup>

Am 16. Juli 1940 beugte sich Yonai dem Druck und trat zurück. Kido, der sich im Einklang mit dem in den dreissiger Jahren entstandenen nationalen «Erneuerungsgeist» wusste und wesentlich daran beteiligt war, den Hof auf die im Militär vorherrschenden Ansichten einzustimmen, leitete am nächsten Tag eine Sitzung von sechs ehemaligen Ministerpräsidenten (einschliesslich Konoes), an der auch der Präsident des Kronrats teilnahm. Ihre Aufgabe, den nächsten Ministerpräsidenten zu nominieren, erledigten die Anwesenden in der Rekordzeit von nur einer halben Stunde. Erwartungsgemäss wurde der Fa-

vorit des Heeres, Fürst Konoe, mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.<sup>76</sup> Man nahm an, dass er «in dieser Zeit, in der das Ende des Chinazwischenfalls näherrückt», die Unterstützung der Öffentlichkeit besass.<sup>77</sup> Er sollte sich bald wieder, wie schon in seiner ersten Amtszeit, als unter seiner Regierung der Krieg in China ausgeweitet wurde, als schwach und schwankend herausstellen, aber auch als willfähiges Instrument der expansionistischen Kräfte im Militär.

Diese Kräfte waren prominent in der Regierung vertreten. Das Heer hatte zu erkennen gegeben, dass es Tojo als Heeresminister und Matsuoka als Aussenminister wünsche,<sup>78</sup> die dann auch, wie erwartet, im neuen Kabinett, das am 22. Juli seine Amtsgeschäfte aufnahm, die geforderten Posten erhielten. Am nächsten Tag erklärte Konoe dem japanischen Volk in einer Rundfunkansprache, dass die alte Weltordnung zusammenbreche. Japan müsse sich auf die neue Weltordnung einstellen.<sup>79</sup> Am selben Tag berichtete der deutsche Botschafter in Tokio nach Berlin, das neue Kabinett Konoe werde sicherlich eine engere Verbindung zur Achse suchen.<sup>80</sup> Der Weg zum Politikwechsel war beschritten, und es sollte nicht mehr lange dauern, bis schicksalhafte Entscheidungen gefällt wurden.

#### IV

Noch vor der Bildung des neuen Kabinetts versammelte Konoe die Schlüsselfiguren – Matsuoka, Tojo und Yoshida (die das Aussen-, Heeres- und Marineministerium übernehmen sollten) – in seiner Villa in dem Tokioter Vorort Ogikubo. Matsuoka, die stärkste Persönlichkeit in dieser «Viersäulenkonferenz», wie Konoe sie nennen sollte, hatte eine Erklärung ausgearbeitet und spielte die führende Rolle. Gemäss der informellen Vereinbarung über die Grundzüge der künftigen Aussenpolitik, auf die man sich einigte, sollte Japan, um eine «neue Ordnung» in Ostasien aufzubauen, die Bindungen an die Achsenmächte stärken und einen fünf bis zehn Jahre gültigen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion abschliessen. Letzterer würde Japan die Zeit geben, seine Streitkräfte im Norden auszubauen, um nach dem Auslaufen des Pakts gegen jeden möglichen Angriff der Sowjetunion gewappnet zu sein. In die «neue Ordnung» sollten die westlichen Kolonien in Ostasien «einbezogen» werden. Und obwohl ein Konflikt nach Möglichkeit vermieden werden sollte, würde

Japan «einem bewaffneten Eingreifen der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit dem Aufbau der neuen Ordnung in Ostasien Widerstand leisten».<sup>81</sup> Zur Billigung eines Militärbündnisses mit Deutschland und Italien konnten sich die «vier Säulen» der neuen Regierung nicht durchringen. Yoshida lehnte seitens der Marine einen solchen Schritt weiterhin ab. Tojo stellte indessen klar, dass das Heer jetzt dafür sei, die Kooperation mit der Achse in einen formellen dreiseitigen Militärpakt umzuwandeln. «Wir sollten uns entschließen», hatte Sawada Shigeru, der stellvertretende Generalstabschef des Heeres, Mitte Juli gefordert, «unser Schicksal mit demjenigen von Deutschland und Italien zu verbinden.»<sup>82</sup> Der Bezug aufs Schicksal erinnert an eine Äußerung Matsuokas, die dieser über drei Jahre zuvor, kurz nach der Unterzeichnung des japanisch-deutschen Antikominternpakts im November 1936, gemacht hatte: «Für die japanische Rasse ist es charakteristisch, dass wir, haben wir erst einmal versprochen zusammenzuarbeiten, nie zurückschauen oder ein Bündnis mit jemand anderem eingehen. Für uns gibt es dann nur eines: Seite an Seite zu marschieren, in dem festen Willen, gemeinsam vorwärtszugehen, selbst wenn es bedeutet, ‚Doppelsebstmord‘ zu begehen.»<sup>83</sup>

Die Vereinbarungen der «Viersäulenkonferenz» in Ogikubo wurden bald formell in politische Grundsätze umgesetzt. Unter Hinweis darauf, dass sich die Welt «an einem wichtigen Wendepunkt» befinde, beschloss das Kabinett Konoe am 26. Juli die Leitlinien seiner Aussenpolitik. Der (im Heeresministerium ausgearbeitete) «Abriss einer grundlegenden nationalen Politik» sah Japan in der Rolle des Erbauers einer «neuen Ordnung in Grossostasien», deren Kern die drei «fest miteinander vereinten» Nationen Japan, Mandschurei und China (selbstverständlich unter japanischer Führung) bilden sollten. Gleichzeitig würde Japan in einen kriegsbereiten «nationalen Verteidigungsstaat» verwandelt werden.<sup>84</sup>

Um die Tätigkeit des zivilen und des militärischen Zweiges der Regierung zu koordinieren und einen nationalen Konsens für den aussenpolitischen Kurswechsel zu erreichen, belebte Konoe die Verbindungskonferenz wieder, die seit zweieinhalb Jahren nicht mehr zusammengetreten war. Am 27. Juli billigte die Konferenz die «Hauptgrundsätze für den Umgang mit der veränderten Weltlage» und machte damit die früher im Monat in den Diskussionen zwischen Heer und Marine entwickelte Strategie zur offiziellen Regierungspolitik.<sup>85</sup> Diese Entscheidung bekräftigte, trotz der weiterhin vagen Formulierung

gen, die beiden grundlegenden Kursänderungen: den Südvorstoss und die Stärkung der Beziehungen zu den Achsenmächten.<sup>86</sup>

«Die politische Einigkeit mit Deutschland und Italien», kündigte das Dokument an, «wird in dem Versuch, eine Neuregelung der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland zu erreichen, umgehend gestärkt werden.» Die Vorbereitungen für den Südvorstoss sollten beschleunigt werden, obwohl man den günstigsten Zeitpunkt abwarten wollte. Eine Verschlechterung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten wurde als unvermeidlich in Kauf genommen. Spannungen sollten dennoch nach Möglichkeit vermieden werden. Französisch-Indochina sollte gedrängt werden, die Lieferungen an Tschiang Kai-schek einzustellen und stattdessen Japan zu beliefern sowie ihm die Nutzung von Flugplätzen zu gestatten und Durchmarschrechte für Truppen zu gewähren. Ferner sollten Massnahmen ergriffen werden, «um die ablehnende Haltung Hongkongs schnellstens zu beseitigen». Über Burma wollte man eine Blockade verhängen, um zu verhindern, dass weiterhin Hilfslieferungen zu den chinesischen Nationalisten gelangten. Niederländisch-Indien sollte mit diplomatischen Schritten zur Lieferung wichtiger Rohstoffe bewegt werden. Aber wo immer die Diplomatie versagte und die Umstände es erforderten, daran liess das Dokument keinen Zweifel, würde man militärisch vorgehen.

Der gesamten Strategie lag ausserdem die Beendigung des «Chinazwischenfalls» zugrunde, indem die Hilfslieferungen unterbunden würden und die Regierung Chungking mit allen verfügbaren Mitteln unterworfen würde. Aber wie die Anmerkungen des Kaiserlichen Oberkommandos auf dem Dokument zeigen, hatte sich der Schwerpunkt von der Beilegung des Chinakonflikts auf den Südvorstoss als oberste Priorität verlagert.<sup>87</sup> Selbst wenn man den Krieg in China nicht zu beenden vermochte, hatte man, «abhängig von der Situation», die Absicht, bewaffnete Kräfte für den Südvorstoss bereitzustellen. In diesem Fall wollte man versuchen, ausser Grossbritannien keinen weiteren Kriegsgegner zu bekommen. «Dennoch», hiess es einschränkend, «werden ernsthafte Vorbereitungen für den Beginn von Feindseligkeiten gegen die Vereinigten Staaten getroffen, da es sich als unmöglich erweisen könnte, den Krieg mit diesem Land zu vermeiden.» Tatsächlich dachte die US-Regierung, während in Tokio die Verbindungskonferenz den Südvorstoss beschloss, über

Massnahmen nach, mit denen Japan der Zugang zu den lebenswichtigen Erdölvorkommen in Niederländisch-Indien versperrt werden könnte.<sup>88</sup> Damit befanden sich Japan und die Vereinigten Staaten auf Kollisionskurs.

Während der Diskussion über die «Hauptgrundsätze für den Umgang mit der veränderten Weltlage» im Juli hatten Marinevertreter versucht, das Heer daran zu hindern, die Planungen für eine Invasion von Niederländisch-Indien voranzutreiben. Gemäss der von ihnen erzielten Kompromissformel sollten «für den Augenblick diplomatische Mittel» eingesetzt werden. Zu Gewaltmassnahmen sollte nur gegriffen werden, wenn günstige Umstände eintreten würden. Als die Vereinigten Staaten die Schraube anzogen und Japan von lebenswichtigen Rohstoffquellen abzuschneiden drohten, verschärfte sich jedoch die Haltung der Marine. Am 1. August setzte sich die Operationsabteilung des Marinestabs für die Stationierung von Truppen in Französisch-Indochina ein. Sie sah darin im Rahmen des Südvorstosses einen Schritt zur Kontrolle über Thailand, Burma und Malaya, der den Nachschub an vom Militär dringend benötigten Rohstoffen wie Kohle, Kautschuk, Eisenerz und Phosphor sichern würde und im Fall eines Krieges gegen Grossbritannien und die Vereinigten Staaten strategisch vorteilhaft wäre. Die Marine rechnete damit, dass die Amerikaner auf eine japanische Besetzung von Französisch-Indochina mit einem Altmittel- und Erdölembargo reagieren würden. Aber ein amerikanisches Embargo, betonte der Marinestab, wäre «für das Kaiserreich eine Frage von Leben und Tod. In diesem Fall wird das Kaiserreich genötigt sein, Niederländisch-Indien anzugreifen, um sich das Erdöl zu sichern.» Die militärischen Operationen gegen Französisch-Indochina, schloss der Marinestab, sollten im November, wenn nicht schon früher, begonnen werden, und Japan müsse «willens sein, gegen andere Mächte Krieg zu führen». Es seien alle Vorbereitungen zu treffen, um die Flotte mobilzumachen. Ein Angriff auf Niederländisch-Indien war also nur in dem Fall vorgesehen, wenn die Vereinigten Staaten strengere Wirtschaftssanktionen verhängen sollten. Aber mit der Entscheidung für die «vorbereitende Mobilmachung» der Flotte, bei Marineplanern die Vorstufe zur vollen Kampfbereitschaft, hatte der Marinestab nicht nur gezeigt, dass er einen Krieg mit den USA ins Kalkül zog, sondern dass er auch bereits die ersten Schritte in diese Richtung getan hatte.<sup>89</sup>

Die Position des Marinestabs wurde nicht von allen Angehörigen der Marine geteilt. Kassandrarufer wurden laut. Der Chef des Schiffsbeschaffungs-

amts stellte kategorisch fest, dass die Marine, sollten die Vereinigten Staaten die gesamte Ausfuhr von Erdöl und wichtigen Erzen nach Japan unterbinden, «kaum ein Jahr kämpfen könnte». Marineminister Yoshida, dessen Gesundheit unter der Anspannung ernsthaft zu leiden begann, pflichtete ihm bei und fügte hinzu: «Ich vertraue darauf, dass der Marinestab das Verhältnis zwischen der Grösse unserer Marinerüstung und unseren Aussichten in einem längeren Krieg eingehend untersuchen wird.» Militärische Operationen, die ein totales amerikanisches Embargo gegen Japan nach sich ziehen würden, könne er nicht befürworten. Auch Admiral Nomura, der 1941 als Botschafter nach Washington geschickt werden sollte, warnte davor, dass ein Krieg gegen die Vereinigten Staaten «zwangsläufig lange dauern würde, was für Japan sehr ungünstig wäre». Sogar die Planer im Marinestab sahen dies sein: «Was unser Durchhaltevermögen [in einem längeren Krieg mit den Vereinigten Staaten] anbelangt, sind wir nicht sehr zuversichtlich.» Dennoch rechneten sie weiterhin mit diesem Krieg und planten ihn – «für das Überleben des Kaiserreichs, ob es uns gefällt oder nicht».<sup>90</sup>

Der Fatalismus, der in den Planungen der Marine für den Südvorstoss enthalten war, diente gleichwohl den Zwecken der Marineführung. Denn der Wechsel von der nördlichen Landstrategie zu einem Südvorstoss, der wahrscheinlich zu einer Konfrontation mit den Vereinigten Staaten im Pazifik führen würde, bedeutete eine erhebliche Umverteilung der Etatmittel vom Heer zur Marine. Mit anderen Worten: Die Frage, ob Japan einen Krieg gegen die USA gewinnen könnte, wurde dem kurzfristigen Vorteil untergeordnet, den die Marine durch einen Zuwachs ihrer Mittel geniessen würde.<sup>91</sup>

v

Während die Marine ihre folgenreiche Entscheidung für eine Auseinandersetzung mit einem Gegner traf, den sie vermutlich nicht besiegen konnte, beschritten die Politiker den Weg zu einem vollgültigen Militärbündnis mit den Achsenmächten. Am 30. Juli 1940 verfasste das Aussenministerium eine Erklärung «Über die Stärkung der Kooperation zwischen Japan, Deutschland und Italien», die Matsuokas Stempel trug. Die Regierung Konoe erhob sie zur Richtschnur ihrer Politik und verschärfte damit die Position, die früher im sel-

ben Monat auf der Konferenz in Ogikubo beschlossen worden war. Jetzt wurde ausdrücklich festgestellt, dass Japan bereit sei, ein Militärbündnis mit Deutschland und Italien gegen Grossbritannien einzugehen, unter dem Vorbehalt, dass Japan das Recht behalte, unabhängig über den Einsatz von Gewalt zu entscheiden. Das Bündnis, das der japanischen Regierung diesem Dokument zufolge vorschwebte, richtete sich explizit gegen Grossbritannien. Gleichwohl sollte die Kooperation auch dann zum Tragen kommen, wenn Japan, Deutschland oder Italien in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten verwickelt werden sollten. Allerdings ging sie in diesem Fall nur bis zu der Zusage, «über zu ergreifende Massnahmen zu konferieren».<sup>92</sup>

Der neue Ton in der japanischen Politik wurde rasch wahrgenommen. Bereits am 1. August notierte der amerikanische Botschafter, das Kabinett Konoe zeige «alle Anzeichen, dass es sich unaufhaltsam der Achse nähert» und «auf die Errichtung der neuen Ordnung in Ostasien lossteuert». «Die glänzenden Erfolge der deutschen Militärmaschine und des deutschen Systems», fügte er hinzu, «sind den Japanern zu Kopf gestiegen wie starker Wein.»<sup>93</sup>

Matsuoka begann augenblicklich, Fühler auszustrecken, um die deutsche Haltung zu einem Militärbündnis zu erkunden. Doch die Deutschen reagierten anfangs kühl, änderten dann allerdings ihre Meinung. Ursache war höchstwahrscheinlich Churchills Erklärung vom 20. August, in der er bekanntgegeben hatte, dass die Vereinigten Staaten Grossbritannien zur Unterstützung seiner Kriegsanstrengung fünfzig Zerstörer überlassen würden. Das war zwar kaum mehr als ein symbolischer Akt, aber er wurde als klares Signal der Amerikaner verstanden, dass sie sich nicht streng an die Neutralität halten wollten und bereit waren, dem bedrängten Grossbritannien beträchtliche Hilfe zu leisten, was letztlich sogar zu ihrem Eintritt in den Krieg gegen die Achsenmächte führen könnte.<sup>94</sup> Dadurch erhielten die Beziehungen zu Japan für die Deutschen plötzlich eine neue Bedeutung. Am 23. August teilte Aussenminister Ribbentrop dem japanischen Botschafter in Berlin mit, dass er Heinrich Stahmer als seinen Bevollmächtigten nach Tokio entsenden werde. Stahmer sollte die japanischen Absichten ausloten und klären, ob die Bereitschaft zu Verhandlungen über ein Abkommen bestand.<sup>95</sup>

Matsuokas politischer Leitfaden vom 30. Juli war vom Heer zustimmend aufgenommen worden. Tatsächlich drängte es den Aussenminister, rasch Ver-

handlungen aufzunehmen und zu einem positiven Ende zu bringen.<sup>96</sup> In der Marine hingegen waren die tiefen Meinungsverschiedenheiten bestehengeblieben. Die Marineführung fürchtete weiterhin, engere Beziehungen zu den Achsenmächten würden die Vereinigten Staaten provozieren. Wie erwähnt, war insbesondere Marineminister Yoshida gegen einen Pakt. Doch als mehrere führende Offiziere zu schwanken begannen – anscheinend nicht nur unter dem Druck des Heeres, sondern auch unter dem der mittleren Offiziersränge der Marine selbst –, geriet er immer mehr in die Isolation. Innerlich zerrissen, erlitt er einen Nervenzusammenbruch, wurde am 3. September ins Krankenhaus eingeliefert und trat am nächsten Tag von seinem Amt zurück.<sup>97</sup>

Bei der Auswahl von Yoshidas Nachfolger hatte wiederum Matsuoka seine Hand im Spiel, und der zurückhaltende, leise sprechende und nachgiebigere Koshiro Oikawa bewies denn auch bald, dass er mit der Forderung nach engeren Beziehungen zu Deutschland und Italien übereinstimmte. Zudem wurde er von seinem durchsetzungsfähigeren, politisch ebenso schlaunen wie opportunistischen Stellvertreter Teijiro Toyoda, der zur beherrschenden Figur im Marineministerium geworden war, in diese Richtung gedrängt.<sup>98</sup> Trotzdem schreckte Oikawa, offenbar aus Furcht vor einem Krieg mit den Vereinigten Staaten und Grossbritannien, immer noch vor einem vollgültigen Militärbündnis zurück. Besondere Sorge bereitete ihm die Verpflichtung, automatisch zu den Waffen greifen zu müssen, wenn die Achsenmächte in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten verwickelt werden sollten. Dies aber schien Matsuoka im Sinn zu haben. Anfang September hatte er die Position des gegen Grossbritannien gerichteten Leitfadens vom 30. Juli revidiert und durch neue Formulierungen verschärft. Jetzt wurde ausdrücklich festgestellt, dass, falls «einer der Vertragspartner Gefahr läuft, gegenüber den Vereinigten Staaten in den Kriegszustand zu kommen, [...] der andere Vertragspartner diesen mit allen möglichen Mitteln unterstützen» werde. Damit würde sich das Bündnis ebenso gegen die Vereinigten Staaten wie gegen Grossbritannien richten. Und aus der Zusage des Leitfadens vom 30. Juli, «über zu ergreifende Massnahmen zu konferieren», war die Verpflichtung geworden, «mit allen möglichen Mitteln» Hilfe zu leisten. Mit seiner verstärkt antim Amerikanischen Haltung dürfte Matsuoka darauf reagiert haben, dass die US-Regierung Schritte in Richtung auf das gefürchtete Erdölembargo unternommen hatte. Er glaubte an Diploma-



tie durch Stärke, und vermutlich hielt er Härte für abschreckend. Stattdessen vergrößerte sie die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit den Vereinigten Staaten.»

Auf japanischer Seite blieben also Vorbehalte gegen die Folgen eines Militärbündnisses mit den Achsenmächten bestehen, insbesondere die Befürchtung, Japan könnte durch deutsche Aktionen in einen Krieg sowohl mit Grossbritannien als auch mit den Vereinigten Staaten hineingezogen werden. Geäußert wurden sie insbesondere von Marineminister Oikawa. Matsuoka war gezwungen, nachzugeben und seinen Entwurf zu entschärfen, indem er vor allem die automatische Hilfsverpflichtung im Kriegsfall strich.<sup>100</sup> Als Matsuoka ermächtigt wurde, über engere Bindungen an Deutschland und Italien zu verhandeln, erhob Oikawa jedoch keinen Einspruch – trotz seines Widerstrebens gegen ein Militärbündnis, das die gesamte Regierung, das Heer und radikale Gruppen in der Marine selbst nunmehr anstrebten. Der Aussenminister hatte daher in seinen Gesprächen mit Stahmer weitgehend freie Hand. Der deutsche Abgesandte (ein Amateurdiplomate, der vormals das Ostasienreferat in der «Dienststelle Ribbentrop» für aussenpolitische Angelegenheiten geleitet hatte)<sup>101</sup> traf nach vierzehntägiger beschwerlicher Reise, zuerst mit dem Flugzeug von Berlin nach Moskau, dann mit der transsibirischen Eisenbahn nach Wladiwostok und von dort mit dem Schiff nach Japan, am 7. September 1940 in Tokio ein.<sup>102</sup>

Die Deutschen strebten ein vollgültiges Militärbündnis an, um die Vereinigten Staaten vom Kriegseintritt abzuschrecken. Daher waren sie über Matsuokas entschärftes Verhandlungspapier alles andere als erfreut. Aber nachdem er dem Bündnis den Weg geebnet hatte, wollte der japanische Aussenminister selbst es unbedingt zustande bringen. «Ich werde es eingehen, auch wenn es mich meinen Posten kostet», bemerkte er, «und ich werde die Sache in ein oder zwei Wochen erledigt haben.»<sup>103</sup> Der Durchbruch wurde erzielt, als er sich bereit zeigte, die Formulierung zu akzeptieren, dass Japan im Bündnisfall die Entscheidung über einen Kriegseintritt freistehen sollte. Nach diesem Zugeständnis gab der Marineminister seinen Widerstand auf. Am 14. September räumte Oikawa auf einer Verbindungskonferenz resigniert die Notwendigkeit des Bündnisses ein.<sup>104</sup> An diesem Abend konnte Tojo dem Kaiserlichen Siegelbewahrer Kido vertraulich berichten, Heer und Marine hätten in der Frage der Beziehungen Japans zu Deutschland und Italien eine Übereinkunft erzielt.<sup>105</sup> Dieser Würfel war gefallen.

Oikawa muss gewusst haben, dass die ablehnende Haltung des Marineministeriums nicht einmal in der Marine von allen geteilt wurde. Einen Einblick in die Gedankenwelt des Marinestabs, der weit kühnere und riskantere Vorstellungen entwickelte, bietet eine Äusserung seines stellvertretenden Chefs, Nobutake Kondo, in der Verbindungskonferenz am 14. September, die Ministerpräsident Konoe in einer Denkschrift festgehalten hat:

«Die Marine ist noch nicht für einen Krieg mit den Vereinigten Staaten bereit, aber bis zum April nächsten Jahres [1941] werden die Vorbereitungen abgeschlossen sein. Zu diesem Zeitpunkt werden wir die bereits im Dienst befindlichen Schiffe ausgerüstet und 2,5 Millionen Tonnen an Handelsschiffen bewaffnet haben. Nachdem wir dies abgeschlossen haben, werden wir in der Lage sein, die Vereinigten Staaten zu besiegen, vorausgesetzt, wir führen einen Blitzkrieg. Führen wir keinen Blitzkrieg und entschliessen sich die Vereinigten Staaten zu einem längeren Krieg, werden wir in grosse Schwierigkeiten kommen. Darüber hinaus bauen die Vereinigten Staaten in raschem Tempo neue Schiffe, was bedeutet, dass der Unterschied zwischen dem amerikanischen Flottenpotenzial und unserem grösser werden wird, und Japan wird nie in der Lage sein, die Lücke zu schliessen. Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist für Japan jetzt der günstigste Zeitpunkt, um einen Krieg zu beginnen.»<sup>106</sup>

Der entscheidende Beitrag in der Verbindungskonferenz war derjenigen von Matsuoka selbst. Er sah Japan an einem Scheideweg. Es müsse sich für eine Richtung entscheiden. Wollte es sich auf die Seite Grossbritanniens und der USA oder auf diejenige von Deutschland und Italien schlagen? Matsuoka spielte beide Alternativen durch. Zuerst ging er davon aus, Japan würde das deutsche Bündnisbegehren zurückweisen. Deutschland, behauptete er fest, werde Grossbritannien erobern. Es könnte sogar eine europäische Föderation errichten, mit den Vereinigten Staaten zu einer Einigung gelangen und «Japan nicht einmal einen Finger an die Kolonien von Grossbritannien, Holland und anderen Mächten der Föderation legen lassen». Würde andererseits ein Bündnisschluss mit den Achsenmächten zum Krieg mit den Vereinigten Staaten führen, würde die japanische Wirtschaft schweren Schaden nehmen. Dem stünde allerdings der Preis für ein Bündnis mit London und Washington ge-

genüber: Japan würde den «Chinazwischenfall» nach amerikanischen Vorstellungen beenden, die Hoffnung auf eine «neue Ordnung in Ostasien» aufgeben und «für mindestens ein halbes Jahrhundert dem angloamerikanischen Diktat gehorchen» müssen. Wäre dies für das japanische Volk annehmbar? «Wären die hunderttausend Seelen unserer toten Soldaten damit zufrieden?» Auf jeden Fall würde man die materiellen Schwierigkeiten nur vorübergehend vermeiden. Es sei nur an die Nachteile erinnert, die Japan durch die Regelungen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges erlitten habe. «Wer weiss, welche bitteren Pillen wir diesmal zu schlucken hätten!» Die Schlussfolgerung liege auf der Hand: Ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten sei «undenkbar». Es bleibe nur eines übrig, nämlich «sich mit Deutschland und Italien zu verbünden».<sup>107</sup> Nachdem wochenlang geworben, Druck ausgeübt und gut zugeredet worden war, sprach Matsuoka überwiegend zu bereits Bekehrten. Dennoch war dies der Augenblick, in dem die japanische Aussenpolitik auf einen neuen Kurs einschwenkte.

Am 19. September wurde die Entscheidung für das Bündnis mit den Achsenmächten in einer Kaiserlichen Konferenz in Gegenwart des Kaisers besiegelt.<sup>108</sup> Aber auch jetzt befürchteten manche weiterhin, dass ein Pakt mit Deutschland die Vereinigten Staaten veranlassen könnte, den ökonomischen Druck auf Japan zu erhöhen und Tschiang Kai-schek in noch grösserem Umfang zu unterstützen. Die Sorge über die Erdölversorgung stärkte allerdings diejenigen, die wie Heeresminister Tojo der Ansicht waren, das Erdölproblem könne «mit der Frage von Niederländisch-Indien gleichgesetzt werden» und die Entscheidung sei bereits gefällt worden, sich in dieser Region, wenn die diplomatischen Mittel versagen sollten, mit Gewalt bedeutende Ressourcen zu sichern.<sup>109</sup> Mit anderen Worten, die Südexpansion war die Prämisse des japanischen Handelns. Diese Position wurde von der gesamten Machtelite geteilt. Wenn man von dieser Prämisse ausging, war es schwierig, wenn nicht unmöglich, überzeugende Argumente gegen ein Abkommen mit Deutschland zu finden, das aufgrund seiner angenommenen abschreckenden Wirkung auf die Vereinigten Staaten als Absicherung der Südexpansion betrachtet wurde. Daher gab die Kaiserliche Konferenz dem Bündnis mit Deutschland, nachdem Matsuoka dem konventionellen Ritual entsprechend über den Pakt befragt worden war, das Plazet des Kaisers.

Hirohito selbst hatte zwar ein ungutes Gefühl bei der Sache, sah aber die Notwendigkeit des Pakts ein. «Unter den gegebenen Umständen führt nichts

an diesem Militärabkommen mit Deutschland vorbei», bemerkte er am 16. September im privaten Gespräch gegenüber Konoe. «Wenn es keinen anderen Weg gibt, um mit Amerika fertig zu werden, dann geht es nicht anders.» Anschliessend fragte er Konoe mit einigem Pathos: «Was wird geschehen, wenn Japan besiegt werden sollte? Werden Sie, Herr Ministerpräsident, die Last mit mir gemeinsam tragen?»<sup>110</sup> Konoe war zu Tränen gerührt.<sup>111</sup>

Aber noch waren in schwierigen Verhandlungen einige Klippen zu überwinden.<sup>112</sup> Eine von ihnen war das Beharren Japans auf seiner Handlungsfreiheit. Den Deutschen wäre eine feste Verpflichtung zur Teilnahme an einem potenziellen deutsch-amerikanischen Krieg lieber gewesen, aber Matsuoka stand unter grossem Druck, dieser Forderung zu widerstehen, und am Ende gaben die Deutschen nach, auch wenn der endgültige Vertragstext nicht eindeutig war. Noch am 26. September, einen Tag vor Unterzeichnung des Abkommens, äusserten sich führende japanische Politiker in einer Sitzung des Kronrats besorgt über die Folgen des Pakts. Ihre Befürchtungen betrafen vor allem die zu erwartende Verschlechterung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten sowie die Gefährdung der Erdöl- und Stahlversorgung, falls es zum Schlimmsten kommen sollte und Japan gegen die USA Krieg führen müsste. Die Versicherung, dass von wichtigen Rohstoffen Vorräte angelegt würden, sorgte zwar für eine gewisse Beruhigung, aber insgesamt überwog Wunschenken die Tatsachenprüfung. Tojo bemerkte, dass man Rüstungsgüter aus Deutschland beziehen werde, die mit sowjetischer Genehmigung über Sibirien geliefert werden sollten. Ausserdem unterstrich er die Notwendigkeit, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern, damit Japan nicht sowohl im Norden als auch im Süden mit einem Konflikt rechnen müsse. Konoe erklärte, mithilfe des Abkommens solle ein Konflikt mit den Vereinigten Staaten vermieden werden – der Abschreckungsgedanke –, fügte aber hinzu, eine «unterwürfige Haltung» würde die Vereinigten Staaten nur «herrisch» werden lassen. Deshalb sei «eine Demonstration der Stärke nötig». Das entsprach der Auffassung von Matsuoka, dem Hauptbefürworter des Pakts. Angesichts der immer stärker werdenden antijapanischen Haltung der Vereinigten Staaten, so der Aussenminister, habe man «keine andere Wahl, als eine entschiedene Haltung einzunehmen».<sup>113</sup>

Die «Debatte» war weitgehend formelhafter Art. Sie gehörte zu der komplizierten Prozedur der Bestätigung einer Entscheidung, die bereits von der

Verbindungskonferenz getroffen und von der Kaiserlichen Konferenz abgesegnet worden war. Sie war gleichwohl aufschlussreich. Die japanische Führung spürte, dass das Land an einem Wendepunkt stand. Sie musste eine schicksalhafte Entscheidung fällen. Aus ihrer Sicht hatte es den Anschein, als habe Japan die Wahl, sich auf lange Sicht der amerikanischen Vorherrschaft zu beugen oder aber unumkehrbare, gefährliche Schritte mit unvorhersehbaren und unberechenbaren Folgen zu unternehmen, um dies zu verhindern.<sup>114</sup> Sie wählte den letzteren Kurs. Um Mitternacht billigte der Kronrat in Gegenwart des Kaisers einstimmig das Abkommen. Am nächsten Tag, dem 27. September, wurde der Dreimächtepakt in Berlin unterzeichnet. Seine Schlüsselbestimmung verpflichtete die Unterzeichner, «sich mit allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln gegenseitig zu unterstützen, falls eine der drei vertragschliessenden Teile von einer Macht angegriffen wird, die gegenwärtig nicht in den europäischen Krieg oder in den chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt ist».<sup>115</sup> Das richtete sich offensichtlich gegen die Vereinigten Staaten. Wie würden diese darauf reagieren?

## VI

Es wurde bald klar, dass das japanische Kalkül nicht aufgegangen war. Die amerikanische Reaktion zeigte rasch, wie haltlos Matsuokas – vom deutschen Auswärtigen Amt und in unterschiedlichem Mass auch von der japanischen Machtelite vertretene – Behauptung gewesen war, der Dreimächtepakt würde abschreckend wirken. Stattdessen fühlte man sich im Weissen Haus in der Ansicht bestärkt, dass Japan eine aggressive, kriegslüsterne imperialistische Kraft im Fernen Osten sei, ein asiatisches Gegenstück zum nationalsozialistischen Deutschland, das aufgehalten werden müsse.<sup>116</sup> Bestätigt wurde diese Auffassung, als japanische Truppen am 23. September in Französisch-Indochina einfielen. Zu diesem Zeitpunkt waren noch Verhandlungen im Gang, in denen Japan die Franzosen drängte, japanischen Truppen ein Durchmarschrecht zu gewähren und die Benutzung von Flugplätzen in Indochina zu gestatten. Nach zweitägigen Gefechten zwischen japanischen und französischen Truppen kapitulierten die Franzosen. Nordindochina befand sich in japanischer Hand.<sup>117</sup>

In Roosevelts Regierung sprachen sich einige für eine harte Haltung gegenüber Japan aus. Die prominentesten «Falken» waren Kriegsmminister Henry L. Stimson, Marineminister Frank Knox, Finanzminister Henry Morgenthau und Innenminister Harold Ickes. Sie forderten ein totales Erdölembargo gegen Japan. Aussenminister Cordell Hull und sein Staatssekretär Sumner Welles lehnten diese harte Linie jedoch ab. Mit Unterstützung von Admiral Harold R. Stark, dem Operationschef der Marine, und Admiral James O. Richardson, dem Oberbefehlshaber der Flotte der Vereinigten Staaten, wandten sie ein, dass massive Erdölsanktionen lediglich einen japanischen Angriff auslösen würden, den die US-Marine nicht würde verhindern können. Die Verwaltung von Niederländisch-Indien habe dem Aussenministerium bereits klargemacht, dass sie keine amerikanische Aktion wünsche, welche die Gefahr einer japanischen Invasion heraufbeschwören würde. Roosevelt stellte sich vorläufig auf die Seite der «Tauben», wenigstens teilweise. Ein Erdölembargo wurde nicht verhängt. Aber als Reaktion auf die Nachricht, dass Japan und Deutschland über einen Pakt verhandelten, wurde am 19. September (mit Wirkung zum 16. Oktober) die Ausfuhr von Eisen und Almetall nach Japan vollständig untersagt.<sup>118</sup> Auch wenn die massgeblichen Kräfte im amerikanischen Regierungsapparat noch nicht bereit waren, Japan in einen Krieg zu drängen, war dieses Embargo ein deutliches Zeichen dafür, dass sich die USA dem Druck, den Japan mittels des Dreimächtebündnisses auszuüben versuchte, nicht beugen würden. Washington beschloss, Tokio vor Augen zu führen, dass es den Status quo im Fernen Osten aufrechterhalten wollte.<sup>119</sup> Das bedeutete weitere und vermehrte Hilfe für Tschiang Kai-schek – ein Vorteil, den der chinesische Nationalistenführer rasch erkannte. Die Folge für Japan war, dass das furchtbare Schlamassel in China auf unabsehbare Zeit fortbestehen würde. Als Tokio im November die Marionettenregierung von Wang Tsching-wei in Nanking diplomatisch anerkannte, nachdem Tschiang die japanischen Friedensbedingungen erwartungsgemäss abgelehnt hatte, konterte Roosevelt mit der Verlautbarung, dass er erwäge, der nationalchinesischen Regierung einen Kredit in Höhe von hundert Millionen Dollar zu gewähren.<sup>120</sup> Im Herbst 1940 hatten sich die Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten also weiter verschlechtert, und da keine von beiden Seiten zurückweichen konnte, wurde ein Kräftemessen immer wahrscheinlicher, das darüber entscheiden sollte, wer die Kontrolle über Südostasien ausüben würde.<sup>121</sup>

Hauptzweck des Dreimächtepakts war es aus japanischer Sicht, die Vereinigten Staaten davon abzuhalten, gegen den Südvorstoß vorzugehen, der als notwendig angesehen wurde, um die japanische Kontrolle über Rohstoffe und damit die ökonomische und politische Zukunft des Landes zu sichern. Dass der Pakt einem Glücksspiel gleichkam, war offensichtlich. Denn was würde geschehen, wenn die Vereinigten Staaten ihn nicht als Abschreckung verstanden, sondern als Provokation? Wenn er die Entschlossenheit Washingtons stärkte, durch die Bedrohung der lebenswichtigen Erdölversorgung die japanische Expansion zu verhindern? Gleichwohl musste man offensichtlich aus der damaligen japanischen Sicht das Glücksspiel wagen. Man begab sich damit zwar in große Gefahr, eröffnete aber auch die Aussicht auf enorme Gewinne. Das Spiel nicht zu wagen, hätte die langfristige Unterwerfung unter die anglo-amerikanischen Mächte bedeutet. Darüber hinaus hätte es geheißen, dass man den Krieg in China umsonst geführt hatte. So gesehen, war nicht Vorsicht, sondern Kühnheit die Forderung des Tages. Die tiefen Befürchtungen für die Zukunft waren nicht ausgeräumt, sondern wurden mit fatalistischem Gleichmut hingenommen. Typisch für diese Haltung ist eine Äußerung von Admiral Isoroku Yamamoto, dem ehemaligen stellvertretenden Marineminister und baldigen Hauptplaner des Angriffs auf Pearl Harbor, der im Oktober 1940 bemerkte: «Das steht außer Frage! Gegen die Vereinigten Staaten zu kämpfen ist, als kämpfe man gegen die ganze Welt. Aber es ist entschieden. Also will ich mein Bestes geben. Zweifellos werde ich an Bord der Nagato [sein Flaggschiff] sterben.»<sup>122</sup>

Doch die Warner wurden an den Rand gedrängt. In Matsuokas Darstellung auf der Verbindungskonferenz wirkte es für die langfristige Zukunft Japans weniger schädlich, das Risiko einzugehen, als es nicht auf sich zu nehmen. Das war der direkte Weg in die Katastrophe. Aber Matsuokas Vorliebe für überschwängliche Rhetorik, sein Glaube an diplomatische Stärke und seine Glücksspielernatur kamen in einem Augenblick in die politische Gleichung, in dem sich sowohl das japanische Militär als auch die zivile Regierung auf die Südexpansion festgelegt hatten und als von Amerika tatsächlich eine zunehmende Bedrohung für die japanische Wirtschaft ausging.

In Wirklichkeit war das Dreimächtebündnis weniger Schrecken erregend, als es den Anschein haben mochte.<sup>123</sup> Gleichwohl besass es eine beträchtliche symbolische Bedeutung. Es bestätigte, dass Japan seine Zukunft durch den

Kampf gegen die angloamerikanische Vormachtstellung im Fernen Osten bestimmt sah. Obwohl die Feindseligkeiten erst ein Jahr später eröffnet werden sollten, wurden die Strategie und Diplomatie Japans fortan von dieser Vorstellung geprägt.<sup>124</sup> Der Weg zur Kollision mit den Vereinigten Staaten war beschränkt. Sie war unvermeidlich. Allerdings hatte nicht die unsichtbare Hand des Schicksals Japan auf den in einen Krieg mit Amerika führenden Kurs gesetzt, von dem selbst die eigenen Militärs meinten, dass er kaum zu gewinnen sein würde. Dass dieser katastrophale Kurs eingeschlagen wurde, war vielmehr die Folge der Entscheidungen, welche die japanische Führung im Sommer und Herbst 1940 getroffen hatte. Diese sich als schicksalhaft erweisenden Beschlüsse beruhten zu einem guten Teil auf Einstellungen, die sich in den zwanzig Jahren zuvor herausgebildet hatten, und zum anderen darauf, wie die ökonomische Wirklichkeit im Licht dieser Einstellungen erschien und interpretiert wurde.

Die offensichtliche ökonomische Realität bestand darin, dass Japans künftiger Wohlstand von den Unwägbarkeiten des Welthandels abhing. Als vor dem ostasiatischen Festland liegende Inselgruppe konnte Japan aufgrund seiner natürlichen Ressourcen ebenso wenig autark wirtschaften wie Grossbritannien. Aber die Briten herrschten über ein Weltreich, das als klassisches Modell einer Weltmacht galt. Der politischen Philosophie zufolge, die in der Zeit, als Japan sich modernisierte und seine Muskeln spielen zu lassen begann, tonangebend war, bildete die Erwerbung eines Kolonialreichs die Grundlage für den Wohlstand und die künftige Sicherheit einer Nation. Eine moderne Version des Merkantilismus verbreitete die Lehre, dass die Kontrolle über Rohstoffe und Territorien, in denen sie zu finden waren, das Mittel sei, um zu Macht und Wohlstand zu kommen. Schwächere zu unterwerfen, um eine imperiale Herrschaft zu errichten, wie sie zu einer richtigen Grossmacht gehörte, wurde als unvermeidlich und gerechtfertigt angesehen. Japan betrachtete sich ebenso wie Deutschland und Italien als «Habenichtsnation», die das Recht habe zu expandieren, um ihr Überleben und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Die westlichen Grossmächte, vor allem die Vereinigten Staaten, standen dem im Weg, da sie einerseits Südostasien und insbesondere China und andererseits, in Gestalt der US-Marine, den Pazifik beherrschten. Die Achillesferse und grundlegende Schwäche der japanischen Position als Mächtegergrosstmacht war die Abhängigkeit von amerikanischen Erdöl- und Metalllieferun-



gen.<sup>125</sup> Deshalb konnten die liberalen, demokratischen Prinzipien der Nachkriegsordnung in zunehmendem Mass als nützlich für den Westen, aber schädlich für die «Habenichtsnation» Japan interpretiert werden.

Als Japan in den zwanziger Jahren von einer inneren Krise erschüttert wurde, schienen die erbitterten Auseinandersetzungen und tiefen Gräben in der Innenpolitik spiegelbildlich der durch die Washingtoner Konferenz besiegelten äusseren Unterordnung unter die Westmächte zu entsprechen. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich der Aufschwung der nationalistisch-imperialistischen Selbstbehauptung in den dreissiger Jahren, der vom Erfolg in der Mandschurei und der Aussicht auf noch grössere Beute in China weiter angefangen wurde. Von ökonomischen Imperativen angetrieben, beschwor die neue Ideologie den in der Gestalt des vergötterten Kaisers verkörperten «imperialen Weg» und zog schliesslich die Politik in ihren Sog. Der neue, schrille und aggressive Nationalismus gewann unter den jüngeren Offizieren von Heer und Marine rasch Anhänger und breitete sich im Rahmen der militärischen Ausbildung auch bei den einfachen Mannschaftsdienstgraden aus. Ältere Offiziere und die ältere Generation der zivilen Politiker hielten an dem weniger aggressiven Konzept der internationalen Zusammenarbeit fest. Aber sie verloren unaufhaltsam, Schritt für Schritt Boden an die Vertreter der neuen Ideologie. Als 1937 der Krieg gegen China begann, besetzten Politiker, die den von der Mentalität des «imperialen Weges» hervorgebrachten Expansionismus verfochten, hohe Staatsämter. Ein Musterbeispiel war Fürst Konoe. Doch inzwischen wurde die Politik mehr denn je durch die Forderungen des Heeres bestimmt.

China war der Schlüssel. Je länger sich der Krieg hinzog, desto weniger war Japan in der Lage, seine Verluste im Rahmen zu halten und irgendeinen Friedensschluss zu erreichen, der die Grundvoraussetzung für eine Verbesserung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten bildete. Je mehr Japan in einen sich ausweitenden Krieg mit enormen menschlichen und materiellen Verlusten verwickelt wurde, desto entschiedener schlossen Hardliner im Heer einen Rückzug aus. Aufgrund der Massaker in Schanghai und der Vergewaltigungen in Nanking hatte Japans internationales Ansehen stark gelitten. Während die Vereinigten Staaten eine härtere Haltung einnahmen, schwanden die Chancen für eine Beendigung des lange bagatellisierten Konflikts. 1905 hatte

US-Präsident Theodore Roosevelt ein Ende des Russisch-Japanischen Krieges erreicht, indem er Druck auf die Beteiligten ausübte. Fünfunddreissig Jahre später bestand keine Aussicht darauf, dass sein Namensvetter im Weissen Haus eingreifen würde, um eine Beendigung des Krieges zwischen China und Japan herbeizuführen. Die Lehre aus der Appeasementpolitik in Europa noch frisch im Kopf, drängte es in Amerika niemanden danach, Japan zu beschwichtigen. Aber ohne eine Beilegung des Konflikts in China konnten sich die amerikanisch-japanischen Beziehungen nur noch weiter verschlechtern, wodurch die Gefahr für die japanische Erdölversorgung zwangsläufig zunehmen musste. Da sie sich dieser Gefahr nicht beugen wollte, griff die japanische Führung zu einer Politik der sofortigen Südexpansion. Wie die Nacht dem Tag folgt, erhöhte dies die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit den Vereinigten Staaten, von dem selbst japanische «Falken» glaubten, dass Japan ihn nur durch einen schnellen K.-o.-Schlag gewinnen könne.

Im Juli 1940, zum Zeitpunkt der schicksalhaften Entscheidung für den Südvorstoss, konnte daher keine überzeugende Alternativstrategie präsentiert werden. Gewiss wurden die Akzente unterschiedlich gesetzt, häufig entsprechend der unterschiedlich grossen Angst vor einem Krieg mit den USA. Aber der grundlegende Imperativ des Südvorstosses wurde jetzt im Allgemeinen von der gesamten japanischen Machtelite akzeptiert. Auch nur über eine Alternative nachzudenken, hätte bedeutet, ihn zu verwerfen. Die Prämisse selbst konnte nicht infrage gestellt werden. Um die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten – das heisst die Beseitigung der Kriegsgefahr – zu verbessern, hätte man in Bezug auf China nachgeben müssen, was in den Augen der japanischen Führung einen gewaltigen Prestigeverlust mit unabsehbaren inneren Folgen nach sich gezogen hätte. Es wäre als Schändung des Andenkens derjenigen, die in China für Japan gekämpft, gelitten und den Tod gefunden hatten, empfunden worden und hätte Japan für lange Zeit in noch grössere Abhängigkeit von Amerika gebracht als vor dem Krieg in China.

Nach dem für Japan katastrophalen Ende des Pazifikkriegs sollten gerade die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und die Einbindung in den auf kapitalistischer Konkurrenz und Marktwirtschaft beruhenden Welthandel das Fundament bilden, auf dem das Land den Wiederaufbau bewerkstelligen und einen beispiellosen Wohlstand schaffen konnte. Aber die Mentalitäten von

1940 waren Lichtjahre entfernt von denjenigen, die Japan den Aufstieg aus den Trümmern der totalen Niederlage ermöglichen sollten. 1940 glaubte man keine andere Wahl zu haben, als die Rohstoffversorgung, die von den Vereinigten Staaten in immer kämpferischerem Tonfall infrage gestellt wurde, durch imperialistische Expansion zu sichern.

Nachdem die blossе Annahme einer möglichen Annäherung an die Vereinigten Staaten ausgeschlossen worden war (abgesehen von dem unwahrscheinlichen Fall, dass sie in der Chinafrage eine Kehrtwende gemacht hätten), blieb nur noch die waghalsige expansionistische Politik übrig. Die erstaunlichen deutschen Siege in Europa vom Frühjahr 1940 schienen Japan zudem die Chance zu eröffnen, auf die es gewartet hatte. Diese goldene Gelegenheit, einen «Platz an der Sonne» zu erobern, durfte man nicht versäumen. Durch die im Juli getroffene Entscheidung für die Expansion war die Voraussetzung geschaffen für den Ausbruch aus der selbstverschuldeten internationalen Isolierung und die Verlagerung der äusseren Verpflichtungen auf die siegreichen Achsenmächte. Die Gegner dieses Kurswechsels verloren rasch an Einfluss, und sobald die Marine Anfang September ihre Ablehnung aufgegeben hatte, war der Weg zum Dreimächtepakt frei.

Japan hatte seine Schicksalsentscheidungen getroffen. Sie mussten nicht notwendigerweise zum Krieg im Pazifik führen. Es war immer noch ein weiter Weg bis zum Angriff auf Pearl Harbor. Aber die Entscheidungen von 1941 waren durch diejenigen des vorangegangenen Sommers und Herbstes vorgeformt, die Japan in eine Sackgasse manövriert hatten.<sup>126</sup> Durch die Weigerung, über Zugeständnisse in China nachzudenken, gab es für Japan nur einen Ausweg, und der brachte die grosse Gefahr eines Krieges im Pazifik mit sich. Nachdem sich Japan für die Expansion im Süden und ein Militärbündnis mit Deutschland und Italien entschieden hatte, war Pearl Harbor um einiges nähergerückt.

## Rom, Sommer und Herbst 1940

*Mussolini beschliesst, sich seinen Teil zu nehmen*

*Hitler stellt mich immer vor vollendete Tatsachen. Diesmal werde ich ihm mit dergleichen Münze heimzahlen: Er wird aus den Zeitungen erfahren, dass ich in Griechenland einmarschiert bin. So wird das Gleichgewicht wieder hergestellt sein.*

Benito Mussolini, 12. Oktober 1940

Am 10. Juni um sechs Uhr abends sprach Mussolini vom Balkon des Palazzo Venezia, seinem Amtssitz im Zentrum Roms, zu einer grossen Menge aus überwiegend begeisterten Faschisten, die man kurzfristig zusammengetrommelt hatte. Bombastisch verkündete er, das Schicksal habe Italiens Eintritt in den Krieg beschlossen. Die Ehre sowie die Interessen und die Zukunft des Landes erforderten es, dass Italien in den Kampf ziehe. Es sei ein Krieg «gegen die plutokratischen und reaktionären westlichen Demokratien, die dem italienischen Volk wiederholt den Weg versperrt und sogar seine Existenz bedroht haben». Den Würgegriff der westlichen Demokratien abzuschütteln, der Italien in seinem Expansionsdrang behindere und seine Macht selbst in den engen Grenzen des Mittelmeers beschränke, sei für die Freiheit des Landes lebenswichtig. Italiens Krieg sei «der Kampf eines armen Volkes gegen diejenigen, die [es] verhungern lassen wollen, indem sie alle Reichtümer und alles Gold der Erde für sich behalten».<sup>1</sup>

Zum Zeitpunkt der Rede sprach alles dafür, dass Italien von den erstaunlichen Siegen der Wehrmacht in Westeuropa auf billige Weise profitieren und einen riesigen Gewinn einstreichen könnte. Tatsächlich handelte es sich um ein Glücksspiel, das für Italien letztlich in einer Katastrophe enden sollte. Mussolini hatte das starke Gefühl, dass das faschistische Italien seit mehreren Jahren Deutschland nur hinterherhinke. Dabei war es im Verhältnis zum Dritten Reich einmal der Seniorpartner gewesen; doch infolge der aussenpoliti-

schen Erfolge und territorialen Expansion Deutschlands in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre hatten sich die Rollen vertauscht. Mussolini empfand die Zurückstufung zum zweitrangigen Diktator als Schmach. Und jetzt stand sein Land offensichtlicher als jemals zuvor im Schatten von Ereignissen, die von der deutschen Wehrmacht bestimmt wurden. Italiens selbstständigen Machtanspruch innerhalb der Achse zu bekräftigen, war eines der Hauptmotive für den italienischen Kriegseintritt. Wenige Monate später sollte von diesem Anspruch nichts mehr übrig sein. Weit davon entfernt, eine autonome Macht zu sein, die ihren eigenen Parallelkrieg führte, war Italien zu einem blossen Anhängsel Deutschlands bei dessen Streben nach Hegemonie in Europa geworden.

Eine zentrale Entscheidung Mussolinis hatte diesen Abstieg beschleunigt: der im Oktober 1940 gefasste Beschluss, Griechenland anzugreifen. Am 28. Oktober um sechs Uhr früh drangen italienische Truppen vom besetzten Albanien aus in Griechenland ein. Das griechische Heer wurde nicht als ernst zu nehmendes Hindernis angesehen. Man glaubte an einen raschen Sieg. Mussolini sah sich schon nach einem kurzen Feldzug, ähnlich der deutschen Niederwerfung Polens im Herbst 1939, als Triumphator in Athen einziehen. Durch die Eroberung Griechenlands würde er der Verwirklichung seines Traums von einem Balkan- und Mittelmeerimperium einen grossen Schritt näherkommen. Doch stattdessen entwickelte sich der Feldzug zu einem Fiasko. Die griechischen Truppen kämpften heldenhaft; sie waren gut organisiert, kannten sich in dem schwierigen Gelände aus und konnten sich auf die gute Moral von Soldaten stützen, die einen Eindringling aus ihrem Land vertreiben wollten. Binnen vierzehn Tagen hatte sich der erwartete Triumph in eine Demütigung für Mussolinis Regime verwandelt.

Die Entscheidung, in Griechenland einzufallen, hatte sich als verheerende Dummheit herausgestellt. Es war die erste Niederlage der zuvor scheinbar unbesiegbaren Achsenmächte. Noch bedeutsamer war jedoch, dass Mussolini, indem er Nordafrika zugunsten Griechenlands vernachlässigte, nicht nur die italienischen Truppen einer militärischen Katastrophe preisgab, sondern auch die Position der Achse im Wüstenkrieg, dem damals wichtigsten Kriegsgeschehen, ernstlich schwächte. Wären die schwachen britischen Kräfte aus Ägypten und vom Suezkanal vertrieben worden, hätte der Krieg einen anderen Verlauf genommen. Stattdessen wurden dringend benötigte italienische Trup-

pen zu dem sich anbahnenden Debakel in Griechenland verlegt. Von dieser doppelten Demütigung in Griechenland und Nordafrika sollte sich Italien nie wieder erholen. Im Frühjahr 1941 sah sich Deutschland gezwungen, militärisch einzugreifen, um den von Mussolinis Angriff ausgelösten Aufruhr auf dem Balkan zu ersticken. Damit hatte dieser erreicht, was er unbedingt hatte vermeiden wollen: die deutsche Dominanz auf dem Balkan. Sein unglückseliges Griechenlandabenteuer hatte weit reichende Folgen, nicht nur aufgrund des militärischen Ausgangs, sondern auch wegen der zersetzenden Wirkung auf die Autorität des faschistischen Regimes in Italien. Es war der Anfang vom Ende des italienischen Diktators, der jetzt zusehends die Unterstützung sowohl der Basis seiner Bewegung als auch der Machtelite verlor.

In der Hoffnung auf leichte Beute war Italien in einen Krieg eingetreten, der ihm tiefe Not, schwere Zerstörungen und grosses Leid bringen sollte. Die Kriegsteilnahme führte 1943 zum Sturz des faschistischen Regimes, zum Wechsel Italiens auf die Seite der Alliierten im Herbst jenes Jahres und zu den bitteren Monaten der deutschen Besatzung in den nördlichen Regionen, bis die totale Niederlage des Dritten Reichs dem Elend ein Ende bereitere. Für Mussolini selbst führten die Entscheidungen für den Kriegseintritt im Juni 1940 und den Angriff auf Griechenland wenige Monate später zunächst zur Machtenthebung, dann zu seiner spektakulären Befreiung aus der Haft und der Wiedereinsetzung als Marionettenherrscher von deutschen Gnaden. Ende April 1945 sollte er schliesslich den Preis für seine Untaten bezahlen, als er zusammen mit seiner Geliebten, Claretta Petacci, am Comer See von Partisanen gefangen genommen und hingerichtet wurde. Anschliessend wurde die Leiche des einst verherrlichten «Duce» neben der seiner Geliebten in einer Mailänder Tankstelle an einen Träger gehängt und von einer jubelnden Menge geschmät.

Mussolini selbst hatte die folgenreichen Entscheidungen getroffen, die Italien in den Krieg und später in den katastrophalen Griechenlandfeldzug trieben. So viel ist gewiss. Aber wie war er dazu gekommen? Inwieweit fällt er sie tatsächlich allein? In welchem Ausmass überging sein diktatorischer Wille die Wünsche und Interessen anderer Vertreter der Machtelite des faschistischen Staats, insbesondere der Militärs? Spiegelte Mussolinis «Dezisionismus» vielleicht nur die vorherrschende Einstellung des gesamten Regimes wider? Waren die Entscheidungen im Wesentlichen pragmatischer oder ideolo-

gischer Art, waren sie das Ergebnis von kurzfristigem Opportunismus oder langfristigen Zielen, stellten sie einen Bruch mit einer seit Langem bestehenden Kontinuität italienischer Erwartungen oder deren Erfüllung dar? Und nicht zuletzt, traf Mussolini seine Entscheidungen unter derart einengenden Umständen, dass ihm letztlich keine andere Wahl blieb, als Italien in Krieg und Expansion zu führen? Oder hatten er selbst und sein Regime, ungeachtet ihrer eigenen Präferenzen, im Sommer und Herbst 1940 vielmehr reale Wahlmöglichkeiten, die sie – in der illusorischen Hoffnung, an den Rockschössen der deutschen Eroberer in Westeuropa leichte und reiche Beute machen zu können – ablehnten?

## 1

Implizit hatten Krieg und Expansion seit dem Beginn seiner «Karriere» als Erzfascist zu Mussolinis Gedankenwelt gehört. Schon vor seinem Rauschmiss aus der Sozialistischen Partei im November 1914 und seinem lautstarken Eintreten für die Teilnahme Italiens am Ersten Weltkrieg im folgenden Jahr hatte er die revolutionäre, «reinigende» Wirkung des Krieges hervorgehoben und ihn für notwendig erklärt, wenn Italien seine Vergangenheit abschütteln und seinen Platz unter den grossen Nationen einnehmen wolle. In der Gründungsversammlung der «Fasci di Combattimento» im März 1919 in Mailand verkündete er, dass Italien ein grösseres Territorium brauche, um seine wachsende Bevölkerung zu versorgen. Bald darauf spielte er mit dem Gedanken, dass sich Italien, wenn die Alliierten ihm nicht gäben, was ihm zustehe, auf die Seite Deutschlands schlagen und schliesslich die britische Seemacht im Mittelmeer ausschalten könnte. Mitte der zwanziger Jahre präsentierte er seine Vision einer «immer zum Sterben bereiten» neuen Kriegerkaste und einer «methodischen Selektion». Krieg und Revolution würden den «neuen Menschen» formen. Das Ziel sei die Errichtung eines Imperiums.<sup>2</sup>

In den Jahren, als der Faschismus seine Macht über Staat und Gesellschaft festigte, blieb dieses Ziel ferne Zukunftsmusik. Im Sommer 1923 führte zwar ein diplomatischer Zwischenfall zur kurzzeitigen italienischen Besetzung von Korfu, bis die Angelegenheit durch eine griechische Entschädigung beigelegt wurde. Und einige Monate später verschaffte Jugoslawien Mussolini einen aussenpolitischen Erfolg, indem er die umstrittene Stadt Fiume an Italien ab-

trat. Ende 1926 schliesslich wurde Albanien praktisch zu einem ökonomischen Satelliten Italiens. Aber das waren kleine Triumphe, und auf aussenpolitische Abenteuer grösseren Ausmasses war Italien äusserst schlecht vorbereitet. Infolge des Krieges lag eine enorme Schuldenlast auf dem Land. Die meisten Regionen, insbesondere im Süden, waren sehr arm. Das Nationaleinkommen belief sich auf weniger als ein Viertel desjenigen von Grossbritannien. Die industrielle Basis war schmal und weitgehend auf das Dreieck Mailand, Genua, Turin im Norden beschränkt. Noch 1938/39 produzierte Italien nur eine Million Tonnen Kohle und 2,4 Millionen Tonnen Stahl. Die britische Produktion lag zum Vergleich bei 230 Millionen Tonnen Kohle und 13,4 Millionen Tonnen Stahl, die deutsche bei 186 Millionen Tonnen Kohle und 22,4 Millionen Tonnen Stahl.<sup>3</sup> Bis zur Mitte der dreissiger Jahre kam die Wiederaufrüstung nur langsam voran. Zudem drängte es die breite Öffentlichkeit so kurz nach den schrecklichen Verlusten des Ersten Weltkriegs nicht gerade in einen neuen bewaffneten Konflikt. Italien war, wie seine Führung (einschliesslich Mussolini) erkannte, die bei Weitem schwächste «Grossmacht»; in Wirklichkeit war es nur eine Mächtegergrossmacht.

Mussolini blieb vorerst vernünftigerweise vorsichtig. Österreich stellte bisher kein ernstes Problem dar. Ende der zwanziger Jahre hegte Mussolini noch die Hoffnung, in Ungarn und Österreich Unterstützung für eine italienische Einflussphäre im Donauraum zu finden. Er wollte unbedingt verhindern, dass Österreich unter die Kontrolle Deutschlands geriet. Aber die nach Kriegsende in Österreich verbreitete Hoffnung auf einen Anschluss an das Deutsche Reich war inzwischen abgeebbt, und die revisionistische Rechte in Deutschland, die expansionistische Ziele verfocht, war Ende der zwanziger Jahre noch eine Randerscheinung. Das andere potenzielle Problem, die Südtirolfrage, hatte sich ebenfalls nicht zu einer gefährlichen Konfrontation ausgewachsen. Die schrillen Töne deutscher Rechtsradikaler, die die Rückgabe Südtirols forderten, waren nur an der Peripherie der politischen Landschaft zu vernehmen. Die lautstärkste Gestalt am rechten Rand, Adolf Hitler, war sogar bereits auf gute Beziehungen zu Italien bedacht und riskierte damit die Spaltung seiner noch kleinen nationalsozialistischen Partei, indem er die Bereitschaft zu erkennen gab, den Anspruch auf Südtirol aufzugeben.<sup>4</sup> Er verfolgte längerfristige, weitgehende Ziele.



Auch mit den westlichen Demokratien mochte sich Mussolini noch nicht anlegen, trotz allen Unmuts über die Überlegenheit Grossbritanniens und Frankreichs insbesondere im Mittelmeer (im Locarnovertrag von 1925, der die nach dem Krieg gezogene deutsche Westgrenze stabilisieren sollte, hatte er sich ihnen sogar angeschlossen). Diese aussenpolitische Zurückhaltung änderte freilich nichts an seinem grundsätzlichen Streben nach territorialen Zugewinnen und an seinem Glauben an den Krieg als Mittel der nationalen Erneuerung und Weg zu der einer Grossmacht gemässen Weltgeltung.

Die Unruhe, welche die internationale Politik nach Hitlers Machtübernahme erfasste, eröffnete Mussolini neue Chancen und gab ihm Gelegenheit, in europäischen Angelegenheiten eine aktivere Rolle zu spielen. Anfangs war er bestrebt, die Unabhängigkeit Österreichs gegen deutsche Begehrlichkeiten abzuschirmen. Nach der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuss im Juli 1934 waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien eine Zeitlang angespannt. Deshalb stellte sich Mussolini in Stresa im April des folgenden Jahres gemeinsam mit den westlichen Demokratien der deutschen Expansionspolitik entgegen. Doch zu diesem Zeitpunkt lag sein Augenmerk bereits auf dem fernen Abessinien (Äthiopien), das dem faschistischen Italien trotz seiner Armut einiges zu bieten hatte. Mussolini wollte einen aussenpolitischen Triumph, eine Machtdemonstration, die der Welt wie der eigenen Bevölkerung die Stärke des Faschismus und die nationale Kraft Italiens vor Augen führen sollte. Das östliche Mittelmeer und Nordafrika (wo Italien seit 1912 Libyen besetzt hielt) hatte in den Expansionsträumen italienischer Imperialisten schon seit Langem eine Rolle gespielt. Mussolinis Interesse an dieser Region als Kerngebiet eines faschistischen Reichs war also im Wesentlichen nichts Neues. Idealerweise hätte Mussolini ein Herrschaftsgebiet in grösserer Nähe zu Italien, also im Mittelmeerraum, vor allem auf dem Balkan, vorgezogen. Aber die italienischen Streitkräfte waren im Vergleich zu jenen der grossen europäischen Mächte immer noch schwach. Zumindest auf absehbare Zeit musste man den Gedanken an eine Expansion auf dem Balkan, wie verlockend er auch sein mochte, vergessen. Das Risiko wäre, insbesondere angesichts der starken französischen Interessen in Südosteuropa, noch zu gross gewesen.<sup>5</sup> Da diente Abessinien, ein scheinbar primitives Stammeska-

sertum, das den italienischen Waffen, wie man glaubte, kaum Widerstand entgegensetzen konnte, als leichte Ersatzbeute.

Die demütigende Niederlage in Adwa im Jahr 1896, als Truppen aus der italienischen Kolonie Eritrea in Abessinien eingefallen waren, machte den Nationalisten noch immer zu schaffen. Eine Feuertaufe der Nation in einem kurzen, einseitigen Rachefeldzug und ein Triumph für den Faschismus waren verlockende Aussichten für Mussolini. Ein Erfolg ohne Verluste schien sicher zu sein. Er musste zwar das Widerstreben und die Zaghaftigkeit des Königs, der Heeresführung und der konservativeren Teile der Machtelite überwinden, die das Risiko scheuten, aber mit einem Eingreifen der westlichen Demokratien rechnete er nicht. Das erwies sich als Fehleinschätzung, wenn auch als eine, die zu seinem Vorteil ausschlagen sollte. Dass der Völkerbund die italienische Aggression verurteilte und Wirtschaftssanktionen verhängte, fachte in Italien den Hass auf Grossbritannien und Frankreich an und vergrösserte die Beliebtheit Mussolinis und seines Regimes. Als im Mai nach einem extrem brutalen Feldzug unter massivem Einsatz chemischer Waffen Addis Abeba fiel, konnte Mussolini einen vollständigen Sieg, die Annahme des Titels «Kaiser von Abessinien» durch den italienischen König und die Existenz eines neuen römischen Reichs verkünden.

In der Folgezeit erreichte der «Duce»-Kult seinen Höhepunkt.<sup>6</sup> Das Regime ging gestärkt aus dem Feldzug hervor, und Mussolinis Stellung an seiner Spitze war unantastbar. Er sehnte förmlich die Konfrontation mit den «dekadenten» westlichen Demokratien herbei, die er durch ihre Reaktion auf den Abessinienkrieg gespalten und geschwächt sah. Der Weg in eine grosse Zukunft, so schien es, lag für Italien nur an der Seite von Hitlers Deutschland, das in der Gewissheit, zur Vormacht in Mitteleuropa zu werden, bereits seine Muskeln spielen liess und für Frankreich und Grossbritannien eine ernste Herausforderung darstellte. Deshalb stimmte Mussolini im März 1936 der Remilitarisierung des Rheinlands zu, nahm es hin, dass Österreich durch einen im Juli unterzeichneten Vertrag in die deutsche Einflussphäre fiel, und bildete im November die Achse mit Deutschland als symbolische Besiegelung der engen Freundschaft beider Länder – die bei den meisten Italienern allerdings auf wenig Begeisterung stiess.

Tatsächlich waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien, trotz allen Propagandarummels, keineswegs eng, und sie wurden für den «Duce»

immer unbefriedigender. Mussolini hatte sich selbst einst für den Meister und Hitler für den Schüler gehalten. Als sein Diktatorfreund jedoch einen diplomatischen Triumph nach dem anderen feierte, überbekamen ihn Minderwertigkeitsgefühle, doch er konnte seine Bewunderung für die deutsche Militärmacht nicht verleugnen. Mit der Schlagkraft der Wehrmacht konnte das italienische Militär offensichtlich nicht mithalten. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, dann lieferte ihn im März 1937 die demütigende Niederlage italienischer Truppen in Guadelaajara, nachdem Mussolini die Warnung der Heeresführung vor einer Intervention im Spanischen Bürgerkrieg zugunsten Francos in den Wind geschlagen hatte. Sein Staatsbesuch in Deutschland im September jenes Jahres führte Mussolini den gewaltigen Unterschied der militärischen Stärke beider Diktaturen nur noch deutlicher vor Augen und vergrösserte seine Ehrfurcht vor der Macht des Dritten Reichs.

Als Hitler im März 1938 Österreich annectierte, dankte er Mussolini überschwänglich für seine Hilfe. Welche Stellung Mussolini vier Jahre zuvor auch gehabt haben mochte, jetzt hatte er kaum eine andere Wahl, als sich zu fügen. Er hatte sein Land unauflöslich mit dem überaus riskanten Expansionsstreben des nationalsozialistischen Deutschland verbunden. Dementsprechend unterstützte er im folgenden Sommer die kriegerische deutsche Haltung in der Sudetenfrage und verkündete die Bereitschaft Italiens, an der Seite Deutschlands zu kämpfen, sollte es – wie allgemein erwartet wurde – zu einem grossen europäischen Krieg kommen. Das war allerdings zu einem guten Teil reine Grosssprecherei, denn er wusste sehr gut, dass Italien auf einen grossen Krieg nicht vorbereitet war. Deshalb ergriff er, als Hitler einen Augenblick schwankte, die Gelegenheit und bot ihm über Göring an, in München zu vermitteln. Ermöglicht wurde ihm dies durch die Bereitschaft der westlichen Demokratien, dem deutschen Druck nachzugeben und die Tschechoslowakei zerstückeln zu lassen. Den euphorischen Empfang, der ihm bei seiner Rückkehr nach Italien als Retter des europäischen Friedens bereitet wurde, vermochte er jedoch nicht zu geniessen. Vielmehr bestätigte er ihm, dass das italienische Volk viel zu friedliebend und durchaus nicht kriegsbereit war. Diese Einschätzung belegten auch viele Berichte faschistischer Parteifunktionäre über die öffentliche Meinung, in denen auf eine verbreitete Ablehnung gegenüber dem deutschen Achsenpartner und die Furcht vor einem neuen Krieg hingewiesen wurde.<sup>7</sup>

Mussolini hatte für solche Befürchtungen nur Verachtung übrig. Er wollte Krieg und nicht Frieden. In einer Grundsatzrede vor dem Faschistischen Grossrat aktualisierte er seine alte Vision, indem er einen Krieg mit den Westmächten ins Auge fasste, durch den die italienische Version eines «Lebensraum»-Konzepts verwirklicht werden sollte. Italien, sagte er, sei von der britischen Vorherrschaft im Mittelmeer, die durch die Kontrolle der Strasse von Gibraltar im Westen und des Suezkanals im Osten den Zugang zu den Weltmeeren (und zum Wohlstand) versperre, praktisch zum Binnenstaat geworden. Von feindlichen Ländern umgeben und von Expansionsmöglichkeiten abgeschnitten, sei Italien «ein Gefangener des Mittelmeers». Aufgabe der italienischen Politik sei es daher, die «Gefängnisgitter zu zerbrechen» und «zu den Ozeanen zu marschieren». Aber ob man nun zum Indischen oder zum Atlantischen Ozean «marschiere», man werde «auf englisch-französischen Widerstand stossen».<sup>8</sup>

Bald sollte er erneut daran erinnert werden, dass er nur noch nach der Pfeife Hitlers tanzen konnte. Die deutsche Besetzung des Rests der Tschechoslowakei am 15. März 1939, wie üblich ohne vorherige Information des Achsenpartners, zeigte, wer das Heft in der Hand hatte. Der «Führer» hatte das von Mussolini vermittelte Münchener Abkommen einfach zerrissen. Als er seinem Achsenpartner eine mündliche Botschaft zukommen liess, um ihm sein Handeln zu erklären und ihm seinen Dank zu übermitteln, wollte ein unzufriedener und niedergeschlagener Mussolini die Nachricht über den Besuch des deutschen Abgesandten vor der Presse geheim halten. «Die Italiener würden mich ja auslachen», beklagte er sich. «Jedes Mal, wenn Hitler ein Land besetzt, sendet er mir eine Botschaft.»<sup>9</sup> Ihm blieb jedoch nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen deutschen Spiel zu machen. Anfangs lehnte er sogar Graf Cianos Vorschlag ab, Albanien zu annektieren, um das italienische Volk für die Demütigung zu «entschädigen». Damit wurde die Besetzung dieses korrupten, rückständigen kleinen Königreichs, das bereits unter starkem italienischen Einfluss stand, jedoch nur hinausgezögert. Sie fand drei Wochen später, am 7. April, statt. Danach war Albanien kaum mehr als Cianos «Grossherzogtum», wie der Aussenminister und Schwiegersohn Mussolinis, ein schneidiger, aber eitler, skrupelloser und oberflächlicher junger Mann, der Golf und Affären der Arbeit an seinem Schreibtisch vorzog, es nannte.<sup>10</sup> Im Vergleich mit Hitlers spektakulären Coups war es in der Tat ein kleiner Streich. Aber für

Mussolini war Albanien nur eine Zwischenstation. Schon im Mai hatte er daran gedacht, das Land als Ausgangsbasis für einen Angriff auf Griechenland zu benutzen, um «die Briten aus dem Mittelmeerbecken [zu] vertreiben».<sup>11</sup>

Nachdem Grossbritannien infolge der italienischen Besetzung Albanien eine Garantieerklärung für Griechenland und Rumänien abgegeben hatte, schloss sich Italien durch ein Militärbündnis, den am 22. Mai 1939 unterzeichneten «Stahlpakt», noch enger an Deutschland an.<sup>12</sup> In dem Vertrag sicherten sich beide Länder für den Fall, dass eines von ihnen oder beide in einen Krieg verwickelt werden sollten, militärischen Beistand zu. Es war ein Beispiel von «schlampigster faschistischer Diplomatie»,<sup>13</sup> hatte sich Italien doch zur bedingungslosen Unterstützung Deutschlands verpflichtet, auch wenn es sich um einen allein von Deutschland angezettelten Krieg handeln sollte. Nach italienischem Verständnis, an das Mussolini seinen Achsenpartner wenig später erinnerte, sollte ein Krieg frühestens 1943 begonnen werden, wenn Italien seine Vorbereitungen abgeschlossen hätte.<sup>14</sup> Aber nur einen Tag nach der Unterzeichnung des «Stahlpakts» wies Hitler seine Generäle an, bei der nächsten günstigen Gelegenheit zum Krieg gegen Polen bereit zu sein.<sup>15</sup>

Mitte Juli hatten sich die Gerüchte über die deutschen Absichten gegenüber Polen so weit erhärtet, dass der italienische Botschafter in Berlin, Bernardo Attolico, in einem beunruhigenden Bericht mitteilte, Deutschland plane für den folgenden Monat einen Handstreich gegen Danzig.<sup>16</sup> Ciano befürchtete, Italien könnte unter den «ungünstigsten Bedingungen», das heisst mit erschöpften Goldreserven und Metallvorräten sowie höchst unvollständigen militärischen Vorbereitungen, in einen Krieg hineingezogen werden. Für ihn stand fest, dass der Krieg vermieden werden musste.<sup>17</sup> Mussolini schwankte zwischen der Idee eines weiteren «München» – einer internationalen Friedenskonferenz mit dem Ziel, den Kriegsausbruch um mindestens weitere drei Jahre hinauszuzögern – und dem Verlangen, an der Seite Deutschlands zu kämpfen, um der Ehre willen und um Italien «seinen Anteil an der Beute in Kroatien und Dalmatien» zu sichern, womit Hitler ihn lockte. Als Graf Ciano vom 11. bis 13. August auf dem Berghof bei Berchtesgaden mit Hitler und Ribbentrop zusammentraf, machte man ihm unmissverständlich klar, dass Deutschland auf Krieg aus war. Erneut hatte man Italien zuvor über die deutschen Absichten im Unklaren gelassen. Hitler, notierte Ciano, habe «beschlossen, zuzuschlagen, und er wird zuschlagen». Der italienische Aussenminister kehrte

«angeekelt» nach Rom zurück. Deutschland habe Italien «betrogen und belogen», und jetzt sei es im Begriff, es «in ein Abenteuer hineinzureissen», das es nicht wolle. Ciano riet nachdrücklich, sich aus dem Krieg herauszuhalten.<sup>18</sup> Mussolini war unschlüssig, neigte aber instinktiv dazu, an Deutschlands Seite zu kämpfen, wenn es zum Krieg kommen sollte. Er glaubte immer noch, dass die westlichen Demokratien möglicherweise einlenken würden. In diesem Fall wollte er einen Anteil von der Beute, die dann billig zu haben wäre. Aber sollte es zum Krieg kommen, was wahrscheinlicher war, würde Italien, wie er meinte, in den Augen der Welt als Feigling dastehen, wenn es sich heraushielte. Ein anderer Punkt, der laut Ciano in Mussolinis Überlegungen eine Rolle spielte, war die Befürchtung, dass Hitler aus Wut über einen italienischen Bruch des «Stahlpakts» beschliessen könnte, die polnischen Ambitionen aufzugeben, «um die Rechnung mit Italien» zu begleichen.<sup>19</sup>

Als am Abend des 22. August 1939 die dramatische Neuigkeit über die bevorstehende Unterzeichnung eines Nichtangriffspakts zwischen Deutschland und der Sowjetunion eintraf – für Rom wiederum eine Überraschung –, empfand Mussolini diesen Schlag gegen die westlichen Demokratien als Ansporn. In seiner kämpferischen Stimmung bestärkte ihn ein schönfärberischer und völlig irreführender Bericht des Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium, Alberto Pariani, über den guten Bereitschaftszustand des Heeres. Er stand in diametralem Gegensatz zu der realistischen Auffassung von König Viktor Emanuel III., der am 24. August zu Ciano sagte, Italien sei «in keiner Weise in der Lage, Krieg zu führen»: Das Heer befinde sich in einem «erbärmlichen» Zustand, die Offiziere würden nichts taugen, die Ausrüstung sei alt und ungeeignet und die Stimmung im Land deutschfeindlich. Italien müsse sich, wenigstens vorerst, aus dem kommenden Krieg heraushalten und die Ereignisse abwarten. Auf jeden Fall wolle er, Viktor Emanuel, einbezogen werden, wenn «letzte Entscheidungen» getroffen würden.<sup>20</sup> Das kam einem Veto gegen Mussolinis Kurs gleich.

Am nächsten Tag übermittelte Ciano dem «äusserst kriegerisch» gestimmten Mussolini die Ansichten des Königs. Der Diktator liess sich tatsächlich umstimmen und erklärte sich mit der Nichteinmischung einverstanden.<sup>21</sup> In der Antwort auf einen Brief Hitlers, der am selben Tag eintraf und um Verständnis für das rasche deutsche Handeln bat, musste Mussolini eingestehen, «dass es opportunist ist, wenn ich nicht die Initiative von kriegerischen Handlungen

gen ergreife angesichts des gegenwärtigen Standes der italienischen Kriegsvorbereitungen». Für eine Beteiligung, fügte er hinzu, benötige Italien eine ganze Reihe von Militärgütern und Rohstoffen, um einen britischen und französischen Angriff abwehren zu können.<sup>22</sup> Am 26. August wurde eine Aufstellung des Bedarfs angefertigt, wobei dieser ausserordentlich hoch angesetzt wurde. Ohne diese Güter, erklärte man dem Achsenpartner, könne Italien nicht in den Krieg eintreten. Dem fügte Attolico, um restlos auszuschliessen, dass Deutschland das Verlangte liefern könnte, aus eigenem Antrieb die Forderung nach unverzüglicher Lieferung des gesamten Materials hinzu. Sie erfüllte ihren Zweck: Es war Hitler völlig unmöglich, dem zu entsprechen. In seiner Antwort versicherte er Mussolini, dass er die italienische Position verstehe, und bat lediglich darum, eine freundschaftliche Haltung zu bewahren. Er habe vor, fuhr er laut Ciano fort, «Polen zu vernichten und nachher Frankreich und England zu schlagen, was er allein zustande bringen könne».<sup>23</sup> Das war ein herber Schlag für Mussolinis Selbstbewusstsein. Hitler hatte sein Land binnen sechs Jahren nach seinem Machtantritt an die Schwelle des Krieges geführt, während er selbst nach fast siebzehn Jahren faschistischer Herrschaft dazu nicht in der Lage war. Am 26. August schrieb er Hitler: «Ich überlasse es Ihnen, sich vorzustellen, in welchem Gemütszustand ich mich befinde, weil ich mich durch Kräfte, die ich nicht unter Kontrolle habe, ausserstande sehe, Ihnen im Augenblick des Handelns wirkliche Solidarität zu leisten.»<sup>24</sup> Seine persönlichen Wünsche waren klar. Aber er musste sich dem Druck aus den Reihen seiner eigenen Führungsriege beugen. Vorläufig musste er die bittere Pille schlucken und den neuartigen, im Völkerrecht unbekanntem Status einer «nicht kriegführenden» Macht akzeptieren – was zwar weniger erniedrigend war, als sich für «neutral» zu erklären, aber in krassem Widerspruch zu dem stand, was die martialischen Werte des Faschismus verlangten.<sup>25</sup>

Es sollte zehn Monate dauern, bis sich die Gelegenheit ergab, den Rückzieher vom August 1939 wiedergutzumachen. Diesmal war die Gelegenheit zu gut, um sie ungenutzt verstreichen zu lassen.

## II

Dass Mussolini im August 1939 seinen Wunsch, Italien in den Krieg zu führen, hintanstellen und sich dem Druck derjenigen beugen musste, die eine Kriegsbeteiligung ablehnten – zu denen nicht zuletzt der König gehörte –, offenbarte die Grenzen der Macht des Diktators. Der deutsche «Führer» befand sich in einer wesentlich stärkeren Position. Seit Hitler nach dem Tod von Reichspräsident Hindenburg Anfang August 1934 auch das Amt des Staatsoberhauptes übernommen hatte und die Streitkräfte auf seine Person vereidigt worden waren, war seine Macht in dem Sinne absolut, dass weder Einzelne noch Organisationen oder Institutionen eine verfassungsmässige Herausforderung darstellen konnten und es keine Grundlage für alternative Loyalitäten gab. Darüber hinaus hatte er im Februar 1938 seine Verfügungsgewalt über die Wehrmacht durch eine Reorganisation der zentralen Kontrollstruktur unter seiner direkten Führung weiter gefestigt.

Im Gegensatz dazu war Mussolinis Macht, obwohl man sie nicht unterschätzen darf, auch fast siebzehn Jahre, nachdem er sie im Oktober 1922 mit dem «Marsch auf Rom» übernommen hatte, keineswegs total. Der klein gewachsene König mochte nicht sehr beeindruckend wirken und in Mussolinis beherrschender Gegenwart gar als kläglicher Statist erscheinen, aber er war das Staatsoberhaupt und verfügte als solches über mehr als nur nominelle Machtbefugnisse. So wie er Mussolini 1922 zum Regierungschef ernannt hatte, konnte er ihn ebenso wieder entlassen – wie es im Juli 1943 tatsächlich geschehen sollte. Ausserdem stellte Viktor Emanuel einen Sammelpunkt alternativer Loyalität dar. Dies war insbesondere hinsichtlich der Streitkräfte von Bedeutung. Vor allem das Offizierskorps von Heer und Marine empfand eine starke Treueverpflichtung gegenüber der Monarchie. Die Loyalität der meisten Offiziere galt zuallererst dem König als dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Ob Mussolini es mit Bestechung oder Einschüchterung versuchte und ganz gleich, in welchem Ausmass er diese Mittel anwandte, es gelang ihm nie, die rückhaltlose Unterstützung der Militärführung zu gewinnen. Das sollte sich im Juli 1943 als fatale Schwäche herausstellen.

Auch wenn 1939/40 in der zwielichtigen Phase ständiger Bereitschaft kein sichtbares Anzeichen für den späteren Bruch zwischen Mussolini und der Mi-



litärführung zu erkennen war, konnte der Diktator nicht einfach über die Köpfe der höheren Generalität und Admiralität hinweg entscheiden.<sup>26</sup> Er sollte die Mängel, die er bei den Streitkräften sah, und seine Unfähigkeit, das Offizierskorps zu erneuern, mehr als einmal beklagen, genauso, wie er die Absicht äusserte, bei erster Gelegenheit die Monarchie abzuschaffen.<sup>27</sup> Vorläufig musste er jedoch mit der, wie er fand, unangebracht vorsichtigen, kleinmütigen, pessimistischen Haltung des Königs und seiner eigenen Militärberater sowie ihrem Mangel an faschistischem «Kampfgeist» zurechtkommen.

Das Offizierkorps blieb, zu Mussolinis Ärger, personell und strukturell konservativ. Italien fehlte die starke militaristische Kultur, die sich in Deutschland (insbesondere in Preussen) entwickelt hatte. Der italienischen Gesellschaft mangelte es zumeist an Begeisterung für das Militär. Im Gegensatz nicht nur zu Deutschland, sondern auch zu den westlichen Demokratien Grossbritannien und Frankreich genoss das Heer kein hohes Ansehen. Das Gleiche galt für die Marine, während die Luftwaffe, wie in anderen Ländern auch, erst im Entstehen begriffen war. Die vorhandene militärische Tradition war weniger durch ruhmreiche Siege als durch demütigende Niederlagen geprägt, vor allem durch diejenigen in den Schlachten von Adwa (1896) und Caporetto (1917). Daher zog es gut ausgebildete und technisch begabte Italiener, von denen es in einer, industriell unterentwickelten Gesellschaft mit schlechtem Bildungssystem ohnedies nicht viele gab, nicht gerade in die Streitkräfte. Die Folgen waren, insbesondere im Heer, ein niedriges Niveau und eine unfähige, erstarrte Militärkaste. Wäre Mussolini mächtig genug gewesen, um die Heeresführung zu reorganisieren, wäre es ihm schwergefallen, die entlassenen Männer durch geeignete zu ersetzen. In der Praxis konnte er den geschlossenen Reihen der hohen Generalität, die trotz aller persönlichen und dienstlichen Rivalitäten durch ihre enge Verbindung mit der Monarchie geschützt waren, kaum etwas anhaben.

Mussolini stand zwar seit 1926 an der Spitze aller drei Streitkräfteministerien, fasste aber die Militärführung jahrelang mit Samthandschuhen an, da er keine Feindseligkeit provozieren wollte und sich seiner mangelnden Kenntnisse auf militärischem Gebiet bewusst war. Er war nicht in der Lage, eine wirklich koordinierte Führung der Armee zu etablieren, und dabei blieb es, sehr zum Schaden der strategischen Planung, auch während des gesamten Krieges.<sup>28</sup> Marschall Pietro Badoglio, der seit 1939 Generalstabschef war, besass zwar die Befugnis, in die innere Leitung der einzelnen Teilstreitkräfte ein-

zugreifen und ihre strategischen Überlegungen zu koordinieren, aber so stand es im grossen Ganzen nur auf dem Papier. In Wirklichkeit war er kaum mehr als Mussolinis Verbindungsoffizier zu den Spitzen von Heer, Marine und Luftwaffe sowie einer seiner wichtigsten Berater in Fragen der militärischen Planung. Seine Rolle als Architekt des Sieges in Abessinien hatte seine Stellung gefestigt und dazu geführt, dass Mussolini seinen Rat nicht einfach übergehen konnte, doch seine defensiv gehaltenen Empfehlungen entsprachen selten dem, was der Diktator zu hören wünschte.

Genauso wenig wollte Mussolini die offensichtlichen Unzulänglichkeiten der Streitkräfte und ihre mangelnde Kriegsbereitschaft wahrhaben.<sup>29</sup> Der Feldzug in Abessinien, der mit Unterstützung von schwerer Artillerie, Bombern und Giftgas gegen einen hoffnungslos unterlegenen Gegner geführt worden war (der dennoch einige Monate lang überraschend hartnäckig Widerstand leistete), hatte Mussolinis Ehrgeiz, selbst die militärischen Angelegenheiten zu lenken, weiter angefach. Eine Vorbereitung auf den europäischen Krieg, in dem Italien nach Vorstellung des «Duce» seinen «Platz an der Sonne» erobern sollte, stellte er nicht dar. Da Mussolini die Luft- und Seemacht als Schlüssel zur künftigen Beherrschung des Mittelmeerraums ansah, wurden vor allem die Luftwaffe und in zweiter Linie die Marine bei der Mittelzuweisung vor dem Heer bevorzugt. Dennoch war die Flotte, trotz eines erheblichen Ausbaus in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre, am Ende des Jahrzehnts noch weit von der vollen Kampfbereitschaft entfernt, und die operativen Planungen und das strategische Denken ihrer defensiv eingestellten und zum grossen Teil einer veralteten Seekriegsführung verhafteten Admiralität liessen zu wünschen übrig. Auch die Luftwaffe hatte in Abessinien und dann im Spanischen Bürgerkrieg lediglich schmeichelhafte Erfolge erzielt, die über ihren wirklichen Zustand hinwegtäuschten. Obwohl sie in den späten dreissiger Jahren erheblich ausgebaut worden war, schnitt sie technisch und organisatorisch im Vergleich mit den britischen und deutschen Luftstreitkräften schlecht ab. Das Heer schliesslich litt sowohl unter der Zurücksetzung bei der Mittelzuweisung als auch unter der geringen industriellen Entwicklung Italiens. Infolgedessen war es Ende der dreissiger Jahre weit von dem Modernisierungsstand entfernt, der für die neue, mobilere Art der Kriegführung nötig gewesen wäre. Der langjährige General Ettore Bastico warnte davor, den Panzer zu idealisieren, und

wollte die «Ehrerbietung für den Infanteristen und das Maultier erhalten» wissen, und der stellvertretende Generalstabschef des Heeres, General Mario Roatta, sprach sich noch 1940 gegen die Abschaffung der Kavallerie aus.<sup>30</sup>

Mussolini hatte es auf dem Höhepunkt seiner Macht also mit einer Militärkaste zu tun, die keineswegs dem faschistischen Ideal entsprach und seine weit reichenden Kriegs- und Expansionspläne in mancher Hinsicht sogar behinderte. Und er stand an der Spitze von Streitkräften, die schlecht geführt, kaum koordiniert, unzureichend modernisiert und ungenügend auf wirklich schwere Kämpfe vorbereitet waren. Zudem bildete die Führung der Streitkräfte nur eine – wenn auch die wichtigste – von mehreren partiell autonomen Machtbasen innerhalb des faschistischen Regimes, die keineswegs nur als Instrumente von Mussolinis angeblich «totaler» Kontrolle und Herrschaft fungierten. Man kann mit einigem Recht behaupten, der Faschismus in Italien habe mehr als Hitlers Regime in Deutschland auf einem «Machtkartell» beruht.<sup>31</sup>

Mussolinis «Machtergreifung» durch den «Marsch auf Rom» im Jahr 1922 war ein faschistischer Mythos. In Wirklichkeit war ihm die Macht durch eine Vereinbarung mit den nationalkonservativen Machteliten übergeben worden. Die neue Ordnung war «keine revolutionäre Neuerung, sondern ein autoritärer Kompromiss», der eine «vorwiegend politische Diktatur» schuf, «die ein halb pluralistisches institutionelles System beherrschte».<sup>32</sup> Grosswirtschaft, katholische Kirche und Staatsbürokratie blieben in gewissem Ausmass von faschistischer Kontrolle verschont. Was die Wirtschaft anging, musste Mussolini mit den Führern von Industrie, Handel und Finanzen Zusammenarbeiten, statt über sie zu herrschen. Gegenüber der einflussreichen katholischen Kirche blieb ihm kaum eine andere Wahl, als einen Modus Vivendi zu finden, wie er ihn 1929 in Form der Lateranverträge einging, in denen er der katholischen Kirche im Gegenzug für die Aufgabe der feindseligen Haltung des Papstes gegenüber dem italienischen Staat erhebliche Zugeständnisse einräumte. Im Staatsapparat schliesslich vermochte die Faschistische Partei, trotz des lautstark verkündeten totalitären Anspruchs, kaum Fuss zu fassen. Im Gegenteil, sie war weitgehend von realer Macht ausgeschlossen und überwiegend zu einer Agentur für Massenmobilisierung, Propaganda, Indoktrination und Akklamation des «Duce» geworden. Im Gegensatz zur Sowjetunion blieb die Partei gegenüber dem Staat nachrangig. Mussolini reagierte darauf, indem er in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre nicht weniger als acht Ministerien selbst übernahm.

Damit untermauerte er natürlich seine Führungsposition, stärkte aber auch, da er unmöglich alles selbst leiten und kontrollieren konnte, die Rolle der Staatsbürokratie.<sup>33</sup> Sogar innerhalb der Faschistischen Partei war Mussolini anfangs lediglich der Erste unter Gleichen gewesen, einerseits der anerkannte Parteiführer, der andererseits aber die eigenständige Machtbasis der Lokalfürsten anerkennen musste.<sup>34</sup> Bis zum Ende der zwanziger Jahre wich diese gegenseitige Abhängigkeit jedoch der direkten Oberhoheit des Diktators über die Partei.

Nach seiner Machtübernahme hatte Mussolinis erster Kampf darin bestanden, die Faschistische Partei seiner totalen Kontrolle zu unterwerfen. Ein Instrument in diesem Kampf war der Faschistische Grossrat, den er 1922 geschaffen hatte und sechs Jahre später zum vorgeblich obersten Staatsorgan machte, «welches sämtliche Aktivitäten des Regimes koordiniert». In Wirklichkeit trat er selten zusammen, besass keine gesetzgeberischen Vollmachten und war kaum mehr als ein Instrument von Mussolinis personaler Herrschaft.<sup>35</sup> Als dieser 1940 seine grossen Entscheidungen für den Kriegseintritt und den Überfall auf Griechenland traf, konsultierte er den Grossrat nicht einmal. Doch, wie die Ereignisse von 1943 zeigen sollten, konnte auch dieses lahme Tier noch beißen, denn der Grossrat führte die Revolte gegen Mussolini an, die mit seiner Absetzung endete. Institutionell stellte der Faschistische Grossrat also ein potenzielles Gegengewicht zu Mussolinis Macht dar. In Deutschland dagegen achtete Hitler immer darauf, kein Gremium entstehen zu lassen, das unter gewissen Umständen in der Lage sein könnte, seine persönliche Autorität in Frage zu stellen.<sup>36</sup>

Aber auch wenn Mussolinis Macht nicht absolut war, so nahm sie zwischen 1925 und 1940 doch so weit zu, dass sie fast der eines «absolutistischen Fürsten» gleichkam, dessen Entscheidungen keiner ernsthaften Kontrolle unterlagen.<sup>37</sup> Entscheidend für diese Entwicklung waren die schrittweise Zentralisierung der Herrschaft über die Partei, die Zunahme und immer extravagantere Ausgestaltung des «Duce»-Kults sowie die Auswirkung des Abessinienkrieges auf Mussolinis Stellung. Ab 1925 wurde die den faschistischen Provinzgrössen verbliebene Unabhängigkeit durch die unermüdlich vorangetriebene bürokratische Zentralisierung der Parteiorganisation ausgehöhlt. Anfang der dreissiger Jahre mussten selbst die unabhängigsten regionalen Faschistenführer wie Roberto Farinacci, der fanatische Parteichef von Cremona, der Mitte

der zwanziger Jahre kurzzeitig Sekretär der Gesamtpartei gewesen war, hinnehmen, dass ihnen die Flügel gestützt wurden. Zwei Generalsekretäre, die ultraloyalen Mussolinianhänger Augusto Turati und Achille Starace, «säuberten» die Partei von den aufmüpfigsten Elementen der frühen faschistischen Bewegung und verwandelten sie anschliessend in eine riesige, enorm aufgeblähte Organisation, die vor allem dem Zweck diente, die Massen hinter dem Regime und insbesondere dessen Führer zu versammeln und ihnen die Ziele und Grundsätze des Faschismus nahezubringen. In diesen Jahren wurde die Ästhetik der Macht vervollkommenet und geschickt eingesetzt. Bis zum Ende der dreissiger Jahre war die Partei zu einer Massenorganisation geworden. Am Vorabend des europäischen Krieges gehörte fast die Hälfte der Bevölkerung formal ihr oder einer ihrer Unterorganisationen an.<sup>38</sup> Was die faschistische Lehre anging, blieb ihr Einfluss freilich gering. Die ideologische Zustimmung zum Regime und zum «Kampfgeist» des Faschismus, den Mussolini der Bevölkerung einzuimpfen versuchte, war begrenzt – und sicherlich weit geringer als diejenige zum Nationalsozialismus in der deutschen Bevölkerung.<sup>39</sup>

In den dreissiger Jahren wurde die Faschistische Partei ausserdem zu einem wichtigen Instrument der Verehrung Mussolinis. Der pseudoreligiöse Charakter des Glaubens, dass der «Duce» immer Recht habe, wie es die faschistische Propaganda der Bevölkerung einzuhämmern versuchte, muss nicht eigens hervorgehoben werden. Im Übrigen konnte dieser Glaube – ebenso wie in Deutschland die Anbetung Hitlers – durchaus neben Vorbehalten gegenüber der Faschistischen Partei und ihren Lehren bestehen.<sup>40</sup> Jedenfalls erreichte Mussolini durch den Kult um seine Person ein Mass an Zustimmung in der Bevölkerung, das seine Machtstellung enorm stärkte. Anfang der dreissiger Jahre fühlte er sich stark genug, um fast alle prominenten Figuren der frühen faschistischen Bewegung, die der Ausweitung seiner Macht im Wege stehen konnten, aus hohen Ämtern zu entfernen. Einige von ihnen vergassen ihm das nicht, wie sich Jahre später in der schicksalhaften Sitzung des Faschistischen Grossrats vom Juli 1943 zeigen sollte. Fürs Erste jedoch war die Macht der früheren faschistischen Potentaten auf die persönliche Abhängigkeit von Mussolini geschrumpft.<sup>41</sup>

1933 übernahm Mussolini wieder einige der wichtigsten Ministerien, darunter das Aussenministerium (das unter seinem bisherigen Chef, dem Faschi-

stenführer von Bologna, Dino Grandi, in seinen Augen zu lahm agiert hatte) sowie die Streitkräfteministerien.<sup>42</sup> Es war ein Anzeichen dafür, dass das Regime aussenpolitisch selbstbewusster auftreten wollte. Im Verhältnis zu den anderen «grossen Bataillonen» – wie der Grosswirtschaft, der Staatsbürokratie, der Militärführung und nicht zuletzt dem König – bedeutete Mussolinis gestiegene Popularität, dass er jetzt weniger angreifbar war und seine Herrschaft weiter reichte. Anders gesagt, das «Machtkartell» blieb zwar bestehen, aber die Machtbalance verschob sich im Lauf der dreissiger Jahre immer weiter zu Mussolinis Gunsten. Das bedeutete, dass der aggressive Expansionismus, dem er umso mehr huldigte, als er selbst dem Kult um seine Person zum Opfer fiel und an den Mythos seiner eigenen Unfehlbarkeit zu glauben begann, eine grössere Rolle in der faschistischen Politik spielte und von denjenigen, die fatale Folgen für das Land fürchteten, schwerer zu blockieren war.

Erheblich gestärkt wurde die beherrschende Stellung des Diktators durch den Abessinienkrieg, der im eigentlichen Sinn sein Krieg war. Mussolini hatte ihn seit 1932 geplant, entschlossen darauf gedrängt, ihn zu führen, trotz der Versuche des Völkerbunds, eine diplomatische Lösung im Sinne Italiens zu finden. Er hatte den Weg in den Krieg geebnet und die Entscheidung für ihn gegen alle Widerstände durchgesetzt – gegen Badoglio's Warnung, dies würde einen Krieg gegen Grossbritannien nach sich ziehen; gegen die Vorsicht des konservativen Establishments, das Risiken instinktiv ablehnte und die Verwicklung in einen grösseren Flächenbrand fürchtete; und nicht zuletzt gegen die Bedenken des Königs, dem die Zustimmung, wie Mussolini später behaupten sollte, abgenötigt werden musste.<sup>43</sup> Als im nächsten Frühjahr der Sieg erungen wurde, war sein Triumph total und wurde in einer gewaltigen Kampagne von Verherrlichungspropaganda unaufhörlich verbreitet. Seine beherrschende Position in der Aussenpolitik wurde auch nicht geschwächt, als Graf Ciano, der ihm vor dem Zweiten Weltkrieg absolut ergeben war, 1936 das Aussenministerium übernahm.

Der Abessinienkrieg wirkte sich noch in anderer Weise auf die Machtstruktur in Italien aus. Die alten Eliten, einschliesslich des Königs, hatten den Krieg nicht gewollt, sonnten sich aber in dem Ruhm, den er einbrachte.<sup>44</sup> Darüber hinaus hatten sie die expansionistischen Ziele der Faschisten, die auf die imperialistischen Träume der konservativen herrschenden Schichten und der liberalen Regierungen der Zeit vor 1914 zurückgingen, geteilt und lediglich die

Reaktionen der westlichen Demokratien gefürchtet.<sup>45</sup> Zudem waren sie nach dem Beginn des Krieges zu Komplizen der in Abessinien begangenen Gräueltaten geworden. Die Initiative zu der barbarischen Kriegführung ging in der Regel nicht von Mussolini, sondern von der Militärelite aus, auch wenn der Diktator seinerseits sicherlich ebenfalls Befehle zu Massnahmen von grosser Unmenschlichkeit gab.<sup>46</sup>

Nach dem Abessinienkrieg häuften sich die Anzeichen dafür, dass die Aussenpolitik zur persönlichen Domäne Mussolinis geworden war und Ciano ihm lediglich zuarbeitete: die Bindung an Deutschland, die Beteiligung am Spanischen Bürgerkrieg, Mussolinis Rolle bei der Vermittlung des Münchener Abkommens, die Annexion Albanien. Wenn es um Krieg und Frieden ging, war die Entscheidungsfindung jetzt in höchstem Mass personalisiert. Diskussionen gehörten zugegebenermassen nicht zum «faschistischen Stil», und in spontanen Entschlüssen traten «napoleonische» Züge zutage.<sup>47</sup> Im März 1938 beanspruchte Mussolini die Gleichstellung mit dem König als Oberbefehlshaber der Streitkräfte.<sup>48</sup> Die vorgeblich repräsentativen Gremien des faschistischen Staates, der Faschistische Grossrat, der Senat (der seit Langem ausschliesslich aus Anhängern Mussolinis bestand) und die Kammer der Faschisten und Korporationen (der 1939 geschaffene Nachfolger der seit Langem dahinsiechenden Reste des alten Parlaments), besaßen keinen Einfluss auf Entscheidungen.<sup>49</sup> Es gab keine Institutionen oder Körperschaften, in denen kollektive Entscheidungen getroffen wurden. Der Ministerrat hatte lediglich oberflächliche Ähnlichkeit mit dem Kabinett in einem demokratischen Regierungssystem. Er trat nur zusammen, wenn Mussolini ihn einberief, um einer seiner Verlautbarungen zu lauschen, und stand völlig unter seiner Kuratel, das heisst, er nahm bereits gefasste Entscheidungen entgegen, ohne selbst an der politischen Gestaltung beteiligt zu sein. Die Entschlüsse traf Mussolini selbst.

Im faschistischen Staat gab es somit nur zwei Kräfte, die theoretisch in der Lage waren, Mussolinis Entscheidungsfreiheit in Fragen von Krieg und Frieden einzuschränken. Die eine war das Aussenministerium, wo Ciano 1939 zwar einen Krieg zu vermeiden trachtete, der für Italien katastrophal enden würde, aber die selben imperialen Ziele verfolgte wie sein Schwiegervater. Ciano, der die Hoffnung hegte, eines Tages die Nachfolge Mussolinis anzutreten, war ebenfalls ein Verfechter des Expansionsgedankens, insbesondere

in Bezug auf den Balkan. Er war auch schon deshalb kein Gegengewicht zu Mussolini, weil er sein Ministerium dilettantisch führte und nicht auf das Fachwissen der traditionellen Diplomaten vertraute. Zudem hatte Ciano in seinem Ministerium eine Spitzenriege aus Faschisten, Günstlingen und Jasagern installiert, die den Einfluss des alten Apparats schmälerte.<sup>50</sup>

Die andere Kraft, die Mussolini möglicherweise hätte zügeln können, waren seine Militärberater (und der hinter ihnen stehende König). Sie hatten 1935 widerstrebend der Entscheidung für den Angriff auf Abessinien zugestimmt und mussten einsehen, dass Mussolini Recht behalten hatte. Selbst unter den hohen Militärs begann sich Servilität auszubreiten. Generäle und Admirale, die eine Audienz beim «Duce» erhielten, mussten zwanzig Meter durch sein riesiges Büro im Palazzo Venezia zurücklegen, bevor sie stehenblieben und den Arm zum faschistischen Gruss hoben.<sup>51</sup> Gleichwohl konnten die Militärs Mussolini 1939 vermitteln, dass die Streitkräfte nicht für einen Konflikt mit den westlichen Demokratien gerüstet waren. Äusserst widerstrebend hatte er sich in letzter Minute dem Druck seines Aussenministers und seiner Militärberater gebeugt und schliesslich nachgegeben, nachdem sich auch der König gegen den Krieg ausgesprochen hatte.

Mussolini empfand die Entscheidung, nicht an Deutschlands Seite zu marschieren, als schweren Schlag für sein eigenes Ansehen und dasjenige Italiens. Er musste auf eine günstige Gelegenheit warten. Doch die sollte sich bald ergeben.

### III

Am 4. September 1939, einen Tag, nachdem Grossbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg erklärt hatten, sicherte Mussolini dem deutschen Botschafter in Rom, Hans Georg von Mackensen, seine volle Solidarität zu. Laut Ciano war er überzeugt, dass Frankreich im Grunde nicht kämpfen wolle. Über Grossbritannien sagte er nichts (nach Cianos Ansicht bedeutete die britische Kriegsteilnahme, dass der Krieg «lang, unsicher, unerbittlich» werden würde). Dafür träumte er, wie Ciano berichtet, «von grossen Heldentaten gegen Jugoslawien, um das rumänische Petroleum zu erreichen». Mit der Neutralität



schien er sich abgefunden zu haben, um Wirtschaft und Militär zu stärken und «im geeigneten Augenblick» einzugreifen. Angesichts der deutschen Erfolge in Polen glaubte Mussolini, bald als Vermittler eines neuen Friedensabkommens auftreten zu können. Doch der Gedanke, an der Seite Deutschlands Krieg zu führen, blieb für ihn verlockend – trotz aller Hinweise auf die beklagenswert geringe Kampfbereitschaft der Streitkräfte, an der nicht zuletzt die unverbesserliche Ineffizienz der Militärbürokratie schuld war; so waren Mitte September nur zehn der sechsundsiebzig Divisionen des Heeres einsatzbereit, und es mangelte in erheblichem Ausmass an Ausrüstung und Material. Eine «grosse Nation», fand er, könne nicht auf Dauer neutral bleiben, «ohne sich zu erniedrigen». Sie müsse sich auf den Kriegseintritt vorbereiten.<sup>52</sup> Mehr als sich vorzubereiten – und abzuwarten –, konnte der frustrierte Mussolini allerdings nicht tun.

Nach Cianos Ansicht hätte ein Kriegseintritt «den Untergang des Landes, des Faschismus und des Duce selbst» bedeutet.<sup>53</sup> Zudem schwankte auch Mussolini in seiner Einschätzung der deutschen Siegesaussichten. Er deutete sogar an, dass ein blutiges Patt zwischen Deutschland und den Westmächten ihm am meisten zupass käme, weil Italien dann die Scherben aufsammeln könne.<sup>54</sup> Noch im Frühjahr 1940 glaubte er, ein deutscher Angriff auf Frankreich würde sowohl blutig als auch unentschieden verlaufen.<sup>55</sup> In seinem Neid auf Hitlers Erfolge wäre er nicht unglücklich gewesen, wenn dem deutschen Diktator «Halt geboten» worden wäre.<sup>56</sup>

Eine Niederlage Deutschlands hätte hingegen das Ende des italienischen Traums von der Herrschaft über das Mittelmeer bedeutet. Hitler hatte bei einer Begegnung mit Ciano am 1. Oktober in Berlin klargestellt, dass das Schicksal ihrer beiden Länder unauflöslich miteinander verknüpft sei. Der «Führer» zeigte zwar Verständnis für die Position der Nichtkriegführung, betonte aber, Italien werde zu gegebener Zeit die sich eröffnenden günstigen Gelegenheiten nutzen und entschlossen in den Kampf eingreifen müssen.<sup>57</sup> Mussolini befürchtete, dass Deutschland zu schnell triumphieren könnte, solange Italien noch nicht in der Lage wäre, seinen Nutzen daraus zu ziehen. Wie er wusste, würde Italien frühestens 1942 kriegsbereit sein.<sup>58</sup> Ausserdem würde es keinen langen Krieg führen können, wie er Hitler erklärte.<sup>59</sup> Aber er hätte gern etwas getan, «um mit ins Spiel zu kommen», wie Ciano in jenem Herbst notierte. «Er fühlt sich ausgeschlossen und leidet darunter.»<sup>60</sup>

Bald nach Kriegsbeginn hatte Mussolini davon gesprochen, dass Italien irgendwann nach dem Mai 1940 ins Geschehen eingreifen würde. Aber dieser Optimismus war bald verfliegen, spätestens als ihm gegen Ende des Jahres äusserst deprimierende Berichte über den Stand der militärischen Vorbereitungen vorgelegt wurden. Heer und Marine würden erst 1943/44 bereit sein, die Luftwaffe zwar früher, aber auch nicht vor Mitte 1941. Doch selbst diese Einschätzungen beruhten mehr auf Hoffnung als auf Erfahrung. Mussolini musste jedenfalls den Gedanken an eine Kriegsteilnahme im Jahr 1940 aufgeben und verschob den wahrscheinlichen Termin des italienischen Eingreifens in die zweite Jahreshälfte 1941.<sup>61</sup> Das wäre zwar immer noch früher als vom militärischen Standpunkt aus wünschenswert, aber Italien durfte die einzigartige Chance nicht verpassen, die von Mussolini seit vielen Jahren angestrebten Ziele zu erreichen: die Beendigung der britischen und französischen Vorherrschaft im Mittelmeer zugunsten einer italienischen; der auf diese Weise erreichte Zugang zu den Weltmeeren, der für jede Grossmacht unerlässlich war; und die Kontrolle über den Balkan.

Mussolinis Konzept war ein Parallelkrieg – ein Krieg im Krieg. Bereits im Herbst 1939 hatte er mit dem Ziel, Kroatien zu einem italienischen Satellitenstaat zu machen, mit Cianos Einverständnis ein Auge auf Jugoslawien als wahrscheinlichem baldigem Angriffsziel geworfen. Nach Ansicht der Militärplaner war dieses Projekt selbst mit den beschränkten Fähigkeiten der italienischen Streitkräfte durchführbar, und zwar, wie sie hofften, schon im folgenden Frühjahr. Griechenland, das sich auf eine britische Schutzgarantie verlassen konnte, war indessen ein anderer Fall. «Griechenland», erklärte Mussolini, «ist nicht unser Weg.»<sup>62</sup> Er meinte: im Augenblick nicht. Tatsächlich konnte man auch gegen Jugoslawien nicht vorgehen. In dieser Phase wäre jede grössere Unruhe auf dem Balkan einfach zu gefährlich gewesen. Die Sache musste warten, bis sich durch die Intervention Italiens in einem breiteren Konflikt günstige Umstände für einen Vorstoss auf dem Balkan ergeben würden.

Im Frühjahr 1940 rechnete Mussolini damit, dass Deutschland seine Offensive gegen Frankreich nicht mehr lange hinauszögern würde. Mitte März, kurz vor dem Treffen mit Hitler am Brenner, prophezeite er, der deutsche «Führer» werde «in kürzester Zeit Feuer an das Pulverfass legen» und im Westen angreifen. In diesem Fall werde man Deutschland der italienischen Solidarität

versichern, aber nicht in den Krieg eintreten, bevor die Zeit reif dafür sei. Er denke nicht daran, italienische Soldaten neben der Wehrmacht gegen das erfahrene französische Heer in die Schlacht zu schicken. Eine feine Trennlinie zwischen Nichtkriegführung und Kriegsteilnahme ziehend, erklärte er Ciano, die italienischen Truppen würden, «ohne zu handeln die gleiche Zahl feindlicher Streitkräfte binden, aber doch bereit sein, im rechten Moment in den Kampf einzugreifen».<sup>63</sup>

In den Gesprächen mit Hitler am Brenner am 18. März bezeichnete Mussolini den italienischen Kriegseintritt als «unvermeidlich», allerdings nicht, um Deutschland militärischen Beistand zu leisten – den habe Deutschland nicht nötig –, sondern weil es «die Ehre und die Interessen Italiens erforderten». Er musste freilich eingestehen, dass Italien frühestens in etwa vier Monaten würde eingreifen können; bis zu diesem Zeitpunkt würden vier neue Panzerschiffe fertiggestellt werden, und auch die Luftwaffe wäre dann einsatzbereit. Ausserdem könne Italien aufgrund seiner finanziellen Lage keinen langen Krieg führen – das Land war, wie er wusste, nahezu bankrott, aber das sagte er Hitler natürlich nicht. Hitler erwiderte, dass Grossbritannien nach der Niederlage Frankreichs gezwungen sein werde, um Frieden nachzusuchen. Italien würde dann zum Herrn des Mittelmeers werden. Er stelle sich vor, dass italienische Truppen beim Angriff auf Frankreich vielleicht neben der Wehrmacht ins Rhonetal vorstossen würden, und Mussolinis Luftwaffe könnte, sollte ein entscheidender Durchbruch vom italienischen Beitrag abhängen, in Absprache mit der deutschen Luftwaffe von Süden her französische Flugplätze angreifen. Mussolini ging nicht direkt auf die militärische Taktik ein. Psychologisch indes hatte Hitler Wirkung erzielt. Er hatte Mussolini in die Richtung gedrängt, in die dieser instinktiv sowieso neigte. Mussolini bekräftigte seine Zusage, dass Italien auf deutscher Seite in den Krieg eintreten werde, und zwar «sobald erst einmal Deutschland siegreich vorgestossen sei». Es werde unverzüglich den zweiten, vernichtenden Schlag ausführen, sobald die Westalliierten unter dem deutschen Angriff zusammengebrochen seien. Sollte sich der Vorstoss der Wehrmacht verlangsamen, würde er abwarten und das italienische Eingreifen so legen, dass es den grössten Nutzen für Deutschland habe.<sup>64</sup>

Das Treffen kann Mussolinis Minderwertigkeitsgefühl nur verstärkt haben. Er hasste es, die zweite Geige zu spielen und Hitlers Monologen zuzuhören. Aber wenigstens war seine Befürchtung, dass Hitler sofort über Frankreich herfallen wollte, zerstreut worden. Er kehrte vom Brenner mit der Überzeu-

gung zurück, dass die deutsche Offensive nicht unmittelbar bevorstehe.<sup>65</sup> Aber wann immer der Zeitpunkt kommen mochte, er hatte sich und sein Land jetzt zum sofortigen Kriegseintritt verpflichtet.

Das Treffen am Brenner hinterliess seine Spuren bei Mussolini. Einige Tage später notierte Ciano, der «Duce» sei «dieser Tage gesprächig und guter Laune» und zeige eine «immer entschlossenerere deutschfreundliche Orientierung». Er sprach jetzt offen über den Kriegseintritt an der Seite Deutschlands und die Kriegführung, die er im Sinn hatte: Er werde nicht neben der Wehrmacht an der französischen Front kämpfen, sondern in den Alpen eine Defensivstellung einnehmen. Das Gleiche werde auch in Libyen geschehen, während er von Abessinien aus gegen die wichtige Hafenstadt Dschibuti (im winzigen Französisch-Somaliland) und im Süden gegen das britische Kenia in die Offensive gehen werde. Im Mittelmeerraum, dem aus italienischer Sicht zentralen Kriegsschauplatz, werde er eine Luft- und Seeoffensive gegen Briten und Franzosen starten. Diese kriegerische Haltung färbte nach Cianos Beobachtung auf andere Faschistenführer ab, die sich nun ebenfalls in die Reihen der Kriegsbefürworter einordneten. Einige lehnten das «Abenteuer», wie Ciano es nannte, jedoch weiterhin ab, wie der Aussenminister selbst, obwohl auch er schwach zu werden begann. Wie er bemerkte, wollte das Volk «in allen seinen Schichten vom Kriege nichts wissen».<sup>66</sup> Auf dessen Meinung gab Mussolini freilich nichts.

Am 31. März legte der «Duce» in einer Denkschrift für den König, den Aussenminister und die Militärführung seine Gedanken dar. Bei jedem Kompromissfrieden hätte Italien eine wichtige Rolle gespielt, erklärte er, doch dieses Mal werde der Krieg weitergehen. Deutschland bereite eine grosse Landoffensive im Westen vor. In der Zwischenzeit werde der «Sitzkrieg» fortgeführt, allerdings mit verstärkten Luft- und Flottenangriffen. In einer Kernpassage ging Mussolini auf die Alternativen ein, die Italien offenstanden. Italien, beteuerte er, habe nur eine einzige Option: auf der Seite Deutschlands in den Krieg einzutreten. Die Vorstellung, dass es sich aus ihm heraushalten könne, sei absurd. Neutralität komme nicht infrage. Genauso wenig komme ein Wechsel auf die Seite der Westalliierten in Betracht. Er würde sofort einen Konflikt mit Deutschland heraufbeschwören, in dem Italien ganz allein kämpfen müsste. Die gegenwärtige Position Italiens beruhe auf dem Bündnis mit

Deutschland, und es könne seine Ziele nur erreichen, wenn es an diesem Bündnis festhalte und einen Parallelkrieg führe, um die Vorherrschaft im Mittelmeerraum zu gewinnen. Die Frage laute daher nicht, ob, sondern wann man kämpfen werde. Er werde den Zeitpunkt so lange wie möglich hinauszögern, da er um die Schwäche der Streitkräfte wisse. Aus ökonomischen Gründen könne man keinen langen Krieg führen. Aber eine Kriegsteilnahme eröffne Gelegenheiten, die man nicht versäumen dürfe.<sup>67</sup> Im Ministerrat sprach sich Mussolini zwei Tage später ähnlich vehement für den Kriegseintritt aus.<sup>68</sup>

Nun mussten noch die Militärführer überzeugt werden. Eine Sitzung der Chefs der Streitkräfte mit Badoglio am 9. April verlief nicht gerade ermutigend. Sie waren sogar in Bezug auf eine begrenzte Offensive pessimistisch, bestanden selbst für den Fall des Zusammenbruchs Frankreichs darauf, eine enge militärische Kooperation mit der Wehrmacht zu vermeiden, hielten eine Offensive von Libyen aus für unmöglich, äusserten sich skeptisch über die Chancen kombinierter Luft- und Flottenoperationen im Mittelmeer und waren besorgt über die italienische Position in Abessinien. In seiner Zusammenfassung für Mussolini kam Badoglio zu dem Schluss, dass sich eine italienische Kriegsbeteiligung nur dann lohne, wenn die gegnerischen Streitkräfte durch die Deutschen vernichtend geschlagen worden seien.<sup>69</sup> Die Kluft zwischen Mussolinis Tatendrang und der Passivität der Militärführung war somit immer noch tief. Doch nach der deutschen Invasion Dänemarks und Norwegens setzte in Italien ein Umdenken ein, das durch den erstaunlichen Erfolg des Westfeldzugs der Wehrmacht im Mai und Juni seinen Abschluss fand.

Mussolini billigte die deutsche Besetzung Dänemarks und Norwegens rückhaltlos. «[G]enau so gewinnt man Kriege», erklärte er. Gegenüber Ciano verwies er auf Kroatien. «Jetzt zuckt es ihm in den Fingern», bemerkte der Aussenminister. Er wolle «alles beschleunigen», um aus dem Durcheinander in Europa Nutzen zu ziehen. Ciano fand ihn noch kriegereischer und deutschfreundlicher als jemals zuvor, obwohl er vor Ende August nichts unternehmen wollte (und zwei Tage später diesen Termin in den Frühling 1941 verschob). Eine Audienz beim König, der den Kriegseintritt weiterhin ablehnte, versetzte ihn jedoch in Wut. Es sei «entwürdigend, mit gefalteten Händen dazustehen, während die anderen Geschichte machen», sagte er zu Ciano. «Es kommt nicht darauf an, wer siegt. Um ein Volk gross zu machen, muss man es in den Kampf schicken, unter Umständen sogar mit Fusstritten in den Hintern. So werde ich

es halten.» Aber noch im Mai war nicht nur der König, sondern auch der überwiegende Teil der Militärführung gegen den Kriegseintritt. Und obwohl Hitlers Erfolge in Skandinavien in der Bevölkerung Eindruck gemacht hatten – Mussolini bemerkte verächtlich, das Volk sei «eine Hure und geht mit dem siegreichen Männchen» –, war bislang kein nennenswerter Aufschwung einer deutschfreundlichen oder kriegerischen Stimmung zu beobachten.<sup>70</sup>

Am Vorabend der deutschen Westoffensive, die am 10. Mai 1940 begann, war die italienische Intervention immer noch nicht sicher. Wäre der Sieg über Frankreich weniger deutlich ausgefallen, dann wäre der Kriegseintritt vielleicht sogar aufgeschoben worden, womöglich so lange, dass der Drang zur Kriegsteilnahme nachgelassen hätte und die Nichtkriegführung oder Neutralität nicht nur als vorübergehender Zustand angesehen worden wäre. Möglicherweise hätte die Vorsicht die Oberhand gewonnen. Ohne die vollständige Niederlage der Westalliierten wäre Mussolini jedenfalls ein beträchtliches Risiko eingegangen, wenn er ein Land zur Kriegführung gezwungen hätte, in dem sowohl die Militärelite als auch die grosse Mehrheit der Bevölkerung für einen Krieg an der Seite Deutschlands nur wenig Begeisterung aufbrachten, wenn sie ihn nicht sogar völlig ablehnten. Im März war Ciano zugetragen worden, der König glaube, «dass sich von einem Augenblick zum andern für ihn die Notwendigkeit einer Intervention ergeben könne, um die Dinge in eine andere Richtung zu wenden». Er sei «bereit, es zu tun, und zwar mit der grössten Energie».<sup>71</sup> Es ist überdies denkbar, dass ein solcher Schritt unter als weniger günstig angesehenen Umständen in der Machtelite Widerstand gegen Mussolini ausgelöst und vielleicht sogar zu einem vom Königshaus wenn nicht initiierten, dann zumindest gebilligten Militärputsch geführt hätte.

Doch der deutsche Sieg war schneller und der französische Zusammenbruch vollkommener, als irgendjemand erwartet hätte. Die Macht in Europa war völlig umverteilt worden. Welche Position Hitler vor dem Angriff auf die Niederlande und Frankreich auch gehabt hatte, der verheerende Vormarsch der Wehrmacht hatte das Bild völlig verändert, und nach dem erstaunlichen deutschen Triumph änderte die italienische Machtelite wie ihr Pendant in Japan rasch ihre Strategie. Hier wie dort glaubte man nun, dass Deutschland weiter siegen werde. Angesichts eines am Boden liegenden Frankreich und in der

Überzeugung, dass die Niederlage Grossbritanniens nur noch eine Frage der Zeit sei, zweifelte in Italien kaum noch jemand daran, dass Deutschland den Krieg gewinnen würde. Das änderte auch die Einstellung zur Kriegsteilnahme Italiens.

Vor dem Hintergrund der veränderten Lage nach dem Zusammenbruch Frankreichs wäre der Gedanke abwegig, dass Mussolini allein eine unwillige Nation in den Krieg und die anschliessende Katastrophe getrieben habe. Die Chance, von der Zerschlagung der westlichen Demokratien zu profitieren, wurde weithin als zu gut angesehen, um sie ungenutzt verstreichen zu lassen. Daher mehrten sich in der zweiten Maihälfte die Stimmen, die sich für den Kriegseintritt aussprachen. Gleichzeitig wurde es immer schwieriger, sich ablehnend zu äussern. Unter dem Eindruck der deutschen Erfolge sagte Dino Grandi, bisher ein Gegner der Kriegsteilnahme, zu Ciano, sie müssten zugeben, sich in allem geirrt zu haben, und sich «auf die neuen Zeiten vorbereiten». <sup>72</sup> Übermässige Vorsicht schien völlig fehl am Platz und lediglich ein Weg zu sein, eine einzigartige Gelegenheit, leichte Gewinne einzustreichen, zu verpassen. Zauderer und Zweifler gaben ihre Vorbehalte auf. Zum ersten und einzigen Mal äusserte die italienische Bevölkerung lautstarke Zustimmung zum Krieg. Angesichts der begeisterten Reaktion in einigen der ärmeren Vierteln Roms war Mussolini Anfang Juni überzeugt, die einfachen Menschen hätten sich «an den Gedanken gewöhnt, dass dieser Krieg geführt werden muss». <sup>73</sup> Die Befehlshaber der Streitkräfte – und mit ihnen der König – wurden von der Aussicht gewonnen, ohne Anstrengung und fast oder ganz ohne Kosten Ruhm erwerben zu können. Wie gesagt, hatten bedeutende Teile der herrschenden Schichten schon vor dem Ersten Weltkrieg eine territoriale Expansion angestrebt, um Italien als Grossmacht zu etablieren und diesen Status zu festigen. Zurückgehalten hatte sie nicht ihr mangelnder Ehrgeiz, sondern die Furcht vor den Folgen. Aber es war nicht schwergefallen, die traditionell expansionistischen Ambitionen in die aggressivere und dynamischere faschistische Version zu überführen. <sup>74</sup> Und jetzt schien eine Gelegenheit gekommen zu sein wie von Gott gesandt. Daher stand Mussolini im Augenblick der Entscheidung keineswegs als isolierte Gestalt da, die einem widerstrebenden Volk den Kriegseintritt aufzwang. Vielmehr wurde er von einer wahren Flut getragen, auch wenn er auf der vordersten Welle ritt.

Vom ersten Tag der deutschen Offensive an war Mussolini überzeugt, dass die Alliierten den Krieg verlieren würden. Es sei keine Zeit zu versäumen, sag-

te er am 13. Mai zu Ciano. «In einem Monat erkläre ich den Krieg», verkündete er. «Ich greife Frankreich und England in der Luft und zur See an. Ich denke nicht an ein Vorgehen gegen Jugoslawien; das wäre ein demütigendes Ausweichen.» Ein grösserer Gewinn war zum Greifen nah. Immerhin würde Italien, wie Ciano ihm später im Monat vor Augen hielt, «nach einem gewonnenen Krieg [...] ohnehin alles bekommen können». Cianos eigener Widerstand bröckelte. Er erhob keinen Einspruch mehr gegen Mussolinis Kriegslust. «Heute zum ersten Mal habe ich nicht geantwortet», notierte er in seinem Tagebuch. «Ich kann von jetzt ab nichts mehr tun, um den Duce zurückzuhalten. Er hat beschlossen zu handeln, und er wird handeln. Er glaubt an den deutschen Erfolg und an die Schnelligkeit dieses Erfolges. Nur eine neue Wendung in der militärischen Lage könnte ihn veranlassen, auf seinen Entschluss [zum Stillhalten] zurückzukommen; für den Augenblick stehen aber die Dinge für die Alliierten so schlecht, dass nichts zu hoffen ist.»<sup>75</sup> Am nächsten Tag kündigte Mussolini Botschafter von Mackensen den baldigen italienischen Kriegseintritt an. Es sei keine Frage von Monaten mehr, sondern eine von Wochen oder sogar nur von Tagen. Ciano hatte sich inzwischen mit der Intervention abgefunden, hoffte allerdings auf einen späteren Zeitpunkt, da Italien noch nicht zum Krieg bereit sei, «allerhöchstens für einen sehr kurzen Krieg». «Ein Irrtum in der Beurteilung der Zeitdauer», fügte er hinzu, «wäre für uns verhängnisvoll.»<sup>76</sup> Eine Woche später beschäftigte ihn vor allem die Frage, was Italien durch sein Eingreifen gewinnen konnte. «Wenn wir uns wirklich kopfüber in dieses Abenteuer stürzen», fasste er ein Gespräch mit Mussolini über dieses Thema zusammen, «so müssen wir klare Abmachungen haben.» Er dachte an ein Treffen mit Ribbentrop am Anfang des nächsten Monats, bei dem formell festgelegt werden sollte, welche Kriegsbeute Italien erhalten sollte.<sup>77</sup>

Der König war indessen weiterhin deutschfeindlich eingestellt und lehnte einen italienischen Kriegseintritt entschieden ab. Damit machte er sich bei Mussolini nicht gerade beliebt. Nach dem Krieg, erklärte der Diktator, habe er die Absicht, sich der Monarchie – und des Papsttums gleich mit ihr – «zu entledigen».<sup>78</sup> Ein Grund für Mussolinis Verärgerung war nicht zuletzt die Weigerung des Monarchen, ihm im Krieg den alleinigen Oberbefehl über die Streitkräfte zu übertragen. Gemäss einer nebulösen Vereinbarung gestand Viktor Emanuel ihm zwar die politische und militärische Führung des Krieges zu, behielt aber den Oberbefehl über die Streitkräfte – eine Unterscheidung,



die im Juli 1943 wichtig werden sollte.<sup>79</sup> Dennoch musste auch der König den neuen Umständen nach dem deutschen Triumph im Westen Rechnung tragen. Bis zum 1. Juni hatte er sich mit dem italienischen Kriegseintritt abgefunden. Gleichwohl glaubte er, dass das Land ohne Begeisterung in den Krieg gehen würde, obwohl in Rom bereits erste Demonstrationen von Interventionsbefürwortern stattfanden, die sich von der Kriegspropaganda hatten anstacheln lassen. Ausserdem rechnete er mit einem langen Krieg, dessen Ausgang letztlich wahrscheinlich durch den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten entschieden werden würde.<sup>80</sup>

Auch die italienische Militärführung, die mit einem wesentlich stärkeren französischen Widerstand gegen den deutschen Angriff gerechnet hatte, schickte sich ins Unvermeidliche. Laut Ciano machte Badoglio Ende Mai «gute Miene zum bösen Spiel» und bereitete sich auf den Krieg vor. Er blieb jedoch vorsichtig und mahnte, dass der Waffengang wegen der knappen Rohstoffvorräte kurz sein müsse.<sup>81</sup> Anfang März erklärte der Generalstabschef des Heeres, Marschall Rodolfo Graziani, dass die Truppe für eine Offensivaktion nicht bereit sei, nicht einmal gegen Jugoslawien. Auch der Marinechef, Admiral Domenico Cavagnari, stellte sich, abgesehen von begrenzten U-Boot-Einsätzen im Mittelmeer, lediglich defensive Operationen vor. Und der Vorschlag der Luftwaffe, französische Stützpunkte auf Korsika anzugreifen, wurde von Badoglio abgewiesen, weil Mussolini zu diesem Zeitpunkt keine Luftangriffe auf Frankreich wollte.<sup>82</sup> Von enthusiastischer Kriegsstimmung zeugte das alles nicht. Zudem sollten die kriegerischen Aktionen Italiens kurz und begrenzt sein. Man wollte sich mit geringstem Aufwand auf der Friedenskonferenz, die Deutschland, wie man annahm, nach seinem Sieg abhalten würde, die grösstmöglichen Gewinne sichern. Gleichwohl leistete das Militär trotz mangelnder Begeisterung keinen Widerstand gegen die Entscheidung für den Kriegseintritt.

Das Gleiche galt für die Grosswirtschaft. Auch hier hatte man angesichts der erstaunlichen deutschen Vorstösse im Mai die ablehnende Haltung gegenüber einer Kriegsteilnahme aufgegeben. Die Wirtschaftsführer hatten natürlich den grössten geschäftlichen Vorteil im Auge, und die Kriegsbeteiligung in Form eines erfolgreichen kurzen Feldzugs schien einen solchen zu versprechen. Zudem war auch die öffentliche Meinung, so weit man sie zuverlässig einschätzen konnte, auf den Kriegskurs eingeschwenkt. Die unermüdliche

Kriegspropaganda, die in den vorangegangenen Wochen erheblich verstärkt worden war, hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Man versuchte die Bevölkerung auf den Krieg einzustimmen. Die Glasfenster des Mailänder Doms wurden durch Stoffabdeckungen ersetzt. Ende Mai schlossen die Schulen für die Sommerferien. Tanzlokale mussten zumachen. Ausländische Musik wurde abgelehnt oder italienisiert; so wurde etwa der *St. Louis Blues* zu *Tristesse di San Luigi*.<sup>83</sup> Als die deutsche Wehrmacht durch Belgien nach Frankreich vorsties, verbrannten in Rom demonstrierende Studenten französische und britische Fahnen. Solche Massenaufmärsche fanden auch in Mailand, Neapel und anderen Grossstädten statt.<sup>84</sup> In einem Polizeibericht aus Florenz von Anfang Juni heisst es, die Zweifler seien verstummt und die Antifaschisten äusserst vorsichtig geworden; die Erwartung eines «raschen, leichten und verlustlosen Krieges gegen ein daniederliegendes Frankreich und ein ungeordnetes England mit dezimierter Flotte» nehme rasch zu.<sup>85</sup> Öffentlichen Widerspruch gegen seine Kriegsentscheidung brauchte Mussolini also nicht zu fürchten.

Als Grossbritannien und die Vereinigten Staaten im Mai verzweifelt an Rom appellierten, nicht in den Krieg einzutreten, erhielten sie erwartungsgemäss eine Abfuhr. Persönliche Briefe von Churchill und Roosevelt wurden von Mussolini kategorisch zurückgewiesen. Die Zeit, in der Beschwichtigungsversuche eine Chance gehabt hätten, gehörte der Vergangenheit an. In den letzten Maitagen traf Mussolini die Entscheidung. Badoglio erfuhr sie, laut seinem Nachkriegsbericht, am 26. Mai. In Mussolinis Vorzimmer war er mit dem ehemaligen Luftwaffenchef und jetzigen Gouverneur von Libyen, Italo Balbo, zusammengetroffen, einem der bekanntesten und tatkräftigsten frühen Faschistenführer, der strikt deutschfeindlich eingestellt war und genau wusste, dass Italien nicht für den Krieg gerüstet war. Sobald er das riesige Arbeitszimmer des «Duce» betreten hatte, spürte er, dass es kein gewöhnliches Arbeitstreffen war. Mussolini «stand hinter seinem Schreibtisch, die Arme in die Seiten gestützt, ernst, gleichsam feierlich». Er eröffnete Badoglio, er habe Hitler am Tag zuvor in einem Schreiben mitgeteilt, dass Italien vom 5. Juni an bereit sei, Grossbritannien den Krieg zu erklären.<sup>86</sup> Badoglio trog sein Gedächtnis; er irrte sich sowohl über das Datum, an dem die Mitteilung an Hitler abgeschickt worden war, als auch über den ins Auge gefassten Termin des Kriegseintritts. Laut Cianos Tagebuch plante Mussolini am 26. Mai, Hitler einen

Brief zu schreiben, in dem er ihm das italienische Eingreifen in der zweiten Dekade des Juni ankündigen wollte.<sup>87</sup> Tatsächlich wurde die Mitteilung aber erst am 30. Mai an den italienischen Botschafter in Berlin, Dino Alfieri, übermittelt und Hitler noch am selben Tag in dessen westlichem Hauptquartier zugestellt.<sup>88</sup> Nach der Kapitulation Belgiens hatte Mussolini den Termin des italienischen Kriegseintritts auf den 5. Juni vorgezogen.<sup>89</sup> Badoglio berichtet in seinen Erinnerungen weiter, er sei ebenso wie Balbo fassungslos gewesen, als Mussolini ihnen die Neuigkeit bekanntgab. Er habe ihn nachdrücklich darauf hingewiesen, dass das Land in keiner Weise auf den Krieg vorbereitet sei. «Es ist Selbstmord», habe er erklärt.<sup>90</sup>

Ob Badoglio tatsächlich so deutlich Einspruch einlegte, darf bezweifelt werden. Seine Memoiren dienten der eigenen Entlastung; Mussolini sollte als Alleinschuldiger an einer Wahnsinnstat erscheinen. Badoglio behauptete, aus Pflichtgefühl auf seinem Posten geblieben zu sein. Ihm sei bewusst gewesen, dass sein Rücktritt nichts geändert hätte und in der Bevölkerung auf wenig Verständnis gestossen wäre. Ausserdem habe er geglaubt, Fehler verhindern zu können, die Mussolini aufgrund seiner Unkenntnis in militärischen Dingen mit Sicherheit begehen würde.<sup>91</sup> Aber das Protokoll des Treffens zwischen Mussolini und der Militärführung am 29. Mai, bei dem er förmlich verkündete, dass Italien am 5. Juni in den Krieg eintreten werde, enthält keinerlei Hinweis auf einen Protest Badoglios oder eines anderen der anwesenden Militärs. Sogar der König willigte jetzt, wenn auch widerstrebend, ein.<sup>92</sup> Mussolini sagte den Streitkräftechefs – wobei er teilweise wiederholte, was er Ende März gesagt hatte –, dass die Kriegsteilnahme nicht zu vermeiden sei und Italien nur an der Seite Deutschlands kämpfen könne, nicht aufseiten der Alliierten. Dass er den Termin des Kriegseintritts vorverlegt habe, sei der Schnelligkeit zu verdanken, mit der sich die Umstände änderten. Er sei des deutschen Sieges gewiss, und zu spät in den Krieg einzutreten, würde grössere Risiken mit sich bringen als ein verfrühtes Eingreifen. Man müsse sich am Krieg beteiligen, bevor die Deutschen ihn gewonnen hätten, um Italien eine gute Position in den Friedensverhandlungen zu sichern.<sup>93</sup>

Am nächsten Tag notierte Ciano in seinem Tagebuch: «Die Würfel sind gefallen. Mussolini hat mir heute Morgen seine Mitteilung an Hitler über den Kriegseintritt ausgehändigt. Das gewählte Datum ist der 5. Juni, falls nicht Hitler selbst eine Verschiebung um einige Tage wünscht.»<sup>94</sup> Tatsächlich pass-

te Hitler der Termin nicht. Er befürchtete, ein italienischer Angriff könnte eine Verlegung französischer Flugzeuge in den Süden zur Folge haben und insofern einem geplanten deutschen Grossangriff auf französische Flugplätze die Wirkung nehmen. Mussolini murrte, verschob Italiens grossen Tag aber auf den n. Juni.<sup>95</sup> Am Abend vorher hielt Mussolini auf dem Balkon des Palazzo Venezia seine eingangs geschilderte Rede an die «Massen».

Die Ansprache war natürlich nicht mehr als eine gut organisierte Propagandaschau.<sup>96</sup> Mussolini ist nicht von ungefähr oft als blosser Opportunist bezeichnet worden, als Diktator mit einem Blick für Gelegenheiten, aber ohne ideologische Motivation, als jemand, dem es ausschliesslich um sein Ansehen, um persönliche Grösse und Macht um der Macht willen gegangen sei. Doch damit unterschätzt man ihn. In den Krieg einzutreten, bedeutete für Mussolini nicht nur, eine Gelegenheit zu ergreifen, so wichtig der Zeitpunkt war. Es war darüber hinaus ein unausweichlicher Schritt, wenn sein grandioser Traum von einem auf den Trümmern der britischen und französischen Kolonialreiche errichteten italienischen Mittelmeerimperium als Grundlage für eine wirkliche und nicht nur angemassete Weltmachtstellung Italiens jemals verwirklicht werden sollte. Dieser Traum war die logische Folge der Ambitionen, die er seit seinem Machtantritt fast zwei Jahrzehnte zuvor gehegt hatte. In dieser Zeit hatte sich, wie dargestellt, seine Macht über Italien ausserordentlich vergrössert. Im Jahr 1940 war das politische System in einem Ausmass fragmentiert und erodiert, dass Mussolinis Handlungsfreiheit, vom König abgesehen, durch keine verfassungsmässige Kontrollinstanz mehr eingeschränkt werden konnte. Kein kollektives Organ, wie etwa ein Kabinett, war an der Entscheidungsfindung beteiligt. In Fragen von Krieg und Frieden konnte man inzwischen tatsächlich von personaler Herrschaft sprechen. Als Mussolini Ende Mai 1940 die Entscheidung zum Kriegseintritt traf, tat er es nicht nach langen Konsultationen mit einer Vielzahl von Beratern. Es hatten überhaupt keine Beratungen stattgefunden. Sicherlich war sich niemand in der politischen Führungsschicht über die Wünsche des Diktators im Unklaren. Aber es gab auch niemanden, der Einfluss auf die Verwirklichung dieser Wünsche besass. Die Kriegsentcheidung traf Mussolini allein.

Bis zu den hektischen Maitagen hatte es Alternativen gegeben. Prominente Faschisten wie Ciano und Grandi, Grossunternehmer wie Giovanni Agnelli und Alberto Pirelli, Militärführer wie Badoglio und Cavagnari und nicht zu-

letzt der König hätten es bis zum Mai vorgezogen, wenn sich Italien aus dem Krieg herausgehalten hätte. Ausser dem von Mussolini gewünschten Kriegseintritt hatten sich theoretisch mindestens zwei weitere Optionen angeboten. Die erste wäre ein Seitenwechsel zu den Alliierten gewesen, wie er im September 1943 unter völlig anderen Umständen schliesslich vollzogen werden sollte. Doch trotz der Abneigung gegen das nationalsozialistische Deutschland, die quer durch die Bevölkerung verbreitet war, von einfachen Leuten bis zu Adligen wie Ciano und dem König selbst, dachte im Frühjahr 1940 niemand ernsthaft daran, das Achsenbündnis zu brechen und die Seite zu wechseln. Das wäre nur nach einem Staatsstreich und dem Sturz Mussolinis möglich gewesen, wofür es 1940 kaum eine Chance gab. Zudem wäre Italien danach ebenfalls in den Krieg hineingezogen worden, wenn auch gegen Deutschland. Damit hätte sich Rom zweifellos Hitlers Zorn zugezogen. Ob dieser aber unter solchen Umständen sowohl Italien als auch den Aufruhr auf dem Balkan hätte niederhalten können und sich gleichzeitig, obwohl England noch nicht besiegt war, gegen die Sowjetunion gewandt hätte, ist allerdings fraglich.

Die zweite Alternative war realistischer. Sie bestand darin, einfach den Zustand der Nichtkriegführung oder Neutralität beizubehalten. Doch hätte Italien auf Dauer neutral bleiben können? Franco hatte genau dies für Spanien erreicht (auch wenn ihm die Neutralität praktisch aufgezwungen worden war, weil Hitler es abgelehnt hatte, der nach drei Bürgerkriegsjahren daniederliegenden spanischen Wirtschaft mit massiven Hilfsleistungen wieder auf die Beine zu helfen). Aber Italien befand sich aufgrund seiner geografischen Lage und des Bündnisses mit Deutschland in einer anderen Position. Mussolini gegenüber wohlwollende Interpreten vertreten die These, Italien habe keine andere Wahl gehabt, als sein Schicksal mit dem Deutschlands zu verbinden, denn «früher oder später» wäre ein neutrales Land «von beiden Seiten immer stärker unter Druck gesetzt worden». Am Ende hätte die Stationierung von fremden Truppen auf italienischem Territorium gestanden. Hätte es diese Forderung zurückgewiesen, wäre es «von den Siegern, wer immer sie gewesen wären, erobert und verwüstet worden».<sup>97</sup> Das war freilich blosser Apologetik. Mussolinis Entscheidung für den Krieg beruhte in keiner Weise auf der Furcht davor, dass Italien andernfalls der Gnade Deutschlands, und schon gar nicht derjenigen Grossbritanniens, ausgeliefert gewesen wäre.

Churchill dagegen teilte die Sichtweise der italienischen Gegner des Kriegseintritts:

«Die Wartezeit war keineswegs ohne Profit. Italien wurde von beiden Seiten umschmeichelt, seine Interessen wurden überall berücksichtigt, und es konnte viele günstige Verträge abschliessen und Zeit gewinnen, um seine Rüstung zu verstärken. So waren die Monate des *Drôle de Guerre* vergangen. Es ist eine interessante Spekulation, wie sich Italiens Schicksal gestaltet hätte, wenn diese Politik beibehalten worden wäre. [...] Friede, Wohlstand und wachsende Macht wären die Frucht einer beharrlichen Neutralitätspolitik gewesen. War Hitler einmal in den Krieg gegen Russland verwickelt, so hätte dieser glückliche Zustand während unbegrenzter Zeit und mit stetig wachsendem Nutzen andauern können, und Mussolini wäre im Frieden oder im letzten Kriegsjahr als der weiseste Staatsmann dagestanden, den die sonnige Halbinsel und ihr fleissiges, fruchtbares Volk je gekannt hatten. Das wäre ein angenehmeres Schicksal gewesen als jenes, das ihm in Wirklichkeit beschieden war.»<sup>98</sup>

Selbstverständlich kann niemand wissen, welche Folgen die Entscheidung, den Kriegseintritt auf einen Zeitpunkt zu verschieben, der immer weiter in die Ferne gerückt wäre, in der Praxis gehabt hätte. Aber Ciano und andere gaben diesem Kurs eine gewisse Erfolgchance. Dass Italien von beiden Seiten unter Druck gesetzt worden wäre, versteht sich von selbst. Das geschah bereits, und zwar lange vor dem Kriegseintritt. Schon im Dezember 1939 hatte Grossbritannien versucht, Italien durch das Angebot zu bestechen, den grössten Teil der so dringend benötigten Kohle zu liefern. Als Gegenleistung hätte Italien Waffen schicken sollen. Ciano stand der Idee positiv gegenüber. Aber Mussolini wollte Grossbritannien nicht mit Waffen versorgen, und er wiederholte sein Veto, als einige Wochen später ein weiterer Versuch unternommen wurde, das Wohlwollen Italiens zu erkaufen. Auch dieser Handel kam nicht zustande.<sup>99</sup> Hitler bot seinerseits umgehend ökonomische Anreize an. Die lebenswichtige Kohle, die wegen der britischen Blockade aus Deutschland nicht auf dem Seeweg nach Italien gelangen konnte, sollte mit der Eisenbahn über den Brenner geschickt werden.<sup>100</sup> Wäre Italien gegenüber dem Krieg ablehnend geblieben, wäre es zweifellos in zunehmendem Mass in solcher Weise bedrängt und umworben worden, und mit geschickter Diplomatie hätte es bei-

de Seiten weiterhin gegeneinander ausspielen und die Vorteile der deutschfreundlichen Neutralität geniessen können, ohne in den Malstrom hineingezogen zu werden.

Auch vonseiten Deutschlands war Mussolini verschiedentlich zum Handeln gedrängt worden.<sup>101</sup> Aber er war nie gezwungen gewesen, in den Krieg einzutreten, selbst im Mai 1940 nicht; er tat es aus freiem Willen. Dass Deutschland Strafaktionen eingeleitet hätte, wenn Italien nicht in den Krieg eingetreten wäre, ist höchst unwahrscheinlich. Im Sommer und Herbst 1940 wäre Deutschland eine wohlwollende Neutralität mindestens genauso zupass gekommen wie die italienische Kriegsteilnahme – in mancher Hinsicht sogar besser, wie sich herausstellen sollte.<sup>102</sup> Und aus italienischer Sicht sprach – abgesehen von Mussolinis Ungeduld – vieles dafür, auf Zeit zu spielen. In der Atmosphäre vom Mai 1940 stiessen solche Argumente jedoch auf taube Ohren. Alle Fraktionen der herrschenden Eliten hatten sich von Mussolinis dogmatischer Kriegslust anstecken lassen, und so wurde die schicksalhafte Entscheidung getroffen, in den Krieg gegen Grossbritannien und Frankreich einzutreten, auf den Italien so schlecht vorbereitet war. Der Preis, den es dafür zahlen sollte, war hoch, sehr hoch.

#### IV

Die italienischen Streitkräfte waren kaum in Aktion getreten, als der neue französische Ministerpräsident, Marschall Pétain, am 17. Juni 1940 bei Hitler um einen Waffenstillstand nachsuchte. Bis zu diesem Zeitpunkt waren einige kaum wirkungsvolle Luftangriffe auf Korsika (an denen Ciano als Führer eines Bombergeschwaders teilnahm<sup>103</sup>), Südfrankreich und Malta sowie eine kleine, unbedeutende Offensive in den Alpen praktisch alles gewesen, was Italien in dieser Anfangszeit zum Krieg beigetragen hatte. Das Waffenstillstandsersuchen kam zu früh, und das italienische Engagement war zu gering gewesen, als dass Mussolini damit zufrieden gewesen wäre. «Der Duce ist extrem», bemerkte Ciano am 17. Juni, «er möchte das ganze französische Territorium besetzen und verlangt die Übergabe der französischen Flotte. Aber er ist sich klar darüber, dass seine Meinung nur den Wert eines Ratschlags hat: Der Krieg ist von Hitler ohne aktive militärische Beteiligung Italiens gewonnen worden,

und Hitler wird das Wort haben. Das beunruhigt und bedrückt ihn natürlich. Seine Meinungen über das italienische Volk und vor allem über unsere Armee sind heute Abend von äusserster Bitterkeit.»<sup>104</sup>

Mussolinis Verstimmung wegen des minimalen italienischen Beitrags zum Sieg über Frankreich hielt ihn nicht davon ab, während der Fahrt nach München, wohin er zusammen mit Ciano reiste, um mit Hitler über die Waffenstillstandsbedingungen zu verhandeln, eine enorme Liste von Forderungen an die Franzosen aufzustellen. Sie umfasste die Besetzung Frankreichs bis zur Rhone sowie die Abtretung von Nizza, Korsika, Tunesien und Dschibuti. Ausserdem sollten Frankreichs Flotte und Luftwaffe in italienischen Besitz übergehen. Gegen die von Mussolini gewünschte Besatzungszone erhob Hitler keinen Einspruch. Ansonsten wollte er die Franzosen jedoch milde behandeln, um zu verhindern, dass die französische Flotte zu den Briten überwechselte und die französische Regierung sich nach Nordafrika absetzte. Zudem hoffte er, die Briten auf diese Weise zu Verhandlungen bewegen zu können. Und er wollte die Italiener nicht an dem besonderen Spektakel beteiligen, das er für den Abschluss des Waffenstillstandsvertrages vorgesehen hatte. Deshalb bestand er darauf, dass sie einen separaten Waffenstillstand aushandelten, nachdem die deutschen Bedingungen feststanden. Mussolini war laut Ciano «bemerkenswert betreten», weil er spürte, «dass er nur die zweite Geige spielt».<sup>105</sup>

Wegen der relativ moderaten deutschen Waffenstillstandsbedingungen sah sich Mussolini genötigt, sich mit einem fünfzig Kilometer breiten entmilitarisierten Grenzstreifen auf französischer Seite und der Hoffnung, seine weitergehenden Forderungen auf einer späteren Friedenskonferenz vorbringen zu können, zufriedenzugeben. Ein anderer Grund für seine Bescheidenheit war eine weitere militärische Demütigung. Als die Franzosen bereits am Boden lagen und die Deutschen um einen Waffenstillstand ersuchten, hatte Mussolini beschlossen, sie in den Alpen anzugreifen. Badoglio lehnte das Vorhaben ab, und Ciano fand es «wenig ruhmreich und moralisch sehr gefährlich, über ein aufgelöstes Heer herzufallen». Doch Mussolini beharrte auf dem Angriff. Bei schlechtem Wetter kam die italienische Offensive schon bei der ersten Regung von französischem Widerstand zum Erliegen. Um das Mass vollzumachen, wurden in Nordafrika libysche Kolonialtruppen von britischen Einheiten überannt, wobei ein italienischer General in Gefangenschaft geriet.<sup>106</sup> Kein Wunder, dass Mussolini für die Unterzeichnung des Waffenstillstands «nicht den



geringsten Aufwand» wünschte und sie «sozusagen geheim» abhalten wollte, während Hitler der Waffenstillstandszeremonie eine grosse symbolische Bedeutung verlieh, indem er sie im Wald von Compiègne in demselben Eisenbahnwaggon stattfinden liess, der 1918 der Schauplatz der demütigenden Kapitulation Deutschlands gewesen war. Die Verhandlungen der Italiener mit den Franzosen wurden am 24. Juni in Rom abgeschlossen, wo der separate italienisch-französische Waffenstillstandsvertrag am selben Tag unterzeichnet wurde.<sup>107</sup> Mussolini war «voller Bitterkeit [...], weil er gern den Waffenstillstand erst nach einem Sieg unserer Waffen unterzeichnet hätte». Ciano rechnete damit, dass das italienische Volk über die begrenzten Kriegsgewinne tief enttäuscht sein würde.<sup>108</sup> Tatsächlich bemerkte Giuseppe Bottai, der Erziehungsminister, dass sich in der Bevölkerung Kritik und Enttäuschung verbreiteten.<sup>109</sup>

In den Wochen nach dem Waffenstillstand mit Frankreich waren Mussolinis Gedanken und die Kriegsstrategie, die auf ihnen beruhte, alles andere als klar. Einerseits wollte er einen raschen Krieg, mitsamt der Beute und dem Ruhm, wie sie eine triumphale Friedensregelung mit sich brächte. Dass Grossbritannien und Deutschland Friedensverhandlungen aufnehmen könnten, bevor sich Italien im Kampf hervorgetan hätte, war keine sehr attraktive Vorstellung für ihn. Deshalb war er auch durchaus erfreut, als Grossbritannien nach Hitlers halbherzigem Friedensangebot in seiner Reichstagsrede am 19. Juli 1940 klarstellte, dass es weiterkämpfen werde. Er hatte befürchtet, dass Grossbritannien selbst ein so dürftiges Angebot zum Vorwand nehmen könnte, um Verhandlungen aufzunehmen. «Das wäre für ihn ein grosser Schmerz», kommentierte Ciano, «denn er will den Krieg, heute mehr als jemals.»<sup>110</sup>

Andererseits war sich Mussolini bewusst, dass Italien zu einem langen Krieg nicht in der Lage war. Deshalb brauchte er einen schnellen Sieg. Da Grossbritannien trotz der inoffiziell über neutrale Kanäle ausgestreckten Friedensfühler, die für Mussolini ein Grund zur Sorge blieben, weiterkämpfen würde, setzte er seine Hoffnungen auf die deutsche Invasion, die, wie man ihm gesagt hatte, unmittelbar bevorstand. Er wollte, dass italienische Truppen an der Seite der Wehrmacht an ihr teilnahmen, erhielt von Hitler aber eine Abfuhr. Deshalb wünschte er zwar weiterhin einen Erfolg der Invasion, hoffte jedoch, dass die Deutschen sich in schweren Kämpfen eine blutige Nase holen und vielleicht eine Million Mann verlieren würden.<sup>111</sup> Wenn sowohl Grossbri-

tannien als auch Deutschland geschwächt wären, würde sich Italien in einer ausgezeichneten Position befinden, um seine Beute zu vergrössern. Und die sollte beträchtlich sein. Neben grossen Gebieten Frankreichs umfasste die von Ciano aufgestellte Liste der territorialen Forderungen die britischen Besitzungen Malta und Britisch-Somaliland sowie praktisch die Kontrolle über die ehemals von Grossbritannien kontrollierten Länder im Nahen Osten und in Nordafrika (einschliesslich Ägyptens), die nur nominell ihre Unabhängigkeit behalten sollten.<sup>112</sup>

Einen ernsthaften Schaden hätte Italien Grossbritannien in der Tat am ehesten in Nordafrika zufügen können, wo die britische Militärpräsenz damals noch schwach war und sich die Italiener in der Bewaffnung als ebenbürtig und zahlenmässig überlegen zeigten. Badoglio hoffte immer noch, dass ohne grosse militärische Anstrengungen beträchtliche Gewinne erzielt werden könnten. Aber Mussolini drängte auf einen raschen Vorstoss von Libyen nach Alexandria durch sechshundert Kilometer Wüste, um die Briten aus Ägypten zu vertreiben und Suez einzunehmen, bevor ein Waffenstillstand vereinbart würde. Prahlerisch teilte er Hitler im Juli mit, dass er vor Ende des Monats in Ägypten sein werde.<sup>113</sup> Es war kein gutes Vorzeichen für den Feldzug, als Marschall Balbo, der den Angriff von Libyen aus leiten sollte, Ende Juni bei Tobruk mit seinem Flugzeug von eigenen Geschützen abgeschossen wurde und ums Leben kam. Sein Nachfolger, Graziani, brachte bis zum Ende des Sommers immer neue Ausflüchte vor, um zu begründen, warum er den, wie sich herausstellen sollte, kurzzeitigen Vorteil nicht nutzte. Im September stiess er hundert Kilometer weit auf ägyptisches Territorium vor und nahm den befestigten Stützpunkt Sidi Barrani ein, machte aber keine Anstalten, weiter auf Alexandria zu marschieren. Wie sehr Mussolini auch drängte, Graziani fand stets einen Grund, nicht mehr vorzurücken. Mussolini konnte nichts dagegen unternehmen. Zudem lehnte er aus unangebrachtem Stolz und Ehrgefühl Hitlers Angebot ab, Truppen für die Eroberung Ägyptens zur Verfügung zu stellen. Er wollte demonstrieren, dass italienische Einheiten in der Lage waren, an einer Front allein voranzukommen, und Deutschland aus seiner Machtsphäre fernhalten. Hitler wollte seinen Achsenpartner, wie bei anderen Gelegenheiten, nicht kränken und belies es dabei. Daher verfolgten die beiden Achsenmächte weiterhin verschiedene, nicht aufeinander abgestimmte Strategien. Unterdessen verstärkte Grossbritannien in erheblichem Umfang seine Kräfte, um sich

Italien entgegenzustellen. Die Gelegenheit, die man vielleicht mit deutscher Hilfe hätte nutzen können, war vorüber.<sup>114</sup>

Die zweite Region, an die Mussolini seine Hoffnungen knüpfte, war der Balkan. Eine Zeitlang hatte er ihn lediglich als Nebenschauplatz betrachtet, während die Hauptaktion in Frankreich stattfand. Doch jetzt richtete er, von Ciano angestachelt, sein Augenmerk wieder auf die scheinbar reiche Beute auf der anderen Seite der Adria. Dabei wurde nicht nur Jugoslawien, sondern auch – zum ersten Mal ernsthaft – Griechenland zum konkreten Objekt italienischen Expansionsstrebens. Die Entscheidung für den Angriff auf Griechenland, die Mussolini im Herbst traf, erwies sich als der katastrophalste Fehler, den er jemals begangen hatte – katastrophal für die Griechen, aber auch für ihn selbst, für das faschistische Regime und für sein Land, das eine grosse Zahl sinnloser Todesopfer zu beklagen hatte.

Seit der Besetzung Albaniens im April 1939 hatten die Griechen stets ein wachsames Auge auf Italien gehabt, und das nicht ohne Grund. Ciano hatte am 12. Mai jenes Jahres in seinem Tagebuch vermerkt, dass sich die in Albanien in Gang gesetzten öffentlichen Arbeiten gut anliessen. «Die gesamte Strassenbauplanung», fuhr er fort, «ist auf die griechischen Grenzen ausgerichtet. Dies wurde vom Duce so angeordnet, der immer mehr daran denkt, bei der ersten Gelegenheit über Griechenland herzufallen.»<sup>115</sup> Als sich die Krise vor dem deutschen Angriff auf Polen zuspitzte, kam es zwischen Griechenland und Italien zu Spannungen. Italienische Truppen wurden an die albanisch-griechische Grenze verlegt, und italienische Flugzeuge verletzten den griechischen Luftraum. Am 16. August 1939 wurde Badoglio angewiesen, einen Plan für die Invasion Griechenlands auszuarbeiten. Doch dabei blieb es. Das Verhältnis zu Griechenland entspannte sich. Am 11. September teilte Mussolini seinem Repräsentanten in Athen, Emanuele Grazzi, mit, dass Griechenland nicht auf dem italienischen Weg liege und man nichts von ihm wolle. Gegenüber General Alfredo Guzzoni äusserte er sich neun Tage später ebenso klar: Der Krieg mit Griechenland sei «abgesagt». Das Land sei «ein nackter Knochen und [...] es nicht wert, einen einzigen sardischen Grenadier zu verlieren». Die italienischen Truppen wurden zwanzig Kilometer von der griechischen Grenze zurückgezogen, und die «Studie» des Generalstabs über die Invasion kam in die unterste Ablage.<sup>116</sup> Bis Italien im Juni 1940 in den Krieg eintrat, blieb alles ruhig.

Wenige Tage nach dem italienischen Kriegseintritt gab es neue Aufregung, da das Gerücht umging, die Briten würden die Neutralität Griechenlands missbrauchen und Kriegsschiffe in griechischen Gewässern stationieren. Der glanzlose griechische Diktator Ioannis Metaxas, der eher wie ein Kleinstadtbürgermeister denn wie ein Staatschef aussah und ironischerweise zu den Bewunderern Italiens gehörte, wo er einige Jahre gelebt hatte, dementierte das Gerücht nachdrücklich. Doch Ciano heizte die Stimmung weiter an. Einige Wochen zuvor hatte er Bottai seine Vorstellung von der italienischen Hegemonie auf dem Balkan erläutert. Danach sollten sowohl in Kroatien und Griechenland (einschliesslich Kretas) als auch in Nordafrika (Ägypten, Tunesien, Algerien und Marokko) Protektorate errichtet werden. Ausserdem sollte Korsika an Italien fallen.<sup>117</sup> Aber Mussolini war klar, dass die Verwirklichung solcher grandiosen Pläne warten musste, da die Deutschen vorläufig keine Ausdehnung des Krieges wollten.<sup>118</sup> Er liess Metaxas durch Grazzi ausrichten, dass die italienische Haltung gegenüber Griechenland sich nicht geändert habe. Gleichwohl schlossen die militärischen Eventualplanungen weiterhin Aktionen gegen Jugoslawien *und* Griechenland ein. Auch ein Vorstoss ins Tessin war geplant, falls Deutschland die Eidgenossen angreifen sollte, womit Gerüchten zufolge bald zu rechnen sei. Kein Wunder, dass von Badoglio die frustrierte Bemerkung überliefert ist: «Jeden Tag wechselt der Feind. Ich warte nur noch auf den Befehl, den Irak anzugreifen!»<sup>119</sup>

Was den Balkan anging, blieb Jugoslawien das Hauptziel. Mussolini dachte daran, im August in Aktion zu treten. Als Ciano am 7. Juli mit Hitler zusammentraf, schien dieser die aggressiven Absichten Italiens in dieser Richtung zu billigen. Damit meinte er allerdings keinesfalls eine Invasion Jugoslawiens in allernächster Zukunft, die nach seiner Ansicht in einem heiklen Augenblick den gesamten Balkan in Brand gesteckt und eine sowjetische Intervention provoziert hätte. Er gestand Italien zwar das Recht zu, über das Schicksal Jugoslawiens zu entscheiden, aber erst, sobald die Zeit dafür reif wäre. Jetzt war es nach seiner Ansicht eindeutig noch nicht so weit.<sup>120</sup>

Trotz Hitlers Warnung vor einer verfrühten Operation (die Ciano Mussolini nicht mit allem Nachdruck übermittelt hatte) gingen die Planungen für einen Einfall in Jugoslawien den ganzen Juli über weiter.<sup>121</sup> Anfang August sprach Mussolini immer noch von einem Angriff in der zweiten Septemberhälfte.<sup>122</sup>

Einige Tage später, am 11. August, wies er den zögerlichen Badoglio an, bis zum 20. September kampfbereit zu sein, obwohl der Chef des Oberkommandos erst kurz zuvor eine Direktive herausgegeben hatte, in der er betonte, dass man nicht die Absicht habe, militärische Massnahmen zu ergreifen.<sup>123</sup> Am selben Tag nahm Mussolini Griechenland ins Visier. Hauptanstifter war Ciano. Er wusste, wie verärgert Mussolini über Grazianis Verzögerung der Offensive in Nordafrika war. Als dieser kurz zuvor in Rom gewesen war, hatte er bei Mussolini den Eindruck erweckt, dass der Angriff auf Ägypten in wenigen Tagen beginnen würde. Ciano hatte er jedoch anvertraut, dass die Vorbereitungen noch lange nicht abgeschlossen seien. Die Offensive könne, wenn überhaupt, dann erst in zwei oder drei Monaten erfolgen. Als Ciano Mussolini darüber berichtete, war dieser erwartungsgemäss «sehr betrübt».<sup>124</sup> Ciano sah eine Gelegenheit, seinen Herrn und Meister zu manipulieren, und er nutzte sie geschickt aus, um ihn zum Angriff auf Griechenland zu drängen. Wie erwähnt, favorisierte Mussolini bereits ein Vorgehen gegen Jugoslawien, doch Ciano überzeugte ihn nun ohne grosse Mühe, dass Griechenland in die Planungen für die Expansion auf dem Balkan einbezogen werden müsse. Da er keine Chance gehabt hatte, in Frankreich Ruhm zu gewinnen, und in Nordafrika mit Verzögerungen zu rechnen war, fand er die Aussicht auf einen leichten Triumph über die von ihm verachteten Griechen ausserordentlich anziehend.

Ciano seinerseits sah in dem Unternehmen eine Gelegenheit, seine Machtbasis zu vergrössern. Albanien war praktisch bereits eine Art persönliches Lehen, das von seinem Gefolgsmann Francesco Jacomoni verwaltet wurde. Die Aussicht auf die Vergrösserung seines Herrschaftsgebiets und auf schnell erworbenen Ruhm war allzu verlockend. Am 10. August stachelte Ciano Mussolinis leicht entflammbare Feindseligkeit gegenüber Griechenland an. Von Jacomoni hatte er die Geschichte von der Ermordung eines albanischen Freiheitskämpfers namens Daut Hodja durch griechische Agenten erfahren, die er Mussolini jetzt als Beleg für die angeblich mangelnde Vertrauenswürdigkeit Griechenlands erzählte. In Wirklichkeit war der angebliche Freiheitskämpfer nicht mehr als ein Bandit und Viehdieb gewesen, der auf ein Leben voll Gewalt und Verbrechen zurückblickte und von rivalisierenden Kriminellen – Albanern, nicht Griechen – gefangengenommen und enthauptet worden war. Aber Mussolini musste nicht erst überredet werden. «Der Duce denkt ,an ei-

nen Gewaltstreich, denn seit 1923 steht noch eine Rechnung offen [für Korfu], und die Griechen geben sich einer Illusion hin, wenn sie glauben, dass ich den Schwamm darüber gewischt habe'», zitierte Ciano den italienischen Diktator in seinem Tagebuch.<sup>125</sup> Sofort setzte sich die Propagandamaschine in Gang, um Hodjas patriotische Tugenden zu feiern und die Behandlung der Albaner durch die griechische Minderheit im Grenzgebiet von Epirus, das im Nordwesten Griechenlands an Albanien grenzte, zu verurteilen.<sup>126</sup>

Am 11. August, einen Tag, nachdem er Mussolini auf den Weg zur Aggression gegen Griechenland geleitet hatte, notierte Ciano in seinem Tagebuch, dass der «Duce» mehr Informationen über «Ciamuria», wie Epirus nach der albanischen Bezeichnung der Region damals auf Italienisch genannt wurde, verlangt habe. Er habe bereits in der Sache zu agitieren begonnen und ihn, Ciano, gebeten, Jacomoni und General Graf Sebastiano Visconti-Prasca – Guzzonis unfähigen Nachfolger als Militärkommandant von Albanien<sup>127</sup> – zu Besprechungen nach Rom kommen zu lassen. Ausserdem habe er «von einem Überraschungsangriff auf Griechenland gegen Ende September» gesprochen.<sup>128</sup> Ciano nahm an der Unterredung am nächsten Tag teil, in der Mussolini die Richtlinien für den Feldzug gegen Griechenland festlegte. «Wenn die Ciamuria und Korfu uns kampfflos abgetreten werden», hielt Ciano in seinem Tagebuchbericht fest, «werden wir nicht mehr verlangen. Wenn es hingegen zum Widerstand kommt, gehen wir bis zum Ende.» Jacomoni und Visconti-Prasca versicherten, die Operation sei leicht durchführbar, und drängten darauf, sie sofort zu beginnen. Mussolini hielt es jedoch für besser, bis Ende September abzuwarten.<sup>129</sup>

Unterdessen erfuhr der deutsche Aussenminister von seinem Repräsentanten in Athen, Fürst Viktor zu Erbach-Schönberg, dass Griechenland jedem Angriff Widerstand leisten und sich durch Italien nicht demütigen lassen werde, «auch auf Gefahr des Untergangs». In der Bevölkerung herrsche eine starke italienfeindliche Stimmung.<sup>130</sup> «Wenn Italien mit leichtem Durchsetzen territorialer Forderung gegen Griechenland [...] rechnet», so die Schlussfolgerung des Botschafters, «täuscht es sich gewaltig.»<sup>131</sup>

Für Deutschland war es eine Angelegenheit von höchster Dringlichkeit, die schwelenden Probleme auf dem Balkan unter Kontrolle zu halten. Hitler hatte am 20. Juli zu Ciano gesagt, er messe dem Frieden in der Donauregion und auf

dem Balkan die grösste Bedeutung bei.<sup>132</sup> Das Interesse der Sowjetunion an der Donauregion war überdeutlich geworden, als sie im Juni Bessarabien und die Nordbukowina annektiert hatte – Ersteres eine Region Rumäniens, die einst zum zaristischen Russland gehört hatte. Auch Ungarn befand sich mit Rumänien in einem Grenzstreit, der erst im August durch eine von Deutschland und Italien erzwungene «Schlichtung» beigelegt wurde, durch die Rumänien grosse Teile Siebenbürgens an Ungarn verlor. Deutschland hatte zwei Gründe, Aufruhr in der Region möglichst zu vermeiden: Zum einen sollten die Lieferungen von rumänischem Erdöl aus den Quellen von Ploiești nicht gefährdet werden, und zum anderen wollte man einer weiteren sowjetischen Expansion Einhalt gebieten. Russen und Briten vom Balkan fernzuhalten, war für Deutschland von grundlegendem Interesse. Eine impulsive italienische Aktion gegen Jugoslawien konnte das Eingreifen der Sowjetunion zur Folge haben, und ein Angriff auf Griechenland konnte die Briten durch die Hintertür hereinlassen. Mitte August wurde daher Rom auf diplomatischem Weg die Botschaft übermittelt, dass ein italienisches Vorgehen auf dem Balkan zu diesem Zeitpunkt nicht wünschenswert sei. «Ruhe auf dem Balkan», hatte Hitler Ciano am 20. Juli eingepreßt, sei von allerhöchster Bedeutung. Einige Tage zuvor hatte er dem italienischen Aussenminister klargemacht, die wichtigsten militärischen Ziele Italiens hatten weiterhin Ägypten und der Suezkanal zu bleiben.<sup>133</sup>

Mussolini beugte sich dem Druck, auch wenn Ciano dafür sorgte, dass die antigriechische Propaganda in der italienischen Presse weiterging und drei Divisionen für die Entsendung nach Albanien in Bereitschaft versetzt wurden.<sup>134</sup> Nachdem Ribbentrop am 19. August bei einem weiteren Treffen mit Alfieri in klaren Worten bekräftigt hatte, dass Deutschland Unruhen in dieser Region unbedingt vermeiden wolle, gab Mussolini drei Tage später die Anweisung, die Vorbereitungen für die Aktionen gegen Jugoslawien und Griechenland zu verlangsamen. Nordafrika bekam wieder Vorrang, obwohl Mussolini weiterhin Vorbereitungen für verschiedene mögliche Kriegsschauplätze treffen liess, so unvereinbar dies auch mit den begrenzten italienischen Ressourcen war.<sup>135</sup> Ciano hielt fest, dass «die Aktionen gegen Griechenland und Jugoslawien auf unbestimmte Zeit verschoben» worden seien.<sup>136</sup> Was Jugoslawien anging, traf dies zu. Das Unternehmen war praktisch aufgegeben worden. Man musste auf das hoffen, was Italien im Rahmen des nach der Niederlage Grossbritanniens

auszuhandelnden Friedensvertrages erhalten würde. In Bezug auf Griechenland sah die Sache anders aus. Ciano teilte Jacomoni in Albanien pflichtschuldig mit, dass «von höherer Stelle» der Befehl ergangen sei, «das Tempo [der] Schritte gegen Griechenland zu verlangsamen». Gleichzeitig wies er ihn aber an, «alle getroffenen Dispositionen im Bereitschaftszustand zu halten». Eine Krise solle zwar vermieden werden, die Frage aber «akut bleiben».<sup>137</sup>

Auch die militärischen Planungen für einen Angriff auf Griechenland gingen weiter.<sup>138</sup> Badoglio schien freilich zu glauben, dass die Planer umsonst weiterarbeiteten. Am 10. September machte sein Oberkommando den Generalstabschef der Luftwaffe, Francesco Pricolo, darauf aufmerksam, dass die Aktion gegen Griechenland «abgesagt» sei.<sup>139</sup> Mussolini sah das jedoch anders. Auch wenn er Jugoslawien aufgegeben hatte, wollte er die Option, Griechenland anzugreifen, nicht fallenlassen. Es wäre ein ganz und gar italienischer Triumph ohne deutsche Beteiligung. Darüber hinaus würde er sicherstellen, dass der Balkan weiterhin zur italienischen Einflussosphäre gehören würde, und der gerüchteweise bereits vermuteten Möglichkeit vorbeugen, dass die Deutschen trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Region ihren eigenen Stempel aufdrücken wollten.<sup>140</sup> Allerdings wechselten Mussolinis Ansichten mit seiner Stimmung. Beständigkeit war nicht seine Stärke. Am letzten Augusttag notierte Quirino Armellini, Badoglios Stellvertreter an der Spitze des Gesamtgeneralstabs, in seinem Tagebuch: «Ciano will den Krieg gegen Griechenland, um die Grenzen seines Grossherzogtums zu vergrössern; Badoglio erkennt, welch grosser Fehler es wäre, den Balkan in Brand zu stecken (das ist die deutsche Position), und möchte ihn vermeiden; und der Duce pflichtet einmal dem einen und einmal dem anderen bei.»<sup>141</sup> Dabei blieb es einen langen Monat lang.

Als Ribbentrop vom 19. bis 22. September Rom mit einer neuen «Überraschung»<sup>142</sup> im Gepäck besuchte – dem Militärbündnis mit Japan, das Italien nach seinen Wünschen in den nächsten Tagen zusammen mit Deutschland unterzeichnen sollte –, verblasste die Aussicht auf eine unmittelbar bevorstehende Invasion der Britischen Inseln bereits.<sup>143</sup> Ein sich lange hinziehender Krieg schien immer wahrscheinlicher zu werden. Mussolini war darüber nach wie vor nicht unglücklich.<sup>144</sup> Er befand sich in Hochstimmung. Da Deutschland in einem Konflikt mit Grossbritannien feststeckte, würde Italien, wie er glaubte, im Winter die Chance haben, ohne deutsche Hilfe durch Ägypten nach



Suez vorzurücken und den Briten die Grundlage ihrer Machtstellung im Nahen Osten zu entreissen. Und Badoglio wollte mindestens genauso sehr wie sein Chef verhindern, dass Deutschland in Italiens «Parallelkrieg» hineingezogen wurde. Ribbentrop hatte wiederum betont, dass Deutschland in absehbarer Zukunft keine Unruhe auf dem Balkan wünsche, aber auch erneut bekräftigt, dass Jugoslawien und Griechenland ausschliesslich italienisches Interessengebiet seien.<sup>145</sup> Darauf hatte Mussolini erwidert, dass er gegen beide Länder vorläufig nichts unternehmen werde. Doch er hatte die Gelegenheit auch genutzt, um den deutschen Aussenminister darauf aufmerksam zu machen, dass Griechenland als Helfer der Briten im Mittelmeer die gleiche Rolle spiele, die Norwegen im Norden ausgefüllt habe.<sup>146</sup>

Ciano bemühte sich nach Kräften, die Griechenlandfrage nicht aus dem Blickfeld verschwinden zu lassen. Er wartete weiterhin ungeduldig darauf, dass Italien in Aktion trat.<sup>147</sup> In diesem Sinn redigierte er auch das italienische Protokoll seiner Unterredung mit Ribbentrop, indem er ausdrücklich die Notwendigkeit der «Liquidierung von Griechenland» erwähnte – eine Formulierung, die sich im deutschen Protokoll nicht findet.<sup>148</sup> Gegenüber dem päpstlichen Nuntius erwähnte er kurz darauf, dass Italien, wenngleich nicht sofort, wegen der fehlenden Vertrauenswürdigkeit der Griechen deren Land zu besetzen beabsichtige. Er schien eine schnelle Eroberung ohne grosse Verluste im Sinn zu haben, um Griechenland als Verhandlungsmasse für einen Kompromissfrieden zu erwerben, den er als wahrscheinlichstes Ergebnis einer sich verschlechternden Kriegslage erwartete.<sup>149</sup>

Unterdessen setzte das Heer die Planung fort. Anfang Oktober versicherte Badoglio dem Heeresgeneralstab allerdings, dass mit einer baldigen Verwirklichung seiner Pläne nicht zu rechnen sei.<sup>150</sup> Da Nordafrika Priorität besass und über die Hälfte des Heeres demobilisiert war, um Erntehelfer freizusetzen, war die ohnehin begrenzte Personaldecke bereits bis zum Äussersten angespannt, und dabei würde es auch den ganzen Winter über bleiben.<sup>151</sup> Der Angriff auf Griechenland wurde auf die lange Bank geschoben.

Das war die Situation Anfang Oktober. Während Cianos Berlinaufenthalt anlässlich der Unterzeichnung des Dreimächtepakts am 27. September hatte Hitler ein Treffen mit Mussolini am Brenner vorgeschlagen, um die Kriegslage zu besprechen, insbesondere die Situation im Mittelmeer und dabei vor

allem die Frage des spanischen Kriegseintritts und die Beziehungen zu Frankreich. Das Treffen fand am 4. Oktober statt. Mussolini war in guter Verfassung, weil Italien in Ägypten «einen derartigen Erfolg gehabt hat, dass es den Ruhm erreicht hat, den es umsonst drei Jahrhunderte lang gesucht hat» (allerdings war er aufgebracht über Badoglio, dem er vorwarf, er würde die Offensive aufhalten).<sup>152</sup> Die Begegnung verlief gut: Mussolini wurde bestätigt, dass die deutsche Seite mit seinen territorialen Forderungen gegenüber Frankreich – Nizza, Korsika, Tunesien und Dschibuti – einverstanden sei.<sup>153</sup> Er äusserte sich zuversichtlich über die Aussichten auf einen italienischen Erfolg in Ägypten. Es sei nicht nötig, Hitlers Angebot von Spezialtruppen in Anspruch zu nehmen.<sup>154</sup> Mussolini kehrte in bester Laune nach Rom zurück. Leichten Ärger bereitete ihm lediglich die Saumseligkeit von Badoglio und Graziani in Bezug auf den Feldzug in Nordafrika. Ausserdem machte er seiner Verachtung für den König Luft, den er als «einzigen Defätisten des Landes» bezeichnete.<sup>155</sup>

Wenige Tage später trat jedoch ein Ereignis ein, das Mussolini die Stimmung verdarb und das Verhältnis zwischen den Achsenpartnern belastete: die Stationierung deutscher Truppen in Rumänien. Die Deutschen hatten den neuen rumänischen Diktator, General Ion Antonescu, Anfang September dazu gebracht, sie «einzuladen», eine «Militärmission» in sein Land zu entsenden. Für Deutschland entscheidend war die Sicherung der Erdölquellen von Ploiești. Bereits Mitte September, vor Ribbentrops Romreise, hatten die Italiener von den deutschen Plänen, Truppen nach Rumänien zu schicken, erfahren, und der deutsche Aussenminister hatte sie am 19. September gegenüber Ciano ausdrücklich angesprochen, doch der hatte diese wichtige Information offenbar nicht an Mussolini weitergeleitet.<sup>156</sup> Auch für Italien war das Erdöl von Ploiești lebenswichtig, und ausserdem hatte Mussolini die Donauregion stets als spezifisch italienisches Interessengebiet betrachtet. Deshalb war er in dieser Hinsicht besonders empfindlich, ebenso wie für die Art, in der Italien von seinem Achsenpartner behandelt wurde. So war es kein Wunder, dass er explodierte, als er aus Zeitungsberichten erfuhr, dass 15'000 deutsche Soldaten in Rumänien eingetroffen seien. Für ihn war es eine höchst unangenehme Erinnerung daran, dass Hitler ihn über bedeutende deutsche Aktionen wiederholt erst im Nachhinein informiert hatte.<sup>157</sup> Er war ausser sich und versuchte um-

gehend – aber erfolglos –, eine ähnliche «Einladung» für italienische Truppen zu erhalten. «Er ist wütend darüber, dass sich ausschliesslich deutsche Truppen auf den Petroleumfeldern aufhalten», bemerkte Ciano,<sup>158</sup> und zu Bottai sagte der Aussenminister, Italien müsse für die deutsche «Besetzung Rumäniens durch den Einmarsch in Griechenland ein Gegengewicht schaffen».<sup>159</sup> Am 10. Oktober versuchte Ribbentrop Ciano telefonisch zu besänftigen und liess ihn durch die deutsche Botschaft in Rom daran erinnern, dass er am 19. September in Rom über die Angelegenheit gesprochen habe. Ciano hörte es sich kommentarlos an. Der Schaden war bereits eingetreten.<sup>160</sup>

Zwei Tage später traf Mussolini die Entscheidung, Griechenland anzugreifen, sobald die Vorbereitungen abgeschlossen waren. Als er am 12. Oktober von einer mehrtägigen Reise in den Norden des Landes, wo er faschistische Organisationen besucht hatte, nach Rom zurückkehrte, empörte ihn die Nachricht über eine weitere Verzögerung von Grazianis seit Langem erwarteter Offensive in Nordafrika. Und was er über Rumänien erfuhr, fachte seine Verärgerung weiter an. In Bukarest waren die ersten deutschen Truppen eingetroffen. Darüber hinaus hatte Ribbentrops Ministerium selbstherrlich zu verhindern versucht, dass die italienische Presse darüber berichtete, und Antonescu wollte eine Stationierung italienischer Truppen anscheinend nur mit Zustimmung der Deutschen zulassen.<sup>161</sup> Mussolini schäumte vor Wut. Empört über den Affront gegen ihn selbst und sein Land, sann er auf Vergeltung. «Hitler stellt mich immer vor vollendete Tatsachen», beklagte er sich bei Ciano. «Diesmal werde ich ihm in der gleichen Münze heimzahlen: Er wird aus den Zeitungen erfahren, dass ich in Griechenland einmarschiert bin. So wird das Gleichgewicht wieder hergestellt sein.» Ciano nahm erfreut zur Kenntnis, dass endlich geschehen sollte, wofür er sich so lange eingesetzt hatte: «Jetzt scheint der Duce entschlossen zu handeln.» Er hielt die Operation für «nützlich und leicht durchführbar».<sup>162</sup>

In diesem extremen Zustand von Verärgerung und verletztem Stolz wurde die schicksalhafte Entscheidung für den Angriff auf Griechenland getroffen. Es war nicht nur die persönliche Kränkung, sondern auch die Sorge um sein Ansehen in der italienischen Bevölkerung, die Mussolini zum Handeln bewog. Was Kriegsbeute anging, konnte er sich vor den Italienern bisher mit kaum mehr brüsten als der unbedeutenden Eroberung des entlegenen Vorpostens Britisch-Somaliland im August.<sup>163</sup> Er war besorgt über den Eindruck, den ein

weiterer einseitiger deutscher Schritt auf die Öffentlichkeit machen würde. Man würde ihn als ein erneutes, kränkendes Beispiel der unerbittlichen Unterordnung Italiens unter die deutsche Macht betrachten. Ein schneller Sieg in Griechenland würde das Gleichgewicht wiederherstellen, sein eigenes Ansehen steigern und Italien endlich einen gewissen Anteil an der Kriegsbeute einbringen.<sup>164</sup>

Die Entscheidung war also auf impulsive, willkürliche Weise gefallen, wie es Mussolinis Persönlichkeit und seinem Herrschaftsstil entsprach. Aber seine Verärgerung über die Stationierung deutscher Truppen in Rumänien war nur der Anlass und nicht der Grund für den griechischen Feldzug. Sie war nicht ausschlaggebend dafür, ob, sondern lediglich, wann er stattfinden würde. Ein Angriff auf Griechenland war, wie dargelegt, Teil von Mussolinis langfristigen Vorhaben, Italien zur Vormacht im Mittelmeerraum und auf dem Balkan zu machen. Deutschland hatte wiederholt konzediert, dass Griechenland in die italienische Sphäre falle, aber auch ebenso oft betont, dass Unruhe auf dem Balkan zu vermeiden sei. Das italienische Militär gewann indessen den Eindruck, dass Mussolini am Brenner von Hitler in Bezug auf Griechenland freie Hand erhalten hatte.<sup>165</sup> Das war zweifellos ein Missverständnis. In den amtlichen Protokollen, dem italienischen wie dem deutschen, wird Griechenland nicht erwähnt. Also müssten entsprechende Äusserungen, wenn sie denn gefallen sein sollten, aus einem Unter-vier-Augen-Gespräch zwischen den beiden Diktatoren stammen. Angesichts der ständigen Sorge der deutschen Seite, den heiklen Status quo auf dem Balkan zu erhalten, ist es jedoch kaum denkbar, dass Hitler Mussolini zu einem Angriff auf Griechenland ermutigt hatte. Bei der fraglichen Bemerkung kann es sich allenfalls um ein allgemeines Zugeständnis gehandelt haben, ähnlich den früheren Feststellungen, denen zufolge Griechenland von deutscher Seite als Teil eines künftigen italienischen Herrschaftsgebiets gesehen wurde, aber nicht als Ziel einer unmittelbar bevorstehenden Eroberung. Auch Mussolini selbst hatte Griechenland bisher keinen Vorrang eingeräumt. Nordafrika schien ein wichtigerer und strategisch interessanterer Kriegsschauplatz zu sein. Tatsächlich dachte er in den ersten Tagen nach der Entscheidung für den Griechenlandfeldzug daran, gleichzeitig eine Offensive in Ägypten zu eröffnen, bis er am 16. Oktober erfuhr, dass eine solche frühestens in zwei Monaten stattfinden konnte.<sup>166</sup> Erst jetzt erhielt Griechenland oberste Priorität.

Am 13. Oktober teilte Mussolini Badoglio die am Tag zuvor allein getroffene Entscheidung für den Angriff auf Griechenland mit und legte den 26. Oktober als Angriffstermin fest. Der Chef des Gesamtgeneralstabs scheint keine Einwände erhoben zu haben. Am nächsten Tag sagte Mussolini zu Badoglio und Roatta, die Operation gegen Griechenland werde sich «nicht auf Ciamuria beschränken, sondern das ganze Land umfassen, das sich auf lange Sicht als lästig erweisen» könne. Er werde Hitler erst im letzten Augenblick über den bevorstehenden Angriff unterrichten.<sup>167</sup> Die früheren Pläne des Heeres hatten lediglich eine auf Epirus, also Nordgriechenland begrenzte Invasion vorgesehen. Erst in diesem Augenblick erfuhr Roatta, immerhin der stellvertretende Generalstabschef des Heeres, dass die bisherigen Planungen hinfällig waren. Er wies darauf hin, dass ein Vorstoss bis nach Saloniki und Athen eine weit grössere Streitmacht erfordere, als bisher geplant.<sup>168</sup> Man brauche drei Monate, um die erforderliche Zahl von zwanzig Divisionen bereitzustellen.<sup>169</sup> Privat äusserten die Streitkräftechefs allesamt Zweifel daran, ob die Operation vor Grazianis Offensive in Ägypten durchführbar sei. Doch wenn Mussolini etwas davon zu Ohren gekommen sein sollte, dann hörte er nicht darauf.

Mussolini berief für den nächsten Tag, den 15. Oktober, um elf Uhr vormittags eine Sitzung der Militäρχefs in seinem Arbeitszimmer im Palazzo Venezia ein, «um in groben Zügen das Vorgehen festzulegen, für das [er sich] gegenüber Griechenland entschieden» hatte. Teilnehmer waren Ciano, Badoglio, dessen Stellvertreter Ubaldo Soddu und Roatta sowie die aus Albanien nach Rom beorderten Jacomoni und Visconti-Prasca. Roatta kam zu spät, da er erst kurz zuvor von Mussolinis Privatsekretär von der Sitzung erfahren hatte, und die Stabschefs von Marine und Luftwaffe, Cavagnari und Pricolo, waren bemerkenswerterweise nicht eingeladen worden.<sup>170</sup> Die nur anderthalb Stunden dauernde Diskussion war eine der oberflächlichsten und dilettantischsten, die jemals über eine riskante militärische Strategie geführt worden sind.

Am Anfang nannte Mussolini die Ziele der Operation: In einer ersten Phase sollten die gesamte Südküste Albaniens sowie die ionischen Inseln Korfu, Kefallonia und Zakynthos eingenommen werden, bevor in einer zweiten Phase ganz Griechenland erobert und «ausser Gefecht» gesetzt werden sollte. Dies würde die Position Italiens gegenüber Grossbritannien im Mittelmeer stärken

und sicherstellen, dass Griechenland in der italienischen «politökonomischen Sphäre» bleibe. Als Angriffstermin, der «um keine einzige Stunde überschritten werden» dürfe, habe er den 26. Oktober festgesetzt. Roatta scheint von diesem Datum jetzt zum ersten Mal gehört zu haben.<sup>171</sup> Noch am Tag zuvor hatte er erklärt, dass man für die Vorbereitung einer derart umfangreichen Operation drei Monate brauche.

Vonseiten Jugoslawiens oder der Türkei erwartete Mussolini keine Schwierigkeiten, und Bulgarien wollte er durch das Angebot mazedonischer Gebiete zu einem «Bauern» im italienischen Spiel machen. Dann erteilte er Jacomoni das Wort, der ihm versicherte, dass man die Operation in Albanien ungeduldig erwarte. Es könnten jedoch Nachschubschwierigkeiten auftreten, wenn der Hafen von Durazzo, der Hauptumschlagplatz von Truppen und Material, bombardiert werden sollte. Auch der Zustand der Strassen könne, obwohl er erheblich besser geworden sei, Probleme bereiten. Im Übrigen würden die Griechen Widerstand leisten, in welchem Ausmass, werde von der Schnelligkeit und Wirksamkeit der italienischen Aktion abhängen. Was die Frage britischer Hilfe für Griechenland angehe, so könnte die Royal Airforce bei einer Teilbesetzung Luftangriffe auf Süditalien und Albanien fliegen. Die griechische Luftwaffe stelle hingegen keinen Grund zur Sorge dar. Auf die Frage nach der Moral der griechischen Bevölkerung erklärte Jacomoni, ihre Stimmung sei «tief bedrückt».

Anschliessend schilderte Visconti-Prasca die militärische Lage in Albanien. Er war überaus optimistisch. Die erste Phase der Operation sei «bis ins Kleinste und so vollkommen wie menschenmöglich vorbereitet». Nach seiner Einschätzung würde man für die Eroberung von Epirus nur zehn bis fünfzehn Tage benötigen. Sie werde also abgeschlossen sein, lange bevor die regenreiche Jahreszeit ernsthafte Probleme verursachen könne. Der Beginn der Operation, warf Mussolini ein, könne zwar vorgezogen, aber nicht aufgeschoben werden. Visconti Prasca versicherte, die Moral seiner Truppen sei ausgezeichnet. Rund 70'000 Mann stünden bereit, sodass man den Griechen im Verhältnis von zwei zu eins überlegen sei. Die griechische Luftwaffe existiere für ihn nicht. Die einzige Sorge in dieser Hinsicht sei eine mögliche britische Unterstützung. Angesichts der Jahreszeit deutete Visconti-Prasca jedoch Vorbehalte gegen eine Ausdehnung der Operation auf Saloniki an. Dafür brauche man Zeit; er rechne mit etwa zwei Monaten. Mussolini unterstrich, dass Saloniki

nicht zu einem britischen Stützpunkt werden dürfe, und fragte nach der Moral der griechischen Soldaten. «Das sind keine Leute, die gern kämpfen», war Visconti-Prasca lapidare Antwort. Im Übrigen werde er als Provokation für den Angriff auf Griechenland einen Vorfall inszenieren. Mussolini mahnte ihn, sich nicht zu viele Gedanken über mögliche Verluste zu machen, worauf Visconti-Prasca erwiderte, er habe stets den Angriff befohlen, auch wenn Bataillone ganzen Divisionen gegenübergestanden hätten.

An diesem Punkt ergriff Badoglio das Wort: Er glaube, dass das britische Augenmerk auf Ägypten liege, und halte eine Landungsoperation in Griechenland für unwahrscheinlich. Man müsse lediglich mit britischer Hilfe aus der Luft rechnen, erklärte er. Deshalb wäre man gut beraten, gleichzeitig mit der Operation gegen Griechenland in Ägypten auf Mersa Matruh vorzustoßen, sodass die Briten kaum Flugzeuge zur Unterstützung der Griechen entbehren könnten. Mussolini, der noch nichts von Grazianis Absicht wusste, die Offensive zu verschieben, sprach sich sogar dafür aus, Mersa Matruh noch vor dem Überfall auf Griechenland einzunehmen. Wenn man von dort aus weiter vorstossen würde, begründete er seine Auffassung, würde es den Briten noch schwerer fallen, den Griechen zu helfen. Und «nach dem Verlust der ägyptischen Schlüsselstellung wäre das britische Empire, selbst wenn London weiterkämpfen könnte, in die Defensive gedrängt», fügte er voller Zuversicht hinzu. Badoglio stimmte Visconti-Prasca Operationsplan für Epirus zu, meinte aber, dass man sich damit begnügen müsse. Ausserdem würde man sonst ausser dem griechischen Festland auch Kreta und den Peloponnes besetzen müssen. Dafür brauche man jedoch zwanzig Divisionen – das war die Zahl, die Roatta am Tag zuvor genannt hatte – sowie drei Monate Zeit.

Mussolini wies daraufhin, dass man bis zum Abschluss der Besetzung von Epirus zwischen dem 10. und 15. November einen weiteren Monat zur Verfügung habe, um frische Truppen heranzuführen, die für den Rest der Operation benötigt würden. Dann wollte er wissen, wie man sich den Marsch auf Athen vorstelle, wenn Epirus besetzt wäre. Visconti-Prasca rechnete mit keinen grossen Schwierigkeiten. Fünf oder sechs Divisionen würden genügen, dachte er. Badoglio warf ein, dass der Vorstoss auf Athen der Einnahme Salonikis vorangehen sollte, und Roatta pflichtete Mussolinis Annahme bei, dass dafür zwei Divisionen ausreichen würden. Mussolini war zufrieden, dass «die Dinge sich

klären». Visconti-Prasca bestätigte, dass Griechenland durch die Einnahme Athens geteilt wäre und Saloniki von dort aus angegriffen werden könnte. Auf eine Nachfrage Mussolinis räumte er jedoch ein, dass das Terrain zwischen Epirus und Athen ausserordentlich schwierig sei: rund zweihundertsiebzig Kilometer schlechte Wege über steile Berge und einen Gebirgszug, über den nur Maultierpfade führten. Für diesen Abschnitt wären drei Gebirgsjägerdivisionen erforderlich, die nach seiner Vorstellung in einer einzigen Nacht ein gutes Stück die griechische Küste hinunter nach Arta verschifft werden könnten.

Der letzte Teil der Sitzung war der Frage des möglichen Einsatzes albanischer Truppen und der Stationierung von Luftabwehrgeschützen in Albanien gewidmet. Anschliessend stellte Mussolini fest, dass man nun «alle Aspekte des Problems geprüft» habe, und resümierte: «Offensive in Epirus, Beobachtung und Druck auf Saloniki und in einem zweiten Zeitabschnitt der Marsch auf Athen.»<sup>172</sup>

Was als diktatorische Entschlossenheit verstanden wurde, war in Wirklichkeit nichts als eine Mixtur aus halb garen Annahmen, oberflächlichen Beobachtungen, amateurhaften Schlussfolgerungen und völlig unkritischen Einschätzungen, die allesamt vom bestmöglichen Verlauf des Feldzugs ausgingen. Nach jahrelanger Selbstindoktrination glaubte Mussolini fest an seine eigene Unfehlbarkeit. Jacomoni und Visconti-Prasca waren prototypische Kreaturen seines Regimes, die nur dazu fähig waren, die Ansichten ihres Herrn nachzubeten, von dessen Selbstverherrlichung profitieren wollten und einzig darauf bedacht waren, ihm zu gefallen, indem sie ihm nach dem Mund redeten. Ciano blieb zumeist stumm. Seine Position war klar, und so überliess er seinen Trabanten das Feld. Er war sich sicher, dass Mussolini jetzt das vorantrieb, was er selbst von Anfang an gewollt hatte. Soddus Schweigen war ein Zeichen seiner Zustimmung zu der Operation. Badoglio und Roatta erhoben nur indirekt Einspruch, indem sie auf Grösse und Ausmass der Operation hinwiesen, wenn sie die Eroberung ganz Griechenlands zum Ziel haben sollte. Ansonsten nahmen sie auch die windigsten Annahmen widerspruchslos hin.<sup>173</sup> Sie waren umso eher bereit, sich dem Willen des «Duce» zu beugen, als sie selbst die Griechen unterschätzten und von dem monatelangen Zermübungskampf mit Mussolinis Augenblickseinfällen in militärischen Fragen, deren Komplexität er auch nicht im Entferntesten begriff, erschöpft waren. So konnte Mussolini seinen Willen



in der Sitzung ohne Gegenwehr durchsetzen. Seine einsam getroffene Entscheidung war zu einer gültigen Direktive geworden, welche die volle Zustimmung der Streitkräftechefs besass.

Kaum hatten die Militärführer die Sitzung verlassen und begonnen, über die Einzelheiten einer Operation nachzudenken, deren Ziele sie so sorglos abgenickt hatten, stellten sich ernsthafte und rasch zunehmende Zweifel ein. Die Landung in Arta zum Beispiel war völlig unmöglich, wie Marinechef Cagnari feststellte. Der Angriff auf Mersa Matruh, der gleichzeitig mit oder schon vor dem Griechenlandsfeldzug stattfinden sollte, wurde um mindestens zwei Monate aufgeschoben. Und die Briten, befürchtete man, würden umgehend Stützpunkte in Südgriechenland errichten, von denen aus sie die italienische Flotte in Tarent am Absatz des Stiefels angreifen könnten. Badoglio sprach diese Bedenken am 17. Oktober gegenüber Ciano an. Sein Pessimismus hinsichtlich der Operation war unverkennbar, und auch die drei Generalstabschefs hatten sich «einstimmig dagegen ausgesprochen».<sup>174</sup> Als er am nächsten Tag einem wutentbrannten Mussolini, der von den Einwänden erfahren hatte, gegenübertrat, war ihm allerdings sein logistisches Hauptargument, die Unzugänglichkeit des Hafens von Arta, abhanden gekommen, da sich herausgestellt hatte, dass die Griechen gerade erst eine Tiefwasserfahrinne ausgehoben hatten, sodass auch grosse Schiffe dort anlegen konnten, und er wiederholte seine Bedenken nicht. Zu Ciano hatte Mussolini gesagt, dass er ein Rücktrittsgesuch Badoglios annehmen würde. Aber der Chef des Gesamtgeneralstabs reichte keines ein, und was den Angriff auf Griechenland betraf, so erreichte er lediglich eine zweitägige Verschiebung des Termins auf den 28. Oktober.<sup>175</sup>

Die militärischen Vorbereitungen wurden überhastet und unsystematisch vorangetrieben.<sup>176</sup> Nicht einmal die Demobilisierung von in Italien stehenden Truppen wurde abgebrochen.<sup>177</sup> Wie sich herausstellte, konnte der Transport der motorisierten Einheiten nach Albanien nicht rechtzeitig abgeschlossen werden, da der Hafen von Durazzo überfüllt war. Ausserdem wurde das Wetter immer schlechter, was die Truppentransporte erschwerte und die albanischen Strassen in Morast verwandelte. Dann weigerte sich König Boris von Bulgarien zu Mussolinis Ärger, sich an dem Angriff zu beteiligen. Und schliesslich stellte sich heraus, dass das Kräfteverhältnis wesentlich ungünstiger war, als Visconti-Prasca versichert hatte. Die italienischen Truppen waren

den griechischen keineswegs im Verhältnis von zwei zu eins überlegen; vielmehr war das Kräfteverhältnis ungefähr ausgeglichen, und das bereits vor Abschluss der griechischen Mobilmachung, durch die eine beträchtliche Reserve aktiviert werden konnte. Die Kommandeure vor Ort in Albanien verlangten einen Ermessensspielraum in Bezug auf den Angriffstermin, doch Mussolini beharrte auf dem 28. Oktober. Ausschlaggebend für den Zeitplan war die Sorge, dass Hitler, der damals von seinen Verhandlungen mit Franco und Pétain in Anspruch genommen wurde, intervenieren könnte, um den Feldzug zu stoppen, wenn er von dem Vorhaben Wind bekommen sollte.<sup>178</sup>

Trotz aller logistischen Probleme hatten weder die Militärführer in Rom noch die Frontkommandeure in Albanien die geringsten Zweifel an einem leichten Sieg über Griechenland. Die Griechen wurden allgemein unterschätzt. Ciano sprach von einem «Spaziergang»;<sup>179</sup> laut Soddu erwartete man allgemein eine «Militärparade», und der König glaubte, dass die Griechen beim ersten Ansturm ins Wanken geraten würden.<sup>180</sup> Solche Erwartungen stärkten das Einverständnis mit Mussolinis hastig getroffener Entscheidung, über Griechenland herzufallen. Aber ein schneller Sieg war vonnöten. Mussolini wollte vermeiden, dass Grossbritannien und vielleicht auch die Türkei in einen längeren Konflikt hineingezogen wurden. Deshalb verlangte und erwartete er einen vernichtenden ersten Schlag, der «das Ganze in wenigen Stunden zum Zusammenbruch [...] bringen» sollte.<sup>181</sup> Er war am Morgen des 28. Oktober in bester Laune.<sup>182</sup>

Hitler war dagegen alles andere als erfreut, als er auf der Rückfahrt von seinen Gesprächen mit Franco und Pétain erfuhr, dass Italien im Begriff sei, Griechenland anzugreifen. Er soll vor Wut gekocht haben. Seine Sorge war, dass die italienische Aktion den gesamten Balkan in Brand stecken und den Briten die Gelegenheit bieten könnte, Luftstützpunkte in der Region zu errichten. Er hielt das Ganze für Mussolinis Rache für Norwegen und Frankreich.<sup>183</sup> Tatsächlich hatten die Deutschen in den vorangegangenen Tagen aus zuverlässigen Quellen eine Vielzahl indirekter Hinweise für einen unmittelbar bevorstehenden italienischen Angriff auf Griechenland erhalten.<sup>184</sup> Gleichwohl bestritten führende italienische Militärs, dass irgendetwas im Gange sei. In Berlin schenkte man den Dementis Glauben. Hitler scheint erst am 25. Oktober von Beunruhigung erfasst worden zu sein. An diesem Tag erreichte ihn ein sechs Tage zuvor geschriebener Brief Mussolinis, in dem dieser geschickt formuliert vorschlug, sehr bald gegen Griechenland vorzugehen. Doch die Nach-

richten aus Rom blieben widersprüchlich. Ein bereits ins Auge gefasstes Treffen mit Mussolini, auf dem die Ergebnisse von Hitlers Verhandlungen mit Franco und Pétain besprochen werden sollten, wurde vorverlegt. Es fand am 28. Oktober in Florenz statt. Als Hitler dort eintraf, teilte ihm ein strahlender «Duce» mit, dass italienische Truppen im Morgengrauen die albanisch-griechische Grenze überschritten hätten.<sup>185</sup>

Mussolini hatte sein eigenes *Fait accompli* geschaffen. Später, als bereits klar war, dass der italienische Angriff auf verheerende Weise gescheitert war und er Mussolini für seine Hast tadelte, erklärte Hitler, er sei in der Absicht nach Florenz gefahren, den Verbündeten von einem verführten Vorgehen gegen Griechenland abzuhalten und ihm einzuschärfen, eine solche Operation keinesfalls ohne die vorherige Einnahme Kretas durchzuführen, für die er militärische Hilfe zu leisten bereit gewesen wäre.<sup>186</sup> Aber bei ihrem Treffen in Florenz war von solchen Mahnungen nichts zu hören. Vielmehr hielt Hitler sich zurück. Doch was immer er im Stillen dachte, er dürfte kaum geahnt haben, welches Ausmass die von Mussolini heraufbeschworene militärische Katastrophe annehmen sollte. Er bot deutsche Unterstützung für die Operation selbst sowie einen Fallschirmspringerangriff auf Kreta an (um einer britischen Intervention vorzubeugen).<sup>187</sup> Der Rest des Treffens war dem Bericht über seine Gespräche mit Pétain, Laval und Franco gewidmet. Er wollte Mussolinis Vorbehalte gegenüber seinen Verhandlungen mit Vichyfrankreich zerstreuen.<sup>188</sup> Griechenland wurde nicht noch einmal erwähnt.

Das sollte sich bald ändern, denn der schlecht geplante und unkoordinierte Angriff wurde alles andere als ein Spaziergang. Vielmehr entwickelte er sich rasch zu einem Desaster. Er fand bei grauenhaftem Wetter statt. Die italienischen Panzer und schweren Kanonen blieben aufgrund des unaufhörlich niederprasselnden Regens in knietiefem Schlamm stecken. Die Wasserläufe waren angestiegen. Viele Gebirgswege erwiesen sich als unpassierbar. Flugzeuge konnten wegen dichten Nebels nicht starten. Schwerer Seegang behinderte die Flottenoperationen. Ausserdem wurde bald spürbar, dass es an Ausrüstung, Treibstoff, Munition und Soldaten fehlte. Die mangelhafte Ausbildung der Truppen und der Dilettantismus der Führung trugen ebenfalls zu dem sich abzeichnenden Debakel bei. Hinzu kam, dass die Griechen ihr Land tapfer verteidigten und von Anfang an zäh Widerstand leisteten. Ihr Vorteil war, dass sie das Terrain kannten, und sie waren in der Defensive besser organisiert als

die Italiener in der Offensive. Schon nach etwas mehr als einer Woche kam der italienische Vorstoss in Epirus zum Stehen. Eine weitere Woche später wurden die Angreifer durch einen griechischen Gegenschlag hinter die albanische Grenze zurückgeworfen. Als die Front sich festigte, weil das schlechte Wetter jeden weiteren Vorstoss unmöglich machte, verlief sie fünfzig Kilometer von der Grenze entfernt innerhalb Albaniens. Mussolinis brutaler Befehl, alle griechischen Städte mit mehr als zehntausend Einwohnern dem Erdboden gleichzumachen, konnte nicht ausgeführt werden.<sup>189</sup> Innerhalb von sechs Wochen hatte sich herausgestellt, dass die Mächtegerne Weltmacht Italien militärisch sogar dem Fliegengewicht Griechenland unterlegen war. Die Achillesferse der Achse hätte nicht deutlicher offenbar werden können.

Zu allem Überfluss wurde Mitte November auch noch die in Tarent ankernde italienische Flotte durch einen britischen Luftangriff schwer beschädigt. Die Hälfte der italienischen Kriegsschiffe war ausser Gefecht gesetzt, und mit ihnen versanken auch die faschistischen imperialen Träume. Durch diesen einen Schlag wurde das maritime Kräfteverhältnis im Mittelmeer entscheidend verändert.<sup>190</sup> Und Anfang Dezember mussten sich Grazianis Truppen, deren Offensive in Nordafrika immer noch wegen der Griechenlandoperation hinausgezögert wurde, des ersten einer ganzen Reihe verheerender Angriffe erwehren. Bis Mitte Dezember wurden sie durch die britische Offensive aus Ägypten vertrieben, und im neuen Jahr verwandelte sich ihr Rückzug in eine regelrechte Flucht. Bis Ende Januar 1941 überwandten die britischen Truppen über dreihunderzwanzig Kilometer Wüste, nahmen 113'000 italienische Soldaten gefangen und eroberten über siebenhundert Geschütze. Danach war, wie Churchill später schrieb, die «grosse italienische Armee, die in Ägypten eingefallen war und das Niltal zu erobern gehofft hatte, [...] als militärische Streitkraft kaum noch vorhanden».<sup>191</sup> Dies war eine der schwerwiegendsten Folgen der Entscheidung für den Angriff auf Griechenland: Die militärischen Anstrengungen hätten auf den Vorstoss nach Suez konzentriert werden müssen, zumal man es noch mit schwachen britischen Kräften zu tun gehabt hätte. Doch er war zugunsten des unnötigen griechischen Abenteuers, einem Fehlschlag ersten Ranges und mit gewaltigen Kosten, vernachlässigt worden.

Im Dezember war Badoglio als Sündenbock für das Debakel entlassen worden. Aber nicht nur Badoglio, sondern auch die anderen Militärführer verübel-

ten es Mussolini, dass er ihnen die Schuld an einer Katastrophe zuschob, die er selbst verursacht hatte. Zudem nahm vor dem Hintergrund einer sinkenden Moral der Bevölkerung, schlechter werdenden Lebensbedingungen und militärischer Rückschläge jetzt auch Mussolinis Ansehen Schaden, und seine Popularität liess nach. Ciano, von dem bekannt war, dass er zu den treibenden Kräften des Angriffs auf Griechenland gehört hatte, wurde zum Ziel vieler Schmähungen, von denen viele zweifellos eigentlich seinem Schwiegervater galten. Auch in der faschistischen Führung zeigten sich erste Risse, wenngleich sie vorerst noch keine Gefahr für Mussolini darstellten. Alte Parteigenossen versuchten sich von der katastrophalen Entwicklung abzusetzen und in eine günstigere Position zu bringen.

Die Entscheidung für den Angriff auf Griechenland erwies sich rasch als selbst verursachte riesige Schwächung. Wie die Ereignisse bald zeigten, konnte die militärische Lage nur mit deutscher Hilfe – die Mussolini unbedingt vermeiden wollen – gemeistert werden. Aus Hitlers Sicht war Griechenland ein Nebenschauplatz. Er hatte ein weit grösseres Ziel vor Augen. Molotows Berlinbesuch Mitte November hatte ihm klargemacht, dass er den Angriff auf die Sowjetunion im nächsten Frühjahr vorantreiben musste. Mitte Dezember wurde das «Unternehmen Barbarossa», wie es genannt werden sollte, in eine militärische Weisung gefasst. Vor diesem Hintergrund war Griechenland eine unwillkommene Ablenkung. Hitler hatte sich Ruhe auf dem Balkan gewünscht, aber er konnte die Gefahr nicht ignorieren, die jetzt dank Mussolinis ungelegen gekommenem Abenteuer von einer drohenden britischen Militärpräsenz an einem neuralgischen Punkt ausging. Die anhaltende italienische Unfähigkeit und verstärkte britische Beteiligung zwangen die deutschen Militärplaner, sich genauer mit einer Operation gegen Griechenland zu befassen.<sup>192</sup> Bis Ende November wurden Pläne für eine Besetzung des Landes ausgearbeitet, obwohl Hitler Ciano mitgeteilt hatte, dass Deutschland erst im Frühjahr eingreifen könne.<sup>193</sup> Als Hitler dann im März 1941 zu der Überzeugung gelangte, dass eine umfassende Operation notwendig war, um die Briten zur Räumung des gesamten griechischen Festlands zu zwingen, waren weit mehr Truppen vonnöten, als ursprünglich angenommen, und die konnten nur auf Kosten der zum Schutz der Südflanke des «Unternehmens Barbarossa» eingeteilten Kräfte bereitgestellt werden.<sup>194</sup> Mit einer derart aufwändigen In-

tervention in Griechenland hatten die Deutschen nicht gerechnet. Eigentlich hatten die Italiener sie nicht dort haben wollen. Aber genau dies hatte Mussolini mit seinem Balkanabenteuer erreicht: eine Katastrophe für Italien mit weitestgehenden Konsequenzen für den gesamten Kriegsverlauf.

v

Kurz vor Kriegsende, als die unvermeidliche Niederlage immer näherrückte, mass Hitler im Rückblick Mussolinis griechischem Fiasko eine grosse Mitschuld an seiner eigenen späteren Katastrophe bei. «Ohne die von den Italienern mit ihrem idiotischen griechischen Feldzug verursachten Schwierigkeiten hätte ich die Russen in der Tat schon um einige Wochen früher angegriffen», soll er im Februar 1945 erklärt haben. Nach seiner Ansicht hatte ihn die Verzögerung des «Unternehmens Barbarossa» den Sieg über die Sowjetunion gekostet. Zwei Tage später beklagte er sich in ähnlicher Weise darüber, dass sich die Italiener, ohne ihn zu fragen oder auch nur zu informieren «in den vollkommen sinnlosen Griechenlandfeldzug» gestürzt hätten. «Gegen unseren Willen», fuhr er fort, «waren wir dadurch gezwungen, mit Waffengewalt in die Ereignisse auf dem Balkan einzugreifen, woraus sich die unheilvolle Verspätung des Aufmarsches gegen Russland zwangsläufig ergab. Ausserdem wurde die Schlagkraft einiger unserer besten Divisionen unnötig abgenutzt. Schliesslich waren wir dadurch zur Besetzung weiter, unübersichtlicher Räume gezwungen, in denen sich sonst die Anwesenheit unserer Truppen übrig hätte.» «Wir haben wirklich kein Glück mit den Romanen!», seufzte er kurz darauf. Der einzige Freund unter ihnen, Mussolini, habe die Gelegenheit, als er mit Spanien und Frankreich beschäftigt gewesen sei, genutzt, «um seinen unglückseligen Griechenfeldzug zu starten».<sup>195</sup>

Zur Erklärung für die verheerende deutsche Niederlage in der Sowjetunion trug dies allerdings wenig bei.<sup>196</sup> Die fünfwöchige Verzögerung des «Unternehmens Barbarossa» allein war nicht entscheidend. Wahrscheinlich hätte man aufgrund der ungewöhnlichen Wetterbedingungen vor Mitte Juni gar nicht losschlagen können. Der Grund für das Scheitern des Russlandfeldzugs lag vielmehr in der Hybris des deutschen Vorhabens – das so grössenwahn-

sinnig wie barbarisch war – sowie in den Planungsfehlern und den begrenzten Ressourcen, welche die Operation von Anfang an behinderten. Der durch das italienische Scheitern notwendig gewordene Angriff auf Griechenland im Frühjahr 1941 hatte in der Tat eine grosse Abnutzung von Panzern und anderen für «Barbarossa» benötigten Fahrzeugen zur Folge und verringerte die Kräfte an der Südflanke des Russlandfeldzugs. Aber obwohl die Abzweigung von Ressourcen nach Griechenland so kurz vor dem Angriff auf die Sowjetunion diesem sicherlich nicht nutzte, fügte Mussolinis törichtes Abenteuer ihm keinen fundamentalen Schaden zu. Gravierende Auswirkungen hatte es allerdings auf die Kriegführung der Achse in Nordafrika.

Im Herbst 1940 hätte dort der Schwerpunkt des Krieges liegen müssen. Die italienische Position vor dem Beginn einer nordafrikanischen Offensive wäre tatsächlich wesentlich stärker gewesen, wenn Italien nach seinem Kriegseintritt Tunis und Malta eingenommen hätte.<sup>197</sup> Aber ein solcher Schritt wurde nie auch nur vorbereitet. Dennoch waren die Italiener den Briten in der Region zahlenmässig überlegen, auch wenn sich dies rasch änderte. Graziani verschob mehrfach den von ihm erwarteten Vorstoss, weil er sich bewusst war, dass die italienischen Kräfte nicht ausreichten, um die Grossoffensive durch Ägypten durchzuführen, zu der Mussolini ihn unablässig drängte. Die Deutschen sahen die Bedeutung dieser Region und boten Truppen und Ausrüstung an. Das italienische Oberkommando wollte das Angebot auch annehmen, denn dies hätte den Gang der Ereignisse möglicherweise geändert. Aber Mussolini lehnte das Angebot ab.<sup>198</sup> Er wollte die Deutschen von einem Kriegsschauplatz fernhalten, den er als italienische Domäne betrachtete. Darüber hinaus wurden ab Oktober dringend benötigte Truppen und Ausrüstungen anstatt nach Nordafrika nach Griechenland geschickt. Zwischen Oktober 1940 und Mai 1941 wurden für den Griechenlandfeldzug fünfmal so viele Soldaten, eineindrittelmal so viel Material, dreieinhalbmals so viele Handelsschiffe und mehr als zwei Mal so viele Geleitschiffe zur Verfügung gestellt wie für Nordafrika.<sup>199</sup> Nach dem Beginn der britischen Offensive im Dezember sollten die Folgen dieser Zersplitterung der Kräfte rasch deutlich werden.

In Deutschland bemerkte man die abzusehenden Konsequenzen sofort. Bereits am 14. November, etwas mehr als zwei Wochen nach dem Beginn des griechischen Abenteuers, stellte die Seekriegsleitung fest: «Verschlechterung der Bedingungen für italienische Libyenoffensive gegen Ägypten. Es muss

nach Auffassung Skl damit gerechnet werden, dass Italien Ägyptenoffensive überhaupt nicht mehr durchführt» – obwohl sie der britischen Kriegsanstrengung weit mehr geschadet hätte als ein Angriff auf Griechenland, insbesondere wenn der Achse das Gebiet um Suez in die Hände gefallen wäre. In der Lagebeurteilung der Seekriegsleitung hiess es weiter:

«Italienisches Vorgehen gegen Griechenland ausgesprochen schwerer strategischer Fehler, der sich bei zu erwartender Aktivität der Engländer und entsprechenden Gegenaktionen für weitere Entwicklung im östlichen Mittelmeer und im afrikanischen Raum, damit für die gesamte weitere Kriegführung nachteilig auswirken kann. [...] Skl' Überzeugung, dass Ausgang Offensive gegen Alexandrien/Suez und Entwicklung Lage Mittelmeer mit Ausstrahlungen auf den afrikanischen und vorderasiatischen Raum von kriegsentscheidender Bedeutung. [...] Italienische Wehrmacht nach Führung und militärischer Leistungsfähigkeit nicht in der Lage, erforderliche Operationen im Mittelmeerraum mit nötiger Schnelligkeit und Durchschlagskraft zum Erfolg zu führen. Auch erfolgreicher Angriff gegen Ägypten durch Italiener allein kaum noch zu erwarten.»<sup>200</sup>

Mitte Dezember ging es nicht mehr um die lange erwartete Offensive gegen Ägypten, sondern nur noch um die Begrenzung des durch den italienischen Zusammenbruch angerichteten Schadens. Obwohl sich Rommel im Wüstenfeldzug mit begrenzten Mitteln teuer verkaufte, hatten das italienische Scheitern und die anders gesetzten deutschen Prioritäten für den Einsatz von Truppen und Material zur Folge, dass der wichtige nordafrikanische Kriegsschauplatz in zunehmendem Mass von den Alliierten beherrscht wurde. Zu dieser (aus Sicht der Achse) unglücklichen Lage hatte Mussolinis Entscheidung, Griechenland Ende Oktober 1940 anzugreifen, wesentlich beigetragen.

Die unmittelbarsten Folgen von Mussolinis schicksalhafter Entscheidung bekamen die Griechen und Italiener zu spüren. Die direkten Verluste des am 28. Oktober vom Zaun gebrochenen Konflikts beliefen sich auf 150'000 Soldaten auf italienischer und 90'000 Soldaten auf griechischer Seite.<sup>201</sup> Für die Griechen war es allerdings nur der Anfang des Elends. Auf die deutsche Invasion im April 1941 folgten dreieinhalb Besatzungsjahre, in denen, neben den



Repressionsmassnahmen der Eroberer, Hyperinflation und Unterernährung eine grosse Zahl von Opfern forderten. So verhungerten allein im Winter 1941/ 42 etwa hunderttausend Menschen. Ausserdem überlebten nur wenige griechische Juden die Razzien der Besatzer und die Deportation in die Todeslager. Selbst die Befreiung im Oktober 1944 brachte noch nicht das Ende der Leiden, denn nun traten die tiefen, unüberbrückbaren inneren Spaltungen, die während der Besatzungszeit aufgerissen waren, in vollem Umfang zutage und entluden sich in einem Bürgerkrieg, der 1946 begann und dreieinhalb Jahre dauern sollte.<sup>202</sup>

Für Italien markierte der unglückselige Griechenlandsfeldzug – zusammen mit den beiden zugehörigen Katastrophen, der Versenkung der Flotte in Tarent und dem schmachvollen Zusammenbruch in Nordafrika – das endgültige Ende aller Grossmachtambitionen. Die Idee eines «Parallelkrieges», in dem Italien ein eigenes Reich erobern wollte, war als Hirngespinnst entlarvt worden. Mussolini war sicherlich der wichtigste Ideologe und die Haupttriebkraft bei der Umsetzung dieses Konzepts gewesen, aber er hatte an eine lange Tradition italienischer Bestrebungen, eine wirkliche Grossmacht zu werden, anschliessen können. Denn trotz aller Befürchtungen hinsichtlich der Folgen von Expansion und Krieg und trotz aller wohl begründeten strategischen und taktischen Vorbehalte hatten die führenden Kräfte Italiens bis hinauf zum König gegen den Einsatz von Waffengewalt, um ein Weltreich zu schaffen und die nationale Grösse zu untermauern, keine grundsätzlichen Einwände erhoben. Hätte Mussolini den Krieg erfolgreich geführt, wäre ihm kaum Opposition entgegengeschlagen.

Seit Mitte der dreissiger Jahre war Italien immer mehr zum blossen Anhängsel Deutschlands geworden. Durch den impulsiv beschlossenen Angriff auf Griechenland wollte Italien den Stolz einer unabhängig handelnden Nation zurückgewinnen. Doch stattdessen vertiefte er die demütigende Unterordnung unter Deutschland. Dass Hitler, um Mussolinis Ansehen zu wahren, den Italienern die Teilnahme an der Unterzeichnung der griechischen Kapitulation am 23. April 1941 gestattete, vermochte das Ausmass der Erniedrigung Italiens nicht zu überdecken.<sup>203</sup> Die Risse im Gebäude des italienischen Faschismus wurden jetzt rasch breiter. Der gescheiterte Griechenlandsfeldzug hatte Mussolini «in Gegensatz zu den Streitkräften gebracht, die heikle Einigkeit

der faschistischen Hierarchie zerstört, die italienische Öffentlichkeit desillusioniert und die Italiener ihren deutschen Verbündeten entfremdet». <sup>204</sup> 1943 waren die Risse zu Kluften geworden, und Mussolinis Entmachtung durch den von ihm selbst geschaffenen Faschistischen Grossrat im Juli jenes Jahres war unausweichlich. Die letzte blutige Phase des Krieges bildete dann ein furchtbares Finale des Dramas. Mussolini, als deutsche Marionette wiedereingesetzt, herrschte über die höchst repressive Republik von Salo, während sich die Wehrmacht den von Süden her vorrückenden alliierten Armeen entgegenstemmte. Das Vorspiel hatte zwei Teile gehabt: die Entscheidung zum Kriegseintritt im Juni 1940 und die Entscheidung für den Angriff auf Griechenland im Oktober 1940.

Für Mussolini war der Angriff auf Griechenland ebenso wie der Kriegseintritt eine ausgemachte Sache gewesen. Er hatte seit Langem vorgehabt, Griechenland zu einem Teil des angestrebten römischen Mittelmeerreichs zu machen. Hätte er den Angriff nicht für Ende Oktober 1940 befohlen, hätte er es wahrscheinlich bei nächster Gelegenheit getan, möglicherweise im Frühjahr 1941. <sup>205</sup> Gleichwohl war die Entscheidung, die er im Oktober 1940 traf, von schicksalhafter Bedeutung, zumal es Alternativen gab. Trotz ihrer Trägheit und Unentschlossenheit drückten seine Militärberater ihr Unbehagen über die logistischen Anforderungen einer derart kurzfristig und zu dieser Jahreszeit angesetzten Invasion aus. Der Zeitpunkt war aus Sicht der italienischen Militärführer ganz und gar nicht günstig, und die Deutschen waren entsetzt, als sie erfuhren, was Mussolini getan hatte. Der Angriff hätte vorläufig abgesagt werden können, auch wenn man ihn nur auf einen späteren Zeitpunkt verschoben hätte. Angesichts dessen, was gegen Ende des Jahres in Nordafrika geschah, hätte er vielleicht nie stattgefunden. Und wenn Griechenland unabhängig und neutral geblieben wäre, hätten die Briten, die in Nordafrika vollaufbeschäftigt gewesen wären, möglicherweise von einer Intervention abgesehen, die Deutschland nur als Bedrohung (nicht zuletzt für die rumänischen Erdölfelder) auffassen konnte. Griechenland wäre die deutsche Unterjochung und Besetzung möglicherweise erspart geblieben. Der Krieg im Mittelmeerraum hätte also einen völlig anderen Verlauf nehmen können, wenn Italien den Griechenlandfeldzug nicht zu diesem Zeitpunkt begonnen hätte.

Mussolini trug offensichtlich die Hauptverantwortung für den Angriff auf Griechenland. Immerhin traf er allein die Entscheidung, ohne irgendjemand zu

konsultieren, nicht einmal seinen eigenen Faschistischen Grossrat. Ausserdem missachtete er die von Badoglio und den Stabschefs vorgebrachten Einwände. Am 10. November, als das Ausmass der Katastrophe bereits erkennbar war, konfrontierte Badoglio den Diktator mit seiner Verantwortung. «Auf die Darlegungen von Graf Ciano, von Statthalter Jacomoni und General Visconti-Prasca hin», hielt er ihm unter Bezug auf die Sitzung vom 15. Oktober vor, «haben Sie den Entschluss gefasst, am 26. Oktober anzugreifen. Dieses Datum wurde dann bekanntlich auf den 28. Oktober verschoben. Wir haben uns bemüht, in dieser Zeitspanne das Bestmögliche zu tun, was man konnte. Ich habe diese Darlegung gegeben, um aufzuzeigen, dass weder der Grosse Generalstab noch der Generalstab des Heeres an dieser Organisation beteiligt waren, die einen unserem ganzen System zuwiderlaufenden Gang genommen hat. Es beruht auf dem Grundsatz, erst gut vorzubereiten und dann zu wagen.»<sup>206</sup> Das war eine kühne, wenn auch etwas unaufrichtige Äusserung eines Mannes, der sich bewusst war, dass man ihn zum Sündenbock für das impulsive Handeln Mussolinis machen würde. Denn als die Entscheidung getroffen worden war, hatte er nicht so deutlich Stellung bezogen. Damals hatte er zwar gegenüber Ciano starke Vorbehalte geäussert, sie gegenüber dem Diktator aber nicht wiederholt.<sup>207</sup> Im Übrigen waren die Einwände der Militärführer nicht grundsätzlicher, sondern lediglich logistischer Art. Sie lehnten nicht den Angriff auf Griechenland ab, sondern sorgten sich nur über die ungenügende Vorbereitung. Ciano und seine unfähigen Gefolgsleute in Albanien, Jacomoni und Visconti-Prasca, hatten nicht einmal diese Sorgen. Sie standen rückhaltlos hinter dem Angriffsplan. Ciano war bekanntermassen seit Monaten einer der Hauptbefürworter des Feldzugs gewesen. Und so gut wie alle, einschliesslich des Königs, unterschätzten die Griechen.

Obwohl die Hauptschuld am griechischen Debakel gerechterweise Mussolini angelastet werden muss, war er also nicht allein verantwortlich. Churchills Feststellung vom Dezember 1940, « [e]in Mann und ein Mann allein» habe Italien an den «Rand des Zusammenbruchs» geführt, war Kriegspropaganda und keine fundierte Analyse.<sup>208</sup> Andere Teile der Machtelite des faschistischen Regimes waren zumindest Mitwisser der Entscheidung. Allerdings hatte sich unter der faschistischen Herrschaft im Lauf vieler Jahre ein System entwickelt, das den «Duce» nicht nur zu einer Kultfigur erhob, sondern auch den Entschei-

dungsprozess ganz in seine Hände legte und alle niedrigeren Ränge von jeglicher Verantwortung entlastete.<sup>209</sup> Gleichzeitig belohnte das korrupte politische System wie im Parallellfall Deutschland Unterwürfigkeit, Liebedienerei, Kriechertum und Speichelleckerei. Darüber hinaus waren sämtliche politischen Organisationen zu blossen Hülsen verkümmert. Repräsentative Körperschaften waren sie allenfalls noch dem äusseren Anschein nach; in Wirklichkeit dienten sie nur noch der Propaganda und der Akklamation des «Duce». In einem System, das auf dem Prinzip «teile und herrsche» sowie auf Karriereanreizen und materiellen Zuwendungen des Diktators beruhte, war es so gut wie unmöglich, eine organisierte Opposition aufzubauen. Dem Diktator war so lange gesagt worden, dass er unfehlbar sei, bis er den Schmeichlern glaubte. Andere nahmen die Regeln des politischen Spiels, ob nun unterwürfig oder zynisch, hin. Solange alles gut lief, wie 1936 mit einem leichten Sieg über einen schwachen Gegner, jubelten sie gerne mit und sicherten sich ihren Anteil am Ruhm. Liefen die Dinge jedoch schief, wie 1940 und in den Jahren danach, versuchten sie ihre Mitverantwortung zu verschleiern. Das konnten sie allerdings nur vor sich selbst. Denn im Wahnsinn von Mussolinis Entscheidungen traten zwar die gravierenden persönlichen Fehler des Diktators zutage, aber sie waren auch Ausdruck des Wahnsinns eines politischen Systems.

## Washington, Sommer 1940 bis Frühjahr 1941

*Roosevelt beschliesst, Hilfe zu leisten*

*Wir werden England sagen: Wir geben euch die Kanonen und Schiffe, die ihr braucht, wenn ihr uns die Kanonen und Schiffe, die wir euch geliehen haben, nach dem Krieg in natura zurückgebt. [...] Was halten Sie davon?*

Franklin D. Roosevelt, 17. Dezember 1940

*Wenn er nicht die Führung übernehme, dürfe man nicht erwarten, dass das Volk freiwillig die Initiative ergreife, um ihn wissen zu lassen, ob es ihm folgen würde, wenn er die Führung übernehme.*

Henry Stimson gegenüber Roosevelt, 22. April 1941

Am 30. Oktober 1940 versicherte Präsident Franklin D. Roosevelt während seines Wahlkampfes seinen Zuhörern: «Und an die Mütter und Väter gewandt, gebe ich Ihnen noch ein Versprechen. Ich habe es schon früher gesagt, aber ich werde es wieder und wieder sagen: Ihre Jungs werden nicht in einen ausländischen Krieg geschickt werden.»<sup>1</sup> Das wurde als klarstes Bekenntnis der USA zur Neutralität verstanden, als Selbstverpflichtung, sich aus dem in Europa tobenden Krieg herauszuhalten, in dem ein deutscher Sieg über Grossbritannien drohte. Roosevelt sagte seinen Zuhörern freilich nur, was sie hören wollten. Ende September hatten sich in einer Meinungsumfrage 83 Prozent der Befragten gegen den Eintritt in einen Krieg gegen Deutschland und Italien ausgesprochen.<sup>2</sup> Eine ganz andere Sache war es, den Briten, die seit der katastrophalen Niederlage der Alliierten gegen die deutsche Wehrmacht im Mai und Juni in der Tat mit dem Rücken zur Wand standen, durch Massnahmen zu helfen, die ohne einen Kriegseintritt möglich waren.

In jenem verzweifelten Sommer 1940 war die Hoffnung darauf, dass sich die USA bald dem Kampf gegen Hitlerdeutschland anschliessen würden, ein entscheidender Kraftquell der britischen Kriegführung gewesen. Churchill

wartete mit grösster Ungeduld darauf, dass die Vereinigten Staaten ihre Neutralität aufgaben und die britischen Anstrengungen aktiv unterstützten. Seine gesamten strategischen Überlegungen beruhten auf der Annahme, dass die Amerikaner schliesslich in den Krieg eintreten würden. Auch mehrere Mitglieder von Roosevelts Kabinett drängten den Präsidenten zu einem stärkeren Engagement. Zu diesem Zeitpunkt, im Herbst 1940, befürwortete zwar niemand die Entsendung von Expeditionstruppen nach Europa, aber es gab andere Schritte, die, auch ohne volle Beteiligung, eine aktive Intervention bedeuteten hätten. Angesichts der Bedrohung der britischen Schifffahrt durch deutsche U-Boote erklärte Kriegsminister Henry Stimson dem Präsidenten und seinen Kabinettskollegen im Dezember 1940, dass man zum Beispiel die deutschen U-Boote durch ein amerikanisches Eingreifen «mit Gewalt» stoppen könne. Doch daraus wurde nichts. Roosevelt erwiderte, dass er «noch nicht so weit» sei.<sup>3</sup> Und dabei sollte es in den nächsten Monaten bleiben.

Auf der anderen Seite des Atlantiks waren Churchill und seine Regierung tief besorgt über das Zögern des Präsidenten (wenngleich dies nie öffentlich zugegeben wurde). Auch für diejenigen Mitglieder der amerikanischen Regierung, die für ein stärkeres Engagement eintraten – Stimson stand in dieser Frage nicht allein da –, war es ein Grund zur Sorge. Die Erklärungen Roosevelts zum Krieg klangen einerseits zwar häufig ermutigend, doch jedes Mal behielt zur Enttäuschung der Interventionsbefürworter seine angeborene Vorsicht die Oberhand. Andererseits ging der Präsident nach Ansicht vieler Amerikaner bereits zu weit. In ihren Augen war er ein Kriegstreiber, der das Land in einen fernen Konflikt verwickeln wollte. Die Isolationisten, deren geografischer Schwerpunkt im Mittelwesten lag und die politisch überwiegend, aber nicht ausschliesslich in der oppositionellen Republikanischen Partei verwurzelt waren, stellten zu diesem Zeitpunkt zwar nicht mehr als eine beachtliche Minderheit dar, aber sie verstanden es, sich Gehör zu verschaffen. Ausserdem konnten sie sich für gewöhnlich mit jenem wesentlich grösseren Teil der Öffentlichkeit zusammentun, der, ohne isolationistisch zu sein, befürchtete, das Land könne auf einen abschüssigen Weg geraten, an dessen Ende es in den Krieg eintreten müsste.

Roosevelt wusste nur zu gut, dass er einen Drahtseilakt vollführte. Einerseits war er bestrebt, die öffentliche Meinung und vor allem den Kongress hinter sich zu bringen. Das liess Vorsicht angeraten sein. Seine Umgebung hatte

allerdings den Eindruck, dass er der Meinung im Land zu oft nur folgte, anstatt sie zu prägen. Wenn er es versuchte, dann zumeist nicht durch Führung, sondern durch gutes Zureden. Harry Hopkins, sein engster Berater, soll im Mai 1941 festgestellt haben, er würde «der öffentlichen Meinung lieber folgen, als sie zu bestimmen».<sup>4</sup> Stimson hatte dies im Monat zuvor in seiner direkten Art dem Präsidenten selbst vorgehalten: «Wenn er nicht die Führung übernehme, dürfe man nicht erwarten, dass das Volk freiwillig die Initiative ergreife, um ihn wissen zu lassen, ob es ihm folgen würde, wenn er die Führung übernehme.»<sup>5</sup>

Andererseits erkannte Roosevelt, welche Gefahr von Deutschland ausging, und verfolgte im legitimen Eigeninteresse der Vereinigten Staaten zum Schutz ihrer nationalen Sicherheit eine Politik, die Grossbritannien in immer direkterer Form Hilfe leistete. Damit ging er freilich das Risiko ein, ein kriegsunwilliges Land in eben jenen «ausländischen Krieg» zu verwickeln, aus dem er es, dem eigenen Versprechen zufolge, heraushalten wollte. Dies war das Dilemma, in dem sich der Präsident seit dem Sommer 1940 befand. Im Frühsommer hatte Grossbritannien der nationalsozialistischen Bedrohung allein in Europa gegenübergestanden. Eine Invasion schien unmittelbar bevorzustehen. Zwar standen das Empire und die Dominions hinter dem Land, aber sie hätten im Fall einer deutschen Landung kaum praktische Hilfe leisten können. In den Augen vieler Amerikaner war Grossbritannien so gut wie verloren.

Eine Option für Roosevelt wäre es gewesen, sich auf die Seite der Isolationisten zu stellen. Nach deren Ansicht lag es aufgrund einer auf unabsehbare Zeit so gut wie sicheren deutschen Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent (einschliesslich Grossbritanniens) im amerikanischen Interesse, die strengste Neutralität zu wahren, sich jeglicher Einmischung in einem Konflikt zwischen fernen Ländern zu enthalten und sich ausschliesslich um die eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Angesichts der in Meinungsumfragen geäußerten Abneigung gegen eine amerikanische Kriegsbeteiligung hätte der Isolationismus, wenn Roosevelt seine beachtlichen politischen und rhetorischen Fähigkeiten für ihn eingesetzt hätte, noch wesentlich mehr Anhänger finden können, als er damals ohnehin hatte.

Die andere Option hätte darin bestanden, den Rat einiger Mitglieder des Regierungsapparats anzunehmen und sich deutlich stärker im europäischen Krieg zu engagieren, vielleicht sogar in ihn einzutreten. Das hätte natürlich

grosse Probleme mit der öffentlichen Meinung heraufbeschworen, und die notwendigen Gesetze durch die politischen Stromschnellen des Kongresses zu bringen, hätte ebenfalls beträchtliche Schwierigkeiten bereitet. Im Übrigen waren die amerikanischen Streitkräfte im Sommer 1940 kaum auf einen grossen Krieg vorbereitet, sodass eine direkte Kriegführung, auch wenn man die politischen Risiken auf sich genommen hätte, in der Praxis nur sehr beschränkt möglich gewesen wäre. Dennoch ist es durchaus vorstellbar, dass Roosevelt als ebenso erfahrener wie geschickter Politiker und begabter Redner das Land für eine interventionistische Politik hätte gewinnen können. Aber er wollte es nicht auf eine Probe ankommen lassen.

Noch im Mai 1941 befürchteten viele, dass Deutschland bald den Angriff auf Grossbritannien beginnen würde, den es im vorangegangenen Jahr nicht unternommen hatte. Diese Befürchtung legte sich erst, als Hitler sich nach Osten wandte und am 22. Juni 1941 die Sowjetunion angriff. Zu diesem Zeitpunkt hatte Roosevelt längst einen Kurs eingeschlagen, der den Vereinigten Staaten jede Möglichkeit nahm, auf Distanz zu dem Krieg in Europa zu gehen. Bis zum vollen Kriegseintritt sollten zwar noch Monate vergehen, aber die amerikanische Regierung hatte sowohl in Europa als auch in zunehmendem Mass in Fernost Schritte eingeleitet, die es unmöglich machten, das Land aus dem sich ausbreitenden Konflikt herauszuhalten. Der Spielraum war kleiner geworden.

In den vergangenen Monaten hatte Roosevelt einen äusserst vorsichtigen Weg zwischen Neutralität und Kriegführung gewählt, der darin bestand, Grossbritannien mit allen Mitteln zu unterstützen, ausser dem direkten Kriegseintritt (die Formulierung «methods short of war» hatte er selbst im Januar 1939 geprägt).<sup>6</sup> Im Sommer 1939 hatte er, wie berichtet wurde, seine Optionen dargelegt. Aus seiner Sicht waren es vier:

- «A) Wir können sofort in den Krieg eintreten und Expeditionstruppen entsenden, aber das geht natürlich nicht.
- B) Wir können uns später zur Teilnahme zwingen lassen.
- C) Wir können jetzt oder später Krieg führen, aber unseren Verbündeten nur Nachschub liefern sowie See- und Luftunterstützung leisten.
- D) Wir können uns heraushalten und meiner Linie der nicht kriegerischen Massnahmen zur Unterstützung der Demokratien folgen. Und genau das werden wir tun», schloss er mit Blick auf die letzte Option.<sup>7</sup> Mit dieser Politik stürzte er die Vereinigten Staaten nicht in den Krieg, sondern führte sie langsam in ihn hinein. Dabei waren die einzelnen Massnahmen unumkehrbar. Der



aussergewöhnlichste und wichtigste Schritt war die von ihm selbst angeregte Entscheidung, der britischen Kriegführung die riesigen materiellen Ressourcen Amerikas zur Verfügung zu stellen, ohne einen direkten Preis dafür zu verlangen. Als im März 1941 nach dreimonatiger intensiver Debatte das Leih- und Pachtgesetz, der sogenannte Lend-Lease Act, verabschiedet wurde, hatten die Isolationisten ihren letzten grossen Kampf verloren.<sup>8</sup> Zwar waren die Vereinigten Staaten immer noch kein Kriegsteilnehmer, und es konnte auch nur wenig Hilfe sofort fliessen. Aber sie waren jetzt auf nahezu greifbare Weise mit Grossbritannien verbunden, das heisst mit einer kriegführenden Nation, die bereits in Europa gegen Hitler kämpfte und im Fernen Osten ein Hauptziel der von Japan ausgehenden zunehmenden Bedrohung war. Die Entscheidung, Material für die britische Kriegführung zu liefern, besass vorläufig vor allem symbolische Bedeutung, aber sie sollte im Lauf der Zeit das Schlüsselement für die Fähigkeit Grossbritanniens werden, den Kampf gegen Hitler fortzuführen. Ihre Bedeutung war also immens.

In der Öffentlichkeit zeigte sich Churchill dankbar und zollte dieser «uneigennützigsten Tat in der Geschichte aller Nationen»<sup>9</sup> uneingeschränktes Lob. Dennoch frustrierten ihn Roosevelts Zögerlichkeit und Vorsicht und seine Weigerung, den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten zu erklären. Er blieb voller Sorgen, war gelegentlich niedergeschlagen und pessimistisch.<sup>10</sup> Bei ihrer ersten Begegnung nach Kriegsausbruch im August 1941 sagte er dem amerikanischen Präsidenten: «Ich hätte lieber jetzt die amerikanische Kriegserklärung und sechs Monate keine Lieferungen als eine Verdopplung der Lieferungen und keine Kriegserklärung.»<sup>11</sup> Auch in Roosevelts Kabinett waren manche frustriert. Die Periode vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 ist als «Jahr der Unentschiedenheit» bezeichnet worden.<sup>12</sup> Tatsächlich hatte es in diesen Monaten häufig den Anschein, als hätte sich Roosevelt vor allem dafür entschieden, eine Entscheidung zu vermeiden.

## 1

Als Roosevelt am 4. März 1933 sein Amt antrat, herrschte eine tief greifende Bankenkrise, und rund ein Viertel der arbeitsfähigen Amerikaner – gut dreizehn Millionen – war arbeitslos. Seine erste Amtszeit war fast vollständig der

Durchsetzung einer Vielzahl von häufig umstrittenen Gesetzen gewidmet, die zusammen den «New Deal» darstellten, jenes Programm der nationalen Wiederbelebung, das der am Boden liegenden Wirtschaft auf die Beine helfen und die Zuversicht der Menschen wiederherstellen sollte.<sup>13</sup> Ein grosser Teil seiner Kraft wurde von den anschliessenden inneren Auseinandersetzungen beansprucht.<sup>14</sup> Er genoss hohe Popularität und konnte bei den Präsidentschaftswahlen 1936 einen wahren Erdrutschsieg erringen. Aber sein Rückhalt im Kongress nahm ab, insbesondere nachdem die Opposition aus Wahlen im November 1938 gestärkt hervorgegangen war,<sup>15</sup> und das in einer Zeit, als die Ereignisse im Ausland die Politik zu bestimmen begannen.

Der Isolationismus hatte sich – auf ältere Traditionen gestützt – seit dem Ende des Ersten Weltkriegs in Amerika verbreitet und während Roosevelts erster Amtszeit sogar noch verstärkt. Die Teilnahme am europäischen Krieg in den Jahren 1917/18 hatte in der amerikanischen Gesellschaft tiefe Spuren hinterlassen. 50'000 amerikanische Soldaten hatten in einem Konflikt ihr Leben gelassen, mit dem ihr Land nach Ansicht vieler Amerikaner nichts zu schaffen gehabt hatte. Die meisten waren der Meinung, dass dies nie wieder geschehen dürfe. Das traumatische Erlebnis des Grabenkriegs vermischte sich mit der Verärgerung über die weithin als Undankbarkeit empfundene Haltung der Europäer, als die USA auf der Rückzahlung der Kriegskredite bestanden.<sup>16</sup> Von Antikriegsliteratur und manchen Darstellungen des «europäischen Krieges», wie die Amerikaner ihn nannten, und später auch vom Untersuchungsbericht eines Senatsausschusses über die Rüstungsindustrie in ihrer Meinung bestärkt, glaubten viele ausserdem, dass Amerika von ausländischen Finanziers, Bankiers und Waffenfabrikanten, die von einem alliierten Sieg zu profitieren hofften, zur Teilnahme verleitet worden sei.<sup>17</sup>

Aus europäischen Angelegenheiten hatten sich die Vereinigten Staaten nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend herausgehalten, indem sie etwa die Mitgliedschaft im Völkerbund ablehnten. Zwar waren amerikanische Initiativen 1924 und 1929 von entscheidender Bedeutung für die Lösung des drängenden Problems der deutschen Reparationszahlungen infolge des Versailler Vertrages, das in Deutschland für erheblichen Unmut sorgte. Und 1932 nahmen die Vereinigten Staaten an der gescheiterten Abrüstungskonferenz in Genf teil. Aber das war auch schon alles. Hinter einer Mauer aus Schutzzöllen

lebend und von einem Wirtschaftsaufschwung profitierend, dessen Symbol die explosionsartige Entwicklung der Automobilindustrie war, ignorierten die meisten Amerikaner die Aussenwelt und verschwendeten keinen Gedanken an Europa.

Als Deutschland nach Hitlers Machtergreifung wieder anmassender aufzutreten begann, während auf der anderen Seite der Erde die japanischen Imperialisten schrille, dissonante Töne von sich gaben, befürworteten viele Amerikaner, ob nun aus ebenso noblen wie illusionären pazifistischen Überzeugungen oder weil sie den nationalen Alleingang befürworteten, einen noch stärkeren Isolationismus. «Wenden wir den Blick nach innen», empfahl der liberale Demokrat George Earle, der Gouverneur von Pennsylvania, 1935. «Wenn die Welt eine Wüste voller Abfall, Hass und Bitterkeit wird, lassen Sie uns umso ernsthafter unsere Oase der Freiheit schützen und bewahren.»<sup>18</sup> Ein Ausdruck der vorherrschenden Stimmung war der 1934 verabschiedete, nach dem progressiven Republikaner Hiram Johnson benannte Johnson Act, der die Vergabe von Krediten an Länder verbot, die mit der Rückzahlung ihrer Kriegsschulden bei den Vereinigten Staaten in Verzug geraten waren.<sup>19</sup> Im folgenden Jahr ebnete Roosevelt vor dem Hintergrund der offenen, in grossem Massstab betriebenen deutschen Wiederaufrüstung und scharfer italienischer Drohungen gegen Abessinien einem Gesetz den Weg, das die Vereinigten Staaten in jedem künftigen Krieg zur Neutralität verpflichtete. Hauptpunkt war ein Waffenembargo gegen alle Beteiligten in einem Krieg «zwischen zwei oder mehr ausländischen Staaten», das ungeachtet amerikanischer Sympathien verhängt werden sollte. Roosevelt – vom Aussenministerium ganz zu schweigen – hätte die Vollmacht vorgezogen, nach eigenem Ermessen ein Waffenembargo gegen Aggressoren zu erlassen. Aber er gab vor, mit dem Neutralitätsgesetz, das er am 31. August 1935 unterzeichnete, zufrieden zu sein.<sup>20</sup>

Durch die Neutralitätsgesetze – zwischen 1935 und 1937 wurden in Form von Neufassungen und aufgrund von Ergänzungen insgesamt fünf solcher Gesetze verabschiedet<sup>21</sup> – sollte verhindert werden, dass erneut Umstände eintreten konnten wie diejenigen, die zur amerikanischen Teilnahme am Ersten Weltkrieg geführt hatten. Zusammen mit dem Johnson Act sollte das Neutralitätsgesetz Roosevelt später behindern, als er Grossbritannien Hilfe leisten wollte, ohne die USA erneut in einen überseeischen europäischen Krieg zu verwickeln. Diese Gesetze konnten die europäischen Mächte freilich nicht von

Aggressionen abhalten. Erdöl beispielsweise, das nicht auf der Embargoliste kriegswichtiger Güter stand, wurde weiterhin (und sogar in grösserer Menge als bisher) nach Italien verschifft, obwohl Mussolini im Jahr 1935 seine Bomber gegen die abessinischen Stammeskrieger eingesetzt hatte.<sup>22</sup> In dieser Hinsicht konnten die Amerikaner freilich auf die Europäer verweisen, die, uneins wie sie waren, völlig unzureichend auf die Abessinienkrise reagierten und ebenfalls kein Erdölembargo gegen Italien verhängten.

Als Hitler im März 1936 seinen Vorteil aus der Uneinigkeit der westlichen Demokratien zog, indem er das Rheinland remilitarisierte, wies US-Aussenminister Cordell Hull die französische Bitte zurück, Washington möge die Aktion aus moralischen Gründen verurteilen.<sup>23</sup> Ein solch verqueres Verständnis von Neutralität hatte unnötigerweise die stillschweigende Duldung von Hitlers Bruch der Verträge von Versailles und Locarno – den Grundlagen der Nachkriegsordnung in Europa – zur Folge. Aber auch Briten und Franzosen hatten tatenlos zugeschaut. Und als Italien und Deutschland in Spanien die Faschisten unter Franco unterstützten, wurde das im Neutralitätsgesetz vorgesehene Waffenembargo auf *beide* Seiten des Konflikts angewandt, obwohl es sich nicht um einen internationalen, sondern um einen Bürgerkrieg handelte. In der Praxis hatte dies wiederum, ebenso wie die Gleichgültigkeit der europäischen Demokratien und deren Politik des Nichteingreifens, zur Folge, dass den republikanischen Verteidigern der Demokratie Waffen vorenthalten wurden, während die faschistischen Angreifer mit Waffen aus Italien und Deutschland kämpften. Doch der Spanische Bürgerkrieg war weit weg und wurde auf der anderen Seite des Atlantiks kaum beachtet. Zwar wurde eine Minderheit – überwiegend Katholiken und Linke – durch die Kämpfe in Spanien mobilisiert (auf verschiedenen Seiten des Konflikts).<sup>24</sup> Aber im Januar 1937 hatten zwei Drittel der US-Amerikaner keine Meinung zu den Ereignissen in Spanien, die immerhin das Ende einer Demokratie einläuteten.<sup>25</sup>

Bis in die späten dreissiger Jahre zeigte Roosevelt wenig Neigung, sich von der vorherrschenden isolationistischen und pazifistischen Stimmung im Land zu distanzieren. Bei einem Besuch an der Westfront im Jahr 1918 hatte er die Schrecken des Krieges selbst gesehen, und dieses Erlebnis hatte einen bleibenden Eindruck hinterlassen.<sup>26</sup> «Ich hasse Krieg», hatte er 1936 in einer gefeierten Passage einer Wahlkampfrede gesagt.<sup>27</sup> Damit traf er bei seinen Zuhörern den richtigen Nerv. Seine Wahlkampfberater hatten dem Präsidenten

gesagt, dass die Ablehnung eines möglichen Krieges das wirkungsvollste Thema sei, das ihm den Verbleib im Weissen Haus sichern würde.<sup>28</sup> Europa war eben weit weg, und für die meisten Amerikaner schienen die dortigen Ereignisse keine direkte Bedeutung zu haben. Sie waren vollauf damit beschäftigt, mit den Mühen des Alltags fertigzuwerden, während sich das Land langsam von der Wirtschaftskrise erholte. Der Atlantik schien eine genügend grosse Pufferzone zu bilden, um Amerika vor den Gefahren zu schützen, die von dem unverbesserlich kriegslüsternden Europa ausgingen. Von zehn Amerikanern waren im Herbst 1937 sieben der Ansicht, dass sich der Kongress durch ein Referendum der Zustimmung der Bevölkerung vergewissern sollte, bevor er eine Kriegserklärung abgab. Ein entsprechender Verfassungszusatz, der den Präsidenten nicht nur an eine Entscheidung des Kongresses, sondern auch an das Ergebnis einer Volksbefragung gebunden hätte, wurde im Repräsentantenhaus nur knapp abgelehnt.<sup>29</sup>

Während Roosevelt Frieden predigte und seine Aufmerksamkeit von innenpolitischen Problemen beansprucht wurde, unternahm er wenig, um Amerika psychologisch und materiell auf die unangenehme Möglichkeit eines Engagements bei Konflikten im Ausland, ob nun in Europa oder Ostasien, vorzubereiten, obwohl es sich trotz aller guten Absichten als unvermeidbar herausstellen konnte. In den folgenden Jahren wurde für den Wiederaufbau der Marine nur wenig und für den Ausbau des Heeres so gut wie nichts getan. Tatsächlich hatte der Präsident als eine der ersten Massnahmen nach seinem Amtsantritt im Jahr 1933 angeordnet, das Heer weiter zu verkleinern – obwohl es bereits damals nicht mehr als 140'000 Mann umfasste.<sup>30</sup> Sein Ideal war eine Welt, in der Frieden, Zusammenarbeit und Freihandel herrschten. Das war ein nobler Traum, der von Millionen Menschen geteilt wurde, die nicht im selben Mass wie der Präsident zu seiner Verwirklichung beitragen konnten. Roosevelt verringerte zwar in Übereinstimmung mit seiner Politik der «guten Nachbarschaft» das US-Engagement in Lateinamerika und stellte den Philippinen die Unabhängigkeit in Aussicht, gab sich in den ersten vier Jahren seiner Präsidentschaft ansonsten aber damit zufrieden, es bei einem fernen Ziel zu belassen.

Bis 1938 vertraute er die Aussenpolitik überwiegend seinem Aussenminister Cordell Hull an.<sup>31</sup> Der in Tennessee geborene Hull war mit seiner Grösse, den silberfarbenen Haaren und den dunklen Augen eine vornehme Erschei-

nung. Er war ein kluger, wenn auch etwas einfallsloser Mann, überaus erfahren, aber häufig bis zum Starrsinn konservativ, moralisch und selbstgenügsam, aber «offen und zugänglich».<sup>32</sup> Politisch war er ein Anhänger der Prinzipien, die Woodrow Wilson, der Hauptarchitekt der europäischen Nachkriegsordnung, vertreten hatte. Er glaubte fest daran, dass auf der Grundlage von Abrüstung, Selbstbestimmung, gewaltloser Veränderung und eingeschränkter wirtschaftlicher Konkurrenz der Weltfrieden herbeigeführt werden könne.<sup>33</sup> Japan behielt er im Auge, war vorläufig aber nicht allzu besorgt. Was die wachsenden Probleme Europas betraf, so sah er keinen Grund, auf einen interventionistischen Kurs einzuschwenken. Zwar schien sich in Europa die grössere potenzielle Gefahr zusammenzubrauen, doch die Untätigkeit der westlichen Demokratien Frankreich und Grossbritannien, die zur Appeasementpolitik führte, hatte auf der anderen Seite des Atlantiks ihr Gegenstück im Desinteresse der Regierung Roosevelt an der zunehmenden Bedrohung, die von Deutschland ausging.

Im Hinblick auf Ostasien sah es etwas anders aus. Als Roosevelt auf den japanischen Angriff auf China reagierte und am 5. Oktober 1937 in Chicago, der Hochburg des Isolationismus, eine grosse Rede hielt, schien er einen Politikwechsel zu verkünden. In Wirklichkeit bot er seinen Freunden und Verbündeten bloss einen Vorgeschmack auf die Enttäuschungen, die er ihnen in den nächsten vier Jahren bereiten sollte. Zwar empfahl er, jene Kräfte, die den Weltfrieden bedrohten, wie einen Seuchenkranken unter Quarantäne zu stellen. Doch als die britische Regierung nachfragte, was Roosevelts Worte in der Praxis bedeuteten, und kurz darauf eine gemeinsame maritime Machtdemonstration in Singapur vorschlug, machte Washington einen Rückzieher. «In den Vereinigten Staaten gibt es so etwas wie eine öffentliche Meinung», beschied man London. Es durfte offenbar nicht der Eindruck erweckt werden, als würde der Präsident den Briten hinterher trotten.<sup>34</sup> «Es ist immer am besten und sichersten», bemerkte Neville Chamberlain, «von den Amerikanern *nichts* als Worte zu erwarten.»<sup>35</sup>

Der britische Premierminister blieb auch später bei seiner Ansicht. Als Roosevelt im Januar 1938 in der Hoffnung, ein wiederbelebtes, von den Vereinigten Staaten unterstütztes System der kollektiven Sicherheit würde die Achsenmächte von ihrem Aggressionskurs abbringen, eine Initiative vorschlug, um die Länder Europas und Lateinamerikas dazu zu bewegen, be-

stimmte Prinzipien der internationalen Beziehungen anzuerkennen, verhielt sich der britische Premierminister ablehnend. Churchill betrachtete dies später als «Preisgabe der letzten Chance [...], die Welt auf andere Weise als durch einen Krieg von der Tyrannei zu erretten».<sup>36</sup> In Wirklichkeit war die Chance, Hitler durch solch einen Schritt aufzuhalten, gleich Null. Aber Chamberlains Haltung betraf nicht nur diese spezielle Initiative. Nach seiner Überzeugung durfte Grossbritannien, sollte es «in Schwierigkeiten geraten», von den Vereinigten Staaten keine Hilfe erwarten.<sup>37</sup> Er zog es vor, die Appeasementpolitik fortzuführen.

Die Vereinigten Staaten verfolgten Hitlers expansionistische Schritte im Jahr 1938 aus der Ferne, sicherlich beunruhigt, aber als blosser Zuschauer. Den «Anschluss» Österreichs nahm man mit einem Anflug von Resignation, aber ohne Murren zur Kenntnis. Als im Sommer die Sudetenkrise ausbrach, mahnte Roosevelt zum Frieden. Nachdem die westlichen Demokratien Ende September auf der Münchener Konferenz in dem vergeblichen Versuch, Hitlers unersättliche Forderungen zu erfüllen, die Tschechoslowakei aufgeteilt hatten, verglich Roosevelt ihr Handeln mit dem Verrat des Judas Ischariot. Aber als er erfahren hatte, dass Chamberlain an der Konferenz teilnehmen würde, als deren unabwendbares Ergebnis die Kapitulation vor Hitler abzusehen war, hatte er dem Premierminister dessen ungeachtet telegrafisch gratuliert: «Guter Mann.»<sup>38</sup> Der amerikanische Präsident ist mit gewissem Recht als «ohnmächtiger Zuschauer von München» und zu diesem Zeitpunkt «schwacher und mittellose Führer eines unbewaffneten, wirtschaftlich angeschlagenen und diplomatisch isolierten Landes» bezeichnet worden.<sup>39</sup> Im Lauf des Jahres 1938, besonders nach den antijüdischen Ausschreitungen der berüchtigten «Reichskristallnacht» vom 9. auf den 10. November, nahm in Amerika die moralische Entrüstung über die Behandlung der Juden in Deutschland zu. Roosevelt war dennoch nicht bereit, zugunsten verzweifelter jüdischer Flüchtlinge das Quotensystem für Einwanderer aufzugeben, und eine grosse Mehrheit der Amerikaner stimmte ihm in dieser Haltung zu.<sup>40</sup>

Gleichwohl hatte München Roosevelt die Augen darüber geöffnet, dass es illusionär war zu glauben, die Vereinigten Staaten könnten den Geschehnissen auf der anderen Seite des Atlantiks weiterhin tatenlos zuschauen. Hitler erkannte er als «wilden Mann» und «Übergeschnappten».<sup>41</sup> Er begann sich wesentlich aktiver in die Aussenpolitik einzumischen, indem er regelmässig die

Telegramme aus dem Ausland las und mit Hull und anderen Vertretern des Aussenministeriums über auftretende Fragen diskutierte. Häufig empfing er Hull und Sumner Welles, den scharfsinnigen, weitläufigen und gewandten, aber gespreizten und förmlichen Staatssekretär im Aussenministerium.<sup>42</sup> Roosevelt und seine beiden aussenpolitischen Berater waren sich einig darüber, dass alles getan werden musste, um einen Krieg zu verhindern und, sollte er doch ausbrechen, den Sieg der westlichen Demokratien sicherzustellen. Wie diese Ziele erreicht werden sollten, war allerdings weniger klar.<sup>43</sup>

Zur Zeit der Münchener Konferenz begann die amerikanische Öffentlichkeit, den Krieg in Europa bereits als wahrscheinlich anzusehen. Aber man war noch nicht bereit, die Aufhebung des Neutralitätsgesetzes gutzuheissen, wie es der Präsident im Januar 1939 ins Gespräch brachte. In den folgenden Monaten sollte sich zeigen, wie wenig die amerikanische Diplomatie in der Lage war, Hitler aufzuhalten. *Eine* greifbare Folge hatte der Perspektivenwechsel in der öffentlichen Meinung vom Herbst 1938 jedoch: den Entschluss, in grossem Stil wiederaufzurüsten und insbesondere die Luftwaffe auszubauen (auch wenn dies natürlich nicht über Nacht geschehen konnte).<sup>44</sup> Damit einher ging Roosevelts persönlicher Entschluss, Waffen produzieren zu lassen, die den westlichen Demokratien zu ihrer Verteidigung zur Verfügung gestellt werden sollten. Diese Absicht fand keineswegs allgemeine Zustimmung; bei Roosevelts isolationistisch eingestelltem damaligem Kriegsminister, Harry H. Woodring, stiess sie sogar auf strikte Ablehnung.<sup>45</sup> Gleichwohl markierte sie den Beginn einer Politik, die Roosevelt bis zum Dezember 1941 betreiben sollte: den westlichen Demokratien mit allem zu helfen, was ohne Kriegseintritt möglich war.

Als Hitler im März 1939 den Rest der Tschechoslowakei besetzen liess und bald darauf die britische Garantieerklärung für Polen folgte, war es so gut wie sicher, dass es in naher Zukunft in Europa zum Krieg kommen würde. Jetzt sahen es immer mehr Amerikaner als Selbsthilfe an, Grossbritannien und Frankreich zu helfen, sich für den Kampf gegen Hitlerdeutschland zu rüsten. Die Regierung, allen voran Cordell Hull, begann den Kongress zu drängen, das Waffenembargo aufzuheben.<sup>46</sup> Vergebens: Im Juni beschloss zunächst das Repräsentantenhaus und im nächsten Monat auch der Senat, es aufrechtzuerhalten. Ein halbes Jahr intensiver Bemühungen der Regierung war umsonst



gewesen. Roosevelt hatte sich gewaltig verkalkuliert, als er sich dafür entschied, Hull die Führung im Kampf um die Aufhebung des Gesetzes zu überlassen und sich selbst im Hintergrund zu halten.<sup>47</sup>

Was die Diplomatie anging, so bot der amerikanische Präsident Hitler und Mussolini im April 1939 Abrüstungs- und Handelsgespräche an, wenn sie versprachen, dreissig namentlich genannte Länder in den nächsten zehn oder, «wenn man so weit voraussehen kann», fünfundzwanzig Jahren nicht anzugreifen. Hitler erteilte ihm eine beschämende Abfuhr.<sup>48</sup> Amerika spielte damals in seinem Denken keine grosse Rolle.

Genauso wenig Erfolg hatte Roosevelt, als er Mitte August 1939 versuchte, die Sowjetunion davon zu überzeugen, dass es in ihrem ureigenen Interesse läge, mit Grossbritannien und Frankreich eine «zufriedenstellende Übereinkunft gegen eine Aggression» zu erreichen. Er bat den sowjetischen Botschafter in Washington, Konstantin Umanski, nach Moskau zu reisen, «um Stalin zu sagen, dass es, wenn sich seine Regierung mit Hitler zusammentue, so sicher sei, wie die Nacht dem Tag folge, dass sich dieser, sobald er Frankreich erobert habe, gegen Russland wenden werde und dass beim nächsten Mal die Sowjets an der Reihe wären».<sup>49</sup> Sollten diese prophetischen Worte Stalin tatsächlich ausgerichtet worden sein, so ignorierte er sie, denn zwei Wochen später schloss er mit Ribbentrop den Nichtangriffspakt. Danach war nicht nur klar, dass es in Europa Krieg geben würde, sondern auch, dass er unmittelbar bevorstand. Während der Frieden die Sterbesakramente erhielt, richtete Roosevelt einen Appell an Hitler, den Präsidenten von Polen und den König von Italien.<sup>50</sup> Er wusste, dass es verlorene Liebesmühe war. Ihm blieb jetzt nur noch, darauf zu warten, dass das Unvermeidliche eintrat.

## II

Der Ausbruch des Krieges in Europa hatte offensichtliche Auswirkungen auf die Vereinigten Staaten. Die Amerikaner konnten die Köpfe nicht in den Sand stecken und so tun, als würde sie der Konflikt jenseits des Atlantiks nichts angehen, auch wenn viele dies zweifellos gern getan hätten. Darauf wies Roosevelt seine Landsleute in einer «Kaminplauderei» – wie seine Rundfunksprachen an die Nation genannt wurden – am Abend des 3. September, dem

Tag der britischen und französischen Kriegserklärung, hin. «Wenn irgendwo auf der Welt der Friede verletzt wird, dann ist der Friede aller Länder in Gefahr», erklärte er. «So leidenschaftlich wir wünschen mögen, Abstand zu wahren, müssen wir doch einsehen, dass jedes Wort, das gesendet wird, jedes Schiff, das über das Meer fährt, jede Schlacht, die geschlagen wird, die Zukunft Amerikas beeinflusst.» Es dürfe kein falsches Gerede darüber geben, dass «Amerika seine Armeen auf die europäischen Schlachtfelder schicken» werde. Die Vereinigten Staaten würden neutral bleiben, betonte Roosevelt. Aber er könne «nicht von jedem Amerikaner verlangen, dass er auch in Gedanken neutral bleibt. [...] Auch von einem Neutralen kann man nicht verlangen, dass er Verstand und Gewissen ausschaltet.»<sup>51</sup>

Das war nichts anderes als eine öffentliche Bekräftigung des bereits verfolgten Kurses der Unterstützung der europäischen Westmächte mit allen Mitteln «short of war». Roosevelt konnte mit der Zustimmung seiner Zuhörer zu dieser Politik rechnen. Ihm war klar, dass die Öffentlichkeit nahezu geschlossen auf der Seite von Grossbritannien und Frankreich stand. Aber er wusste auch, dass diese Unterstützung ihre Grenzen hatte. Die Vorbehalte gegen jede direkte Beteiligung waren ungemindert. Die Amerikaner wären allenfalls zu kämpfen bereit gewesen, wenn die westliche Hemisphäre gegen einen unprovokierten Angriff verteidigt werden musste.

So dachte auch der Präsident selbst. Vor dem Ausbruch des Konflikts hatte er seine Position gegenüber führenden Regierungsvertretern wiederholt klar gestellt: «Solange ich im Weissen Haus bin, möchte ich niemals erleben, dass amerikanische Truppen ins Ausland geschickt werden.»<sup>52</sup> Und am Nachmittag des 1. September, dem Tag des deutschen Angriffs auf Polen, hatte er den Mitgliedern seiner Regierung vor den Porträts früherer Präsidenten und mit Blick auf den Garten des Weissen Hauses geschworen: «Wir werden nicht in diesen Krieg gehen.» Den Militärplanern schärfte er ein, dass die Vereinigten Staaten, was immer geschehen mochte, «keine Truppen in diesen Krieg schicken» würden. Einen Plan des Kriegsministeriums für die Schaffung einer Reserve, die ausreichen würde, um Expeditionstruppen für Europa auszurüsten, hatte er mit der Bemerkung vom Tisch gewischt: «Wir brauchen uns bloss Gedanken über die Verteidigung dieser Hemisphäre zu machen.»<sup>53</sup> Ihm war jedoch klar, dass sein Balanceakt der parteiischen Neutralität immer schwieriger werden würde, falls sich der Krieg in die Länge ziehen sollte.

Nun konnten einige Massnahmen ergriffen werden, die kurz zuvor noch sehr heikel gewesen wären. So wies Roosevelt das Kriegsministerium an, die Armee auf 750'000 Mann zu vergrössern, also auf das Vierfache ihrer aktuellen Grösse (im Vergleich mit den riesigen Heeren, die in Europa unter Waffen standen, blieb sie damit weiterhin winzig).<sup>54</sup> Sumner Welles beauftragte er, die nötigen Vorkehrungen für einen Sicherheitsgürtel an den amerikanischen Küsten (ohne Kanada) zum Schutz des alliierten Schiffsverkehrs vor Seeangriffen und der vorausgesagten deutschen U-Boot-Kampagne zu treffen. Die vorgeschlagene Schutzzone verbreiterte er persönlich von hundert auf dreihundert Seemeilen.<sup>55</sup> Ausserdem war er sich mit Hull darin einig, dass unter den veränderten Umständen die Aufhebung der gesetzlichen Embargobestimmungen, die unerlässlich war, wenn man Grossbritannien und Frankreich helfen wollte, eine vordringliche Aufgabe geworden war. Deshalb berief er eine Sondersitzung des Kongresses ein, in der die entsprechende Gesetzesänderung vorgenommen werden sollte.<sup>56</sup> In der Zwischenzeit führte jedoch kein Weg daran vorbei, das bestehende Neutralitätsgesetz anzuwenden und umgehend ein Embargo gegen den Waffenexport in alle kriegführenden Nationen zu verhängen – was für die westlichen Verbündeten, die jetzt keinerlei Rüstungsgüter mehr aus den Vereinigten Staaten beziehen konnten, sowohl enttäuschend als auch beunruhigend war.<sup>57</sup>

Tatsächlich war die Aufhebung des Embargos auch jetzt noch höchst umstritten und rief bei den Isolationisten heftigen Widerspruch hervor. Roosevelt machte sie zur Chefsache. Hatte er sich im Frühjahr noch im Hintergrund gehalten, so brachte er die Angelegenheit jetzt selbst vor den Kongress. Er bedauere, sagte er, dass der Kongress das Neutralitätsgesetz verabschiedet und er es unterzeichnet habe.<sup>58</sup> Die Aufhebung des Waffenembargos, argumentierte er, würde wahre Neutralität bedeuten, da sie die Gleichbehandlung von Aggressoren und Opfern beende und daher eine bessere Friedenssicherung ermögliche. Zugleich würde die Regierung «klar und entschieden darauf bestehen, dass sich amerikanische Bürger und amerikanische Schiffe von den unmittelbaren Gefahren der eigentlichen Konfliktzone fernhalten».<sup>59</sup> Das Gesetz wurde schliesslich Anfang November nach sechswöchiger Debatte von beiden Häusern des Kongresses mit grosser Mehrheit verabschiedet.<sup>60</sup>

Das hohe Mass an Zustimmung hatte allerdings seinen Preis. Die Isolationisten setzten durch, dass das «Cash-and-Carry»-Gesetz von 1937, das im Mai

1939 ausgelaufen war, erneuert wurde. Es war damals eingeführt worden, damit die Vereinigten Staaten weiterhin vom Aussenhandel profitieren konnten, auch wenn sie neutral blieben. Nach seinen Bestimmungen konnten, ausser Waffen und anderen verbotenen Gütern, alle Waren auch an kriegführende Mächte geliefert werden, sofern sie auf ausländischen Schiffen transportiert und bei der Übernahme bezahlt wurden.<sup>61</sup> Kredite an Kriegsparteien zu vergeben war sowohl dem Finanzministerium als auch Privatbanken absolut verboten.<sup>62</sup> Die «Cash-and-Carry»-Regelung war für Nationen mit grossen Geldreserven und starker Kriegsmarine von Vorteil. In Europa nutzten sie Grossbritannien und Frankreich mehr als Deutschland. Aber im Fernen Osten hatte sie die perverse Folge, dass Japan auf Kosten Chinas profitierte. Trotz der Aufhebung des Waffenembargos war zweifelhaft, ob die westlichen Demokratien die benötigten Waffen würden bezahlen können und ob Amerika sie, wenn die Mittel vorhanden sein sollten, in den notwendigen Mengen würde liefern wollen. Beide Fragen sollten über ein Jahr lang ungelöst bleiben.

Als sich der «phoney war» – der «unechte Krieg», wie ihn der isolationistisch eingestellte republikanische Senator William E. Borah nicht ganz zu Unrecht genannt hat – ins Jahr 1940 hinzog, schickte Roosevelt Sumner Welles nach Rom, Berlin, Paris und London, wo er inoffiziell die Chancen eines Verhandlungsfriedens ausloten sollte. Welles kehrte Anfang April ernüchtert zurück. Die Chancen, den Konflikt auf diplomatischem Wege beizulegen, waren gering. Mussolini hatte einen Verhandlungsfrieden zwischen Deutschland und den Alliierten zwar als möglich bezeichnet, falls sämtliche deutschen und italienischen Gebietsforderungen erfüllt werden würden, aber Welles hatte erkannt, dass der italienische Diktator allen Einfluss, den er einmal besessen haben mochte, verloren hatte. Ausserdem war er sich sicher, dass Mussolini Italien in den Krieg führen würde, wenn er den Augenblick für gekommen hielt. Die Kriegslüsterheit in Berlin und die schlechte Stimmung in Frankreich hatten Welles deprimiert. Nur in London hatte ihm Churchill, der als Schatzkanzler ins Kabinett zurückgekehrt war, mit seinem zur Schau getragenen Durchhaltewillen einen positiven Eindruck vermittelt.<sup>63</sup>

Welles düsterer Bericht hatte in Washington keine unmittelbaren Folgen. Tatsächlich ging der «phoney war» nur wenige Tage nach seiner Rückkehr durch den deutschen Angriff auf Dänemark und Norwegen abrupt zu Ende, und einen Monat später trat der Krieg mit dem verheerenden deutschen West-

feldzug auf spektakuläre Weise in eine neue, überaus gefährliche Phase ein. Roosevelts Angebot an Mussolini, als Vermittler eines Friedensvertrages zu agieren, wenn Italien sich aus dem Krieg heraushalten würde, stiess, wie gesehen, auf kategorische Ablehnung.<sup>64</sup> Die Monate Mai und Juni 1940 erlebten die wichtigsten Vertreter der US-Aussenpolitik, wie Welles es später ausdrückte, als einen «Alpdruck der Ohnmacht», denn «die Regierung der Vereinigten Staaten hatte keine andere Möglichkeit, die Zerstörung der Welt und die Bedrohung der eigenen Existenz abzuwenden, als den Eintritt in den Krieg, dem die amerikanische öffentliche Meinung sich jedoch mit erdrückender Mehrheit widersetze».<sup>65</sup> Er hätte hinzufügen können, dass selbst eine Kriegserklärung der USA, wie undenkbar sie zu diesem Zeitpunkt auch war, Hitler nicht im Geringsten behindert oder zum Zögern veranlasst hätte. Im Frühjahr 1940 besaßen die Vereinigten Staaten weder die militärischen noch die logistischen Mittel, um in den Krieg einzutreten und Deutschland von seinen militärischen Absichten abzubringen. Für die Rüstung war kaum etwas getan worden. Als der französische Ministerpräsident Renaud um die Entsendung von Flugzeugen ersuchte, musste ihm der amerikanische Botschafter in Paris, William Bullitt, mitteilen, dass es keine Flugzeuge gebe, die man ihm schicken könnte.<sup>66</sup> Tatsächlich besaßen die Vereinigten Staaten damals für die eigene Verteidigung nur 1350 Flugzeuge.<sup>67</sup> Die gleiche Antwort erhielt Renaud auf seine verzweifelte Bitte um alte Kriegsschiffe. Man konnte kein einziges entbehren.<sup>68</sup> Alles, was Roosevelt anbieten konnte, waren gut 2'000 Kanonen – französischer Herkunft, die Standardkanonen im Ersten Weltkrieg.<sup>69</sup> Das reguläre amerikanische Heer stand mit 275'000 Mann zu diesem Zeitpunkt an zwanzigster Stelle auf der Welt, gleich hinter dem niederländischen. Es verfügte über nur fünf voll ausgerüstete Divisionen (die Deutschen setzten allein im Westfeldzug 141 Divisionen ein), deren Waffen zum grossen Teil noch aus dem Ersten Weltkrieg stammten.<sup>70</sup> Zudem wäre selbst dieses klägliche Heer, wenn man es über den Atlantik geschickt hätte, erst in Europa eingetroffen, nachdem die Niederlande und Frankreich von Hitlers Wehrmacht bereits überannt gewesen wären.

Als die Franzosen am 17. Juni 1940 um einen Waffenstillstand nachsuchten und fünf Tage später eine demütigende Kapitulationsurkunde unterzeichneten, hatte Washington kaum Grund zu der Hoffnung, dass Grossbritannien den Kampf würde fortführen können. Gewiss verkörperte der frisch ins Amt beru-

fene Premierminister die neue britische Entschlossenheit, die Sumner Welles einige Wochen zuvor beeindruckt hatte. Tatsächlich hatte Churchill seine Kabinettskollegen in den Tagen der tiefsten Verzweiflung Ende Mai, als die britischen Expeditionstruppen am Strand von Dünkirchen festsassen, davon überzeugen können, dass die einzige vernünftige Strategie darin bestehe, durchzuhalten, jeden Gedanken an Verhandlungen fallenzulassen und auf amerikanische Hilfe zu hoffen. Ob und wann diese Hilfe in nennenswertem Umfang kommen würde, war zu diesem Zeitpunkt allerdings eine offene Frage. Aber wenigstens zeigte sich die Regierung jetzt zum Kampf entschlossen. Hinzu kam, dass das britische Expeditionskorps gerettet werden konnte. Am 4. Juni, dem letzten Tag der Evakuierung aus Dünkirchen, hielt Churchill im Unterhaus eine glänzende Rede, in der er den neuen Geist beschwor. «[...] wir werden unsere Insel verteidigen, was es auch kosten mag», versicherte er auch den amerikanischen Zuhörern der transatlantischen Rundfunkübertragung, «wir werden uns niemals ergeben». Selbst, wenn England unterjocht werden sollte, würden das Empire und die britische Flotte von jenseits des Meeres den Kampf fortsetzen, «bis, zur gottgewollten Stunde, die Neue Welt mit all ihrer Macht und Kraft zur Hilfe und Befreiung der Alten Welt auftritt».<sup>71</sup>

Das war zweifellos grosse Redekunst, und es verfehlte in Amerika nicht seine Wirkung. Doch es konnte den vorherrschenden Pessimismus hinsichtlich des Schicksals Grossbritanniens nicht zerstreuen. Der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, seit Langem ein Untergangsprophet, vermutete, dass Hitler den Briten nach Dünkirchen ein Angebot machen würde, das sie nicht würden ablehnen können.<sup>72</sup> Auch andere glaubten nicht, dass Grossbritannien würde durchhalten können.<sup>73</sup> Roosevelt selbst hatte ernste Zweifel, nicht zuletzt hinsichtlich des Schicksals der britischen Flotte im Fall einer Kapitulation.<sup>74</sup>

Vor dem Mai 1940 hatte die amerikanische Regierung mit einem der folgenden drei Szenarien gerechnet: dass die Demokratien den Krieg ohne aktive amerikanische Beteiligung gewinnen; dass der Krieg in eine lang anhaltende Pattsituation münden würde, in der die Vereinigten Staaten schliesslich einen Verhandlungsfrieden vermitteln könnten; oder dass die Demokratien – im Verlauf eines langen Krieges – ernstlich Gefahr liefen, von den Diktaturen besiegt zu werden. Ein viertes Szenario hatte man nicht vorausgesehen: einen erstaunlich schnellen deutschen Sieg im Westen, *bevor* die Vereinigten Staa-

ten nennenswerte Hilfsleistungen erbringen konnten.<sup>75</sup> Doch genau dieser Fall war eingetreten. Die düsteren Aussichten für das Überleben der Briten bedeuteten, dass die Frage der materiellen Hilfe für Grossbritannien dringlich wurde. Wenn das Land nicht untergehen sollte, war diese Unterstützung unerlässlich; sollte London kapitulieren müssen, wäre jede Lieferung allerdings bloss ein Geschenk an Hitler. Als man jenseits des Atlantiks das Ausmass der französischen Niederlage begriff, trat die gesamte Diskussion über die ebenso grundlegende wie umstrittene Frage der Hilfe für Grossbritannien in eine neue, entscheidende Phase ein.

### III

Als Roosevelt sich mit den drängenden Fragen, die der Fall Frankreichs aufwarf, zu beschäftigen begann, war er achtundfünfzig Jahre alt, und das achte – und nach langjähriger Tradition letzte – Jahr seiner Präsidentschaft war bereits weit fortgeschritten. Sein Leben war von Reichtum und hohen politischen Ämtern geprägt. Der Ostküstenaristokratie entstammend, war er in Hyde Park aufgewachsen, in einem grossen Herrenhaus im Staat New York. Sein Cousin fünften Grades, Theodore Roosevelt, war von 1901 bis 1909 Präsident gewesen. Franklin hatte sogar eine Roosevelt geheiratet – seine entfernte Cousine Eleanor, eine Nichte von Theodore. Sie sollte ihm sechs Kinder gebären (von denen eines als Baby starb). Im Unterschied zu Theodore hatte Franklin Roosevelt seine politische Karriere als Demokrat gemacht. Unter Woodrow Wilson war er zum stellvertretenden Marineminister aufgestiegen, und 1920 hatte er sich als demokratischer Kandidat erfolglos um das Amt des Vizepräsidenten beworben. Im nächsten Jahr hatte ihn eine persönliche Tragödie ereilt: Er erkrankte an Polio, durch die beide Beine gelähmt wurden. 1928 zum Gouverneur von New York gewählt, erwies er sich als ebenso geschickter wie fähiger Politiker. Er hatte sich bereits um die Bekämpfung der schlimmsten Folgen der Weltwirtschaftskrise in New York verdient gemacht, als die Demokraten ihn 1932 zum Präsidentschaftskandidaten kürten.

Persönlicher Charme, ein scheinbar entspanntes Auftreten, Humor und Liebenswürdigkeit halfen Roosevelt bei vielen Gelegenheiten, seine Freunde zu überreden und seine Gegner zu besänftigen und sich einen Weg durch das poli-

tische Dickicht zu bahnen. Manche seiner politischen Gegner warfen ihm Verschlagenheit und Doppelzüngigkeit vor. Seine Anhänger bewunderten dagegen seine Cleverness und sein geschicktes Manövrieren. Trotz der vielen Jahre im Amt blieb er ein Rätsel. Man hat eine «verwirrende Komplexität» als «hervorstechenden Zug» seines Bildes ausgemacht: «Er konnte kühn oder vorsichtig sein, ungezwungen oder förmlich, grausam oder freundlich, unduldsam oder langmütig, weitläufig oder fast bäuerisch, ungestüm oder zögerlich, machiavellistisch oder moralistisch.»<sup>76</sup> Aber was immer man auch von Roosevelt hielt, es konnte kaum ein Zweifel daran bestehen, dass er zu dem Zeitpunkt, als er in den entscheidenden Monaten der Jahre 1940/41 mit den bedrückenden Fragen von Krieg und Frieden konfrontiert war, der unumstrittene Herr über die politische Landschaft der Vereinigten Staaten war.

Das Weisse Haus zur Zeit Roosevelts ist als «Wohnung in einem Herrenhaus in einem Amtssitz» beschrieben worden.<sup>77</sup> Es war zwar das Machtzentrum des Landes, aber eines, in dem selbst die repräsentativen Räume unaufdringlich wirkten. Roosevelt begann den Tag damit, dass er, einen blauen Umhang mit dem roten Monogramm F. D. R. über dem Pyjama, beim Frühstück im Bett die Zeitungen las. Anschliessend kamen seine Assistenten herein, um den Tagesablauf mit ihm zu besprechen. Danach arbeitete er in der Regel ab zehn Uhr an seinem grossen, mit Papieren übersäten Schreibtisch im Oval Office zwischen Büchern, Drucksachen und Familienfotos, im Rücken die hohen Fenster mit Blick auf den Garten. Am späten Vormittag und am Nachmittag empfing er gewöhnlich Besucher. Der Zugang ins innere Heiligtum wurde von seinem liebenswürdigen Militäradjutanten, Generalmajor Edwin W. Watson, bewacht, der von allen «Pa» genannt wurde, einem grossen, gutmütigen Mann aus Virginia mit einer Vorliebe für Rasierwasser, über die der Präsident viele Witze machte. Dann diktierte Roosevelt seinen Sekretärinnen, seiner langjährigen treuen Mitarbeiterin Marguerite «Missy» LeHand und deren Assistentin Grace Tully, Briefe und Memos. Montags und dienstags wurden Kongressabgeordnete empfangen; mit der Presse sprach Roosevelt am Dienstagnachmittag und Freitagvormittag, und Freitagnachmittags leitete er die Kabinettssitzungen. An den Abenden fanden im grossen Speisesaal häufig gesellschaftliche Veranstaltungen statt. Wenn nicht, verbrachte Roosevelt die Abende gern damit, seine Briefmarkensammlung zu sortieren (sofern er nicht



von Telefonanrufen und anderen Geschäften gestört wurde). Diesen scheinbar geordneten Tagesablauf unterbrach er nur wegen politischer Krisen. Roosevelts Handeln erweckte häufig den irreführenden Eindruck, als fehle ihm jeglicher Sinn für systematisches Vorgehen. In Wirklichkeit war es Ausdruck eines grossen, auf persönlicher Anteilnahme beruhenden Einsatzes. Die «Atmosphäre von kleinstädtischer Freundlichkeit», die das Weisse Haus auf den ersten Blick kennzeichnete, täuschte darüber hinweg, dass Roosevelt das Ruder stets fest in Händen hielt.<sup>78</sup>

Die amerikanische Verfassung stattet den Präsidenten mit grossen Vollmachten aus, schafft aber auch Kontrollen und Gegengewichte. Insbesondere die der Legislative und der Judikative verliehenen Befugnisse sollen der Macht des Präsidenten Grenzen setzen und Missbrauch verhindern. Die Lehre von der Gewaltenteilung sah voraus, dass es zwischen Präsident und Kongress zu Spannungen kommen musste.<sup>79</sup> Aufgrund der Doppelherrschaft beider Institutionen und ihres komplexen Machtgleichgewichts waren Kompromisse unumgänglich, die jedoch häufig erst nach kraft- und zeitraubenden Diskussionen und intensiver Lobbyarbeit erreicht wurden. Schnelle, möglicherweise impulsive Entscheidungen waren in diesem Rahmen unwahrscheinlich. Mangelnde Effektivität der Regierungsarbeit wurde jedoch allgemein als unvermeidlicher Preis für die Verhinderung übersteigerter Machtansprüche betrachtet. Andererseits konnte sich die Notwendigkeit, wichtige Massnahmen von einem widerspenstigen Kongress billigen zu lassen, im Fall einer internationalen Krise – und der Krieg in Europa sowie die zunehmende Gefahr in Ostasien stellten sicherlich eine solche dar – nicht nur als arbeitsaufwändig, sondern auch als schwächend herausstellen, wenn schnelles Handeln geboten war. Dabei brauchte der Präsident gerade in solchen Zeiten den Rückhalt der Nation, nicht deren Widerspruch. Roosevelts Vorsicht, sein Zögern, die kühnen Massnahmen zu ergreifen, die seine Berater ihm hin und wieder empfahlen, waren Ausdruck seines Gespürs für die Notwendigkeit, die Nation mit sich zu nehmen. Er war sich nur zu sehr bewusst, dass das Land in der Grundfrage der amerikanischen Teilnahme an dem Krieg in Europa gespalten war; man war zwar dafür, Grossbritannien materiell stärker zu unterstützen, lehnte den Kriegseintritt aber mit einer Dreiviertelmehrheit ab.<sup>80</sup> Deshalb neigte Roosevelt trotz des grossen politischen Geschicks, das er im Umgang mit dem Kongress häufig genug bewies, immer mehr dazu, diesen zu umgehen, indem

er seine präsidentialen Vollmachten nutzte, um Massnahmen zu ergreifen, deren Realisierung andernfalls durch eine sich hinziehende Debatte ausgesetzt oder aufgehalten worden wäre.<sup>81</sup>

Jeder Präsident übt seine Macht auf seine eigene, unnachahmliche Art aus. Roosevelt war ein Mann mit kühnen Ideen, wenn auch ohne eine zusammenhängende Ideologie. Er war zu Experimenten bereit und ebenso dazu, sie wieder abzubrechen, wenn sich seine Initiativen als undurchführbar erwiesen.<sup>82</sup> Er verbreitete Zuversicht, und mit seiner freundlichen, umgänglichen Art gelang es ihm, seine Umgebung mit seinem Drang anzustecken, an die Grenzen des Möglichen zu gehen. Ihn interessierten Zwecke, nicht Mittel. Die Frage, wie etwas erreicht werden konnte, überliess er anderen.<sup>83</sup> An vielen Politikbereichen nahm er persönlich keinen Anteil. Während er über Marineangelegenheiten, die ihn seit dem Ersten Weltkrieg leidenschaftlich interessierten, intensiv nachdenken konnte, schenkte er Themen, die ihn nicht interessierten, häufig nur flüchtig Aufmerksamkeit.<sup>84</sup> Für die kühlen Analytiker in seiner Umgebung war sein Umgang mit Problemen gelegentlich irritierend. Kriegsminister Stimson zum Beispiel, der auf Taten drängte, notierte angesichts von Roosevelts Vorsicht und Ad-hoc-Beschlüssen mit frustriertem Unterton, dies sei «buchstäblich Regieren auf dem Sprung». Gespräche mit dem Präsidenten seien, «als jage man einen wandernden Sonnenstrahl durch ein leeres Zimmer».<sup>85</sup> Gleichzeitig bewunderte Stimson wie andere auch das angeborene Geschick, mit dem Roosevelt, gelegentlich auf Umwegen und mit Geduld und Behutsamkeit, seinen Willen durchsetzte. Und es gab niemanden, der seine Vorsicht mit Schwäche verwechselt hätte. Wenn es um die Festlegung des politischen Kurses und um Schlüsselentscheidungen ging, war sein Vorrang unumstritten.

Das Kabinett, das Beratergremium des Präsidenten, spielte bei der Entscheidungsfindung als Kollektiv kaum eine Rolle. Im Unterschied zum britischen Regierungssystem, in dem die Kabinettsmitglieder aus den Reihen der Abgeordneten kommen und eine kollektive Verantwortung für das Regierungshandeln tragen, stützt sich das amerikanische System auf die besonderen Fachkenntnisse Einzelner, die direkt in die Regierung berufen werden, und aufgrund der strengen Trennung von Legislative und Exekutive liegt es für den Präsidenten nahe, sich bilateral mit einzelnen Ministerien zu besprechen. Roosevelt verstärkte diese im System angelegte Tendenz zusätzlich, indem er



1 Französische Infanteristen ergeben sich im Mai 1940, während die Wehrmacht durch die Niederlande und Nordfrankreich vorstößt. Das Tempo des deutschen Vormarschs hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Kriegspläne nicht nur in Europa, sondern auch im Fernen Osten.



2 Alliierte Truppen hoffen Ende Mai 1940 am Strand von Dünkirchen auf ihre Rettung. Der Erfolg der Evakuierung übertraf alle Erwartungen von Regierung und Militärführung.



- 3** Entschlossene Gesichter in der Downing Street, 1940: Winston Churchill und Lord Halifax, deren Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob man den Krieg durch eine Verhandlungslösung beenden sollte, die entscheidende Diskussion im Kriegskabinett zwischen dem 25. und 28. Mai prägte. Die Entscheidung, den Kampf fortzusetzen, beeinflusste die deutsche Strategie nachhaltig.



4 Grossadmiral Erich Raeder, der Oberkommandierende der deutschen Kriegsmarine, dessen strategische Präferenzen von Hitlers abwichen.



5 Hitler und der spanische Diktator, General Francisco Franco, schreiten bei ihrem Treffen in Hendaye im Oktober 1940, bei dem die unüberwindlichen Hindernisse einer «Peripherie-Strategie» unter Beteiligung Spaniens zutage traten, die Ehrengarde ab.



6 Der sowjetische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Wjatscheslaw Molotow, mit dem deutschen Aussenminister Joachim von Ribbentrop an seiner Rechten bei seinem Berlinbesuch im November 1940, der Hitler davon überzeugte, dass der Angriff auf die Sowjetunion unverzüglich in Gang gesetzt werden musste.





**7** Japanische Panzer rollen durch Südchina. Der erbittert geführte brutale Krieg mit China, der im Sommer 1937 begonnen hatte, blockierte jede friedliche Regelung im Fernen Osten.



**8** Fürst Fumimaro Konoe, der dreimal japanischer Ministerpräsident war und den Krieg in China und die Südexpansion befürwortete. Im Oktober 1941 trat er zurück, als seine Versuche scheiterten, eine diplomatische Lösung der eskalierenden Krise im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu finden.



9 Der japanische Botschafter in Berlin, Saburo Kurusu, spricht auf der Zeremonie zur Unterzeichnung des Dreimächtepakts zwischen Japan, Deutschland und Italien am 27. September 1940 in Berlin. Zu seiner Linken sind der italienische Außenminister, Graf Galeazzo Ciano, und Hitler zu sehen.



10 Gemischte Gefühle auf den Gesichtern der Italiener am Tag des Kriegseintritts ihres Landes, dem 10. Juni 1940.





11 (Von links nach rechts) Mussolini, Hitler, Ciano und Ribbentrop am 28. Oktober 1940, dem Tag des italienischen Angriffs auf Griechenland, im Palazzo Vecchio in Florenz.



12 Italienische Artillerie beschiesst an der albanischen Grenze griechische Stellungen, nachdem der unglückselige Griechenlandfeldzug steckengeblieben war.





13 Präsident Franklin D. Roosevelt im Jahr 1940 im Gespräch mit seinem langjährigen Aussenminister Cordell Hull, einer Stimme der Vorsicht in der Regierung, obwohl er gegenüber der japanischen Bedrohung letztlich unnachgiebig auftrat.



14 General George C. Marshall, der überaus fähige Generalstabschef des Heeres, bespricht mit dem erfahrenen und resoluten Kriegsminister Henry L. Stimson, einem der «Falken», die beim Präsidenten Gehör fanden, die amerikanische Strategie.



**15** Stalin mit Molotow, der es unterwürfig hinnahm, dass sein Führer alle Warnungen vor einem deutschen Angriff im Jahr 1941 in den Wind schlug.

die Konkurrenz zwischen den Mitgliedern des Regierungsapparats anfachte und ihre Zuständigkeiten häufig nur unklar voneinander abgrenzte.<sup>86</sup> Das Kabinett war kaum mehr als ein Instrument zur Koordination der Verteidigungsanstrengungen und zur Behandlung heikler aussenpolitischer Fragen. Unaufschiebbar Entscheidungen fällte der Präsident zusammen mit einzelnen Kabinettsmitgliedern oder nach Diskussionen mit denjenigen, deren Zuständigkeitsbereich sie am unmittelbarsten betrafen.<sup>87</sup>

Die sich vertiefende Krise im Frühjahr 1940 erforderte ein flexibleres und energischeres Regierungshandeln. Aufgrund des deutschen Triumphs in Westeuropa im Mai und Juni war es dringend notwendig, das Land in Verteidigungsbereitschaft zu versetzen. Man musste, wenn auch verspätet, mit aller Kraft darangehen, die Wirtschaft für die Verteidigung zu mobilisieren und schnellstmöglich die Wiederaufrüstung voranzutreiben. Und da die Sicherheit des Landes mit dem Schicksal Grossbritanniens und Frankreichs verknüpft war, musste man versuchen, den Untergang der westlichen Demokratien zu verhindern.<sup>88</sup> Roosevelt agierte fortan weniger wie ein ziviler Präsident, sondern mehr wie ein Oberbefehlshaber, der die Führung der Verteidigung in seinen Händen bündelt. Er achtete darauf, den Kongress, obwohl er ihn umging, nicht vor den Kopf zu stossen, indem er sich auf aus dem Ersten Weltkrieg stammende Beschlüsse stützte, um neue Verteidigungsbehörden zu schaffen, Gesetzgebungsverfahren zu vermeiden und so gleichzeitig seine eigene Position zu stärken. Er begann «eine neue Regierung innerhalb der Regierung» einzurichten.<sup>89</sup>

Im Mai 1940 gründete er das Amt für Krisenmanagement, das die Tätigkeit aller mit der Verteidigung befassten Regierungsstellen koordinieren sollte. Wenig später, gegen Ende des Monats, belebte er den Nationalen Verteidigungsrat neu, ein Gremium aus sechs Kabinettsmitgliedern, das seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr in Erscheinung getreten war, und schuf zusätzlich einen siebenköpfigen Beirat für Nationale Verteidigung, der sich aus Wirtschaftsmanagern und erfahrenen Verwaltungsbeamten zusammensetzte.<sup>90</sup> Diese Institutionen wirkten allerdings nur auf dem Papier beeindruckend. Das Amt für Krisenmanagement bildete lediglich ein Rahmenwerk, das es Roosevelt gestattete, unter Umgehung des Kongresses für die Produktion zuständige Regierungsstellen aufzubauen und zu kontrollieren.<sup>91</sup> Der Nationale Verteidigungsrat, bei dem theoretisch die Fäden der Verteidigungsanstrengungen

zusammenliefen und dessen Mitglieder entsprechende Kabinettsposten innehatten, trat nie zusammen. Der Beirat blieb ohne Vorsitzenden eine führungslose Gruppe von Experten, von denen jeder allein dem Präsidenten gegenüber verantwortlich war. Seine Zuständigkeitsbereiche waren nicht präzise festgelegt, was unvermeidlich zu Kompetenzgerangel zwischen dem Beirat und den Apparaten von Kriegs-, Marine- und Finanzministerium führte. All dies stärkte indessen die Macht des Präsidenten.<sup>92</sup> Sein Temperament entsprach seinem Sinn für seine verfassungsmässige Verantwortung. Er war nicht bereit, Befugnisse an irgendwelche Organisationen zu delegieren, die seine eigene direkte, persönliche Kontrolle behindern konnten; er hätte es mit Blick auf die Verfassung für unverantwortlich gehalten, dies zu tun.<sup>93</sup>

Im Juni 1940 nahm Roosevelt zwei bedeutsame personelle Veränderungen vor, die sich auf die Verteidigungspolitik auswirken sollten. Er ernannte Frank Knox zum Marineminister und Henry L. Stimson zum Kriegsminister. Beide Berufungen waren geschickte wahlkampfaktische politische Entscheidungen. Sowohl Knox als auch Stimson waren prominente Mitglieder früherer republikanischer Regierungen gewesen. Knox war in den Wahlen von 1936 als republikanischer Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten angetreten, und Stimson war bereits unter republikanischen Präsidenten Kriegsminister und Anfang der dreissiger Jahre Aussenminister gewesen. Mit diesen Ernennungen erweiterte Roosevelt aber nicht nur die politische Basis seiner Regierung und verlieh ihr in einer Zeit der nationalen Krise ein überparteiliches Ansehen, sondern stärkte auch seine eigene Position in Verteidigungsfragen.<sup>94</sup> Der abgelöste Marineminister, Charles Edison, hatte wenig bewegt, und Stimsons Vorgänger Woodring war für sein Amt völlig ungeeignet gewesen, da seine isolationistische Einstellung nicht mehr zeitgemäss war.<sup>95</sup> Mit Knox und Stimson standen Roosevelt jetzt zwei Männer zur Seite, die für eine energischere Verteidigungspolitik eintraten; tatsächlich waren sie weit kämpferischer als der Präsident selbst.

Knox, der freundliche Umgangsformen mit festen politischen Ansichten vereinte, war 1931 Herausgeber der Chicagoer *Daily News* geworden, mit der er in einer Region, in welcher der schrille Isolationismus der *Chicago Tribune* den Ton angab, dem gemässigten, internationalistischen Republikanismus ein Forum bot.<sup>96</sup> Der mittlerweile in den Siebzigern stehende Stimson, der von

Beruf Rechtsanwalt war, allerdings viele Jahre öffentliche Ämter bekleidet hatte, sollte bald zum starken Mann in der Regierung werden. Er war ein Mann mit festen, auf moralischer Rechtschaffenheit und Gesetzestreue beruhenden Grundsätzen, der auch äusserlich in seine Rolle passte: in der Mitte gescheiteltes silbergraues Haar, schneidiger Schnurrbart, eine Ausstrahlung von absoluter Ehrbarkeit. Seine Mitarbeiter sprachen ihn mit seinem militärischen Rang aus dem Ersten Weltkrieg als «Colonel Stimson» an; für den Präsidenten war er «Harry». Stimson verachtete den Nationalsozialismus zutiefst und hatte kein Verständnis für die schwachen Politiker in Grossbritannien und Frankreich, die sich Hitler nicht entgegengestellt hatten. Er war ein guter, geradliniger Regierungsbeamter, der kein Blatt vor den Mund nahm und zu Ungeduld und sogar Schroffheit neigte, wenn es in seinen Augen an Führung oder Elan fehlte, und sei es beim Präsidenten.<sup>97</sup> Die dringend erforderliche Wiederaufrüstung erhielt durch ihn den nötigen Schwung, und er betrieb sie trotz seines fortgeschrittenen Alters mit grosser Vitalität.

Mit Knox und Stimson hatte Roosevelt zwei Männer auf Posten berufen, die für die militärischen Aspekte der Aussenpolitik entscheidend waren. Von ihnen konnte er erwarten, dass sie privat und öffentlich sowohl für die amerikanische Kriegsbereitschaft als auch für die Hilfe für Grossbritannien eintreten würden.<sup>98</sup> Insbesondere Stimson setzte sich vehement für eine Intervention in Europa ein. Aufgrund seines grossen Interesses für Marinefragen beteiligte sich Roosevelt aktiv an den operativen Planungen für einen Seekrieg. Er kam selten mit Knox allein zusammen und sprach regelmässig direkt mit Admiral Harold «Betty» Stark, dem für die Anregungen des Präsidenten stets offenen Operationschef der Marine, sowie dem kantigen Oberkommandierenden der Atlantikflotte, Admiral Ernest J. King. Gegenüber dem Heer verhielt sich Roosevelt anders. Mit Stimson beriet er sich häufig unter vier Augen oftmals über Heeresangelegenheiten. Den Generalstabschef der Landstreitkräfte, General George C. Marshall, empfing er dagegen nur selten, und wenn, dann in Stimsons Begleitung, wahrscheinlich um nicht den Anschein zu erwecken, als würde er die Art kritisieren, wie der Kriegsminister sein Ministerium führte.<sup>99</sup> Der überaus fähige, beeindruckende und nüchterne Marshall, ein grosser Mann mit graumelierten Haaren und stechenden blauen Augen, unterhielt eine ausgezeichnete Arbeitsbeziehung zu Stimson.<sup>100</sup> Er war dafür bekannt, auch

gegenüber Vorgesetzten mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg zu halten. So hatte er im Herbst 1938 auf sich aufmerksam gemacht, indem er Roosevelt in einer wichtigen Sitzung widersprochen hatte. Damals hatten die meisten geglaubt, dass seine viel versprechende Karriere zu Ende sei. Aber einige Monate später hatte Roosevelt eine seiner bemerkenswertesten Personalentscheidungen getroffen und ihn zum Generalstabschef des Heeres ernannt. Ihr persönliches Verhältnis blieb jedoch förmlich. Marshall sprach Roosevelt stets als «Mr. President» an; er war entschlossen, sich nicht von dessen Charme einfangen zu lassen, und lachte nie über seine Witze. Umgekehrt nannte Roosevelt Marshall nach der ersten Abfuhr nie wieder beim Vornamen.<sup>101</sup>

Als Roosevelt im Mai 1940 eine Etatforderung des Heeres in Höhe von 657 Millionen Dollar rundweg abgelehnt hatte, setzte Marshall ihm die Argumente für diese Mittelzuweisung auseinander und schloss mit der Sorge: «Wenn Sie nichts tun [...], dann weiss ich nicht, was mit diesem Land geschehen wird.» Roosevelt nahm seine Entscheidung zurück. Damit war, wie Marshall später feststellte, der tote Punkt überwunden.<sup>102</sup> Eine bewaffnete Intervention lehnte er jedoch wie seine Planer weiterhin ab, solange die Streitkräfte nicht ausreichend ausgebaut worden waren. Zu einem Befürworter des Kriegseintritts wurde er erst im Herbst 1941. Im Sommer des Vorjahres war die Position des Heeres eindeutig gewesen. Ein Kriegseintritt hätte Angriffe Deutschlands, Italiens und vielleicht auch Japans auf die Vereinigten Staaten zur Folge gehabt, glaubte man. «Wir sind so wenig darauf vorbereitet, einer solchen Aggression auf gleicher Ebene entgegenzutreten», erklärte Marshall, «dass wir den Kampf vermeiden sollten, bis wir richtig vorbereitet sind.»<sup>103</sup>

Das hielt Stimson und Knox indes nicht davon ab, sich den Reihen der schärfsten Hardliner anzuschliessen und Roosevelt zu drängen, einerseits gegenüber der Achse und Japan eine unnachgiebige Haltung einzunehmen und andererseits jede Massnahme zur Förderung der Wiederaufrüstung zu unterstützen. Nachdrückliche Rückendeckung erhielten sie von dem langjährigen Finanzminister Henry Morgenthau, einem persönlichen Freund des Präsidenten, der wie Stimson der Ansicht war, dass das NS-Reich nur besiegt werden konnte, wenn die Vereinigten Staaten so schnell wie möglich ihre ganze materielle Kraft mobilisierten. Zwischen Morgenthau, dem die wichtige Aufgabe anvertraut war, die Kriegsproduktion zu organisieren (die traditionell eigent-

lich in die Zuständigkeit des Kriegsministeriums fiel), und dem neuen Kriegsminister entwickelte sich ein gutes Arbeitsverhältnis, das auf gegenseitigem Respekt und enger Zusammenarbeit beruhte.<sup>104</sup> Ein weiterer Mitstreiter der «Falken» war Innenminister Harold L. Ickes, ein ebenso angriffslustiger wie freimütiger ehemaliger Republikaner, der seit 1933 dem Kabinett angehörte und Morgenthau Auffassung teilte, dass eine heraufziehende Krise entschiedenes Handeln verlange.<sup>105</sup>

Eine Art Gegengewicht zur scharfmacherischen Haltung der für die Streitkräfte und die Verteidigung Verantwortlichen bildete das Aussenministerium. Nicht dass Cordell Hull, der seit 1933 an seiner Spitze stand, eine weiche Linie gegenüber den Aggressoren in Europa und Ostasien vertrat. Als Stütze des Rechtschaffenheitsgrundsatzes in der Aussenpolitik verachtete er den Faschismus, und seine moralische Verurteilung Japans war ähnlich streng. Aber aufgrund seiner angeborenen Vorsicht bereitete ihm jeder Schritt Unbehagen, der als unnötige Provokation aufgefasst werden konnte.<sup>106</sup> Dass Japan womöglich von einem amerikanischen Engagement in Europa profitieren könnte, war auch für den Präsidenten beunruhigend. Er liess den vorsichtigen und erfahrenen Hull in der Fernostpolitik weitgehend unbehelligt gewähren und gab sich damit zufrieden, dass er im Pazifik einen fragilen Frieden aufrechterhielt, indem er einerseits gegenüber Japan jede Provokation vermied, andererseits aber auch nichts unternahm, was als Duldung der japanischen Aggression in China verstanden werden konnte. Der Atlantik war eine andere Sache. Hier spielte Roosevelt eine aktive und sichtbare Rolle. Aber auch in Bezug auf den pazifischen Raum war die Verantwortung geteilt, da weder die militärische Abschreckung noch die Frage von Handelsbarrieren in Hulls Zuständigkeit fiel.<sup>107</sup> Ausserdem musste Hull gelegentlich feststellen, dass wichtige Angelegenheiten seinem Staatssekretär Sumner Welles übertragen worden waren, einem Freund und Vertrauten des Präsidenten und einem Rivalen, dem er mit einer gewissen Feindseligkeit und bitterem Groll gegenüberstand.<sup>108</sup>

Die Spannweite der Ansichten seiner engsten Berater – von Hulls listiger Vorsicht bis zu Stimsons ungebremstem Interventionismus – ermöglichte es Roosevelt, je nach Belieben zwischen ihren Positionen zu wechseln. Hull gehörte zu den wenigen Auserwählten, die mehr oder weniger ständig Zutritt zum Präsidenten hatten. Das war im Hinblick auf seine Stellung notwendig, aber eine persönliche Nähe erwuchs daraus nicht.

Ausser dem Aussenminister gab es nur noch wenige, die direkt zum Präsidenten vorgelassen wurden. Nahezu unbeschränkter Zugang hatten nur Stimson, Welles und Hopkins, die daher auch mit seinen Gedanken am besten vertraut waren. Insbesondere Hopkins, seit vielen Jahren Roosevelts wichtigster Berater, der während des New Deal sein «Feuerwehrmann» gewesen war, von Anfang an seinem engsten Kreis angehörte und sogar eine Wohnung im Weissen Haus hatte, fand in den meisten Fragen bei ihm Gehör. Von seinen Gegnern wurde Hopkins allerdings als Mischung aus Machiavelli, Svengali und Rasputin verunglimpft. Die Gesundheit des hageren, rastlosen Kettenrauchers war seit einer lebensbedrohlichen Krankheit angeschlagen, was seinem Vergnügen an Pferderennen und Nachtclubs jedoch keinen Abbruch tat. Er hatte die Gabe, den Kern eines Problems rasch zu erfassen, und nahm kein Blatt vor den Mund. Roosevelt war er zutiefst ergeben; er besass eine «übersinnliche Wahrnehmung» für dessen Stimmungen und wurde zu einem unerlässlichen Mittelsmann für Mitglieder des inneren Kreises, die dringend die Aufmerksamkeit des Präsidenten haben wollten.<sup>109</sup>

Diese Gruppe – Stimson, Knox, die Streitkräftechefs Stark und Marshall sowie Hull und Hopkins – wurde jetzt häufiger im Weissen Haus zusammengerufen. Stimson bezeichnete sie als «Kriegsrat». Jedenfalls bildete sie das Gremium, das dem Verteidigungsausschuss des britischen Kriegskabinetts am ähnlichsten war und einem institutionalisierten Rahmen für die Entscheidungsfindung in Fragen der nationalen Sicherheit so nahekam, wie Roosevelt es zuliess. Tatsächlich sorgte er dafür, dass die Gruppe nicht zu einer formellen Bürokratie erstarrte. Er behielt sich vor zu intervenieren oder zu kontrollieren, wo immer er es, je nach Thema, für richtig hielt. «Alle Pfade der Politik», ist mit Recht gesagt worden, «führten letztlich ins Weisse Haus.»<sup>110</sup>

Roosevelts Problem bestand freilich nicht darin, den von ihm gewählten Kurs seinen Beratern nahezubringen. Die ergaben sich, «Falken» wie «Tauben», wenn auch manchmal resigniert, in seine häufig zögerlichen politischen Entscheidungen. Problematisch waren vielmehr, wie immer, die Reaktionen des Kongresses sowie, über den Capitol Hill hinaus, der Öffentlichkeit und ihrer organisierten Lobbys. In dieser Hinsicht blieb Roosevelt extrem vorsichtig. Im Kongress verfügten die Demokraten zwar weiterhin in beiden Häusern über eine Mehrheit, aber die Nachwahlen von 1938 hatten die Opposition ge-



gen Roosevelt erheblich gestärkt. Wenn sich konservative Demokraten, vor allem aus den Südstaaten, in bedeutenden Ausschüssen mit den Republikanern zusammentaten, konnten sie dem Präsidenten das Leben ausgesprochen schwer machen.

Während der Wahlkampf im Sommer und Herbst 1940 auf Hochtouren lief, trat Anfang September eine neu gegründete isolationistische Organisation namens «America First» auf, die stark zu den Republikanern neigte und Roosevelts Aussenpolitik kritisch gegenüberstand. Im gesamten Mittelwesten, wo sie ihren Hauptsitz in Chicago hatte, und im Nordosten der Vereinigten Staaten entstanden Ortsgruppen dieser Organisation und betrieben intensive Propaganda. Sie behaupteten, dass Hitler für die Vereinigten Staaten keine Bedrohung sei und Hilfe für Grossbritannien nur zum Eintritt in den europäischen Krieg führe.<sup>111</sup> «America First» war als Gegenlobby zum im Mai 1940 gegründeten «Komitee zur Verteidigung Amerikas durch Hilfe für die Alliierten» ins Leben gerufen worden, jener von William Allen White, einem Verleger und früheren Befürworter der Neutralitätsgesetze, gegründeten Interessengruppe, deren Ziel es war, die Öffentlichkeit für einen interventionistischen Standpunkt zu gewinnen. Das Komitee war in jedem Bundesstaat, ausser North Dakota, aktiv und warb in vielen Zeitungen und landesweiten Rundfunksendern für sein Anliegen. Bis zum Juli hatte es eine Viertelmillion Dollar an Spendengeldern gesammelt, mit denen es unter anderem eine Vielzahl von Eingaben an den Präsidenten und den Kongress finanzierte. Die Propaganda beider Seiten blieb nicht ohne Einfluss auf die öffentliche Meinung. Es gab eine grössere Bereitschaft, Grossbritannien mehr materielle Hilfe zukommen zu lassen, aber die Mehrheit hielt weiterhin an Neutralität und Isolation fest.<sup>112</sup> Der deutsche Vormarsch durch die Niederlande und die im Mai 1940 immer prekärer werdende Lage Frankreichs und Grossbritanniens beunruhigten die Amerikaner. Laut Meinungsumfragen glaubten nur noch 30 Prozent von ihnen an einen Sieg der Alliierten, während 78 Prozent befürchteten, ein siegreiches Deutschland würde seinen Einfluss auf Südamerika ausdehnen, und 63 Prozent sogar glaubten, Hitler würde auch Gebiete auf dem amerikanischen Kontinent besetzen.<sup>113</sup> Vor dem Hintergrund der Sorge um die eigene Sicherheit war man beunruhigt über die mangelnde Kriegsbereitschaft der Vereinigten Staaten, aber geteilter Meinung darüber, wie man den Alliierten helfen sollte, und massiv gegen jedes direkte Engagement in dem Konflikt in Europa.

Dies war die Stimmungslage, auf die Roosevelt im Sommer und Herbst 1940 Rücksicht nehmen musste. Sie bildete den Hintergrund zweier weit reichender Überlegungen: der innenpolitischen Schlüsselfrage, ob Roosevelt sich für eine ungewöhnliche dritte Amtszeit zur Wahl stellen sollte, sowie der heikelsten und umstrittensten verteidigungspolitischen Frage, die sich bis zu diesem Zeitpunkt gestellt hatte. Sollten die Vereinigten Staaten Churchills Bitte erfüllen und Grossbritanniens verzweifelte Anstrengungen, trotz der Aussicht auf eine deutsche Invasion durchzuhalten, durch den Verkauf von fünfzig Zerstörern auf greifbare Weise unterstützen? Dies waren die ersten beiden richtungweisenden Entscheidungen, die Roosevelt in den folgenden Monaten treffen sollte. Beide zusammen würden das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien neu gestalten und den Weg zu einer immer engeren Zusammenarbeit im Kampf gegen Hitlerdeutschland ebnen.

#### IV

Am 15. Mai 1940 schrieb Churchill den ersten Brief als Premierminister an Roosevelt und begann damit eine ebenso umfangreiche wie bedeutsame Korrespondenz. Die beiden hatten sich 1918 persönlich kennengelernt. Die kurze Begegnung war allerdings nicht der Beginn einer wunderbaren Freundschaft: Während sich Churchill später nicht mehr an sie erinnern konnte, war der künftige britische Premierminister dem künftigen amerikanischen Präsidenten als «Ekel» im Gedächtnis geblieben.<sup>114</sup> Bis in den Zweiten Weltkrieg hinein betrachtete er Churchill als Reaktionär mit altmodischen «viktorianischen» Anschauungen. Ausserdem gefiel ihm seine berühmte Neigung zum Alkohol nicht. Als er von Churchills Ernennung zum Premierminister erfuhr, sagte er, er sei vermutlich der beste verfügbare Mann, auch wenn er die Hälfte der Zeit betrunken sei. Churchill seinerseits äusserte sich besorgt über Roosevelts Trinkgewohnheiten, wobei es um dessen Vorliebe für gemixten trockenen und süssen Wermut ging, ein Getränk, das Churchill verabscheute. Ernsthafter war die kritische Haltung, die er vor dem Krieg gegenüber der sich hinziehenden Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten eingenommen hatte, an der nach seiner Meinung Roosevelts Konflikte mit der Grosswirtschaft schuld waren.

Die Anfänge der amerikanischen Wiederaufrüstung, so begrenzt sie waren, nahm er dagegen erfreut zur Kenntnis, auch wenn er im Frühjahr und Sommer 1940 weiterhin daran zweifelte, dass Roosevelt hinter den Briten stand.<sup>115</sup>

Churchill und Roosevelt hatten seit Beginn des europäischen Krieges, nachdem Churchill zum Ersten Lord der Admiralität ernannt worden war, einige Briefe miteinander gewechselt. Es sollten vom September 1939 bis zum Tode Roosevelts im letzten Kriegsjahr fast zweitausend Briefe und Memoranden werden.<sup>116</sup> Diese Korrespondenz trug wesentlich dazu bei, dass Roosevelt und Churchill eine persönliche Beziehung zueinander aufbauten, die für die Stärkung der Bande zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien in den Jahren 1940/41 und ihre Entwicklung zu einem vollgültigen Kriegsbündnis von unschätzbarem Wert sein sollte. Bis dahin war es, als Churchill am 15. Mai 1940 seinen Brief entwarf, freilich noch ein weiter Weg.

Als Erstes beschrieb er die unglückliche Lage in Westeuropa, wo die kleinen Länder durch den deutschen Vormarsch «eins nach dem andern einfach zerdrückt worden [sind] wie Streichhölzer». Mussolini werde wahrscheinlich bald nachziehen, «um sich an der Plünderung der Zivilisation zu beteiligen». Ausserdem sei in naher Zukunft mit einem Angriff auf Grossbritannien zu rechnen. Die Briten würden, wenn nötig, allein kämpfen. «Aber Sie, Herr Präsident», fuhr Churchill fort, «erkennen gewiss, dass Stimme und Kraft der Vereinigten Staaten ihr Gewicht verlieren könnten, wenn sie allzu lange zurückgehalten werden. Vielleicht sehen Sie sich schon morgen einem vollkommen unterworfenen, nazisierten Europa gegenüber, und wir könnten unter der Wucht des Angriffs zusammenbrechen.» Dann kam er auf den Kern seines Briefs zu sprechen. «Alles, was ich heute erbitte», erklärte er, «ist, dass Sie den Zustand der Nichtkriegführung proklamieren, was bedeuten würde, dass Sie uns mit allem helfen, abgesehen vom Eingreifen bewaffneter Kräfte. Dringend nötig wäre, dass Sie uns zunächst vierzig oder fünfzig Ihrer älteren Zerstörer leihen, um die Lücke zwischen dem, was wir heute besitzen, und den grossen neuen Bauten, die wir zu Kriegsbeginn in Auftrag gegeben haben, zu überbrücken.» Ausserdem, fügte er hinzu, benötige Grossbritannien «einige Hundert der letzten Flugzeugtypen» sowie Flugabwehrwaffen mit Munition, Stahl und anderes Material. Man werde weiterhin, solange wie möglich, in Dollar bezahlen. «[A]ber ich wünschte», schränkte er ein, «ich könnte mit ei-

niger Sicherheit damit rechnen, dass Sie uns, wenn wir nicht länger zu zahlen vermöchten, die Materialien trotzdem liefern werden.»<sup>117</sup>

Der Brief liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Er drückte weniger die Gewissheit als vielmehr die Hoffnung der führenden Mitglieder der britischen Regierung aus, dass die Vereinigten Staaten Grossbritannien nicht untergehen lassen würden und dass es, wenn dessen Dollar- und Goldreserven erschöpft wären, «keine Schwierigkeiten wegen Krediten oder Geschenken geben würde».<sup>118</sup> In Whitehall war man sich der Bedeutung dieser Hilfe voll auf bewusst. Am 25. Mai betonten die britischen Stabschefs für den Fall, dass Frankreich zusammenbrechen sollte, ihre Hoffnung, dass die Vereinigten Staaten bereit sein würden, Grossbritannien «volle wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung zu gewähren, *ohne die [es] [...] den Krieg nicht mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen könnte*».<sup>119</sup> Man spekulierte sogar darauf, dass Amerika noch weiter gehen würde. Mitte Juni war man sich weithin einig, dass Grossbritannien nur durch eine sofortige Kriegserklärung der Vereinigten Staaten zu helfen sei. Lediglich eine Minderheit war der Ansicht, dass die Lieferung von Nachschub aus Amerika, einschliesslich Zerstörern, dessen Kriegseintritt und die Entsendung amerikanischer Expeditionstruppen nach Europa wahrscheinlich unnötig machen würde.<sup>120</sup>

Helfen, um Amerika aus dem europäischen Krieg herauszuhalten, nicht um es in ihn hineinzuziehen – das war in zunehmendem Mass auch das Motto von Roosevelts Administration. Aber selbst damit war man der Öffentlichkeit voraus. Im Mai 1940 sprachen sich in Meinungsumfragen nur 35 Prozent der Befragten dafür aus, Grossbritannien und Frankreich auf die Gefahr hin, selbst in den Krieg verwickelt zu werden, zu helfen.<sup>121</sup> Aus Roosevelts Sicht verlangte Churchill in seinem Brief vom 15. Mai zu früh zu viel. Ihm entgegenzukommen, hätte bedeutet, den Widerspruch der Öffentlichkeit und derjenigen Regierungsmitglieder heraufzubeschwören, nach deren Auffassung man abwarten sollte, wie die Schlacht um Frankreich ausgehen würde. Aber konnte amerikanische Hilfe, falls sie gewährt werden sollte, überhaupt rechtzeitig geleistet werden? Bestand nicht die grosse Gefahr, dass sie in der Niederlage, die allem Anschein nach nicht nur Frankreich, sondern wahrscheinlich auch Grossbritannien erleiden würde, einfach unterging? Der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, dessen Pessimismus beinahe defätistisch war, riet zur Vorsicht. Am 15. Mai berichtete er über den Eindruck, den er bei

Churchill gewonnen hatte, dass Grossbritannien binnen eines Monats mit einem Angriff rechnen müsse. Die Vereinigten Staaten würden Gefahr laufen, «in einem Krieg den Kopf hinzuhalten, in dem die Alliierten vermutlich geschlagen werden». Er empfahl: «[W]enn wir kämpfen müssen, um unser Leben zu schützen, täten wir besser daran, es in unserem eigenen Hinterhof zu tun.»<sup>122</sup> Heeresstabschef Marshall wies daraufhin, dass die Erfüllung der britischen Wünsche die Verteidigungsfähigkeit der amerikanischen Hemisphäre erheblich schwächen würde.<sup>123</sup> Und Roosevelt selbst wusste aus vermeintlich zuverlässiger Quelle, dass Hitler unter der Voraussetzung der Übergabe der britischen Kolonien und – noch wichtiger – der Flotte Grossbritannien ein Friedensangebot machen würde.<sup>124</sup>

Seine Antwort auf Churchills Bitte, die am 18. Mai im Weissen Haus eingetroffen war, fiel daher zwar freundlich, aber unverbindlich aus. Er wollte alles tun, um die Lieferung von Rüstungsgütern zu erreichen (und tatsächlich hatte er hastig beschlossen, sämtliche verfügbaren Kriegsflugzeuge nach Frankreich zu schicken, so wenige es auch waren<sup>125</sup>), musste das Ersuchen, London vierzig oder fünfzig Zerstörer zu leihen oder zu schenken, aber ablehnen. Es gab sowohl rechtliche als auch politische Hindernisse, die dies ausschlossen. Ausserdem weigerte sich das Marineministerium unter Hinweis auf den Vorrang der nationalen Sicherheit, auch nur eines seiner Schiffe abzugeben.<sup>126</sup> Roosevelt hielt sich in seinem Antwortschreiben an diese Vorgaben. Um Zerstörer verleihen oder verschenken zu können, erklärte er, wäre die Einwilligung des Kongresses nötig, und mit der sei im Augenblick nicht zu rechnen. Im Übrigen brauche man die Zerstörer für die Überwachung der amerikanischen Küstengewässer. Zudem könnten sie nicht so rechtzeitig übergeben werden, um noch eine Rolle in der Schlacht um Europa spielen zu können. Die Bitte, die Nichtkriegführung der Vereinigten Staaten zu verkünden, ignorierte Roosevelt völlig.<sup>127</sup>

Dabei blieb es vorläufig. Aber nicht für lange. Die mit beängstigendem Tempo voranschreitenden Ereignisse in Westeuropa schoben sich in den Gedanken der Amerikaner innerhalb und ausserhalb des Weissen Hauses immer weiter in den Vordergrund. Ende Mai 1940 lehnte der grösste Teil der Öffentlichkeit eine Intervention in Europa immer noch entschieden ab. Laut einer Meinungsumfrage vom 29. Mai befürworteten nur 7,7 Prozent der Amerikaner einen sofortigen Kriegseintritt. Immerhin 19 Prozent waren für ein Eingreifen,

wenn die Niederlage der Alliierten unvermeidlich zu sein schien. Aber 40 Prozent lehnten eine amerikanische Kriegsteilnahme unter allen Umständen ab.<sup>128</sup> Der verzweifelte Appell des französischen Ministerpräsidenten Reynaud an die Vereinigten Staaten, umgehend in den Krieg einzutreten und die US-Atlantikflotte in europäische Gewässer zu entsenden, konnte in dieser Situation nur auf taube Ohren stossen, selbst wenn Roosevelt vom Temperament her einer amerikanischen Intervention stärker zugeneigt gewesen wäre, als es der Fall war.<sup>129</sup> Es sollte noch Monate dauern, bis sich die öffentliche Meinung in den USA auf die Aussicht eingestellt hatte, dass das Land wieder in den Krieg ziehen würde. Gleichwohl setzte der Wandel weit eher ein. Während die Amerikaner an den Radios klebten, um die Nachrichten über die neuesten Katastrophen in Europa zu hören, wurde ihnen angesichts der Kapitulation Frankreichs und der akuten Gefährdung Grossbritanniens bewusst, welche Bedrohung eine deutsche Vorherrschaft im Atlantik für die Vereinigten Staaten darstellen würde. Der Isolationismus verlor selbst in seinen Hochburgen im Mittelwesten an Einfluss. Ein Zeichen dafür war der enorme Zulauf, den das «Komitee zur Verteidigung Amerikas durch Hilfe für die Alliierten» verzeichnete.<sup>130</sup> Als Roosevelt am 10. Juni, dem Tag des italienischen Kriegseintritts, verkündete, die Vereinigten Staaten würden «den Gegnern der Gewalt die materiellen Ressourcen dieser Nation zur Verfügung stellen» und darüber hinaus die amerikanische Verteidigungsbereitschaft stärken, tat er nicht mehr, als die Stimmung der Öffentlichkeit auszudrücken.<sup>131</sup> Im Juni sprachen sich vier von fünf Amerikanern dafür aus, Grossbritannien grössere materielle Hilfe zukommen zu lassen; zwei Drittel waren sich darüber im Klaren, wohin dies führen musste, und glaubten, dass die Vereinigten Staaten letzten Endes in den Krieg eintreten würden.<sup>132</sup>

Auch eine schnelle und umfassende Aufrüstung fand jetzt breite Unterstützung, selbst in Kreisen, die bisher einen unerbittlich isolationistischen Standpunkt vertreten hatten. Der Kongress billigte Anträge des Präsidenten, die eine Verfünfachung der Verteidigungsausgaben im Jahr 1940 bedeuteten, und stellte einen Etat von 10,5 Milliarden Dollar bereit, eine Summe, die ein Jahr zuvor noch undenkbar gewesen wäre.<sup>133</sup> Aber die Produktionskapazität war weiterhin niedrig. Die Rüstungsanstrengungen sollten erst 1942 zu grösseren Ergebnissen führen. Und die Frage, was und wie viel nach Grossbritannien, das nach dem Fall Frankreichs isoliert und noch stärker gefährdet war, ge-

schickt werden sollte, schuf keine Einmütigkeit unter den politischen Entscheidungsträgern, sondern spaltete sie. Der Zerstörerfrage, von der die Öffentlichkeit noch nichts wusste, war vertagt worden, aber nicht von der Tagesordnung verschwunden.

Churchill hatte Roosevelt umgehend nach Erhalt seines Briefs geantwortet und ihm versichert, dass er seine Entscheidung, keine Zerstörer bereitzustellen, zwar bedauere, aber auch verstehe. Die Schlacht um Frankreich war noch im Gang, und der Premier hatte in einer früheren Mitteilung bereits festgestellt, dass die amerikanische Hilfe, wenn sie eine Rolle spielen sollte, bald geleistet werden müsse. Jetzt sprach er in düsteren Worten von dem «Alptraum», der auf eine Niederlage Grossbritanniens folgen würde. «Wenn Mitglieder der jetzigen Regierung verschwinden», schrieb er, «und andere auftreten sollten, um unter den Trümmern zu verhandeln, so dürfen Sie die Augen nicht vor der Tatsache verschliessen, dass als einzige Verhandlungsmasse mit Deutschland die Flotte übrig wäre, und wenn die Vereinigten Staaten unser Land seinem Schicksal überlassen sollten, so hätte kein Mensch das Recht, den in jener Stunde Verantwortlichen einen Vorwurf daraus zu machen, wenn sie versuchen würden, für die überlebenden Bewohner die bestmöglichen Bedingungen herauszuschlagen.»<sup>134</sup> Roosevelt antwortete nicht sofort. Aber die Botschaft war angekommen. Als der Präsident kurz darauf eine Rede vor führenden Wirtschaftsvertretern hielt, wies er darauf hin, dass es nach einem Ausscheiden der britischen und der französischen Flotte «nichts mehr zwischen Amerika und diesen neuen Kräften in Europa» gäbe.<sup>135</sup> Bald darauf war das französische Heer tatsächlich aus dem Krieg ausgeschieden. Die Marine blieb gemäss den Waffenstillstandsbedingungen unangetastet und in Nordafrika stationiert, allerdings um «unter deutscher oder italienischer Kontrolle demobilisiert und entwaffnet» zu werden.<sup>136</sup> Die Gefahr, dass die Deutschen sie übernehmen würden, war offensichtlich. Blieb nur noch die britische Marine, die keinesfalls den Deutschen in die Hände fallen durfte. Man dachte bereits darüber nach, sie über den Atlantik nach Kanada zurückzuziehen, falls Grossbritannien ebenfalls besiegt werden sollte. Vorläufig jedoch hingen die britischen Chancen, eine deutsche Invasion zu überstehen, weitgehend von der Royal Navy ab. In den britischen Küstengewässern war der wichtigste Schiffstyp der Zerstörer, aber von den rund hundert Schiffen dieses Typs, die bei Kriegsausbruch vorhanden gewesen waren, war mittlerweile fast die Hälfte untergegan-

gen oder beschädigt.<sup>137</sup> Wenn Grossbritannien mit Hilfe amerikanischer Zerstörer den Krieg fortführen konnte, wäre es für die Vereinigten Staaten von unschätzbarem Wert. Wenn man sie jedoch an Grossbritannien auslieh und dann an Deutschland verlor, wären sie lediglich ein unnötiges Geschenk an den Gegner und würden die Gefahr für die Vereinigten Staaten vergrössern.<sup>138</sup> Dies war das Dilemma, vor dem die amerikanische Regierung stand, als sich die Frage, ob man Grossbritannien Zerstörer leihen sollte, im Juli 1940 erneut stellte.

Roosevelt war beeindruckt von der Entschlossenheit, die London mit dem Angriff auf die in Mers-el-Kebir in Algerien ankernde französische Flotte am 3. Juli bewiesen hatte. Bei der rücksichtslosen Aktion waren 1'297 Seeleute des einstigen Verbündeten ums Leben gekommen. Der amerikanische Präsident war durch den britischen Botschafter in Washington, Lord Lothian, im Vorhinein über das Vorhaben informiert worden und hatte sein Einverständnis signalisiert.<sup>139</sup> Aber die britische Bitte um Zerstörer wollte er immer noch nicht erfüllen. Auch als Innenminister Ickes ihm vorhielt, dass die Verteidigung Grossbritanniens möglicherweise von der Erfüllung der Bitte abhängen würde, blieb er unerbittlich. «Wir könnten diese Zerstörer nur schicken, wenn uns die Marine bescheinigt, dass sie für uns zu Verteidigungszwecken nutzlos seien», entgegnete er. «[Und] dies wäre schwierig, angesichts der Tatsache, dass wir mehr als hundert von ihnen überholen, um sie für unsere eigene Verteidigung einzusetzen.»<sup>140</sup> Einige Tage später erklärte er Ickes, dass er zudem bedenken müsse, was aus den Zerstörern würde, wenn Grossbritannien gezwungen wäre, sich den Deutschen zu ergeben.<sup>141</sup>

Doch so kritisch die Lage war, wurde der Krieg in Europa in der ersten Julihälfte zumeist von der Innenpolitik in den Hintergrund gedrängt, denn Roosevelts Aufmerksamkeit wurde von der Nominierung des Präsidentschaftskandidaten in Anspruch genommen, die Mitte des Monats auf dem Parteitag der Demokraten in Chicago erfolgen sollte. Die Republikaner hatten einige Wochen zuvor den ehemaligen Demokraten Wendell Willkie zum Kandidaten gewählt, eine eindrucksvolle Persönlichkeit und wie Roosevelt ein Befürworter umfassender Hilfsleistungen für Grossbritannien. Willkie bedeutete für die Demokraten eine ernste Gefahr, zumal seit das Engagement im Krieg in Europa im Jahr 1940 zum beherrschenden Thema geworden war. Daher stellte sich die Frage umso schärfer, wer gegen den demokratischen Kandida-



ten antreten sollte. Ein Name, der auf der Liste der Anwärter immer wieder auftauchte, war der von Roosevelt selbst. Niemand anders würde Willkie schlagen können.<sup>142</sup> Der Präsident äusserte sich bis zum Parteitag ausweichend darüber, ob er zu einer dritten Amtszeit bereit wäre. Allerdings hatten seine früheren Versicherungen, er werde nicht noch einmal kandidieren, zweideutigen Aussagen Platz gemacht. Er verhielt sich diplomatisch und blieb dem Parteitag fern. Doch das Rooseveltlager hatte die Nominierung seines Helden bereits inszeniert.

Am zweiten Abend, dem 16. Juli, wurde eine vorbereitete Erklärung verlesen, der zufolge Roosevelt «niemals den Wunsch oder die Absicht hatte oder hat, weiterhin das Amt des Präsidenten auszufüllen». Plötzlich scholl es aus den Lautsprechern im Saal: «Pennsylvania will Roosevelt! Virginia will Roosevelt!» Und so weiter, quer durch alle Bundesstaaten. Die Delegierten fielen in den Ruf ein. Fahnen der Bundesstaaten wurden hereingebracht und durch den Saal getragen. Wie sich herausstellte, gehörte die Stimme, die den Tumult ausgelöst hatte, einem für die Kanalisation verantwortlichen Chicagoer Beamten, der sich unter der Halle befand. Die «Stimme aus der Kanalisation» war bestellt, und zwar vom demokratischen Bürgermeister der Stadt, Edward J. Kelly, der die Vorbereitungen für den Parteitag wiederum mit Roosevelts rechter Hand, Harry Hopkins, besprochen hatte.<sup>143</sup> Der manipulierte Zwischenfall erfüllte seinen Zweck: Roosevelt wurde am nächsten Tag mit grosser Mehrheit nominiert.

Nachdem der Parteitag vorüber war, riet Lord Lothian Churchill, den günstigen Augenblick zu nutzen, um auf die Zerstörerfrage zurückzukommen.<sup>144</sup> Churchill hatte seine Bitte am n. Juni, einen Tag nach dem Kriegseintritt Italiens, wiederholt und das Thema drei Tage später noch einmal angesprochen.<sup>145</sup> Nachdem Morgenthau den Brief gesehen hatte, bat er Grace Tully, eine von Roosevelts Sekretärinnen, sie möge dem Präsidenten mitteilen, dass die Vereinigten Staaten, wenn sie «nicht mit ein paar Zerstörern aushelfen, die Hoffnung aufgeben können, dass die Briten standhalten» würden.<sup>146</sup> Doch die Bitte blieb erneut unerfüllt. Ausserdem kam die Korrespondenz zwischen Roosevelt und Churchill nach dem Fall Frankreichs für fast zwei Monate zum Erliegen. Roosevelt wurde von seiner Nominierung für die Wiederwahl in Anspruch genommen, und Churchill und seine Kollegen fürchteten wahrscheinlich, dass es kontraproduktiv wäre, den amerikanischen Präsidenten zu sehr zu bedrängen.

gen.<sup>147</sup> Aber am 31. Juli brachte Churchill die Zerstörerfrage wieder zur Sprache. Die deutsche Landung konnte jederzeit beginnen. Immerhin stand den Deutschen jetzt die gesamte französische Küste für Luft- und U-Boot-Angriffe zur Verfügung. Die britische Regierung hatte den Bau einer grossen Zahl von Zerstörern beschlossen, aber die Schiffe würden erst 1941 vom Stapel laufen. Bis dahin musste mit einer hohen Ausfallquote gerechnet werden, und die nächsten drei oder vier Monate würden besonders kritisch sein. Deshalb hielt es Churchill für dringlich, seine Bitte um «fünzig oder sechzig [der] ältesten Zerstörer» der amerikanischen Marine umgehend zu erneuern.<sup>148</sup>

Das Thema war früher im Monat bereits von der Century Group aufgegriffen worden, einer Unterorganisation des «Komitees zur Verteidigung Amerikas», deren Mitglieder, einflussreiche New Yorker Bürger, regelmässig in der Century Association in ihrer Stadt zusammenkamen. Mitte Juni hatte die Gruppe eine Kampagne in Gang gesetzt, die das Ziel hatte, sämtliche entbehrlichen Rüstungsgüter, auch solche der Marine, den Alliierten zur Verfügung zu stellen, da man deren Kampf als gleichbedeutend mit einem Kampf Amerikas betrachtete und für die Aufhebung des Neutralitätsgesetzes sowie das Eingeständnis des Kriegszustandes mit Deutschland eintrat.<sup>149</sup> In einer Sitzung am 11. Juli in New York entwickelte die Gruppe den Vorschlag, Grossbritannien im Rahmen einer Strategie zur Abwehr der von Europa ausgehenden Bedrohung anzubieten, ihm im Austausch gegen eine Reihe von Stützpunkten, die es nahe der amerikanischen Küste besass, Zerstörer zu liefern. Diese Anregung sollte sich als wegweisend herausstellen, und sie kam von einer lobbyistischen nicht staatlichen Organisation.

Im Grunde war es keine neue Idee. Die isolationistische *Chicago Tribune* hatte schon lange gefordert, dass die Alliierten zur Begleichung ihrer Kriegsschulden Stützpunkte anbieten sollten. Doch die Verknüpfung mit der Lieferung der benötigten Zerstörer war ein geschickter Schachzug, denn sie enthielt im Kern die Möglichkeit eines Handels, der den Vereinigten Staaten zugute kam und sogar für Isolationisten eine gewisse Anziehungskraft besass. Eine der führenden Figuren der Century Group, Joseph Alsop, ein bekannter Zeitungskolumnist mit guten Beziehungen zu Mitgliedern des Regierungsapparats, brachte nun Benjamin Cohen, einen von Roosevelts Assistenten, dazu, ein Memorandum für den Präsidenten zu verfassen, in dem er darlegte, dass einem Verkauf von Zerstörern nichts im Wege stehe. Cohen legte das Memo-

randum seinem Chef, Harold Ickes, vor, der es seinerseits dem Präsidenten unterbreitete (und sich in der Folgezeit selbst nachdrücklich für den Zerstörerhandel einsetzte).<sup>150</sup>

Roosevelt war indes noch nicht überzeugt. Die Vereinigten Staaten besaßen 172 überalterte Kriegsschiffe, von denen viele noch aus dem Ersten Weltkrieg stammten. Grossbritannien fünfzig von ihnen zu überlassen hätte die US Navy nicht gelähmt. Aber der Kongress hatte am 28. Juni 1940 sein Misstrauen gegenüber dem Präsidenten bewiesen und eine Novellierung des Gesetzes über den Marineetat beschlossen, der zufolge Rüstungsgüter nur dann ins Ausland geliefert werden durften, wenn entweder der Heeresstabschef (Marshall) oder der Operationschef der Marine (Stark) bestätigt hatten, dass sie für die Verteidigung der Vereinigten Staaten nutzlos waren. Genau das aber wäre Stark schmerzlich gefallen, da er erst vor kurzem vor Kongressausschüssen den potenziellen Wert der alten Kriegsschiffe hervorgehoben hatte.<sup>151</sup> Roosevelt verwies auf das Hindernis der neuen Gesetzeslage, als er Cohens Memorandum am 22. Juli an Marineminister Knox weiterleitete. «Ehrlich gesagt», schrieb er, «bezweifle ich, dass Cohens Memorandum standhalten würde. Ausserdem, fürchte ich, ist der Kongress zur Zeit nicht in der Stimmung, irgendeinen Verkauf zu billigen.» Er könne sich lediglich vorstellen, dass der Kongress irgendwann später mit einem Verkauf der Zerstörer an Kanada einverstanden sein könnte, allerdings unter der Bedingung, dass sie ausschliesslich für die Verteidigung der amerikanischen Hemisphäre eingesetzt werden würden.<sup>152</sup>

Die Century Group machte jedoch weiter Druck. Alsop stiess in Washington bei Zivilbeamten wie Militärs gleichermassen auf ein positives Echo. Dass der britische Botschafter Lord Lothian sein Anliegen unterstützte, verstand sich von selbst. Daraufhin verfasste die Century Group am 25. Juli eine Denkschrift, die in den Vorschlag mündete, dass Grossbritannien im Tausch für britische Stützpunkte in der westlichen Hemisphäre unverzüglich die geforderten Zerstörer überlassen werden sollten. Ein wichtiger neuer Gedanke war es, den Handel an die britische Garantie zu knüpfen, im Fall einer erfolgreichen deutschen Invasion die Royal Navy weder zu versenken noch auszuliefern, sondern in kanadische oder amerikanische Stützpunkte zurückzuziehen und von dort aus weiterkämpfen zu lassen. Da die Sache drängte, forderten Mitglieder

der Gruppe Roosevelt auf, sie gemeinsam mit seinem republikanischen Herausforderer Willkie voranzubringen. Unterdessen sollte eine weitere Öffentlichkeitskampagne den Druck aufrechterhalten. Roosevelt empfing am 1. August drei Mitglieder der Gruppe und hörte sich an, was sie zu sagen hatten, blieb aber unverbindlich. Die Abgesandten waren enttäuscht und verliessen ihn mit dem Eindruck, dass er ihrem Anliegen gleichgültig gegenüberstand.<sup>153</sup>

Sie täuschten sich. Am 2. August brachte Roosevelt die Zerstörerfrage in einer ungemein wichtigen Kabinettsitzung zur Sprache. Marineminister Knox hatte sich am Abend zuvor lange mit Lord Lothian unterhalten, der verzweifelt an ihn appelliert hatte, seinem Land durch die Überlassung der Zerstörer zu helfen, und den Vorschlag, den Vereinigten Staaten an der Atlantikküste Land für Marinestützpunkte zur Verfügung zu stellen, positiv aufgenommen hatte. Vor der Kabinettsitzung hatte Knox mit Stimson über den Vorschlag gesprochen und seine Zustimmung ebenso erhalten wie diejenige von Ickes.<sup>154</sup> Damit hatte sich bereits vor Beginn der Sitzung eine mächtige Phalanx von Befürwortern der Idee zusammengefunden.

Tatsächlich erwies sich rasch, dass die Überlassung der Zerstörer an Grossbritannien vom Kabinett einhellig gebilligt wurde. Die nötige Gesetzgebung stellte allerdings ein Hindernis dar. Allen war klar, dass der Kongress den Antrag ablehnen oder seine Behandlung auf unbestimmte Zeit verschieben würde, wenn Roosevelt ihn einbrächte, ohne den Boden vorbereitet zu haben. Eine Möglichkeit, dieses Problem zu umgehen, war die Überlassung von britischen Besitzungen. In der Tat hatte Knox die Diskussion im Kabinett mit einem Bericht über sein langes Telefongespräch mit Lord Lothian am vorangegangenen Abend eröffnet. Hull, der gerade von der Panamerikanischen Konferenz in Havanna zurückgekehrt war, wandte ein, dass die Übereignung von britischen Besitzungen möglicherweise gegen die mit den anderen amerikanischen Republiken erreichte Vereinbarung über die Bewahrung des territorialen Status quo in der westlichen Hemisphäre verstossen würde. Roosevelt pflichtete Hulls Einwand bei und schlug als Lösung vor, einen Teil der Gebiete zu pachten (wie bereits einen Marinestützpunkt in Trinidad). Diese Idee fand allgemeine Zustimmung. Ausserdem einigte sich das Kabinett darauf, von Grossbritannien die Zusicherung zu verlangen, dass es seine Flotte im Fall der Niederlage nicht den Deutschen in die Hände fallenlassen würde.

Dies, glaubte man, würde auch die Opposition im Kongress besänftigen. Hull wies darauf hin, dass die Überlassung der Zerstörer erst möglich sei, wenn das Gesetz, das solche Verkäufe verbiete, aufgehoben werde. Dies sei am besten zu erreichen, wenn sich der Präsident und sein republikanischer Gegenkandidat Willkie (dessen Einverständnis man sich bereits vergewissert hatte) gemeinsam hinter den Vorschlag stellten und auf diese Weise die Opposition im Kongress schwächten. Man überliess es Roosevelt, sich mit William Allen White, der führenden Persönlichkeit im «Komitee zur Verteidigung Amerikas», in Verbindung zu setzen, um ihn zu bitten, eine Vereinbarung mit Willkie zu vermitteln.<sup>155</sup>

Es war ein Anfang, wenn auch ein später. Aber es folgte eine sich lange hinziehende Phase der Konsultationen und des juristischen Feilschens über die Einzelheiten des Handels. Churchill war mit Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung nicht bereit, eine öffentliche Erklärung über das Schicksal der Flotte im Fall einer britischen Niederlage abzugeben.<sup>156</sup> Ausserdem war die «Einkaufsliste», die London am 8. August schliesslich vorlegte, wesentlich länger geworden; sie umfasste jetzt 96 Zerstörer, 20 Torpedoboote, Flugboote, Sturzkampfbomber und 250'000 Gewehre. Vor allem aber war es, selbst mit Willkies Unterstützung (und der wollte sich plötzlich nicht mehr ausdrücklich festlegen) immer noch fraglich, ob das nötige Gesetz, das die Lieferung der Zerstörer im Tausch für britische Stützpunkte erlauben würde, durch den Kongress gebracht werden konnte.<sup>157</sup>

Der Militärdeal kam endlich voran, als das «Komitee zur Verteidigung Amerikas» eine gewaltige Agitationskampagne in Gang setzte. Es gelang, General John J. Pershing, den allseits verehrten Militärführer aus dem Ersten Weltkrieg, als Mitstreiter zu gewinnen. Nach seinen Rundfunkauftritten nahm sowohl die Zustimmung zur Überlassung der Zerstörer als auch die Verwunderung über die formalrechtlichen Hindernisse der Transaktion zu. Nachdem das Quidproquo – Zerstörer gegen Stützpunkte – bekanntgeworden war, wurde die Forderung nach sofortigem Handeln noch lauter. Aber auch die Stimmen der isolationistischen Opposition wurden lauter. Sie wiesen daraufhin, dass der «Verkauf der Kriegsschiffe an ein im Krieg befindliches Land [...] ein kriegerischer Akt» wäre. Wenn man die Absicht habe, in den Krieg einzutreten, dann sei der Zerstörerhandel sicherlich ein gutes Mittel, dies zu erreichen. Ein weiterer Faktor, der dem Vorhaben zum Durchbruch verhalf,

war ein Brief an die *New York Times*, in dem vier prominente Rechtsanwälte auf überzeugende Weise darlegten, dass der Zerstörerhandel im Rahmen der bestehenden Gesetze möglich sei, und den Präsidenten aufforderten, unverzüglich aus eigener Machtbefugnis zu handeln.<sup>158</sup>

Roosevelt wartete noch die rechtliche Klärung durch Justizminister Robert H. Jackson ab, doch dann beschloss er am 13. August nach Konsultation mit Stimson, Knox, Morgenthau und Welles (der Hull vertrat, der sich in einem Kurzurlaub befand), die Verhandlungen mit Grossbritannien, das mittlerweile verstärkten Angriffen ausgesetzt war, voranzubringen. Wahrscheinlich erwog er zu diesem Zeitpunkt, bevor er vom Justizminister gehört hatte, immer noch, den Kongress über den Handel entscheiden zu lassen, statt ihn auf Regierungsverantwortung abzuschliessen. Auf jeden Fall bot er Churchill in einem an diesem Abend abgefassten längeren Schreiben mindestens fünfzig Zerstörer, die Torpedoboote sowie eine kleine Zahl von Flugzeugen an. Ausserdem erklärte er sich mit einer nicht öffentlichen Zusicherung hinsichtlich des Schicksals der Royal Navy zufrieden und zählte die britischen Besitzungen auf, in denen die Vereinigten Staaten Gebiete erwerben oder für neunzig Jahre pachten wollten, um auf ihnen Flotten- und Luftstützpunkte zu errichten: Neufundland, die Bermudainseln, die Bahamas, Jamaika, Trinidad, St. Lucia, und Britisch-Guayana. Churchill antwortete umgehend und akzeptierte alle Bedingungen.<sup>159</sup>

Damit schien der Weg frei zu sein. Doch Roosevelt machte sich immer noch Sorgen über die isolationistische Opposition. Er fürchtete, dass es ihn die bevorstehende Wahl kosten könnte, wenn er ohne Rückendeckung des Kongresses handelte. Wahrscheinlich aufgrund dieser Bedenken vermittelte er auf einer Pressekonferenz am 16. August bewusst den irreführenden Eindruck, die Erwerbung britischer Territorien stehe nicht im Zusammenhang mit der Überlassung von Zerstörern an Grossbritannien.<sup>160</sup> Das war, angesichts der Stimmung im Land, übertrieben vorsichtig.

Roosevelts Zuversicht wuchs, als der Justizminister ihm die Rechtslage erläuterte, denn nach Jacksons Auffassung konnte man durchaus bestätigen, dass die Zerstörer für die nationale Sicherheit nicht vonnöten seien – auch wenn es offenkundig reine Wortklauberei war. Am 17. August eröffnete Roosevelt dem kanadischen Premierminister Mackenzie King, dass er die Sache nicht dem Kongress vorlegen müsse und dass Grossbritannien die Zerstörer

binnen einer Woche erhalten werde. Das war allerdings wiederum zu optimistisch. Die Feinarbeiten am Vertragsentwurf zogen sich noch bis zum Ende des Monats hin. In dieser Endphase war Churchill derjenige, der den Abschluss der Verhandlungen verzögerte, indem er darauf bestand, die Pachtbedingungen für britische Gebiete so zu formulieren, dass vor der britischen Öffentlichkeit verschleiert wurde, wie ausserordentlich günstig der Handel für die Vereinigten Staaten war.<sup>161</sup> Schliesslich waren all die kleinen, aber kitzligen Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt. Am 30. August gab Roosevelt seine Zustimmung, und am Abend des 2. September unterzeichneten Cordell Hull für Washington und Lord Lothian für London den Vertrag. Am nächsten Tag versicherte Admiral Harold Stark, dass die Zerstörer im Vergleich mit den erworbenen Stützpunkten für die Landesverteidigung nicht wesentlich seien. Danach konnten die Schiffe endlich nach Halifax in Neuschottland auslaufen und in britischen Besitz übergehen.<sup>162</sup>

Nach dem monatelangen Zögern, Aufschieben, Hinhalten, nach all den Rechtsstreitigkeiten und Verhandlungskomplikationen zeigte sich, dass der praktische Nutzen der Zerstörer kaum der Rede wert war. Bis zum Ende des Jahres stellte die Royal Navy nur neun von ihnen in Dienst, um eine Invasion abzuwehren, die dann doch nicht stattfinden sollte. Und selbst diese neun waren weniger seetüchtig als erwartet. Bis zum Mai 1941 waren nicht mehr als dreissig Zerstörer einsatzbereit. Ausserdem verzögerte sich die Übergabe der Torpedoboote und der Gewehre (die man im endgültigen Vertragsentwurf erstaunlicherweise völlig vergessen hatte).<sup>163</sup> Umgekehrt verlief auch die Übergabe der britischen Stützpunkte, trotz der hektischen Aktivitäten während der Sommerkrise, nicht reibungslos. Über die genauen Pachtbedingungen einigte man sich erst im März 1941.<sup>164</sup>

Aber die Symbolkraft des Zerstörerhandels überwog auf beiden Seiten den greifbaren Nutzen. Das zeigten allein schon die Reaktionen in Rom, Berlin und Tokio. Mussolini gab sich gleichgültig, war aber der Ansicht, dass der Handel den amerikanischen Kriegseintritt näher gebracht hatte.<sup>165</sup> Die deutsche Reaktion fiel stärker aus. Die Überlassung der Zerstörer wurde als «offen feindselige Handlung Deutschland gegenüber» und Ausdruck einer enger werdenden Kooperation zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten betrachtet. Man nahm jetzt als Tatsache an, dass die USA alles tun würden, um Gross-

britannien zu helfen und Deutschland zu schaden, und erwog, im Gegenzug die Azoren und die Kanarischen Inseln zu besetzen. Hitler selbst tat den Handel indes mit einem Achselzucken ab. Er glaubte, dass die amerikanische Aufrüstung erst 1945 ihren Höchststand erreichen würde. Dennoch war Amerika seit dem Sommer 1940 ein Faktor, der in der deutschen Strategie besonders berücksichtigt werden musste.<sup>166</sup> Es sei daran erinnert, dass solche Überlegungen bei der Entscheidung eine Rolle spielten, im folgenden Frühjahr in der Erwartung eines raschen Sieges die Sowjetunion anzugreifen. Zudem bewirkte der britisch-amerikanische Tauschhandel eine Beschleunigung der Verhandlungen zwischen Deutschland und Japan, an deren Ende Mitte September der Abschluss des Dreimächtepakts stand, der die Vereinigten Staaten davon abhalten sollte, in den Krieg einzutreten.<sup>167</sup>

In den Vereinigten Staaten konnte Roosevelt vor allem die gewaltigen Vorteile hervorheben, die das Land mit den Stützpunkten im Atlantik für die eigene Verteidigung gewonnen hatte. Die Reaktion der Öffentlichkeit war ausgesprochen positiv. Durch die Kopplung der Lieferung von Zerstörern mit dem Erwerb von Stützpunkten hatte Roosevelt den Isolationisten den Wind aus den Segeln genommen. Der traditionelle Isolationismus begann an Einfluss zu verlieren, auch wenn die Furcht vor einer Intervention immer noch gross war. Wichtiger war jedoch, wie man weithin erkannte, dass die Amerikaner praktisch die Neutralität aufgegeben hatten.<sup>168</sup>

Für Grossbritannien war dies der entscheidende Punkt. Die Vereinigten Staaten waren jetzt nach jedem konventionellen Verständnis des Wortes nicht mehr neutral. Der symbolische Aspekt des Zerstörerhandels, den führende britische Politiker privat und öffentlich hervorhoben, war die sichtbare militärische Unterstützung der Vereinigten Staaten für Grossbritannien. Während der Detailverhandlungen Ende August hatte der britische Aussenminister Lord Halifax bemerkt, die «Idee einer Verbindung zwischen England und den Vereinigten Staaten in irgendetwas» sei «von grösserem Wert als Stützpunkte oder Zerstörer».<sup>169</sup> Churchill selbst hatte diesen Gedanken in seiner berühmten Unterhausrede am 20. August ausgedrückt, als er erklärte, die Vereinbarung mit den Amerikanern bedeute, «dass die beiden grossen Organisationen der Englisch sprechenden Demokratien, das Britische Empire und die Vereinigten Staaten, in einigen ihrer Angelegenheiten zum gegenseitigen und allgemeinen Besten irgendwie miteinander verflochten sein werden». Damit sei ein Vor-



gang in Gang gesetzt, den niemand mehr anhalten könne: «Wie der Mississippi rollt er immerzu weiter. Lassen wir ihn rollen. Lassen wir ihn weiterrollen – in breiten Fluten, unerbittlich, unwiderstehlich und segenspendend, helleren Gefilden und besseren Tagen entgegen.»<sup>170</sup> Jenseits aller Metaphorik war der amerikanische Solidaritätsbeweis mit der britischen Kriegsanstrengung in der Tat eine entscheidende Geste. Später schrieb Churchill, der Zerstörerhandel sei «ganz entschieden eine unneutrale Handlung der Vereinigten Staaten» gewesen, die sie «unverkennbar näher an [Grossbritannien] und an den Krieg heranbrachte».<sup>171</sup>

Roosevelts Absicht entsprach dies allerdings nicht, wenn auch im Rückblick der angloamerikanische Schulterchluss als unaufhaltsame Entwicklung erscheint. Dass es seit Churchills erster Fühlungnahme ganze dreieinhalb Monate gedauert hatte, bis der Zerstörerhandel unter Dach und Fach war, lag an Roosevelts Unsicherheit im Hinblick auf die amerikanische Öffentlichkeit und an seinem Widerstreben, sich zu weit festzulegen. In einem Wahljahr wollte er vermeiden, seinen Gegnern ein Propagandathema frei Haus zu liefern. Und aus Furcht, den Kongress zu verärgern, neigte er umso mehr dazu, sich hinter einer legalistischen Haltung zu verstecken, als entschlossenes Handeln gefragt war. Die Deutschen landeten dann doch nicht in England, und die Zerstörer wurden nicht gebraucht. Aber im Sommer 1940 schien eine Invasion unmittelbar bevorzustehen, und dennoch zögerte Roosevelt in der Zerstörerfrage. Am Ende handelte er schliesslich und billigte etwas, wofür er insgeheim wahrscheinlich von Anfang an gewesen war. Aber zu diesem Zeitpunkt ging er kein Risiko in Bezug auf die Öffentlichkeit ein. Mit feinem Gespür für alles, was seine Popularität schmälern könnte, hatte er sogar befürchtet, der Zerstörerhandel könnte ihn die Wiederwahl kosten.<sup>172</sup> In Wirklichkeit hatte ihn die von den Befürwortern des Handels beeinflusste Öffentlichkeit zum Handeln gedrängt. «Der Zerstörerhandel», so ist zutreffend angemerkt worden, «war mindestens so sehr das Ergebnis von privater Initiative wie von staatlichem Handeln.»<sup>173</sup> Und da die Vereinigten Staaten nunmehr praktisch ein nicht neutraler nicht kriegführender Staat waren, blieb abzuwarten, ob ihr Präsident bei der Ausweitung der Unterstützung für Grossbritannien in Zukunft eine aktivere Rolle spielen würde, als er es im Sommer 1940 getan hatte.

## V

Die Grundsatzfrage stellte sich weiterhin. Die Vereinigten Staaten hatten sich mit grossem Rückhalt in der Bevölkerung dafür entschieden, Grossbritannien zu helfen, soweit es ohne den eigenen Kriegseintritt möglich war. Die Auffassung, dass dies für die Verteidigung der «westlichen Hemisphäre» notwendig sei – das heisst im eigenen Interesse Amerikas liege –, wurde weithin geteilt. In der Praxis warf die Hilfe für Grossbritannien indes strittige Fragen auf. Der Zerstörerhandel war unter Anwendung der präsidentialen Vollmachten abgeschlossen worden. Dem lag allerdings, wie viele fanden, ein juristischer Tuschenspielertrick des Justizministers zugrunde, der die Umgehung des Kongresses ermöglicht hatte. Wenn Grossbritannien in grossem Stil unterstützt werden sollte, konnte man jedoch die Einwilligung des Kongresses als Zeichen der Zustimmung der Nation, nicht auf Dauer umgehen.

Der Ratifizierung einer massiven Ausdehnung der Unterstützung standen mindestens zwei Hindernisse entgegen. Das eine war die von den Isolationisten lautstark vertretene, aber nicht auf sie beschränkte Ansicht, dass keine Waffen nach Grossbritannien verschifft werden dürften, wenn diese offensichtlich für den Ausbau der eigenen Verteidigung benötigt wurden. Damit zusammen hing die Sorge, vermehrte Waffenlieferungen würden einen verstärkten Schutz der Transportschiffe nötig machen und damit zwangsläufig den Kriegseintritt näherrücken lassen. Das zweite und sicherlich schwerwiegendste Hindernis war rechtlicher und finanzieller Art. Grossbritannien würde die dringend benötigten Waffen bald nicht mehr bezahlen können. Doch nach dem weiterhin geltenden Johnson Act von 1934 durften die Vereinigten Staaten keine Kredite an Länder vergeben, die mit der Rückzahlung ihrer Schulden aus dem Ersten Weltkrieg im Rückstand waren, und nach den 1937 eingeführten und 1939 bestätigten Cash-and-Carry-Klauseln des Neutralitätsgesetzes konnten Waren nur dann an kriegführende Länder verkauft werden, wenn diese sie im Voraus bezahlten.<sup>174</sup> Andererseits war es nicht wünschenswert, dass die Briten ihre Waffenbestellungen verringerten, und das nicht nur aus dem drängenden Grund, dass Grossbritannien ohne Zugriff auf die Ressourcen der Vereinigten Staaten über kurz oder lang am Ende seiner Kräfte wäre und den Krieg nicht fortführen könnte. Auch aus innenpolitischen

Gründen wollte Roosevelt die Lieferungen nach Grossbritannien nicht reduzieren, sondern sogar ausweiten. Zum Zeitpunkt seiner Wiederwahl am 5. November 1940 – mit grosser, wenngleich im Vergleich zur letzten Wahl geringerer Mehrheit – war die Zahl der Arbeitslosen gegenüber 1937/38 um dreieinhalb Millionen gesunken. Am Ende des Jahres erreichte die Arbeitslosenquote den tiefsten Stand seit einem Jahrzehnt. Diese Entwicklung war vor allem britischen Waffenkäufen zu verdanken. Bis Ende 1940 gingen immerhin Aufträge im Wert von fünf Milliarden Dollar ein.<sup>175</sup>

Ende 1940 spitzte sich die Frage der Hilfe für Grossbritannien zu. Nach der Präsidentschaftswahl hatte die amerikanische Politik nicht, wie von der britischen Regierung erhofft, einen deutlichen Kurswechsel vollzogen. Die vage Hoffnung, die man sich in Whitehall machte, dass die Vereinigten Staaten nach Roosevelts Wiederwahl vielleicht sogar in den Krieg eintreten würden, war rasch zerplatzt. Tatsächlich war auch in Washington eine Art Ernüchterung zu spüren. Für einige Wochen herrschte eine politische Flaute. Möglicherweise hatte der Wahlkampf den Präsidenten mehr Kraft gekostet, als auf den ersten Blick erkennbar war. Jedenfalls betrachtete es Roosevelt, wie schon erwähnt, «als vorteilhafter, im Gleichschritt mit der Öffentlichkeit zu gehen», statt sich «mit seinen Machtbefugnissen auf ein Glücksspiel einzulassen».<sup>176</sup>

In London erklärte Churchill Anfang Dezember, dass er «ziemlich verschnupft» sei über die amerikanische Haltung seit der Wahl. Ein aufmerksamer Beobachter der Washingtoner Szene, den der mangelnde Tatendrang von Roosevelts Regierung nicht überraschte, war der britische Botschafter Lord Lothian. Während eines Kurzbesuchs in England im November hatte er Churchill auf die in den Vereinigten Staaten immer noch weit verbreitete Ansicht aufmerksam gemacht, Grossbritannien verlange mehr, als es brauche, und sei weniger knapp bei Kasse, als es behaupte. Er hatte dem Premierminister geraten, Roosevelt die dringenden Gründe für die vermehrten Hilfsleistungen in einem persönlichen Brief zu erläutern.<sup>177</sup> Bei seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten hatte Lothian in einer improvisierten Pressekonferenz auf dem Flughafen von New York in untypisch unverblühten, undiplomatischen Worten zu den anwesenden Reportern gesagt: «Nun, Jungs, Grossbritannien ist pleite. Wir haben es auf euer Geld abgesehen.» Er wiederholte diese saloppen Worte kurz darauf für die Wochenschauen, womit klar war, dass es sich nicht um einen unbedachten Versprecher handelte. Zwar behauptete er, dass er die

Bemerkung aus eigenem Antrieb gemacht habe, aber der Verdacht blieb bestehen, dass er auf Churchills Geheiss eine kalkulierte Indiskretion begangen hatte.<sup>178</sup>

Auf jeden Fall hatte sie die gewünschte Wirkung, die Frage der schwindenden britischen Dollarreserven in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken. Die erste Reaktion aus der amerikanischen Regierung fiel alles andere als positiv aus. Cordell Hull bezweifelte die britische Aussage, dass man sich keine Einkäufe mehr leisten könne, ebenso wie Finanzminister Morgenthau, der Lothian darauf hinwies, dass Gegner der Hilfsleistungen politisches Kapital daraus schlagen könnten, dass ein bankrotttes Land neue Aufträge erteile. Morgenthau war sich im Klaren darüber, dass Lothians Bemerkung nicht ganz der Wahrheit entsprach. Grossbritannien war nicht pleite. Aber die Dollarreserven verringerten sich, wenn auch, wie Morgenthau vermutete, nicht so sehr, wie Lothian behauptete. Betroffen machte ihn jedoch, wie schwarz der britische Botschafter für die Zukunft seines Landes sah, falls es keine umfangreichen Hilfslieferungen erhalten sollte. Tatsächlich hatte Morgenthau den ganzen November darüber nachgegrübelt, wie der britische Bedarf nicht nur an Rüstungsgütern, sondern auch an Frachtschiffen befriedigt werden konnte. Denn die Schiffe, die für die Lebensmitteltransporte, von denen Grossbritannien abhing, gebraucht wurden, fielen bereits in beunruhigender Zahl U-Boot-Angriffen zum Opfer.<sup>179</sup> Roosevelt selbst hatte in einer Kabinettsitzung am 8. November eine mögliche Lösung angedeutet. Nach seiner Meinung verfügte Grossbritannien in den Vereinigten Staaten noch über genügend Kredit und Eigentum – rund zweieinhalb Milliarden Dollar –, die es flüssig machen konnte, um die Kriegsgüter zu bezahlen. Aber auch ihm war klar, dass London bald das Geld ausgeben würde. «Die Zeit wird sicherlich kommen», sagte er, «dass Grossbritannien Anleihen oder Kredite benötigt.» Laut Ickes regte er an, «dass eine Möglichkeit, mit der Situation fertig zu werden, darin bestünde, alles [...] im Rahmen von Leihvereinbarungen mit England zu liefern». Zum Beispiel könne man Schiffe oder andere Güter verleihen.<sup>180</sup> Tatsächlich dachte Roosevelt nicht zum ersten Mal über diese Möglichkeit nach. Schon zwei Jahre zuvor, im November 1938, nach Abschluss des Münchener Abkommens, hatte er sich die Frage gestellt, ob es etwas geändert hätte, wenn er in der Lage gewesen wäre, den bedrängten europäischen Demokratien eine grosse Zahl von Kriegsflugzeugen zu verkaufen oder zu leihen.<sup>181</sup> Damals war

der Samen für das spätere Leih- und Pachtprogramm, das Lend-Lease-Abkommen, gelegt worden.

Die Idee gelangte zum ersten Mal auf indirektem Weg an die Öffentlichkeit, als William Alan Whites «Komitee zur Verteidigung Amerikas» am 26. November 1940 mit scharfen Worten mehr Unterstützung für Grossbritannien forderte. Das Komitee verlangte vom Kongress, die Gesetze aufzuheben, die einer Hilfeleistung im Wege standen, und setzte sich dafür ein, schnellstmöglich eine grosse Zahl von Handelsschiffen zu bauen, die man an Grossbritannien vermieten oder verleihen konnte. Wahrscheinlich hatte Roosevelt selbst hinter den Kulissen die Veröffentlichung dieser Presseerklärung angeregt, um mit einem solchen Versuchsballon die Haltung der Öffentlichkeit zu erkunden. Welche Schlüsse Roosevelt aus den Reaktionen auch gezogen haben mag, sie führten nicht zu konkretem Handeln. Die Öffentlichkeit erfuhr lediglich, dass der Präsident in Kürze eine Urlaubsreise antreten werde.<sup>182</sup>

Tatsächlich hatte Roosevelt eine zehntägige Fahrt in die Karibik vor. Offiziell sollte er an Bord des schweren Kreuzers Tuscaloosa die Orte für die neuen Stützpunkte auf den Westindischen Inseln besuchen. Er nahm eine Menge amtlicher Papiere mit und erklärte, er werde auf der Reise an einer grossen Rede an die Nation über die internationale Lage arbeiten. Aber er lud keinen aussenpolitischen Experten zur Mitreise ein. Der erschöpft wirkende Präsident brauchte die Kreuzfahrt, um sich zu erholen, und verbrachte die Zeit hauptsächlich damit, zu angeln, Poker zu spielen, Spielfilme anzusehen und sich mit Harry Hopkins, seinem einzigen Gast, und einigen seiner Mitarbeiter, den anderen Begleitern auf dieser Reise, zu entspannen.<sup>183</sup>

Am Tag vor der Abreise hatte Roosevelt eine komplexe Abmachung gebilligt, nach der zehn britische Heeresdivisionen mit Material im Wert von zwei Milliarden Dollar ausgerüstet werden sollten. Die Frage war, wie Grossbritannien die Mittel für den Kauf aufbringen wollte. Obwohl Roosevelt immer noch meinte, London sei «nicht pleite – da ist noch eine Menge Geld», wusste er doch, dass ein grosser Teil davon im britischen Empire festgelegt war und nicht ohne Weiteres in Dollar zur Verfügung stand. Sämtliche verfügbaren Dollarreserven – und mehr – würden für den Munitionskauf aufgebraucht werden, und das schon in den kommenden Monaten. In der Diskussion kam auch die Idee wieder zur Sprache, Grossbritannien Frachtschiffe zu leihen. Von der

Verleihung von Flugzeugen oder anderen Rüstungsgütern war allerdings noch nicht die Rede. Auf Drängen Morgenthau gab Roosevelt seine Einwilligung dazu, die Aufträge zu erteilen und die Investitionen für den Bau neuer und die Erweiterung bestehender Fabriken aus amerikanischen Quellen aufzubringen. Grossbritannien würde lediglich die produzierten Güter bei Abholung bezahlen, zuzüglich eines gewissen Aufschlags als Beitrag zu den Kapitalkosten. Zu Stimson sagte Roosevelt jedoch: «[Wir] müssen einfach entscheiden, was wir für England tun wollen», und fügte hinzu: «[Es] auf diese Weise zu tun heisst, nichts zu tun.»<sup>184</sup>

Wollte man Grossbritannien weiterhin so gut wie möglich auf nicht kriegerische Weise unterstützen, mussten neue Mittel und Wege gefunden werden, denn die bisher genutzten waren nahezu ausgereizt. So viel war Roosevelts wichtigsten Beratern klar, als sie kurz nach der Abreise des Präsidenten zusammenkamen. Frank Knox brachte es auf den Punkt und stellte die Schlüsselfrage: «Wir werden von jetzt an den Krieg bezahlen, oder?» Es war eine rhetorische Frage. Als Morgenthau das Problem ansprach, ob die Vereinigten Staaten Grossbritannien gestatten sollten, seine Bestellungen aufzugeben, erwiderte Knox fest: «Müssen sie. Das steht ausser Frage.» Aber wie sollte man vorgehen? Die Diskussion drehte sich um die Frage, ob Grossbritannien für die gelieferten Güter in bar bezahlen sollte. Sie blieb unbeantwortet im Raum stehen. Einig waren sich die Anwesenden indes darin, dass ein Vorschlag für ein Geschenk oder Darlehen, um das Grossbritannien sicherlich bald nachsuchen würde, dem Kongress vorgelegt werden müsse, und der würde ihn wahrscheinlich ablehnen, wenn nicht klargestellt werden konnte, dass es keine andere Option gab. Doch dies war kaum möglich, solange nicht sämtliche britischen Vermögenswerte liquidiert worden waren.<sup>185</sup> Kredite wurden angesichts der Tatsache, dass Grossbritannien seine Schulden aus dem Ersten Weltkrieg nicht zurückzahlte, nicht als Lösung betrachtet. Man hielt es für besser, dass die US-Regierung die Aufträge vergab und Grossbritannien anschliessend die Produkte zukommen liess, wenn auch nicht als Geschenk; man hoffte, irgendetwas als Gegenleistung zu bekommen oder wenigstens unbenutztes oder wenig beschädigtes Material zurückzuerhalten.<sup>186</sup> Die zuerst von Roosevelt aufgebrachte Idee einer besonderen Art von Anleihe wurde also in seiner Abwesenheit vorsichtig von Frachtschiffen auf letztlich die gesamte Bandbreite britischer Rüstungserfordernisse ausgeweitet.

Der ausführliche Brief, den Churchill auf Lothians Anregung geschrieben hatte, erreichte Roosevelt noch während seiner Karibikkreuzfahrt; er war vom Aussenministerium in Washington weitergeleitet und dem Präsidenten durch ein Wasserflugzeug der Marine am 9. Dezember zugestellt worden. Den Brief zu formulieren, war schwierig gewesen. Es hatte zahlreiche Entwürfe gebraucht und über zwei Wochen gedauert, bis der endgültige Text feststand. Churchill bezeichnete den Brief später mit Recht als einen der wichtigsten, den er jemals geschrieben habe.<sup>187</sup> Den grössten Teil des Schreibens nahm eine Tour d'Horizon über die Kriegslage aus britischer Sicht ein. Churchill erwähnte die Verluste von Handelsschiffen im Atlantik, den dringenden Bedarf an Schiffen, Flugzeugen und Munition sowie den schweren Kampf, der im Jahr 1941 bevorstand. Besonders unterstrich er die Abhängigkeit Grossbritanniens von amerikanischer Hilfe. Das wichtigste Ziel, den Tonnageverlust im Atlantik zu verringern, könne erreicht werden, indem die Vereinigten Staaten Handelsschiffskonvois durch Kriegsschiffe eskortieren liessen. Dies würde einen «entscheidenden Akt konstruktiver Nichtkriegführung» darstellen. Darüber hinaus hoffte Churchill, dass Grossbritannien «eine grosse Anzahl amerikanischer Kriegsschiffe [...] geschenkt, geliehen oder geliefert» werden würde, mit denen die atlantischen Schiffsrouten gesichert werden könnten. Erst am Ende des langen Schreibens kam er auf die entscheidende Finanzfrage zu sprechen. Wegen der Einkäufe von Kriegsmaterial würden die britischen Dollarkredite rasch verbraucht sein. Dann verband er moralischen Druck mit ökonomischer Logik: «Während wir unser Äusserstes tun und vor keinem Opfer zurückschrecken, um Zahlungen auf dem Clearingwege zu leisten, werden Sie wohl zugeben, dass es grundsätzlich unrichtig und in den Auswirkungen für beide nachteilig wäre, wenn England auf dem Höhepunkt dieses Kampfes sich all seiner verwertbaren Guthaben entledigen müsste, so dass wir, nachdem wir den Sieg mit unserem Blut errungen, die Zivilisation gerettet und den Vereinigten Staaten genügend Zeit gewonnen hätten, um für alle Möglichkeiten voll gerüstet zu sein, bis auf die Knochen entblösst dastünden.» Daraus würden auch für die amerikanische Wirtschaft Probleme erwachsen. Die Exporte nach Grossbritannien würden einbrechen. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit wäre die Folge. Churchill bot keine Lösung an, legte aber das Schicksal Grossbritanniens in die Hände Amerikas:

«Ich glaube auch nicht, dass Regierung und Volk der Vereinigten Staaten es mit den Grundsätzen vereinbar finden würden, von denen sie sich leiten lassen, die Hilfe, die Sie in so hochherziger Weise versprochen haben, auf jene Kriegsmaterialien und Waren zu beschränken, die sofort bezahlt werden können. Sie mögen versichert sein, dass wir uns bereit zeigen werden, der Sache wegen die grössten Leiden und Opfer auf uns zu nehmen und dass wir auf unsere Rolle als Vorkämpfer der Freiheit stolz sind. Das Übrige überlassen wir vertrauensvoll Ihnen und Ihrem Volke, in der Gewissheit, dass sich Mittel und Wege finden werden, die künftige Generationen auf beiden Seiten des Atlantiks billigen und bewundern werden.»<sup>188</sup>

Indirekt bestätigte Churchill damit die Verlagerung der Machtverteilung zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten, die im ersten Kriegsjahr offenbar geworden war. «Es läuft darauf hinaus», bemerkte Morgenthau ebenso knapp wie zutreffend, «dass Mr. Churchill sich voller Vertrauen in Mr. Roosevelts Hände gibt. Danach ist es an Mr. Roosevelt, zu sagen, was er tun will.»<sup>189</sup> Es klang wie ein Nachruf auf das britische Empire.

Während Morgenthau und andere Regierungsmitglieder in Washington weiter mit dem Problem rangen, wie Grossbritannien die dringend benötigten Güter bezahlen sollte,<sup>190</sup> sass Roosevelt an Bord der Tuscaloosa in einem Liegestuhl in der milden karibischen Sonne und dachte über Churchills Brief nach. Er las ihn ein ums andere Mal und war, von seinem Inhalt offenbar tief betroffen, zwei Tage ganz in Gedanken versunken. Hopkins, sein einziger Vertrauter an Bord, überliess ihn seiner Grübeleien. «An einem Abend», erinnerte sich Hopkins später, «kam er dann damit heraus – mit dem ganzen Programm. Er schien zwar nicht genau zu wissen, wie es auf legale Weise durchgeführt werden könnte. Aber er hatte nicht den geringsten Zweifel daran, dass er einen Weg finden würde.»<sup>191</sup> Möglicherweise spielte Hopkins seine eigene Rolle herunter; vielleicht hatte sich Roosevelt mit ihm beraten, bevor er sich seiner Sache sicher war; vielleicht traf er die Entscheidung nicht aus so heiterem Himmel, wie man es hinstellte. Doch das ist nebensächlich. Denn es steht ausser Frage, dass Roosevelt selbst derjenige war, der den Ausweg aus der britischen Dollarkrise fand und die Entscheidung traf, die der britischen Kriegführung unbegrenzte Ressourcen zugänglich machte.<sup>192</sup>



Es war typisch für Roosevelt, dass er sich nicht beeilte, den Kabinettsmitgliedern seine Entscheidung mitzuteilen. Er wies sie lediglich an, nichts zu unternehmen und abzuwarten, bis er zurückgekehrt sei und die Sache mit ihnen besprechen könne.<sup>193</sup> Zuvor schon hatten sich die für die Aussen- und Verteidigungspolitik zuständigen Schlüsselfiguren der Regierung in Hulls Büro im Aussenministerium zusammengefunden, um im Licht von Churchills Brief und insbesondere seiner Forderung nach einem «entscheidenden Akt konstruktiver Nichtkriegführung» die Lage zu erörtern und bis zur Rückkehr des Präsidenten eine Stellungnahme auszuarbeiten. Neben dem Aussenminister waren Stimson, Knox, Marshall, Stark, Welles sowie eine Reihe weiterer führender Vertreter des Regierungsapparats anwesend. Nach Admiral Starks Ansicht konnte Grossbritannien bei der aktuellen Rate der Schiffsverluste keinesfalls länger als ein halbes Jahr durchhalten. Stimson ergänzte gewohnt nüchtern und unverblümt, dass die amerikanische Rüstungsproduktion nicht so weit gesteigert werden könne, wie es nötig wäre, um die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu gewährleisten und Grossbritanniens Niederlage zu verhindern, bis man selbst in den Krieg einträte. Auf seine Frage an Stark, welche Massnahmen erforderlich seien, um die britische Misere im Atlantik zu beenden, antwortete der Admiral, dass das Neutralitätsgesetz aufgehoben werden müsse, damit amerikanische Frachtschiffe Lieferungen in britische Häfen bringen könnten, und dass dies zweifellos die Aufstellung von Marinegeleiten sowie letztlich aller Wahrscheinlichkeit nach den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten zur Folge hätte. Wie kaum anders zu erwarten, endete die Sitzung ohne klares Ergebnis.<sup>194</sup>

Als Roosevelt am Abend des 16. Dezember braungebrannt, gut gelaunt und (laut Hopkins) völlig «wieder aufgeladen» von seiner Vergnügungsfahrt auf der Tuscaloosa zurückkehrte, herrschte in Washington gespannte Erwartung.<sup>195</sup> Am nächsten Tag berichtete er Morgenthau, er habe «auf der Reise intensiv darüber nachgedacht, was [die Vereinigten Staaten] für England tun» könnten, und er sei zu dem Schluss gelangt, «dass es darum gehe, vom Dollarzeichen wegzukommen». Er wolle weder Verkäufe noch Kredite. Stattdessen werde man «England sagen: Wir geben euch die Kanonen und Schiffe, die ihr braucht, wenn ihr uns die Kanonen und Schiffe, die wir euch geliehen haben, nach dem Krieg in natura zurückgibt.» «Was halten Sie davon?», fragte er Morgenthau, der von der Idee sofort begeistert war. Er hielt sie für einen von

Roosevelts «brillanten Einfällen».<sup>196</sup> Bekanntlich waren die Gedanken des Präsidenten schon seit einiger Zeit um diese Idee gekreist. Sie reichte mindestens bis in die Zeit des Zerstörerhandels zurück, als er daran gedacht hatte, Grossbritannien Handelsschiffe zu leihen. Nach Ansicht mancher war sie entstanden, als das Finanzministerium feststellte, dass alte gesetzliche Regelungen die Verleihung von Heeresigentum für bis zu fünf Jahren zuliesse, sofern es nicht notwendig für die Erfüllung der eigenen Staatsaufgaben gebraucht würde.<sup>197</sup> Aber wenn dem so war, dann machte das Finanzministerium keinen Gebrauch von dieser Entdeckung. Erst der Präsident erkannte das Potenzial der Idee. Und am 17. Dezember stellte er sie der Öffentlichkeit auf eine Weise vor, die ebenso neu wie klar und überzeugend war.

Am Nachmittag jenes Tages gab Roosevelt eine Pressekonferenz, die er mit der entwaffnenden Mitteilung eröffnete, dass es keine besonderen Neuigkeiten zu verkünden gebe. Aber eine Sache sei vielleicht erwähnenswert, tastete er sich langsam zu seinem Thema vor. Kein Krieg sei aus Geldmangel verloren worden, stellte er fest, und dann legte er die Argumente für eine verstärkte Unterstützung Grossbritanniens dar, als würden sie ihm in diesem Augenblick einfallen. Es sei «vom egoistischen Standpunkt der amerikanischen Verteidigung wichtig, dass [Amerika] alles tun sollte, um dem britischen Empire zu helfen, sich selbst zu verteidigen». Die britischen Aufträge seien ein «gewaltiger Beitrag zur amerikanischen Verteidigung». Es sei nicht nötig, den Johnson Act oder das Neutralitätsgesetz aufzuheben. Man müsse jedoch über die traditionellen Wege der Kriegsfinanzierung hinausdenken. Die Regierung, beteuerte er etwas übertrieben, beschäftige sich schon seit Wochen mit dem Problem. Dann erläuterte er eine mögliche Lösung, angeblich eine von mehreren. Die Vereinigten Staaten könnten britische Aufträge übernehmen und Grossbritannien einen Teil ihrer Munitionsproduktion «verleihen oder verkaufen». Seine Absicht sei es, «das Dollarzeichen verschwinden zu lassen [...], das dumme, alte Dollarzeichen». Um zu verdeutlichen, was er meinte, führte er einen volkstümlichen Vergleich an. Wenn das Haus eines Nachbarn in Flammen stehe, sage man auch nicht zu ihm: «Nachbar, mein Gartenschlauch hat mich fünfzehn Dollar gekostet, Sie müssen mir fünfzehn Dollar dafür zahlen.» Vielmehr leihe man ihm seinen Gartenschlauch und bekomme ihn später wieder zurück. Genauso sollte man das Munitionsproblem behandeln. Die Einzelheiten müssten noch geklärt werden, aber er habe vor, das Dollarzeichen durch

ein «Gentlemans Agreement, die Sachen in natura zurückzuzahlen», zu ersetzen. «Ich denke, Sie verstehen das alle», fügte er hinzu. Auf die Frage, ob sein Vorhaben das Land dem Kriegseintritt näherbringe, antwortete Roosevelt ausweichend. Aber er räumte ein, dass der Kongress seine Einwilligung geben müsse und dass die Regierung im neuen Jahr entsprechende Anträge im Parlament einbringen werde.<sup>198</sup>

Es war der meisterhafte Auftritt eines Roosevelt in Hochform. Die Gartenschlauchparabel war in Wirklichkeit nicht seine Idee gewesen, sondern vier Monate zuvor bereits von Harold Ickes benutzt worden.<sup>199</sup> Jetzt hatte der Präsident sie überaus wirkungsvoll eingesetzt. «Man kann mit Fug und Recht sagen», merkte Robert Sherwood an, einer der Redenschreiber des Präsidenten, «dass Roosevelt mit dem Nachbarschaftsvergleich den Kampf um das Leih- und Pachtgesetz gewann.»<sup>200</sup> Es war allerdings noch lange kein Programm. Auf Einzelheiten war Roosevelt nicht eingegangen; die würden auf die eine oder andere Weise im Lauf des Gesetzgebungsverfahrens geklärt werden müssen. Fragen zur Produktionssteigerung, die notwendig sein würde, um das Material für Grossbritannien herzustellen, übergang er. Auch das Problem der sicheren Auslieferung der produzierten Güter an die britischen Streitkräfte blieb ungeklärt. Zudem hatte der Vergleich einen offensichtlichen Haken, der einigen Journalisten in der Pressekonferenz nicht entgangen war: Der «Gartenschlauch» würde in diesem Fall höchstwahrscheinlich nicht zurückgegeben werden, und wenn, dann sicherlich nicht unbeschädigt. Andererseits hatte Roosevelt mit dem Vergleich ein ausserordentlich kompliziertes und kontroverses Problem vereinfacht – auf eine Geschichte von guter Nachbarschaft, die jeder verstehen konnte und die meisten sympathisch finden würden. Damit stand das Thema der Hilfe für Grossbritannien in der öffentlichen Arena zur Debatte und konnte von allen Seiten geprüft und diskutiert werden.

Roosevelt sicherte seinen Eröffnungszug umgehend mit weiteren energischen Schritten ab, indem er Stimson's Vorschlag, die Rüstungsproduktion umzustrukturieren, zur vordringlichen Aufgabe erklärte und den im Frühjahr geschaffenen führerlosen und hoffnungslos ineffektiven Beirat für Nationale Verteidigung durch ein kleineres und handlungsfähigeres Amt für Produktionsmanagement ersetzte. Dessen Führung bestand nur noch aus vier Personen: Stimson und Knox sowie dem erfahrene Wirtschaftsführer William Knudsen

(Chef von General Motors) als Direktor und Sidney Hillman (Vorsitzender der Textilarbeitergewerkschaft), als Mitdirektor, der die Beteiligung der Arbeiterbewegung sicherstellte. Doch die Handlungsschwäche auch dieser neuen Institution sollte bald zutage treten. Vorläufig jedoch war ihre Gründung ein deutliches Zeichen dafür, dass Roosevelt die Rüstungshilfe fortsetzen wollte, auch wenn er in der mit ihr zusammenhängenden Frage der Konvoieskorten ausweichend und unverbindlich blieb.<sup>201</sup>

Am 29. Dezember, zwölf Tage nach seiner wegweisenden Pressekonferenz, wurde Roosevelt zur ersten «Kaminplauderei» seit seiner Wiederwahl mit seinem Rollstuhl in den Empfangsraum im Weissen Haus geschoben. Sie wurde damals und später von vielen als die beste und wirkungsvollste dieser Ansprachen an die Nation angesehen. Roosevelts Ausführungen waren geprägt von der feindseligen Reaktion der deutschen Auslandspropaganda auf die Leih- und Pachtidee; deren Attacken sollten die Isolationisten in den Vereinigten Staaten stärken, erreichten jedoch das Gegenteil, nämlich eine unerwartet breite Zustimmung zur Initiative des Präsidenten.<sup>202</sup> Vor allem aber wollte Roosevelt dem amerikanischen Volk die «nackte Wahrheit über den Ernst der Lage»<sup>203</sup> nahebringen und es von der Notwendigkeit einer umfassenden Unterstützung Grossbritanniens überzeugen. Kurz, seine «Plauderei» sollte eine Einführung in das Leih- und Pachtprogramm sein.

Zuerst beschrieb er in grellen Farben die Gefahr, in der Amerika schwebte. Unter Hinweis auf den gegen die Vereinigten Staaten gerichteten Dreimächtepakt, den Deutschland, Italien und Japan im vorangegangenen September geschlossen hatten, zeichnete er ein streng dualistisches Bild vom Kampf der freien, demokratischen Völker gegen die «Kräfte des Bösen», die totalitären Tyrannen, die danach strebten, die Menschheit zu beherrschen und zu versklaven. Im Zeitalter der Luftwaffen, erklärte er, stellten die Ozeane für Amerika keinen Schutz mehr dar. Sie dürften unter keinen Umständen feindlichen Mächten in die Hände fallen. Deshalb sei es lebenswichtig, die Kampfkraft Grossbritanniens (den Kampf der Griechen und Chinesen erwähnte Roosevelt ebenfalls) aufrechtzuerhalten. Denn wenn es unterliege, würden die Achsmächte Europa, Asien, Afrika und Australien sowie die Weltmeere beherrschen und in der Lage sein, «riesige Armeen und Flotten» gegen die westliche Hemisphäre zu führen. Es sei eine Illusion, erklärte der Präsident mit einem Seitenhieb auf seine isolationistischen Kritiker, dass Amerika die «eigene

Haut retten könne, indem [es] vor dem Schicksal anderer Nationen die Augen verschliesst». Appeasement, das habe die Erfahrung gelehrt, sei keine Lösung. Ein «Verständigungsfrieden» sei «Unsinn»; er wäre überhaupt kein Frieden.

Dann wandte sich Roosevelt seinem zweiten Thema zu: der Notwendigkeit, Grossbritannien Hilfe zu leisten. Die Briten, sagte er, hielten gegen eine «unheilige Allianz» stand. Vom Ausgang dieses Kampfes hänge die künftige Sicherheit Amerikas ab. Deshalb behauptete er «ohne Zögern, dass eine viel geringere Chance für die Vereinigten Staaten besteht, in den Krieg hineingezogen zu werden, wenn [sie ihr] Möglichstes tun, um jenen Völkern zu helfen, die sich gegen den Angriff der Achsenmächte verteidigen, als wenn [sie sich] stillschweigend in ihre Niederlage finden». Er müsse zugeben, dass jeder Weg, den man einschlagen könne, Risiken berge. Aber derjenige, den er vorschlage, sei der ungefährlichste. Es sei weder nötig noch beabsichtigt, amerikanische Expeditionstruppen zu entsenden. «Daher können Sie», versicherte er, «jedes Gerede über die Entsendung von Truppen nach Europa als absichtliche Unwahrheit entlarven.» Aber die kämpfenden Nationen bäten um «Kriegsgerät», und die Vereinigten Staaten müssten «diese Waffen unbedingt zu ihnen bringen». Seine Politik sei nicht auf Krieg ausgerichtet, wiederholte Roosevelt, sondern darauf, ihn von Amerika fernzuhalten. Er appelliere an Arbeiter und Industrielle, ihre Anstrengungen zu verdoppeln: «Wir müssen mehr Schiffe, mehr Kanonen, mehr Flugzeuge haben – mehr von allem.» Wie viele davon man ins Ausland schicken werde, würden die Verteidigungsexperten der Regierung entscheiden. Die Vereinigten Staaten hätten Grossbritannien bereits mit erheblichen Mitteln unterstützt, und sie würden in Zukunft noch mehr Material zur Verfügung stellen. Roosevelt schloss mit einem Satz, der sich ins Gedächtnis der Welt einprägen sollte: «Wir müssen das grosse Arsenal der Demokratie sein.»<sup>204</sup>

Die «Kaminplauderei» löste ein überwältigendes Echo aus. Drei Viertel der Amerikaner hatten sie gehört, und bei 60 Prozent der Zuhörer stiess sie auf Zustimmung. Bei den Briefen und Telegrammen, mit denen das Weisse Haus überschüttet wurde, lag das Verhältnis zwischen Zustimmung und Ablehnung bei hundert zu eins. Roosevelt war hocheufreut. Mit einer solchen Reaktion hatte er nicht gerechnet. Die ablehnenden Stimmen kamen, wie kaum anders zu erwarten, aus dem kleiner werdenden Lager der Isolationisten; aber auch von ihnen waren viele von der Rede beeindruckt. In den Zeitungen wurde die

Führungskraft begrüsst, die der Präsident nun endlich an den Tag gelegt habe. Man feierte das Ende der Ungewissheit, die in den vorangegangenen Monaten wie eine Wolke über der amerikanischen Politik gehangen habe. Roosevelt habe endlich «Amerikas Entscheidung klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, eine Entscheidung, die in Wirklichkeit schon vor langer Zeit getroffen worden ist». Bedauert wurde lediglich, dass «durch die Verzögerung dieser Entscheidung [...] sechs Monate wertvoller Vorbereitungszeit verloren gegangen» seien.<sup>205</sup>

Im Dezember 1940 fiel die Schlüsselentscheidung – eine der wichtigsten des gesamten Krieges – für ein Programm, das «nicht weniger als eine Erklärung des Wirtschaftskrieges gegen die Achse» darstellte.<sup>206</sup> Man musste schon weit in Roosevelts vorherige Amtszeit zurückblicken, um das letzte Beispiel dafür zu finden, dass er der öffentlichen Meinung im Land die Richtung gewiesen hatte, anstatt ihr nur zu folgen. Und sie liess sich von ihm führen. Jetzt sprachen sich in Umfragen 70 Prozent der Befragten dafür aus, Grossbritannien dabei zu helfen, den Krieg zu gewinnen, auch wenn die Vereinigten Staaten dadurch in den Krieg hineingezogen werden könnten.<sup>207</sup>

Auf die «Kaminplauderei» folgte wenig später Roosevelts alljährliche Kongressrede zur Lage der Nation. In der erneut beeindruckenden Ansprache betonte er am 6. Januar 1941 die «vier wesentlichen menschlichen Freiheitsrechte», die er durchzusetzen hoffte: die Freiheit der Rede, die Freiheit der Religion, die Freiheit von Not und die Freiheit von Furcht. Es lief auf eine Erklärung der amerikanischen Ziele für die Nachkriegsordnung hinaus. Bald darauf legte Roosevelt seine Etatforderungen für 1942 vor: Von den 17,5 Milliarden Dollar des Staatshaushalts sollten 60 Prozent in die Verteidigung fliessen.<sup>208</sup> Das «Arsenal der Demokratie» sollte gefüllt werden.

Schon vor der Kongressrede hatte der Präsident das Finanzministerium beauftragt, den Entwurf des Leih- und Pachtgesetzes anzufertigen, der im Kongress eingebracht werden sollte.<sup>209</sup> Fortan lag die Hauptverantwortung bei Morgenthau und seinem Team. Die Kongressentschliessung erhielt die symbolträchtige Nummer 1776 – die Jahreszahl der Amerikanischen Revolution. Am 10. Januar wurde der Gesetzentwurf im Repräsentantenhaus eingebracht. Es folgte eine zwei Monate dauernde intensive Debatte, über die in den Medien ausführlich berichtet wurde.

Das Interesse der Bevölkerung war enorm. Fast jeder Amerikaner kannte das Gesetz, und die meisten unterstützten es, auch wenn in Umfragen über ein Drittel der Befragten glaubte, dass es die Vereinigten Staaten dem Kriegseintritt näherbringen würde.<sup>210</sup> Für die Isolationisten war der Kampf gegen das Gesetz das letzte Gefecht. «America First» organisierte eine massive Oppositionskampagne, zu deren Spendern auch der junge John E Kennedy gehörte.<sup>211</sup> Für die Verbreitung ihrer Propaganda sorgte die *Chicago Tribune*, die mittlerweile von dem überlebengrossen Robert R. McCormick herausgegeben wurde, einem ehemaligen Oberst und entschiedenen Isolationisten.<sup>212</sup>

Unterdessen nahm das komplizierte Gesetzgebungsverfahren seinen Lauf. Die Opposition im Kongress war zwar nicht stark genug, um das Gesetzesvorhaben zu Fall zu bringen, konnte aber eine Reihe von Änderungen durchsetzen. Schliesslich wurde das Gesetz im Repräsentantenhaus mit einer Mehrheit von 260 gegen 165 Stimmen verabschiedet und vom Senat mit 60 gegen 31 Stimmen gebilligt. In beiden Kammern waren die Gegner überwiegend Republikaner. Am 11. März 1941 unterzeichnete Roosevelt das Leih- und Pachtgesetz. Damit war er ermächtigt, «jegliche Art von Rüstungsgütern» produzieren zu lassen und jeder Nation zur Verfügung zu stellen, «deren Verteidigung der Präsident für die Verteidigung der Vereinigten Staaten für lebenswichtig erachtet».<sup>213</sup>

Als Roosevelt vier Tage später beim alljährlichen Abendessen der im Weissen Haus akkreditierten Korrespondenten sprach, strich er alle eigentlich geplanten Angriffe auf seine Gegner.<sup>214</sup> Stattdessen stellte er als Ergebnis der Debatte über das Leih- und Pachtgesetz die Einigkeit, mit der sich die Nation den vor ihr stehenden Aufgaben stellen würde, in den Mittelpunkt: «Lassen wir nicht zu, dass die Diktatoren in Europa und Asien Zweifel an unserer Einmütigkeit haben», forderte er seine Zuhörer auf. Das ganze Land habe eine grosse Debatte geführt. «Ja, die Entscheidungen unserer Demokratie mögen langsam fallen», räumte er ein. «Aber wenn die Entscheidung gefallen ist, wird sie nicht mit der Stimme eines einzelnen Menschen verkündet, sondern mit der Stimme von hundertdreissig Millionen. Sie bindet uns alle. Und die Welt weiss, woran sie ist.» Es folgte dann doch noch ein Seitenhieb auf seine Gegner: «Diese Entscheidung ist das Ende aller Appeasementsversuche in unserem Land, allen Drängens, uns doch mit den Diktatoren abzufinden, aller Kompromisse mit der Tyrannei und den Kräften der Unterdrückung. Wir ha-

ben keine Zeit zu verlieren.» Und er unterstrich die Bedeutung der getroffenen Entscheidung durch die Voraussage: «Wir sind fest davon überzeugt, dass die Demokratien der Welt, wenn unsere Produktion erst einmal in vollem Schwung ist, beweisen werden, dass Diktaturen nicht siegen können.»<sup>215</sup>

## VI

Die Entscheidung für das Leih- und Pachtverfahren war eine der wichtigsten des gesamten Krieges, und sie hatte weit reichende Konsequenzen. Für Churchill war es ein «wunderbarer Entschluss», der durch das Wissen, dass die Vereinigten Staaten «nun eng mit [Grossbritannien] verbunden» waren, neue Hoffnung und Zuversicht weckte<sup>216</sup> und einen «fühlbaren Wendepunkt» in der britischen Kriegführung markierte.<sup>217</sup> Er bedeutete die «unwiderrufliche Festlegung» auf das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien; die amerikanische Politik gegenüber NS-Deutschland war unumkehrbar geworden; kurz, die Entscheidung für das Leih- und Pachtgesetz war ein «grosser Schritt in Richtung Krieg».<sup>218</sup> Auch die Deutschen interpretierten es als «Kriegserklärung» (Goebbels). Hitler beschloss augenblicklich, das deutsche Operationsgebiet im Nordatlantik bis zu den isländischen Gewässern auszuweiten.<sup>219</sup>

Roosevelts amerikanische Kritiker sahen die Konsequenzen ebenso klar. Der erisolationistische Senator Burton K. Wheeler erklärte, durch das Leih- und Pachtverfahren werde «jeder vierte amerikanische Junge umkommen».<sup>220</sup> Aus Sicht der leidenschaftlichen Interventionisten innerhalb und ausserhalb des Regierungsapparats sollte das Leih- und Pachtgesetz das Gefühl der Dringlichkeit für einen Kriegseintritt stärken. Der Präsident tat es in den ersten Monaten nach seiner Verabschiedung jedoch keiner Seite recht. Nach Ansicht der Isolationisten ging er zu weit, nach Ansicht der Interventionisten nicht weit genug. Allerdings steuerte er keinen mittleren Kurs. Er neigte stets der Seite derjenigen zu, die mehr tun wollten, um den Briten in dieser schwierigen Phase des Krieges zu helfen. Aber es sollte wie bisher «short of war» bleiben, und seine politischen Antennen sagten ihm, dass der vorsichtige Weg der richtige war. Infolgedessen liess sich die amerikanische Politik im Lauf des Früh-



jahrs 1941 erneut treiben und war wieder von Ungewissheit und Zögerlichkeit gekennzeichnet.

Der sofortige Nutzen des Leih- und Pachtgesetzes war nicht sehr gross. Zum Leiter des entsprechenden Programms wurde Harry Hopkins ernannt, der nahezu eine Generalvollmacht erhielt, um es in Gang zu bringen.<sup>221</sup> Die neue Regierungsstelle beantragte umgehend die Bereitstellung von sieben Milliarden Dollar. Gewissermassen als Nachhall von Roosevelts entschlossener «Kaminplauderei» gehörten 23'000 Meter Feuerwehrschauch zu den ersten «verliehenen» Gütern. Aber nur ein Prozent des Kriegsmaterials, das Grossbritannien und das britische Empire im Jahr 1941 einsetzten, wurde durch das Leih- und Pachtprogramm zur Verfügung gestellt. Der unmittelbare Nutzen für die britische Kriegführung war überwiegend symbolischer Art. Im weiteren Verlauf des Krieges sollte die Wirkung des Programms jedoch weit über die Symbolik hinausgehen. Mehr als die Hälfte der britischen Defizite wurde durch Leih- und Pachtlieferungen gedeckt, und auch für die sowjetische Kriegführung sollten sie entscheidende Bedeutung erlangen. Die Empfängerländer waren im Gesetzentwurf absichtlich nicht im Einzelnen genannt worden. Wie der Regierung aus nachrichtendienstlichen Berichten bekannt war, mehrten sich die Anzeichen dafür, dass im laufenden Jahr mit einem deutschen Angriff auf die Sowjetunion zu rechnen sei. Deshalb wollte sie die Antikommunisten im Kongress daran hindern, den Kreis der Länder, die in den Genuss des Leih- und Pachtverfahrens kommen konnten, zu begrenzen. Das erwies sich als kluge Voraussicht. Bis Kriegsende sollten im Rahmen des Leih- und Pachtprogramms weltweit Güter im Wert von über fünfzig Milliarden Dollar «verliehen» werden.

Innerhalb der Vereinigten Staaten hatte das Leih- und Pachtprogramm einen gewaltigen Anstieg der Rüstungsausgaben zur Folge. Bereits im Jahr 1941 machte der Verteidigungshaushalt einen annähernd zehnmal so grossen Anteil am Bruttosozialprodukt aus wie 1939. Finanziert wurden die gestiegenen Ausgaben weniger durch Steuereinnahmen, sondern vor allem durch Kreditaufnahmen – die einen neuen und anhaltenden Trend der Finanzierung darstellten. Ausserdem hatten die Massenproduktionstechniken zur Folge, dass die Grosswirtschaft noch grösser und ihre Vorherrschaft in der Industrieproduktion weiter gestärkt wurde. Die Fundamente des militärisch-industriellen Komplexes im Nachkriegsamerika wurden im Wesentlichen durch das Leih- und Pachtprogramm gelegt.<sup>222</sup>

Die im Dezember getroffene und im März vom Kongress bestätigte Entscheidung hatte das Produktionsproblem gelöst. Die amerikanische Kriegswirtschaft kam in Gang (auch wenn sie aufgrund von Hindernissen und Mängeln in Produktion und Organisation weder reibungslos noch auf vollen Touren lief). Nicht beantwortet war dagegen die Frage, wie angesichts der wachsenden Verluste von Handelsschiffen im Atlantik genügend Güter nach Grossbritannien gebracht werden konnten. Darüber hinaus rückte das Leih- und Pachtgesetz eine weitere Frage, der sich noch niemand stellen wollte, in den Mittelpunkt: Konnte sich Amerika angesichts seiner fadenscheinigen Neutralität weiterhin aus den Kämpfen heraushalten, wenn es sich derart durch Waffenlieferungen auf die Seite eines der Kriegsteilnehmer stellte? Stimson hatte, wie üblich, den Nagel auf den Kopf getroffen, als er im Dezember erklärte: «Wir können nicht auf Dauer in der Position eines Werkzeugmachers für andere, kämpfende Nationen verharren.» Allerdings räumte er ein, dass das Land bislang nicht so weit sei, um in den Krieg einzutreten.<sup>223</sup>

Gleichwohl rückte die aktive Kriegsteilnahme in diesen Wochen ein Stück näher, wenn auch nur auf der Ebene der Planung. Bereits im November 1940 hatte Admiral Stark eine weltweite Verteidigungsstrategie ausgearbeitet, den sogenannten Plan D (im Jargon der Marine «Plan Dog» genannt). Dessen Grundannahme lautete, dass einer gemeinsam mit dem britischen Bündnispartner durchgeführten GROSSOFFENSIVE im Atlantik Vorrang vor dem Pazifik eingeräumt werden sollte, wenn die Vereinigten Staaten eines Tages in einen Krieg gegen Deutschland, Italien und Japan verwickelt werden sollten, und Stark war überzeugt, dass es letztlich notwendig sein würde, grosse Land- und Luftstreitkräfte nach Europa und Afrika zu entsenden.<sup>224</sup> Im Pazifik sollte dagegen eine defensive Haltung eingenommen werden.<sup>225</sup> Obwohl Roosevelt Plan D nie formell billigte, lag er implizit der Schlussfolgerung zugrunde, die er aus einer Beratung mit seinen Verteidigungsexperten am 17. Januar zog: dass nämlich die wichtigste Aufgabe die Sicherung der Nachschublinien nach Grossbritannien sei. Der Präsident wies die Marine an, sich darauf vorzubereiten, Eskorten für Konvois zur Verfügung zu stellen.<sup>226</sup> Das klang viel versprechend. Aber wie so oft behielt die Vorsicht die Oberhand. Roosevelt war noch lange nicht bereit, diesen Schritt zu unternehmen.

Stark hatte ihm geraten, geheime Stabsgespräche mit den Briten über mögliche künftige Operationen in beiden Ozeanen zu gestatten.<sup>227</sup> Diese Gesprä-

che begannen im Januar 1941, und binnen zwei Monaten hatten hochgestellte amerikanische und britische Militärplaner eine strategische Grundsatzvereinbarung ausgearbeitet, ABC-1 genannt, die wirksam werden sollte, wenn die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten würden. Selbstverständlich war dies noch keine Zusage, es zu tun. Aber im Fall des Kriegseintritts wollte man – wie schon laut Plan D – eine Grundstrategie unter dem Motto «Deutschland zuerst» verfolgen, das heisst gegen Japan im Pazifik sollte bis zum Sieg über Deutschland ein Zermübungskrieg geführt werden. Tatsächlich bestimmte ABC-1 in den folgenden Monaten sowohl die strategischen Überlegungen in beiden Ländern als auch die ab Dezember 1941 verfolgte Strategie.<sup>228</sup> Wie einer von Roosevelts Redenschreibern, Robert Sherwood, es später ausdrückte, hatte sich ein halbes Jahr vor dem amerikanischen Kriegseintritt zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien ein «bündnisähnlicher Zustand» herausgebildet, der «offiziell durch das Leih- und Pachtgesetz besiegelt» und «inoffiziell durch die angloamerikanischen Stabsgespräche in Washington untermauert» wurde.<sup>229</sup>

Roosevelt hatte während des Winters einen weiten Weg zurückgelegt. Die Zögerlichkeit und Vorsicht, mit der er auf Drängen seiner Berater den Zerstörerhandel abgeschlossen hatte, war im Dezember und Januar einer entschlossenen zupackenden Haltung gewichen, als er das wegweisende Leih- und Pachtprogramm durchsetzte. Aber er war noch nicht bereit, die Entwicklung weiter voranzutreiben. Im sorgenvollen Frühjahr 1941 verliess ihn wieder der Mut, und zur tiefen Enttäuschung der «Falken» in seinem Kabinett übernahm erneut die Vorsicht das Regiment.

Grossbritannien steckte inzwischen in grossen Schwierigkeiten, und zwar lange bevor die versprochene amerikanische Hilfe wirksam werden konnte. Es bestand die Gefahr, dass die Fortschritte, die man in Gestalt des Leih- und Pachtgesetzes sowie der Militärvereinbarung mit den Amerikanern erreicht hatte, umsonst gewesen waren. Im Mai mussten die britischen Truppen vom griechischen Festland abrücken und Kreta aufgeben. Da man in dem vergeblichen Versuch, die deutsche Besetzung zu verhindern, Kräfte nach Griechenland abgestellt hatte, war die bedrängte britische Position in Nordafrika geschwächt, und nun drohten die Achsentruppen unter ihrem neuen, wagemutigen Kommandeur Erwin Rommel durchzubrechen. Bald sollten sie es tatsächlich tun. Am schlimmsten aber war, dass sich die Schiffsverluste im Atlantik

während des Winters nahezu verdoppelt hatten, und zu allem Überfluss machte nun auch das gefürchtete neue deutsche Schlachtschiff Bismarck die Meere unsicher und war darauf aus, unter den britischen Konvois noch mehr Schäden anzurichten. Die Lage war düster. Alles sah danach aus, als würde Grossbritannien die «Atlantikschlacht» verlieren. Churchill, der über Roosevelts Vorsicht enttäuscht und verärgert war, bemerkte, Grossbritannien werde «unbewusst [...] weitgehend [seinem] Schicksal überlassen».<sup>230</sup>

Obwohl Roosevelts isolationistische Gegner im Kampf um das Leih- und Pachtgesetz den Kürzeren gezogen hatten, schien der Präsident, wie behauptet worden ist, zuzeiten «weniger Furcht davor zu haben, dass Hitler plötzlich angreifen könnte, als davor, dass die Isolationisten im Senat ihm eine Schlappe beibringen könnten».<sup>231</sup> Konkret vermochte er sich nicht zu einer klaren Entscheidung in der Konvoifrage durchzuringen. Im April schien er die Absicht der Marine, Geleitzüge zu bilden, zunächst zu billigen, um sie dann doch abzulehnen, und den «Falken» im Kabinett – Stimson, Knox, Ickes und Morgenthau – gelang es nicht, ihn umstimmen. Laut Morgenthau war er der Ansicht, «dass die Öffentlichkeit noch nicht so weit sei, Schiffe der Vereinigten Staaten im Konvoi fahren zu lassen». Er wolle lieber noch abwarten und sei «nicht bereit, bei der «umfassenden Hilfe für England» vorzupreschen».<sup>232</sup> Es spricht einiges dafür, dass er die Öffentlichkeit in dieser Frage hätte überzeugen können, wenn er es versucht hätte.<sup>233</sup> Aber er zog es vor, es nicht darauf ankommen zu lassen. Vorläufig billigte er am 15. April lediglich eine Ausweitung der «Schutzzone» für Marinepatrouillen im Atlantik, die sich nunmehr bis zu einer Linie erstreckte, die den Atlantik auf halbem Weg zwischen Südamerika und Afrika teilte und Grönland sowie die Azoren einschloss. In diesem breiten Streifen des Atlantiks würden die Schiffe der US Navy gesichtete deutsche U-Boote melden, ansonsten aber weder etwas tun, um sie anzugreifen (es sei denn, sie wurden ihrerseits angegriffen), noch um Konvois direkt zu verteidigen. Dies führte bald zu amerikanischer Militärpräsenz auf Grönland und Island, unmittelbar an der lebenswichtigen Atlantikroute. In dieser Zeit gestattete Roosevelt auch den Transfer einer kleinen Zahl von Kriegsschiffen – allerdings weniger als von der Marine verlangt – aus dem Pazifik in den Atlantik. Und es wurden Pläne für die Besetzung der Azoren geschmiedet (die dann allerdings nicht umgesetzt wurden).<sup>234</sup> Aber weiter wollte Roo-

sevelt nicht gehen. Konvoieskorten lehnte er nach wie vor ab. Amerika sollte im Kampf um die Kontrolle der Meere unter keinen Umständen den ersten Schuss abgeben.<sup>235</sup>

Den gesamten April und Mai über, während einer der bedrohlichsten Phasen des Krieges und einer der sorgenvollsten seiner Präsidentschaft, erschien Roosevelt seiner Umgebung zögerlich – vorsichtig fast bis zur Reglosigkeit.<sup>236</sup> Gegenüber dem ehemaligen Botschafter in Paris, William Bullitt, sagte er am 23. April, «das Problem, das ihm die grössten Sorgen bereite, sei dasjenige der öffentlichen Meinung. Er habe sich gerade mit Stimson über dieses Thema gestritten. Nach Stimsons Ansicht sollten wir sofort in den Krieg eintreten. Er, der Präsident, denke, dass wir einen Zwischenfall abwarten sollten, und sei zuversichtlich, dass die Deutschen uns einen Zwischenfall liefern würden.»<sup>237</sup>

Auf der anderen Seite des Atlantiks war Churchill über Roosevelts Untätigkeit und Zaudern enttäuscht. Als er Anfang Mai in einem Brief an Roosevelt seine Verärgerung nicht ganz verbergen konnte, mussten seine Berater massig eingreifen.<sup>238</sup> Er verlangte energischeres Handeln. Der entscheidende Schritt, der das Blatt zugunsten Grossbritanniens wenden würde, schrieb er, bestünde darin, «dass sich die Vereinigten Staaten unverzüglich als kriegführende Macht neben [die Briten] stellen».<sup>239</sup> Der Präsident ignorierte den Appell.

In Washington kamen Stimson, Knox, Ickes und Justizminister Robert Jackson Mitte Mai in gedrückter Stimmung zusammen, um darüber zu beraten, ob sie «dem Präsidenten schriftlich darlegen sollten, dass [sie] einen Mangel an Führungskraft beobachteten, der Schlimmes für das Land ahnen lasse». Selbst Worte blieben aus, seit Roosevelt eine grosse Rede, die er über die Kriegslage halten wollen, verschoben und sich ins Bett zurückgezogen hatte. Angeblich war er krank, obwohl die wenigen, die in diesen Tagen zu ihm vorgelassen wurden, den Eindruck hatten, dass es ihm recht gut ging. «Missy» LeHand glaubte, dass er unter «purer Erschöpfung» litt, nachdem er ständig zwischen Isolationisten und Interventionisten hin und her gerissen worden war. Die Ministerrunde verwarf die Idee, einen Protestbrief zu schreiben. Aber keiner der Anwesenden «konnte sich die mangelnde Führungskraft des Präsidenten erklären», und alle waren «besorgt darüber, dass er von einer sehr kleinen Gruppe umgeben und für die meisten praktisch unerreichbar ist, sogar für Kabinettsmitglieder».<sup>240</sup>

Vor dem Hintergrund des Unbehagens, das sich in der Regierung breitgemacht hatte und das alle, die an zentraler Stelle mit der Verteidigungspolitik zu tun hatten, empfanden, weckte die bevorstehende Rede des Präsidenten – die erste seit der Inkraftsetzung des Leih- und Pachtgesetzes – hohe Erwartungen. Morgenthau fragte sich, was Roosevelt wohl sagen würde, und erwartete, dass «der nächste Schritt der Kriegseintritt» sein müsse. Zu Hopkins sagte er, er sei in den vergangenen zehn Tagen zu dem Schluss gelangt, dass die Vereinigten Staaten, wenn sie die Briten retten wollten, in den Krieg eintreten müssten und dass sie England bräuchten, «und sei es auch nur als Sprungbrett, um Deutschland zu bombardieren».<sup>241</sup>

Am Abend des 27. Mai – dem Tag, an dem die Nachricht von der Versenkung der Bismarck eingetroffen war – hielt Roosevelt schliesslich seine grosse Ansprache. An den sechs Entwürfen der «Kaminplauderei» hatten mehrere Redakteure intensiv gefeilt. Enden sollte sie nach dem Wunsch des Präsidenten mit einem Ausrufungszeichen – der Verkündung des Ausnahmezustands. Einige Stunden vor seinem Auftritt schickte er Churchill ein Telegramm, um ihm mitzuteilen, dass sein Text «weiter geht, als [er] es noch vor zwei Wochen für möglich gehalten» habe.<sup>242</sup> Die Rede gehörte nicht zu seinen besten. Für das handverlesene Publikum im unerträglich heissen East Room des Weissen Hauses war sie eine Enttäuschung, auch wenn die Telegramme, die hinterher eintrafen, überwiegend positiv waren.<sup>243</sup> Roosevelt hatte sich über weite Strecken auf dem Boden seiner «Kaminplauderei» vom vorangegangenen Dezember bewegt. In der stärksten Passage hatte er versprochen, «Grossbritannien und allen, die ebenfalls dem Hitlerismus oder seinen Pendanten Widerstand leisten, mit Waffengewalt [zu] helfen». Die amerikanischen Patrouillen trügen bereits dazu bei, «die Lieferung der notwendigen Güter nach Grossbritannien sicherzustellen. Alle zur Lieferung der Güter nötigen zusätzlichen Massnahmen werden ergriffen werden.» Den Höhepunkt der Rede bildete folgende Erklärung: «Heute Abend habe ich eine Proklamation verkündet, der zufolge ein unbeschränkter nationaler Notstand besteht, der die Stärkung unserer Verteidigung bis zur äussersten Grenze unserer nationalen Kraft und Autorität erfordert.»<sup>244</sup>

Das klang dramatisch; Möglicherweise dachten manche aus seiner Umgebung, der Präsident habe endlich der Lethargie der vergangenen Wochen ein Ende gesetzt, und jetzt werde vielleicht das Gefühl der Dringlichkeit, das die

Entscheidungen zum Jahreswechsel geprägt hatte, zurückkehren. Aber was genau bedeutete die Ausrufung des «unbegrenzten nationalen Notstands» in der Praxis? Als Roosevelt am nächsten Vormittag in einer Pressekonferenz nach Einzelheiten gefragt wurde, riss er prompt wieder ein, was er am Abend zuvor aufgebaut hatte. Er habe nicht die Absicht, sagte er, den Kongress zu bitten, das Neutralitätsgesetz aufzuheben. Genauso wenig werde er die Eskortierung von Schiffen anordnen. Eine Frage nach der Überwindung der Differenzen zwischen Arbeiterschaft und Management in der grossen Rüstungsaktion wischte er als «Spekulation» vom Tisch. Schliesslich räumte er ein, dass der Proklamation des unbegrenzten nationalen Notstands, wenn dieser in Kraft treten sollte, Verordnungen auf der Grundlage von fünfzig Jahre alten Notstandsgesetzen folgen müssten. Und er hatte nicht vor, solche Verordnungen zu erlassen.<sup>245</sup>

Der innere Kreis um den Präsidenten war verblüfft und verärgert. Stimson, der im Mai zusammen mit Knox die Einführung eines Geleitzugsystems gefordert hatte, zeigte sich sogar empört. Ickes merkte an, dass es wenig Sinn habe, «einen totalen Notstand zu erklären, ohne Taten folgen zu lassen», fügte um der Gerechtigkeit willen aber hinzu, dass er wenigstens einen Rahmen für tatkräftiges Handeln biete. Hopkins konnte sich «die plötzliche Umkehr von einer Position der Stärke zu einer der anscheinend unbekümmerten Schwäche» nicht erklären. Roosevelts «Unberechenbarkeit» war alles, was Sherwood als Erklärung einfiel.<sup>246</sup>

Aber dem vorsichtigen Verhalten des Präsidenten lag mehr zugrunde als seine undurchschaubare Persönlichkeit. Einer der Gründe, die ihn zur Vorsicht veranlassten, war das weiterhin bestehende Problem, die öffentliche Meinung zu formen, ohne die Bevölkerung zu überfordern. Angesichts der Meinungsumfragen, die eine knappe Mehrheit zugunsten der Einführung eines Geleitzugsystems ermittelt hatten, hätte Roosevelt einen entsprechenden Antrag vielleicht durch den Kongress gebracht, wenn er genügend Druck ausgeübt hätte. Aber Geleitzüge würden unweigerlich zu bewaffneten Zusammenstössen mit deutschen Schiffen führen, und dann wäre man nur noch einen Schritt vom Kriegseintritt entfernt. Würde eine knappe Mehrheit im Kongress jene grosse nationale Einigkeit bieten, die man im Krieg brauchte? War das Land überhaupt schon zum Krieg bereit? Die Meinungsumfragen nach Roosevelts Rede hatten das übliche widersprüchliche Ergebnis. Während 68 Prozent der

Befragten es für wichtiger hielten, Grossbritannien zu helfen, als sich aus dem Krieg herauszuhalten, fand eine etwas grössere Mehrheit, dass der Präsident mit seiner Hilfe für die Briten entweder schon zu weit oder aber weit genug gegangen sei. Und vier Fünftel der Bevölkerung lehnten einen Kriegseintritt immer noch kategorisch ab.<sup>247</sup> Das war mehr als genug, um Roosevelt vor kühnen Initiativen zurückschrecken zu lassen. Nach seiner Ansicht konnte er, wie einer seiner damaligen Mitarbeiter im Weissen Haus es später ausdrückte, ein besseres Staatsoberhaupt sein, wenn er den Rubikon nicht überschritt.<sup>248</sup>

Ausschlaggebend war aber vermutlich ein anderer Faktor. Roosevelt wusste seit Beginn des Jahres über Hitlers Weisung Bescheid, im Frühjahr die Sowjetunion anzugreifen. Anfang März war Sumner Welles beauftragt worden, den Kreml darüber zu informieren.<sup>249</sup> Jetzt deuteten die Nachrichtendienstkenntnisse darauf hin, dass der Angriff unmittelbar bevorstand.<sup>250</sup> Das war höchstwahrscheinlich der Grund, warum Roosevelt jede Eskalation der Gewalt im Atlantik vermeiden wollte, selbst als am 12. Juni die Nachricht eintraf, dass ein deutsches U-Boot zum ersten Mal ein amerikanisches Schiff, den Frachter Robin Moor, versenkt hatte. Die amerikanische Reaktion fiel gedämpft aus.<sup>251</sup> Denn Roosevelt war klar, dass ein deutscher Angriff auf die Sowjetunion den Krieg im Atlantik in einem völlig anderen Licht erscheinen lassen würde. Sollte die Sowjetunion standhalten, würden sich im Westen neue Aussichten eröffnen.

Am 22. Juni 1941 wurde der Präsident mit der Nachricht geweckt, dass ein massiver deutscher Angriff auf die Sowjetunion begonnen habe.

## VII

Roosevelt und die amerikanische Politik hatten einen weiten Weg zurückgelegt, seit es in der düsteren Phase zwischen Mai und September 1940 den Anschein gehabt hatte, als stünde die Demokratie in Europa vor dem Untergang. Als Hitlers Armeen in die Sowjetunion einfielen, waren die Vereinigten Staaten immer noch nicht so weit, dass sie in den Krieg hätten eintreten können – weder militärisch noch psychologisch oder politisch. Aber die von Roosevelt getroffenen Entscheidungen, insbesondere diejenigen für den Zerstörerhandel und für das Leih- und Pachtprogramm, waren von höchster Bedeutung für die



Festigung der transatlantischen Bande, die sich binnen weniger Monate zu einem vollgültigen Militärbündnis gegen Hitler entwickeln und letzten Endes als wesentliche Voraussetzung für den späteren Sieg erweisen sollten. Von nun an waren, wie der deutsche Diktator sehr wohl wusste, Zeit und materielle Überlegenheit nicht mehr auf seiner Seite. Er musste mehr riskieren, um etwas zu gewinnen. Doch die Chancen standen in zunehmendem Mass gegen ihn, auch wenn dies damals noch nicht im Kriegsverlauf zutage trat. Für Grossbritannien galt das Gegenteil. Militärisch war es noch schwach, und es musste auf dem Balkan, in Nordafrika und nicht zuletzt im Atlantik Rückschläge hinnehmen. Aber zum ersten Mal sahen die Briten mehr als nur einen Hoffnungsschimmer am Horizont. Wenn die Atlantikrouten gesichert werden konnten, würde Grossbritannien bald das amerikanische «Arsenal der Demokratie» zur Verfügung stehen. Zudem war es erheblich wahrscheinlicher geworden, dass die Vereinigten Staaten schliesslich selbst in den Krieg eintreten würden. Kein Wunder also, dass Churchill am 27. April 1941 eine weltweit übertragene Rundfunkansprache mit Versen aus einem Gedicht aus dem 19. Jahrhundert beendete, um der neu gewonnenen Hoffnung Ausdruck zu verleihen: «Vorn will die Sonne langsam steigen! / Doch westwärts, sieh! das Land liegt licht.»<sup>252</sup>

Roosevelt hatte in Bezug auf den Zerstörerhandel, das Leih- und Pachtprogramm und die anschliessenden vorsichtigen Massnahmen vor schwierigen Entscheidungen gestanden. An Ratschlägen von allen Seiten hatte es nicht gefehlt: Mach schneller; mach langsamer; mach überhaupt nichts. Er hatte geschwankt und gezögert, war von seinen Beratern bedrängt worden und hatte unter dem Druck der öffentlichen Meinung gestanden. Zumeist hatte er sich vorsichtig vorangetastet, sodass die Kühnheit, mit der er das Leih- und Pachtprogramm durchsetzte, umso mehr herausragte, zumal es ohne sie nicht zustande gekommen wäre. Die sofort geleistete Hilfe war im Vergleich mit dem späteren Güterstrom zwar gering, aber ohne diese Entscheidung hätte sich die Position Grossbritanniens rasch erheblich verschlechtert. Angesichts schwindender Dollarreserven und wachsender Verluste im Atlantik wäre die trübe Stimmung bald in Verzweiflung umgeschlagen. Dass Grossbritannien, wie manche Verfechter des Leih- und Pachtgedankens vorbrachten, binnen sechs Monaten zu einem Verhandlungsfrieden mit Hitler gezwungen gewesen wäre, ist allerdings unwahrscheinlich. Die britische Regierung wusste ebenso wie die amerikanische über die deutsche Absicht, die Sowjetunion anzugreifen,

sowie über den massiven deutschen Truppenaufmarsch im Osten Bescheid, und ein deutsch-sowjetischer Krieg würde, sofern er länger dauerte, dem bedrängten Grossbritannien auch ohne ein Leih- und Pachtprogramm Erleichterung gebracht haben. Offen bleibt freilich, wie lange die britischen Ressourcen ohne dieses Programm gereicht hätten.

Wichtiger als diese nicht zu beantwortende Frage ist, dass das Leih- und Pachtgesetz eine Verpflichtung darstellte, die Konsequenzen hatte. Zwar hatten sich die Vereinigten Staaten mitnichten bereits für den Kriegseintritt entschieden, aber Roosevelts Berater nahmen zu Recht an, dass es nach der Einführung des Leih- und Pachtprogramms letztlich unmöglich sein würde, sich aus dem Konflikt herauszuhalten. Wollte man sicherstellen, dass die produzierten Güter nicht einfach auf dem Boden des Atlantiks landeten, musste man die Frachtschiffkonvois über den Ozean geleiten, und dies würde unweigerlich zu «Zwischenfällen» – Versenkungen und Feuergefechten – führen. Roosevelt selbst hatte erklärt, das klinge nach Krieg, und es wäre sicherlich nicht weit davon entfernt gewesen.<sup>253</sup> Deshalb zögerte er, ein Geleitzugsystem anzuordnen; dazu sollte er sich erst im Herbst bereitfinden. Einige Mitglieder seines «Kriegskabinetts», seines engsten Beraterkreises in Verteidigungsfragen, waren sich im Klaren darüber, dass nicht nur ein defensiver Schutz von Schiffskonvois, sondern die aktive Teilnahme an der «Atlantikschlacht» notwendig war – und dass es dabei nicht bleiben würde. Manche hatten geglaubt, dass die Vereinigten Staaten, wenn sie schliesslich in den Krieg verwickelt werden sollten, nur auf See und in der Luft eingreifen würden, ohne, wie im Ersten Weltkrieg, Bodentruppen entsenden zu müssen. Aber Roosevelts Militärberater machten sich nichts vor. Sie waren immer stärker davon überzeugt, dass der Krieg nur durch die Entsendung amerikanischer Truppen nach Europa gewonnen werden konnte.

Hätte Roosevelt anders handeln können oder sollen?<sup>254</sup> Hätte er den von den Isolationisten gewünschten Kurs eingeschlagen, wäre die Wahrscheinlichkeit wesentlich grösser gewesen, dass London zu einem Verhandlungsfrieden gezwungen gewesen wäre, der Grossbritannien und das Empire erheblich geschwächt hätte. Aber ein solcher Kurs war zu keinem Zeitpunkt wahrscheinlich und auch nicht realistisch. Spätestens seit München vertrat die amerikanische Regierung, und zwar nicht nur ihre «Falken»-Fraktion, die Auffassung, dass von Hitler eine direkte Bedrohung der Vereinigten Staaten und der gesamten westlichen Hemisphäre ausgehe. Hinzu kam die Bedrohung durch Ja-

pan im Pazifik, die einen Ausbau der Verteidigungskräfte umso dringlicher erscheinen liess. Nach dem Ausbruch des Krieges in Europa, insbesondere seit die Wehrmacht Skandinavien, die Niederlande und Frankreich eingenommen hatte, begriff das amerikanische Volk rasch, wie gross die Gefahr war, der es gegenüberstand. Zwar waren nur wenige für den Kriegseintritt, aber die Unterstützung Grossbritanniens (und bis zu dessen Niederlage auch Frankreichs) fand breite Zustimmung. Einen rein isolationistischen Standpunkt nahm nicht mehr als ein Drittel der Amerikaner ein, und es wurden immer weniger. Abgesehen von Meinungsumfragen, zeigten die überwiegend positiven Reaktionen auf Roosevelts «Kaminplaudereien» im Dezember 1940 und Mai 1941, dass eine Politik, die Grossbritannien, ohne selbst in den Krieg einzutreten, im eigenen amerikanischen Interesse die grösstmögliche Hilfe zukommen liess, weithin gutgeheissen wurde. Angesichts dieser Stimmungslage (die zugegebenermassen von der Regierung beeinflusst war, die also nicht nur auf sie reagierte) wäre jeder Versuch, eine isolationistische Politik zu betreiben, töricht und zum Scheitern verurteilt gewesen.

Wäre der Kriegseintritt, auf den Stimson, Knox, Stark, Morgenthau und andere im Mai drängten, im Vergleich mit Roosevelts Kurs die klügere Option gewesen? Mit einem Heer, das kleiner war als das niederländische, und ohne einsatzbereite Kriegsschiffe und Flugzeuge hätte ein Eingreifen im Frühjahr oder Sommer 1940 lediglich symbolischer Art sein können. Die Marine war zwar weniger schwach als das Heer, aber da sie sowohl im Pazifik zur Abschreckung der Japaner als auch im Atlantik benötigt wurde, waren ihre Möglichkeiten erschöpft. Eine Verlegung auch nur eines Teils der Flotte in den Atlantik wäre für Tokio ein klares Signal gewesen. Die Expansion in Südostasien hätte wahrscheinlich – mit schwer wiegenden Auswirkungen auf die britische Verteidigungsfähigkeit in dieser Region – schon früher stattgefunden. Unterdessen wären sowohl amerikanische als auch britische Schiffe im Atlantik zur Beute deutscher U-Boote geworden. Der Versorgung Grossbritanniens wäre damit wenig geholfen gewesen und die Lage in Europa dadurch kaum verändert worden. Die Vereinigten Staaten hätten nicht verhindern können, dass Hitler Westeuropa eroberte.

Im Frühjahr 1941 hatte sich die Situation gewandelt. Da die Rüstung in Schwung gekommen war, nahm die militärische Stärke der Vereinigten Staa-

ten rasch zu. Die aktive Hilfe amerikanischer Marinekräfte hätte die britischen Verluste im Atlantik erheblich verringern können (auch wenn der zufällige Fund einer deutschen «Enigma»-Verschlüsselungsmaschine im Mai und der schnelle Einbruch in den deutschen U-Boot-Schlüssel im folgenden halben Jahr bereits eine deutliche Verringerung der Verluste zur Folge hatten).<sup>255</sup> Einen Seekrieg mit den USA wollte Hitler in dieser Phase unbedingt vermeiden. Ein amerikanischer Kriegseintritt hätte in Berlin die Vorbehalte gegen die Eröffnung einer zweiten Front im Osten vergrößert. Umgekehrt lag es im Interesse der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens, dass Hitler in einen Krieg verwickelt wurde, der sich, wie man hoffte, zu einem langen, blutigen Konflikt entwickeln würde. Es gibt aber kein Anzeichen dafür, dass sich Hitler von seiner Absicht, die Sowjetunion durch einen schnellen, vernichtenden Überraschungsangriff zu überwältigen, hätte abbringen lassen. Da er damit rechnete, dass er es erst in zwei oder drei Jahren mit der vollen ökonomischen und militärischen Macht der Vereinigten Staaten zu tun bekommen würde, hätte er sich vermutlich nur in seiner Einschätzung bestätigt gefühlt, dass eine schnelle Niederschlagung der Sowjetunion, durch die Grossbritannien an den Verhandlungstisch gezwungen werden würde, die richtige Strategie darstellte.

Der praktische Nutzen eines Eingreifens in den Monaten zwischen der Niederlage Frankreichs und dem Beginn des «Unternehmens Barbarossa» wäre also gering gewesen. Man hätte weder die Richtung noch die Gewalt der deutschen Aggression ändern können. Welche Folgen hätte eine Intervention in den Vereinigten Staaten selbst gehabt? Jeder Versuch, das Land in den Krieg zu führen, wäre auf heftigen Widerstand gestossen. Wie die Meinungsumfragen zeigten, lehnten sogar noch im Mai 1941 vier Fünftel der Amerikaner einen Kriegseintritt ab. Hätte Roosevelt sein Land zur Kriegsteilnahme gezwungen, wäre eine tiefe Spaltung und Disharmonie die Folge gewesen – das Gegenteil der Stimmung, die nach dem Dezember 1941 herrschen sollte.

Aber wie dem auch sei, es ist eine müssige Frage. Der Präsident dachte damals zu keiner Zeit daran, die USA in den Krieg zu führen. Hätte er es versucht, wäre er sofort und mit unmissverständlichen Worten (nicht nur von Isolationisten) an das während seines Wahlkampfs im Oktober 1940 in Boston gegebene Versprechen erinnert worden, keine amerikanischen Truppen in einen Krieg im Ausland zu schicken. Auf jeden Fall war er sich, ganz abgesehen

#### WASHINGTON, SOMMER 1940 BIS FRÜHJAHR 1941

von der öffentlichen Meinung im Land, im Klaren darüber, dass nicht die geringste Chance bestand, den Kongress dazu zu bringen, eine Kriegserklärung auszusprechen.

Die Interventionisten im Land, einschliesslich Roosevelts engster Berater, und natürlich viele Briten waren ungehalten über das amerikanische Zögern. Aber die Vorsicht des Präsidenten, so ärgerlich sie sein mochte, war klug. Vor allem war es ihm auf diese Weise möglich, das Land mit sich zu nehmen bei seinen vorsichtig gesetzten Schritten auf dem Drahtseil. Als der Kriegseintritt schliesslich unvermeidbar wurde – durch feindliche Aggression, nicht durch präsidiales Handeln –, sollte sich dies als enormer Vorteil erweisen.

## Moskau, Frühjahr und Sommer 1941

*Stalin beschliesst, es besser zu wissen*

*Sie müssen begreifen, dass Deutschland Russland nie aus eigenem Antrieb angreifen wird. [...] Wenn Sie die Deutschen an der Grenze provozieren, wenn Sie ohne unsere Erlaubnis Truppenbewegungen durchführen, dann denken Sie daran, dass Köpfe rollen werden.*

Warnung Stalins an die sowjetischen Militärführer,  
Mitte Mai 1941

«Lenin hat unseren Staat geschaffen, und wir haben ihn verschissen», fluchte Stalin in einem düsteren Augenblick, als er sechs Tage, nachdem der deutsche Angriff die Sowjetunion am 22. Juni so erstaunlich unvorbereitet getroffen hatte, zusammen mit einigen seiner wichtigsten Helfer das Volkskommissariat für Verteidigung verliess.<sup>1</sup> Deutlicher als durch diesen Zornesausbruch sollte Stalin seine eigene Verantwortung für eine verheerende Fehleinschätzung nie eingestehen, die es der deutschen Wehrmacht ermöglichte, im Zuge der ersten Angriffswelle binnen weniger Tage mit atemberaubender Geschwindigkeit fünfhundert Kilometer weit auf sowjetisches Territorium vorzudringen, eine riesige Zahl von Rotarmisten zu töten oder gefangen zu nehmen sowie Tausende von Panzern und Flugzeugen zu zerstören. Es ist nicht bekannt, wie der engste Kreis auf Stalins Wutausbruch und die impliziten Vorwürfe an seine Handlanger reagierte – Wjatscheslaw Molotow (der mürrische, halsstarrige Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten)<sup>2</sup>, Georgi Malenkow (der Chef der unüberschaubaren Parteibürokratie), Lawrenti Berija (der rücksichtslose Chef der Geheimpolizei) und Anastas Mikojan (im Politbüro für den Aussenhandel zuständig).<sup>3</sup> Der seinem Herrn treu wie ein Hund ergebene Molotow war fraglos bereit, die kollektive Verantwortung zu übernehmen, wie er es auch noch lange nach dem Tod des Diktators tun sollte.<sup>4</sup> Die anderen verhielten sich später anders; sie waren so klug, zu schweigen und nicht zu er-

wähnen, was sie alle nur zu gut wussten: dass Stalin allein die grundlegenden Entscheidungen getroffen hatte, durch die das Land der Katastrophe preisgegeben worden war.

Obwohl er von vielen und von verschiedenen Seiten auf unmissverständliche Weise davor gewarnt worden war, dass ein deutscher Angriff unmittelbar bevorstehe – sogar das genaue Datum war genannt worden –, hatte Stalin darauf beharrt, dass er es besser wisse. Nur fünf Tage vor der Invasion hatte der Volkskommissar für Staatssicherheit, Wsewolod Merkulow, den Bericht eines sowjetischen Agenten an ihn weitergeleitet, der vor einer unmittelbar bevorstehenden Militäraktion warnte. Stalins Reaktion war: «Genosse Merkulow, sagen Sie Ihrer ‚Quelle‘ aus dem Hauptquartier der deutschen Luftwaffe, dass er seine Mutter f... soll. Das ist keine ‚Quelle‘ – das ist jemand, der *Desinformation* betreibt. J. St.»<sup>5</sup> Was immer man ihm vermelden mochte – Stalin war davon überzeugt, dass seine eigene Intuition und Einschätzung richtig waren. Umso grösser waren der Schock und das Erstaunen am frühen Morgen des 22. Juni. Sein spontanes und einmaliges Eingeständnis schwerer Fehler sechs Tage später kam (auch wenn es kollektiv und auf grobe Weise ausgedrückt wurde) dem stillschweigenden Bekenntnis gleich, dass es andere politische Möglichkeiten gegeben hatte, die, wenn sie ergriffen worden wären, die Katastrophe verhindert hätten.

Stalin hatte sich entschieden, untätig zu bleiben. Im Rückblick erscheint dies angesichts aller Warnungen vor einer akuten Gefahr für sein Land kaum nachvollziehbar. Dass ausgerechnet dieser geradezu paranoide Mann sich über Hitlers Absichten getäuscht haben soll, ist erstaunlich. Hätte er andere Entscheidungen getroffen, wäre die Geschichte sicherlich anders verlaufen. Aber welche Entscheidungen wären dies gewesen? Die Alternativen lagen keineswegs so offen auf der Hand, wie es im Rückblick den Anschein hat. Die Geschichte von Stalins schicksalhafter Entscheidung ist zu kompliziert, als dass man sie einfach seiner willkürlichen Launenhaftigkeit, fast unglaublichen Blindheit und halsstarrigen Dummheit zuschreiben könnte. Der Schlüssel zum Verständnis liegt in der Art und Weise, wie die Sowjetunion regiert wurde und wie im stalinistischen System Entscheidungen gefällt wurden.

## I

Als Hitler am 1. September 1939 durch den Befehl zum Angriff auf Polen den Zweiten Weltkrieg auslöste, war der kurz vor seinem sechzigsten Geburtstag stehende Josef Stalin seit rund zehn Jahren Diktator der Sowjetunion.<sup>6</sup> Im Gegensatz zur genauen Datierung von Hitlers Machtantritt im Zuge der dramatischen Ereignisse vom Januar 1933 ist der Beginn von Stalins Alleinherrschaft mit keinem spezifischen Datum oder Ereignis verknüpft. Vielmehr hatte sie sich schrittweise und kontinuierlich herausgebildet – von seiner Zugehörigkeit zu einer Lenin untergeordneten Gruppe führender Bolschewiken bis zu dem Punkt, an dem seine persönliche Macht unanfechtbar, unbeschränkt und für die Art und Weise, wie die Sowjetunion regiert wurde, in jeder Hinsicht entscheidend geworden war.

Während Hitlers Diktatur in Deutschland nicht nur de facto, sondern auch theoretisch auf dem Gehorsam gegenüber dem Willen eines unangreifbaren und unfehlbaren «Führers» beruhte, widersprach Stalins Herrschaft der Theorie der kollektiven Führung, die der Regierung der Sowjets zugrunde lag. Lenin hatte zwar die unangefochtene Führungsposition innegehabt, aber gleichwohl eine Art kollektive Führung praktiziert. In den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution waren hitzige Diskussionen in der Parteiführung über den politischen Kurs nichts Ungewöhnliches gewesen, und Lenin hatte sie geduldet. Nach Lenins Tod im Jahr 1924 war Stalin als Sieger aus einem erbitterten internen Machtkampf hervorgegangen, in dem sich seine Kontrolle des Parteisekretariats und des Verwaltungsapparats als entscheidend erwiesen hatte. Während des ersten Fünfjahresplans, der Ende 1928 beschlossen und im Frühjahr des folgenden Jahres formell verabschiedet wurde, nahm Stalin in der sowjetischen Führung für einige Jahre die Position des Ersten unter Gleichen ein. Die kollektive Führung galt weiterhin als das richtige Regierungssystem. Anfang 1929 griffen drei einflussreiche Politbüromitglieder Stalin scharf an, weil er sich Entscheidungsbefugnisse angemasst hatte, die nach bolschewistischer Tradition dem Kollektiv des Zentralkomitees der Partei zustanden. «Wir sind gegen die Ersetzung der Kontrolle durch ein Kollektiv durch die Kontrolle durch einen Einzelnen», erklärten sie.<sup>7</sup> Aber es war zu spät. Stalin kontrollierte bereits den Entscheidungsprozess. Und er sollte mit denjenigen, die sich gegen ihn gestellt hatten, später abrechnen.



Eine weitere entscheidende Station auf dem Weg zur absoluten Macht war fünf Jahre danach die Ermordung von Sergej Kirow, dem populären Leningrader Parteichef. Allem Anschein nach war Stalin nicht in den Mord verwickelt.<sup>8</sup> Aber er war zweifellos der Hauptnutznießer bei der Ausschaltung eines führenden Parteifunktionärs, der von manchen als potenzieller Rivale angesehen wurde. Der Mord an Kirow scheint Stalins bereits ausgeprägtes paranoisches Misstrauen gegenüber seiner gesamten Umgebung und die morbide Furcht vor Versuchen, ihn selbst zu beseitigen, weiter verstärkt zu haben. Der Anschlag in Leningrad markierte den Beginn einer umfassenden Liquidierung seiner wirklichen und mutmasslichen Gegner. Offenbar erreichte sie ihren Zweck. Denn es ist bemerkenswert, dass Stalin im Gegensatz zu Hitler, auf den mehrere Attentate verübt wurden, nie das Ziel von Anschlägen war. Die enorme Terrorwelle sollte bald alle Grenzen übersteigen. Stalin löste mit seinen für gewöhnlich ebenso grundlosen wie unbeherrschbaren Verdächtigungen massive, brutale «Säuberungen» aus, welche die Reihen der Parteifunktionäre lichteteten und auch vor führenden Bolschewiken und ehemaligen engen Kampfgenossen Lenins nicht Halt machten. Ausserdem dezimierten sie mit lange nachwirkenden, fatalen Folgen die Führung der Roten Armee. Stalins eigene Machtstellung indes wurde erheblich gestärkt.

Diese sogenannten Säuberungen – zu Recht spricht man vom «grossen Terror» – wurden von oben ausgelöst. In den Jahren 1937 und 1938 billigte Stalin persönlich 383 Listen mit den Namen von insgesamt 44'000 Opfern aus Partei, Staatsapparat, Militär, Nachrichtendiensten und anderen Bereichen des Regimes.<sup>9</sup> Zu den ersten Betroffenen gehörten prominente alte Bolschewiken aus den oberen Rängen der Partei, da Stalin alle auszuschalten trachtete, die mit ihren Erfahrungen aus der «ruhmreichen Zeit» unter Lenin seinen Anspruch, dessen einziger legitimer Erbe zu sein, hätten anfechten können.<sup>10</sup> Aber durch die Säuberungen sollte auch eine vollständige Erneuerung des Parteikaders auf allen Ebenen und in der gesamten Sowjetunion erreicht werden. An willigen Helfern herrschte kein Mangel, da viele mehr oder weniger einfache Parteimitglieder, ob nun aus karrieristischem Opportunismus, ideologischer Überzeugung oder beidem, nur zu gern bereit waren, alte Genossen aus der Revolutionszeit, ja sogar Freunde und Angehörige zu denunzieren und der Gnade der Geheimpolizei, des NKWD (Volkskommissariat des Inneren), auszuliefern.

Diese Organisation war eines der wesentlichen Herrschaftsinstrumente Stalins und erhielt deshalb einen Sonderstatus. Ihre Vorsitzenden waren Stalin persönlich unterstellt, und ihre Funktionäre wurden sehr gut bezahlt und sowohl durch zahlreiche materielle Anreize als auch durch drakonische Strafanordnungen für den Fall, dass die im NKWD verbreitete Korruption und Kriminalität ans Licht kommen sollten, bei der Stange gehalten.<sup>11</sup> Im Juli 1937 legte das NKWD dem Politbüro seinen Aktionsplan für die «Säuberungen» vor, einschliesslich eines riesigen Budgets. Nach dessen Zielvorgaben sollten 75'000 Menschen erschossen und 225'000 in Lager geschickt werden. Wie sich herausstellte, enthielt dieser vom Politbüro gebilligte Plan jedoch nur die Untergrenze der ins Auge gefassten Opferzahlen. Einmal in Gang gesetzt, gewannen die Aktionen eine Eigendynamik, da Parteiaktivisten an der Basis eifrig die Blankovollmacht nutzten, alle vermeintlichen «Feinde», die man zu fassen bekam, auszuschalten, und NKWD-Agenten beflissen ihre «Quoten» mehr als erfüllten. 1937/38 wurden annähernd 700'000 Menschen erschossen und mehr als anderthalb Millionen verhaftet.<sup>12</sup>

Der Parteikader konnte rasch wieder aufgefüllt werden, diesmal mit eingefleischten Stalinanhängern. Die Rote Armee indessen litt länger unter den Folgen der Liquidierungen und Deportationen, denn auch im Militär hatte man echte oder vermeintliche Regimegegner ausschalten und die Streitkräfte in ein bedingungslos loyales Instrument der politischen Führung verwandeln wollen. Aber während neue Parteifunktionäre leicht ausgebildet werden konnten, liessen sich fehlende militärische Führungsfähigkeiten und technische Kenntnisse nicht über Nacht ersetzen. Und die Verluste in dieser Hinsicht waren erheblich. Insgesamt 34'301 Offiziere wurden 1937/38 verhaftet oder aus den Streitkräften entlassen. Etwa 30 Prozent von ihnen wurden Anfang 1940 wieder in Dienst genommen. Aber 22 705 wurden erschossen oder erlitten ein unbekanntes Schicksal.<sup>13</sup> Die Rote Armee wurde regelrecht «enthauptet».<sup>14</sup> 91 von 101 Mitgliedern der obersten Militärführung wurden verhaftet und 80 von ihnen erschossen. Darunter waren drei der fünf ranghöchsten Militärs (Marschall der Sowjetunion), drei der vier höchsten Armeebefehlshaber, sämtliche Chefs der Militärbezirke, fast alle Divisionskommandeure, sämtliche Kommandeure der Luftwaffe sowie zwei Flottenadmirale.<sup>15</sup> Gegen die meisten wurden absurde, frei erfundene Anklagen wegen angeblicher antisowjetischer Aktivitäten erhoben.

Der prominenteste Fall und zugleich der deutlichste Beleg für die geradezu grotesk selbstzerstörerische Natur der «Säuberung» des Militärs war derjenige von Marschall Michail Tuchatschewski, dem brilliantesten Militärstrategen der Sowjetunion und wichtigstem Verfechter und Planer einer modernisierten, gut ausgebildeten, vergrösserten, technisch auf dem neuesten Stand stehenden Militärorganisation. Mit seinem Elefantengedächtnis erinnerte sich Stalin sicherlich daran, dass er es im Jahr 1920 als Politikommissar der Südwestfront nach der Einnahme Kiews durch polnische Truppen versäumt hatte, Tuchatschewski die von diesem angeforderten Kavallerieverbände zu übergeben – mit verheerenden Folgen.<sup>16</sup> In den dreissiger Jahren kam es in der Frage der politischen Kontrolle einer professionalisierten Militärmaschinerie zu weiteren Zusammenstössen zwischen dem freimütig seine Meinung äussernden Tuchatschewski und Stalin. Sein Verhältnis zu dem unfähigen Volkskommissar für Verteidigung, Marschall Kliment Woroschilow – einem treuen Anhänger und engen Vertrauten Stalins –, war angespannt, insbesondere während seiner kurzen Amtszeit als stellvertretender Verteidigungskommissar in den Jahren 1936/37.<sup>17</sup> Im Mai 1937 wurde er verhaftet, durch Folter zu dem «Geständnis» gezwungen, an einer Verschwörung zum Sturz des Sowjetstaats beteiligt gewesen zu sein, und hingerichtet. Stalin bezeichnete ihn als Spion, der das «Allerheiligste», die operativen Planungen der Roten Armee, an die Reichswehr verraten habe. Auch Tuchatschewskis Frau, seine Tochter und andere Familienmitglieder wurden auf Stalins Befehl ermordet oder in Lager geschickt.<sup>18</sup>

Die Folgen eines solchen in voller Absicht angerichteten Blutbads unter führenden Militärs waren nicht von heute auf morgen zu bewältigen. Stalin fragte Verteidigungskommissar Woroschilow im Herbst 1938 – als Europa einen neuen Krieg in naher Zukunft erwartete –, ob er noch Leutnants habe, die Divisionen befehligen könnten.<sup>19</sup> Laut einem ein Jahr zuvor ausgearbeiteten Reorganisationsplan würden die Streitkräfte erst Ende 1942 kriegsbereit sein.<sup>20</sup> In welchem ungenügendem Zustand sich das Heer befand, zeigte 1939/40 der demütigende Verlauf des «Winterkrieges» mit Finnland. Als im Sommer 1941 das «Unternehmen Barbarossa» anlief, nahmen 75 Prozent der Stabsoffiziere und 70 Prozent der Politikommissare ihre Posten seit weniger als einem Jahr ein.<sup>21</sup> Der Mangel an Erfahrung auf grundlegenden Gebieten der militärischen Führung war eine direkte Folge der «Säuberungen».

Zahllose Sowjetbürger, Parteimitglieder ebenso wie Nichtparteimitglieder, billigten die Aktionen (und wurden zu Komplizen bei ihrer Exekution). Sie hielten sie für eine legitime Kampagne zur Ausschaltung des «inneren Feindes». Stalins Rückhalt in der Bevölkerung wurde durch die «Säuberungen» also keineswegs geschwächt, sondern gestärkt, wenn auch überwiegend aus Respekt und Furcht vor dem «Woschd» (Führer) und weniger aus herzlicher Verehrung.<sup>22</sup> Denn so wie die Massenakklamation ein Hauptpfeiler von Hitlers Macht in Deutschland war, so bildeten der Terror, der potenziell jeden bedrohte, wie hoch seine Stellung auch sein mochte, und die von ihm ausgelöste ständige Angst das Fundament von Stalins Herrschaft. Auf dieser Grundlage ruhte die voll ausgebildete stalinistische Diktatur, die nicht die sagenumwobene «Diktatur des Proletariats» war, sondern die Diktatur eines Einzelnen. Stalin freilich erinnerte sich an seinen steinigen Weg an die Spitze und war sich zudem der Bedeutung der Theorie der kollektiven Führung bewusst, gegen die seine persönliche Herrschaft verstieß. Deshalb bestritt er in den dreissiger Jahren weiterhin, dass er ein Diktator sei, unterzeichnete Erlasse stets zusammen mit anderen (und nicht als Erster) und beteuerte, Entscheidungen würden «von der Partei getroffen und von ihren gewählten Organen ausgeführt, dem Zentralkomitee und dem Politbüro».<sup>23</sup> Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war dies allerdings schon lange eine mehr als fadenscheinige Darstellung der Verhältnisse.

Das Führungsorgan der Partei, das Zentralkomitee (ZK), existierte seit Jahren nur noch zum Schein. Seit Lenins Zeiten (als es sechsvierzig stimmberrechtigte und nicht stimmberechtigte Mitglieder gehabt hatte) war die Zahl seiner Mitglieder gewachsen, während seine Sitzungen seltener geworden waren. Es war zu einem völlig von Stalin kontrollierten Gremium geworden, das lediglich dazu diente, seinen Willen umzusetzen und seine Macht zu legitimieren. In der erhitzten Atmosphäre des Säuberungsjahres 1937 denunzierten sich die Mitglieder sogar in ZK-Sitzungen gegenseitig, um sich bei Stalin einzuschmeicheln.<sup>24</sup> Das Politbüro, formal ein Unterausschuss des ZK und theoretisch das Entscheidungsorgan der Partei, hatte in den späten dreissiger weiterhin wie in den zwanziger Jahren etwa zehn Mitglieder, trat aber nicht mehr wöchentlich zusammen. Zwischen 1930 und 1934 waren 153 Sitzungen abgehalten worden, zwischen 1934 und 1939 nur 69, und in den folgenden drei Jahren sank die Zahl noch einmal auf die Hälfte.<sup>25</sup> Zu diesem Zeitpunkt war

ein Teil der Aufgaben des Politbüros bereits Kommissionen und Unterkomitees übertragen worden.<sup>26</sup> Zudem hatte Stalin schon vor den «Säuberungen» von 1937 begonnen, systematisch die Macht wichtiger Politbüromitglieder zu schwächen, indem er einige von ihnen auf Posten ausserhalb Moskaus versetzte und die Fäden immer mehr in die eigenen Hände nahm. Das Politbüro fiel auseinander und verlor an Kompetenzen. Stalin arbeitete immer öfter mit kleinen, ad hoc zusammengestellten Gruppen aus nach eigenem Gutdünken ausgewählten Politbüromitgliedern. Die Zahl förmlicher Sitzungen des Politbüros nahm Ende der dreissiger Jahre rapide ab. 1938 waren es nur sechs, und 1939 und 1940 fanden jeweils zwei statt.<sup>27</sup> Damals hielt Stalin informelle Sitzungen mit wechselnder Zusammensetzung beim Abendessen und reichlich Wodka in seiner Datscha ab. Bei Kriegsausbruch wurden «operative Angelegenheiten» – womit alle Dinge gemeint waren, die Stalin mit seinen engsten Vertrauten zu besprechen wünschte – und insbesondere aussenpolitische Fragen, die jetzt erheblich an Bedeutung gewonnen hatten, von einer Fünfergruppe behandelt – den «grossen Fünf»: Stalin, Molotow, Malenkow, Berija und Mikojan.<sup>28</sup> Keiner dieser fünf war sich indes im Geringsten darüber im Unklaren, wessen Meinung wirklich zählte.

Weit mehr als unter Lenin in den ersten Jahren nach der Revolution wurde die Regierung in der unmittelbaren Vorkriegsphase durch den immer weiter ausgebauten Parteiapparat bestimmt. Lenin hatte seine Macht auf dem Vorsitz des Rats der Volkskommissare aufgebaut, die der eines Ministerpräsidenten entsprach. Stalin übernahm dieses Amt, obwohl er seit 1929 bereits der herausragende Sowjetführer gewesen war, erst 1941 (als – unter Kriegsbedingungen – die Rolle des Staates erheblich ausgeweitet wurde). Zuvor war Molotow Ministerpräsident gewesen (seit 1930), als der er aber – und darin offenbarte sich die wahre Machtverteilung – auch nach eigenem Verständnis Stalin völlig untergeordnet gewesen war. Trotz der engen Verknüpfung beider Organisationen auf allen Ebenen war es die Partei, die den Staat kontrollierte. Und Stalin, der alle Fäden dieser hoch zentralisierten Organisation in Händen hielt, kontrollierte die Partei.

Im selben Mass, wie Stalins Macht wuchs und die Position seiner Unterebenen und sogar ihr Überleben immer mehr von seiner Gnade abhingen, nahmen Unterwürfigkeit und Speichelleckerei bis in die höchsten Ränge des Regimes zu und stärkten einen Personenkult, der im Krieg und in der Nachkriegs-

zeit seinen Höhepunkt erreichen sollte. Bei Kriegsausbruch war das öffentliche Bild Stalins als eines Übermenschen bereits weit gediehen. Für das aufgeblähte Heer von Bürokraten und Apparatschiks – all die «kleinen Stalins» und Parteibonzen in der Provinz – waren die vermeintlichen Wünsche ihres «Führers, Lehrers und Freundes, des Genossen Stalin» Befehl. Zu gross war die Furcht vor den Folgen von Denunziationen, wenn sie ihnen nicht nachkamen.<sup>29</sup> An der Spitze des Regimes war es nicht anders. Furcht und Abhängigkeit erzeugten Komplizenschaft und Unterwürfigkeit. Der gerissene und berechnende Stalin stellte die Schwäche und Belastbarkeit seiner Umgebung gern auf die Probe und war geübt darin, Menschen gegeneinander auszuspielen und ihre verwundbaren Punkte oder politischen Fehleinschätzungen auszunutzen. Nach den Massensäuberungen von 1937 war seine despotische Herrschaft unangefochten, ganz gleich, was ihm seine Paranoia einflüsterte. Ausserdem hatte der «grosse Terror» die Position des Generalstabs gegenüber der politischen Führung geschwächt, insbesondere gegenüber Stalin selbst. Darüber hinaus hatte eine grosse Verdächtigungskampagne im Aussenministerium, an dessen Spitze Maxim Litwinow Anfang Mai 1939 durch Molotow abgelöst worden war,<sup>30</sup> nicht nur einen Verlust an Erfahrung mit sich gebracht, sondern auch bewirkt, dass auf diesem bedeutenden Sektor, und das in einer solch entscheidenden Zeit, Unterwürfigkeit gegenüber Fachkompetenz die Oberhand gewann. Doch Furcht und Servilität, die Rückseite der Münze des Kults um den unfehlbaren Diktator, waren kaum geeignete Voraussetzungen, um eine gute Regierungsarbeit zu gewährleisten. Der vorsichtige, misstrauische und kaltblütig unbarmherzige Stalin bekam von seinen liebedienerischen, furchtsamen Untergebenen in zunehmendem Mass nur noch zu hören, was er hören wollte. Das sollte bei der Katastrophe von 1941 eine Rolle spielen.

In den kritischen Monaten vor dem Beginn des «Unternehmens Barbarossa» wurden also alle wichtigen Entscheidungen von Stalin selbst getroffen. Es gab Diskussionen mit wechselnden Gruppen aus dem «inneren Kreis», die manchmal lange dauerten und für gewöhnlich in informellem Rahmen stattfanden. Aber diejenigen, die regelmässig mit Stalin zusammenkamen, betrachteten sich untereinander als Rivalen und waren sich folglich uneins. Ausserdem waren sie sich nur zu sehr bewusst, auf welch dünnem Eis sie sich be-

wegen. Ihre Abhängigkeit von Stalin war total. Deshalb war es auch ihre Loyalität ihm gegenüber. Das waren nicht gerade günstige Voraussetzungen für einen offenen Meinungs austausch. Sogar Stalins älteste und engste Vertraute, soweit er überhaupt jemandem Vertrauen entgegenbrachte, hielten sich mit Äusserungen, die als Kritik verstanden werden konnten, zurück. Er selbst liess in Sitzungen häufig erst andere sprechen, bevor er seine Meinung kundtat, weshalb diejenigen, die sich auf einen Standpunkt festlegen sollten, umso vorsichtiger agierten. Daher war es so gut wie sicher, dass am Ende Stalins Ansichten gebilligt wurden. In der Zeit unmittelbar vor dem deutschen Angriff sollte sich dies als eine der Hauptschwächen der sowjetischen Position erweisen.

In den dreissiger Jahren galt das Augenmerk der sowjetischen Führung vor allem der stalinistischen Revolution und ihren innenpolitischen Folgen, wengleich aussenpolitische Vorgänge nie aus dem Blickfeld gerieten, schon gar nicht nach der Ernennung Hitlers zum Kanzler des Deutschen Reichs im Januar 1933. Sie übten einen ständigen, wenn auch indirekten Einfluss auf den inneren Umbau der Sowjetgesellschaft aus. Diese auf einen Krieg vorzubereiten, der nach Ansicht Stalins und aller seiner Vertrauten in absehbarer Zukunft ausbrechen würde, war eines der Hauptanliegen der Politik. Und 1938, als Stalin gerade dabei war, die Führung seiner Streitkräfte umzubringen oder einzusperren, schien dieser Krieg plötzlich sehr nah zu sein. Stalin wusste, dass die Sowjetunion nicht kriegsbereit war, insbesondere ihre dezimierten Streitkräfte nicht. Das war die Stunde der Aussenpolitik.

## II

Trotz der problematischen Strukturen der Entscheidungsfindung ist es verwunderlich, dass die Sowjetunion von dem deutschen Angriff im Juni 1941 derart überrascht werden konnte – man denke nur an Stalins extremes Misstrauen. Auch das Primat des nationalen Eigeninteresses und der nationalen Sicherheit, das der sowjetischen Aussenpolitik seit den zwanziger Jahren zugrunde gelegen hatte, hätte mehr Vorsicht erwarten lassen. Die ursprüngliche Absicht, die bolschewistische Revolution zu «exportieren», um den sofortigen Sturz des Weltkapitalismus herbeizuführen, hatte man nach dem Ende des rus-

sischen Bürgerkriegs im Jahr 1921 aufgegeben. An die Stelle der revolutionären Aussenpolitik, wie Leo Trotzki sie verfocht (dessen Einfluss bald beschnitten wurde), trat eine konventionellere Diplomatie. Mitte der zwanziger Jahre wurde die sowjetische Aussenpolitik von zwei Grundannahmen bestimmt. Die eine lautete, dass Kriege unvermeidlich seien, da die imperialistischen Mächte miteinander um die Kontrolle der materiellen Ressourcen der Welt stritten. Sie würden (wie im Ersten Weltkrieg) zwischen rivalisierenden imperialistischen Ländern ausbrechen und der Sowjetunion sowie letztlich der kommunistischen Weltrevolution nutzen. Gleichzeitig würde die Sowjetunion aber auch zum Ziel imperialistischer Ambitionen werden und direkt von kriegerischen Angriffen bedroht sein. Deshalb lautete die zweite Grundannahme, dass der Sozialismus in absehbarer Zukunft nicht im Rahmen einer Weltrevolution, sondern nur in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) oder kurz Sowjetunion – wie sie seit 1924 offiziell firmierte – aufgebaut werden könne. Im Zuge dieses Aufbaus würde sie gegenüber der grossen und weiter zunehmenden Bedrohung durch habgierige feindselige imperialistische Kräfte an Stärke gewinnen und schliesslich unangreifbar werden.

Selbstverständlich gab man die Idee, dass sich die kommunistische Revolution auf andere Länder ausbreiten würde, nicht auf. Die Komintern – die 1919 gegründete Dritte Kommunistische Internationale – sollte die Krise, die nach kommunistischem Verständnis dem kapitalistischen System innewohnte, ausnutzen und der Revolution den Boden bereiten. Dies würde jedoch ein organischer Prozess von unbestimmter Dauer sein (obwohl Stalin bereits 1925 damit rechnete, dass ein grosser, langer Krieg in Europa als Motor eines allgemeinen revolutionären Umsturzes wirken würde).<sup>31</sup> Vorläufig war die Tätigkeit der Komintern in anderen Ländern stets dem überragenden Ziel untergeordnet, die Interessen der Sowjetunion zu schützen, des einzigen Landes, in dem die sozialistische Revolution die Gesellschaft bereits auf eine neue Grundlage gestellt hatte. Und es war offensichtlich, dass die UdSSR auf absehbare Zeit militärisch und ökonomisch schwächer sein würde als die grossen imperialistischen Mächte. Das erforderte einen raschen, mit Nachdruck vorangetriebenen Ausbau der militärischen und ökonomischen Ressourcen im Innern und ein pragmatisches Verhalten im Äusseren. Man rechnete damit, dass die Sowjetunion trotz der tiefen ideologischen Differenzen für längere Zeit mit



kapitalistischen Ländern auf der Grundlage der «friedlichen Koexistenz» würde Zusammenarbeiten müssen. Diese Position ermöglichte die Anknüpfung und Verbesserung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit westlichen Staaten auch dann, wenn die politische Abneigung gegen den anderen auf beiden Seiten vorherrschte.

Auf der Tagesordnung der Aussenpolitik stand folglich die Überwindung der seit der Oktoberrevolution von 1917 bestehenden internationalen Isolation. Dieses Ziel verfolgte der Sowjetstaat mit grossem Erfolg. Allein 1924/25 wurden diplomatische Beziehungen zu dreizehn Staaten aufgenommen, und mit vielen Ländern, einschliesslich der unmittelbaren Nachbarn, wurde ein Modus Vivendi gefunden. Ende der zwanziger Jahre verweigerten von den Grossmächten nur noch die Vereinigten Staaten der Sowjetunion die Anerkennung. Nichts deutete darauf hin, dass die kapitalistischen Länder ein aggressives Bündnis gegen die Sowjetunion bilden würden. Stattdessen wurden mit den grossen europäischen Staaten zahlreiche Wirtschaftsabkommen geschlossen.<sup>32</sup>

Einen besonderen Platz in den sowjetischen Aussenbeziehungen der zwanziger Jahre nahm Deutschland ein. Diese Sonderrolle begann 1922 mit dem Vertrag von Rapallo, der die seit der Revolution abgebrochenen Beziehungen wiederherstellte und das Fundament für eine erfolgreiche wirtschaftliche und insgeheim auch militärische Zusammenarbeit legte, die bis zu Hitlers Machtantritt elf Jahre später fortgesetzt wurde. Der in einem erbitterten, barbarischen Bürgerkrieg sich herausbildende bolschewistische Staat und die in einer schweren Anfangskrise steckende neue deutsche Demokratie waren alles andere als natürliche Verbündete. Aber die Umstände brachten sie zusammen und untermauerten eine im beiderseitigen Eigeninteresse liegende Übereinkunft. Russland wollte seine internationale Isolation überwinden, und Deutschland wollte den westlichen Siegermächten Frankreich und Grossbritannien, die nachdrücklich die Zahlung von Reparationen verlangten, vor Augen führen, dass ihm die Option eines Bündnisses mit einem neuen Partner im Osten offenstand. Von sowjetischer Seite war die Kooperation mit Deutschland ein Schutz dagegen, dass die Westmächte noch einmal wie im Bürgerkrieg militärisch in Russland intervenierten, während sie aus deutscher Perspektive die Erneuerung des Bündnisses, gegen das man im Ersten Weltkrieg gekämpft hatte, ausschloss, obwohl eine solche Wiederannäherung jetzt höchst unwahrscheinlich war.<sup>33</sup> Politisch war Rapallo eher von symbolischem als von realem Wert. Wirtschaftlich und militärisch hingegen besass der Ver-

trag grössere Bedeutung. Beide Länder sahen die Vorteile engerer Handelskontakte. Bis zum Ende der zwanziger Jahre wurde Deutschland zum wichtigsten Handelspartner der Sowjetunion.<sup>34</sup> Militärisch eröffneten die nach Rapallo geschlossenen Geheimvereinbarungen beiden Ländern einen Weg, auf dem sie die Restriktionen der Nachkriegsordnung umgehen konnten. Einige Vorhaben wurden nie verwirklicht, wie etwa die Absicht von Hugo Junkers, in der Sowjetunion eine Flugzeugfabrik zu errichten, und das Projekt einer gemeinsamen Giftgasproduktion. Aber eine personelle Kooperation bei Militärübungen, gemeinsame Experimente mit chemischer Kriegführung und der Austausch von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen fanden statt.<sup>35</sup>

Ende der zwanziger Jahre hatte der politische Aspekt des Vertrages von Rapallo seine Anstössigkeit eingebüsst. Berlin und Moskau hatten im April 1926 ein Freundschaftsabkommen geschlossen, aber die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages durch Deutschland fünf Monate zuvor hatte bereits angedeutet, dass Berlin die Beziehungen zu den westlichen Demokratien Frankreich und Grossbritannien verbessern wollte. Nachdem damit die internationale Isolation Deutschlands überwunden war – der Beitritt zum Völkerbund im Jahr 1926 war ein weiteres klares Indiz –, verloren die vier Jahre zuvor angeknüpften Verbindungen zur UdSSR an Bedeutung. Die militärische Kooperation wurde gleichwohl fortgesetzt, und während die Sowjetunion in die Phase der Zwangskollektivierung eintrat und Deutschland die Endkrise der Demokratie erlebte, die Hitler an die Macht bringen sollte, wurde der wirtschaftliche Austausch sogar noch intensiviert. 1932 kam fast die Hälfte der sowjetischen Einfuhren aus Deutschland.<sup>36</sup>

Inzwischen waren allerdings dunkle Sturmwolken aufgezogen. Die Sowjetunion sah sich auf beiden Seiten mit neuen potenziellen Bedrohungen konfrontiert. Aus dem Fernen Osten waren nach dem «mandschurischen Zwischenfall» im Jahr 1931 von dem alten Feind Japan immer schrillere militäristisch-nationalistische Töne zu vernehmen, und in Deutschland schickte sich in Gestalt Hitlers der extremste Vertreter des militanten Antibolschewismus an, die Macht zu übernehmen. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten veränderte das gesamte Gefüge der sowjetischen Aussenpolitik. Die Furcht vor einem Krieg wurde ein herausragendes Thema. Ende 1933 hatten sich die Beziehungen zu Moskau entsprechend der antisowjetischen Stossrichtung des

neuen Regimes und auf direkte Anweisung Hitlers deutlich abgekühlt. Rapallo war tot. Das deutlichste Zeichen für den Kurswechsel der deutschen Aussenpolitik und die neue Haltung gegenüber der UdSSR war der im Januar 1934 unterzeichnete Nichtangriffspakt mit Polen. In Deutschland hatten viele, von Konservativen bis zu Kommunisten, Hitler als blosses Grossmaul abgetan, das entweder schnell wieder von der Bühne verschwinden oder aber seine Ausfälle mässigen würde. Dem offiziellen Kominterndogma zufolge repräsentierte der neue deutsche «Führer» den letzten, verzweifelten Rettungsversuch des zusammenbrechenden Kapitalismus. Dennoch nahm die sowjetische Führung die von Hitler ausgehende Bedrohung todernst. Bereits im Mai 1933 schrieb die *Iswestija*, das Zentralorgan der Regierung, die Nationalsozialisten hätten «ein aussenpolitisches Programm entwickelt, das die Existenz der UdSSR bedroht».<sup>37</sup> Einen Monat später berichtete Sergej Alexandrowski, ein politischer Berater an der sowjetischen Botschaft in Berlin, Hitlers künftige Aussenpolitik bedeute «militärisches Abenteuerium und letztlich Krieg und Intervention gegen die Sowjetunion».<sup>38</sup> Die Sowjetführer hatten *Mein Kampf* gelesen und taten Hitlers aggressive Töne durchaus nicht als blosser radikale Rhetorik eines politischen Heisssporns ab. Am 31. Januar 1934 warnte Nikolai Bucharin auf dem XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) vor der Möglichkeit eines «konterrevolutionären Überfalls» auf das Land entweder durch das «faschistische Deutschland» oder durch das japanische Kaiserreich. Anschliessend zitierte er ausführlich, was Hitler über die «Mission Deutschlands», im Osten auf Kosten der Sowjetunion Land zu erwerben, geschrieben hatte. Bucharin resümierte: «Hitler ruft also ganz unverhüllt dazu auf, unseren Staat zu zerschlagen. Er spricht offen aus, dass das deutsche Volk zum Schwert greifen muss, um sich Gebiete der heutigen Sowjetunion anzueignen, die es angeblich braucht. [...] Das ist der Gegner, der [...] uns in all den gewaltigen Schlachten entgegetreten [wird], die die Geschichte uns auferlegt.»<sup>39</sup>

Die sowjetische Aussenpolitik musste offensichtlich neu ausgerichtet werden. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Maxim Litwinow, setzte sich dafür ein, mit den westlichen Demokratien Frankreich und Grossbritannien zusammenzuarbeiten, um in Europa ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen. 1934 trat die Sowjetunion – die im November des vorangegangenen Jahres von den Vereinigten Staaten diplomatisch anerkannt worden war – in den Völkerbund ein und wurde zur prominentesten Vor-

kämpferin einer «internationalen Friedensfront» gegen die von Deutschland, Italien und Japan ausgehende Aggressionsgefahr.<sup>40</sup> Im Mai 1935 unterzeichneten die Sowjetunion und Frankreich einen Beistandspakt, dem ein ähnliches Abkommen mit der Tschechoslowakei folgte (das allerdings nur dann in Kraft treten sollte, wenn Frankreich, das bereits durch einen solchen Vertrag mit der Tschechoslowakei verbunden war, zuerst handelte). Später im selben Jahr war die Sowjetunion die eifrigste Befürworterin von Sanktionen gegen Mussolini; 1936 nach dem Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs lieferte sie den republikanischen Truppen Waffen, und 1937, nach dem japanischen Angriff auf China, unterstützte sie Tschiang Kai-scheks Nationalisten.

Nach sowjetischer Ansicht konnte ein weiterer imperialistischer Krieg durch kollektive Sicherheitsmassnahmen lediglich aufgeschoben, aber nicht verhindert werden, und es war abzusehen, dass die Sowjetunion direkt oder indirekt in solch einen globalen Konflikt verwickelt werden würde. Tatsächlich war man überzeugt, dass ein neuer Krieg ein Weltkrieg sein würde, in dem wahrscheinlich eine Koalition von imperialistischen Ländern die Sowjetunion von Osten und Westen her angreifen würde.<sup>41</sup> Und man hegte stets den Verdacht, dass es in den bürgerlichen Demokratien Kräfte gab, die bemüht waren, Hitler zu beschwichtigen, indem sie seine Aufmerksamkeit auf die Sowjetunion lenkten, oder sogar daran dachten, sich für einen antibolschewistischen Kreuzzug mit Nazideutschland zusammenzutun. Durch das Eintreten für die kollektive Sicherheit wollte man kostbare Zeit gewinnen. Je mehr der Völkerbund auseinanderfiel und die Hoffnungen auf ein umfassendes Sicherheitssystem zerstoben, während sich die Westmächte um ein Arrangement mit Hitler bemühten, desto grösser wurde das Misstrauen. Die nie ganz überwundene internationale Isolation der Sowjetunion trat deutlicher denn je zutage, als der Westen 1938 Hitlers Expansionsgelüsten nachgab. «Der Völkerbund und die kollektive Sicherheit sind am Ende», erkannte Litwinow im Oktober jenes Jahres. «Die internationalen Beziehungen treten in eine Ära eines enormen Aufschwungs von Grausamkeit und brutaler Gewalt und der Politik der gepanzerten Faust ein.»<sup>42</sup>

Angesichts der offensichtlich gewordenen Schwäche der westlichen Demokratien nahm die sowjetische Furcht erheblich zu, unvorbereitet in einen unvermeidlichen Konflikt hineingezogen zu werden. Als sich im Sommer 1938 die Sudetenkrise zuspitzte, führte die Sowjetunion eine Teilmobilmachung

durch und erklärte sich zur Verteidigung der Tschechoslowakei bereit.<sup>43</sup> Allerdings konnte sie dieses Angebot in der nahezu sicheren Gewissheit unterbreiten, dass es nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden würde, denn für ein militärisches Eingreifen wäre eine Durchmarscherlaubnis für sowjetische Truppen durch Polen (das sie verweigerte) und Rumänien (das sie zu spät und nur mit starken Einschränkungen erteilte) erforderlich gewesen. Auf jeden Fall war die Rote Armee, deren Führung durch die «Säuberungen» im vorangegangenen Jahr stark geschwächt war, 1938, wie bereits erwähnt, auch nicht annähernd zur Teilnahme an einem grossen Konflikt imstande. Nach ihren eigenen Planungen würde sie ihre volle Kampfkraft erst 1942/43 erlangen.<sup>44</sup> Darüber hinaus wäre eine Intervention in der Tschechoslowakei, wie Stalin sehr wohl wusste, nur erforderlich gewesen, wenn zuvor Frankreich seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Prag erfüllt hätte. Und während des Sommers, als die mit den Briten unter Chamberlain verbündeten Franzosen alles unternahmen, um eine Vereinbarung mit Hitler zu erreichen, war die Wahrscheinlichkeit, dass man die Rote Armee zu Hilfe rufen würde – von der weiter bestehenden Verachtung des Westens für die Sowjetunion ganz abgesehen –, nie sehr gross. Nach Lage der Dinge konnte die Münchener Konferenz am 29. und 30. September 1938 nur bedeuten, dass der Krieg kommen würde und dass die Sowjetunion nicht mit Hilfe aus dem Westen rechnen durfte, nachdem dieser die Zerstückelung der Tschechoslowakei hingenommen und gebilligt hatte.

Das Konzept, das dem berühmten Hitler-Stalin-Pakt, der die Welt im August 1939 so in Erstaunen versetzte, zugrunde lag, beruhte auf solchen Überlegungen. Am 10. März 1939 hatte Stalin in seiner Rede auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU angesichts des Zusammenbruchs des Systems der kollektiven Sicherheit nach der Weigerung Grossbritanniens und Frankreichs, eine gemeinsame Front gegen Hitler zu bilden, die wachsende Gefahr eines «neuen imperialistischen Krieges» heraufbeschworen. Er schloss mit der Mahnung, man dürfe «den Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, nicht die Möglichkeit [...] geben, [die Sowjetunion] in Konflikte hineinzuziehen».<sup>45</sup> Die Vermutung, dass der Westen einen deutsch-sowjetischen Krieg begrüessen und Deutschland womöglich sogar unterstützen würde, war in den Überlegungen des Kremls ständig gegenwärtig.

Als die Wehrmacht fünf Tage nach Stalins Rede den nach München übrig gebliebenen Rest der Tschechoslowakei besetzte, entschlossen sich Grossbritannien und Frankreich endlich zum Handeln. Beide gaben eine Garantieerklärung für Polen ab, der ähnliche Zusicherungen an Griechenland und Rumänien folgten. Aber Moskau lehnte ein britisch-französisches Paktangebot ab. Es stellte der Sowjetunion Unterstützung erst dann in Aussicht, nachdem sie ihrerseits einen bewaffneten Beitrag geleistet hätte, und zwar in einem Krieg gegen Deutschland, der allein auf britische und französische Initiative ausgelöst worden wäre.<sup>46</sup> Als Alternative schlug Moskau ein vollgültiges Militärbündnis vor – einen Dreimächtepakt, in dem sich die UdSSR, Frankreich und Grossbritannien gegenseitigen Beistand im Fall eines deutschen Angriffs auf einen der Bündnispartner zusichern sollten.<sup>47</sup> In London und Paris, wo man sich weiterhin von antisowjetischen Gefühlen beherrschen liess und man das Militärpotenzial der Sowjetunion unterschätzte, stiess der Vorschlag auf wenig Gegenliebe.<sup>48</sup> Andererseits konnte die inhaltende westliche Reaktion auch als Bestätigung dafür betrachtet werden, dass die «politische Generallinie, die darauf hinauslief, Deutschland und die UdSSR gegeneinander zu hetzen, voll in Kraft blieb».<sup>49</sup> Es wurde also nichts aus der letzten Hoffnung, Hitler noch vor dem Ausbruch des Krieges aufhalten zu können. Die westlichen Demokratien sperrten sich so lange, bis der sensationelle Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 die internationale Diplomatie auf den Kopf stellte.

Hinter den Kulissen hatte sich der Pakt allerdings angekündigt.<sup>50</sup> Den Anfang bildeten Wirtschaftskontakte. Tatsächlich war nach Hitlers Machtantritt zwar das Handelsvolumen zurückgegangen, aber die ökonomischen Beziehungen hatte man trotz der Verschlechterung des diplomatischen Klimas und der schrillen antisowjetischen Äusserungen der Naziführer aufrechterhalten. Schon 1935/36 hatte die Sowjetunion versucht, die wirtschaftlichen Verbindungen zu Deutschland zu verbessern und mit ihrer Hilfe eine gewisse politische Entspannung herbeizuführen. Doch ihre Bemühungen waren vergeblich. Der sowjetische Wunsch nach neuen Kreditvereinbarungen, um Rüstungsgüter erwerben zu können, wurde erwartungsgemäss abgelehnt, und die Hoffnung, Hitlers scharf antisowjetische Politik könnte durch diejenigen Vertreter der NS-Elite, die man als weniger feindselig einschätzte, abgemildert werden, zerschlug sich rasch.<sup>51</sup> Anfang 1937 waren die deutsch-sowjetischen Bezie-

hungen auf einem Tiefpunkt angelangt, und auf diesem Stand blieben sie bis zum Frühjahr 1939.

Nun waren nicht nur die Sowjets, sondern auch die Deutschen sehr an einer Annäherung interessiert, und nach vorsichtigen Anfängen wurde das deutsche Interesse immer dringlicher, je mehr im Lauf des Sommers die Wahrscheinlichkeit wuchs, dass der beabsichtigte Angriff auf Polen einen Krieg mit den Westmächten nach sich ziehen könnte. Ein Abkommen mit der Sowjetunion würde mit einem Schlag die Möglichkeit der bereits diskutierten «grossen Koalition» gegen Deutschland ausschliessen, Grossbritannien von einer Intervention im Konflikt mit Polen abschrecken und Polen hoffnungslos der Macht der deutschen Waffen ausliefern. Diesen Kurs verfolgte Ribbentrop, und es gelang ihm, das anfängliche Widerstreben Hitlers zu überwinden. Aus sowjetischer Sicht würden bessere politische Beziehungen zu Deutschland zumindest wirtschaftlich von Nutzen sein und der weiteren Industrialisierung des Landes, besonders aber dem Ausbau der Streitkräfte den dringend benötigten zusätzlichen Auftrieb geben. Der Anteil der aus Deutschland eingeführten Industriegüter an den gesamten sowjetischen Importen war zwischen 1932 und 1938 von 46 auf nur noch 4,7 Prozent gesunken. Stalin selbst interessierte sich eingehend dafür, welche Vorteile die sowjetische Rüstung aus verbesserten Handelsbeziehungen zu Deutschland erwarten konnte.<sup>52</sup> Aber das sowjetische Interesse an einer Annäherung an Deutschland ging über den wirtschaftlichen Nutzeffekt hinaus. Die Sowjetführung (und nicht nur Stalin) war sich im Klaren darüber, dass die kollektive Sicherheit am Ende war. Sie misstraute den Absichten der Westmächte, fürchtete im Osten Japan und versuchte verzweifelt Zeit zu gewinnen und die deutsche Gefahr im Zaum zu halten, von der man annahm, dass sie sich letztlich gegen die Sowjetunion richten würde. Aus diesen Gründen schien eine politische Verständigung mit dem nationalsozialistischen Deutschland sinnvoll zu sein. Aber auch Stalin, der wie Hitler lange gezögert hatte, konnte sich erst in jenem August dazu durchringen.

In der Zwischenzeit waren den Handelsgesprächen im Frühjahr erste vorsichtige Schritte in Richtung eines politischen Abkommens gefolgt, unter anderem hinsichtlich der gegenseitigen territorialen Ansprüche. Molotow, der sich durch die hinhaltende Reaktion der Briten und Franzosen auf das sowjetische Angebot eines dreiseitigen Beistandspakts während des Frühjahrs und

Sommers in der Ansicht bestärkt fühlte, dass er es bei ihnen mit «Gauern und Betrügnern» zu tun habe,<sup>53</sup> vertiefte Stalins ohnehin schon massives Misstrauen zusätzlich. Dass London und Paris keinen mit einer Generalvollmacht ausgestatteten hochrangigen Minister, sondern eine Delegation von untergeordneten Regierungsvertretern entsandt hatten, die sich ausweichend verhielten und auf jeden Fall keine Entscheidungsbefugnis besaßen, wurde ebenfalls als kränkend empfunden und als Zeichen für mangelnde Ernsthaftigkeit gewertet.<sup>54</sup> Als die polnische Krise Mitte August den Höhepunkt erreichte, war sich der Kreml im Klaren darüber, dass er vom Westen nichts zu erwarten hatte. Da er zudem wusste, dass Hitler als Nächstes einen Angriff auf Polen plante,<sup>55</sup> war es an der Zeit, die Alternative zu ergreifen.

Zu dem Zeitpunkt, als die Gespräche mit britischen Vertretern offiziell abgebrochen wurden, hatte Stalin Hitler bereits wissen lassen, dass er bereit sei, so bald wie möglich einen Nichtangriffsvertrag mit Deutschland zu schließen.<sup>56</sup> Binnen vier Tagen, am 23. August, war Ribbentrop in Moskau und wenig später der infamste diplomatische Coup der Geschichte unter Dach und Fach. Er kam beiden Seiten gelegen. Hitler in seinem Berghof bei Berchtesgaden und Stalin in seiner Datscha am Rand von Moskau waren gleichermaßen zufrieden.<sup>57</sup> Aber der Sowjetführer machte sich keine Illusionen über die Deutschen. «Natürlich ist alles ein Trick, um zu sehen, wer wen zum Narren halten kann», sagte er, den Erinnerungen des damaligen ukrainischen Parteichefs und Politbüromitglieds Nikita Chruschtschow zufolge, zu seinen Vertrauten. «Ich weiss, was Hitler im Schilde führt. Er glaubt, er ist schlauer als ich, aber in Wirklichkeit habe ich ihn überlistet!» Durch diesen Vertrag bleibe die Sowjetunion etwas länger vom Krieg verschont, glaubte er. Sie könne neutral bleiben und ihre Kräfte sammeln.<sup>58</sup>

Die ideologischen Gegenpole Sowjetunion und NS-Deutschland, deren Regierungen sich (wie Stalin es so elegant ausdrückte) gegenseitig «seit vielen Jahren kübelweise mit Jauche übergossen» hatten,<sup>59</sup> waren jetzt durch einen Nichtangriffspakt miteinander verbunden. In einem geheimen Zusatzprotokoll wurde das Baltikum der sowjetischen Einflussphäre zugeschlagen und eine Linie mitten durch Polen gezogen, um die beiderseitigen Gebietsansprüche abzugrenzen. Der Kreml hatte wie üblich ausschliesslich die eigenen Interessen und Sicherheitserwägungen im Blick, und beides schien nun, so zynisch der Handel mit dem NS-Regime war, für absehbare Zeit gesichert zu sein. Stalin



konnte sich zugute halten, dass er im Baltikum sicherere Grenzen erreicht hatte. Vor allem aber hatte er eine unmittelbare Bedrohung der Sowjetunion durch Deutschland ausgeschlossen und kostbare Zeit gewonnen. Die musste jetzt genutzt werden, um die Rote Armee in einen kriegsbereiten Zustand zu versetzen. Stalin hatte vor Abschluss des Teufelspakts mit Hitler Teile von *Mein Kampf* gelesen und jene Passagen angestrichen, in denen davon die Rede war, dass Deutschland auf Kosten Russlands neues Land im Osten erobern müsse.<sup>60</sup> Er wusste also, was kommen würde. Aber er glaubte, die Sowjetunion hätte noch drei Jahre Zeit, sich auf den Kampf vorzubereiten. Und Ende 1942 würde die Rote Armee für den Schlagabtausch gerüstet sein. Inzwischen könnte die Sowjetunion aus der neuen Freundschaft mit dem früheren Erzfeind materiellen und territorialen Nutzen ziehen.

### III

Die Sowjetführer konnten in den ersten Monaten mit den neuen Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland zufrieden sein. Auf der Grundlage eines am 19. August 1939 (also kurz vor dem Pakt) unterzeichneten, im Februar 1940 erweiterten und im Januar 1941 hinsichtlich neuer Lieferpläne neu verhandelten Abkommens erholte sich der Handel zwischen der Sowjetunion und Deutschland rasch von der Flaute der späten dreissiger Jahre und erreichte wieder ungefähr den Stand der Zeit vor Hitlers Machtantritt. Deutschland bezog Millionen Tonnen von Getreide, Holz und Erdölprodukten sowie Zehntausende Tonnen von wertvollem Mangan und Chrom. Umgekehrt erhielt die Sowjetunion Maschinen, Bauausrüstungen, Chemieprodukte und andere Fertigwaren. Deutschland schnitt bei den Wirtschaftsvereinbarungen besser ab. Die Sowjetunion lieferte ihre Rohstoffe mehr oder weniger termingerecht, während sich die Lieferungen der deutschen Industrieprodukte häufig verzögerten. Zudem ging Deutschland auf sowjetische Wünsche nach Rüstungsgütern so gut wie gar nicht ein.<sup>61</sup> Aber die Handelsvereinbarungen waren aus sowjetischer Sicht zweitrangig gegenüber dem obersten Ziel des Pakts: Sicherheit. Und in dieser Hinsicht war die erste Periode der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit viel versprechend verlaufen. «Was die Sicherung unseres

Landes angeht», resümierte Molotow Ende März 1940 vor dem Obersten Sowjet, «so haben wir keinen geringen Erfolg erzielt.»<sup>62</sup>

Abgesehen davon, dass die UdSSR aus dem europäischen Krieg herausgehalten wurde, hatte der Pakt (und insbesondere das geheime Zusatzprotokoll) den Weg zu einer territorialen Expansion geebnet, deren Hauptziel in der Stärkung der Sicherheit bestand. Noch vor Monatsende reiste Ribbentrop erneut nach Moskau, um einen deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag zu unterzeichnen, durch den unter anderem Litauen im Austausch für einen grösseren Teil Polens in die sowjetischen Einflussosphäre einbezogen wurde. In den folgenden Wochen wurden neben Litauen auch die beiden anderen baltischen Staaten Lettland und Estland zur Unterordnung unter die Sowjetunion gezwungen und mussten die Stationierung sowjetischer Truppen auf ihrem Territorium zulassen. Finnland jedoch sperrte sich. Der im Herbst auf Helsinki ausgeübte Druck, territoriale Zugeständnisse zu machen, durch welche die sowjetische Verteidigungslinie im Norden verstärkt werden sollte, führte nicht zu Nachgiebigkeit, sondern zu Widerstand, der Ende November in einen regelrechten Krieg mündete. In dem während des Winters erbittert ausgetragenen Konflikt rettete Finnland seine Unabhängigkeit. Als es im März 1940 um einen Waffenstillstand nachsuchte, waren 200'000 sowjetische Soldaten gefallen. Die Rote Armee, die über eine Million Mann in den Kampf gegen Finnland geschickt hatte, war von den winzigen finnischen Streitkräften gedemütigt worden. Die Deutschen waren nicht die Einzigen, die nach dem «Winterkrieg» gegen Finnland die sowjetische Kampfkraft unterschätzten.

In der ersten Phase des europäischen Krieges hegte Stalin die Hoffnung, die westlichen Demokratien und das nationalsozialistische Deutschland würden sich gegenseitig zermürben und bis zur Erschöpfung gegeneinander kämpfen.<sup>63</sup> Diese Hoffnung wurde durch die schnellen deutschen Siege im Westen im Mai und Juni 1940 zunichte gemacht. Die Besorgnis wuchs. Der rasche Zusammenbruch Frankreichs kam für die sowjetische Führung völlig überraschend. Jetzt mussten alle bisherigen Kalkulationen revidiert werden. Da Westeuropa, bis auf das allerdings angeschlagene Grossbritannien hilflos am Boden lag, war die Position der Sowjetunion stärker gefährdet als jemals zuvor. Stalin erkannte dies sofort. Chruschtschow war bei ihm, als die Nachricht über die Einnahme von Paris eintraf. Er schrieb später über Stalins Reaktion:

«Offenbar hatte er alles Zutrauen zur Kampftüchtigkeit unserer Armee verloren. Es war, als ob er vor Verzweiflung die Hände erhoben und sich ergeben hätte, als Hitler die französische Armee zerschlug und Paris besetzte. [...] Er stiess ein paar handfeste Flüche aus und sagte, nun würde Hitler uns bestimmt fertigmachen.»<sup>64</sup>

Wie sich in Finnland nur zu deutlich gezeigt hatte, war die Rote Armee keineswegs in der Lage, die Bedrohung abzuwehren. Nach dem katastrophalen «Winterkrieg» versuchte man sich jedoch so gut wie möglich auf die neue Situation einzustellen. Die Aufrüstungsmassnahmen wurden erheblich beschleunigt, die Arbeiter einer noch drakonischeren Arbeitsdisziplin unterworfen, um die Waffenproduktion zu steigern, und die Streitkräfte umorganisiert, während man einige der im Zuge der «Säuberungen» entlassenen Offiziere wieder in Dienst nahm und eine neue Generation von Kommandeuren (von denen einige in den kommenden Jahren zu Berühmtheit gelangen sollten) in Schlüsselpositionen aufstieg.<sup>65</sup> Ausserdem setzte man der verbliebenen fragilen Unabhängigkeit der baltischen Republiken umgehend ein Ende. Im Juni wurden Lettland, Estland und Litauen unter dem durchsichtigen Vorwand antisowjetischer Aktivitäten annektiert und vollständig in die UdSSR eingegliedert, um die Verteidigungsposition im Norden zu verstärken. Im November 1940 wurde sogar ein Plan für einen neuen Krieg gegen Finnland ausgearbeitet, der allerdings nie umgesetzt wurde.<sup>66</sup>

Auch in Südeuropa waren dringend diplomatische Schritte erforderlich. Hier war der Balkan die Schlüsselregion. Nach der Niederlage Frankreichs war die sowjetische Führung überzeugt, dass Grossbritannien über kurz oder lang gezwungen sein würde, Verhandlungen aufzunehmen. Die Sowjetunion musste also stark genug sein, um gegenüber einer deutschen Vormachtstellung in West- und Mitteleuropa ihre Interessen zu wahren. Auf dem Balkan, im Schwarzen Meer und an den türkischen Meerengen, also in einem Gebiet, das Russland seit zaristischen Zeiten als seine ureigene Interessensphäre betrachtet hatte, den sowjetischen Einfluss geltend zu machen, galt als unerlässlich, um wahrscheinliche deutsche Ambitionen in dieser Region abwehren zu können und eine Invasion aus dem Süden auszuschliessen. Darüber hinaus war die Frage der britischen strategischen Interessen in der Region zu bedenken – und die Gefahr, die für die Sowjetunion entstehen würde, wenn Grossbritannien und Deutschland in einem Waffenstillstandsabkommen eine «Verständigung» erreichen sollten. Die vermeintliche Notwendigkeit, die sowjetische

Kontrolle über das Donaubecken und den Balkan zu sichern, war der Grund für die Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina im Juli; Bessarabien war 1919 an Rumänien abgetreten worden, vorher aber ein Teil des russischen Reichs gewesen, während die Nordbukowina ein historisches rumänisches Territorium war, das niemals zuvor zu Russland gehört hatte. Im Sommer 1940 hoffte Moskau sogar vorübergehend, durch Vermittlung Italiens mit den Achsenmächten eine Vereinbarung über die Aufteilung des Balkans in getrennte Einflussphären erreichen zu können. In Berlin hielt man, wie kaum anders zu erwarten, nicht viel von dieser Idee, schliesslich wollte man die Sowjets aus einer strategisch derart bedeutsamen Region fernhalten und insbesondere Rumänien, dessen Erdölquellen in Ploiești für die Versorgung der deutschen Streitkräfte unentbehrlich waren, unter alleinige Kontrolle bekommen.

Ende August wurde Rumänien dann durch eine – unter Ausschluss der Sowjetunion getroffene – deutsch-italienische Schiedsentscheidung über die umstrittene rumänisch-ungarische Grenze direkt in den Einflussbereich Deutschlands einbezogen. Die Sowjetunion warf Deutschland vor, der Schiedsspruch – der aus ihrer Sicht einen gegen sie gerichteten Schritt darstellte – verstosse gegen die Konsultationsverpflichtung bei Fragen von beiderseitigem Interesse, die gemäss dem Pakt vom vorangegangenen Jahr vorgeschrieben sei. Berlin ignorierte den Vorwurf, womit der sowjetischen Hoffnung auf eine Einflussphäre im Donaubecken und auf dem Balkan praktisch der Boden entzogen war. Als im September sowohl in Rumänien als auch in Finnland deutsche Militärmissionen eintrafen, war die Bedrohung sowjetischer Interessen offensichtlich.<sup>67</sup>

Aufgrund dieser territorialen Fragen, bei denen gegensätzliche sowjetische und deutsche Interessen aufeinanderstiessen, nahmen die Spannungen zwischen beiden Ländern im Sommer und Herbst zwangsläufig zu. Der Dreimächtepakt vom 27. September, durch den sich Deutschland (und Italien) mit Japan verbündete, dem gefährlichsten Feind der Sowjetunion im Osten, trug ebenso wenig zur Entspannung bei, auch wenn er nicht gegen die Sowjetunion, sondern gegen die Vereinigten Staaten gerichtet war. Dann legte Mussolini Ende Oktober durch seine unglückselige Invasion Griechenlands die Lunte ans Pulverfass auf dem Balkan, mit der Folge, dass Grossbritannien intervenierte und fast sicher mit einem militärischen Engagement Deutschlands in der Region gerechnet werden musste – eine Aussicht, die kaum geeignet war, die ernsthaft

gestörten deutsch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern. In diesem Klima traf Molotow auf Einladung Ribbentrops am 12. November zu Gesprächen mit dem Aussenminister und mit Hitler in Berlin ein.

Die Begegnungen verliefen schlecht.<sup>68</sup> Ribbentrop war hauptsächlich bemüht, die Sowjets zur Beteiligung am Dreimächtepakt zu überreden. Dadurch sollte nach seiner Vorstellung ein euroasiatischer Block entstehen, der die Welt in eine deutsche, italienische, japanische und sowjetische Einflussphäre aufteilen würde. Er forderte Molotow auf, dafür zu sorgen, dass die Sowjetunion in Richtung des Persischen Golfs, des Nahen Ostens und Indiens expandiere. Hitler seinerseits wollte vor allem mehr über die sowjetischen Absichten herausfinden. Aber Molotow beharrte hartnäckig auf Detailfragen, und Hitler wurde immer gereizter. Die Gespräche bestätigten lediglich seine negativen Ansichten über die Sowjetunion.<sup>69</sup> Molotow wollte über Finnland, Rumänien und den Balkan sprechen, also jene besonders heiklen Gebiete, hinsichtlich derer die Sowjetunion Grund zur Klage zu haben glaubte. Man kam nicht voran. Das gegenseitige Misstrauen und der grundlegende Antagonismus vergifteten die Atmosphäre, und die Gespräche endeten ergebnislos. Hitler sah sich in seiner Auffassung bestärkt, dass die unterschiedlichen Interessen Deutschlands und der Sowjetunion niemals auf friedliche Weise in Einklang gebracht werden könnten. Nach seiner Ansicht bestätigte Molotows Besuch, dass der seit Juli ins Auge gefasste Angriff nicht länger aufgeschoben werden könne. Bis Mitte Dezember wurde daraufhin, wie erwähnt, eine militärische Weisung ausgearbeitet, die den Angriff im nächsten Frühjahr vorsah.

Aus sowjetischer Sicht hatten die Gespräche trotz ihrer Ergebnislosigkeit keine dramatischen Folgen. Molotow kehrte zwar mit dem Gefühl nach Moskau zurück, wenig erreicht zu haben. Und die sowjetische Führung war weiterhin verärgert über den Bruch des Pakts mit Deutschland, den das deutsche Vorgehen in Rumänien und Finnland aus ihrer Sicht darstellte.<sup>70</sup> Zudem waren seit Juli 1940 von dem gut informierten Nachrichtendienst Berichte hereingekommen, dass Deutschland einen Krieg gegen die UdSSR vorbereite und in Ostpreussen, unweit der russischen Grenze, Truppen zusammenziehe.<sup>71</sup> Aber Stalin und Molotow, bei denen die Fäden der sowjetischen Aussenpolitik zusammenliefen, erwarteten, ungeachtet ihres Argwohns hinsichtlich der langfristigen deutschen Absichten, in naher Zukunft keinen militärischen Konflikt.

Wie bisher waren sie vor allem darauf bedacht, Zeit zu gewinnen, weshalb die Einhaltung des Pakts von 1939 für sie Priorität besass. Freilich hatten sie auch kaum eine andere Wahl, was einerseits an dem Tempo lag, mit dem Deutschland seit dem Frühjahr seine Herrschaft über Europa errichtet hatte, andererseits aber auch selbstverschuldet war. Vor allem der schlechte Zustand der Roten Armee, die erst in zwei Jahren für einen weiteren Krieg bereit sein würde, schränkte den sowjetischen Handlungsspielraum ein. Und die Hauptschuld daran trug aufgrund der mörderischen «Säuberungen», die er drei Jahre zuvor unter erfahrenen und begabten Militärführern durchgeführt hatte, Stalin selbst.

### IV

Am 1. Januar 1938 standen in der Sowjetunion 1605 520 Mann unter Waffen, knapp drei Viertel von ihnen im Heer. Damit hatten die Streitkräfte schon fast die Stärke erreicht, die Stalin für Ende 1942 ins Auge gefasst hatte, wenn sie nach seinen Planungen kriegsbereit sein sollten.<sup>72</sup> Die Pläne wurden jedoch durch die Ereignisse nach Ausbruch des europäischen Krieges über den Haufen geworfen. Für die sowjetische Besetzung Ostpolens und insbesondere den Krieg gegen Finnland wurde eine grosse Zahl von Reservisten mobilisiert, wodurch das Heer auf knapp zwei Millionen Soldaten anwuchs. Bemerkenswerterweise demobilisierte das Politbüro nach dem Finnlandkrieg fast 700'000 Mann. Erst der Schock des deutschen Sieges über Frankreich hatte einen Kurswechsel zur Folge, und es wurden umfassende Massnahmen zur ebenso raschen wie drastischen Stärkung der Streitkräfte ergriffen.<sup>73</sup>

Doch die durch Stalins Terror verursachte gravierende Schwächung der Führungsschicht liess sich nicht so schnell beheben. Etwa viertausend verhaftete Offiziere wurden zwar aus dem Gefängnis entlassen und kehrten auf Kommandoposten zurück. Aber den rund tausend frisch beförderten hochrangigen Offizieren blieb kaum Zeit, Erfahrungen zu sammeln, bevor der deutsche Angriff begann.<sup>74</sup> Ausserdem gab es organisatorische Mängel (die der Finnlandfeldzug offenbart hatte). Und die Streitkräfte verfügten über viel zu wenig moderne Waffen. Obwohl man die Rüstungsproduktion im Sommer nach dem Schock über Hitlers Sieg im Westen angekurbelt hatte, war die Industrie aus-

serstande, den Bedarf an dringend benötigten Waffen zu decken. Als Hitler zuschlug, bestanden immer noch grosse Lücken. Ein Grund dafür waren Stalins Führung und der Charakter seines Regimes.

Wie Hitler verfügte Stalin über einen scharfen (wenn auch verschrobenen) Verstand, und aufgrund seines ausgezeichneten Gedächtnisses waren ihm viele Angelegenheiten bis ins Detail gegenwärtig. In militärischen Angelegenheiten war er jedoch im Grunde nicht mehr als ein kenntnisreicher Amateur. Ihm fehlten die Ausbildung und Erfahrung eines Berufssoldaten. Dies hatte zwei scheinbar widersprüchliche, aber gleichermassen schädliche Folgen. Einerseits neigte er dazu, sich in Detailfragen wie die Diskussion über spezifische Artillerietypen einzumischen, häufig aus einer Laune heraus.<sup>75</sup> Andererseits war er gezwungen, sich weitgehend auf das Urteil derjenigen Spitzenmilitärs zu verlassen, denen er vertraute – und davon gab es nur wenige. Nachdem im Sommer 1940 mit Ausbau und Reorganisation der Roten Armee begonnen worden war, liess er sich von den Militärführern häufig persönlich auf den neuesten Stand bringen, für gewöhnlich spätabends in seiner Datscha. Ausserdem erhielt er regelmässig schriftliche Berichte über den Zustand der Streitkräfte.<sup>76</sup> Darüber hinaus überwachte er die Heeresführung mithilfe von Geheimpolizeichef Berija und liess sich Bericht erstatten.<sup>77</sup> Aber da er selten den Kreml oder seine nahe gelegene Datscha verliess, um die Streitkräfte persönlich zu inspizieren, hing er umso mehr von dem ab, was man ihm mitteilte.

Bis er im Mai 1940 aufgrund der mangelhaften Leistung der Roten Armee im Finnlandkrieg als Verteidigungskommissar abgesetzt worden war, hatte Marschall Woroschilow in wichtigen militärischen Fragen bei Stalin Gehör gefunden. Als es darum ging, den dringend erforderlichen Ausbau der Streitkräfte in Gang zu setzen, hatte sich Woroschilow jedoch als nachlässig, träge und inkompetent erwiesen. Nachdem Marschall Semjon K. Timoschenko an seine Stelle getreten war, hatte sich die Lage erheblich gebessert. Aber auch jetzt holte sich Stalin weiterhin militärischen Rat bei Leuten wie dem berühmten Lew S. Mechlis, dem ehemaligen Chefredakteur der Parteizeitung *Prawda*, der seit 1940 die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee leitete. Chruschtschow hielt ihn für einen «Nichtskönner» und war entsetzt, dass er in militärischen Fragen einen solchen Einfluss auf Stalin besass.<sup>78</sup>

Falls sich Stalin nach dem Debakel in Finnland noch irgendwelche Illusionen über die Schlagkraft der Roten Armee gemacht haben sollte, dann muss

er sie verloren haben, als er das niederschmetternde, strenggeheime Protokoll las, das Timoschenko nach der Übernahme des Verteidigungskommissariats im Mai 1940 angefertigt und im Dezember desselben Jahres vorgelegt hatte. Der umfangreiche, auf eingehenden Untersuchungen beruhende Bericht, in dem der neue Verteidigungskommissar die gravierenden Mängel der Streitkräfte darstellte, dürfte für Stalin keine angenehme Lektüre gewesen sein. Demnach war die gesamte Organisation der Verwaltung und Versorgung der Streitkräfte mangelhaft und in vieler Hinsicht veraltet. Bei Timoschenkos Amtsübernahme waren nicht einmal exakte Zahlen über die Stärke der Roten Armee verfügbar gewesen. Ebenso aussergewöhnlich war, dass dem Volkskommissariat für Verteidigung kein operativer Kriegsplan vorlag. Es existierten kein aktualisierter Mobilmachungsplan und auch kein Ausbildungsprogramm für die drei Millionen schlecht vorbereiteten Reservisten. Weder Woroschilow noch der Generalstab hatten irgendwelche Lehrgänge für hohe Kommandeure angeboten. Ebenso wenig wurde die operative Ausbildung in den Militärbezirken kontrolliert. Ferner kritisierte Timoschenko die Unfähigkeit der Offiziersschulen, genügend Führungspersonal in ausreichender Qualität auszubilden, was sich insbesondere bei der Infanterie bemerkbar machte. Auch die Gefechtsausbildung der Truppe liess zu wünschen übrig. Weiter fehlte es an Flugplätzen und Landkarten. Das Transport- und das Fernmeldewesen wiesen schwer wiegende Mängel auf. Zudem war die Ausrüstung altmodisch und entsprach nicht den Anforderungen der modernen Kriegführung. Die Luftwaffe hinkte derjenigen anderer Staaten weit hinterher und zeichnete sich ebenfalls durch einen beträchtlichen Mangel an qualifiziertem Personal aus. Auch die motorisierten Verbände und die Artillerie besaßen zu wenig moderne Waffen und Ausrüstung. Als eines der grössten Defizite hob Timoschenko das Fehlen jeglicher organisierten, systematischen Aufklärung, wie es um den Zustand der Streitkräfte anderer Länder bestellt sei, hervor. Und schliesslich war die Luftverteidigung nicht in der Lage, einen Luftangriff abzuwehren, und die Verteidigungsvorbereitungen am Boden im Hinterland waren dürftig.<sup>79</sup> Alles in allem entwarf Timoschenko das Bild einer Streitmacht, die keineswegs bald für einen grossen Krieg bereit sein würde oder imstande war, die Sowjetunion vor einer Invasion zu schützen, von eigenen Offensivoperationen ganz zu schweigen.



Möglicherweise hatte Timoschenko die Mängel übertrieben dargestellt, um künftiger Kritik an ihm vorzubeugen. Dennoch war es ein erschreckendes Urteil über den Zustand der Streitkräfte, zumal die Mängel nicht auf der Stelle behoben werden konnten. Es würde geraume Zeit dauern, die Kampfbereitschaft der Roten Armee für einen grossen Krieg herzustellen. Diese Tatsache bildete in den kommenden Monaten die entscheidende Einschränkung von Stalins Handlungsspielraum. Der Sowjetunion, darin war er sich mit Molotow einig, stand nur eine Option offen: die Streitkräfte mit aller Kraft und in höchster Eile auf den unvermeidlichen Zusammenstoss vorzubereiten. In der Zwischenzeit war jede Provokation zu vermeiden, um Hitler keinen Vorwand für einen Angriff zu liefern.

Diese zweiseitige Überlegung bestimmte die sowjetische Aussenpolitik in den Monaten vor dem Beginn des «Unternehmens Barbarossa». Tatsächlich kam der Ausbau der Streitkräfte gut voran. Die Rüstungsproduktion war 1940 um ein Drittel grösser als im vorangegangenen Jahr, und die Zahl der unter Waffen stehenden Männer stieg steil an, von 1,6 Millionen Anfang 1938 auf 5,4 Millionen im Jahr 1941.<sup>80</sup> Sie waren überwiegend an der Westgrenze der Sowjetunion stationiert, und die Qualität ihrer Ausrüstung wurde erheblich besser, doch ihre Moral und Disziplin liessen zu wünschen übrig.<sup>81</sup> Nur wenige Panzer und Flugzeuge waren vom neuesten Modell, und einem glatten Produktionsablauf standen zahlreiche Hindernisse entgegen.<sup>82</sup> Man hatte, vor allem durch die «Säuberungen», zuviel an Boden verloren, um die Rückständigkeit der Technik und die organisatorischen Mängel auf die Schnelle wettmachen zu können.<sup>83</sup> Man brauchte mehr Zeit, und Stalin glaubte, er würde sie bekommen. Er war überzeugt, dass Hitler im Osten nicht angreifen würde, solange der Krieg im Westen nicht endgültig gewonnen war. Nach seiner Ansicht – die von Molotow und der übrigen politischen und militärischen Führung der Sowjetunion geteilt wurde – sprach alles dafür, dass der Angriff erst kommen würde, wenn die Rote Armee bereit wäre, ihn abzuschlagen. Bis dahin waren grösste Vorsicht und, wenn nötig, Beschwichtigungen gegenüber Nazideutschland vonnöten. Alles kam darauf an, Zeit zu gewinnen; das war der überragende Imperativ.

Unter diesem extremen Druck musste die sowjetische Strategie überdacht werden. Sie beruhte auf den von Tuchatschewski in den zwanziger und dreissiger Jahren entwickelten Vorstellungen, nach denen eine modernisierte, tech-

nologisch fortgeschrittene Armee imstande war, von der Verteidigung nahtlos zum Angriff überzugehen, indem sie den ersten Ansturm des Feindes abfing und dann den Krieg durch «tiefe Operationen» rasch auf dessen Territorium trug. Das Schwergewicht lag auf der Fähigkeit, nach dem Abfangen der ersten Angriffswelle umgehend mit Luft- und Landstreitkräften, unterstützt von massiven gepanzerten und motorisierten Einheiten, einen entscheidenden Gegenschlag zu führen.<sup>84</sup> Diese Theorie setzte voraus, dass der Krieg auf bestimmte Art beginnen würde: mit einem Ultimatum, einer förmlichen Kriegserklärung, gefolgt von der Totalmobilmachung, die Tage, wenn nicht (wie 1914) Wochen dauern würde, und Grenzgefechten, welche die Durchführung von «tiefen Operationen» erlaubten.<sup>85</sup> Angesichts des Überraschungsangriffs, der taktischen Brillanz und des verheerenden Tempos des deutschen Blitzkriegs im Westen waren solche Annahmen allerdings fragwürdig. Dennoch stellten die Planungen des sowjetischen Generalstabs in den Jahren 1940 und 1941 lediglich eine Modifikation und keine radikale Revision von Tuchatschewskis Theorie der «tiefen Operationen» dar. Selbst unter dem späteren Kriegshelden Marschall Georgi Schukow, der Ende Januar 1941 Generalstabschef wurde, rechnete man weiterhin damit, dass die Rote Armee in der Lage sein werde, den ersten Ansturm des Gegners in Grenzen zu halten und anschliessend von der Verteidigung zum Angriff überzugehen und einen entscheidenden Gegenschlag zu führen.<sup>86</sup> Die strategischen Planungen des Generalstabs beruhten weiterhin auf solchen Vorstellungen.

Als Timoschenko im Mai 1940 an Woroschilows Stelle trat, hatte er, wie erwähnt, ätzende Kritik am Fehlen eines Operationsplans für den Kriegsfall geübt. Tatsächlich war der bisherige Plan, den der damalige Generalstabschef Marschall W.M. Schaposchnikow 1938 ausgearbeitet hatte, unter den durch den europäischen Krieg veränderten Umständen grossenteils obsolet. Dennoch schlossen die Nachfolgepläne, trotz Timoschenkos abschätzigen Worten, in wichtigen Punkten an Schaposchnikows Konzept an. Der frühere Generalstabschef hatte die Sowjetunion durch Japan im Osten, vor allem aber durch Deutschland und Polen, zusammen mit Italien und den baltischen Staaten, im Westen bedroht gesehen. Ausgehend von der strategischen Verteidigung in der Tiefe, die den Gegner stoppen sollte, damit man anschliessend in die Offensive gehen könne, rechnete Schaposchnikow im Westen mit zwei Angriffsvarianten, mit einem Vorstoss nördlich der Pripjetsümpfe in Polen gegen Wilna in

Litauen und Minsk oder mit einem Vorstoss südlich der Sümpfe durch Südpolen in Richtung auf Kiew. Schaposchnikow hielt an Mobilmachungsvorstellungen fest, die sich bald als völlig überholt herausstellen sollten. Nach seiner Ansicht war die Nordvariante etwas wahrscheinlicher, weil die Wehrmacht hier ihren Angriff bereits am zwanzigsten Tag der Mobilmachung starten konnte, während für die Südvariante achtundzwanzig bis dreissig Tage erforderlich wären. Die sowjetische Entscheidung darüber, ob man das Schwergewicht auf die Verteidigung im Norden oder im Süden legen sollte, erwartete er etwa am zehnten Tag der Mobilmachung, wenn klar wäre, aus welcher Richtung der gegnerische Angriff kommen würde.<sup>87</sup>

Als Schaposchnikow im August 1940 durch General Kirill A. Merezkow ersetzt wurde, bedurfte sein Operationsplan dringend der Überarbeitung. Polen gab es nicht mehr, die baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen gehörten jetzt zur Sowjetunion, Finnland war unter deutschen Einfluss geraten, und Deutschland hatte seine Kontrolle über das Donaubecken verstärkt, sodass Rumänien und Ungarn als seine Verbündeten in einem künftigen Konflikt betrachtet werden mussten. Darüber hinaus war Italien in den Krieg eingetreten, und der Einfluss der Achse im Mittelmeerraum und auf dem Balkan hatte erheblich zugenommen. Timoschenko und Merezkow wandten sich gegen Schaposchnikows Nordvariante. Ihrer Neueinschätzung zufolge, die sie am 5. Oktober Stalin vorlegten, würde der Hauptangriff von Süden erfolgen. Stalin pflichtete ihnen bei. «Ich denke», erklärte er, «für die Deutschen sind das Getreide der Ukraine und die Kohle des Donbass besonders wichtig.»<sup>88</sup> In der Mitte des Monats wurde der revidierte Operationsplan angenommen, dem zufolge der deutsche Hauptangriff im Süden der Pripjetsümpfe zu erwarten war. In diesem Szenario spielte der Balkan eine wichtige Rolle. Gemäss dem revidierten Plan sollten die Hauptkräfte der Roten Armee südlich von Brest-Litowsk aufmarschieren, um «im ersten Kriegsstadium mit einem mächtigen Schlag in Richtung Lublin, Krakau und Breslau Deutschland von den Balkanländern ab [zu] schneiden und von dieser wichtigen wirtschaftlichen Basis [zu] trennen, was zugleich entscheidenden Einfluss auf die Balkanstaaten hinsichtlich ihrer Beteiligung am Krieg ausüben sollte». Diese Neubeurteilung blieb bis zum Vorabend des «Unternehmens Barbarossa» im Wesentlichen die Grundlage der sowjetischen operativen Planungen.<sup>89</sup>

Ende Dezember 1940 verkündete Timoschenko, dass «der Krieg gegen Deutschland zwar lang und schwer sein wird, [die Sowjetunion] aber alles besitzt, was für einen Kampf um den vollen Sieg notwendig ist». Wahrscheinlich glaubte er, dass Stalin eine solche optimistische Einschätzung hören wollte. Doch stattdessen bereitete sie dem Sowjetdiktator eine schlaflose Nacht.<sup>90</sup> Und zwei Anfang Januar durchgeführte Kriegsspiele trugen sicherlich nicht zu seiner Beruhigung bei. In ihnen wurden reine Verteidigungsstrategien durchgespielt. Beide Simulationen gingen von einer Aggression im Westen aus, das heißt von einer Invasion der Sowjetunion, und beide übersprangen bemerkenswerterweise die entscheidende erste Phase der Verteidigung und setzten erst in einem Stadium ein, das, wie man annahm, einige Woche nach Kriegsbeginn erreicht sein würde, wenn der «Gegner» bereits tief auf sowjetisches Territorium vorgedrungen wäre. Im ersten Spiel, in dem Schukow die «gegnerischen» Kräfte führte und General Dmitri G. Pawlow die sowjetischen Truppen befehligte, nahm man einen Angriff im Norden an. Pawlow gelang es nicht, den «Gegner» zurückzuschlagen, sodass dieser weite Gebiete der Sowjetunion einnehmen konnte. Im zweiten Spiel wechselten Schukow und Pawlow die Seiten und spielten die Südvariante durch. Schukow handelte nach der Theorie der «tiefen Operationen», brachte den Angriff zum Stehen, schlug zwanzig «gegnerische» Divisionen vernichtend und war in der Lage, auf einer Flanke hundertsechzig Kilometer weit auf polnisches Territorium vorzustossen. Dennoch konnte er die «gegnerische» Offensive nicht ganz zurückschlagen. Die Ergebnisse beider Spiele wurden als nicht zufriedenstellend angesehen. In einer bald nach ihrem Ende abgehaltenen Sitzung im Kreml unterzog Stalin in Anwesenheit des Politbüros Generalstabschef Merezkow einer schonungslosen Kritik, um ihn dann auf der Stelle seines Postens zu entheben. Zu seinem Nachfolger wurde Schukow ernannt, der sich in den Kriegssimulationen als fähiger Kommandeur erwiesen hatte.<sup>91</sup>

Im März wurde auf der Grundlage der Kriegsspiele und eines kurz zuvor fertiggestellten Mobilmachungsplans (der, um Stalin zu gefallen, für Personalstärke und Ausrüstung wiederum allzu optimistische und unrealistische Zahlen enthielt) ein revidierter Operationsplan vorgelegt. Er bestätigte die im Herbst des vorangegangenen Jahres getroffene und von den Kriegsspielen scheinbar untermauerte Entscheidung, die sowjetische Verteidigung auf einen erwarteten

Angriff von Süden und nicht von Norden auszurichten. Man ging davon aus, dass der deutsche Hauptstoss auf die Ukraine abzielen würde.<sup>92</sup> Das sollte sich als schwerwiegende Fehleinschätzung herausstellen.

Die hektische monatelange Überarbeitung der Pläne und der fieberhafte, noch nicht abgeschlossene Ausbau der Streitkräfte seit dem vorangegangenen Sommer hatten zwiespältige Ergebnisse erbracht. Einerseits hatte man zweifellos in einem bemerkenswert kurzen Zeitraum viel erreicht. Andererseits war immer noch viel zu tun, bis die Verteidigung für den vorausgesagten Angriff bereit sein würde. Die Kriegsspiele hatten erhebliche Mängel der Verteidigungsstrategie offengelegt. Und bei den in die Zukunft projizierten Schätzungen von Personalstärke und Ausrüstung neigte man dazu, die gegenwärtige Stärke zu übertreiben und die künftigen Fähigkeiten zu überschätzen. Der Mobilmachungsplan vom Februar sah eine atemberaubende Kriegsstärke der Roten Armee von 8,7 Millionen Soldaten in über 300 voll ausgerüsteten Divisionen vor, darunter 60 Panzer- und weitere 30 motorisierte Divisionen, und die Luftwaffe sollte über 14'000 Flugzeuge verfügen. Die Ziele des Plans sollten bis Ende 1941 erreicht sein. Doch die Zahlen verbargen einen Grossteil der Wahrheit. Noch 1943 wurden nicht genügend Fahrzeuge produziert, um Panzer- und motorisierte Divisionen voll auszurüsten. Am 1. Januar 1942 bestand bei den mittelgrossen Panzern (vor allem den später berühmt gewordenen T-34) selbst bei höchster Produktion eine 75-prozentige Lücke. Auch die Zahlen für die Luftwaffe waren auf kurze Sicht völlig unrealistisch. Und als der Krieg im Juni 1941 tatsächlich begann, existierte ein Viertel der im Plan angenommenen Divisionen nur auf dem Papier.<sup>93</sup>

Stalin und sein «innerer Kreis», die über die Pläne und ihre praktischen Grenzen im Bilde waren, erkannten, dass ein deutscher Angriff im Jahr 1941 die Sowjetunion in höchste Gefahr bringen würde. Die Rote Armee wäre immer noch zu schlecht ausgerüstet, um der Bedrohung begegnen zu können, und die Verteidigungslinie nicht geschlossen. In vielen grundlegenden Bereichen – Panzer- und Flugzeugproduktion, Grenzbefestigungen, Personalstärke – würde man die Zielvorgaben laut Plan erst Anfang 1942 erreichen.<sup>94</sup> Hinzu kam Stalins gegen den Widerstand seiner Militärberater gefällte Entscheidung, das in den zwanziger Jahren begonnene, als «Stalinlinie» bekannte Befestigungssystem, das sich an der alten Grenze der Sowjetunion hinzog, zugunsten neuer Befestigungen in vorgeschobenen Positionen an der neuen Grenze aufzugeben.

Auch das sollte sich im Juni 1941 als schwerer Fehler herausstellen. Am Vorabend des deutschen Angriffs waren in wichtigen Verteidigungsbereichen weder Minengürtel noch Tarnungen und freie Schussfelder vorhanden, und die meisten befestigten Plätze, die auf Schukows Befehl verspätet angelegt wurden, besaßen keine Geschütze. Und als Stalin schliesslich der Forderung nachgab, die alte Befestigungslinie wenigstens teilweise zu bemannen, fanden die Truppen dort «mit Gras und hohem Unkraut überwachsene» Betonhöhlen mit leeren Artilleriestellungen vor.<sup>95</sup>

Stalin zog aus alldem *eine* Schlussfolgerung: dass es keine andere Option gäbe, als den Konflikt mit Deutschland um jeden Preis bis mindestens 1942 hinauszuzögern. «Wir alle, Stalin eingeschlossen», erinnerte sich Mikojan, «wussten, dass der Konflikt unvermeidlich war. Aber wir waren uns auch unserer fehlenden Vorbereitung bewusst.»<sup>96</sup> Stalin sagte später zu Churchill, er habe gewusst, dass der Krieg kommen würde, aber gedacht, er könne weitere rund sechs Monate Zeit gewinnen.<sup>97</sup> Keiner von Stalins engen Mitarbeitern vertrat eine andere Position, und sie hielten selbst dann noch daran fest, als sich die Anzeichen mehrten, dass Hitler einen Angriff im Jahr 1941 vorbereitete. Stalin betrachtete diese Anzeichen voller Gleichmut. Er glaubte Hitlers Gedanken lesen zu können. Hitler war nicht dumm, dachte er. Er würde keinen Zweifrontenkrieg riskieren. Er würde sich erst den Rücken im Westen freimachen. Die Briten hielten hartnäckig stand, und der endgültige deutsche Sieg an der Westfront schien nicht unmittelbar bevorzustehen. Wenn die Deutschen nicht im Sommer 1941 angriffen, würden sie es wegen des strengen russischen Winters nicht vor dem folgenden Frühjahr tun können. Deshalb war Stalin zuversichtlich, dass er sich Hitler bis 1942 vom Hals halten konnte, und dann wäre die Rote Armee zum Kampfbereit.

## v

Da militärische Optionen ausgeschlossen waren, musste in der Zwischenzeit an der diplomatischen Front alles getan werden, was möglich war. Doch hier erzielte man in den ersten Monaten des Jahres 1941 nur mässige Erfolge. Auf der Habenseite stand eine im März unterzeichnete gemeinsame Neutralitätserklärung mit der Türkei. Durch sie wurde die Gefahr abgewendet, dass sich die Türkei dem Dreimächtepakt anschloss, und die Bedrohung an der Süd-

grenze der Sowjetunion verringert, wo die türkischen Meerengen traditionell Schwachpunkte der russischen Verteidigung bildeten.<sup>98</sup> Wichtiger war jedoch das im April geschlossene Neutralitätsabkommen mit Japan, das Stalin in Hochstimmung versetzte, denn es verbesserte die Sicherheit der Sowjetunion im Osten erheblich, indem es einen Angriff von dieser Seite ausschloss oder wenigstens die Wahrscheinlichkeit einer solchen Attacke erheblich verringerte. Damit schien die Sowjetunion vor einem Angriff an zwei Fronten sicher zu sein. Auf der Sollseite hatte sich im Februar die Hoffnung zerschlagen, Bulgarien – das sich traditionell an Russland angelehnt hatte und von strategischer Bedeutung für die sowjetische Sicherheit auf dem Balkan war – auf Dauer dem deutschen Zugriff entziehen zu können, als Sofia sich dem Dreimächtepakt anschloss und die Stationierung deutscher Truppen auf bulgarischem Boden gestattete. Anfang April war der hastige Versuch, einen Bündnisvertrag mit Jugoslawien zustande zu bringen, durch die deutsche Invasion und die anschließende rasche Eroberung des Landes vereitelt worden. Zuvor hatte die jugoslawische Regierung sich der Achse anschliessen wollen, war aber durch einen Staatsstreich gestürzt worden. Und nachdem sich Ende April auch Griechenland Hitlers Truppen ergeben hatte, befand sich der gesamte Balkan, von der neutralen Türkei abgesehen, unter deutscher Kontrolle. Die Südgrenze der Sowjetunion lag damit für Deutschland und seine Verbündeten frei zugänglich da. Stalin war bei jedem Zug des diplomatischen Schachspiels von Hitler ausmanövriert worden. Zur militärischen Schwäche war die diplomatische Isolation hinzugekommen.

Eine weitere grosse Sorge Stalins bestand darin, dass sich Grossbritannien mit Hitler einigen und den deutschen Alptraum des Zweifrontenkriegs beenden würde, sodass sich Deutschland, ohne von Westen bedroht zu werden, nach Osten wenden könnte. Angesichts der militärischen Schwäche Grossbritanniens, die durch den Rückzug von 100'000 Mann aus Griechenland, als die Wehrmacht angriff, sowie durch Rommels erstaunliche Erfolge in Nordafrika offenbar geworden war, schien dies eine realistische Möglichkeit zu sein. Niemand anders als der britische Botschafter in Moskau, Stafford Cripps, machte Stalin und Molotow am 18. April auf genau dieses Szenario aufmerksam.<sup>99</sup> Die britische Regierung versuchte damals, die Sowjetunion dazu zu bewegen, sich mit ihrer Militärmacht zur Verteidigung Jugoslawiens und Griechenlands

zu verpflichten und eine «Balkanfront» gegen Hitler zu bilden. Zu dieser diplomatischen Offensive gehörten solche Gefahrenszenarien. Doch Cripps erreichte lediglich, dass die Sowjetführung auf die Möglichkeit eines «Arrangements» zwischen Grossbritannien und Deutschland aufmerksam wurde. Als Churchill Stalin eine Warnung vor der Gefahr eines deutschen Angriffs zukommen liess, die Cripps am 21. April überbrachte, war die Wirkung völlig kontraproduktiv. Churchill erreichte nur, dass die Alarmglocken in Moskau noch lauter schrillten und Stalins Paranoia sich verstärkte. Er nahm an, dass Churchill ihn, und zwar in ausschliesslich britischem Interesse, zu einem Krieg mit Deutschland verleiten wollte. «Schauen Sie sich das an», sagte er zu Schukow, «sie drohen uns mit den Deutschen und den Deutschen mit der Sowjetunion; sie hetzen uns gegeneinander. Es ist ein raffiniertes politisches Spiel.»<sup>100</sup>

Churchill bezeichnete Stalin und seine Gefolgsleute im Kreml später als «Dummköpfe» und «Stümper». Er glaubte, er hätte die Katastrophe, die am 22. Juni 1941 über ihr Land hereinbrach, durch direkten Kontakt mit dem Sowjetführer verhindern können.<sup>101</sup> Auch im Nachhinein bemerkte Churchill nicht, wie Moskau seine gut gemeinte Botschaft zwangsläufig auffassen musste. Im damaligen Kontext war Stalins Reaktion keineswegs völlig irrational. Auf jeden Fall wurde er, als Churchill ihm seine Warnung schickte, bereits vom Nachrichtendienst mit Berichten überhäuft, die ihn über die wachsende Bedrohung vonseiten Deutschlands ins Bild setzten.

Angesichts der vielen kommunistischen Sympathisanten im Ausland herrschte kein Mangel an Informanten, die, häufig unter erheblicher Gefahr für ihre eigene Sicherheit, bereit waren, die sowjetischen Sicherheitsorgane mit einem ständigen Informationsfluss zu versorgen – dessen Qualität variierte und der teilweise widersprüchlich, aber gelegentlich auch überaus bedeutsam war.<sup>102</sup> Wsewolod Merkulow, der Chef des Auslandsnachrichtendienstes NKGB (der im Februar 1941 von Berijas NKWD abgespalten worden und nunmehr für die innere Sicherheit zuständig war),<sup>103</sup> leitete in regelmässigen Abständen Zusammenfassungen der Meldungen weiter. Obwohl Stalin Merkulows Ernennung zugestimmt hatte, hielt er nicht viel von ihm. In seinen Augen war er schwach und allzu liebedienerisch. Der Fehler war natürlich systemimmanent. Aber zu Merkulows Ungunsten kam vermutlich hinzu, dass er in seiner Freizeit Theaterstücke und Prosa verfasste.<sup>104</sup> Auf jeden Fall misstraute Stalin seinen Berichten genauso wie denjenigen des militärischen Nach-



richtendiensts GRU, die ihm dessen Chef Filip Golikow schickte und in denen ebenfalls relevante Informationen zusammengefasst waren.<sup>105</sup> Infolgedessen wurden wichtige Erkenntnisse, bei deren Beschaffung Agenten oftmals ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten, von Stalin als «Desinformationen» abgetan. Tatsächlich wurden viele Fehlinformationen in Umlauf gesetzt. Ein grosser Teil kam von den Deutschen selbst (wie die Geschichte, dass der Aufmarsch von Truppen im Osten eine für die britischen Nachrichtendienste bestimmte Täuschung sei und der Tarnung der geplanten Invasion Grossbritanniens diene).<sup>106</sup> Misstrauen und Skepsis gegenüber unbestätigten Informationen waren also angebracht. Aber Stalin ging mit seinem tiefen Zynismus weit über gesunde Skepsis hinaus. Er schenkte keiner Nachricht Glauben, die seiner eigenen Einschätzung der deutschen Absichten widersprach, wie schlüssig sie auch sein mochte und wie gut platziert die Quelle war. Dabei berief er sich paradoxerweise auf die erfolgreiche deutsche Täuschung, dass einem Angriff ein Ultimatum vorausgehen werde, nach dem noch Zeit für Konzessionen, die Mobilmachung und sogar einen Präventivschlag wäre.<sup>107</sup> Zusammen mit Stalins Gewissheit, dass seine eigene Analyse zutraf, bildete sein tiefes Misstrauen gegenüber allen Nachrichtendienstinformationen letztlich den Grund, warum der deutsche Angriff am 22. Juni 1941 für ihn so überraschend kam.

Bereits am 5. Dezember 1940 erhielt der neu ernannte sowjetische Botschafter in Berlin, Wladimir Dekanosow, ein ehemaliger NKWD-Offizier, einen anonymen Brief, der davor warnte, dass die Wehrmacht im nächsten Frühjahr die Sowjetunion angreifen würde.<sup>108</sup> Dies geschah exakt zu dem Zeitpunkt, als Hitler gegenüber der Militärführung die Entscheidung für die Vorbereitung eines Angriffs auf die Sowjetunion im Mai 1941 bestätigte, die sich in der Weisung vom 18. Dezember für das jetzt «Unternehmen Barbarossa» genannte Vorhaben niederschlug. Elf Tage später teilte der sowjetische militärische Nachrichtendienst in Berlin Moskau mit, er habe «aus bestinformierten hohen Militärkreisen erfahren, dass Hitler Befehl gegeben hat, Vorbereitungen für Krieg gegen die UdSSR zu treffen. Krieg wird im März 1941 erklärt werden.» Die überprüfte und bestätigte Meldung wurde Anfang Januar 1941 an Stalin weitergeleitet.<sup>109</sup>

Zwei der bestplatzierten deutschen Agenten, die eine Vielzahl ausgezeichneter Informationen lieferten, waren Harro Schulze-Boysen (Deckname «Starshina» [Ältester, Obmann, Hauptfeldwebel]) und Arvid Harnack («Korsikaner» [Korse]). Ersterer gelangte 1941 durch Familienbeziehungen – sein Va-

ter war ein Neffe von Admiral Alfred von Tirpitz, dem ehemaligen deutschen Marinechef, und seine Mutter war mit Hermann Göring verwandt – als Offizier in den Luftwaffenführungsstab, wo er Zugang zu streng geheimem Material hatte. Harnack, ein Neffe des bekannten Theologen Adolf von Harnack, war Jurist und Nationalökonom und seit 1933 im Wirtschaftsministerium in Berlin tätig. Wie Schulze-Boysen (den er nach Kriegsausbruch kennenlernte) waren auch ihm vertrauliche Informationen zugänglich. Beide waren 1940 vom sowjetischen Nachrichtendienst angeworben worden. 1942 wurden sie enttarnt und hingerichtet. Aber 1941, während der deutschen Vorbereitungen für den Angriff auf die UdSSR, konnten sie Quellen anzapfen, die sich im Zentrum der militärischen und ökonomischen Planungen des NS-Regimes befanden.

Anfang März 1941 berichtete der «Korse» von ernsthaften Diskussionen in der deutschen Führung über einen Angriff auf die Sowjetunion. In dem Bericht, der an Stalin, Molotow, Timoschenko und Berija verteilt wurde, hiess es weiter, es würden Pläne für die Besetzung des westlichen Teils der Sowjetunion ausgearbeitet. Heeresgeneralstabschef Halder, gab Harnack weiter, was er gehört hatte, halte die Besetzung der Ukraine und des Kaukasus für ebenso einfach wie lohnenswert. Das passte zu der sowjetischen Annahme, dass das Schwergewicht eines Angriffs im Süden liegen würde.<sup>110</sup> Ein weiterer Bericht, der zwei Tage später an die Sowjetführung versandt wurde, wies darauf hin, dass mittlerweile enorm viele deutsche Truppen an der sowjetischen Grenze aufmarschiert seien. Es handele sich ganz offensichtlich um eine Invasionsarmee. Dem Bericht zufolge wär mit der Invasion der Sowjetunion allerdings erst nach einem Angriff auf die Türkei zu rechnen. Ausserdem seien Ribbentrop und sogar Hitler der Auffassung, dass Deutschland wirtschaftlich durch die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion mehr gewinnen könne als durch ihre Besetzung. Dadurch fühlte sich die Sowjetführung in ihrer Vermutung bestätigt, dass es in den oberen Rängen des NS-Regimes Meinungsverschiedenheiten gab und Hitler in Bezug auf die Absichten gegenüber der Sowjetunion möglicherweise nicht zur aggressivsten Gruppe gehörte.<sup>111</sup>

Einige Tage später lag ein weiterer Bericht des «Korsens» auf Stalins Schreibtisch. Darin wurde erwähnt, dass deutsche Spionageflugzeuge Aufnahmen von sowjetischem Territorium machten, insbesondere von der Gegend um den Marinestützpunkt Kronstadt bei Leningrad. Ausserdem übermittelte Har-

nack die aus zweiter Hand stammende Information von zwei deutschen Generalen, dass im Frühjahr ein Angriff auf die Sowjetunion geplant sei. Das deutsche Oberkommando glaube, die sowjetischen Streitkräfte in kaum mehr als einer Woche besiegen zu können. Durch die Besetzung der Ukraine – wiederum lag der Schwerpunkt auf der sowjetischen «Kornkammer» – würde man der Sowjetunion die Hauptquelle von Nahrungsmitteln nehmen. Die Wehrmacht würde rasch nach Osten vorstossen und binnen fünfundzwanzig Tagen jenseits des Urals stehen.<sup>112</sup> Ende März gab der «Korse» Informationen aus dem deutschen Luftfahrtministerium über die geplante Bombardierung von Fernmeldeeinrichtungen in der UdSSR und die Luftaufklärung von sowjetischen Städten weiter und berichtete über die Erwartung von Luftwaffenoffizieren, dass die Operationen Ende April oder Anfang Mai beginnen würden. Eine wichtige Überlegung, meldete er, sei das Ziel, die Getreideanbaugebiete einzunehmen, bevor die Rote Armee Zeit habe, sie zu vernichten.<sup>113</sup>

Im April häuften sich die Meldungen. Sie enthielten präzise Angaben über den deutschen Aufmarsch an der sowjetischen Grenze, über Truppenbewegungen und den Bau von Befestigungen und Flugplätzen.<sup>114</sup> Der «Älteste» vermeldete die Äusserung eines mit Göring in Kontakt stehenden Offiziers, dass Hitler es für notwendig halte, einen Präventivschlag gegen die UdSSR zu führen. Es folgte eine Mitteilung, die Stalin und anderen Sowjetführern in Erinnerung blieb: Vor der Kriegserklärung werde Deutschland ein Ultimatum mit der Forderung stellen, dass sich die Sowjetunion dem Dreimächtepakt anschliessen und die deutschen Wünsche erfüllen solle – womit, wie man annahm, vor allem die rücksichtslose wirtschaftliche Ausbeutung und die politische Unterordnung gemeint waren. Der Angriff würde folgen, wenn die UdSSR nicht auf das Ultimatum eingehe.<sup>115</sup> Einige Tage später teilte der «Älteste» mit, die meisten deutschen Offiziere würden Hitler ablehnen und seien gegen einen Angriff auf die UdSSR. Nach seiner Ansicht schwinde die Gelegenheit für einen entscheidenden Schlag der Wehrmacht.<sup>116</sup>

Ende des Monats wies der «Korse» nach einem Geheimtreffen führender Beamter des Wirtschaftsministeriums erneut auf die für Deutschland unerlässlichen Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion hin, die entweder mit friedlichen oder mit kriegerischen Mitteln sichergestellt werden sollten.<sup>117</sup> Und am 6. Mai meldete eine andere extrem gut informierte Quelle, Richard Sorge («Ramsai»), ein sowjetischer Spion in der deutschen Botschaft in Tokio, dem

deutschen Botschafter Eugen Ott zufolge sei Hitler entschlossen, die UdSSR zu besiegen und die ökonomischen Ressourcen ihres westlichen Teils zu übernehmen. Sobald das Getreide ausgesät sei, müsse jederzeit mit einem Angriff der Deutschen gerechnet werden, da sie die Ernte in ihren Besitz bringen wollten. Nach Otts Ansicht seien deutsche Generäle davon überzeugt, dass der Ostfeldzug den Krieg gegen Grossbritannien nicht beeinträchtigen werde. Die sowjetischen Streitkräfte seien ihrer Meinung nach unvorbereitet, die Verteidigung sei schwach, und die Rote Armee könne innerhalb weniger Wochen überwältigt werden.<sup>118</sup> Von diesen und zahlreichen anderen Agentenberichten fertigte Merkulow regelmässig Zusammenfassungen an, die er der Sowjetführung zuleitete.<sup>119</sup>

Im Rückblick erscheint es als reine Torheit, solche Informationen zu ignorieren. Lässt man einmal beiseite, dass sie aus zweiter Hand stammten, nicht immer widerspruchsfrei waren und nicht zum tatsächlichen Angriffsmuster passten, deuteten sie übereinstimmend darauf hin, dass ein deutscher Angriff auf die Sowjetunion unmittelbar bevorstehe. Aus Stalins Perspektive war dies allerdings keineswegs so offensichtlich. Die soeben angeführten Berichte bildeten nur einen Teil des zu einer Flut anwachsenden Informationsstroms. Allerdings kamen viele der Mitteilungen durch britische, amerikanische oder andere ausländische Kanäle.<sup>120</sup> Daher nahm Stalin sie, wie erwähnt, instinktiv voller Argwohn auf, und seine Nachrichtendienste bestärkten ihn in seinem Misstrauen. Am 20. März 1941 legte GRU-Chef Golikow den Volkskommissariaten für Auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung sowie dem Zentralkomitee der Partei einen Bericht vor, der eine lange Liste aus diversen Quellen stammender, unterschiedlicher Auffassungen über die deutschen Absichten enthielt. In seiner Einleitung erklärte er, dass viele der Informationen über einen Angriff im Frühjahr aus angloamerikanischen Quellen kämen, deren Hauptziel es sei, die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu stören. Nach seiner eigenen Ansicht würden die Deutschen die Sowjetunion erst nach einem Sieg über Grossbritannien angreifen. Das sich hartnäckig haltende Gerücht über einen Angriff im Frühjahr 1941 sollte als Desinformation betrachtet werden, die sowohl von den Briten als auch von den deutschen Nachrichtendiensten verbreitet würde.<sup>121</sup> Das war nicht mehr als eine eilfertige Bestätigung von Stalins vorgefasster Meinung.

Stalin und seine Gefolgsleute waren indes nicht die Einzigen, welche die Anzeichen missdeuteten. Auch die Auslandsnachrichtendienste liessen sich grösstenteils in die Irre führen.<sup>122</sup> Dabei spielte die deutsche Täuschungsstrategie eine grosse Rolle – die Behauptung, der Truppenaufmarsch im Osten sei eine Tarnung für das «Unternehmen Seelöwe» (die Invasion Grossbritanniens) oder würde in einem Ultimatum an die Sowjetunion mit der Forderung nach Gebietsabtretungen und Rohstofflieferungen gipfeln.<sup>123</sup> Auch die britischen Nachrichtendienste, die ebenfalls einige der von Deutschland in Umlauf gesetzten falschen Nachrichten schluckten, erkannten erst spät, dass tatsächlich ein Angriff geplant war. Frühe Berichte über die von Hitler beabsichtigte Aggression waren als unbestätigte Gerüchte oder Wunschenken abgetan worden, und den deutschen Truppenaufmarsch hatte man als Defensivmassnahme gegen einen möglichen sowjetischen Angriff interpretiert. Später sah man in den Nachrichtendienstberichten einen «Nervenkrieg» der Deutschen mit dem Ziel, eine sowjetische Intervention auf dem Balkan zu verhindern oder mehr sowjetische Rohstofflieferungen zu erhalten.<sup>124</sup>

Die Nachrichtendiensthieroglyphen zu entziffern, war daher alles andere als einfach. Molotow reagierte noch viele Jahre später verständnislos auf den Vorwurf, Stalins Hauptfehler habe darin bestanden, die Warnungen nicht beachtet zu haben. «Man wirft uns vor, wir hätten unsere Nachrichtendienste ignoriert», erklärte er. «Ja, sie haben uns gewarnt. Aber wenn wir uns nach ihnen gerichtet und Hitler den geringsten Vorwand geboten hätten, dann hätte er uns früher angegriffen.» Wann dies hätte sein sollen, erläuterte Molotow nicht. Denn es war offensichtlich, dass die Deutschen im Sommer 1940 zu solch einem Schritt nicht in der Lage gewesen waren, und in den folgenden Monaten hatte der russische Winter ihn ausgeschlossen; der früheste Zeitpunkt wäre das Frühjahr 1941 gewesen, als Hitler ursprünglich den Angriff hatte beginnen wollen. «Wir wussten», fuhr Molotow fort, «dass der Krieg bald kommen würde, dass wir schwächer als Deutschland waren, dass wir uns würden zurückziehen müssen. Wir taten alles, um den Krieg hinauszuzögern [...] Vor dem Krieg nahm Stalin an, dass wir erst 1943 in der Lage sein würden, den Deutschen in Augenhöhe entgegenzutreten.» Der Interviewer lenkte Molotows Gedanken zu dem Strom von Nachrichtendienstberichten zurück. «Wir konnten uns nicht auf unsere Nachrichtendienste verlassen», erwiderte er. «Man muss sie anhören, aber man muss ihre Informationen überprüfen. Nach-

richtendienstagenten können einen in eine derart gefährliche Lage bringen, dass man nicht wieder herauskommt. Provokateure sind überall zahlreich [...]. Man darf solchen Berichten nicht vertrauen.»<sup>125</sup> Molotows Einstellung spiegelte diejenige Stalins wider.

Anfang Mai konnte man die Fülle Besorgnis erregender Informationen jedoch nicht mehr einfach ignorieren. Sogar Stalin sah ein, dass etwas getan werden musste. Zweck der Massnahmen war vor allem, Deutschland eine Botschaft zukommen zu lassen, die Öffentlichkeit zu beruhigen und die Moral der Streitkräfte zu stärken. Timoschenko und Schukow nahmen die Warnungen indessen ernster als Stalin. Ihnen schwebte eine andere Art von Massnahmen vor. Sie waren dabei, einen tief greifend revidierten Operationsplan auszuarbeiten, in dem eine sowjetische Offensive im Vordergrund stehen sollte.

## VI

Am 5. Mai löste Stalin Molotow im Amt des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, also des Ministerpräsidenten, ab. Damit stand er zum ersten Mal offiziell an der Spitze sowohl der Regierung als auch der Partei. In Wirklichkeit war der Amtswechsel weitgehend kosmetischer Art, denn obwohl Molotow bisher Regierungschef gewesen war, hatte Stalins Vorrang niemals in Frage gestanden. Aber indem er offiziell die Regierung übernahm, gab er der sowjetischen Öffentlichkeit ein beruhigendes Zeichen: Er hatte alles im Griff. Das Wohlergehen des Landes war in den besten Händen. Er wusste, was zu tun war.

Doch der Schritt bezweckte nicht allein die Stärkung der Moral. Um die Vorherrschaft der Partei zu gewährleisten, mussten Politbürobeschlüsse in Regierungsverordnungen umgesetzt werden, und dabei waren einige beschwerliche Formalitäten zu beachten, die jetzt, der kritischen Zeit gemäss, erheblich vereinfacht werden konnten.<sup>126</sup> Mindestens ebenso wichtig war der Eindruck, der im Ausland erweckt wurde, vor allem in Deutschland. Auf der formalen Ebene der Diplomatie war die fehlende Regierungsverantwortung Stalins eine Komplikation gewesen. Offizielle Verhandlungen hatten durch Molotows Vermittlung geführt werden müssen, obwohl offensichtlich Stalin das Ruder

in der Hand hielt. Diese Komplikation war jetzt beseitigt. Damit sollte den Deutschen gezeigt werden, dass sie es in Verhandlungen zur Stabilisierung der Beziehungen mit Stalin selbst zu tun hätten. Der deutsche Botschafter in Moskau, Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg, der die bevorstehende Invasion ablehnte und insgeheim zu verhindern versuchte, berichtete dementsprechend nach Berlin, er sei davon überzeugt, «dass Stalin seine neue Stellung dazu benutzen wird, um in eigener Person an der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der guten sowjetischen Beziehungen zu Deutschland tätig zu werden».<sup>127</sup> Die Deutschen hatten bald Grund, mit Stalin als Ministerpräsident zufrieden zu sein. Er dementierte Gerüchte über einen Truppenaufmarsch an der Grenze, nahm diplomatische Beziehungen zur deutschfreundlichen irakischen Regierung auf und schloss die Moskauer Botschaften Norwegens, Belgiens und Jugoslawiens – alles, um Hitler gefällig zu sein.<sup>128</sup>

Am Tag seines Amtsantritts als Ministerpräsident hielt Stalin in Moskau vor Hunderten von Absolventen der Militärakademie, der Elite der Roten Armee, Vertretern des Verteidigungskommissariats und des Generalstabs sowie wichtigen Regierungsmitgliedern eine bedeutende Rede. Im Gegensatz zu Hitler schwang Stalin, auch hinter geschlossenen Türen, selten das grosse Wort. Die letzte wichtige Rede hatte er im März 1939 auf dem XVIII. Parteitag gehalten.<sup>129</sup> Und anders als Hitler sprach er ruhig und in gemessenem, um nicht zu sagen einschläferndem Tonfall, und was er sagte, war geordnet und strukturiert. Doch die Seltenheit seiner Reden und der Ernst der Lage erhöhten sowohl im Inland als auch in Berlin das Interesse an seinen Ausführungen. Genaues über die Rede erfuhr, ausser den Anwesenden, kaum jemand. Die Zeitungen veröffentlichten am nächsten Tag lediglich eine knappe Meldung über die Ansprache.<sup>130</sup>

Insgesamt hörten 1'500 Gäste die rund vierzigminütige Ansprache, in der Stalin die grossen Fortschritte bei Ausbau und Modernisierung der Roten Armee hervorhob. Mit einer Vielzahl beeindruckender Zahlen belegte er, dass Grösse und Kampfkraft der Streitkräfte gewaltig zugenommen hatten. Die deutsche Wehrmacht sei trotz ihrer Siege im Westen nicht unbesiegbar und werde ihre Eroberungsziele nicht erreichen. Auf dem anschliessenden Empfang brachte Stalin drei Trinksprüche aus. Im dritten verbesserte er einen Offizier, der auf seine Friedenspolitik anstossen wollte. Die Friedenspolitik, erklärte er, habe dem Schutz des Landes gedient. Man habe an ihr festgehalten,

bis die Armee erneuert und mit modernen Waffen ausgerüstet worden sei. Aber jetzt müsse die Sowjetunion von der Defensive zur Offensive übergehen. «Die Rote Armee», schloss er, «ist eine moderne Armee, eine moderne Armee aber ist eine Angriffsarmee.»<sup>131</sup> Manche Interpreten haben diese Worte als Ankündigung eines Präventivschlags gegen Deutschland verstanden, also genau das in ihnen gesehen, was die NS-Propaganda zur Rechtfertigung des Angriffs auf die Sowjetunion behauptet hat.<sup>132</sup> Dabei waren sie nicht mehr als eine knappe Bestätigung der seit Langem bestehenden Militärstrategie, der zufolge aus der Verteidigung zum vernichtenden Angriff übergegangen werden sollte. Allerdings trifft es zu, dass Stalin die Offensive in seinen Trinksprüchen mit einem neuen Akzent versah und dies auch bemerkt wurde. Ausserdem waren sie, wie die Rede zuvor, unverkennbar auf Wirkung bedacht. Ihr Zweck bestand darin, durch die von der obersten Führung zur Schau gestellte Zuversicht den Glauben an die Kampfkraft der Roten Armee zu wecken und die Moral zu stärken. Dass die Rede den Tenor von neuen Propagandadirektiven für Armee und Zivilbevölkerung, die nach dem 5. Mai ausgearbeitet wurden, vorgab, deutet ebenfalls daraufhin, dass die Stärkung der Moral ihr Hauptzweck war.<sup>133</sup>

Nach Ansicht mancher sollte die Rede vor allem der Desinformation des Auslands dienen. Doch wenn dies der Fall gewesen wäre, hätten sich die sowjetischen Nachrichtendienste beeilt, ihren Inhalt durchsickern zu lassen. In Wirklichkeit mussten sich sogar die Deutschen, deren Interesse an Stalins Äusserungen auf der Hand lag, mit einer stark redigierten Fassung zufriedengeben, die ihr Botschafter in Moskau erst einen Monat später nach Berlin schickte. Schulenburg, der zum Zeitpunkt, als die Rede gehalten wurde, nichts über ihren Inhalt hatte in Erfahrung bringen können, leitete eine völlig irreführende Version weiter, der zufolge die Rote Armee im Vergleich mit der Wehrmacht immer noch schwach war und Stalin sein Publikum auf einen «neuen Kompromiss» mit Deutschland vorbereiten wollte.<sup>134</sup> Anscheinend gelangte keine korrekte Fassung der Rede nach Berlin oder sonst irgendwohin.<sup>135</sup> Und ein absichtlich gestreutes Gerücht über den kläglichen Zustand der Roten Armee hätte kaum im sowjetischen Interesse gelegen. Man sollte den Hauptzweck der Rede daher, trotz aller Spekulationen, nicht in der Aussenpolitik, sondern in der Innenpolitik suchen: Es ging Stalin darum, die Moral der Führungsschicht der Roten Armee zu stärken.



Auf die operativen Planungen der Militärführung hatte die Rede jedoch unmittelbare Auswirkungen, wobei aber höchstwahrscheinlich auch die neueste GRU-Schätzung der Gesamtzahl der an der sowjetischen Westgrenze zusammengezogenen deutschen Divisionen eine Rolle spielte.<sup>136</sup> Die früheren Pläne vom September 1940 und März 1941 wurden jetzt hastig revidiert, und am 15. Mai legten Timoschenko und Schukow Stalin den neuen Plan vor.<sup>137</sup> Obwohl er auf den älteren Plänen aufbaute, unterschied er sich in einer Hinsicht deutlich von ihnen: Er sah, wie Schukow später eingestand, einen grossen Präventivschlag vor, um den Gegner aufzuhalten, indem man die deutschen Truppen angriff, bevor sie zum Angriff bereit waren. Wie bisher sollte der Hauptstoss gegen Südpolen gerichtet sein, wo der Gegner durch einen «plötzlichen Schlag» am Boden und aus der Luft überrascht werden sollte. Nach der Einnahme Warschaus sollten dann die deutschen Kräfte in Nordpolen vernichtend geschlagen und Ostpreussen überrannt werden.<sup>138</sup>

Auf diesen Plan verweisen alle diejenigen, die davon überzeugt sind, dass Hitler, wie er selbst behauptete, das «Unternehmen Barbarossa» in Gang gesetzt hatte, um einem sowjetischen Präventivschlag, der damals angeblich vorbereitet wurde, zuvorzukommen. Doch eine derart weitgehende Interpretation ist durch nichts gedeckt. Das «Unternehmen Barbarossa» war Monate zuvor initiiert worden, und zwar nicht aus defensiven Gründen. Zudem stellt der sowjetische Plan vom 15. Mai keineswegs einen überzeugenden Beweis dar. Gewiss enthielt er den Gedanken eines Präventivschlags und kehrte damit die traditionelle Betonung eines raschen Übergangs von der «Verteidigung in der Tiefe» zur Offensive um, indem er den Akzent auf den Angriff als eine Form der Verteidigung setzte. Aber im Gegensatz zur deutschen Fiktion einer sowjetischen Bedrohung war die von Hitler ausgehende Gefahr für die sowjetische Militärführung offensichtlich, trafen doch täglich Berichte über den Truppenaufmarsch an der Grenze sowie Verletzungen der Lufthoheit zu Aufklärungszwecken ein. Der im Plan vom 15. Mai enthaltene Gedanke eines Präventivschlags erwuchs direkt aus der Notwendigkeit, die Sowjetunion zu schützen, und ging auf Stalins zehn Tage zuvor gehaltene Rede zurück. Das heisst, es handelt sich um einen aus defensiver Notwendigkeit geborenen Offensivplan.<sup>139</sup>

So besorgt Timoschenko und Schukow über den nicht abreissenden Strom von Nachrichtendienstberichten über Truppenbewegungen sowie über Anzei-

chen (auch wenn sie nicht immer schlüssig waren) für feindselige deutsche Absichten gegenüber der Sowjetunion waren, so wahrscheinlich ist es, dass sie wie Stalin glaubten, der deutsche Angriff stehe nicht unmittelbar bevor. Nach Einschätzung der Roten Armee war der deutsche Aufmarsch im Osten in den vorangegangenen Wochen nicht sehr umfangreich gewesen. Für einen Angriff hätte nach ihrer Ansicht eine weit grössere Truppenkonzentration stattfinden müssen.<sup>140</sup> Und die sowjetischen Militärführer wussten nur zu gut, dass die verfügbaren Kräfte der Roten Armee nirgendwo auch nur annähernd den Erfordernissen des Plans vom 15. Mai entsprachen und bei Transport und Nachschub weiterhin Defizite bestanden. Ausserdem sah der Plan die Errichtung riesiger Befestigungsanlagen vor, von denen keine einzige vor der Fertigstellung stand. Als Anweisung für ein baldiges Vorgehen war der Plan daher völlig unrealistisch.<sup>141</sup> Sehr wahrscheinlich hatten Timoschenko und Schukow eine Offensive in fernerer Zukunft im Sinn, wahrscheinlich frühestens im Sommer 1942.

Auf jeden Fall sind Spekulationen über den möglichen Zeitpunkt eines Präventivschlags sinnlos. Als Timoschenko und Schukow Stalin den Plan vorlegten – der sich immer noch im Entwurfsstadium befand –, wies er ihn rundweg zurück. «Er explodierte sofort, als er von dem Präventivschlag gegen deutsche Streitkräfte hörte», soll Schukow später erzählt haben. «,Sind Sie verrückt geworden? Wollen Sie die Deutschen provozieren?’, rief er verärgert aus.» Timoschenko und Schukow erinnerten Stalin an seine Ausführungen vom 5. Mai. «,Ich habe das gesagt, um den Leuten dort Mut zu machen, damit sie an den Sieg denken und nicht an die Unbesiegbarkeit der deutschen Armee, über welche die Weltpresse so viel Geschrei macht’, knurrte Stalin. Und so wurde die Idee eines Präventivschlags begraben», schloss Schukow.<sup>142</sup>

Ähnliches berichtete Timoschenko nach dem Krieg über Stalins Reaktion. Nach dieser Version warf der Kremlherr ihm und Schukow vor, Kriegstreiber zu sein, und als er auf die Rede vom 5. Mai verwies, gab Stalin zurück: «Schau einer an [...] J. Timoschenko ist gesund und hat einen grossen Kopf, aber sein Gehirn ist offenbar klein. [...] Was ich gesagt habe, war für die Leute dort bestimmt. Ihr Kampfgeist musste gestärkt werden. Und Sie müssen begreifen, dass Deutschland Russland nie aus eigenem Antrieb angreifen wird. [...] Wenn Sie die Deutschen an der Grenze provozieren, wenn Sie ohne unsere Geneh-

«migung Truppen verlegen, dann denken Sie daran, dass Köpfe rollen werden.» Damit stürmte Stalin aus dem Raum und warf die Tür hinter sich zu.<sup>143</sup>

Stalin blieb bei seiner Politik, die Provokationen vermeiden und Zeit gewinnen sollte. Er liess noch sechs Tage vor dem Angriff der Wehrmacht gemäss den geltenden Handelsvereinbarungen Rohstoffe nach Deutschland liefern. Selbst am Morgen des Invasionstages wurden in Bahnhöfen an der polnischen Grenze sowjetische Güter entladen.<sup>144</sup> Etwa zur gleichen Zeit wurden die Befehle von Generalleutnant Michail P. Kirponos aufgehoben, Kommandeur der Roten Armee in Kiew. Er hatte Stalin geschrieben, dass ein deutscher Angriff in nächster Zukunft mehr als wahrscheinlich sei, und einige Einheiten in günstigere Verteidigungsstellungen an der Grenze verlegt.<sup>145</sup> Stalin hielt unerschütterlich an seiner Überzeugung fest, dass die Deutschen nicht angreifen würden, bevor sie nicht im Westen den Sieg errungen oder einen Kompromissfrieden geschlossen hatten. «Hitler und seine Generalität sind nicht so törricht, gleichzeitig an zwei Fronten zu kämpfen», erklärte Stalin laut Schukow in seiner wütenden Ablehnung des vorgeschlagenen Operationsplans. «Das hat den Deutschen im Ersten Weltkrieg das Genick gebrochen.» Auf Abenteurer lasse Hitler sich nicht ein.<sup>146</sup>

Versäumte Stalin eine Gelegenheit, indem er den von Timoschenko und Schukow vorgelegten Operationsplan vom 15. Mai zurückwies? Schukow glaubte es nicht, wie er später erklärte. Vor dem Hintergrund seiner eigenen Erfahrungen als Generalstabschef (einem Posten, den er nicht gewollt hatte, da er sich bewusst war, dass seine eigentliche Stärke in der Rolle des Frontkommandeurs lag) gestand er später ein, dass er sich geirrt habe und Stalins Urteil über den Plan richtig gewesen sei. Hätte man einen Präventivschlag unternommen, erkannte er nun, wären die Folgen für die Sowjetunion katastrophal gewesen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre sie rasch besiegt worden. Moskau und Leningrad wären 1941 gefallen und Hitlers Truppen in der Lage gewesen, den Krieg erfolgreich zu beenden.<sup>147</sup>

Während Timoschenko und Schukow ihren revidierten Operationsplan bei Stalin nicht durchsetzen konnten und gleichzeitig der Ausbau der Roten Armee mit Hochdruck vorangetrieben wurde, bemühte sich die Diplomatie energisch, den Krieg zu verhindern oder wenigstens hinauszuzögern. Im Mittelpunkt der meisten dieser Anstrengungen stand der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, der etwas mehr als drei Jahre später we-

gen seiner Beteiligung an der Verschwörung zur Ermordung Hitlers hingerichtet werden sollte. Schulenburg glaubte im Mai 1941 immer noch, dass der Krieg verhindert werden konnte, wenn die Sowjetunion die deutschen Rohstoff- und Gebietsforderungen erfüllte. Nach seiner Überzeugung, so teilte er Berlin mit, habe Stalin das Amt des Ministerpräsidenten übernommen, weil er es sich zum Ziel gesetzt habe, «die Sowjetunion vor einem Konflikt mit Deutschland [zu] bewahren».<sup>148</sup> Er untermauerte dies damit, dass er das sowjetische Angebot übermittelte, im nächsten Jahr fünf Millionen Tonnen Getreide nach Deutschland zu liefern.<sup>149</sup> Selbstverständlich machten solche Berichte auf Hitler, sofern sie ihn überhaupt erreichten, keinen Eindruck. Umgekehrt wurde Schulenburg von Berlin absichtlich mit irreführenden Informationen gefüttert. Beispielsweise erhielt er die Anweisung, den Gerüchten entgegenzutreten, die angeblich von den Briten in Umlauf gesetzt worden waren, um Spannungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu erzeugen. Das Gerücht über einen deutschen Truppenaufmarsch und einen bevorstehenden Krieg sei für die «ruhige Weiterentwicklung der deutsch-russischen Beziehungen sehr bedenklich».<sup>150</sup> Hitler selbst hatte Schulenburg, als er ihn Ende April in Berlin empfing, ausdrücklich versichert: «[...] einen Krieg gegen Russland beabsichtige ich nicht!»<sup>151</sup> Der Botschafter war sich sicher, dass Hitler gelogen hatte. Dennoch vermittelte er Stalin und Molotow in den nächsten Wochen seine Auffassung, dass der Krieg nicht unvermeidlich sei, und versuchte neues Misstrauen gegenüber den britischen Absichten zu säen.<sup>152</sup>

Nach Rudolf Hess' Flug in die britische Gefangenschaft am 10. Mai vertiefte sich dieses Misstrauen erheblich. Die britische Regierung versuchte Hess' geheimnisvolles Eintreffen in England zu nutzen, um Moskau gegen die Deutschen einzunehmen, indem sie bei Stalin die Furcht auszulösen versuchte, «die Sache allein ausbaden zu müssen», und ihn aufforderte, ein Bündnis mit Grossbritannien einzugehen.<sup>153</sup> Der Versuch schlug völlig fehl. Er steigerte nur Stalins Paranoia. Als er von Hess' Flug und Gefangennahme erfuhr, nahm er, laut Chruschtschow, als Erstes an, Hess befinde sich in Hitlers Auftrag auf einer Geheimmission, um mit den Briten über die Beendigung des Krieges zu verhandeln, damit Deutschland freie Hand habe für den Vorstoss nach Osten.<sup>154</sup> Aber er war sich bald nicht mehr so sicher. Ihm kamen andere Möglichkeiten in den Sinn. Die von den sowjetischen Nachrichtendiensten weiter-

gegebenen Gerüchte liessen verschiedene Interpretationen zu. Auch Iwan Maiski, der scharfsinnige langjährige sowjetische Botschafter in London, trug durch seine Berichte zur Unsicherheit bei, da auch er sich über den Zweck von Hess' Mission nicht klar zu werden vermochte. All dies verstärkte Stalins Unbehagen. Da er sich nicht sicher war, ob Churchill ihn zu einem Krieg gegen Deutschland verleiten wollte, ob eine Absprache zwischen Briten und Deutschen darüber bevorstand, ihre Kräfte gegen den Bolschewismus zu vereinen (wie Hess es immer vorhergesehen hatte), oder ob Hitlers Stellvertreter eine Fraktion der NS-Führung repräsentierte, die gegen Verhandlungen mit der Sowjetunion war, fühlte sich Stalin nur in seiner Überzeugung bestätigt, dass man den Briten nicht trauen könne, und betrachtete alle aus London kommenden Warnungen als Desinformationen.<sup>155</sup>

Die durch zahllose Nachrichtendienstberichte weitergegebenen Gerüchte und Gegengerüchte liessen verschiedene Interpretationen zu, von denen einige grossartig zu Stalins Vorurteilen passten. Dekanosow, der sowjetische Botschafter in Berlin, zum Beispiel berichtete Anfang Juni nach Moskau: «Parallel zu den Gerüchten, die über einen bevorstehenden Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion in Umlauf sind, werden in Deutschland auch Gerüchte über eine Annäherung zwischen Deutschland und der Sowjetunion ausgestreut – entweder auf der Grundlage weitgehender ‚Zugeständnisse‘ seitens der Sowjetunion» – eine langfristige Verpachtung der Ukraine wurde in diesem Zusammenhang regelmässig genannt – «oder der «Aufteilung der Einflussphären‘ und der Zusicherung der Sowjetunion, sich nicht in die europäischen Angelegenheiten einzumischen.»<sup>156</sup> Tatsächlich hatte der sowjetische Botschafter damit unwissentlich eine deutsche Desinformation weitergeleitet.

Aus den zahlreichen einander widersprechenden Nachrichtendienstberichten und Gerüchten einen Schluss zu ziehen, war wahrhaftig nicht einfach. Bei Timoschenko und Schukow wuchs angesichts recht konkreter Berichte über den deutschen Truppenaufmarsch die Besorgnis. Aber als sie in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni darum baten, die Truppen in Kriegsbereitschaft versetzen und zur Stärkung der Verteidigung in vorgeschobene Stellungen verlegen zu dürfen, lehnte Stalin es rundweg ab. «Wir haben einen Nichtangriffsvertrag mit Deutschland», erklärte er zwei Tage später, als die beiden Militärführer ihre Forderung erneut vorbrachten. «Deutschland steckt bis über beide Ohren

im Krieg im Westen, und ich bin sicher, dass Hitler es nicht riskieren wird, durch einen Angriff auf die Sowjetunion eine zweite Front zu eröffnen. Hitler ist kein solcher Idiot und versteht, dass die Sowjetunion nicht Polen, nicht Frankreich und auch nicht England ist.» In Wut geraten, verbot er, die Truppen zu mobilisieren und an die Westgrenze zu verlegen: «Das bedeutet Krieg!» Tatsächlich wurden jetzt an der Westgrenze verdeckte Truppenverstärkungen durchgeführt, wenn auch in von Stalin angeordneten Grenzen, damit sie nicht als Provokation aufgefasst werden konnten.<sup>157</sup> Die improvisierte Mobilmachung in letzter Minute war in der Tat sowohl begrenzt als auch mangelhaft in der Ausführung.<sup>158</sup> Am 13. Juni gaben Timoschenko und Schukow dem Kiewer Militärbezirk den Befehl, Kommandostellen und einige Divisionen bei Nacht und unter völliger Geheimhaltung näher an die Grenze zu verlegen. Dies sollte Anfang Juli geschehen. Mitte Juni standen, wie Stalin vom Generalstab erfuhr, insgesamt 186 Divisionen an der Westfront, über die Hälfte von ihnen im Südwesten. Die meisten waren in den vorangegangenen Wochen insgeheim aus dem Landesinneren dorthin verlegt worden.<sup>159</sup> Aber erst am 19. Juni erging der Befehl, Flugplätze und andere wichtige Anlagen zu tarnen sowie die Flugzeuge auf die Feldflugplätze zu verteilen und ebenfalls zu tarnen. Und auch jetzt noch beharrte Stalin auf Geheimhaltung, um jede Provokation zu vermeiden.<sup>160</sup>

Es ist kaum vorstellbar, dass Stalin inzwischen keine Zweifel an seinen Überzeugungen gekommen waren. In einsamen Momenten muss er sich die Frage gestellt haben, ob er nicht seit Monaten von Hitler ausgetrickst worden war. In den letzten Wochen vor dem deutschen Angriff machte er einen ruhelosen, besorgten Eindruck; er trank mehr als sonst, suchte Gesellschaft, um sich abzulenken, und ersetzte Sitzungen im Kreml durch ausgedehnte Essen in seiner Datscha.<sup>161</sup> So sicher er sich seines eigenen Urteils gewesen sein mag – und er liess im Umgang mit denjenigen, die regelmässig mit ihm zu tun hatten, keinerlei Unsicherheit erkennen –, es wäre erstaunlich gewesen, wenn ihn die Flut der jetzt von allen Seiten kommenden Informationen nicht beunruhigt hätte.

Am 2. Juni legte ihm Berija eine Zusammenfassung der Nachrichtendienstkenntnisse über die genauen Stellungen der deutschen Truppen und ihrer Befehlsstellen vor, verwässerte den Eindruck seines Berichts allerdings typischerweise durch die Anmerkung, dass Deutschland, wenn es denn einen Krieg gegen die Sowjetunion beginnen wolle, dies erst nach einer Einigung

mit Grossbritannien tun werde.<sup>162</sup> Andere Berichte waren weniger zweideutig und klangen jetzt, wie immer man sie auch auffasste, entschieden beunruhigend.

Einen Tag bevor Berija seine Zusammenfassung vorlegte, hatte Richard Sorge aus Tokio zwei Berichte geschickt, die auf Informationen aus Berlin beruhten. Botschafter Ott, teilte Sorge im ersten Bericht mit, habe erfahren, dass der deutsche Angriff auf die UdSSR in der zweiten Junihälfte stattfinden solle, und sei sich zu 95 Prozent sicher, dass es zum Krieg kommen werde.<sup>163</sup> Im zweiten, ebenfalls vom 1. Juni stammenden Bericht gab Sorge wieder, was er von einem Bekannten, Generalleutnant Erwin Scholl, gehört hatte, der sich auf der Durchreise zu seiner neuen Stellung in Bangkok in Tokio aufhielt. Laut Scholl sollte der Krieg am 15. Juni beginnen. Ausserdem hatte Sorge erklärt, dass die Konzentration der sowjetischen Verteidigungslinien im Süden einen Schwachpunkt darstellten, da der Hauptangriff gegen die linke Flanke (das heisst im Norden) geführt werden sollte.<sup>164</sup> Als Sorges Telegramm entschlüsselt und ins Russische übersetzt war, fügten seine Vorgesetzten in Moskau hinzu: «Verdächtig. Auf die Liste der als Provokation gedachten Telegramme.»<sup>165</sup> Stalin hatte Sorge seit Langem geringgeschätzt und den Mann, der als sowjetischer Spion sein Leben aufs Spiel setzte, als «kleinen Schurken» verunglimpft.<sup>166</sup> Das stalinistische System war auf allen Ebenen darauf programmiert, den Diktator in seinen Vorurteilen zu bestärken.

Am 12. Juni erfuhren Stalin, Molotow und Berija aus einem Bericht von «Starschina» (Schulze-Boysen) von Unterhaltungen zwischen hohen Vertretern der Luftwaffe und des Luftfahrtministeriums, denen zu entnehmen war, dass die Entscheidung, die Sowjetunion anzugreifen, gefallen war. Ob vorher Forderungen gestellt werden sollten oder man einen Überraschungsangriff plante, war nicht bekannt.<sup>167</sup> Am selben Tag ging dem Aussenministerium und dem Zentralkomitee ein Bericht zu, dem zufolge zwischen dem 1. Januar und dem 10. Juni deutsche Flugzeuge 2080-mal sowjetischen Luftraum verletzt hatten, wobei einige von ihnen bis zu hundert Kilometer weit in Distrikte mit Befestigungsanlagen und grossen Truppenkonzentrationen vorgedrungen waren. Ein Militärflugzeug, das zweihundert Kilometer weit über sowjetisches Territorium geflogen und zur Landung gezwungen worden war, hatte Landkarten und Luftaufnahmen eines Teils der Ukraine an Bord gehabt.<sup>168</sup>

Am 17. Juni konnten Stalin, Molotow und Berija in einem weiteren Bericht von «Starschina» lesen, dass die Vorbereitungen der deutschen Streitkräfte für

einen Angriff auf die Sowjetunion abgeschlossen seien und jederzeit mit der Invasion gerechnet werden müsse. Der Bericht enthielt eine Liste von vorrangigen deutschen Bombenzielen und nannte die Namen der designierten deutschen Befehlshaber der künftigen besetzten Gebiete.<sup>169</sup> Zwei Tage später meldete ein sowjetischer Agent in Rom, laut dem italienischen Botschafter in Berlin, Augusto Rosso, werde Deutschland die UdSSR zwischen dem 20. und 25. Juni angreifen.<sup>170</sup> Mitte Juni gab «Lucy», ein emigrierter deutscher antifaschistischer Verleger namens Rudolf Rössler, der als sowjetischer Agent in Luzern tätig war, als Angriffstermin den 22. Juni an und lieferte Einzelheiten über den deutschen Operationsplan.<sup>171</sup> «Ramsai» (Sorge) berichtete am 20. Juni aus Tokio, dass Botschafter Ott den Krieg als unvermeidlich ansehe und dass das deutsche Militär die sowjetische Verteidigung für schwächer halte als die polnische.<sup>172</sup> Am selben Tag teilte ein sowjetischer Agent aus Sofia mit, dass der Angriff am 21. oder 22. Juni erfolgen werde.<sup>173</sup> Die Warnsignale stammten jedoch nicht nur aus Nachrichtendienstberichten. In der Zwischenzeit hatten die meisten Mitarbeiter der deutschen Botschaft in grosser Eile Moskau verlassen, und das Personal der Botschaften von Italien, Rumänien und Ungarn war ihnen hastig gefolgt.<sup>174</sup>

Doch Moskau blieb gegenüber Berichten von Agenten und ausländischen Nachrichtendiensten skeptisch. Besonders ausgeprägt war das Misstrauen gegenüber Grossbritannien – Stalin vermutete, dass die Briten ihm sein Doppelspiel von 1939 in gleicher Münze heimzahlen wollten. Am 14. Juni veröffentlichte die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS eine Meldung, in der die in der britischen Presse verbreiteten Gerüchte über einen bevorstehenden Krieg zwischen Deutschland und der UdSSR dementiert wurden. Molotow behauptete später, dies sei ein «letzter Versuch» gewesen. «Wenn es uns gelungen wäre, den Krieg den Sommer über hinauszuzögern», erklärte er, «wäre es sehr schwierig gewesen, ihn im Herbst zu beginnen.»<sup>175</sup> Die Sowjetführung hatte durch Berichte von Botschafter Maiski, der die deutschen Truppenbewegungen an der sowjetischen Grenze weiterhin für einen Teil von Hitlers «Nervenkrieg» hielt, von den in London umgehenden Gerüchten erfahren.<sup>176</sup> Stalin hatte gehofft, durch die Veröffentlichung der TASS-Meldung ein ähnliches Dementi von deutscher Seite zu erwirken. Doch Berlin blieb stumm.<sup>177</sup>

Tatsächlich hatte der britische Nachrichtendienst, der lange überzeugt gewesen war, die deutschen Truppenbewegungen hätten den Zweck, Druck auf



Moskau auszuüben, inzwischen seine Meinung geändert, da er – verspätet – zu der Einsicht gelangt war, dass ein Angriff auf die UdSSR vorbereitet wurde.<sup>178</sup> Der Chef des diplomatischen Stabes im britischen Aussenministerium, Alexander Cadogan, konnte es kaum glauben, dass Hitler es vorzog, die Sowjetunion anzugreifen, anstatt seine Eroberungen auf dem Balkan auszunutzen, um die Briten in Nordafrika und im Nahen Osten anzugreifen. Gleichwohl bestellte er Maiski am 16. Juni zu sich, um ihm präzise und detaillierte Beweise für die drohende Gefahr zu übergeben. Maiski, den die Berichte tief beunruhigten, übermittelte die Informationen, wenn auch mit den üblichen Vorbehalten, um die Erwartungen der Sowjetführung zu erfüllen, nach Moskau.<sup>179</sup>

Dort nahm man die Informationen wie andere britische Warnungen mit Argwohn auf. Einer der letzten Hinweise auf den deutschen Angriff kam indessen von einem bewährten Freund, dem chinesischen Kommunistenführer Mao Tse-tung. Am 21. Juni notierte Georgi Dimitroff, der Generalsekretär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationalen (Komintern), in seinem Tagebuch, dass er ein Telegramm von Mao erhalten habe, in dem dieser ihm mitteile, dass Deutschland noch am selben Tag die Sowjetunion angreifen werde. Gerüchte über solch einen Angriff, schrieb Dimitroff weiter, würden sich häufen und kämen von allen Seiten. Er rief Molotow an, um sich zu erkundigen, welche Haltung die kommunistischen Parteien einnehmen sollten. Molotow antwortete, er werde mit «J(osef) W(issarionowitsch)» darüber sprechen.<sup>180</sup>

Er wusste, welche Antwort er erhalten würde. Stalin würde weiterhin alles abstreiten und bei seiner Haltung bleiben, dass er es besser wisse. Aufgrund der Struktur von Führung und Entscheidungsfindung in der Sowjetunion sowie der Furcht vor Anschuldigungen, die jede vermeintliche Opposition begleitete, war es schwer, Gegenargumente vorzubringen, geschweige denn, Stalin davon zu überzeugen, dass er Unrecht hatte. Deshalb verhielten sich die anderen Sowjetführer, entweder aus Überzeugung oder aus Bequemlichkeit, willfährig. Noch einen Tag vor dem deutschen Angriff kritisierte Berija in einem Schreiben an Stalin die immer eindringlicheren Warnungen eines seiner eigenen Gefolgsleute, des Botschafters in Berlin. Dekanosow, erklärte er, müsse abgelöst und bestraft werden, weil er ihn «ununterbrochen mit Desinformationen bombardiert, Hitler bereite angeblich einen Überfall auf die UdSSR vor». Jetzt habe er ihm mitgeteilt, «dass dieser Überfall morgen beginnen soll».<sup>181</sup>

Stalins grobe Reaktion, als eingetreten war, was er für Desinformation gehalten hatte, ist am Anfang dieses Kapitels zitiert worden. Die Heftigkeit seines Ausbruchs dürfte ein Zeichen für seine eigenen inneren Zweifel gewesen sein, die ihm sagten, dass er womöglich von Anfang an falsch gelegen hatte. Das Problem bestand darin, dass die Politik seiner Meinung gefolgt war. Und jetzt hatte er infolge seiner Fehleinschätzung keine Alternative anzubieten. Nachdem sich am 21. Juni um acht Uhr abends ein deutscher Deserteur, ein früherer Kommunist, in der Ukraine einem Grenzposten gestellt und erklärt hatte, Hitlers Truppen würden am nächsten Morgen angreifen, war Stalin wenigstens besorgt genug, um Schukows an alle Militärbezirke gesandte Weisung abzusegnen, alle Einheiten in Kampfbereitschaft zu versetzen. Doch das war viel zu wenig, und es kam viel zu spät. Und selbst jetzt noch dachte Stalin: «[...] vielleicht lässt sich die Sache noch friedlich regeln.»<sup>182</sup> Seine Illusionen wurden zerstört, als er am frühen Morgen des 22. Juni einen Anruf von Schukow erhielt. In allen Bereichen der Westfront hatte ein massiver Angriff begonnen. Der Krieg war da.

## VII

Stalin war sprachlos, als er die Neuigkeit erfuhr. Schukow hörte am Telefon lediglich seinen schweren Atem. Der Diktator gab nicht sofort Befehle für Gegenmassnahmen, sondern bestellte Schukow und Timoschenko in den Kreml. Auch die Politbüromitglieder wurden zusammengerufen. Die Besprechung, die unter den denkbar schlimmsten Umständen stattfand, begann um 5.45 Uhr Moskauer Zeit, gut eine Stunde nach Beginn der Invasion. Erstaunlicherweise vermutete Stalin, der Angriff sei möglicherweise von auf eigene Faust handelnden deutschen Offizieren als Provokation ausgelöst worden. «Hitler weiss einfach nichts davon», erklärte er. Stattdessen richtete sich seine Wut gegen Ribbentrop. Eine Zeitlang schloss er die Möglichkeit nicht aus, dass der Angriff den Zweck hatte, die Sowjetunion zur politischen Unterwerfung zu zwingen. Er wollte keine Aktionen der Roten Armee anordnen, bis er etwas aus Berlin gehört hatte.

Man setzte sich mit Schulenburg in Verbindung und bestellte ihn in den Kreml. Tatsächlich hatte er bereits selbst versucht, eine Begegnung mit Molotow zu vereinbaren. Als er eintraf, verlas er ein Telegramm, das er um drei Uhr

Berliner Zeit erhalten hatte. Darin hiess es, Deutschland habe sich gezwungen gesehen, «Gegenmassnahmen» gegen den Aufmarsch sowjetischer Truppen zu ergreifen. Schulenburg konnte «seine Niedergeschlagenheit über das unentschuld bare und unerwartete Vorgehen seiner eigenen Regierung» kaum verhehlen. Schockiert und wütend entgegnete Molotow, das sei ein «in der Geschichte beispielloser Vertrauensbruch». Dann ging er in Stalins Büro zurück, um zu verkünden, dass Deutschland der Sowjetunion den Krieg erklärt habe.<sup>183</sup>

Stalin nahm die Mitteilung schweigend auf. Er wirkte schockiert, müde und niedergeschlagen. Doch er raffte sich bald wieder auf. «Wir werden den Feind auf der ganzen Linie schlagen», erklärte er.<sup>184</sup> Zu diesem Zeitpunkt kannte er das ganze Ausmass der Katastrophe noch nicht. Er dachte noch, die Rote Armee könne das Blatt rasch wenden und den deutschen Invasoren eine vernichtende Niederlage beibringen. Durch die Weisung, die Timoschenko verfasste, von Stalin unterschreiben liess und um 7.15 Uhr an alle Militärbezirke durchgab, wurde die Rote Armee aufgefordert, «alle Kräfte und Mittel zu nutzen, um sich dem Feind, wo er die sowjetische Grenze verletzt hat, entgegenzuwerfen und ihn zu vernichten». Aber eine sowjetische Offensive wurde immer noch nicht angeordnet. «Bis weitere Befehle ergehen, werden Bodentruppen nicht die Grenze überqueren», lautete die Weisung. Unterdessen sollten die gegnerischen Flugzeuge am Boden zerstört und Bombenangriffe gegen Ziele geflogen werden, die Hunderte von Kilometern weit auf deutschem Territorium lagen.<sup>185</sup> In Wirklichkeit war zu diesem Zeitpunkt bereits ein grosser Teil der sowjetischen Luftwaffe ausgeschaltet worden. Die nächste, vierzehn Stunden später ergangene Weisung war nicht weniger unrealistisch, sah sie doch immer noch die Eroberung des Gebiets von Lublin vor – achtzig Kilometer innerhalb des deutsch besetzten Polen.<sup>186</sup>

Im Lauf des Tages wurde jedoch das ganze Ausmass der Katastrophe deutlich. Gegen Mittag wandte sich Molotow – nicht Stalin (der bedrückt und nicht imstande war, den Beginn des Krieges zu verkünden)<sup>187</sup> – an das sowjetische Volk. Mit leicht nervösem Zittern in der Stimme sprach er von einem «in der Geschichte der zivilisierten Nationen beispiellosen Akt der Heimtücke» und gab den Verlust von zweihundert Soldaten bekannt.<sup>188</sup> Er beendete die Ansprache, der die Sowjetbürger voller Furcht und Unglauben lauschten, während es in den Grenzgebieten Bomben hagelte, mit Stalins Worten: «Unsere

Sache ist gerecht, der Feind wird zermalmt werden, der Sieg wird unser sein.»<sup>189</sup> Stalin war unterdessen in Dauersitzungen damit beschäftigt, Erlasse und Weisungen zu verfügen und herauszufinden, wie weitgehend und erfolgreich der Angriff war. Erst als das Politbüro am Nachmittag um vier Uhr zusammentrat, wurde der ganze Ernst der Lage erkennbar. Timoschenko berichtete, die Wucht des deutschen Angriffs habe alle Befürchtungen übertroffen. Die sowjetische Luftwaffe und die Grenztruppen hätten schwere Verluste erlitten. Rund eintausenzweihundert Flugzeuge seien verloren gegangen, acht-hundert von ihnen am Boden zerstört worden. Die deutschen Truppen würden rasch ins Landesinnere vorstossen. Es schein fast unglaublich, aber Minsk, die Hauptstadt von Weissrussland, sei in Gefahr. Stalin hielt das für «unvorstellbar», brandmarkte die Invasion als «monströses Verbrechen» und erklärte wütend, dass Köpfe rollen würden.<sup>190</sup> Einer der Ersten, die es traf, war General Pawlow, der Oberkommandierende der Westfront, der zusammen mit drei anderen Frontkommandeuren binnen eines Monats hingerichtet wurde: An der Front, meinte Stalin, solle man «wissen, dass wir Defätisten erbarmungslos bestrafen werden». Insgesamt wurden acht Generäle als Sündenböcke für das Debakel exekutiert.<sup>191</sup>

Die Nachrichten von der Front verschlechterten sich Tag für Tag. Am 28. Juni trat ein, was Stalin für «unvorstellbar» gehalten hatte: der Fall von Minsk, nach dem der Weg nach Smolensk und Moskau frei war. Sage und schreibe 400'000 Soldaten waren in dem deutschen Kessel gefangen. In nicht mehr als einer Woche war die Wehrmacht rund fünfhundert Kilometer weit auf sowjetisches Territorium vorgestossen. Erst jetzt traf Stalin der Schock über die Geschehnisse mit ganzer Wucht. Zwei Tage lang zeigte er sich nicht im Kreml und war nicht erreichbar. In der Abgeschiedenheit seiner Datscha scheint er kurzzeitig einem Nervenzusammenbruch nahe gewesen zu sein. Schliesslich nahmen die Mitglieder seines inneren Kreises ihren Mut zusammen und führen aufs Land hinaus. Sie fanden ihn hager und in niedergeschlagener Stimmung vor. Die Ankunft seiner Gefolgsleute schien ihn nervös zu machen. Sollte er, wie später (wahrscheinlich übertrieben) behauptet wurde, wirklich gedacht haben, sie wären gekommen, um ihn für seine Fehler zur Rechenschaft zu ziehen und abzusetzen, so täuschte er sich gewaltig. Sie überredeten ihn vielmehr, in den Kreml zurückzukehren, nunmehr als Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR (GKO), einem kleinen Kriegskabinett mit weitreichenden Vollmachten. Am nächsten Tag, dem 1. Juli, war er wieder im

Kreml und hatte alle Fäden in der Hand. Zwei Tage später hielt er eine patriotische Rede an die Sowjetbürger und drohte mit der gnadenlosen Bestrafung von «Feiglingen, Deserteuren, Panikmachern».<sup>192</sup> Stalin hatte den Tiefpunkt seiner persönlichen Verarbeitung der Katastrophe überwunden.

Gleichwohl scheint der Kremlführer zur selben Zeit zusammen mit Molotow und Berija darüber nachgedacht zu haben, Fühler zu Hitler auszustrecken, um zu erfahren, zu welchen Bedingungen er die Invasion stoppen würde. Der Grundgedanke war, Zeit zu gewinnen, um militärisch wieder zu Kräften zu kommen. Man erwog die Abtretung beträchtlicher Gebiete an Deutschland, einschliesslich der baltischen Republiken, der Ukraine und Bessarabiens. Molotow sprach offenbar von einem zweiten Vertrag von Brest-Litowsk, das heisst von einer erneuten Amputation russischen Territoriums wie am Ende des Ersten Weltkriegs. Wenn Lenin zu einem solchen Schritt bereit gewesen war, so der Hintergedanke, dann konnten seine Nachfolger es ebenfalls tun – als geringeres Übel, um die Verluste zu beenden und um sich militärisch auf eine Zeit vorzubereiten, in der man das verlorene Land würde zurückgewinnen können. Laut der Nachkriegsdarstellung von General Pawel Sudoplatow, dem damaligen Leiter der Diversions- und Aufklärungsverwaltung des NKWD, erhielt er den Auftrag, den Vorschlag unter höchster Geheimhaltung in einem Moskauer Restaurant einem vertrauenswürdigen Mittelsmann, dem bulgarischen Botschafter Iwan Stamenow, zu übermitteln. Das Treffen fand zwar statt, aber Stamenow scheint gedacht zu haben, Sudoplatow erkundigte sich lediglich nach seiner Meinung, ob es sinnvoll wäre, Berlin diesen Vorschlag zu unterbreiten. Nach seiner Ansicht würde die Sowjetunion aufgrund ihrer Überlegenheit letztendlich die Oberhand gewinnen. Deutschland würde den Krieg verlieren. Damit versuchte der Bulgare vielleicht nur, seinem Gesprächspartner nach dem Mund zu reden, aber ob er nun missverstanden, was von ihm erwartet wurde, oder nicht, jedenfalls gab er den Vorschlag nicht weiter. Sudoplatow berichtete Berija darüber, und die Sache wurde in aller Stille fallengelassen.<sup>193</sup>

Laut Schukow erwog Stalin im Oktober 1941, kurz nachdem die Wehrmacht die sowjetische Frontlinie zerschmettert und in den grossen Kesseln bei Brjansk und Wjasma 673'000 Rotarmisten umzingelt hatte, noch ein zweites Mal, Friedenfühler auszustrecken.<sup>194</sup> Sollten solche Überlegungen tatsächlich angestellt worden sein, dürfte schiere Verzweiflung der Grund gewesen sein.

Doch die Geschichte erscheint ungläubwürdig, zu gering waren die Aussichten, dass Hitler seine kurz vor Moskau stehenden Truppen stoppen würde. Auf jeden Fall wurden keine Fühler ausgestreckt.

Moskau befand sich unterdessen in Sichtweite der deutschen Truppen. Die von zunehmender Panik ergriffenen Bewohner der sowjetischen Hauptstadt erlebten mit, wie sich die tiefste Krise in jenem krisengeschüttelten Jahr aufbaute. Als die Deutschen in der Nacht vom 14. auf den 15. Oktober die Hauptverteidigungslinie der Hauptstadt durchbrachen, stand nicht nur das Überleben Moskaus, sondern auch das des Sowjetstaats insgesamt auf dem Spiel. Das GKO ordnete die Evakuierung des grössten Teils der Regierung ins rund sechshundertfünfzig Kilometer südöstlich an der Wolga gelegene Kuibyschew an. Fabriken und Industrieanlagen wurden ebenso zur Sprengung vorbereitet wie die Moskauer U-Bahn. In diesen Massnahmen äusserte sich die Überzeugung der obersten Sowjetführung, dass die Stadt bald den Deutschen in die Hände fallen könnte.<sup>195</sup> Unter gewöhnlichen Moskauern begann das später so genannte «grosse Reissausnehmen», das heisst, sie stimmten zu Hunderttausenden mit den Füßen ab und verliessen die Stadt.<sup>196</sup> Möglicherweise ist ein Fünftel der Bevölkerung in Panik aus der Stadt geflohen.<sup>197</sup> Lenins einbalsamierter Leichnam wurde aus dem Mausoleum an der Kremllmauer entfernt und nach Osten abtransportiert, wo er insgeheim in einer ehemaligen zaristischen Schule eingelagert wurde.<sup>198</sup> Auch für Stalins Abreise aus der Stadt wurden Vorbereitungen getroffen. Seine Datscha ausserhalb wurde vermint, und sowohl ein Flugzeug als auch ein Sonderzug standen bereit, um ihn aus Moskau herauszubringen.<sup>199</sup> Von Berija zur vollständigen Verlegung der Regierung nach Kuibyschew gedrängt, stand Stalin vor einer weiteren grundlegenden Entscheidung. Laut einem späteren Bericht von Nikolai W. Ponomarjow, der 1941 als militärischer Verbindungs-offizier in Stalins Gefolge diente, wurde ihm am Abend des 16. Oktober gesagt, er solle sich auf die sofortige Evakuierung vorbereiten. Als man ihn zum Bahnhof fuhr, fand er auf dem Bahnsteig Stalins Leibwächter vor. Der Zug war bereit zur Abfahrt, doch Stalin tauchte nicht auf. Schukow, so scheint es, hatte ihn zum Verbleib in Moskau überredet.<sup>200</sup> Auf die Frage, was geschehen wäre, wenn Stalin sich anders entschieden hätte und nach Kuibyschew gegangen wäre, antwortete Molotow später: «Moskau hätte gebrannt.» Die Deutschen, fuhr er fort, hätten die Stadt einge-

nommen, die Sowjetunion wäre zusammengebrochen, und dies hätte zum Zerfall der Anti-Hitler-Koalition geführt.<sup>201</sup> Das war vielleicht eine allzu dramatische Spekulation. Aber durch seine Entscheidung, in Moskau zu bleiben, trug Stalin zweifellos erheblich dazu bei, die Moral in der Stadt und in der Sowjetunion insgesamt zu heben. Die Nachricht verbreitete sich rasch: Der starke Führer stehe weiterhin am Ruder und werde bei den Menschen in der Hauptstadt bleiben. Die unmittelbare Krise ebte ab. Die Panik löste sich ebenso schnell auf, wie sie entstanden war. Aber die Gefahr war noch nicht vorüber.

Erst die erfolgreiche Gegenoffensive der Roten Armee im Dezember 1941 sollte den deutschen Ansturm zum Stehen bringen. Zu diesem Zeitpunkt stand die Wehrmacht bereits vor den Toren Moskaus. Es war ein Wendepunkt. Nie wieder sollte die Gefahr so akut und so gross sein. Für die bisher so unwiderstehliche Wehrmacht stellte die Winterkrise vor Moskau ein Schlüsselmoment dar. Im Rückblick ist es nicht zu viel behauptet, in ihm den Anfang vom Ende des Dritten Reichs zu sehen. Die Sowjetunion hatte noch viele dunkle Tage zu überstehen, bis der Sieg errungen war. Als es am 8. Mai 1945 so weit war, lagen riesige Gebiete des Landes in Trümmern, und rund fünfundzwanzig Millionen Sowjetbürger hatten ihr Leben gelassen. Die Kosten von Stalins Entscheidung, es am besten zu wissen, waren gewaltig.

## VIII

Das Ausmass der Katastrophe war in der Geschichte ohne Beispiel. Und sie war die Folge einer Fehleinschätzung, die immer noch zu den grössten Irrtümern aller Zeiten zählt. Stalin hatte die deutschen Absichten bis zum Vorabend der Invasion falsch beurteilt. Von allen Seiten vorgebrachte Warnungen wurden ignoriert. Wer sie ernst nahm, wurde mit Geringschätzung gestraft. Stalin beharrte darauf, dass er Hitler besser verstand: Der deutsche Diktator würde angreifen, aber nicht jetzt. Seine oberste Priorität, glaubte er, war die ökonomische Ausbeutung der UdSSR. Das Beharren auf wirtschaftlicher Beschwichtigung beruhte auf diesem folgenschweren Fehltriteil.<sup>202</sup> Vorläufig, das hiess solange der Kampf im Westen nicht beendet sei, mutmasste Stalin weiter, könne Hitlers Priorität nicht in einem Krieg bestehen, sondern nur dar-

in, die Sowjetunion zu politischer Willfährigkeit zu zwingen. Diese würde Deutschland Vorteile für seine in Schwierigkeiten steckende Wirtschaft bringen und zudem den Druck auf den Westen erhöhen. Unterdessen würde die rasante sowjetische Aufrüstung weitergehen. Wenn Friedensverhandlungen stattfinden sollten, an denen die Sowjetunion selbstverständlich beteiligt wäre, müsste sie von einer Position der Stärke aus an ihnen teilnehmen können. Selbst als sich die Gefahrenzeichen mehrten, glaubte Stalin weiterhin, den Konflikt mit Deutschland während des Frühjahrs und Sommers 1941 verhindern zu können. Danach wäre es für einen Angriff in diesem Jahr zu spät. Und 1942 würde die Sowjetunion für Hitler bereit sein. Das war in seinen Grundzügen Stalins Gedankengang. Seine Überzeugung, dass er recht habe und alle warnenden Hinweise auf das Gegenteil Desinformationen oder grundsätzliche Fehlinterpretationen darstellten, verfestigte sich zusehends, und die seiner Autokratie zugrunde liegende Mischung aus Furcht, Unterwürfigkeit und Bewunderung schloss die Möglichkeit, dass ernsthafte Alternativen vorgeschlagen wurden, weitgehend aus, von ihrer Annahme ganz zu schweigen. Aber welche Alternativen wären dies gewesen? Welche Optionen gab es, die Katastrophe zu verhindern?

Molotow, damals Stalins rechte Hand, beharrte auf der Ansicht, dass alle Fehler, die begangen wurden, unvermeidlich gewesen seien.<sup>203</sup> Chruschtschow hingegen warf 1956 bei seiner Abrechnung dem toten Diktator Fehleinschätzungen und grobe Führungsfehler vor und machte dafür das willkürliche Handeln eines Mannes verantwortlich, der die totale Macht in Händen hielt.<sup>204</sup> Diese Personalisierung der Verantwortung entlastete bequemerweise diejenigen, die, einschliesslich von Chruschtschow selbst, Stalin applaudiert und seine Politik unterstützt hatten. Auch die Militärführung wurde reingewaschen, obwohl deren Mängel nicht vollständig Stalin angelastet werden können. Jüngere Forschungen haben Chruschtschows Einschätzung in Frage gestellt. Gleichwohl wird sein vernichtendes Urteil immer noch von vielen wiederholt. Auf Stalins reale Wahlmöglichkeiten wird selten eingegangen. Ein führender Forscher auf diesem Gebiet, der die historischen Quellen eingehend untersucht hat, ist dagegen zu dem Schluss gelangt, dass der deutsche Überfall die Sowjetunion hauptsächlich deshalb so unvorbereitet traf, weil sie «vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und vor allem des Grossen Vaterländischen Krieges keine wirklich positive Alternative» gehabt habe. Selbst aus



heutiger Sicht falle es schwer, «sich Alternativen vorzustellen, die Stalin [...] hätte verfolgen können».<sup>205</sup>

Offensichtlich ist, dass die Bandbreite der Optionen, die Stalin möglicherweise offengestanden hatten, im Lauf der Zeit rasch abnahm. Frühere Entscheidungen und das ihnen zugrunde liegende Denken hatten notwendigerweise zur Folge gehabt, dass sein Handlungsspielraum am Vorabend des deutschen Angriffs sehr begrenzt war. Einige Jahre zuvor wäre das freilich noch anders gewesen. Damals hatte er einen unverzeihlichen Fehler begangen, der seine späteren Handlungsmöglichkeiten erheblich einschränkte: Ohne Not hatte er 1937 die Dezimierung der Militärführung in Gang gesetzt, was unermesslich schädliche Folgen für den Aufbau effizienter Streitkräfte hatte, die fähig gewesen wären, der rasch zunehmenden Gefahr, die von Hitlers Deutschland ausging, zu begegnen. Die «Säuberungen» entsprangen reiner Paranoia. Sie hatten nicht nur eine gravierende Behinderung des künftigen Aufbaus der Streitkräfte zur Folge, sie hinterliessen bei Hitler und seinen Beratern auch den unauslöschlichen Eindruck einer geschwächten Roten Armee, und für Hitler war diese Schwäche eine Einladung, loszuschlagen, bevor die sowjetische Kriegsmaschinerie wiederhergestellt war. Er hielt den Sowjetdiktator schlicht für verrückt.<sup>206</sup> Indem sich Stalin dafür entschied, seine Heeresführung zu eliminieren, entfernte er den wichtigsten Machtpfeiler, den er in der späteren Krise als Rückgrat gebraucht hätte. So waren 1940/41 enorme Anstrengungen vonnöten, um das Militär in aller Eile wieder aufzubauen und zu bewaffnen. Aber man hatte zu viel an Boden verloren. Das Aufrüstungsprogramm konnte nicht vollendet werden, bevor die deutsche Bedrohung übermächtig wurde. Dass Stalin 1940/41 zu wenig militärischen Spielraum besass, war daher zu einem guten Teil auf die 1937/38 getroffene Entscheidung zurückzuführen, seine eigene Militärmacht zu untergraben – und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als Europa in Unruhe geriet, weil sich Deutschland mit Duldung der glücklosen westlichen Demokratien Österreich und einen grossen Teil der Tschechoslowakei einverleibte.

1939, als der Krieg in Europa drohte, stand Stalin vor einer zweiten höchst schwierigen Entscheidung. Sollte er sich mit den westlichen Demokratien verbünden, denen er zutiefst misstraute, oder mit dem nationalsozialistischen Deutschland, dem ideologischen Erzfeind? Diese Entscheidung erwies sich

wahrlich als schicksalhaft. Oben sind die nachvollziehbaren Gründe dargelegt worden, die Stalin im August 1939 bewogen, sich für einen Pakt mit Hitler zu entscheiden. Grossbritannien und Frankreich hatten wenig Neigung zu einem Bündnis mit der Sowjetunion erkennen lassen, und Stalin hielt die westlichen Motive für nicht weniger zynisch als Hitlers. Wenigstens würde ein Pakt mit Deutschland seinem Land eine Atempause verschaffen, und er eröffnete zudem die Aussicht, dass Deutschland und die Westmächte – letztlich zum Nutzen der Sowjetunion – einander im Kampf erschöpfen würden.

Über die Folgen, die es gehabt hätte, wenn der unwahrscheinliche Fall eingetreten wäre, dass sich Stalin mit dem Westen zusammengetan hätte, kann nur kontrafaktisch spekuliert werden. Hitlers Angriff auf Polen wäre riskanter gewesen. Und die Position derjenigen in Hitlers Umgebung, die vor den Konsequenzen eines europäischen Krieges gegen mächtige Gegner warnten, wäre gestärkt worden. Hitler hat die Mobilmachung gegen Polen einmal in letzter Minute verschoben, und vielleicht hätte ihn ein Dreierbündnis der UdSSR mit den Westmächten, also eine Neuauflage der antideutschen Koalition von 1914, zusätzlich abgeschreckt. Aber er hätte wohl weitergemacht und Polen trotzdem angegriffen.<sup>207</sup> Die westlichen Demokratien wären Polen wahrscheinlich dennoch nicht zu Hilfe geeilt.<sup>208</sup> In diesem Fall hätte sich die Sowjetunion vermutlich ebenfalls nicht in den Konflikt eingemischt, aber nach dem deutschen Sieg über Polen keinen Verbündeten, sondern einen Feind an seiner Grenze gehabt. Möglicherweise hätte Hitler die Sowjetunion dann früher angegriffen. Andererseits wäre sein grosser Westfeldzug im Frühjahr 1940 (der Stalins Kalkulationen so sehr durcheinanderbrachte) angesichts einer bedrohlich im Osten lauernenden feindlichen Sowjetunion wesentlich risikoreicher gewesen. Wer weiss, wie es ausgegangen wäre? Das Ratespiel könnte endlos weitergehen. Es gibt einfach zu viele Unbekannte in der Gleichung, um eine schlüssige Spekulation anstellen zu können.

Offensichtlich ist jedoch, dass Stalins ideologische Scheuklappen zu gross waren, um ihm im Sommer 1939 im Umgang mit dem Westen eine andere als eine passive Rolle zu erlauben.<sup>209</sup> Sicherlich unternahmen Grossbritannien und Frankreich in jenen Monaten wenig, um die «grosse Allianz» zustande zu bringen, die eine letzte Hoffnung hätte bieten können, Hitler doch noch aufzuhalten. Sich mit der verachteten und beargwöhnten Sowjetunion zusammenzutun, war für sie keine sehr anziehende Aussicht. Entsprechend lustlos führten sie,

als der europäische Krieg näherrückte, die Verhandlungen mit ihr. Aber auch die Sowjetunion war in der eigenen Passivität gefangen. Nachdrücklicher und entschlossener unternommene diplomatische Schritte vonseiten Stalins hätten möglicherweise, trotz des britischen und französischen Zögerns, den Weg zu einem neuen Dreierbund mit dem Westen geebnet. Zumindest hätten sie Hitler und der deutschen Führungsschicht zu denken gegeben. Doch Stalin begnügte sich damit, die Verhandlungen mit den westlichen Demokratien eine Weile treiben zu lassen, während die Kriegswolken immer dunkler wurden. Letztlich neigte sich die Waage aufgrund der Untätigkeit *beider* Seiten zugunsten der Option, die angesichts der damaligen sowjetischen Sicherheitsbedürfnisse am sinnvollsten zu sein schien, und die war der Pakt mit Hitler.

In Stalins Augen war der Vertrag ein grosser diplomatischer Coup. In Wirklichkeit war er für Deutschland nützlicher als für die Sowjetunion. Zwar konnte Letztere ihre Verteidigungslinie aufgrund territorialer Zugewinne nach Westen verschieben. Und durch die Beseitigung der akuten Bedrohung vonseiten Deutschlands gewann sie Zeit, die Rote Armee auszubauen und die Verteidigung vorzubereiten. Aber es reichte nicht aus. Der Wiederaufbau war mangelhaft. Und auch die Deutschen hatten Zeit erhalten, sich vorzubereiten, und zwar nicht nur militärisch, sondern auch durch die Ausweitung ihres diplomatischen Einflusses. Nachdem der Sieg über Frankreich das Machtgleichgewicht in Europa aus den Angeln gehoben hatte, konnte Hitler im Verlauf des Jahres 1940 seinen Einfluss auf die Länder im Donaubecken verstärken. Insbesondere die deutsche Vorherrschaft in Rumänien sowie Stalins und Molotows vergebliche Anstrengungen, zu verhindern, dass der Balkan im Süden und Finnland im Norden in Abhängigkeit von Deutschland gerieten, führten zu zunehmenden Spannungen, die beim Besuch von Molotow in Berlin im November 1940 beinahe mit Händen zu greifen waren. Unterdessen hatte Mussolinis Balkanabenteuer diese Region weiter destabilisiert. Und im folgenden Frühjahr zerstörte die deutsche Intervention in Jugoslawien und Griechenland die letzte sowjetische Hoffnung auf Einfluss in Südosteuropa (zudem trug sie zur Tarnung des «Unternehmens Barbarossa» bei, da Stalin nicht damit rechnete, dass Hitler unmittelbar nach den Eroberungen auf dem Balkan noch im selben Jahr gegen Osten losschlagen würde).<sup>210</sup> Die Sowjetunion war jetzt völlig isoliert. Die Türkei, das Tor zum Schwarzen Meer, blieb neutral,

auch wenn sie Grossbritannien relativ freundlich gegenüberstand. Andererseits war die UdSSR im Westen mehr oder weniger von unter deutschem Einfluss stehenden Ländern eingekreist. Der Pakt hatte ihr zwar kurzfristige Vorteile gebracht, aber auf Dauer hatte die von Deutschland ausgehende Gefahr erheblich zugenommen. Dass Stalin 1939 die richtige Wahl getroffen hat, kann daher mit Recht bezweifelt werden.

Zwischen August 1939 und Juni 1941 verfolgte Stalin, wie bereits dargelegt, einen gleichbleibenden politischen Kurs: einerseits unter Hochdruck aufzurüsten und andererseits Deutschland so weit wie möglich zu beschwichtigen. Er war nicht so naiv, zu glauben, dass der Konflikt mit Deutschland vermieden werden könnte. Er las die Abschnitte von *Mein Kampf*, die sich mit der Eroberung von «Lebensraum» im Osten befassen, und machte sich Auszüge. Aber er dachte, das Unglück liesse sich bis 1942 hinausschieben, und glaubte, Hitlers Absichten «lesen» zu können: die Sowjetunion zu politischer Unterwürfigkeit zu zwingen und eine Einigung mit Grossbritannien anzustreben, um dann und erst dann seine Aggression nach Osten zu richten. Stalin ging davon aus, Hitler handle mit der gleichen kalten, brutalen Rationalität, wie er selbst es getan hätte. Da er annahm, Deutschland würde vor einem Angriff ein Ultimatum stellen, rechnete er fest damit, Zeit gewinnen zu können. In der Zwischenzeit musste jede Provokation vermieden werden. Das war von Stalins Standpunkt aus umso wichtiger, als die Sowjetunion weiterhin mit der zusätzlichen, wenn auch geringeren Bedrohung aus dem Osten, durch Japan, konfrontiert war. Aber es machte ihn extrem vorsichtig.<sup>211</sup> Gab es eine Alternative zu dieser Politik?

Marschall Alexander M. Wassilewski, 1941 stellvertretender Leiter der Operativen Verwaltung des Generalstabs und von 1942 bis 1945 Generalstabschef und stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung,<sup>212</sup> hat viele Jahre später Stalins Kurs der Kriegsvermeidung um jeden Preis scharf kritisiert:

«Stalin begriff nicht, dass solch ein Kurs von einer bestimmten Grenze an nicht nur erfolglos, sondern auch gefährlich war. Man hätte eine solche Grenze korrekt festlegen, die Streitkräfte schnellstmöglich in volle Kampfbereitschaft versetzen, eine beschleunigte Mobilmachung durchführen und das Land in ein einziges Heerlager verwandeln sollen. Während man den bewaffneten Kon-

flikt aufschob, hätte man alle Arbeiten, die insgeheim getan werden konnten, erledigen und früher fertig stellen sollen. Es gab mehr als genug Beweise dafür, dass Deutschland einen militärischen Angriff auf unser Land plante [...]. Wir hatten aufgrund von Umständen, die wir nicht unter Kontrolle hatten, den Rubikon des Krieges erreicht, und es wäre notwendig gewesen, einen entschlossenen Schritt vorwärts zu tun.»<sup>213</sup>

Aufrüstung und Militarisierung wurden, wie gezeigt, 1940/41 tatsächlich unter Hochdruck vorangetrieben. Doch nach Wassilewskis Ansicht hätte weit mehr getan werden können, nämlich eine frühe und umfassende Mobilisierung der Streitkräfte, um sie in Kampfbereitschaft zu versetzen. Implizit sagte er damit, dass die Politik der Provokationsvermeidung einen Punkt erreicht hatte, an dem sie höchst gefährlich geworden war. Das Risiko eines früheren deutschen Angriffs als Reaktion auf eine volle Mobilmachung hätte man auf sich nehmen müssen. Denn «provoziert» worden wäre, was ohnehin geschah.<sup>214</sup>

Die Militärführer wussten zudem, dass sich die japanische Führung im Sommer 1940 für den Vorstoss nach Süden entschieden hatte. Deshalb konnte ein vorheriger Angriff von Japan aus dem Osten praktisch ausgeschlossen werden.<sup>215</sup> Anstatt die Deutschen über viele Monate ungestört ihre Kräfte sammeln zu lassen, hätte ein Abschreckungsmanöver den Angriff daher möglicherweise um wertvolle Monate des Sommers 1941 verschoben. Darüber hinaus hätte eine Demonstration sowjetischer Stärke das in der deutschen Führung vorherrschende Bild einer schwachen Roten Armee korrigiert. Stattdessen versteifte sich Stalin auf die Provokationsvermeidung und liess es wiederholt zu, dass deutsche Aufklärungsflugzeuge sowjetische Militäranlagen und Truppenstandorte fotografierten, die den Deutschen ihren Eindruck bestätigten, dass die Wehrmacht die Rote Armee überrollen würde.<sup>216</sup> Stalins Lage war sicher nicht beneidenswert. Aber die Provokationsvermeidung der Abschreckung vorzuziehen, war ein weiterer verhängnisvoller Fehler.

Bis zum Juni 1941 hatten sich die Optionen drastisch verringert. Wie erwähnt, erkannte Schukow später an, dass Stalins Ablehnung des Präventivschlagplans vom 15. Mai 1941 richtig gewesen war. Ihn umzusetzen hätte nur noch grösseres Unglück heraufbeschworen. Wie die Dinge lagen, war eine Grenzverteidigung kaum möglich, denn die Divisionen waren schlecht aufgestellt und die Befestigungen unfertig.<sup>217</sup> Hinzu kam, dass die militärischen Pla-

nungen von 1940/41 den deutschen Hauptvorstoss aus Südpolen, südlich der Pripjetsümpfe, erwarteten und dort im Juni 1941 der Grossteil der sowjetischen Truppen aufgestellt wurde. Doch der verheerende deutsche Angriff traf, für die Führung der Roten Armee völlig überraschend, die Mitte der Front, im Norden der Pripjetsümpfe, mit Richtung auf Minsk, Smolensk und Moskau.<sup>218</sup> Die sowjetische Militärführung hatte kollektiv eine – anschliessend von Stalin absegnete – katastrophale Fehlentscheidung getroffen.

Letzten Endes waren die Fehler im System einer extrem personalisierten Herrschaft begründet. «Stalin besass bei uns allen grösste Autorität, und niemand von uns hätte auch nur im Entferntesten an der Richtigkeit seiner Überlegungen und Lagebeurteilungen gezweifelt», bemerkte Schukow später.<sup>219</sup> In einem von Furcht und Kriecherei geprägten Klima, in dem die paranoiden Phobien eines Einzelnen, der Glaube an seine eigene Unfehlbarkeit, seine beschränkten militärstrategischen Kenntnisse und seine rücksichtslose Willkür entscheidende Strukturelemente des Systems geworden waren, konnte es kein Gegengewicht zu seinen bevorzugten Optionen geben. Speichelleckerei war auf allen Ebenen verbreitet. Das Politbüro übte sich im Kotau, ebenso die Militärs, und wenn Letztere Einwände erhoben, wurden sie übergangen. Dass sich der Sowjetdiktator nur eine Woche vor dem Angriff weigerte, dem Ersuchen seiner Kommandeure nachzukommen, Truppen in Kampfbereitschaft zu versetzen und in bessere Verteidigungsstellungen zu verlegen, war symptomatisch für ein unvernünftiges System.

Stalins verzweifelter, unflätiger Ausbruch wenige Tage nach dem Angriff, der am Anfang dieses Kapitels zitiert wurde, ist nachvollziehbar. In ihm kam sein eigenes Gefühl zum Ausdruck, dass die sowjetische Führung kollektiv und er persönlich einer verhängnisvollen Fehleinschätzung erlegen waren. Letztlich liessen sich seine Optionen, trotz aller Selbsttäuschung und Illusion, auf eine einfache Alternative reduzieren: Sollte er alles Denkbare tun, um die Sowjetunion auf einen Krieg mit Deutschland im Jahr 1941 (der objektiv nicht auszuschliessen war) vorzubereiten, oder sollte er auf seiner Überzeugung bestehen (und ihre Risiken auf sich nehmen), dass der Konflikt bis 1942 verschoben werden konnte? Seine Antwort kennen wir. Es war tatsächlich eine schicksalhafte Entscheidung. Dennoch war der Weg dorthin alles andere als geradlinig. Selbst aus der Distanz ist es unmöglich, mit Gewissheit zu sagen, welche

## MOSKAU, FRÜHJAHR UND SOMMER 1941

Abzweigung an den Hauptkreuzungen am vorteilhaftesten gewesen wäre. Was sich sagen lässt, ist, dass die Entscheidungen, die Stalin getroffen hat, in die Katastrophe führten. Die erstaunliche Befreiung aus diesem Desaster ist eine andere Geschichte.

## Washington, Sommer und Herbst 1941

*Roosevelt beschliesst, einen unerklärten Krieg zu führen*

*Wenn er die Frage von Frieden und Krieg vor den Kongress bringen würde, würde man drei Monate lang darüber debattieren. Der Präsident habe gesagt, er werde Krieg führen, ohne ihn zu erklären, und dass er zunehmend provokativer auftreten werde [...] Er werde nach einem «Zwischenfall» Ausschau halten, der die Eröffnung von Feindseligkeiten rechtfertigen würde.*

Churchills Bericht über Bemerkungen Roosevelts, 19. August 1941

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 hob den sich herausbildenden weltweiten Krieg auf eine andere Ebene. Neue Hoffnung für die westlichen Alliierten mischte sich mit neuen Ungewissheiten. Die Regierung Roosevelt musste ihre strategischen Optionen überdenken. Deutschland führte jetzt einen Zweifrontenkrieg. Nachdem es im Frühjahr 1941 den Balkan unter seine Kontrolle gebracht hatte, befürchteten Grossbritannien und die Vereinigten Staaten einen Grossangriff in Nordafrika und im Mittelmeer. Stattdessen entschied sich Hitler für den Angriff auf die Sowjetunion. Eine Niederlage Grossbritanniens – die auch die Verteidigung der Vereinigten Staaten in Mitleidenschaft gezogen hätte – durch eine Landungsoperation, die im Sommer 1940 drohte und noch im Frühjahr 1941 eine reale Möglichkeit zu sein schien, war sehr unwahrscheinlich geworden. Und ein neuer, mächtiger, wenn auch für die westlichen Partner unbequemer Verbündeter war gezwungen, in die Arena zu steigen, um sich gegen Hitler zu verteidigen. All dies bot zu einem Zeitpunkt, als die Aussichten des Krieges düster geworden waren, Anlass für Optimismus.

Aber es gab auch grosse Ungewissheiten. Zuerst und vor allem: Würde die Sowjetunion dem Ansturm der Wehrmacht standhalten? Das amerikanische Aussenministerium teilte Präsident Roosevelt mit, dass Hitlers Truppen die UdSSR nach seiner Ansicht in einem Zeitraum von höchstens drei Monaten



erobern würden. In sechs bis acht Wochen, schätzte man, werde Hitlers Ostfeldzug vorüber sein. Danach könne Hitler seine Kräfte nach Westen werfen. Die Invasion Grossbritanniens sei nur vorübergehend aufgeschoben.<sup>1</sup> Nach einem Sieg über die Sowjetunion, wenn Hitler praktisch Herr über ganz Kontinentaleuropa wäre, würde eine Invasion vielleicht sogar überflüssig sein, da Grossbritannien dann ohnedies zu Verhandlungen gezwungen wäre. Auf jeden Fall war die Frage, wie die Vereinigten Staaten auf die veränderten Umstände reagieren sollten, nicht leicht zu beantworten.

In Grossbritannien zögerte ein über die neue Entwicklung hochehreurer Churchill keinen Augenblick, der Sowjetunion als ersten Schritt auf dem Weg zum vollgültigen Militärbündnis die Hilfe seines Landes zuzusagen. Ideologische Differenzen wurden den praktischen Notwendigkeiten untergeordnet (auch wenn Churchill hinter der öffentlichen Geste lediglich begrenzte Hilfsmassnahmen vorschwebten mit dem Ziel, die Sowjetunion im Krieg zu halten).<sup>2</sup> Grossbritannien hatte durch ein solches Bündnis im Kampf gegen Hitler nichts zu verlieren und alles zu gewinnen. Für die Vereinigten Staaten sah das Bild weniger klar aus. Der Antikommunismus war dort nicht nur weit verbreitet, sondern auch tief verwurzelt. Nicht allein unter Isolationisten dachten viele, dass es keine schlechte Sache wäre, wenn sich Nazis und Bolschewisten gegenseitig im Kampf erschöpften und die grössten Schäden zufügten, ohne dass eine amerikanische Beteiligung an dem Konflikt nötig würde. Da keine von beiden Seiten für die Amerikaner eine direkte Bedrohung darstellte, war ihnen auch ein Bündnis mit Stalin nicht so wichtig wie den Briten. Auf jeden Fall sprach, angesichts von Hitlers binnen weniger Wochen erwartetem Sieg im Osten, kaum etwas dafür, der Sowjetunion Waffen und Ausrüstung zu schicken, die man dringend für die eigene Verteidigung brauchte. Sie würden zudem nicht rechtzeitig genug eintreffen, um den Ausgang des Konflikts zu ändern, und bei der absehbaren Niederlage der Sowjetunion bloss den Deutschen in die Hände fallen. Eine vernünftigeren Strategie würde es sein, im anschliessenden Kampf, wenn sich Hitler wieder dem Westen zuwandte, im Rahmen der Verteidigung der Vereinigten Staaten die Chancen Grossbritanniens zu vergrössern.<sup>3</sup> Eine Option bestand also darin, einfach abzuwarten und zu sehen, wie sich der Krieg in der Sowjetunion entwickelte, bevor man irgendetwas unternahm.

Ungewiss war auch, wie Japan auf die dramatische Wende der Ereignisse reagieren würde. Die Amerikaner hatten den enormen Vorteil, dass sie die Funksprüche aus Tokio an die japanische Botschaft in Washington mitlesen konnten (dank der MAGIC genannten Entschlüsselungen des abgefangenen japanischen Funkverkehrs) und daher wussten, was die japanische Führung dachte.<sup>4</sup> Roosevelts Ratgeber waren im Bild über die in Tokio geführte scharfe Auseinandersetzung in der Frage, ob man umgehend seinen Nutzen aus dem deutschen Angriff ziehen sollte, indem man seinerseits die Sowjetunion von Osten her angriff (wie es Aussenminister Matsuoka forderte), oder ob an der vorher beschlossenen Strategie des Südvorstosses festzuhalten sei. Die Überlebenschancen der Sowjetunion wären sicherlich geschmälert worden, wenn sie neben Hitlers im Westen anstürmenden Truppen auch noch einen Angriff im Osten hätte abschlagen müssen. Dies wiederum würde in Washington die Bereitschaft zu Hilfsleistungen für Stalin eher gemindert haben. Anfang Juli erfuhren die politischen Entscheidungsträger in Washington durch MAGIC jedoch, dass die japanische Führung den Südvorstoss bestätigt hatte und keinen Schlag gegen die UdSSR plante, jedenfalls so lange nicht, bis sie sicher war, dass Hitler den endgültigen Sieg errungen hatte. Damit waren die Chancen der Sowjetunion, durchzuhalten, deutlich gestiegen.

Gleichwohl musste der aktuelle japanische Expansionskurs in Südostasien früher oder später zu einem Zusammenstoss mit den Vereinigten Staaten führen. Obwohl Roosevelt immer noch hoffte, Japan im Zaum halten zu können, um sich ganz der, wie er meinte, grösseren Gefahr jenseits des Atlantiks widmen zu können, war die Frage, was er im Pazifik tun sollte, dringlicher geworden. Am 1. Juli schrieb er Innenminister Ickes, es sei «enorm wichtig für die Kontrolle über den Atlantik, dass [er und seine Regierung] mithelfen, den Frieden im Pazifik zu bewahren». Er verfüge einfach nicht über genügend Schiffe, «und jede Episode im Pazifik bedeutet weniger Schiffe im Atlantik».<sup>5</sup>

Am nächsten Tag trafen die Japaner die Entscheidung, ihren Kurs nicht zugunsten der Nordoption zu ändern, sondern, wie bisher geplant, nach Süden vorzustossen. Durch MAGIC über Tokios Pläne informiert, drängten die Falken in seiner Regierung Roosevelt, der japanischen Kriegslust Einhalt zu gebieten. Am 10. Juli liess der Prädident die Briten wissen, er werde «sogar mehrere Embargos sowohl ökonomischer als auch finanzieller Art verhängen», falls Japan «irgendeinen offenen Schritt» in Südostasien unternehme.<sup>6</sup>

Dieser Schritt war dann der japanische Einfall ins südliche Indochina am 24. Juli. Noch vor Ende des Monats wurden sämtliche japanischen Guthaben in den Vereinigten Staaten eingefroren und die für den Aufbau der «grossostasiatischen Wohlstandssphäre» so unerlässlichen Erdöllieferungen nach Japan unterbunden. Das Kräfte messen im Pazifik hatte begonnen.

Fürs Erste wenden wir uns jedoch von Japan ab, um zu betrachten, wie Roosevelts Regierung – unter den veränderten Umständen nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion – auf die vom Krieg in Europa ausgehende und nach Washingtoner Ansicht grössere Gefahr reagierte. Roosevelts grundlegendes Dilemma hatte sich im Gegensatz zu den Umständen nicht verändert. Er stand immer noch vor dem Problem, wie er Grossbritannien (und jetzt auch, was er für dringend erforderlich hielt, der Sowjetunion) so viel Hilfe wie möglich zukommen lassen konnte, ohne die Vereinigten Staaten in den Krieg zu verwickeln. Für Hilfsleistungen genoss er die Unterstützung der meisten Amerikaner, für einen Kriegseintritt dagegen nicht.

Aktuell stellte sich die Frage, ob durch eine Ausweitung des Leih- und Pachtverfahrens auch der Sowjetunion materielle Hilfe geleistet werden sollte. Obwohl keine sofortige Entscheidung gefällt wurde, ergriff man Massnahmen, um sowjetische Bestellungen zu erfüllen, und im November erhielt die Sowjetunion tatsächlich das Recht, das Leih- und Pachtverfahren zu nutzen.<sup>7</sup> Eine zweite, wesentlich gefährlichere Frage war, wie man sich als neutraler Staat zur «Atlantikschlacht» verhalten sollte. In diesem Zusammenhang nahm Roosevelts Dilemma immer schärfere Konturen an. Es hatte wenig Sinn, Güter für Grossbritannien bereitzustellen, wenn sie doch bloss auf dem Boden des Atlantiks landeten. Aber die lebenswichtigen Lieferungen vor den deutschen U-Booten zu schützen, würde bedeuten, das offensichtliche und zunehmende Risiko einzugehen, in den Krieg hineingezogen zu werden. Angesichts der nach wie vor vernehmlichen isolationistischen Lobby, der lautstarken Öffentlichkeitskampagne von «America First» und der Stärke der Opposition im Kongress fühlte sich Roosevelt gezwungen, den schwierigen Balanceakt fortzusetzen.

Bei mehr als einer Gelegenheit deutete der Präsident an, dass er einen Zwischenfall herbeisehne, der ihn aus seiner Zwickmühle befreien würde. Doch als es im Herbst tatsächlich zu Zwischenfällen kam, scheute er davor zurück,

sie zum Anlass zu nehmen, um die Vereinigten Staaten zum vollgültigen Kriegsteilnehmer zu machen. Entgegen der Ansicht seiner damaligen und späteren Kritiker, er hätte geradezu nach einer Gelegenheit gesucht, sein Land in den Krieg zu führen, lässt sein Handeln darauf schliessen, dass er dies so lange wie möglich vermeiden wollte, während er gleichzeitig erkannte, dass die amerikanische Kriegsteilnahme früher oder später unvermeidlich sein würde. Auf jeden Fall war ihm klar, dass er so gut wie keine Chance hatte, vom Kongress eine Kriegserklärung zu erhalten. Aber obwohl nur der Kongress einen Krieg erklären kann, stattet die Verfassung der Vereinigten Staaten, wie Roosevelt sehr wohl wusste, den Präsidenten in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Streitkräfte mit weit reichenden Vollmachten aus, die es ihm erlauben, auch ohne formale Erklärung Krieg zu führen. Frühere Präsidenten hatten diese Vollmachten genutzt, und spätere sollten es ebenfalls tun. Roosevelt liess sich verfassungsrechtlich bestätigen, dass er die Vollmacht besass, die Marine «in jeder Weise, die ihm angemessen erscheint», im nationalen Interesse aufzustellen – also auch in einem «unerklärten Krieg» mit Hitlers U-Booten im Atlantik.<sup>8</sup>

Während sich der Krieg in den vorangegangenen zwölf Monaten ausgeweitet hatte, waren Roosevelts Optionen begrenzter geworden. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion sah er sich erneut mit der unausweichlichen Logik der Entscheidungen konfrontiert, die er früher getroffen hatte, um Grossbritannien zu unterstützen. Gewiss hätte er die Ausweitung des Leih- und Pachtabkommens auf die Sowjetunion ablehnen können. Er stand nicht unter dem Druck der Öffentlichkeit, die forderte, Stalin zu Hilfe zu eilen. Und zumindest in den ersten Wochen nach dem deutschen Angriff gab es unter seinen Beratern unterschiedliche Ansichten über den Nutzen von Hilfsleistungen. In dieser Frage übernahm er selbst die Führung und drängte darauf, Russland zu helfen. Das war nicht nur ein logischer Schritt, sondern auch einer von grundlegender Bedeutung, der im Lauf der Zeit erheblich dazu beitragen sollte, den Sieg der Alliierten zu sichern. Was die Hilfe für Grossbritannien anging, hätte sich der Präsident, selbst wenn er es gewollt hätte (was er nicht tat), den Konsequenzen der am Anfang des Jahres getroffenen Entscheidung über das Leih- und Pachtverfahren nicht so leicht entziehen können. Nur wenn Grossbritannien nach einem raschen deutschen Sieg im Osten von Hitlers Truppen erobert

und zur Kapitulation gezwungen worden wäre, hätte Roosevelt die Leih- und Pachthilfe beenden und die Unterstützung der britischen Kriegsanstrengung aufgeben können. Aber da bald optimistischere Anzeichen für eine ausdauernde sowjetische Gegenwehr zu erkennen waren, konnte man durch eine verstärkte Unterstützung Grossbritanniens (und der Sowjetunion) nur gewinnen.

Die unvermeidliche Folge davon waren, wie bereits erwähnt, zunehmende Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland im Atlantik sowie das akute Problem für den Präsidenten, wie er innenpolitisch in der Frage des bewaffneten Geleitschutzes für Konvois vorgehen sollte. Da er, welche Schritte er auch unternehmen würde, nicht vorhatte, den Kongress um eine Kriegserklärung zu ersuchen und das Risiko einer nahezu sicheren Abstimmungsniederlage einzugehen, welche die Öffentlichkeit spalten und jede Hoffnung auf nationale Einigkeit zerstören würde, blieb ihm nur die Option, die im vorangegangenen Jahr begonnene Politik fortzusetzen: im Kampf gegen Hitler alles unterhalb der Kriegsschwelle – «short of war» – zu tun. Aber «short of war» bedeutete mittlerweile «unerklärten Krieg», bis hin zu bewaffneten Zusammenstößen im Atlantik, die sich trotz des Zustands der Nichtkriegführung, der formal die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland kennzeichnete, zu einem unbeschränkten Konflikt ausweiten konnten. Roosevelts Wahlmöglichkeiten im Sommer und Herbst 1941 waren also auf eine einzige Option geschrumpft, die ihm durch seine früheren Entscheidungen und die entstandene strategische Konstellation aufgezwungen wurde: immer weiter auf die Schwelle des Kriegseintritts zuzugehen, ohne sie zu überschreiten.

## 1

In seiner eindrucksvollen Rede am Abend des 22. Juni 1941 – die auch Millionen von Amerikanern hörten – hatte Churchill ausdrücklich die Schicksale der Sowjetunion, Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten im Kampf gegen Hitlerdeutschland miteinander verknüpft. Hitlers Überfall auf die Sowjetunion, hatte er festgestellt, sei «nichts anderes als der Auftakt zur Invasion der britischen Inseln». Zweifellos hoffe Hitler, dass ihm all dies gelingen werde, «noch ehe Flotte und Luftmacht der Vereinigten Staaten auf dem Schauplatz

erscheinen». Sollte die Landung in Grossbritannien stattfinden, warnte Churchill die Welt, wäre alles für den Schlussakt bereit, «die Unterwerfung der westlichen Hemisphäre unter seinen Willen und sein System». Die Schlussfolgerung lag auf der Hand: «Die Gefährdung Russlands ist daher unsere eigene Gefährdung und die Gefährdung der Vereinigten Staaten, und der Kampf jedes Russen für Heim und Herd ist der Kampf aller freien Menschen und aller freien Völker in allen Teilen der Welt.»<sup>9</sup>

Roosevelt dachte ähnlich, auch wenn er weniger entschlossen handelte. Am 23. Juni stellte Sumner Welles in einer sorgfältig formulierten (allerdings unverbindlichen) und vom Präsidenten abgesegneten Verlautbarung fest, dass «jede Vereinigung der Kräfte, die, aus welchen Gründen auch immer, den Hitlerismus ablehnen», der Verteidigung und Sicherheit der Vereinigten Staaten nutze. Die Erklärung schloss mit der Bestätigung der seit Langem gültigen Auffassung der amerikanischen Regierung, dass «Hitlers Armeen [...] heute die Hauptbedrohung für Amerika» darstellten.<sup>10</sup> Aber sie enthielt nichts Konkretes. Roosevelt äusserte sich handfester, als er am nächsten Tag in einer Pressekonferenz zu Welles' Erklärung Stellung nahm. «Selbstverständlich», versicherte er, «werden wir Russland alle Hilfe leisten, die uns möglich ist.»<sup>11</sup> Er gab bisher eingefrorene sowjetische Geldmittel in den Vereinigten Staaten frei – insgesamt rund vierzig Millionen Dollar – und zeigte sich zur Hilfe bereit, merkte jedoch an, dass er nicht wisse, was benötigt werde. Von besonderer Bedeutung war Roosevelts Erklärung vom 26. Juni, sich nicht zu Ungunsten der Sowjetunion auf das Neutralitätsgesetz berufen zu wollen. Das hiess, dass der Hafen von Wladiwostok im Fernen Osten der UdSSR eine wichtige Lebensader für amerikanische Schiffslieferungen bleiben würde.<sup>12</sup>

Es wies alles in die richtige Richtung. Aber es war nicht mehr als ein verhaltener Anfang. Die Militärberater des Präsidenten befürworteten einen forscheren Kurs. Kriegsminister Stimson hatte Roosevelt am 23. Juni, einen Tag nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, ein Memorandum vorgelegt, in dem er die Vorstellungen der führenden Militärstrategen seines Ministeriums, einschliesslich von Heeresstabschef George Marshall, zusammenfasste. Der deutsche Angriff, schrieb er, sei «gewissermassen eine glückliche Fügung», die den Vereinigten Staaten eine kurze Atempause verschaffe, in der sie ihre Schritte «auf dem atlantischen Schauplatz mit grösster Energie voranbringen» könnten. Dies sei die beste Art, «Grossbritannien zu helfen, Deutsch-

land abzuschrecken und [die] eigene Verteidigungsposition gegen die akuteste Bedrohung zu stärken». Die Atempause würde zwischen einem und drei Monaten dauern. Deshalb dürfe man nicht zögern, die Initiative zu ergreifen.<sup>13</sup> Marineminister Knox pflichtete Stimson bei. Er schrieb dem Präsidenten am selben Tag, er sehe eine Gelegenheit, die man nicht versäumen dürfe, «Deutschland wirkungsvoll zu schlagen» – «je eher, desto besser». Der Präsident dürfe keine Zeit verlieren, die psychologische Gelegenheit zu ergreifen und Eskorten für Schiffe zuzulassen. Der Operationschef der Marine, Admiral Stark, fiel ebenfalls in den Chor ein: Mit Zustimmung von Knox forderte er, sofort mit der Organisation von Geleitzügen im Atlantik zu beginnen. Er war sich bewusst, dass dies die Vereinigten Staaten «fast sicher in den Krieg verwickeln» würde, hielt aber jeden Tag, den der amerikanische Kriegseintritt hinausgezögert wurde, für gefährlich.<sup>14</sup>

Aber Roosevelt blieb bei seiner Politik, «bedächtig zu eilen».<sup>15</sup> Stimson war nicht zum ersten Mal enttäuscht, dass der Präsident, wie er es sah, nicht in den sauren Apfel beißen wollte. Nach seiner Ansicht hatten die Vereinigten Staaten die Richtung verloren, während Hitlers Truppen im Osten spektakuläre Erfolge erzielten. Am 2. Juli notierte er für ihn erstaunlich pessimistisch: «Insgesamt sehe ich das Problem heute Abend deutlicher als jemals zuvor. Die Frage ist, ob dieses Land fähig ist, mit solch einem Notfall fertigzuwerden. Zum eigentlichen Problem wird immer mehr, ob wir wirklich mächtig und ernsthaft und entschlossen genug sind, den Deutschen entgegenzutreten.»<sup>16</sup>

Zu den Falken zählte wie üblich auch Innenminister Ickes. Am 23. Juli schrieb er Roosevelt: «Es mag schwierig sein, auf die richtige Weise in diesen Krieg einzutreten, aber wenn wir es nicht tun, werden wir, wenn wir so weit sind, nirgendwo auf der Welt einen Verbündeten haben.»<sup>17</sup> Ickes schlug ein Erdölembargo gegen Japan vor. Dies würde sicherlich auf allgemeine Zustimmung stossen und praktisch den Kriegseintritt bedeuten, ohne dass man sich dem Verdacht aussetze, als Verbündeter des «kommunistischen Russland» zu handeln.<sup>18</sup> Doch der zu erwartende Widerstand gegen Hilfsleistungen für das «kommunistische Russland» machte Roosevelt vorsichtig. Bevor er sich festlegte, wollte er die öffentliche Meinung auf die Probe stellen. Der Test hatte das vorhersehbare zwiespältige Ergebnis. Die Isolationisten konnten jubeln. Ein Senator sprach für viele, als er sagte: «Es ist ein Kampf unter Gleichen. Stalin hat ebenso blutige Hände wie Hitler. Ich glaube, dass wir keinem von beiden helfen sollten.

Wir sollten uns um unsere eigenen Angelegenheiten kümmern, wie wir es schon die ganze Zeit hätten tun sollen. Die ganze Sache zeigt die völlige Instabilität europäischer Bündnisse und unterstreicht die Notwendigkeit, uns herauszuhalten.»<sup>19</sup> Auch fanatisch antikommunistische Katholiken lehnten jede Hilfe für Stalins atheistisches Regime ab. Dennoch waren, laut Meinungsumfragen, nur wenige Amerikaner für einen Sieg der Nationalsozialisten in dem in Osteuropa tobenden erbitterten Kampf. Und bedeutende Nachrichtenorgane erkannten an, dass es im amerikanischen Interesse liege, trotz der Ablehnung des Kommunismus, die Sowjetunion nach Kräften zu unterstützen.<sup>20</sup>

Roosevelt musste herausfinden, was die Sowjetunion brauchte, ob man es liefern konnte und ob es aufgrund eines schnellen deutschen Sieges nicht vergeblich wäre.<sup>21</sup> Er glaubte weit mehr als seine Militärberater nicht an einen weiteren raschen Sieg. Einer derjenigen, die seinen Optimismus trotz der verheerenden Vorstöße der deutschen Wehrmacht nährten, war der ehemalige Botschafter in Moskau, Joseph E. Davies, der jetzt als Cordell Hulls Sonderberater für vom Krieg aufgeworfene Probleme und Politikfragen im Außenministerium tätig war. Davies hatte sich von Anfang an für die Unterstützung der Sowjetunion eingesetzt. «Dieser Angriff», hatte er am 7. Juli über ein Gespräch mit Sumner Welles notiert, «ist in meinen Augen als Umbruch in der Lage der nichtangreifenden Staaten ein wahres Gottesgeschenk, und der Widerstand der Sowjets muss auf jede nur mögliche Art angespornt werden.»<sup>22</sup> In einem wenige Tage später verfassten Memorandum führte er auf der Grundlage seiner umfangreichen Erfahrungen in der Sowjetunion aus, dass Stalin sich, sollte Hitler Weissrussland und die Ukraine erobern, wahrscheinlich hinter den Ural zurückziehen und den Kampf von dort aus «noch eine ganze Weile» fortsetzen werde. Daher sei es sinnvoll, ihn wissen zu lassen, «dass unsere Haltung in der festen Entschlossenheit besteht, Hitler müsse geschlagen werden, und dass unsere geschichtliche Freundschaft für Russland noch vorhanden ist».<sup>23</sup> Es gelte zudem zu verhindern, dass sich Stalin erneut auf Verhandlungen mit Hitler einlasse.

Binnen einer Woche nach dem deutschen Angriff wurden erste Anfragen in Moskau gestellt, welche Güter denn benötigt würden. Wenig später wurde in Washington ein Komitee gebildet, das die sowjetischen Bestellungen bearbeiten sollte. Von der Anwendung des Leih- und Pachtgesetzes war zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Rede. Man ging von Verkäufen aus, nicht von Spen-



den. Allerdings erwog man eine Kreditlaufzeit von fünf Jahren oder den Tausch gegen sowjetische Rohstoffe. Tatsächlich war die sowjetische «Einkaufsliste», die der US-Regierung am 18. Juli vorgelegt wurde, gewaltig. Sie umfasste unter anderem 6'000 Flugzeuge, 20'000 Flugabwehrgeschütze sowie industrielle Anlagen und Ausrüstungen im Wert von rund 50 Millionen Dollar. Aber die Liste war nicht nur überaus beeindruckend, sie wurde auch von einem Apparat bearbeitet, der keineswegs so effizient war, wie es die Schaffung des Komitees für die Bearbeitung der sowjetischen Bestellungen hatte vermuten lassen. Saumseligkeit und Koordinationsmangel in dem halben Dutzend beteiligter Regierungsstellen führten zu ärgerlicher Uneffektivität. Anfang August sprach der Präsident ein Machtwort, indem er darauf hinwies, dass in fast sechs Wochen kaum etwas geschehen sei, um das sowjetische Ersuchen zu erfüllen. Die Russen müssten das Gefühl haben, «von den Vereinigten Staaten an der Nase herumgeführt zu werden».<sup>24</sup> Für Ickes war diese Intervention – die sich hauptsächlich gegen das Aussen- und das Kriegsministerium richtete – «eine der heftigsten Standpauken», die er jemals gehört hatte. Roosevelt wusste nur zu gut, dass die Hindernisse überwunden und die Hilfslieferungen beschleunigt werden mussten, wenn man der Roten Armee helfen wollte, bis zum Herbst durchzuhalten. Ab Oktober würden ihr dann Regen und Schnee zu Hilfe kommen und ihr die dringend benötigte Atempause vom Ansturm der Wehrmacht verschaffen. «Es war an der Zeit, einige Risiken auf sich zu nehmen», fand der Präsident.<sup>25</sup>

Einen Tag nach Roosevelts Wutausbruch, am 2. August, gab das Aussenministerium zu Protokoll, «dass die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen hat, die Sowjetunion durch jede praktikable wirtschaftliche Hilfe in ihrem Kampf gegen die bewaffnete Aggression zu stärken».<sup>26</sup> In Wirklichkeit fielen die ersten Hilfslieferungen eher bescheiden aus. Im Juli waren lediglich Waren im Wert von 6,5 Millionen Dollar in die Sowjetunion verschifft worden. Bis Anfang Oktober waren es auch nicht mehr als insgesamt 29 Millionen. In der Realität musste die Sowjetunion ihren Überlebenskampf gegen die deutschen Invasoren bis zum Herbst 1941 mit allenfalls als geringfügig zu bezeichnender Unterstützung der Vereinigten Staaten führen.<sup>27</sup>

Neuer Schwung kam in Hilfslieferungen für die Sowjetunion, als Anfang Juli Roosevelts enger Vertrauter und persönlicher Abgesandter Harry Hop-

kins, zugleich Leiter des Leih- und Pachtprogramms, nach Moskau reiste. Später ist dieser Besuch als «einer der bedeutendsten und wertvollsten Missionen des gesamten Krieges» bezeichnet worden.<sup>28</sup> Er ging auf eine Anregung von Hopkins selbst zurück, die Roosevelt sofort unterstützte (und auch von Sumner Welles im Aussenministerium gutgeheissen wurde). Tatsächlich hatte Hopkins eine solche Mission bereits drei Tage nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion vorgeschlagen, und Roosevelt hatte binnen vierundzwanzig Stunden seine Zustimmung signalisiert. Russland zu unterstützen, war für den Präsidenten allemal besser, als amerikanische Truppen nach Europa zu entsenden. Aber damals war nichts aus der Anregung geworden.<sup>29</sup> Gut einen Monat später hatte man die Idee nun wieder aufgegriffen. Das Ergebnis von Hopkins Moskautrip war nicht nur deshalb von grundlegender Bedeutung, weil er die materielle Versorgung der Sowjetunion forcierte, sondern auch, weil er unter Umgehung der formalen diplomatischen Kanäle eine direkte persönliche Verbindung zwischen Roosevelt und Stalin herstellte. Hopkins legte die Fundamente für die spätere «grosse Allianz» zwischen der Sowjetunion, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten.

Der Gedanke, nach Moskau zu reisen, war Hopkins während seines Londonbesuchs im Juli gekommen, wo er sowohl das Treffen zwischen Churchill und Roosevelt, das im folgenden Monat bei Neufundland auf See stattfinden sollte, vorbereitet, als auch Fragen im Zusammenhang mit den Leih- und Pachtlieferungen sowie Probleme der allgemeinen Kriegsstrategie besprochen hatte. Das amerikanische Militär stand der von Grossbritannien vorgenommenen Verlegung von Schiffen und Ausrüstung in den Nahen Osten kritisch gegenüber und drängte darauf, die Kräfte auf den Atlantik und die Verteidigung der britischen Inseln zu konzentrieren. In einer Unterredung mit Hopkins, bei der auch Vertreter des britischen und amerikanischen Militärs anwesend waren, beharrte Churchill jedoch entschieden auf der Notwendigkeit, den Nahen Osten zu stärken, und warnte zugleich vor der grösser werdenden Gefahr im Fernen Osten. Hopkins erkannte, dass ein wesentlicher Teil des strategischen Puzzles fehlte – die Antwort auf die Frage, wie lange die Sowjetunion durchhalten könne. Churchill und Roosevelt würden bei ihrer Begegnung im luftleeren Raum operieren, wenn vorher keine besseren Informationen, als man bislang besass, gesammelt wurden. Hopkins schlug vor, dass er nach Moskau weiterfliegen könne, um zu versuchen, von Stalin selbst einige Antworten zu

erhalten. Roosevelt telegrafierte sofort seine Zustimmung und schickte Stalin einen Brief, in dem er Hopkins' Besuch ankündigte. Churchill sorgte für den Transport, und so befand sich Hopkins – der durch seinen langen Kampf mit dem Krebs erschöpft, geschwächt und von Schmerzen gepeinigt war – binnen vierundzwanzig Stunden auf dem langen, gefährlichen und höchst unbequemen Flug über die Arktisroute nach Archangelsk und von dort weiter nach Moskau.<sup>30</sup>

Am Morgen des 30. Juli 1941 traf er in der sowjetischen Hauptstadt ein und machte sich am frühen Abend zu einem Treffen mit Stalin auf den Weg in den Kreml.<sup>31</sup> Stalin hob den dringenden Bedarf an Flugabwehrgeschützen und grossen Maschinengewehren für die Verteidigung russischer Städte hervor. Ausserdem verlangte er dringend eine Million Gewehre. Auf längere Sicht waren – über die umfangreiche Liste hinaus, die Washington bereits vorlag – Flugbenzin und Aluminium für den Flugzeugbau erforderlich. «Geben Sie uns Flugabwehrkanonen und Aluminium, dann werden wir drei oder vier Jahre kämpfen können», versprach er.<sup>32</sup> Das war eine von vielen Äusserungen Stalins, die Hopkins Mut machten. Im Gegensatz zur anfänglichen Ansicht der amerikanischen Militärexperten hatte es den Anschein, als würde die Sowjetunion dem deutschen Ansturm standhalten und den Kampf für längere Zeit fortsetzen können.

Hopkins' zweite lange Unterredung mit Stalin am nächsten Abend war sogar noch aufschlussreicher. Der Sowjetführer gestand ein, dass die Rote Armee vom deutschen Angriff unvorbereitet überrascht worden sei und dass er geglaubt habe, Hitler würde nicht zuschlagen.<sup>33</sup> Aber er zeigte sich, ohne die deutsche Wehrmacht zu unterschätzen – der er einen Winterfeldzug in Russland zutraute –, davon überzeugt, dass die sowjetischen Verteidiger durchhalten würden. (Tatsächlich stellte sich seine Voraussage darüber, wo der deutsche Vormarsch gestoppt werden würde, als allzu optimistisch heraus. Die Gebietsverluste sollten weit grösser sein als von ihm erwartet.) Und sobald der Herbstregen beginnen würde, da war er sich sicher, würden die Deutschen zur Verteidigung übergehen müssen. Ferner machte er Angaben über den Stand der sowjetischen Rüstung und Produktion, deren Offenheit und Ehrlichkeit Laurence Steinhardt, der amerikanische Botschafter in Moskau, erstaunlich fand. Auf die Frage nach dem Standort der Rüstungsfabriken antwortete Stalin, dass viele der grösseren Fabriken bereits nach Osten verlagert worden

seien. Dann wiederholte er die dringende Bitte um Waffen – Luftabwehrkanonen, Maschinengewehre und Gewehre – auf einem Blatt Papier in schriftlicher Form. Ausserdem begrüßte er Hopkins' Vorschlag, sobald die Front stabilisiert worden sei (womit Stalin im Oktober rechnete), in Moskau eine Konferenz der drei Partner des sich herausbildenden Bündnisses – der Sowjetunion, Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten – abzuhalten, um ihre strategischen Interessen zu klären und darüber zu sprechen, wie die sowjetischen Bedürfnisse am besten erfüllt werden könnten.<sup>34</sup>

Nach einem Überblick über die militärische Lage bat Stalin seinen Gast schliesslich, Roosevelt eine persönliche Botschaft zu überbringen, in der er die Vereinigten Staaten zum Kriegseintritt drängte. Ohne amerikanische Hilfe würde es Grossbritannien und der Sowjetunion schwerfallen, die deutsche Militärmaschinerie zu vernichten. Es sei unvermeidlich, dass die Vereinigten Staaten und Deutschland eines Tages gegeneinander kämpfen würden. Bemerkenswerterweise war Stalin sogar bereit – was zweifellos den Grad seiner Verzweiflung anzeigte –, in jedem Abschnitt der russischen Front und unter alleinigem amerikanischem Befehl den Einsatz amerikanischer Truppen zu gestatten. Zum Schluss bekräftigte er seine Zuversicht, dass die Rote Armee standhalten würde, fügte aber hinzu, dass das Versorgungsproblem im nächsten Frühjahr akut werden würde und dass er amerikanische Hilfe brauche. Dieser Teil von Hopkins' Bericht wurde als «nur für den Präsidenten» bestimmt gekennzeichnet und in einer einzigen Kopie aufbewahrt.<sup>35</sup>

Als Hopkins am 1. August aus Moskau abreiste, war er sowohl von Stalin selbst als auch von der sowjetischen Entschlossenheit, dem deutschen Angriff standzuhalten, tief beeindruckt. In der Eile der Abreise vergass er allerdings eine Tasche mit wichtigen Medikamenten und musste den endlosen Flug von Archangelsk nach Scapa Flow auf den Orkney Islands, der aufgrund von starkem Gegenwind turbulent zu werden versprach, krank und erschöpft unter höchst unbehaglichen Umständen antreten. In Scapa Flow, wo er am Ende seiner Kräfte und mehr tot als lebendig eintraf, konnte er sich zwei Tage ausruhen, bevor er an Bord des Schlachtschiffs Prince of Wales ging, um gemeinsam mit Churchill zu dem Treffen mit Roosevelt vor Neufundland über den Atlantik zu fahren.<sup>36</sup>

Hopkins' Moskareise brachte die Hilfsleistung für die sowjetische Kriegführung – noch rechtzeitig, um wirkungsvoll zu sein – entscheidend voran. Einflussreiche amerikanische Zeitungen verbreiteten jetzt ein positiveres Bild

Stalins und der Sowjetunion. In Meinungsumfragen sprachen sich die Amerikaner mehrheitlich zugunsten der Unterstützung der Sowjetunion aus. Ein Grund dafür war die Überzeugung, dass Hitler in Europa ohne direktes amerikanisches Eingreifen besiegt werden könne, wenn man die Russen unterstützte.<sup>37</sup> Aufgrund der positiven Einstellung der Öffentlichkeit konnte Roosevelt die Ablehnung der jetzt in grösserem Umfang geplanten Hilfsleistungen durch die Isolationisten ignorieren. Vor allem aber erwies sich Hopkins' Optimismus hinsichtlich der sowjetischen Fähigkeit, der deutschen Invasion standzuhalten, mit jeder Woche, die verging, als immer realistischer. Die Deutschen hatten zwar enorme Vorstösse gemacht und waren weiter nach Russland vorgedrungen, als Stalin in seinen Gesprächen mit Hopkins vorausgesagt hatte. Aber die Annahme sowohl amerikanischer als auch britischer Militärexperten, dass Deutschland einen raschen Sieg erringen würde, hatte sich als falsch herausgestellt. Und je näher der strenge russische Winter rückte, desto mehr erschien es möglich und sogar wahrscheinlich, dass Hitler zu viel gewollt hatte.

Im September bestand trotz weiterer sowjetischer Rückschläge, wie dem Verlust von Kiew in jenem Monat, kein Zweifel mehr daran, dass sich der deutsche Vormarsch verlangsamt hatte. Roosevelt und Churchill konnten sich daran machen, eine langfristige, umfangreiche und koordinierte Hilfsaktion zu planen.<sup>38</sup> Auf dem von Hopkins angeregten Treffen, das am Ende des Monats in Moskau stattfand, versprachen die Vereinigten Staaten und Grossbritannien (zusammen mit seinem Empire), Stalins Bestellungen so weit wie möglich zu erfüllen, und sagten die Lieferung von Flugzeugen (1'800 in den nächsten neun Monaten), Panzern, Aluminium, 90'000 Jeeps und vielem anderen zu.<sup>39</sup> Am 1. Oktober wurde das erste Lieferabkommen unterzeichnet.<sup>40</sup>

Transport und Bezahlung blieben ein Problem. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Meinung, die zwar mehrheitlich Hilfe leisten wollte, aber ebenso entschieden verlangte, dass die Sowjets dafür bezahlen sollten, und zwar ohne umfangreiche Kredite, versuchte Roosevelt weiterhin, eine Begleichung der Rechnung aus russischen Goldreserven zu erreichen. Als der sowjetische Botschafter Konstantin Umanski dies halsstarrig ablehnte, bezeichnete ihn ein verärgertes und frustrierter Roosevelt in einer Kabinettsitzung als «dreckigen kleinen Lügner».<sup>41</sup> Aber er war bereits dabei, die Hilfsleistungen durch eine

Ausweitung des Leih- und Pachtprogramms auf die Sowjetunion zu ermöglichen. Da die Öffentlichkeit, abgesehen von den Isolationisten, auf die von der Moskauer Konferenz übermittelten Meldungen über den zähen sowjetischen Widerstand gegen die deutschen Invasoren positiv reagiert hatte, fühlte sich Roosevelt ermutigt, die Angelegenheit dem Kongress zu unterbreiten. Damit sein Antrag nicht blockiert werden konnte, verpackte er ihn in eine Vorlage über umfangreiche Mittelzuweisungen für die Streitkräfte, die patriotische Kongressabgeordnete kaum ablehnen konnten.<sup>42</sup>

Am 10. Oktober wurde ein Antrag von Isolationisten, der verhindern sollte, dass die Sowjetunion vom Leih- und Pachtprogramm profitieren konnte, im Repräsentantenhaus und knapp zwei Wochen später auch im Senat abgelehnt. Gegen Ende des Monats teilte Roosevelt Stalin mit, dass die Sowjetunion im Rahmen des Leih- und Pachtprogramms Hilfslieferungen im Wert von einer Milliarde Dollar erhalten werde, die in einem Zeitraum von zehn Jahren, der fünf Jahre nach Kriegsende beginnen würde, zinslos zurückgezahlt werden müssten. Am 1. November erhielt Roosevelt den Segen des Kongresses. Fünf Tage später wurde das amerikanische Angebot öffentlich bekanntgemacht, und vom 7. November an war die Sowjetunion berechtigt, das Leih- und Pachtprogramm in Anspruch zu nehmen. Zu diesem Zeitpunkt standen deutsche Truppen keine fünfzig Kilometer vor Moskau. Doch die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit hielt jetzt zur Sowjetunion und wollte die Rote Armee in ihrem heldenhaften Kampf unterstützen. Nach Ansicht der meisten Amerikaner würde die sowjetische Standhaftigkeit, selbst in dieser dunklen Stunde und auch dann, wenn Moskau fallen sollte, am Ende die Oberhand gewinnen.<sup>43</sup>

Unterdessen wuchs, je länger die Rote Armee standhielt, die Wahrscheinlichkeit, dass das riesige Arsenal der Vereinigten Staaten seine Wirkung würde entfalten können. Bis zum Zeitpunkt des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor wurden Güter im Wert von fünfundsechzig Millionen Dollar in die Sowjetunion geliefert. Daran, dass die Rote Armee im Dezember den deutschen Vormarsch kurz vor den Toren von Moskau zum Stehen bringen konnte, hatte die westliche Hilfe kaum einen Anteil. Niemand konnte damals ahnen, dass die Sowjetunion im Rahmen des Leih- und Pachtprogramms schliesslich Güter im Wert von insgesamt über zehn Milliarden Dollar erhalten würde.<sup>44</sup> Im Lauf der Zeit sollte diese Hilfe einen unverzichtbaren Beitrag zum sowjetischen Sieg leisten.

Die unmittelbare Folge der Entscheidung, der Sowjetunion Hilfe zu gewähren, an der Roosevelt ebenso sichtbar wie entscheidend mitgewirkt hatte, bestand darin, dass die Vereinigten Staaten der direkten Beteiligung am europäischen Krieg einen weiteren Schritt näher gekommen waren. Roosevelt hatte vor einer Wahl gestanden. Seine Militärberater hatten bezweifelt, dass es sinnvoll sei, in eine wahrscheinlich verlorene Sache zu investieren. Isolationisten und Katholiken hatten im Innern lautstark opponiert. Andere in Roosevelts Umgebung hatten sich dagegen nachdrücklich für ein Engagement zugunsten der Sowjetunion eingesetzt. Er selbst hatte, wenn auch zunächst vorsichtig wie immer, die sowjetische Fähigkeit, dem deutschen Angriff standzuhalten, von Anfang an optimistischer eingeschätzt als die meisten seiner Berater und zudem sofort erkannt, dass die von Hitler eröffnete Ostfront potenziell einen Schlüssel zum gesamten Krieg bereithielt. In einem Brief an den amerikanischen Botschafter in Vichyfrankreich hatte er am 26. Juni geschrieben: «Jetzt kommt die russische Diversion. Wenn es mehr als nur das ist, dann wird es die Befreiung Europas von der Vorherrschaft der Nazis bringen.»<sup>45</sup>

Daraus folgte, dass die Vereinigten Staaten die sowjetische Verteidigung nach Kräften unterstützen mussten. Deshalb hatte Roosevelt Hopkins' Moskauer Mission sofort gutgeheissen und sich anschliessend trotz der weiterhin vorhandenen Opposition entschlossen, den Antrag auf Ausweitung des Leih- und Pachtprogramms in den Kongress einzubringen. Der Opposition nachzugeben und von der Hilfe für die Sowjetunion Abstand zu nehmen, war nie wirklich infrage gekommen. Es hätte bedeutet, sich gegen die Mehrheit zu stellen und von dem «Short-of-war»-Kurs abzuweichen, den Roosevelt, trotz gelegentlichen taktischen Zögerns, stets verfolgt hatte. Darüber hinaus hatte er im Gegensatz zu den Isolationisten Hitlers Russlandkrieg nie aus dem Blickwinkel betrachtet, dass man in der Hoffnung, das amerikanische Eingreifen vermeiden zu können, zwei blutrünstige Diktatoren die Sache ausfechten lassen könnte. Er wusste sehr genau, dass es nur eine Frage der Zeit war, wann die USA in den Krieg würden eintreten müssen. Und danach würde man, trotz seines Wahlversprechens vom vorangegangenen Jahr, eine grosse Zahl amerikanischer Soldaten nach Europa schicken müssen, wenn das Ziel, den Nationalsozialismus endgültig niederzuwerfen, verwirklicht werden sollte.

In der persönlichen Botschaft, die er Stalin durch Hopkins hatte überbringen lassen, hatte er unverblümt festgestellt, dass Hitlers Wehrmacht erst nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten geschlagen werden würde. Das entsprach der Auffassung seiner Militärberater. Im Juli hatte die Kriegsplanabteilung des Kriegsministeriums begonnen, ein umfangreiches «Siegesprogramm» (Victory Program) auszuarbeiten, das einen Überblick über die Erfordernisse an allen möglichen Fronten gab. Das Programm, das dem Präsidenten im September vorgelegt wurde, kam zu dem Schluss, dass eine vollständige militärische Niederlage Deutschlands nur zu erreichen sei, wenn die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten und eine grosse Expeditionstruppe – mit wahrscheinlich rund fünf Millionen Mann – nach Europa entsandten. Dem Plan zufolge waren bis zum 1. Juli 1943 fast neun Millionen Soldaten auszurüsten, auszubilden und für Einsätze zu mobilisieren, was die Verdoppelung der bisherigen Produktionspläne erforderlich machte.<sup>46</sup>

Roosevelt hatte die grosse Bedrohung der amerikanischen Sicherheit immer in Hitler und nicht in Stalin gesehen. «Ich glaube nicht, dass wir uns irgendwelche Sorgen über die Möglichkeit einer russischen Vorherrschaft machen müssen», hatte er kurz nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion geschrieben.<sup>47</sup> Die Hegemonie eines siegreichen Deutschland konnte dagegen nicht ausgeschlossen werden. Die logische und notwendige amerikanische Politik bestand daher darin, Stalin zu unterstützen. Doch vor der direkten Kriegsteilnahme, für die weder der Präsident noch das amerikanische Volk bereit waren, scheute man weiterhin zurück. Zudem tobten die erbitterten Kämpfe weit entfernt in der Sowjetunion. Wenn etwas die Vereinigten Staaten zum Kriegseintritt bewegen konnte, dann musste es in grösserer Nähe geschehen, und die Wahrscheinlichkeit sprach dafür, dass es im Atlantik passieren würde.

## II

In einem Brief an den kanadischen Premierminister Mackenzie King vom 1. Juli hatte Roosevelt gemutmasst, «dass es, sollten die Russen nicht den Sommer über standhalten, intensivere Kampfanstrengungen gegen Grossbritannien und insbesondere für die Kontrolle über den Atlantik geben könnte». Amerika, fügte er hinzu, «könnte in der Lage sein, wesentlich mehr zu helfen,



als es heute möglich erscheint».<sup>48</sup> Das war eine verklausulierte Anspielung auf die Frage des Geleitschutzes von Schiffskonvois. Für Stimson, Knox und andere war die Verlagerung des europäischen Kampfgeschehens nach Osten durch den Angriff auf die Sowjetunion der ideale Augenblick, um im Atlantik die Initiative zu ergreifen. Nach ihrer Ansicht durfte der Präsident diese Gelegenheit, den Geleitschutz von Schiffskonvois durch amerikanische Kriegsschiffe einzuführen, nicht versäumen. Eine Zeitlang schien Roosevelt ihren Argumenten zu folgen; er stimmte sogar der Aufstellung von Plänen für den Geleitschutz von Schiffen jeder Nationalität im westlichen Atlantik zu, die am 11. Juli 1941 in Kraft treten sollten. Es schien, als hätte er einen entscheidenden Schritt getan, indem er auch den Schutz britischer Konvois durch bewaffnete amerikanische Schiffe billigte. Doch wenige Tage später änderte er seine Meinung. Aufgrund der Ungewissheit in Hinsicht auf Japan gestattete er Knox nicht, mehr Kriegsschiffe aus dem Pazifik in den Atlantik zu verlegen. Knox hatte sogar Schwierigkeiten, ihn dazu zu bringen, wenigstens amerikanische Schiffe bis Island eskortieren zu lassen.<sup>49</sup> In den Augen der «Falken» in seiner Regierung hatte er wieder einmal einen Rückzieher gemacht, als Mut gefragt war.<sup>50</sup>

Anfang Juli tat er indes einen weiteren Schritt in Richtung Kriegseintritt – und diesmal war es fraglos ein beherztes Vorgehen: Am 7. Juli begann eine 4'400 Mann starke amerikanische Marineinfanteristenbrigade mit der Besetzung Islands. Damit zog Roosevelt tatsächlich seinen Vorteil aus Hitlers «Diversion» nach Osten, um den Schutz der westlichen Hemisphäre zu verbessern.<sup>51</sup> Die Vorgeschichte der Operation reichte bis in den Mai 1940 zurück. Damals hatte Churchill eine britische Infanteriebrigade nach Island entsandt, um einer möglichen deutschen Besetzung eines strategisch enorm wichtigen Ortes an den atlantischen Schifffahrtswegen zuvorzukommen. Im Juni und Juli war die Brigade durch weitere britische und kanadische Truppen verstärkt worden. Aber Churchill wollte diese Truppen anderswo einsetzen und war ausserdem bemüht, die Vereinigten Staaten direkter in den Krieg zu verwickeln. Deshalb sollten so bald wie möglich amerikanische Truppen die britischen und kanadischen ablösen. Anfang 1941 hatten sich das britische und das amerikanische Militär darauf geeinigt, dass die Verteidigung der Insel im Kriegsfall Aufgabe der Vereinigten Staaten sein würde. Mitte Juni hatte Admiral Stark Weisungen für den Einsatz amerikanischer Truppen ausgearbeitet,

die nach damaligen Vorstellungen noch unter britischem Kommando stehen sollten. «Mir ist klar, dass das praktisch ein kriegerischer Akt ist», bemerkte er in seinem Anschreiben an Hopkins, der, wie Stark hoffte, dafür sorgen würde, dass der Präsident seine operativen Weisungen billigte.<sup>52</sup> Tatsächlich erteilte Roosevelt sein Placet. Aber ohne eine förmliche Einladung der isländischen Regierung wollte er nicht handeln, und die erfolgte erst am 1. Juli.<sup>53</sup> Sechs Tage später gab Roosevelt die Besetzung Islands bekannt, «um die britischen Truppen zu ergänzen und schliesslich vielleicht zu ersetzen», wie er es ausdrückte, obwohl der Abzug britischer Einheiten von der Grösse der gelandeten US-Truppen sofort begann.<sup>54</sup> Die Entsendung von Marineinfanteristen anstelle von gewöhnlichen Infanteristen ermöglichte es dem Präsidenten, die Beschränkungen des «Selective Service Act», der den Einsatz von Wehrpflichtigen ausserhalb der westlichen Hemisphäre verbot, zu umgehen und damit ein in der Öffentlichkeit heikles Thema zu vermeiden. Die Marineinfanteristen waren Freiwillige – Berufskämpfer, als die sie sich selbst verstanden – und gehörten nicht zu den «Jungs», die Roosevelt, wie er wenige Monate zuvor versprochen hatte, nicht in Kriege im Ausland schicken wollte.<sup>55</sup>

Die Besetzung Islands war eindeutig keine neutrale Massnahme. Ein begeisterter Churchill erklärte im Unterhaus, sie sei «ein Ereignis von erstrangiger politischer und strategischer Bedeutung; tatsächlich handelt es sich um eines der bedeutendsten Geschehnisse seit Kriegsbeginn».<sup>56</sup> Privat sah er (wie Lord Halifax, der britische Botschafter in Washington) die Bedeutung des amerikanischen Schritts darin, dass er den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten an der Seite Grossbritanniens beschleunigte.<sup>57</sup> Zweifellos erhöhte er die Wahrscheinlichkeit, dass die Amerikaner im Atlantik in Feindseligkeiten verwickelt werden würden. Es dürfte zutreffen, was über die Besetzung Islands geschrieben worden ist: «[W]enn es jemals einen Zeitpunkt gab, an dem Roosevelt wissentlich eine Schwelle überschritt, welche die Unterstützung Grossbritanniens ohne Eintritt in den Krieg von der Unterstützung Grossbritanniens durch Teilnahme am Krieg trennte, dann wahrscheinlich im Juli 1941.»<sup>58</sup>

Acht Tage nach der Landung der amerikanischen Truppen wurde Island zu einem Teil der westlichen Hemisphäre erklärt, obwohl «jedem klar ist, dass es zur östlichen Hemisphäre gehört und daher logischerweise zum europäischen Kontinent».<sup>59</sup> Auf Island überschritten sich die amerikanische Verteidigungs-

und die deutsche Kampfzone. Die Wahrscheinlichkeit von «Zwischenfällen» unter Beteiligung von deutschen U-Booten und Schiffen der US Navy, die jetzt sowohl an der Verteidigung Islands beteiligt war, als auch den Geleitschutz amerikanischer Konvois bis zu der Insel gewährleistete, war jetzt wesentlich grösser als bisher. Dennoch stimmten 61 Prozent der Amerikaner in einer Meinungsumfrage der Besetzung Islands zu, und nur 20 Prozent lehnten sie ab.<sup>60</sup> Obwohl Roosevelt einen «wütenden Aufschrei» über sein Handeln befürchtet hatte,<sup>61</sup> führte er die Amerikaner Schritt für Schritt in den Krieg. Aber er achtete weiterhin darauf, ihnen nicht zu schnell zu viel zuzumuten, und liess die Gelegenheit, ein Geleitschutzsystem für nicht amerikanische Schiffe einzuführen, ungenutzt, obwohl sie sich geradezu aufdrängte.

Wie berechtigt seine Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung war, zeigte sich in der hitzigen Debatte, die im Juli und August über die Novellierung des «Selective Service Act» von 1940 entbrannte. Auf dem Spiel stand nichts Geringeres als die «Auflösung der Armee», wie General Marshall befürchtete.<sup>62</sup> Hätte die Regierung die von ihr verlangten Änderungen im Kongress nicht durchzusetzen vermocht, hätte das vom «Siegesprogramm» (das sich noch im Entwurfsstadium befand) für ein künftiges Engagement in Europa vorgesehene grosse Heer nicht aufgestellt werden können. Für Roosevelt war die Erregung im Land, neben der erbitterten Auseinandersetzung im Kongress, ein deutliches Zeichen dafür, dass man zwar bereit war, Grossbritannien und jetzt auch der Sowjetunion zu helfen, den Gedanken, amerikanische Soldaten ins Ausland zu schicken, aber genauso vehement ablehnte wie bisher.

Gemäss dem «Selective Service Act» vom August 1940 hatte die Armee bis zu 900'000 Wehrpflichtige einziehen können, allerdings nur für ein Jahr, sofern der Kongress (nicht der Präsident) keine Bedrohung der nationalen Sicherheit feststellte. Eine zweite Einschränkung war, dass Wehrpflichtige nicht ausserhalb der westlichen Hemisphäre eingesetzt werden durften (eine Bedingung, die Roosevelt bei der Besetzung Islands umging, indem er Marineinfanteristen entsandte). Dass Roosevelt im Mai den unbegrenzten nationalen Notstand ausgerufen hatte, änderte nichts an der Gültigkeit des Gesetzes; führende Kongressabgeordnete teilten dem Präsidenten mit, dass sie die für eine Gesetzesänderung nötigen Stimmen nicht zusammenbekämen; zudem rückte der Entlassungstermin der ersten Männer näher, die im Herbst des vorangegangenen

nen Jahres eingezogen worden waren. Ausserdem wollten die Familien überall im Land ihre «Jungs» zurückhaben, während in der Armee die Moral der Wehrpflichtigen so schlecht war, dass viele mit dem Gedanken spielten zu desertieren, wenn sie nicht zum versprochenen Termin entlassen werden sollten. Es war eine für den Präsidenten in jeder Hinsicht unangenehme und sogar kritische Situation. Zuerst neigte er, wie so oft, zur Vorsicht. Er wollte eine Auseinandersetzung im Kongress vermeiden. Stimson, Knox und insbesondere Marshall bearbeiteten ihn vier Tage lang, um ihn dazu zu bewegen, sich dem Kongress zu stellen. Es war klar, dass das Thema nicht auf die lange Bank geschoben werden konnte. Schliesslich willigte Roosevelt ein, der zu erwartenden starken Opposition die Stirn zu bieten.

Am 10. Juli wurden drei Änderungsanträge zum «Selective Service Act» eingebracht: Erstens sollte die Dienstzeit von Wehrpflichtigen bis zum Ende eines nationalen Notstands verlängert werden können; zweitens sollte ihr Einsatz ausserhalb der westlichen Hemisphäre ermöglicht werden; und drittens sollte die Obergrenze von 900'000 Mann für die Grösse der Armee aufgehoben werden. Die Opposition war erbittert. Die trennenden Gräben verliefen überwiegend entlang parteipolitischer Linien; die heftigsten Angriffe kamen erwartungsgemäss von Republikanern. Aber auch viele Demokraten, die frühere Massnahmen unterstützt hatten, waren tief besorgt über die Implikationen einer Vollmacht, die es dem Präsidenten erlauben würde, Truppen ins Ausland zu entsenden. Der übliche Kern isolationistischer Gegner konnte bei dieser Gelegenheit also auf breitere Unterstützung zählen – von Kongressabgeordneten, die nicht zuletzt die Reaktion der Wähler fürchteten, wenn sie dafür stimmten, «ihre Jungs» länger im Militärdienst zu behalten. Am 7. August schliesslich wurde das geänderte Gesetz vom Senat mit der komfortablen Mehrheit von 45 zu 30 Stimmen verabschiedet. Das Hauptdrama war jedoch der Debatte im Repräsentantenhaus vorbehalten, an deren Ende das Gesetz eine Mehrheit von einer einzigen Stimme erhielt – 203 gegen 202.<sup>63</sup>

Die Debatte wurde später mit entschuldbarer Übertreibung als «eine der entscheidenden Schlachten des Krieges» bezeichnet.<sup>64</sup> Zweifellos wäre die Regierung bei einem anderen Ausgang der Abstimmung genötigt gewesen, neue Massnahmen vorzuschlagen, um sicherzustellen, dass die militärischen Planungen nicht in Mitleidenschaft gezogen wurden. Aber kostbare Zeit wäre verloren gegangen. Der Angriff auf Pearl Harbor vier Monate später würde

ein Land getroffen haben, dessen Heer sich in Auflösung befunden hätte.<sup>65</sup> Am wichtigsten war jedoch, dass die Abstimmung, während sich die Aussicht auf einen weltweiten Konflikt immer mehr verdichtete, für Roosevelt eine Warnung war, dass die Regierung, um den Hohepriester des Isolationismus, Senator Burton K. Wheeler, zu zitieren, «einen Entwurf für eine Kriegserklärung nicht durch den Kongress bringen könnte».<sup>66</sup>

Während die heissen Debatten den Kongress und viele Menschen im Land in Atem hielten, kamen Roosevelt und Churchill zum ersten Mal zusammen, seit sie an die Spitze ihrer Regierungen getreten waren. Das Treffen war ein sichtbarer Beweis für die Feststellung, die Churchill ein Jahr zuvor getroffen hatte, dass Grossbritannien und die Vereinigten Staaten «gewissermassen miteinander vermengt» würden.<sup>67</sup> Für Churchill besass die persönliche Begegnung mit Roosevelt enorme Bedeutung. «Nichts dürfe seiner Freundschaft mit dem Präsidenten, von der so viel abhängt, im Wege stehen», notierte einer seiner Mitarbeiter. Dass Roosevelt das Treffen vorgeschlagen hatte, war in Churchills Augen viel sagend. Das hätte er nicht getan, «wenn er nicht einen weitergehenden Schritt im Auge hätte».<sup>68</sup> Doch auf Roosevelts Tagesordnung stand nichts Derartiges. Er wollte in einer Reihe von Grundfragen die beiderseitige Politik koordinieren, Differenzen aus dem Weg räumen und Churchill kennen lernen. Das, worauf Churchill hoffte, hatte er nicht im Sinn: die Entscheidung für den amerikanischen Kriegseintritt.<sup>69</sup>

Die Idee eines Treffens war bereits im Frühjahr aufgekommen. Schliesslich fand es unter strenger Geheimhaltung vom 9. bis 12. August an Bord des amerikanischen schweren Kreuzers *Augusta* und des britischen Schlachtschiffs *Prince of Wales*, mit dem Churchill und Harry Hopkins über den Atlantik gefahren waren, in der Placentia Bay vor der aufgegebenen neufundländischen Silberbergbausiedlung *Argentia* statt. An den Unterredungen auf den beiden nebeneinander ankernden Kriegsschiffen waren neben Roosevelt und Churchill führende Militärs und Diplomaten beteiligt.<sup>70</sup> Das Themenspektrum war weit gespannt, von der Unterstützung der Sowjetunion über die Atlantikkonvois und die von Japan ausgehende Bedrohung bis zur Nachkriegsordnung. Merkwürdigerweise beschäftigte sich die Atlantikkonferenz mehr mit dem Pazifik als mit dem Atlantik. Da Hitlers Aufmerksamkeit vom Vormarsch der Wehrmacht in Russland in Anspruch genommen wurde, war die Gefahr im

Westen zumindest vorübergehend weniger unmittelbar. Die amerikanische Besetzung Islands war glatt über die Bühne gegangen und im Atlantik eine Art prekärer Pattsituation eingetreten. Im Fernen Osten dagegen hatten die Spannungen nach dem japanischen Angriff auf Südindochina und dem amerikanischen Erdölembargo erheblich zugenommen. Die unmittelbare Bedrohung schien aus dieser Richtung zu kommen. Die Gespräche in der Placentia Bay führten jedoch kaum zu konkreten Schritten. Churchill drängte auf eine harte amerikanische Haltung gegenüber jeder weiteren japanischen Expansion und forderte praktisch ein Ultimatum. Roosevelt sagte zu, nach seiner Rückkehr nach Washington den japanischen Botschafter in «scharfen Worten» zu warnen. Als er mit ihm zusammenkam, fiel sein Ton auf Druck des Außenministeriums dann jedoch eher gemässigt aus. Trotz des Erdölembargos war das Ziel der amerikanischen Politik weiterhin nicht Provokation, sondern Abschreckung. Im Pazifik sollte es so lange wie möglich ruhig bleiben.<sup>71</sup>

Hinsichtlich des Krieges im Atlantik konnten sich die Briten dagegen ermutigt fühlen. Roosevelt hatte zwar Churchills Hoffnung auf den sofortigen amerikanischen Kriegseintritt enttäuscht. Aber es wurden zwei Massnahmen vereinbart, welche die Intervention näher bringen konnten. Die erste entsprang Roosevelts Befürchtung, dass deutsche Agenten Nordwestafrika unterwandern und Hitler den Weg für einen von der Iberischen Halbinsel aus unternommenen schnellen Schlag in Nordafrika ebnen könnten.<sup>72</sup> Die relativ kurze Entfernung von Nordwestafrika über den Südatlantik nach Brasilien bereitete den amerikanischen strategischen Planern seit Langem Sorge, da sie in dieser Route den einfachsten Weg sahen, wie deutsche Truppen auf dem amerikanischen Kontinent Fuss fassen könnten. Um diese Gefahr abzuwenden, war Roosevelt bereit, Churchill zu versprechen, die Azoren zu besetzen, wenn Grossbritannien von Portugal (wie im Fall von Island) eine entsprechende Konsultation erhielt.<sup>73</sup> Churchill hatte auf die Möglichkeit eines deutschen Angriffs auf Gibraltar hingewiesen, das Tor zu den Südatlantikrouten und die beherrschende Position an der Einfahrt ins Mittelmeer. Es sollte ein Gedankenspiel bleiben. Da ein deutscher Angriff auf Gibraltar ausblieb, bestand (zumindest vorläufig) keine Notwendigkeit für eine Konsultation Portugals und die Besetzung der Azoren.

Der zweite Punkt, über den man sich zu Churchills Genugtuung einigte, war die Geleitschutzfrage. Roosevelt sagte endlich zu, nicht nur amerikani-

schen und isländischen, sondern auch allen anderen Schiffen im Westatlantik, bis nach Island bewaffneten Geleitschutz zur Verfügung zu stellen. Genau das hatten die «Falken» in seiner Regierung seit Monaten von ihm verlangt. Admiral Stark verschickte aus der Placentia Bay eine entsprechende Weisung, die am 16. September in Kraft treten sollte.<sup>74</sup> Roosevelt hatte einen wichtigen (und nach britischer Ansicht lange überfälligen) Schritt getan, der den «Beginn von unerklärten Feindseligkeiten mit Deutschland» darstellte.<sup>75</sup> Zumindest war dies Churchills Auffassung. In Wirklichkeit waren die Pläne für den Geleitschutz lediglich beschlossen worden; für ihre Umsetzung bedurfte es indes noch der Anweisung des Präsidenten, und Roosevelt unternahm nach seiner Rückkehr nach Washington zunächst nichts, um sie in die Wege zu leiten.<sup>76</sup> Hinzu kamen technische und logistische Probleme, die eine sofortige Umsetzung verhinderten – beispielsweise die Herstellung der Kommunikationsverbindungen mit dem britischen Marinenachrichtendienst oder die Frage, wie man gewährleisten konnte, dass sich die Schiffe zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort befinden würden.<sup>77</sup> Aber das eigentliche Problem des Präsidenten war politischer Art. Wie sollte er der Öffentlichkeit die Sache mitteilen und sie im Kongress einbringen? Er wusste es nicht.<sup>78</sup> Laut dem Bericht, den Churchill seinem Kabinett über die Atlantikkonferenz gab, hatte der Präsident zu ihm gesagt, dass er sich «in seinen Beziehungen zum Kongress auf ziemlich dünnem Eis» bewege. Würde er den Kongress um eine Kriegserklärung ersuchen, habe er hinzugefügt, würde es eine dreimonatige Debatte auslösen. (In Wirklichkeit war Roosevelt überzeugt, dass der Kongress einen Antrag auf eine Kriegserklärung mit einer Mehrheit von zwei oder drei zu eins ablehnen würde.)<sup>79</sup> Stattdessen werde er «Krieg führen, ohne ihn zu erklären [...] Er werde nach einem ‚Zwischenfall‘ Ausschau halten, der die Eröffnung von Feindseligkeiten rechtfertigen würde.»<sup>80</sup>

Handfeste Ergebnisse hatte die Konferenz kaum. Sie war dennoch von Bedeutung, denn sie brachte die Atlantikcharta hervor, eine zum grossen Teil von den Amerikanern vorgeschlagene Grundsatzerklärung für eine Nachkriegswelt nach amerikanischen und britischen Vorstellungen. Obwohl nicht alle acht Punkte der Charta, die einer Deklaration demokratischer Kriegsziele gleichkam, unstrittig waren, konnte man am 12. August Einigkeit über den Wortlaut erzielen, und zwei Tage später wurde die Charta bekanntgegeben. In ihr erklärten die Vereinigten Staaten und Grossbritannien, sie würden keine

territoriale oder sonstige Vergrößerung anstreben, territoriale Veränderungen ohne Zustimmung der betroffenen Völker missbilligen, allen Völkern das Recht zugestehen, ihre Regierungsform selbst zu wählen, sich für den gleichberechtigten Zugang zu Handel und Rohstoffen einsetzen, für wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit arbeiten sowie Weltfrieden und Abrüstung anstreben.<sup>81</sup>

Die Atlantikcharta, die ursprünglich lediglich für Propagandazwecke gedacht war, sollte als Liste demokratischer Rechte und Grundsätze, die später zu Zielen der Vereinten Nationen wurden, historische Bedeutung erlangen. Zum Zeitpunkt ihrer Verkündung lag der eigentliche Wert der Atlantikkonferenz jedoch weniger in der Formulierung abstrakter Kriegsziele – so nobel sie waren, wurden sie auf beiden Seiten des Atlantiks doch nicht als Ersatz für klare gemeinsame politische Erklärungen angesehen – als vielmehr darin, dass Roosevelt und Churchill eine Beziehung angeknüpft hatten.<sup>82</sup> Im direkten persönlichen Umgang entwickelte sich zwischen ihnen ein gegenseitiges Verständnis von grundlegender Bedeutung. Das auf der Konferenz entstandene Vertrauen sollte alle Wechselfälle des Krieges überdauern.

Die Begegnung hinterliess auf beiden Seiten ihre Spuren. Für Churchill beschwor sie die gemeinsame Bestimmung beider Länder, was auf bewegende Weise der gemeinsame Gottesdienst verkörperte, der am Morgen des 10. August, einem Sonntag, auf dem Achterdeck der Prince of Wales abgehalten worden war. Die Flaggen beider Länder hatten nebeneinander die Kanzel geschmückt, und zwischen den Schiffskanonen hatten britische und amerikanische Matrosen gemeinsam Choräle gesungen, die Churchill ausgewählt hatte. Später bezeichnete er allein schon «die Tatsache, dass die im technischen Sinn immer noch neutralen Vereinigten Staaten [...] mit einer kriegführenden Macht» gemeinsam die Atlantikcharta verfassten, als «erstaunlich».<sup>83</sup> Auch für Roosevelt war die Begegnung wichtig gewesen, und das nicht nur wegen der in der Charta enthaltenen Erklärung der Kriegsziele. Wie Churchill war er von der Symbolkraft des gemeinsamen Gottesdienstes – dem «Grundton» der gesamten Konferenz, wie er bemerkte – tief beeindruckt gewesen. «Dies hätte uns verbunden, auch wenn während unseres Aufenthalts hier nichts anderes geschehen wäre», sagte er laut Elliott Roosevelt, der seinen Vater zu der Konferenz begleitet hatte.<sup>84</sup> Der Präsident hatte Churchill kennen und schätzen ge-



lernt. Zudem war er vom Ton der Konferenz angetan, der implizit die amerikanische Führung in dem informellen Bündnis mit Grossbritannien und seinem Empire anerkannte.<sup>85</sup> Und obwohl er auf der Konferenz formal wenig Substantielles zugesagt hatte, konnte er doch einen tieferen Einblick in das strategische Denken der Briten erhalten und ihre Vorstellungen zur Kenntnis nehmen, wie der Krieg mit amerikanischer Hilfe gewonnen werden könnte.<sup>86</sup> Er erkannte jetzt klarer, dass die Ostfront für den Ausgang des Krieges entscheidend war, und seine Entschlossenheit, der Sowjetunion Hilfe zu leisten, fand ihren Ausdruck in der herzlichen Botschaft, die er am 12. August, dem letzten Tag der Konferenz, gemeinsam mit Churchill an Stalin schickte. Sie enthielt unter anderem den Vorschlag, sich (wie von Hopkins während seiner Konsultationen angeregt) in Moskau zu treffen, um Vereinbarungen über eine langfristige Unterstützung zu treffen.<sup>87</sup> Ausserdem war Roosevelt jetzt bereit, von der strikten Neutralität abzurücken und in der «Atlantikschlacht» eine aktivere kriegerische Rolle zu spielen, die einer begrenzten unerklärten Kriegführung gegen Deutschland gleichkam und das zunehmende Risiko mit sich brachte, in offene Feindseligkeiten und damit ganz in den Krieg hineingezogen zu werden.<sup>88</sup>

Was die grundlegende Frage anging, wann die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten würden, war man freilich einer Antwort nicht nähergekommen. Roosevelts Bemerkung, dass er nach einem Zwischenfall Ausschau halten wolle, schien darauf hinzudeuten, dass der amerikanische Kriegseintritt nur noch eine Frage der Zeit sei. Aber wann würde er erfolgen? Aus britischer Sicht durfte er nicht endlos hinausgezögert werden. Doch die Aussicht war gering, dass er unmittelbar bevorstand. Die Nachricht über das beunruhigend knappe Abstimmungsergebnis über den neuen «Selective Service Act», die am letzten Tag der Atlantikkonferenz in der Placentia Bay eingetroffen war, konnte kaum als ermutigend bezeichnet werden.<sup>89</sup> Ausserdem wurde Churchills anfängliche Hochstimmung nach seiner Rückkehr nach London durch die Reaktion in der Heimat rasch gedämpft.<sup>90</sup> Nicht nur, dass die Öffentlichkeit zurückhaltend auf die Konferenz reagierte, auch das Kabinett sah keinen Anlass zu glauben, dass die Vereinigten Staaten bald an der Seite Grossbritanniens in den Krieg eingreifen würden. Lord Beaverbrook, Minister für militärische Ausstattung und Versorgung, berichtete aus Washington, wohin er aus der Placentia Bay gereist war, es bestehe keinerlei Aussicht darauf, dass die

Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten würden, es sei denn, sie würden durch einen direkten Angriff auf ihr eigenes Territorium dazu gezwungen, und dieser Fall werde als höchst unwahrscheinlich angesehen, solange nicht sowohl Russland als auch Grossbritannien besiegt worden seien.<sup>91</sup> Ein weiterer Dämpfer für die Stimmung in Grossbritannien war Roosevelts Erwiderung auf die Kritik beunruhigter Isolationisten, denen er versicherte, die Atlantikkonferenz habe die Vereinigten Staaten dem Krieg nicht näher gebracht.<sup>92</sup>

Ende August sandte ein deprimierter Churchill Hopkins «eine der düstersten Botschaften, die das Weisse Haus jemals von dem normalerweise zuversichtlichen, überschwänglichen Premierminister erhielt». Churchill wies auf die grossen britischen Schiffsverluste durch deutsche U-Boote im Atlantik hin – 50'000 Tonnen allein in den vorangegangenen zwei Tagen. «Ich weiss nicht, was geschehen wird, wenn England Anfang 1942 allein kämpft», fügte er hinzu. Da sich Hitlers U-Boote aus der zur westlichen Hemisphäre gehörigen Zone fernhalten würden, bemerkte er weiter, bestünden «kaum Aussichten auf einen ‚Zwischenfall‘, der ernst genug wäre, um die Vereinigten Staaten in den Krieg zu bringen».<sup>93</sup>

Eine knappe Woche nach diesem entmutigten Schreiben kam es indes zu einem solchen Zwischenfall, der Roosevelt die Gelegenheit eröffnete, seine Geleitschutzpläne öffentlich bekanntzugeben, und die Vereinigten Staaten wiederum ein Stück näher an die Schwelle des Kriegseintritts heranzuführen.

### III

Am frühen Morgen des 4. September sichtete ein britischer Bomber, der rund 165 Seemeilen südlich von Island patrouillierte, innerhalb des Gebiets, in dem die deutsche Kampfzone und die amerikanische Sicherheitszone einander überlappten, ein deutsches U-Boot, U 652. Es tauchte, um der unmittelbaren Gefahr zu entkommen. Aber seine Position wurde an den amerikanischen Zerstörer Greer gefunkt, der mit Post und einigen Passagieren an Bord in Richtung Island fuhr und sich ganz in der Nähe befand. Da die Greer kein amerikanisches Schiff eskortierte, war sie nicht ermächtigt anzugreifen und offiziell nur dazu verpflichtet, die Position des U-Boots zu melden. Dennoch dampfte sie

heran und verfolgte das getauchte U-Boot über eine Stunde lang, wobei sie es mit dem Sonar anpeilte und seine Positionen mit Hilfe von Blinkzeichen dem britischen Bomber mitteilte, der vier Wasserbomben abwarf. Sie verfehlten ihr Ziel, und der Bomber kehrte zu seinem Stützpunkt zurück. Aber die Jagd ging weiter, und anderthalb Stunden später traf, vom Funksignal der Greer geleitet, ein anderes britisches Flugzeug ein, um die Suche nach dem U-Boot wieder aufzunehmen. Nach rund vierstündiger Jagd beschloss der U-Boot-Kommandant, den Spiess umzudrehen; wahrscheinlich fürchtete er, die Batterien würden sich so weit leeren, dass er zum Auftauchen gezwungen wäre. Er feuerte zwei Torpedos auf die Greer ab, die beide weit an ihrem Ziel vorbeischossen. Jetzt schlug die Greer zurück, indem sie acht Wasserbomben abwarf, die jedoch auf U 652 nur geringe Schäden verursachten. Etwa eine Stunde später erschien ein britischer Zerstörer und warf ebenfalls eine Wasserbombe ab, ohne Wirkung zu erzielen. Am späten Nachmittag unternahm die Greer einen letzten Versuch, das U-Boot zu versenken, indem sie weitere elf Wasserbomben abwarf, die diesmal weit vom Ziel entfernt explodierten. Erst am frühen Abend, zehn Stunden nach dem Beginn der Jagd, gab die Greer auf und fuhr nach Island weiter.<sup>94</sup>

Ein Funkbericht über den Zwischenfall wurde umgehend nach Washington gesendet und dem Präsidenten vorgelegt. Das Marineministerium gab augenblicklich eine Erklärung über den U-Boot-Angriff auf die Greer heraus.<sup>95</sup> In einer Pressekonferenz am nächsten Tag, dem 5. September, behauptete Roosevelt, der Angriff sei absichtlich erfolgt. Bei Tageslicht sei ein Schiff attackiert worden, das mit einer Identifikationsnummer gekennzeichnet gewesen sei, eine amerikanische Flagge gehisst habe und innerhalb der amerikanischen Sicherheitszone gefahren sei. Er habe Befehl gegeben, das U-Boot zu erledigen, falls man es aufspüren könne.<sup>96</sup> Zu diesem Zeitpunkt kannte er vielleicht noch nicht alle Fakten. Die aggressive Rolle der Greer erwähnte er selbstverständlich nicht. Angesichts der Umstände konnte man U 652 zubilligen, dass es die Torpedos zur Selbstverteidigung abgefeuert hatte. Genauso wenig konnte man mit Sicherheit sagen, dass es den Zerstörer als amerikanisches Schiff erkannt hatte. U 652 war innerhalb der deutschen Kampfzone von britischen Kriegsflugzeugen angegriffen worden und hatte lediglich durchs Periskop einen Zerstörer mit vier Schornsteinen ausmachen können, der denen ähnelte, die Grossbritannien im vorangegangenen Herbst übergeben worden wa-

ren.<sup>97</sup> Doch solche Überlegungen vermochten Roosevelt nicht zu schrecken, nachdem sich ihm eine Gelegenheit bot, wie er sie herbeigesehnt hatte.

Beim Mittagessen am selben Tag, dem 5. September, besprach Roosevelt mit Hopkins und Hull die Grundzüge einer seit Langem geplanten Rede an die Nation, die er jetzt, vor dem Hintergrund der Greer-Episode, halten wollte. Er hatte vor, alle Register zu ziehen. Hull, den der Zwischenfall offenbar ebenso empörte wie Roosevelt, pflichtete ihm bei. Doch als er im Aussenministerium seine Ansichten zu Papier brachte, um sie ins Weisse Haus zu schicken, beschlichen ihn Zweifel, und er gab keine Handlungsempfehlung. So entwarfen Hopkins und Richter Samuel Rosenman, Roosevelts anderer Hauptredenschreiber, die Ansprache in Abwesenheit des Präsidenten (der sich zum Begräbnis seiner Mutter nach Hyde Park begeben hatte) ohne eine Vorlage des Aussenministeriums. Einige von Roosevelt bereits geschriebene Passagen arbeiteten sie ein (wobei sie in ständigem Telefonkontakt mit ihm standen), und als er nach Washington zurückkehrte, war die Rede so gut wie fertig. Er las sie am selben Abend, dem 10. September, Stimson, Knox und Hull vor, die sie beifällig aufnahmen. Lediglich einige kleine Änderungen am Wortlaut wurden vorgenommen. Am nächsten Vormittag trug Roosevelt die Rede dann einer Gruppe von Kongressabgeordneten vor. Nur ein republikanischer Isolationist fand sie nicht gut. Aber auch dem Aussenminister kamen wieder Bedenken, trotz seiner Zustimmung am vorangegangenen Abend. Zu Hopkins sagte er, «die Rede sei zu stark»; «alle Äusserungen darüber, zuerst schiessen oder überhaupt schiessen zu wollen», sollten entfernt werden. Aber der Tenor sollte nicht geändert werden.<sup>98</sup> Es war eine der schonungslosesten Reden, die Roosevelt jemals gehalten hat.

Der Präsident begann in ähnlicher Weise wie in der Pressekonferenz sechs Tage zuvor. Der Angriff auf die Greer sei in der amerikanischen Selbstverteidigungszone geschehen, am helllichten Tag und trotz deutlich erkennbarer Schiffskennzeichnung. «Ich will die nackte Tatsache sprechen lassen», erklärte er, «dass das deutsche U-Boot zuerst, ohne Warnung und mit der Absicht, ihn zu versenken, auf diesen amerikanischen Zerstörer geschossen hat.» Er bezeichnete dies «rechtlich und moralisch als Piraterie» und führte mehrere Zwischenfälle an – unter anderem die Versenkung des Frachters Robin Moor im Juli, die keine Vergeltungsmassnahme nach sich gezogen hatte –, um zu zeigen, dass der Angriff auf die Greer kein Einzelfall, sondern «Teil eines um-

fassenden Plans» war. Ziel der Nationalsozialisten, fuhr er fort, sei die absolute Herrschaft über die Meere, um anschliessend mit Waffengewalt die Herrschaft über die westliche Hemisphäre zu erlangen. Es folgte ein Seitenhieb auf die Isolationisten: Die Amerikaner dürften sich nicht mehr mit der «romantischen Vorstellung» täuschen, sie könnten «in einer von den Nazis beherrschten Welt weiterhin glücklich und in Frieden leben». Eine Beschwichtigung sei unmöglich. Man müsse eine klare Trennlinie ziehen. Die Nachschubwege zu den Gegnern Hitlers müssten offengehalten werden. Die Freiheit der Meere müsse gewahrt bleiben. Er benutzte eine Metapher (wobei er sich eine Bemerkung zu eigen machte, die ein Mittagsgast einige Zeit zuvor gemacht hatte),<sup>99</sup> um die Notwendigkeit von Präventivschlägen im Atlantik zu verdeutlichen: «Wenn man eine Klapperschlange sieht, die sich zum Angriff aufgerichtet hat, wartet man nicht, bis sie einen gebissen hat, bevor man sie zerschmettert. Diese U-Boote und Piratenschiffe der Nazis sind die Klapperschlangen des Atlantiks.» Es war ein wirkungsvolles Bild, dessen politische Implikationen er anschliessend auseinandersetzte, einschliesslich der entscheidenden – und verspäteten, wie manche fanden – Einführung des Geleitschutzes von Schiffskonvois. «Unseren Schiffs- und Flugzeugpatrouillen – die jetzt in grosser Zahl in weiten Teilen des Atlantischen Ozeans operieren – fällt die Aufgabe zu, die amerikanische Politik der Freiheit der Meere durchzusetzen – jetzt. Das heisst ganz einfach, ganz klar, dass unsere patrouillierenden Schiffe und Flugzeuge alle Handelsschiffe schützen werden, die in unseren Schutzgewässern Handel treiben – nicht nur amerikanische, sondern alle Schiffe, gleich, unter welcher Flagge sie fahren.» Das Ziel sei rein defensiver Art, betonte er, liess aber eine explizite Warnung an die Achsenmächte folgen: «Von nun an werden deutsche und italienische Kriegsschiffe die Gewässer, deren Schutz für die Verteidigung Amerikas notwendig ist, nur auf eigene Gefahr befahren.»<sup>100</sup>

Als der Präsident geendet hatte und die Nationalhymne erklang, erhoben sich die im diplomatischen Empfangsraum des Weissen Hauses versammelten Zuhörer – Familienangehörige, Freunde, Berater und ein grosses Pressekontingent – zu einem bewegenden Finale.<sup>101</sup> Roosevelt hatte seine Opponenten ausmanövriert. Die Isolationisten waren isoliert. Und das Geleitschutzsystem war eingeführt; zwei Tage später gingen die offiziellen Anweisungen hinaus, und am 16. September trat es in Kraft.<sup>102</sup> «Damit war», wie zutreffend ange-

merkt worden ist, «das seit Langem anstehende Problem amerikanischer Marineeskorten durch die Erklärung des offenen Krieges gelöst worden.»<sup>103</sup> Obwohl Roosevelt die Worte «shoot on sight» (Angriff bei Sichtung) nicht benutzt hatte, war dies unverkennbar die Devise der von ihm jetzt eingeführten Politik. Die Hauptschlagzeile der *New York Times* vom nächsten Tag lautete jedenfalls: «Roosevelt befiehlt Marine, zuerst zu schießen».<sup>104</sup> Die Isolationisten protestierten, wie zu erwarten, lautstark.<sup>105</sup> Aber die Öffentlichkeit war für «shoot on sight»: 62 Prozent sprachen sich dafür aus, nur 28 Prozent dagegen. Darin zeigte sich, welche Wirkung der Greer-Zwischenfall gehabt und wie geschickt der Präsident ihn ausgenutzt hatte. Zwei Tage vor dem Angriff auf die Greer hatte sich nur eine knappe Mehrheit von 52 Prozent der Amerikaner dafür ausgesprochen, Kriegsmaterial durch die US Navy nach Grossbritannien eskortieren zu lassen.<sup>106</sup> Das amerikanische Volk war dazu gebracht worden, einer Politik zuzustimmen, die praktisch garantierte, dass die Vereinigten Staaten in weitere bewaffnete Zusammenstöße mit deutschen Schiffen im Atlantik verwickelt werden würden. Die offene Kriegführung war nur noch einen Schritt entfernt. Admiral Stark drückte es am 22. September so aus: «Was den Atlantik betrifft, sind wir so gut wie dabei.»<sup>107</sup>

Roosevelts damalige und spätere Gegner haben ihm vorgeworfen, das amerikanische Volk durch «eine riesige Verschwörung mit dem Ziel, es in den Krieg zu treiben» (wie die fanatisch isolationistische *Chicago Tribune* es ausdrückte), getäuscht zu haben.<sup>108</sup> In seiner Greer-Rede hatte er es mit der Wahrheit über den Zwischenfall in der Tat nicht sehr genau genommen. Die lange Jagd auf U 652, die dem Abschuss der Torpedos vorausgegangen war, hatte er mit keinem Wort erwähnt. Das U-Boot hatte zwar zuerst geschossen, aber nicht ohne provoziert worden zu sein. Davon hatte das amerikanische Volk nichts erfahren. Auch die Behauptung, der Greer-Zwischenfall sei Teil eines systematischen deutschen Vorgehens gegen amerikanische Schiffe, war eine Irreführung. Es war vielmehr überraschend, dass es so wenige Zwischenfälle gab. Der Präsident und seine Militärberater jedenfalls waren sich sicher, dass Hitler keinen offenen Konflikt im Atlantik anstrebte, bevor er die Sowjetunion besiegt hatte. (Tatsächlich hatte Hitler, was man in Washington nicht wissen konnte, Provokationen im Atlantik ausdrücklich verboten, solange der Ostfeldzug nicht beendet war.<sup>109</sup>) Zur Entschuldigung Roosevelts ist angeführt

worden, er sei nicht über alle Einzelheiten des Vorfalls informiert gewesen. Das mag am 5. September, als er die Pressekonferenz abhielt, der Fall gewesen sein, aber es ist unwahrscheinlich, dass es auch sechs Tage später noch so war. (Hulls Vorbehalte gegen Roosevelts Rede könnten genau darauf zurückzuführen sein, denn, formal betrachtet, hatte sich die amerikanische Seite bei dem Zwischenfall keineswegs eindeutig im Recht befunden.) Es kann daher kaum ein Zweifel daran bestehen, dass Roosevelt in seiner Rede zu einem Taschenspielertrick gegriffen hatte. War er gerechtfertigt?

Er selbst legitimierte seine Handlungsweise mit nationalen Verteidigungsinteressen und betrachtete sie als seine klare, unausweichliche Pflicht als Präsident.<sup>110</sup> Angesichts der langfristigen Bedrohung, die von Hitlers Regime ausging, ist dies nicht leicht zu widerlegen.<sup>111</sup> Hatte er eine Wahl? Tatsächlich standen ihm nur noch wenige Optionen offen. Während er die Einführung des Geleitschutzsystems mit einer gewissen Übertreibung für die Amerikaner akzeptabler zu machen versuchte, entsprach die Politik selbst der in den vorangegangenen Monaten verfolgten Linie vorsichtiger, aber stetiger Schritte. Stimson hatte nicht als Einziger von Anfang an darauf hingewiesen, dass das – vom Kongress gebilligte – Leih- und Pachtabkommen notwendigerweise den Schutz der über den Atlantik verschifften Güter nach sich ziehen müsse. Roosevelt blieb im September 1941 also nur die Wahl zwischen dem Verwaltungsakt, den er ergriff, dem Risiko einer weiteren erbitterten, langwierigen Debatte und möglichen Niederlage im Kongress oder der Möglichkeit, den Greer-Zwischenfall zu ignorieren und die Einführung des Geleitschutzsystems noch weiter hinauszuzögern.

Mit beiden Alternativen wäre er der isolationistischen Minderheit entgegengekommen. Doch sie waren keine wirklichen Optionen. Sie hätten das strategische Problem, mit der deutschen Bedrohung (die von den zunehmenden Spannungen im Pazifik noch verschärft wurde) fertigzuwerden, weder verschwinden lassen noch verringert. Und die Chance zu versäumen, das Geleitschutzsystem einzuführen, hätte bedeutet, die Meinung seiner Militärberater in den Wind zu schlagen. Ausserdem wäre damit das Versprechen, das er Churchill in der Placentia Bay gegeben hatte, gebrochen und potenziell das atlantische Bündnis geschädigt worden, von dem Hitlers letztendliche Niederlage abhing. Dies wiederum hätte ein gewaltiges Risiko mit sich gebracht für

die künftige britische Fähigkeit weiterzukämpfen. Seine Militärberater hatten noch am Tag seiner Rede festgestellt, dass «die sofortige und beträchtliche Verstärkung der britischen Kräfte im Atlantik durch Kontingente von Marine und Luftwaffe der Vereinigten Staaten, ergänzt durch eine erhebliche Schiffs-tonnage, erforderlich sein wird, wenn das Vereinigte Königreich im Krieg verbleiben soll».<sup>112</sup> Es war so, wie Roosevelt es von Anfang gesehen hatte: Wenn Grossbritannien gezwungen gewesen wäre, zu kapitulieren oder eine ungünstige Vereinbarung auszuhandeln, die Hitler zum Herrn über Kontinentaleuropa und den Atlantik gemacht hätte, wären die Verteidigungsinteressen der Vereinigten Staaten irreparabel geschädigt worden. Die isolationistische Vorstellung, dass Hitler Amerika in Ruhe lassen würde, wenn es seinen Kopf in den Sand steckte, war eine gefährliche Illusion, wie Roosevelt unermüdlich betont hatte. 1941 konnten es sich die Vereinigten Staaten im eigenen Interesse nicht mehr leisten, in der «Atlantikschlacht» beiseite zu stehen.

Roosevelt folgte dem einzig möglichen Kurs. Dass er den Greer-Zwischenfall ausgenutzt hatte, war kein Machtmissbrauch, sondern geschickte Politik. Sie hatte die Mehrheit der Öffentlichkeit dazu gebracht, der Einführung des Geleitschutzsystems auf eine Weise zuzustimmen, wie es zu einem früheren Zeitpunkt wahrscheinlich unmöglich gewesen wäre. Der britische Botschafter in Washington, Lord Halifax, beschrieb Churchill das Dilemma des Präsidenten: Er müsse einen Kurs steuern zwischen «dem Wunsch von 70 Prozent der Amerikaner, sich aus dem Krieg herauszuhalten», und «dem Wunsch von 70 Prozent der Amerikaner, alles zu tun, um Hitler zu erledigen, selbst wenn es Krieg bedeutet».<sup>113</sup> Erneut hatte sich die Gangart des Präsidenten – «bedächtig zu eilen» – als ebenso erfolgreich wie gerechtfertigt erwiesen. Aber es konnte kein Zweifel mehr daran bestehen: Er hatte die Vereinigten Staaten tatsächlich an den Rand eines unbeschränkten Konflikts mit dem nationalsozialistischen Deutschland geführt. Konnte es auf Dauer bei sporadischen Scharmützeln bleiben? Oder fehlte nur noch wenig, um den «unerklärten Krieg» in einen Flächenbrand zu verwandeln, der die Entsendung amerikanischer «Jungs» ins Ausland erforderlich machen würde – obwohl Roosevelt dies im Wahlkampf des vorangegangenen Jahres ausgeschlossen hatte?

Letzteres wurde umso wahrscheinlicher, als sich im Herbst unvermeidlicherweise weitere Zwischenfälle ereigneten. In dieselbe Richtung wies die bald nach Roosevelts «Kaminplauderei» vom 11. September verbreitete Neu-



igkeit, der Präsident habe mit führenden Kongressabgeordneten darüber gesprochen, ob das Neutralitätsgesetz von 1939 aufgehoben werden könne.<sup>114</sup> Doch als der Herbst verging, ohne dass die Zusammenstösse im Atlantik zur grossen Feuersbrunst geführt hatten, schien die erste Möglichkeit – ein endloser unerklärter Krieg – realistischer zu werden. Jedenfalls war die Kriegsgefahr im Pazifik inzwischen grösser als ein offener Konflikt mit Deutschland. Dies musste der Präsident mit ins Kalkül ziehen, wenn er über die Reaktion auf die Zwischenfälle im Atlantik entschied.

#### IV

Es dauerte nicht lange, bis sich der erste dieser Zwischenfälle ereignete. Nachdem am 19. September der in Panama registrierte, aber von der US-Seefahrtskommission requirierte dänische Frachter *Pink Star* torpediert worden war, erhob sich die Frage, ob Handelsschiffe bewaffnet werden sollten, was das Neutralitätsgesetz von 1939 jedoch ausschloss.<sup>115</sup> Die Versenkung einer Reihe weiterer unter panamesischer Flagge fahrender, aber in amerikanischem Besitz befindlicher Frachtschiffe – ein Trick, um nicht unter das Neutralitätsgesetz zu fallen – warf dieselbe Frage auf.<sup>116</sup> Ein Torpedoangriff auf einen weiteren amerikanischen Zerstörer, die *Kearny*, gab Roosevelt schliesslich eine gute Gelegenheit, die Nachteile des Neutralitätsgesetzes unter den veränderten Umständen hervorzuheben. Die *Kearny* war einer von vier amerikanischen Zerstörern, der einem von der kanadischen Marine eskortierten und von einem U-Boot-»Wolfsrudel« angegriffenen Konvoi zu Hilfe geeilt war. In der die ganze Nacht andauernden Schlacht fielen den Angreifern mehrere Schiffe zum Opfer. Von den Zerstörern hagelte es förmlich Wasserbomben, doch in dem Getümmel wurde die *Kearny* von einem Torpedo getroffen. Sie sank nicht, sondern wurde nur beschädigt und konnte sich aus eigener Kraft nach Island retten. Doch elf Besatzungsmitglieder waren gefallen und vierundzwanzig verwundet.<sup>117</sup> Für eine Nation, die sich offiziell nicht im Krieg befand, war es ein besonders schmerzlicher Moment. Roosevelt liess sich die Gelegenheit nicht entgehen. Der «Tag der Marine und der totalen Verteidigung» am 27. Oktober bot den perfekten Anlass für eine bemerkenswert leidenschaftliche Ansprache. Es war Roosevelts offenste Rede vor Pearl Harbor.

«Wir hätten gewünscht, Schusswechsel vermeiden zu können. Aber die Schiesserei hat begonnen. Und die Geschichte hat vermerkt, wer zuerst geschossen hat», erklärte er. «Amerika ist angegriffen worden.» In derselben Tonlage fortfahrend, verkündete er: «Hitlers Torpedo war auf alle Amerikaner gerichtet.» Es sei ein Versuch, «das amerikanische Volk durch Furcht von den Meeren zu verscheuchen». In seinem Besitz befänden sich geheime Karten mit deutschen Planungen für die Beherrschung Südamerikas und zur Abschaffung der Religion – britische Fälschungen, die Roosevelt entweder leichtgläubig für bare Münze nahm<sup>118</sup> oder geschickt gegen die Isolationisten ins Spiel brachte. Wie in früheren Reden stellte er die These auf, die Welt von morgen werde nur noch die Wahl haben zwischen amerikanischer Freiheit und nationalsozialistischer Tyrannei, und rief zur vollständigen Vernichtung des Hitlerismus auf. Die Vereinigten Staaten, fuhr er fort, würden für diejenigen, die am Kampf beteiligt seien, immer mehr Waffen produzieren. Amerikanische Schiffe seien versenkt und Matrosen getötet worden. «Ich sage, dass wir nicht vorhaben, dies widerstandslos hinzunehmen», erklärte er. «Unsere amerikanischen Handelsschiffe müssen bewaffnet werden, um sich gegen die Klapperschlangen der Meere zu verteidigen zu können. Unsere amerikanischen Handelsschiffe müssen in der Lage sein, unsere amerikanischen Güter in die Häfen unserer Freunde zu bringen. Unsere amerikanischen Handelsschiffe müssen von unserer amerikanischen Marine geschützt werden.» Das bedeute «totale nationale Verteidigung». Er schloss seine Rede mit einer emotionalen Note: «Heute haben wir Amerikaner, angesichts dieser neuesten und grössten Herausforderung von allen, die Decks geräumt und unsere Kampfpositionen eingenommen. Wir stehen bereit zur Verteidigung unserer Nation und fest im Glauben unserer Väter, um zu tun, was Gott uns als unsere Pflicht zu erkennen aufgegeben hat.»<sup>119</sup> Es klang wie die Einleitung zu einer Kriegserklärung. Doch es folgte kein Antrag an den Kongress.

Laut einer späteren Äusserung seines Redenschreibers Samuel Rosenman hatte Roosevelt, als im September 1939 der Krieg in Europa ausbrach, geglaubt, dass die Vereinigten Staaten sich heraushalten könnten, und an dieser Ansicht hatte er auch 1940 festgehalten. Im Verlauf des Jahres 1941 war er jedoch, obwohl es kein bestimmtes Ereignis gab, das seinen Meinungswandel bewirkt hatte, nach und nach zu dem Schluss gelangt, dass der amerikanische Kriegseintritt unvermeidlich sei.<sup>120</sup> Diese Auffassung kollidierte allerdings

mit der innenpolitischen Realität in den Vereinigten Staaten. Nach der Greer-Affäre soll Roosevelt im Gespräch mit Lord Halifax gesagt haben, «wenn er um eine Kriegserklärung bäte, würde er sie nicht bekommen und die öffentliche Meinung sich gegen ihn wenden».<sup>121</sup> Und bei dieser Einschätzung blieb er. Die Folge war eine Politik des Abwartens.

Während der Herbst verging, waren Roosevelt die Hände gebunden. Im Innern war durch die im Kongress eingebrachten Änderungsanträge zum Neutralitätsgesetz und die Eskalation des Konflikts im Atlantik erneut die Empörung der Isolationisten angefacht worden. Und da sich die Situation im Fernen Osten zuspitzte, war es nur eine Frage der Zeit, wann Roosevelt sie nicht mehr würde eindämmen können. Wie er schon früher im Jahr festgestellt hatte, verfügte er nicht über genügend Schiffe, und ein Krieg im Pazifik würde eine Schwächung im Atlantik bedeuten.<sup>122</sup> Vielleicht fiel Roosevelts Reaktion aufgrund dieser Überlegungen im Vergleich mit dem Greer- und dem Kearny-Zwischenfall überraschend zurückhaltend aus, als am 31. Oktober ein weiterer amerikanischer Zerstörer, die Reuben James, sechshundert Seemeilen westlich von Irland von einem U-Boot angegriffen wurde. Es war der schlimmste der drei Zwischenfälle, an denen amerikanische Kriegsschiffe beteiligt waren, denn der Torpedo traf das Munitionslager des Zerstörers, der daraufhin innerhalb von fünf Minuten sank und hundertfünfzehn Mann mit in die Tiefe riss. Vor dem Hintergrund der flammenden Reden Roosevelts nach den ersten Angriffen, die geringere Schäden verursacht und weniger Opfer gekostet hatten, war seine Zurückhaltung in diesem Fall erstaunlich. Sie signalisierte, dass er, trotz seiner kriegerischen Worte bei früheren Gelegenheiten, immer noch nicht bereit war, einen Zwischenfall im «unerklärten Krieg» im Atlantik zu nutzen, um die Vereinigten Staaten endgültig in den Krieg zu führen.

Wenn er erwogen hätte, um eine Kriegserklärung zu bitten – und es gibt nicht den geringsten Hinweis darauf, dass er es in diesen Monaten vorgehabt hat –, hätte ihn die Notwendigkeit der Novellierung des Neutralitätsgesetzes sicherlich davon abgehalten. Dass zumindest einige Artikel des Gesetzes von 1939 geändert werden mussten, folgte aus der Inkraftsetzung des Leih- und Pachtgesetzes. Wenn Waffen und Handelsgüter über den Atlantik transportiert werden sollten, war es sinnvoll, die Frachter zu bewaffnen und es amerikanischen Schiffen zu ermöglichen, ihre Fracht bis nach Grossbritannien zu brin-

gen. Die Frage, ob man im Kongress die Aufhebung wesentlicher Teile des Gesetzes beantragen sollte, war zum ersten Mal im Frühjahr 1941 aufgeworfen worden. Aber Cordell Hull hatte sich wegen der starken isolationistischen Opposition dagegen ausgesprochen.<sup>123</sup> Ende Juni hatte er seine Meinung offenbar geändert, denn jetzt forderte er den Präsidenten auf, mit führenden Kongressabgeordneten über die dringend erforderliche Revision des Gesetzes zu beraten. Roosevelt kam mit Vertretern des Kongresses zusammen, sah aber keine geeignete Chance, die Angelegenheit weiterzuverfolgen, bis ihm der Greer-Zwischenfall Anfang September eine Gelegenheit eröffnete.<sup>124</sup> In der letzten Woche des Monats schlug Hull, anstelle einer völligen Aufhebung, die Novellierung des Gesetzes vor (über gewisse gesetzlich geregelte Dinge, wie die Bereitstellung von Geldmitteln für Kriegsteilnehmer, wollte die Regierung die Kontrolle behalten).<sup>125</sup>

Der Präsident erhielt von führenden Regierungsmitgliedern einander widersprechende Ratschläge, was das Risiko einer ablehnenden Kongressentscheidung betraf.<sup>126</sup> Die Öffentlichkeit befürwortete unter dem Einfluss mehrerer führender Zeitungen die Gesetzesänderung. Laut einer Meinungsumfrage vom 5. Oktober hielten 70 Prozent der Befragten die Niederwerfung Hitlers für wichtiger als die amerikanische Neutralität.<sup>127</sup> Die Meinung des Kongresses war eine andere Sache. Die Isolationisten fühlten sich wieder einmal herausgefordert. Die Annahme der Änderungsanträge war durchaus nicht sicher. Informelle Sondierungen im Senat Anfang Oktober ergaben, dass der Präsident klug beraten war, vorsichtig vorzugehen. Roosevelt beschloss, die Lage zu erkunden, indem er zunächst nur die Aufhebung des Gesetzesabschnitts beantragte, der die Bewaffnung von Handelsschiffen verbot; in diesem Punkt war die grösste Zustimmung zu erwarten. Am 9. Oktober brachte er den Antrag im Kongress ein. Es war der Beginn einer weiteren erbitterten Debatte. Als sie sich dem Ende zuneigte, traf die Nachricht vom Angriff auf die *Kearny* ein. Sie blieb nicht ohne Wirkung. Roosevelts Antrag wurde am 17. Oktober vom Repräsentantenhaus mit deutlicher Mehrheit (259 gegen 138 Stimmen) angenommen. 113 Republikaner hatten allerdings selbst diese Massnahme abgelehnt.<sup>128</sup>

Erheblich schärfer wurde der Ton, als der Antrag auf Aufhebung der Abschnitte II und III des Gesetzes (der Ausschluss amerikanischer Schiffe aus erklärten Kampfzonen) im Senat eingebracht wurde. Roosevelts kriegsrische

Rede nach dem Kearny-Zwischenfall und dann die Versenkung der Reuben James riefen die Opposition auf den Plan.<sup>129</sup> Ein Erzisolationist schlug öffentlich vor, Roosevelt solle im Kongress eine Abstimmung über die Frage anstrengen, ob die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten sollten. Es bestand keine Gefahr, dass Roosevelt in eine solch offensichtliche Falle tappen würde. Aber der Vorschlag genügte, um ihn in seiner Vorsicht zu bestärken. Hätte er ihn aufgegriffen, wäre das eine «sichere und verheerende Niederlage» gewesen.<sup>130</sup> Am 7. November verabschiedete der Senat schliesslich den Änderungsantrag, allerdings nur mit einer unbefriedigenden Mehrheit von 50 gegen 37 Stimmen. Wiederum hatten die meisten Republikaner ablehnend votiert. Es war die kleinste Mehrheit in einer aussenpolitischen Frage seit dem Ausbruch des europäischen Krieges.<sup>131</sup> Im Repräsentantenhaus lief es sogar noch schlechter; hier wurden die Änderungen mit einer Mehrheit von nur 18 Stimmen angenommen (212 gegen 194).<sup>132</sup> Roosevelt hatte sich zwar durchgesetzt. Aber der Kampf um solch logische Konsequenzen aus bereits Monate zuvor in Gestalt des Leih- und Pachtgesetzes beschlossenen Massnahmen hatte erneut deutlich gemacht, dass jeder Versuch, vom Kongress eine Kriegserklärung zu erhalten, mit einem gewaltigen Fehlschlag enden würde.

v

Wie die knappe Zustimmung zu den Änderungen des Neutralitätsgesetzes zeigte, reichten Zusammenstösse im Atlantik wie diejenigen, an denen die Greer, die Kearny und die Reuben James beteiligt waren, nicht aus, um den Kongress davon zu überzeugen, dass die Vereinigten Staaten in aller Form in den Krieg eintreten sollten.<sup>133</sup> Aber ohne die Möglichkeit, eine Kriegserklärung zu erhalten, blieb Roosevelt keine andere Wahl, als den «unerklärten Krieg» fortzusetzen. Dies entsprach freilich auch seinem Wunsch. «Wir wollen keinen erklärten Krieg gegen Deutschland», betonte er Anfang November in einer Pressekonferenz, «weil wir mit jeder Aktion zur Verteidigung – Selbstverteidigung – handeln».<sup>134</sup> Seit über einem Jahr war seine gesamte Politik darauf ausgerichtet, Grossbritannien (und in jüngerer Zeit auch der Sowjetunion) als Teil der amerikanischen Verteidigung die grösstmögliche Hilfe zukommen zu lassen.

Dem lag die – geringer werdende – Hoffnung zugrunde, die Vereinigten Staaten könnten sich aus den Kämpfen selbst heraushalten. Entgegen dem Vorwurf seiner Opponenten, er greife zu hinterhältigen Mitteln, um das Land in den Krieg zu führen, weisen alle historischen Belege daraufhin, dass er seine früheren Äusserungen über seine Abscheu vor dem Krieg ernst gemeint hatte, aber im Lauf der Zeit widerstrebend zu der Überzeugung gelangt war, dass die amerikanische Kriegsteilnahme sowohl unvermeidlich als auch notwendig sei, wenn Hitler besiegt werden sollte.<sup>135</sup>

Es gab jedoch gute Gründe, den Kriegseintritt so lange wie möglich hinauszuschieben.<sup>136</sup> Je länger sich die Vereinigten Staaten aus den Kämpfen heraushalten konnten, desto weiter würden der Ausbau ihrer Streitkräfte und die Mobilisierung ihrer Wirtschaft für die Rüstung schliesslich gediehen sein. Darüber hinaus wäre nach einer Kriegserklärung zweifellos die Forderung erhoben worden, die Waffen und Ausrüstungen, die jetzt nach Grossbritannien und in die Sowjetunion geschickt wurden, den eigenen Streitkräften zukommen zu lassen, was kurzfristig zu einer Schwächung und nicht zu einer Stärkung des Widerstands gegen Hitler an der europäischen Front geführt hätte – mit möglicherweise katastrophalen Konsequenzen. Als unmittelbare Folge wären die amerikanischen Schiffsverluste im Atlantik wahrscheinlich dramatisch angestiegen. Ausserdem bestand die reale Gefahr, dass eine Kriegserklärung an Deutschland umgehend zum Kriegseintritt Japans – das durch den Dreimächtepakt mit Hitler verbündet war – geführt hätte, und durch den Einsatz im Pazifik wäre der weiterhin als Hauptsache angesehene Kampf gegen Hitler erschwert worden.<sup>137</sup> Im Herbst mehrten sich die Anzeichen dafür, dass der japanische Kriegseintritt nur noch eine Frage der Zeit sei, doch die amerikanische Politik blieb unverändert dabei, diesen Augenblick so lange wie möglich hinauszuzögern.

Über diese Überlegungen hinaus war wie stets die öffentliche Meinung – und nicht nur die Opposition im Kongress – zu berücksichtigen. Nimmt man die Meinungsumfragen zum Massstab, stand sie Roosevelt und seiner Politik positiver gegenüber als der Kongress, wo eingefleischte Isolationisten stets mit der Unterstützung derjenigen rechnen konnten, die dem Präsidenten aus den unterschiedlichsten Gründen einen Dämpfer verpassen wollten. Aber der grosse Anteil der Menschen, die einen Kriegseintritt hartnäckig ablehnten, durfte nicht einfach ignoriert werden. Einige von ihnen konnte man vielleicht

umstimmen, auch wenn Roosevelts eindrucksvolle Reden in dieser Hinsicht nicht viel erreicht hatten. Man musste der Realität ins Auge sehen, dass eine Kriegserklärung – selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, dass sie vom Kongress gebilligt worden wäre – das Land zweifellos tief gespalten hätte, ausser natürlich die Vereinigten Staaten wären angegriffen worden.

Allem Anschein nach hatte sich Roosevelt im Herbst 1941 auf eine möglichst lange Periode partieller, unerklärter Feindseligkeiten mit Deutschland eingestellt. Vielleicht als Rechtfertigung dafür, dass er vermied, was Churchill seit Langem forderte, sagte er zu Lord Halifax, Kriegserklärungen würden sowieso «ausser Mode kommen».<sup>138</sup> Die geradezu unauffällige Weise, wie er Ende November und Anfang Dezember das Geleitschutzsystem für die gesamte Route über den Atlantik nach Grossbritannien (und nach Russland) einführte, deutete jedenfalls nicht darauf hin, dass er es eilig hatte, über den aktuellen festgefahrenen Zustand der Beziehungen zu Deutschland hinauszugehen. Nach seinem idealen Szenario konnte dieser Zustand noch Monate fortauern.<sup>139</sup> In Wirklichkeit waren dieser Strategie freilich zeitliche Grenzen gesetzt. Das «Siegesprogramm», das Roosevelt schliesslich im September vorgelegt worden war (und in der Öffentlichkeit einen Aufschrei der Empörung auslöste, nachdem es Anfang Dezember der führenden isolationistischen Zeitung, der *Chicago Tribune*, zugespielt wurde<sup>140</sup>), war immerhin zu dem Schluss gelangt, dass Hitler nur besiegt werden könne, wenn man bis 1943 Millionen von Soldaten in die Kämpfe nach Europa schicken würde.<sup>141</sup> Gemäss der Prognose dieses Plans war zuvor mit der Niederlage der Sowjetunion zu rechnen. Das «Siegesprogramm» war in dieser Hinsicht unmissverständlich: «[W]enn unsere europäischen Feinde besiegt werden sollen, wird es notwendig sein, dass die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten.»<sup>142</sup> Den konkreten Termin würde man, wie Roosevelt hoffte, hinauszögern können. Aber wenn der Nationalsozialismus zerschlagen werden sollte, würde man ihn nicht auf ewig verschieben können.<sup>143</sup>

Das «Siegesprogramm» empfahl, «Japan, vorbehaltlich künftiger Entwicklungen, in Schach zu halten».<sup>144</sup> Ende November 1941 kündigten sich in der Tat künftige Entwicklungen an. Aus abgefangenen Funksprüchen japanischer Diplomaten wusste das Weisse Haus, dass eine Aggression Japans bevorstand. Roosevelt hatte gehofft, die Vereinigten Staaten im Atlantik an die Schwelle des Krieges heranzuführen und gleichzeitig Japan im Zaum halten zu können. Doch diese Hoffnung explodierte mit den Bomben, die am klaren, sonnigen

## WASHINGTON, SOMMER UND HERBST 1941

Morgen des 7. Dezember 1941 auf amerikanische Schiffe fielen, die weitab im Südpazifik vor Anker lagen.

Das war aus amerikanischer Sicht gewiss ein katastrophales Ereignis. Doch Roosevelt, der die direkte Beteiligung an dem sich ausdehnenden Weltenbrand hatte vermeiden wollen, während er sich gleichzeitig darauf vorbereitete, hatte endlich den «Zwischenfall», der es ihm ermöglichte, ein geeintes Volk in den Krieg zu führen.



## Tokio, Herbst 1941

*Japan beschliesst, in den Krieg einzutreten*

*Wenn wir die gegenwärtige Gelegenheit versäumen, in den Krieg zu ziehen, werden wir uns dem amerikanischen Diktat unterwerfen müssen. Deshalb halte ich es für unvermeidlich, dass wir einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten beginnen.*

Yoshimichi Hara, Präsident des Kronrats, 5. November 1941

*Von heute an in zwei Jahren werden wir kein Erdöl für militärische Zwecke mehr haben. Die Schiffe werden nicht mehr fahren. Wenn ich an die Stärkung der amerikanischen Verteidigung im Südwestpazifik, die Vergrößerung der amerikanischen Flotte, den nicht beendeten Chinazwischenfall und anderes denke, sehe ich Schwierigkeiten ohne Ende. Wir können über Entbehrung und Leid sprechen, aber kann unser Volk ein solches Leben für lange Zeit erdulden?*

Hideki Tojo, japanischer Ministerpräsident, 5. November 1941

Im Sommer 1941 stand die japanische Führung plötzlich vor neuen Optionen. Sie ergaben sich wie im vorangegangenen Jahr aus den unmittelbaren weltweiten Folgen ferner Ereignisse. Wiederum hatte Hitler den entscheidenden Schritt getan, und wie beim deutschen Sieg über Frankreich fast genau ein Jahr zuvor war die japanische Machtelite, trotz der deutlichen Hinweise, die sie erhalten hatte, durch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 überrascht worden. Hitlers Angriff im Osten zerstörte mit einem Schlag die japanischen Hoffnungen, eine Koalition mit Deutschland, Italien und der Sowjetunion aufbauen zu können, um die Westmächte von Feindseligkeiten im Fernen Osten gegen Japan abzuschrecken, während es seine Herrschaft über eine «grossostasiatische Wohlstandssphäre» errichtete. Treibende Kraft hinter dieser Strategie war Aussenminister Yosuke Matsuoka gewesen, der im April, nach seinen Besuchen in Berlin und Rom, mit der Unterzeichnung des japanisch-sowjetischen Neutralitätspakts in Moskau einen spektakulären di-

plomatischen Erfolg erzielt hatte. Diese Strategie lag jetzt in Trümmern. Stattdessen musste man damit rechnen, dass sich die Sowjetunion gezwungen sehen würde, trotz aller ideologischen Differenzen Grossbritannien und die Vereinigten Staaten um Hilfe im Kampf gegen Deutschland zu bitten. Japan würde diplomatisch isolierter dastehen als jemals zuvor. Zudem hatte es immer noch keinen Ausweg aus dem chinesischen Schlamassel gefunden.

In der japanischen Führung beurteilte man die Gelegenheiten und Gefahren, die sich aufgetan hatten, höchst unterschiedlich, denn über Nacht war eine alternative Strategie möglich geworden: Sollte Japan die im vorigen Sommer beschlossene Politik der Expansion nach Süden wenigstens vorübergehend aufgeben, um sich stattdessen nach Norden zu wenden und die Sowjetunion von Osten anzugreifen, während sie unter dem verheerenden Angriff aus dem Westen wankte? Viel sprach dafür, die unerwartete Chance zu nutzen. Es gab mächtige Verfechter einer solch drastischen Verschiebung der Prioritäten, zu denen an erster Stelle Matsuoka gehörte. In typischem Überschwang liess er die Strategie, die er monatelang propagiert hatte, einfach fallen. «Grosse Männer ändern ihre Meinung», erklärte er. «Bisher habe ich mich dafür eingesetzt, nach Süden zu gehen, aber jetzt ziehe ich den Norden vor.»<sup>1</sup>

Auch einigen Militärführern gefiel die Aussicht, einen entscheidenden Schlag gegen den traditionellen Feind im Norden zu führen. Die Heeresführung war indessen vorsichtiger als Matsuoka. Immerhin hatte Japan im Sommer 1939 beim «Nomonhanzwischenfall» – wie die erbitterten Kämpfe mit sowjetischen Truppen um einen Landstreifen an der mandschurisch-mongolischen Grenze genannt wurden – rund 17'000 Mann verloren. Die Militärs waren sich weniger sicher als Matsuoka, dass Deutschland den Sieg über die Sowjetunion davontragen würde. Ausserdem wussten sie sehr genau, dass die Rote Armee dem japanischen Truppenkontingent im Norden zahlenmässig weit überlegen war, und ein Truppenaufmarsch, wie er für eine Nordoffensive nötig wäre, liess sich nicht über Nacht bewerkstelligen. Sie sprachen sich deshalb dafür aus, abzuwarten, wie sich der deutsch-sowjetische Krieg entwickeln würde, bevor man selbst einen Angriff im Norden unternahm, der zu diesem Zeitpunkt ein gefährliches Glücksspiel wäre. Die Marine stand auf jeden Fall weiter hinter dem Südvorstoss.<sup>2</sup>

Matsuoka geriet daher zunehmend ins Abseits. Bald sah er sich mit der gemeinsamen Opposition von Heer und Marine konfrontiert. Ende Juni wurden

seine Pläne in einer Reihe von Sitzungen zurückgewiesen. Die Nordoption wurde abgelehnt – oder zumindest aufgeschoben, bis Deutschland den Krieg gegen die Sowjetunion siegreich beendet hätte. Unterlegen und ohne jede Unterstützung der Oberkommandos, war Matsuoka Mitte Juli gezwungen, als Aussenminister zurücktreten, um dem gemässigeren Admiral Teijiro Toyoda Platz zu machen.

Kurz darauf unternahm Japan einen entscheidenden Schritt beim geplanten Südvorstoss, indem es am 24. Juli nach einigem Druck auf Vichyfrankreich mit 40'000 Soldaten (später sollten es 185'000 werden) in Französisch-Indochina einmarschierte.<sup>3</sup> Damit war Japan in der Lage, Tschiang Kai-scheks Nachschubweg über die Burmastrasse abzuschneiden. Ausserdem war jetzt der Weg zu den Erdölquellen in Niederländisch-Indien frei. Die US-Regierung, die durch abgefangene Funksprüche im Voraus über den Vorstoss informiert war, hatte bereits Vergeltungsmassnahmen vorbereitet. Am 23. Juli teilte Aussenminister Hull dem japanischen Botschafter in Washington, Kichisaburo Nomura, mit, dass die diplomatischen Gespräche, die seit Monaten überwiegend inoffiziell geführt wurden, um die immer angespannteren japanisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern, beendet seien. Drei Tage später wurden sämtliche japanischen Guthaben in den Vereinigten Staaten eingefroren (am nächsten Tag folgten Grossbritannien, Kanada, die Philippinen, Neuseeland und die Niederlande dem amerikanischen Beispiel).<sup>4</sup> Japan war nicht mehr in der Lage, Erdöl in Amerika zu kaufen. Um keine japanische Invasion von Niederländisch-Indien zu provozieren, scheute Roosevelt davor zurück, ein totales Erdölembargo zu verhängen. Kleine Mengen minderwertigen Erdöls, das nicht für Flugzeuge verwendet werden konnte, durften weiterhin exportiert werden. In dieser Phase scheint Roosevelt keinen vollständigen Ausfuhrstopp, sondern lediglich vorübergehende Beschränkungen zur Abschreckung im Sinn gehabt zu haben. Aber die «Falken» im Finanzministerium und in dem neu geschaffenen «Economic Defense Board» verboten die Freigabe von Mitteln auch nur für den Kauf von minderwertigem Erdöl. Roosevelt entdeckte erst Anfang September, dass Japan seit dem 25. Juli keinen Tropfen Erdöl mehr erhalten hatte.<sup>5</sup> Praktisch war also ein totales Erdölembargo gegen Japan verhängt worden.<sup>6</sup> Das japanische Militär hatte sich erheblich überschätzt. Es hatte weiterhin geglaubt, die USA würden kein totales Embargo in Kraft setzen.<sup>7</sup> Die Regierung Konoe befand sich nahezu in Panik.<sup>8</sup> Ohne Erdöl

in Panik.<sup>8</sup> Ohne Erdöl war Japans Streben nach Macht und Wohlstand zum Scheitern verurteilt. Das Land verfügte über Reserven für weniger als zwei Jahre, die rasch aufgebraucht sein würden. Die Uhr tickte.<sup>9</sup>

Der Südvorstoss konnte nicht warten. Japan musste sich das Erdöl von Niederländisch-Indien sichern. Doch das bedeutete mit Sicherheit einen Zusammenstoss nicht nur mit der niederländischen Kolonialverwaltung, sondern auch mit Grossbritannien und, was für Japan am bedrohlichsten war, den Vereinigten Staaten. Die drei Länder waren zum einen praktisch miteinander verbündet und verfolgten zum anderen gemeinsame Interessen in China, wo Tschiang Kai-scheks Nationalisten seit mehr als vier Jahren (mit westlicher Unterstützung) in einen erbitterten, brutalen Krieg mit Japan verwickelt waren, dessen Ende nicht abzusehen war und der bereits Hunderttausende das Leben gekostet hatte. Japan bereitete sich daher auf ein gewaltiges Kräftemessen mit diesen vier Ländern (einschliesslich Chinas) vor. Die amerikanische Haltung hatte sich während des Sommers (auf britisches Drängen) erheblich verhärtet, was Japan noch weiter in die Enge getrieben hatte, in die es sich bereits durch seine eigene Politik gebracht hatte. Deshalb waren die Aussichten im August 1941 düster. Beide Seiten standen sich in starrer Haltung gegenüber. Ein Krieg erschien allmählich als unvermeidlich.

Im Rückblick scheint der Weg in den pazifischen Krieg geradlinig verlaufen zu sein. Aber damals, sogar noch im Herbst, glaubten manche in der japanischen Führung unverändert, dass sich der Konflikt vermeiden lasse und dass man weiterhin über andere Optionen verfüge, wenn auch weniger als zuvor. Dies war tatsächlich der Fall. Im Herbst 1941 gab es in der Führungsspitze des Landes noch bedeutende Persönlichkeiten – einschliesslich von Ministerpräsident Konoë, Aussenminister Toyoda und Kaiser Hirohito –, die keinen Krieg wollten. Sogar in der Führung von Heer und Marine zögerte man und hegte grosse Befürchtungen hinsichtlich der Folgen eines Krieges. Die Meinung war geteilt. Manche, insbesondere im Militär, konnten es kaum abwarten (ebenso wie eine chauvinistische Öffentlichkeit, die seit Jahren von manipulierten Massenmedien aufgeputscht worden war). Andere waren besorgt. Ein sich lange hinziehender Krieg (wie er wahrscheinlich war) schien nach ihrer Meinung nicht zu gewinnen. Seine Folgen für Japan wären ebenso verheerend wie unkalkulierbar. Viele andere wiederum ergaben sich einem samuraiartigen Fa-

talismus. Der Krieg würde kommen. Möglicherweise bedeutete er den Untergang Japans. Aber das würde man erdulden müssen. Einen Rückzug gab es nicht. Ein Untergang in Ehren war besser als ein Überleben in Schande.

Dies war, grob umschrieben, die bestimmende Mentalität, wie man im Herbst 1941 in Japan die eigenen Optionen sah. Ende November wurde dann die schicksalhafte Entscheidung getroffen – für den Krieg. Die Flotte war bereits in Richtung Pearl Harbor ausgelaufen. Wie wurde diese weit reichende Entscheidung getroffen?

## 1

Als im August 1941, nach der Verhängung des weitgehenden amerikanischen Ausfuhrverbots für Erdöl, über dem Pazifik rasch Sturmwolken aufzogen, wurden einige japanische Führer – bisher Befürworter der selbstbewussten Haltung, die zu dem aktuellen Dilemma geführt hatte – von Furcht und bösen Vorahnungen erfasst. Der neue Aussenminister Toyoda versuchte durch Vorschläge, die am 5. August ausgearbeitet und am nächsten Tag nach Washington übermittelt wurden, die immer breiter werdende Kluft zwischen japanischen und amerikanischen Interessen zu überbrücken. Er behauptete, Japan habe nicht die Absicht, über Französisch-Indochina hinaus im Südwestpazifik Truppen zu stationieren. Zudem sei es bereit, die Neutralität der Philippinen (einer amerikanischen Besetzung) zu garantieren. Mehr als diese Minimalkonzessionen hatte Toyoda jedoch nicht anzubieten. Im Gegenzug sollten die Vereinigten Staaten gegen Japan gerichtete Militärmassnahmen im Südwestpazifik einstellen sowie Grossbritannien und die Niederlande drängen, es ihnen nachzutun. Ausserdem sollten sie Japan beim Erwerb von Bodenschätzen in Niederländisch-Indien unterstützen, wieder normale Wirtschaftsbeziehungen herstellen, in China als Vermittler auftreten, um den dortigen Krieg zu beenden, und auch nach dem Abzug der japanischen Truppen die besondere Stellung Japans in Französisch-Indochina anerkennen.<sup>10</sup> Aus amerikanischer Sicht war dies inakzeptabel und das Papier nicht wert, auf dem es stand.

Eine andere Initiative kam von höherer Ebene. Obwohl Ministerpräsident Konoé den expansionistischen Kurs seines Landes und den fortdauernden Krieg in China gutgeheissen hatte, war er jetzt derart besorgt über die Entwick-

lung, dass er einen letzten, verzweifelten Versuch erwog, um die immer un-  
ausweichlicher erscheinende Kollision mit Amerika doch noch zu verhindern.  
Er schlug ein persönliches Treffen mit Präsident Roosevelt in Honolulu oder  
an Bord eines Schiffes im Pazifik vor.<sup>11</sup> Dieser Vorschlag war in der japani-  
schen Geschichte beispiellos. Und er brachte für Konoe sowohl physische als  
auch politische Gefahren mit sich. Gegenüber der Militärführung begründete  
er seine Initiative nicht mit dem Wunsch, die Differenzen mit den Vereinigten  
Staaten um jeden Preis zu überwinden, sondern mit der Absicht, der Welt zu  
zeigen, dass Japan alles getan habe, um den Krieg zu vermeiden. «Wenn es  
zum Krieg kommt, nachdem wir alles in unserer Macht Stehende getan haben,  
dann lässt es sich nicht mehr ändern», erklärte er. «In diesem Fall werden wir  
einen Entschluss fassen müssen, und das Volk wird ebenfalls vollauf vorbe-  
reitet sein. Darüber hinaus wird die ganze Welt wissen, dass wir guten Willen  
gezeigt haben, indem wir uns derart bemüht haben.»<sup>12</sup> Im Privatgespräch  
scheint er die Bereitschaft angedeutet zu haben, eine Reihe begrenzter Zuge-  
ständnisse zu machen wie den Rückzug der japanischen Truppen aus Franzö-  
sisch-Indochina. Laut späteren Aussagen von Personen aus seiner Umgebung  
hätte Konoe, wenn nötig, den Kaiser vom Verhandlungsort aus telegrafisch  
um seine Einwilligung gebeten und Konzessionen zugestimmt, um auf diese  
Weise das Heer zu umgehen und den Frieden zu bewahren.<sup>13</sup> Angesichts von  
Konoes üblicher Schwäche und Unentschlossenheit muss bezweifelt werden,  
dass er einen solch mutigen Schritt tatsächlich unternommen hätte. Und hätte  
er Konzessionen eingeräumt, die geeignet gewesen wären, die Amerikaner zu-  
friedenzustellen, wäre er daheim sicherlich auf den Widerstand des Militärs –  
und der stark antiamerikanisch eingestellten Öffentlichkeit – gestossen. Es  
wurden mindestens zwei gegen Konoe gerichtete Mordkomplote fanatisierter  
radikaler Nationalisten aufgedeckt.<sup>14</sup> Nur wenige Jahre zuvor war es mehrfach  
durch Attentate zu einem Regierungswechsel gekommen. Konoe wurden von  
Freunden gewarnt, dass er es nicht lange überleben werde, wenn er das Militär  
auf die beschriebene Weise ausmanövrieren sollte. Falls er dies wirklich ernst-  
haft in Erwägung gezogen hat, unterschätzte er die Macht, welche die Führun-  
gen von Heer und Marine inzwischen besaßen.

Am 4. August befürwortete der Kaiser in einer Audienz für Konoe die Idee  
eines Gipfeltreffens mit Präsident Roosevelt und forderte ihn auf, unverzüg-

lich zu handeln.<sup>15</sup> Auch Aussenminister Toyoda billigte das Vorhaben als letzte Hoffnung, die Katastrophe zu vermeiden. Marineminister Koishiro Oikawa, ein zögerlicher Mann mit häufig zweideutiger, schwankender Haltung, schloss sich dem Vorschlag ebenfalls an. Vielleicht hielt er seine Erfolgsaussichten für gering. Immerhin wusste er, dass die Vorbereitungen der Marine bereits weit gediehen waren und die Expeditionsflotte Anfang September beinahe aktionsbereit sein würde.<sup>16</sup> Der geradlinigere Heeresminister Tojo stimmte im Namen des Heeres nur bedingt zu: Er würde dem Vorhaben nicht im Wege stehen, aber nur so lange, wie Konoe die grundlegenden, nicht verhandelbaren Prinzipien der japanischen Politik nicht aufgeben und bereit sei, Japan in den Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu führen, falls Roosevelt kein Entgegenkommen zeigen sollte.<sup>17</sup>

Unterhalb der ministeriellen Ebene standen viele Militärs Konoes Initiative noch reservierter gegenüber. So hielt der Stabschef der Marine, Osami Nagano, starr an der Auffassung fest, dass alle diplomatischen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten abgebrochen werden müssten und Japan den Krieg beginnen sollte. Unter Marineplanern hielt man das geplante Gipfeltreffen für eine «merkwürdige Kriegslist». Im Heer stiess das Vorhaben auf kaum mehr Zustimmung. Generalstabschef Gen Sugiyama und der zu den «Falken» zählende Operationschef Shinichi Tanaka waren willens, Konoes Schritt als «letzten Versuch» zu akzeptieren, denn wenn Roosevelt, so ihr Hintergedanke, die «wahren Absichten» Japans «falsch interpretiert und auf der bisherigen Politik beharrt, können keine Einwände mehr erhoben werden, die [das japanische Militär] hindern könnten, mit resoluter Entschlossenheit den Kampf mit den Vereinigten Staaten aufzunehmen». Mit anderen Worten, das wahrscheinliche Scheitern der Initiative würde den Krieg rechtfertigen. Und es hätte noch einen anderen Vorteil: «Wir können Konoe nicht verbieten, in die Vereinigten Staaten zu reisen. Nach unserer Einschätzung ist es zu 80 Prozent sicher, dass die Reise mit einem Fehlschlag enden wird, und wenn der Ministerpräsident scheitert, ist sein Rücktritt besiegelt.» Konoes Vorhaben würde also wahrscheinlich den Wechsel in der japanischen Führung nach sich ziehen, den viele Militärs für lange überfällig hielten. Sugiyama und Tanaka blieben jedoch vorsichtig. Den glatten Konoe festnageln zu wollen, sei so ähnlich, «als wollte man Gelee an eine Wand pinnen».<sup>18</sup>

Botschafter Nomura in Washington – ein gross gewachsener, einäugiger pensionierter Admiral mit gutmütigem Wesen und beschränkten Englischkenntnissen, der relativ amerikafreundliche Ansichten vertrat – wurde am 7. August angewiesen, um ein Treffen zwischen Konoe und Roosevelt zu er-suchen.<sup>19</sup> US-Aussenminister Hull, der die MAGIC-Erkenntnisse aus abgefangenen japanischen Funksprüchen kannte, reagierte kühl. Der japanische Einmarsch in Französisch-Indochina hatte ihn in seinen Ansichten bestärkt. «Nur Gewalt kann sie stoppen», hatte er am 2. August festgestellt.<sup>20</sup> Sechs Tage später sagte er unumwunden zu Nomura: «Wir können nur dann Konsultationen beginnen, wenn Japan aufhört, Gewalt anzuwenden.» Die Idee eines Gipfeltreffens stiess bei ihm auf wenig Interesse. Ohne einen Beweis für eine Änderung der japanischen Politik, erklärte er, habe es wenig Sinn, sie Roosevelt vorzutragen.<sup>21</sup>

Unterdessen wurde die Aufmerksamkeit des Präsidenten von einem anderen, tatsächlich stattfindenden Gipfeltreffen beansprucht, nämlich demjenigen mit Churchill vom 9. bis 12. August 1941 in der Placentia Bay vor der Küste von Neufundland. Für die Westmächte war die Bekräftigung ihrer Verpflichtung auf Freiheit, Frieden, Wirtschaftsliberalismus und Ablehnung von Gewalt in internationalen Angelegenheiten, wie sie in der am Ende ihrer historischen Konferenz unterzeichneten Atlantikcharta zum Ausdruck kam, eine wirkungsvolle Deklaration nobler Grundsätze. Aus japanischer Perspektive erweckte Roosevelts und Churchills gemeinsame Erklärung einen völlig anderen Eindruck: Die in ihr enthaltenen Grundsätze wirkten bedrohlich. Wie die führende Tokioter Tageszeitung *Asahi* schrieb, schienen sie die Entschlossenheit der Westmächte zu untermauern, «ein System der Weltherrschaft auf der Grundlage der angloamerikanischen Weltanschauung» aufrechtzuerhalten.<sup>22</sup> Daraus folgte man, dass der Krieg nur zu verhindern sei, wenn sich Japan diesem Ziel unterwarf. Weder in Tokio noch in Washington sprach viel dafür, dass bei einem Gipfeltreffen jene Konzessionen gemacht werden könnten, durch die sich der Krieg noch verhindern liess.

In den Gesprächen auf dem amerikanischen Kreuzer *Augusta* in der Placentia Bay hatte Churchill den amerikanischen Präsidenten zu einer harten Haltung gegenüber Japan gedrängt. Roosevelt spielte jedoch lieber auf Zeit. Da er seit Monaten die japanischen Funksprüche mitlas, gab er sich keinen Illusionen über die Absichten Tokios hin. Aber den Ausbruch der Feindselig-



keiten auch nur um wenige Woche hinauszuschieben, bedeutete eine Hilfe für die eigenen militärischen Vorbereitungen, und es verschaffte den Briten, wie er argumentierte, Zeit, um die Verteidigung von Singapur zu verstärken. «Ich denke, ich kann sie für drei Monate einlullen», versprach er Churchill.<sup>23</sup>

Als Roosevelt am 17. August, nach seiner Rückkehr aus der Placentia Bay, mit Nomura zusammentraf, überreichte er ihm eine Note, die auf der Grundlage eines Entwurfs von Churchill während der Atlantikkonferenz aufgesetzt worden war und davor warnte, dass weitere japanische Vorstösse im Südwestpazifik amerikanische Gegenmassnahmen auslösen und möglicherweise zum Krieg führen würden. Anschliessend machte der Präsident jedoch einen Rückzieher von der harten Linie, die er Churchill offenbar versprochen hatte, und gab dem japanischen Botschafter eine zweite, konziliantere Note. Wenn Japan seine Expansion beende und «ein friedliches Programm im Pazifik» beginne, erklärte er, sei er bereit, die Verhandlungen mit der japanischen Regierung wieder aufzunehmen. Er schlug ein Treffen Mitte Oktober in Juneau in Alaska vor. Nomura war sicher, dass Roosevelt es ernst meinte. «Eine Antwort sollte erfolgen, bevor diese Gelegenheit vorüber ist», kabelte er nach Tokio. Die Regierung solle «dringend über diese Frage entscheiden».<sup>24</sup>

Der amerikanische Botschafter in Tokio, Joseph C. Grew, der sich hervorragend in japanischen Angelegenheiten auskannte und auf die Denkweise der Japaner eingestellt war, glaubte immer noch fest daran, dass durch geschickte Diplomatie ein Ausweg aus der Sackgasse gefunden werden könnte. Nachdem ihm der japanische Aussenminister Toyoda am 18. August von dem Vorschlag eines Gipfeltreffens zwischen Konoe und Roosevelt erzählt hatte, drängte er Washington in einem Telegramm «mit aller [ihm] zur Verfügung stehenden Kraft, diesen japanischen Vorschlag, um der Vermeidung der offensichtlich zunehmenden Möglichkeit eines völlig sinnlosen Krieges zwischen Japan und den Vereinigten Staaten willen, nicht ohne äusserst sorgfältige Prüfung zu verwerfen». Er sei sicher, fügte er in nachfolgenden Schreiben hinzu, dass die japanische Regierung zu weit reichenden Konzessionen bereit sei. Von einem sofortigen Versuch, einen Gesamtplan für den Wiederaufbau des Fernen Ostens aufzustellen, riet er ab. Stattdessen empfahl er, die amerikanischen Sanktionen im Gleichschritt mit der Erfüllung der japanischen Zusagen nach und nach aufzuheben.<sup>25</sup>

Am 26. August beschloss die Verbindungskonferenz die japanische Antwort auf Roosevelts Warnung und die sie begleitende zweite Note – eine freundliche Botschaft von Konoë sowie eine förmliche Erwiderung.<sup>26</sup> Zwei Tage später übergab Nomura beide Schreiben dem amerikanischen Präsidenten.<sup>27</sup> In seiner persönlichen Botschaft drängte Konoë, verpackt in Äusserungen des guten Willens und des Bedauerns über vergangene Missverständnisse, auf ein baldiges Treffen, bevorzugt in Honolulu, um zu «sondieren, ob es möglich ist, die Situation zu retten». Man sollte in groben Zügen über die Probleme im Pazifik sprechen. Die Einzelheiten könnten später von Beamten ausgearbeitet werden. In der förmlichen Note wurde betont, das japanische Handeln sei zur Selbstverteidigung notwendig, und die von amerikanischen Gegenmassnahmen ausgehende Bedrohung hervorgehoben. Aber auch sie war im Ton versöhnlich gehalten. Japan sei bereit, hiess es weiter, seine Truppen aus Indochina abzuziehen, sobald ein gerechter Frieden in Ostasien vereinbart worden sei. Man habe nicht vor, in Nachbarländer einzumarschieren oder die Sowjetunion anzugreifen. «Mit einem Wort», resümierte die japanische Regierung, sie habe «nicht die Absicht, ohne Provokation gegen irgendein Nachbarland militärische Gewalt anzuwenden».<sup>28</sup>

Roosevelt empfing Nomura herzlich und sogar liebenswürdig. Er freue sich auf drei oder vier Tage mit Fürst Konoë, liess er wissen, zumal er gehört habe, dass dieser gut Englisch spreche. Er schlug erneut Juneau als Treffpunkt vor, nannte aber keinen Termin. In Wahrheit versuchte er die Japaner weiterhin «einzulullen». Hull jedenfalls dämpfte die Hoffnungen auf ein Gipfeltreffen, als er am Abend desselben Tages mit Nomura zusammenkam. Seine Haltung war weniger von Botschafter Grew als vom Leiter der Fernostabteilung des Aussenministeriums, dem «Falken» Stanley K. Hornbeck, und noch mehr von den MAGIC-Informationen beeinflusst. Entsprechend skeptisch stand er einem Gipfel ohne präzise, vorher festgelegte Tagesordnung gegenüber. «Wir hatten den Eindruck», schrieb er später, «dass Japan uns zu einer Konferenz drängen wollte, die allgemeine Erklärungen beschliessen würde, welche Japan dann nach eigenem Gutdünken interpretieren und anwenden könnte», und das unter Hinweis auf die Zustimmung des amerikanischen Präsidenten. «Es war schwer vorstellbar», fügte er hinzu, «dass Konoës Regierung es wagen würde, Vorschlägen zuzustimmen, die wir akzeptieren könnten. In Japan gab es eine starke Opposition gegen jeden Versuch, die Beziehungen zu den Vereinigten

Staaten zu verbessern.»<sup>29</sup> Die Opposition hatte unterdessen den Boden bereitet, um ihre Forderungen durchzusetzen. Sie vereinte hauptsächlich verschiedene Fraktionen aus Heer und Marine, die sich überwiegend aus Offizieren der mittleren Ränge zusammensetzten und jeweils eigene Interessen vertraten. Da sie stets darauf pochen konnte, dass die expansionistischen Ziele unantastbar seien und man dafür sorgen müsse, dass die Opfer des «Chinazwischenfalls» nicht umsonst gefallen seien, hatte sie gute Chancen, jede Initiative, die signifikante Konzessionen vorsah, blockieren zu können. In der ersten Septemberwoche wurde letzte Hand an die Gegenposition zu Konoes Vorschlag eines Gipfeltreffens mit Roosevelt gelegt; anschliessend wurde sie in Gegenwart des Kaisers als Grundlage der nationalen Politik bestätigt. Sie lief darauf hinaus, dass Japan Krieg führen würde, wenn nicht in einem extrem kurzen Zeitraum – innerhalb von weniger als sechs Wochen – eine Einigung mit Amerika erreicht werden sollte.

## II

Bereits am 16. August, einen Tag bevor Roosevelt und Nomura in Washington über ein mögliches Gipfeltreffen zwischen dem Präsidenten und Fürst Kono sprachten, kamen in Tokio die Führungen der Planungsstäbe von Heer und Marine zusammen, um über den Entwurf eines «Plans zur Ausführung der kaiserlichen Politik» zu beraten. Der Grundgedanke des von der Marine vorgelegten Plans lautete, dass sich Japan auf den Krieg vorbereiten und gleichzeitig diplomatische Anstrengungen unternehmen sollte. Das war ein Kompromiss, denn nach Ansicht der Marine konnte die Entscheidung über den Krieg nach der Mobilmachung getroffen werden, während das Heer sich für den umgekehrten Ablauf aussprach. Doch diese Übereinkunft gab der Diplomatie lediglich eine geringe Chance. Der Countdown für die Eröffnung von Feindseligkeiten lief bereits. Die Marine hatte dem Heer am Tag zuvor mitgeteilt, dass es eine operative Absprache zwischen den beiden Teilstreitkräften bis zum 20. September erreichen wolle. Die Kriegsvorbereitungen sollten bis zum 15. Oktober abgeschlossen sein. Als Endtermin der diplomatischen Bemühungen stellte man sich Mitte Oktober vor. Wenn bis zu diesem Zeitpunkt keine Einigung erzielt

werden konnte, sollte Japan nach Auffassung der Marine zu kriegerischen Mitteln greifen. In den folgenden zwei Wochen wurden die Entwürfe des Plans beinahe täglich in gemeinsamen Sitzungen der Stäbe von Heer und Marine abgestimmt. Langwierige Diskussionen über geringfügige Textkorrekturen spiegelten die Nuancen wider, in denen sich die Interessen der verschiedenen Fraktionen unterschieden. Wesentliches wurde nicht geändert. Die Grundlagen waren unumstritten. Am 30. August wurde das Dokument fertiggestellt und unter dem Titel «Grundsätze für die Ausführung der kaiserlichen Politik» beschlossen.<sup>30</sup> Die entscheidende Aussage lautete: «Falls Anfang Oktober noch keine Aussicht auf die Erfüllung unserer Forderungen durch diplomatische Verhandlungen besteht, werden wir uns umgehend entschliessen, in den Krieg mit den Vereinigten Staaten (Grossbritannien, Holland) einzutreten.»<sup>31</sup>

Die japanischen Forderungen weckten wenig Hoffnung auf einen diplomatischen Erfolg. Die Vereinigten Staaten und Grossbritannien sollten ihre Militär- und Wirtschaftshilfe für Tschiang Kai-schek einstellen, ihre Militärpräsenz im Fernen Osten nicht ausbauen und Japan mit notwendigen wirtschaftlichen Ressourcen versorgen. Im Gegenzug würde Japan zusagen, von Indochina aus nicht in die Nachbarländer vorzudringen (abgesehen von China), nach Schaffung eines gerechten Friedens im Fernen Osten seine Truppen aus Indochina abzuziehen und die Neutralität der Philippinen zu garantieren.<sup>32</sup> Einen Tag, bevor die Verbindungskonferenz am 3. September zusammentrat, um über die «Grundsätze» zu beraten, liess Sugiyama dem Ministerpräsidenten für den Fall, dass er Anzeichen von Schwäche zeigen sollte, eine deutliche Warnung zukommen. In Bezug auf die drei Grundelemente – Bündnis mit den Achsenmächten, Schaffung der «grossostasiatischen Wohlstandssphäre» und Truppenstationierung in China – seien Abstriche ausgeschlossen, betonte der Heeresgeneralstabschef.<sup>33</sup> Sie bildeten die Grundlage der Vereinbarung zwischen Heer und Marine, und ohne die Unterstützung des Militärs konnte sich keine zivile Regierung halten. Wenn aber das Militär (mit breiter Zustimmung aus allen Kreisen der Bevölkerung) derart starre Eckpfeiler vorgab, hatten diplomatische Schritte kaum Erfolgchancen. Konoesteckte jetzt in einer teilweise selbst geschaffenen Klemme. Er konnte nicht von Grundsätzen abweichen, an deren Durchsetzung er seit dem Beginn des Krieges in China massgeblich beteiligt gewesen war. Aber ohne Abstriche von diesen Grund-

sätzen hatte er Roosevelt auf dem Gipfeltreffen, das er immer noch anstrebte, kaum etwas anzubieten.

Konoes stark angegriffene Position war vermutlich der Hauptgrund, warum er in der siebenstündigen Verbindungskonferenz am 3. September keine Einwände erhob, als die «Grundsätze für die Ausführung der kaiserlichen Politik» beraten und dann beschlossen wurden. Der andere in der Sitzung anwesende Hauptverfechter einer diplomatischen Lösung, Aussenminister Toyoda, verhielt sich ebenso willfährig. Den Ton gaben die kriegesischen Stabschefs Nagano und Sugiyama an, und deren Hauptanliegen war, auch wenn sie für kurze Zeit diplomatische Sondierungen zuließen, unverkennbar die rasche Vorbereitung auf den Krieg, mit dessen Ausbruch alle rechneten. Keiner von beiden war bereit, einen Zeitverlust bei der Mobilmachung hinzunehmen. Wenn es denn Krieg geben sollte – was beide für nahezu unvermeidlich hielten –, dann sollte es ihn bald geben. «Während ich zuversichtlich bin, dass wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Chance haben, einen Krieg zu gewinnen», erklärte Nagano, «fürchte ich, dass diese Gelegenheit mit der Zeit verschwinden wird.» Diese Voraussage hätte gravierende Zweifel an der Klugheit des von ihm vorgeschlagenen Kurses wecken müssen. Er hoffte auf eine baldige Kraftprobe in einer Entscheidungsschlacht in japanischen Gewässern. Sie würde zwar möglicherweise nicht den Krieg beenden, aber Japan die Ressourcen verschaffen, die es brauchte, um einen langen Krieg führen zu können. «Wenn wir dagegen ohne eine Entscheidungsschlacht in einen langen Krieg verwickelt werden», gab Nagano offen zu bedenken, «werden wir in Schwierigkeiten sein, zumal unser Nachschub mit Rohstoffen sich verringern wird. Wenn wir diese Rohstoffe nicht beschaffen können, wird es unmöglich sein, einen langen Krieg zu führen.» Seine Schlussfolgerung lautete, dass die Streitkräfte keine andere Wahl hätten, «als weiterzumachen». Sugiyama pflichtete ihm bei. Die Kriegsvorbereitungen dürften nicht länger dauern als bis in die letzten zehn Tage des Oktober. Diplomatische Ziele müssten spätestens in den ersten zehn Tagen des Monats erreicht werden. «Ist dies nicht der Fall», erklärte er, «müssen wir weitermachen. Wir können nicht zulassen, dass die Dinge hinausgezögert werden.» Als Hauptgrund dafür nannte er die Notwendigkeit, im nächsten Frühjahr für ein Vorgehen im Norden bereit zu sein – was eine Priorität des Heeres und nicht der Marine darstellte.

Der Rest der Konferenz war überwiegend der Diskussion von sprachlichen Korrekturen der «Grundsätze» gewidmet. Erstaunlicherweise wurde kein nachdrücklicher Einwand gegen sie erhoben. Die Sitzung war zwar lang, verlief aber harmonisch. Das entscheidende Dokument, das einen Zeitplan für die Entscheidung über den Krieg aufstellte, wurde ohne ernsthafte Gegenwehr beschlossen. Noch bemerkenswerter war, dass Naganos Prognose – so ungenau, spekulativ und im Grunde entmutigend sie war – nicht angezweifelt wurde, von Kritik ganz zu schweigen. Selbst die Marineplaner waren der Auffassung, dass Japan kaum Erfolgsaussichten haben würde, wenn der Krieg länger dauern sollte – womit zu rechnen war. Nagano war sich dessen bewusst. Aber weder Konoë noch Toyoda noch ein anderer Teilnehmer der Verbindungskonferenz erhob Widerspruch gegen seine Position, obwohl er nicht mehr anzubieten hatte als eine Entschlossenheit zum Krieg, die auf einem angeblichen Mangel an Alternativen und der Hoffnung auf etwas Glück beruhte.<sup>34</sup>

Am nächsten Tag billigte die Regierung das Dokument, das sie auf eine Politik festlegte, die das Land in den Krieg führen würde. Die letzte und formalste Etappe der Annahme der «Grundsätze» war ihre Vorlage in der Kaiserlichen Konferenz, die am 6. September in Anwesenheit des «Tenno» stattfinden sollte. Am Abend zuvor begab sich Konoë in den Palast, um dem Kaiser formell die «Grundsätze» vorzustellen (obwohl Hirohito wie üblich über die Entwicklungen auf dem Laufenden war und wusste, dass er wahrscheinlich bald «eine wahrhaft ernste Entscheidung» würde treffen müssen).<sup>35</sup> Der Kaiser war beunruhigt über die Implikationen des von der Verbindungskonferenz beschlossenen Dokuments. Er fand, dass es dem Krieg Vorrang vor der Diplomatie einräumte, und verlangte von Konoë, den höchst gefährlichen Oktobertermin für den Abschluss von Verhandlungen zu ändern. Der Ministerpräsident konnte ihm jedoch nicht mehr versprechen, als sich mit aller Kraft um einen Erfolg der Verhandlungen zu bemühen. Die Entscheidung der Verbindungskonferenz zu revidieren, sagte er, sei schwierig. Er riet dem Kaiser, sich an die Stabschefs zu wenden.<sup>36</sup>

Etwas später erschienen Nagano und Sugiyama im Palast. Hirohito fragte sie, in Anwesenheit Konoës, nach den Siegesaussichten in einem Krieg mit den Vereinigten Staaten. Als Sugiyama antwortete, dass ein Sieg innerhalb von drei Monaten möglich sei, geriet der Kaiser in Wut – eine überaus seltene

Erscheinung. «Zur Zeit des Chinazwischenfalls», erwiderte er, «hat das Heer mir gesagt, wir würden sofort nach dem ersten Schlag mit drei Divisionen einen Friedensschluss erreichen. Sugiyama», fügte er hinzu, «Sie waren damals Heeresminister.» Der Angesprochene entgegnete lahm, dass China ein riesiges Gebiet und Japan auf unerwartete Schwierigkeiten gestossen sei. «Ist der Pazifik nicht noch grösser?», wandte der Kaiser ein und erinnerte den Stabschef an seine damaligen Warnungen. Dann fragte er ihn unverblümt: «Sugiyama, lügen Sie mich an?» Nagano mischte sich ein, um seinem Kollegen die Peinlichkeit einer Antwort zu ersparen. Er räumte ein, dass ein Sieg nicht garantiert werden könne. Dies sei in jedem Konflikt so. Dann griff er zu einem medizinischen Vergleich: Wenn ein Arzt sage, dass eine siebzigprozentige Chance bestehe, einen Patienten durch eine Operation zu retten, die Unterlassung der Operation aber seinen Tod bedeuten würde, dann würde man sich für die Operation entscheiden. Wenn der Patient nach der Operation sterbe, dann habe es eben so sein sollen. «Dies», fuhr Nagano mit zweifelhafter Logik fort, «ist die Situation, in der wir uns heute befinden [...] Wenn wir Zeit vergeuden, die Tage vergehen lassen und zu kämpfen gezwungen sind, wenn es zum Kämpfen zu spät ist, dann werden wir nicht in der Lage sein, irgendetwas dagegen zu tun.» Es war ein merkwürdiges Argument. Aber es schien den Kaiser zu beruhigen. Auf Konoes Frage, ob er die Tagesordnung der Kaiserlichen Konferenz am nächsten Tag ändern solle, antwortete er: «Es ist nicht notwendig, irgendetwas zu ändern.»<sup>37</sup>

Hätte der Kaiser in diesem entscheidenden Augenblick etwas anderes tun können, als resigniert zu akzeptieren, was er soeben grundsätzlich infrage gestellt hatte? Hatte er eine Wahl? Hätte er sich dafür entscheiden können, sich voll und ganz hinter die Diplomatie zu stellen und den Countdown für die Kriegsentscheidung abzubrechen? Mindestens ein Berater dachte, dass er andere Optionen hatte. Mamoru Shigemitsu, einst Botschafter in Grossbritannien, beschwor ihn, dass Japan seinen Grossmachtstatus und seinen Einfluss auf die Nachkriegspolitik am besten sichern könne, wenn es sich aus dem europäischen Konflikt heraushalte und seine eigene Politik überdenke.<sup>38</sup> Konkret hätte das zum einen die Abkehr von dem Bündnis mit den Achsenmächten und zum anderen Konzessionen gegenüber China und Südostasien bedeutet, was die Amerikaner zufriedengestellt hätte. Aber der grösste Teil der Machtelite

lehnte weitreichende Zugeständnisse ab, obwohl die Öluhr abließ. Auf jeden Fall war die Macht des Kaisers in der Praxis begrenzter als in der Theorie. Laut Verfassung besass er weiterhin die Regierungsgewalt. Theoretisch handelten die Streitkräfte nach seinem Willen. Und die Führungen von Regierung und Streitkräften fühlten sich gewiss durch ein Ehrenband des Gehorsams an den Kaiser gebunden. Aber wenn Hirohito, ungeachtet seiner nicht sehr starken Persönlichkeit, die Regierungsgewalt ausgeübt hätte, um eine Entscheidung zu überstimmen, die in der Verbindungskonferenz von den Oberkommandos von Heer und Marine zusammen mit der zivilen Regierung getroffen worden war, hätte er die Stellung des kaiserlichen Throns in Gefahr gebracht. In der Praxis war es undenkbar. Hirohito zog den Risiken eines Krieges mit den Vereinigten Staaten sicherlich den Frieden vor. Aber er hatte die inneren wie äusseren Schritte zum Aufbau der japanischen Machtposition befürwortet, die das Land in seine gegenwärtige missliche Lage gebracht hatten. Er konnte einem unwilligen Militär nicht befehlen, eine Haltung aufzugeben, die mittlerweile sowohl von einem Grossteil der Öffentlichkeit als auch von bedeutenden Teilen der Machtelite mit der Ehre Japans verknüpft wurde. Unter diesen Umständen einen Konflikt mit der Militärführung heraufzubeschwören, hätte sehr wahrscheinlich bedeutet, die Stellung der Monarchie selbst in Gefahr zu bringen.

Zwanzig Minuten vor dem für zehn Uhr vormittags am 6. September angesetzten Beginn der Kaiserlichen Konferenz liess Hirohito seinen Hauptberater, den Kaiserlichen Siegelbewahrer Koichi Kido, zu sich rufen, um ihm mitzuteilen, dass er in der Sitzung einige Fragen zu stellen beabsichtige. Das widersprach der Konvention. Traditionell bestand die Rolle des Kaisers darin zu schweigen, während der Präsident des Kronrats, Yoshimichi Hara, die Minister und Militärführer in seinem Namen befragte. Kido wies den Kaiser darauf hin, dass die Tradition bei dieser Gelegenheit gewahrt werden sollte, dass es aber angemessen wäre, wenn er am Ende der Sitzung eine Mahnung ausspräche und zur aktiven Kooperation aufriefe, um die bevorstehenden Verhandlungen zu einem Erfolg zu führen.<sup>39</sup>

Die entscheidende Sitzung der Kaiserlichen Konferenz begann mit einer Erklärung von Ministerpräsident Kono über die zunehmenden internationalen Spannungen.<sup>40</sup> Dem Kaiserreich stünde eine Einheitsfront aus den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und den Niederlanden gegenüber. Die Sowjet-



union würde sich ihr möglicherweise noch anschliessen. Wenn diese Situation bestehenbleibe, werde Japan seine nationale Macht bald nicht mehr aufrechterhalten können. Konoe legte den Schwerpunkt auf diplomatische Massnahmen, um die Konfrontation zu verhindern. Doch sollten sie innerhalb einer bestimmten Zeitspanne nichts erbringen, würde Japan, wie er hinzufügte, «nichts anderes übrigbleiben, als den letzten Schritt zu tun, um [sich] zu verteidigen». Das war nicht gerade eine eindeutige Stellungnahme für die (von Konoe privat ausgedrückte) überragende Notwendigkeit, um des grösseren Guts des Friedens willen beträchtliche Opfer zu bringen.

Als Nächster sprach Marinestabschef Nagano. Er wiederholte die Argumente, die er bereits drei Tage zuvor in der Verbindungskonferenz vorgebracht hatte. Der Schlüsselfaktor sei die Zeit. Jede Verzögerung würde Japan in einen «gelähmten Zustand» versetzen. Die Erdölreserven schwänden jeden Tag mehr. «Dies wird eine schrittweise Schwächung unserer nationalen Verteidigung bewirken», fuhr er fort, «und, wenn wir den Status quo aufrechterhalten, zu einer Situation führen, in der die Handlungsfähigkeit unseres Kaiserreichs künftig verringert sein wird», während die militärische Schlagkraft der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens zunehmen werde. Wie in der Verbindungskonferenz beruhte seine Prognose für den Kriegsfall auf dem bestmöglichen Szenarium: *Wenn* Japan die amerikanischen und britischen Marinekräfte «in den Seegebieten, die wir im Sinn haben» (also im Fernen Osten), rasch besiegen und sich in dem wahrscheinlichen Fall eines sich hinziehenden Krieges strategische Gebiete und Rohstoffe sichern könne, um seine Position unangreifbar zu machen, *dann* bestehe eine gute *Chance*, den Sieg zu erringen. Selbst dann werde der Ausgang des Krieges allerdings von der nationalen Machtstellung sowie unvorhersehbaren internationalen Entwicklungen abhängen. Doch – und dies war der Kernpunkt von Naganos Ausführungen – die besten Möglichkeiten habe Japan in der unmittelbaren Zukunft. Zu warten könne es sich nicht leisten. Man müsse der Diplomatie eine Chance geben. Aber ihr müssten strenge Zeitgrenzen gesetzt werden. Und ihre Ergebnisse müssten sicherstellen, dass Japan nicht zu einem späteren Zeitpunkt – und unter ungünstigeren Umständen – zu kämpfen gezwungen sein würde. Es war eine beunruhigende und zudem irrationale Einschätzung für ein Land, das wahrscheinlich gegen einen Gegner mit weit überlegenen Kräften

und Ressourcen Krieg führen würde. Naganos Gedankengang enthielt offensichtliche Fehler, Schwachpunkte und ungesicherte Annahmen. Doch eine genaue Prüfung seiner Argumente unterblieb.

Auch Heeresstabschef Sugiyama musste keine kritischen Fragen beantworten. Er forderte, den späten Oktober als Termin für die Beendigung der Kriegsvorbereitungen festzulegen. Er akzeptierte zwar die Notwendigkeit, alle diplomatischen Mittel auszuschöpfen, aber es war unverkennbar, dass sie für ihn nur zweitrangige Bedeutung besaßen. Seine Hauptsorge galt der baldigen Kriegsbereitschaft: «[W]enn wir den Winter zu unserem Vorteil nutzen und unsere Militäroperationen im Süden schnell beenden können, glaube ich, dass wir in einer Position sein werden, um mit jeder Veränderung der Lage im Norden im nächsten Frühjahr oder danach fertigzuwerden.» Dies beruhte auf einer höchst optimistischen Einschätzung, die das Heer für die Kaiserliche Konferenz ausgearbeitet hatte: «Es ist nahezu sicher, dass Deutschland innerhalb eines Jahres den europäischen Teil der Sowjetunion weitgehend eingenommen haben und das Stalinregime auf die Ostseite des Urals geflohen sein wird. [...] Es ist klar, dass das Stalinregime, nachdem es den europäischen Teil der Sowjetunion verloren hat, im Lauf der Zeit weiter geschwächt werden und seine Fähigkeit zur Kriegführung verlieren wird.»<sup>41</sup>

Nachdem Toyoda ausführlich über die diplomatischen Kontakte mit den Vereinigten Staaten seit dem Frühjahr berichtet hatte, behandelte der Leiter des Planungsamts, General Teiichi Suzuki, die Frage der Rohstoffressourcen. Infolge des Wirtschaftsembargos der Westmächte, berichtete er, nehme die Machtstellung des Kaiserreichs täglich ab. «Selbst wenn wir strengste Kriegskontrollen für die Zivilbevölkerung einführen», erläuterte er, «werden unsere Vorräte an flüssigem Treibstoff, die von grösster Bedeutung sind, im Juni oder Juli des nächsten Jahres erschöpft sein.» Seine Schlussfolgerung lag nahe: «Es ist von grundlegender Bedeutung für das Überleben unseres Kaiserreichs, dass wir den Beschluss fassen, eine feste wirtschaftliche Basis zu schaffen und zu stabilisieren.» Mit anderen Worten, Krieg zu führen.

Anschliessend ergriff der Präsident des Kronrats, Hara, die Gelegenheit, im Namen des Kaisers Fragen zu stellen. Im Gegensatz zu den Militärführern legte er den Schwerpunkt auf die Diplomatie. Konventionelle Anstrengungen reichten nicht aus, erklärte er. Man müsse es mit allen Mitteln versuchen, die möglich seien. Er befürwortete Konoes Anregung für ein Treffen mit Roosevelt.

Er sehe zwar ein, dass für den Fall des Scheiterns der Diplomatie militärische Vorbereitungen getroffen werden müssten, habe aber Schwierigkeiten mit den der Konferenz vorgelegten «Grundsätzen für die Ausführung der kaiserlichen Politik». Sie würden dem Krieg und nicht der Diplomatie den Vorrang einräumen. Marineminister Oikawa versuchte Hara zu beruhigen. Es gebe keine Priorität für den Krieg. Dieser sei lediglich ein letztes Mittel, falls die diplomatischen Anstrengungen scheitern sollten. Hara schien sich damit zu begnügen. Sollten Konoes Bemühungen fehlschlagen, würde die Entscheidung über den Krieg, so glaubte er, sorgfältig erwogen werden. Solange diplomatische Verhandlungen geführt und so weit wie möglich vorangetrieben wurden, war er zufrieden. Aber bevor das der Konferenz vorliegende Grundsatzpapier die kaiserliche Zustimmung erhielt, forderte Hara dazu auf, Konoes bevorstehenden Besuch in den Vereinigten Staaten nach Kräften zu unterstützen und «die schlimmstmögliche Situation zwischen Japan und den Vereinigten Staaten» zu vermeiden. Es folgte ein peinliches Schweigen, das durch etwas Aussergewöhnliches beendet wurde – der Kaiser selbst fragte mit seiner krächzenden hohen Stimme: «Warum antworten Sie nicht?» Nach einer Schrecksekunde brachte es Oikawa über sich, zu versichern, dass man, obwohl die Kriegsvorbereitungen beginnen würden, alle Anstrengungen unternehmen werde, um zu verhandeln. Es trat erneut ein unangenehmes Schweigen ein. Weder Nagano noch Sugiyama sagten etwas. Daraufhin fragte der Kaiser: «Warum äussert sich das Oberkommando nicht?» Dann zog er einen Zettel hervor und las eine ebenso kurze wie orakelhafte Überlegung vor, die sein Grossvater Meiji 1904 bei Ausbruch des Krieges mit Russland niedergeschrieben hatte:

Über die vier Meere  
 Alle sind Brüder.  
 Warum rasen die Wellen,  
 donnert der Wind  
 In solch einer Welt?

Hirohito sagte, er lese diese Worte regelmässig, um sich den «friedliebenden Geist» Kaiser Meijis zu vergegenwärtigen.<sup>42</sup> Nagano und Sugiyama waren überrascht und erhoben sich nacheinander, um sich zu entschuldigen und der

Priorität von Friedensverhandlungen zuzustimmen. Danach ging diese ungewöhnliche, in gespannter Atmosphäre verlaufene Konferenz zu Ende.

Das aussergewöhnliche Eingreifen des Kaisers und die unübersehbare Meinungsverschiedenheit über die relative Gewichtung von diplomatischen Verhandlungen einerseits und militärischen Kriegsvorbereitungen andererseits konnten nicht über die enorme Bedeutung dessen hinwegtäuschen, was soeben die kaiserliche Zustimmung erhalten hatte und deshalb Politik der Regierung sein würde: dass Japan sich auf den Krieg festgelegt hatte. Sollten sich die diplomatischen Verhandlungen – für die noch nicht einmal Termine vereinbart worden waren und die nur geringe Erfolgsaussichten hatten – in einem knapp bemessenen Zeitraum von wenigen Wochen, wie kaum anders zu erwarten, als nutzlos herausstellen, würde man die Entscheidung für den Krieg bestätigen. Verblüffend an der Kaiserlichen Konferenz wie schon an der vorangegangenen Verbindungskonferenz war, dass trotz aller Dramatik keine grundsätzlichen Einwände gegen diese ebenso wahrscheinliche wie verhängnisvolle Entwicklung erhoben wurden. Der zwischen den Verfechtern frühzeitigen militärischen Handelns, also vor allem den Chefs der Teilstreitkräfte, und den Befürwortern diplomatischer Schritte erreichte Kompromiss war im Grunde hohl. Während die Militärs nachdrücklich ihre Position vorgebracht und der Diplomatie kaum mehr als Lippenbekenntnisse gezollt hatten, waren die Befürworter von Verhandlungen schwach und defensiv aufgetreten und hatten bereitwillig die angebliche Notwendigkeit akzeptiert, noch vor dem Winter in den Krieg gegen die Vereinigten Staaten ziehen zu müssen. Darüber hinaus hatte niemand Einspruch gegen die militärische Logik erhoben, auf die begrenzte Verfügbarkeit von Material und Personal in einem langen Krieg hingewiesen oder die starre Verhandlungsposition in Bezug auf China und den Aufbau einer «grossasiatischen Wohlstandssphäre» bemängelt. Obwohl das Unbehagen über die besorgniserregende Aussicht auf einen Krieg deutlich spürbar war und in der herrschenden Schicht ganz offenbar Meinungsverschiedenheiten bestanden, gab es keine Aufspaltung zwischen «Tauben» und «Falken». Die Trennlinie verlief eher zwischen denen, die kalte Füsse bekamen, und den Fatalisten. Nach Ansicht der Letzteren, die besonders im Militär zahlreich vertreten waren, schien der Krieg, wie immer er ausgehen mochte, nicht mehr zu verhindern. Diese Haltung spiegelte sich in einem Schriftstück wider, das der Heeresgeneralstab zur möglichen Verwendung in der Kaiserli-

chen Konferenz angefertigt hatte. Auf die Frage, ob ein Krieg mit Grossbritannien und den Vereinigten Staaten unvermeidlich sei, lautete die Antwort des Generalstabs:

«Der Aufbau der neuen Ordnung in Ostasien, ausgehend von der Beilegung des Chinazwischenfalls durch das Reich, ist unerschütterliche nationale Politik. Die Politik der Vereinigten Staaten beruht dagegen auf einer Weitsicht, die den Status quo rechtfertigt und den Aufstieg des Reichs und die Expansion in Ostasien behindert, um die Welt zu beherrschen und die Demokratie zu verteidigen. Die Politik Japans steht in grundlegendem Gegensatz dazu. Kollisionen zwischen beiden Ländern werden nach Phasen von Spannung und Entspannung schliesslich zum Krieg führen. Man kann in dieser Hinsicht von historischer Unvermeidbarkeit sprechen. Solange die Vereinigten Staaten ihre Politik gegenüber Japan nicht ändern, werden die Realitäten das Reich so weit ins Hintertreffen bringen, dass ihm keine andere Wahl bleibt, als zum Krieg als dem letzten Mittel der Selbstbehauptung und Selbstverteidigung zu greifen. Wenn wir um eines vorübergehenden Friedens willen den Vereinigten Staaten jetzt einen Schritt entgegenkommen, indem wir teilweise von der Staatspolitik abrücken, wird die Stärkung der militärischen Position Amerikas dazu führen, dass es weitere Rückzüge von zehn Schritten und dann von hundert Schritten fordert. Letzten Endes wird das Reich tun müssen, was immer die Vereinigten Staaten wollen.»<sup>43</sup>

Dies – und nicht die halbherzige Zustimmung zu Konoes Friedensbemühungen – gab die wahre Denkweise nicht nur des Heeres, sondern auch der Marine wieder. Es lief darauf hinaus, dass man sich auf fatalistische Weise mit dem Gedanken abfand, dass Japan sich nur durch ein militärisches Glücksspiel, das durchaus mit einer Katastrophe enden konnte, aus der Abhängigkeit von den USA befreien könne. Da diese Einstellung in der japanischen Führungsschicht vorherrschte, waren die Chancen, den Krieg zu vermeiden, nunmehr in der Tat minimal.

## III

Konoe verlor nach dem Ende der Kaiserlichen Konferenz keine Zeit und begab sich noch am selben Abend zu einem inoffiziellen – und hochgeheimen – Treffen mit US-Botschafter Grew in das Haus von Graf Bunkichi Ito, dem Oberhaupt einer der grossen Adelsfamilien Japans. Anwesend waren ausser ihm nur noch sein Privatsekretär Tomohiko Ushiba, Botschaftsrat Eugene H. Dooman von der US-Vertretung (der in Japan geboren war, dreiundzwanzig Jahre dort gelebt hatte und das Land daher gut kannte) sowie Konoes Geliebte. Da die Dienerschaft, um absolute Geheimhaltung zu gewährleisten, für den Abend freibekommen hatte, war es ihre Aufgabe, für die Bewirtung zu sorgen. Sie wurde als «Tochter des Hauses» vorgestellt. Mit Ushiba und Dooman als Dolmetschern führten Konoe und Grew ein dreistündiges offenes Gespräch. Der japanische Ministerpräsident betonte, wie viel ihm an der Begegnung mit Roosevelt liege. Der Zeitfaktor sei von entscheidender Bedeutung. Er glaube fest daran, in direkten Gesprächen mit dem Präsidenten die akuten Probleme lösen und einen Krieg verhindern zu können. Dies sei die oberste Priorität. Eine detaillierte Vereinbarung könne später von Beamten ausgearbeitet werden. Konoe räumte seine Verantwortung für den «Chinazwischenfall», den Dreimächtepakt und die Verschlechterung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ein. Doch jetzt war er sogar bereit, die «vier Prinzipien», die Cordell Hull im April als nicht verhandelbare Grundpfeiler der amerikanischen Politik benannt hatte, grundsätzlich zu akzeptieren – die Unverletzlichkeit der territorialen Souveränität, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, die wirtschaftliche Chancengleichheit sowie die Bewahrung des Status quo im Pazifik. Konoe glaubte, das japanische Volk hinter sich scharen zu können. Er war sich zwar der Gefahr für sein Leben bewusst – nur wenige Tage zuvor hatten Sicherheitsbeamte einen Attentatsversuch von vier bewaffneten nationalistischen Fanatikern vereitelt –,<sup>44</sup> betrachtete sie aber im Vergleich zu dem grossen Ziel der Friedenssicherung als nebensächlich. Grew und Dooman waren überzeugt, dass Konoe es ernst meinte. Grew beschwor Washington in dem, wie er Konoe gesagt hatte, «wichtigsten Kabel» seiner Karriere, dem Treffen mit dem Präsidenten zuzustimmen. Doch Hull blieb misstrauisch. Und sein Hauptberater Stanley Hornbeck reagierte so ablehnend wie immer.<sup>45</sup>

Roosevelt hatte bereits einen anderen, schärferen Ton angeschlagen, als er Nomura am 3. September, demselben Tag, an dem in Tokio die bedeutsame Verbindungskonferenz stattfand, in Anwesenheit Hulls erneut empfing. Diesmal machte er Nomura keine Hoffnung. Auch er müsse wie Fürst Konoë auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen, erklärte er, und die beharre in seinem Land nachdrücklich darauf, die Politik nicht zu ändern, um Japan entgegenzukommen. Er gab vor, weiterhin an einem Treffen mit Konoë interessiert zu sein, aber vor einem Gipfeltreffen, fügte er hinzu, müssten Vorbereitungsgespräche geführt werden. Es gebe immer noch beträchtliche Differenzen, die im Vorfeld geklärt werden müssten. Roosevelt bekräftigte Hulls «vier Prinzipien». Im Grunde wiederholte er, dass eine Verständigung nur dann möglich sei, wenn Japan im Vorhinein den amerikanischen Forderungen in Bezug auf China und den Dreimächtepakt nachgebe, seinen Anspruch auf die Vorherrschaft in der «neuen Ordnung» im Fernen Osten aufgebe und die Diskriminierung im internationalen Handel beende. Die begrenzten Konzessionen, die Toyoda am 4. September, bevor er Nomuras Bericht über dessen Begegnung mit Roosevelt erhalten hatte, in einem Telegramm anbot, um die Tür zu einem Gipfeltreffen zu öffnen, waren kaum geeignet, die grundsätzliche Haltung der amerikanischen Regierung zu ändern.<sup>46</sup>

Dennoch kabelte Nomura am 11. September nach Tokio, ein deutlicher japanischer Schritt in China würde Konoë den Weg zu einem Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten ebnen. Sein Telegramm klang nach zunehmender Verzweiflung. Er schlug – mehr aus Hoffnung als aus Glauben – vor, die Amerikaner wissen zu lassen, dass Japan einwilligen würde, seine Truppen innerhalb von zwei Jahren nach Beendigung der Feindseligkeiten aus China abzuführen. Mit diesem Vorschlag, so glaubte er, hätte man wenigstens eine Gesprächsgrundlage für das Gipfeltreffen. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und eine anschließende Friedenskonferenz würden wahrscheinlich länger dauern, kalkulierte er mit zynischem Unterton, sodass der tatsächliche Rückzug noch einige Jahre auf sich warten lassen würde, und in der Zwischenzeit könne viel passieren. Er bat um eine förmliche Entscheidung über den Truppenrückzug.<sup>47</sup>

Diese Entscheidung wurde von der Verbindungskonferenz am 13. September getroffen und eine Woche später als Regierungspolitik verabschiedet. Aber

aus amerikanischer Sicht waren die Bedingungen kaum als Grundlage für Friedensverhandlungen geeignet. Das Heer, das noch über Toyodas massvolle Abmilderung der japanischen Forderungen vom 4. September empört war, verschärfte sie jetzt wieder. Zu den der Verbindungskonferenz vorgelegten «Grundbedingungen für einen Frieden zwischen Japan und China» gehörte die ständige Stationierung japanischer Truppen in Nordchina und der Inneren Mongolei zur Verteidigung gegen den Kommunismus. Die restlichen Truppen sollten abgezogen werden, sobald der Chinakonflikt beigelegt wäre. Doch dies sollte im Rahmen des Zusammenschlusses von Tschiang Kai-scheks Regierung in Chungking mit dem japanischen Marionettenregime unter Wang Tsching-wei in Nanking geschehen – wozu sich die chinesischen Nationalisten niemals freiwillig bereitfinden würden. China und Japan sollten wirtschaftlich zusammenarbeiten, und selbstverständlich sollte Mandschukuo anerkannt werden.<sup>48</sup> Wenn diese Bedingungen nicht angenommen werden würden, sollte Japan nach Ansicht des Heeres in den Krieg ziehen.<sup>49</sup>

Aussenminister Toyoda widerstrebte es, den Amerikanern diesen härteren Forderungskatalog zu übergeben, da er mit einer umgehenden Zurückweisung rechnete. Botschafter Nomura bestätigte dies, als er am 27. September endlich den neuen «Übereinkommensentwurf» erhielt. Zu diesem Zeitpunkt hatten Toyoda und Konoe bereits weitgehend das Vertrauen der Streitkräfte verloren. Der heikle Kompromiss, der die Fraktionen vorübergehend zusammengehalten hatte, brach auseinander. Am 25. September hatten die Stabschefs Sugiyama und Nagano den 15. Oktober als Endtermin für den Abschluss der Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten durchgesetzt. Danach würde man über Krieg oder Frieden entscheiden müssen. Konoe war entsetzt und drohte mit seinem Rücktritt. Doch Kido erinnerte ihn daran, dass er selbst an der Kaiserlichen Konferenz am 6. September teilgenommen hatte, in der «Anfang Oktober» als letztmöglicher Termin für die Entscheidung festgelegt worden war.<sup>50</sup> Konoe gab klein bei. Da er die Verantwortung für die folgenden Ereignisse nicht abwerfen, ihren Gang, den er für katastrophal hielt, aber auch nicht ändern konnte, verliess er Tokio und zog sich, erschöpft und niedergeschlagen, in sein Haus in dem Badeort Kamakura zurück.<sup>51</sup>

Die vorhersehbare Antwort auf die japanischen Bedingungen liess nicht lange auf sich warten. Am 2. Oktober teilte Hull Nomura in diplomatischen Worten mit, dass seine Regierung den japanischen Vorschlag ablehne, und be-



kräftigte unnachgiebig die amerikanischen Forderungen, die umgekehrt für Japan inzwischen keinen Spielraum mehr boten und völlig unannehmbar geworden waren. Hull äusserte zudem Zweifel am Sinn eines Treffens zwischen Konoe und Roosevelt, solange Japan seine Haltung nicht revidiert hätte.<sup>52</sup> China bildete nach wie vor das Hauptproblem. Der Krieg, so viel schien jetzt klar zu sein, war nur noch zu verhindern, wenn Konoe von der Heeresführung das Versprechen eines Truppenrückzugs erhalten konnte. Doch dafür bestand nicht die geringste Chance. Toyoda wurde in der Verbindungskonferenz am 4. Oktober von den Militärvertretern überstimmt, als er eine Antwort auf Hulls kompromisslose Note vorschlug. Die Stabschefs von Heer und Marine hatten angesichts der amerikanischen Hinhaltenaktik die Geduld verloren. Sie wollten keine weiteren Verhandlungsversuche mehr.<sup>53</sup>

Dennoch vertrat die Marine keinen einheitlichen Standpunkt. Minister Oikawa – im Gegensatz zu Heeresminister Tojo von Natur aus ein Zauderer – suchte Konoe in Kamakura auf und sagte ihm, dass Japan bereit sein müsse, «nicht weniger zu tun, als den gesamten Vorschlag der Vereinigten Staaten zu schlucken». Er versprach Konoe in der Annahme, dass das Heer ebenfalls einwilligen würde, die Unterstützung der Marine.<sup>54</sup> Das war Wunschdenken. Die von Konoe und Oikawa wie von Toyoda gehegte Hoffnung, die Entscheidung der Kaiserlichen Konferenz vom 6. September umstossen zu können, war von vornherein vergebens. Oikawa konnte sich nicht einmal auf die einmütige Unterstützung der Marine verlassen, vom Heer ganz zu schweigen. Stabschef Nagano gehörte zu denjenigen, die am eifrigsten auf eine frühzeitige Entscheidung pochten und darauf beharrten, dass der Krieg folgen müsse, wenn die Verhandlungen bis Mitte Oktober nicht zu einem erfolgreichen Ende – das heisst der Erfüllung der japanischen Forderungen – gebracht worden seien. Ausser Oikawa und Nagano meldeten sich auch noch andere führende Marineoffiziere zu Wort, die über die Folgen eines Krieges mit den Vereinigten Staaten besorgt waren. Sie rieten zur Vorsicht und wiesen daraufhin, dass das Heer eben seine Haltung abmildern müsse, wenn die Marine für die Fortsetzung der Verhandlungen stimme. Aber letztlich blieben auch sie vage und konnten sich nicht dazu entschliessen, sich nachdrücklich und eindeutig gegen Krieg und für Frieden auszusprechen. Der Chef der Operationsabteilung der Marine, Shigeru Fukudome, fasste am 6. Oktober in einer Sitzung der Planungschefs von Heer und Marine die Sorgen derjenigen, die kalte Füsse be-

kommen hatten, zusammen: «Ich bin für Südseeoperationen nicht zuversichtlich. Was den Schiffsverlust betrifft, so werden im ersten Kriegsjahr 1,4 Millionen Tonnen versenkt werden. Nach den Ergebnissen der neuen Kriegsspiele der Flotte werden im dritten Kriegsjahr keine Schiffe für zivile Zwecke mehr vorhanden sein. Ich bin nicht zuversichtlich.»<sup>55</sup> Aber ernste Zweifel wie diese aus dem Zentrum der Operationsplanung der Marine waren ohne praktische Folgen. Die Spaltung blieb bestehen. Und Oikawa, nicht Nagano, befand sich innerhalb der Marineführung immer mehr auf verlorenem Posten.

Im Heer gab es solche Friktionen nicht. Hier waren die Haltungen wesentlich einmütiger als in der Marine. Verhandlungen, so nahm man an, hatten keine Erfolgsaussichten (auch wenn sie ruhig bis zum 15. Oktober fortgesetzt werden sollten). Am nachdrücklichsten bestand man darauf, dass hinsichtlich der Truppenstationierung in China keinerlei Änderungen vorgenommen werden durften, nicht einmal im Wortlaut. Dennoch hatte Fukudomes Erklärung führende Heeresvertreter beunruhigt. Sollte sie zutreffen, dann mussten nach ihrer Ansicht der Heeres- und der Marineminister sowie die Stabschefs zurücktreten, weil sie die Kaiserliche Konferenz zur Zustimmung zu einem Krieg verleitet hatten, den Japan nicht gewinnen konnte. Die Angelegenheit musste geklärt werden. In der Begegnung von Tojo und Oikawa am Vormittag des 7. Oktober traf Scharfsinn auf Zweideutigkeit. Tojo hob hervor, dass man durch die Annahme von Hulls «vier Prinzipien» zur Situation der zwanziger Jahre unter dem Washingtoner Abkommen und zu Japans Machtlosigkeit vor dem «mandschurischen Zwischenfall» zurückkehren würde. Damit würde man die gesamte japanische Politik seit 1931 auf den Kopf stellen und das Ziel untergraben, eine «grossostasiatische Wohlstandssphäre» zu schaffen. Der andere Punkt, auf dem Tojo kompromisslos bestand, war die Truppenstationierung in China. Dies sei eine «absolute Minimalforderung», betonte er. Aus Nordchina und der Mongolei Truppen abzuziehen, würde die Existenz von Mandschukuo gefährden. Auch dies hiesse, zu Schwäche und Ohnmacht gegenüber der amerikanischen Vorherrschaft zurückzukehren. Alles, was Oikawa einer solch entschieden unbeugsamen Haltung entgegenzusetzen hatte, war die Forderung, die Verhandlungen fortzuführen. Er wollte weder die Entscheidung der Kaiserlichen Konferenz ändern, noch sich gegen einen Beschluss für den Krieg stellen.<sup>56</sup>

Da der Endtermin am 15. Oktober näher rückte und in der Frage von Krieg oder Frieden immer noch keine Einigkeit herrschte, berief Konoe eine Sitzung der fünf entscheidenden Minister ein, an der neben ihm selbst und den Ministern für Äusseres, Heer und Marine der Leiter des Planungsamts des Kabinetts, General Suzuki, teilnahm. Sie fand am 12. Oktober in seiner Residenz in Ogikubo am Rand von Tokio statt. Es war sein fünfzigster Geburtstag, doch die Unterredung gab kaum Anlass zum Feiern. Tojo erklärte in seiner üblichen direkten Art gleich am Anfang, dass Verhandlungen keinen Sinn hätten. Oikawa hätte nun die Gelegenheit ergreifen können, ihm entgegenzuhalten, dass die Marine nicht bereit sei, einen Krieg zu riskieren, von dem einige ihrer führenden Planer annähen, dass er nicht zu gewinnen sei, wie Fukudome einige Tage zuvor dargelegt habe. Eine klare Stellungnahme hätte möglicherweise auch zu diesem späten Zeitpunkt noch die Gewichte gegen den Krieg und zugunsten des Friedens verschoben. Doch Oikawa wiederholte einfach nur das Dilemma von Verhandlungen oder Militäraktion, fügte allerdings hinzu, wenn man den Verhandlungsweg wähle, entscheide man sich damit zugleich dafür, «vielleicht mehrere Jahre lang nicht zum Mittel des Krieges zu greifen», was der von der Kaiserlichen Konferenz am 6. September beschlossenen Politik zuwiderlaufe. Oikawa wollte keine Empfehlung abgeben, sondern überliess dem Ministerpräsidenten die Entscheidung. Konoe fragte Toyoda nach den Aussichten von Verhandlungen. Das brachte den Aussenminister in Verlegenheit. Er könne nicht mit Sicherheit sagen, ob sie erfolgreich sein würden, erklärte er ausweichend. Das hänge davon ab, was die andere Seite zu sagen habe. Tojo stürzte sich auf die der Wahrheit entsprechende, aber im gegebenen Zusammenhang äusserst lahme Antwort. «Mit solch einer schwammigen Position sässe ich in der Klemme», rief er aus. «Damit könnte ich das Oberkommando nicht zum Mitmachen bringen. Es muss gewichtigere Gründe geben, zuversichtlich zu sein.» Oikawa räumte ein, dass Japan «hingehalten» werden könnte und am Ende möglicherweise doch Krieg führen müsste. Konoe erklärte, dass er von den beiden Optionen diejenige der diplomatischen Verhandlungen wähle. Das sei lediglich eine subjektive Meinung, konterte Tojo. Allein auf dieser Basis werde er das Oberkommando nicht überzeugen können. Die Sitzung endete ohne eine Entscheidung. Doch die vorherrschende Position war jetzt diejenige des Heeres. Sie war in der Diskussion nicht direkt

unterstützt, aber auch von niemandem direkt zurückgewiesen worden.<sup>57</sup> Die Krise der Regierung Konoe vertiefte sich.

Am 14. Oktober verschärfte sie sich so weit, dass sie nicht mehr lösbar war. Konoe hatte sich vor der für diesen Tag angesetzten Kabinettsitzung mit Tojo zu einem Gespräch unter vier Augen verabredet, bei dem die tiefe Kluft zwischen den beiden Männern erneut deutlich wurde. Die Eröffnung von Verhandlungen, erklärte Konoe seinem Gegenüber, hänge nach seiner Ansicht vor allem von der Frage des Truppenrückzugs aus China ab. Er schlage vor, «für eine gewisse Zeit nachzugeben», in die «Formalität des Truppenrückzugs» einzuwilligen und Japan auf diese Weise vor «der Krise eines japanisch-amerikanischen Krieges» zu bewahren. Der «Chinazwischenfall» müsse beendet werden. Tojo war empört. Aus seiner Sicht beging Konoe einen Vertrauensbruch, indem er sich über einen formellen Beschluss der Kaiserlichen Konferenz hinwegsetzte. Er wies den Vorschlag rundweg zurück. «Wenn wir jetzt den Vereinigten Staaten nachgeben», sagte er laut Konoes Memoiren, «werden sie immer hochmütigere Schritte unternehmen und wahrscheinlich kein Ende finden. Bei dem Truppenrückzug, sagen Sie, gehe es darum, die Ehre zu vergessen und die Früchte einzusammeln. Aber mir fällt es mit Blick auf die Aufrechterhaltung des Kampfgeistes des Heeres schwer, dem zuzustimmen.» Konoe erwiderte, die materielle Überlegenheit Amerikas bedeute, dass Japan sehr vorsichtig vorgehen müsse. An diesem Punkt gewann Tojos Verachtung für Konoe vorübergehend die Oberhand über seinen Verstand. «Es gibt Zeiten», gab er gereizt zurück, «in denen man den Mut haben muss, Ausserordentliches zu tun – etwa mit geschlossenen Augen von der Veranda des Kiyomizutempels zu springen» (einem auf einer Klippe stehenden buddhistischen Tempel). Die Differenzen zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten führte Tojo auf unterschiedliche Charaktere zurück. Die Implikation war klar: In dieser kritischen Phase war nach Tojos Ansicht eine entschlosseneren Führung vonnöten, als Konoe sie bieten konnte.<sup>58</sup>

Auch in der anschliessenden Kabinettsitzung setzte sich Tojo leidenschaftlich für seinen Standpunkt ein. «Sich den Forderungen der Vereinigten Staaten in Gänze zu beugen», erklärte er, «würde die Erträge des Chinazwischenfalls zunichte machen und in der Folge die Existenz von Mandschukuo gefährden und sogar die japanische Herrschaft über Korea und Taiwan in Mitleidenschaft ziehen.» Das sollte heissen, dass Japan in eine Machtlosigkeit zurückgewor-

fen würde, wie es sie seit der Zeit vor dem grossen Kaiser Meiji nicht mehr erlebt hatte. Tojo verwies auf die Millionen von japanischen Soldaten, welche die Entbehrungen des Krieges auf sich genommen hätten, die Hunderttausenden von Kriegsoffizieren, die Milliarden, die in den Kampf für die Zukunft der Nation geflossen seien. «Wenn wir natürlich zu dem kleinen Japan der Zeit vor dem mandschurischen Zwischenfall zurückkehren wollen, dann gibt es nichts mehr zu sagen, oder?», fragte er rhetorisch. Doch dafür spreche nichts. Japan müsse einfach auf der Truppenstationierung in China beharren. Sie bilde den Kern seiner Forderungen. Sich den Vereinigten Staaten zu beugen, würde bedeuten, seine Zukunft zu gefährden. Es liefe auf eine Aussenpolitik der blossen Unterwerfung hinaus.<sup>59</sup> Tojos Kollegen hörten, von der Inbrunst des Heeresministers eingeschüchtert, schweigend zu, wie er sie daran erinnerte, dass sie weiterhin an die von der Kaiserlichen Konferenz vom 6. September beschlossene Politik gebunden seien: Wenn bis Anfang Oktober keine diplomatische Einigung erzielt worden sei, werde man in den Krieg ziehen. Die militärischen Vorbereitungen würden gemäss der Entscheidung vorangetrieben. Sie könnten jetzt nur noch durch ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten über die Truppen in China gestoppt werden.<sup>60</sup>

Die Logik war klar: Nur ein neues Kabinett, das nicht an die Entscheidung vom 6. September gebunden wäre, könnte die in den Krieg führende Entwicklung aufhalten. Kono hatte begriffen. Als er sich am Abend mit zwei Kollegen traf, erschien er in einem traditionellen japanischen Gewand, um ihnen zu sagen, dass er nur ihre Gastfreundschaft geniessen wolle. Das geplante Gespräch war überflüssig geworden. Sein Kabinett würde stürzen.<sup>61</sup> Am frühen Abend des 16. Oktober begab er sich in den kaiserlichen Palast und übergab sein Rücktrittsgesuch. In seinem Brief an den Kaiser bekräftigte er seine Überzeugung, dass «die Möglichkeit, eine Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten zu erreichen, genügend Zeit vorausgesetzt, nicht ausgeschlossen ist». Das Hauptproblem bleibe der Truppenrückzug aus China. Wie im Gespräch mit Tojo, so erklärte er auch dem Kaiser, dass die Angelegenheit bereinigt werden könne, wenn Japan bereit sei, «in gewissem Ausmass seine Ehre zu opfern und die von Amerika vorgeschlagene Formel anzunehmen». Auf jeden Fall könne er nicht dafür stimmen, sich in einen grossen Krieg zu stürzen, ohne dass der Chinakonflikt beigelegt sei, insbesondere da er die grosse Verantwortung spü-

re, die er selbst für die Ereignisse seit 1937 trage. «Jetzt ist der Zeitpunkt», schrieb er, «die Gegenwart für die Zukunft zu opfern.» Er räumte ein, dass es ihm nicht gelungen sei, Tojo davon zu überzeugen, und dass der Heeresminister eisern an der Auffassung festhalte, Japan solle «die gegenwärtige Gelegenheit ergreifen und sich sofort für den Krieg bereitmachen». Ihm sei daher klar, dass sich seine Vorstellungen nicht durchsetzen liessen und dass er nicht weiter die Regierungsverantwortung tragen könne.<sup>62</sup>

Schon vor Konoes Rücktritt hatte Tojo, trotz seiner unnachgiebigen Haltung in den vorangegangenen Tagen, verspätet und etwas überraschend eingesehen, dass die Entscheidung der Kaiserlichen Konferenz angesichts des Zögerns und der Unsicherheit der Marine überdacht werden musste. Dies konnte nur eine neue Regierung tun, die nicht an die Entscheidung gebunden war. Als Tojo gefragt wurde, wen er sich als neuen Ministerpräsidenten vorstellen könne, schlug er Prinz Higashikuni vor, einen Heeresoffizier und engen Verwandten des Kaisers, dem er als Einzigem zutraute, Heer und Marine zusammenhalten und die nationale Einheit bewahren zu können, während die Zeitgrenze für eine Kriegsentscheidung aufgehoben und die gesamte Politik überprüft wurde. Konoe pflichtete ihm nach einer schlaflosen Nacht bei, dass Higashikuni die beste Wahl sei. Auf Anraten Kidos, der das Ansehen des Kaiserhauses nicht in einem Versuch der Krisenbewältigung aufs Spiel setzen wollte, lehnte Hirohito den Vorschlag jedoch ab. Ausschlaggebend war Kidos Argument, wenn ein Mitglied der kaiserlichen Familie an der Spitze des Kabinetts stehe, könne es dazu führen, «dass das Kaiserhaus zum Gegenstand öffentlichen Hasses wird». Zu seinem Erstaunen wurde Tojo selbst in den Palast bestellt und vom Kaiser gebeten, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Tojos verspätete Zweifel am Kriegskurs, seine bedingungslose Treue zum Kaiser, sein fehlender politischer Ehrgeiz und seine Fähigkeit, das Heer im Zaum zu halten, hatten Kido bewogen, ihn dem unentschlossenen Marineminister Oikawa, der zu diesem Zeitpunkt als Einziger noch in Erwägung gezogen wurde, vorzuziehen.<sup>63</sup> Dies konnte jedoch die Tatsache nicht verschleiern, dass der grösste Gegner eines Truppenabzugs aus China – der Mann, der in Bezug auf Verhandlungen die härteste Linie vertreten hatte und mehr als jeder andere zur Entstehung der aktuellen Krise wegen der Entscheidung über Krieg und Frieden beigetragen hatte – jetzt die japanische Regierung führte.

## IV

Tojo war durch und durch Militär, ein Karriereoffizier, der sich die Rängeleiter im Heer emporgearbeitet hatte. Es war ihm zur zweiten Natur geworden, nicht über den Tellerrand der Heeresinteressen hinauszublicken. Dass er in der Frage der Truppenstationierung in China – der potenziellen Rettungsleine für Friedensverhandlungen – nicht zum Nachgeben bereit gewesen war und damit den Sturz der Regierung Kono bewirkt hatte, bewies die Starrheit seiner Haltung, wenn es darum ging, den Vorrang der Heeresinteressen zu wahren. Er war ein Mann mit beschränktem Blickfeld und unbedingtem Gehorsam und Diensteifer dem Kaiser gegenüber. «Wir sind doch nur Menschen, während der Kaiser göttlich ist», bemerkte er. «Ich werde immer mein Haupt vor der Göttlichkeit und Grösse Seiner Hoheit beugen.»<sup>64</sup> In ein Amt berufen, das einst zu bekleiden er sich nicht einmal in seinen wildesten Träumen vorgestellt hatte, war er nun zum ersten Mal genötigt, die nationalen statt nur die rein militärischen Interessen Japans in einer Zeit der Krise in Erwägung zu ziehen.

Ironischerweise stellte seine Ernennung zum Ministerpräsidenten einen letzten Hoffnungsschimmer dafür dar, dass der Krieg noch vermieden werden könnte. Kido hatte seine Berufung gegen einigen Widerstand in der Versammlung älterer Staatsmänner – der sieben früheren Regierungschefs, auf deren Urteil Hirohito bei der Wahl eines neuen Ministerpräsidenten vertraute – mit dem Argument durchgesetzt, er werde keinen Krieg beginnen, wenn der Kaiser mit ihm spreche, und er sei fähig, Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zu führen.<sup>65</sup> Tojo hatte die Audienz beim Kaiser mit der Bitte verlassen, ihm Zeit zu geben, um über die Last der ihm übertragenen neuen Verantwortung nachzudenken. Der Kaiser hatte ihn aufgefordert, die Zusammenarbeit zwischen Heer und Marine zu fördern – was verschlüsselt bedeutete, dass er die Teilstreitkräfte dazu bringen sollte, sich gemeinsam für eine Verhandlungslösung stark zu machen –, und Oikawa zu sich bestellt, um ihm das Gleiche zu sagen. Kurz darauf gesellte sich Kido zu Tojo und Oikawa und erläuterte ihnen die Wünsche des Kaisers in weniger gewundenen Worten. Kido erklärte, das neue Kabinett solle die Staatspolitik überdenken, «ohne von der Entscheidung der Kaiserlichen Konferenz vom 6. September besessen zu sein». Das war ein bemerkenswerter Schritt. Soweit bekannt, hatte der Kaiser

die Regierung noch nie angewiesen, eine von einer Kaiserlichen Konferenz in seiner eigenen Anwesenheit getroffene Entscheidung zu ignorieren. Tojo wurde aufgefordert, «zu leerem Papier zurückzugehen», das heisst von Null anzufangen.<sup>66</sup>

Tojo stellte in grosser Eile sein Kabinett zusammen. Dabei wurde rasch deutlich, dass er wusste, was er wollte; Einmischungen duldet er nicht. Oikawas Vorschlag, ihn auf dem Posten des Marineministers durch Soemu Toyoda zu ersetzen, lehnte er ab. Er befürchtete Schwierigkeiten mit dem Heer, für dessen Führung Toyoda bekanntermassen wenig übrig hatte. Oikawa gab nach und stimmte der Ernennung von Shigetaro Shimada, dem Oberkommandierenden des Marinestützpunkts Yokusuka, zu seinem Nachfolger zu. Auch Versuche des Heeres, auf seine Auswahl von Ministern Einfluss zu nehmen, wies Tojo schroff zurück.<sup>67</sup> Von besonderer Bedeutung war der Posten des Aussenministers. Dass Tojo den Vorschlag ablehnte, den strikt antiamerikanischen und achsenfreundlichen Matsuoka in die Regierung zurückzuholen, deutete darauf hin, dass er der Aufforderung des Kaisers, trotz des späten Zeitpunkts einen Weg zur Verhinderung des Krieges zu finden, Folge zu leisten gedachte. Seine Wahl für das Aussenministerium fiel auf Shigenori Togo, einen äusserst erfahrenen Diplomaten, der Botschafter in Berlin und Moskau gewesen war. Togo nahm die Berufung unter der Bedingung an, dass man ernsthaft versuchen würde, erfolgreiche Verhandlungen mit dem Weissen Haus zu führen. Ihm wurde versichert, dass man dies tun werde und dass das Heer Konzessionen zustimmen müsse, um dies zu ermöglichen. Tojo selbst behielt das Heeresministerium als Instrument, mit dem er das Heer an seine Politik binden konnte. Mit Blick auf mögliche innere Unruhen nach einer Einigung mit den Vereinigten Staaten übernahm er ausserdem das Innenministerium, um sie nötigenfalls zu ersticken.<sup>68</sup>

Tatsächlich waren die Aussichten für eine Einigung aus amerikanischer Perspektive nicht völlig geschwunden. Zumindes irgendeine vorläufige Übereinkunft wäre möglich gewesen, um einen überstürzten Kriegsausbruch zu verhindern und eine Atempause von einigen Monaten zu gewinnen. In London und Chungking hatte Tojos Ernennung die Alarmglocken schrillen lassen. Sowohl das britische Aussenministerium als auch die chinesischen Nationalisten fürchteten, dass die Japaner jetzt umgehend die Lieferungen nach China unterbrechen würden, so dass Tschiang Kaischeks Kampf mangels Nachschub



die Luft ausgehen würde. Die Amerikaner wurden zum Eingreifen gedrängt.<sup>69</sup> Auch Washington betrachtete die Ernennung Tojos als böses Vorzeichen. Der Krieg schien einen grossen Schritt näher gekommen zu sein. Nach Hulls Ansicht war Tojo ein «typischer japanischer Offizier mit kleinkalibrigem, spiesigem, engstirnigem Verstand». Er befürchtete das Schlimmste.<sup>70</sup> Andererseits wies die Gemeinsame Kommission von Heer und Marine Roosevelt darauf hin, dass die US Navy es noch nicht mit Japan im Pazifik aufnehmen könne, ohne die Unterstützung, die sie Grossbritannien im Atlantik leistete – und die weiterhin als Priorität galt –, ernsthaft und vielleicht auf fatale Weise zu schwächen.<sup>71</sup> Die Chance, den Krieg abzuwenden, war also weder auf japanischer noch auf amerikanischer Seite völlig ausgeschlossen.

Tojo hatte sich jedoch zu lange als «Falke» aufgeführt, um in letzter Minute auf überzeugende Weise einen Kurswechsel vornehmen zu können. Und obwohl er im Gegensatz zum schwachen, schwankenden Konoe als der starke Mann Japans galt, war er den Streitkräften, die er selbst mit von der Leine gelassen hatte, nicht gewachsen. Er kam zwar aus dem Militär und bekleidete den Posten des Heeresministers, hatte aber keine direkte Kontrolle über den Operationsstab des Heeres, von der Marine ganz zu schweigen. Dort blieb das Personal unverändert. Und beide Teilstreitkräfte waren bereits zu weit gegangen und hatten sich zu tief auf die Kriegsvorbereitungen eingelassen, um sich jetzt zur Zurückhaltung bereitzufinden. Der Druck, den sie auf Konoe ausgeübt hatten und der zur Festlegung des Termins für die Kriegsentscheidung auf Mitte Oktober sowie schliesslich zum Sturz seiner Regierung geführt hatte, beruhte auf der Vermutung, dass Japan militärisch nicht warten dürfe, weil es sonst schwächer werden und den Vorteil im Pazifik verlieren würde. Der Kaiser konnte Tojo nun zwar anweisen, den am 6. September von der Kaiserlichen Konferenz bestätigten Beschluss über den Entscheidungstermin ausser Acht zu lassen, aber die ihm zugrunde liegende Annahme liess sich nicht so einfach vom Tisch wischen. Darüber hinaus war die Anweisung des Kaisers dem Oberkommando nicht förmlich übermittelt worden. Die Stabschefs von Heer und Marine, Sugiyama und Nagano, und ihre Untergebenen fühlten sich daher nicht an sie gebunden.<sup>72</sup> Mit anderen Worten, Tojo befand sich in derselben Zwickmühle, die Konoe zu Fall gebracht hatte. Sein Handlungsspielraum war extrem begrenzt. Entweder es gelang ihm, in atemberaubendem Tempo einen Verhandlungserfolg zu erzielen und den Kriegsbeginn zumindest aufzuschieben, oder er musste Krieg führen.

Aber Verhandlungen bedeuteten wesentliche Konzessionen. Unter Konoé waren sie nicht gemacht worden, und es war kaum vorstellbar, dass sie unter Tojo durchgesetzt werden konnten. Tatsächlich beteuerte die neue Regierung in ihrer ersten Verlautbarung ihre Treue zur «unerschütterlichen nationalen Reichspolitik». Diese bestehe darin, «den Chinazwischenfall zu einem erfolgreichen Ende zu bringen, die grossasiatische Wohlstandssphäre fest zu verankern und zum Weltfrieden beizutragen».<sup>73</sup> Doch genau diese Politik hatte Japan, wie die vorangegangenen Monate gezeigt hatten, an den Rand des Krieges geführt. Sie bot keine sehr viel versprechende Grundlage für die bedeutenden Konzessionen, von denen der Frieden abhing. Die Alternative bestand darin, der militärischen Logik zu folgen. Dies bedeutete noch vor dem Jahreswechsel Krieg. Die bis Mitte Oktober zurückgestellte Entscheidung konnte nicht für immer aufgeschoben werden. Tatsächlich musste sie innerhalb der nächsten zwei Wochen gefällt werden. Dies war der Hintergrund der hektischen Aktivitäten in den ersten vierzehn Tagen von Tojos Amtszeit als Ministerpräsident.

Seine Probleme mit dem Oberkommando setzten sofort ein. Auf der Tagesordnung der ersten Kabinettsitzung am 18. Oktober, dem Tag, an dem seine Regierung gebildet worden war, stand eine Reihe hypothetischer Fragen über den weiteren Verlauf des Krieges und die Aussichten Japans, in naher Zukunft in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten auch nur seine Minimalforderungen durchsetzen zu können. Diese Frage sollte als Grundlage für eine Überprüfung der Entscheidung vom 6. September dienen.<sup>74</sup> Das Oberkommando beantwortete sie mit der Feststellung, dass es «wirklich keinen Spielraum für eine Überprüfung» gebe. Nagano erklärte rundheraus: «Die Entscheidung der Kaiserlichen Konferenz ist unumstösslich.»<sup>75</sup> Seine Untergebenen hoben hervor, dass eine diplomatische Lösung zu diesem Zeitpunkt nur noch durch eine vollständige Kehrtwende zu erreichen sei, die darauf hinausliefe, «sich mit dem angloamerikanischen Lager zusammenzutun» und «die Verachtung der Chinesen und einen grossen Ansehensverlust der Nation» hinzunehmen.<sup>76</sup> Der Heeresgeneralstab reagierte ebenfalls widerspenstig. Obwohl er sich bewusst war, damit jede Hoffnung auf erfolgreiche Verhandlungen zunichte zu machen, lehnte er es ab, einen Truppenrückzug aus China auch nur in Erwägung zu ziehen. Der Widerstand gegen die Überprüfung der Staatspolitik führte sogar zu dem Gedanken, die neue Regierung zu stürzen,

kaum dass sie sich konstituiert hatte. Die unveränderte Haltung des Oberkommandos bereitete Tojo von Anfang an unüberwindliche Schwierigkeiten. Er wusste keinen Ausweg. Wie er Marineminister Shimada anvertraute, hatte er «wirklich keine Ahnung», was er tun sollte.<sup>77</sup>

Die Verbindungskonferenz, die zwischen dem 23. Oktober und dem 1. November, abgesehen vom 26. Oktober, in nahezu permanenter Krisensitzung täglich zusammentrat, stand vor demselben Dilemma. Die hypothetischen Fragen über den wahrscheinlichen Kriegsverlauf und die Aussichten von Verhandlungen bildeten den Ausgangspunkt von Diskussionen, die sich, obwohl Sugiyama und Nagano auf eine rasche Entscheidung drängten, in die Länge zogen und häufig gewunden waren. Ein Hauptthema war die Fähigkeit Japans zur Kriegführung, falls die Feindseligkeiten länger dauern sollten. Im Mittelpunkt standen dabei die Verfügbarkeit von Rohstoffen, insbesondere von Erdöl und Eisen, sowie der vorhandene Schiffsraum und die Schiffbaukapazitäten. Erstaunlicherweise verfügten Planungschef Suzuki und der neu ernannte Finanzminister Okinori Kaya selbst jetzt noch nur über unvollständige Informationen. Kaya klagte über die Unmöglichkeit, anstelle einer «Erklärung von Allgemeinheiten» eine «genaue Beurteilung» abzugeben.<sup>78</sup> Aussenminister Togo berichtete später, dass ihn der Mangel an genauen statistischen Angaben, wie sie für realistische Schätzungen notwendig seien, erstaunt habe. Das Oberkommando habe sich geweigert, operative Details oder Personalzahlen preiszugeben.<sup>79</sup> Aber die verfügbaren Informationen liessen keinen Zweifel: Japan besass nicht genügend Rohstoffe, Schiffsraum und Schiffbaukapazitäten, um länger als zwei Jahre kämpfen zu können. Spätestens dann würden sich die überlegenen materiellen Ressourcen der Vereinigten Staaten bemerkbar machen. «1942 und 1943 könnten wir es irgendwie schaffen», bemerkte Tojo in Bezug auf den Heeresetat. «Was 1944 passieren wird, wissen wir nicht.»<sup>80</sup> Das Erdöl würde nur für zweieinhalb Jahre reichen, selbst wenn man das Öl aus Niederländisch-Indien in die Rechnung einbezog. Durch die Herstellung von synthetischem Öl die Lücke zu füllen, sei frühestens in drei Jahren möglich, allerdings nur, wenn eine Million Tonnen Stahl und grosse Mengen anderer kostbarer Rohstoffe verfügbar seien, um die Produktionsstätten zu errichten. Wie die Dinge lagen, würde der Schiffbau im dritten Kriegsjahr nicht zunehmen, sondern aufgrund von Stahlmangel drastisch zurückgehen. Die notwen-

digen Staatsausgaben bis dahin wären gewaltig.<sup>81</sup> Es war eine in jeder Hinsicht düstere Prognose. Die Militärschefs konnten dem Hinweis auf die unbestreitbaren Defizite letztlich nur die Unwägbarkeiten des Krieges, die Notwendigkeit einer geschickten Strategie, das nötige Quentchen Glück und die Erfordernis entgegenhalten, frühe Vorteile optimal zu nutzen, um den Boden für einen langen Kampf zu bereiten. Das war jedoch keine Vorbereitung auf das Schlimmste, sondern eine Planung für den besten Fall.

Bedenkt man den Zeitdruck, verliefen die Diskussionen, sehr zum Ärger der Stabschefs, quälend langsam. An einer Stelle wurde vermerkt, dass «der Ministerpräsident [...] rund dreissig Minuten [brauchte], um zu erklären, warum jede Minute zähle».<sup>82</sup> Der Frage, welche Aussichten Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten hätten, wandte man sich erst am 30. Oktober zu. Man war sich einig darin, dass mit einem sofortigen Erfolg nicht zu rechnen sei. Was mögliche japanische Konzessionen anging, zeigte sich, dass grundlegende Änderungen der Position von Anfang September keine Zustimmung fanden. Einzig zur Anerkennung des «Prinzips der wirtschaftlichen Chancengleichheit auf der ganzen Welt» war man im Zusammenhang mit dem Handel in China bereit – was in Naganos Augen, die Grosszügigkeit Japans beweise.<sup>83</sup> Über die Truppenstationierung in China entbrannte eine hitzige Debatte. Man hatte beschlossen, dass sie «als diplomatische Geste» auf fünfundzwanzig Jahre begrenzt werden könnte. Doch selbst das stiess auf vehementen Widerspruch des Heeres. Aussenminister Togo hingegen befürwortete, «unter Missachtung der Realität», wie das Sitzungsprotokoll vermerkte, einen sofortigen Truppenrückzug. Schliesslich schlug Tojo – der als Heeresminister unter Kono der fanatischste Gegner jeden Zugeständnisses in der Frage der Truppenstationierung gewesen war – vor, «eine gewisse Zahl von Jahren ‚nahe an ewig‘ anzugeben». Man glaubte jedoch, dass die Vereinigten Staaten den Vorschlag, unabhängig von der in ihm genannten Zahl der Stationierungsjahre, ablehnen würden. Hinsichtlich der amerikanischen Bedingungen stimmten die Anwesenden, abgesehen von Togo, darin überein, dass Japan, sollten sie angenommen werden, «ein drittrangiges Land» werden würde.

Der Ministerpräsident schloss die Diskussion mit dem Hinweis, dass am 1. November eine Entscheidung getroffen werden müsse, auch wenn die Sitzung die ganze Nacht dauern sollte. Drei Möglichkeiten kämen in Frage.

Erstens könne Japan einen Krieg vermeiden und grosse Not auf sich nehmen. Zweitens könne man sich dafür entscheiden, sofort Krieg zu führen. Und drittens könne man über den Krieg entscheiden, aber neben den militärischen Vorbereitungen auch diplomatische Bemühungen unternehmen.<sup>84</sup> Obwohl, wie in der Konferenz ausgedrückt, immer noch Hoffnung bestand, dass im letzten Fall selbst noch zu diesem späten Zeitpunkt eine Kompromissvereinbarung erreicht werden könnte, entsprach dies weder dem Wunsch noch der Erwartung der Militärs.

Die Verbindungskonferenz, die am 1. November 1941 im kaiserlichen Palast stattfand – die sechshundsechzigste seit Einführung dieser Konferenzen im Jahr 1937 –, muss als historisch bezeichnet werden.<sup>85</sup> Sie dauerte siebzehn Stunden und war von grosser Anspannung und hitzigen Wortwechseln geprägt. An ihrem Ende war der Krieg so gut wie sicher.

v

Tojo bemühte sich vor der Sitzung vergeblich um einen Konsens für die dritte von ihm am 30. Oktober genannte Option, also für den Vorschlag, die Verhandlungen fortzusetzen, während man gleichzeitig die Vorbereitungen für militärische Operationen abschloss. Während das Heeresministerium den Vorschlag unterstützte, lehnte der Generalstab (der in Fragen der strategischen Planung dem Kaiser direkt unterstand) ihn ab. Sugiyama beharrte darauf, dass der Verhandlungsweg beendet sei; die Moral der Truppe stehe auf dem Spiel; ein Rückzieher sei ausgeschlossen; Krieg sei die einzige Lösung. Seine Position war also klar – und unterschied sich von der des Ministerpräsidenten. Nach seiner Ansicht musste sich die Verbindungskonferenz für die zweite der drei Optionen entscheiden: den sofortigen Kriegsbeginn. Finanzminister Kaya und Planungschef Suzuki konnte Tojo in einer Unterredung am späten Abend des 31. Oktober auf seine Seite ziehen. Der Einzige, der sich für die erste Option einsetzte – die Vermeidung des Krieges, auch wenn sie dauerhafte Entbehrungen mit sich bringen sollte –, war Aussenminister Togo. Marineminister Shimada, der ebenfalls an der Sitzung teilnahm, verfolgte eigene Ziele und machte am Vorabend einer Entscheidung von ungeheurer Tragweite seine Zustimmung davon abhängig, dass der Marine auf Kosten des Heeres und des

zivilen Bereichs mehr Stahl zugeteilt werde. Die Diskussion über diese Frage sollte tatsächlich die erste Hälfte der Verbindungskonferenz in Anspruch nehmen, bevor sie nach mehrstündiger Diskussion zugunsten Shimadas gelöst wurde. Damit war die Marine wie das Heer auf den Krieg festgelegt.<sup>86</sup>

Nachdem die Frage der Stahlzuteilung erledigt war, wandte sich die Diskussion den von Tojo genannten drei Optionen zu. Sofort traten die in der vorangegangenen Sitzung ungelösten Meinungsverschiedenheiten wieder zutage. Zunächst wurde die erste Option besprochen, keinen Krieg zu führen. Kaya versuchte mehrmals, von der Marine eine Einschätzung der langfristigen Erfolgsaussichten zu erhalten. «Wenn wir, wie zur Zeit, ohne Krieg weitermachen und die amerikanische Flotte uns in drei Jahren angreift, hat unsere Marine dann eine Chance zu gewinnen, oder nicht?», fragte er. «Das kann niemand sagen», antwortete Nagano. Daraufhin wollte Kaya wissen, ob Japan einen Seekrieg gewinnen könne. Doch Nagano wiederholte nur seine Ansicht, dass es «leichter [wäre], jetzt in den Krieg zu ziehen», da alle Vorbereitungen getroffen seien, als in drei Jahren. Kaya war damit nicht zufrieden. «Wenn es eine Siegeschance im dritten Kriegsjahr gäbe, wäre es richtig, den Krieg zu beginnen», stellte er fest. «Aber nach Naganos Worten ist dies nicht sicher. Darüber hinaus würde ich die Wahrscheinlichkeit, dass die Vereinigten Staaten uns angreifen, als gering einschätzen. Deshalb kann meine Schlussfolgerung nur lauten, dass es keine gute Idee wäre, jetzt den Krieg zu erklären.»

Togo pflichtete dem Finanzminister bei. Nagano verwies auf die ungewisse Zukunft. In drei Jahren würden die USA stärker sein. «Wann also könnten wir in den Krieg ziehen und siegen?», fragte Kaya. Auf diese Frage hatte Nagano gewartet. «Jetzt!», antwortete er nachdrücklich. «[Einen besseren] Zeitpunkt für den Krieg wird es nicht geben!» Suzuki gab ihm recht. Kaya war zwar nicht überzeugt, beharrte aber nicht weiter auf der ersten Option. Damit war der Vorschlag, um jeden Preis einen Krieg zu vermeiden, vom Tisch. Seine Ablehnung war mehr oder weniger eine Formsache. Kayas Ausführungen waren zum grossen Teil rhetorischer Art gewesen, da er sich bereits in der Unterredung mit Tojo am vorangegangenen Abend auf die dritte Option festgelegt hatte.

Anschliessend beriet man über die zweite Alternative, sofort in den Krieg zu ziehen. Sugiyama legte die Position des Heeres dar: Aufgabe jeder Hoffnung auf einen Verhandlungserfolg; der Entschluss, Anfang Dezember gegen

die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und die Niederlande Krieg zu führen; bis dahin Fortsetzung der Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten, aber nur als Vorwand, um Japan einen Vorteil im Krieg zu verschaffen; und schliesslich Stärkung der Bindungen an Deutschland und Italien. Kaya und Togo legten umgehend Einspruch ein: «Es ist empörend, uns aufzufordern, zu diplomatischen Tricks Zuflucht zu nehmen», erklärten sie angesichts der historischen Tragweite der zu treffenden Entscheidungen. «Das können wir nicht tun.» Stattdessen setzten sie sich für einen letzten Verhandlungsversuch ein. An dieser Stelle konnte der freimütige, geradlinige stellvertretende Heeresgeneralstabschef Osamu Tsukuda nicht mehr an sich halten. Die Forderung nach weiteren Verhandlungen brachte ihn auf. Er wollte sofort eine Entscheidung für den Kriegsbeginn, für den er als konkreten Termin den 1. Dezember angab, und erst danach die Frage der Diplomatie behandeln. Nun warf Naganos Stellvertreter Seiichi Ito plötzlich ein neues Datum in die Diskussion. «Soweit es die Marine betrifft», erklärte er, «kann man bis zum 20. November verhandeln.» Tsukuda stellte sich sofort hinter Ito: «Was das Heer betrifft, gehen Verhandlungen bis zum 13. November in Ordnung, aber nicht länger.» Die Militärführer brachten also bisher nicht diskutierte Termine ins Spiel und gaben einen noch engeren Zeitrahmen für Verhandlungen vor, als man sich bisher vorgestellt hatte. Togo war empört. «Ich kann keine Fristen oder Bedingungen akzeptieren, die einen diplomatischen Erfolg unmöglich machen», wandte er ein. «Es ist offensichtlich, dass Sie den Gedanken, Krieg zu führen, aufgeben müssen.»

Inzwischen war es unmöglich, die Diskussion über die zweite Option (sofortige Kriegführung) von derjenigen über die dritte (gleichzeitige Verhandlungen und Kriegsvorbereitungen) zu trennen. Tojo und sein Aussenminister verlangten vom Heer die Garantie, dass es die Kriegsoption aufgeben werde, wenn die Diplomatie erfolgreich sein sollte. «Das ist unmöglich», gab Tsukuda zurück. Die Stabschefs pflichteten ihm bei; das würde die militärischen Vorbereitungen durcheinanderbringen. Als Shimada in einer Randbemerkung zu seinem Stellvertreter meinte, die Verhandlungen könnten bis zwei Tage vor Kriegsausbruch weitergeführt werden, herrschte Tsukuda ihn an: «Bitte, seien Sie still. Was Sie gerade gesagt haben, ist unmöglich.» Die Nerven lagen blank, und Tojo schlug eine zwanzigminütige Pause vor. In dieser Zeit wurden

die Operationschefs von Heer und Marine, Tanaka und Fukudome hereingerufen, und man einigte sich schliesslich darauf, dass Verhandlungen bis fünf Tage vor Kriegsausbruch weitergehen könnten. Als Datum wurde der 30. November bestimmt, und Tsukuda gestand unter weiterem Druck zu, dass damit vierundzwanzig Uhr an jenem Tag gemeint sei. Damit stand der Termin der Entscheidung fest. Erreichte die Diplomatie bis zu diesem Zeitpunkt einen Erfolg, würde man den Krieg absagen. Scheiterte sie jedoch innerhalb dieses engen Zeitrahmens, würde Japan Krieg führen.

Inzwischen war es zehn Uhr abends, und die Konferenz tagte seit elf Stunden. Es blieb noch die Frage der Verhandlungsbedingungen zu klären. Der Konferenz lag der zwei Tage zuvor im Wesentlichen angenommene Plan vor, der eine umfassende Vereinbarung über die Streitpunkte zwischen Japan und den Vereinigten Staaten vorsah. Das einzige Zugeständnis bezüglich der Truppenstationierung in China war eine zeitliche Begrenzung auf fünfundzwanzig Jahre. Die Truppen in Indochina sollten nach Beendigung des «Chinazwischenfalls» und Schaffung eines «gerechten Friedens» im Fernen Osten abgezogen werden. Das Prinzip der Chancengleichheit im Handel wurde angenommen, sofern es in der ganzen Welt galt (was in der Praxis kaum zu erreichen war). Hinsichtlich des Dreimächtepakts bekräftigte man, dass die Entscheidung darüber, ob und wie Japan handelte, im eigenen Ermessen liege. Schliesslich lehnte man die Einbeziehung der amerikanischen «vier Prinzipien» in ein förmliches Abkommen ab.<sup>87</sup> Dieser Vorschlag wich nur geringfügig von der Position ab, welche die Vereinigten Staaten bereits zurückgewiesen hatten. Daher bestand kaum noch eine Chance auf einen diplomatischen Erfolg. Aber Togo überraschte die Konferenzteilnehmer damit, dass er diesen Vorschlag als «Plan A» bezeichnete und einen mit den Militärführern nicht abgesprochenen «Plan B» vorlegte. Vor der Konferenz hatte sich Sugiyama von Tojo versichern lassen, dass die Bedingungen, die jetzt in «Plan A» zusammengefasst waren, nicht verwässert werden würden. Doch genau das war in «Plan B» geschehen.

Togo wollte einfach ein Mittel in der Hand haben, mit dem er auf kurze Sicht einen Krieg verhindern konnte – er hatte sowohl den amerikanischen als auch den britischen Botschafter in Tokio um ihre Meinung zu dem Plan gebeten –, eine Darstellung der absoluten Minimalbedingungen, die für Japan gerade noch annehmbar waren. Er räumte «Plan A» keine Chancen ein und sah



voraus, dass er sich in eine unmögliche Lage brächte, wenn er auf dieser Grundlage zu verhandeln versuchen würde. «Plan B» war nur kurz; er ging nicht auf die Chinafrage ein und konzentrierte sich ganz auf den Süden. Er zielte nicht auf ein abschliessendes oder umfassendes Abkommen – das in der Kürze der Zeit nicht erreicht werden konnte –, sondern sollte eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten verhindern. Dem Plan zufolge sollten die japanischen Truppen sofort aus dem nördlichen Französisch-Indochina und später, nach der Beilegung des «Chinazwischenfalls», vielleicht sogar aus ganz Indochina abgezogen werden. Beide Seiten sollten zusagen, in der Zwischenzeit in Südostasien, abgesehen von Indochina, keine militärischen Vorstösse zu unternehmen. Ferner sollten sie gemeinsam die Versorgung mit Rohstoffen aus Niederländisch-Indien garantieren. Darüber hinaus sollten die Vereinigten Staaten im Rahmen der Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen auf dem Stand, den sie vor dem Einfrieren der japanischen Guthaben gehabt hatten, Japan mit Erdöl beliefern. Schliesslich sollten sie Friedensbemühungen zwischen Japan und China nicht behindern.<sup>88</sup>

Die Militärvertreter waren entsetzt über das Ausmass der Konzessionen. Sugiyama und Tsukuda lehnten den Truppenrückzug aus Indochina rundweg ab und bestanden darauf, dass Togo sich an «Plan A» halten müsse. Nagano pflichtete ihnen bei. Tsukuda fasste auf unnachahmliche Weise die dargelegten Auffassungen zu den jeweiligen Vorteilen von Krieg und Verhandlungen zusammen und stellte seinen eigenen Standpunkt klar, als wäre noch irgendjemand im Zweifel darüber gewesen. «Im Allgemeinen», begann er, «sind die Aussichten, wenn wir in den Krieg ziehen, nicht gut. Wir fragen uns alle, ob es nicht einen friedlichen Weg gibt.» Doch es sei «unmöglich, den Status quo aufrechtzuerhalten», fuhr er fort, um mit zweifelhafter Logik zu folgern: «Daher gelangt man unvermeidlicherweise zu dem Schluss, dass wir in den Krieg ziehen müssen.» Nun kam Tsukuda erst richtig in Fahrt. Nachdem er anfangs festgestellt hatte, dass die Chancen in einem Krieg gegen die Vereinigten Staaten schlecht stehen würden, verfiel er in pathetisch-nationalistischen Fatalismus. «Ich, Tsukuda», erklärte er, «glaube, dass der Krieg nicht vermieden werden kann. Die Zeit ist reif. Wenn wir jetzt nicht in den Krieg ziehen, dann werden wir es im nächsten oder im übernächsten Jahr tun müssen. Die Zeit ist reif. Der moralische Geist Japans, des Landes der Götter, wird über dieser Gelegenheit scheinen.» Dann wechselte er vom Fatalismus zum militärischen

Optimismus und beschrieb den bestmöglichen als den tatsächlich zu erwartenden Kriegsverlauf:

«Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass Japans Südvorstoss Deutschland und Italien in die Lage versetzen wird, Grossbritannien zu besiegen. Und die Wahrscheinlichkeit, dass China dann kapitulieren muss, wird sogar noch grösser sein, als sie jetzt schon ist. Danach könnten wir sogar Russland zur Aufgabe zwingen. Wenn wir den Süden einnehmen, werden wir in der Lage sein, einen Schlag gegen amerikanische Verteidigungsressourcen zu führen. Das heisst, wir werden eine eiserne Mauer errichten, innerhalb derer wir einen nach dem anderen die Feindstaaten in Asien vernichten werden, und darüber hinaus werden wir Amerika und Grossbritannien besiegen.»

So sahen die Vorstellungen eines der höchsten Vertreter der japanischen Militärelite aus. Es war reine Traumtänzeri.

Togo blieb gegenüber solcher Irrationalität bei seinem Standpunkt. Wieder wurde die Debatte hitzig. Die Möglichkeit von Togos Rücktritt lag in der Luft. Doch das hätte das Ende der Regierung bedeutet, und ein neues Kabinett würde sich womöglich gegen den Krieg aussprechen. Diese Überlegung wurde den Heeresvertretern in einer weiteren kurzen Sitzungspause nahegebracht. Danach richteten sie ihre Gedanken wieder auf das für sie Wesentliche. Sie verlangten geringfügige sprachliche Änderungen, insbesondere in den Abschnitten über die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen, die Erdöllieferungen und die Nichteinmischung in die Beendigung des Krieges in China. Durch diese Korrekturen sollten die Verhandlungsbedingungen so weit verschärft werden, wie es ohne einen Austausch der Regierung möglich war. Mit diesen begrenzten Änderungen mussten die Militärs schliesslich Togos Vorschlag annehmen, wie sehr er ihnen auch missfiel. Als die Konferenz am 2. November um 1.30 Uhr beendet wurde, hatte sie beschlossen, «gegen die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und die Niederlande Krieg zu führen». Die militärischen Operationen sollten Anfang Dezember beginnen. Aufgehalten werden konnten sie nur noch durch einen Verhandlungserfolg bis «null Uhr am 1. Dezember».<sup>89</sup>

Togo und Kaya hatten um einige Stunden Bedenkzeit gebeten, bevor sie ihre Zustimmung geben wollten. Am frühen Nachmittag des nächsten Tages

gaben sie schliesslich ihr Plazet. Damit war das Votum der Verbindungskonferenz einstimmig. Als Tojo dem Kaiser Bericht erstattete, beschwor dieser ihn, «alles in [seiner] Macht Stehende zu tun, um eine Verhandlungslösung zu erreichen». Der ehrerbietige Tojo bemühte sich in der Tat, den Wunsch des Kaisers zu erfüllen. Er gab den Verhandlungen eine Erfolgchance von fünfzig zu fünfzig. Sein Aussenminister rechnete realistischer mit einer Quote von höchstens eins zu zehn.<sup>90</sup>

Am 5. November um 10.30 Uhr versammelte sich die japanische Führung im Kaiserpalast zur Kaiserlichen Konferenz – über die diesmal keine Meldung in der Presse erschien<sup>91</sup> –, um die drei Tage zuvor getroffene Entscheidung zu bestätigen. Im Gegensatz zur erregten Atmosphäre der Verbindungskonferenz verlief die Sitzung in Gegenwart des Kaisers ohne Streit. Aber es herrschte eine gedrückte, besorgte Stimmung, die auch den Kaiser erfasste.<sup>92</sup> Tojo erinnerte die Anwesenden zunächst an die Gründe für die Revision der am 6. September verabschiedeten «Grundsätze für die Ausführung der kaiserlichen Politik». Aus den inzwischen angestellten Überlegungen, fuhr er fort, habe man die Schlussfolgerung gezogen, dass man «jetzt den Beschluss, in den Krieg zu ziehen, fassen, den Zeitpunkt für militärisches Handeln auf Anfang Dezember festlegen, alle Anstrengungen auf den Abschluss der Kriegsvorbereitungen konzentrieren und gleichzeitig mittels der Diplomatie einen Ausweg aus der Sackgasse suchen» müsse. Für diplomatische Manöver gebe es allerdings kaum noch einen Spielraum.

Suzuki und Kaya stellten in langen Ausführungen die Rohstoff- und Finanzlage dar. Suzuki vertrat mit Blick auf die materiellen Ressourcen die Ansicht, dass Krieg zu führen besser sei, als «tatenlos herumzusitzen und darauf zu warten, dass der Feind einen unter Druck setzt». Kaya bemerkte, dass es «für einige Zeit unmöglich sein wird, sich grosse Gedanken über die Lebensbedingungen der Bevölkerung» in den besetzten Gebieten zu machen. Für eine gewisse Zeit werde man «eine sogenannte Ausbeutungspolitik» betreiben müssen. Dann berichteten die Stabschefs über die militärischen Vorbereitungen. Sugiyama unterstrich erneut, dass die Zeit gegen Japan arbeiten würde, falls man den Krieg hinauszögern sollte.

Anschliessend stellte Kronratspräsident Hara, wie es die Konvention verlangte, einige Fragen im Namen des Kaisers. Zur Truppenstationierung in China nahm Tojo Stellung, der erneut die japanischen Opfer seit Kriegsbeginn

hervorhob und erklärte, dass Japan nach einem Truppenrückzug schlechter dastünde als vor Kriegsbeginn. China würde dagegen mächtiger als vorher sein und «sogar versuchen, die Mandschurei, Korea und Formosa [Taiwan] zu beherrschen», fügte er hinzu. «Wir können eine Expansion unseres Landes nur durch Truppenstationierungen erreichen. Dies wird uns von den Vereinigten Staaten nicht zugebilligt.» Dann wandte sich Hara den Details von Togos Plänen A und B zu. Togo gestand ein, dass er auf der Grundlage von «Plan A» keine Einigung erwarte. Sogar «Plan B» werde auf erhebliche Hindernisse stossen. Man habe nur noch zwei Wochen für Verhandlungen. «Zu meinem Bedauern», sagte Togo, «besteht kaum Hoffnung auf einen Erfolg.» Auch Hara bedauerte dies, betonte aber erneut die Bedeutung einer Verhandlungslösung. Er schloss jedoch mit den Worten, dass es «vom Standpunkt der innenpolitischen Situation und [Japans] Selbstbehauptung unmöglich ist, alle amerikanischen Forderungen zu erfüllen. Wir müssen an unserer Position festhalten.» Er betrachtete den Krieg in China zu Recht als Ursache des Problems, sah aber keinen unmittelbaren Ausweg. Japan könne die aktuelle Situation nicht weiterbestehen lassen, erklärte er und fuhr fort: «Wenn wir die gegenwärtige Gelegenheit, in den Krieg zu ziehen, versäumen, werden wir uns dem amerikanischen Diktat unterwerfen müssen. Deshalb halte ich es für unvermeidlich, dass wir einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten beginnen.» Diesmal blieb der Kaiser stumm. Zweifellos gab Hara seine Ansichten wieder.

Tojo schloss die Konferenz, indem er die grossen Schwierigkeiten hervorhob, die der Krieg mit sich bringen würde. Wiederum zeichnete er das Bild einer noch unangenehmeren Alternative. «Von heute an in zwei Jahren werden wir kein Erdöl für militärische Zwecke mehr haben. Die Schiffe werden nicht mehr fahren. Wenn ich an die Stärkung der amerikanischen Verteidigung im Südwestpazifik, die Vergrösserung der amerikanischen Flotte, den nicht beendeten Chinazwischenfall und anderes denke, sehe ich Schwierigkeiten ohne Ende. Wir können über Entbehrung und Leid sprechen, aber kann unser Volk ein solches Leben für lange Zeit erdulden?» Er fürchtete, dass Japan, wenn es untätig bliebe, in zwei oder drei Jahren zu einer drittrangigen Nation herabsinken würde.<sup>93</sup>

Das war das letzte Argument für den Krieg. Frieden, aber Entbehrungen in einer von den USA beherrschten Welt oder Krieg und wahrscheinliche Niederlage, aber Bewahrung der nationalen Ehre – das war die Alternative.<sup>94</sup> Der

Krieg erhielt den Vorzug. Japan würde eher «nationales Harakiri» begehen, als «einem fremden Druck zu weichen», wie es US-Botschafter Grew ausdrückte, denn die «japanische Vernunft kann nicht nach amerikanischen Massstäben der Logik gemessen werden».<sup>95</sup>

## VI

Jetzt hing alles an einem dünnen diplomatischen Faden. Als letztes Mittel, und um den sich abmühenden Nomura zu unterstützen, schickte Togo den erfahrenen Diplomaten Saburo Kurusu mit dem Auftrag, möglichst einen haltbaren Frieden auszuhandeln, als Sondergesandten nach Washington. Kurusu, ein kleiner, gepflegter Mann, war Botschafter in Berlin gewesen und gehörte zu den Unterzeichnern des Dreimächtepakts, war aber durch seine Ehefrau, eine Amerikanerin britischer Herkunft, auch mit den Vereinigten Staaten vertraut.<sup>96</sup> Doch die Aussichten standen nicht gut. Hull hatte «von Anfang an das Gefühl, dass er betrügerisch war».<sup>97</sup> In Tokio veranschlagte Tojo die Erfolgchancen inzwischen mit 30 Prozent, also weit geringer als noch wenige Tage zuvor, als er mit 50 Prozent gerechnet hatte. Er forderte Kurusu auf, sein Bestes zu geben.<sup>98</sup>

Die Kriegsvorbereitungen waren mittlerweile weit vorangeschritten. Die Idee eines Angriffs auf Pearl Harbor war im Mai 1941 von Admiral Isoroku Yamamoto (der die Operation schliesslich auch befehligen sollte) vorgeschlagen, im September in Kriegsspielen erprobt und am 20. Oktober von Nagano gebilligt worden.<sup>99</sup> Diese kühne Operation sollte die wichtigste Front der Gesamtoffensive bilden. Gleichzeitig würde ein Angriff auf Malaya und die Philippinen stattfinden, dem die Eroberung von Niederländisch-Indien folgen sollte. Innerhalb von acht Monaten wollte man die Herrschaft über Südostasien und den Westpazifik gewinnen. Japan brauchte diese Machtbasis, um längere Zeit gegen die Vereinigten Staaten kämpfen oder sie zu einem Verhandlungsfrieden zu seinem Vorteil zwingen zu können. Dies war das strategische Ziel. Zugleich rechnete man damit, dass im Zuge der Expansion auch die Hilfslieferungen an China unterbrochen und damit die Lebensader Tschiang Kaischeks durchtrennt werden würde. Schliesslich hoffte man, auch wenn es nicht in der eigenen Macht lag, dass die Achsenmächte deutschen Kriegserfolgen gegen Grossbritannien und die Sowjetunion die Kriegserklä-

rung an die Vereinigten Staaten folgen lassen würden, sodass diese durch eine Verwicklung in den europäischen Konflikt geschwächt würden.<sup>100</sup> Anfang November hatte der strategische Plan Japans fast schon seine endgültige Gestalt angenommen. Am 3. November billigte Yamamoto als Oberbefehlshaber der Flotte den geheimen Operationsbefehl, der mit den Worten begann: «Das japanische Kaiserreich erwartet den Ausbruch eines Krieges mit den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und den Niederlanden.»<sup>101</sup>

Der Kaiser, der von den Stabschefs täglich auf dem Laufenden gehalten wurde, war über die Entwicklungen im Bild und stellte sogar ein genaues Wissen der taktischen Details unter Beweis. Am 4. November nahm er, was ungewöhnlich war, an einer langen Sitzung des Obersten Kriegsrats teil, in der die Stabschefs und der Ministerpräsident Rede und Antwort stehen mussten.<sup>102</sup> Ihn plagten immer noch Zweifel und Sorgen. Er fürchtete die Folgen eines Krieges, und ihn beunruhigten wichtige Einzelheiten der Militäroperationen. Mit Grund, denn die Gesamtstrategie besass, trotz aller präzisen Planung, grundsätzliche Mängel. Zu viel hing von Faktoren ab, die Japan nicht beeinflussen konnte, und zu viel beruhte auf der Annahme des bestmöglichen Verlaufs. Aber trotz aller Bedenken, die er haben mochte, billigte er Mitte des Monats den strategischen Kriegsplan.<sup>103</sup>

Die Aufgabe, vor der Nomura und Kurusu standen, war extrem entmutigend. Es war auch kaum von Vorteil, dass die Geheiminstruktionen, die Nomura zusammen mit den Plänen A und B telegrafisch von Togo erhielt – und die wie der gesamte geheime Funkverkehr aus Tokio von den Amerikanern abgefangen, entschlüsselt und an Hull weitergeleitet wurden –, durch eine ungenaue Übersetzung, die das amerikanische Misstrauen verstärkte, verzerrt wurden.<sup>104</sup> Trotz aller Entstellungen konnte kein Zweifel am Sinn der abgefangenen Funkprüche bestehen: Japan bereitete sich auf einen Krieg in naher Zukunft vor.<sup>105</sup> Im US-Aussenministerium empfahl Stanley Hornbeck dem Minister, die Appelle von Botschafter Grew aus Tokio zu ignorieren, den japanischen Wunsch nach Vermeidung eines Krieges ernst zu nehmen. Da er aus den MAGIC-Informationen wusste, dass Japan von Frieden redete, aber den Krieg vorbereitete, glaubte Hornbeck, dass Grew den Japanern zu bereitwillig vertraute. Und Hull hörte eher auf Hornbeck als auf Grew.<sup>106</sup>

Gleichwohl hatte es anfangs den Anschein, als bestünde die schwache Hoffnung auf eine Verhandlungslösung zu Recht. Am 15. November wurde

zwar «Plan A» zurückgewiesen,<sup>107</sup> aber die amerikanische Regierung spielte weiterhin auf Zeit, und sie sprach nicht mit einer einzigen klaren Stimme. Während Hull und das Aussenministerium die Hoffnung auf eine Verständigung dämpften, schien der Präsident immer noch dafür offen zu sein. Von seinen Militärberatern dazu gedrängt, sich gegenüber Japan vorsichtig zu verhalten und alle Kraft auf den Sieg über Deutschland zu konzentrieren, sagte er zu Hull und einem entschieden skeptischen Stimson, dass er erwäge, einen sechsmonatigen Waffenstillstand vorzuschlagen, in dessen Verlauf keine Truppenbewegungen stattfinden dürften. Als er am 10. November den japanischen Botschafter empfing, deutete er die Möglichkeit eines «Modus Vivendi» an, wie er sich ausdrückte. Als Nomura eine Woche später, diesmal in Begleitung von Kuru (der am 10. November in Washington eingetroffen war), den Präsidenten erneut aufsuchte, schien dieser die Aussicht auf einen Durchbruch in der kritischen Chinafrage zu eröffnen. Er erklärte, dass die Vereinigten Staaten nicht in den chinesisch-japanischen Konflikt eingreifen oder in ihm vermitteln wollten. Kuru berichtete nach Tokio, Roosevelt habe «bemerkenswerten Enthusiasmus für eine japanisch-amerikanische Einigung» gezeigt. Nomura war derart ermutigt, dass er aus eigenem Antrieb vorschlug, die Vereinigten Staaten sollten als Gegenleistung für einen japanischen Truppenrückzug die japanischen Guthaben freigeben. Doch das ging Tokio viel zu weit. Nomura wurde von Togo zurechtgewiesen und aufgefordert, «Plan B» erneut vorzulegen (der für die Vereinigten Staaten, wie Kuru Tokio bereits mitgeteilt hatte, wahrscheinlich in Gänze unannehmbar war).<sup>108</sup> Nomura präsentierte Hull am 20. November pflichtschuldig «Plan B» und löste damit die letzte Episode des diplomatischen Dramas aus.

Nomura und Kuru waren über Halls reservierte Aufnahme des Plans enttäuscht. Der Aussenminister erklärte, die amerikanische Öffentlichkeit sehe Japan und Nazideutschland als Partner in dem Versuch, die Welt aufzuteilen, und der Dreimächtepakt habe sie in dieser Auffassung bestärkt. Privat lehnte Hull den japanischen Vorschlag entschieden ab. In seinen Augen handelte es sich um ein Ultimatum, von dem er später schrieb, es habe derart groteske Bedingungen enthalten, «dass kein amerikanischer Regierungsvertreter jemals auf den Gedanken gekommen wäre, sie anzunehmen».<sup>109</sup> Offiziell wies er «Plan B» jedoch nicht rundweg zurück. Tatsächlich war die amerikanische Antwort in ihrer letzten Entwurfsfassung vom 25. November sogar erstaunlich

konziliant.<sup>110</sup> In sie war eine handschriftliche Notiz Roosevelts eingegangen, die Hull über eine Woche zuvor erhalten hatte und in der ein Modus Vivendi für ein halbes Jahr vorgeschlagen wurde. Nach Roosevelts Vorstellungen sollte Japan in dieser Zeit keine Truppenbewegungen durchführen und den Dreimächtepakt auch dann nicht in Anspruch nehmen, wenn die USA in den europäischen Krieg verwickelt werden sollten. Die Amerikaner ihrerseits würden die Wirtschaftsbeziehungen zu Japan wiederbeleben und die Aufnahme von Gesprächen zwischen Japan und China vermitteln.<sup>111</sup> Die Idee des Präsidenten wurde von der Militärführung unterstützt, die auf diese Weise Zeit gewinnen wollte, um die Verteidigung der Philippinen zu verstärken. An diesem Punkt schien es, als wäre sogar jetzt noch ein gewisser Schnittpunkt zwischen «Plan B» und der von Hulls Ministerium aufgegriffenen Idee eines zeitlich begrenzten Modus Vivendi zu finden gewesen.<sup>112</sup> Doch am späten Abend desselben Tages liess Hull die Idee fallen. Die Chinesen hatten, wie zu erwarten gewesen war, jedes Zugeständnis an Japan vehement abgelehnt, und auch die Regierungen Grossbritanniens, Australiens und der Niederlande hatten nicht gerade begeistert reagiert.<sup>113</sup> Auf jeden Fall war Hulls Widerstreben, mit Japan eine andere Verständigung als auf der Grundlage der amerikanischen Bedingungen zu erzielen, nie wirklich geringer geworden. Vielmehr war es durch ein am 22. November abgefangenes Telegramm an Nomura sogar noch verstärkt worden. Darin hatte Tokio dem Botschafter mitgeteilt, dass der Endtermin für Verhandlungen vom 25. auf den 29. November verschoben worden sei, zugleich aber unterstrichen, dass dieser Termin «absolut nicht mehr geändert werden» könne. Danach würde «alles automatisch ablaufen». Die Verärgerung über diese Botschaft hatte jede noch vorhandene Hoffnung des Ausenministeriums auf eine mögliche Übereinkunft zunichte gemacht.<sup>114</sup>

Hulls veränderte Haltung ging insbesondere auf Tschiang Kai-scheks scharfe Reaktion auf den Modus-Vivendi-Vorschlag zurück. Der Kuomintangführer fürchtete eine amerikanische Appeasementpolitik auf Kosten Chinas.<sup>115</sup> Eine Botschaft Churchills an Roosevelt, in welcher der britische Premierminister sich hinter Tschiang stellte und die britische Sorge über einen möglichen Zusammenbruch Chinas ausdrückte, bestärkte Hull in seiner Ablehnung des Modus Vivendi.<sup>116</sup> «Die vage Aussicht auf eine japanische Zustimmung zu einer Verständigung», begründete er seine Haltung, «rechtfertig-



te es nicht, die Risiken auf sich zu nehmen, die er mit sich gebracht hätte, insbesondere das Risiko des Zusammenbruchs der Moral und des Widerstands der Chinesen und sogar des Zerfalls von China.»<sup>117</sup> Roosevelt schien indessen noch am Vormittag des nächsten Tages, am 26. November, anzunehmen, dass der Modus Vivendi gerettet werden könne. Er sei durchaus in der Lage, die Chinesen zu beschwichtigen, versprach er. Kurz darauf verdüsterte sich jedoch seine Stimmung, als er erfuhr, dass südlich von Taiwan ein japanischer Schiffskonvoi mit 50'000 Soldaten gesichtet worden war. Er sah darin einen Beweis für ein japanisches Doppelspiel. Das habe «die Situation völlig verändert», erklärte er wütend. Als bald darauf Hull im Weissen Haus eintraf und riet, die Modus-Vivendi-Idee fallenzulassen und den Japanern stattdessen einen «umfassenden Grundsatzvertrag für eine allgemeine friedliche Regelung» anzubieten, stimmte Roosevelt sofort zu.<sup>118</sup>

Hulls Vorschlag, der ohne Rücksprache mit der Militärführung oder Vertretern Grossbritanniens und anderer inoffizieller Verbündeter ausgearbeitet worden war, wurde Kurusu und Nomura am späten Nachmittag desselben Tages übergeben. Seine zehn Punkte bekräftigten kompromisslos die amerikanischen Grundsätze, an denen alle früheren Verhandlungsversuche gescheitert waren. Zudem enthielt er neue Forderungen und war schärfer formuliert als alle früheren Vorschläge.<sup>119</sup> Japan wurde summarisch aufgefordert, seine Truppen sowohl aus China als auch aus Indochina abzuziehen, auf seine aus der Zeit der Jahrhundertwende – nach dem Boxeraufstand – stammenden extraterritorialen Rechte und Konzessionen in China zu verzichten, keine andere chinesische Regierung als diejenige von Tschiang Kai-schek anzuerkennen und den Dreimächtepakt ausser Kraft zu setzen. Im Gegenzug wollten die Vereinigten Staaten die japanischen Guthaben freigeben und auf ein neues Handelsabkommen als Grundlage der Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen hinarbeiten. Wie Hull erklärte, war der Vorschlag geeignet, den Weg zu langfristigen Gesprächen über eine Friedensordnung im Pazifik zu ebnen. Das war einfach unaufrichtig, denn er war sich durchaus bewusst, dass die Verhandlungen festgefahren waren.<sup>120</sup> «Weiter können wir nicht gehen», beschied er die enttäuschten japanischen Abgesandten, denen klar war, dass Tokio den Vorschlag empört zurückweisen würde. Sie wollten deshalb informelle Gespräche, um die Forderungen, wenn möglich, abzumildern, bevor sie

sie weiterleiteten.<sup>121</sup> Hull räumte später ein, dass man auf amerikanischer Seite «nicht ernsthaft glaubte, dass Japan den Vorschlag annehmen würde».<sup>122</sup>

Wie nicht anders zu erwarten, wurde das «Zehnpunkteprogramm», als es am 27. November in Tokio eintraf, als Ultimatum aufgefasst – praktisch als Beleidigung.<sup>123</sup> In der japanischen Führung löste es sowohl Verärgerung als auch Bestürzung aus. Vor allem die Forderung nach einem Rückzug aus ganz China stiess auf wütende Ablehnung. Man nahm an, dass sie sich auch auf die Mandschurei bezog, was eine Rückkehr zu der Situation der Zeit vor 1931 und eine ernsthafte Beeinträchtigung der japanischen Wirtschaft bedeutet hätte. Tatsächlich hatte Hull diese Interpretation nicht im Sinn gehabt. Für ihn war die Mandschurei nicht von vorrangigem Interesse.<sup>124</sup> Das Missverständnis ging auf einen schlechten, überhastet angefertigten Entwurf zurück und trug vermutlich nicht unwesentlich zur Schärfe der japanischen Reaktion bei.

Diejenigen, die in der Hoffnung, den Krieg verhindern zu können, für die Fortsetzung der Verhandlungen eingetreten waren, hatten das Gefühl, als wäre ihnen der Boden unter den Füßen weggezogen worden. Für die Kriegsbefürworter – vor allem Vertreter der Stäbe von Heer und Marine – war die «Hullnote», wie sie später genannt wurde, dagegen ein Geschenk des Himmels. Insbesondere das Heer hatte von Anfang an befürchtet, «Plan B» könnte den Weg zu einer Verständigung ebnen. Wäre es nach ihm gegangen, wären harte neue Bedingungen über Erdöllieferungen in die japanischen Forderungen eingefügt worden, die eine Annahme des Plans von vornherein ausgeschlossen hätten.<sup>125</sup> Jetzt reagierte der Generalstab erleichtert und sogar begeistert. «Das muss göttliche Gnade sein», lautete eine Reaktion. «Sie erleichtert es dem Kaiserreich, den Rubikon zu überqueren und sich für den Krieg zu entscheiden. Das ist grossartig, einfach grossartig!»<sup>126</sup>

Zu den Letzten, die aus Furcht vor den Folgen eines militärischen Konflikts weiterhin für Verhandlungen und die Vermeidung des Krieges eintraten, auch wenn dies für Japan auf lange Zeit Armut und Entbehrungen bedeutet hätte, gehörte eine Reihe von «hohen Staatsmännern», wie die ehemaligen Ministerpräsidenten, die am Vormittag des 29. November mit Tojo und vier seiner Kabinettsmitglieder zusammentrafen. Doch zu diesem Zeitpunkt musste selbst Togo eingestehen, dass man am Ende des Verhandlungsweges angekommen war. Tojo seinerseits befürwortete jetzt nachdrücklich militärische Aktionen,

und trotz aller vielleicht vorhandenen Zweifel erhob keiner der Anwesenden grundsätzlichen Widerspruch.<sup>127</sup> Nach Tojos Nachkriegsaussage lautete der Tenor der in der Unterredung vorgebrachten Meinungen: «[W]enn es in diesem Krieg um Selbstbehauptung gehe, dann müssten wir ihn wagen, auch wenn wir die Niederlage voraussähen.»<sup>128</sup>

Auch der Kaiser war weiterhin besorgt. Am 30. November beschwor ihn sein Bruder, Prinz Takamatsu, das Reich nicht in den Krieg zu führen. Doch als Hirohito später am Tag die Marineführung empfangt, um sich ihrer Kriegsbereitschaft zu vergewissern, äusserte sich Marineminister Shimada siegesgewiss. Nagano teilte dem Kaiser mit, dass sich die grosse Expeditionsflotte, einschliesslich von sechs Flugzeugträgern, bereits auf See befinde und Kurs auf Pearl Harbor genommen habe. Nach Öffnung versiegelter Befehle war sie am 26. November um sechs Uhr morgens aus der Hitokappubucht auf den südlichen Kurilen ausgelaufen und dampfte mittlerweile rund achtzehnhundert Seemeilen von Hawaii entfernt über den Pazifik.<sup>129</sup> Nagano hatte bereits in der Verbindungskonferenz am vorherigen Abend widerstrebend und mit leiser Stimme enthüllt, dass «der 8. Dezember die Stunde Null» sei. Sogar der Ministerpräsident erfuhr dies erst in diesem Augenblick. Das Überraschungsmoment war von entscheidender Bedeutung. Die Verhandlungen sollten fortgesetzt werden, jedoch nur um den bevorstehenden Angriff zu verschleiern.<sup>130</sup> Jetzt fehlte lediglich Hirohitos Zustimmung. «[D]ie Entscheidung ist dieses Mal äusserst wichtig», hatte Kido dem Kaiser vor Augen geführt. «Sobald Ihr das kaiserliche Einverständnis erteilt habt, gibt es kein Zurück mehr. Wenn Ihr auch nur den geringsten Zweifel habt, solltet Ihr dafür sorgen, dass Ihr absolut überzeugt seid.»<sup>131</sup>

Die Kaiserliche Konferenz trat am Nachmittag des 1. Dezember zusammen. Neunzehn führende Politiker und Militärs versammelten sich in Gegenwart des Kaisers und nahmen wie üblich auf einem Podium vor einer goldenen Trennwand am Ende des Saals Platz.<sup>132</sup> Zunächst stellten Tojo und nach ihm – besonders ausführlich – Aussenminister Togo die Geschichte des Scheiterns der diplomatischen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten dar. Andere Minister beschrieben die Kriegsbereitschaft in ihren jeweiligen Bereichen. Der wichtigste Redebeitrag war derjenige von Nagano, der sowohl für den Marinstab als auch für den Heeresgeneralstab sprach. Die Vorbereitungen für die Militäroperationen seien abgeschlossen, meldete er und fügte hinzu: «Wir sind

jetzt in der Lage, diese Operationen gemäss den festgelegten Plänen beginnen zu können, sobald wir den kaiserlichen Befehl zur Gewaltanwendung erhalten.»<sup>133</sup> Als Hara anschliessend wie üblich an der Reihe war, Fragen zu stellen, bemerkte er, dass die Konferenz zwar ein sehr ernstes Thema zum Gegenstand habe, aber «alle Massnahmen, die möglich waren, ergriffen worden sind», so dass «nichts Besonderes hinzuzufügen ist».<sup>134</sup> Er schloss seine Ausführungen – wie gewöhnlich im Namen des Kaisers sprechend – mit der Feststellung, dass Japan die «äusserst hochmütige, starrsinnige und respektlose» Haltung der Vereinigten Staaten nicht dulden könne:

«Gäben wir klein bei, würden wir nicht nur mit einem Schlag die Gewinne des Chinesisch-Japanischen und des Russisch-Japanischen Krieges aufgeben, sondern auch die Vorteile, die wir aus dem mandschurischen Zwischenfall haben ziehen können. Das können wir nicht tun. Es widerstrebt uns, noch grössere Entbehrungen über unser Volk zu bringen, als es in den vier Jahren seit dem Chinazwischenfall bereits erlitten hat. Aber es ist klar, dass die Existenz unseres Landes bedroht ist, dass die grossen Leistungen Kaiser Meijis allesamt zunichte gemacht werden würden und dass wir nichts anderes tun können. Deshalb glaube ich, dass, wenn Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten hoffnungslos sind, die Eröffnung des Krieges in Übereinstimmung mit der Entscheidung der vorigen Kaiserlichen Konferenz unvermeidlich ist.»

In seiner abschliessenden Bemerkung ermahnte Hara die Regierung, eine frühe Beilegung des Konflikts, der lange zu dauern versprach, anzustreben und alles zu tun, um innere Unruhen zu verhindern.<sup>135</sup> Tojo versicherte ihm, dass dies getan werde, und hob die Sitzung mit einem Treueschwur zum Kaiser auf. «Seine Majestät», war Sugiyama aufgefallen, «hat zu den vorgebrachten Erklärungen zustimmend genickt und keinerlei Besorgnis gezeigt. Sie schien in ausgezeichnete Stimmung zu sein, und wir waren von Ehrfurcht erfüllt.»<sup>136</sup> Alle Anwesenden verbeugten sich wortlos vor dem Kaiser und zogen sich zurück. Kurz darauf wurde Hirohito der von allen Anwesenden unterzeichnete Vorschlag überbracht, den Krieg zu beginnen, und nach kurzem Nachdenken über den Ernst der Entscheidung und der Bemerkung, dass es demütigend gewesen wäre, Hulls Forderungen zu erfüllen, drückte er das kaiserliche Siegel auf die Dokumente. Damit hatte er seine Einwilligung zum Krieg gegeben.<sup>137</sup>

## VII

Am nächsten Tag wurde er von Sugiyama und Nagano in vollem Umfang in die militärischen Pläne eingeweiht. Die beiden Stabschefs erläuterten die Einzelheiten des am 8. Dezember (nach japanischer Zeit, in Hawaii würde es der 7. Dezember sein) vorgesehenen Angriffs auf Pearl Harbor. Nagano erklärte, dass der Tag, ein Sonntag, ideal sei, da die amerikanischen Kriegsschiffe vor Anker liegen würden. Dann bat er den Kaiser um seine Zustimmung. Sie wurde ihm erteilt und Flottenbefehlshaber Yamamoto umgehend davon unterrichtet. Der Admiral telegraphierte der Expeditionsflotte um 17.30 Uhr: «Beginn der Feindseligkeiten auf den 8. Dezember festgelegt. Angriff wie geplant ausführen.»<sup>138</sup>

Das Ziel, die diplomatischen Verhandlungen bis zum letzten Moment fortzuführen, um beim Angriff das Überraschungsmoment auf seiner Seite zu haben, erforderte einen ausgeklügelten Zeitplan. Man setzte ein langes, vierzehn Punkte umfassendes Dokument auf, das mit der Feststellung endete, dass man die Hoffnung auf eine Kooperation mit den Vereinigten Staaten nunmehr verloren habe und keine Einigung erzielt werden könne, auch wenn man weiter verhandeln wolle.<sup>139</sup> Es sollte der amerikanischen Regierung um 13 Uhr übergeben werden (7.30 Uhr auf Hawaii), eine halbe Stunde vor dem Angriff auf Pearl Harbor.<sup>140</sup> Das war knapp berechnet – tatsächlich zu knapp. Aufgrund von Inkompetenz verzögerte sich in der japanischen Botschaft in Washington auf unentschuldbarer Weise die Entschlüsselung. Hinzu kam, dass der vierzehnte Punkt der Note von Tokio bis zum letzten Augenblick zurückgehalten wurde. Er konnte erst um 12.30 Uhr entschlüsselt werden, und eine lesbare Fassung des gesamten Texts lag erst um 13.50 Uhr vor.<sup>141</sup>

Doch auf amerikanischer Seite war das japanische Kabel abgefangen worden, sodass Roosevelt die ersten dreizehn Punkte bereits am 6. Dezember um 21.30 Uhr erhalten hatte. «Das bedeutet Krieg», hatte er ausgerufen.<sup>142</sup> (Früher am Abend hatte er Hirohito eine persönliche Botschaft geschickt, in der er ihn zum Rückzug seiner Truppen aus Indochina aufgefordert hatte, um den Frieden in der Region zu bewahren. Roosevelt war sich der Vergeblichkeit seines Versuchs bewusst, und dieser wurde denn auch von Tojo rundheraus zurückgewiesen, ohne sich erst die Mühe zu machen, ihn dem Kaiser vorzulegen, von dem es hiess, er sei verärgert über das Ansinnen.)<sup>143</sup> Hull, Stimson und Knox hatten

den entschlüsselten Text schon eine Stunde vorher gelesen und ein Treffen für den nächsten Morgen vereinbart. Früher zusammenzukommen, hatten sie ebenso wenig für nötig gehalten, wie eine besondere Warnung an die Militärstützpunkte herauszugeben. Eine allgemeine Warnung vor einem bevorstehenden japanischen Angriff war bereits früher an alle Kommandeure im Pazifik, einschliesslich derjenigen auf Hawaii und den Philippinen, verschickt worden.<sup>144</sup> Man rechnete jetzt jederzeit mit einem japanischen Angriff.<sup>145</sup> Am 5. Dezember (amerikanischer Zeit) wurden vor der Südspitze Indochinas drei japanische Marinekonvois gesichtet, die auf den Golf von Thailand zuhielten. Das deutete darauf hin, dass in naher Zukunft ein Angriff auf Malaya oder Thailand wahrscheinlich war – auf jeden Fall auf Südostasien und den Südpazifik. Einen direkten Angriff auf amerikanische Besitzungen hielt man für weniger wahrscheinlich (tatsächlich hielten manche die ersten Meldungen über den Angriff auf Pearl Harbor für ein Versehen und glaubten, in Wirklichkeit seien die Philippinen angegriffen worden).<sup>146</sup>

Aber die Inkompetenz beschränkte sich nicht auf die japanische Botschaft in Washington. Die Dienststelle von Admiral Stark, dem Operationschef der US Navy, verfügte nicht später als 11.30 Uhr (Washingtoner Zeit; sechs Uhr in Hawaii) am 7. Dezember über den entschlüsselten Text des letzten Teils der japanischen Note. Auch Heeresgeneralstabschef Marshall hatte ihn zu diesem Zeitpunkt in Händen. Er telefonierte zweimal mit Stark, und sie beschlossen endlich, eine Warnung herauszugeben. Sie erreichte die Kommandeure in San Francisco, am Panamakanal und auf den Philippinen um 12 Uhr Washingtoner Zeit. Einen Funkkontakt mit Hawaii konnte man aufgrund atmosphärischer Störungen nicht herstellen. Auf die Idee, die direkte verschlüsselte Telefonverbindung oder die Funkverbindungen der Marine zu benutzen, kam man nicht. Stattdessen wurde die Nachricht erstaunlicherweise mit dem kommerziellen Telegrammdienst von Western Union verschickt, der über keine direkte Verbindung nach Honolulu verfügte. Als der japanische Angriff begann, war die Meldung immer noch nicht in Hawaii eingetroffen.<sup>147</sup>

Um 7.50 Uhr hawaiianischer Zeit (14.20 Uhr in Washington) griff die erste Welle japanischer Bomber aus heiterem Himmel Pearl Harbor an.<sup>148</sup> Als der Angriff um 9.45 Uhr zu Ende war und sich der Rauch über dem Marinestützpunkt verzog, waren die mächtigen Schlachtschiffe Arizona, Oklahoma und California gesunken, die West Virginia stand in Flammen und war dabei unter-

zugehen, die Nevada lag auf Grund und weitere drei Schlachtschiffe waren getroffen worden. Insgesamt waren 18 Schiffe gesunken oder beschädigt, 188 Flugzeuge zerstört und weitere 159 nicht mehr einsatzbereit. 2'403 Navyangehörige waren ums Leben gekommen und 1'178 verwundet.<sup>149</sup> Von entscheidender Bedeutung war jedoch, dass sich die Flugzeugträger auf See befanden. Auch die U-Boot-Bunker waren der Bombardierung entgangen. Zudem konnten die meisten der beschädigten Schiffe repariert und später wieder in Dienst genommen werden. Es war also ein schwerer Schlag für die amerikanische Kriegsmaschinerie, aber kein Knockout.

Darüber hinaus folgten keine weiteren Angriffe dieser Art, was auf die beschränkte Bandbreite des strategischen Denkens der Japaner hindeutet, die auf das Ziel fixiert waren, den Vereinigten Staaten in nur einer Entscheidungsschlacht eine Niederlage beizubringen. Yamamoto hatte diese hinderliche Beschränkung in einem Privatbrief vom Januar 1941 vorausgesehen. «Sollten einst Feindseligkeiten zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ausbrechen», hatte er geschrieben, «genügt es nicht, dass wir Guam und die Philippinen oder sogar Hawaii und San Francisco einnehmen. Wir müssten in Washington einmarschieren und den Vertrag (das heisst das Friedensdiktat) im Weissen Haus unterzeichnen.»<sup>150</sup>

Doch auch so war der Angriff auf Pearl Harbor ein gewaltiger Schock.<sup>151</sup> Gleichzeitig hatte eine umfassende japanische Offensive begonnen. Aufgrund eines zeitlichen Irrtums war die Operation gegen die malaiische Halbinsel sogar vor der Bombardierung von Pearl Harbor gestartet worden. Landungsoperationen kamen dort ebenso wie auf den Philippinen rasch in Gang. In den frühen Morgenstunden wurde Singapur bombardiert, einige Stunden später Hongkong angegriffen. Als am Vormittag des 8. Dezember der Rundfunk in Tokio die Nachrichten über die japanischen Erfolge verbreitete, brachen die Menschen auf den Strassen in Jubel aus.<sup>152</sup> Doch noch immer befand sich Japan offiziell nicht im Krieg. Erst um 11 Uhr, siebeneinhalb Stunden, nachdem die Nachricht über den erfolgreichen Schlag gegen Pearl Harbor im kaiserlichen Palast eingetroffen war, drückte Kaiser Hirohito sein Siegel auf die Kriegserklärung. Er soll sich an jenem Tag «in glänzender Stimmung» befunden haben.<sup>153</sup>

In Washington erfuhr Cordell Hull kurz nach 14 Uhr durch den Präsidenten von Pearl Harbor. Er bereitete sich gerade auf eine Begegnung mit Nomura

und Kurusu vor, die eine Viertelstunde später eintrafen. Hull gab ihnen nicht die Hand und bot ihnen keinen Platz an, während er die letzte japanische Note las. «In den fünfzehn Jahren im Dienst des Staates», erklärte er anschliessend scharf, «ist mir noch nie ein Dokument untergekommen, das derart voller infamer Unwahrheiten und Verzerrungen war – und zwar von einem Ausmass, dass ich mir bis heute nicht hätte vorstellen können, dass irgendeine Regierung auf der Welt fähig wäre, sie vorzubringen.» Er nickte knapp in Richtung der Tür. Nomura und Kurusu waren mit einer herrischen Geste entlassen.<sup>154</sup>

Am nächsten Tag um 13 Uhr sprach Roosevelt im Kongress. «Gestern, am 7. Dezember 1941 – einem Datum, das in Schande fortleben wird –«, erklärte er, «sind die Vereinigten Staaten von Amerika plötzlich und planmässig von See- und Luftstreitkräften des Kaiserreichs Japan angegriffen worden.» Die Rede endete mit der Aufforderung an den Kongress, er möge erklären, «dass seit dem unprovokierten und heimtückischen Angriff Japans am Sonntag, dem 7. September 1941, zwischen den Vereinigten Staaten und dem Kaiserreich Japan der Kriegszustand besteht». Diese Worte wurden mit donnerndem Applaus aufgenommen. In der förmlichen Abstimmung lehnte nur eine einzige Abgeordnete des Repräsentantenhauses, Jeannette Rankin aus Montana, die Kriegserklärung ab, so wie sie es schon 1917 getan hatte. Alle anderen 388 Abgeordneten und sämtliche Senatoren billigten den Antrag.<sup>155</sup> Der japanische Angriff auf Pearl Harbor bewirkte in den Vereinigten Staaten eine Einigkeit wie nie zuvor. Ohne den Angriff hätte Roosevelt im Kongress eine Kriegserklärung im Pazifik möglicherweise nicht durchsetzen können. Er unterzeichnete sie um 16.10 Uhr. Unmittelbar darauf gaben Grossbritannien und die Regierungen des britischen Commonwealth ihrerseits Kriegserklärungen ab. Der Krieg im Pazifik hatte begonnen.<sup>156</sup>

## VIII

Weniger als vier Jahre später lag Japan besiegt am Boden: Hiroshima und Nagasaki waren durch die einzigen bis heute im Krieg abgeworfenen Atombomben zerstört, die Bevölkerung war niedergeschlagen und demoralisiert, die Wirtschaft am Boden, das Land vom Feind besetzt. Das waren die verhee-



renden Folgen der von der japanischen Führung getroffenen Entscheidungen. Wie offen und uneingeschränkt war das Spektrum der Wahlmöglichkeiten?

Diese Frage ist leichter gestellt als beantwortet. Aber man kann eine Reihe entscheidender Schritte benennen, die von der zivilen und militärischen Führung Japans mit Zustimmung einer manipulierten Öffentlichkeit unternommen wurden und die Bandbreite der Wahlmöglichkeiten sukzessive verringerten, bis im Herbst 1941 keine Alternative mehr übriggeblieben war.

Die erste Einschränkung der Wahlmöglichkeiten begann 1931 mit dem «Mukdenzwischenfall», der praktisch die Annexion der Mandschurei zur Folge hatte. Zunehmende innere Spannungen in Japan hatten, unter anderem wegen hoher Einfuhrzölle auf japanische Waren, eine wachsende Feindseligkeit gegenüber wirtschaftlichen Konkurrenten im Westen mit sich gebracht, insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten und Grossbritannien. Der Unmut über die vermeintlichen Nachteile des «Washingtoner Systems» schuf ein Klima, in dem Nationalismus und militaristische Tendenzen gediehen. Neomerkantilistische Ideen, welche die Vorteile einer durch Kolonien oder zumindest abhängige Gebiete ermöglichten Autarkie hervorhoben, gewannen an Boden.<sup>157</sup> Diese Situation bildete den Hintergrund für die Entscheidung der japanischen Regierung, das eigenmächtige Vorgehen der Kwantungarmee in der Mandschurei nachträglich abzusegnen. Japan hatte seit dem Krieg mit China in den Jahren 1894/95 Interessen in der Mandschurei. Die Kontrolle über die Region würde Japan wirtschaftlich stärken und die japanische Verteidigung gegen die Sowjetunion verbessern, die man in zunehmendem Mass als bedrohlich wahrnahm. Die ökonomischen, militärischen und innenpolitischen Gründe, aus denen die von der Kwantungarmee eigenmächtig ausgelöste Aggression gebilligt wurde, sind offensichtlich. Aber sie haben diese Billigung nicht erzwungen. Die japanische Regierung hatte eine Wahl. Ihre Entscheidung für Aggression bedeutete eine wesentliche Stärkung des Militärs in Japan, das jetzt einen grossen Teil des Einflusses zurückzugewinnen begann, den es in den zwanziger Jahren verloren hatte. Zugleich förderte sie eine populistische nationalistische Rhetorik, die einen immer schrilleren Tonfall annahm. In den folgenden Jahren wurde die Mandschurei zu einer Art Totem: Eine Rückkehr zum «Washingtoner System» der Zeit vor 1931 mit seiner angeblichen Ausbeutung Japans durch die Westmächte wurde unablässig als

Schreckbild einer Zukunft gezeichnet, die unbedingt vermieden werden musste. Insofern gab die Quasi-Annexion der Mandschurei späteren Entscheidungen die Richtung vor.

Die japanische Besetzung der Mandschurei bildete eine Wegscheide. Es bestand zwar keine zwangsläufige Verbindung zum «Chinazwischenfall» sechs Jahre später, aber die von ihr freigesetzten Kräfte waren in der Zwischenzeit stärker geworden, und die internationale Isolation Japans hatte zugenommen. Populistische Demagogik und militaristischer Expansionsdrang vor allem des Heeres kamen 1937 zusammen und machten den «Chinazwischenfall» zu einem endlosen Krieg, der für immer geringere Erträge Menschen und Ressourcen verschlang und gleichzeitig zum grössten Hindernis wurde, das einer Verständigung mit den Vereinigten Staaten im Weg stand. Die Vorstellung von einem «heiligen Krieg» gegen China war freilich auch ausserhalb der Militärfraktion der japanischen Regierung verbreitet. Unter den führenden zivilen Politikern sprach sich niemand entschieden gegen den Krieg aus. Fürst Konoe, der damals zum ersten Mal Ministerpräsident war – und vier Jahre später verzweifelt für einen Handel in letzter Minute eintreten sollte, um einen pazifischen Krieg zu verhindern –, war nur einer seiner vielen eifrigen Befürworter. Wiederum hatte die Regierung in Tokio eine Wahl gehabt. Sie hätte sich dafür entscheiden können, den geringfügigen Anfangszwischenfall nicht zu einem grossen Konflikt auszuweiten. Doch stattdessen beschloss sie, den Versuch zu unternehmen, China zu Boden zu werfen. Durch diese Entscheidung und die nachfolgenden Gräueltaten, die im Westen Entsetzen auslösten, geriet Japan wesentlich tiefer in eine Ecke, aus der herauszukommen ihm immer schwerer fiel.

Obwohl aufgrund der Fraktionsbildung in der japanischen Regierung regelmässig unterschiedliche politische Varianten vorgeschlagen wurden und die Entscheidungsfindung ein komplexer und häufig langwieriger Prozess war, stellte sich 1940 keine bedeutende Einzelperson oder Gruppe, am wenigsten das Militär, gegen das Vorhaben, in naher Zukunft nach Südostasien zu expandieren, um ein japanisches Wirtschaftsimperium zu schaffen. Die Expansion war mittlerweile in den herrschenden Kreisen zu einem allgemein anerkannten Ziel geworden, deren fanatischste Anhänger in den stärksten Fraktionen dieser Eliten zu finden waren: an der Spitze und im Mittelbau von Heer und Marine. Im Sommer 1940, dann erneut im nächsten Sommer und schliesslich im Herbst 1941 gab es politische Alternativen. Aber es wurden weniger.

Nachdem im Sommer 1940 die Entscheidung gefallen war, nach Süden vorzustoßen, wurde die Südexpansion zu einem bei einer möglichen diplomatischen Verständigung nicht verhandelbaren Element. Im weiteren Verlauf des Sommers legte sich Japan durch die folgerichtige Entscheidung, ein Militärbündnis mit den Achsenmächten einzugehen, noch stärker auf eine antiamerikanische und antibritische Haltung fest. Der Kollisionskurs mit den Vereinigten Staaten trat immer deutlicher zutage. Die japanische Regierung war sich über diesen Kurs im Klaren und wusste, welche Gefahren er mit sich brachte. Sie beschloss dennoch, ihn einzuschlagen. Die immer noch vorhandene Option, von der Expansion und damit vom immer wahrscheinlicher werdenden militärischen Konflikt mit einem mächtigen Gegner Abstand zu nehmen und in die Welt des internationalen Handels mit dem ihm innewohnenden Konkurrenzprinzip (das Japan vermeintlich benachteiligte) zurückzukehren, wurde rundweg abgelehnt.

Im Sommer 1941 schienen die Götter Japan erneut gnädig zu sein. Der überraschende deutsche Überfall auf die Sowjetunion und der rasche, von verheerenden Schlägen gegen die Rote Armee begleitete Vormarsch der Wehrmacht eröffneten eine Gelegenheit, seinerseits den traditionellen Feind von Osten aus anzugreifen. Etwa sechs Wochen dachte man intensiv darüber nach. Doch dann entschied man sich dafür, die Vorbereitungen für den Südvorstoß fortzusetzen. Inzwischen war Japan durch seine eigenen wirtschaftlichen und ideologischen Scheuklappen völlig blockiert. Diese miteinander verknüpften Zwänge wurden noch deutlicher, als die Amerikaner nach dem Einmarsch japanischer Truppen in Indochina im Juli den Ölhahn zudrehten. Fortan war der Krieg unvermeidlich, sofern man sich nicht bewusst dafür entschied, ihn zu vermeiden.

Im Herbst 1941 sprachen sich tatsächlich wichtige Mitglieder der japanischen Führung für Krieg aus. Aber inzwischen gab es erhebliche Bedenken gegen eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten, die teilweise in echte Furcht vor deren Folgen umschlugen. Der Kaiser wollte den Krieg ebenso vermeiden wie Fürst Konoe, der mittlerweile zum dritten Mal Ministerpräsident war und verzweifelt um ein Treffen mit Präsident Roosevelt nachsuchte, um den offenen Konflikt abzuwenden – eine Politik, die zum Sturz seiner Regierung führen sollte. Aber auch Tojo, ein ehemaliger «Falke», der ihn als Mini-

sterpräsident ablöste, wurde zum ernsthaften Befürworter einer Verständigung mit Washington. Seinen Aussenminister, Togo, hatte er eben mit Blick auf eine Verhandlungslösung ausgewählt. Dass Kurusu als Sondergesandter zur Unterstützung des unter grossem Druck stehenden Botschafters Nomura nach Washington geschickt wurde, war ein weiteres Zeichen für die Ernsthaftigkeit seines Bemühens, in letzter Minute einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Noch am 29. November 1941, einen Tag bevor die Kaiserliche Konferenz die Entscheidung für den Krieg bestätigte, setzten sich die meisten «jushin» – hohe Staatsmänner wie ehemalige Ministerpräsidenten – dafür ein, den grossen Konflikt, dessen Folgen sie fürchteten, zu verhindern.

Warum entschied man sich letztlich für Krieg, wenn sich solche bedeutenden Persönlichkeiten für Frieden aussprachen? Das lag zum einen natürlich an der sich verhärtenden Position der Vereinigten Staaten, die Japan noch weiter in die Sackgasse drängten. Später ist viel darüber spekuliert worden, was geschehen wäre, wenn die amerikanische Regierung, vor allem Aussenminister Hull, entgegenkommender und verhandlungsbereiter gewesen wäre. Hätte es nicht, zumindest kurzfristig, im amerikanischen Interesse gelegen, die Bindung an China zugunsten der Verständigung mit Japan zu lockern, anstatt starr auf dem japanischen Rückzug aus einem Land zu bestehen, das für die Vereinigten Staaten nicht von höchster Bedeutung war?<sup>158</sup> Hätte der Frieden im Pazifik nicht bewahrt werden können, wenn Roosevelt tatsächlich in ein Treffen mit Konoe eingewilligt hätte?<sup>159</sup> Wäre der Krieg nicht in letzter Minute verhindert worden, wenn die Vereinigten Staaten bei Roosevelts Modus-Vivendi-Vorschlag geblieben wären, anstatt Ende November durch die Übergabe von Hulls herrischem «Zehnpunkteprogramm» alle Türen zuzuschlagen? Einige Beteiligte an dem schmerzhaften Entscheidungsfindungsprozess in Tokio behaupteten später, dass die japanische Regierung neue Vorschläge gemacht hätte und neue Kompromisse eingegangen wäre, wenn sie Roosevelts Modus-Vivendi-Vorschlag erhalten hätte oder auch nur Mandschukuo von der in Hulls Note aufgestellten Forderung nach einem Truppenrückzug aus China ausgenommen worden wäre. Möglicherweise, so diese kontrafaktische Überlegung weiter, wäre Tojos Regierung gestürzt und durch ein friedliebenderes Kabinett ersetzt worden, und wahrscheinlich hätte die durch den Modus-Vivendi-Vorschlag ausgelöste weitere Debatte in der Verbindungskonferenz ei-

ne Verschiebung der Mobilmachung für den Krieg zur Folge gehabt.<sup>160</sup> Und wenn die Kriegsmaschine erst einmal, wenn auch nur vorübergehend, gestoppt worden wäre, hätte sie erst im Frühjahr wieder in Gang gesetzt werden können. Man hätte eine Atempause gewonnen, die vielleicht zu stabilen Machtbeziehungen im Fernen Osten geführt hätte.

Das klingt nach Wunschenken. Sicherlich war Roosevelts Regierung un-nachgiebiger geworden. Aber die amerikanische Haltung hatte sich verhärtet, weil Japan seit 1937 zu keinem Zeitpunkt bereit gewesen war, in seinem Bestreben nach Expansion und Vorherrschaft im Fernen Osten auch nur nachzulassen. Und als der Krieg näher rückte, bestätigten die abgefangenen japanischen Funksprüche, dass die Expansion mit dem Ziel, eine «neue Ordnung» in der Region aufzubauen, nicht verhandelbar war. Ebenso unlösbar war die Frage eines Rückzugs aus China. Dass China zu solch einem unüberwindlichen Hindernis für alle Verhandlungsversuche geworden war, hatte nicht nur ideologische Gründe, obwohl die Chinafrage in Amerika tatsächlich zu einer moralischen Angelegenheit geworden war und die von Nachrichten über japanische Gräueltaten an chinesischen Zivilisten ausgelöste antijapanische Stimmung die öffentliche Meinung zu einem Faktor gemacht hatte, den die Regierung bei ihrer Fernostpolitik nicht ignorieren konnte.<sup>161</sup> Ökonomische Belange waren jedenfalls für die amerikanische Bindung an die chinesischen Nationalisten nicht ausschlaggebend. Für die Vereinigten Staaten war in der Region nicht das asiatische Festland, sondern der Pazifik von zentralem Interesse. Die Hauptsorge bestand darin, das lockere Bündnis mit Grossbritannien, China und Niederländisch-Indien zusammenzuhalten. Die Aufgabe Chinas hätte gravierende Folgen für die britische Position im Fernen Osten gehabt. Dies wiederum wäre eine grosse Belastung für die Beziehungen zwischen Washington und London in einer entscheidenden Phase der «Atlantikschlacht» und im gesamten Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland – der in Amerika weiterhin als oberste Priorität angesehen wurde – gewesen, insbesondere da Japan durch ein förmliches Bündnis mit den Achsenmächten verbunden war. Vor allem aus diesem Grund war China der Dreh- und Angelpunkt. Für die Vereinigten Staaten kam es nicht in Frage, Tschiang Kai-schek um des kurzfristigen Vorteils willen, den die Verhinderung eines sofortigen Kriegsausbruchs im Pazifik bedeutet hätte, zu schwächen, zumal es angesichts der japa-

nischen Machtansprüche in der Region so gut wie sicher war, dass der Krieg nicht vermieden, sondern lediglich aufgeschoben worden wäre.<sup>162</sup>

Die Hauptgründe für die Abnahme der japanischen Wahlmöglichkeiten bis hin zu ihrem völligen Verschwinden waren allerdings nicht in Washington, sondern in Tokio zu suchen. Zwar wurde im Herbst 1941 auch in den obersten Rängen der Wunsch geäußert, einen Krieg zu vermeiden, aber dieselben Leute, die jetzt nach Frieden strebten, hatten zuvor in jeder Phase jene Schritte unterstützt, die Japan an den Rand des Abgrunds geführt hatten. Konoe ist das beste, aber bei Weitem nicht das einzige Beispiel jener Vertreter der japanischen Führungselite, die den aggressiven Expansionsdrang eifrig unterstützten, bis sämtliche Wege aus der drohenden Katastrophe versperrt waren. Auch die Furcht vor dem Krieg bedeutete keine Ablehnung der politischen Weichenstellungen, die Japan an seine Schwelle geführt hatten. Eine konzertierte, offene Opposition gegen Entscheidungen, deren Gefahrenpotenzial durchaus erkannt wurde, hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Die Aufgabe der Ziele in China und einer Expansion zur Errichtung einer «grossostasiatischen Wohlstandssphäre» – anders ausgedrückt, der japanischen Vorherrschaft im Fernen Osten – kam für keine Fraktion infrage. Diese Ziele waren nicht nur zu wirtschaftlichen Notwendigkeiten geworden. Sie waren Ausdruck der Ehre und des Nationalstolzes, des Ansehens und der Stellung einer Grossmacht. Die Alternativen hielten, wie man meinte, nicht nur Armut bereit, sondern wurden als Niederlage, Demütigung und Schmach verstanden, als Ende der Grossmachtstellung durch dauerhafte Unterwerfung unter die Vereinigten Staaten.

Diese Auffassung hatte sich in Japan im vorangegangenen Jahrzehnt, als die Weltwirtschaftskrise Gesellschaft und Politik erschüttert und den Glauben an die Vorteile des angloamerikanischen internationalen Wirtschaftssystems diskreditiert hatte, in allen Schichten verbreitet. Sie hatte sowohl die Machtelite als auch die Masse der Bevölkerung durchdrungen, deren schriller Chauvinismus seit dem «mandschurischen Zwischenfall» von den staatlich gesteuerten Massenmedien bewusst angefacht, wenn nicht sogar ausgelöst worden war. Vor allem aber ermöglichte sie es der mächtigsten Fraktion, dem Militär, zur entscheidenden Kraft zu werden. Obwohl Heer und Marine unterschiedliche Interessen und Ziele hatten, reichten das Streben nach der Vorherrschaft in China (einschliesslich der Stärkung der Verteidigungsposition gegen die

Sowjetunion) und die Aussicht auf eine Südexpansion allemal aus, um sie zusammenzuschweissen. Darüber hinaus hielt das Militär in der politischen Debatte stets die Trümpfe in der Hand: Ein Rückzug aus China würde bedeuten, dass die seit 1937 gebrachten gewaltigen Opfer umsonst gewesen wären; den Südvorstoss aufzugeben, würde bedeuten, Wohlstand und Sicherheit gegen Armut und Entbehrungen einzutauschen; sich aus dem Bündnis mit der Achse zurückzuziehen, würde bedeuten, sich auf Dauer den Vereinigten Staaten zu unterwerfen; und im Herbst 1941 nicht den Krieg zu beginnen, würde bedeuten, den unvermeidlichen Konflikt auf einen Zeitpunkt zu verschieben, zu dem die Machtverteilung für Japan ungünstiger geworden wäre. In jeder Phase der Schrumpfung des politischen Spielraums waren die Stäbe von Heer und Marine, unter dem Druck draufgängerischer mittlerer Offiziere in ihren Planungs- und Operationsabteilungen, die eifrigsten und bedenkenlosesten Verfechter der Kriegsoption. Im Spätsommer 1941 setzten sie ohne nennenswerten Widerspruch die Festlegung auf eine Militäraktion vor Jahresende durch. Die letzte ernsthafte politische Entscheidung der japanischen Führung war die Zustimmung zum militärischen Zeitplan, mit der Folge, dass die Diplomatie, wie gering ihre Erfolgsaussichten auch waren, unter enormem Zeitdruck agieren musste. Aufgrund der Schwäche der anderen Fraktionen der japanischen Führung war es den Stäben von Heer und Marine möglich gewesen, in zunehmendem Mass die politischen Optionen zu bestimmen, bis diese dem militärischen Imperativ Platz gemacht hatten: dem Krieg.

Als der furchtbare Krieg vorüber war, befand sich Japan in noch grösserer ökonomischer Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, als man vor dem Konflikt hatte vorhersehen können, und es hatte den Grossmachtstatus ebenso verloren wie alle militärische Kraft. Aber ironischerweise erwarb es gerade unter diesen Bedingungen einen Wohlstand, wie er für die Menschen in den schwierigen, turbulenten Zwischenkriegsjahren unverstellbar gewesen wäre.



**16** Junge sowjetische Soldaten, wie sie in den ersten Wochen nach dem deutschen Angriff im Juni 1941 zu Hunderttausenden in Gefangenschaft gerieten. Mehr als drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene sollten in deutscher Gefangenschaft sterben.



**17** Sowjetische Panzer, die sich im Sommer 1941 während des verheerenden deutschen Vormarschs in sumpfigem Gelände festgefahren haben.



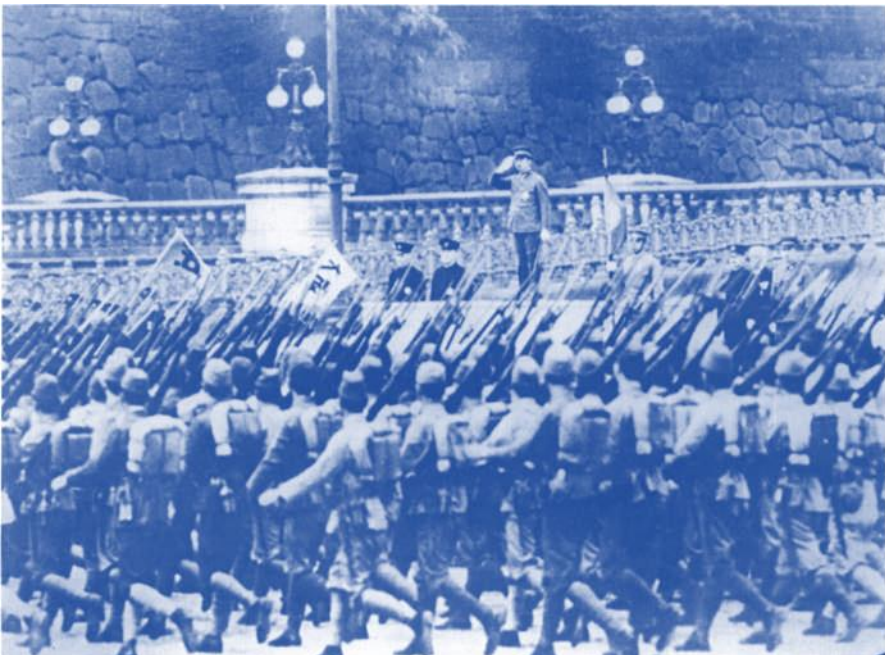


**18** Roosevelt und Churchill im August 1941 an Bord der Prince of Wales bei ihrem Treffen in der Placentia Bay, bei dem sie die Atlantikcharta beschlossen.



**19** General Hideki Tojo, der den «Falken» zuzurechnende japanische Heeresminister, der im Oktober 1941 Ministerpräsident wurde. Das Foto wurde etwa einen Monat später aufgenommen, als er sich in Ministergesprächen für einen Angriff auf die Vereinigten Staaten einsetzte.

**20** Kaiser Hirohito nimmt am 6. Dezember 1941, einen Tag vor dem Angriff auf Pearl Harbor, in Tokio eine Militärparade ab.





21 Die amerikanische Verteidigung in Pearl Harbor wird am 7. Dezember 1941 von den japanischen Bombern überrascht.

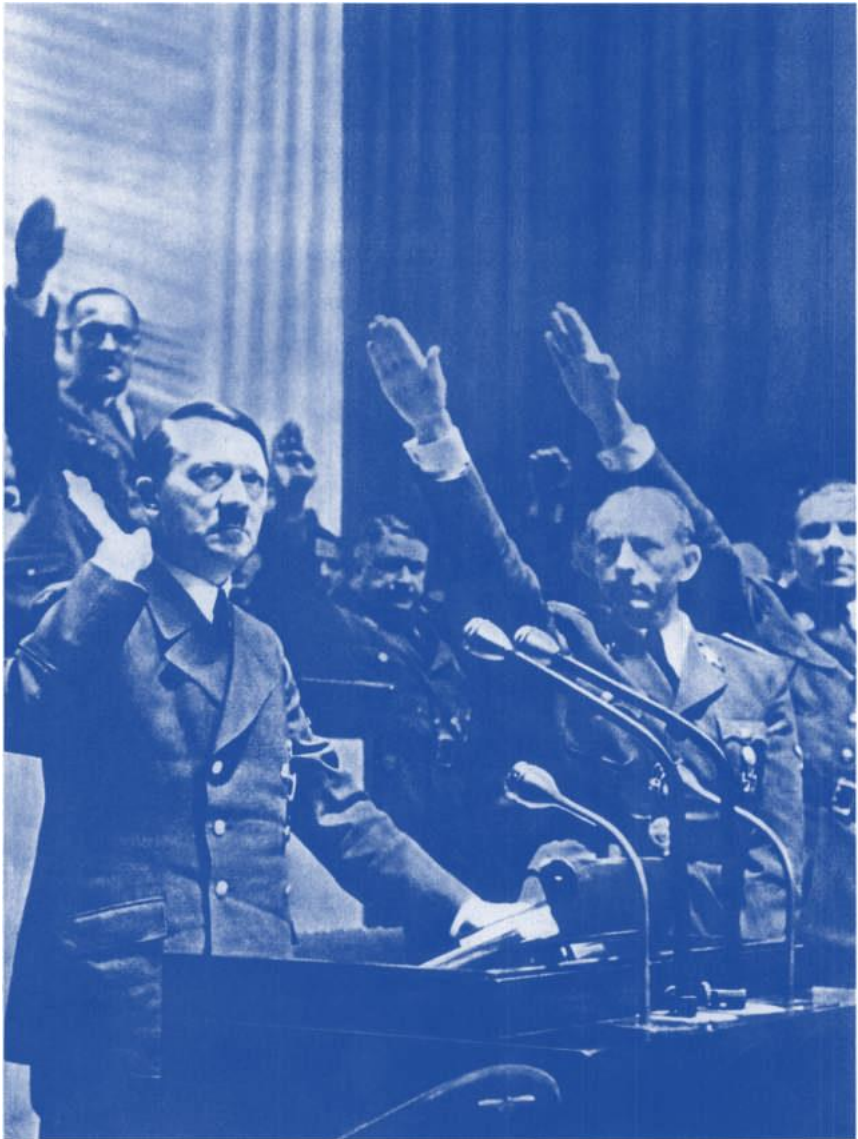




**22** Deutsche Truppen im Herbst 1941, als sich ihr Vormarsch auf Moskau verlangsamte, unter Beschuss.



**23** Ein deutscher Panzer der 2. SS-Panzerdivision in der Nähe von Moskau, wo deutsche Truppen die erste grosse Krise erlebten, nachdem am 5. Dezember 1941 die sowjetische Gegenoffensive begonnen hatte.



**24** Hitler verkündet am 11. Dezember 1941 vor dem Reichstag die deutsche Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten.



**25** Heinrich Himmler, der Chef der SS, der Hitler gegenüber für die Durchführung der «Endlösung» verantwortlich war.



**26** Reinhard Heydrich, der Leiter des Reichssicherheitshauptamts, der den Auftrag erhielt, eine «Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa» vorzubereiten, und deren Planung leitete.



**27** Das berühmte Massaker von Babi Jar bei Kiew, bei dem Polizei- und SS-Einheiten Ende September 1941 innerhalb von zwei Tagen 33'771 Juden, einschliesslich Frauen und Kinder, ermordeten. Die Opfer, die hier auf ihre Exekution warten, stehen am Rand eines Massengrabs, in dem bereits Leichen von Erschossenen liegen. (Bild: Keystone)





28 Verzweiflung angesichts hingemordeter Juden in Lemberg im Juli 1941.  
Einheimische betrachten die Toten und suchen unter ihnen nach Angehörigen.

## Berlin, Herbst 1941

*Hitler beschliesst, den Vereinigten Staaten  
den Krieg zu erklären*

*Er stellt eindeutig die ausserordentliche Bedeutung des japanischen Kriegseintritts heraus, vor allem auch im Hinblick auf unseren U-Boot-Krieg [...] Der Führer ist der Überzeugung, dass er, auch wenn Japan nicht in den Krieg eingetreten wäre, über kurz oder lang den Amerikanern den Krieg hätte erklären müssen. Nun fällt uns der Ostasien-Konflikt wie ein Geschenk in den Schooss.*

Aus Goebbels' Bericht über eine Ansprache Hitlers vor NSDAP-Führern,  
12. Dezember 1941

Die Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten gilt als die «rätselhafteste» Entscheidung Hitlers während des Zweiten Weltkriegs.<sup>1</sup> Als Höhepunkt seiner langen Reichstagsrede am 11. Dezember 1941 verkündete Hitler, der Versuch Deutschlands und Italiens, eine Ausweitung des Krieges zu verhindern und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten trotz jahrelanger «unerträglicher Provokationen» vonseiten Roosevelts aufrechtzuerhalten, sei fehlgeschlagen. Infolgedessen sähen sich die Achsenmächte gemäss dem Dreimächtepakt vom 27. September 1940 gezwungen, «Seite an Seite mit Japan den Kampf zur Verteidigung und damit Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Völker und Reiche gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und England gemeinsam zu führen».<sup>2</sup> Die förmliche Kriegserklärung war dem amerikanischen Geschäftsträger in Berlin früher am Nachmittag von Aussenminister Joachim von Ribbentrop verlesen worden. Mit seiner höflichen Verbeugung zum Abschied hatte Ribbentrop die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten beendet.<sup>3</sup>

Vier Tage später behauptete der Sicherheitsdienst (SD) – der als Überwachungsorgan der NSDAP gegründet worden und später Teil des riesigen und weiter expandierenden Polizeinetzwerks der SS geworden war – in dem regelmässig von ihm zu-



sammengestellten Meinungsbild aus der deutschen Bevölkerung, die Kriegserklärung gegen die Vereinigten Staaten sei «keinesfalls überraschend» gekommen und «vielfach als offizielle Bestätigung eines in Wirklichkeit bereits bestehenden Zustandes gewertet» worden. Derselbe Bericht vermerkte allerdings auch, dass auf dem Land «ganz vereinzelt Stimmen der Überraschung und einer gewissen Besorgnis über das Hinzukommen eines weiteren Gegners» zu hören seien. Ausserdem werde über die Folgen spekuliert und erwartet, dass ein jahrelang dauernder Seekrieg bevorstehe.<sup>4</sup> Schon vor der Kriegserklärung an die USA hatten die Ohren von Polizeispitzeln pessimistische Stimmen zu hören bekommen, die voraussagten, dass der Krieg fünf Jahre dauern, dass Deutschland möglicherweise nicht siegen und dass am Ende ein Kompromissfrieden geschlossen würde.<sup>5</sup> Ein gewöhnlicher Soldat zum Beispiel äusserte sich überzeugt, dass Deutschland letztlich den Sieg erringen werde, vertraute seinem Tagebuch am Tag von Hitlers Reichstagsrede aber auch an, dass die Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten «wohl Krieg für unsere Lebenszeit» bedeute.<sup>6</sup>

Wer über die Aussicht auf einen sich weit in die Zukunft hinein erstreckenden Krieg mit einem mächtigen neuen Gegner, der über unvorstellbare Ressourcen verfügte, erschrocken und besorgt war, tat gut daran, seine Ansichten für sich zu behalten. Im Verborgenen waren solche Befürchtungen freilich weit verbreitet. Die schmerzliche Erinnerung an den Ersten Weltkrieg war noch lebendig. Laut Berichten aus sozialistischen Untergrundquellen hatten viele Deutsche «nicht vergessen, dass Amerikas Teilnahme am letzten Weltkrieg dessen Ausgang entschieden und das Schicksal Deutschlands besiegelt hatte».<sup>7</sup> Ein in Warschau stationierter deutscher Offizier schrieb einen Tag nach der Kriegserklärung an seine Frau, die Neuigkeit habe ihn «mit Schrecken» erfüllt, und fügte hinzu: «[W]as wohl jeder Deutsche befürchtete, ist Wahrheit geworden.»<sup>8</sup> Solche Ängste kamen hinzu zu der grossen Sorge um geliebte Menschen in einer Armee, die in den eisigen Weiten Russlands feststeckte und vor der ersten schweren Niederlage stand, seit der Krieg zwei Jahre zuvor begonnen hatte.

Sogar Propagandaminister Goebbels, einer von Hitlers engsten Vertrauten, deutete an, dass ihn die direkte Teilnahme eines mächtigen neuen Gegners am Krieg beunruhigte. In seinen Notizen über ein Telefongespräch mit Hitler,

bald nachdem die Nachricht über den japanischen Angriff auf Pearl Harbor in Berlin eingetroffen war, schrieb er, dass Deutschland «aufgrund des Dreimächtepaktes wahrscheinlich an einer Kriegserklärung nicht vorbeikommen» werde. «Aber das ist jetzt nicht mehr so schlimm», fuhr er viel sagend fort, denn ein wesentlicher Teil der amerikanischen Ressourcen würde nun, wie er annahm, anstatt nach Grossbritannien in den Pazifik umgeleitet werden.<sup>9</sup> Es war das unbeabsichtigte und nur angedeutete Eingeständnis, dass auch Goebbels den Kriegseintritt gegen die Vereinigten Staaten als Besorgnis erregende Entwicklung betrachtete. Selbstverständlich verschwand der unterbewusste Zweifel rasch wieder unter den üblichen Beteuerungen der eigenen Zuversicht.

Die Militärführung, der bereits die Krise an der Ostfront zu schaffen machte, reagierte, wenn man den vorhandenen Nachkriegserinnerungen Glauben schenkt, weniger gleichmütig. Hitlers Luftwaffenadjutant Nicolaus von Below, der gerade aus einem einmonatigen Urlaub zurückgekehrt war, wurde gesagt, Pearl Harbor sei ein Signal für Deutschland, den Amerikanern den Krieg zu erklären. Er sei, wie er später schrieb, entsetzt gewesen über Hitlers «Ahnungslosigkeit» hinsichtlich des «Potenzials» der Vereinigten Staaten, also jene ökonomische und militärische Macht, die schon einmal, im Ersten Weltkrieg, die Entscheidung gebracht habe. Below sah darin ein Beispiel für Hitlers «ausserpolitischen Dilettantismus» und seine begrenzte Kenntnis fremder Länder.<sup>10</sup>

Der damalige Vizeadmiral Karl Dönitz, der Befehlshaber der U-Boot-Flotte und ein treuer Hitleranhänger, wurde von der Nachricht, dass sich Deutschland mit den USA im Krieg befinde, ebenfalls überrascht. Im September hatte er Hitler gebeten, ihn in dem Fall, dass die Vereinigten Staaten in den Krieg hineingezogen werden sollten, vorzuwarnen, damit er die U-Boote so aufstellen könne, dass man den vollen Nutzen aus dem Überraschungsmoment ziehe und einen grossen U-Boot-Angriff durchführe, solange die amerikanische U-Boot-Abwehr noch schwach sei. «Es kam aber anders», schrieb er später. «Die deutsche Kriegführung selbst wurde durch den Angriff Japans auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 überrascht. Kein deutsches U-Boot stand daher zu diesem Zeitpunkt im amerikanischen Seegebiet.»<sup>11</sup>

General Walter Warlimont, der Stellvertreter von General Jodl, Hitlers Hauptberater für die operative Planung, sprach von einer amateurhaften, schlecht durchdachten Strategie, die durch spontane, ohne vorherige Konsul-

tationen oder Überlegungen gefällte Entscheidungen durchgesetzt worden sei. Er hatte in Hitlers Befehlsstand in Ostpreussen die Nachricht von der Kriegserklärung gerade erst erfahren, als er am Nachmittag des 11. Dezember, während er mit einigen Stabsoffizieren über die Folgen diskutierte, einen Anruf von Jodl aus Berlin erhielt. «Sie haben gehört, dass der Führer soeben den Kriegszustand mit Amerika verkündet hat?», fragte Jodl. «Ja», antwortete Warlimont, «und zwar zu unserer äussersten Überraschung.» Jodl wies daraufhin, dass man jetzt rasch einschätzen müsse, wo die Vereinigten Staaten ihre Kräfte einsetzen würden. Warlimont pflichtete ihm bei, fügte aber hinzu, dass man, da «ein Krieg gegen die Ver. Staaten bisher [...] nicht in Betracht kommen sollte, [...] über keinerlei Unterlagen zu dieser Untersuchung» verfüge.<sup>12</sup> Nach dem «selbstherrlichen Entschluss», den Amerikanern den Krieg zu erklären, «dem wiederum keinerlei Beratung von Seiten der Wehrmacht vorangegangen war», wie Warlimont in seinen Erinnerungen anmerkt, «stand nun der Zweifrontenkrieg in seiner schwersten Form bevor. Hatte Hitlers Kriegsplan bislang vorgesehen, Russland als ‚militärischen Machtfaktor‘ binnen weniger Monate auszuschalten, um dann mit der gesammelten Kraft der Wehrmacht auch im Westen ein Ende zu machen, so konnte man jetzt nur noch darauf ausgehen, einer Umklammerung der in ihrem Kriegspotential weit überlegenen Gegner aus Ost und West zuvorzukommen.»<sup>13</sup> Nach Warlimonts Ansicht liess sich Hitler «vorwiegend von der Besessenheit seiner politischen Vorstellungen leiten [...], ohne den militärischen Verhältnissen das ihnen zukommende Gewicht beizulegen».<sup>14</sup>

Hitler hatte also einer solch mächtigen Nation wie den Vereinigten Staaten spontan den Krieg erklärt, ohne vorherige Beratung mit den Militärstrategen (vermutlich mit Ausnahme des ihm tief ergebenen Jodl und des kriecherischen OKW-Chefs Keitel), ohne eine auch nur annähernd angemessene Vorbereitung auf einen derartigen Konflikt und, wie Dönitz berichtet hat, ohne die unmittelbaren logistischen Erwägungen zur Kenntnis zu nehmen. Genauso wenig war eine Kriegserklärung aus formellen Gründen notwendig oder für Deutschland in irgendeiner Weise verpflichtend gewesen. Hitler hatte in seiner Reichstagsrede festgestellt, sie sei in Übereinstimmung mit dem Dreimächtepakt erfolgt. Das traf nicht zu. Ribbentrop hatte Hitler (seiner eigenen, der Selbstentlastung dienenden Darstellung zufolge) darauf hingewiesen, dass Deutschland durch den Pakt lediglich dazu verpflichtet sei, Japan im Fall eines

Angriffs durch eine dritte Partei zu helfen.<sup>15</sup> Da aber Japan nicht angegriffen worden war, sondern seinerseits die USA angegriffen hatte, war Deutschland nicht zum Eingreifen verpflichtet. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker aus dem Aussenministerium berichtete später, wie überrascht man über Hitlers Behauptung gewesen sei, Deutschland sei aufgrund des Dreimächtepakts zur Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten gezwungen gewesen. Nach seiner Ansicht war dies «juristisch ein Irrtum und politisch ein Fehler».<sup>16</sup>

Die Überraschung und Beklommenheit, welche die Kriegserklärung nicht nur bei gewöhnlichen Deutschen, sondern auch in Hitlers Umgebung und in den höchsten Rängen von Regierung und Militär hervorrief, war ein deutliches Zeichen dafür, dass ein Krieg gegen die Vereinigten Staaten weder als selbstverständlich noch als notwendig angesehen wurde. Aus Hitlers Sicht freilich hatte im Atlantik sowie aufgrund direkter amerikanischer Hilfe für Grossbritannien und später auch für die Sowjetunion der Kriegszustand schon vorher bestanden. Gleichwohl hätte der «unerklärte Krieg» im Atlantik, soweit es Roosevelt anging, endlos weitergehen können, sogar noch nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor. Hitler war über die Probleme, die Roosevelt mit der amerikanischen Öffentlichkeit und noch mehr mit dem Kongress hatte, im Bilde. Er wusste, dass der amerikanische Präsident im August 1941 für die Nivellierung des «Selective Service Act» nur eine knappe Mehrheit erhalten und es bis zu dem eklatanten Aggressionsakt des japanischen Luftangriffs auf Pearl Harbor nicht gewagt hatte, den Kongress um eine Kriegserklärung zu ersuchen. Aber auch nach der Kriegserklärung an Japan gab es keine Garantie dafür, dass Roosevelt ein Kongressmandat für einen Krieg gegen Deutschland erhalten hätte. Hitler befreite ihn am 11. Dezember von diesem schwierigen, belastenden Problem.

Dabei wusste Hitler zu diesem Zeitpunkt nicht, wie Deutschland die Vereinigten Staaten besiegen sollte. Zwar konnten die U-Boote im Atlantik amerikanische Schiffe versenken, aber ihm fehlten die Mittel für einen Angriff auf das amerikanische Festland. Er konnte weder Städte in den Vereinigten Staaten bombardieren noch den Ausbau ihrer Streitkräfte stören. Und nach der Kriegserklärung war der Zeitdruck – die Dringlichkeit eines vollständigen Sieges in Europa, um die wirtschaftliche und militärische Stärke zu gewinnen, die nötig sein würde, um die Vereinigten Staaten zu besiegen oder wenigstens auf Di-

stanz zu halten – noch grösser geworden. Die Zeit war weniger als jemals zuvor auf der Seite Deutschlands. Wie Hitler wusste, rechneten die Amerikaner damit, in etwa zwei Jahren ein riesiges Landheer zur Verfügung zu haben, das auf dem europäischen Kontinent eingesetzt werden könnte. In Wirklichkeit dauerte es etwas länger, bis die von Stalin sehnsüchtig erwartete «zweite Front» eröffnet wurde (obwohl bereits 1943 die Landung in Nordafrika und dann der Vorstoss durch Süditalien stattfanden); die Invasion des deutsch besetzten Westeuropas, die Grossbritannien ohne amerikanische Hilfe niemals hätte durchführen können, begann erst im Juni 1944. Aber mit seiner Entscheidung vom 11. Dezember 1941 hatte Hitler einen grossen Schritt getan, um das Schicksal Deutschlands endgültig zu besiegeln. Wie es scheint, hätte er genau diesen Schritt um jeden Preis vermeiden müssen. Er wirkt selbst noch im Rückblick verrückt. Warum hatte er sich, ohne Beratung und zu einem kritischen Zeitpunkt des Kampfs um die Vorherrschaft an der Ostfront, dafür entschieden, Krieg zu führen gegen einen neuen, überaus mächtigen Feind im Westen, von dem er nicht wusste, wie er ihn besiegen sollte? Wie «rätselhaft» war diese Entscheidung also?

## 1

Bis in die späten dreissiger Jahre hatten die Vereinigten Staaten als Faktor der internationalen Machtpolitik in Hitlers Gedanken nur eine Nebenrolle gespielt. Er hatte sich weitgehend auf Europa konzentriert. Für sein Konzept der künftigen deutschen Aussenpolitik war das in einer anderen Hemisphäre gelegene und anscheinend dem Isolationismus frörende Amerika kaum von Bedeutung. Gleichwohl hatten dessen Wirtschaftspotenzial und die rassische Zusammensetzung der amerikanischen Bevölkerung Einfluss darauf, wie er die Gegenwartsprobleme und Zukunftshoffnungen Deutschlands weltanschaulich interpretierte. Bezeichnenderweise bildeten seine wichtigsten Ideologien, jene von «Lebensraum» und «Rasse», den Schlüssel auch zu seinem Amerikabild. In der Weite Amerikas, einem Land mit einem dominanten weissen «nordischen Rassenkern», dem er den wirtschaftlichen Erfolg und den hohen Lebensstandard der Vereinigten Staaten zugute hielt, sah er ein Modell seiner Vision eines deutschen «Lebensraums» in Europa.<sup>17</sup> Nach seiner Ansicht war

Amerikas wirtschaftliche Entwicklung nicht nur (wie allgemein angenommen) durch technische Innovationen sowie Rationalisierung von Management und Produktion ermöglicht worden, sondern auch durch eine der wachsenden Bevölkerung angemessene territoriale Expansion: die Kolonisierung des Westens, «nachdem der Weisse die Millionen von Rothäuten auf ein paar Hunderttausend zusammengeschossen hatte».<sup>18</sup> Dies entsprach Hitlers Auffassung, dass der Wohlstand Deutschlands und seine Vorherrschaft in Europa nur durch Expansion erreicht werden könnten – und zwar «durch das Schwert». Anfang der dreissiger Jahre betrachtete er die USA auf wirtschaftlichem Gebiet als «schwersten Konkurrenten».<sup>19</sup> Die Folgerungen daraus sprach er in der Öffentlichkeit nicht aus, obwohl er bereits über sie nachgedacht hatte. Irgendwann in einer vagen, fernen Zukunft würde sich ein von Deutschland beherrschtes Europa den Vereinigten Staaten im Kampf um die Hegemonie stellen müssen. In dieser Vorstellung wurde Hitler durch einen anderen Aspekt seines Amerikabildes, wenn auch unausgesprochen, bestärkt: durch den Gedanken, dass die Vereinigten Staaten ein Land seien, das zwar in Gestalt seiner weissen Bevölkerung über eine gute rassische Anlage verfüge, aber von jüdischem Kapital beherrscht werde und kulturell und politisch unter jüdischer Kontrolle stehe.<sup>20</sup>

In den zwanziger Jahren entsprach Hitlers Amerikabild weitgehend den in rechten und nationalistischen Kreisen in Deutschland verbreiteten Klischees. In den Anfangsjahren seiner politischen Laufbahn bildete, wie kaum anders zu erwarten, die Rolle Amerikas im Ersten Weltkrieg – die nach seiner Ansicht von den Interessen des jüdischen Finanzkapitals und des Freimaurertums bestimmt war – den Bezugspunkt. Hinzu kamen hasserfüllte Äusserungen über Präsident Woodrow Wilson, der als Mitverursacher der Novemberrevolution von 1918 und der Demütigung durch den Versailler Vertrag im folgenden Juni verurteilt wurde.<sup>21</sup> In einer seiner frühesten, im Dezember 1919 gehaltenen Reden rechnete Hitler die Vereinigten Staaten neben Grossbritannien zu den «absoluten Gegnern» Deutschlands, wie es so kurz nach dem Ersten Weltkrieg viele taten. Für Amerika zählte nach seiner Ansicht nur Geld, auch wenn es mit Blut beschmiert war. Die Verknüpfung mit der angeblichen Macht der Juden folgte auf dem Fuss: «Beim Juden ist der Geldbeutel das Heiligste.» Als «Geldland» habe Amerika in den Krieg eingreifen müssen, schloss er, und es

habe den Löwenanteil der Kriegsgewinne eingestrichen.<sup>22</sup> Ähnlich äusserte er sich in den Jahren vor dem Putschversuch von Ende 1923 in vielen seiner Reden, ohne dass Amerika jedoch zu einem Hauptthema wurde.

In *Mein Kampf*, das er 1924 während seiner Haft nach dem gescheiterten Putschversuch begann und im Sommer 1926, mehr als ein Jahr nach seiner Entlassung, beendete, nahm Amerika wiederum keinen herausragenden Platz ein. Nur in einer kurzen Passage gegen Ende des Buchs kam er auf Amerika zu sprechen, das er als von Juden beherrscht darstellte und in der Rolle des kommenden Rivalen und Erben des zum Untergang verurteilten britischen Empires sah. «Juden», schrieb er, «sind die Regenten der Börsenkräfte der amerikanischen Union. Jedes Jahr lässt sie mehr zum Kontrollherrn der Arbeitskraft eines Einhundertzwanzig-Millionen-Volkes aufsteigen.» Bedroht sei vor allem Grossbritannien. «Alle verwandtschaftlichen Bindungen vermögen in England [...] nicht ein gewisses Gefühl neidischer Besorgtheit gegenüber dem Anwachsen der amerikanischen Union auf allen Gebieten internationaler Wirtschafts- und Machtpolitik zu verhindern. Aus dem einstigen Kolonialland, dem Kinde der grossen Mutter, scheint eine neue Herrin der Welt zu erstehen.»<sup>23</sup> In Hitlers verzerrierter Weitsicht ging von einer erstarkenden, von Juden beherrschten Grossmacht implizit zwar auch eine Gefahr für Deutschland aus, aber erst in ferner Zukunft. Deshalb beschäftigte er sich nicht näher mit ihr.

Als Hitler 1928 sein «zweites Buch» verfasste – in dem er sich hauptsächlich mit der Südtirolfrage befasste, einem damals heiklen Thema, das wahrscheinlich der Grund war, weshalb das Traktat unveröffentlicht blieb, bis es lange nach dem Krieg entdeckt wurde –, hatte die Aussicht auf eine künftige Kraftprobe mit den Vereinigten Staaten in seinen Gedanken bereits eine gewisse, wenn auch nur schattenhafte Form angenommen. Ende der zwanziger Jahre war die Vorstellung einer von der wachsenden amerikanischen Wirtschaftsmacht ausgehenden Bedrohung als antiamerikanisches Klischee in Deutschland weit verbreitet.<sup>24</sup> Hitler verlieh ihm durch seine rassistische Weltanschauung und seine geopolitischen Ansichten allerdings eine zusätzliche Dimension.

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre beschäftigten Hitler geopolitische Themen – oder die «Raumfrage», wie er sie nannte – weit mehr als in den Jahren vor dem Putsch. Dabei ging es vor allem um die Rechtfertigung seiner Ansicht, dass sich Deutschland, um überleben zu können, ausdehnen müsse

und dass die Expansion auf Kosten der Sowjetunion zu geschehen habe. Ausserdem bestärkte ihn die Beschäftigung mit geopolitischen Theorien in der schon in *Mein Kampf* vertretenen Auffassung, dass Deutschland seine früheren aussenpolitischen Bindungen aufgeben und ein Bündnis mit Grossbritannien und Italien anstreben müsse. Die Stellung der weit entfernten, isolationistischen Vereinigten Staaten spielte in diesen Überlegungen keine Rolle. Gleichwohl besass das bereits angedeutete Bild eines aufstrebenden Wirtschaftsriesen mit dem Potenzial, zur Weltmacht zu werden, jetzt eine gewisse Bedeutung. Hitler sollte es in seine Vision der künftigen deutschen Weltmachtstellung einbauen und seine Konsequenzen daraus ziehen.

Er formulierte diese typischerweise in rassistischen Begriffen. Beeindruckt (wie damals viele)<sup>25</sup> von den restriktiven amerikanischen Einwanderungsgesetzen und den in den USA propagierten Ideen über Volksgesundheit und Eugenik, zeichnete Hitler das Bild einer jungen, rassistisch kraftvollen weissen Bevölkerung, die nach seiner Ansicht eine Auswahl der «besten» Auswanderer aus Europa darstellte und mit einem dekadenten, im Niedergang befindlichen rassistischen Reservoir der Alten Welt im Wettstreit stand. «[So] entsteht die Gefahr», schrieb er, «dass die Bedeutung des rassistisch minderwertigen Europas langsam zu einer neuen Bestimmung der Weltschicksale durch das Volk des nordamerikanischen Kontinents führt.» Dies könne nur durch eine rassistische Wiederauferstehung in Europa verhindert werden. «Nordamerika wird in der Zukunft nur der Staat die Stirne zu bieten vermögen», so Hitlers Folgerung, «der es verstanden hat, durch das Wesen seines inneren Lebens sowohl als durch den Sinn seiner äusseren Politik den Wert seines Volkstums rassistisch zu heben und staatlich in die hierfür zweckmässigste Form zu bringen.» Diese Aufgabe stehe der nationalsozialistischen Bewegung bevor. Was das bedeutete, lag auf der Hand: «Es ist aber leichtsinnig zu glauben, dass die Auseinandersetzung zwischen Europa» – natürlich unter der Herrschaft eines rassistisch gereinigten Deutschland – «und Amerika nur immer wirtschaftlicher Natur sein würde.» Letztendlich würde sich Amerika nach aussen wenden. Der Zusammenstoss mit Europa im Kampf um die globale Hegemonie sei unvermeidlich.<sup>26</sup>

Anfang der dreissiger Jahre hatte Hitler weniger über die Vereinigten Staaten zu sagen.<sup>27</sup> Wie viele Zeitgenossen und auch die nationalsozialistische Presse hielt er sie aufgrund der Ende Oktober 1929 durch den Börsenkrach in



der Wall Street ausgelösten Wirtschaftskrise für erheblich geschwächt. Laut seinem Mitstreiter Ernst Hanfstaengl, der zum Teil amerikanischer Herkunft war, bemerkte Hitler, dass ein von inneren Problemen heimgesuchtes Land nicht erwarten könne, auf internationalem Parkett eine Rolle zu spielen.<sup>28</sup> Die Krise bestärkte ihn vermutlich auch in der Auffassung, dass freie Märkte und liberaler Kapitalismus nicht die Sicherheit bieten könnten, die er für das dauerhafte nationale Überleben für erforderlich hielt. In der Öffentlichkeit äusserte er sich jedoch kaum über die Depression in den Vereinigten Staaten und attackierte stattdessen das «versagende» demokratische System der Weimarer Republik. Zudem änderte die Wirtschaftskrise nichts an seiner langfristigen Vision eines unvermeidlichen Zusammenstosses zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, an der er bis in die vierziger Jahre festhielt.<sup>29</sup>

Von diesen vagen Überlegungen über eine ferne Zukunft führte jedoch keine gerade Linie zu späteren politischen Entscheidungen in Bezug auf Amerika. So wie Hitler während seines Aufstiegs zur Macht den Vereinigten Staaten kaum Beachtung geschenkt hatte, so fanden sie auch nach seiner Machtübernahme bei ihm und seiner Regierung allenfalls beiläufige Beachtung. Gleichwohl vollzog sich mit Hitlers stillschweigender Billigung bis zum Ausbruch des europäischen Krieges eine schleichende Verschlechterung der Beziehungen zwischen Berlin und Washington. Auf alle Fälle unternahm er nichts, um diese Entwicklung aufzuhalten. Freilich hätte er dies auch nicht tun können, ohne den Rassismus und Militarismus, auf dem sein Regime beruhte, aufzugeben.

Vor 1933 waren die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten gut gewesen und hatten sich stetig verbessert. Unter dem NS-Regime sollte sich das rasch ändern. Einer der Gründe für den rapiden Stimmungsverfall zwischen beiden Ländern waren Zollstreitigkeiten und die mangelnde Bereitschaft Deutschlands, amerikanische Kredite zu bedienen. Noch wichtiger waren jedoch andere Themen. Die Verfolgung der Juden – die ersten schweren Übergriffe geschahen bereits im Frühjahr 1933 – rief in den Vereinigten Staaten Empörung hervor und entfachte eine zunehmende deutschfeindliche Stimmung. Die gleiche Wirkung hatten Angriffe auf die christlichen Kirchen, die Verbrennung der Bücher von rassistisch oder politisch «unerwünschten» Autoren und der brutale Polizeiterror gegen politische Gegner des «neuen Staats». Hinzu kamen der Militarismus des NS-Regimes und die bald erkennbar wer-

denden Anzeichen dafür, dass Deutschland mit der Wiederaufrüstung begonnen hatte (mit allen Konsequenzen, die das für den Frieden in Europa hatte). Auch dies wurde in den Vereinigten Staaten mit wachsender Besorgnis aufgenommen.<sup>30</sup>

Wie kaum anders zu erwarten, beeinflusste die Verschlechterung der Beziehungen das Amerikabild in Deutschland. In den Anfangsjahren der NS-Herrschaft hatten die Furcht vor nachteiligen Folgen für den Handel mit Amerika und dann die Olympischen Spiele im Jahr 1936 in Berlin zur Folge, dass die nationalsozialistische Propaganda ihren Antiamerikanismus zügelte – zumindest im Vergleich mit den schrillen Tönen, die sie in den späten dreissiger Jahren anschlagen sollte. Gleichwohl wurde die angebliche Rolle der Juden in den Vereinigten Staaten kontinuierlich gegeißelt, ebenso wie abschätzig Kommentare über den «New Deal», den vermeintlichen kulturellen und rassischen Niedergang in Amerika sowie über Präsident Roosevelt persönlich lanciert wurden.<sup>31</sup>

Dass man Deutschland auf der anderen Seite des Atlantiks immer ablehnender gegenüberstand, bereitete Hitler keine schlaflosen Nächte. Aus deutscher Sicht war die Abneigung aufgrund der ideologischen Prioritäten des NS-Regimes, das auf den amerikanischen Liberalismus keine Rücksicht nehmen konnte, unvermeidlich und gab deshalb kaum Anlass zur Sorge. Ausserdem litten die Vereinigten Staaten unter den Nachwirkungen der Wirtschaftskrise, waren isolationistisch eingestellt und militärisch schwach. Hitler konnte daher damit rechnen, dass sie sich im eigenen Interesse auf absehbare Zeit aus den europäischen Angelegenheiten heraushalten würden. Diese Auffassung unterstrich sein Aussenminister Konstantin von Neurath kurz nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten. Man könne zwar nicht erwarten, schrieb er, dass Washington die deutschen Forderungen und Wünsche unterstütze, aber das Desinteresse der Vereinigten Staaten an den europäischen Verhältnissen werde sich wahrscheinlich auch unter der Präsidentschaft Roosevelts nicht ändern.<sup>32</sup> Die Umgestaltung Europas, so muss Hitler gedacht haben, dürfte für die Amerikaner kaum von unmittelbarem Interesse sein. Aus der Perspektive Hitlers und der NS-Führung hatte es den Anschein, als könnten sie die Vereinigten Staaten als Faktor in der deutschen Aussenpolitik mehr oder weniger ausser Acht lassen. Kaum etwas deutet daraufhin, dass Hitler in den letzten Jahren vor dem Krieg seine Meinung geändert hätte. Als er am 5. November

1937 vor der Wehrmachtführung seine Vorstellungen über die Expansion nach Österreich und in die Tschechoslowakei erläuterte und mehrere Szenarien für einen spätestens zwischen 1943 und 1945 zu führenden Krieg um «Lebensraum» beschrieb, erwähnte er die Vereinigten Staaten mit keinem Wort.<sup>33</sup> Auch als im folgenden Jahr die deutschen Ansprüche verwirklicht wurden, indem das Reich zunächst Österreich und dann das Sudetenland schluckte, blieb Amerika für Hitler ein zu vernachlässigender Faktor.

Dennoch musste man kein Hellseher sein, um zu erkennen, dass sich die Situation veränderte. Der deutsche Botschafter in Washington, Hans Heinrich Dieckhoff, verstand Roosevelts «Quarantänerede» vom 5. Oktober 1937, in der er sich für die internationale Isolierung von Ländern einsetzte, die den Weltfrieden gefährdeten – womit unverkennbar Deutschland, Italien und Japan gemeint waren –, als Anzeichen dafür, dass die Vereinigten Staaten möglicherweise den Weg zur Beendigung des Isolationismus beschritten hatten. Anfang Dezember berichtete er nach Berlin, dass Washington vorläufig wahrscheinlich an seiner passiven Aussenpolitik festhalten werde. Im Fall der Gefährdung eigener Interessen oder einer unerträglichen Provokation würde man diese Politik jedoch aufgeben, und in «einem Konflikt, in dem es um die Existenz Grossbritanniens geht, werden sie ihr Schwergewicht in die englische Waagschale werfen».<sup>34</sup> Die zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten herrschende gegenseitige Feindseligkeit trat jetzt immer deutlicher zutage. In Deutschland nahm der Umfang der antiamerikanischen Propaganda beträchtlich zu, während sich auf der anderen Seite des Atlantiks wachsende Verachtung für den Nationalsozialismus mit zunehmender Besorgnis vermischte, als Hitlers aggressive Politik Europa an den Rand eines Krieges brachte. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte der Abscheu der Amerikaner vor der Barbarei des NS-Regimes nach der sogenannten «Reichskristallnacht», dem schrecklichen reichsweiten antijüdischen Pogrom in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938.<sup>35</sup> Eine Welle der Empörung erfasste das Land. Der amerikanische Botschafter in Berlin wurde «zur Berichterstattung und Konsultation» nach Washington beordert (um nie wieder zurückzukehren). Kurz darauf wurde im Gegenzug der deutsche Botschafter in Washington abberufen.<sup>36</sup> Schritte zum gänzlichen Abbruch der Beziehungen wurden nicht unternommen, aber das deutsche Aussenministerium fürchtete Wirtschaftssanktionen.<sup>37</sup> Die Sorge war berechtigt.

Das amerikanische Finanzministerium nahm nach einer Intervention von Außenminister Hull in letzter Minute davon Abstand, Strafzölle auf deutsche Einfuhren zu verhängen.<sup>38</sup>

Am Tag nach der «Reichskristallnacht» äusserte sich Hitler gegenüber Vertretern der deutschen Presse (ohne mit einem einzigen Wort auf den Pogrom einzugehen), entgegen der Ansicht, die er ein Jahrzehnt zuvor vertreten hatte, verächtlich über die rassische Minderwertigkeit der ethnisch gemischten Bevölkerung der Vereinigten Staaten.<sup>39</sup> Aber er selbst und andere NS-Führer begannen Amerika jetzt ernsthaft als möglichen künftigen Gegner zu betrachten. Im Januar 1939 warf Hitler den Vereinigten Staaten vor, sie würden gegen Deutschland «hetzen». Mittlerweile zählte er sie offensichtlich zu den «Feinden des Reichs»,<sup>40</sup> und er liess seiner Verärgerung über die amerikanischen Reaktionen auf die «Reichskristallnacht» und seiner paranoiden Vorstellung von der Macht der Juden in den Vereinigten Staaten in immer schrilleren Angriffen auf Roosevelt und die jüdischen Kriegstreiber freien Lauf.

Dies bildete unter anderem den Hintergrund von Hitlers wichtiger Reichstagsrede am 30. Januar 1939, dem sechsten Jahrestag seiner «Machtergreifung». Tenor der Rede war die Aussage, dass vom jüdischen Finanzkapital in Grossbritannien und den USA eine Bedrohung für die Wirtschaft und die Sicherheit Deutschlands ausgehe. Hitler beschrieb die Juden als Kriegstreiber, die Deutschland in eine Auseinandersetzung hineindrängten, die es nicht wollte. Deutschland sei jedoch bereit, versicherte er, die Herausforderung anzunehmen und bis zum Tod zu kämpfen. Sollte es zum Krieg kommen – und hier sprach er seinerseits eine Drohung aus –, dann würden diejenigen, die ihn verursacht hätten, die Juden nämlich, verschwinden. Das Ergebnis werde «die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa» sein.<sup>41</sup>

Als Roosevelt am Tag nach dieser bedrohlichen Rede andeutete, die von dem deutschen Diktator ausgehende Gefahr bedeute, dass die Grenze Amerikas jetzt am Rhein verlaufe (eine Redewendung, die er zur Rechtfertigung der Lieferung von Flugzeugen nach Frankreich benutzte), löste er ein wahres Sperrfeuer von Angriffen der deutschen Presse aus.<sup>42</sup> Es bildete gewissermassen das Vorspiel zu Hitlers Frontalangriff auf den amerikanischen Präsidenten in der Reichstagsrede, die er Ende April 1939 halten sollte. Der Präsident wurde zwar durch die isolationistische Neigung der öffentlichen Meinung in seiner Handlungsfreiheit eingeschränkt, aber seit dem Münchner Abkommen

im Herbst 1938 war er sich über die Möglichkeit eines Krieges und das Scheitern der britischen und französischen Beschwichtigungspolitik im Klaren. Die Gräueltaten des Novemberpogroms hatten dann die ganze Barbarei des NS-Regimes enthüllt. Mitte März 1939 war die deutsche Besetzung der restlichen Tschechoslowakei gefolgt, und Anfang April waren die Truppen Mussolinis in Albanien einmarschiert. In den folgenden Tagen dachte Roosevelt daran, eine Erklärung abzugeben, in der er Hitler und Mussolini auffordern wollte, den Weg von Aggression und Krieg zu verlassen und ihren ernsthaften Willen zu demonstrieren, eine friedliche Entwicklung in Europa zu ermöglichen. Nach zahlreichen Änderungen wurde die Botschaft am 15. April 1939 schliesslich veröffentlicht. Kernpunkt war die Forderung an die Achsendiktatoren, sie sollten die Versicherung abgeben, für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren keines von dreissig namentlich genannten unabhängigen Ländern anzugreifen, bei denen es sich überwiegend um europäische, aber auch um einige nahöstliche Staaten handelte. Die Vereinigten Staaten ihrerseits seien zu Verhandlungen über Abrüstung und die Öffnung des internationalen Handels für alle Länder auf gleichberechtigter Grundlage bereit.<sup>43</sup>

Hitler war erbost und gekränkt über die vermeintliche Arroganz Roosevelts, der seine Botschaft veröffentlicht hatte, bevor sie in Berlin offiziell überreicht worden war.<sup>44</sup> Zunächst hielt er es für unter seiner Würde, einer «derart verabscheuungswürdigen Kreatur» zu antworten, da aber Roosevelts Schritt von der Weltöffentlichkeit offenbar im Allgemeinen günstig aufgenommen worden war, sah er sich schliesslich doch zu einer Erwiderung genötigt.<sup>45</sup> Er gab sie am 28. April in einer von ätzendem Sarkasmus triefenden Reichstagsrede.<sup>46</sup> Die dreissig Länder seien alle befragt worden, erklärte er, und keines fühle sich von Deutschland bedroht. Einige, wie etwa Syrien, hätten freilich nicht antworten können, da ihr Handlungsspielraum durch die demokratischen Staaten eingeschränkt sei. Palästina sei von britischen Truppen besetzt, nicht von deutschen, und die Republik Irland fürchte keinen deutschen Angriff, sondern einen britischen. Auch Roosevelts Aufruf zur Abrüstung spielte Hitler in die Hände, da er leicht Kapital daraus schlagen konnte, wie die Siegermächte Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg des militärischen Schutzes beraubt hatten, während sie selbst nicht um Ausreden verlegen gewesen waren, wenn es darum ging, ihre eigene Abrüstung zu vermeiden.

Hitlers höhnische Ausfälle brachten die versammelten Reichstagsabgeordneten, allesamt willfährige Nationalsozialisten, zum Lachen. Es war eine seiner wirkungsvollsten Reden. Goebbels notierte hingerissen in seinem Tagebuch: «Und dann eine furchtbare Stäupung Roosevelts. Das knallt ihm nur so um die Ohren. Das Haus biegt sich vor Lachen. Es ist ein Genuss zuzuhören. Der Erfolg in der Öffentlichkeit ist ungeheuerlich. Wer den Führer öffentlich angreift, ist schon gerichtet [...] Er ist ein Genie der politischen Taktik und Strategie. Da tut es ihm keiner gleich. Welch ein Zwerg ist ihm gegenüber ein Mann wie Roosevelt!»<sup>47</sup> Nicht nur Nationalsozialisten erkannten, wie wirkungsvoll Hitlers Rhetorik war. Der amerikanische Journalist William Shirer, der damals aus Berlin berichtete und die Rede gehört hatte, hielt Hitlers Antwort auf Roosevelt für «äusserst clever», denn sie habe geschickt mit den Sympathien der Appeasementanhänger und Isolationisten in Amerika und Europa gespielt.<sup>48</sup> Jenseits dieser Kreise blieb Hitlers «Abrechnung» mit Roosevelt indessen wirkungslos. Viele meinten im Gegenteil, dass der amerikanische Präsident mit seinem Aufruf zu Vernunft und Frieden gegenüber erwiesenen Aggressionsabsichten den moralischen Sieg davongetragen habe. In jedem Fall war die Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland für alle sichtbar geworden. Es konnte kein Zweifel bestehen, wo die Vereinigten Staaten in dem Konflikt zwischen den europäischen Demokratien und den Achsenmächten standen.

Aus deutscher Sicht waren die Vereinigten Staaten, ungeachtet des Anscheins der Neutralität, im Grunde als feindliche Macht anzusehen. Das bedeutete, dass sie nach Jahren der weitgehenden Irrelevanz für die Formulierung der deutschen Politik nicht mehr nur ideologisch, sondern auch strategisch beachtet werden mussten. Im Fall eines – immer wahrscheinlicher werdenden – europäischen Krieges in absehbarer Zukunft würde es vor allem darauf ankommen, sie davon abzuhalten, in den Konflikt einzugreifen. Nach deutscher Ansicht war dies jedoch unwahrscheinlich; man glaubte keinen Anlass zur Sorge zu haben. Im Herbst 1940 stand eine Präsidentschaftswahl an. Vor diesem Termin würde Roosevelt mit Blick auf die öffentliche Meinung kein Risiko eingehen. Im Übrigen war der Isolationismus so stark, dass eine Intervention nicht in Frage kam. Ausserdem war die militärische Schwäche der Amerikaner offensichtlich; Rüstung und Kriegsproduktion standen erst am Anfang. Tatsächlich rechneten die deutschen Militärplaner mit einem langen

Krieg oder einer Serie von Kriegen. Aber sie nahmen an, dass die ersten Phasen siegreich beendet werden konnten, bevor die Vereinigten Staaten in der Lage waren einzugreifen. Hitler war überzeugt, dass die deutschen Waffen den Krieg gegen Polen, wenn er denn kommen sollte, rasch entscheiden und dass sich die westlichen Demokratien heraushalten würden. Sollten sie jedoch intervenieren, zweifelte er nicht daran, dass Deutschland auch in dieser Auseinandersetzung die Oberhand behielt. Die westlichen Demokratien, Grossbritannien ebenso wie Frankreich, würden entweder besiegt werden oder sich angesichts der militärischen Übermacht Deutschlands zu einem Verhandlungsfrieden bereithalten. Die Amerikaner würden tatenlos zuschauen. Später konnte mit Billigung oder zumindest Duldung der westeuropäischen Mächte die Kraftprobe mit dem «jüdischen Bolschewismus» folgen. Und auch diese würde rasch vorüber sein, lange bevor ein Konflikt mit den Vereinigten Staaten ausbrach, mit dem er irgendwann in der Zukunft – frühestens Mitte der vierziger Jahre – rechnete. Dann wäre Deutschland in einer Situation, in der es den gesamten europäischen Kontinent beherrschen und über eine mächtige Kriegsflotte verfügen würde, die imstande wäre, den Kampf um die Seemacht aufzunehmen.

Diese Überlegungen blieben zwar blosse Gedankenspiele. Aber als der Krieg im Sommer 1939 immer näher rückte, nahm man allgemein an – wenn auch eher verschwommen als klar ausgedrückt –, dass Deutschland eine Vormachtstellung in Europa erlangt haben würde, lange bevor die Vereinigten Staaten zu einem Faktor von strategischer Bedeutung geworden waren.

## II

Aber nichts konnte als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Als im September 1939 der Krieg in Europa begann, war sich Hitler vollauf bewusst, dass ihm nur eine begrenzte Zeitspanne blieb, um sich den Kontinent zu unterwerfen, bevor sich das militärische und industrielle Potenzial der Vereinigten Staaten im Konflikt bemerkbar machen würde. Amerika musste in zunehmendem Mass beachtet werden. Mehr als jemals zuvor kam es aufs Tempo an. Deutschland musste siegen, bevor die Vereinigten Staaten durch ihr Eingreifen das Kräfteverhältnis entscheidend verändern konnten.

Obwohl Hitler einen frühen amerikanischen Kriegseintritt für unwahrscheinlich hielt, wollte er kein Risiko eingehen. Alles, was als Provokation aufgefasst werden konnte, war zu unterlassen. Angriffe auf Roosevelt in den deutschen Zeitungen, die in den Monaten vor dem Krieg ebenso häufig wie giftig gewesen waren, wurden auf Anordnung von Goebbels' Propagandaministerium eingestellt. Die Presse wurde angewiesen, sich bei Berichten über amerikanische Angelegenheiten zurückzuhalten.<sup>49</sup> Hitler zügelte auch die draufgängerische Marineführung, die ihren U-Booten selbst auf die Gefahr hin, neutrale amerikanische Schiffe zu versenken, am liebsten freie Hand gelassen hätte. Wiederholt erinnerte er den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Grossadmiral Erich Raeder, im Herbst daran, dass Seeszwischenfälle mit den Vereinigten Staaten unbedingt zu vermeiden seien. Am 23. Februar 1940 lehnte er es «wegen psychologischer Wirkung auf USA» kategorisch ab, Raeder die Erlaubnis zu erteilen, bei Halifax in Neuschottland, einem wichtigen Hafen für die britischen Konvois, zwei U-Boote vor der kanadischen Küste patrouillieren zu lassen, und Anfang März erhielt die Kriegsmarine den ausdrücklichen Befehl, amerikanische Schiffe, ganz gleich in welchen Gewässern, weder anzuhalten noch zu kapern oder zu versenken.<sup>50</sup>

Im Herbst 1939 rechnete das deutsche Militär mit einer Gnadenfrist von nicht mehr als anderthalb Jahren, bevor das Industrie- und Militärpotenzial der Vereinigten Staaten beginnen würde, spürbaren Einfluss auf den Krieg zu nehmen. Laut einer Analyse des OKW konnten die Vereinigten Staaten vorläufig lediglich den Bedarf ihrer eigenen Streitkräfte decken, und es würde noch etwa ein Jahr dauern, bis sie Flugzeuge, Panzer und Militärfahrzeuge in grosser Zahl produzieren konnten. Aber in einem bis anderthalb Jahren würden sie «auf fast allen Rüstungsgebieten eine Leistungsfähigkeit erreichen [...], die alle anderen Staaten weit übertrifft».<sup>51</sup> Diese Einschätzung stimmte mit Berichten des deutschen Militärattachés in Washington, General Friedrich von Bötticher, überein, denen zufolge der Stand der militärischen Vorbereitungen der Vereinigten Staaten eine Intervention vor dem Sommer 1940 ausschliesse, danach aber eine volle Kriegsbeteiligung möglich sei.<sup>52</sup> Die amerikanische Regierung, kabelte die deutsche Botschaft in Washington nach Berlin, rechne mit einem langen Krieg, erwarte keine schnelle Niederlage von Grossbritannien und Frankreich und werde eingreifen, wenn die Demokratien vor der Katastrophe oder aber vor dem Sieg stünden.



Die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Intervention werde man zu gewinnen wissen.<sup>53</sup>

Vor dem Hintergrund solcher Berichte wird es umso verständlicher, dass Hitler möglichst schnell die militärische Niederlage Frankreichs vollenden und Grossbritannien zu einem Kompromissfrieden zwingen wollte, solange es sich in einer schwachen Position befand. Am Anfang des Krieges hatte er zuversichtlich vorausgesagt, er werde «längst alle Probleme gelöst» haben, bevor die USA eingreifen könnten. Im privaten Rahmen hatte er freilich hinzugefügt: «[W]ehe, wenn wir bis dahin nicht fertig sind.»<sup>54</sup> Als nur wenige Wochen später Polen überwältigt war, drängte er mit der Begründung, die Zeit laufe in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht gegen Deutschland, auf einen sofortigen Angriff auf Frankreich.<sup>55</sup> Kurz vor Beginn des Westfeldzugs im Mai 1940 rechtfertigte er die Operation gegenüber Mussolini damit, dass der «immer wieder anklingende drohende Unterton der Telegramme, Noten und Anfragen des Herrn Roosevelt Grund genug [sei], um vorsorglicherweise so schnell als möglich das Ende des Krieges herbeizuführen».<sup>56</sup>

Am Tag der italienischen Kriegserklärung, dem 10. Juni 1940, hatte Roosevelt öffentlich geschworen, den Opfern der Aggression die materiellen Ressourcen der Vereinigten Staaten zur Verfügung zu stellen.<sup>57</sup> Gut einen Monat später, am 19. Juli, konnte Hitler einer Analyse der Rede, die Roosevelt anlässlich seiner erneuten Nominierung für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen gehalten hatte, entnehmen, dass der amerikanische Präsident ein entschiedener Gegner Deutschlands und bereit sei, Grossbritannien bei der Fortsetzung seines Kampfs zu unterstützen.<sup>58</sup> Die Implikationen für die deutsche Kriegführung lagen auf der Hand: Der Krieg in Europa musste schnell und endgültig gewonnen werden, bevor die amerikanischen Ressourcen wirkungsvoll eingesetzt werden konnten und die USA womöglich in den Krieg eintraten. Hitler zog seine Schlussfolgerungen. Die Signale von der anderen Seite des Atlantiks beeinflussten die Entscheidung, die er gegen Ende des Monats seinen Generälen verkündete: dass sie sich darauf vorzubereiten hätten, die Sowjetunion anzugreifen und in einem «Blitzkrieg» von wenigen Monaten zu besiegen. Der Krieg, den er aus ideologischen Gründen stets hatte führen wollen, bekam jetzt einen strategischen Sinn: Er sollte die britische Hoffnung auf einen Verbündeten auf dem europäischen Festland beenden und Grossbritan-

nien dadurch zwingen, sich in das Unvermeidliche zu fügen und eine Einigung mit Deutschland anzustreben, was wiederum die Gefahr einer amerikanischen Intervention beseitigen würde. Wie die Dinge lagen, mussten London und Washington auf dem Umweg über Moskau besiegt werden.

Hitlers Strategie hatte globale Dimensionen angenommen. Sie bezog jetzt auch die Rolle Japans im Fernen Osten ein. Ein deutscher Sieg über die Sowjetunion würde Japan von der Bedrohung durch seinen alten Feind im Norden befreien und ihm den Weg eröffnen, den es ohnehin bereits in Erwägung zog: den Vorstoss nach Süden, der einen Angriff auf britische Besitzungen im Fernen Osten einschliessen würde und darüber hinaus den willkommenen Effekt hätte, die Amerikaner im Pazifik zu beschäftigen. Das neu erwachte Interesse an Japan hatte binnen weniger Wochen Schritte zur Folge, die schliesslich im Dreimächtepakt vom 27. September 1940 kulminierten und Ribbentrops kurzlebige Hoffnung auf den Aufbau einer neuen Weltordnung stützten, durch welche die britische Vormachtstellung und die internationale Stärke der Vereinigten Staaten untergraben werden sollten.<sup>59</sup>

Unterdessen hatte Hitler in Gestalt des von Churchill und Roosevelt geschlossenen Zerstörerhandels ein deutliches Zeichen dafür erhalten, dass die Vereinigten Staaten das unbesiegte Grossbritannien in zunehmendem Umfang zu unterstützen gedachten. Der «Falke» Raeder hielt den amerikanischen Kriegseintritt nunmehr für unvermeidlich.<sup>60</sup> Aber das sich herausbildende atlantische Bündnis, für das der Zerstörerhandel ein Symbol war, und die unverkennbar deutschfeindliche Einstellung der amerikanischen Regierung mussten geschluckt werden. Hitler wollte immer noch keine Provokation. Der Presse wurden erneut strenge Beschränkungen für ihre Berichterstattung auferlegt.<sup>61</sup>

Nach Roosevelts Pressekonferenz am 17. Dezember – auf der er das Bild vom Gartenschlauch, den man einem Nachbarn leiht, zur Beschreibung des Leih- und Pachtprogramms benutzt hatte – und der «Arsenal- der-Demokratie»-Rede vom Ende des Monats wurden die Beschränkungen der antiamerikanischen Propaganda jedoch aufgehoben.<sup>62</sup> Dass der Berichterstattung die Maulkörbe abgenommen wurden, zeigte, wie ernst das NS-Regime die Einführung des Leih- und Pachtverfahrens nahm. Admiral Raeder, der stets darauf bedacht war, die neuesten Entwicklungen zu nutzen, um auf ein aggressiveres Vorgehen im Atlantik zu drängen, hielt Hitler am 27. Dezember die Konse-

quenzen der amerikanischen Massnahmen vor Augen. Seine Schlussfolgerung, dass eine «[s]ehr starke Unterstützung [Grossbritanniens] erst Ende 1941, Anfang 1942» zu erwarten sei,<sup>63</sup> entsprach dem, was Hitler zehn Tage zuvor zu Jodl gesagt hatte: dass Deutschland bis Ende 1941, bevor Amerika eingreifen könne, seine kontinentale Vormachtstellung etabliert haben müsse. Auch Hans Dieckhoff, der frühere Botschafter in Washington, der mittlerweile als Amerikaexperte im Aussenministerium tätig war, unterstrich in einer am 9. Januar 1941 verfassten Denkschrift die schwerwiegenden Konsequenzen von Roosevelts Politik. Es wäre ein Fehler, schrieb er, zu glauben, ein amerikanischer Kriegseintritt würde die Lage nicht ändern, denn er würde zu einem starken Anstieg der Industrieproduktion führen, sodass Grossbritannien mehr Waffen, Munition und Flugzeuge als bisher geliefert werden könnten. Ohne eine amerikanische Intervention bestehe Aussicht auf den Zusammenbruch Grossbritanniens und damit auf eine Friedensregelung und ein Ende des Krieges. «Wenn aber auch die Vereinigten Staaten im Krieg sind», fügte er hinzu, «dann geht der Krieg, auch wenn England zusammenbricht, gegen die Vereinigten Staaten weiter, und es wird schwierig sein, mit den Vereinigten Staaten zum Frieden zu kommen.»<sup>64</sup> Deutlicher konnte ein hoher deutscher Diplomat damals kaum andeuten, dass eine amerikanische Kriegsteilnahme – die man, zumal mit Blick auf das Leih- und Pachtverfahren, als immer wahrscheinlicher ansehen musste – einen deutschen Sieg unmöglich machen würde. Diese Schlussfolgerung wurde einen Monat später durch einen Bericht von Böttichers untermauert, der aus Washington meldete, die amerikanische Flugzeugproduktion werde sich im Lauf des Jahres 1941 verdreifachen.<sup>65</sup> Das bedeutete, dass sie die deutsche Produktion erheblich übertreffen würde.

In der Öffentlichkeit nahm Hitler zu Drohungen Zuflucht, ein Mittel, das er häufig anwandte, jetzt allerdings zum ersten Mal aus einer Position heraus, die – zumindest den Vereinigten Staaten gegenüber – deutliche Anzeichen von Schwäche erkennen liess. Am 30. Januar 1941, dem achten Jahrestag der «Machtergreifung» der Nationalsozialisten, erklärte er vor dem Reichstag: «Und man soll sich über eines keiner Täuschung hingeben: wer glaubt, England helfen zu können, muss eines auf alle Fälle wissen: jedes Schiff, ob mit oder ohne Begleitung, das vor unsere Torpedorohre kommt, wird torpediert!»<sup>66</sup> Hitler wagte es freilich nicht, diese Drohung in die Tat umzusetzen.

Wichtiger waren deshalb die strategischen Schlussfolgerungen, die er aus den zum Leih- und Pachtgesetz führenden Schritten zog.

Zum einen sah er sich durch diese Entwicklung in seiner Überzeugung bestärkt, dass die deutsche Chance auf einen totalen Sieg – das heisst darauf, Amerika aus dem Krieg herauszuhalten – auf der schnellen Zerschlagung der Sowjetunion beruhte. Zum anderen betrachtete er eine aktive Politik gegenüber Japan, die seit dem Abschluss des Dreimächtepakts im vorangegangenen September keine Fortschritte gemacht hatte, jetzt als besonders wichtig. «Die Zertrümmerung Russlands», erklärte er der Wehrmachtführung am 9. Januar, «würde es auch Japan ermöglichen, sich mit allen Kräften gegen die USA zu wenden.»<sup>67</sup> In dem Bericht der Kriegsmarine über diese Besprechung wurden die in Hitlers Ausführungen enthaltenen strategischen Gesichtspunkte und ihre Konsequenzen knapp zusammengefasst: «Bei Eintritt USA und Russland in den Krieg gegen Deutschland ist Belastung für unsere Kriegführung sehr gross. Daher muss jede Möglichkeit einer solchen Bedrohung von vornherein ausgeschaltet werden. Bei Fortfall Bedrohung durch Russland können wir den Krieg gegen England unter durchaus tragbaren Bedingungen weiterführen. Zusammenbruch Russlands würde grosse Entlastung für Japan und damit vergrösserte Gefahr für USA bedeuten.» Hitler hatte einen weiteren Gedanken angefügt, der darauf hindeutete, inwiefern er auf Japan zu hoffen begann: «Hinsichtlich japanischen Interesses in Singapur vertritt Führer Auffassung, dass den Japanern freie Hand gegeben werden soll auch auf die Gefahr hin, dass die USA dadurch zu weitgehenden Konsequenzen veranlasst werden.»<sup>68</sup> Mit anderen Worten, die japanische Expansion im Fernen Osten bildete fortan einen integralen Bestandteil der deutschen Strategie für den endgültigen Sieg in Europa, und der Schlüssel für beides war ein rascher Sieg über die Sowjetunion.

Nach der Verabschiedung des Leih- und Pachtgesetzes am 11. März 1941 zog die NS-Führung den Schluss, dass die Vereinigten Staaten jetzt unwiderprüflich auf die Unterstützung von Deutschlands Feinden festgelegt seien. Der *Völkische Beobachter* erklärte: «Wir wissen, warum und gegen wen wir kämpfen [...] der Endkampf beginnt».<sup>69</sup> Das OKW kommentierte Roosevelts Rede, in der er das Inkrafttreten des Leih- und Pachtgesetzes verkündete, mit der Feststellung, sie könne «[n]ach allgemeiner Ansicht [...] als eine Kriegserklärung an Deutschland» betrachtet werden.<sup>70</sup> Hitler selbst erklärte, dass die Amerikaner ihm einen Kriegsgrund gegeben hätten. Er war allerdings noch nicht

dazu bereit, «[a]ber zum Kriege mit den USA würde es so oder so kommen». Dafür würden Roosevelt und die hinter ihm stehenden jüdischen Finanziers schon sorgen. Er, Hitler, bedauere nur, dass er noch nicht über ein Flugzeug verfüge, das in der Lage sei, amerikanische Städte zu bombardieren. Er wäre froh gewesen, den amerikanischen Juden eine Lektion erteilen zu können. Das Leih- und Pachtgesetz bringe zusätzliche Probleme mit sich, die aber durch einen «erbarmungslosen Seekrieg» gemeistert werden könnten. Wichtig sei, den von den U-Booten versenkten Schiffsraum zu vergrössern. Im Übrigen seien die Amerikaner vorläufig noch durch die Grenzen ihres Rüstungspotenzials eingeschränkt.<sup>71</sup>

Als «Massnahme gegen die erwarteten Wirkungen des von den Vereinigten Staaten beschlossenen Gesetzes, England zu Hilfe zu kommen», weitete Hitler am 14. März 1941 die deutsche Kampfzone auf die Gewässer um Island bis an den Rand der amerikanischen Neutralitätszone aus. In Berlin war zuvor das Gerücht aufgetaucht, die amerikanische Regierung erwäge, Konvois bis nach Island Geleitschutz zu gewähren.<sup>72</sup> Wie oben gesehen, sollte es noch einige Monate dauern, bis Roosevelt das Geleitschutzsystem billigte, das die «Falken» in seiner Regierung schon jetzt forderten. Aber aus deutscher Sicht war der Geleitschutz im Frühjahr 1941 nur eine von mehreren Massnahmen, die den Eindruck erweckten, als würde Roosevelt den Konflikt im Atlantik bewusst verschärfen, um eine Provokation heraufzubeschwören, die ihn in die Lage versetzen würde, sein Land in den Krieg zu führen. Ende März erhielten die Briten die Genehmigung, ihre Kriegsschiffe in amerikanischen Werften reparieren zu lassen, und in amerikanischen Häfen liegende Schiffe aus Achsenländern wurden beschlagnahmt. Ausserdem wurde mit dem Gouverneur von Grönland die Errichtung eines Militärstützpunkts auf der Insel vereinbart. Alle diese Massnahmen wurden als augenscheinlich feindselige Akte gegen Deutschland angesehen. Hinzu kamen Gerüchte über die amerikanische Absicht, die Azoren zu besetzen (was Deutschland seinerseits erwogen hatte, um den Amerikanern zuvorzukommen, und Hitler weiterhin befürwortete, um einen Stützpunkt zu gewinnen, von dem aus Langstreckenbomber die Vereinigten Staaten angreifen konnten).<sup>73</sup> Und obwohl die amerikanische Regierung lediglich Patrouillen einführte (um britische Konvois vor auf der Lauer liegenden U-Booten zu warnen) und kein umfassendes Geleitschutzsystem, versprach auch dies künftige Konfrontationen.

Der erste scheinbare Zusammenstoss eines amerikanischen Zerstörers, der Niblack, mit einem deutschen U-Boot im April – es handelte sich um einen Irrtum – war ein Vorzeichen der kommenden Ereignisse, die den Übergang zum grossen Konflikt nur beschleunigen konnten. Die Versenkung der Robin Moor am 21. Mai stellte einen noch gefährlicheren Zwischenfall dar. Ihm folgte sechs Tage später Roosevelts grosse Rede, in der er erklärte, dass seine Regierung alles unternehmen werde, um eine deutsche Vorherrschaft im Atlantik zu verhindern, und den «unbeschränkten nationalen Notstand» ausrief.<sup>74</sup> Die unerwartet zurückhaltende amerikanische Reaktion auf die Versenkung der Robin Moor wurde in Berlin mit ebenso grosser Erleichterung aufgenommen wie die Tatsache, dass der Aufregung vor Roosevelts Rede keine schwerwiegende Aktion folgte. Nach der Phase zunehmender Spannungen im Frühjahr war jetzt ein heikler Stillstand eingetreten. Wenn Hitler vor dem Hintergrund des Feldzugs auf dem Balkan und der Vorbereitungen des «Unternehmens Barbarossa» etwas nicht wollte, dann den amerikanischen Kriegseintritt aufgrund eines Zwischenfalls im Atlantik.

Tatsächlich hatte er den schiesswütigen Raeder, der eine kriegerisch gestimmte Marineführung repräsentierte, die darauf brannte, mit allen Mitteln gegen die wachsende amerikanische Bedrohung im Atlantik vorzugehen, wiederholt angewiesen, jeden Zwischenfall, der als Provokation verstanden werden konnte, zu vermeiden. Die Robin Moor war entgegen Hitlers ausdrücklichen Befehlen versenkt worden. Dies blieb jedoch bis zum Herbst ein vereinzelter Vorfall. Als der Termin des «Unternehmens Barbarossa» näherrückte, wurde das strenge Verbot von U-Boot-Angriffen auf amerikanische Schiffe bekräftigt. Anfang Juni erklärte Hitler bei Raeders Lagevortrag, dass die «Frage der Untersuchung amerikanischer Handelsschiffe [...] erst wieder geprüft werden [soll], wenn Flottenstreitkräfte im Atlantik angesetzt werden». Das war eindeutig ein einstweiliges Verbot, bis der Seekrieg ohne Beschränkungen geführt werden konnte.<sup>75</sup>

Am 21. Juni, einen Tag vor dem Überfall auf die Sowjetunion, sprach Raeder die Frage von Marineoperationen gegen amerikanische Schiffe erneut an. Dabei bezog er sich auf den Beinahez Zwischenfall vom vorangegangenen Tag, als ein deutsches U-Boot zehn Seemeilen innerhalb der proklamierten deutschen Kampfzone auf die Texas, ein altes amerikanisches Schlachtschiff, samt Zerstörerescorte gestossen war. Das U-Boot hatte die Jagd aufgenommen,

doch die Texas war unbeschadet, und ohne etwas von der Gefahr zu ahnen, davongedampft.<sup>76</sup> Raeder begrüßte in einer Lagebesprechung bei Hitler diesen Zwischenfall ebenso wie die Versenkung der Robin Moor und erklärte, nach seiner Ansicht sei «ein energisches Auftreten stets wirkungsvoller» als ein zurückhaltendes. Aber Hitler blieb bei seinem Standpunkt, und Raeder versicherte ihm, er habe «bereits bei Robin-Moor-Fall Weisung gegeben, dass Führer wünscht, zurzeit jeden Zwischenfall mit USA Kriegs- und Handelsschiffen ausserhalb Sperrgebiets unter allen Umständen zu vermeiden. Für Sperrgebiet würden klare Befehle nötig sein, die die U-Boote nicht in unklare und gefährliche Lagen bringen oder nicht ausführbar wären.»

Raeder hatte verstanden und schlug vor, innerhalb eines Randstreifens der Kampfzone von fünfzig oder hundert Seemeilen Breite Angriffe auf amerikanische Kriegsschiffe zu vermeiden. Hitler wollte Missverständnisse ausschliessen und erklärte «des Näheren, dass er bis zur klaren Entwicklung des ‚Barbarossa‘ jeden Zwischenfall mit USA vermeiden möchte. Nach einigen Wochen würde die Lage geklärt sein, eine günstige Wirkung auf USA bzw. Japan sei dann zu erwarten, die Neigung der USA, in den Krieg einzutreten, würde dann geringer sein infolge der dann steigenden Bedrohung seitens Japans».<sup>77</sup> Damit hatte Hitler nicht nur klargestellt, dass das Verbot von Angriffen auf amerikanische Schiffe nur vorläufig galt, sondern auch die globalen strategischen Ziele des Angriffs auf die Sowjetunion unterstrichen. In dieser Hinsicht war die Position Japans entscheidend.

Beunruhigt und unsicher über die japanischen Absichten nach Abschluss des Dreimächtepakts, hatte die NS-Führung versucht, Tokio zum Angriff auf Singapur zu bewegen. Hitlers Weisung für die Kriegführung vom 5. März 1941 über die «Zusammenarbeit mit Japan» begann mit den Worten: «Das Ziel der durch den Drei-Mächte-Pakt begründeten Zusammenarbeit muss es sein, Japan so bald wie möglich zum *aktiven Handeln im Fernen Osten zu bringen*. Starke englische Kräfte werden dadurch gebunden, das Schwergewicht der Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika wird nach dem Pazifik abgelenkt.»<sup>78</sup> Einige Tage zuvor hatte Ribbentrop versucht, den gerade erst erneut zum Botschafter in Berlin ernannten Hiroshi Oshima, einen unverhohlenen Anhänger der Achse, von der Notwendigkeit des Angriffs auf Singapur zu überzeugen.<sup>79</sup> Man war sich im Klaren darüber, damit die Gefahr des amerikanischen Kriegseintritts heraufzubeschwören, den die deutsche Politik sonst um

jeden Preis verhindern wollte. Das war jedoch nur an der Oberfläche ein Widerspruch. Ein amerikanisches Engagement im Pazifik würde, so glaubte man, eine Kriegsteilnahme in Europa eher behindern als fördern. Darüber hinaus rechnete man bei einem raschen Schlag gegen Singapur, die Stütze der britischen Besitzungen im Fernen Osten, nicht mit einer Kriegserklärung der Vereinigten Staaten, da die amerikanischen Philippinen ungeschoren bleiben würden. Dennoch würden die Amerikaner, wie man hoffte, auf Kosten des Atlantiks die Verteidigung im Pazifik verstärken. Dass Deutschland jetzt nachdrücklicher versuchte, Japan zum Vorgehen gegen Singapur zu bewegen, hatte noch einen weiteren Grund: Falls es zum Krieg mit den Vereinigten Staaten kommen sollte, wollte man Japan unbedingt an seiner Seite haben, und da man sich der japanischen Absichten immer noch nicht sicher war, fürchtete man eine Annäherung zwischen Tokio und Washington, sodass Deutschland der amerikanischen Macht allein entgegentreten müsste.<sup>80</sup>

Diese Sorge blieb während des ganzen Frühjahrs 1941 bestehen und wurde durch die japanischen Versuche, die wachsende Spannung im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu verringern, noch verstärkt. Diese Schritte schienen im Widerspruch zu stehen zu dem von Oshima vermittelten Eindruck einer Unterstützung der deutschen Politik und zu den Berichten der deutschen Botschaft in Tokio über die antiamerikanische, achsenfreundliche Haltung des japanischen Aussenministers Matsuoka. Als dieser Ende März 1941 Berlin besuchte, bemühten sich sowohl Ribbentrop als auch Hitler, ihn auf einen frühen Schlag gegen Singapur festzulegen. Die Einnahme Singapurs, erklärte Ribbentrop, sei «vielleicht am ehesten geeignet [...], Amerika aus dem Krieg herauszuhalten, weil die Vereinigten Staaten es kaum riskieren dürften, ihre Flotte in die japanischen Gewässer zu entsenden. Wenn heute Japan in einem Krieg gegen England mit einem entscheidenden Schlag, wie dem Angriff auf Singapur, Erfolg haben würde, befände sich Roosevelt in einer sehr schwierigen Lage. Praktisch ist es für ihn schwer, etwas gegen Japan zu unternehmen.»<sup>81</sup> Hitler zog in seiner Unterredung mit Matsuoka alle rhetorischen Register. Deutschland, sagte er, sehe die Möglichkeit amerikanischer Hilfe für Grossbritannien. Aber eine spürbare Wirkung werde diese Hilfe erst 1942 entfalten können. Auch vor der Sowjetunion müsse sich Japan bei einem Vorgehen gegen Singapur nicht fürchten, da an der deutschen Ostgrenze genügend Divisionen bereitstünden, die notfalls eingesetzt werden könnten (die aktuellen



Angriffspläne enthüllte Hitler nicht). Die Partner des Dreimächtepakts seien jetzt zu «gemeinsamem Handeln» aufgefordert. Für Japan könne es keinen günstigeren Zeitpunkt zum Handeln geben. Doch zu Hitlers Enttäuschung reagierte Matsuoka zurückhaltend. Ein Angriff auf Singapur, erklärte er, sei zwar nur eine Frage der Zeit, und er selbst fände es umso besser, je eher er käme. Aber in Tokio herrsche eine andere Meinung vor. Deshalb könne er keine Zusage machen.<sup>82</sup>

Bei einem weiteren Treffen mit Matsuoka nach dessen kurzem Höflichkeitsbesuch bei Mussolini in Rom legte Hitler erneut eine Zuversicht an den Tag, die über seine grundlegenden Befürchtungen hinwegtäuschte. Sollten die USA in den Krieg eintreten, werde Deutschland den Sieg davontragen, versicherte er. Es würde seine U-Boot-Flotte und seine Luftwaffe einsetzen und habe Vorkehrungen getroffen, um eine amerikanische Landung in Europa unmöglich zu machen. Im Übrigen seien die deutschen Soldaten den amerikanischen haushoch überlegen. Dann gab Hitler unaufgefordert ein wichtiges Versprechen ab: Sollte Japan in einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten geraten, würde Deutschland «sofort die Konsequenzen ziehen». Amerika würde versuchen, seine Gegner einen nach dem anderen zu erledigen. «Daher würde Deutschland», beteuerte er, «unverzüglich in einem Konfliktfall Japan-Amerika eingreifen, denn die Stärke der drei Paktmächte sei ihr gemeinsames Vorgehen. Ihre Schwäche würde darin liegen, wenn sie sich einzeln niederschiessen liessen.»<sup>83</sup> Diese Überlegung ist eine wesentliche Erklärung dafür, warum Hitler acht Monate später den Vereinigten Staaten den Krieg erklärte. Für den Augenblick musste er akzeptieren, dass die japanischen Absichten verschwommen waren und dass er nichts tun konnte, um Japan zu dem von ihm gewünschten aggressiven Vorgehen im Fernen Osten zu bewegen.

Da die japanischen Pläne weiterhin nebulös blieben, während der Termin des Überfalls auf die Sowjetunion näher rückte, versuchte Berlin die Japaner zu einer eindeutigen antiamerikanischen Haltung zu drängen.<sup>84</sup> Aber man erreichte nichts. Am 6. Juni berichtete Botschafter Ott aus Tokio, dass Japan die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu verbessern versuche, um den amerikanischen Kriegseintritt zu verhindern. Infolgedessen sei der Angriff auf Singapur bis auf weiteres aufgeschoben worden, da man annehme, dass er «Amerika zum sofortigen Kriegseintritt veranlassen würde». Ott war sich si-

cher, dass Japan das Versprechen halten würde, zu kämpfen, wenn die Amerikaner die Initiative ergreifen und in den Krieg eintreten sollten. Bei einem Konflikt zwischen Deutschland und Russland würde sich Japan dagegen nicht verpflichtet fühlen, gemäss dem Dreimächtepakt den Kampf aufzunehmen.<sup>85</sup>

Als die deutsche Wehrmacht am 22. Juni in die Sowjetunion einfiel, konnten die Risiken aus Hitlers Sicht also kaum grösser sein. Ein schneller Triumph in Russland war absolut unerlässlich. Der totale Sieg Deutschlands hing von einem raschen Vernichtungsschlag gegen Stalins Truppen ab, den Japan, wenn möglich, durch einen Angriff auf Briten und Amerikaner im Fernen Osten unterstützen sollte. Das japanische Vorgehen, das Hitler nicht bestimmen konnte, war zu einem entscheidenden Element der deutschen Strategie geworden. Denn hinter allem stand die Möglichkeit einer amerikanischen Intervention. Wenn Washington, was unvermeidbar zu sein schien, in den Krieg eintrat, würde sich der Kampf in die Länge ziehen, und die deutschen Chancen würden sich deutlich verringern. In diesem Sinn liess Hitler am 17. Dezember 1940 Jodl wissen, dass man «1941 alle kontinentaleuropäischen Probleme lösen müsse, da ab 1942 die USA in der Lage wären, einzugreifen».<sup>86</sup>

### III

In den Wochen nach dem Angriff auf die Sowjetunion stand das Problem Amerika für Hitler verständlicherweise nicht im Vordergrund, blieb jedoch in seinen Gedanken präsent. Wichtig war in dieser Phase, bis der Sieg erreicht sein würde, vor allem, dass es im Atlantik nicht zu Zwischenfällen mit amerikanischen Schiffen kam, die Roosevelt als Anlass hätten dienen können, sein Land in den Krieg zu führen. Da Raeder und seine Untergebenen weiterhin ungeduldig auf ihren Einsatz warteten, blieb Hitler nichts anderes übrig, als unnachgiebig auf der bereits vor «Barbarossa» verfolgten Politik zu bestehen und trotz Roosevelts intensiviertem «unerklärten Krieg» im Atlantik die U-Boote zurückzuhalten. «Daher wolle er die bisherigen Weisungen vorläufig nicht geändert, vielmehr jeden Zwischenfall weiterhin vermieden wissen», wie Raeder nach einer Besprechung mit Hitler am 9. Juli notierte.<sup>87</sup>

Am Tag zuvor waren amerikanische Truppen in Island eingetroffen. Dies bedeutete eine weitere Abkehr von der Neutralität der Vereinigten Staaten und

erschwerte Deutschland zweifellos den Krieg im Atlantik, da es britischen Konvois, die dieselbe Route nahmen wie die amerikanischen Versorgungsschiffe für die Truppen in Island, die Atlantikpassage erleichtern würde. Aber Hitler wollte noch keine Gegenmassnahmen in Erwägung ziehen. Tatsächlich hatten U-Boot-Kommandanten im Nordatlantik sofort um die Erlaubnis gebeten, in isländischen Gewässern in Aktion treten zu dürfen. Doch die Politik blieb unverändert: keine Provokationen. Raeder nahm es mit Unwillen auf. Am 9. Juli ersuchte er Hitler in der «Wolfsschanze», dem in Ostpreussen errichteten «Führerhauptquartier», um eine Entscheidung darüber, «ob die Besetzung von Island als Kriegseintritt der USA zu betrachten oder als Provokation aufzufassen sei, die ignoriert werden solle». Hitlers Antwort gestattet einen Einblick in sein Denken. «Führer führt des Längeren aus», hielt Raeder fest, «dass ihm alles daran liege, den Kriegseintritt der USA noch ein bis zwei Monate hinauszuschieben, da einerseits der Ostfeldzug mit der gesamten Luftwaffe, die dafür bereitgestellt sei und die er auch nicht teilweise abziehen möchte, durchgeführt werden müsse und da andererseits die Wirkung des siegreichen Ostfeldzuges auf die Gesamtlage, wahrscheinlich auch auf die Haltung der USA, ungeheuer gross sein werde. Daher wolle er die bisherigen Weisungen vorläufig nicht geändert, vielmehr jeden Zwischenfall weiterhin vermieden wissen.»<sup>88</sup>

Ob Hitler mit der Verschiebung des Konflikts mit den Vereinigten Staaten um zwei Monate die Absicht verfolgte, nach einem siegreichen Ende des Ostfeldzugs selbst die Feindseligkeiten zu eröffnen, oder aber damit rechnete, dass Roosevelt seinerseits den Kriegseintritt vollziehen würde, ist nicht klar. Doch der Tonfall seiner Äusserungen legt die Vermutung nahe, dass er selbst diesen Schritt tun wollte. Dies wird durch eine Bemerkung gestützt, die er nur zwei Wochen später, am 25. Juli, gegenüber Raeder machte. Er wiederholte, dass er eine amerikanische Kriegserklärung vermeiden wolle, solange der Ostfeldzug im Gang sei. Nach dessen Ende behalte er sich jedoch «scharfes Vorgehen auch gegen USA» vor.<sup>89</sup> Zu diesem Zeitpunkt schien der Sieg im Osten fast erreicht zu sein. Heeresgeneralstabschef Halder hatte bereits am 3. Juli erklärt, es sei nicht zu viel gesagt, dass man den Ostfeldzug binnen zwei Wochen gewonnen haben werde.<sup>90</sup> Diese hochmütige Annahme sollte bald auf dramatische Weise widerlegt werden. Aber sie war charakteristisch für die eu-

phorische Atmosphäre, in der Hitler darüber fabulierte, gegen die Vereinigten Staaten losschlagen zu wollen, sobald seine Hände im Osten frei wären.

Mitte Juli eröffnete er Botschafter Oshima die Schwindel erregende Aussicht auf eine gemeinsame deutsch-japanische Anstrengung, nacheinander die Bedrohung durch die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten auszuschalten. «Um die Auseinandersetzung mit Amerika [werden] wir nicht herumkommen», sagte Hitler zu ihm. Man dürfe, weil er im Augenblick nichts unternehme, nicht denken, dass er die amerikanische Besetzung Islands akzeptiere. Er habe keine Angst vor Amerika. Die europäische Rüstungsindustrie sei wesentlich grösser als die amerikanische. Und er habe im Ersten Weltkrieg amerikanische Soldaten erlebt – die deutschen Soldaten seien ihnen weit überlegen. Sobald der Ostfeldzug beendet sei, werde er sein Augenmerk vom Heer auf Marine und Luftwaffe verlagern. (Tatsächlich hatte er bereits am Tag zuvor eine entsprechende Weisung zur Kriegführung erteilt. Dass er in ihr den Schwerpunkt auf U-Boote gelegt hatte, und nicht auf Überwasserschiffe, war ein deutliches Zeichen dafür, dass er Grossbritannien und die USA im Visier hatte.<sup>91</sup> Zudem sei daran erinnert, dass Hitler schon im Mai daran gedacht hatte, Stützpunkte auf den Azoren zu erobern, um von dort Langstreckenbomber nach Amerika starten zu lassen.<sup>92</sup>) Er sparte nicht mit lobenden Worten über die Wehrmacht und erklärte Oshima dann, dass die Vernichtung Russlands sowohl für Deutschland als auch für Japan von höchstem Interesse sei. Russland werde immer ein Verbündeter ihrer Feinde sein. Deutschland werde im Osten von der Sowjetunion und im Westen von den Vereinigten Staaten bedroht. Bei Japan sei es umgekehrt. «Daher sei er der Meinung», schlussfolgerte Hitler, «dass wir sie gemeinsam vernichten müssen.»

Die Umstände für eine japanische Intervention, hielt er Oshima implizit vor, seien optimal. «Der russische Krieg sei gewonnen», erklärte er rundheraus. Der Widerstand der Roten Armee werde bald gebrochen und der Feldzug im Osten bis September beendet sein. Er brauche keine Hilfe und könne den Kampf allein fortsetzen. Aber die Zerschlagung der Sowjetunion werde auch für Japan ein schicksalhafter Augenblick sein. Sowohl er als auch Ribbentrop (der an der Unterredung teilnahm) hatten Japan bereits aufgefordert, nach Sibirien vorzustossen. Ein Angriff auf Wladiwostok war vorübergehend zu einem Ersatz für die Eroberung Singapurs geworden.<sup>93</sup> Hitlers strategisches Ziel

wurde jetzt deutlich. «Was will Amerika denn machen», fragte er, «wie will es denn den Krieg führen? Die Vernichtung Russlands müsse das politische Lebenswerk Deutschlands und Japans werden. Und wir könnten uns das leicht machen, wenn wir gleichzeitig handelten, wenn wir gleichzeitig Russland den Lebensfaden abschnitten.» Darin lag die Chance – und die Hoffnung. «Wenn wir überhaupt die USA aus dem Krieg heraushalten könnten», mahnte er, «dann nur durch die Vernichtung Russlands und dann nur, wenn Japan und Deutschland eiskalt und eindeutig auftreten.»<sup>94</sup>

Wiederum hatte Hitler zwei Perspektiven angelegt: Einerseits sollte die Sowjetunion zerschlagen werden, um die Vereinigten Staaten aus dem Krieg herauszuhalten; andererseits sollte durch den Sieg im Osten die Ausgangslage für einen Angriff auf sie geschaffen werden. Auf jeden Fall zeigt die Unterredung mit Oshima zu einem Zeitpunkt, als der Krieg im Osten scheinbar so gut wie gewonnen war, dass Amerika in Hitlers Gedanken über den Weg zum endgültigen Sieg eine zentrale Rolle spielte. Die Herrschaft über Europa (und damit kam Hitler auf die Vorstellungen von 1928 zurück, wie er sie in seinem «zweiten Buch» dargelegt hatte) musste im Licht ihrer globalen Implikationen betrachtet werden. Sie war die Voraussetzung für die Kraftprobe mit den Vereinigten Staaten, die Hitler als unvermeidlich ansah. Und obwohl er offensichtlich auf Wirkung bedacht war, weil er hoffte, die Japaner bewegen zu können, in seinem Sinn zu handeln, war die japanische Position in seiner strategischen Vision zu diesem Zeitpunkt eindeutig von entscheidender Bedeutung. Aber er konnte nichts tun, ausser zu hoffen, dass die japanische Führung die Dinge genauso sah wie er. In Wirklichkeit tappte er hinsichtlich der japanischen Absichten weitgehend im Dunkeln, und das sollte auch so bleiben. Er war noch einen Monat später überzeugt, dass Japan die Sowjetunion angreifen würde.<sup>95</sup> Er konnte nicht wissen, dass sich die japanische Führung bereits am 2. Juli, zwei Wochen vor seinem Treffen mit Oshima, gegen die «Nordoption», also gegen den Angriff auf die Sowjetunion, entschieden hatte. Sie war sich weniger sicher als Hitler, dass der deutsche Krieg im Osten bereits gewonnen war.

Binnen eines Monats, nachdem sich Hitler gegenüber Oshima so zuversichtlich gegeben hatte, wechselte die Stimmung in seinem ostpreussischen Hauptquartier. Trotz anhaltender deutscher Fortschritte wurde klar, dass der Angriff kein schneller «Vernichtungsschlag» geworden war. Neben der zunehmenden Zahl von Opfern wuchsen auch die Nachschubprobleme. Vor al-

lem aber war die sowjetische Verteidigung hartnäckiger als erwartet. Am 11. August gestand General Halder ein, «dass der Koloss Russland [...] unterschätzt worden ist».<sup>96</sup> Es war abzusehen, dass sich der Krieg über den Winter hinziehen würde. Mitte August kam es zwischen Hitler, der unter Durchfall litt und unter grosser nervlicher Anspannung stand, und seinen führenden Militärberatern zur ersten von vielen sich schädlich auswirkenden Auseinandersetzungen, die noch folgen sollten. Gegenstand des Streits war die Frage, ob Moskau das Hauptziel sein sollte, wie die Generäle meinten, oder ob man, wie im «Barbarossa»-Plan festgelegt und von Hitler weiterhin gefordert, zuerst den Süden der Sowjetunion mit seinen Schlüsselindustrien und Erdölquellen erobern und durch die Einnahme Leningrads die Herrschaft über die Ostseeküste sichern sollte.<sup>97</sup> Während die Entscheidung in dieser Frage – die sich wenige Wochen später in dem verzweifelten Versuch auflöste, Moskau noch vor dem Einsetzen des Schneefalls einzunehmen – in der Luft hing und die Generäle unter Hitlers Zornesausbrüchen erzitterten, traf die Nachricht über die von Churchill und Roosevelt bei ihrem Treffen in der Placentia Bay in Neufundland beschlossene Atlantikcharta ein.

Goebbels bezeichnete die Charta zynisch, aber nicht ganz zu Unrecht als «typisches Propagandaprodukt» – davon verstand er etwas. «Offenbar war Churchill darauf hinausgegangen», merkte Goebbels an, «Amerika in den Krieg hineinzuziehen. Roosevelt kann augenblicklich im Hinblick auf die amerikanische Volksstimmung einen Eintritt der USA in den Krieg nicht vollziehen. So hat man sich offenbar auf einen Riesen-Propagandabluff geeinigt.» Goebbels wies die deutsche Presse an, ihr ganzes Gift über die acht Punkte der Charta auszugiessen, und erklärte, Roosevelt habe sich durch die Charta unwiderruflich auf die Seite der kriegführenden Briten geschlagen. Dennoch könne niemand behaupten, «dass durch diese Erklärung eine Wandlung in der allgemeinen Kriegssituation eingetreten sei».<sup>98</sup> Ribbentrop schloss sich in einer Notiz für Hitler vom 17. August dieser Linie an, indem er erklärte, es handle sich bei der Charta um einen «ganz grossen Bluff».<sup>99</sup>

Am nächsten Tag besuchte Goebbels den kranken und in reizbarer Stimmung befindlichen Hitler in der «Wolfsschanze». Wie kaum anders zu erwarten und von Goebbels vorausgesehen, spielte der Diktator die Bedeutung der Atlantikcharta herunter. Bei dieser wie bei vielen anderen Gelegenheiten wurden seine Ansichten über die Vereinigten Staaten zumindest teilweise von den

Berichten des deutschen Militärattachés in Washington geprägt. Von Bötticher hatte gekabelt, dass die Atlantik-Konferenz nicht von Bedeutung sei. Amerika würde, ungeachtet aller Erklärungen, noch nicht in den Krieg eintreten, da die militärischen Vorbereitungen bislang nicht ausreichten und man einen Zweifrontenkrieg fürchte. Im Übrigen seien die Meinungsverschiedenheiten in den Vereinigten Staaten Ausdruck des «Gegenspiels der jüdischen Weltanschauung und des wahren Amerikanertums», das gegen ein Eingreifen sei.<sup>100</sup>

Angesichts solcher Hintergrundinformationen ist es kaum verwunderlich, dass Hitler die Atlantikcharta nicht ernst nahm. Churchills Versuch, Roosevelt zum Kriegseintritt zu überreden, interpretierte er als Ausdruck innenpolitischer Schwierigkeiten.<sup>101</sup> Der amerikanische Präsident, führte er aus, habe ihm nicht entgegenkommen können, weil er seinerseits auf die innenpolitische Situation in den Vereinigten Staaten Rücksicht nehmen müsse. Roosevelt und Churchill hätten sich auf die Atlantikcharta verständigt, weil sie nicht in der Lage gewesen seien, praktische Schritte zu unternehmen. Die Charta, schloss Hitler, könne Deutschland «überhaupt keinen Schaden zufügen».<sup>102</sup>

Über die japanischen Absichten konnte man weiterhin nur rätseln. «Führer ist überzeugt», notierte Raeder nach seinem Lagevortrag am 22. August, «dass Japan den Angriff auf Wladiwostok ausführen wird, sobald der Aufmarsch vollzogen ist. Die Zurückhaltung im Augenblick ist damit zu erklären, dass der Aufmarsch ungestört vollzogen werden und der Angriff überraschend ausgeführt werden soll.»<sup>103</sup> Hitlers Optimismus war unbegründet und unangebracht. Aussenminister Ribbentrop war weit weniger zuversichtlich. Dass der achsenfreundliche japanische Aussenminister Matsuoka Mitte Juli durch Admiral Toyoda ersetzt worden war, dessen konziliantere Haltung gegenüber Washington bekannt war, bedeutete in seinen Augen nichts Gutes. Es rief die Befürchtung hervor, dass Japan nach der am 26. Juli verkündeten Einfrierung der japanischen Guthaben in den Vereinigten Staaten möglicherweise nach einer Annäherung an Amerika strebte. Diese Sorge verstärkte sich, als man Ende August erfuhr, dass Ministerpräsident Konoe Präsident Roosevelt eine wichtige Botschaft gesandt hatte. Darin sah man den Versuch, einen Konflikt zu vermeiden, also genau das Gegenteil dessen zu tun, was Deutschland wollte. Man konnte in Berlin nur spekulieren. Aber der Verdacht drängte sich doch

auf, dass Japan nicht gerade erpicht darauf war, etwas zu unternehmen, das einen Zusammenstoß mit den Vereinigten Staaten provozieren könnte.<sup>104</sup>

Das war die Lage, als der Greer-Zwischenfall die Spannung im Atlantik verschärfte. Goebbels neigte anfangs dazu, ihn herunterzuspielen. Er glaubte sogar, dass es ein britisches U-Boot gewesen sei, das eine Provokation inszenieren wollte, um die Amerikaner zum Kriegseintritt zu bewegen. Er war immer noch der Ansicht, dass Roosevelts Position nicht stark genug sei, um einen Krieg zu riskieren. Es überraschte ihn, wie ernst die amerikanische Presse den Vorfall nahm. Er seinerseits gestattete den deutschen Zeitungen, persönliche Angriffe auf Roosevelt zu veröffentlichen, allerdings ohne eine Verbindung zu dem Zwischenfall im Atlantik herzustellen oder die Vereinigten Staaten zu provozieren. «Unsere Position ist im Augenblick ausserordentlich schwierig», bemerkte er; «wir müssen mit feinstem Einfühlungsvermögen und höchstem Takt operieren.»<sup>105</sup> Nach Roosevelts «Shoot-on-sight»-Rede vom 11. September wies er die Presse jedoch an, den Präsidenten massiv zu attackieren. Er interpretierte die Ansprache als inoffizielle Kriegserklärung. Nur die öffentliche Meinung halte Roosevelt nach seiner Ansicht davon ab, Deutschland offiziell den Krieg zu erklären. Und für ihn bestand kein Zweifel daran, dass der amerikanische Präsident, falls es zu einer Reihe bewaffneter Zusammenstöße kommen sollte, die Öffentlichkeit ohne Schwierigkeiten dazu bewegen könnte, eine offizielle Kriegserklärung zu unterstützen. Goebbels unterstrich, wie unwillkommen dies für Deutschland gewesen wäre. «Der Kriegseintritt der USA», notierte er, «wäre für uns materiell nicht so sehr als psychologisch äusserst unangenehm. Aber auch das müsste ertragen werden.» Am Tag darauf fasste er seine eigene (und zweifellos auch Hitlers) Position zusammen: «Je länger eine formelle Kriegserklärung hinausgeschoben werden kann, umso besser ist es für uns. Haben wir, was wir alle hoffen und eindringlichst ersehnen, den Ostfeldzug zu einem siegreichen Abschluss gebracht, dann kann sie uns nicht viel mehr schaden.»<sup>106</sup>

Raeder und die Marineführung teilten die von Goebbels eingenommene vorsichtige Haltung nicht. Sie wollten in der «Atlantikschlacht» weiterhin mit allen Mitteln kämpfen und wehrten sich dagegen, die amerikanische Eskalation der Greer-Affäre herunterzuspielen. Am 17. September legten Raeder und U-Boot-Chef Dönitz Hitler eine Reihe von Vorschlägen zur Änderung der Befehle für die U-Boote im Atlantik vor. Beide waren der Auffassung, dass der



beste Weg zum deutschen Sieg darin bestand, Grossbritannien von seinem Nachschub aus den Vereinigten Staaten abzuschneiden. Um dies zu erreichen, sollte der Seekrieg auf amerikanische Geleitschiffe britischer Konvois ausgedehnt werden. In dieser Hinsicht zu zögern, war nach ihrer Meinung ein schwerer Fehler. Sie wollten die Erlaubnis, ohne Rücksicht auf das Blockadegebiet gegen Geleitschutzschiffe vorgehen und amerikanische Schiffe angreifen zu dürfen, wenn sie dem Feind halfen oder an einem Angriff oder einer Verfolgungsjagd beteiligt waren. Ausserdem sollte Deutschland, wenn es nach ihnen ging, vor der amerikanischen Küste nur eine Neutralitätszone von zwanzig Seemeilen anerkennen. Diese Vorschläge liefen auf eine nahezu unbeschränkte Handlungsvollmacht für U-Boote im Atlantik hinaus. Für Hitler gingen sie in dieser entscheidenden Phase des Ostfeldzugs viel zu weit. «Aufgrund eingehender Darlegung der Gesamtlage (Ende September grosse Entscheidung im Russlandfeldzug)», notierte Raeder nach der Besprechung, «bitet Führer, dahin zu wirken, dass bis etwa Mitte X [Oktober] keine Zwischenfälle im Handelskrieg sich ereignen.»<sup>107</sup> Aber die Sowjetunion war Ende September nicht besiegt. Und auch nach Mitte Oktober blieben Hitlers Befehle an die U-Boote im Atlantik bestehen.

Unterdessen nahm das sich anbahnende Drama an der Ostfront die ganze Aufmerksamkeit Hitlers und seiner Generäle in Anspruch. Obwohl Anfang Oktober der Vorstoss auf Moskau begonnen hatte, schwanden die Chancen, die Stadt noch vor dem Wintereinbruch einnehmen zu können. Der Zeitplan geriet durcheinander, und der dem «Unternehmen Barbarossa» zugrunde liegende grosse strategische Entwurf stand kurz vor dem Scheitern. Gleichzeitig nahm die Gefahr, die von den rasch aufrüstenden Vereinigten Staaten ausging, nicht ab. Nach Ansicht der deutschen Führung war Roosevelt – von «jüdischen Kriegstreibern» gedrängt – entschlossen, Amerika in den Krieg zu führen.

Aus Berliner Sicht war ein japanisches Vorgehen im Fernen Osten unerlässlich. Aber die Erwartungen an Japan hatten sich ein wenig verändert. Als Hitler im Juli mit Oshima gesprochen hatte, war er davon ausgegangen, dass sich die Japaner an der Zerschlagung der Sowjetunion beteiligen würden, um sich anschliessend den USA zuzuwenden. Jetzt begann man zu hoffen, dass die Spannungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten nicht schwächer und gar einer Annäherung Platz machen, sondern weiter zunehmen und in einen umfassenden pazifischen Krieg münden würden. Zu diesem Zeitpunkt

wollte Hitler Tokio nicht unter Druck setzen, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass Deutschland Japan brauche.<sup>108</sup> Dennoch versuchte Ribbentrop am 13. September mit dem Hinweis, Roosevelts aggressive Politik werde mit Sicherheit zum Krieg zwischen den Achsenmächten und den Vereinigten Staaten führen, von Japan die Zusicherung zu erhalten, dass es seine Verpflichtungen aus dem Dreimächtepakt erfüllen werde. Er wollte, dass Washington eine entsprechende Warnung erhielt.<sup>109</sup>

Der Regierungswechsel in Tokio am 18. Oktober weckte neue Hoffnungen. Das Ende des Kabinetts Konoe und die Regierungsübernahme durch den als Scharfmacher bekannten General Tojo wurden zutreffend als Zeichen dafür interpretiert, dass Verhandlungen mit Washington die Grundlage entzogen war. Hitler blieb jedoch skeptisch. In seinen Augen standen die starken Worte des neuen japanischen Kabinetts im Widerspruch zu seinen Handlungen. Er misstraute Tojo, hielt die Regierungsumbildung für einen taktischen Bluff, um den Amerikanern Zugeständnisse abzunötigen, und hatte nach wie vor grosse Schwierigkeiten, die Absichten der Japaner zu erkennen, die weiterhin völlig undurchsichtig waren. Sogar Oshima wurde über die Ziele seiner Regierung im Unklaren gelassen.<sup>110</sup> Goebbels jedoch nahm an, «dass nun wenigstens allmählich die japanische Intervention anzulaufen beginnt».<sup>111</sup> Dies wiederum würde die Amerikaner beschäftigen und sowohl vom Atlantik als auch vom europäischen Krieg ablenken sowie den Deutschen die Zeit verschaffen, den Feldzug im Osten zu Ende zu bringen. Solange der nicht beendet war, musste freilich das Verbot der Provokation von Zwischenfällen, die gefährliche Krisen im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten auslösen konnten, aufrechterhalten werden.

Deshalb schenkte die deutsche Presse solchen Zwischenfällen, obwohl ihre Zahl sprunghaft anstieg, nur beiläufig Beachtung. Aus deutscher Sicht übertrieb Roosevelt ihre Bedeutung aus innenpolitischen Gründen. Die Torpedierung der Kearny am 17. Oktober wurde dementsprechend als Erfindung des amerikanischen Präsidenten dargestellt, der auf diese Weise den umstrittenen Antrag über die Aufhebung wichtiger Abschnitte des Neutralitätsgesetzes durch den Kongress bringen wollte.<sup>112</sup> Und nachdem am 31. Oktober die Reuben James versenkt worden war, beschränkte sich die deutsche Presse auf ein vehementes Dementi von Roosevelts Behauptung, in seinem Besitz befänden sich Geheimdokumente, denen zufolge das NS-Regime Absichten in Südame-

rika habe. Zu den Konsequenzen der Versenkung selbst notierte Goebbels durchaus hellsichtig: «Roosevelt kann im Augenblick wahrscheinlich auch keinen Krieg gebrauchen. Er muss zuerst die Haltung Japans abwarten, und dann steht ihm auch noch die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten im Wege. Jedenfalls besteht, glaube ich, im Augenblick kein Grund zur Besorgnis.»<sup>113</sup> Am 8. November 1941, dem Jahrestag des gescheiterten Putschversuchs von 1923, unterstrich Hitler in einer Rede vor «alten Kämpfern» der NSDAP die deutsche Zurückhaltung im Atlantik und stellte sie dem aus seiner Sicht schiesswütigen Verhalten der Amerikaner und den Provokationen Roosevelts gegenüber, dessen angebliche Beweise für deutsche Pläne hinsichtlich Südamerikas er erneut mit Hohn und Spott bedachte.<sup>114</sup> Fünf Tage später teilte er Raeder mit, dass die Befehle für die Kriegsmarine sogar dann in Kraft bleiben würden, wenn der amerikanische Kongress das Neutralitätsgesetz aufheben sollte. Ziel der Marinepolitik bleibe es, «die Möglichkeiten zu Zwischenfällen mit amerikanischen Streitkräften grundsätzlich zu verringern».<sup>115</sup> Freilich konnte diese Linie, was auch Hitler gewusst haben muss (zumal die Marineführung schon seit Langem auf ihre Aufgabe drängte), nach der Änderung des Neutralitätsgesetzes nicht endlos verfolgt werden, ohne die «Atlantikschlacht» verlorenzugeben und dadurch die lebenswichtige Nachschublinie nach Grossbritannien zu stärken, die es dem Land erlaubte, den Krieg fortzuführen.<sup>116</sup> Deshalb hatte die deutsche Toleranzpolitik notwendigerweise eine Zeitgrenze, obgleich diese nicht genau bestimmt war.

Im Herbst hatte Hitler mehrmals in seiner üblichen weit ausholenden und verschwommenen Art über die grosse Kraftprobe mit den Vereinigten Staaten als Aufgabe der nächsten Generation gesprochen. Damit hatte er Vorstellungen aus den zwanziger Jahren wiederaufgegriffen. Wie weit er glaubte, was er sagte, ist schwer zu beurteilen. Für ihn zählte stets vor allem die Wirkung auf die Zuhörer.<sup>117</sup> Denn diesmal wusste er besser als alle anderen, dass es weit eher zur Kraftprobe kommen würde. In Wahrheit war der Krieg mit Amerika jetzt nicht mehr zu vermeiden und nicht einmal mehr hinauszuzögern. Da jedoch weder die Deutschen noch die Amerikaner bereit waren, als Erste die Schwelle zum umfassenden Krieg im Atlantik zu überschreiten, sollten schliesslich die Hitlers Kontrolle entzogenen Ereignisse im Pazifik die schicksalhafte Entscheidung herbeiführen, die Deutschland in offene Feindseligkeiten mit den Vereinigten Staaten verwickelte.

## IV

Ribbentrops Anfrage vom 13. September, in der er Japan um die Zusicherung gebeten hatte, dass es im Fall eines Krieges zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten seine Verpflichtungen gemäss dem Dreimächtepakt erfüllen werde, blieb den Oktober über unbeantwortet. Der Regierungswechsel in Tokio in der Mitte des Monats, als der Hardliner Tojo Fürst Konoe als Ministerpräsident ablöste, hatte in der Aussenpolitik keinen sichtbaren Kurswechsel zur Folge gehabt. Hitler, so wurde im Auswärtigen Amt kolportiert, erwartete nicht viel von dem neuen japanischen Kabinett. Entgegen seiner Haltung im Sommer, als er mit einem japanischen Angriff auf die Sowjetunion gerechnet hatte, fürchtete er jetzt offenbar, dass Tojo einen solchen Schritt im Sinn haben könnte. Er wollte inzwischen etwas anderes: Aus seiner Sicht war ein Konflikt zwischen Japan und den Vereinigten Staaten im Pazifik jetzt weit wünschenswerter. Er hegte immer noch die Hoffnung, dass er Grossbritannien durch einen Sieg über die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zwingen konnte. «[W]enn Russland nun zusammenbricht und England mit uns Frieden machen will», so sein Gedankengang, «könnte Japan uns nur hinderlich sein.»<sup>118</sup>

Über die Auswirkungen des Machtwechsels in Tokio auf die japanisch-amerikanischen Beziehungen war sich die deutsche Führung im Unklaren. Der deutsche Botschafter in Tokio hatte den Eindruck, dass sie sich verschlechtert hatten. Aber es gab kaum Anzeichen für konkretes Handeln. Später im selben Monat vermerkte Goebbels zunehmende Spannungen, allerdings lediglich auf der Ebene der Propaganda. «Es ist sehr fraglich», schrieb er, «ob Tojo zu entscheidenden Handlungen vorschreiten wird. Vielleicht hat der Führer mit seiner Skepsis doch Recht. Jedenfalls soll man sich hier keinen falschen Hoffnungen hingeben.»<sup>119</sup> Am Ende des Monats berichtete Botschafter Ott aus Tokio, die Japaner seien hinsichtlich der Warnung an die Vereinigten Staaten, die Deutschland sechs Wochen zuvor, am 13. September, erbeten hatte, immer noch nicht zu einer Entscheidung gelangt.<sup>120</sup> Das war äusserst entmutigend. Goebbels war unter Hitlers Einfluss im Hinblick auf die Japaner mittlerweile zu einem Skeptiker geworden. Tojo «klappert, aber er schießt nicht», lautete sein Urteil am 6. November. «Die Japaner», fuhr er fort, «sind also im Augenblick noch nicht geneigt, aktiv in den Konflikt einzugreifen [...]

Gott sei Dank haben wir auf die aktive militärische Hilfe Japans nicht gerechnet, so dass durch diese Tatsache in unseren Kalkulationen keine wesentliche Verschiebung eintritt.»<sup>121</sup>

Goebbels war nicht ganz im Bild, denn zu diesem Zeitpunkt waren die Dinge gerade in Bewegung geraten. Und die Annäherung ging nicht von Berlin, sondern von Tokio aus. Das erste Anzeichen war am 5. November eine Nachricht von Ott über eine Fühlungnahme der japanischen Marine, die feststellen wollte, «ob Deutschland bereit sei, Japan eine Rückversicherung dafür zu geben, dass es im Falle eines japanisch-amerikanischen Krieges [...] keinen Sonderfrieden abschliesst».<sup>122</sup> Noch viel versprechender – und der Beginn eines hektischen Notenwechsels – war ein Schreiben von General Kio Puku Okamoto, dem Leiter der Abteilung für fremde Heere im japanischen Generalstab, vom 18. November. Okamoto erklärte, dass eine friedliche Lösung der zwischen Japan und den Vereinigten Staaten bestehenden Probleme nach Ansicht des Generalstabs unwahrscheinlich sei. Sollten die Beziehungen abgebrochen werden, müsste Japan zur «Selbsthilfe» greifen, wonach der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten folgen würde. Er, Okamoto, wolle sich namens des Generalstabs vergewissern, «dass beide Staaten, Deutschland und Japan, sich verpflichten, einen Waffenstillstand oder Frieden nicht vereinzelt, sondern nur gemeinsam zu schliessen».<sup>123</sup> Ribbentrop antwortete umgehend. In seiner Erwiderung, die Ott am 21. November überreichte, erklärte er, in Berlin halte man es für selbstverständlich, dass im Fall eines Krieges zwischen Japan oder Deutschland und den Vereinigten Staaten ein Waffenstillstand oder Friedensschluss nur gemeinsam eingegangen werden dürfe und dass man dies zum Gegenstand eines förmlichen Abkommens machen könne.<sup>124</sup>

Die Japaner verschwendeten keine Zeit. Schon zwei Tage später, am 23. November, übermittelte Ott die Antwort Okamotos, der mitteilte, dass Tojo wegen des Schreibens konsultiert worden sei. Danach drehte sich die diplomatische Spirale ein Stück weiter. Ott berichtete, dass Okamoto von ihm hatte wissen wollen, «ob [...] sich demnach Deutschland im Falle einer japanischen Kriegseröffnung gegen die Vereinigten Staaten ebenfalls mit diesen im Kriege befindlich betrachten werde».<sup>125</sup> Nach dem Dreimächtepakt wäre ein gemeinsames Handeln, wie erwähnt, nur bei einem Angriff von dritter Seite erforderlich gewesen. Für den Fall, dass Japan den ersten Schuss abgeben sollte, war

nichts vereinbart worden. Merkwürdigerweise war die mündliche Zusage, die Hitler Matsuoka im vorangegangenen April, ohne auf die Frage nach dem Angreifer einzugehen, gegeben hatte – dass Deutschland Japan in einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten sofort zu Hilfe eilen würde –, in der Zwischenzeit vergessen oder ignoriert worden.<sup>126</sup> Ob sie damals falsch nach Tokio übermittelt, nicht als ernst gemeinte, bindende Verpflichtung verstanden oder einfach übersehen worden war, ist nicht klar. Auf jeden Fall war sie keine förmliche Vereinbarung. Deshalb ersuchte Okamoto jetzt um eine Zusicherung, dass Deutschland auch in einem von Japan selbst begonnenen Krieg militärische Hilfe leisten würde – was der Pakt nicht vorsah. Eine solche Garantie würde Deutschland auf einen Krieg mit den USA festlegen – was Berlin bis zu diesem Zeitpunkt unbedingt hatte vermeiden wollen. Zudem würde Deutschland die Entscheidung darüber, ob es gegen die Vereinigten Staaten Krieg führen sollte, Japan überlassen. Als Gegenleistung für eine solche Garantie bot Okamoto buchstäblich nichts an. Hinzu kam, dass sich die japanische Regierung, während sie sich um eine Übereinkunft mit Deutschland bemühte, die einen Separatfrieden mit den Vereinigten Staaten ausschliessen sollte, ihrerseits darauf festgelegt hatte, ein deutsches Ersuchen um einen Angriff auf die Sowjetunion abschlägig zu bescheiden. Sollte Berlin einen japanischen Krieg gegen die UdSSR zur Bedingung eines Abkommens über die deutsche Unterstützung in einem Krieg gegen die USA machen, würde es kein Abkommen geben.<sup>127</sup> Das hätte allerdings die japanischen Kriegsvorbereitungen, die inzwischen ins Endstadium eingetreten waren, nicht beendet.

Doch davon wussten die Deutschen nichts. Aussenamtsstaatssekretär von Weizsäcker hatte am 23. November in seinem Tagebuch notiert, dass die Kluft zwischen den japanischen und amerikanischen Forderungen nur schwer zu schliessen sei, dass Tokio aber kaum etwas über den Fortgang der Verhandlungen mit Washington verlauten lasse.<sup>128</sup> Goebbels bemängelte weiterhin Tojos vermeintlich fehlenden Kampfgeist. «Jedenfalls kann im Augenblick überhaupt keine Rede davon sein», notierte er Mitte November, «dass die Japaner die Absicht haben, in den kriegerischen Konflikt einzugreifen.»<sup>129</sup> Tatsächlich hatte die japanische Führung bereits den 25. November als letzten Termin für eine Einigung mit den Amerikanern festgesetzt. Sollte keine Übereinkunft erzielt werden, würde man den Krieg beginnen. Und so kam es: Am nächsten Tag stach insgeheim der Schiffsverband in See, der Pearl Harbor angreifen sollte.

Okamoto erhielt auf seine Hauptfrage fünf Tag lang keine Antwort.<sup>130</sup> Aber als Ribbentrop am 27. November erfuhr, dass die Amerikaner Japan ein Ultimatum gestellt hatten, das mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Ende der Verhandlungen und Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen würde, handelte er rasch – zweifellos nach Rücksprache mit Hitler.<sup>131</sup> Am nächsten Tag sagte er zu Botschafter Oshima, dass sich nach seiner Ansicht jetzt eine Kraftprobe mit den USA nicht mehr vermeiden liesse. Die Situation könne gar nicht günstiger sein. Er empfahl eine sofortige Kriegserklärung sowohl an die Vereinigten Staaten als auch an Grossbritannien. Laut Oshimas Bericht an Tokio stellte der deutsche Aussenminister anschliessend fest: «Sollte Japan in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten verwickelt werden, würde sich Deutschland natürlich sofort anschliessen. Unter solchen Umständen sei es völlig unmöglich, dass Deutschland einen Separatfrieden mit den Vereinigten Staaten schliesse. Der Führer habe sich in dieser Hinsicht entschieden festgelegt.»<sup>132</sup>

Am 30. November versicherte Botschafter Ott in Tokio dem japanischen Aussenminister Togo, dass Deutschland zu Japan stehen werde.<sup>133</sup> Oshima erhielt telegrafisch eine dringende Anweisung. Er sollte Hitler und Ribbentrop vertraulich davon in Kenntnis setzen, «dass ein militärischer Zusammenstoss zwischen [Japan] und den Angelsachsen jederzeit möglich» sei, und hinzufügen, dass die Entwicklung «schneller zum Krieg führen kann, als man derzeit glaubt».<sup>134</sup> Sein eigentlicher Auftrag bestand aber darin, Ribbentrops mündliches Versprechen in eine schriftliche Vereinbarung umzusetzen. Am späten Abend des 1. oder frühen Morgen des 2. Dezember teilte Oshima Tokio die Zustimmung des deutschen Aussenministers mit. Vor der Ausarbeitung einer förmlichen Vereinbarung müsse Ribbentrop jedoch Hitlers Einverständnis einholen.<sup>135</sup>

Obwohl Staatschefs Anfang der vierziger Jahre nur selten telefonisch oder über Funk gänzlich unerreichbar waren, scheint Hitler in den nächsten drei Tagen von allen Nachrichtenverbindungen abgeschnitten gewesen zu sein. Er war nach einem Frontbesuch mit dem Flugzeug aufgehalten worden, sodass er erst am 4. Dezember in sein ostpreussisches Hauptquartier zurückkehren konnte. Erst an diesem Tag erreichte ihn Ribbentrop, erhielt grünes Licht und konnte in aller Eile eine neue Übereinkunft ausarbeiten, die praktisch den Dreimächtepakt vom vorangegangenen Jahr ersetzte und Oshima noch am sel-

ben am Abend vorgelegt wurde.<sup>136</sup> Nach Hitlers Entscheidung waren die Würfel für den deutschen Eintritt in einen Krieg gegen die Amerikaner gefallen.

Ribbentrop hatte es eilig und setzte umgehend Rom ins Bild, das sich auf der Stelle dem neuen Pakt anschloss. Mussolini war erfreut über die japanische Initiative. «So kommen wir zum Krieg der Kontinente», erklärte er, «das hatte ich seit September 1939 vorausgesehen.»<sup>137</sup> In den entscheidenden ersten beiden Paragraphen verpflichteten sich die Unterzeichner, im Fall eines Krieges zwischen einem der Vertragspartner und den Vereinigten Staaten ihrerseits in den Krieg einzutreten und nur mit dem Einverständnis aller Partner einen Waffenstillstand oder Frieden mit den Vereinigten Staaten oder Grossbritannien zu schliessen.<sup>138</sup> Jetzt musste der Vertrag nur noch unterzeichnet werden. Weizsäcker rechnete mit dem Abschluss der Verhandlungen am 6. Dezember.<sup>139</sup> Doch er irrte sich. Es blieben noch Einzelheiten zu klären, und das brauchte Zeit.

Schon seit einigen Tagen hatte die deutsche Führung den Eindruck, dass die Krise in den Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ihrem Höhepunkt zustrebte. Das war vor dem Hintergrund des in den Weiten Russlands ins Stocken geratenen Vormarschs der Wehrmacht und der sich vor Moskau zusammenbrauenden militärischen Krise hochwillkommen, ebenso wie die von Oshima genährte Hoffnung auf einen baldigen japanischen Angriff auf Singapur.<sup>140</sup> Die Eile, mit der man dem japanischen Wunsch nach einer Neuformulierung des Dreimächtepakts nachkam, war Ausdruck dieses Gefühls, dass der Konflikt vor einem Wendepunkt zugunsten Deutschlands stand.

Hitlers (und Ribbentrops) Optimismus hinsichtlich der Japaner wurde nicht von allen geteilt. Weizsäcker notierte, dass die Japaner den Zusammenstoss mit den Amerikanern seit einigen Tagen als unvermeidlich betrachten würden. Aus deutscher Sicht würden sich Nutzen und Nachteil eines japanischen Kriegseintritts wahrscheinlich die Waage halten. Er selbst würde ihn, wenn er die langfristigen deutschen Chancen optimistischer sähe, letztlich nicht begrüssen.<sup>141</sup> Jetzt erfuhr auch der Generalstab vom Aussenministerium, dass der Sturm wahrscheinlich bald ausbrechen würde. Halder hörte am 6. Dezember, dass der Konflikt zwischen Japan und den Vereinigten Staaten «bevorsteht».<sup>142</sup> Goebbels, der über das diplomatische Hin und Her zwischen Tokio und Berlin nicht im Einzelnen informiert war, beobachtete wiederholt, dass sich die Spannungen verschärften. Am 6. Dezember notierte er: «Die Ausein-



andersetzung zwischen Washington und Tokio steht immer noch auf einem kritischen Höhepunkt. Ich habe nicht mehr den Eindruck, dass hier noch etwas zu kitten ist; irgendwann wird auch in diesem Konflikt die Bombe platzen.»<sup>143</sup>

Er hatte keine Ahnung, wie nah er der Wahrheit gekommen war. Am nächsten Morgen hawaiianischer Zeit bombardierten japanische Flugzeuge Pearl Harbor. In Mitteleuropa war es Abend, als die Neuigkeit in Hitlers Hauptquartier eintraf.

v

Die deutsche Führung war über den japanischen Angriff nicht vorgewarnt worden. Tatsächlich scheint sie gehofft zu haben, dass die Amerikaner den ersten Schlag führen würden.<sup>144</sup> In der ersten Dezemberwoche glaubte man, laut Weizsäcker, in Berlin immer noch nicht an einen «direkten Angriff» Japans. Als die Nachricht von Pearl Harbor eintraf, dachte das Auswärtige Amt zuerst, es handle sich um eine «Zeitungsente».<sup>145</sup> Das war auch Ribbentrops erste, gereizte Reaktion. Er glaubte, seine Presseabteilung sei auf einen alliierten Propagandatrick hereingefallen. Man solle weitere Erkundigungen einziehen und ihm am nächsten Morgen Bericht erstatten.<sup>146</sup> Offenbar wurde ihm die Nachricht schon früher bestätigt, denn in der Nacht erhielt der italienische Aussenminister Ciano in Rom einen aufgeregten Telefonanruf seines deutschen Amtskollegen. «Er strahlt wegen des japanischen Angriffs gegen Amerika», notierte Ciano anschliessend. Er hatte Ribbentrop gratuliert, zweifelte aber an den Vorteilen der neuen Entwicklung. Nach seiner Ansicht war nur eins sicher: «dass Amerika in den Krieg eintreten wird und dass der Krieg so lang dauern wird, dass Amerika sein ganzes Potential zur Wirksamkeit bringen kann».<sup>147</sup> Weizsäcker war in Bezug auf den Nutzen für Deutschland insgeheim ebenfalls skeptisch. Japan habe sich nunmehr in die Reihen der «Aggressoren» eingereiht, notierte er in seinem Tagebuch. «Der militärische Effekt soll ein sehr grosser sein, um diese Prozedur zu rechtfertigen. Nun wird unser Verhältnis zu USA sich auch recht schnell klären», vermutete er.<sup>148</sup>

Goebbels hatte die Zunahme der Spannungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten zwar aufmerksam verfolgt, wurde aber von der Nachricht

über Pearl Harbor ebenfalls überrascht. «[P]lötzlich bricht dann wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Nachricht herein, dass Japan die Vereinigten Staaten angegriffen hat», schrieb er in sein Tagebuch. Er hatte darauf gehofft, in den vergangenen Wochen aber bezweifelt, dass es geschehen würde. Er wusste noch nicht genau, wo der Angriff stattgefunden hatte – «irgendwo im Stillen Ozean». Im Lauf der Nacht kamen weitere Neuigkeiten herein. Roosevelt hatte den Kongress einberufen und um sechs Uhr früh Japan den Krieg erklärt. Kurz darauf war Hitler am Telefon, der über die Entwicklung «ausserordentlich glücklich» war und für Mittwoch, den 10. Dezember – es war mittlerweile Montag früh –, eine Reichstagsitzung anberaumen wollte, «um die deutsche Stellungnahme zu präzisieren». Wie stets dachte er sofort an die Propagandawirkung und vergeudete keine Zeit. Goebbels rechnete jetzt (sein Kommentar ist am Anfang dieses Kapitels zitiert worden), wahrscheinlich aufgrund des Telefongesprächs mit Hitler, mit einer Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten in Erfüllung des Dreimächtepakts. Er sah einen klaren Vorteil darin, dass die amerikanischen Waffenlieferungen an Grossbritannien wahrscheinlich stark verringert werden würden. Ausserdem sei Deutschland, wie er notierte, jetzt «gewissermassen in der Flanke abgeschirmt», da die Amerikaner von den Ereignissen im Pazifik abgelenkt würden. «Über die Entwicklung herrscht beim Führer und im ganzen Hauptquartier hellste Freude. Wir haben nun wenigstens eine schwere Bedrohung für vorläufig vom Halse», konstatierte er, zweifellos Hitlers Gedanken wiedergebend, wenn nicht sogar direkt zitierend. «Roosevelt wird in den nächsten Wochen und Monaten nicht mehr so frech sein, wie er in den vergangenen gewesen ist. Nun ist dieser Krieg ein Weltkrieg in des Wortes wahrster Bedeutung geworden. Aus kleinstem Anlass beginnend, schlägt er nun Wellen über den ganzen Erdball.» Das sei Deutschlands grosse Chance, sobald man die aktuelle Krise überwunden habe. «Gewinnen wir diese Partie», resümierte er, «dann steht der Verwirklichung des deutschen Weltmachttraums nichts mehr im Wege.»<sup>149</sup>

Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Krise an der Ostfront, wo zwei Tage zuvor die sowjetische Gegenoffensive gegen die unweit von Moskau steckengebliebenen, frierenden und erschöpften deutschen Truppen begonnen hatte, empfand Hitler ungetrübte Freude über die Entwicklung im fernen Pazifik. «Wir können den Krieg gar nicht verlieren», rief er erleichtert aus. «Wir haben jetzt einen Bundesgenossen, der in 3'000 Jahren nicht besiegt wor-

den ist.»<sup>150</sup> Für ihn war es nicht weniger als eine «Erlösung».<sup>151</sup> Als Hitler, das Telegramm mit der Nachricht über den Ausbruch des Krieges zwischen Japan und den USA in der Hand, zu Keitel hereinstürzte, hatte der OKW-Chef den Eindruck, dass er sich «von einem Alb befreit fühlte».<sup>152</sup> Die Neuigkeit verbreitete sich rasch, und das gesamte Hauptquartier wurde von einem «Freudentaumel» erfasst.<sup>153</sup> Hätte Hitler geahnt, dass sich die von den Japanern in Pearl Harbor verursachten Schäden, nachdem sich der Staub gelegt hatte, als wesentlich geringer herausstellen sollten als der Vernichtungsschlag, den Tokio benötigt hätte, wäre er wohl weniger hochgestimmt gewesen. Doch wie die Dinge lagen, war er zuversichtlich, dass sich jetzt als richtig herausstellen würde, was er seit Langem erwartet hatte: dass die amerikanischen Kräfte durch den Krieg im Pazifik gebunden sein würden und die Position Grossbritanniens sowohl durch den abnehmenden Nachschub über den Atlantik als auch durch japanische Angriffe auf seine Besitzungen in Fernost untergraben werden würde. Die deutschen Aussichten schienen sich mit einem Schlag erheblich verbessert zu haben. Kein Wunder, dass Hitler immer noch Optimismus ausstrahlte, als er am 9. Dezember in Berlin eintraf.<sup>154</sup>

Angesichts dieser Annahmen bestand nie der geringste Zweifel daran, dass Hitler die Gelegenheit nutzen würde, um Deutschland in den Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu führen. Dies war, wie gesagt, keine spontane emotionale Reaktion auf Pearl Harbor. Schon seit Wochen gründeten die Gespräche mit den Japanern auf der Voraussetzung, dass Deutschland, möglicherweise, ohne es selbst bestimmen zu können, in einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten eintreten würde. Als er von Pearl Harbor erfuhr, zögerte Hitler keinen Augenblick. Dass Deutschland jetzt den Vereinigten Staaten den Krieg erklären würde, hielt Goebbels nach seinem Telefongespräch mit ihm für ausgemacht. Als Hitlers Luftwaffenadjutant Nicolaus von Below am Morgen des 9. Dezember aus einem Urlaub ins «Führerhauptquartier» zurückkehrte, drängte sich ihm der Eindruck auf, dass Pearl Harbor als Signal für die Kriegserklärung an Amerika verstanden wurde.<sup>155</sup> Auch Wolfgang Brocke, der damals als junger Offizier in Hitlers Hauptquartier diente, berichtete später, Hitlers erste Reaktion auf die Nachricht über Pearl Harbor sei der Gedanke gewesen, dass er jetzt den Vereinigten Staaten den Krieg erklären könne.<sup>156</sup>

Hinter Hitlers grundlegender Entscheidung standen fraglos die Erfordernisse der «Atlantikschlacht». Nach Keitels Ansicht war Hitlers Hochstim-

mung, nachdem er die Nachricht über den Angriff auf Pearl Harbor erhalten hatte, auf die Erwartung zurückzuführen, dass sich die Folgen des «latenten Kriegszustands» mit den Amerikanern, der sich zu Deutschlands Nachteil ausgewirkt hatte, verringern würden.<sup>157</sup> Ohne die offizielle Kriegserklärung abzuwarten, hob er in der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember die den U-Booten auferlegten Einschränkungen auf. Fortan stand es ihnen frei, auch amerikanische Schiffe anzugreifen.<sup>158</sup> Das sei für die U-Boot-Kommandanten eine erhebliche Erleichterung, merkte Goebbels an. Man könne keinen «Torpedierungskrieg» führen, wenn die Kommandanten ein halbes Dutzend Handbücher lesen müssten, um herauszufinden, ob sie die Schiesserlaubnis hätten. Das Versagen im Seekrieg liege zum grossen Teil daran, dass die U-Boote lahmgelegt seien. «Das ist nun zu Ende», stellte er erleichtert fest. «Es werden keine Freizonen mehr geachtet, und es wird keine amerikanische Flagge mehr respektiert. Wer irgendwie auf dem Wege nach England getroffen wird, muss gewärtig sein, von unseren U-Booten torpediert zu werden.»<sup>159</sup> Das entsprach Hitlers Gedanken.

Als Ribbentrop ihn am Morgen des 9. Dezember aufsuchte – vor der Kriegserklärung, aber nachdem den U-Booten die Schiesserlaubnis erteilt worden war –, stellte Hitler fest, der Hauptgrund dafür, dass Deutschland jetzt auch gegen Amerika Krieg führen werde, sei darin zu suchen, «dass bereits die USA gegen [deutsche] Schiffe schösse und damit praktisch den Kriegszustand hergestellt habe. Es sei also nur noch eine Frage der Form, oder jedenfalls sei wohl dieser praktisch offizielle Kriegszustand jederzeit durch einen Zwischenfall zu erwarten.»<sup>160</sup> Monatelang hatte er die Marineführung zurückgehalten, während sie wegen der Einschränkungen ihrer Operationen im Atlantik an den Zügeln gezerrt und die Amerikaner gleichzeitig nach und nach ihren «unerklärten Krieg» verschärft hatten. Trotz sich häufender Provokationen hatte Hitler die Marine gezwungen, sich zurückzuhalten. Aber es war ihm nicht leichtgefallen. Er konnte den Augenblick kaum erwarten, in dem er endlich würde zurückschlagen können. Die Heftigkeit, mit der er in seiner Reichstagsrede am 11. Dezember seiner aufgestauten Wut über eine anscheinend endlose Liste amerikanischer Verfehlungen im Atlantik freien Lauf liess, war nicht nur wegen des Propagandaeffekts gespielt.<sup>161</sup> In ihr drückte sich sein brennender Wunsch aus, es Roosevelt heimzuzahlen. Noch wichtiger war, dass die U-Boote das einzige

Mittel waren, mit dem er Amerika angreifen konnte. Und ohne die Vereinigten Staaten zum Rückzug oder wenigstens zu Konzessionen zu zwingen, war der Krieg jetzt nicht mehr zu beenden.

Den klarsten Hinweis auf Hitlers Denken stellen seine vertraulichen Äußerungen vor der Parteiführung am Nachmittag des nächsten Tages dar. Sie bestätigen, dass er bei seiner grundlegenden Entscheidung vor allem den Atlantik im Blick hatte. Goebbels gab seine Worte wie folgt wieder:

«Er stellt eindeutig die ausserordentliche Bedeutung des japanischen Kriegseintritts heraus, vor allem auch im Hinblick auf unseren U-Boot-Krieg. Unsere U-Boot-Kommandanten wussten zum Schluss nicht mehr, ob sie torpedieren durften oder nicht. Ein U-Boot-Krieg kann auf die Dauer nicht von Erfolg begleitet sein, wenn die U-Boote kein freies Schussfeld besitzen. Der Führer ist der Überzeugung, dass er, auch wenn Japan nicht in den Krieg eingetreten wäre, über kurz oder lang den Amerikanern den Krieg hätte erklären müssen. Nun fällt uns der Ostasien-Konflikt wie ein Geschenk in den Schoß. Es ist zwar von allen deutschen Stellen mit Energie daran gearbeitet worden, aber immerhin kam er dann doch so plötzlich, dass er zum Teil unerwartet wirkte. Auch psychologisch ist das von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Eine Kriegserklärung von uns an die Amerikaner ohne das Gegengewicht des Ostasien-Konflikts wäre vom deutschen Volke sehr schwer hingenommen worden. Heute findet jeder diese Entwicklung fast selbstverständlich. Der Führer hat bezüglich dieser Frage in den vergangenen Wochen und Monaten einen ausserordentlich schweren inneren Kampf durchgeföhrt, denn er wusste, dass entweder der U-Boot-Krieg überhaupt zur Wirkungslosigkeit verurteilt war oder er doch den entscheidenden Schritt zur Kriegführung gegen Amerika unternehmen musste. Jetzt ist ihm diese Zentnerlast vom Herzen heruntergefallen. Den Kampf um den Atlantik sieht er nun ausserordentlich viel positiver als in der Vergangenheit. Er glaubt, dass jetzt die Versenkungsziffern wesentlich hinaufschnellen werden. Überhaupt erblickt er im Tonnageproblem das entscheidende Problem der gegenwärtigen Kriegführung. Wer dies Problem löst, der wird wahrscheinlich den Krieg gewinnen.»<sup>162</sup>

Der Hauptgrund für Hitlers Entscheidung war der einseitige Zustand des «un-erklärten Kriegs». Jetzt hatte er die Rechtfertigung, die ihm gefehlt hatte, um

den unbeschränkten U-Boot-Krieg im Atlantik zu eröffnen und zu verhindern, dass die U-Boote so nutzlos blieben, wie sie es 1915/16 gewesen waren.<sup>163</sup> Auch in der Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten waren die Nachwirkungen des Ersten Weltkriegs, der einen solch unauslöschlichen Eindruck bei Hitler hinterlassen hatte, zu spüren.

Pearl Harbor bot die Gelegenheit. Ohne den japanischen Angriff hätte Hitler offenbar nicht das Zutrauen gehabt, um einen derart gewaltigen Schritt zu unternehmen. Hinter den hektischen diplomatischen Bemühungen, seit Japan Anfang November um eine umfassendere militärische Zusage als die im Dreimächtepakt enthaltene gebeten hatte, dürfte die Erkenntnis gestanden haben, dass der Ausbruch offener Feindseligkeiten mit den Vereinigten Staaten in naher Zukunft sowohl für Deutschland als auch für Japan immer wahrscheinlicher wurde. Die Verhandlungen hatten schliesslich ein Stadium erreicht, in dem Deutschland zu einem förmlichen Abkommen bereit war, das es auch dann zum Kriegseintritt verpflichtete, wenn nicht Amerika, sondern Japan die Kampfhandlungen eröffnete. Es war eher Zufall als Absicht, dass das Abkommen noch nicht unterzeichnet war, als die Bomben auf Pearl Harbor fielen. Hitler war daher weder durch den Dreimächtepakt noch durch einen anderen Vertrag zu irgendetwas verpflichtet. Er hatte, was er wollte: Japan führte im Pazifik Krieg gegen die Vereinigten Staaten. Er hätte sich mit der Aussicht zufriedengeben können, dass das Gottesgeschenk von Pearl Harbor Washington dazu bringen würde, seine Kräfte in den Pazifik umzuleiten. Er hätte einfach die angespannten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechterhalten können, wie sie waren. Oder er hätte die Befehle für die U-Boote ändern können (wie es Raeder seit Monaten verlangt hatte), ohne den USA den Krieg zu erklären – was er für die zwei Tage vor seiner Reichstagsrede auch tat. Aber er wollte weder passiv bleiben, noch einfach die Konfrontation mit den Amerikanern intensivieren (womit er wahrscheinlich den Druck auf Roosevelt erhöht hätte, entweder eine Kriegserklärung zu riskieren oder das Gesicht zu verlieren). Stattdessen entschied er sich (ohne Zwang, was internationale Verpflichtungen anbelangte) für eine vollgültige Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten. Diese Entscheidung traf er anscheinend sehr schnell und ohne jede Beratung.

Gleichwohl trat, trotz des Drängens vonseiten Japans, eine Verzögerung ein. Hitler war sich im Klaren darüber, wie wichtig seine Rede war.

Sie würde überall auf der Welt gehört werden, nicht zuletzt in Japan und Amerika, und sie musste im Inland eine grosse Wirkung erzielen. Hitler hatte Goebbels seit Wochen zugesagt, zum deutschen Volk zu sprechen. Aber der Ostfeldzug war kaum nach Plan verlaufen. Jetzt aber hatte er einen Anlass für eine Rede, etwas, mit dem er wirkungsvoll Propaganda betreiben konnte. Ribbentrop teilte Oshima am 9. Dezember mit, dass Hitler über die aus psychologischer Sicht geeignete Weise einer Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten nachdenke.<sup>164</sup> Am nächsten Tag musste der Termin für die Reichstagsitzung jedoch verlegt werden. Hitler war von einer endlosen Reihe von Besprechungen aufgehalten worden und hatte noch nicht einmal begonnen, an seiner Rede zu arbeiten.<sup>165</sup> Er wollte sie besonders sorgfältig vorbereiten. Deshalb wurde die Reichstagsitzung um einen Tag verschoben.<sup>166</sup> Die Verzögerung der Kriegserklärung hatte also banale Gründe. Aber es gab auch einen wichtigen: das noch nicht unterzeichnete neue Abkommen mit Japan.

Als Ribbentrop am Morgen des 9. Dezember mit Hitler zusammentraf, übermittelte er ihm Oshimas Bitte um eine sofortige Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten, fügte jedoch – ob nun, weil er verspätet kalte Füsse bekommen hatte oder weil er Hitler vor einer solch schwer wiegenden Entscheidung die Vertragslage vor Augen führen wollte – hinzu, dass Deutschland nach dem Dreimächtepakt nicht zum militärischen Eingreifen verpflichtet sei. Dieses sei nur dann vorgesehen, wenn Japan angegriffen worden wäre. Im gegebenen Fall habe aber nicht Amerika, sondern Japan den Konflikt entfesselt. Hitler erwiderte jedoch: «Wenn wir uns jetzt nicht auf die Seite Japans stellen, ist der Pakt politisch tot.»<sup>167</sup> Ribbentrop behauptete später, er habe versucht, Hitler die Kriegserklärung auszureden. Er habe «von Anfang an [...] vermeiden wollen, die USA in den Krieg hineinzuziehen».<sup>168</sup> Angesichts seines Verhaltens zum Zeitpunkt des Geschehens ist diese nachträgliche Entlastung jedoch unglaubwürdig. Er hatte gegen die engere Bindung an Japan, die zwei Wochen lang zur Diskussion stand, keinen Einspruch eingelegt; er hatte sich gegenüber Ciano begeistert über Pearl Harbor geäußert und am 9. Dezember gegenüber dem italienischen Botschafter Dino Alfieri die japanische Kriegsteilnahme aufseiten der Achse als «das wichtigste Ereignis [...], das seit Kriegsbeginn zu verzeichnen gewesen sei» bezeichnet.<sup>169</sup> Am 8. Dezember hatte Ribbentrop Oshima einen Entwurf des neuen Abkommens mit Japan übergeben, den er am selben Abend auch an Ott in Tokio sandte. Er bat um

die sofortige Annahme, da es in Berlin «eventuell in einer besonderen Form bekanntgegeben» werden sollte, womit er zweifellos auf Hitlers bevorstehende Reichstagsrede anspielte.<sup>170</sup>

Wie sich herausstellte, gab es immer noch einige kleine Punkte, welche die Japaner geklärt wissen wollten. Auf die endgültige Fassung des Vertragstexts einigte man sich erst am Mittwoch, dem 10. Dezember, sodass Ribbentrop, Oshima und Alfieri das wichtige Abkommen schliesslich am Donnerstag, kurz vor der Verkündung der deutschen Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten, unterzeichnen konnten. Dass Hitler in seiner Rede am Nachmittag des 11. Dezember den gesamten Vertragstext verlas,<sup>171</sup> war ein Zeichen dafür, welchen Wert er ihm beimass. Der entscheidende Absatz war der zweite: die Übereinkunft, ohne Zustimmung der anderen Vertragsparteien weder einen Waffenstillstand noch einen Friedensvertrag mit Grossbritannien oder den Vereinigten Staaten zu schliessen.

Für Hitler war damit alles in trockenen Tüchern. Er hatte ein förmliches Abkommen mit einem Verbündeten, der sich in seiner langen Geschichte als unbesiegbar erwiesen hatte. Das Abkommen hinderte Japan an einem frühen Friedensschluss mit den USA, wie es ihn 1905 mit Russland ausgehandelt hatte. Im Ersten Weltkrieg hatte der amerikanische Kriegseintritt den Ausschlag gegeben. Diese Wirkung schien jetzt angesichts des japanisch-amerikanischen Konflikts im Pazifik und des Fehlens einer Ausstiegsklausel für Japan wenn auch nicht ganz ausgeschlossen, so doch erheblich geringer zu sein.<sup>172</sup> Ohne ein solches Abkommen hätte aus Hitlers Sicht immer noch die Möglichkeit bestanden, dass Japan und die Vereinigten Staaten einen Kompromissfrieden aushandelten, sodass Deutschland der ganzen Macht Amerikas allein gegenübergestanden hätte.<sup>173</sup> Vor dem Hintergrund des sich auf unabsehbare Zeit hinziehenden Krieges im Osten schien die «Nichtsonderfriedensregelung», wie sie genannt werden sollte,<sup>174</sup> eine gute Basis für eine Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten zu bilden, zu der Hitler ohnehin neigte. Auf diese Weise war sichergestellt, dass die Amerikaner im Pazifik gebunden blieben und dass sie sich nicht auf einen Kriegsschauplatz konzentrieren konnten, sondern einen Zweifrontenkrieg führen mussten. Die amerikanische Kriegsmacht, die nach Hitlers Schätzung erst im Lauf des Jahres 1942 in vollem Umfang einsatzbereit sein würde, konnte sich also weder mit aller Kraft gegen



Japan – das dadurch zu einem Friedensschluss gezwungen sein könnte – noch gegen Deutschland richten, bevor der Krieg im Osten gewonnen und Europa unterworfen war.<sup>175</sup>

Ein weiterer Faktor, der für Hitler immer eine Rolle spielte, war das Ansehen. «Eine Grossmacht lässt sich nicht den Krieg erklären, sie erklärt ihn selbst», sagte Ribbentrop, zweifellos ganz im Sinne seines Herrn und Meisters, zu Weizsäcker.<sup>176</sup> Nach Weizsäckers Ansicht wäre es besser gewesen, wenn die Vereinigten Staaten den Krieg erklärt hätten. Er sah nicht ein, dass diese Geste gegenüber Japan wichtig sein sollte. Aber solche Argumente verfangen nicht.<sup>177</sup> Für Hitler hatte sich Amerika, insbesondere in den vorangegangenen anderthalb Jahren, vor allem aber mit der deutlichen Eskalation der Aggression im letzten Herbst, auf die Seite der Feinde Deutschlands geschlagen. Obwohl jetzt der Konflikt im Pazifik ausgebrochen war, war es nach seiner Ansicht nur eine Frage der Zeit, bis die Vereinigten Staaten – und zwar eher früher als später – Deutschland den Krieg erklären würden. Nur drei Tage vor Pearl Harbor hatte die isolationistische *Chicago Tribune* einen Sensationscoup gelandet, indem sie das «Siegsprogramm» veröffentlichte, dem zufolge eine grosse amerikanische Expeditionstruppe in Europa kämpfen sollte – was die Regierung Roosevelt nicht dementierte und in Berlin als Enthüllung der amerikanischen Kriegsziele aufgenommen wurde.<sup>178</sup> Es erschien als wahrscheinlich, dass die Vereinigten Staaten, nachdem sie Japan den Krieg erklärt hätten, wenig später Kriegserklärungen an die anderen Partner des Dreimächtepakts folgen lassen würden. Dies würde er der deutschen Bevölkerung, so muss Hitler kalkuliert haben, schwerer «verkaufen» können als eine eigene Kriegserklärung aus Gründen, die er rechtfertigen konnte.

Wie Goebbels einräumte, war es ein Glücksfall, dass Japan in den Krieg eingetreten war.<sup>179</sup> Die deutschen Aussichten, insbesondere in der entscheidenden «Atlantikschlacht», hatten sich damit über Nacht erheblich verbessert. Wie üblich versuchte Hitler umgehend, die Gelegenheit zu nutzen und die Initiative zurückzugewinnen, die er zu verlieren drohte. Die übertriebenen Hoffnungen, die er auf seinen fernöstlichen Verbündeten setzte, verleiteten ihn zu der schicksalhaften Entscheidung, die er am 11. Dezember bekanntgab: einem Gegner den Krieg zu erklären, von dem er, wie er Oshima im Januar 1942 eingestehen sollte, nicht wusste, wie er besiegt werden konnte.<sup>180</sup>

## VI

War Hitlers Entscheidung, den Vereinigten Staaten am 11. Dezember 1941 den Krieg zu erklären, also ein Rätsel, ein grandioser Augenblick grössenwahnsinnigen Irrsinns? Sie ist häufig so gesehen worden. In Wirklichkeit gibt es kein Rätsel. Aus Hitlers Sicht nahm er lediglich das Unvermeidliche vorweg. Seine Entscheidung stimmte mit den Ansichten überein, die er seit den zwanziger Jahren über Amerika gehegt hatte, insbesondere mit seinen strategischen Gedanken über die Vereinigten Staaten, Japan und den weiteren Kriegsverlauf. Ferner entsprach sie seiner beständigen Furcht, dass die Zeit nicht aufseiten Deutschlands war und die Vereinigten Staaten besiegt oder zumindest in Schach gehalten werden müssten, bevor sie mit ihrer Wirtschaftsmacht den Ausgang des Konflikts bestimmen könnten, wie sie es im Ersten Weltkrieg getan hatten. Vor dem Hintergrund seiner Grundannahmen war seine Entscheidung nachvollziehbar, wenn auch nicht unbedingt klug. Der Wahnsinn von Hitlers Vorhaben lag eher in dem gigantischen Glücksspiel um die Weltherrschaft als nur in diesem einen Aspekt des Spiels. Sicherlich war er nach Pearl Harbor in Hochstimmung. Niemand in der NS-Führung hatte einen derart kühnen Angriff vorausgesehen. Der blosse Wagemut des japanischen Vorgehens beeindruckte Hitler. Es war *seine* Art zu handeln. Und da er das japanische Kriegspotenzial erheblich überschätzte, hielt er den Angriff für weit wirkungsvoller, als er tatsächlich war. In jenen Tagen, als er von Rückschlägen an der Ostfront gebeutelt wurde (die erste verheerende Gegenoffensive der Roten Armee hatte gerade begonnen), hätte er sich keine bessere Neugierigkeit wünschen können als einen japanischen Angriff auf die vor Anker liegende amerikanische Flotte. Ein Krieg zwischen Japan und den USA war genau das, was er wollte. Die nachfolgenden Entscheidungen wurden in dieser aufgepeuschten Stimmung getroffen. Aber sie entsprangen keinen spontanen, irrationalen Gefühlen. Als Erstes liess er den U-Booten freie Hand für Angriffe auf amerikanische Schiffe. Zweifellos hatte es ihn den ganzen Herbst über gejuckt, dies zu tun. Jetzt musste er sich nicht mehr zurückhalten. Schon das allein, glaubte er, würde im Atlantik das Blatt zugunsten Deutschlands wenden (und tatsächlich richtete im Frühjahr 1942 eine Handvoll vor der amerikanischen Küste operierender U-Boote beträchtliches Unheil an).<sup>181</sup> Der neue Kampfauftrag an die U-Boote ging der grösseren Entscheidung voraus,

den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären. Aus Prestige- und Propagandaerwägungen sollte Deutschland nicht passiv auf eine amerikanische Kriegserklärung warten, sondern seinerseits die Initiative ergreifen. Hitlers Entscheidung – und es war, wie gesehen, *seine* Entscheidung, die er, wenn man von dem unterwürfigen Ribbentrop und wohl auch Jodl und Keitel absieht, ohne Beratung gefällt hatte – waren schon seit mehreren Wochen Schritte vorangehen, die verhindern sollten, dass Japan, nachdem es in den Krieg eingetreten wäre, zu einem für Deutschland ungünstigen Zeitpunkt wieder ausschied. Hitler erklärte den Krieg erst, nachdem ein neuer Dreimächtepakt geschlossen worden war.

Standen ihm im Dezember 1941 also alle Optionen offen, wie es die Einschätzung, dass seine Entscheidung rätselhaft sei, nahelegt? Um darauf antworten zu können, müssen wir für einen Augenblick auf die Stellung der Vereinigten Staaten in Hitlers sich verändernder Kriegsstrategie der Jahre 1940/41 zurückkommen. Er erhielt von General Bötticher, dem gut informierten Militärattaché an der deutschen Botschaft in Washington, weitgehend zuverlässige Berichte über den Stand der amerikanischen Rüstung. In zweierlei Hinsicht führte Bötticher Hitler jedoch in die Irre. Zum einen überschätzte er die Bedeutung des Pazifiks in der amerikanischen Gesamtstrategie, während er die Aufmerksamkeit für den Krieg in Europa zu gering bewertete. Zum anderen erwähnte er zwar die raschen Fortschritte, welche die amerikanische Rüstung, wenn auch von einem niedrigen Anfangsniveau aus, machte, fügte aber einschränkend hinzu, dass Amerika erst zum Krieg bereit sein würde, wenn Deutschland ihn bereits gewonnen hätte. Dies war die Botschaft, die er Berlin übermittelte.<sup>182</sup> Diese Fehleinschätzung passte zu Hitlers eigener Prognose. Im Bewusstsein der von der anderen Seite des Atlantiks drohenden Gefahr, auf die er keine einfache waffentechnische Antwort hatte, verfolgte Hitler seit dem Sieg über Frankreich bis zu dem Zeitpunkt, als der Vorstoss der Wehrmacht in der Sowjetunion steckenblieb, das Ziel, die Vereinigten Staaten aus dem Krieg herauszuhalten, bis Deutschland seine Hegemonie über Europa endgültig gesichert hätte. Dies war der strategische Grundgedanke hinter dem «Unternehmen Barbarossa» gewesen. Wenn Grossbritannien, nachdem Deutschland die Sowjetunion zerschlagen hätte, an den Verhandlungstisch gezwungen worden wäre, so Hitlers Gedankengang, wären die Vereinigten Staaten auf ihre eigene Hemisphäre zurückgeworfen gewesen. Irgendwann würde es zwar

zur letzten Kraftprobe zwischen einem deutsch dominierten Europa und den Vereinigten Staaten kommen – wie er es seit den zwanziger Jahren annahm –, aber das würde nicht mehr zu seinen Lebzeiten geschehen.

In der Erregung infolge der deutschen Anfangserfolge in der Sowjetunion im Juni und Juli 1941 war er vorübergehend von dieser fernen Vision abgewichen. Eine Zeitlang schien ein gemeinsames Vorgehen mit Japan zunächst gegen die Sowjetunion und anschliessend in naher Zukunft gegen die Vereinigten Staaten eine attraktive Vorstellung zu sein. Aber die Japaner, deren Denken für Hitler ohnehin unzugänglich war, wandten sich nicht gegen Sibirien, so wie sie vorher schon die deutsche Aufforderung, Singapur anzugreifen, ignoriert hatten. Unterdessen geriet der deutsche Vormarsch in der Sowjetunion ins Stocken. Entgegen allen Voraussagen war der Ostfeldzug nicht leicht zu gewinnen – schon gar nicht noch im laufenden Jahr. Es drohte ein langes Ringen. Und Hitler hatte den Eindruck, dass Roosevelt die Situation nutzte, um ihn durch eine Verschärfung der Aggression im Atlantik, gegen die er unter den gegebenen Umständen nichts unternehmen konnte, zu provozieren.

Die japanischen Absichten waren immer noch unklar. Tokio gab zwar aggressive Töne von sich, schien gleichzeitig aber zu Verhandlungen mit Washington bereit zu sein. Im Herbst klärte sich die Situation schliesslich. Das Verhältnis zwischen Japan und den Vereinigten Staaten war unwiderruflich gestört. Angesichts der veränderten Umstände im Osten musste Hitler die Rolle Japans hinsichtlich der Stellung Amerikas in seinen eigenen strategischen Überlegungen neu bedenken. Die Vereinigten Staaten, das war jetzt offensichtlich, konnten nicht für immer aus dem Krieg herausgehalten werden. Die Frage war nur, wann sie in ihn eintreten würden. Hitler hatte wiederholt gesagt, dass sie im Lauf des Jahres 1942 kriegsbereit sein würden. Jetzt wurde es immer mehr zur Gewissheit, dass er es nicht nach, sondern vor dem Ende des Krieges gegen die Sowjetunion – seinem «eigentlichen» Krieg – mit den Vereinigten Staaten zu tun bekommen würde. Japan erhielt nach seinen Vorstellungen daher die Aufgabe, die amerikanischen Kräfte so lange und so umfassend wie möglich im Pazifik zu binden und gleichzeitig die Briten im Fernen Osten zu schwächen, also ihre Besitzungen zu erobern, ihre Bastionen zu untergraben und ihnen schliesslich das Herzstück ihres Empires, Indien, zu entreissen.<sup>183</sup> Deutschland fiel bei der Unterstützung des japanischen Eintritts in einen Krieg mit den USA die Aufgabe zu, zu verhindern, dass die Amerika-

ner Japan besiegten oder Friedensbedingungen aufnötigten, bevor sie sich gegen Deutschland wandten. Die deutsche Kriegserklärung würde die Vereinigten Staaten zu einem Krieg über zwei Ozeane hinweg zwingen.<sup>184</sup>

Dies, so kalkulierte Hitler, würde ihm Zeit verschaffen, um den unerwartet hartnäckigen Widerstand der Sowjets zu brechen oder zumindest einen zufriedenstellenden Punkt zu erreichen, an dem er den Ostfeldzug beenden könnte, vielleicht durch eine Vereinbarung mit Stalin, allerdings zu seinen Bedingungen. So, wie er es sah, hatte ihm Japan durch die Eröffnung des Pazifikkrieges die Gelegenheit dazu gegeben; daher seine Hochstimmung nach Erhalt der Nachricht über Pearl Harbor. Die Entscheidung für die Kriegserklärung schien den Weg zum Sieg zu ebnen, der im Herbst 1941 in die Ferne gerückt war. Für ihn war sie daher die einzige, die er treffen konnte.

Aber stand ihm überhaupt die Möglichkeit offen, keine Kriegserklärung abzugeben und damit die Chancen Deutschlands im Krieg vielleicht zu verbessern? Objektiv gesehen, war er natürlich nicht gezwungen, Deutschland in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu führen. Dem Angriff auf Pearl Harbor musste nicht zwangsläufig eine deutsche Kriegserklärung folgen. Ribbentrop hatte ihn daran erinnert, dass er durch keinen Vertrag dazu verpflichtet war. Aber was wäre geschehen, wenn er sich entschieden hätte, Amerika nicht den Krieg zu erklären? Ist es wahrscheinlich, dass sich die Vereinigten Staaten, falls er es mit der Kriegserklärung nicht so eilig gehabt hätte, aus dem Atlantik zurückgezogen, die Hilfsleistungen für Grossbritannien und die Sowjetunion eingestellt, Europa sich selbst überlassen und sich auf den Pazifik konzentriert hätten, sodass Hitler seinen Krieg in Europa ungestört hätte fortführen können? Hätte Roosevelt aus Furcht vor einer Niederlage im Kongress davon abgesehen, seinerseits auf eine Kriegserklärung zu drängen? Wäre der Krieg, mit anderen Worten, völlig anders verlaufen, wenn Hitler Japan weniger bereitwillig entgegengekommen wäre, da es nicht notwendig war? Die Handlungen und Überlegungen derjenigen, die zum Zeitpunkt des Geschehens dem Entscheidungsprozess nahe waren, geben kaum Hinweise darauf, dass ein völlig anderer Verlauf möglich gewesen wäre.

Selbstverständlich hätten kühlere Köpfe andere Optionen gewählt. Aussenamtsstaatssekretär Weizsäcker beispielsweise hätte es besser gefunden, wenn man eine amerikanische Kriegserklärung abgewartet hätte.

Das wäre sicherlich vernünftig gewesen. Roosevelt hätte vor der schwierigen Aufgabe gestanden, Kongress und Öffentlichkeit, für die der neue Krieg im Pazifik und der Wunsch nach Vergeltung an Japan im Vordergrund standen, davon zu überzeugen, dass Deutschland weiterhin der Hauptfeind sei und man den europäischen Achsenmächten den Krieg erklären müsse. Wäre die Kriegserklärung erfolgt, hätte eine geschickte deutsche Propaganda sie zu ihrem Vorteil nutzen können, indem sie erklärt hätte, dass von der amerikanischen Plutokratie Deutschland ein Krieg aufgezwungen worden sei, den man nicht gewollt und den zu vermeiden man alles getan habe; man kämpfe jetzt mit dem Rücken an der Wand. Diese Art von Propaganda war Hitlers Beharren auf dem Prestige einer deutschen Kriegserklärung geopfert worden.

Es muss jedoch erwähnt werden, dass Weizsäcker nicht glaubte, die Notlage Deutschlands hätte sich wesentlich verändert, wenn Hitler nicht so gedankenlos die Gelegenheit ergriffen und eine unnötige Kriegserklärung abgegeben hätte. Auch Weizsäcker scheint damit gerechnet zu haben, dass der Krieg mit den Vereinigten Staaten bevorstand. Er hätte es lediglich für besser gehalten, den Amerikanern die Kriegserklärung zu überlassen, anstatt sie selbst zu verkünden, was er für eine unnötige Geste gegenüber Japan hielt. Dass Deutschland auf diese Weise den Krieg mit den USA hätte vermeiden können, nahm er nicht an.

Auf der anderen Seite des Atlantiks dachte man ähnlich. Tatsächlich traf sich Roosevelt nach den dramatischen Ereignissen von Pearl Harbor mit einigen Kabinettsmitgliedern und Militärberatern zum Abendessen, um sich mit ihnen über die nächsten Schritte zu beraten. Dass man Japan am nächsten Morgen den Krieg erklären würde, war bereits entschieden. In der Zwischenzeit hatte Japan seinerseits verspätet die förmliche Kriegserklärung übermittelt. Roosevelt und seine Berater überlegten, ob man nun auch den anderen Achsenmächten den Krieg erklären musste. «Wir hielten es jedoch für zwangsläufig», schrieb Außenminister Hull später, «dass Deutschland uns seinerseits den Krieg erklären würde. Den abgefangenen japanischen Nachrichten, die zwischen Berlin und Tokio hin und her gingen» – und von den MAGIC-Codeknackern entschlüsselt worden waren –, «hatten wir entnommen, dass es in diesem Punkt zwischen den beiden Regierungen eine Zusage gab. Wir beschlossen daher, abzuwarten und Hitler und Mussolini ihre Erklärungen zuerst abgeben zu lassen. In der Zwischenzeit würden wir jedoch nichts versäumen

und, etwa im Atlantik, so handeln, als befänden wir uns auch gegenüber dem europäischen Teil der Achse im Kriegszustand.»<sup>185</sup>

Hätten die Vereinigten Staaten, wenn Deutschland nicht vorgeprescht wäre, den Status quo im Atlantik bewahren und eine eigene Kriegserklärung vermeiden können? Wenn Roosevelt den Kongress um eine Kriegserklärung an Deutschland ersucht hätte, als Japan der Angreifer war, wäre er zweifellos auf starken Widerstand gestossen.<sup>186</sup> Das allein schreckte schon von dem Versuch ab. Entsprechend vorsichtig verhielt sich Roosevelt; er hatte bereits unmittelbar nach Pearl Harbor Kriegsminister Stimson's Forderung zurückgewiesen, neben Japan auch Deutschland und Italien in den Kongressantrag auf eine Kriegserklärung einzubeziehen.<sup>187</sup> Da kam es ihm gerade recht, dass Hitler dieses Problem für ihn beiseiteräumte. Aber auch ohne dies hätte sich das Weisse Haus auf eine volle Kriegsteilnahme in nächster Zukunft zubewegt. Die Rooseveltadministration hatte Deutschland und Italien stets mit Japan zusammen als Gefahr für die freie Welt betrachtet, und der Atlantik war immer ihre oberste Priorität gewesen. Unmittelbar nachdem er im Kongress die Kriegserklärung an Japan beantragt hatte, erinnerte der Präsident seine Berater daran, dass Deutschland das Hauptziel bleibe.<sup>188</sup> Daraus folgte, dass der Krieg nicht auf den Pazifik beschränkt bleiben konnte, auch wenn die Marine die Konzentration auf einen einzigen Kriegsschauplatz vorgezogen hätte. Man kann zwar nur darüber spekulieren, aber Hull's Bemerkungen lassen es zumindest als möglich erscheinen, dass Roosevelt, wenn er nicht gewusst hätte, was in Berlin vorging, die nach Pearl Harbor herrschende Stimmung ausgenutzt hätte, um sein Land auch in den Krieg gegen Deutschland und Italien zu führen. Es sei daran erinnert, dass das im Dezember an die Öffentlichkeit durchgesickerte «Siegesprogramm» über kurz oder lang die Entsendung einer bedeutenden amerikanischen Expeditionstruppe nach Europa erforderte. Roosevelts Militärberater hatten immer darauf hingewiesen, dass dies der einzige Weg sei, wie man Hitler besiegen könne.

Roosevelt seinerseits hatte immer betont, dass die künftige Sicherheit und Freiheit der Vereinigten Staaten nur durch den Sturz Hitlers garantiert werden könne. Sich aus dem Atlantik zurückzuziehen, die Leih- und Pachtlieferungen an Grossbritannien einzustellen und Hitler freie Hand auf dem europäischen Festland zu lassen, um sich ganz auf den Pazifik zu konzentrieren, hätte nicht nur den aussenpolitischen Zielen und Idealen widersprochen, die Roosevelt

seit Mitte der dreissiger Jahre ausgedrückt hatte, sondern auch den Empfehlungen, die er seit Monaten von seinen Militärberatern erhielt, sowie den konkreten umfassenden Planungen, die auf dieser Grundlage durchgeführt worden waren. Roosevelt mochte es im Dezember 1941 immer noch nicht wagen, im Kongress eine förmliche Kriegserklärung zu beantragen, obwohl die Umstände nach Pearl Harbor wahrscheinlich so günstig waren, wie man es sich nur wünschen konnte. Aber es ist kaum vorstellbar, dass das Schattenboxen im Atlantik in dem Ausmass, wie es im Herbst 1941 stattfand, endlos weitergegangen wäre, auch wenn Deutschland den Vereinigten Staaten nicht den Krieg erklärt hätte.

Allein schon Hitlers vor der Kriegserklärung und unabhängig von ihr getroffene Entscheidung, die bisherige Politik aufzugeben und den U-Booten freie Hand für Angriffe auf amerikanische Schiffe zu lassen, veränderte die heikle Pattsituation im Atlantik. In den folgenden Monaten trug der verstärkte U-Boot-Krieg die Feindseligkeiten tief in amerikanische Küstengewässer hinein und stellte den alliierten Schiffsverkehr vor immer ernster werdende Probleme.<sup>189</sup> Hinzu kamen die Erfordernisse des Pazifikkrieges, die selbstverständlich mit aller Kraft und allem Nachdruck erfüllt werden mussten. So war Roosevelt unmittelbar nach Pearl Harbor gezwungen gewesen, mehrere Kriegsschiffe aus dem Atlantik in den Pazifik zu verlegen, um Japan entgegenzutreten zu können.<sup>190</sup> Mit anderen Worten, der amerikanische Krieg gegen Deutschland hätte nicht so wie im Herbst 1941 fortgeführt werden können, selbst wenn er «unerklärt» geblieben wäre. Irgendwann in den folgenden Monaten hätte er unweigerlich zu einem vollgültigen Konflikt ausgeweitet werden müssen.<sup>191</sup> Binnen kurzem, so kann man mit Grund mutmassen, hätte Roosevelt die Vereinigten Staaten in umfassende Feindseligkeiten mit Deutschland verwickelt, ob nun nach einer förmlichen Kriegserklärung oder durch die Ausweitung der präsidentialen Weisungsbefugnis bis zu dem Punkt, an dem die Kriegserklärung nur noch eine Bestätigung der Realität gewesen wäre. In beiden Fällen wäre das Ergebnis gewesen, dass sich Deutschland und die Vereinigten Staaten bald im Kriegszustand miteinander befunden hätten.

Daher war Hitlers Entscheidung, den Vereinigten Staaten am 11. Dezember 1941 den Krieg zu erklären, wahrscheinlich weniger schicksalhaft als viele andere der hier untersuchten politischen Entscheidungen. Das heisst, sie mar-



kierte keine Weggabelung, an der Deutschland den Pfad in die Katastrophe einschlug, während der andere – ohne eine Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten – der Weg des Heils gewesen wäre. Ein anderer, weniger eigensinniger Mann hätte möglicherweise gezögert, um die Entwicklung abzuwarten, insbesondere um zu sehen, wie das Weisse Haus reagieren würde. Aber angenommen, ein solches Staatsoberhaupt hätte Deutschland an den gleichen Punkt gebracht wie Hitler und wäre in diesem Moment nicht bereit gewesen, den Krieg durch einen wie auch immer gearteten Kompromissfrieden zu beenden, dann hätte eine solche alternative Entscheidung den Gang der Geschichte vermutlich nicht allzu sehr verändert.

Deutschland erholte sich in der Tat bemerkenswert gut von der Winterkrise vor Moskau und erzielte im ersten Halbjahr 1942 neue, in mancher Hinsicht erstaunliche militärische Erfolge. Im Sommer eröffnete die Wehrmacht, wenn auch mit weniger starken Kräften als beim «Unternehmen Barbarossa» ein Jahr zuvor, eine neue Grossoffensive zur Eroberung der Erdölfelder im Kaukasus. Erst als im Herbst die Schlacht um Stalingrad entbrannt war, wurde deutlich, dass Hitlers Reich vor einer verheerenden Niederlage stand, die sich zusammen mit den massiven Rückschlägen in Nordafrika (wo Anfang November bei der «Operation Torch» unter amerikanischer Leitung alliierte Truppen gelandet waren) als Wendepunkt des Krieges erweisen sollte. Zu diesem Zeitpunkt war im fernen Pazifik in der Schlacht von Midway im Juni 1942 bereits die japanische Seemacht gebrochen worden. Es folgte der hart erkämpfte amerikanische Sieg auf der Salomoneninsel Guadalcanal, der im Januar 1943 besiegelt wurde und im Pazifikkrieg endgültig das Blatt wendete.<sup>192</sup> Sowohl im Fernen Osten als auch in Europa war noch ein langer Weg zu gehen. Aber es gab weder für Deutschland noch für Japan eine Rückkehr auf die Erfolgsstrasse. Beide Länder mussten sich jetzt, je länger, desto mehr, dem scheinbar unbegrenzten Nachschub an Menschen und Material aus Amerika beugen.

Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten Ende 1941 hatte wie schon 1917 die Gewichtsverteilung entscheidend verändert. Die amerikanische Militärmacht, im Westen zusammen mit den britischen Streitkräften, im Osten als Unterstützung der unaufhaltsamen Dampfwalze der Roten Armee, brachte Deutschland schliesslich eine vernichtende Niederlage bei. Aber im Dezember 1941 war das deutsche Glücksspiel um die Welt macht keineswegs schon

## BERLIN, HERBST 1941

grundsätzlich verloren, auch wenn Churchill es glaubte – jedenfalls behauptete er es im Rückblick.<sup>193</sup> Hitler selbst scheint im Herbst 1941 zum ersten Mal flüchtig an die Möglichkeit einer Niederlage gedacht zu haben, als er bemerkte (worauf er Anfang 1945 angesichts der Katastrophe zurückkommen sollte), dass das deutsche Volk, sollte es sich letzten Endes als nicht stark genug erweisen, es verdient habe, unterzugehen und von der stärkeren Macht vernichtet zu werden.<sup>194</sup> Es war nur ein kurzer, gleichwohl erhellender Augenblick des Schwankens. Hinter der Fassade schien Hitler erkannt zu haben, dass sich die Chancen für den totalen Sieg inzwischen fast völlig in Luft aufgelöst hatten. Der Plan für den Ostfeldzug war nur noch Makulatur und der Krieg mit den Vereinigten Staaten so gut wie unvermeidlich.

Er nahm diese Unvermeidlichkeit vorweg, indem er selbst Amerika den Krieg erklärte. Es war ein charakteristischer Versuch, durch einen gewagten Schachzug die Initiative zurückzugewinnen. Aber es war zum ersten Mal ein Zug, der von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

## BERLIN / OSTPREUSSEN, Sommer und Herbst 1941

*Man hat uns in Berlin gesagt: Weshalb macht man diese Schereien? Wir können im «Ostland» oder im «Reichskommissariat» auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber! [...] Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist [...]*

Hans Frank, Generalgouverneur in Polen, 16. Dezember 1941

Am 12. Dezember 1941, einen Tag nach der deutschen Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten, sprach Hitler in der Reichskanzlei vor Parteiführern über die Kriegslage und die Stellung der Juden. Propagandaminister Goebbels notierte: «Bezüglich der Judenfrage ist der Führer entschlossen, reinen Tisch zu machen. Er hat den Juden prophezeit, dass, wenn sie noch einmal einen Weltkrieg herbeiführen würden, sie dabei ihre Vernichtung erleben würden. Das ist keine Phrase gewesen. Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung des Judentums muss die notwendige Folge sein. Diese Frage ist ohne jede Sentimentalität zu betrachten. Wir sind nicht dazu da, Mitleid mit den Juden, sondern nur Mitleid mit unserem deutschen Volk zu haben. Wenn das deutsche Volk jetzt wieder im Ostfeldzug an die 160'000 Tote geopfert hat, so werden die Urheber dieses blutigen Konflikts dafür mit ihrem Leben bezahlen müssen.»<sup>1</sup>

Zu diesem Zeitpunkt hatten Juden bereits seit fast sechs Monaten «mit ihrem Leben bezahlt». Seit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni hatten Spezialkommandos der deutschen Sicherheitspolizei Zehntausende von Juden getötet, zunächst überwiegend Männer, bald aber auch Frauen und Kinder. Eine einzige dieser «Einsatzgruppen», die hinter der rasch vorstossenden Wehrmacht nachrückten, um «subversive Elemente» auszuschalten, ermordete im Baltikum bis zum Ende des Jahres exakt 229'052 Juden.<sup>2</sup> Es war die erste furchtbare Phase des Völkermords. Als er im Herbst über die besetzten

Teile der Sowjetunion hinaus ausgedehnt wurde, begann eine zweite, umfassendere und letztlich totale Phase, in der nicht weniger erreicht werden sollte als die physische Auslöschung der Juden im gesamten deutschbesetzten Europa – von den Nationalsozialisten als «Endlösung der Judenfrage» bezeichnet.

Im vollen Umfang umgesetzt wurde das mörderische Programm erst im Frühjahr und Sommer 1942, als die Todesfabriken der Tötungszentren im besetzten Polen mit der Vergasung ihrer Opfer begannen und das Schlepptnetz der Menschenjäger nach und nach über ganz Europa ausgebreitet wurde. Das letzte unheimliche Stadium der Massentransporte und massenhaften Vergasungen begann im Sommer 1944. Während Deutschland der unausweichlichen Niederlage immer näher rückte, wurden Millionen von Juden in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau ermordet. Doch mit dem nahen Kriegsende waren die Qualen der Juden noch nicht vorüber. Zehntausende sollten auf den «Todesmärschen» von Ost nach West ums Leben kommen, als die Vernichtungslager in Polen angesichts der rasch vorrückenden Roten Armee aufgelöst und die überlebenden Insassen in ohnehin schon überfüllte Konzentrationslager innerhalb der Reichsgrenzen (wie Bergen-Belsen) überführt wurden.

Dieses unvorstellbare Elend, Leid und Ringen mit dem Tod war die Konsequenz zweier im Jahr 1941 getroffener grundlegender Entscheidungen – oder besser gesagt, Entscheidungsbündel. Das erste, die Ermordung der sowjetischen Juden, wurde im Sommer beschlossen, das zweite, die Mordaktion auf das gesamte besetzte Europa auszudehnen, im Herbst. Bis zum Zusammenbruch von Hitlers Reich fielen diesem Morden, den zuverlässigsten Schätzungen zufolge, 5,29 bis knapp über 6 Millionen Juden zum Opfer.<sup>3</sup> Die Zielvorgabe war fast doppelt so hoch gewesen. Im Januar 1942 hatte man nicht weniger als 11 Millionen Juden als mögliche Opfer der «Endlösung» erfasst.<sup>4</sup>

Für die Entscheidung, die europäischen Juden zu ermorden, gab es kein Vorbild. Es war ein in der Geschichte einzigartiges Vorhaben. Am nächsten kam ihm noch die Ermordung von einer bis anderthalb Millionen Armeniern durch die Türken im Jahr 1915 (zwei Drittel der damals in der Türkei lebenden Armenier). Dieser Fall wies gewisse Ähnlichkeiten auf: Es gab in der Türkei eine lange Geschichte der Feindseligkeit gegenüber Armeniern, die gelegentlich zu Gewaltausbrüchen und Massakern geführt hatte; ideologische Forderungen hatten die Radikalisierung vorangetrieben; zum regelrechten Völker-

mord war es im Umfeld eines äusserst brutalen Krieges gekommen, und das Mordprogramm war mit Billigung der Regierung durchgeführt worden.<sup>5</sup> Aber es sind auch erhebliche Unterschiede festzustellen:<sup>6</sup> Biologischer Rassismus hatte bei diesem Völkermord keine Rolle gespielt. Bis zu 20'000 Armenier waren dem Tod entgangen, indem sie zum Islam konvertierten,<sup>7</sup> während der Übertritt zum Christentum den Juden im nationalsozialistischen Deutschland keinen Schutz bot. Ferner hatte dem Genozid an den Armeniern keine Politik zugrunde gelegen, die die physische Vernichtung zum Programm erhob. Dieser Völkermord war nicht bürokratisch geplant worden und hatte sich anfangs unorganisiert aus immer grausameren Reaktionen auf unvorhergesehene Krisen in den Jahren 1914/15 entwickelt.<sup>8</sup> Der Völkermord der Nationalsozialisten wurde zwar erst ab 1941 ausgeführt, war aber eine logische – und in mancher Hinsicht sogar zwangsläufige – Folge aus den Grundlagen ihrer Herrschaft. Seit 1933 war der kompromisslose biologische Antisemitismus zur Staatsideologie geworden. Diese wiederum trieb zu einer systematischen und immer radikaleren Verfolgung an, die von einer modernen Bürokratie effizient verwaltet wurde und in der sorgfältig geplanten Ermordung durch eine neue, industrieähnliche Technologie kulminierte, die auf die Auslöschung aller europäischen Juden abzielte.

Ausserdem lag der «Endlösung» eine Entscheidung zugrunde, die sich grundlegend von den in den vorangegangenen Kapiteln behandelten unterschied. Diese Entscheidungen, einschliesslich derjenigen Hitlers, waren im Rahmen der Politik, die der Militärstrategie zugrunde lag, und angesichts der Voraussetzungen (in unterschiedlichem Mass) erkennbar rational. Für diejenigen, die sie trafen, waren sie es auf alle Fälle, und selbst heute noch ist ihnen eine gewisse – obwohl in einigen Fällen verschrobene – Logik nicht abzuspüren, wie katastrophal ihre Folgen auch waren. Die Entscheidung, die Juden zu töten, war etwas völlig anderes. So logisch der Weg zum Holocaust angesichts des Verlaufs der nationalsozialistischen Judenverfolgung im Nachhinein gewesen sein mag, so sehr entbehrt die Krankhaftigkeit dieses paranoiden Antisemitismus jeglicher Rationalität. Dennoch war auch der Entschluss zum Judenmord in einem anderen, gleichwohl grundlegenden Sinn eine Kriegsentcheidung. Der Krieg gegen die Juden war im nationalsozialistischen Denken nicht getrennt vom grossen globalen Krieg, sondern ein integraler Bestandteil dieses weltanschaulichen Kampfes.

## I

Dies machte Hitler in seiner Rede vor Parteiführern am 12. Dezember 1941 deutlich. Nach seiner Ansicht hatten die Juden den Krieg verursacht, und jetzt würden sie dafür mit ihrem Leben bezahlen. Er habe dies prophezeit, sagte er unter Anspielung auf eine Passage aus seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, dem sechsten Jahrestag der «Machtergreifung». Damals hatte er erklärt: «Ich bin in meinem Leben sehr oft Prophet gewesen und wurde meistens ausgelacht [...] Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und ausserhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.»<sup>9</sup> Das war zwar nicht der Startschuss zum Holocaust, aber Ausdruck einer genozidalen Einstellung. Hitler war davon überzeugt, dass die Juden die Schuld an einem weiteren Krieg tragen würden – so wie sie in seiner verdrehten Psyche schon am Ersten Weltkrieg schuld gewesen waren – und dass sie infolgedessen irgendwie zugrunde gehen müssten.

Diese «Prophezeiung» liess ihn nie mehr los. Er kam in den Jahren, in denen die «Endlösung» durchgeführt wurde, öffentlich und im privaten Rahmen über ein Dutzend Mal auf sie zurück. Dabei verlegte er das Datum, an dem er sie ausgesprochen hatte, absichtlich auf den 1. September 1939, also den Tag, an dem mit dem Überfall auf Polen der europäische Krieg begann – obwohl er in der Reichstagsrede, die er an diesem Tag tatsächlich hielt, die Juden mit keinem Wort erwähnte. Der Glaube an einen Zusammenhang zwischen Juden und Krieg war also vom Anfang des Konflikts an in seinen Gedanken verankert, und er war immer noch vorhanden, als Hitler an dessen Ende kurz vor seinem Selbstmord im Berliner Bunker sein «Politisches Testament» diktierte. Darin machte er erneut die Juden für den Krieg verantwortlich und stellte fest, dass diesmal der «eigentlich Schuldige [...] seine Schuld zu büssen» habe.<sup>10</sup>

Das war Hitlers Grundeinstellung: Der Krieg sei nur zu gewinnen, wenn die Juden «vernichtet» würden. Daran hatte er festgehalten, seit der Erste Weltkrieg mit einer in seinen Augen ungeheuerlichen Katastrophe geendet hatte – mit feiger Kapitulation, verachtenswerter Revolution und nationaler Demütigung. Damals hatte er wie viele Rechte in Deutschland den Juden die

Schuld gegeben. Während Elend, Leid und Verlust Zunahmen, hatten kriegsbegeisterte Gruppen bei der Suche nach einem Sündenbock – völlig zu Unrecht – die Juden ins Visier genommen und mit einem hasserfüllten Propagandaufeldzug überzogen. Ihnen wurde vorgeworfen, Kriegsgewinnler und Drückheber zu sein, die sich dem Wehrdienst entzogen hätten, und zudem Unruhen im Innern angezettelt zu haben, um die Wehrkraft zu zersetzen. Hitlers tief verwurzelter Antisemitismus nährte sich von solch niederträchtigen Schmähungen. Zusätzlichen Auftrieb erhielt der im nationalistischen rechten Spektrum grassierende Judenhass durch die Rolle, die Schlüsselfiguren wie Leo Trotzki in der russischen Revolution spielten, und durch die Tatsache, dass bekannte Anführer der verhassten sozialistischen Aufstände nach Kriegsende – am deutlichsten zu sehen am Beispiel der kurzlebigen Münchner Räterepublik – Juden waren. Während Hitler all dies aufsaugte, verfestigten sich seine tiefen Vorurteile zu der pathologischen fixen Idee, die ihn nie wieder loslassen sollte: dass die Juden an allem Unglück Deutschlands schuld seien.

Nach seiner Ansicht musste ein zweiter Krieg geführt werden, um die Katastrophe des ersten ungeschehen zu machen und den Lauf der deutschen Geschichte umzukehren. Und sich an den Verursachern dieser Katastrophe zu rächen, bedeutete die Ermordung der Juden. Die «Entfernung der Juden überhaupt» müsse das «letzte Ziel» jeder nationalen Regierung in Deutschland sein, hatte er im September 1919 in seiner ersten bekannten politischen Stellungnahme zur «Judenfrage» geschrieben.<sup>11</sup> Das «Millionenopfer der Front», hatte er einige Jahre später in *Mein Kampf* erklärt, hätte nicht gebracht werden müssen, wenn man «zu Kriegsbeginn [...] einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber [...] unter Giftgas gehalten» hätte.<sup>12</sup> Solche Töne entsprangen zwar keinem Masterplan für einen Völkermord, aber die Vorstellung, zwischen Juden und Krieg bestehe ein Zusammenhang, hatte unverkennbar genozidale Untertöne. Und ab 1933 herrschte der Mann mit dieser fixen Idee im Kopf über Deutschland.

Hitler war kein Einzelgänger. Unmittelbar nach dem Pogrom der sogenannten «Reichskristallnacht» vom 9. auf den 10. November 1938 sprach sein Chefpaladin Hermann Göring in einem Kreis führender Nationalsozialisten davon, dass man im Fall eines weiteren Krieges eine «grosse Abrechnung an den Juden» vollziehen werde.<sup>13</sup> Zwei Wochen später, am 24. November,

schrieb das *Schwarze Korps*, das wichtigste Kampfblatt der SS, die Juden müssten als Kriminelle «mit Feuer und Schwert» ausgerottet werden. Das Ergebnis müsse «das tatsächliche und endgültige Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung sein».<sup>14</sup> Andere führende Nationalsozialisten teilten solche Ansichten ganz oder teilweise. Von entscheidender Bedeutung war zudem, dass sie im ideologisch dynamischsten Bereich des NS-Regimes institutionalisiert worden waren – in dem aufstrebenden Imperium der von der SS geführten Sicherheitspolizei. Hier konnte man Karriere machen, indem man sich als Experte in der «Judenfrage» hervortat. Adolf Eichmann, der spätere Organisator der «Endlösung», ist das beste Beispiel dafür.<sup>15</sup> Karriere und Ideologie gingen Hand in Hand. Diejenigen, die sich ihre Sporen verdienten, indem sie rastlos nach «Lösungen» der «Judenfrage» suchten, waren zumeist Überzeugungstäter. Sie hatten schon vor langer Zeit die Lehre verinnerlicht, dass Juden die Ursache allen Übels seien und dass ein starkes, dominantes Deutsches Reich von «unreinen Elementen» befreit sein müsse, insbesondere von Juden.<sup>16</sup>

Als oberster Führer des Regimes verkörperte Hitler die grundlegende Überzeugung, dass die Rettung Deutschlands von der Entfernung der Juden abhängt. Andere bemühten sich auf unterschiedliche Weise, dieses ideologische Ziel in die Tat umzusetzen. In der Sicherheitspolizei hatte diese «Mission» institutionelle Form angenommen und ging ausserdem in das umfassendere Ziel von Krieg und Eroberung ein. Indem Hitler einen expliziten Zusammenhang zwischen Juden und Krieg herstellte, baute er nicht nur auf tiefe antisemitische Vorurteile. Er gab ihnen darüber hinaus einen dynamischen, messianischen Zweck. Als der Krieg begann, hatte sich die NS-Führung zu einer proto-genozidalen Elite entwickelt.

Dieser Einstellung lag eine Dämonisierung der Juden zugrunde, die zum zentralen Hirngespinnst der NS-Eliten geworden war. Praktische Erwägungen spielten dabei nur eine untergeordnete Rolle. Juden bildeten in Deutschland eine winzige Minderheit – 1933 stellten sie ganze 0,76 Prozent der Bevölkerung – und waren ganz offensichtlich nicht in der Lage, die Macht im Staat an sich zu reißen und um Territorien oder knappe Ressourcen zu konkurrieren. Nur ein Paranoiker konnte in ihnen eine Bedrohung der Art sehen, die für eine Reihe von «ethnischen Säuberungen» im 20. Jahrhundert als Vorwand diente. Das nationalsozialistische Bild der Juden ging über gewöhnlichen Hass hin-



aus. Es präsentierte sie als nichts Geringeres als die grösste existentielle Gefahr. In Deutschland glaubte man, sie würden die deutsche Kultur «vergiften». Man stellte das «wahre» Wesen dessen, was man für deutsch hielt, den subversiven Strömungen von «jüdischem» Materialismus und «jüdischer» Verdorbenheit gegenüber. Aber die Gefahr war angeblich noch weit grösser. Da die Juden, den Vorstellungen der Nationalsozialisten zufolge, sowohl den Kapitalismus der «plutokratischen» Gegner Grossbritannien und Amerika als auch den Bolschewismus des sowjetischen Gegners beherrschten, ging von ihnen die grösstmögliche Bedrohung für die Existenz Deutschlands aus. Tatsächlich standen die Juden in den Augen der Nationalsozialisten für eine Welt, die sie zutiefst verabscheuten, für einen moralischen Wertekanon, der, durch Judentum und Christentum übermittelt, zum Fundament einer Zivilisation geworden war, die Hitler, wie er wiederholt klargestellt hatte, auslöschen wollte. In diesem Sinn lief der Nationalsozialismus auf die apokalyptische Vision einer erneuerten Volksgemeinschaft hinaus, die aus der Zerstörung und Eliminierung der von den Juden verkörperten zersetzenden Werte entstehen sollte. Es war nicht weniger als ein grundsätzlicher Versuch, den Lauf der Geschichte zu ändern, um durch die Ausschaltung nicht nur allen jüdischen Einflusses, sondern der Juden selbst nationale Erlösung zu erlangen.<sup>17</sup>

Auf dieser Grundlage wurde die Entscheidung, die europäischen Juden zu töten, 1941 zwar unter spezifischen Umständen getroffen, folgte zugleich aber einer unausweichlichen, programmatischen Fixierung. Bei der Untersuchung anderer schicksalhafter Entscheidungen von politischen Führern in den Jahren 1940/41 haben wir gefragt, ob und wenn ja, welche Alternativen ihnen im Rahmen ihrer eigenen Lagebeurteilung offenstanden. In Bezug auf die Entscheidung, die Juden zu ermorden, gab es keine Alternativen, oder, genauer gesagt, es gab sie lediglich in Form alternativer Tötungsmethoden.

Auch in einer anderen Hinsicht nimmt die Entscheidung, die Juden zu ermorden, unter den hier untersuchten Entschlüssen eine einzigartige Stellung ein. Es war keine konventionelle Entscheidung wie diejenige Krieg zu führen, die nach internen Diskussionen zwischen einigen wenigen Ministern, Generälen und anderen Vertrauten öffentlich verkündet wurde. Vielmehr handelte es sich um ein Staatsgeheimnis höchsten Ranges, über das nicht einmal die Eingeweihten sprechen durften. Die am stärksten inkriminierenden Befehle wur-

den mündlich erteilt. Selbst auf höchster Ebene bediente man sich einer Tarnsprache. Hitler selbst sprach nie direkt von der Tötung der Juden, nicht einmal im engsten Kreis. SS-Chef Heinrich Himmler, der allein Hitler gegenüber für die Durchführung der Mordaktionen verantwortlich war, hingegen sprach offen über die Ermordung der Juden, freilich erst in einem späten Stadium, Anfang Oktober 1943 vor SS-Männern und anschliessend noch einmal vor Parteiführern. Es handelte sich angesichts der näherrückenden Niederlage um die Offenheit von Verschwörern, die im selben Boot sassen und die Brücken hinter sich abgerissen hatten. Nach Himmlers Ansicht hatten sie das «moralische Recht» und die «Pflicht», «dieses Volk [die Juden], das uns [die Deutschen] umbringen wollte, umzubringen». Die «Ausrottung des jüdischen Volkes» sei «ein niemals geschriebenes und nie zu schreibendes Ruhmesblatt unserer [deutschen] Geschichte». <sup>18</sup> In seinen Äusserungen verquickte sich pervertierter Stolz auf die Erfüllung einer historischen «Pflicht» mit dem impliziten Eingeständnis, dass man ein Verbrechen von enormen Ausmassen begangen habe, das notwendig gewesen sei, aber nie preisgegeben werden dürfe.

Dass diese Geheimhaltung sogar in den oberen Rängen des Regimes einen weiteren Unterschied zu den bisher behandelten Entscheidungen darstellt, ist offensichtlich. Die Entscheidung, die Juden zu ermorden, lässt sich nur auf der Grundlage von Indizien nachvollziehen. Wann und wie sie genau getroffen wurde, lässt sich nicht mit letzter Sicherheit sagen. Tatsächlich könnte schon der Begriff «Entscheidung» irreführend sein, da er implizit auf einen begrenzten Moment hindeutet, in dem eine konkrete Äusserung gemacht worden ist. Wahrscheinlich muss man sich eher eine Reihe von aufeinander aufbauenden Ermächtigungen vorstellen. Gleichwohl liefen diese, zusammengenommen, auf den Beschluss hinaus, die Existenz der Juden in Europa zu beenden. Das heisst, sie fügten sich zusammen zu einer Entscheidung, wenn auch zu einer, die aus Einzelteilen bestand.

Zwei davon sind schon erwähnt worden: die Entscheidung, die sowjetischen Juden zu töten, und diejenige, die Mordaktion auszuweiten – in einer zweiten Phase, die möglicherweise mehr als nur eine weitere Ermächtigung erforderlich machte. Hitlers Rolle in diesem Entscheidungsprozess lässt sich nicht genau bestimmen. Ein schriftlicher Befehl wurde bisher nicht gefunden und wird höchstwahrscheinlich auch nie gefunden werden. Aber die «Endlö-

sung» trägt seine Handschrift. Die Juden wären damals wahrscheinlich unter jedem nationalistischen Führer in Deutschland diskriminiert worden. Für den Übergang zum Völkermord bedurfte es jedoch eines Hitler. Ganz zu Recht bezeichnete Goebbels ihn im März 1942 als «unentwegten Vorkämpfer und Wortführer einer radikalen Lösung» der «Judenfrage».<sup>19</sup> Ohne Hitler wäre die «Endlösung» undenkbar gewesen.

## II

In dem Jahrzehnt vor dem nationalsozialistischen Völkermord war der Antisemitismus fast überall in Europa verbreitet und virulent. Als die «Endlösung» durchgeführt wurde, fehlte es den NS-Herrschern in den eroberten Ländern daher nie an willigen Helfern. Aber der Holocaust selbst hätte nirgendwo anders als in Deutschland erfunden werden können. Er war eine deutsche Schöpfung.<sup>20</sup>

Am bösartigsten war der Judenhass traditionell im russischen Reich und in Osteuropa gewesen, wo brutale Pogrome – schon das Wort ist russisch – und örtliche Massaker an Juden seit Langem verbreitet waren. Auch im Habsburger Reich grassierte der Antisemitismus. Der junge Hitler war in seiner Wiener Zeit ein Anhänger zweier überzeugter Antisemiten gewesen, des Führers der Alldeutschen, Georg von Schönerer, und des Wiener Oberbürgermeisters Karl Lueger.<sup>21</sup> Aber auch in Westeuropa fehlte es nicht an antijüdischen Vorurteilen. Frankreich war unmittelbar vor der Jahrhundertwende von der Dreyfuss-affäre erschüttert worden. Damals hatten das Gerichtsverfahren und die Verurteilung des jüdischen Armeehauptmanns Alfred Dreyfus, der wegen angeblichen Verrats angeklagt worden war, eine Welle antisemitischer Ausbrüche hervorgerufen.<sup>22</sup>

Vor dem Ersten Weltkrieg war Deutschland keineswegs das Kernland des Antisemitismus in Europa. Die kleine, überwiegend wohlhabende jüdische Gemeinde betrachtete sich selbst als völlig assimiliert und in die deutsche Kultur integriert. Letzte rechtliche Hindernisse, die einer Gleichberechtigung der Juden im Weg gestanden hatten, waren längst beiseitegeräumt worden. Aber die bloße Tatsache, dass es Juden im kaiserlichen Deutschland gut ging, löste Groll und Feindseligkeit aus. In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte eine Wirtschaftskrise ein Aufblühen des Antisemitismus zur Folge. In

den neunziger Jahren wurde eine spezifisch antisemitische Partei gegründet, und obwohl sie binnen eines Jahrzehnts fast alle ihre Wähler verlor, hatte ihr Anliegen Eingang in die Politik gefunden, vor allem in die Konservative Partei sowie in den schrillen Nationalismus von vaterländischen Verbänden, Interessengruppen und Studentenverbindungen. Der Judenhass hatte nun einen prominenten Platz im öffentlichen Leben. Sogar zu Bismarcks Zeiten erschienen über fünfhundert antisemitische Schriften.<sup>23</sup> Als das 19. Jahrhundert zu Ende ging, nahm der Umfang der antijüdischen Publizistik weiter zu, und sie wurde im Tonfall sogar noch aggressiver. Theodor Fritschs 1887 erschienener populistischer *Antisemitenkatechismus* (später unter dem Titel *Handbuch der Judenfrage* gedruckt), den «eingehend studiert» zu haben, Hitler von sich behauptete, erreichte binnen sechs Jahren nach seinem Erscheinen fünfundzwanzig Auflagen, und die rassistische Schmähchrift *Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts* des eingedeutschten Engländers Houston Stewart Chamberlain, der die Juden als Verkörperung des Bösen darstellte und «beweisen» wollte, dass Jesus Arier gewesen sei, war seit seinem Erscheinen im Jahr 1900 ein Bestseller.<sup>24</sup>

Der Antisemitismus war also in Deutschland weit verbreitet, neigte jedoch nicht zu grossen, pogromähnlichen Gewaltausbrüchen wie in Osteuropa (obwohl kleine, örtlich begrenzte Übergriffe vorkamen). Die Rhetorik der antisemitischen Schriften war sicherlich furchterregend, wenn Juden als Gift, Bazillen, Parasiten oder Ungeziefer bezeichnet wurden, und die Implikationen lagen auf der Hand. Aber Politik und Rhetorik waren zwei Paar Schuhe. Nichts davon fand Eingang in staatliches Handeln. Als Jude im kaiserlichen Deutschland zu leben, war eine zwiespältige Erfahrung. Neben solchen Diskriminierungen gab es das deutliche Versprechen auf eine bessere Zukunft.<sup>25</sup> Einem Beobachter der europäischen Szenerie am Vorabend des Ersten Weltkriegs wäre es selbst bei grösster Voraussicht schwergefallen, sich vorzustellen, dass in Deutschland eine Generation später ein Massenvernichtungsprogramm in Gang gesetzt würde, um die europäischen Juden auszulöschen.

Judenhass allein hätte die «Endlösung» nicht hervorgebracht. Er war zwar eine unentbehrliche Komponente, aber es bedurfte weiterer Zutaten. Hitler selbst begriff 1919, dass die unbeherrschten, zu Pogromen führenden antisemitischen Übergriffe in die systematischeren Bahnen einer «rationalen» Ver-

folgung gelenkt werden müssten, wenn letztlich die «Entfernung» der Juden (womit er zu diesem Zeitpunkt aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Vertreibung aus Deutschland meinte) erreicht werden sollte.<sup>26</sup>

Um Hass und Vorurteile in ein Völkermordprogramm umzuwandeln, mussten sie zuerst an das grosse Kreise ansprechende Ziel der nationalen Erneuerung gekoppelt werden. Zur Popularisierung dieses Ziels war wiederum eine Partei vonnöten, die Regierungsgewalt erlangen konnte. War die Macht im Staat gewonnen, konnte sie genutzt werden, um die «Entfernung» der Juden im Rahmen eines utopischen Plans zur nationalen Errettung zum Kernpunkt der Politik zu machen. Das Ziel der «Entfernung» der Juden musste in Gestalt von Staatsorganen institutionalisiert werden, die zu systematischer Planung und rücksichtsloser Umsetzung fähig waren. Schliesslich waren die äusserst brutalisierten Umstände eines Krieges erforderlich, der als Kampf ums nationale Überleben dargestellt wurde, um die beschleunigte Dynamik der Auslöschung des vermeintlichen Hauptfeindes zu erzeugen. Genau dies geschah unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. Dass es irgendwo anders hätte geschehen können, ist kaum vorstellbar. Der Triumph des Nationalsozialismus war keineswegs unvermeidlich, und es gab keine Einbahnstrasse vom deutschen Antisemitismus in die Vernichtungslager. Aber sobald Hitler die totale Macht im Staat an sich gerissen hatte, waren die Chancen eines Ausganges ohne Völkermord drastisch gesunken – auch wenn sich damals sicherlich niemand das ganze Ausmass des kommenden Schreckens vorstellen konnte.

Ohne den Ersten Weltkrieg wäre all dies jedenfalls undenkbar gewesen. Als die grossen Hoffnungen von 1914 der Desillusionierung und Verbitterung Platz machten, die mit den zunehmenden Verlusten und dem furchtbaren materiellen Elend der letzten Kriegsjahre einhergingen, musste man nicht lange nach einem Sündenbock suchen. Die Abneigung gegenüber Juden war leicht zu wecken, und die Kriegslobby baute einen hysterischen Antisemitismus in ihre Propaganda ein, welche die Ablehnung des Krieges als von Juden geschürten Defätismus verurteilte. Nach der bolschewistischen Revolution wurden Juden zudem als Agenten der Weltrevolution dargestellt. Und als der katastrophalen Kriegsniederlage sozialistische Aufstände und eine Revolution folgten, wurde die vorgebliche Unterwanderung durch Juden zum beliebten Erklärungsmuster für dieses doppelte Trauma.

Hitler glaubte felsenfest daran, dass die Juden Deutschlands Unglück herbeigeführt hätten. Mit dem leidenschaftlichen Hass, der in ihm schwelte, stand er nicht allein. Seine frühen Erfolge in den Münchener Bierhallen waren darauf zurückzuführen, dass er solche Gefühle anzusprechen verstand. Die meisten der künftigen Provinzgrößen seiner Partei – die Gauleiter, seine unentbehrlichen regionalen Vizekönige – gehörten derselben Generation wie er an und hatten ähnliche Ansichten über den schädlichen Einfluss der Juden. Die Schläger in seiner paramilitärischen Organisation, der Sturmabteilung (SA), waren zumeist bereits rabiate Antisemiten – oder wurden es nach ihrem Eintritt in die SA. Doch sowohl die paramilitärischen Aktivitäten als auch die radikalen völkischnationalistischen Gedanken Hitlers und seiner entstehenden Bewegung waren wesentlich weiter verbreitet.

Viele Intellektuelle und Angehörige der gebildeten Schichten, die kaum etwas mit den brutalen Schlägern gemein hatten, träumten ebenfalls von nationaler Einigkeit und Erneuerung, um die Verbitterung und Spaltung sowie den vermeintlichen kulturellen und moralischen Niedergang der neuen, sozialdemokratisch geprägten Demokratie zu überwinden. Die Vorstellung, den angeblich zersetzenden jüdischen Einfluss zu beenden, passte zu dem Gedanken des nationalen Wiederaufstiegs, der Wiedererrichtung des Reichs durch einen künftigen Führer. Die Idee, dass die «Erlösung» Deutschlands nur durch die «Entfernung» der Juden geschehen könne, bildete *einen* Strang der politischen Kultur in Deutschland, der bis zu Richard Wagner zurückreichte – obwohl weder Wagner noch sonst irgendjemand darunter die physische Vernichtung verstanden hatte.<sup>27</sup> Vor dem Hintergrund eines verbreiteten konservativ-reaktionären Kulturpessimismus, der sich durch einen verlorenen Krieg, das Ende der Monarchie, eine sozialistische Revolution und ein verhasstes demokratisches System bestätigt fühlte, fielen antisemitische Vorstellungen auf fruchtbaren Boden. Das Gegenmittel zum Kulturpessimismus war ein neuer Chiliasmus, eine nationale Wiedergeburt. Unter den gebildeten jungen Deutschen, die Anfang der zwanziger Jahre die Universitäten besuchten, waren Juristen, die während ihres Studiums nationalistische Ideen aufnahmen und verarbeiteten, denen zufolge die innere Erneuerung des deutschen Volkes durch die Entfernung «schädlicher Einflüsse» zu erreichen sei, so wie eine Entgiftung den menschlichen Körper neu belebt. Der schlimmste dieser Einflüsse, so lernten

sie aus einschlägigen Schriften, sei der jüdische. Einige derjenigen, die als Studenten dieses Gedankengut in sich aufsogen, sollten später in die Sicherheitspolizei eintreten, Planer des Völkermords werden und die mörderischen Einsatzgruppen in Russland leiten.<sup>28</sup>

Zwischen 1916 und 1923 hatte sich der Antisemitismus also als zentrale Komponente des rechtsgerichteten Denkens in Deutschland etabliert und wurde jetzt auch von der noch kleinen NSDAP aufgegriffen. Die relative Ruhe der mittleren Jahre der Weimarer Republik von 1924 bis 1929 täuschte. Die antisemitischen Fundamentalisten waren zwar vorübergehend aus dem Rampenlicht verdrängt, aber sie waren nicht verschwunden. Zudem fanden Juden selbst in der pluralistischen Weimarer Demokratie ausserhalb ihrer eigenen Organisationen sowie liberaler und linker Kreise kaum Freunde oder Verteidiger. Als diese Demokratie ab 1930 zerfiel und schliesslich zusammenbrach, eröffnete sich für Hitler der Weg an die Macht, und immer mehr Deutsche waren der antisemitischen Indoktrination ausgesetzt, während sie in die sich unablässig ausdehnende NS-Bewegung hineingezogen wurden. Der Antisemitismus war selten der Hauptanziehungspunkt des Nationalsozialismus. Aber war man einmal in der Partei oder einer ihrer Organisationen, konnte man ihm kaum entkommen. Als Hitler Reichskanzler wurde, stand eine riesige Massenbewegung mit rund 850'000 Mitgliedern und über 400'000 SA-Männern hinter ihm, die sich allesamt politischen Zielen verschrieben hatten, die Juden keinen Platz in Deutschland liessen. Über die Anzahl der Parteianhänger hinaus waren jetzt über dreizehn Millionen Deutsche für Hitler. Nicht alle waren überzeugte Antisemiten. Aber sie alle stimmten für Hitler, obwohl sie wussten, dass er und seine Partei für Massnahmen eintraten, durch die Juden völlig aus der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen werden sollten.

Die Jahre der Weimarer Republik zwischen 1918 und 1933 waren für Juden sicherlich beunruhigend. In einem gereizten politischen Klima waren insbesondere sie Agitation und Diskriminierung ausgesetzt. Dennoch konnten sie sich in diesen Jahren in Deutschland «zu Hause» fühlen.<sup>29</sup> Das änderte sich mit Hitlers Machtantritt am 30. Januar 1933 abrupt. Hitlers persönliche paranoide Fixierung auf die Juden als einer angeblich allgegenwärtigen und allmächtigen Kraft innerhalb und ausserhalb Deutschlands, die er für die Niederlage im Weltkrieg und alle nachfolgenden Übel verantwortlich machte und als

die herausragende Bedrohung für das deutsche Volk ansah, wurde in ihrem ganzen Irrsinn nur von relativ wenigen geteilt. Er hatte die Macht nicht dem Mysterium seiner sonderbaren «Weltanschauung» zu verdanken. Aber zum Zeitpunkt seiner Ernennung zum Reichskanzler war sein Judenhass durch verschiedene Brechungen – verwandelt, verformt und angepasst – als Teil seiner grossen Botschaft von der Wiederherstellung der nationalen Einigkeit und Stärke in das allgemeine Bewusstsein von Millionen eingegangen. Und jetzt stand diesem von Wahnvorstellungen über die Juden angetriebenen «Führer», dessen Wort für eine Armee von Funktionären Befehl war und dem von seinen Anhängern eine nahezu göttliche Stellung beigemessen wurde, die Staatsmacht zur Verfügung. Nun konnte das Verlangen nach «Entfernung» der Juden aus Deutschland neue politische und institutionelle Formen annehmen. Fortan sollte es für Juden in Deutschland kein Versteck mehr geben. Wer hellhörig oder weitsichtig genug war oder einfach nur Glück hatte, verliess das Land. Viele zogen in die relative Anonymität der Grossstädte. Aber sie gewannen damit keine Sicherheit, sondern erreichten nur einen Aufschub.

Schon im Frühjahr 1933 wurden die ersten einschneidenden Diskriminierungsmassnahmen ergriffen. Juden wurden aus dem Öffentlichen Dienst entlassen. Rechtsanwälten und Ärzten wurde die Zulassung entzogen, und jüdische Kinder bekamen keine Schulplätze mehr. Ein landesweiter Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April dauerte zwar nur einen Tag, doch auf lokaler und regionaler Ebene arbeitete man weiter daran, Juden aus dem Wirtschaftsleben zu verdrängen. Aber nicht nur, dass sich das antisemitische Klima verschärfte; jetzt erhielten diejenigen, die den Juden das Leben zur Qual machten, auch noch Rückendeckung vom Staat. Eine zweite grosse Welle antisemitischer Agitation und Gewalt im Frühjahr und Sommer 1935 endete im September mit der Verkündung der berühmten Nürnberger Gesetze, die den Auftakt zu einer ganzen Reihe von Verordnungen bildeten, die den Juden sämtliche Bürgerrechte nahmen und sie zu gesellschaftlichen Parias degradierten. Im Zuge der Ausdehnung des Reichs im Jahr 1938 erreichte die offene antisemitische Gewalt neue Höhepunkte, zunächst nach dem «Anschluss» Österreichs in Wien und dann im Sudetenland. Doch erst die gegen Juden, ihren Besitz und ihre Synagogen im ganzen Reich gerichtete Zerstörungswut, die in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 überall in Deutschland entfacht wurde, öffnete der jüdischen Gemeinde und der übrigen Welt die Augen über die Ent-



schlossenheit der nationalsozialistischen Verfolgung. Wer immer konnte, der floh oder versuchte auszuwandern. Um dies zu beschleunigen, wurden zwischen 20'000 und 30'000 Juden als Geiseln genommen, bis das Geld für ihre Emigration aufgebracht war. Gleichzeitig wurden jetzt rasch nacheinander Massnahmen ergriffen, um Juden aus der Wirtschaft zu verdrängen. Die «Arisierung» – der Zwangsverkauf jüdischer Geschäfte und Unternehmen zu Spottpreisen – trat in ihre Endphase ein. Am Vorabend des Krieges war eine verängstigte, verarmte, zahlenmässig stark verkleinerte jüdische Gemeinde auf Gedeih und Verderb den Handlangern Hitlers ausgeliefert. Dieser selbst liess in seinen öffentlichen Äusserungen, etwa in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, keinen Zweifel daran, was die Juden nach dem Ausbruch eines neuen Krieges, der mit jedem Tag wahrscheinlicher wurde, zu gewärtigen hatten.

Die Radikalisierung zwischen 1933 und 1939 war zum grossen Teil ohne direkte Lenkung durch Hitler erfolgt. Jahre später erklärte er, er habe «den Juden gegenüber [...] lange tatenlos bleiben» müssen – selbstverständlich nicht, weil dies seinen Wünschen entsprochen hätte, sondern vor allem aus aussenpolitischen Gründen.<sup>30</sup> Abgesehen von grundlegenden Entscheidungen (wie der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze im Jahr 1935 oder der Anzettelung des Pogroms im November 1938), war er selten genötigt, selbst in Aktion zu treten. Es genügte, dass er allgemeine Zielvorgaben machte.<sup>31</sup> Typischerweise gab er seinem Gefolge durch irgendein «Signal» oder «grünes Licht» seine Wünsche in Bezug auf antijüdische Massnahmen zu verstehen. Daraufhin folgten radikale Handlanger seinem Wink und verschärften die Verfolgung. Dies fand anschliessend seine Zustimmung oder wurde in eine diskriminierende Gesetzgebung kanalisiert. In beiden Fällen wurde die Dynamik der Verfolgung verstärkt und auf ein radikaleres Niveau gehoben. Hitlers Untergebene auf verschiedenen Ebenen des Regimes wussten genau, wie sie seinen Vorgaben gemäss «dem Führer entgegenarbeiten» mussten.<sup>32</sup> Dies galt nicht nur für Parteifunktionäre und Regierungsbeamte, sondern in exemplarischer Weise auch für das expandierende Polizei- und Staatssicherheitsimperium unter Führung des «Reichsführers-SS» Himmler und seiner rechten Hand, des Machttechnokraten Reinhard Heydrich.

Im Jahr 1939 war die «Entfernung» der Juden bereits weit fortgeschritten, aus Sicht der NS-Führung allerdings nicht einmal annähernd weit genug. Die

nationalsozialistische Politik gegenüber den Juden war alles andere als eine gerade Strasse zu einem vorgegebenen Ziel. Vielmehr stiess sie auf Hindernisse, erlebte Phasen, in denen es nur langsam voranging, und folgte einem «verschlungenen Weg»<sup>33</sup> – der freilich nie für lange Zeit von der unablässigen Radikalisierung wegführte. Trotz der intensivierten Verfolgung lebten Ende 1938 immer noch zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung von 1933 in Deutschland. Und die meisten von ihnen hatten nach Einschätzung der NS-Behörden keinen Ort, an den sie gehen konnten. Die Emigration war für sie keine Option.<sup>34</sup> Seit 1937 hatte das Judenreferat des SD nach Möglichkeiten gesucht, wie die Vertreibung der Juden beschleunigt werden konnte. Eine buchstäblich weit reichende Idee war die territoriale Lösung: die Juden an irgendeinen fernen, unbewohnbaren Ort zu verschiffen und dort auszusetzen. Zu den absurden Vorschlägen, die eine Zeitlang erwogen wurden, gehörten einige unzugängliche Regionen Südamerikas.<sup>35</sup> Aus solchen abwegigen Ideen wurde natürlich nichts. Man sollte jedoch 1940 unter veränderten und noch gefährlicheren Umständen auf sie zurückkommen. Als weitere Methode, die Emigration zu beschleunigen, wurden Pogrome in Erwägung gezogen. Tatsächlich löste der Terror der «Reichskristallnacht» eine Fluchtwelle aus. Das Ausland, das seine Grenzen für jüdische Einwanderer bisher weitgehend geschlossen hatte, sah sich gezwungen, sie vorübergehend zu öffnen. 1938/39 verliessen fast so viele Juden Deutschland wie in den vier Jahren der NS-Herrschaft zuvor.<sup>36</sup> Dennoch lebten am Vorabend des Krieges noch halb so viele Juden in Deutschland wie 1933. Die Nationalsozialisten waren selbst innerhalb des Reichs noch weit von der vollständigen «Lösung der Judenfrage» entfernt.

Im November 1938, unmittelbar nach der «Reichskristallnacht», glaubte Heydrich, dass es ein Jahrzehnt dauern würde, bis man alle verbliebenen Juden losgeworden wäre.<sup>37</sup> Er sollte bald Gelegenheit erhalten, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Die wilde, mutwillige Art der Zerstörung jüdischen Eigentums durch NS-Horden am 9. November war weithin auf Kritik gestossen – im Gegensatz zum Ziel der Vertreibung der Juden aus Deutschland –, und sie war denn auch der letzte grosse öffentliche Gewaltausbruch in den Grenzen des Deutschen Reichs.<sup>38</sup> Man brauchte eine «rationalere» Politik, einen «Antisemitismus der Vernunft», der den «Radauantisemitismus» ablösen sollte. Am 24. Januar 1939 wurde Heydrich zum Leiter der Reichszentrale für jüdische Auswanderung ernannt.

Vorbild dieser neuen Behörde war ein aus Nazisicht höchst erfolgreiches Amt, das im vorangegangenen Jahr unter der Leitung von Adolf Eichmann in Wien geschaffen worden war (wo ein weit grösserer Teil der Juden ausgewandert war als in Deutschland selbst).<sup>39</sup> Als im September 1939 Einheiten der Sicherheitspolizei den vorrückenden Invasionstruppen nach Polen folgten, nahm Heydrich eine Schlüsselstellung in der Behandlung der «Judenfrage» in den eroberten Gebieten ein. Diese Aufgabe stellte alles, womit er vor dem Krieg beschäftigt gewesen war, in den Schatten. Bisher hatte er die erzwungene Auswanderung der verbliebenen jüdischen Gemeinde, die bei Hitlers Machtantritt rund eine halbe Million Menschen gezählt hatte, vorantreiben sollen. Dieses Ziel war noch nicht erreicht, doch jetzt waren durch die Eroberung Polens weitere drei Millionen Juden unter nationalsozialistische Herrschaft geraten. Die zu lösende «Judenfrage» war nicht mehr auf Deutschland beschränkt, sondern Teil des Krieges. Anstatt kleiner war sie mit dem Ausbruch der Feindseligkeiten wesentlich grösser geworden.

### III

Polen wurde in vieler Hinsicht zum Experimentierfeld für die «Endlösung». Drei grosse, an der deutschen Ostgrenze gelegene Gebiete wurden dem Reich angegliedert. Im Gegensatz zu Österreich und dem Sudetenland im Jahr zuvor, wo die Bevölkerung überwiegend aus «Volksdeutschen» bestand, waren die Bewohner der neu annektierten Gebiete in ihrer Mehrheit Polen. Die Bewohner deutscher Herkunft bildeten eine Minderheit. Und eine weitere kleine Minorität in diesen Gebieten waren Juden. Das Ziel der neuen Machthaber war klar: Die seit Langem zwischen Deutschland und Polen umstrittenen Territorien sollten vollständig eingedeutscht werden, und zwar so schnell wie möglich. Dass die Polen nicht über Nacht vertrieben werden konnten, war klar. Aber die Juden loszuwerden, die Geringsten der Geringen in einer unterworfenen Bevölkerung, die von den neuen Herren wie Dreck behandelt wurde, schien eine leicht zu lösende Aufgabe zu sein. Einer der rücksichtslosesten war Arthur Greiser, der Reichsstatthalter des späteren Gaus Wartheland (für gewöhnlich «Warthegau» genannt) mit dem Verwaltungssitz in Posen, der im November 1939 verkündete, dass die «Judenfrage» kein Problem mehr dar-

stelle und in nächster Zukunft gelöst sein werde.<sup>40</sup> Aber Greiser und andere NS-Führer erwarteten zu viel. Sie hatten nicht mit den logistischen Schwierigkeiten gerechnet, die ihnen bei der Verwirklichung ihres Ziels im Wege standen, wie rücksichtslos sie auch vorgingen. Zuerst wollte man in einem Landstreifen zwischen Weichsel und Bug im (gemäss der zwischen Deutschland und der Sowjetunion vereinbarten Teilung des Landes) östlichsten Teil des deutsch besetzten Polen ein riesiges Reservat schaffen. Juden aus den neu annektierten Gebieten sowie sämtliche Juden aus dem Reich und dreissigtausend Sinti und Roma sollten zusammengetrieben, in Viehwaggons verladen und zu diesem Abladeplatz verfrachtet werden. Hitler hatte die Deportationen genehmigt, und Heydrich erwartete, dass sie ein Jahr dauern würden.<sup>41</sup>

Doch das war illusorisch. Bereits im Spätherbst wurde die Idee eines Reservats jenseits der Weichsel aufgegeben. Stattdessen sollten alle vier Distrikte des «Generalgouvernements» (Verwaltungssitz Krakau), das den grössten Teil des restlichen Polen einnahm, das nicht dem Reich angegliedert werden sollte, Aufnahmegebiete für deportierte Juden werden. Eine zweite, bald wieder aufgeschobene Idee war die rasche Deportation der «Reichsjuden», der im Reich lebenden Juden. Eichmann hatte im Herbst 1939 die Deportation mehrerer tausend Juden aus Mährisch-Ostrau im «Reichsprotectorat Böhmen und Mähren» (dem seit März 1939 unter deutscher Herrschaft stehenden Rest der Tschechoslowakei), Kattowitz in Oberschlesien und Wien in den Distrikt Lublin in Ostpolen organisiert und angenommen, dies sei die erste Phase der «Entfernung» der Juden aus Deutschland und Österreich. Die Deportation wurde jedoch, kaum dass sie begonnen hatte, durch Befehl von oben, höchstwahrscheinlich von Himmler, gestoppt.<sup>42</sup> Der Reichsführer-SS war Anfang Oktober von Hitler mit umfassenden neuen Vollmachten für die Umsiedlung in den besetzten Ostgebieten ausgestattet worden. Ihm war zunächst daran gelegen, in den neu annektierten Gebieten, angefangen mit dem Warthegau, Platz zu schaffen für «Volksdeutsche» aus dem Baltikum und anderen Regionen ausserhalb Deutschlands. Dafür war die baldige Vertreibung nicht nur der Juden, sondern auch einer grossen Zahl von Polen erforderlich. Im November war von einer Million Juden und Polen, die bis Februar umgesiedelt werden müssten, die Rede.<sup>43</sup> Die Deportation von Juden aus dem Reich, dem früheren Österreich und dem Reichsprotectorat war dagegen weniger dringlich.

Bei der Aushebung von Polen und Juden aus dem Warthegau ging man mit atemberaubender Brutalität vor. Doch die Ziele mehrerer aufeinanderfolgender gross angelegter Pläne erwiesen sich als völlig unrealistisch. Als Generalgouverneur Hans Frank, der am Anfang die Deportation der Juden in das Gebiet östlich der Weichsel begrüsst hatte,<sup>44</sup> weitere Deportationen in sein Herrschaftsgebiet untersagte, hatte man kaum Fortschritte gemacht. Er habe einfach nicht die Möglichkeiten, lamentierte er, um in seinem ohnehin bereits überbevölkerten und verarmten Gebiet eine riesige Zahl von deportierten Polen aufzunehmen. Was Juden anging, wollte er das Generalgouvernement «judenrein» machen und nicht in eine «Müllkippe» für Juden aus anderen, bessergestellten Gebieten verwandeln. Aber er akzeptierte, dass das Generalgouvernement mehr als eine weitere halbe Million Juden würde aufnehmen müssen, bevor man sich «allmählich darüber unterhalten [könne], was mit ihnen zu geschehen haben wird». Ihm schwebte immer noch ein riesiges «Judenreservat» in den östlichen Ausläufern seines Herrschaftsgebiets an der Grenze zum sowjetisch kontrollierten Teil des früheren Polen vor.<sup>45</sup>

Im Frühjahr 1940 war der NS-Führung klar, dass ihre Pläne für eine riesige Verschiebung und Neuansiedelung von Bevölkerungen (von denen die Juden nur einen Teil ausmachten) innerhalb der bestehenden Grenzen des besetzten Polen nicht verwirklicht werden konnten. Führende Vertreter der annektierten Gebiete, allen voran Greiser im «Warthegau», waren erpicht darauf, die unter ihrer Herrschaft lebenden Juden loszuwerden, aber es gab keine Möglichkeit, sie zu deportieren. Ghettos wurden zu einer dauerhaften Einrichtung, obwohl sie anfangs lediglich als eine Art Übergangslager bis zur Deportation ihrer Insassen gedacht gewesen waren. Hier herrschten Ausbeutung und Korruption, sodass es ihren nationalsozialistischen Verwaltern widerstrebte, ihre Auflösung in Erwägung zu ziehen. Frank wurde unterdessen noch widerspenstiger. Zwar hatte er Hitler und Himmler beteuert, ihm gehe es allein darum, dem Wohl des Reichs zu dienen, indem er sein Herrschaftsgebiet zum «Aufnahmebecken aller der Elemente [mache], die von draussen [...] hereinströmen, seien es nun Polen, Juden, Zigeuner usw.»). Aber er hatte Heydrich davon überzeugt, dass die Lebensmittelversorgung im Generalgouvernement eine Fortsetzung des Umsiedlungsprogramms unmöglich mache.<sup>46</sup> Man war in eine Sackgasse geraten. Einen möglichen Ausweg hatte Frank selbst bereits im Januar gewie-

sen, als er auf eine alte antisemitische Idee zurückgriff, die Paul de Lagarde in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts aufgebracht hatte: die Umsiedlung von Millionen Juden in die französische Kolonie Madagaskar.<sup>47</sup> Auf diese Weise könne im Generalgouvernement Platz geschaffen werden.<sup>48</sup> Zu diesem Zeitpunkt war das nicht mehr als ein Tagtraum gewesen. Doch mit dem siegreichen Verlauf des deutschen Westfeldzugs im Frühjahr 1940 schien die Idee plötzlich zu einer realen Möglichkeit zu werden. Fünf Tage nach dem Beginn des deutschen Vorstosses erklärte Himmler in einer für Hitler bestimmten Denkschrift «über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten» in einer Randbemerkung, er hoffe, den Begriff «Jude» «durch die Möglichkeit einer grossen Auswanderung sämtlicher Juden nach Afrika oder sonst in eine Kolonie völlig ausgelöscht zu sehen».<sup>49</sup> Möglicherweise hatte Himmler die Idee der Deportation der Juden nach Afrika (Madagaskar wurde nicht speziell erwähnt) als Versuchsballon gesehen. Wenn es so war, dann stiess er nicht auf Widerspruch. Hitler billigte die Denkschrift, und bald muss vielen in der NS-Führung klar gewesen sein, woher der Wind wehte. Denn als der Sieg in Frankreich so gut wie besiegelt war, wurde in einem Vorschlag des Auswärtigen Amts nicht das Generalgouvernement, sondern Madagaskar als Deportationsziel genannt. Die Idee wurde rasch aufgegriffen. Madagaskar schien die Antwort auf alle Schwierigkeiten in Polen zu sein. Als Himmler im Juli die Deportationen in sein Herrschaftsgebiet stoppte, empfand Frank eine «kolossale Entlastung».<sup>50</sup> Seine Probleme würden bald vorüber sein, hoffte er. Nicht nur würden keine Juden mehr in sein Gebiet kommen, auch die über zwei Millionen, die dort lebten, würden nach Übersee verschifft werden. Damit hätte seine Notlage ein Ende.

Der Idee, in Madagaskar ein «Judenreservat» zu errichten, war zwar keine lange Lebensdauer beschieden, aber für einige Monate im Jahr 1940 wurde sie auf höchster Ebene ernsthaft erwogen. Zugleich wurde zum ersten Mal eine Lösung der «Judenfrage» in Betracht gezogen, die Westeuropa mitumfasste. Heydrich sicherte sich umgehend die Führungsrolle. Er sprach von der Notwendigkeit einer «territorialen Lösung» des «Gesamtproblems» der 3,25 Millionen unter deutscher Herrschaft lebenden Juden.<sup>51</sup> Eichmann und seine Leute wurden beauftragt, einen entsprechenden Plan auszuarbeiten. Mitte August waren sie fertig. Nach ihren Vorstellungen sollten in den nächsten vier Jahren jedes Jahr eine Million Juden auf die unwirtliche Insel im Indischen

Ozean gebracht werden, einem weit entfernten Ort, an dem sie aus den Augen und aus dem Sinn wären. Die Leitung der Operation sollte die Sicherheitspolizei übernehmen. Auch in ihrer neuen Heimat war den Juden kein eigenständiges Leben zgedacht. Vielmehr sollte ein von der SS geführtes riesiges Reservat oder «Superghetto» errichtet werden. Im vorangegangenen Herbst hatte man erkannt (und begrüsst), dass die Deportation der Juden in den Distrikt Lublin die jüdische Bevölkerung dezimieren würde.<sup>52</sup> Nichts anderes erwartete man sich vom «Madagaskarprojekt». Die Juden sollten offensichtlich auf der fernen Insel umkommen. Die genozidalen Implikationen lagen auf der Hand. Aber die Idee war eine Totgeburt. Nicht einmal die Grundvoraussetzungen waren erfüllt. Das besiegte Frankreich hätte sicherlich dazu gezwungen werden können, Madagaskar als Mandat unter deutsche Herrschaft zu stellen. Da aber eine Verständigung mit Grossbritannien nicht in Sicht war, waren weder die für den Transport der Juden benötigten Schiffe vorhanden, noch die Sicherheit auf den Seewegen gewährleistet. Eichmanns Plan verschwand in einer Schublade von Heydrichs Schreibtisch.<sup>53</sup> Inzwischen hatte sich eine bessere Möglichkeit ergeben.

Hitlers Entscheidung vom Dezember 1940, im folgenden Frühjahr die Sowjetunion anzugreifen, hatte erhebliche Folgen für die Verwirklichung der rassistischen Ziele. Einerseits würden dem NS-Regime Millionen weiterer Juden in die Hände fallen, während das Problem der Deportation der fast vier Millionen (die Zahl sollte bald auf rund sechs Millionen angehoben werden), die bereits im deutschen Herrschaftsbereich lebten, noch nicht gelöst war. Die Wehrmacht würde, ganz gleich, welche Invasionsrouten sie nehmen würde, auf Juden in grosser Zahl stossen. Andererseits würde der erwartete schnelle Sieg die Möglichkeit einer Bevölkerungsverschiebung und rassischen «Säuberung» von riesigen Ausmassen eröffnen. Als der Angriff begann, war man dabei, die Pläne dafür auszuarbeiten. Die SS beabsichtigte, innerhalb des nächsten Vierteljahrhunderts nicht weniger als 31 Millionen Menschen, überwiegend Slawen, nach Sibirien «umzusiedeln». Zunächst rechnete sie jedoch in einer ersten Phase wie selbstverständlich mit dem «Verschwinden» von fünf bis sechs Millionen Juden.<sup>54</sup>

Grundlage dieser Pläne war der erwartete Sieg im Osten, der zunächst eine neue Möglichkeit der Lösung der «Judenfrage» eröffnen würde. An die Stelle der bereits ad acta gelegten Madagaskaridee trat die Aussicht, europäische Ju-

den «in den Osten» deportieren zu können, in die frostigen Weiten der ehemaligen Sowjetunion, wo eisige Kälte, Unterernährung, Erschöpfung und Krankheit, wie man annehmen durfte, bald ihren Tribut fordern würden. Dies hatte Hitler im Sinn, als er Anfang Februar 1941 die rätselhafte Bemerkung machte, dass er angesichts der unüberwindlichen Schwierigkeiten der Madagaskaridee «über manches jetzt anders [denke], nicht gerade freundlicher».<sup>55</sup>

Zu diesem Zeitpunkt hatte er seine unfreundlichen Gedanken bereits Himmler und Heydrich mitgeteilt, die sofort darüber nachzudenken begannen, was ein Angriff auf die Sowjetunion für ihre Zuständigkeitsbereiche bedeuten würde. Für Himmler würden sich schier endlose Planungsmöglichkeiten für die Neuordnung der rassischen Zusammensetzung der Bevölkerung Osteuropas eröffnen. Für Heydrich würde der Angriff gewaltige neue Aufgaben für seine Sicherheitspolizei mit sich bringen. Dahinter lag die realistische Aussicht, eine «Endlösung der Judenfrage» zu erreichen. Dieser Begriff wurde von Anfang 1941 an ständig verwendet. Er bezog sich jedoch noch nicht auf die planvolle Tötung in Gaskammern von Vernichtungslagern, sondern auf eine territoriale Umsiedlung – wenngleich mit genozidalen Implikationen –, und zwar nunmehr, nach Aufgabe des Madagaskarprojekts, in den Osten.

Spätestens im Januar 1941 wussten Himmler und Heydrich, was Hitler vorhatte. Am 21. Januar notierte Theo Dannecker, einer von Eichmanns engsten Kollegen: «Gemäss dem Willen des Führers soll nach dem Kriege die Judenfrage innerhalb des von Deutschland beherrschten oder kontrollierten Teiles Europas einer endgültigen Lösung zugeführt werden.» Durch Himmler und Göring vermittelt, habe Heydrich von Hitler den Auftrag erhalten, ein «Endlösungsprojekt» auszuarbeiten. Dank seiner Erfahrung habe Heydrich den Vorschlag in seinen Grundzügen schnell vorlegen können. Er befinde sich bereits in Händen von Hitler und Göring. Seine Verwirklichung erfordere jedoch noch viel Arbeit und detaillierte Planung sowohl der erforderlichen umfangreichen Deportationen als auch der «Ansiedlungsaktion in dem noch zu bestimmenden Territorium».<sup>56</sup>

Die zuletzt zitierte Formulierung tauchte das erste Mal in Notizen auf, die Eichmann für einen Vortrag «Über Siedlung» anfertigte, den Himmler am 10. Dezember 1940 in Berlin vor Parteiführern hielt. Eichmann hatte damals mit der Deportation von 5,8 Millionen Juden gerechnet – 1,8 Millionen mehr, als



man beim Madagaskarprojekt angenommen hatte, da jetzt nicht nur die Gebiete berücksichtigt wurden, die unter direkter deutscher Herrschaft standen, sondern der gesamte «europäische Wirtschaftsraum des deutschen Volkes». Die Zahl erfasste also alle kontinentaleuropäischen Juden, die westlich der durch Polen verlaufenden deutsch-sowjetischen Demarkationslinie lebten.<sup>57</sup> Himmler hatte in seinem Vortrag explizit von der «Judenauswanderung» aus dem Generalgouvernement gesprochen, also aus einem Gebiet, das bisher als Aufnahmegebiet von Juden (und Polen) gedacht war; auf diese Weise sollte Platz für polnische Arbeiter geschaffen werden.<sup>58</sup> Aber wohin sollten die zwei Millionen Juden, die im Generalgouvernement lebten, gebracht werden? Madagaskar schied als mögliches Ziel offensichtlich aus. Nur wenige Tage später sollte Hitler die militärische Weisung für den Angriff auf die Sowjetunion im nächsten Frühjahr erteilen. Himmler dürfte gewusst haben, was bevorstand. Mit dem «noch zu bestimmenden Territorium» konnte nur ein noch nicht näher bezeichnetes Gebiet in den riesigen Weiten gemeint sein, die man im folgenden Jahr unter deutsche Herrschaft zu bringen hoffte.

Da die Planung des Angriffs auf die Sowjetunion höchster Geheimhaltung unterlag, konnte das ins Auge gefasste Gebiet für die «Endlösung» ausserhalb des Kreises der Eingeweihten nicht genannt werden. Deshalb wurde offiziell weiterhin vom Generalgouvernement als Zielgebiet gesprochen. Doch diejenigen, die den Überblick besaßen, waren sich darüber im Klaren, dass es sich nur noch um einen Tarnbegriff handelte. Eichmann räumte im März ein, dass das Generalgouvernement nicht noch mehr Juden aufnehmen könne.<sup>59</sup> Ebenso waren sich Göring und Heydrich darüber einig, dass für die «Endlösung» ein Gebiet östlich des Generalgouvernements vorgesehen war.<sup>60</sup> Im März versprach Hitler Hans Frank tatsächlich, dass sein Territorium als das Erste von Juden befreit werden würde.<sup>61</sup> Andere regionale NS-Führer, die ahnten, was bevorstand, übten nun auch Druck aus, um zu erreichen, dass ihre Gebiete ebenfalls von Juden «gesäubert» würden. Goebbels ging (irrtümlicherweise) davon aus, dass Wien bald «judenrein» sein würde und anschliessend Berlin an der Reihe sei. «Später», notierte er, «müssen sie mal ganz aus Europa heraus.»<sup>62</sup>

Unterdessen hatte man nicht nur die «Endlösung» der gesamteuropäischen «Judenfrage» zu planen, sondern auch die Behandlung der sowjetischen Ju-

den, die durch die bevorstehende Invasion unter deutsche Herrschaft geraten würden. Die Überlegungen darüber waren im Frühjahr untrennbar mit der umfassenderen Planung für einen Krieg verknüpft, der sich, wie Hitler der Militärführung unmissverständlich klar machte, erheblich von dem im Westen geführten unterscheiden würde.<sup>63</sup> Diesmal werde es ein «Vernichtungskampf» werden, erklärte er kategorisch. Die «jüdisch-bolschewistische Intelligenz» sei zu «beseitigen».<sup>64</sup> In Bezug auf die Vorgehensweise arbeitete die Heeresführung eng mit Himmler und Heydrich zusammen. Sie formulierte einen Befehl, der die sofortige Liquidierung aller in Gefangenschaft geratenen Politikommissare der Roten Armee anordnete. Göring bat Heydrich zudem, für die Truppe einen kurzen Leitfaden über die sowjetische Geheimpolizei, Politikommissare und Juden zu verfassen, «damit sie wisse, wen sie praktisch an die Wand zu stellen habe».<sup>65</sup> Bis Mai hatte Heydrich vier Einsatzgruppen mit je sechshundert bis tausend Mann aufgestellt, die hinter der Wehrmacht in die Sowjetunion einmarschieren sollten, um «subversive Elemente» auszuschalten. In seinen Richtlinien bezeichnete Heydrich die Zielgruppen ebenso grosszünftig wie ungenau: Juden, Zigeuner, Saboteure und kommunistische Funktionäre galten ihm gleichermassen als gefährlich. Er unterstrich, dass das Judentum das «Reservoir des Bolschewismus» sei und gemäss den Zielen des «Führers» ausgerottet werden müsse.<sup>66</sup>

Als am 22. Juni deutsche Truppen die sowjetische Grenze überschritten, hatte Hitlers Regime also bereits ein beträchtliches Stück auf dem Weg zum Völkermord zurückgelegt. Seit anderthalb Jahre zuvor Polen besiegt worden war, hatte sich dieser Prozess erheblich beschleunigt. Die Zahl der Juden, die durch die Eroberung Polens unter NS-Herrschaft geraten waren, die barbarische Behandlung des unterjochten Landes, in dem Juden die unterste, am stärksten verachtete Schicht bildeten, und die Unmöglichkeit, trotz aller grandiosen Aussichten und brutalen Methoden für das künstlich geschaffene Problem eine Lösung zu finden – all das hatte zur Folge, dass man immer hektischer nach einem Ausweg aus der Sackgasse suchte. Der günstige Kriegsverlauf hatte vorübergehend die Fantasie einer raschen europaweiten Lösung in Übersee – das Madagaskarprojekt – beflügelt. Doch angesichts der Hartnäckigkeit, mit der Grossbritannien weiterkämpfte, musste diese Möglichkeit bald ausgeschlossen werden. Dann eröffnete Ende 1940 die Entscheidung zum Angriff auf die Sowjetunion eine neue Option und trieb die Radikalisierung

weiter voran. Jetzt lag eine endgültige territoriale Lösung im Bereich des Möglichen, die Deportation der Juden in arktische Einöden der Sowjetunion, wo sie im Lauf der Zeit aussterben würden. Hinzu kam das Konzept eines Vernichtungskrieges, in dem die «jüdischen Bolschewisten» der Wehrmacht ausgeliefert wären und von den Einsatzgruppen im Rücken der Front als Freiwild betrachtet werden würden. Die Tendenz wies bereits auf Völkermord. Aber noch waren die entscheidenden Schritte zum uneingeschränkten Genozid, auch in der Sowjetunion, nicht unternommen worden.

Hitlers Rolle bei der Entwicklung seit September 1939 war ebenso entscheidend wie ungreifbar. Er hatte am Anfang die Grundregeln für die grausame Herrschaft in Polen festgelegt.<sup>67</sup> Hätte er es nicht getan, wären trotzdem Gräueltaten geschehen. Zu viele antipolnische und antijüdische Gefühle hatten sich angestaut, um gewalttätige Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung ausschliessen zu können. Aber wenn er ausdrücklich Weisung gegeben hätte, solche Aktionen zu verbieten und zu verfolgen, wäre wahrscheinlich nichts passiert, was auch nur annähernd das Ausmass des mit voller Absicht entfesselten Massensmords gehabt hätte. Wie die Dinge lagen, konnte Hitler, nachdem er das Programm der «ethnischen Säuberung» in Gang gesetzt hatte, Planung und Durchführung Himmler und Heydrich überlassen. Auch den Gauleitern im Osten liess er freie Hand, indem er erklärte, er werde nicht danach fragen, mit welchen Methoden sie ihre Regionen eindeutschen würden, und sich nicht um juristische Spitzfindigkeiten kümmern.<sup>68</sup> Aber sobald es um politische Schlüsselentscheidungen ging, waren sie ihm vorzulegen.

Er allein konnte über die von einigen seiner Gefolgsleute geforderte Deportation der «Reichsjuden» entscheiden. Auch die zunehmenden Deportationsprobleme im besetzten Polen wurden ihm zur Kenntnis gebracht – ohne dass er sie lösen konnte –, und er wurde mehrmals eingeschaltet, um Hans Frank hinsichtlich der Aufnahme von Juden im Generalgouvernement zu beschwichtigen. Er billigte sicherlich die Beschäftigung mit dem abenteuerlichen Madagaskarprojekt. Und Heydrichs Auftrag, einen Vorschlag für die Abschiebung der europäischen Juden in ein nicht näher bezeichnetes Gebiet im Osten, eine territoriale «Endlösung», auszuarbeiten, ging, wie erwähnt, auf ihn zurück. Himmler, Heydrich und Göring – die seit der «Reichskristallnacht» nominell für die antijüdische Politik verantwortlich waren und bis zum Hals

in der Planung der wirtschaftlichen Ausbeutung des Ostens steckten – waren äusserst mächtige Leute. Aber ihre Macht stammte von Hitler. Ohne sein Mandat waren ihre Verfügungen nichts wert. Hinter der immer radikaleren Suche nach einer Lösung der «Judenfrage» lag daher letztlich der von Hitler verkörperte ideologische Imperativ, der mittlerweile das gesamte Regime durchdrungen hatte: dass ein weiterer Krieg die «Vernichtung» der Juden mit sich bringen würde.

Am 30. Januar 1941, genau zu dem Zeitpunkt, als die Planungen für eine «Endlösung» mit der Aussicht, die Juden Europas einem schrecklichen, wenn auch nicht näher beschriebenen Schicksal in der Sowjetunion zuzuführen, in eine neue Phase eintraten, wiederholte Hitler in seiner Reichstagsrede zum achten Jahrestag der «Machtergreifung» zum ersten Mal seine «Prophezeiung» vom Januar 1939.<sup>69</sup> Die Wahl des Zeitpunkts war kein Zufall. Hitler gab verschleiert zu verstehen, was er im Sinn hatte: dass die Stunde der Abrechnung mit den Juden näherrückte.

#### IV

Als die Wehrmacht am frühen Morgen des 22. Juni 1941 die sowjetische Grenze überschritt, begann der von Hitler angekündigte «Vernichtungskampf». Die nationalsozialistische Barbarei wurde auf eine neue Ebene gehoben. Angesichts der vor dem Feldzug ausgegebenen Weisungen an die Wehrmacht ist es kaum verwunderlich, dass es von Anfang an zu unkontrollierten Gräueltaten gewöhnlicher deutscher Soldaten kam. Es sei zu sinnlosen Erschiessungen sowohl von Kriegsgefangenen als auch von Zivilisten gekommen, bemerkte ein Truppenkommandeur nur drei Tage nach dem Beginn der Invasion. Fünf Tage später musste er seinen Befehl wiederholen, solche Erschiessungen, die er rundheraus als Mord bezeichnete, zu unterlassen. Gleichwohl bekräftigte er die Notwendigkeit, die Forderung des «Führers» nach rücksichtslosem Vorgehen gegen den Bolschewismus in Gestalt der Politkommisare und Partisanen zu erfüllen, und stellte fest, Ziel des Krieges sei es, in Russland, das viele Jahre unter der Herrschaft einer jüdischen Verbrecherclique gelitten habe, Frieden und Ordnung wiederherzustellen.<sup>70</sup> Selbst ein Truppenkommandeur wie dieser, der die von seinen Soldaten begangenen willkürlichen Gräueltaten verabscheute und abzustellen versuchte, hielt also rück-

sichtsloses Vorgehen gegen Kommissare und Partisanen für notwendig und glaubte, dass Juden – im Verein mit Kriminellen – hinter dem bolschewistischen Regime ständen. Diese Einstellung war weit verbreitet. Der Krieg gegen die Sowjetunion unterschied sich von allen anderen. Und den Juden wurde eine Hauptrolle in ihm zugeschrieben.

In diesem ideologischen Klima eskalierte die Gewalt gegen die Juden rasch zu einer beispiellosen Mordkampagne, zum unsäglichen Abschlachten von Zivilisten und Kriegsgefangenen (von Letzteren starben im Herbst in deutschen Lagern jeden Tag sechstausend).<sup>71</sup> Wie erwähnt, hatte Heydrich die versammelten Einsatzgruppen über ihre Aufgaben beim Vorstoss in die Sowjetunion aufgeklärt. Aber entgegen dem, was einst weithin angenommen wurde, gab er in diesen Besprechungen keinen Befehl für einen uneingeschränkten Völkermord an den sowjetischen Juden. Dieser Befehl wurde einige Wochen nach Beginn des Feldzugs als erster grosser Schritt in einem eskalierenden Völkermordprozess von Himmler mündlich erteilt. Doch auch bei ihm handelte es sich nicht um eine förmliche Weisung, sondern eher um eine Aufforderung zu extremem mörderischem Handeln.

Heydrichs frühere Instruktionen für die Einsatzgruppen waren begrenzter gewesen als diese nachfolgende Bekräftigung, aber in typischer Weise ungenau. Am 2. Juli verschickte er, wahrscheinlich um die Aktionen der Einsatzgruppen gegen mögliche Einwände von Wehrmachtskommandeuren zu wappnen, eine schriftliche Weisung, in der er die Hinrichtung von kommunistischen Funktionären, verschiedenen «radikalen Elementen» sowie «Juden in Partei- und Staatsstellungen» anordnete.<sup>72</sup> Dies entsprach vermutlich im grossen Ganzen dem, was er den Einsatzgruppenleitern in den früheren mündlichen Anweisungen mitgeteilt hatte. Heydrich hatte ihnen einen grossen Ermessensspielraum hinsichtlich der Zielgruppen eingeräumt und sie eindeutig ermutigt, den Auftrag hinsichtlich der Juden grosszügig und nach eigenem Gutdünken auszulegen. Seine Anweisungen stellten weniger einen expliziten Befehl dar als vielmehr ein unbestimmtes Mandat, das offenbar auf verschiedene Weise in Handlungen übersetzt werden konnte, denn die einzelnen Einsatzgruppen und ihre Untereinheiten verhielten sich in der Anfangsphase des «Unternehmens Barbarossa» nicht gleich.

Tatsächlich bildeten die Aktionen der Einsatzgruppen nur einen Teil der ersten Mordwelle, bei der ein zentral gelenkter ideologischer Anstoss mit einer

«Folge von unzusammenhängenden, lokal und regional variierenden Massnahmen» der vor Ort agierenden Männer zusammenwirkte.<sup>73</sup> Bereits am 24. Juni liess der Gestapochef von Tilsit in Ostpreussen, unweit der Grenze zu Litauen, zweihundert Juden aus dem litauischen Garsden erschiessen, weil sie angeblich während des tapferen, aber fruchtlosen Widerstands der sowjetischen Grenztruppen in den ersten Stunden des deutschen Angriffs «Vergehen gegen die Wehrmacht» begangen hatten. Er hatte den Erschiessungsbefehl aus eigenem Antrieb erteilt, auch wenn der Leiter der im Baltikum agierenden Einsatzgruppe, Franz Walter Stahlecker, «grundsätzlich sein Einverständnis zu den Säuberungsaktionen» erklärt hatte.<sup>74</sup> Drei Tage später ermordete das Polizeibataillon 309 in Bialystok zweitausend Juden. Mehr als ein Viertel von ihnen, unter ihnen Frauen und Kinder, hatte man in eine Synagoge getrieben, die dann in Brand gesteckt wurde. Die «Aktion» war von fanatisierten Nationalsozialisten aus den Reihen des Bataillons angezettelt worden.<sup>75</sup> Aber diese Täter wussten, dass SS-Führer jetzt geradezu zu derart mörderischen Gräueltaten aufriefen. Es sprach sich rasch herum, was von ihnen erwartet wurde.

Einige Einheiten, insbesondere im Baltikum, waren binnen kurzem dabei, jüdische Männer in grosser Zahl zu ermorden. Im litauischen Kowno, zum Beispiel, wurden an einem einzigen Tag, dem 6. Juli, mehr als zweieinhalbtausend Juden erschossen.<sup>76</sup> Verschärft wurde der Terror durch Pogrome, die von den deutschen Invasoren entfacht wurden, indem sie die örtliche Bevölkerung aufstachelten, ihrem Hass auf die Juden freien Lauf zu lassen.<sup>77</sup> In anderen Regionen waren die Mordaktionen gezielter und richteten sich weitgehend gegen die jüdische Intelligenz.<sup>78</sup> In dieser Anfangsphase der Invasion wurde also zwar zentral zu Mordaktionen ermutigt, aber es blieb viel Raum für lokale Initiative. Auch wenn es sich bereits um Mordtaten grossen Umfangs handelte, gab es noch keinen expliziten allgemeinen Befehl zur vollständigen Auslöschung der Juden. Für sowjetische Juden sollte das Stadium des totalen Genozids freilich bald erreicht sein.

Dafür lässt sich allerdings kein einzelner, an einem bestimmten Tag erteilter Befehl angeben. Auf diese Weise funktionierte die nationalsozialistische Völkermordpolitik nicht. Eine Antwort auf die Frage, wann und wie die entscheidenden Schritte auf dem Weg zum Genozid unternommen und gebilligt wurden, ist nur auf der Grundlage komplizierter Indizien möglich.<sup>79</sup> Hitlers

unbürokratischer Herrschaftsstil, sein Beharren auf Geheimhaltung und die für ihn typische Verwendung von Tarnbegriffen und Signalen anstelle von eindeutigen Befehlen verschleierte seine Interventionen. Auf der nächsten Ebene wurden die Akten, die Himmler und Heydrich vermutlich über die «Endlösung» geführt hatten, zweifellos vernichtet, als das Reich in Trümmer fiel. Auf jeden Fall sind sie nicht erhalten geblieben. Und die späteren Aussagen von NS-Führern oder Einsatzgruppenleitern haben sich in Detailfragen häufig als fehlerhaft und gelegentlich als widersprüchlich erwiesen. Ausserdem handelte es sich zur eigenen Entlastung oftmals um Lügen. Dennoch erlauben die überlieferten Akten und späteren Aussagen eine plausible Rekonstruktion der Hauptschritte auf dem Weg zum Völkermord.

Sie folgten keinen expliziten Befehlen, die von der Spitze zur Basis weitergeleitet worden wären. Vielmehr gab es ein komplexes Wechselspiel von «grünem Licht» von oben und Initiativen von unten, die sich zu einer Spirale der Radikalisierung verbanden. Indem die am Morden unmittelbar Beteiligten, die zu wissen meinten, was man von ihnen erwartete, aus eigenem Ermessen handelten, beschleunigten sie die Radikalisierung vor Ort und beeinflussten die Art, wie die Führung reagierte und ihre Politik gestaltete. Aber die Operationen an der «Peripherie» waren, obwohl sie eine Eigendynamik entwickelten, nicht unabhängig von zentraler Anregung und Kontrolle. Sie waren durch Handlungsrichtlinien von oben entfacht, geschürt und sanktioniert worden. Das heisst, die Hauptschritte auf dem Weg zum Völkermord waren die Folge einer gewissen Art von zentraler Leitung, die darin bestand, dass Heydrich oder häufiger Himmler mündliche Hinweise gaben oder zu direkten Aktionen ermutigten. In der Regel handelte es sich dabei nicht um klare, eindeutige Anweisungen, sondern um allgemein formulierte Forderungen. Dies entsprach höchstwahrscheinlich der Art, wie Hitler selbst in vertraulichen Besprechungen «unter vier Augen» Himmler seine «Wünsche» zu verstehen gab.

Diese Besprechungen, bei denen kein Protokoll geführt wurde und niemand sonst anwesend war (ausser gelegentlich Heydrich), setzten einen bestimmten Prozess in Gang. Die in ihrem Verlauf geäusserten «Führerwünsche» wurden von Himmler sofort in Verwaltungshandeln umgesetzt. Durch seine Vermittlung und diejenige der nachgeordneten Führer der Sicherheitspolizei sickerten sie zu verschiedenen Zeitpunkten und in unterschiedlichen Formulierungen zu

den Ausführenden der Mordaktionen durch. Mit einem breiten Mandat ausgestattet, das sie auf eigene Weise interpretieren konnten, solange sie damit die Forderung nach gesteigerter Härte erfüllten, handelten die einzelnen Kommandeure dann nach eigenem Gutdünken und ergriffen die Initiative, indem sie die von ihnen erwarteten extremen Massnahmen durchführten. Diese wurden anschliessend umgekehrt von oben gebilligt und führten so zu einer weiteren Radikalisierung. Genau solch ein Prozess lief im Sommer 1941 ab und verwandelte in der Sowjetunion einen partiellen Genozid in einen totalen.

Am 15. Juli kehrte Himmler von einem kurzen Besuch in Berlin ins «Führerhauptquartier» in Ostpreussen zurück, wo er sich seit dem Beginn des Russlandfeldzugs überwiegend aufgehalten hatte. Wahrscheinlich wollte er an einer wichtigen Sitzung teilnehmen, die Hitler am nächsten Nachmittag abhalten würde, um die Grundzüge der künftigen Kontrolle und Ausbeutung der besetzten Gebiete der Sowjetunion nach einem Krieg, den man für so gut wie gewonnen ansah, festzulegen. Himmler verpasste die Sitzung dann jedoch, wahrscheinlich weil er sich um einen prominenten Gefangenen kümmern musste, der den deutschen Truppen an diesem Tag in die Hände gefallen war – Stalins Sohn. Ob er vor der Sitzung persönlich oder telefonisch mit Hitler sprach, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall war er bald nach der Sitzung wieder im Hauptquartier, wo er beim Mittagessen am nächsten Tag ein langes Gespräch mit Hans Heinrich Lammers führte, dem Chef der Reichskanzlei, der ihm Hitlers Befehle über die Machtverteilung im besetzten Osten erläuterte.<sup>80</sup> Dabei erfuhr Himmler, dass er die Gesamtverantwortung für Polizei und Sicherheit im Osten erhalten hatte.<sup>81</sup>

Es war praktisch ein offenes Mandat, das nur nominell durch die Verpflichtung begrenzt war, Rosenbergs Zuständigkeiten in seinem neuen Amt als Minister für die besetzten Ostgebiete zu beachten. Himmler erhielt kurz darauf das Protokoll der Besprechung. Darin konnte er lesen – mündlich erfuhr er zweifellos noch einiges mehr –, dass Hitler erklärt hatte, jetzt sei «auszurotten, was sich gegen uns stellt», und «jeder, der nur schief schauet, tot [zu] schiessen».<sup>82</sup> Solche drakonischen Ansichten bildeten die Grundlage von Himmlers neuer Sicherheitsaufgabe, die ihm den grösstmöglichen Spielraum für die Ausweitung seiner Macht bot. Um seine Vollmachten nutzen zu können, benötigte er im Osten allerdings wesentlich mehr Polizeikräfte, als dort aktuell verfügbar



waren. Und angesichts der bereits erfolgten Massenerschiessungen von Juden und der Tatsache, dass die Nationalsozialisten auch Partisanenaktivitäten als subversives Werk von Juden betrachteten, war klar, dass mehr Polizisten mehr Mordaktionen bedeuteten. Im antisemitischen Weltbild wurde «Sicherheit» gleichgesetzt mit «Säuberung» der besetzten Gebiete von Juden.

Am 18. Juli, einen Tag, nachdem er Hitlers Erlass erhalten hatte, durch den ihm die Verantwortung für die «Sicherheit» im Osten übertragen worden war, sagte Himmler eine geplante Reise ins Generalgouvernement ab.<sup>83</sup> Höchstwahrscheinlich arbeitete er bereits daran, die Möglichkeiten seiner neuen Position auszunutzen. Es ist anzunehmen, dass er zumindest telefonisch mit Hitler über seine neue Aufgabe sprach. Dabei dürfte er auch darauf hingewiesen haben, dass es, um sie zu erfüllen, notwendig sei, die Polizeikräfte in den Ostgebieten erheblich zu verstärken. Tatsächlich hatte er schon vor dem Angriff auf die Sowjetunion entsprechende Vorstellungen entwickelt. Jetzt konnte er sie in die Tat umsetzen – und dabei seine persönliche Macht erheblich ausweiten. Zwischen dem 19. und 22. Juli entsandte er zwei starke SS-Brigaden mit zusammen 11'000 Mann, welche die Pripjetsümpfe durchkämmen sollten, ein im südlichen Weissrussland und in der Nordukraine gelegenes riesiges Moorgebiet. Damit hatte er innerhalb einer Woche nach der Besprechung, in der Hitler ihm die Zuständigkeit für den Osten übertragen hatte, die Zahl der hinter der Front operierenden SS-Männer nahezu vervierfacht. Aber das war nur der Anfang. Es folgte eine enorme Verstärkung der Polizeikräfte. Ende 1941 verfügten die Polizeibataillone im Osten über 33'000 Mann, mehr als elfmal so viele wie die ursprünglichen Einsatzgruppen, die im Juni in die besetzten Gebiete geschickt worden waren.<sup>84</sup>

Himmler brauchte keine konkreten Befehle Hitlers, um die neu entsandten Einheiten auf Juden zu hetzen. Vom Beginn des Ostfeldzugs an waren Juden die Hauptopfer der Todesschwadronen gewesen. Schon die Zahl der ermordeten Juden überstieg die der anderen Opfer bei Weitem. Als Vorwand für die Massaker an ihnen wurden angebliche Subversions- und Widerstandsaktivitäten angeführt. Die neue Aufgabe der möglichst raschen und umfassenden «Befriedung» der Ostgebiete hatte daher die schrecklichsten Folgen für Juden. Die Pripjetsümpfe, der Standort von Himmlers SS-Brigaden, galten als besonderer Unruheherd in den besetzten Gebieten.<sup>85</sup> Am 1. August gab das 2. SS-Kaval-

lerieregiment folgende Mitteilung an seine Einheiten weiter: «Ausdrücklicher Befehl des RF-SS. Sämtliche Juden müssen erschossen werden. Judenweiber in die Sümpfe treiben.»<sup>86</sup> Die Kommandeure interpretierten den «ausdrücklichen» Befehl zwar unterschiedlich,<sup>87</sup> meldeten aber binnen zwei Wochen die «Entjudung» ganzer Städte und Dörfer in der Region. Getötet wurden nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder. Ein Kommandeur nahm Himmlers Befehl wörtlich und berichtete, er habe Kinder und Frauen in die Sümpfe getrieben, die aber zu flach seien, um darin versinken zu können.<sup>88</sup> Einige Wochen später zeigte eine Bemerkung Hitlers, dass er über die Aktion in den Pripjetsümpfen im Bilde war. Nachdem er seine Abendgäste – Himmler und Heydrich – an seine «Prophezeiung» erinnert und wiederum den Juden die Schuld sowohl am Ersten Weltkrieg als auch an dem gegenwärtigen Konflikt gegeben hatte, fügte er hinzu: «Sage mir keiner: Wir können sie doch nicht in den Morast schicken! Wer kümmert sich denn um unsere Menschen? Es ist gut, wenn uns der Schrecken vorangeht, dass wir das Judentum ausrotten.»<sup>89</sup>

In diesen Worten hatte Hitler indirekt die Pripjetaktion mit der Auslöschung der Juden und seiner «Prophezeiung» von Anfang 1939 verknüpft. Am 1. August, als der erweiterte Angriff auf die Juden im Osten begann, wies Gestapochef Heinrich Müller daraufhin, dass Hitler regelmässige Berichte über die Tätigkeit der Einsatzgruppen wünsche.<sup>90</sup> Am selben Tag ordnete er an, für Hitler «schnellstmöglich» Anschauungsmaterial über die Einsatzgruppen zusammenzustellen. Vierzehn Tage später war Hitlers Kameramann Walter Frenz – ebenso wie Himmler – bei der Erschiessung von Juden in Minsk anwesend. Ob Hitler oder Himmler die Aufnahmen tatsächlich gesehen haben, lässt sich nicht klären. Aber Hitler wollte ganz offensichtlich über den Fortgang der «Judenvernichtung» im Osten auf dem Laufenden gehalten werden, und das zu einem entscheidenden Zeitpunkt.<sup>91</sup> Wie sein ausdrückliches Interesse zeigte, war ihm offenbar bewusst, dass in der Sowjetunion eine neue Phase der Judenverfolgung begann, die in offenerer und umfassenderer Weise genozidal war.

Aber noch wurden nicht überall sämtliche Juden sofort umgebracht, denn die begrenzten Personal- und Logistikkapazitäten liessen das nicht zu. Und aufgrund der Art, wie Befehle von oben nach unten weitergeleitet wurden, blieb viel Spielraum für unterschiedliche Interpretationen und Gewichtungen.

Umfang und Geschwindigkeit der Eskalation des Mordprozesses waren daher nicht überall gleich. Eine der Einheiten der Einsatzgruppe A, zum Beispiel, die in Litauen operierte und mit besonderer Brutalität vorging, meldete im Juli 4'239 getötete Juden (darunter 135 Frauen), aber 37'186 im August (überwiegend in der zweiten Monatshälfte) und 56'459 im September, zumeist Frauen und Kinder.<sup>92</sup> Dagegen stieg die ohnehin schon hohe Mordquote der in Weissrussland operierenden Einsatzgruppe B erst im September steil an. Unter den Opfern der Erschiessungen waren auch hier häufig, wenn nicht immer, Frauen und Kinder. Zudem wurden in dieser Region jetzt oft auch ganze jüdische Gemeinden ausgelöscht.<sup>93</sup>

Insgesamt lagen die Opferzahlen weit über denen der ersten Wochen des Russlandfeldzugs. Nach Himmlers Besuch in Minsk Mitte August waren die Zahlen erstmals enorm angestiegen. Dort hatte der SS-Chef einer Massenerschiessung von Juden (einschliesslich einiger Frauen) beigewohnt, laut späteren Aussagen mit zwei Kommandeuren über Vergasungsmethoden diskutiert, von der «Gesamtliquidierung der Juden im Osten» gesprochen und offenbar angedeutet, er hätte einen Befehl Hitlers, dem zufolge alle Juden, einschliesslich der Frauen und Kinder, zu ermorden seien.<sup>94</sup> Der Beleg für eine solche Weisung ist nicht sehr zuverlässig. Ob Himmler seinerseits einen ausdrücklichen Befehl gegeben hat, auch Frauen und Kinder zu töten, ist ebenfalls nicht sicher.<sup>95</sup> Genauso wurde er aber augenscheinlich verstanden. Himmler hatte den höchsten Kommandeuren, die unter seinem Befehl standen, den ihm übertragenen erweiterten Sicherheitsauftrag erläutert, der unmissverständlich auf die Auslöschung der Juden in der besetzten Sowjetunion hinauslief. Dies wurde weder niedergeschrieben, noch in einer Nachricht ausdrücklich übermittelt. Dafür war die Sache viel zu heikel. Die mündliche Übermittlung in einer Reihe von Anweisungen auf den verschiedenen Befehlsebenen hatte zur Folge, dass die einzelnen Einheiten zu verschiedenen Zeitpunkten erfuhren, was von ihnen erwartet wurde.<sup>96</sup> Dennoch verbreitete sich die Neuigkeit rasch. Ende August war der Versuch, das sowjetische Judentum auszulöschen, bereits in vollem Gange.

Die Eskalation des Mordens erfolgte in einem Prozess der wechselseitig verstärkten Radikalisierung der Exekutoren einerseits und der SS-Führung andererseits, die die Richtlinien der Vernichtungspolitik festlegte. Hauptbeauftragter und Überbringer von Handlungsrichtlinien für seine Kommandeure

und Polizeichefs in den besetzten Gebieten, die diese ihrerseits an ihre Männer weiterleiteten, war Himmler. Aber es gab eine noch höhere Autorität. Der riesige Umfang der Polizeikräfte im Osten entsprach Hitlers Weisung an Himmler, die besetzten Gebiete zu «befrieden», den er am 17. Juli nach der entscheidenden Besprechung über die Abgrenzung der Zuständigkeiten der NS-Führer erteilt hatte. Und es dürfte kaum Zufall gewesen sein, dass Hitler Anfang August ein deutliches Interesse für die Mordaktionen an den Tag legte, genau zu dem Zeitpunkt, als Himmler begann, grosszügig formulierte Anweisungen über die Ausweitung des Mordens auf Frauen und Kinder zu übermitteln. Dass Hitler mit der Bemerkung, «jeden, der nur schief schauete, tot [zu] schiessen», – und vermutlich mit anderen drastischen Äusserungen, die nicht protokolliert worden sind – «grünes Licht» gegeben hatte, genügte, um die genozidale Radikalisierung in Gang zu setzen. Obwohl die Ausführung zu verschiedenen Zeitpunkten begann, stellten die Erweiterung von Himmlers Zuständigkeit in der Besprechung in Hitlers Hauptquartier am 16. Juli und die Mitte August verfügte Einbeziehung jüdischer Frauen und Kinder in die Mordaktionen zusammengenommen die Entscheidung dar, die Juden in der Sowjetunion in ihrer Gesamtheit zu ermorden.

v

Die weiterreichende Entscheidung, sämtliche Juden Europas zu töten, war noch nicht gefasst worden. Sie war jedoch mit dem vorangegangenen Entschluss, die sowjetischen Juden auszulöschen, verknüpft, auch wenn sie getrennt von ihr getroffen wurde. Im Januar 1942 lebten in der Sowjetunion schätzungsweise noch etwa fünf Millionen Juden, obwohl bereits Hunderttausende ermordet worden waren.<sup>97</sup> Als Eichmann an der Jahreswende 1940/41 die Zahl der Juden ermittelt hatte, die aus dem westlich der Sowjetunion gelegenen Europa in ein «noch zu bestimmendes Territorium» deportiert werden sollten, waren die Millionen von Juden, die bereits in der Sowjetunion lebten, nicht in seine Berechnungen einbezogen. Ohne die sowjetischen Juden schätzte Eichmann die Zahl der zu Deportierenden auf fast sechs Millionen (zu denen jetzt mehrere hunderttausend Juden, die im ehemals sowjetischen Teil Polens lebten, hinzugezählt werden mussten).<sup>98</sup>

Als im Juni 1941 deutsche Truppen die sowjetische Grenze überschritten, war offensichtlich noch keine klare und abschliessende Entscheidung über die Vorgehensweise hinsichtlich der sowjetischen Juden gefällt worden – ob sie weiter nach Osten deportiert oder an Ort und Stelle umgebracht werden sollten. Doch Ideologie und Logistik bewirkten zusammen, dass der totale Genozid in den besetzten sowjetischen Gebieten bald praktisch unvermeidlich wurde. Die Deportation kam bei genauerem Hinsehen nicht in Frage. Selbst wenn der Ostfeldzug, wie erwartet, mit einem schnellen deutschen Sieg geendet hätte, wäre der Transport von Millionen Juden aus ganz Europa in ein entlegenes Gebiet der Sowjetunion ein gewaltiges Unterfangen gewesen. Und wenn man die sowjetischen Juden nicht einfach ermordet hätte, wo man sie vorfand, wäre das Problem hinzugekommen, auch sie abzutransportieren. Die Schwierigkeiten wären enorm gewesen. In der Wirklichkeit stellten sich diese Fragen selbstverständlich nie. Als sich der deutsche Vormarsch verlangsamte, klar wurde, dass sich der Krieg bis ins nächste Frühjahr hinziehen würde und die Vorstellung von einem Territorium, in das die nicht sowjetischen Juden geschafft werden konnten, in weite Ferne rückte, war das Schicksal der sowjetischen Juden schon besiegelt. Das war bereits im Hochsommer erkennbar. Von nun an stand fest, dass sie sofort ermordet wurden. Und in einem ohnehin schon genozidalen Klima stellte sich angesichts der Tatsache, dass sich die Möglichkeit, die übrigen europäischen Juden in die Sowjetunion zu deportieren, rasch verflüchtigte, immer drängender die Frage, was mit ihnen geschehen sollte.

Anfangs hatte es so ausgesehen, als würde ein schneller Sieg über die Rote Armee die Voraussetzung für eine endgültige Lösung dieser Frage durch Massendeportationen schaffen. Bald nach dem Beginn des Russlandfeldzugs hatte Hitler Juden mehrfach mit Ungeziefer verglichen.» Im Gespräch mit dem kroatischen Verteidigungsminister Sladko Kvaternik sagte er: «[W]enn auch nur ein Staat aus irgendwelchen Gründen eine jüdische Familie bei sich dulde, so würde diese der Bazillenherd für eine neue Zersetzung werden. Gäbe es keine Juden mehr in Europa, so würde die Einigkeit der europäischen Staaten nicht mehr gestört werden.»<sup>100</sup> Gegenüber seinem ausländischen Besucher hielt Hitler gleichwohl die Fiktion einer Deportation nach Übersee aufrecht. Auch bei NS-Führern verstärkte jede neue «Sondermeldung» der Wehrmacht über weitere Fortschritte in der Sowjetunion die Erwartung einer unmittelbar

bevorstehenden Deportation der Juden «in den Osten» oder «nach Sibirien» (womit, locker gesprochen, irgendein Gebiet in der Sowjetunion gemeint war). Doch Hitlers Äusserungen deuteten an, welches Schicksal er den Juden zu diesem Zeitpunkt zugedacht hatte. In einer Phase, als sich in der Sowjetunion Massaker zu einem schrankenlosen Völkermord ausweiteten, dürften Himmler und Heydrich solche Hinweise auf die Notwendigkeit einer radikalen Lösung in ganz Europa nicht überhört haben.

Im Juli, als der Sieg über die Sowjetunion, dem die Kapitulation Grossbritanniens und ein triumphales Ende des Krieges folgen sollten, zum Greifen nah zu sein schien, schmiedete man im RSHA Pläne für eine «Endlösung der Judenfrage», die Heydrich schon im Mai als «zweifelloos kommend» bezeichnet hatte.<sup>101</sup> Am Ende des Monats entwarf Eichmann auf Anweisung Heydrichs ein von Göring (der seit November 1938 nominell für die «Judenfrage» zuständig war) zu unterzeichnendes Ermächtigungsschreiben, in dem der RSHA-Chef beauftragt wurde, eine «Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa» vorzubereiten.<sup>102</sup> Wie erwähnt, hatte Heydrich Göring bereits im März 1940 einen Plan für die Lösung der «Judenfrage» vorgelegt. Jetzt ersuchte er um eine förmliche Bestätigung der Vollmachten, die ihm mündlich schon übertragen worden waren – ein Schritt, den er zu diesem entscheidenden Zeitpunkt im Hinblick auf die Chefs der Zivilverwaltungen und anderer Ämter und Behörden (insbesondere Rosenbergs Ostministerium), die ihm bei der Verwirklichung seiner Pläne in die Quere kommen konnten, offenbar für nötig hielt. Da es so schien, als hätte Deutschland das europäische Festland endgültig unterworfen, war die Zeit gekommen, mit der Deportation der europäischen Juden in die Sowjetunion, wo sie der Tod durch «natürliche Dezimierung» aufgrund von Zwangsarbeit, Unterernährung und rauem Klima erwartete, zu beginnen. Was nicht arbeitsfähige Juden – Kinder, Alte und Kranke – anging, so wurde ihre Ermordung «durch irgendein schnell wirkendes Mittel» vorgeschlagen.<sup>103</sup>

Als sich jedoch in den folgenden Wochen der deutsche Vorstoss verlangsamte und das Ausmass der Fehleinschätzung der Kampfkraft der Roten Armee immer deutlicher zutage trat, wurde die genozidale Lösung der «Judenfrage» durch Deportation in die Sowjetunion – die seit Jahresanfang in dieser Hinsicht vorherrschende Idee – rasch unrealistisch. Damit wurde, nach den Plänen einer Ansiedlung im Generalgouvernement und dem Madagaskarprojekt, auch diese territoriale Lösung auf unbestimmte Zeit verschoben. Der

Druck, die Juden zu deportieren, hatte sich inzwischen aber nicht verringert, sondern weiter verstärkt. Da der Deportation jedoch unüberwindliche Hindernisse entgegenstanden, sann man auf andere Möglichkeiten. Unterdessen hatte sich der Massenmord an Juden rasch über die besetzten sowjetischen Gebiete ausgebreitet. Gleichzeitig verschärfte sich im Reich vor dem Hintergrund der Nachrichten über die erbitterten Kämpfe im Osten und unter dem Einfluss von Goebbels' Propaganda die antijüdische Stimmung.

Die deutschen Juden waren zunehmender Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt. In der Propaganda wurden sie als Untergrundkämpfer, Agitatoren und Unruhestifter dargestellt, als Faulenzer, die nach Russland «abgekartet» oder besser noch wie ominöserweise vorgeschlagen wurde, gleich totgeschlagen werden sollten.<sup>104</sup> Mitte August setzte sich Goebbels bei einem verdriesslichen, kranken Hitler dafür ein, die Juden zum Tragen eines Kennzeichens zu zwingen. Er erhielt grünes Licht, und vom 1. September an mussten Juden einen gelben Stern tragen. Damit waren die deutschen Juden als Minderheit gekennzeichnet – für jeden sichtbar, ihren Verfolgern ausgeliefert und völlig schutzlos. Begleitet wurde die Massnahme dadurch, dass in allen Amtsstuben Hitlers «Prophezeiung» vom Januar 1939, dass der nächste Krieg die Vernichtung der Juden mit sich bringen werde, aufgehängt wurde.<sup>105</sup>

Heydrichs Vorschlag vom August, die deutschen Juden zu deportieren, lehnte Hitler jedoch ab. Er schloss «Evakuierungen» während des Krieges aus, gab aber seine grundsätzliche Zustimmung zur «Teilevakuierung der grössten Städte».<sup>106</sup> Vielleicht hatte er immer noch den alten Gedanken im Hinterkopf, dass die Juden «Geiseln» oder «Faustpfänder» seien, deren Anwesenheit in Deutschland mit dazu beitrage, die angeblich jüdisch beherrschten Vereinigten Staaten vom Kriegseintritt abzuhalten. Wahrscheinlicher war jedoch, dass ihm klar war, dass es, solange der Krieg im Osten nicht beendet war, keinen Ort gab, an den man die Juden schicken konnte. Polen, das stand seit Langem fest, konnte keine weiteren Juden mehr aufnehmen, und Deportationen in die Sowjetunion waren zu diesem Zeitpunkt nicht durchführbar. Man brauchte sämtliche Transportmittel für die Versorgung der Front, was zunächst absoluten Vorrang hatte. Darüber hinaus hielt Hitler, der die Juden als verräterische «fünfte Kolonne» betrachtete, es für gefährlich, sie in die Sowjetunion zu bringen, während dort ein erbitterter Krieg gegen den «jüdischen

Bolschewismus» geführt wurde. Im Übrigen waren die rückwärtigen Gebiete hinter der Front, in denen sowjetische Juden zu Zehntausenden ermordet wurden, kaum darauf vorbereitet, einen Massenzustrom von Juden aus dem Reich aufzunehmen. Auch hätten für sofortige «Liquidierungen» die vorhandenen Einsatzkommandos nicht ausgereicht. Die «Endlösung der Judenfrage», so wurde Heydrich wahrscheinlich von Hitler beschieden, müsse noch etwas warten, bis der Krieg zu Ende sei.

Dennoch setzte man in den oberen Rängen von SS und Sicherheitspolizei die Vorbereitungen für die «kommende Endlösung» fort. Dabei stellte man sich die Frage, was mit den Deportierten geschehen sollte. Sollte man ihnen «ein gewisses Leben für dauernd» gewähren, oder sollten sie «völlig ausge-merzt» werden, wie das im Nazijargon hiess?<sup>107</sup> Diese Frage rückte in den Vordergrund, als Hitler Mitte September seine Meinung über die Deportation der «Reichsjuden» änderte. Auslöser dieser Kehrtwende scheint Stalins Deportation von Hunderttausenden «Volksdeutschen» nach Sibirien gewesen zu sein, deren Vorfahren seit Jahrhunderten an der Wolga gelebt hatten. Zudem hatte der Druck aus Deutschland und einigen besetzten Ländern, vor allem aus Frankreich, die Juden in «den Osten» zu deportieren, erheblich zugenommen. Vergeltung für das Schicksal der Wolgadeutschen, zu der eine Reihe von NS-Führern Hitler gedrängt hatte, beschwichtigte nun zugleich seine Untergebenen, denn sie öffnete die bisher verschlossene Tür für die Deportation aus dem Reich. Diese Entscheidung leitete in den nachfolgenden Wochen den Übergang in die Hochphase des genozidalen Prozesses ein.

In den folgenden drei Monaten wurden sich die an seiner Planung und Organisation direkt Beteiligten darüber klar, was die «Endlösung» bedeutete. Sie bezog sich nun nicht mehr auf eine Ansiedlung auf ehemals sowjetischem Territorium (mit der unausgesprochenen Implikation des langsamen Dahinsterbens). Jetzt bedeutete sie die physische Auslöschung der Juden in ganz Europa. Und da die Möglichkeit der Deportation in die Sowjetunion immer unwahrscheinlicher wurde, würde sie in grösserer Nähe stattfinden müssen. Damit geriet das besetzte Polen als Ort für die Verwirklichung des «Vernichtungsprogramms» in den Blick. Im Herbst 1941 war dieses streng gehütete Geheimnis in seiner ganzen Bedeutung nur der Führung von SS und Sicherheitspolizei bekannt. Die zivilen Behörden waren noch nicht vollständig in das Vorhaben eingeweiht. Die Unsicherheit und Verwirrung, die in dieser Zeit



vorherrschten, waren eine Folge sowohl der Geheimhaltung der «Endlösung» als auch der Tatsache, dass sie sich noch im Planungsstadium befand. Doch nachdem Hitler im September entschieden hatte, die Deportation von «Reichsjuden» zuzulassen, folgten die Schritte zum totalen Genozid jetzt rasch aufeinander.

Die Frage, wohin man die Juden bringen und was nach ihrer Ankunft mit ihnen geschehen sollte, wurde jetzt immer dringlicher. Am 18. September teilte Himmler Gauleiter Greiser im Wartheland mit, dass er den Winter über 60 000 Juden im Ghetto von Lodz aufnehmen müsse, bis sie im nächsten Frühjahr «noch weiter nach dem Osten» abgeschoben würden. Damit entspreche man Hitlers Wunsch, dass das Reich und die frühere Tschechoslowakei so bald wie möglich von Juden «geleert und befreit» sein sollten.<sup>108</sup> Aber das Lodzer Ghetto platze bereits aus allen Nähten, wandten die örtlichen Behörden ein. Es könne niemanden mehr aufnehmen. Himmler bestand auf seiner Forderung, reduzierte die Zahl aber auf 20'000 Juden (sowie 5'000 «Zigeuner»). Bereits im Juli war der Vorschlag gemacht worden, arbeitsunfähige Bewohner zu töten, da das Ghetto sie nicht ernähren könne.<sup>109</sup> Und jetzt wurde zusätzlich eine grosse Zahl von Juden genau dorthin geschickt, doch im Gegenzug erteilte Berlin sehr wahrscheinlich die Erlaubnis, arbeitsunfähige Juden aus dem Ghetto zu töten. Die Suche nach einem geeigneten Ort für die geplanten Mordaktionen in der Region begann wenige Wochen nachdem Greiser die Deportationsmitteilung erhalten hatte, und in der ersten Dezemberwoche wurden in Chelmno die ersten Juden mit Gas getötet.<sup>110</sup>

Der Warthegau war nur eine der Regionen, in die Juden deportiert werden sollten. Heydrich nannte Anfang Oktober ausdrücklich auch Riga und Minsk.<sup>111</sup> Als vom 15. Oktober an die ersten Deportationszüge in Wien, Prag, Berlin und anderen Städten abfahren, existierte noch kein klarer Plan für einen systematischen Massenmord.<sup>112</sup> Aber die von Himmler und Heydrich – die sicherlich im Einklang mit Hitlers Wünschen handelten, wie allgemein er sie auch formuliert haben mochte – in Umlauf gesetzte Botschaft lautete, dass für die Juden Europas die letzte Stunde geschlagen habe.

In der Zwischenzeit sollten die Verantwortlichen in den Aufnahmegebieten nach eigenem Ermessen handeln und alle radikalen Massnahmen ergreifen, die sie für nötig hielten. Diese Lizenz zur Willkür wurde eifrig in Anspruch

genommen. Im Oktober und November begann man in verschiedenen Teilen des NS-Imperiums mit der Ermordung einer grossen Zahl von Juden. Im November wurden in Kowno und Riga deportierte Juden unmittelbar nach der Ankunft erschossen. Zu diesem Zeitpunkt fanden nicht mehr nur in der Sowjetunion Massenerschiessungen statt. In enger Zusammenarbeit von Wehrmacht, SS und Auswärtigem Amt wurden im Oktober in Serbien als Vergeltung für Partisanenaktivitäten 3'500 Juden erschossen – ursprünglich hatten es 8'000 sein sollen. In Ostgalizien, das zu Beginn des «Unternehmens Barbarossa» dem Generalgouvernement angegliedert worden war, wurden im Herbst etwa 30'000 Juden erschossen. Massenerschiessungen hatte es in dieser Region allerdings schon seit dem Juni gegeben.<sup>113</sup>

Als alternative Tötungsmethode kam jetzt die Verwendung von Giftgas ins Gespräch. Himmler hielt sie mit Blick auf die Täter für «humaner» als Erschiessungen. Im Oktober ordnete Heydrich den vermehrten Einsatz von Gaswagen an. Im Warthegau suchte man bereits nach einem Ort für ihren Einsatz. Für Riga war eine ähnliche Methode vorgesehen. In Mogilew, wo die nach Minsk geschickten Juden ermordet werden sollten, war offenbar der Bau einer stationären Gaskammer geplant. Im Generalgouvernement, das zunächst von der Aufnahme zusätzlicher Juden ausgenommen worden war, hatten im September (als die Vergasungsexperten der im vorangegangenen Monat gestoppten «Euthanasieaktion» frei geworden waren) erste Bauarbeiten am späteren Vernichtungslager Belzec begonnen. Die Errichtung von Gaskammern begann im November, als Hans Frank erfahren hatte, dass die nicht arbeitsfähigen Juden aus seinem Herrschaftsgebiet «über den Bug» abgeschoben, das heisst in den sicheren Tod geschickt werden sollten.<sup>114</sup>

Die regionalen Mordaktionen waren jedoch noch nicht Teil eines systematischen, koordinierten Programms. Die Zivilbehörden in den besetzten Gebieten wussten noch nichts von einer grundsätzlichen zentralen Weisung für den Völkermord. In Minsk erhob der Generalkommissar für Weissruthenien, Wilhelm Kube, Einspruch gegen die Erschiessung von «Reichsjuden» – «Menschen, die aus unserem Kulturkreis kommen», die er von den «bodenständigen vertierten Horden» unterschied – und bat um klare Anweisungen für Juden mit Kriegsauszeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg, für die mit «arischen» Partnern Verheirateten sowie für «Mischlinge». Hinrich Lohse, der Reichskom-

missar für das «Ostland» (Baltikum und Teile von Weissrussland), der von der Wehrmacht gedrängt wurde, jüdische Facharbeiter zu behalten, wollte wissen, ob bei der Behandlung der Juden ökonomische Erwägungen zu berücksichtigen waren.<sup>115</sup> Einige Wochen später teilte man ihm mit, dass wirtschaftliche Kriterien irrelevant seien. Die Juden müsse man ungeachtet möglicher wirtschaftlicher Nachteile auf jeden Fall beseitigen.

Allem Anschein nach war inzwischen die Entscheidung gefällt worden, auch die europäischen Juden zu ermorden. Dies dürfte im Monat zuvor, also im November, geschehen sein.<sup>116</sup> Dieser Monat war ohnehin ein besonderer im nationalsozialistischen Kalender – wegen der Erinnerung einerseits an die «schändliche» deutsche Kapitulation von 1918 und andererseits an den «heldenhaften», wenn auch gescheiterten Putsch von 1923. Am 5. November sagte Hitler beim Mittagessen in Anwesenheit Himmlers, er könne keine «Verbrecher» am Leben lassen, während «die besten Männer draussen fallen». «Wir haben das ja 1918 erlebt», fügte er hinzu. Er sprach nicht ausdrücklich von Juden, aber es ist unwahrscheinlich, dass er sie nicht im Sinn gehabt hatte. Am Abend desselben Tages, nachdem Himmler gegangen war, schwadronierte er lang und breit über die Juden. Das Kriegsende, erklärte er, werde den «Sturz des Juden» bringen. Zum Schluss seiner Tirade sagte er: «Wir können ohne die Juden leben, sie aber nicht ohne uns. Wenn das in Europa bekannt ist, dann wird sehr schnell ein europäisches Solidaritätsgefühl entstehen. Jetzt lebt der Jude davon, dass er das zerstört.»<sup>117</sup> In seiner Rede vor Veteranen des Putschs von 1923 in München drei Tage später brandmarkte er die Juden als Anstifter des Krieges. Eine von den Juden angeregte Weltkoalition, so seine Botschaft, würde niemals über Deutschland siegen. Dies sei die Fortsetzung des Kampfs, der 1918 nicht beendet worden sei, sagte er. Damals sei Deutschland um den Sieg betrogen worden. Wer die Betrüger waren, blieb unausgesprochen, war jedoch allen klar. «Das war aber nur der Anfang, das erste Stück dieses Dramas», verkündete er, «das zweite, und der Schluss werden jetzt geschrieben, und wir werden dieses Mal nun das einholen, um was man uns damals betrogen hat [...]»<sup>118</sup> Das war bloss eine Anspielung und keine direkte Aussage, ebenso wie die Äusserungen gegenüber seinem Gefolge im ostpreussischen Hauptquartier in der Nacht vom 1. auf den 2. Dezember, als er erklärte: «[W]er Leben zerstört, setzt sich dem Tod aus, und etwas anderes geschieht auch ihnen nicht.» Er meinte die Juden.<sup>119</sup> Aber eine Woche darauf nahmen in Chelm-

no die Gaswagen, eine Vorstufe des späteren fabrikmässigen Mordens, ihre schreckliche Tätigkeit auf.

Es war an der Zeit, eine grundsätzliche Klärung herbeizuführen. Zu diesem Zweck verschickte Heydrich am 29. November Einladungen an diejenigen Zivilbeamten, die am meisten mit der sich verändernden Politik gegenüber den Juden zu tun hatten – mehrere Staatssekretäre und einige SS-Vertreter. Dass Generalgouverneur Hans Frank und Friedrich-Wilhelm Krüger, der SS-Chef in dessen Herrschaftsgebiet, erst nachträglich auf die Liste gesetzt wurden, lässt darauf schliessen, dass das Generalgouvernement – das nicht als Aufnahmegebiet von deportierten deutschen Juden in Erwägung gezogen wurde – für die Diskussion keine zentrale Bedeutung haben sollte. Offenbar sollten die Sitzungsteilnehmer nicht über ein detailliertes Programm für die Vergasung von Millionen Juden in Vernichtungslagern in eben diesem Gebiet in Kenntnis gesetzt werden. Genauso wenig konnten genaue Absprachen für den Transport der Opfer Thema einer Sitzung sein, zu der kein einziger Transportexperte eingeladen war. Tatsächlich tappten die Empfänger der Einladungen hinsichtlich des Zwecks der Sitzung weitgehend im Dunkeln.

Einige vermuteten ganz richtig, dass die Behandlung der «Mischlinge» auf der Tagesordnung stehen würde. Aber die wichtigsten Hinweise gab der Text der Einladung: Er bestätigte den nominell von Göring stammenden Auftrag, den Heydrich am 31. Juli erhalten hatte. Anschliessend war von der Notwendigkeit die Rede, «eine gleiche Auffassung bei den in Betracht kommenden Zentralinstanzen» zu erreichen, die an den «Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht für eine Gesamtlösung der Judenfrage in Europa», eine Frage von «ausserordentlicher Bedeutung», beteiligt waren.<sup>120</sup> Mit anderen Worten, Heydrich musste seine bereits im Juli geklärte Zuständigkeit noch einmal über alle Zweifel hinaus bekräftigen, da die Organisation der «Gesamtlösung der Judenfrage» in die entscheidende Phase eingetreten war. Die Besprechung sollte am 9. Dezember stattfinden. Doch am Anfang des Monats traten schwerwiegende Ereignisse ein, die eine Verschiebung der Sitzung erforderlich machten.

Am 5. Dezember wurde der deutsche Vorstoss unweit von Moskau durch eine gewaltige, verheerende sowjetische Gegenoffensive zum Stehen gebracht. Damit war der Gedanke daran, Juden in grosser Zahl in die Sowjetunion zu bringen, auf absehbare Zeit illusorisch. Die Deportationspläne, die in

den Überlegungen des NS-Regimes zur Lösung der «Judenfrage» im vorangegangenen Jahr eine Rolle gespielt hatten, mussten aufgegeben werden. Zwei Tage später, am 7. Dezember, bombardierten die Japaner Pearl Harbor und lösten die deutsche Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten aus, durch die der Konflikt endgültig zum Weltkrieg wurde. Am 12. Dezember erläuterte Hitler den Parteiführern, was dies für die Juden bedeutete. Jetzt zog er die schreckliche Schlussfolgerung aus seiner «Prophezeiung» vom 30. Januar 1939: «Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung des Judentums muss die notwendige Folge sein.»<sup>121</sup> Es war weder ein konventioneller Befehl noch eine explizite Entscheidung, aber ein unmissverständliches Signal. Hitlers Zuhörern war hinterher genauso wenig wie vorher klar, auf welche Weise er denn die Juden «vernichten» wolle. Aber es bestand kein Zweifel mehr darüber, dass Massnahmen zu ihrer Ermordung getroffen würden, und zwar schon während des Krieges und nicht erst nach seinem siegreichen Ende. Das war die Botschaft, die den Untergebenen in Schlüsselpositionen in den besetzten Gebieten übermittelt wurde.

Einer von Hitlers Zuhörern war Hans Frank gewesen. Vier Tage später gab er das Gehörte an sein Gefolge im Generalgouvernement weiter, wobei er sogar einige Formulierungen Hitlers zitierte, insbesondere dessen «Prophezeiung». Der Krieg, erklärte er, wäre nur teilweise erfolgreich, wenn die Juden Europas überleben würden. Sie müssten verschwinden. Er stehe in Verhandlungen über ihre Abschiebung in den Osten. In Berlin werde bald eine wichtige Besprechung über dieses Thema stattfinden – ein Verweis auf die von Heydrich anberaumte Sitzung, die aufgrund der Ereignisse von Anfang Dezember verschoben worden war. «Jedenfalls», fuhr er fort, «wird eine grosse jüdische Wanderung einsetzen». Dann kam er auf die mörderischen Konsequenzen zu sprechen – das Ziel war erschreckend klar, auch wenn die Methoden es noch nicht waren. «Aber was soll mit den Juden geschehen?», fragte er. «Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: Weshalb macht man diese Scherereien? Wir können im ‚Ostland‘ oder im ‚Reichskommissariat‘ auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber! [...] Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist [...]» Während Frank weiterhin damit rechnete, dass die im Generalgouvernement lebenden Juden in den Osten deportiert werden würden, hatte man ihm mitgeteilt, dass es sinnlos sei, sie dorthin zu schicken,

und ihn stattdessen aufgefordert, in seinem eigenen Herrschaftsgebiet Massentötungen durchzuführen. Er hatte allerdings noch keine klaren Vorstellungen, wie dies geschehen sollte. Er schätzte die Zahl der dort lebenden Juden auf 3,5 Millionen (einschliesslich sogenannter Halbjuden). «Diese 3,5 Millionen Juden», erklärte er, «können wir nicht erschiessen, wir können sie nicht vergiften, werden aber trotzdem Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen [...]»<sup>122</sup> Zu diesem Zeitpunkt wusste Frank offenbar nichts von einem Vorhaben, die «Endlösung der Judenfrage» auf dem Gebiet des Generalgouvernements durchzuführen, anstatt weiter östlich, und dafür Gaskammern zu benutzen, die in einer Reihe von Vernichtungslagern errichtet werden sollten. Da die Sowjetunion als Deportationsziel jedoch auf unabsehbare Zeit ausfiel, sollte in den folgenden Wochen genau diese Strategie Gestalt annehmen.

Die von Heydrich einberufene Besprechung fand am 20. Januar 1942 am Stadtrand von Berlin in einer Villa am Wannsee statt. Seit Heydrich im Juli des vorangegangenen Jahres von Göring Vollmacht erhalten hatte, war viel passiert. Bei dem, was jetzt organisatorisch und technisch vorbereitet wurde, handelte es sich nicht mehr um eine Umsiedlung in den Osten, wie mörderisch diese auch in der Praxis gewesen wäre, sondern um das umfassende genozidale Vorhaben, elf Millionen europäische Juden mit noch festzulegenden Methoden zu ermorden, was eine europaweite Koordination erforderte. Eichmann redigierte später das Protokoll der Sitzung, um «gewisse Auswüchse» zu entfernen.<sup>123</sup> Obwohl Heydrich wahrscheinlich gar nicht im Einzelnen über die Tötungsmethoden gesprochen hatte, war niemand im Unklaren darüber, was beabsichtigt war. Als Hans Franks Vertreter in der Sitzung, Staatssekretär Josef Bühler, darum ersuchte, die «Endlösung» mit der Entfernung der Juden aus dem Generalgouvernement zu beginnen, da der Transport und das Personal kein grosses Problem darstellten, erfasste er ganz offensichtlich die neuen Möglichkeiten der Massentötung, und zwar in grösserer Nähe als auf dem Territorium der Sowjetunion.<sup>124</sup> Da Hans Frank im Herbst an der Diskussion über die Errichtung von Belzec beteiligt war,<sup>125</sup> hatte man sicherlich auch eine gewisse Vorstellung davon, was aus diesen Möglichkeiten folgen könnte. Darauf brauchte Heydrich nicht näher einzugehen.

Einige Wochen nach der Wannseekonferenz, im März 1942, nahmen im Generalgouvernement die Gaskammern von Belzec und anschliessend dieje-

nigen von Sobibor und Treblinka ihren grausigen Betrieb auf. Auch im größten Vernichtungslager, Auschwitz-Birkenau in Oberschlesien, begann man im März damit, Juden zu töten. Die ersten grossen Deportationen von Juden aus Westeuropa in die Vernichtungslager im besetzten Polen wurden im Sommer durchgeführt.<sup>126</sup> Die Wannseekonferenz fand in einer Übergangsphase statt, aber die Entscheidung, die europäischen Juden zu ermorden, war definitiv gefallen, auch wenn die Vereinbarungen vom Januar 1942 noch nicht ausgereift waren.

## VI

SS-Chef Heinrich Himmler ist als «Architekt der Endlösung» bezeichnet worden,<sup>127</sup> ebenso wie sein direkter Untergebener, RSHA-Chef Reinhard Heydrich.<sup>128</sup> Aber die letzte Verantwortung trug ein anderer, dessen Kopf die «Endlösung» entsprungen war. Wenn man bei Baumetaphern bleiben will, könnte man Himmler in der Tat als den Architekten der Mordanstalten und Heydrich als seinen Baumeister bezeichnen. Doch der Bauherr, der ihnen beiden den Auftrag erteilt hatte und dessen kranke Ideen hinter dem Entwurf standen, war Hitler.

Natürlich kann die komplexe «Vernichtungspolitik» nicht auf einen Willensakt Hitlers reduziert werden. An der Herausbildung des totalen Völkermords in Form der «Endlösung der Judenfrage» waren viele Stellen im ganzen Reich beteiligt, nicht nur die oberen Ränge der SS. Die Komplizenschaft war weit gespannt. Hitler war kein «Mikromanager». Das war nicht seine Art. Zudem herrschte kein Mangel an Leuten, die sich nach Kräften zu verwirklichen bemühten, was sie für seine Wünsche hielten. Um die Radikalisierung voranzutreiben, war kein unablässiger Strom von Erlassen und Verordnungen Hitlers vonnöten. Dennoch war auch in den dreissiger Jahren an allen Weggabelungen des politischen Entscheidungsprozesses – beispielsweise beim Boykott im April 1933, bei den Nürnberger Gesetzen vom September 1935 und beim Novemberpogrom von 1938 – seine Ermächtigung erforderlich. Dies blieb auch während des Krieges so. Die Entscheidung vom September 1941, die Juden zum Tragen eines gelben Sterns zu zwingen, konnte nach Ansicht aller untergeordneten Führer nur von Hitler getroffen werden. Das Gleiche galt für die im selben Monat genehmigte Deportation der «Reichsjuden» – eine Ent-

scheidung, die den genozidalen Druck praktisch über Nacht enorm verstärkte. Es ist kaum vorstellbar, dass nicht auch die Entscheidung, zur umfassenden physischen Auslöschung überzugehen, Hitlers Ermächtigung erfordert hatte.

Himmler, Heydrich und andere direkt an der «Endlösung» Beteiligte verwiesen darauf, dass sie im Einklang mit Hitlers Wünschen oder mit seiner Zustimmung handelten. Als die Mordaktionen im Sommer 1942 einem ersten Höhepunkt entgegensteuerten, erklärte Himmler: «Die besetzten Gebiete werden judenfrei. Die Durchführung dieses sehr schweren Befehls hat der Führer auf meine Schultern gelegt.»<sup>129</sup> Untergeordnete SS-Führer zweifelten nicht daran, dass die Durchführung der «Endlösung», wie ihnen regelmässig mitgeteilt wurde, auf «Wunsch des Führers» geschah.<sup>130</sup> Sie hatten fraglos Recht.

Hitler mag seinen «Wunsch», auch gegenüber Himmler, nie als präzisen, eindeutigen Befehl zum Mord an den europäischen Juden formuliert und bei einer bestimmten Gelegenheit ausgesprochen haben. Es hätte genügt, dem SS-Chef eine Blankovollmacht für die Fortsetzung der «Endlösung» zu erteilen. Aber Hitler war an beiden Schlüsselentwicklungen im Herbst direkt beteiligt. Die erste war die Entscheidung für die Deportation der deutschen Juden im September, als es keinen Ort gab, an den sie gebracht werden konnten. Dies zog genozidale Impulse nach sich, die bald in verschiedenen Regionen wirksam wurden. Die Folgen stellten zusammengenommen noch kein Programm dar. Aber die Richtung war klar, und die Dynamik des Prozesses nahm zu. Die zweite Entwicklung war die intensivierte Suche nach einer umfassenden «Endlösung» nach der Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten und dem Beginn eines langen weltweiten Konflikts im Dezember. Eine Deportation in die Sowjetunion, so viel war klar, kam vorläufig, wenn überhaupt jemals, nicht in Frage. Aber die «Endlösung» konnte nicht warten. Als Heydrich die verschobene Wannseekonferenz schliesslich abhielt, war eine weitere Grundsatzentscheidung nicht mehr nötig. Die Aufgabe bestand nur noch darin, die «Endlösung» zu organisieren und durchzuführen.

Als der furchtbarste Krieg der Geschichte, für dessen Ausbruch Hitler mehr als jeder andere verantwortlich war, seinem schrecklichen Ende entgegenging, versuchte der deutsche Diktator seinem Gefolge – und der Nachwelt – gegenüber den Konflikt zu rechtfertigen. Erneut erinnerte er an seine «Prophezeiung» vom Januar 1939: «Ich habe gegen die Juden mit offenem Visier ge-



kämpft. Ich habe ihnen bei Kriegsausbruch eine letzte Warnung zukommen lassen» – wie üblich datierte er seine «Prophezeiung» fälschlicherweise auf den Beginn des Krieges. «Ich habe sie nicht im Ungewissen darüber gelassen», fuhr er fort, «dass sie, sollten sie die Welt von neuem in den Krieg stürzen, diesmal nicht verschont würden – dass das Ungeziefer in Europa endgültig ausgerottet wird.» Er war stolz auf das, was er getan hatte. «Die jüdische Eiterbeule habe ich aufgestochen, wie die anderen», erklärte er. «Die Zukunft wird uns ewigen Dank dafür wissen.»<sup>131</sup>

Von allen hier behandelten schicksalhaften Entscheidungen ist die zur Ermordung der Juden diejenige, für die sich am schwersten Alternativen ausmachen lassen. Wäre der Feldzug gegen die Sowjetunion glatt verlaufen, wie es die deutsche Führung gehofft hatte, hätte die der Geschichte bekannte «Endlösung» vielleicht eine andere Form angenommen. Aber solange das NS-Regime an der Macht gewesen wäre und Krieg geführt hätte, wären die Juden auf die eine oder andere Weise zu Tode gekommen. Nur die Methode und der Zeitpunkt wären andere gewesen.

Die Entscheidung, die Juden zu töten, erwuchs aus dem ursprünglich geäußerten Plan, sie zu «entfernen». Hitler hatte dieses Ziel seit 1919 nie aus den Augen verloren. Es bedeutete anfangs nicht die physische Vernichtung, enthielt diese Bedeutung aber potenziell und nahm sie im Lauf der Zeit immer mehr an. Insofern war das Ziel der «Entfernung» protogenozidal. Nur durch die (aus nationalsozialistischer Sicht) «erfolgreiche» Vertreibung der Juden vor Kriegsbeginn wäre die logische Abfolge der in den Völkermord führenden Ereignisse verhindert worden. Aber selbst in diesem Fall hätte die von der NS-Führung beabsichtigte Expansion durch Eroberung unweigerlich dazu geführt, dass dem Dritten Reich – wie es tatsächlich geschehen ist – eine riesige Zahl von Juden in die Hände gefallen wäre, was vermutlich ebenfalls in einen Völkermord eingemündet wäre, und sei es zum Teil durch Sklavenarbeit, Unterernährung und Krankheiten. Nur die Verhinderung des Krieges (die durch die Appeasementpolitik ausgeschlossen worden war), der Sturz Hitlers von innen (wofür den deutschen Eliten der Wille fehlte) oder eine rasche Niederlage Deutschlands im Anfangsstadium des Krieges (die militärisch völlig unmöglich war) hätte dieses Ergebnis verhindert. Ansonsten hätte es nur noch eine Möglichkeit gegeben, den Juden ihr furchtbares Schicksal zu ersparen: Wenn

eine besser vorbereitete sowjetische Verteidigung den deutschen Angriff zurückgeschlagen und einen Kompromissfrieden erzwungen hätte – womöglich, nachdem Hitler von der Macht verdrängt worden wäre. Doch diese Möglichkeit war nicht zuletzt durch Stalins Fehler vertan worden.

Die aggressive Haltung Deutschlands war die Hauptursache dafür, dass Europa zum zweiten Mal innerhalb einer Generation einen zerstörerischen Krieg durchlitt. Sie war im Sommer 1940 auch der entscheidende Auslöser der hier betrachteten Spirale von Ereignissen, die im Dezember 1941 Konflikte in anderen Weltgegenden in einen Weltkrieg verwandelten. Dieser Aggressivität lag eine ideologische «Mission» zugrunde, die von der Figur Adolf Hitlers verkörpert wurde, und zu dieser «Mission» gehörte die «Entfernung» der Juden. Insofern war der nationalsozialistische Krieg gegen die Juden ein unauflöslicher Hauptbestandteil des Zweiten Weltkriegs – des grössten Gemetzels, das die Welt jemals erlebt hat.

## Schlussbetrachtung

Es *hätte* alles anders kommen können. Die britische Regierung *hätte* im Mai 1940 einen Verhandlungsfrieden mit Hitler anstreben können. Die deutsche Führung *hätte* ihre Offensive, anstatt auf die Sowjetunion, aufs Mittelmeer und auf Nordafrika konzentrieren können. Japan *hätte* sich aus dem Chaos in China zurückziehen und den riskanten Südvorstoss unterlassen können. Mussolini *hätte* die Ereignisse abwarten können, bevor er darüber entschied, ob es sich lohnte, sein Land in den Krieg zu führen, und auf jeden Fall *hätte* er das Fiasko in Griechenland vermeiden können. Roosevelt *hätte* sich auf die Seite der Isolationisten schlagen und den politischen Risiken ausweichen können, welche die Hilfe für Grossbritannien und sein Kurs in Richtung Kriegsteilnahme mit sich brachten. Stalin *hätte* die zahlreichen Warnungen ernst nehmen und sein Land besser auf den deutschen Angriff vorbereiten können. Die Japaner *hätten* die Sowjetunion von Osten angreifen können, als die Deutschen im Westen noch vorrückten. Hitler *hätte* die Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten, einen Gegner, von dem er nicht wusste, wie er ihn besiegen konnte, unterlassen können.

Theoretisch waren dies alternative Optionen. Jede einzelne von ihnen hätte den Gang der Geschichte ändern können. Auf dieser Grundlage liessen sich viele «Was-wäre-wenn»-Szenarien vorstellen, doch das wäre eine sinnlose Ablenkung von der eigentlichen Frage, was geschehen ist und warum. In den Kapiteln dieses Buchs ist für jeden einzelnen Fall gezeigt worden, warum diese Alternativen ausgeschlossen wurden. Zu den realistischeren Annahmen gehört die Möglichkeit, dass Grossbritannien im Frühjahr 1940 Friedensfühler ausgestreckt hätte. Angesichts der militärischen Katastrophe in Frankreich, der bekannten Bereitschaft einiger führender Vertreter der britischen politischen Führung – einschliesslich des Aussenministers Lord Halifax –, eine solche Lösung in Erwägung zu ziehen, und der damals noch relativ schwachen Stellung des neuen Premierministers Winston Churchill war diese Option nicht von vornherein unvorstellbar. Als aber nach einer dreitägigen Diskussion im Kriegskabinett der Entschluss gefasst wurde, weiterzukämpfen, geschah

## SCHLUSSBETRACHTUNG

dies auf der Grundlage fundierter Argumente, die vor allem von Churchill vertreten, aber in Form einer kollektiven Entscheidung von allen Beteiligten, auch von Halifax, akzeptiert worden waren.

Am anderen Ende des Spektrums hatten bei Hitlers Entscheidung, die Sowjetunion anzugreifen, und bei der japanischen Entscheidung, in Südostasien zu expandieren, Alternativen kaum eine Chance, angenommen zu werden – oder auch nur Gehör zu finden. Hitler hatte nahezu zwanzig Jahre lang einen zu gegebener Zeit zu führenden Krieg gegen die Sowjetunion als unerlässlich für die Zukunft Deutschlands betrachtet. Dies war *sein* Krieg. Er wäre gern mit britischer Unterstützung oder wenigstens Duldung in die entscheidende Auseinandersetzung gegangen. Wie die Dinge lagen, musste er jedoch mit der anhaltenden britischen Feindschaft rechnen. Seine Entschlossenheit, den Krieg im Osten zu führen, und zwar in absehbarer Zukunft, liess deshalb nicht nach; sie verstärkte sich vielmehr. Denn 1940/41 verschmolz seine ideologische Fixierung mit militärischen und strategischen Überlegungen zur Entscheidung für den Angriff. Jahrelang hatte er die Notwendigkeit der sofortigen Expansion damit begründet, dass die Zeit gegen Deutschland arbeite. Jetzt konnte er dieses Argument mit besonderem Nachdruck vorbringen. Denn ab 1942 würden die amerikanischen Waffen und Ressourcen aufseiten Grossbritanniens zunehmend ins Gewicht fallen. Um dies zu verhindern, fehlten ihm weiterhin die Mittel. Unterdessen sah er in Mittel- und Osteuropa eine künftige sowjetische Bedrohung der deutschen Vormachtstellung entstehen (was die Äusserungen Molotows während dessen Berlinbesuch im November 1940, wie er meinte, bestätigt hatten).

Die Argumente einiger hoher Militärs, die Nordafrika und dem Mittelmeerraum Vorrang einräumen wollten, vermochten Hitler nicht zu überzeugen. Ohnehin hatten innerhalb des NS-Regimes Alternativen zur Strategie des «Führers» von vornherein kaum eine Chance. Von Hitlers Standpunkt aus wurde ihm die Entscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion – ein Unternehmen, das er aus ideologischen Gründen wollte – strategisch aufgezwungen. Er musste im Osten den Sieg erringen, bevor Stalin seine Verteidigung aufbauen konnte und die Amerikaner in den Krieg eintraten. Ein schneller Triumph in der Sowjetunion war der Weg zum vollständigen Sieg, da er Grossbritannien zur Kapitulation nötigen, die Vereinigten Staaten aus dem Krieg heraushalten

## SCHLUSSBETRACHTUNG

und einem künftigen sowjetischen Anspruch auf Vorherrschaft in Mitteleuropa und auf dem Balkan den Boden entziehen würde.

Die japanische Entscheidung für den Südvorstoss war ähnlich unflexibel getroffen worden und zudem mit ähnlicher Starrheit hinsichtlich des Krieges in China gepaart. Aus japanischer Perspektive gab es keine realistische Alternative. Ein Rückzug aus dem chinesischen Schlamassel erschien als nationale Demütigung, und je nachdrücklicher Washington auf seinen Forderungen in Bezug auf China beharrte, desto verfahrenere wurde die Situation. Darüber hinaus hatte die Vorstellung, dass die Grossmachtstellung Japans durch Expansion gesichert und durch weitere Gebietserwerbungen eine dauerhafte Basis seiner Vorherrschaft in Ostasien geschaffen werden müsse, die gesamte Führungsspitze, insbesondere Heer und Marine, durchdrungen und wurde von einer manipulierten, erregten Mehrheit der Öffentlichkeit unterstützt. Auch von dieser Position konnte man nicht abrücken. Die Expansion nach Südostasien musste zur Konfrontation nicht nur mit Grossbritannien, sondern auch, was noch wichtiger war, mit den Vereinigten Staaten führen. Die extreme Abhängigkeit Japans von amerikanischen Rohstoffen, insbesondere Erdöl, erhöhte das Risiko erheblich. Doch ohne das Erdöl aus Niederländisch-Indien als Ersatz für das amerikanische war die ökonomische Selbstversorgung, die als wesentlich für die Grossmachtstellung angesehen wurde, niemals zu erreichen. Japan würde auf prekäre Weise immer von den Vereinigten Staaten abhängig bleiben. Deshalb erhob keine Gruppe der Machtelite Einspruch gegen die Auffassung, dass der Krieg in Europa nach dem deutschen Sieg über Frankreich eine «goldene Gelegenheit» darstelle. Die japanische Regierung entschied sich, trotz der damit verbundenen Gefahren, kollektiv für die imperialistische Expansion nach Süden.

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion bot sich für einen kurzen Augenblick die Expansion nach Norden gegen den russischen Erzfeind als alternative Option an. Doch auch in diesem Fall wäre der Südvorstoss nur für gewisse Zeit aufgeschoben worden. Nachdem die Alternative abgelehnt worden war, weil man einen Angriff nach Norden für verfrüht hielt und man sich seines Nutzens nicht sicher war, wurde der Südvorstoss erneut bestätigt. Die treibenden Kräfte waren dabei das Heer und die Marine. Danach war ein Zusammenstoss mit den Vereinigten Staaten unvermeidlich. Obwohl sich die ja-

## SCHLUSSBETRACHTUNG

panische Führung bewusst war, dass solch ein Zusammenstoss, wenn man keinen schnellen Sieg errang, höchstwahrscheinlich mit einer Katastrophe enden würde, erlaubte die Sorge um das eigene Ansehen kein Nachgeben, weder beim Südvorstoss noch in China. Damit war der Weg nicht nur nach Pearl Harbor, sondern auch nach Hiroshima und Nagasaki beschritten.

Dass sowohl Deutschland als auch Japan bereit waren, derart gewaltige Risiken auf sich zu nehmen, hatte seinen Grund letztlich in der Vorstellung der massgeblichen Kreise beider Länder, dass eine Expansion unerlässlich sei, um ein Kolonialreich zu gewinnen und die Stellung einer vermeintlichen «Habenichtsnation» zu überwinden. Die imperialistische Vorherrschaft Grossbritanniens und die Weltmachtposition der Vereinigten Staaten (auch wenn sie formal nicht über ein Kolonialreich verfügten) stellten eine grosse Herausforderung dar. Die Notwendigkeit, sich der wirtschaftlichen Ungleichheit, insbesondere der zunehmenden materiellen Stärke der Vereinigten Staaten, die sich auf Dauer nur zu Ungunsten der «Habenichtse» auswirken konnte, mit aller Kraft entgegenzustemmen, bedeutete, dass der Kampf um Hegemonie als Grundlage nationaler Macht nicht hinausgezögert werden durfte. Das war im Wesentlichen die von Deutschland und Japan akzeptierte Rechtfertigung für ein derart riskantes Unternehmen, das selbst die nationale Existenz gefährden konnte. Die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands auf dem europäischen Kontinent und Japans in Südostasien hätte, wie amerikanische Analytiker erkannten, die Weltmachtstellung der Vereinigten Staaten untergraben. Das erwartete man sicherlich auch in Berlin und Tokio. Aus der Perspektive der deutschen und japanischen Führung musste man das Risiko eingehen.

In ähnlicher, wenngleich weniger grandioser Weise lag Mussolinis Ambitionen ein imperialer Traum zugrunde. Auch er war entschlossen, den Status einer «Habenichtsnation» zu überwinden. Die schicksalhaften Entscheidungen von 1940 waren von dieser Auffassung geprägt. Im Sommer 1940, als der endgültige Sieg Deutschlands unmittelbar bevorzustehen schien, liess sich die Führungsschicht Italiens (einschliesslich des Königs), trotz einiger Bedenken, von Mussolinis Kampfgeist anstecken. Die vermeintlichen Vorteile eines Eintritts in einen scheinbar bereits gewonnenen Krieg überwogen das Risiko, dass Italien in einen Krieg verwickelt würde, auf den es nicht vorbereitet war. Hinsichtlich der folgenschweren Entscheidung, Griechenland anzugreifen, waren

## SCHLUSSBETRACHTUNG

die Eliten geteilter Meinung. Die Militärführung war zwar skeptisch, äusserte aber ihre Einwände allenfalls gedämpft. Mussolini konnte mit der Willfährigkeit des Militärs rechnen. Von Aussenminister Ciano angetrieben, sah er den Balkan im Allgemeinen und Griechenland im Besonderen als eine Chance, ein italienisches Imperium zu schaffen – und Hitler zu zeigen, dass er nicht gewillt war, nur in seinem Fahrwasser zu schwimmen. Auch hier spielte das Prestige beim Gang in die Katastrophe eine Rolle. Die Entscheidung für den Angriff auf Griechenland wurde letztlich von dem seit Langem bestehenden italienischen Ehrgeiz getragen, eine imperialistische Grossmacht zu werden.

Stalins Optionen wurden durch seine eigene verblüffende Fehleinschätzung der deutschen Absichten erheblich eingeschränkt. Aufgrund seiner unumstrittenen Führungsrolle im Sowjetregime waren seine Fehlurteile systemimmanent. Sein paranoider Argwohn, seit Langem ein wesentliches Element seiner Herrschaft, hatte zur Folge, dass er fundierten Informationen misstraute, während er paradoxerweise (da sie seine subjektiven Ansichten bestätigten) deutschen Desinformationen aufsass. Zudem wurde er in dem Klima von Furcht und Misstrauen, das sein Regime durchzog, von denjenigen, die für die Sichtung der hereinkommenden Informationen verantwortlich waren, mit verzerrten Einschätzungen versorgt – nicht zuletzt deshalb, weil diese Funktionäre ihrerseits Opfer der ideologischen Annahme waren, dass die westlichen Demokratien einen Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion entfachen wollten, ein Gedanke, in dem sie durch die erfolgreiche deutsche Desinformationskampagne bestärkt worden waren. Stalins Überzeugung, dass einem deutschen Angriff auf jeden Fall ein Ultimatum mit gravierenden Forderungen – vielleicht nach einem neuen «Brest-Litowsk» – vorausgehen werde und dass er die Zeit gewinnen könne, die für den Wiederaufbau der Roten Armee (die er selbst durch die brutalen «Säuberungen» der vorangegangenen Jahre erheblich geschwächt hatte) nötig war, verleitete ihn dazu, alle Warnungen in den Wind zu schlagen und seine von zunehmender Sorge erfüllten Militärberater abzukanzeln. Diese wiederum waren sich, laut ihren nach dem Krieg erschienenen Rechtfertigungsschriften, sicher, dass Stalin selbst auf die Gefahr hin, Deutschland zu provozieren, und trotz des noch nicht abgeschlossenen Rüstungsprogramms, die sowjetische Verteidigung hätte mobilisieren können, sodass sie einem Angriff gewachsen gewesen wäre. Aber auch das strategische

## SCHLUSSBETRACHTUNG

Denken der sowjetischen Militärführung, auf das sich Stalin stützte, war mangelhaft. Wären die Verteidigungskräfte nicht an der Grenze konzentriert, sondern tiefer gestaffelt aufgestellt worden, wäre die schnelle Zerschlagung der Frontverbände durch den deutschen Angriff vermieden worden und die Grundlage für einen organisierten Gegenangriff vorhanden gewesen. Auf diese Weise wäre der anfängliche riesige Durchbruch der Wehrmacht verhindert worden. Aber die sowjetische Militärstrategie beruhte seit Langem auf dem Prinzip, dass die Offensive die beste Form der Verteidigung sei. Zusammen mit Stalins ruinösen Fehleinschätzungen führte dies zum Debakel des 22. Juni 1941.

Auch Roosevelts Optionen erscheinen in der Theorie weit unbeschränkter, als sie in Wirklichkeit waren. Bereits in den späten dreissiger Jahren, als die deutsche und japanische Aggressivität den Weltfrieden – und amerikanische Interessen – bedrohte, war seine frühere Neigung zum Isolationismus in der Aussenpolitik schwächer geworden. Allerdings musste er auf die Einstellung im Land und noch viel mehr im Kongress Rücksicht nehmen. Die isolationistische Minderheit machte sich schrill und lautstark bemerkbar. Aber sie hatte keine Anhänger in der Regierung. Unter den Präsidentenberatern gab es solche, die kämpferischer und solche, die vorsichtiger waren, aber sie alle waren sich darin einig, dass die amerikanischen Streitkräfte rasch aufgerüstet und ausgebaut werden mussten. Bald wurde auch weithin anerkannt, dass es – in Amerikas eigenem Interesse – notwendig sei, die britische Kriegsanstrengung zu unterstützen und gegenüber der japanischen Aggression im Fernen Osten eine feste Haltung einzunehmen. Unter diesen Voraussetzungen waren der Zerstörerhandel, das Leih- und Pachtgesetz, die Atlantikcharta, der «unerklärte Krieg» im Atlantik und Cordell Hulls unnachgiebige «Zehn Punkte» – die in Japan als Ultimatum verstanden wurden – logische Schritte, die der Stossrichtung der amerikanischen Politik entsprachen. Im Herbst 1941 war abzusehen, dass die USA in naher Zukunft, ob nun nach förmlichen Kriegserklärungen oder ohne sie, sowohl gegen Japan als auch gegen Deutschland Krieg führen würden.

Nachdem Japan Roosevelt die Entscheidung, ob er das Risiko einer Kongressabstimmung über eine Kriegserklärung eingehen sollte, abgenommen hatte, war es unwahrscheinlich, dass die offene Konfrontation mit Deutschland – das Washington weiterhin als die grössere Bedrohung betrachtete – lange auf sich warten lassen würde. Wiederum wurde Roosevelt die schwieri-



## SCHLUSSBETRACHTUNG

ge Wahl zwischen politischen Taktiken abgenommen, diesmal durch Hitlers schnelle Entscheidung, den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären. Dabei handelte es sich keineswegs um eine impulsive irrationale Reaktion. Vielmehr war sie, von Hitlers Standpunkt aus gesehen, durchaus logisch. Amerika war in seinen Augen seit Langem ein Widersacher, mit dem sich Deutschland eines Tages würde auseinandersetzen müssen. Im Herbst 1941 waren seine Wahlmöglichkeiten auf die Frage zusammengeschmolzen, wann er die Feindseligkeiten eröffnen sollte, und Pearl Harbor gab ihm, wie ihm schien, eine einmalige Gelegenheit. Nachdem kurz zuvor die Bindungen zu einem scheinbar unbezwingbaren Verbündeten bekräftigt worden waren, konnte er nun mit vermeintlicher Sicherheit das Unvermeidliche vorwegnehmen und den Krieg erklären, um im Atlantik das Blatt zu wenden, solange die Vereinigten Staaten im Pazifik alle Hände voll zu tun hatten.

In den Monaten zuvor hatte Hitler den Auftrag für die «Endlösung der Judenfrage» gegeben. Nachdem sich der Krieg ausgeweitet hatte, ohne dass die Aussicht auf einen baldigen deutschen Sieg bestand, hatte dieses Ziel als unvermeidliches Ergebnis einer eskalierenden Verfolgung mit zunehmend genozidalem Charakter zunehmende Priorität erhalten. Der jüdischen Tragödie lag die – am fanatischsten von Hitler vertretene – fixe Idee der Nationalsozialisten zugrunde, dass die Juden «entfernt» werden müssten, um die deutsche Nation zu «säubern» und den Weg zu einer «rassereinen» neuen Ordnung in Europa zu ebnen, welche die jahrhundertealte Vorherrschaft der jüdisch-christlichen Werte und Glaubensvorstellungen überwinden würde. In diesem Zusammenhang ging es 1941 nur noch um Methoden und Tatorte. Die Alternativen waren zu diesem Zeitpunkt auf die Techniken und Organisationsformen des Massenmords zusammengeschrunpft.

Dass die hier untersuchten schicksalhaften Entscheidungen ausfielen, wie sie es taten, war weder vorbestimmt noch zwangsläufig. Aber es spiegelte die Art des politischen Systems wider, in dem sie getroffen wurden. Die faschistisch-autoritären Systeme trafen die dynamischsten, aber auch katastrophalsten Entscheidungen. Sowohl in Deutschland als auch in Italien waren stark personale Herrschaftsformen errichtet worden, in denen die Entscheidungsbefugnis bei allmächtigen Führern lag, die sich auf die Unterstützung – oder wenigstens gehorsame Einwilligung – aller führenden Kreise verlassen konnten. Ihre Machtstellung stützte sich ausserdem auf die plebiszitäre Akklamation

## SCHLUSSBETRACHTUNG

durch Massen, die durch unablässige Propaganda und rücksichtslose Unterdrückung abweichender Meinungen künstlich zusammengeführt und manipuliert wurden. In diesen Systemen konnten die Führer nach eigenem Gutdünken Ratschläge annehmen oder nicht. Das Recht, Entscheidungen zu fällen – auf das allein sie Anspruch zu haben glaubten –, behielten sie sich jedenfalls vor. Die Regierenden besaßen ein aussergewöhnliches Mass an Freiheit – die allerdings mit einem ebenso aussergewöhnlichen Risiko behaftet war, nämlich der ständigen Möglichkeit von schwerwiegenden Fehlentscheidungen.

Hitlers Handlungsspielraum wurde nach seinem Machtantritt im Jahr 1933 immer weniger von institutioneilen Zwängen eingeschränkt. Bei Kriegsausbruch war seine Herrschaft so gut wie absolut. Nicht einmal Reste eines kollektiven Entscheidungsgremiums waren geblieben. Das Kabinett trat nicht mehr zusammen. Die Streitkräfte unterstanden Hitlers direktem Befehl. Alle wesentlichen Behörden des Regimes, vor allem der Unterdrückungsapparat, wurden von treuen Anhängern geleitet. Sogar jene Kreise, die Hitlers Weltanschauung nicht vollständig teilten, unterstützten Expansion, Eroberung und deutsche Vorherrschaft in Europa auf Kosten brutal unterdrückter Völker insbesondere im Osten. Sie hatten Hitlers Triumphe gefeiert, vor allem den bemerkenswerten Sieg über Frankreich im Jahr 1940. Trotz aller Bedenken, die sie insgeheim gehabt haben mochten, waren sie nicht in der Lage, gegen die in Hitlers Gedankenwelt logische Ausweitung dieses Glücksspiels Einspruch zu erheben: den Krieg zunächst gegen die Sowjetunion und dann gegen die Vereinigten Staaten.

Mussolinis Stellung war dem italienischen System gemäss weniger stark als diejenige Hitlers, und die Streitkräfte waren (was sich 1943 als entscheidend erweisen sollte) letztlich nicht ihm, sondern dem König verpflichtet. Gleichwohl war seine Führungsrolle unumstritten. Er kontrollierte alle wichtigen Ministerien. Die Partei sorgte für Loyalität ihm gegenüber und war das Hauptinstrument des «Duce»-Kults, der, ähnlich wie der Führerkult in Deutschland, mit dazu beigetragen hatte, eine persönliche Machtstellung zu schaffen, durch die eine willkürliche Entscheidungsfindung im faschistischen System strukturell verankert wurde. Mussolinis schicksalhafte Entscheidungen, zunächst in den Krieg einzutreten und dann mit völlig unzulänglichen Mitteln Griechenland anzugreifen, waren ebenso wie die Entscheidungen Hit-

## SCHLUSSBETRACHTUNG

lers, mit denen er am Ende enormes Leid und Blutvergiessen über das deutsche Volk – und die Welt – brachte, sowohl freie Entschlüsse allmächtiger Einzelner als auch systemimmanent vorprogrammierte Katastrophen.

Das japanische System hatte viele Ähnlichkeiten mit den Regimes des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus. Aber es gab auch wichtige Unterschiede. In Japan war es unmöglich, dass ein Einzelner willkürliche Entscheidungen traf. Tatsächlich war das japanische von den sechs hier untersuchten Systemen in vieler Hinsicht die am deutlichsten kollektive Regierungsform. Der Kaiser war zwar nicht nur eine Galionsfigur, besass aber keine diktatorische Macht oder Weisungsbefugnisse, die ihn in die Lage versetzt hätte, seinem Land Entscheidungen aufzuzwingen. Die kaiserliche Majestät wurde lediglich als letztes Mittel zur Sicherung des Konsenses ins Spiel gebracht, und nicht um eine Konfrontation mit der Regierung oder sogar mit dem Militär heraufzubeschwören. Die Achillesferse des Systems war in der Tat die Stellung des Militärs. Laut Verfassung direkt dem Kaiser unterstellt und nicht der Zivilregierung, genossen die Streitkräfte ein hohes Mass an Autonomie, die ihnen grossen Einfluss auf die Politik verschaffte. Minister, die sich beim Militär unbeliebt machten, wurden bald entlassen – oder fielen einem Attentat zum Opfer. Der Ministerpräsident war daher genötigt, weitgehend auf Geheiss der in Heer und Marine vorherrschenden Kräfte zu handeln. Diese wiederum waren, und dies bildete eine Besonderheit des japanischen Systems, stark durch Auffassungen beeinflusst, die ihnen von den mittleren Rängen des Offizierskorps nahegebracht wurden.

In der Praxis hielt sich Druck von unten freilich im Rahmen fester ideologischer Parameter wie das Streben nach nationaler Grösse durch Expansion, Eroberung und Kolonialherrschaft. Über die Strategie und die Taktiken, mit denen dieses Ziel erreicht werden sollte, konnten leidenschaftliche Debatten entbrennen. Das Ziel selbst war indessen unumstritten. Die kollektive Regierung war daher denselben starren Zwecken verpflichtet. Und wie bei Deutschland und Italien spielte bei wichtigen Entscheidungen das nationale Prestige eine bedeutende Rolle. Alles, was nach Gesichtsverlust aussah, stiess auf einhellige Ablehnung. Deshalb funktionierte die kollektive Entscheidungsfindung letztlich ähnlich wie die individuelle in Deutschland und Italien. Es gab eine immanente Neigung, sich eher auf ein höchst riskantes Glücksspiel einzulassen, als einen vermeintlich demütigenden Kompromiss zu schliessen, der

die zentralen ideologischen Ziele untergraben und, anstelle von nationaler Stärke, Schwäche signalisiert hätte.

Stalins Vabanquespiel aufgrund der Annahme, dass Hitler 1941 nicht angreifen würde, war von anderer Art. Aber auch in seiner gravierenden Fehleinschätzung spiegelte sich das Herrschaftssystem wider. Wie in Hitlers Deutschland war die Person des Herrschers eine Determinante des Systems selbst geworden. Terror und die sogenannten Säuberungen hatten bürokratische Stabilität und militärische Effektivität untergraben. Wie in Deutschland waren die Institutionen der kollektiven Regierung seit Langem erodiert. Die wichtigste von ihnen, das Politbüro, war in den letzten Jahren immer seltener zusammengetreten, und wenn es tagte, war es nicht mehr als ein Machtinstrument Stalins. Selbst auf den höchsten Ebenen des Regimes herrschten Furcht, Einschüchterung und Speichelleckerei – mit der Folge, dass niemand Stalins Ansichten zu widersprechen wagte. Auch hier besass der Diktator bei seinen Entscheidungen eine Autonomie, die selbst für autoritäre Regierungssysteme aussergewöhnlich war.

Der Gegensatz zu den beiden demokratischen Systemen, denjenigen Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten, war augenfällig. In ihnen waren selbtherrliche irrationale Entscheidungen kaum möglich; vielmehr entschieden die Führungen auf der Grundlage von Ausarbeitungen eines eingespielten bürokratischen Regierungsapparates, die ihnen eine rational begründete Einschätzung der Risiken und Vorteile der vorhandenen Optionen ermöglichten. Gleichwohl gab es Unterschiede zwischen Grossbritannien und den USA. Das britische Kriegskabinet vom Mai 1940 war ein durch und durch kollektives Organ, auch wenn seine Mitglieder nicht alle das gleiche politische Gewicht besaßen. Churchill konnte seine Ansichten mit dem Gewicht seines Amtes als Premierminister vorbringen. Aber er war neu in dieser Position, und ihm schlug in dieser Phase von manchen Mitgliedern seiner eigenen Partei (deren Vorsitz er noch nicht innehatte) Skepsis, wenn nicht sogar offene Ablehnung entgegen. Er konnte die Politik nicht diktieren und musste die weiterhin herausragende Rolle zweier Schwergewichte der vorigen Regierung, Chamberlain und Halifax, hinnehmen, während die beiden Labourminister, Attlee und Greenwood, noch wenig zu sagen hatten. Churchill setzte sich mit vernünftigen Argumenten und der Kraft seiner Persönlichkeit durch. Trotz der äusserst ernsten Situation wurde die Entscheidung nicht emotional, sondern rational

## SCHLUSSBETRACHTUNG

getroffen. Sowohl Halifax und Chamberlain als auch Churchill hatten in der Diskussion begründete Einschätzungen abgegeben. Die ideologischen Parameter waren ebenso klar wie in den autoritären Systemen und wurden von allen anerkannt. Aber sie waren defensiver Art: Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Grossbritanniens und Bewahrung seines Empires. Nur die Wege zu diesen Zielen trennten Churchill und Halifax. Am Ende der Diskussion beehrte Halifax nicht gegen die gefällte Entscheidung auf, obwohl sie seinem eigenen Vorschlag zuwiderlief. Churchills Position wurde jetzt, aufbauend auf der propagandistischen Ausbeutung des «Wunders von Dünkirchen», immer stärker. Bald nahm er im Kabinett eine beherrschende Stellung ein. Da er auch das Verteidigungsministerium übernommen hatte, neigte sich die Waage zuungunsten einer wirklich kollektiven und zugunsten einer vom Premierminister dominierten Regierung. Es entsprach Churchills Persönlichkeit, dass er, sehr zum Ärger der Stabschefs und Kommandeure, in militärische Belange eingriff (oder sie störte). Aber sein Sinn für die kollektive Verantwortung der Regierung blieb bestehen. Auf der Atlantik-Konferenz in der Placentia Bay im August 1941 war Roosevelt erstaunt, dass Churchill es für nötig hielt, seine Kabinettskollegen in London telegrafisch um ihre Zustimmung zu bitten. Manche Mitglieder seines eigenen Kabinetts wussten nicht einmal, wo der Präsident sich zu diesem Zeitpunkt aufhielt.

Das Präsidialsystem in den Vereinigten Staaten beruhte im Gegensatz zur britischen Regierungsform nicht auf kollektiver Verantwortung. Roosevelts Kabinett war ein Beratergremium. Einige Mitglieder seiner Regierung besaßen viel Erfahrung, und Roosevelt mass ihren Ansichten grosses Gewicht bei. Hull und Welles im Aussenministerium, Morgenthau im Finanzministerium, Stimson und Marshall im Heer, Knox und Stark in der Marine, jeweils von einem Expertenstab unterstützt, waren prominente Vertreter derjenigen Berater, auf deren Meinung der Präsident etwas gab. Aber die Entscheidungen traf er allein. Die von der Verfassung vorgesehene Kontrolle geschah nicht in der Exekutive, sondern in der Legislative. Roosevelt wurde durch den Kongress in einem Ausmass eingeschränkt, wie es Churchill im britischen Parlament nie erlebte.

Neben dem Kongress war die Öffentlichkeit zu beachten. Von den hier betrachteten Systemen stellte die Meinung des normalen Staatsbürgers nur in den Vereinigten Staaten einen Faktor von höchster Bedeutung beim Entschei-

dungsprozess dar. In Grossbritannien hatte die öffentliche Meinung keinen Einfluss auf die grundlegenden Fragen vom Mai 1940. Danach wurde sie stark von der Regierung gelenkt, während sie weiterhin wenig oder keinen Einfluss auf die Entscheidungsfindung hatte. Die Moral war wichtiger als die Meinung. Und dafür, dass sie gut blieb, sorgten neben den äusseren Anzeichen des nationalen Durchhaltevermögens, der Abwehr der deutschen Luftwaffe in der «Schlacht um England» und der ausgebliebenen deutschen Invasion Churchills aufrüttelnde Reden des Sommers 1940. In den vier hier betrachteten Varianten autoritärer Herrschaft in Deutschland, Italien, Japan und der Sowjetunion wurde die öffentliche Meinung durch Propaganda und Indoktrination vorgegeben und geprägt. Ihre Rolle bestand darin, dem Regime eine plebiszitäre Unterstützung zu verschaffen und davon abzuschrecken, eine oppositionelle Haltung einzunehmen. Gelegentlich diente sie auch dazu, die Führung durch öffentlichen Druck zu ermuntern, in die Richtung zu gehen, in die sie ohnehin gehen wollte. Nur in den Vereinigten Staaten hatte die öffentliche Meinung spürbaren Einfluss auf das Regierungshandeln. Vom Sommer 1940 bis zu Pearl Harbor und sogar noch bis zur deutschen Kriegserklärung vier Tage später fühlte sich Roosevelt verpflichtet, die Öffentlichkeit auf seine Seite zu bringen. Er konnte sich in seinen «Kaminplaudereien» und anderen öffentlichen Ansprachen an sie wenden. Aber er konnte sie nicht ignorieren. Seine Politik in diesen entscheidenden Monaten war in grossem Mass von der Notwendigkeit bestimmt, die Öffentlichkeit auf etwas vorzubereiten, was sie nicht wollte und was zu verhindern er feierlich versprochen hatte, nämlich amerikanische Truppen in einen weiteren Krieg in Europa zu schicken.

Ohne die Einzelpersonen, deren Namen die vorangegangenen Seiten beherrscht haben – Hitler, Stalin, Mussolini, Konoe und Tojo sowie Churchill und Roosevelt –, wäre die Geschichte anders verlaufen. Aber wie anders? Die Rolle des Einzelnen gegenüber den unpersönlichen äusseren Determinanten der Veränderung ist ein ewiges Rätsel bei der Interpretation von Geschichte. In einer Hinsicht enthält es jedoch eine falsche Dichotomie. Wie die vorangegangenen Kapitel gezeigt haben, ist der Einzelne nicht von den unpersönlichen Kräften zu trennen, die sein Handeln bedingen. Die relative Stärke und das Potenzial der Wirtschaft waren eine dieser Kräfte, die der Mobilisierung von Ressourcen und Menschen Beschränkungen auferlegten. Das Verhalten des

## SCHLUSSBETRACHTUNG

Gegners war eine andere. Es konnte nur antizipiert werden, indem man Informationen sammelte und auswertete. Doch in allen hier untersuchten Fällen verfügten die Regierungen entweder nicht über genügend Informationen, oder sie zogen nur begrenzten Nutzen aus ihnen, oder beides. Und selbst die besten Erkenntnisse wie diejenigen, die durch die amerikanische Entschlüsselung des japanischen Codes ermöglicht worden waren (also durch MAGIC), vermochten Pearl Harbor nicht zu verhindern. Daher waren alle Regierungen gezwungen, auf unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren. Dies traf insbesondere für jene zu (die britische, die amerikanische und die sowjetische), die defensiv auf die strategischen Initiativen Deutschlands, Italiens und Japans reagierten.

In jedem der betrachteten Regierungssysteme wirkte noch eine weitere unpersönliche Kraft: die Bürokratie. Durch die bürokratische Vorbereitung und Einschätzung politischer Vorschläge wurden Entscheidungen – häufig als Ergebnis von internen Kämpfen um Einfluss und Ressourcen – vorsortiert und vorbestimmt. Das Ausmass dieses Vorgangs war in den unterschiedlich strukturierten demokratischen Systemen Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten sowie in der Sonderform des «kollektiven Autoritarismus» in Japan grösser als in Deutschland, Italien und der Sowjetunion, wo die Bürokratien als Instrumente der Diktatur funktionierten.

Aber trotz solcher inneren und äusseren Determinanten waren die im Zentrum dieser Studie stehenden Einzelnen keine blossen Nummern oder «Frontmänner». Sie waren auf eine Art beteiligt, die sich nicht einfach auf die personalisierte Repräsentation solcher Kräfte reduzieren lässt. Historische Veränderungen resultieren, zumindest kurzfristig, stets aus der Wechselwirkung zwischen äusseren Determinanten und individuellem Handeln. Dafür bieten die vorangegangenen Kapitel viele Beispiele. Die grösste politische Autonomie besaßen die Diktatoren in Deutschland, Italien und der Sowjetunion. Andere politische Führer hätten an ihrer Stelle möglicherweise andere Entscheidungen getroffen und ihre verhängnisvollen Fehleinschätzungen vermieden. Hätte ein Reichskanzler Göring den Angriff auf die Sowjetunion beschlossen? Hätte ein Ministerpräsident Badoglio den Entschluss gefasst, Griechenland anzugreifen? Hätte ein Generalsekretär Malenkov die Flut von Warnungen vor einem deutschen Angriff ausser Acht gelassen? Allein schon, indem man diese Fragen stellt, bringt man nicht nur unwahrscheinliche Szenarien ins Spiel, son-

## SCHLUSSBETRACHTUNG

dern betritt das Reich der Mutmassungen, in dem es keine Antworten gibt. Es unterstreicht jedoch, dass die Persönlichkeiten von Hitler, Mussolini und Stalin eine unentbehrliche Voraussetzung ihres Handelns waren. Ihre schicksalhaften Entscheidungen waren direkt davon bestimmt, wer sie waren. Gleichzeitig wurden sie freilich nicht in einem luftleeren Raum als willkürliche persönliche Launen getroffen. Es waren Entscheidungen, die unter Bedingungen und äusseren Einschränkungen gefällt wurden.

Dabei spielten ideologische fixe Ideen ebenso eine wichtige Rolle wie das Handeln von Personen, die nicht unter ihrer Kontrolle standen. Hitler ahnte, dass die Zeit gegen Deutschland arbeitete, und sah sich zu der Entscheidung für das «Unternehmen Barbarossa» und die Kriegserklärung an Amerika genötigt. Auch Mussolini verspürte einen grossen Druck auf sich lasten, in seinem Fall den, im Mittelmeer und auf dem Balkan ein eigenes Reich zu schaffen, bevor es zu spät wäre und Deutschland ihn völlig in die Statistenrolle gedrängt hätte. Stalins Spielraum war durch den Zustand der Streitkräfte und sein Wissen, dass er Deutschland erst 1942 mit ausreichenden Kräften würde entgegentreten können, eingeschränkt. Deshalb fühlte er sich gezwungen, jede mögliche Provokation zu vermeiden, die Hitler zu einem Angriff vor diesem Datum verleiten könnte. In jedem Fall machten diese Einzelnen Geschichte – wenn auch nicht, um einen Gedanken von Karl Marx aufzugreifen, unter von ihnen gewählten Umständen. Am anderen Ende der Skala standen die japanischen Ministerpräsidenten. Sie waren für die Entscheidungsfindung nicht von herausragender Bedeutung. Konoë und Tojo waren sicherlich sehr unterschiedliche Charaktere. Im Herbst 1941 wäre Konoë bereit gewesen, den Vereinigten Staaten weit entgegenzukommen, während Tojo starr an der Ablehnung jeglicher Konzessionen an die Amerikaner festhielt. Aber beide hatten sich zuvor auf dieselbe Politik der Expansion nach Südostasien bei gleichzeitiger Fortführung des Zermürbungskrieges in China festgelegt. Konoë wurde entbehrlich, als er sich bereit zeigte, erheblich von dieser Linie abzuweichen. Matsuoka, die dynamischste Persönlichkeit in der japanischen Politik, war bereits von der Bühne abgetreten, nachdem er seinerseits durch den Versuch, die bestehenden Prioritäten zu ändern, den bestehenden Konsens aufgekündigt, aber keine Unterstützung für seinen Vorschlag gefunden, sondern mächtige Feinde auf den Plan gerufen hatte, die nur auf eine Gelegenheit gewartet hat-



## SCHLUSSBETRACHTUNG

ten, ihn zu stürzen. Die Konsensnatur der Entscheidungsfindung schränkte den Spielraum einzelner Akteure notwendigerweise ein.

In den beiden Demokratien war die Rolle des Einzelnen bei den Schlüsselentscheidungen einerseits grösser als in Japan, andererseits aber geringer als in den Diktaturen. Wie die Diktatoren handelten die demokratischen Führer auf der Grundlage eines allgemein anerkannten ideologischen Wertesystems – in diesem Fall von demokratischen Freiheiten sowie den darauf basierenden politischen und sozialen Strukturen –, und höchstwahrscheinlich waren sie sogar tiefer verankert und weiter verbreitet als die faschistischen und militaristischen Werte in Deutschland, Italien und Japan oder die kommunistische Weltanschauung in der Sowjetunion.

Ohne Churchill hätte sich das britische Kabinett im Mai 1940 – mit ungewissen Konsequenzen – möglicherweise für einen anderen Kurs entschieden. Halifax und Churchill hatten dasselbe Ziel: das Überleben und die Bewahrung der Unabhängigkeit des Landes. Aber Halifax' politische Wahl hätte der Entwicklung möglicherweise oder, besser gesagt, wahrscheinlich eine andere Richtung gegeben, die Grossbritannien mehr geschadet hätte. Es war für das Land also ein aussergewöhnlicher Glücksfall, dass nicht Halifax, sondern Churchill Premierminister wurde. Die Persönlichkeit zählte, ebenso aber auch stichhaltige Argumente. Denn Churchill war noch nicht der Nationalheld, zu dem er in der Folgezeit werden sollte, als seine Persönlichkeit ganz gewiss zu einem Faktor von überragender Bedeutung für die britische Kriegführung wurde.

Auch die persönliche Rolle Roosevelts ist kaum zu überschätzen. Doch vor dem Dilemma, in dem er sich befand, hätte jeder andere Präsident ebenfalls gestanden. Sein Gegenkandidat in der Präsidentenwahl von 1940, Wendell Willkie, eine kraftvolle Figur und attraktive Persönlichkeit, war kein Isolationist, sondern ebenso fest wie Roosevelt von der Notwendigkeit überzeugt, dass die Vereinigten Staaten die Gefahren bekämpfen müssten, die für amerikanische Interessen von Deutschland und Japan ausgingen. Und er trat nachdrücklich für die Unterstützung Londons ein. Damals dachten manche in Grossbritannien, dass er die amerikanische Industrie möglicherweise besser mobilisieren könnte als Roosevelt. Doch Willkie hätte wie Roosevelt einen Drahtseilakt zwischen der Hilfe für Grossbritannien und der Beschwichtigung von Öffentlichkeit und Kongress vollführen müssen. Ob er dies so gut wie

## SCHLUSSBETRACHTUNG

Roosevelt getan hätte; ob er die Erfahrung – und die politische Gerissenheit – besessen hätte, es durchzuziehen, wie der Präsident es tat; ob er sich weit genug vom Einfluss der Isolationisten in der Republikanischen Partei (die ihn dazu gedrängt hatten, den Zerstörerhandel abzulehnen) hätte freimachen können; ob er die gedankliche Wendigkeit gehabt hätte, um auf die Leih- und Pachtidee zu kommen; ob er den persönlichen Draht zu Churchill gefunden hätte, der für die Schaffung der «grossen Allianz» so wichtig war: In all diesen Fragen ist Skepsis berechtigt. Für den Regierungsstil, für die schicksalhaften Entscheidungen und für die Art, wie sie getroffen wurden, war die Persönlichkeit in Roosevelts Fall ebenso wichtig wie in Churchills.

Diese Männer waren um die Entscheidungen, die sie zwischen Mai 1940 und Dezember 1941 zu treffen hatten, nicht zu beneiden. In jedem Fall stand enorm viel auf dem Spiel. Was der Nachwelt als unausweichlicher Kurs erscheint, sah damals ganz anders aus. Die schicksalhaften Entscheidungen, welche die Führer Deutschlands, der Sowjetunion, Italiens, Japans, Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten in jenen neunzehn Monaten trafen, veränderten die Welt.

Der weltweite Krieg dauerte nach den hier untersuchten Ereignissen noch fast vier Jahre. Die Verluste in den militärischen Kämpfen und durch den Genozid erreichten ein enormes Ausmass. Zwei Jahre lang, von Sommer 1940 bis zum Herbst 1942, war der Ausgang des Krieges keineswegs sicher. Sowohl Hitler als auch die japanische Führung waren sich im Klaren darüber, dass die Chancen in einem langen Krieg schlecht für sie stehen würden. Sie behielten recht. Aber es war eine knappe Angelegenheit – knapper, als häufig angenommen wird. Schliesslich, aber erst ab 1943, war die Niederlage der Achse abzusehen, zuerst nur vage, dann klarer und am Ende überdeutlich. Die unwahrscheinliche Kombination der unermüdlichen sowjetischen Kampfmaschine mit den unbegrenzten Ressourcen und der Entschlossenheit Amerikas sorgte schliesslich für den Sieg sowohl in Europa als auch im Fernen Osten. Die Streitkräfte Grossbritanniens und seines Empires leisteten mit ihrer Tapferkeit und Hartnäckigkeit ebenfalls einen unentbehrlichen Beitrag zum Sieg über Nationalsozialismus, Faschismus und japanischen Militarismus. Aber es war der letzte Auftritt eines ramponierten und bankrotten Grossbritanniens als Weltmacht. Es folgte – schrittweise zwar, doch unaufhaltsam – die Auflösung des britischen Empires. Die nächsten Jahrzehnte gehörten den neuen Super-

## SCHLUSSBETRACHTUNG

mächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, den Gewinnern des Krieges. In dem Durcheinander, das nach Kriegsende im Fernen Osten herrschte, wurden darüber hinaus die Fundamente einer potenziellen Weltmacht der Zukunft gelegt – der Volksrepublik China. Deutschland und Japan hatten eine Welt hervorgebracht, die das diametrale Gegenteil dessen war, was sie angestrebt hatten. Dass sie sich nicht hatten durchsetzen können, war den gewaltigen Preis wert, den es gekostet hatte.

## Danksagung

Die Idee zu diesem Buch verdanke ich einem beiläufigen Gespräch in der Küche. Laurence Rees war nach Manchester gekommen, um mit mir über das Konzept der späteren Fernsehserie *Auschwitz. The Nazis and the «Final Solution»* zu sprechen – die dritte Serie, an der wir zusammen arbeiteten –, und während wir darauf warteten, dass das Wasser im Kessel zu kochen begann, erwähnte Laurence, dass er, wenn er Historiker wäre, ein Buch über das Jahr 1941 schreiben würde, das nach seiner Ansicht folgenreichste Jahr der modernen Geschichte. Der Gedanke liess mich nicht mehr los. Aber es war offensichtlich, dass die tiefgreifenden Ereignisse von 1941 – vor allem der deutsche Überfall auf die Sowjetunion (der den raschen Abstieg in den umfassenden Völkermord an den Juden auslöste), der japanische Angriff auf Pearl Harbor und der Eintritt der Vereinigten Staaten in den europäischen Krieg – die logische Folge einer Reihe von grundlegenden Entscheidungen waren, die sich aus Hitlers erstaunlichem Sieg in Westeuropa im Frühjahr 1940 ergeben hatten. In meinem Kopf nahm eine Studie der miteinander verknüpften Schlüsselentscheidungen der Führer der Grossmächte in den aussergewöhnlichen Monaten zwischen Mai 1940 und Dezember 1941 vage Gestalt an. Mein erster Dank gilt daher Laurence Rees für die Anregung zu diesem Buch.

Wie gewöhnlich sind im Lauf der Zeit zahlreiche Dankesverpflichtungen hinzugekommen, denen ich an dieser Stelle nur ungenügend nachkommen kann. Es ist jedoch unerlässlich, die Leverhume Foundation herauszuheben, der ich für ihre Grosszügigkeit erneut tiefen Dank schulde. Ein grosser Teil des Buchs wurde im letzten Jahr eines überaus grosszügigen Stipendiums geschrieben, das mich von allen universitären Verpflichtungen befreite.

Die Orientierung auf dem mir weniger vertrauten Gebiet, auf das ich mich bei der Recherche und beim Schreiben begeben musste, wurde mir dadurch erleichtert, dass ich mich auf das Fachwissen von Kollegen stützen konnte. Grossen Dank schulde ich David Reynolds, der sehr nützliche Anmerkungen zum Manuskript machte und mir mit seinem profunden Wissen über Churchill

## DANKSAGUNG

und die britisch-amerikanischen Beziehungen half. Patrick Higgins liess mich freundlicherweise seinen unveröffentlichten Aufsatz über R.A. Butler lesen und machte wertvolle Anmerkungen zur Maikrise von 1940. MacGregor Knox beantwortete, über seine ausgezeichnete Studie über das faschistische Italien hinaus, nicht nur Detailfragen zu den italienischen Streitkräften, sondern stellte mir auch grosszügig Fotokopien der unveröffentlichten Briefe und Tagebücher Mario Roattas zur Verfügung. In Bezug auf Stalin und die Sowjetunion waren mir der verstorbene Derek Watson (insbesondere), Robert Davies, Robert Service, Moshe Lewin und in Moskau Sergej Slutsch eine grosse Hilfe. Patrick Renshaw, Richard Carwardine und Hugh Wilford beantworteten Fragen über die Abläufe in der Regierung Roosevelt. In Tokio eruierten Maurice Jenkins und Iwama Owako von mir benötigtes Material. Nützlichen Rat erhielt ich auch von Ken Ishida sowie, in grösserer Nähe, von Sue Townsend und Gordon Daniels. Auf vertrautem Gebiet half mir Otto Dov Kulka in Jerusalem wie stets mit wertvollen Einsichten in Bezug auf das grauenhafte Thema der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der Juden weiter. Ausserdem profitierte ich von einem Gespräch über die Herausbildung der «Endlösung» mit dem jungen französischen Historiker Edouard Husson, dessen ausgezeichnete Arbeit sicherlich bald breiteren Kreisen bekannt werden wird. Erhellende Gespräche konnte ich während eines Aufenthalts in Freiburg auch mit Gerhard Schreiber, Jürgen Förster und Manfred Kehrig führen. Allen diesen Kollegen und Freunden bin ich zu Dank verpflichtet. Selbstverständlich sind sie in keiner Weise für etwaige Fehler oder Irrtümer in der vorliegenden Studie verantwortlich.

Ein Teil des zweiten Kapitels ist bereits in der Festschrift für Jeremy Noakes (*Nazism, War and Genocide*) erschienen, und ich danke deren Herausgeber, Neil Gregor, und der University of Exeter Press für die Erlaubnis, ihn hier abdrucken zu dürfen.

Bei den Kapiteln über die Sowjetunion, Japan und in gewissem Mass auch Italien (bei dem Latein und Französisch im Allgemeinen weiterhalfen, aber natürlich kein Detailverständnis ermöglichten) bildete die Sprachbarriere ein enormes Hindernis. Deshalb bin ich meinen guten Freunden Constantine Brancovan (der unter grossem Zeitdruck stand) und Christopher Joyce überaus

## DANKSAGUNG

dankbar dafür, dass sie sich bereiterklärten, mir auszuhelfen und wichtige Dokumente aus dem Russischen zu übersetzen. Gleiches gilt für Darren Ashmore, der japanische Texte übersetzte, und Anna Ferrarese, die im Eiltempo einige italienische Quellen ins Englische übertrug.

Die Mitarbeiter der Bibliothek der Universität von Sheffield, insbesondere der Fernleihe, bearbeiteten meine zahlreichen Anfragen freundlich und effizient wie immer. Hilfreiche Unterstützung erfuhr ich auch im Public Record Office (jetzt National Archives), in der British Library und der Bibliothek der London School of Economics, im Churchill Centre in Cambridge, im Borthwick Institute in York, in der Bibliothek der Universität von Birmingham, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin, im Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg und im Institut für Zeitgeschichte in München.

Danken möchte ich ferner meinen Kollegen, den akademischen wie den administrativen, an der ausgezeichneten historischen Fakultät der Universität von Sheffield für ihre anhaltende kollegiale Unterstützung. Ein grosses Vergnügen ist es mir insbesondere, meiner langjährigen Sekretärin Beverley Eaton erneut meinen Dank auszudrücken. Sie war mir eine grosse Hilfe sowohl bei der Suche nach obskuren und entlegenen Texten als auch bei einer Reihe anderer, potenziell höchst zeitraubender Aufgaben, die sie mit legendärer Freundlichkeit und Effizienz (wenn auch nicht immer legendärer Geduld) erledigte. Ausserdem nahm sie mir die aufwändige Arbeit ab, die Liste der zitierten Werke zusammenzustellen.

Meinem Agenten, dem bemerkenswerten Andrew Wylie, danke ich für seine beständige Unterstützung und seinen wertvollen Rat. Ein Dank geht auch an das wunderbare Team bei Penguin, sowohl in London als auch in New York, das es zu etwas Besonderem macht, unter diesem Verlagssignet zu veröffentlichen. Cecilia Mackay danke ich für die Suche nach den Illustrationen. Und meine Lektoren Simon Winder in London und Scott Moyers in New York seien stellvertretend genannt für all diejenigen, die am Herstellungsprozess dieses Buchs beteiligt waren; sie verdienen es, für ihre beständige Ermutigung wie ihre scharfe, aufmerksame Kritik besonders hervorgehoben zu werden.

Zum Schluss möchte ich wie immer meiner Familie danken. Ohne sie hätte das Verfassen historischer Bücher für mich keinen Wert. Also geht mein tief empfundener Dank – und natürlich meine Liebe – für alles, was sie tun und

## DANKSAGUNG

getan haben, um mir bei meiner Arbeit zu helfen, vor allem aber dafür, dass sie mich ständig daran erinnern, was wirklich wichtig ist, an Betty, an David, Katie, Joe und Ella und an Stephen, Becky und Sophie.

Ian Kershaw  
Manchester/Sheffield, November 2006

## Abkürzungen

ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik
BA/MA	Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg
BEF	British Expedition Force
DDI	I document! diplomatic! italiani
DRZW	Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg
FRUS	Foreign Relations of the United States
GKO	Gossudarstwennyj Komitet Oborony (Staatliches Verteidigungskomitee der UdSSR)
GRU	Glawnoje Raswedywatjelnoje Uprawlenije (Nachrichtendienstliche Hauptverwaltung des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte)
IMG	Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KTB	Kriegstagebuch
NKGB	Narodny Kommissariat Gossudarstwennoi Besopasnosti (Volkskommissariat für Staatssicherheit)
NKWD	Narodny Kommissariat Wnutrennych Del (Volkskommissariat des Inneren)
	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP	Oberkommando des Heeres
OKH	Oberkommando der Wehrmacht
OKW	Public Record Office, London (jetzt National Archives)
PRO	Reichssicherheitshauptamt
RSHA SD	Sicherheitsdienst der SS
SkI	Seekriegsleitung
SS	Schutzstaffel der NSDAP
ZK	Zentralkomitee



## Anmerkungen

### Vorrede

- <sup>1</sup> Zu diesem Begriff, einer Wortprägung des während des Kalten Krieges aktiven US-Diplomaten George E Kennan, siehe Wehler, «Die Urkatastrophe».
- <sup>2</sup> Zur Zahl der Todesopfer siehe Ferguson, *Krieg der Welt*, S. 10 f., 804-806; N. Davies, *Europe*, S. 1328 f. (mit offenbar vorsichtigen Schätzungen der Opferzahlen des Zweiten Weltkriegs).
- <sup>3</sup> Eine ausgezeichnete Darstellung der Kriegsfolgen in Europa findet sich in Judt, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*.
- <sup>4</sup> Geprägt wurde der Begriff «Genozid» 1944 von dem polnischen Rechtsanwalt Raphael Lemkin. Im folgenden Jahr wurde er in der Anklageschrift gegen deutsche Hauptkriegsverbrecher verwendet, und 1948 fand er Eingang in die Charta der Vereinten Nationen (Kuper, *Genocide*, S. 19-23; Mann, *Die dunkle Seite der Demokratie*, S. 33).
- <sup>5</sup> In ähnlicher Weise schreibt Gerhard L. Weinberg: «Während der folgenden fünf Jahre des Krieges wurden jene Entscheidungen umgesetzt, die in den letzten Monaten des ersten Kriegsjahres [bis zum September 1940] getroffen worden waren» (*Eine Welt in Waffen*, S. 210). Bei dieser Verkürzung des Zeitraums fallen allerdings einige ebenso dramatische wie grundsätzliche Entschlüsse der Folgemonate, die in den letzten Kapiteln des vorliegenden Buchs behandelt werden, aus der Betrachtung heraus.
- <sup>6</sup> Graham T. Allison vertritt in *The Essence of Decision* den Standpunkt, dass man die Rolle führender Regierungsmitglieder als «rationale Akteure» bei der Entscheidungsfindung in bedeutenden aussenpolitischen Fragen nicht überschätzen dürfe, und hebt stattdessen die Strukturierung politischer Entscheidungen durch die Regierungsbürokratien sowie den zwischen konkurrierenden Gruppen innerhalb eines Systems stattfindenden Wettstreit um Einfluss hervor.
- <sup>7</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 348 f.
- <sup>8</sup> Zu dem Geschick, mit dem Churchill die im Mai 1940 im Kriegskabinett auftretenden Meinungsverschiedenheiten verbar, und einer ausgezeichneten breiteren Analyse der Art und Weise, wie er seine Kriegsmemoiren konstruierte und wie diese die späteren Ansichten über den Krieg prägten, siehe Reynolds, *In Command of History*, S. 169-173.
- <sup>9</sup> Das wirtschaftliche Gleichgewicht verschob sich erst im Verlauf des Jahres 1942 unaufhaltsam zugunsten der Alliierten, deren Übergewicht dann von 1943 an überwältigend war (vgl. Harrison [Hg.], *The Economics of World War II*, insbesondere das Einleitungs-

## ANMERKUNGEN

kapitel des Herausgebers, «The Economics of World War II. An Overview», S. 1-42; Dear/Foot [Hg.], *The Oxford Companion to the Second World War*, S. 1060-1062).

- <sup>10</sup> Mit Nachdruck betont Richard Overy die reale Möglichkeit eines Sieges der Achsenmächte (*Die Wurzeln des Sieges*, insbesondere S. 403-417).

### **1 London, Frühjahr 1940**

- <sup>1</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 215 f., ähnlich S. 273; vgl. Reynolds, *In Command of History*, S. 169.
- <sup>2</sup> Tatsächlich deutet ein redaktionelles Versehen darauf hin, dass eine vorsichtige Hinneigung zu genau dieser Alternative von Churchill unterdrückt wurde. Sein Telegramm an den französischen Ministerpräsidenten M. Paul Reynaud vom 28. Mai 1940 enthielt den folgenden Satz: «In der Formulierung Lord Halifax‘ vom letzten Sonntag hatten wir uns bereit erklärt, die italienischen Ansprüche im Mittelmeer zu erörtern, wenn Mussolini mit uns an einer Regelung aller europäischen Fragen mitwirken würde, die unsere Unabhängigkeit wahren und die Grundlage eines gerechten, dauerhaften Friedens für Europa bilden könnte» (Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 155). Zu dem Lapsus, der dazu führte, dass dieser Hinweis auf Ereignisse, die Churchill in seiner Darstellung der Geschehnisse ansonsten unerwähnt liess, stehenblieb, siehe Reynolds, *In Command of History*, S. 171 f.
- <sup>3</sup> «Cato», *Guilty Men*; vgl. Clarke, *Hope and Glory*, S. 198.
- <sup>4</sup> Steiner, *The Lights that Failed*, S. 25-27.
- <sup>5</sup> Siehe Clarke, *Hope and Glory*, S. 128-134.
- <sup>6</sup> Mowat, *Britain between the Wars*, S. S. 259-262.
- <sup>7</sup> Siehe Taylor, *English History 1914-1945*, S. 330.
- <sup>8</sup> Steiner, *The Lights that Failed*, S. 609.
- <sup>9</sup> Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 5, S. 76.
- <sup>10</sup> Siehe Jonathan Wrights ausgezeichnete Biografie *Gustav Stresemann*, S. 303-309 und Kap. 8.
- <sup>11</sup> Zit. in Parker, *Chamberlain and Appeasement*, S. 37.
- <sup>12</sup> Ebd., S. 38 t
- <sup>13</sup> Ebd., S. 43.
- <sup>14</sup> Kershaw, *Hitlers Freunde in England*, S. 132.
- <sup>15</sup> Vgl. Parker, *Chamberlain and Appeasement*, S. 272-293; zur Priorität der Luftrüstung und zu einem Vergleich der Ausgaben für die drei Teilstreitkräfte siehe Gibbs, *Grand Strategy*, Bd. 1, S. 532.
- <sup>16</sup> Hierzu und zur Skepsis gegenüber dem Abschreckungseffekt einer «grossen Allianz» vgl. Charmley, *Churchill*, S. 347-349.
- <sup>17</sup> Chamberlain Papers, Universitätsbibliothek Birmingham, NC 18/1/1158 (25. Mai 1940).
- <sup>18</sup> Parker, *Chamberlain and Appeasement*, S. 184.

- <sup>19</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 1.1, S. 396. Laut Churchill lösten seine Worte im Unterhaus einen lang anhaltenden Proteststurm aus.
- <sup>20</sup> Taylor, *English History 1914–1945*, S. 321.
- <sup>21</sup> T. Jones, *A Diary with Letters 1931–1950*, S. 204. »Sie sind der Einzige, der Winston aufhalten kann«, sagte Lord Hankey, Minister ohne Geschäftsbereich, im Kriegskabinettt zu Chamberlain einen Tag vor dessen Rücktritt. »Er ist zwar erstaunlich wertvoll, aber sein Urteilsvermögen ist nicht hundertprozentig zuverlässig« (Churchill Archives Centre, HNKY 4/32, 9. Mai 1940).
- <sup>22</sup> Crowson, *Facing Fascism*, S. 185.
- <sup>23</sup> Parker, *Churchill and Appeasement*, S. 143 f., 224 f.
- <sup>24</sup> Feiling, *The Life of Neville Chamberlain*, S. 424.
- <sup>25</sup> Kershaw, *Hitlers Freunde in England*, S. 351.
- <sup>26</sup> Cadogan, *The Diaries of Sir Alexander Cadogan*, S. 221–224 (Einträge vom 7.–12. Oktober 1939); Hill, *Cabinet Decisions on Foreign Policy*, S. 115–126, 144. Die Tür für Verhandlungen über einen Friedensschluss zu annehmbaren Bedingungen war allerdings keineswegs endgültig verschlossen. Später im Oktober sickerte die Nachricht nach Deutschland durch, dass R. A. Butler, Unterstaatssekretär im Außenministerium, dies sowohl gegenüber dem sowjetischen als auch gegenüber dem italienischen Botschafter klargestellt habe (Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin, R29570, Fiche 187, Aufnahmen 169830, 169847).
- <sup>27</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 188.
- <sup>28</sup> Ebd., S. 233.
- <sup>29</sup> Siehe insbesondere A. Roberts, »*The Holy Fox*«, S. 195 ff.
- <sup>30</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 337.
- <sup>31</sup> Charmley, *Churchill*, S. 420–422.
- <sup>32</sup> Channon, *Chips*, S. 252 (Eintrag vom 13. Mai 1940).
- <sup>33</sup> Churchill selbst war sich nicht sicher, dass seine Regierung von Dauer sein würde (vgl. Dilks, »*The Twilight War and the Fall of France*«, S. 81).
- <sup>34</sup> A. Roberts, »*The Holy Fox*«, S. 208; Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 26; Taylor, *English History 1914–1945*, S. 579.
- <sup>35</sup> Neville Chamberlain Papers, Universitätsbibliothek Birmingham, NC 18/1/1155 (11. Mai 1940). Tatsächlich hatte Churchill am 10. Mai, dem Tag seines Amtsantritts, an Chamberlain geschrieben: »Ich befinde mich weitgehend in Ihren Händen – und das macht mir keine Angst« (zit. in Feiling, *The Life of Neville Chamberlain*, S. 442).
- <sup>36</sup> Neville Chamberlain Papers, Universitätsbibliothek Birmingham, NC 2/24A (10. Mai 1940).
- <sup>37</sup> Zit. in Esnouf, »*British Government War Aims and Attitudes towards a Negotiated Peace, September 1939 to July 1940*«, S. 189.
- <sup>38</sup> Calder, *The People's War*, S. 106.
- <sup>39</sup> Harvey, *The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey 1937–1940*, S. 362 (Eintrag vom 19. Mai 1940).

- <sup>40</sup> Zit. in Eden, *The Eden Memoirs*, S. 107; vgl. auch Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 29.
- <sup>41</sup> Bell, *A Certain Eventuality...*, S. 19.
- <sup>42</sup> Reynaud, *In the Thick of the Fight 1930–1945*, S. 320; Lord Ismay, *The Memoirs of General the Lord Ismay*, S. 126–129; Bell, *A Certain Eventuality...*, S. 18, 32.
- <sup>43</sup> Wie pessimistisch oder, besser gesagt, enttäuscht Churchill damals in Bezug auf die Vereinigten Staaten war, zeigte sich, als er am 27. Mai Lord Lothians Vorschlag zurückwies, amerikanischen Sicherheitskräften Landungsgebiete auf britischem Territorium zur Verfügung zu stellen und die Amerikaner auf diese Weise zu beeindrucken (siehe PRO, Cab 65/7, Fiche 00294, Bl. 172; auszugsweise abgedruckt in Churchill, *The Churchill War Papers*, Bd. 2, S. 163).
- <sup>44</sup> Aufzeichnungen des Sekretärs des französischen Kriegskabinetts, Paul Baudouin, zit. in Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 453.
- <sup>45</sup> Cadogan, *The Diaries of Sir Alexander Cadogan*, S. 285, 288 (Einträge vom 17. und 21. Mai 1940).
- <sup>46</sup> Die britische Öffentlichkeit wusste bis zum 31. Mai weder, wie verzweifelt die Lage wirklich war, noch kannte sie das Ausmaß der Evakuierung aus Dünkirchen (Gardiner, *Wartime Britain 1939–1945*, S. 172).
- <sup>47</sup> Neville Chamberlain Papers, Universitätsbibliothek Birmingham, NC 18/1/1156. Siehe auch *The Memoirs of General the Lord Ismay*, S. 129.
- <sup>48</sup> Zu einem Überblick über Nuancen der öffentlichen Meinung siehe Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 38–45.
- <sup>49</sup> Laut General Ismay war dieser Optimismus freilich nur eine flüchtige Stimmung, die bald wieder der Besorgnis wich (*The Memoirs of General the Lord Ismay*, S. 130).
- <sup>50</sup> Bell, *A Certain Eventuality...*, S. 15; Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 36.
- <sup>51</sup> Schroeder, *Er war mein Chef*, S. 105; Hitler, *Hitlers politisches Testament*, S. 113.
- <sup>52</sup> Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 401f.; Magenheimer, *Die Militärstrategie Deutschlands 1940–1945*, S. 23, 26.
- <sup>53</sup> Reynaud, *In the Thick of the Fight 1930–1945*, S. 379 ff. Hill, *Cabinet Decisions on Foreign Policy*, S. 152.
- <sup>54</sup> Churchill, *The Churchill War Papers*, Bd. 2, S. 133 (Protokoll der Kriegskabinettsitzung am 24. Mai 1940).
- <sup>55</sup> Ironside, *The Ironside Diaries, 1937–1940*, S. 331 (Eintrag vom 23. Mai 1940).
- <sup>56</sup> Ebd., S. 332 (Eintrag vom 25. Mai 1940); vgl. auch Esnouf, »British Government War Aims and Attitudes towards a Negotiated Peace, September 1939 to July 1940«, S. 195.
- <sup>57</sup> Zit. in Reynaud, *In the Thick of the Fight 1930–1945*, S. 379, aus Gorts Bericht an die Regierung vom 25. Mai 1940.
- <sup>58</sup> Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 128.
- <sup>59</sup> Nach Christopher Hills Einschätzung hätte die militärische Position »hoffnungslos ausgesehen«, wenn das Expeditionskorps tatsächlich verloren gegang-

- gen wäre – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Lageeinschätzung des Kriegskabinetts (*Cabinet Decisions on Foreign Policy*, S. 181)
- <sup>60</sup> Reynolds, »Churchill and the British ›Decision‹ to Fight on in 1940«, S. 148.
- <sup>61</sup> Reynaud, *In the Thick of the Fight 1930–1945*, S. 403; Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 151 f. Die Entwürfe von Churchills Brief an Mussolini vom 16. Mai 1940 befinden sich in: PRO, Prem 4/19/5.
- <sup>62</sup> Harvey, *The Diplomatie Diaries of Oliver Harvey 1937–1940*, S. 367 (Eintrag vom 25. Mai 1940).
- <sup>63</sup> Cadogan, *The Diaries of Sir Alexander Cadogan*, S. 289 (Eintrag vom 24. Mai 1940); vgl. auch Esnouf, »British Government War Aims and Attitudes towards a Negotiated Peace, September 1939 to July 1940«, S. 204.
- <sup>64</sup> Neville Chamberlain Papers, Universitätsbibliothek Birmingham, NC 2/24A, Bl. 108 f. (16. Mai 1940).
- <sup>65</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 40 (15. Mai 1940), 76 f. (18. und 20. Mai 1940).
- <sup>66</sup> PRO, Cab 65/7, Fiche 00294, Bl. 172 (27. Mai 1940); auszugsweise abgedruckt in Churchill, *The Churchill War Papers*, Bd. 2, S. 163.
- <sup>67</sup> Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 75.
- <sup>68</sup> PRO, Cab 65/7, Fiche 266, S. 243 (25. Mai 1940).
- <sup>69</sup> A. Roberts, »*The Holy Fox*«, S. 211 f.; Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 103, 321 Anm. 39.
- <sup>70</sup> PRO, Cab 65/7, Fiche 300, S. 274 (27. Mai 1940).
- <sup>71</sup> Reynaud, *In the Thick of the Fight 1930–1945*, S. 406–409; Harvey, *The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey 1937–1940*, S. 368 (Eintrag vom 26. Mai 1940); Bell, *A Certain Eventuality...*, S. 39; Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. 1, S. 234 f., 237 f.
- <sup>72</sup> Cadogan, *The Diaries of Sir Alexander Cadogan*, S. 289 (Eintrag vom 24. Mai 1940); A. Roberts, »*The Holy Fox*«, S. 212 f. Churchill Archives, ACAD 1/9; Costello, *Ten Days that Saved the West*, S. 193.
- <sup>73</sup> PRO, Cab 65/7, Fiche 278, S. 255 (25. Mai 1940).
- <sup>74</sup> Cadogan, *The Diaries of Sir Alexander Cadogan*, S. 289 (Eintrag vom 25. Mai 1940).
- <sup>75</sup> PRO, Cab 65/13, Bl. 159, 160, Halifax an Percy Loraine in Rom, 25. Mai 1940; Esnouf, »British Government War Aims and Attitudes towards a Negotiated Peace, September 1939 to July 1940«, S. 206–209; A. Roberts, »*The Holy Fox*«, S. 213 f.; Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 89 f.; Hill, *Cabinet Decisions on Foreign Policy*, S. 156; Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. 1, S. 236 f.
- <sup>76</sup> PRO, Cab 65/13, Bl. 140 f. (26. Mai 1940).
- <sup>77</sup> PRO, Cab 66/7, Bl. 319–326; Bell, *A Certain Eventuality...*, S. 49–51; Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 101 f. *Cabinet Decisions on Foreign Policy*, S. 154 f..
- <sup>78</sup> PRO, Cab 65/13, Bl. 146–148 (26. Mai 1940).
- <sup>79</sup> Reynaud, *In the Thick of the Fight 1930–1945*, S. 404–406.

- <sup>80</sup> Nicolson, *Diaries and Letters 1930–1964*, S. 185 f. (26. Mai 1940).
- <sup>81</sup> Neville Chamberlain Papers, Universitätsbibliothek Birmingham, NC 2/24A, Bl. 114–117 (26. Mai 1940).
- <sup>82</sup> PRO, Cab 65/13, Bl. 148–150 (26. Mai 1940); Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 107 f.
- <sup>83</sup> PRO, Cab 65/13, Bl. 150–152 (26. Mai 1940); Bell, *A Certain Eventuality...*, S. 41 f.
- <sup>84</sup> PRO, Cab 66/7, Bl. 335–337 (26. Mai 1940; PRO, Cab 65/13, Bl. 175 f. [27. Mai 1940]).
- <sup>85</sup> Esnouf, »British Government War Aims and Attitudes towards a Negotiated Peace, September 1939 to July 1940«, S. 214 f.; A. Roberts, »*The Holy Fox*«, S. 218.
- <sup>86</sup> Zusammengefasst in Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 130–133.
- <sup>87</sup> Vgl. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 127–129.
- <sup>88</sup> Ebd., S. 112, 117.
- <sup>89</sup> Cadogan, *The Diaries of Sir Alexander Cadogan*, S. 290 f. (Eintrag vom 27. Mai 1940).
- <sup>90</sup> Colville, *Downing Street Tagebücher 1939–1945*, S. 109 (Eintrag vom 27. Mai 1940).
- <sup>91</sup> Tagebuch von Lord Halifax, Borthwick Institute, Universität von York, A7.8.4, Bl. 142 (Eintrag vom 27. Mai 1940).
- <sup>92</sup> Zu britischen Vorstellungen über eine Wirtschaftskrise und soziale Unruhen in Deutschland siehe Reynolds, »Churchill and the British ›Decision‹ to Fight on in 1940«, S. 157–159; Overly, *War and Economy in the Third Reich*, S. 208–212.
- <sup>93</sup> PRO, Cab 65/13, Bl. 175–181 (27. Mai 1940); Bell, *A Certain Eventuality...*, S. 42–45; Esnouf, »British Government War Aims and Attitudes towards a Negotiated Peace, September 1939 to July 1940«, S. 218–220; Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 134–139; A. Roberts, »*The Holy Fox*«, S. 219 f.
- <sup>94</sup> Tagebuch von Lord Halifax, Borthwick Institute, Universität von York, A7.8.4, Bl. 142 (Eintrag vom 27. Mai 1940).
- <sup>95</sup> Vgl. A. Roberts, »*The Holy Fox*«, S. 220 f.
- <sup>96</sup> Chamberlain Papers, Universitätsbibliothek Birmingham, NC 2/24A, Bl. 118 (27. Mai 1940).
- <sup>97</sup> Reynaud, *In the Thick of the Fight 1930–1945*, S. 408, mit dem Bericht von William Phillips, dem amerikanischen Botschafter in Rom.
- <sup>98</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 240 (Eintrag vom 27. Mai 1940).
- <sup>99</sup> Cadogan, *The Diaries of Sir Alexander Cadogan*, S. 291.
- <sup>100</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 121–124.
- <sup>101</sup> Reynaud, *In the Thick of the Fight 1930–1945*, S. 411 f.; Harvey, *The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey 1937–1940*, S. 371 (Eintrag vom 27. Mai 1940).
- <sup>102</sup> Chamberlain Papers, Universitätsbibliothek Birmingham, NC 2/24A, Bl. 118 (28. Mai 1940).

- <sup>103</sup> Die folgende Darstellung stützt sich auf PRO, Cab 65/13, Bl. 184–190 (28. Mai 1940); teilweise abgedruckt in Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 161–165.
- <sup>104</sup> Chamberlain Papers, Universitätsbibliothek Birmingham, NC 2/24A, Bl. 119 (28. Mai 1940).
- <sup>105</sup> Hill, *Cabinet Decisions on Foreign Policy*, S. 174 f. David Reynolds hat in Frage gestellt, dass Churchill selbst völlig von der Vermeidbarkeit eines Verhandlungsfriedens überzeugt war (»Churchill the Appeaser?«).
- <sup>106</sup> Tagebuch von Lord Halifax, Borthwick Institute, Universität von York, A7.8.4, Bl. 144 (Eintrag vom 28. Mai 1940).
- <sup>107</sup> Seine Auffassung ist dargelegt in einer unvollständigen, undatierten und unsignierten handschriftlichen Notiz, die sich unter Churchills Papieren befindet. Sie wurde ungefähr zu dieser Zeit als Grundlage seiner Äußerungen im Kriegskabinet oder vor einer größeren Gruppe von Ministern, mit denen er am 28. Mai zusammenkam, verfasst. PRO, Prem 3/174/4/, Bl. 11–13.
- <sup>108</sup> Vgl. Charmley, *Churchill*, S. 428–430; Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 164.
- <sup>109</sup> Dalton, *The Second World War Diary of Hugh Dalton*, S. 26, 28; Churchill, *The Churchill War Papers*, Bd. 2, S. 182–184.
- <sup>110</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 126.
- <sup>111</sup> PRO, Cab 65/13, Bl. 189 f. (28. Mai 1940).
- <sup>112</sup> PRO, Cab 65/13, Bl. 189.
- <sup>113</sup> PRO, Cab 65/13, Bl. 197 f.; abgedruckt in Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, 154–156.
- <sup>114</sup> Reynaud, *In the Thick of the Fight 1930–1945*, S. 414 f.; Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 156.
- <sup>115</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 247 (Eintrag vom 10. Juni 1940).
- <sup>116</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 145; Bell, *A Certain Eventuality...*, S. 17. Gerhard L. Weinberg behauptet, dass die »Bereitschaft auch nur über die Möglichkeit eines Friedensschlusses nachzudenken«, nur so lange bestanden habe, bis am 28. und 29. Mai klar geworden sei, »dass ein erheblicher Teil des britischen Expeditionskorps nach der Katastrophe auf dem Festland gerettet werden« konnte, und fährt fort: »Als dann aber die Evakuierung anlief und es möglich schien, eine Verteidigung der Britischen Inseln aufzubauen, verschwand jeder Gedanke an einen Kompromiss« (*Eine Welt in Waffen*, S. 162). Aber bis zum 30. Mai waren nur 120 000 Mann vom Strand von Dünkirchen evakuiert worden (Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 134), und eine erfolgreiche Landesverteidigung war zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs sichergestellt. Die Entscheidung, nicht in Verhandlungen einzutreten, war getroffen worden, bevor man die Hoffnung fasste, den größten Teil des Expeditionskorps retten zu können.
- <sup>117</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 147.
- <sup>118</sup> Zit. in Hill, *Cabinet Decisions on Foreign Policy*, S. 183. Damit waren allerdings in Großbritannien selbst und im Ausland die Spekulationen darüber, dass weiterhin ein Verhandlungsfrieden angestrebt werde, nicht beendet. Den

## ANMERKUNGEN

Höhepunkt erreichten diese im Juni und Juli weiterhin umgehenden Gerüchte und Vermutungen am Tag der französischen Kapitulation, an dem eine Indiskretion von Unterstaatssekretär R. A. Butler, die der schwedische Gesandte in London, Björn Prytz, weiterleitete, den irreführenden (und sich rasch verbreitenden) Eindruck erweckte, Grossbritannien sei bereit, einen Kompromissfrieden zu schliessen. Prytz berichtete ausserdem, von anderen Abgeordneten habe er erfahren, dass Halifax bald an Churchills Stelle Premierminister werden würde. Zu einer zuverlässigen Darstellung der Butler-Prytz-Episode siehe Schlie, *Kein Friede mit Deutschland*, S. 214-216; kurz wiedergegeben wird sie auch in Lukacs, *Fünf Tage im Mai*, S. 178; eine längere Darstellung findet sich in Costello, *Ten Days that Saved the West*, S. 303-320, dessen Interpretation Patrick Higgins in seinem unveröffentlichten Aufsatz «The Political Beliefs of R. A. Butler» (den mir der Autor freundlicherweise überliess) allerdings scharf kritisiert.

<sup>119</sup> Nach Christopher Hills Ansicht war Halifax trotz seiner Erfahrung und seines Dienstalters nicht nur – und noch nicht einmal hauptsächlich – aufgrund von Churchills Dynamik und kraftvoller Persönlichkeit im Nachteil, sondern auch, weil er eine Position einzunehmen versuchte, die einen Handel mit Mussolini und eine umfassende Einigung unter Beteiligung Hitlers nicht klar voneinander trennte, und weil er im Kriegskabinet den Regierungschef gegen sich hatte, während seine anderen Ministerkollegen anfangs unentschieden waren. Doch letztlich sagt man damit auch nichts anderes, als dass Churchill die klareren – und zwingenden – Argumente hatte (*Cabinet Decisions on Foreign Policy*, S. 160-162).

<sup>120</sup> David Reynolds unterstreicht, dass Churchill dies tatsächlich meinte, auch wenn er es möglicherweise als rhetorisches Mittel benutzte, um Halifax zu beweisen, dass er kein für die Vernunft unzugänglicher «Sturkopf» sei («Churchill the Appeaser?», S. 213).

<sup>121</sup> Dies hebt auch Roy Jenkins hervor (*Churchill*, S. 602).

<sup>122</sup> Vgl. Daltons Wiedergabe von Churchills Rede in der Sitzung des erweiterten Kriegskabinetts am 28. Mai 1940 (*The Second World War Diary of Hugh Dalton*, S. 28).

<sup>123</sup> Reynolds, *In Command of History*, S. 171.

<sup>124</sup> Erstmals in vollem Umfang untersucht wurden diese Akten von Philip Bell (*A Certain Eventuality...*, Kap. 3). Guy Nicholas Esnouf hat sie in seiner Dissertation (die erstaunlicherweise nie als Buch erschienen ist) intensiv unter die Lupe genommen («British Government War Aims and Attitudes towards a Negotiated Peace, September 1939 to July 1940», Kap. 7, 8). David Reynolds («Churchill and the British ‚Decision‘ to Fight on in 1940») und Christopher Hill (*Cabinet Decisions on Foreign Policy*, Kap. 6) haben sie analysiert. John Costello hat die Ereignisse auf ihrer Grundlage in einer lebendigen Darstellung nachvollzogen (*Ten Days that Saved the West*, Kap. 9, 10). Andrew Roberts hat die Akten in seiner ausgezeichneten Halifaxbiografie kurz zusammengefasst («The



## ANMERKUNGEN

*Holy Fox*», Kap. 22), und John Lukacs schliesslich hat sie zu einem spannenden Drama von Buchlänge verarbeitet (*Fünf Tage in London*). Wie viel die Darstellung im vorliegenden Kapitel diesen Arbeiten verdankt, dürfte offensichtlich sein.

- <sup>125</sup> Laut John Costello spricht einiges dafür, dass Halifax recht hatte, «wenn er annahm, dass Deutschland Bedingungen anbieten würde, die die Unabhängigkeit Grossbritanniens nicht gefährdeten» (*Ten Days that Saved the West*, S. 254f.). Doch damit missversteht man die Absichten der Nationalsozialisten. Hitlers Äusserungen darüber, dass er bereit sei, Grossbritannien und sein Empire zu verschonen, bedeuteten nicht, wie Costello schlussfolgert, dass er ihnen ihre Unabhängigkeit belassen wollte. Es hätte sich allenfalls um eine Unabhängigkeit von der Art gehandelt, wie sie Vichyfrankreich erhalten sollte, und sie wäre auch nur für kurze Zeit gewährt worden. Eine ausgewogenere Einschätzung findet sich bei Reynolds, «Churchill the Appeaser?», S. 200-206.
- <sup>126</sup> Dalton, *The Second World War Diary of Hugh Dalton*, S. 28.
- <sup>127</sup> Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 119; Nicolson, *Diaries and Letters 1930-1964*, S. 166 (20. August 1939).
- <sup>128</sup> Neville Chamberlain Papers, Universitätsbibliothek Birmingham, NC 2/24A, Bl. 119 (28. Mai 1940); vgl. Dilks, «The Twilight War and the Fall of France», S. 82 f.
- <sup>129</sup> Reynolds, «Churchill and the British ‚Decision‘ to Fight on in 1940», S. 150 f.
- <sup>130</sup> Schlie, *Kein Friede mit Deutschland*, S. 217.
- <sup>131</sup> Mitte Juli 1940 erfuhr das deutsche Aussenministerium von Informanten, die angeblich dem Herzog von Windsor nahestanden, dass dieser sich selbst als eifrigen Befürworter einer friedlichen Einigung mit Deutschland bezeichnet habe und der Ansicht sei, Grossbritannien würde durch eine weitere starke Bombardierung für Verhandlungen zugänglicher werden (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, R29571, Fiche 191, Aufnahme B002546).

## 2 Berlin, Sommer und Herbst 1940

- <sup>1</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 2, S. 49 (Eintrag vom 31. Juli 1940).
- <sup>2</sup> Stevenson, *Cataclysm*, S. 107; N. Davies, *Europe*, S. 903.
- <sup>3</sup> Pope/Wheal, *The Macmillan Dictionary of the First World War*, S. 83.
- <sup>4</sup> Hitler in einer Rede am 31. Mai 1921 (ders., *Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924*, S. 427).
- <sup>5</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 2, S. 33; Leach, *German Strategy against Russia 1939-1941*, S. 58.
- <sup>6</sup> Zit. in Liulevicius, *Kriegsland im Osten*, S. 337.
- <sup>7</sup> Liulevicius, *Kriegsland im Osten*, S. 17-19.
- <sup>8</sup> Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924*, S. 773.

- <sup>9</sup> Hitler, *Mein Kampf*, S. 742.
- <sup>10</sup> Jäckel, *Hitlers Weltanschauung*, Kap. 2, 3.
- <sup>11</sup> Siehe Piper, *Alfred Rosenberg*, S. 49, 57 f.
- <sup>12</sup> Hitler, *Mein Kampf*, S. 742 f.
- <sup>13</sup> Hitler, *Hitlers zweites Buch*, S. 62, 159.
- <sup>14</sup> Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 51–56.
- <sup>15</sup> Vogelsang, »Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933«, S. 434 f.
- <sup>16</sup> Broszat, »Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus«, S. 403.
- <sup>17</sup> Siehe Dülffer, »Zum ›decision-making process‹ in der deutschen Außenpolitik 1933–1939«.
- <sup>18</sup> »Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5.11.37 von 16.15–20.30 Uhr« (»Hoßbach-Niederschrift«), in: *IMG*, Bd. 25, Dok. 283-PS, S. 403.
- <sup>19</sup> Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 1446.
- <sup>20</sup> Müller, *Das Heer und Hitler*, S. 208.
- <sup>21</sup> Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 606.
- <sup>22</sup> Vgl. Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, Kap. 7–9, insbesondere S. 247, 295–306, 335–339, 344 f.
- <sup>23</sup> Vgl. Mason, *Nazism, Fascism and the Working Class*, Kap. 4, S. 128 f.
- <sup>24</sup> Abendroth, »Deutschlands Rolle im Spanischen Bürgerkrieg«, 477, 479.
- <sup>25</sup> Hitler, »Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936«, S. 205.
- <sup>26</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 1, Bd. 3.2, S. 389 (Eintrag vom 23. Februar 1937); Bd. 4, S. 214 (Eintrag vom 10. Juli 1937).
- <sup>27</sup> Vgl. Read/Fisher, *The Deadly Embrace*.
- <sup>28</sup> Burckhardt, *Meine Danziger Mission 1937–1939*, S. 272; zu Zweifeln an dieser Äußerung siehe Stauffer, *Zwischen Hofmannsthal und Hitler: Carl J. Burckhardt*, S. 178–201; Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 1144 f., Anm. 118.
- <sup>29</sup> Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 363–371, 393–395; Hauner, *Hitler*, S. 150.
- <sup>30</sup> Zu den in dieser Zeit ausgestreckten Friedensfühlern siehe Martin, »Das ›Dritte Reich‹ und die ›Friedens‹-Frage im Zweiten Weltkrieg«, S. 534–537; Schlie, *Kein Friede mit Deutschland*, Kap. 10, 12.
- <sup>31</sup> Von Below, *Als Hitlers Adjutant 1937–1945*, S. 242; die Rede ist abgedruckt in Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 1540–1559 (die Passage zu Großbritannien auf S. 1158).
- <sup>32</sup> Zur offiziellen britischen Antwort siehe Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 314 f.
- <sup>33</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 2, S. 21 (Eintrag vom 13. Juli 1940).
- <sup>34</sup> Ebd., S. 30–34 (Eintrag vom 22. Juli 1940).
- <sup>35</sup> Warlimont, *Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 39–45*, S. 126 f.
- <sup>36</sup> Speer, *Erinnerungen*, S. 188.
- <sup>37</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 2, S. 49 (Eintrag vom 31. Juli 1940).
- <sup>38</sup> Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 466 f., 496 f.

- <sup>39</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 2, S. 33 (Eintrag vom 21. Juli 1940).
- <sup>40</sup> Ebd., S. 46 (Eintrag vom 31. Juli 1940).
- <sup>41</sup> Hitler hielt seine Entscheidung aus diesem Grund (und zur posthumen Rechtfertigung) auch noch am Ende seines Lebens für richtig (*Hitlers politisches Testament*, S. 78–80).
- <sup>42</sup> DRZW, Bd. 4, S. 99–106, 109.
- <sup>43</sup> Zit. in ebd., S. 110; vgl. Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 486; Magenheimer, *Die Militärstrategie Deutschlands 1940–1945*, S. 68–72.
- <sup>44</sup> DRZW, Bd. 4, S. 113.
- <sup>45</sup> Ebd., S. 9f. Robert Cecil's Ansicht, es gebe keinen Hinweis darauf, dass die Generäle Hitlers Wünsche bei der Planung des Angriffs auf die Sowjetunion vorweggenommen hätten (*Hitlers Griff nach Russland*, S. 69, 75–77), widerspricht den Beweisen in Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 1172, Anm. 157. Auch Barry A. Leach weist Cecil's Behauptung zurück (*German Strategy against Russia 1939–1941*, S. 53).
- <sup>46</sup> So auch Leach (*German Strategy against Russia 1939–1941*, S. 73), dessen Auffassung einer »gespaltenen und unsicheren« Militärführung eher den Tatsachen entspricht als Robert Cecil's Behauptung (*Hitlers Griff nach Russland*, S. 77), die Wehrmachtführung haben den Angriff auf die Sowjetunion »einhellig« abgelehnt.
- <sup>47</sup> So Magenheimer, *Die Militärstrategie Deutschlands 1940–1945*, S. 47f. Leach weist jedoch zutreffend darauf hin, dass die Vorbereitungen unvermindert weitergingen und dass Hitlers mündlicher Befehl vom 31. Juli Ende September 1940 bestätigt wurde (*German Strategy against Russia 1939–1941*, S. 72).
- <sup>48</sup> Nicht zuletzt die Marineführung hob hervor, dass sie eine Alternative vorgeschlagen habe, die gute Erfolgchancen gehabt habe, aber durch Hitlers Beharren auf dem Angriff auf Russland vereitelt worden sei (Raeder, *Mein Leben*, S. 246–248; Assmann, *Deutsche Schicksalsjahre*, S. 211f.). Erich Raeder hatte schon in seiner Aussage in Nürnberg unter Bezug auf seine Unterredung mit Hitler am 26. September 1940 behauptet, er sei gegen den Russlandfeldzug gewesen (*IMG*, Bd. 14, S. 117–119). Vgl. auch Salewski, *Die deutsche Seekriegsleitung*, Bd. 1, S. 271f.
- <sup>49</sup> So der Titel von Friedrich Meinecke's klassischer Schrift aus den Nachkriegsjahren.
- <sup>50</sup> Siehe Hillgruber, *Hitlers Strategie*, S. 190f.; Gruchmann, »Die »verpaßten strategischen Chancen« der Achsenmächte im Mittelmeerraum 1940/41«; Schreiber, »Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940«; DRZW, Bd. 3, S. 270.
- <sup>51</sup> Vgl. Schreiber, »Zur Kontinuität des Groß- und Weltmachtstrebens der deutschen Marineführung«.
- <sup>52</sup> Vgl. W. D. Smith, *The Ideological Origins of Nazi Imperialism*.
- <sup>53</sup> Siehe Dülffer, *Weimar, Hitler und die Marine*, S. 492ff.
- <sup>54</sup> BA/MA, RM 6/71, »Gedanken des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine zum Kriegsausbruch 3.9.1939«, zit. in Salewski, *Die deutsche Seekriegsleitung*, Bd. 1, S. 91.

- <sup>55</sup> Vgl. Hillgruber, *Hitlers Strategie*, S. 242–255; Weinberg, »German Colonial Plans and Policies 1938–1942«; Hildebrand, *Vom Reich zum Weltreich*, S. 652–700; Salewski, *Die deutsche Seekriegsleitung*, Bd. 1, S. 234–241; Schreiber, *Revisionismus und Weltmachtstreben*, S. 288–297; *DRZW*, Bd. 3, S. 250–271.
- <sup>56</sup> Salewski, *Die deutsche Seekriegsleitung*, Bd. 3, S. 106–108; *DRZW*, Bd. 3, S. 254 f.
- <sup>57</sup> Salewski, *Die deutsche Seekriegsleitung*, Bd. 3, S. 108–114; *DRZW*, Bd. 3, S. 255 f.; vgl. auch zwei weitere Denkschriften aus dieser Periode sowie ein Memorandum vom 4. Juli 1940, in denen die Folgen der massiven territorialen Expansion auf den Ausbau der Flotte erörtert werden (Salewski, *Die deutsche Seekriegsleitung*, Bd. 3, S. 114–118, 122–135).
- <sup>58</sup> BA/MA, RM 6/83, abgedruckt in Schreiber, »Zur Kontinuität des Groß- und Weltmachtstrebens der deutschen Marineführung«, S. 142–147; *DRZW*, Bd. 3, S. 257 f.
- <sup>59</sup> Hillgruber (Hg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 102 (Hitlers Äußerungen am 17. September 1940 gegenüber Serrano Suñer, dem damaligen spanischen Innenminister, der kurz darauf Außenminister werden sollte).
- <sup>60</sup> BA/MA, RM 7/894, »Studie Nordwest (Landung in England)«, datiert auf Dezember 1939. In der Studie wurden die Möglichkeiten einer Landung auf den Britischen Inseln erörtert, in Frage kommende Strände genannt sowie die Probleme der einzelnen Küstenabschnitte und andere Faktoren untersucht. Raeder berichtete Hitler am 21. Mai 1940 über die Ergebnisse, die, wie er sagte, auf Überlegungen beruhten, die man seit dem letzten November angestellt habe (Klee [Hg.], *Dokumente zum Unternehmen »Seelöwe«*, S. 239).
- <sup>61</sup> *KTB Skl.*, Teil A, Bd. 10, S. 186 (Eintrag vom 18. Juni 1940).
- <sup>62</sup> Hillgruber, *Hitlers Strategie*, S. 157 f.
- <sup>63</sup> Ebd., S. 169–171.
- <sup>64</sup> *KTB Skl.*, Teil A, Bd. 11, S. 191, 219–224 (Einträge vom 17. und 19. Juli 1940); Salewski, *Die deutsche Seekriegsleitung*, Bd. 1, S. 58 f.
- <sup>65</sup> *KTB Skl.*, Teil A, Bd. 11, S. 201 (Eintrag vom 18. Juli 1940).
- <sup>66</sup> Ebd., Bd. 12, S. 3 (Eintrag vom 1. August 1940).
- <sup>67</sup> Ebd., S. 353 f. (Eintrag vom 30. August 1940).
- <sup>68</sup> Ebd., Bd. 11, S. 354–356, 364 f. (Einträge vom 30. und 31. Juli 1940); *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945*, S. 126–128 (31. Juli 1940).
- <sup>69</sup> Klee (Hg.), *Dokumente zum Unternehmen »Seelöwe«*, S. 205.
- <sup>70</sup> Salewski, *Die deutsche Seekriegsleitung*, Bd. 1, S. 259 f.
- <sup>71</sup> Ebd., S. 275 f.
- <sup>72</sup> *KTB Skl.*, Teil A, Bd. 11, S. 236–239 (Eintrag vom 21. Juli 1940).
- <sup>73</sup> Salewski, *Die deutsche Seekriegsleitung*, Bd. 3, S. 137–144.
- <sup>74</sup> Schreiber, »Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940«, S. 78 f.
- <sup>75</sup> *KTB OKW*, Bd. 1, S. 17 f., 31 f. (Einträge vom 9. und 14. August 1940); Schreiber, »Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940«, S. 78 f.

- <sup>76</sup> BA/MA, RM 7/233, Bl. 78–85, »Kriegführung gegen England bei Ausfall der Unternehmung ›Seelöwe‹«, abgedruckt in: *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945*, S. 138–141 (6. September 1940); vgl. auch Schreiber, *Revisionismus und Weltmachtstreben*, S. 281 f.
- <sup>77</sup> BA/MA, RM 7/233, Bl. 83 f.
- <sup>78</sup> Zum Zerstörerabkommen siehe Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, Kap. 5; Lukacs, *Churchill und Hitler*, S. 285–299; und unten, Kap. 5.
- <sup>79</sup> DRZW, Bd. 3, S. 192–194; Schreiber, »Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940«, S. 80.
- <sup>80</sup> *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945*, S. 134–141 (6. September 1940).
- <sup>81</sup> Ebd., S. 143–146 (26. September 1940); Schreiber, »Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940«, S. 81; DRZW, Bd. 3, S. 199–201; Gruchmann, »Die ›verpassten strategischen Chancen‹ der Achsenmächte im Mittelmeerraum 1940/41«, S. 463.
- <sup>82</sup> Raeder befürwortete die volle Zusammenarbeit mit Frankreich gegenüber Hitler allerdings mit weniger Nachdruck, als es innerhalb der Seekriegsleitung geschah. Vgl. die Studie »Die Bemühungen des Skl. um einen Ausgleich mit Frankreich und um die Sicherstellung des französischen Kolonialreiches in Afrika« (BA/MA, RM 8/1209). Diese 1944 von Vizeadmiral Kurt Assmann verfasste Untersuchung verfolgte die Absicht, die Seekriegsleitung von jeder Verantwortung für den katastrophalen Kriegsverlauf freizusprechen. Gleichwohl unterstreicht sie die Unterschiede der strategischen Vorstellungen.
- <sup>83</sup> KTB Skl., Teil A, Bd. 13, S. 352 (Eintrag vom 26. September 1940): »Führer stimmt den Gedankengängen des Chefs Skl. grundsätzlich zu.« Vgl. auch Raeder, *Mein Leben*, S. 246–248; Assmann, *Deutsche Schicksalsjahre*, S. 211 f.
- <sup>84</sup> *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945*, S. 143 f. (26. September 1940).
- <sup>85</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 2, S. 124 (Eintrag vom 3. Oktober 1940).
- <sup>86</sup> Hillgruber, *Hitlers Strategie*, S. 178, 190; Michalka, *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940*, S. 247–259.
- <sup>87</sup> Michalka, »Vom Antikominternpakt zum euro-asiatischen Kontinentalblock«, S. 490 f. Hillgruber, »Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941«, S. 513.
- <sup>88</sup> Schreiber, »Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940«, S. 80; DRZW, Bd. 3, S. 194.
- <sup>89</sup> Hillgruber, »Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941«, S. 512 f.
- <sup>90</sup> Hillgruber (Hg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 112 f.
- <sup>91</sup> Ebd., S. 104–123; Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 277 (Eintrag vom 4. Oktober 1940).
- <sup>92</sup> Hillgruber (Hg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 132–140; Preston, »Franco and Hitler«.
- <sup>93</sup> Von Weizsäcker, *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, S. 221 (Eintrag vom 21.

- Oktober 1940). Dieses Urteil fällte Weizsäcker also vor Hitlers Treffen mit Franco. Hitler selbst erklärte im Rückblick, er habe den begrenzten strategischen Wert des spanischen Kriegseintritts erkannt: Einerseits hätte man Gibraltar erworben, andererseits aber auch einen großen Abschnitt der Atlantikküste, den man hätte verteidigen müssen (Hitler, *Hitlers politisches Testament*, S. 60). Zum Umfang der spanischen Forderungen siehe Hernández-Sandoica/Moradiellos, »Spain and the Second World War, 1939–1945«, S. 251–253.
- <sup>94</sup> Hillgruber (Hg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 142–149.
- <sup>95</sup> Von Weizsäcker, *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, S. 220 f. (Eintrag vom 21. Oktober 1940).
- <sup>96</sup> Weinberg, *Eine Welt in Waffen*, S. 231. Gegen Ende seines Lebens bezeichnete Hitler die nachsichtige Behandlung Vichyfrankreichs durch Deutschland als »vollkommenen Unsinn« (*Hitlers politisches Testament*, S. 73).
- <sup>97</sup> Von Below, *Als Hitlers Adjutant 1937–1945*, S. 250.
- <sup>98</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 2, S. 163–165, Zitat auf S. 165 (Eintrag vom 4. November 1940); *KTB OKW*, Bd. 1, S. 148–152 (Eintrag vom 4. November 1940).
- <sup>99</sup> Warlimont, *Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 39–45*, S. 135; Detwiler, *Hitler, Franco und Gibraltar*, S. 68–79; *DRZW*, Bd. 3, S. 205–207; Schreiber, »Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940«, S. 84 f.; Gruchmann, »Die ›verpassten strategischen Chancen‹ der Achsenmächte im Mittelmeerraum 1940/41«, S. 466.
- <sup>100</sup> Zu den Gesprächen siehe Hillgruber (Hg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 165–193.
- <sup>101</sup> Hitler, *Hitlers Weisungen für die Kriegführung*, S. 77–82.
- <sup>102</sup> Engel, *Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943*, S. 91 (Eintragung vom 15. November 1940).
- <sup>103</sup> *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945*, S. 151–155, 160–163 (14. November 1940); Schreiber, »Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940«, S. 86 f.
- <sup>104</sup> Schreiber, »Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940«, S. 87.
- <sup>105</sup> Von Below, *Als Hitlers Adjutant 1937–1945*, S. 253.
- <sup>106</sup> *KTB OKW*, Bd. 1, S. 208 f. (Eintrag vom 5. Dezember 1940).
- <sup>107</sup> Ebd., S. 222 (Eintrag vom 10. Dezember 1940); Hitler, *Hitlers Weisungen für die Kriegführung*, S. 90.
- <sup>108</sup> *KTB OKW*, Bd. 1, S. 255 (Eintrag vom 9. Januar 1941). Am 28. Januar räumte er ein, dass die Vorbereitungen für die Einnahme Gibraltars, die er vorübergehend für April ins Auge gefasst hatte, nicht wieder aufgenommen werden konnten, weil die Truppen für »Barbarossa« gebraucht wurden (ebd., S. 284). Gleichwohl forderte er Franco noch Mitte Februar auf, seine Entscheidung, nicht in den Krieg einzutreten, zu überdenken (Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 1666).
- <sup>109</sup> Hitler, *Hitlers Weisungen für die Kriegführung*, S. 96.

## ANMERKUNGEN

- <sup>110</sup> Nach Ansicht der Marineführung bestand auch im Frühjahr 1941, nach der deutschen Landung auf Kreta und Rommels Erfolgen in Nordafrika, noch die Gelegenheit, die britische Schwäche im Mittelmeerraum auszunutzen (*Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939-1945*, S. 240, 258-262 [6. Juni 1941]; Gruchmann, «Die «verpassten strategischen Chancen' der Achsenmächte im Mittelmeerraum 1940/41», S. 471-474).
- <sup>111</sup> *KTB OKW*, Bd. 1, S. 996 (Eintrag vom 17. Dezember 1940).
- <sup>112</sup> So Hitler im Gespräch mit Mussolini am 4. Oktober 1940 (Hillgruber [Hg.], *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 115).
- <sup>113</sup> Schmidt, *Statist auf politischer Bühne 1923-45*, S. 516 f.; Engel, *Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943*, S. 88 (Eintragung vom 28. Oktober 1940).
- <sup>114</sup> Weinberg, *Eine Welt in Waffen*, S. 239, Anm.
- <sup>115</sup> Bei dieser Auffassung blieb Hitler bis zum Ende des Dritten Reichs (Hitler, *Hitlers politisches Testament*, S. 78-80). Im Gegensatz zu anderen NS-Führern war er nie an einer Ausweitung des Handels mit der Sowjetunion als Alternative zur militärischen Eroberung interessiert (siehe Schwendemann, *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941*, insbesondere S. 355-357).
- <sup>116</sup> Warlimont, *Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 39-45*, S. 130.
- <sup>117</sup> Zu Jodls kritikloser Bewunderung für Hitler siehe ebd., S. 269, 281; vgl. auch Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 700.
- <sup>118</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 2, S. 21 (Eintrag vom 13. Juli 1940).
- <sup>119</sup> Kube, *Pour le merite und Hakenkreuz*, S. 336 f.
- <sup>120</sup> Warlimont, *Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 39-45*, S. 133.
- <sup>121</sup> Heinz Magenheimers Auffassung, das «schwerwiegende Versäumnis ... deutscherseits» habe darin bestanden, «nicht bereits im Sommer 1940 eine vorübergehende Verlagerung des strategischen Schwergewichts in den Mittelmeer-Raum vorgenommen zu haben» (*Die Militärstrategie Deutschlands 1940-1945*, S. 73 f.), hat daher einen etwas irrealen Klang.
- <sup>122</sup> Von Bock, *Zwischen Pflicht und Verweigerung*, S. 174 (Eintrag vom 1. Februar 1941); *KTB OKW*, Bd. 1, S. 300 (Eintrag vom 3. Februar 1941).

### 3 Tokio, Sommer und Herbst 1940

- <sup>1</sup> Nish, *Japanese Foreign Policy 1869-1942*, S. 133-142; Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 2-4; Steiner, *The Lights that Failed*, S. 375-377, 708-710.
- <sup>2</sup> Iriye, *Across the Pacific*, S. 208 f.; Spotswood, «Japans Southward Advance as an Issue in Japanese-American Relations, 1940-1941», S. 20. Auszüge aus zeitgenössischen Schriften mit unterschiedlichen Konzepten für die wirtschaftliche Vormachtstellung Japans in der Region finden sich in Lebra, *Japan's Greater East Asia Co-Prosperity Sphere in World War II*, S. 3-54.

#### ANMERKUNGEN

- <sup>3</sup> Siehe Hiroharu, «The Manchurian Incident 1931».
- <sup>4</sup> Eine eingehende Analyse der Art und Weise, wie die Feldarmee mit ihren expansionistischen Zielen Japan in den Krieg mit China hineinzog, bietet Toshihiko, «Designs on North China 1933-1937».
- <sup>5</sup> Der Text findet sich in: *Political Strategy Prior to the Outbreak of War (Part I)*, Militär-geschichtliches Amt, Heeresabteilung, Japanische Monographien, 144, Anhang 1 (<http://www.ibiblio.org/pha/monos/144/144appo1.html>); Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 34 f.; Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 308-312.
- <sup>6</sup> Siehe den Bericht des damaligen US-Botschafters in Tokio, Joseph C. Grew (*Zehn Jahre in Japan*, S. 145-153); vgl. auch Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 33; Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 297-306; Gordon, *A Modern History of Japan from Tokugawa Times to the Present*, S. 198; Toland, *The Rising Sun*, Kap. 1.
- <sup>7</sup> Seiichi, «Cabinet, Emperor, and Senior Statesmen», S. 66; Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 34; Ian Nish, *Japanese Foreign Policy 1869-1942*, S. 215 f. Allerdings kann das Kabinett von Hirota Koki, das nach dem Putschversuch vom Februar 1936 ins Amt kam, laut Robert J. C. Butow «wohl kaum als unwilliges Werkzeug der imperialen Bestrebungen von Heer und Marine betrachtet werden» (*Tojo and the Coming of the War*, S. 86).
- <sup>8</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 37-39.
- <sup>9</sup> Siehe Ikuhiko, «The Marco Polo Bridge Incident, 1937».
- <sup>10</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 320.
- <sup>11</sup> Zit. in ebd., S. 322.
- <sup>12</sup> Ebd., S. 325 f.
- <sup>13</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 45.
- <sup>14</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 332.
- <sup>15</sup> Ebd., S. 334 f.
- <sup>16</sup> Siehe ebd., S. 340 f.
- <sup>17</sup> Iriye, *Across the Pacific*, S. 178 f.
- <sup>18</sup> *Political Strategy Prior to the Outbreak of War (Part I)*, Militär-geschichtliches Amt, Heeresabteilung, Japanische Monographien, 144, Anhang 11 (<http://www.ibiblio.org/pha/monos/144/144appu.html>).
- <sup>19</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 345.
- <sup>20</sup> Ebd., S. 346.
- <sup>21</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 67.
- <sup>22</sup> Ebd., S. 68.
- <sup>23</sup> Iriye, *Power and Culture*, S. 6.
- <sup>24</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 353.
- <sup>25</sup> Bergamini, *Japan's Imperial Conspiracy*, Bd. 2, S. 908; Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 76 f.; Spotswood, «Japans Southward Advance as an Issue in Japanese-American Relations, 1940-1941», S. 32-34.



- <sup>26</sup> Fox, *Germany and the Far Eastern Crisis 1931–1938*, Kap. 10; Bloß, »Deutsche Chinapolitik im Dritten Reich«, S. 419–423.
- <sup>27</sup> Tagebuch von Marquis Kido Koichi (amerikanische Übersetzung von Auszügen für den Tokioter Kriegsverbrecherprozess), Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 431, Dok. 1632BB (1), 22. August 1939; zu Kido siehe Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 370 f.; Toland, *The Rising Sun*, S. 79.
- <sup>28</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 81; Nish, *Japanese Foreign Policy 1869–1942*, S. 231.
- <sup>29</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 83 f.
- <sup>30</sup> Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 121. Das Buch enthält ins Englische übersetzte, auf japanischen Dokumenten beruhende Aufsätze von Chihiro Hosoya über die »Den japanisch-sowjetischen Nichtangriffspakt«, Shinjiro Nagaoka über »Wirtschaftliche Forderungen an Niederländisch-Indien«, Ikuhiko Hata über »Den Vorstoß des Heeres nach Nordchina«, Shinjiro Nagaoka über »Den Vorstoß nach Südindochina und Thailand« und Jun Tsunoda über »Die Rolle der Marine in der Südstrategie«.
- <sup>31</sup> Gordon, *A Modern History of Japan from Tokugawa Times to the Present*, S. 92 f.; Shigeo/Saburo, »The Role of the Diet and Political Parties«, S. 321–324.
- <sup>32</sup> Shigeo/Saburo, »The Role of the Diet and Political Parties«, S. 324–326; Gordon, *A Modern History of Japan from Tokugawa Times to the Present*, S. 126–131, 162–173, 187–189.
- <sup>33</sup> Gordon, *A Modern History of Japan from Tokugawa Times to the Present*, S. 333.
- <sup>34</sup> Ebd., S. 193.
- <sup>35</sup> Shigeo/Saburo, »The Role of the Diet and Political Parties«, S. 326 f.
- <sup>36</sup> Sathre, »Communication and Conflict«, S. 43–50.
- <sup>37</sup> Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. XV–XIX; vgl. auch Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 149 f.
- <sup>38</sup> Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. XVIII; F. C. Jones, *Japan's New Order in East Asia*, S. 7–9.
- <sup>39</sup> Choucri/North/Yamakage, *The Challenge of Japan before World War II and After*, S. 165.
- <sup>40</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 10 f.; F. C. Jones, *Japan's New Order in East Asia*, S. 11 f.
- <sup>41</sup> Connors, *The Emperor's Adviser*, S. 186–199.
- <sup>42</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 86 f., 99 f.
- <sup>43</sup> Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 10–13; zu einer kurzen Darstellung von Konoes früher Karriere und der Entwicklung seiner Ideen siehe auch Seiichi, »Cabinet, Emperor, and Senior Statesmen«, S. 66–68.
- <sup>44</sup> Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 36–38.

- 45 Toland, *The Rising Sun*, S. 73.
- 46 Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 46 f.; Hyoe/Harper (Hg.), *Great Historical Figures of Japan*, S. 299.
- 47 Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 75, 78.
- 48 Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 344–346.
- 49 Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 84 f.
- 50 Toland, *The Rising Sun*, S. 61.
- 51 Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 106.
- 52 Zit. in Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 141 f.
- 53 Zit. in Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 374.
- 54 Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 106.
- 55 Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 143–147; zu Tojos Ernennung zum stellvertretenden Kriegsminister in Konoes erstem Kabinett siehe ebd., S. 115–119; vgl. auch Weston, *Giants of Japan*, S. 182–189.
- 56 Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 229 f.
- 57 Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 201 f.; ders. (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 136 f.; zur amerikanischen Haltung im Juni und Juli 1940 im Kontext der veränderten Umstände nach dem deutschen Sieg über Frankreich siehe Heinrichs, *American Ambassador*, S. 309–312.
- 58 Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 206 f.
- 59 Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 51 f., 66–71; Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 102 f.; Spotswood, »Japan's Southward Advance as an Issue in Japanese-American Relations, 1940–1941«, S. 95–99.
- 60 Bergamini, *Japan's Imperial Conspiracy*, Bd. 2, S. 934.
- 61 Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 138 f.
- 62 Ebd., S. 158 f.
- 63 Ebd., S. 159; ders. (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 206 f.
- 64 Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 102.
- 65 Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 245 f.
- 66 Ebd., S. 241 f.
- 67 Ebd., S. 243 f.
- 68 Ebd., S. 250.
- 69 Ebd., S. 249.
- 70 Ebd., S. 247.
- 71 Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 208 f.; vgl. auch Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 102; Spotswood, »Japan's Southward Advance as an Issue in Japanese-American Relations, 1940–1941«, S. 99–104.
- 72 Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 247 f.; vgl. auch Grew, *Zehn Jahre in Japan*, S. 277 (1. August 1940).
- 73 Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 250 f.
- 74 Ebd., S. 251 f.
- 75 Tagebuch von Marquis Kido Koichi, Bibliothek der Universität von Shef-

- field, Wolfson Microfilm 431, Dok. 1632X, 8. Juli 1940; vgl. Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 141; Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 76–83. Hinter den Kulissen hatte Kido bereits im Mai begonnen, Konoe als nächsten Ministerpräsidenten aufzubauen (Tanaka [Hg.], *Dokumento Showa Tenno Dai Nikkan*, Bd. 2, S. 113).
- <sup>76</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 178, 373; Tanaka (Hg.), *Dokumento Showa Tenno Dai Nikkan*, Bd. 2, S. 114–117.
- <sup>77</sup> Tagebuch von Marquis Kido Koichi, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 431, Dok. 1632X, 17. Juli 1940.
- <sup>78</sup> Die Wahl des Außenministers hatte das Heer »ganz Fürst Konoe« überlassen (Tagebuch von Marquis Kido Koichi, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 431, Dok. 1632X, 18. Juli 1940), allerdings rechnete es damit, dass er Matsuoka ernennen würde.
- <sup>79</sup> Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 98.
- <sup>80</sup> ADAP, Serie D, Bd. 10, Dok. 212, S. 229.
- <sup>81</sup> Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 218 f.; Spotswood, »Japan's Southward Advance as an Issue in Japanese-American Relations, 1940–1941«, S. 109.
- <sup>82</sup> Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 220; vgl. auch Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 107.
- <sup>83</sup> Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 214 f.
- <sup>84</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 107; Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 99; Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 375; Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 148 f.
- <sup>85</sup> Der Text findet sich in: *Political Strategy Prior to the Outbreak of War (Part II)*, Militärgeschichtliches Amt, Heeresabteilung, Japanische Monographien, 146, Anhang 2 (<http://www.ibiblio.org/pha/monos/146/146app02.html>).
- <sup>86</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 375; Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 150–153.
- <sup>87</sup> Der Text findet sich in: *Political Strategy Prior to the Outbreak of War (Part II)*, Militärgeschichtliches Amt, Heeresabteilung, Japanische Monographien, 146, Anhang 3 (<http://www.ibiblio.org/pha/monos/146/146app03.html>).
- <sup>88</sup> Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 141.
- <sup>89</sup> Ebd., S. 254–257, 261.
- <sup>90</sup> Ebd., S. 256–260.
- <sup>91</sup> Ebd., S. 259–261.
- <sup>92</sup> Der Text ist abgedruckt in Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 283–288, vgl. S. 221.
- <sup>93</sup> Grew, *Zehn Jahre in Japan*, S. 277 (1. August 1940), siehe auch S. 274 (2. Juli 1940).
- <sup>94</sup> Sommer, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–1940*, S. 384 f.; Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 227.
- <sup>95</sup> Sommer, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–1940*, S. 386 f.; Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 225 f.

- <sup>96</sup> Matsuoka, *Der Mann und sein Leben* [auf Japanisch], S. 768 f.
- <sup>97</sup> Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 264 f.
- <sup>98</sup> Ebd., S. 2229 f., 266–268; Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 104.
- <sup>99</sup> Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 228–233.
- <sup>100</sup> Ebd., S. 232–237; Spotswood, »Japan's Southward Advance as an Issue in Japanese-American Relations, 1940–1941«, S. 127–129.
- <sup>101</sup> Bloch, *Ribbentrop*, S. 303.
- <sup>102</sup> Sommer, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–1940*, S. 387.
- <sup>103</sup> Zit. in Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 233.
- <sup>104</sup> Zit. in ebd., S. 239.
- <sup>105</sup> Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 163.
- <sup>106</sup> Zit. in Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 238.
- <sup>107</sup> Zit. in ebd., S. 238 f.
- <sup>108</sup> Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 4–13.
- <sup>109</sup> Zit. in Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 248.
- <sup>110</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 382.
- <sup>111</sup> Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 105.
- <sup>112</sup> Siehe Sommer, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–1940*, S. 394–426; Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 233–254.
- <sup>113</sup> *Political Strategy Prior to the Outbreak of War (Part II)*, Militärgeschichtliches Amt, Heeresabteilung, Japanische Monographien, 146, S. 23–30 (<http://www.ibiblio.org/pha/monos/146/146chap1.html>); vgl. auch Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 118 f. Robert J. C. Butow weist darauf hin, dass, wie in den Sitzungen des Kronrats üblich, kein genaues Protokoll geführt wurde und die Sekretärinnen lediglich das Wesentliche der Diskussionen notierten (*Tojo and the Coming of the War*, S. 179 f.). Dennoch entsprechen die wiedergegebenen Worte zweifellos Konoos, Tojos und Matsuokas Ansichten. Joseph C. Grew hatte den Eindruck, dass der Pakt nicht gerade Begeisterung auslöste (*Zehn Jahre in Japan*, S. 290 [2. Oktober 1940]).
- <sup>114</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 116.
- <sup>115</sup> ADAP, Serie D, Bd. 11.1, Dok. 118, S. 175 f.
- <sup>116</sup> Die Vereinigten Staaten sahen in dem Pakt nicht mehr als die Bestätigung einer Beziehung, die bereits seit langem bestand (Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 1, S. 909).
- <sup>117</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 117; Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 188–203.
- <sup>118</sup> Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 105–109; Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 169–172; Spotswood, »Japan's Southward Advance as an Issue in Japanese-American Relations, 1940–1941«, S. 157–163. Joseph C. Grew wurde erst Mitte September auf die Möglichkeit eine Übereinkunft zwischen Japan und Deutschland aufmerksam und blieb über den Dreimächtepakt fast bis zu dessen Unterzeichnung im Dunkeln (Heinrichs, *American Ambassador*, S. 319).
- <sup>119</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 117.

## ANMERKUNGEN

- <sup>120</sup> Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 173.
- <sup>121</sup> Dass die Kontrolle über Südostasien, das heisst der Gegensatz zwischen der japanischen Absicht, zu expandieren und diese Region zu beherrschen, und der zunehmenden amerikanischen Entschlossenheit, dies zu verhindern, die Kernfrage war, betonen insbesondere Akira Iriye (*Across the Pacific*, S. 201) und Roger D. Spotswood («Japans Southward Advance as an Issue in Japanese-American Relations, 1940-1941», S. 13-18).
- <sup>122</sup> Zit. in Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 274; Bergamini, *Japan's Imperial Conspiracy*, Bd. 2, S. 952; vgl. auch Weston, *Giants of Japan*, S. 193. Im August 1940 hatte Yamamoto zu Konoe gesagt, er gebe Japan in einem Krieg, der länger als zwölf Monate dauere, keine Siegeschancen (Bergamini, *Japan's Imperial Conspiracy*, Bd. 2, S. 958).
- <sup>123</sup> Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 169.
- <sup>124</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 116.
- <sup>125</sup> Am Bruttozialprodukt gemessen, war 1940 von den «Grossmächten» nur Italien schwächer als Japan. Ausserdem besass Japan die kleinsten Streitkräfte (abgesehen von den Vereinigten Staaten, die gerade erst mit der Wiederaufrüstung begannen), gab aber einen fast so grossen Anteil am Nationaleinkommen für die Rüstung aus wie Deutschland (Harrison [Hg.], *The Economics of World War II*, S. 10,14, 21). Hara Akira weist auf die wichtige Tatsache hin, dass die japanische Wirtschaft schon seit dem Beginn des Konflikts mit China im Jahr 1937 auf den Krieg ausgerichtet war («Japan: Guns before Rice», S. 225).
- <sup>126</sup> Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 173.

## 4 Rom, Sommer und Herbst 1940

- <sup>1</sup> Zit. in Bosworth, *Mussolini*, S. 369.
- <sup>2</sup> Knox, *Common Destiny*, S. 61, 67-69.
- <sup>3</sup> Payne, *Geschichte des Faschismus*, S. 468; Dear/Foot (Hg.), *The Oxford Companion to the Second World War*, S. 583.
- <sup>4</sup> Hitler, *Hitlers zweites Buch*, S. 21-24; Kershaw, *Hitler*, Bd. 1, S. 373.
- <sup>5</sup> Knox, *Common Destiny*, S. 96.
- <sup>6</sup> Mack Smith, *Mussolini*, S. 311 f.
- <sup>7</sup> Aquarone, «Public Opinion in Italy before the Outbreak of World War II», S. 212. Paul Corner beschreibt die negativen Auswirkungen des Bündnisses mit Deutschland und der zunehmenden Wahrscheinlichkeit eines Krieges auf den Ducekult («Everyday Fascism in the 1930s», S. 215-218).
- <sup>8</sup> Zit. in Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 39 f.
- <sup>9</sup> Zit. in Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 53 (Eintrag vom 15. März 1939).
- <sup>10</sup> Moseley, *Mussolini's Shadow*, S. 55.
- <sup>11</sup> Zit. in Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 41.

- <sup>12</sup> Siehe Toscano, *The Origins of the Pact of Steel*, Kap. 4 und 5.
- <sup>13</sup> Burgwyn, *Italian Foreign Policy in the Interwar Period 1918–1940*, S. 194.
- <sup>14</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 42; Burgwyn, *Italian Foreign Policy in the Interwar Period 1918–1940*, S. 194.
- <sup>15</sup> ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 426, S. 466–469; Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, S. 579–581 (und S. 579, Anm. 188, zur Echtheit des Dokuments, die im Nürnberger Prozess und danach angezweifelt worden ist).
- <sup>16</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 115 (Eintrag vom 20. Juli 1939).
- <sup>17</sup> Ebd., S. 120 (Eintrag vom 6. August 1939).
- <sup>18</sup> Ebd., S. 121–123 (Einträge vom 9.–13. August 1939).
- <sup>19</sup> Ebd., S. 123–128 (Einträge vom 14.–21. August 1939).
- <sup>20</sup> Ebd., S. 129 f. (Einträge vom 23. und 24. August 1939).
- <sup>21</sup> Ebd., S. 131 (Eintrag vom 25. August 1939)
- <sup>22</sup> ADAP, Serie D, Bd. 7, Dok. 266, 271, S. 235 f., 238 f. (25. August 1939); Burgwyn, *Italian Foreign Policy in the Interwar Period 1918–1940*, S. 203 f.
- <sup>23</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 132 (Eintrag vom 26. August 1939).
- <sup>24</sup> ADAP, Serie D, Bd. 7, Dok. 317, S. 270 (26. August 1939); Burgwyn, *Italian Foreign Policy in the Interwar Period 1918–1940*, S. 204 f.
- <sup>25</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 132–134 (Eintrag vom 26. und 27. August 1939); von Rintelen, *Mussolini als Bundesgenosse*, S. 71; Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 43; zum Begriff der »Nichtkriegführung« siehe Wylie (Hg.), *European Neutrals and Non-Belligerents during the Second World War*, S. 4.
- <sup>26</sup> Das Folgende stützt sich auf Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 16–19; ders., *Hitler's Italian Allies*, S. 29–32.
- <sup>27</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 10.
- <sup>28</sup> Mack Smith, *Mussolini as a Military Leader*, S. 17, 28 f. Genauso wenig gab es einen einheitlichen Nachrichtendienst (den Mussolini als Bedrohung seiner eigenen Machtstellung empfand), was eine zutreffende Lageeinschätzung erschwerte (Knox, »Fascist Italy Assesses its Enemies, 1935–1940«, S. 372).
- <sup>29</sup> Zum Folgenden siehe Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 18–30; ders., *Common Destiny*, S. 152–157.
- <sup>30</sup> Zit. in Knox, *Common Destiny*, S. 155; ders., *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 10.
- <sup>31</sup> Zum Begriff des »Machtkartells« in Bezug auf das NS-Regime siehe Hüttenberger, »Nationalsozialistische Polykratie«; Kershaw, *Der NS-Staat*, S. 96.
- <sup>32</sup> Payne, *Geschichte des Faschismus*, S. 159, 163.
- <sup>33</sup> Ebd., S. 156.
- <sup>34</sup> Lyttleton, *The Seizure of Power*, S. 72–75, 175; Bosworth, *Mussolini*, S. 154 f., 160–165.
- <sup>35</sup> Payne, *Geschichte des Faschismus*, S. 148, 155.
- <sup>36</sup> Broszat, *Der Staat Hitlers*, S. 262; Rebutisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg*, S. 422.
- <sup>37</sup> Bach, *Die charismatischen Führerdiktaturen*, S. 111.

- 38 Payne, *Geschichte des Faschismus*, S. 275.
- 39 Siehe Corner, »Everyday Fascism in the 1930s«, insbesondere S. 199, 206–217.
- 40 Siehe Melograni, »The Cult of the Duce in Mussolini's Italy«.
- 41 Woolf (Hg.), *Fascism in Europe*, S. 62.
- 42 Payne, *Geschichte des Faschismus*, S. 273.
- 43 Knox, *Common Destiny*, S. 96; Burgwyn, *Italian Foreign Policy in the Interwar Period 1918–1940*, S. 120; Whittam, *Fascist Italy*, S. 113.
- 44 Knox, *Common Destiny*, S. 96.
- 45 R. J. B. Bosworth, *Italy, the Least of the Great Powers*, insbesondere Kap. 1, 2 und 4.
- 46 Bosworth, *Mussolini*, S. 255; Mack Smith, *Mussolini as a Military Leader*, S. 7.
- 47 Mack Smith, *Mussolini as a Military Leader*, S. 5, 31.
- 48 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 10, 18.
- 49 Bosworth, *Mussolini*, S. 347.
- 50 Siehe ebd., S. 246. Burgwyn, *Italian Foreign Policy in the Interwar Period 1918–1940*, S. 145 f.
- 51 Mack Smith, *Mussolini as a Military Leader*, S. 5.
- 52 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 141 f., 148, Zitat auf S. 151 (Einträge vom 6., 7., 18. und 24. September 1939). Zur Verfassung der Streitkräfte siehe Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 55 f.
- 53 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 139 f. (Einträge vom 3. und 4. September 1939).
- 54 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 62.
- 55 Ebd., S. 79.
- 56 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 156 (Eintrag vom 3. Oktober 1939).
- 57 Ciano, *Ciano's Diplomatic Papers*, S. 314 f.; ADAP, Serie D, Bd. 8, Dok. 176, S. 143–151.
- 58 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 61.
- 59 Ebd., S. 68; ADAP, Serie D, Bd. 8, Dok. 504, S. 477. Mussolinis Brief an Hitler ist am 3. Januar 1940 geschrieben, aber erst am 5. Januar mit kleinen Änderungen abgeschickt worden. Ciano hielt ihn für »ein ausgezeichnetes Dokument, voll von Weisheit und Mäßigung« (Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 184 [Eintrag vom 5. Januar 1940]).
- 60 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 157 (Eintrag vom 7. Oktober 1939).
- 61 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 71, 75.
- 62 Ebd., S. 52–54, Zitat auf S. 52.
- 63 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 210 (Einträge vom 16 und 17. März 1940).
- 64 Hillgruber (Hg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 52–57; ADAP, Serie D, Bd. 9, Dok. 1, S. 1–12; Ciano, *Ciano's Diplomatic Papers*, S. 364 f.
- 65 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 211 (Eintrag vom 18. März 1940).
- 66 Ebd., S. 212 f. (Eintrag vom 23. März 1940).
- 67 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 89; DDI, Bd. 3, Dok. 669, S. 576–579; Burgwyn, *Italian Foreign Policy in the Interwar Period 1918–1940*, S. 212; vgl. auch Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 218 f. (Eintrag vom 6. April 1940).

- 68 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 217 f. (Eintrag vom 2. April 1940).
- 69 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 90–94.
- 70 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 220–223 (Einträge vom 9.–11., 20. und 22. April 1940); Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 108.
- 71 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 209 (Eintrag vom 14. März 1940).
- 72 Ebd., S. 238 (Eintrag vom 20. Mai 1940); zur kriegsfreundlicher gewordenen öffentlichen Meinung siehe Mack Smith, *Mussolini's Roman Empire*, S. 209–213.
- 73 Bottai, *Diario 1935–1944*, S. 192.
- 74 Zu einer Analyse der Kontinuitäten und Brüche in Mussolinis Außenpolitik siehe Knox, *Common Destiny*, S. 113–147; vgl. auch Bosworth, *The Italian Dictatorship*, S. 99–101; Azzi, »The Historiography of Fascist Foreign Policy«, S. 196 f., 199 f.
- 75 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 234, 241 (Einträge vom 13. und 29. Mai 1940).
- 76 Ebd., S. 235 (Eintrag vom 14. Mai 1940).
- 77 Ebd., S. 238 f. (Eintrag vom 21. Mai 1940).
- 78 Ebd., S. 235, 245 (Eintrag vom 14. Mai und 6. Juni 1940).
- 79 Ebd., S. 245 (Eintrag vom 6. Juni 1940); Mack Smith, *Mussolini's Roman Empire*, S. 214; Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 104 f.
- 80 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 242 f. (Eintrag vom 1. Juni 1940); Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 104 f.
- 81 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 241 (Eintrag vom 29. Mai 1940).
- 82 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 119, 121–123.
- 83 Moseley, *Mussolini's Shadow*, S. 103.
- 84 Packard/Packard, *Balcony Empire*, S. 82.
- 85 Zit. in Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 111 f.
- 86 Badoglio, *Italien im Zweiten Weltkrieg*, S. 31 f.
- 87 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 239 f. (Eintrag vom 26. Mai 1940).
- 88 Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 1518; Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 241 f. (Eintrag vom 30. Mai 1940). Laut Knox empfing Hitler Alfieri am 31. Mai in Bad Godesberg (*Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 117), doch laut einer Meldung des Deutschen Nachrichtenbüros fand das Treffen einen Tag zuvor im »Felsenest« statt.
- 89 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 116.
- 90 Badoglio, *Italien im Zweiten Weltkrieg*, S. 32.
- 91 Ebd., S. 33 f.
- 92 Wiskemann, *The Rome-Berlin Axis*, S. 255.
- 93 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 116; DDI, Bd. 4, Dok. 642, S. 495–497; Badoglio, *Italien im Zweiten Weltkrieg*, S. 34–36.
- 94 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 241 (Eintrag vom 30. Mai 1940).
- 95 Ebd., S. 243 (Eintrag vom 1. Juni 1940).
- 96 Bottai, *Diario 1935–1944*, S. 193. Badoglio, *Italien im Zweiten Weltkrieg*, S. 38. Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 248 (Eintrag vom 10. Juni 1940).
- 97 Villari, *Italian Foreign Policy under Mussolini*, S. 255.



- <sup>98</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 149 f.
- <sup>99</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 71–74.
- <sup>100</sup> Ebd., S. 82.
- <sup>101</sup> Ebd., S. 107.
- <sup>102</sup> Nach Enno von Rintelens Einschätzung wäre es für die deutsche Kriegsstrategie besser gewesen, wenn Italien den Zustand der »Nichtkriegführung« aufrechterhalten hätte und das Mittelmeer nicht in den direkten Konflikt hineingezogen worden wäre (*Mussolini als Bundesgenosse*, S. 93).
- <sup>103</sup> Moseley, *Mussolini's Shadow*, S. 106 f.
- <sup>104</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 248 f. (Eintrag vom 17. Juni 1940).
- <sup>105</sup> Ebd., S. 249 f. (Eintrag vom 18./19. Juni 1940). Nach Cianos Ansicht fürchtete Mussolini in Wahrheit, »dass die Stunde des Friedens naht«, und sah »noch einmal den unerfüllbaren Traum seines Lebens vor seinen Augen entschwinden: den Ruhm auf den Schlachtfeldern«.
- <sup>106</sup> Ebd., S. 250 f. (Einträge vom 20. und 21. Juni 1940); Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 129 f.
- <sup>107</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 251 f. (Einträge vom 22.–24. Juni 1940).
- <sup>108</sup> Ebd., S. 252 f. (Einträge vom 24. und 25. Juni 1940).
- <sup>109</sup> Bottai, *Diario 1935–1944*, S. 204.
- <sup>110</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 260 (Eintrag vom 22. Juli 1940).
- <sup>111</sup> Mack Smith, *Mussolini*, S. 381.
- <sup>112</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 138.
- <sup>113</sup> Mack Smith, *Mussolini*, S. 381 f.
- <sup>114</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 134–137, 155–165; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 102–105.
- <sup>115</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 89 (Eintrag vom 12. Mai 1939).
- <sup>116</sup> Cervi, *The Hollow Legions*, S. 7–10; Mack Smith, *Mussolini*, S. 271. Ciano hielt am 12. September 1939 in seinem Tagebuch fest, Mussolini habe »die Weisungen für eine Wiederannäherung an Griechenland erteilt, dieses Land ist zu arm, um von uns begehrt zu werden« (*Tagebücher*, Bd. 2, S. 145 [Eintrag vom 12. September 1939]).
- <sup>117</sup> Bottai, *Diario 1935–1944*, S. 191 (Eintrag vom 25. Mai 1940).
- <sup>118</sup> Ebd., S. 224 (Eintrag vom 29. Juni 1940).
- <sup>119</sup> Mario Roatta, Tagebuch, Archivio Centrale, Rom, Carte Graziani, b. 42 (Eintrag vom 7. Juli 1940).
- <sup>120</sup> Zudem versicherte Hitler, dass »alles, was das Mittelmeer betrifft, einschließlich der Adria, eine rein italienische Frage sei, bei der er nicht die Absicht habe, sich auf irgendeine Weise einzumischen«. Darüber hinaus deutete er sein Einverständnis mit italienischen Aktionen an, sofern sie verhindern sollten, dass die Briten auf den griechischen Inseln Fuß fassten. Ciano, *Ciano's Diplomatic Papers*, S. 377 f.; ADAP, Serie D, Bd. 10, Dok. 129, S. 123–129; Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 139–142; Cervi, *The Hollow Legions*, S. 14–17; Schramm-von Thadden, *Griechenland und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg*, S. 48–51.

- 121 DRZW, Bd. 3, S. 360.
- 122 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 262 (Eintrag vom 6. August 1940).
- 123 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 166 f.
- 124 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 263 (Eintrag vom 8. August 1940).
- 125 Ebd., S. 264 (Eintrag vom 10. August 1940).
- 126 Cervi, *The Hollow Legions*, S. 18–23; Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 167–171.
- 127 Cervi, *The Hollow Legions*, S. 34; Moseley, *Mussolini's Shadow*, S. 114.
- 128 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 264 (Eintrag vom 11. August 1940).
- 129 Ebd., S. 264 f. (Eintrag vom 12. August 1940).
- 130 Die italienfeindliche Stimmung verstärkte sich, als am 15. August ein alter griechischer Kreuzer namens *Helli* von einem U-Boot torpediert wurde, von dem alle annahmen, dass es sich um ein italienisches gehandelt habe – zu Recht, wie sich herausstellen sollte. Die Wahrheit über den Vorfall kam jedoch erst lange nach dem Krieg ans Licht. Ausgelöst hatte ihn, und zwar aus eigenem Antrieb, ein besonders wilder Untergebener Mussolinis, der Altfaschist Cesare Maria De Vecchi di Val Cismon, der Gouverneur der italienischen Inseln in der Ägäis (Cervi, *The Hollow Legions*, S. 29–32).
- 131 ADAP, Serie D, Bd. 10, Dok. 333, S. 388 f.
- 132 Ciano, *Ciano's Diplomatic Papers*, S. 381.
- 133 DRZW, Bd. 3, S. 361; Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 174. So auch am 16. und 17. August Ribbentrop gegenüber dem italienischen Botschafter Alfieri; siehe Cervi, *The Hollow Legions*, S. 23; Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 265 (Eintrag vom 17. August 1940).
- 134 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 175 f.
- 135 DDI, Bd. 5, S. 436; Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 176 f.; DRZW, Bd. 3, S. 365; Cervi, *The Hollow Legions*, S. 24, 42 f.; Mario Roatta, *Tagebuch*, Archivio Centrale, Rom, Carte Graziani, b. 42 (Eintrag vom 22. August 1940).
- 136 Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 266 (Eintrag vom 22. August 1940).
- 137 Ciano, *Ciano's Diplomatic Papers*, S. 385.
- 138 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 178 f.
- 139 Zit. in Cervi, *The Hollow Legions*, S. 43; Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 181.
- 140 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 186.
- 141 Zit. in Cervi, *The Hollow Legions*, S. 45.
- 142 So Ciano in seinem Tagebuch (*Tagebücher*, Bd. 2, S. 272 [Eintrag vom 19. September 1940]).
- 143 Enno von Rintelen, der deutsche Militärattaché in Rom, hatte bereits Anfang August erklärt, dass die Vorbereitungen für den Angriff auf England zwar fortgesetzt würden, seine Durchführung aber »ernste Schwierigkeiten« bereite (Mario Roatta, *Tagebuch*, Archivio Centrale, Rom, Carte Graziani, b. 42 [Eintrag vom 7. August 1940]).
- 144 Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 191.

## ANMERKUNGEN

- <sup>145</sup> Ciano, *Ciano's Diplomatie Papers*, S. 391.
- <sup>146</sup> Ebd., S. 392; Schramm-von Thadden, *Griechenland und die Grossmächte im Zweiten Weltkrieg*, S. 88; ADAP, Serie D, Bd. 11.1, Dok. 73, S. 104; DRZW, Bd. 3, S. 369.
- <sup>147</sup> Laut General Paolo Puntoni, dem Generaladjutanten des Königs, wollte Ciano «Griechenland wegen seines Verhaltens, das er als zweideutig bezeichnet, unbedingt eine Lektion zu erteilen» (zit. in Moseley, *Mussolini's Shadow*, S. 115).
- <sup>148</sup> Schramm-von Thadden, *Griechenland und die Grossmächte im Zweiten Weltkrieg*, S. 88-90; DRZW, Bd. 3, S. 370; Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 190.
- <sup>149</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 196 f.
- <sup>150</sup> Ebd., S. 195.
- <sup>151</sup> Ebd., S. 193 f.; de Felice, *Mussolini l'alleato 1940-1945*, Bd. 1, S. 295 f.; Cervi, *The Hollow Legions*, S. 56 f.; DRZW, Bd. 3, S. 372.
- <sup>152</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 275, 277 (Einträge vom 30. September und 4. Oktober 1940).
- <sup>153</sup> Schmidt, *Statist auf politischer Bühne 1923-45*, S. 502 f.; Deakin, *Die brutale Freundschaft*, S. 30.
- <sup>154</sup> Ciano, *Ciano's Diplomatie Papers*, S. 395-398; ders., *Tagebücher*, Bd. 2, S. 277 (Eintrag vom 4. Oktober 1940).
- <sup>155</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 277 (Eintrag vom 4. Oktober 1940).
- <sup>156</sup> Schramm-von Thadden, *Griechenland und die Grossmächte im Zweiten Weltkrieg*, S. 88 f., 96.
- <sup>157</sup> Renzo de Felice weist die Vorstellung zurück, dass Mussolini vom deutschen Eingreifen in Rumänien vollkommen überrascht worden sei, da das italienische Ausserministerium über die positive deutsche Antwort auf das rumänische «Ersuchen», Truppen zu entsenden, informiert worden war. Er lässt jedoch gelten, dass Mussolini über das Tempo des deutschen Handelns überrascht gewesen sein könnte (*Mussolini l'alleato 1940-1945*, Bd. 1, S. 297). Aber der Duce war sicherlich mehr als das, denn die Art, wie er von der Entsendung der deutschen Truppen erfuhr, kann ihn nur in Wut versetzt haben.
- <sup>158</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 277 (Eintrag vom 8. Oktober 1940).
- <sup>159</sup> Bottai, *Diario 1935-1944*, S. 227.
- <sup>160</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 187, 203, 205-207; DRZW, Bd. 3, S. 374 f.
- <sup>161</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 207 f.
- <sup>162</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 278 (Eintrag vom 12. Oktober 1940).
- <sup>163</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 140-142; Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 152 f.
- <sup>164</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 208 f.
- <sup>165</sup> Ebd., S. 202; van Creveld, *Hitler's Strategy 1940-1941*, S. 34.
- <sup>166</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 208.

- <sup>167</sup> Zit. in ebd., S. 209; vgl. auch Schramm-von Thadden, *Griechenland und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg*, S. 101; DRZW, Bd. 3, S. 376 f.; zur früheren Planung siehe Cervi, *The Hollow Legions*, S. 36 f.
- <sup>168</sup> Cervi, *The Hollow Legions*, S. 61 f. Eine kurz nach dem Brenner-treffen vom 4. Oktober geschriebene Mitteilung Mussolinis an Graziani hatte allerdings einen ersten Hinweis darauf enthalten, dass nicht nur Ciamuria, sondern das gesamte griechische Festland besetzt werden sollte (van Creveld, *Hitler's Strategy 1940–1941*, S. 35 f.).
- <sup>169</sup> Cervi, *The Hollow Legions*, S. 62; Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 210.
- <sup>170</sup> Schramm-von Thadden, *Griechenland und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg*, S. 102; Cervi, *The Hollow Legions*, S. 65; Mack Smith, *Mussolini as a Military Leader*, S. 31. Laut Badoglio (*Italien im Zweiten Weltkrieg*, S. 45 f.) sollen Cavagnari und Pricolo ebenfalls teilgenommen haben, doch hier dürfte ihn sein Gedächtnis getrogen haben.
- <sup>171</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 211.
- <sup>172</sup> DDI, Bd. 5, Dok. 728, S. 699–705; Schramm-von Thadden, *Griechenland und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg*, S. 209–217; Cervi, *The Hollow Legions*, S. 311–320; vgl. auch Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 211–214; Mack Smith, *Mussolini's Roman Empire*, S. 232 f. Visconti-Prasca hat später behauptet, das Protokoll sei von Mussolini redigiert worden und entspreche (insbesondere, was Visconti-Prascas eigene Rolle angeht) nicht der Wahrheit, aber auch seine Darstellung bestätigt im Wesentlichen den Inhalt der Diskussion und deren Dilettantismus (*Io ho aggredito la Grecia*, S. 61–70).
- <sup>173</sup> Visconti-Prasca, *Io ho aggredito la Grecia*, S. 68–70. Walter Rauschers Behauptung, Badoglio habe sich gegen eine Operation gegen Griechenland ausgesprochen, sei bei Mussolini aber auf taube Ohren gestoßen (*Hitler und Mussolini*, S. 413), wird vom Protokoll der Sitzung am 15. Oktober nicht gestützt.
- <sup>174</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 279 (Eintrag vom 17. Oktober 1940).
- <sup>175</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 214–217.
- <sup>176</sup> Das Folgende stützt sich auf Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 217–219.
- <sup>177</sup> Schramm-von Thadden, *Griechenland und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg*, S. 108.
- <sup>178</sup> Vgl. Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 280 (Eintrag vom 22. Oktober 1940); Bottai, *Diario 1935–1944*, S. 229.
- <sup>179</sup> Zit. in Moseley, *Mussolini's Shadow*, S. 117.
- <sup>180</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, S. 220 f.
- <sup>181</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 281 (Eintrag vom 24. Oktober 1940).
- <sup>182</sup> Ebd., S. 282 (Eintrag vom 28. Oktober 1940).
- <sup>183</sup> Engel, *Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943*, S. 91 (Eintragung vom 28. Oktober 1940); Schmidt, *Statist auf politischer Bühne 1923–45*, S. 516 f. Martin van Creveld bestreitet, dass Hitler über Mussolinis einseitige Aktion erbost war (*Hitler's Strategy 1940–1941*, S. 39–51; »25 October 1940«). Schlüssige Argumente

## ANMERKUNGEN

- gegen diese Auffassung finden sich bei MacGregor Knox (*Mussolini Unleashed 1939-1941* S. 346, Anm. 84, S. 350, Anm. 156).
- <sup>184</sup> Siehe von Weizsäcker, *Erinnerungen*, S. 302 f. Laut von Weizsäcker, dem Staatssekretär im deutschen Ausenministerium, hatte er empfohlen, Mussolini unmissverständlich davor zu warnen, den Krieg nicht ohne deutsche Einwilligung auszuweiten. Ribbentrop habe diesem Vorschlag zugestimmt, aber Hitler habe eingewandt, dass er seinen Diktatorkollegen nicht einschränken wolle und damit indirekt den Weg für dessen tollkühne Aktion freigemacht. Die Überraschung, die Hitler später zur Schau getragen habe, sei vorgetäuscht gewesen. Aber möglicherweise habe er nicht daran geglaubt, dass Mussolini ernsthaft entschlossen gewesen sei, den Angriff durchzuführen (*Erinnerungen*, S. 302 f.).
- <sup>185</sup> Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 222-230; Cervi, *The Hollow Legions*, S. 87-92; vgl. auch von Rintelen, *Mussolini als Bundesgenosse*, S. 108-110.
- <sup>186</sup> Schramm-von Thadden, *Griechenland und die Grossmächte im Zweiten Weltkrieg*, S. 113, mit einem Zitat aus einem Brief Hitlers an Mussolini vom 20. November 1940. Kreta war Teil der deutschen strategischen Vorstellungen über gemeinsame Operationen mit Italien, um die Briten aus dem östlichen Mittelmeer und Nordafrika zu vertreiben (vgl. van Creveld, *Hitler's Strategy 1940-1941*, s. 37).
- <sup>187</sup> Ciano, *Ciano's Diplomatie Papers*, S. 400.
- <sup>188</sup> Das italienische Protokoll findet sich in ebd., S. 399-404, das deutsche in Hillgruber (Hg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 150-165. Vielleicht war Hitlers stillschweigendes Einverständnis mit seinem Griechenlandcoup der Grund, weshalb Mussolini in Bezug auf Vichyfrankreich weniger unerbittlich als erwartet war (de Felice, *Mussolini Lalleato 1940-1945*, Bd. 1, S. 307).
- <sup>189</sup> Mack Smith, *Mussolini*, S. 390; Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 236; Bosworth, *Mussolini*, S. 375.
- <sup>190</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 271.
- <sup>191</sup> Ebd., S. 355; Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 256; Gruchmann, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 107. Knox gibt die Zahl der italienischen Gefangenen mit 115'000 an, während Gruchmann für die Zeit von Anfang Dezember 1940 bis Anfang Februar 1941 von 130'000 Gefangenen sowie einem Verlust von 470 Panzern und 1'300 Geschützen spricht. Die britischen Verluste waren gering.
- <sup>192</sup> Vor der italienischen Invasion hatte Grossbritannien sowohl die Durchführbarkeit als auch den Nutzen von Militärhilfe für Griechenland eher gering veranschlagt (Koliopoulos, *Greece and the British Connection 1935-1941*, S. 134-142). Doch nach dem Angriff war London an einer Verlängerung des italienisch-griechischen Krieges interessiert, wollte andererseits aber vermeiden, dass Griechenland unter deutsche Kontrolle geriet. Griechenland und Kreta wurde grosse Bedeutung für die Verteidigung Ägyptens beigemessen. Die Hilfe, die Grossbritannien von Nordafrika abzweigen konnte, war je-

## ANMERKUNGEN

doch sehr begrenzt (van Creveld, «Prelude to Disaster»). Bis im März 1941 aufgrund der kritischen Entwicklung in Jugoslawien Truppen aus dem Nahen Osten verlegt wurden, gab es keine grössere britische Militärpräsenz, und dieser Schritt wurde später als militärischer Fehler betrachtet, der es dem Gegner erlaubt habe, in Nordafrika die Initiative zu ergreifen. Der deutsche Angriff auf Jugoslawien und Griechenland begann am 6. April. Bis zum Ende des Monats wurden rund 50'000 britische und Commonwealthsoldaten evakuiert, während 7'000 ihrer Kameraden in Gefangenschaft gerieten (Dear/Foot [Hg.], *The Oxford Companion to the Second World War*, S. 102-106).

<sup>193</sup> DRZW, Bd. 3, S. 421 f.

<sup>194</sup> Van Creveld, *Hitler's Strategy 1940-1941*, S. 134 f.

<sup>195</sup> Hitler, *Hitlers politisches Testament*, S. 79, 87, 96 (15., 17. und 20. Februar 1945).

<sup>196</sup> Siehe Hillgruber, *Hitlers Strategie*, S. 506, Anm. 26.

<sup>197</sup> Vgl. von Rintelen, *Mussolini als Bundesgenosse*, S. 90, 92 f., 98 f.

<sup>198</sup> Ebd., S. 101.

<sup>199</sup> Sadkovich, «The Italo-Greek War in Context», S. 440 f., 455.

<sup>200</sup> *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939-1945*, S. 161 f.

<sup>201</sup> Sadkovich, «Understanding Defeat», S. 38.

<sup>202</sup> Dear/Foot (Hg.), *The Oxford Companion to the Second World War*, S. 504-508. Die schrecklichen Lebensumstände am Ende der deutschen Besatzung und in der Übergangszeit bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs sind anschaulich beschrieben in Mazower, *Inside Hitler's Greece*, S. 362-373.

<sup>203</sup> Siehe van Creveld, *Hitlers Strategy 1940-1941*, S. 163.

<sup>204</sup> Sadkovich, «The Italo-Greek War in Context», S. 446.

<sup>205</sup> Siehe Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 209.

<sup>206</sup> Badoglio, *Italien im Zweiten Weltkrieg*, S. 49; vgl. Knox, *Mussolini Unleashed 1939-1941*, S. 236; Cervi, *The Hollow Legions*, S. 149 f.

<sup>207</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 279 f. (Eintrag vom 17. und 18. Oktober 1940).

<sup>208</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 358. Brian R. Sullivan allerdings teilt Churchills Urteil («Where One Man, and Only One Man, Led'», S. 149).

<sup>209</sup> Vgl. Mack Smith, *Mussolini as a Military Leader*, S. 23.

### 5 Washington, Sommer 1940 bis Frühjahr 1941

<sup>1</sup> Roosevelt, *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, Bd. 9, s. 517.

<sup>2</sup> *Public Opinion 1935-1946*, S. 971, 973.

<sup>3</sup> Henry L. Stimson, *Diaries 1909-1945*, Bibliothek der Universität von Yale, Film 6, Eintrag vom 19. Dezember 1940; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 243.

- <sup>4</sup> Zit. in Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 254 (Eintrag vom 14. Mai 1941).
- <sup>5</sup> Henry L. Stimson, *Diaries 1909–1945*, Bibliothek der Universität von Yale, Film 6, Eintrag vom 22. April 1941; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 442.
- <sup>6</sup> Roosevelt, *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, Bd. 8, S. 3; Alsop/Kintner, *American White Paper*, S. 31; Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 179; Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 56; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 427.
- <sup>7</sup> Zit. in Alsop/Kintner, *American White Paper*, S. 68.
- <sup>8</sup> Heinrichs, *American Ambassador*, S. 11.
- <sup>9</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 299.
- <sup>10</sup> Churchill/Roosevelt, *The Complete Correspondence*, Bd. 1, Dok. C-84x, S. 181 f. (3. Mai 1941); Heinrichs, *Threshold of War*, S. 81.
- <sup>11</sup> Zit. in Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 496.
- <sup>12</sup> So der Titel eines Kapitels in Kimball, *Forged in War*.
- <sup>13</sup> Siehe Badger, *The New Deal*, S. 9. Patrick Renshaw hebt die Bedeutung hervor, welche die »schiere Kraft« von Roosevelts Persönlichkeit für die Stärkung der Moral der Nation nach 1933 hatte (*Franklin D. Roosevelt*, S. 107).
- <sup>14</sup> Siehe Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 252; vgl. auch Renshaw, *Franklin D. Roosevelt*, S. 120; Badger, *The New Deal*, S. 94–104.
- <sup>15</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 287; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 347–349; Brogan, *The Pelican History of the United States of America*, S. 565. Die Republikaner gewannen im Repräsentantenhaus achtzig und im Senat acht Sitze hinzu. Obwohl die Demokraten weiterhin in beiden Häusern die Mehrheit stellten, waren die Rooseveltgegner aufgrund parteiübergreifender Einstellungen erheblich gestärkt worden.
- <sup>16</sup> Vgl. Steiner, *The Lights that Failed*, S. 38 f.
- <sup>17</sup> Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 8–10; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 387 f.
- <sup>18</sup> Zit. in Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 386.
- <sup>19</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 171.
- <sup>20</sup> Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 17–22.
- <sup>21</sup> Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 393.
- <sup>22</sup> Ebd., S. 395 f.; vgl. auch Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 1, S. 422–442. Laut Cordell Hull waren die USA »so weit wie möglich gegangen«, aber auch wenn »Erdölexporte aus den Vereinigten Staaten nach Italien mit einem moralischen Embargo belegt« gewesen seien, habe die Regierung »keine gesetzliche Vollmacht besessen, ein Erdölembargo zu verhängen«. Vgl. auch Divine, *Roosevelt and World War II*, S. 11–13.
- <sup>23</sup> Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 29.
- <sup>24</sup> Ebd., S. 31–33. Cordell Hull legt die Regierungsposition dar und verteidigt sie (*The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 1, S. 476–485).
- <sup>25</sup> Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 398 f.

- <sup>26</sup> Larrabee, *Commander in Chief*, S. 32 f.
- <sup>27</sup> Zit. in Divine, *Roosevelt and World War II*, S. 9; Brogan, *The Pelican History of the United States of America*, S. 569; vgl. Roosevelt, *Links von der Mitte*, S. 293.
- <sup>28</sup> Flynn, *The Roosevelt Myth*, S. 90–92.
- <sup>29</sup> Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 48 f.
- <sup>30</sup> Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 388.
- <sup>31</sup> Zu Hull siehe Gellman, *Secret Affairs*, S. 20–36.
- <sup>32</sup> Alsop/Kintner, *American White Paper*, S. 14, 25.
- <sup>33</sup> Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 27.
- <sup>34</sup> Zit. in Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 405. Michael Leigh kommt in seiner sorgfältigen Analyse der öffentlichen Meinung in Amerika zur Zeit der Quarantänerede zu dem Schluss, dass Roosevelt keineswegs durch die öffentliche Meinung behindert wurde, sondern umgekehrt »in der Lage war, seine eigene zögerliche Haltung auf das Massenpublikum zu übertragen« (*Mobilizing Consent*, S. 48).
- <sup>35</sup> Zit. in Rock, *Chamberlain and Roosevelt*, S. 48.
- <sup>36</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 1.1, S. 314. Die Initiative war von Sumner Welles angeregt und von Roosevelt aufgegriffen worden. Hull hatte sie abgelehnt (Welles, *Seven Major Decisions*, S. 29–44; Rock, *Chamberlain and Roosevelt*, S. 51–77).
- <sup>37</sup> Rock, *Chamberlain and Roosevelt*, S. 70.
- <sup>38</sup> *FRUS, Diplomatic Papers 1938*, Bd. 1, S. 688; Rock, *Chamberlain and Roosevelt*, S. 124; Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 54; zu Roosevelts Reaktion auf die Sudetenkrise vgl. auch Divine, *Roosevelt and World War II*, S. 20–23.
- <sup>39</sup> Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 419.
- <sup>40</sup> Ebd., S. 416 f.
- <sup>41</sup> Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 42 f.
- <sup>42</sup> Alsop/Kintner, *American White Paper*, S. 25, 41; zu Welles' Persönlichkeit siehe auch Gellman, *Secret Affairs*, S. 59–69.
- <sup>43</sup> Alsop/Kintner, *American White Paper*, S. 28 f.
- <sup>44</sup> Zur Bedeutung, die man einer starken Luftwaffe beimaß, siehe Sherry, *The Rise of American Air Power*, S. 76–91.
- <sup>45</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 307–313.
- <sup>46</sup> Alsop/Kintner, *American White Paper*, S. 57–59.
- <sup>47</sup> Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 56–63.
- <sup>48</sup> Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 254.
- <sup>49</sup> Zit. in Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 160 f.
- <sup>50</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 318.
- <sup>51</sup> Roosevelt, *FDR's Fireside Chats*, S. 148–151.
- <sup>52</sup> Zit. in Alsop/Kintner, *American White Paper*, S. 31; vgl. Roosevelt, *Links von der Mitte*, S. 347 f.
- <sup>53</sup> Zit. in Alsop/Kintner, *American White Paper*, S. 85 f.



- 54 Ebd., S. 86.
- 55 Ebd., S. 81 f., 90; Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 76.
- 56 Alsop/Kintner, *American White Paper*, S. 83.
- 57 Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 432.
- 58 Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 67.
- 59 Zit. in Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 65.
- 60 Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 66–73.
- 61 Ebd., S. 35.
- 62 Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 323.
- 63 Welles, *Jetzt oder nie!*, S. 93–172. Welles' ursprünglicher Bericht aus London vom 12. März 1940 hatte weniger begeistert geklungen als seine später veröffentlichte Darstellung. In dem Telegramm hieß es, Churchill habe offensichtlich schon vor ihrem Treffen »eine Menge Whiskeys« konsumiert und sei nicht mehr nüchtern gewesen, als er einen Monolog – »einen rhetorischen Sturzbach« – von einer Stunde und fünfzig Minuten vom Stapel gelassen habe (<http://www.fdrlibrary.marist.edu/psf/box6/a73go2.html>).
- 64 Bell, *A Certain Eventuality ...*, S. 39.
- 65 Welles, *Jetzt oder nie!*, S. 173 f.
- 66 Roosevelt/Bullitt, *For the President: Personal and Secret*, S. 416.
- 67 Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 473. Laut Robert Dallek waren es sogar noch weniger (*Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 222).
- 68 Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 462.
- 69 Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 331.
- 70 Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 78.
- 71 Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 147.
- 72 Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 440.
- 73 Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 81.
- 74 Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 74 f.
- 75 Alsop/Kintner, *American White Paper*, S. 104–110.
- 76 Burns, *Roosevelt*, S. 9.
- 77 Ebd., S. 61.
- 78 Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 202–219; vgl. auch Burns, *Roosevelt*, S. 58–62; Alsop/Kintner, *American White Paper*, S. 23; Larrabee, *Commander in Chief*, S. 26 f.
- 79 Pious, *The American Presidency*, S. 31.
- 80 Larrabee, *Commander in Chief*, S. 42; Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 88.
- 81 Pious, *The American Presidency*, S. 53–55.
- 82 Ebd., S. 142, 154 f.
- 83 Kimball, *Forged in War*, S. 18 f.
- 84 Heinrichs, *Threshold of War*, S. 17, 19.
- 85 Henry L. Stimson, *Diaries 1909–1945*, Bibliothek der Universität von Yale, Film 6, Einträge vom 7. November und 18. Dezember 1940.

- <sup>86</sup> Pious, *The American Presidency*, S. 240–242.
- <sup>87</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 181.
- <sup>88</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 472.
- <sup>89</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 341 f.
- <sup>90</sup> Ebd., S. 342; Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 478; Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 147 f.
- <sup>91</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 324; Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 264.
- <sup>92</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 181; dies., *The Challenge to Isolation*, S. 674.
- <sup>93</sup> Dies., *The Challenge to Isolation*, S. 48.
- <sup>94</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 164 f.; Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 342.
- <sup>95</sup> Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 165; Flynn, *The Roosevelt Myth*, S. 221 f.
- <sup>96</sup> Burns, *Roosevelt*, S. 39; Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 166.
- <sup>97</sup> Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 166; Larrabee, *Commander in Chief*, S. 45; Burns, *Roosevelt*, S. 38.
- <sup>98</sup> Kimball, *Forged in War*, S. 53.
- <sup>99</sup> Heinrichs, *Threshold of War*, S. 18.
- <sup>100</sup> Larrabee, *Commander in Chief*, S. 45.
- <sup>101</sup> Ebd., S. 98; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 430 f.
- <sup>102</sup> Larrabee, *Commander in Chief*, S. 121.
- <sup>103</sup> Zit. in Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 339.
- <sup>104</sup> Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 166 f.
- <sup>105</sup> Ebd., S. 44.
- <sup>106</sup> Ebd.; Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 67 f., 75.
- <sup>107</sup> Heinrichs, *Threshold of War*, S. 20.
- <sup>108</sup> Siehe Gellman, *Secret Affairs*, S. 2, 226–234.
- <sup>109</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 3–13; Larrabee, *Commander in Chief*, S. 25 f.; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 145 f., 161; Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 347; Zitat in Burns, *Roosevelt*, S. 60.
- <sup>110</sup> Heinrichs, *Threshold of War*, S. 20.
- <sup>111</sup> Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 99; Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 94.
- <sup>112</sup> Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 86–88; Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 92–94.
- <sup>113</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 479. Dies war die einzige, kurze Phase, in der Meinungsumfragen darauf hindeuteten, dass eine Mehrheit der US-Amerikaner glaubte, Deutschland würde den Krieg gewinnen (vgl. die Grafik in Casey, *Cautious Crusade*, S. 26).
- <sup>114</sup> Zit. in Kimball, *Forged in War*, S. 15, 35.

- <sup>115</sup> Ebd., S. 13, 22 f.; Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 332; Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 114.
- <sup>116</sup> Kimball, *Forged in War*, S. 31.
- <sup>117</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 40 f.; ders./Roosevelt, *Churchill and Roosevelt*, Bd. 1, C-9x (15. Mai 1940), S. 37 f.
- <sup>118</sup> Notiz aus dem Außenministerium vom 17. Mai 1940, zit. in Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 98.
- <sup>119</sup> Zit. in ebd., S. 98 (Hervorhebung im Original).
- <sup>120</sup> Ebd., S. 99; Hill, *Cabinet Decisions on Foreign Policy*, S. 168.
- <sup>121</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 331. Der außenpolitische Ausschuss des Senats sprach sich am 3. Juni nachdrücklich dagegen aus, anderen Ländern Material zu liefern, das für Verteidigungszwecke benutzt werden konnte. Später im selben Monat verbot der Kongress den Verkauf von Heeres- und Marinegütern, es sei denn, sie wurden als unwichtig für die Verteidigung eingeschätzt (Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 227, 243).
- <sup>122</sup> Zit. in Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 481 f.; vgl. auch Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 1, S. 765 f.; Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 151.
- <sup>123</sup> Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 150–152.
- <sup>124</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 333.
- <sup>125</sup> Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 1, S. 166; vgl. auch Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 149–158.
- <sup>126</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 483.
- <sup>127</sup> Ebd., 485; Churchill/Roosevelt, *The Complete Correspondence*, Bd. 1, Dok. R-4x, S. 181 f. (16. Mai 1940); vgl. auch Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 41 f.; Kimball, *Forged in War*, S. 49; Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 114.
- <sup>128</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 496.
- <sup>129</sup> Ebd., S. 489 f., 494.
- <sup>130</sup> Ebd., S. 486 f.
- <sup>131</sup> Ebd., S. 516 f.
- <sup>132</sup> Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 88.
- <sup>133</sup> Ebd., S. 86. Zum Vergleich sei erwähnt, dass sich die britischen Verteidigungsausgaben zwischen 1939 und 1940 fast verdreifachten und zwischen 1939 und 1941 praktisch vervierfachten; die deutschen Ausgaben waren 1940 nahezu doppelt so hoch wie im Vorjahr (als sie bereits auf einem hohen Stand gewesen waren) und stiegen von 1939 bis 1941 auf fast das Zweieinhalbfache (Noakes/Pridham [Hg.], *Nazism 1919–1945*, Bd. 2, S. 298).
- <sup>134</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 77; Churchill/Roosevelt, *The Complete Correspondence*, Bd. 1, Dok. C-10x, C-11x, C-17x, S. 39 f., 49–51; Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 115; Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 73.

- 135 Zit. in Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 491.
- 136 Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 281.
- 137 Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 744.
- 138 Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 334.
- 139 Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 281–290; Lash, *Roosevelt and Churchill 1939–1941*, S. 165; Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 573; Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 119; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 452.
- 140 Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 233.
- 141 Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 119 f.
- 142 Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 342 f.
- 143 Flynn, *The Roosevelt Myth*, S. 214 f.; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 456 f.; Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 174.
- 144 Lash, *Roosevelt and Churchill 1939–1941*, S. 206.
- 145 Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.1, S. 164, 229.
- 146 Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 162.
- 147 Kimball, *Forged in War*, S. 53 f.
- 148 Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 105 f.; ders./Roosevelt, *Churchill and Roosevelt*, Bd. 1, C-20x, S. 56 f.
- 149 Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 506 f.
- 150 Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 270 f., 293; Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 745 f.
- 151 Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 175 f.
- 152 Roosevelt, *The Roosevelt Letters*, Bd. 3, S. 324 f.; Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 745.
- 153 Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 747–749.
- 154 Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 283.
- 155 Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 749–751; Burns, *Roosevelt*, S. 177–179; Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 292 f.
- 156 Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 108–111.
- 157 Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 751–753.
- 158 Ebd., S. 753–757, Zitat auf S. 757.
- 159 Ebd., S. 758 f.; Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 110 f.
- 160 Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 245; Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 760 f.; Divine, *Roosevelt and World War II*, S. 36.
- 161 Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 128–131.
- 162 Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 112–121; Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 762–769.
- 163 Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 769; Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 182 f.
- 164 Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 131; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 461.

- <sup>165</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 269 (Eintrag vom 4. September 1940); Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 775.
- <sup>166</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 2, S. 75, 98 (Einträge vom 23. August und 14. September 1940); *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945*, S. 136 f. (7. September 1940); Hillgruber, *Hitlers Strategie*, S. 201–203.
- <sup>167</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 24; Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 132; ders., *From Munich to Pearl Harbor*, S. 87.
- <sup>168</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 770–776.
- <sup>169</sup> Zit. in ebd., S. 768.
- <sup>170</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 113.
- <sup>171</sup> Ebd., S. 108.
- <sup>172</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 765; Barron, *Leadership in Crisis*, S. 69.
- <sup>173</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 776.
- <sup>174</sup> Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 466; Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 35.
- <sup>175</sup> Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 464; Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 255.
- <sup>176</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 212; vgl. auch Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 102 f.
- <sup>177</sup> Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 150; ders., *In Command of History*, S. 202.
- <sup>178</sup> Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 96 f.
- <sup>179</sup> Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 199 f.; Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 100 f.; Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 253. Im Oktober 1940 gingen 352 000 Bruttoregistertonnen Schiffsraum auf das Konto von U-Booten (van der Vat, *Schlachtfeld Atlantik*, S. 232).
- <sup>180</sup> Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 367.
- <sup>181</sup> Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 42.
- <sup>182</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 223–225; Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 99.
- <sup>183</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 221; Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 374–376.
- <sup>184</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 226–228; Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 101–104; Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 200 f.
- <sup>185</sup> Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 202–204; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 229 f.; Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 106–111.
- <sup>186</sup> Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 1, S. 872 f.
- <sup>187</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 297. Das war eine späte Einsicht, denn zum Zeitpunkt des Geschehens hatte sich Churchill zunächst gestäubt,

- den Brief zu schreiben, und anschließend seine Versendung hinausgezögert (vgl. Reynolds, *In Command of History*, S. 202).
- 188 Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 288–297, Zitate auf S. 293, 296 f.; ders./Roosevelt, *Churchill and Roosevelt*, Bd. 1, C-43x, S. 102–109.
- 189 Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 231; vgl. auch Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 204.
- 190 Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 206–208; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 233–235; Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 112–115.
- 191 Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 223.
- 192 Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 119 f.; 124.
- 193 Ebd., S. 115.
- 194 Henry L. Stimson, *Diaries 1909–1945*, Bibliothek der Universität von Yale, Film 6, Eintrag vom 13. Dezember 1940; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 236 f.
- 195 Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 223; Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 117.
- 196 Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 208; f. Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 238.
- 197 Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 123.
- 198 Roosevelt, *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, Bd. 9, S. 604–615; ders., *Links von der Mitte*, S. 375; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 239–241; Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 209; Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 223 f.; Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 121 f.; Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 255.
- 199 Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 746; Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 77, 123.
- 200 Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 224.
- 201 Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 241–244; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 478.
- 202 Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 245 f.
- 203 Roosevelt, *FDR's Fireside Chats*, S. S. 167.
- 204 Ebd., S. 164–173; ders., *Links von der Mitte*, S. 375–377; ders., *Amerika und Deutschland 1936–1945*, S. 31–35.
- 205 Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 108; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 249 f. (mit Zitaten aus der *New York Herald Tribune* und dem *Christian Science Monitor* vom 30. Dezember 1940 sowie der *New York Times* vom 31. Dezember 1940); zu Roosevelts »Kaminplaudereien« und seiner Vorsicht hinsichtlich der öffentlichen Meinung siehe Casey, *Cautious Crusade*, S. 30–37.
- 206 Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 253.
- 207 Das Zahlenverhältnis zwischen denjenigen, die Großbritannien selbst auf die

- Gefahr des Kriegseintritts helfen wollten, und denjenigen, die Amerika aus dem Krieg heraushalten wollten, lag etwa bei zwei zu eins und blieb im Dezember 1940 und Januar 1941 ungefähr gleich (Leigh, *Mobilizing Consent*, S. 78).
- 208 Roosevelt, *Links von der Mitte*, S. 378; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 253 f.; Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 108 f.
- 209 Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 211–217; Kimball, *Forged in War*, S. 132–139.
- 210 *Public Opinion 1935–1946*, S. 409 f.
- 211 Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 111.
- 212 R. N. Smith, *The Colonel*, S. 398–409.
- 213 Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 110–114; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 470–474; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 254–284; Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 132–229.
- 214 Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 265–267.
- 215 Roosevelt, *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, Bd. 10, S. 61, 63.
- 216 Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2.2, S. 298; ders., *Reden*, Bd. 2, S. 171; vgl. auch Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 264.
- 217 Churchill, *Reden*, Bd. 2, S. 258 (Rundfunkansprache am 22. Juni 1941).
- 218 Kimball, *Forged in War*, S. 9, 241; Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 106.
- 219 Hillgruber, *Hitlers Strategie*, S. 400 f.; Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 1, Bd. 9, S. 186 (Eintrag vom 14. März 1941); Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 422.
- 220 Roosevelt reagierte gereizt: »Das ist für mich das Niederträchtigste und Unpatriotischste, was jemals gesagt worden ist.« Zit. in Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 362. Und als Charles A. Lindbergh im Frühjahr in der Anti-Roosevelt-Kampagne von »America First« zur Gallionsfigur der Isolationisten wurde, bemerkte der Präsident im privaten Gespräch, der ehemalige Fliegerheld sei offenbar ein Nazi. Ebd., S. 323. Viele anderen dachten dies ebenfalls (siehe Cole, *Charles A. Lindbergh and the Battle against American Intervention in World War II*, S. 146 f.).
- 221 Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 267 f.
- 222 Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 114–116.
- 223 Henry L. Stimson, *Diaries 1909–1945*, Bibliothek der Universität von Yale, Film 6, Eintrag vom 29. Dezember 1940; Kimball, *Forged in War*, S. 129.
- 224 Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 271. Nach Roosevelts Überzeugung konnte der Sieg in Europa erst nach dem Eingreifen einer großen amerikanischen Expeditionstruppe errungen werden (Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 366). Im Frühjahr und Sommer 1941 sprach er davon, eine Expeditionstruppe von 75 000 Mann für den Einsatz außerhalb der westlichen Hemisphäre aufstellen zu wollen (Casey, *Cautious Crusade*, S. 15).
- 225 Ein Zeichen dafür, wie die US-Regierung die von jenseits des Atlantiks und des Pazifiks drohenden Gefahren im Vergleich bewertete, ist die Tatsache, dass

Roosevelt in den elf Monaten vor Pearl Harbor Japan nur viermal erwähnte, während er Hitler und den Nationalsozialismus 150-mal angriff (Casey, *Cautious Crusade*, S. 39 f.).

- <sup>226</sup> Heinrichs, *Threshold of War*, S. 38.
- <sup>227</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 221 f.; Heinrichs, *Threshold of War*, S. 38.
- <sup>228</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 271–273; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 285–289; Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 182–185; ders., *From Munich to Pearl Harbor*, S. 117 f.; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 479–482.
- <sup>229</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 270; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 289.
- <sup>230</sup> Zit. in Kimball, *Forged in War*, S. 84; vgl. auch Heinrichs, *Threshold of War*, S. 81; Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 368.
- <sup>231</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 368.
- <sup>232</sup> Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 251.
- <sup>233</sup> Vgl. Heinrichs, *Threshold of War*, S. 85.
- <sup>234</sup> The Presidential Diaries of Henry Morgenthau 1938–1945, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson-Mikrofilm 575, Frame 0931, 22. Mai 1941.
- <sup>235</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 369 f.; Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 125–127; ders., *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 198; Heinrichs, *Threshold of War*, S. 46.
- <sup>236</sup> Barron, *Leadership in Crisis*, S. 91–94.
- <sup>237</sup> Roosevelt/Bullitt, *For the President: Personal and Secret*, S. 512.
- <sup>238</sup> Lash, *Roosevelt and Churchill 1939–1941*, S. 309 f.
- <sup>239</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.1, S. 283 (4. Mai 1941); ders./Roosevelt, *Churchill and Roosevelt*, Bd. 1, C-84x, S. 182; Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 199.
- <sup>240</sup> Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 512 f.; Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 293.
- <sup>241</sup> Morgenthau, *From the Morgenthau Diaries*, Bd. 2, S. 253; vgl. Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 455 f.
- <sup>242</sup> Zit. in Larrabee, *Commander in Chief*, S. 55; vgl. auch Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 265; Divine, *Roosevelt and World War II*, S. 42.
- <sup>243</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 298; Larrabee, *Commander in Chief*, S. 56; Burns, *Roosevelt*, S. 99–101; Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 202 f.
- <sup>244</sup> Roosevelt, *FDR's Fireside Chats*, S. 184, 187; Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 296–298.
- <sup>245</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 463; Larrabee, *Commander in Chief*, S. 60; Burns, *Roosevelt*, S. 101.
- <sup>246</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 457, 463; Ickes, *The Secret Diary of*



## ANMERKUNGEN

*Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 526 f.; Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 299.

<sup>247</sup> Larrabee, *Commander in Chief*, S. 62.

<sup>248</sup> Benjamin V. Cohen, zit. in Barron, *Leadership in Crisis*, S. 98.

<sup>249</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 337, 342; Welles, *Jetzt oder nie!*, S. 198 f., 298.

<sup>250</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 528; Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 132; Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932-1945*, S. 268. Stimson schrieb vor dem Hintergrund der verbreiteten falschen Vorstellung, dem Krieg würde ein deutsches Ultimatum vorausgehen, in sein Tagebuch: «Die alles beherrschende Neuigkeit ist die Tatsache, dass sich Russland und Deutschland an der Schwelle des Krieges in Verhandlungen befinden, in denen Deutschland mit seiner gesamten gewaltigen Macht Russland unter Druck setzt, um unter der Androhung eines Krieges einige enorme Vorteile zu erlangen. Gegenwärtig geht aus allen Berichten hervor, dass es auf Messers Schneide steht, ob Russland kämpfen oder kapitulieren wird. Ich bin natürlich der Meinung, dass es kapitulieren wird» (Henry L. Stimson, *Diaries 1909-1945*, Bibliothek der Universität von Yale, Film 6, Eintrag vom 17. Juni 1941).

<sup>251</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 299; Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 552; Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 372; Lash, *Roosevelt and Churchill 1939-1941*, S. 339; Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932-1945*, S. 267 f.; Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 138-143.

<sup>252</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.1, S. 285; ders./Roosevelt, *Churchill and Roosevelt*, Bd. 1, S. 178.

<sup>253</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 369.

<sup>254</sup> Vgl. Roosevelts Kritiker wie Charles Callan Tansill, *Die Hintertür zum Krieg*; Charles A. Beard, *President Roosevelt and the Coming of War 1941*; John T. Flynn, *The Roosevelt Myth*; Frederick W. Marks III, *Wind over Sand*. Die erbitterten Kontroversen über die Interpretation von Roosevelts Aussenpolitik, von denen die Geschichtsschreibung über diese Periode geprägt ist, sind bis heute nicht völlig beilegt.

<sup>255</sup> Van der Vat, *Schlachtfeld Atlantik*, S. 289-291, 306-313; Stafford, *Roosevelt and Churchill*, S. 60; zum steilen Anstieg der Verluste im Jahr 1942, nachdem die deutsche Kriegsmarine eine neue Verschlüsselung eingeführt hatte, siehe R. Lewin, *Entschied ULTRA den Krieg?*, S. 252 f.

### **6 Moskau, Frühjahr und Sommer 1941**

<sup>1</sup> Zit. in Wolkogonow, *Stalin*, S. 563; ähnlich in Radzinsky, *Stalin*, S. 468; Montefiore, *Stalin*, S. 423 f., Anm. (mit Varianten von Stalins Äusserung); Medvedev/Medvedev, *The Unknown Stalin*, S. 242; vgl. ferner die Erinnerungen von

Chruschtschow (*Chruschtschow erinnert sich*, S. 520 – mit einer abgemilderten Version von Stalins Äußerung), Sergo Berija (*Beria, My Father*, S. 70) und Molotow (*Molotov Remembers*, S. 39).

<sup>2</sup> Montefiore, *Stalin*, S. 51.

<sup>3</sup> Dmitri Wolkogonow nennt darüber hinaus noch das Politbüromitglied Andrej Schdanow, der an der Spitze der Leningrader Parteiorganisation stand und zu Stalins engen Vertrauten gehörte, sowie den früheren Verteidigungskommissaar Marschall Kliment Woroschilow (*Stalin*, S. 563). Ob Schdanow aus seinem Urlaubsort Sotschi, wohin er sich kurz vor dem deutschen Angriff begeben hatte, um eine Krankheit auszukurieren, zurückgekehrt war, ist nicht bekannt (Molotow, *Molotov Remembers*, S. 25; A. I. Mikojan, *Tak bylo*, S. 380). Weder Molotow noch Mikojan nennen ihn als Teilnehmer der Sitzung im Verteidigungskommissariat. Mikojan erwähnt auch Woroschilow nicht, sondern nennt als Stalins Begleiter nur Molotow, Malenkow, Berija und sich selbst (*Tak bylo*, S. 390).

<sup>4</sup> Molotow, *Molotov Remembers*, S. 35; zu einer Charakterstudie siehe Medvedev, *All Stalin's Men*, S. 82–112; zu einer Darstellung seiner Laufbahn siehe Watson, *Molotov*.

<sup>5</sup> Zit. in Medvedev/Medvedev, *The Unknown Stalin*, S. 237; mit abweichendem Wortlaut auch in Murphy, *What Stalin Knew*, S. XV.

<sup>6</sup> Zu den pompösen Geburtstagsfeierlichkeiten im Dezember 1939 siehe Tucker, *Stalin in Power*, S. 607–609. Inzwischen ist nachgewiesen, dass Stalin nicht, wie er selbst immer behauptete, am 26. Dezember 1939, sondern am 6. Dezember 1938 geboren wurde (Service, *Stalin*, S. 15).

<sup>7</sup> Zit. in Tucker, *Stalin in Power*, S. 119.

<sup>8</sup> Siehe Getty, »The Politics of Repression Revisited«.

<sup>9</sup> Tucker, *Stalin in Power*, S. 444.

<sup>10</sup> M. Lewin, *The Making of the Soviet System*, S. 308 f.

<sup>11</sup> M. Lewin, *The Soviet Century*, S. 100–104.

<sup>12</sup> Ebd., S. 106 f.

<sup>13</sup> Reese, »The Red Army and the Great Purges«, S. 199, 210.

<sup>14</sup> Ebd., S. 213; Bonwetsch, »Stalin, the Red Army, and the ›Great Patriotic War‹«, S. 187.

<sup>15</sup> Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 96; leicht abweichende Zahlen finden sich in Wolkogonow, *Stalin*, S. 494, und Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 159.

<sup>16</sup> Montefiore, *Stalin*, S. 45.

<sup>17</sup> Overy, *Die Diktatoren*, S. 619 f.; Montefiore, *Stalin*, S. 253.

<sup>18</sup> Tucker, *Stalin in Power*, S. 433 f.

<sup>19</sup> Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 96.

<sup>20</sup> Ebd., S. 97 f.

<sup>21</sup> Wolkogonow, *Stalin*, S. 494; M. Lewin, *The Soviet Century*, S. 110.

<sup>22</sup> Suny, »Stalin and his Stalinism«, S. 26 f.

<sup>23</sup> Overy, *Die Diktatoren*, S. 106.

## ANMERKUNGEN

- <sup>24</sup> Tucker, *Stalin in Power*, S. 439.
- <sup>25</sup> Wolkogonow, *Stalin*, S. 322 f.; Overy, *Die Diktatoren*, S. 102,108.
- <sup>26</sup> Montefiore, *Stalin*, S. 45 f.; Mawdsley, *The Stalin Years*, S. 17.
- <sup>27</sup> Watson, *Molotov*, S. 146.
- <sup>28</sup> M. Lewin, *The Soviet Century*, S. 86 f.
- <sup>29</sup> Zit. in Service, *Stalin*, S. 383; zum Wachstum der Bürokratie siehe M. Lewin, «Bureaucracy and the Stalinist State», S. 62-66.
- <sup>30</sup> Tucker, *Stalin in Power*, S. 595; G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 128 f.; Watson, *Molotov*, S. 153-157.
- <sup>31</sup> Weeks, *Stalin's Other War*, S. 108.
- <sup>32</sup> G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 34.
- <sup>33</sup> Taylor, *Die Ursprünge des Zweiten Weltkriegs*, S. 63.
- <sup>34</sup> G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 35; Schwendemann, *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941*, S. 23.
- <sup>35</sup> Vgl. Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 51-56.
- <sup>36</sup> G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 41.
- <sup>37</sup> Zit. in Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 67.
- <sup>38</sup> Zit. in G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 57.
- <sup>39</sup> Zit. in Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 21 f.; zu weiteren, aus den Jahren 1936/37 stammenden Beispielen dafür, dass sich Sowjetführer mit den erklärermassen aggressiven Zielen gegenüber der Sowjetunion beschäftigten, die Hitler in *Mein Kampf* dargelegt hatte, siehe G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 100; Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 200.
- <sup>40</sup> G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 43 f.
- <sup>41</sup> Glantz, *The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 58, 60.
- <sup>42</sup> Zit. G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 109.
- <sup>43</sup> Glantz, *The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 69 f. Laut Georgi Schukow waren «nahe den Westgrenzen [...] über 30 Divisionen zusammengezogen» (*Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 208).
- <sup>44</sup> Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 98-101,116-118; G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 87-92.
- <sup>45</sup> Der aussenpolitische Teil der Rede ist abgedruckt in Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 134-142, das Zitat findet sich auf S. 142; vgl. auch Roberts, *Unholy Alliance*, S. 116; Watson, *Molotov*, S. 152.
- <sup>46</sup> Roberts, *Unholy Alliance*, S. 130. Die Sowjetunion bot an, an ihrer Westgrenze eine Streitmacht zusammenzuziehen, die 70 Prozent der Truppen ausmachen würde, die Grossbritannien und Frankreich im Fall eines deutschen Angriffs im Westen einsetzen würden. Umgekehrt sollten Grossbritannien und Frankreich im Fall eines deutschen Angriffs auf die Sowjetunion Streitkräfte stellen, die 70 Prozent der von ihr eingesetzten Truppen ausmachen sollten (Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 212 f.).
- <sup>47</sup> Roberts, *Unholy Alliance*, S. 134.

- 48 Zu einer ausführlichen Darstellung der britischen und französischen Weigerung, sich zum Schutz vor der von Hitler ausgehenden Gefahr mit der Sowjetunion zusammenzutun, und zu dem starken Antikommunismus, der der halbherzigen westlichen Diplomatie zugrunde lag, siehe Carley, 1939.
- 49 Maisky, *Wer half Hitler?*, S. 102.
- 50 Zu Hintergrund und Abschluss des Pakts siehe Read/Fisher, *The Deadly Embrace*, Kap. 13–23; die einschlägigen Dokumente sind zusammengestellt in *Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion, 1939–1941*, S. 1–86; die engeren Wirtschaftsbeziehungen seit dem Frühjahr 1939 werden dargestellt in Schwendemann, *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941*, S. 44–54.
- 51 Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 67–88; Roberts, *Unholy Alliance*, S. 101–108.
- 52 Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 186–192.
- 53 Zit. in Roberts, *Unholy Alliance*, S. 139.
- 54 Carley, 1939, S. 196–198.
- 55 Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 238 f.; Weinberg, Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, S. 604; Wolkogonow, *Stalin*, S. 478.
- 56 Siehe Hilger, *Wir und der Kreml*, S. 274–284.
- 57 Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 291.
- 58 Chruschtschow, *Chruschtschow erinnert sich*, S. 128.
- 59 Zit. in Montefiore, *Stalin*, S. 353.
- 60 Wolkogonow, *Stalin*, S. 471; Montefiore, *Stalin*, S. 350.
- 61 *Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion, 1939–1941*, S. 146–149; Werth, *Rußland im Krieg 1941–1945*, S. 100 f.; Roberts, *Unholy Alliance*, S. 175–178; Schwendemann, *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941*, S. 143.
- 62 Zit. in Roberts, *Unholy Alliance*, S. 185.
- 63 Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 22, 27 f.
- 64 Chruschtschow, *Chruschtschow erinnert sich*, S. 162.
- 65 Roberts, *Unholy Alliance*, S. 186.
- 66 Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 279–281.
- 67 Roberts, *Unholy Alliance*, S. 195. Molotow brachte das sowjetische Unbehagen in einer Note, die der deutschen Regierung am 21. September 1940 übergeben wurde, unmissverständlich zum Ausdruck (ADAP, Serie D, Bd. 11.1, Dok. 81, S. 118–121).
- 68 Die amtliche deutsche Darstellung findet sich in: ADAP, Serie D, Bd. 11, Dok. 325–329, 339.
- 69 Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 315–318.
- 70 Watson, *Molotov*, S. 186.).
- 71 *1941 god*, Bd. 1, Dok. 41 f., 44, 53, 58, 93 (alle von Juli und August 1940); siehe auch Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 65 f.
- 72 Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 97 f.
- 73 Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 162 f.

- <sup>74</sup> Ebd., S. 165.
- <sup>75</sup> Bialer (Hg.), *Stalin and his Generals*, S. 35 f.; Seaton, *Stalin as Warlord*, S. 87–89; Ulam, *Stalin, Koloss der Macht*, S. 503; A. I. Mikojan, *Tak bylo*, S. 382.
- <sup>76</sup> Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 368.
- <sup>77</sup> Seaton, *Stalin as Warlord*, S. 91.
- <sup>78</sup> Chruschtschow, *Chruschtschow erinnert sich*, S. 155–160.
- <sup>79</sup> Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 282–298 (Timoschenkos Übernahmeprotokoll vom 7. Dezember 1940).
- <sup>80</sup> Bonwetsch, »Stalin, the Red Army, and the ›Great Patriotic War‹«, S. 186; Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 98; Rotundo, »Stalin and the Outbreak of War in 1941«, S. 280; Glantz, *The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 92; ders., *Stumbling Colossus*, S. 107; vgl. auch Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 227, 244.
- <sup>81</sup> Von Hagen, »Soviet Soldiers and Officers on the Eve of the German Invasion«.
- <sup>82</sup> Erickson, *The Road to Stalingrad*, Bd. 1, S. 62–64; zu den Defiziten von Rüstung, Fernmeldewesen und Landesverteidigung vgl. auch Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 232–242.
- <sup>83</sup> Sapir, »The Economics of War in the Soviet Union during World War II«, S. 216. Umfassend dargestellt werden die Mängel und die fehlende Gefechtsbereitschaft der Roten Armee am Vorabend des deutschen Angriffs in Glantz, »The Red Army in 1941«; ders., *Barbarossa*, S. 22–28.
- <sup>84</sup> Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 160 f.; Sapir, »The Economics of War in the Soviet Union during World War II«, S. 210 f.; Glantz, *The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 65 f.
- <sup>85</sup> Erickson, »Threat Identification and Strategic Appraisal by the Soviet Union 1930–1941«, S. 416–418; Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 175, 181, 199, 223, 228, 242; G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 187, 213; Glantz, *The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 61 f. Der Generalstab der Roten Armee ging weiter von der Annahme aus, dass die Wehrmacht zehn bis fünfzehn Tage benötigen würde, um ihre Truppen zu mobilisieren und in Stellung zu bringen. Einen Überraschungsangriff schloss er daher aus (Glantz, *Stumbling Colossus*, S. 96).
- <sup>86</sup> Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 172. Die Kontinuität des strategischen Denkens auch unter Schukow hebt David M. Glantz in *The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 87 f., hervor. Schukow bemerkte später: »Die Militärstrategie fußte vornehmlich auf der richtigen These, dass der Aggressor nur durch Offensivhandlungen zerschlagen werden kann« (*Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 244).
- <sup>87</sup> Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 355–363; vgl. auch Glantz, *The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 70–75; ders., *Stumbling Colossus*, S. 90–92.
- <sup>88</sup> Zit. in Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 364; Glantz, *Stumbling Colossus*, S. 93. Laut Schukow fügte Stalin hinzu: »Ohne diese lebenswichtigsten Ressourcen wird das faschistische Deutschland keinen langen und großen Krieg führen können« (*Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 249).

## ANMERKUNGEN

- <sup>89</sup> Gorodetsky, *Die grosse Täuschung*, S. 166-169; Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 364 f.; *1941 god*, Bd. 1, Dok. 95,134; Mawdsley, «Crossing the Rubicon», S. 821-823; Kipp, «Soviet War Planning», S. 46 f.; Glantz, *The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 78-81.
- <sup>90</sup> Gorodetsky, *Die grosse Täuschung*, S. 173; zum Verlauf der Tagung siehe Erickson, *The Road to Stalingrad*, Bd. 1, S. 40-46.
- <sup>91</sup> Gorodetsky, *Die grosse Täuschung*, S. 175; Mawdsley, «Crossing the Rubicon», S. 825-827; Erickson, *The Road to Stalingrad*, Bd. 1, S. 50-55; Glantz, *The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 81-86; Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 220-223.
- <sup>92</sup> Mawdsley, «Crossing the Rubicon», S. 827-832; *1941 god*, Bd. 1, Dok. 315; Auszüge abgedruckt in Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 365-367; Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 248 f.
- <sup>93</sup> Mawdsley, «Crossing the Rubicon», S. 827-829; Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 368 f.; Glantz, *Stumbling Colossus*, S. 100-102; 108. Den vorhandenen Verbänden fehlten Ausrüstung, Waffen und Munition ebenso wie Transport- und Kommunikationsmittel (Merridale, *Iwans Krieg*, S. 118-122).
- <sup>94</sup> Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 368-370.
- <sup>95</sup> Overy, *Russlands Krieg*, S. 112; vgl. auch Rotundo, «Stalin and the Outbreak of War in 1941», S. 282; Glantz, *The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 75,79; ders., *Stumbling Colossus*, S. 88. Vgl. auch Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, 250-252.
- <sup>96</sup> A. I. Mikojan, *Tak bylo*, S. 377.
- <sup>97</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4.2, S. 98.
- <sup>98</sup> Gorodetsky, *Die grosse Täuschung*, S. 156 f.; G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 205.
- <sup>99</sup> Gorodetsky, *Die grosse Täuschung*, S. 228.
- <sup>100</sup> Gorodetsky, *Die grosse Täuschung*, S. 226, 231 und Kap. 8 passim; Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 265; vgl. auch Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 62 f.
- <sup>101</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.1, S. 421, 430.
- <sup>102</sup> Zu den sowjetischen Nachrichtendiensten siehe Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 192-200; Murphy, *What Stalin Knew*, insbesondere S. 62-116.
- <sup>103</sup> Gorodetsky, *Die grosse Täuschung*, S. 177.
- <sup>104</sup> Chruschtschow, *Chruschtschow erinnert sich*, S. 317.
- <sup>105</sup> Gorodetsky, *Die grosse Täuschung*, S. 83 f. Zum Misstrauen gegenüber den zivilen wie den militärischen Nachrichtendiensten vgl. Glantz, *Stumbling Colossus*, S. 233-257.
- <sup>106</sup> Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 170-177, 180 f.; Read/Fisher, *The Deadly Embrace*, S. 594-601; Glantz, *Barbarossa*, S. 31.
- <sup>107</sup> Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 242.
- <sup>108</sup> *1941 god*, Bd. 1, Dok. 204; Gorodetsky, *Die grosse Täuschung*, S. 170.
- <sup>109</sup> Zit. in Gorodetsky, *Die grosse Täuschung*, S. 171; *god 1941*, Bd. 1, Dok. 227; vgl. auch Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 34.

- <sup>110</sup> 1941 god, Bd. 1, Dok. 301.
- <sup>111</sup> Ebd., Dok. 308. Ende Mai 1941 glaubte Stalin immer noch, dass Hitler von den Verletzungen des sowjetischen Luftraums durch deutsche Flugzeuge nichts wusste und dass die Wehrmacht auf eigene Faust handelte (siehe Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 296).
- <sup>112</sup> 1941 god, Bd. 1, Dok. 321.
- <sup>113</sup> Ebd., Dok. 340.
- <sup>114</sup> Siehe beispielsweise: 1941 god, Bd. 2, Dok. 376. Am 24. April erwähnte der deutsche Marineattaché in Moskau in einer Nachricht ans Oberkommando der Marine das angeblich vom britischen Botschafter stammende Gerücht, das als Tag des Kriegsausbruchs exakt den 22. Juni voraussagte (*Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion, 1939-1941*, S. 369).
- <sup>115</sup> 1941 god, Bd. 2, Dok. 377.
- <sup>116</sup> Ebd., Dok. 394.
- <sup>117</sup> Ebd., Dok. 421; zu einer Aufstellung der Berichte von Schulze-Boysen und Harnack aus der Zeit zwischen dem 6. September 1940 und dem 16. Juni 1941 siehe ebd., Dok. 592; auf Deutsch in Ueberschär/Besymenski (Hg.), *Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941*, S. 199–212. Die auf Stalins Anweisung angefertigte Aufstellung wurde am 20. Juni 1941 fertiggestellt, traf bei Merkulow, dem Chef des Auslandsnachrichtendienstes, aber erst ein, als der deutschen Angriff bereits stattgefunden hatte (Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 380).
- <sup>118</sup> 1941 god, Bd. 1, Dok. 443; zu Sorges Aktivitäten in den Wochen vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion siehe Whymant, *Der Mann mit den drei Gesichtern*, Kap. 11–12; Murphy, *What Stalin Knew*, S. 84–90.
- <sup>119</sup> Siehe beispielsweise: *Sekrety Gitlera no stole u Stalina*, Dok. 3, 4, 6, 7, 15, 16, 18; Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 177–184.
- <sup>120</sup> Die meisten der von Barton Whaley angeführten 84 Warnungen (*Codeword Barbarossa*, Kap. 3–5) kamen aus dem Ausland. Einige der besten Informationen stammten jedoch, wie erwähnt, von sowjetischen Spionen. Stalin glaubte sogar, Dekanosow, der sowjetische Botschafter in Berlin, sei auf britische Agenten hereingefallen und habe deren Desinformationen weitergeleitet (A. I. Mikojan, *Tak bylo*, S. 377).
- <sup>121</sup> 1941 god, Bd. 1, Dok. 327; vgl. auch Murphy, *What Stalin Knew*, S. 156–158; Rotundo, »Stalin and the Outbreak of War in 1941«, S. 290; Glantz, *Stumbling Colossus*, S. 241 f. Golikows Bericht enthielt Informationen über das Datum und die Art des deutschen Angriffs, die sich nahezu vollständig als zutreffend herausstellen sollten. Allerdings waren sie bereits durch seine Anmerkung, dass sie überwiegend aus angloamerikanischen Quellen stammten, diskreditiert. Zu Golikows Art der Präsentation von Nachrichtendienstinformationen siehe Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 269 f.; Erickson, *The Road to Stalingrad*, Bd. 1, S. 88 f.; Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 194–196; Murphy, *What Stalin Knew*, S. 141–161.

- <sup>122</sup> Zum allgemeinen Versagen der Nachrichtendienste bei der Einschätzung der deutschen Absichten siehe Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 227; vgl. auch Heinrichs, *Threshold of War*, S. 24–26.
- <sup>123</sup> Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 263; Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 172–175, 181; Murphy, *What Stalin Knew*, S. 173–184.
- <sup>124</sup> Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 208 f., 214 f.; G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 217.
- <sup>125</sup> Molotow, *Molotov Remembers*, S. 22. Ganz ähnlich äußerte sich Stalin am 14. Juni 1941 gegenüber Schukow über Nachrichtendienstberichte zur Kampfbereitschaft der vorgeschobenen deutschen Divisionen: »Man kann der Aufklärung nicht in allem glauben« (Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 272). Schukow behauptete eisern, dass das Verteidigungskommissariat die Stalin vorliegenden nichtmilitärischen Nachrichtendienstberichte nicht kannte (ebd., S. 269, 271).
- <sup>126</sup> Medvedev/Medvedev, *The Unknown Stalin*, S. 229.
- <sup>127</sup> ADAP, Serie D, Bd. 12.2, S. 608, Dok. 468; *Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion, 1939–1941*, S. 376; vgl. auch Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 279 f.
- <sup>128</sup> Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 287; Deutscher, *Stalin*, Bd. 2, S. 481.
- <sup>129</sup> Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 379.
- <sup>130</sup> Ebd., S. 374 f.
- <sup>131</sup> Ebd., S. 380–386, 391–393; *1941 god*, Bd. 2, Dok. 437; Auszüge aus den Notizen von Georgi Dimitroff sind abgedruckt in Ueberschär/Besymenski (Hg.), *Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941*, S. 184 f.
- <sup>132</sup> Siehe Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 394–397; Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 276, 468 Anm. 36; Montefiore, *Stalin*, S. 399; Overy, *Russlands Krieg*, S. 116 f.; R. W. Davies, *Soviet History in the Yeltsin Era*, S. 56–58; G. Roberts, *The Soviet Union and the Origins of the Second World War*, S. 144. Einen guten Überblick über die einschlägige russische und deutsche Geschichtsschreibung, die die Präventivkriegsthese vertritt, bieten Gerd R. Ueberschär und Lew Besymenski in dem von ihnen herausgegebenen Buch *Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941*, in dem deren Behauptungen generell zurückgewiesen werden; siehe insbesondere die Beiträge von Ueberschär (»Hitlers Überfall auf die Sowjetunion 1941 und Stalins Absichten«) und Alexander I. Boroznjak (»Ein russischer Historikerstreit?«). Entschiedene Verfechter der These eines beabsichtigten sowjetischen Präventivschlags, dem Hitler mit dem »Unternehmen Barbarossa« zuvorgekommen sei, aus jüngster Zeit sind Albert L. Weeks (*Stalin's Other War*, Kap. 5 und 8) und Heinz Magenheimer (*Die Militärstrategie Deutschlands 1940–1945*, S. 54–57), während Constantine Pleshakov (*Stalin's Folly*, S. 77) den strategischen Plan vom 5. Mai als Blaupause eines Angriffs betrachtet, den Stalin 1942 auszuführen beabsichtigte. Evan Mawdsley gelangt in seiner ausgewogenen Einschätzung »traditionalistischer« und »revisionistischer« Argumente zu dem klugen Schluss, dass 1940/41 ein Angriffskrieg



## ANMERKUNGEN

– als Gegenangriff – zwar einen integralen Bestandteil der sowjetischen Militärplanung bildete, man aber nicht vorhatte, 1941 einen offensiven Präventivschlag zu führen («Crossing the Rubicon», S. 864 f.). Siehe auch die fundierten Anmerkungen von Geoffrey Roberts in *Stalin's War*, S. 76-79.

<sup>133</sup> Siehe Mawdsley, «Crossing the Rubicon», S. 850 f.; Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 438-440. Oberst I. T. Starinow, ein Kommandeur in der Westgruppe der Roten Armee, betonte später die Diskrepanz zwischen den Behauptungen in Stalins Rede und dem Wissen der Militärführer (auch wenn diese, wie Starinow hinzufügte, nicht einmal untereinander darüber sprachen), dass die Aufrüstung «gerade erst begann» (Bialer [Hg.], *Stalin and his Generals*, S. 223).

<sup>134</sup> *ADAP*, Serie D, Bd. 12.2, Dok. 593, S. 802 f.

<sup>135</sup> Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 380, 387. Laut Gabriel Gorodetsky liess man den Inhalt der Rede absichtlich durchsickern (*Die grosse Täuschung*, S. 276), doch es gibt keinen Hinweis darauf, dass er in Berlin bekannt wurde. Auch Roy und Zhores Medvedev nehmen an, dass die Rede der Desinformation diene, liefern aber ebenfalls keinen Beweis dafür, dass man in Berlin ihren korrekten Inhalt kannte (*The Unknown Stalin*, S. 232). Der brillante britische Journalist Alexander Werth, der damals aus Moskau berichtete, erhielt einige Informationen über die Rede, aber erst Wochen später, als sich die Sowjetunion bereits im Krieg befand. Was er erfuhr (*Russland im Krieg 1941-1945*, S. 106 f.), stimmt nicht mit den überlieferten Notizen über die Rede überein, denn es deutet im Gegensatz zu Stalins tatsächlichen Äusserungen daraufhin, dass er nicht die Stärke, sondern die Schwäche der Roten Armee betont hatte. John Erickson hingegen stellt dem falschen Eindruck, den man im Ausland gewann, richtigerweise den wahren Inhalt der Rede gegenüber (*The Road to Stalingrad*, Bd. 1, S. 82).

<sup>136</sup> Glantz, *Stumbling Colossus*, S. 242-244.

<sup>137</sup> *1941 god*, Bd. 2, Dok. 473; Ueberschär/Besymenski (Hg.), *Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941*, S. 186-193; vgl. Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 435-453; Mawdsley, «Crossing the Rubicon», S. 833-862.

<sup>138</sup> Mawdsley, «Crossing the Rubicon», S. 834-837.

<sup>139</sup> David M. Glantz führt aus, der Plan vom 15. Mai passe «ausgezeichnet in den Kontext der bisherigen strategischen Planungen der Sowjetunion, insbesondere zu den Erfahrungen aus den im Januar durchgeführten Kriegsspielen». Ausserdem bemerkt er völlig zu Recht, der Plan habe «begrenzte Ziele weit unterhalb der Vernichtung des deutschen Staats» aufgestellt und gebe «ein klares Beispiel für einen gerechtfertigten Präventivkrieg, der die Durchführung einer strategischen Offensivoperation mit festgelegten begrenzten Zielen verbindet» (*The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 87, 89).

<sup>140</sup> Mawdsley, «Crossing the Rubicon», S. 839.

<sup>141</sup> Siehe Glantz, *Stumbling Colossus*, S. 244 f.

<sup>142</sup> Zit. Mawdsley, «Crossing the Rubicon», S. 852 f. Mawdsley zieht daraus den Schluss, dass Stalin der Plan mit grösster Wahrscheinlichkeit gezeigt wurde

- (was Glantz, *Stumbling Colossus*, S. 95, und G. Roberts in *Stalin's War*, S. 76, bezweifeln), er ihn aber ablehnte (was »revisionistische« Historiker, die Schukows Aussage als tendenziös und eigennützig zurückweisen, bestreiten).
- <sup>143</sup> Zit. Mawdsley, »Crossing the Rubicon«, S. 853.
- <sup>144</sup> 1941 god, Bd. 2, Dok. 560 (A. I. Mikojan an den Rat der Volkskommissare, das Zentralkomitee und Stalin, 16. Juni 1941); Schwendemann, *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941*, S. 354 (und S. 315–352 mit einer umfassenden Darstellung der Wirtschaftsbeziehungen in den Monaten vor dem Angriff, in denen auch umfangreiche deutsche Industriegüterexporte in die Sowjetunion gingen); vgl. auch Werth, *Rußland im Krieg 1941–1945*, S. 100 f.
- <sup>145</sup> Erickson, *The Road to Stalingrad*, Bd. 1, S. 91.
- <sup>146</sup> Zit. in Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 444.
- <sup>147</sup> Mawdsley, »Crossing the Rubicon«, S. 861f. Nach Ansicht von David M. Glantz wies Schukows Operationsplan mehrere gravierende Mängel auf und hätte zudem frühestens Mitte Juli ausgeführt werden können – zu spät, um den Deutschen zuvorzukommen. Deshalb, so seine Schlussfolgerung, dürfte Stalin eine kluge Entscheidung getroffen haben, als er den Vorschlag ablehnte (*The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 88).
- <sup>148</sup> ADAP, Serie D, Bd. 12.2, Dok. 505, S. 661.
- <sup>149</sup> Erickson, *The Road to Stalingrad*, Bd. 1, S. 78; Deutscher, *Stalin*, Bd. 2, S. 480.
- <sup>150</sup> Zit. in Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 283.
- <sup>151</sup> Zit. in Hilger, *Wir und der Kreml*, S. 306; Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 274; Schulenburgs amtlicher Bericht in: ADAP, Serie D, Bd. 12.2, Dok. 423, S. 555–557.
- <sup>152</sup> Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 274; Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 425–428.
- <sup>153</sup> Siehe Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 340–344. Die Briten waren ihrerseits aufgrund von Nachrichtendienstinformationen zu dem Glauben verleitet worden, die deutschen Truppenbewegungen hätten den Zweck, die Sowjetführung zu Verhandlungen zu bewegen; vgl. Hinsley, *British Intelligence in the Second World War*, S. 106–109; ders., »British Intelligence and Barbarossa«, S. 63–66.
- <sup>154</sup> Chruschtschow, *Chruschtschow erinnert sich*, S. 132.
- <sup>155</sup> Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 345–353; G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 218; ders., *The Soviet Union and the Origins of the Second World War*, S. 144.
- <sup>156</sup> Zit. in Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 295.
- <sup>157</sup> Zit. in ebd., S. 360; Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 272 (mit nur teilweise wiedergegebenem Stalinzitat). Roy und Zhores Medvedev geben als Datum von Stalins Äußerung den 15. Juni an (*The Unknown Stalin*, S. 233), obwohl Schukow in seinen Memoiren eindeutig feststellt, dass er sie am Tag zuvor gemacht hatte. Zur verspäteten Durchführung von Verteidigungsmaßnahmen siehe Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 258, 262; Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 360 f.; Glantz, *Stumbling Colossus*, S. 246.

- 158 Glantz, *Stumbling Colossus*, S. 102–107.
- 159 Medvedev/Medvedev, *The Unknown Stalin*, S. 233 f., 238 f.
- 160 Wolkogonow, *Stalin*, S. 551 f.; Glantz, *Stumbling Colossus*, S. 251.
- 161 Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 392.
- 162 Ebd., S. 354, 356.
- 163 *1941 god*, Bd. 2, Dok. 513.
- 164 Ebd., Dok. 514; vgl. Whyment, *Der Mann mit den drei Gesichtern*, S. 245–248.
- 165 Whyment, *Der Mann mit den drei Gesichtern*, S. 272.
- 166 Murphy, *What Stalin Knew*, S. 87.
- 167 *1941 god*, Bd. 2, Dok. 543.
- 168 Ebd., Dok. 544.
- 169 Ebd., Dok. 570; *Sekrety Gitlera no stole u Stalina*, Dok. 72.
- 170 *1941 god*, Bd. 2, Dok. 581.
- 171 Erickson, *The Road to Stalingrad*, Bd. 1, S. 93; Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 99–103; Read/Fisher, *The Deadly Embrace*, S. 609.
- 172 *1941 god*, Bd. 2, Dok. 590.
- 173 Medvedev/Medvedev, *The Unknown Stalin*, S. 239.
- 174 *Sekrety Gitlera no stole u Stalina*, Dok. 73–77.
- 175 Molotow, *Molotov Remembers*, S. 31; zu der TASS-Meldung siehe Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 207 f.
- 176 G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 218.
- 177 Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 372.
- 178 Hinsley, *British Intelligence in the Second World War*, S. 109–111; ders., »British Intelligence and Barbarossa«, S. 69 f.; Erickson, *The Road to Stalingrad*, Bd. 1, S. 93; Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 230–234.
- 179 Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 387 f.
- 180 Besymenski, *Stalin und Hitler*, S. 421.
- 181 Zit. in ebd., S. 409.
- 182 Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 274 f.; Chruschtschow, *Chruschtschow erinnert sich*, S. 163; A. I. Mikojan, *Tak bylo*, S. 388; Medvedev/Medvedev, *The Unknown Stalin*, S. 240; Glantz, *Barbarossa*, S. 31, 242; ders., *Stumbling Colossus*, S. 252–254; Murphy, *What Stalin Knew*, S. 213–215.
- 183 Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 279; Wolkogonow, *Stalin*, S. 552, 555; Montefiore, *Stalin*, S. 413–415; Radzinsky, *Stalin*, S. 458 f.; Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 397–399; Service, *Stalin*, S. 437 f.; Tucker, *Stalin in Power*, S. 625; Ulam, *Stalin, Koloss der Macht*, S. 511; Read/Fisher, *The Deadly Embrace*, S. 5 f., 635–637, 639–642; Watson, *Molotov*, S. 189; Overy, *Russlands Krieg*, S. 125 f.
- 184 Montefiore, *Stalin*, S. 415.
- 185 Wolkogonow, *Stalin*, S. 559; die Weisung ist abgedruckt in Glantz, *Barbarossa*, S. 242, und Sella, »Barbarossa«, S. 571; vgl. Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 279.
- 186 Mawdsley, »Crossing the Rubicon«, S. 863; die Weisung ist abgedruckt in

- Glantz, *Barbarossa*, S. 242 f.; zur Verwirrung, Zusammenhanglosigkeit und mangelnden Koordination der sowjetischen Reaktion auf den Angriff siehe Sella, »Barbarossa«, S. 559–573.
- <sup>187</sup> A. I. Mikojan, *Tak bylo*, S. 388.
- <sup>188</sup> Zit. in Watson, *Molotov*, S. 189 f.
- <sup>189</sup> Zit. in Montefiore, *Stalin*, S. 417; Radzinsky, *Stalin*, S. 462; zur Reaktion auf die Rundfunkansprache siehe Sella, »Barbarossa«, S. 575.
- <sup>190</sup> »Is wospominanii upravljuschschewo delami sownarkoma SSSR Ja. E. Tschadajew«, in: *Otschestwennaja Istorija*, 2 (2005), S. 8–10; vgl. auch Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 299–301, 304–306.
- <sup>191</sup> Wolkogonow, *Stalin*, S. 575–577; Bonwetsch, »Stalin, the Red Army, and the ›Great Patriotic War‹«, S. 196.
- <sup>192</sup> Montefiore, *Stalin*, S. 424–429; Wolkogonow, *Stalin*, S. 560–567; A. I. Mikojan, *Tak bylo*, S. 390–392; S. A. Mikojan, »Barbarossa and the Soviet Leadership«, S. 127 f.; Radzinsky, *Stalin*, S. 468–472; Medvedev/Medvedev, *The Unknown Stalin*, S. 241–245; Service, *Stalin*, S. 441–443. Stalins ungeplante Abwesenheit dauerte nur zwei Tage. Wie die Liste der Verabredungen in seinem Terminkalender belegt, trifft es einfach nicht zu, dass »die Sowjetunion zehn Tage lang führerlos« war, wie es Jonathan Lewis und Philipp Whitehead behaupten (*Stalin*, S. 89).
- <sup>193</sup> *1941 god*, Bd. 2, Dok. 651. Bei diesem Dokument handelt es sich um ein Memorandum von Sudoplatow an den Ministerrat der Sowjetunion vom 7. August 1953, also aus der Zeit nach Stalins Tod, das im Zusammenhang mit Bestrebungen zur Diskreditierung Berijas verfasst wurde. In seinen viele Jahre später veröffentlichten Memoiren behauptet Sudoplatow, das Treffen habe der Verbreitung des Gerüchts gedient, der Blitzkrieg sei fehlgeschlagen und ein langer Krieg unvermeidlich. Damit sollte der »deutsche Kampfgeist geschwächt werden« (*Der Handlanger der Macht*, S. 189–191). Richard Overy übernimmt die Desinformationsthese, verlegt das Treffen allerdings vom Juli in den Oktober (*Russlands Krieg*, S. 157 f.). Wenn Sudoplatows Vorschlag als Desinformation gedacht gewesen sein sollte, ist es freilich merkwürdig, dass – nimmt man das Fehlen jeglichen Belegs auf deutscher Seite als Urteilsgrundlage – kein Wort über ihn den Feind erreichte. Zudem ist die Desinformationsthese im Zusammenhang der massiven deutschen Vorstöße und Eroberungen im Juli nicht einleuchtend. Genauso wenig wird die Episode dadurch unglaubwürdiger, dass sie in der gegen Berija gerichteten Kampagne von 1953 ausgenutzt wurde. Die Friedensfühler werden tatsächlich noch in zwei anderen Quellen erwähnt (siehe Wolkogonow, *Stalin*, S. 565 f.; Radzinsky, *Stalin*, S. 474).
- <sup>194</sup> Montefiore, *Stalin*, S. 444 f.
- <sup>195</sup> Barber, »The Moscow Crisis of October 1941«, S. 201–205.
- <sup>196</sup> Werth, *Rußland im Krieg 1941–1945*, S. 179–185; vgl. auch Braithwaite, *Moscow 1941*, S. 242–259, 271–276.
- <sup>197</sup> Barber, »The Moscow Crisis of October 1941«, S. 209–211; Gorinov, »Muscovi-

- tes' Moods, 22 June 1941 to May 1942«, S. 122–125; R. Medvedev, *Das Urteil der Geschichte*, Bd. 3, S. 269; Tolstoy, *Stalin's Secret War*, S. 241; Overy, *Russlands Krieg*, S. 156–159.
- <sup>198</sup> Radzinsky, *Stalin*, S. 482.
- <sup>199</sup> Barber, »The Moscow Crisis of October 1941«, S. 206; Wolkogonow, *Stalin*, S. 595; Montefiore, *Stalin*, S. 450; Radzinsky, *Stalin*, S. 482 f.
- <sup>200</sup> BBC-Interview mit N. W. Ponomarjow, um 1998, Niederschrift, Bl. 29–35; vgl. auch die »heroische« Darstellung Stalins in jenen Tagen in Rybin, *Next to Stalin*, S. 31–34.
- <sup>201</sup> Watson, *Molotov*, S. 193.
- <sup>202</sup> Vgl. Schwendemann, *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941*, S. 354–363.
- <sup>203</sup> Molotow, *Molotov Remembers*, S. 21–32.
- <sup>204</sup> Chruschtschow, *Chruschtschow erinnert sich*, S. 516–525.
- <sup>205</sup> Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 412, vgl. auch S. 312.
- <sup>206</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 1, Bd. 4, S. 214 (Eintrag vom 10. Juli 1937).
- <sup>207</sup> So die Annahme von Valentin Falin in *Zweite Front*, S. 100–103.
- <sup>208</sup> Wären Großbritannien und Frankreich 1939 auf den sowjetischen Vorschlag eines vollgültigen Militärbündnisses eingegangen, hätten sie sich für den Fall eines deutschen Angriffs auf Polen – unter der Voraussetzung, dass Polen, Rumänien und Litauen der Roten Armee den Durchmarsch gestattet hätten, um in den Konflikt eingreifen zu können – zu einer direkten militärischen Intervention verpflichtet (Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd.1, S. 213).
- <sup>209</sup> G. Roberts, *Unholy Alliance*, S. 225.
- <sup>210</sup> Glanz, *Barbarossa*, S. 31; Overy, *Russlands Krieg*, S. 120 f.
- <sup>211</sup> Siehe Rotundo, »Stalin and the Outbreak of War in 1941«, S. 295 f.
- <sup>212</sup> Wolkogonow, *Stalin* [engl. Ausgabe], S. 470.
- <sup>213</sup> Zit. in Mawdsley, »Crossing the Rubicon«, S. 864.
- <sup>214</sup> Glantz, *Barbarossa*, S. 30; Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 217 f. Nicolai Tolstoy findet Stalins Beharren auf Provokationsvermeidung als Erklärung für seine Haltung im Frühjahr 1941 derart wenig überzeugend, dass er die These aufstellt, Hitler selbst habe seinem Diktatorkollegen, um seinen Argwohn einzulullen, eine persönliche Nachricht zukommen lassen, in der er ihm versichert habe, dass konspirative Kräfte im Oberkommando auf einen Angriff drängten, den er ablehne (*Stalin's Secret War*, S. 224–230). Für diese These gibt es allerdings keinerlei Beweise. Weder in deutschen noch in russischen Archiven ist etwas zu finden, das zwei angeblichen Briefen Hitlers an Stalin vom 31. Dezember 1940 und 14. Mai 1941 (abgedruckt in Murphy, *What Stalin Knew*, S. 256–258, offenbar nach einem russischen Roman aus dem Jahr 1997) Glaubwürdigkeit verleihen würde. Es handelt sich mit größter Sicherheit um Fälschungen beziehungsweise Erfindungen. Dennoch scheint David E. Murphy ihnen, trotz aller Fragezeichen hinsichtlich ihrer Herkunft, eine

## ANMERKUNGEN

- gewisse Glaubwürdigkeit einzuräumen (ebd., S. 185-191). John Lukacs dagegen ist so klug, die Briefe nicht ernst zu nehmen (*June 1941*, S. 150-158).
- <sup>215</sup> Die Gefahr eines japanischen Angriffs hatte sich durch den Neutralitätspakt vom 13. April 1941 erheblich verringert. Wie die Überlegungen der japanischen Regierung nach dem deutschen Angriff zeigen sollten, gab es keine Garantie dafür, dass Japan sich an den Pakt halten würde, aber er verschaffte der Sowjetunion «zeitweilig eine gewisse Atempause» (Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 256).
- <sup>216</sup> Zum beklagenswerten Stand der deutschen Nachrichtendienste – die kaum mehr taten, als bestehende Vorurteile über die Schwäche der Roten Armee zu bestätigen – siehe Kahn, *Hitler's Spies*, S. 445-461; vgl. auch Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 33. Die GRU scheint keine Anstrengungen unternommen zu haben, um Desinformationen über die Stärke der Roten Armee zu verbreiten.
- <sup>217</sup> Erickson, *The Road to Stalingrad*, Bd. 1, S. 69-73, 81, 86; Glantz, *The Military Strategy of the Soviet Union*, S. 63, 98, 101 f.; ders., *Stumbling Colossus*, S. 97; vgl. auch Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 250-252.
- <sup>218</sup> Medvedev/Medvedev, *The Unknown Stalin*, S. 245.
- <sup>219</sup> Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Bd. 1, S. 249.

### **7 Washington, Sommer und Herbst 1941**

- <sup>1</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 304 f.; Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 373.
- <sup>2</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.1, S. 440-444. Dass Churchill der Sowjetunion trotz seiner grossen Worte in der Praxis nur eine «symbolische Hilfe» leisten wollte, hebt Sheila Lawlor hervor («Britain and the Russian Entry into the War», S. 171-174).
- <sup>3</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 537. Dies war im Wesentlichen die Auffassung des US-Aussenministeriums. Als Roosevelt sich entschloss, der Sowjetunion zu helfen, liess er sich «ausschliesslich von Hoffnung und Intuition leiten» (Kimball, *The Juggler*, S. 27, 40).
- <sup>4</sup> Zu MAGIC siehe Dear/Foot (Hg.), *The Oxford Companion to the Second World War*, S. 706-709.
- <sup>5</sup> Roosevelt, *The Roosevelt Letters*, Bd. 3, S. 375.
- <sup>6</sup> Zit. in Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 227.
- <sup>7</sup> Heinrichs, *Threshold of War*, S. 104 f., 174, 206.
- <sup>8</sup> Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 263 f.
- <sup>9</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.1, S. 444.
- <sup>10</sup> Zit. in Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 541.
- <sup>11</sup> Zit. in Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 123.
- <sup>12</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 541.
- <sup>13</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 303 f.

## ANMERKUNGEN

- <sup>14</sup> Zit. in Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 538; Burns, *Roosevelt*, S. 104.
- <sup>15</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 309.
- <sup>16</sup> Henry L. Stimson, Diaries 1909-1945, Bibliothek der Universität von Yale, Film 6, Eintrag vom 2. Juli 1941; auch in Stimson/Bundy, *On Active Service in Peace and War*, S. 371.
- <sup>17</sup> Zit. in Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 538.
- <sup>18</sup> Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 557 f.
- <sup>19</sup> Zit. in Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 542.
- <sup>20</sup> Ebd., S. 542-546.
- <sup>21</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 309.
- <sup>22</sup> J. E. Davies, *Als USA-Botschafter in Moskau*, S. 378.
- <sup>23</sup> Ebd., S. 383,385.
- <sup>24</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 560 f.; Burns, *Roosevelt*, S. 114 f.
- <sup>25</sup> Zit. in Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 592 h
- <sup>26</sup> Zit. in Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 561.
- <sup>27</sup> Ebd., S. 545,558-563; Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 374. Auch die Hilfe vonseiten Grossbritanniens, das den ersten arktischen Konvoi in die Sowjetunion im August 1941 auf den Weg brachte, war nicht von allzu grossem Wert. Ab 1942 spielten die verschifften Hilfsgüter aus dem Westen jedoch eine bedeutende Rolle im sowjetischen Kampf gegen Hitlers Wehrmacht.
- <sup>28</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 319.
- <sup>29</sup> Kimball, *The Juggler*, S. 22,31-34,36.
- <sup>30</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 313-322; zu Hopkins Gesprächen in London siehe auch Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.2, S. 60-62.
- <sup>31</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 324-349.
- <sup>32</sup> Ebd., S. 329.
- <sup>33</sup> Ebd., S. 337»
- <sup>34</sup> Ebd., S. 335-342, 347»
- <sup>35</sup> Ebd., S. 342-344.
- <sup>36</sup> Ebd., S. 350; Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.2, S. 66.
- <sup>37</sup> Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 129.
- <sup>38</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 375.
- <sup>39</sup> Heinrichs, *Threshold of War*, S. 174 f.; zum britischen Beitrag siehe Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.2, S. 111-113.
- <sup>40</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 396.
- <sup>41</sup> Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 620.
- <sup>42</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 376.
- <sup>43</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 818 f.; Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 399 f.; Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 376. Schon, als das Leih- und Pachtgesetz Anfang 1941 im Kongress eingebracht worden war, war es von all denen abgelehnt worden, die befürchteten, es könnte später auf die Sowjetunion ausgeweitet werden (Kimball, *The Most Unsordid Act*, S. 189).

- <sup>44</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 560; Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 376.
- <sup>45</sup> Zit. in Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 544.
- <sup>46</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 738; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 486 f.; Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 212; Stoler, *Allies and Adversaries*, S. 47, 49 f., 55; wesentliche Teile des »Siegessprogramms« sind abgedruckt in Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 413–423.
- <sup>47</sup> Zit. in Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 544.
- <sup>48</sup> Roosevelt, *The Roosevelt Letters*, Bd. 3, S. 378.
- <sup>49</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 539, 579.
- <sup>50</sup> Burns, *Roosevelt*, S. 104; zu Knox' Enttäuschung über Roosevelts mangelnden Mut siehe Henry L. Stimson, *Diaries 1909–1945*, Bibliothek der Universität von Yale, Film 6, Einträge vom 6. und 7. Juli 1941.
- <sup>51</sup> Heinrichs, *Threshold of War*, S. 110; Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 383.
- <sup>52</sup> Zit. in Burns, *Roosevelt*, S. 105.
- <sup>53</sup> Lash, *Roosevelt and Churchill 1939–1941*, S. 341 f.
- <sup>54</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 576; Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 571.
- <sup>55</sup> Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 155.
- <sup>56</sup> Churchill, *The Churchill War Papers*, Bd. 3, S. 914 (9. Juli 1941); Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 578.
- <sup>57</sup> Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 208.
- <sup>58</sup> Burns, *Roosevelt*, S. 105. Auch in Bezug auf den Fernen Osten kann man den Juli 1941 wegen des damals verhängten Erdölembargos als Wendepunkt im strategischen Denken und in der Diplomatie der Amerikaner betrachten (siehe Reynolds, *From Munich to Pearl Harbor*, S. 143).
- <sup>59</sup> Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3, S. 571; Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 156.
- <sup>60</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 577.
- <sup>61</sup> Ebd., S. 578; zum gedämpften Protest der Isolationisten siehe Lash, *Roosevelt and Churchill 1939–1941*, S. 343.
- <sup>62</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 367.
- <sup>63</sup> Ebd., S. 367–369; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 570–574; Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 129–131.
- <sup>64</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 368.
- <sup>65</sup> Stimson/Bundy, *On Active Service in Peace and War*, S. 377; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 574.
- <sup>66</sup> Zit. in Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 368.
- <sup>67</sup> Zit. in Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 169.
- <sup>68</sup> Zit. in Lash, *Roosevelt and Churchill 1939–1941*, S. 391.
- <sup>69</sup> Siehe ebd., S. 392.



- <sup>70</sup> Siehe Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 350–366; Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.2, S. 71–89; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 663–692; Lash, *Roosevelt and Churchill 1939–1941*, S. 393–400; Heinrichs, *Threshold of War*, S. 148–161; Wilson, *The First Summit*.
- <sup>71</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 670–677; Wilson, *The First Summit*, S. 112 f., 117, 119, 163–166, 215, 241–244.
- <sup>72</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 386.
- <sup>73</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.2, S. 75 f.; Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 356; Wilson, *The First Summit*, S. 88, 160–163; Heinrichs, *Threshold of War*, S. 157.
- <sup>74</sup> Wilson, *The First Summit*, S. 144.
- <sup>75</sup> Ebd., S. 145.
- <sup>76</sup> Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 216; Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 392; Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 143.
- <sup>77</sup> Heinrichs, *Threshold of War*, S. 164.
- <sup>78</sup> Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 286.
- <sup>79</sup> Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 217.
- <sup>80</sup> Zit. in ebd., S. 214 f. (mit der Anmerkung, dass einige von Churchills Kabinettskollegen seinen positiven Bericht skeptisch aufnahmen); Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 285.
- <sup>81</sup> Der Text ist abgedruckt in Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.2, S. 81 f.; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 687 f.; Wilson, *The First Summit*, S. 206.
- <sup>82</sup> Siehe Wilson, *The First Summit*, S. 174, 260–262.
- <sup>83</sup> Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.2, S. 70 f., Zitat auf S. 82; zu einer Beschreibung des Gottesdienstes siehe Wilson, *The First Summit*, S. 108–111.
- <sup>84</sup> Zit. in Wilson, *The First Summit*, S. 111.
- <sup>85</sup> Ebd., S. 203.
- <sup>86</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 385.
- <sup>87</sup> Wilson, *The First Summit*, S. 210 f.; Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.2, S. 83.
- <sup>88</sup> Wilson, *The First Summit*, S. 203; Heinrichs, *Threshold of War*, S. 159.
- <sup>89</sup> Wilson, *The First Summit*, S. 212, 214.
- <sup>90</sup> Ebd., S. 223 f., und S. 231–234, 266 f., zu den Reaktionen in den Vereinigten Staaten.
- <sup>91</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 369.
- <sup>92</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 389.
- <sup>93</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 374.
- <sup>94</sup> Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 168–173.
- <sup>95</sup> Ebd., S. 173 f.
- <sup>96</sup> Roosevelt, *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, Bd. 10, S. 374–383; Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 175 f.
- <sup>97</sup> Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 171, 173, 175.
- <sup>98</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 371–373.

- <sup>99</sup> Lash, *Roosevelt and Churchill 1939–1941*, S. 417.
- <sup>100</sup> Roosevelt, *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, Bd. 10, S. 384–392; ders., *FDR's Fireside Chats*, S. 189–196; ders., *Amerika und Deutschland 1936–1945*, S. 55–58.
- <sup>101</sup> Roosevelt, *FDR's Fireside Chats*, S. 188 f.
- <sup>102</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 742, 746.
- <sup>103</sup> Ebd., S. 746.
- <sup>104</sup> Heinrichs, *Threshold of War*, S. 168.
- <sup>105</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 747; Lash, *Roosevelt and Churchill 1939–1941*, S. 419.
- <sup>106</sup> Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 177 Anm., 182 Anm.
- <sup>107</sup> Zit. in Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 747.
- <sup>108</sup> Zit. in ebd.
- <sup>109</sup> Ebd., 749.
- <sup>110</sup> Roosevelt, *FDR's Fireside Chats*, S. 196.
- <sup>111</sup> Allerdings hatte Roosevelt durch die Umgehung des Kongresses mit Hilfe eines auf irreführenden Fakten beruhenden Verwaltungsakts, trotz der besten Absichten, nach Auffassung mancher einen Präzedenzfall für das spätere Vorgehen in Vietnam geschaffen (Lash, *Roosevelt and Churchill 1939–1941*, S. 420 f.).
- <sup>112</sup> Zit. in Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 749.
- <sup>113</sup> Zit. in Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 289.
- <sup>114</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 751.
- <sup>115</sup> Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 188–191.
- <sup>116</sup> Ebd., S. 191 f., 195 f.
- <sup>117</sup> Ebd., S. 196 f.
- <sup>118</sup> Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 219; Cull, *Selling War*, S. 170–173.
- <sup>119</sup> Roosevelt, *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, Bd. 10, S. 438–445.
- <sup>120</sup> Ebd., S. 444 f.
- <sup>121</sup> Zit. in Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 289.
- <sup>122</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 394; Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 208; Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 146.
- <sup>123</sup> Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 943.
- <sup>124</sup> Der führende außenpolitische Sprecher des Senats hatte gegenüber Roosevelt erklärt, dass zwar eine Mehrheit für die Revision des Neutralitätsgesetzes sei, aber eine längere Debatte und isolationistische Verschleppungen zu erwarten seien (Lash, *Roosevelt and Churchill 1939–1941*, S. 426).
- <sup>125</sup> Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1046 f.
- <sup>126</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 380.

- <sup>127</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 752.
- <sup>128</sup> Ebd., S. 752–756; Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 381.
- <sup>129</sup> Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 146.
- <sup>130</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 383.
- <sup>131</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 757.
- <sup>132</sup> Ebd., S. 758; Divine, *The Reluctant Belligerent*, S. 147.
- <sup>133</sup> Vgl. Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 292.
- <sup>134</sup> Zit. in Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 209.
- <sup>135</sup> Siehe Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 218.
- <sup>136</sup> Einige der folgenden Argumente finden sich in Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 260–263; Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 218; ders., *From Munich to Pearl Harbor*, S. 157.
- <sup>137</sup> Dies stellte Admiral Stark Ende September in einer Denkschrift über die Frage, ob eine Revision des Neutralitätsgesetzes vorangetrieben werden sollte, ausdrücklich fest. Doch Stark, der stets auf eine direkte amerikanische Kriegsteilnahme gedrängt hatte, war der Ansicht, die Vereinigten Staaten sollten »so bald wie möglich in den Krieg eintreten, selbst wenn Feindseligkeiten mit Japan in Kauf genommen werden müssen« (zit. in Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 381). Roosevelt war nicht bereit gewesen, diesem Kurs zu folgen.
- <sup>138</sup> Zit. in Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 289; Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 353, Anm. 114.
- <sup>139</sup> Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 219 f.
- <sup>140</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 923; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 487 f.
- <sup>141</sup> Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 487.
- <sup>142</sup> Zit. in Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 415.
- <sup>143</sup> Im Herbst 1941 glaubte Roosevelt anscheinend immer noch, er könne es, wenn die Sowjetunion standhielt, vermeiden, amerikanische Truppen nach Europa zu entsenden, und sah im Beistand für Russland ein Mittel, das den Einsatz amerikanischer Bodentruppen verhindern konnte. Nach Ansicht des Heeres indes waren die Sowjetunion und Großbritannien ohne die Unterstützung amerikanischer Truppen nicht in der Lage, Deutschland zu besiegen. Aus dieser Perspektive gesehen, sollte die Hilfe für beide Länder deren militärische Widerstandskraft stärken, bis die amerikanische Aufrüstung abgeschlossen war. In der Realität konnten mit den Leih- und Pachtlieferungen an die Sowjetunion etwa 101 Divisionen ausgerüstet werden, was bedeutete, dass weniger Soldaten nach Europa geschickt werden mussten, als im »Siegsprogramm« vorgesehen (Stoler, *Allies and Adversaries*, S. 55–58, 285 Anm. 64).
- <sup>144</sup> Zit. in Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 419.

## 8 Tokio, Herbst 1941

- <sup>1</sup> Nobutaka (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 72.
- <sup>2</sup> Vgl. Hosoya, «The Japanese-Soviet Neutrality Pact», S. 94-112; zur Haltung der Marine zum Südvorstoss siehe Tsunoda, «The Navy's Role in the Southern Strategy», S. 287-295.
- <sup>3</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 400.
- <sup>4</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 148; Morley (Hg.), *Japan Erupts*, S. 159.
- <sup>5</sup> Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937-1941*, S. 234-236; Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 238 h; Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 149 f.
- <sup>6</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 147.
- <sup>7</sup> Ebd., S. 148 f.
- <sup>8</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 401.
- <sup>9</sup> Tagebuch von Marquis Kido Koichi, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 431, Dok. 1632W (63), 31. Juli 1941, (63) 2. August 1941, (66) 7. August 1941; Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 240. Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 244, 270.
- <sup>10</sup> Morley (Hg.), *The Final Confrontation*, S. 157; *FRUS, Japan 1931-41*, Bd. 2, S. 549 f.
- <sup>11</sup> Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437 (Kopie aus den National Archives, Washington, Record Group 243: Akten des United States Strategie Bombing Survey, Akte id [10]), März 1941, Bl. 29 f.
- <sup>12</sup> Zit. in Morley (Hg.), *The Final Confrontation*, S. 179.
- <sup>13</sup> Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 139 f.
- <sup>14</sup> Toland, *The Rising Sun*, S. 100; Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 151 und Anm. 35; Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 282.
- <sup>15</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 403 f.; Morley (Hg.), *The Final Confrontation*, S. 181.
- <sup>16</sup> Morley (Hg.), *The Final Confrontation*, S. 180 f.
- <sup>17</sup> Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437, Bl. 30 f.; Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 139; Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 243 f.; Spotswood, «Japans Southward Advance as an Issue in Japanese-American Relations, 1940-1941», S. 398-401.
- <sup>18</sup> Zit. in Morley, *The Final Confrontation*, S. 180.
- <sup>19</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 157; Morley, *The Final Confrontation*, S. 181; zu Nomuras Aussehen und Charakter siehe Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 987; Toland, *The Rising Sun*, S. 67; Prange, *At Dawn We Slept*, S. 6.
- <sup>20</sup> Zit. in Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 241; *FRUS, Diplomatic Papers 1941*, Bd. 4, S. 359. Hulls Memoiren deuten darauf hin, dass er nach dem japa

- nischen Einmarsch in Südindochina den Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten für wahrscheinlich hielt (*The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1014 f.).
- <sup>21</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 182.
- <sup>22</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 156.
- <sup>23</sup> Toland, *The Rising Sun*, S. 91; zu den unterschiedlichen Akzenten, die Churchill und Roosevelt in der Strategie gegenüber Japan setzten, siehe Heinrichs, *Threshold of War*, S. 152–155; Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 256 f.
- <sup>24</sup> Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437, Bl. 33; *The »MAGIC« Background of Pearl Harbor*, Bd. 3, Anhang, S. A38 f.; zu Roosevelts geänderter Haltung nach der Rückkehr aus der Placentia Bay siehe Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941*, S. 239.
- <sup>25</sup> *FRUS, Japan 1931–41*, Bd. 2, S. 565; *FRUS, Diplomatic Papers 1941*, Bd. 4, S. 382 f.; Toland, *The Rising Sun*, S. 93; vgl. auch Grew, *Zehn Jahre in Japan*, S. 355–360 (Eintrag vom 18. August 1941); Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1025; Heinrichs, *American Ambassador*, S. 309–312, 337–343; Morley, *The Final Confrontation*, S. 186 f.
- <sup>26</sup> Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 124 f.
- <sup>27</sup> Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437, Bl. 35.
- <sup>28</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 700 f.; Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 141; Morley, *The Final Confrontation*, S. 185.
- <sup>29</sup> Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1024; Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 701; Morley, *The Final Confrontation*, S. 185–188; Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 141 f.
- <sup>30</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 165, 169, 364–366 (Anhang 6); Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 135 f.; Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 159.
- <sup>31</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 365.
- <sup>32</sup> Ebd., S. 366.
- <sup>33</sup> Ebd., S. 169.
- <sup>34</sup> Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 129–133; Morley, *The Final Confrontation*, S. 267–274.
- <sup>35</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 410.
- <sup>36</sup> Tagebuch von Marquis Kido Koichi, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 431, Dok. 1632W (67), 5. September 1941; Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 145 f.
- <sup>37</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 412 f.; Morley, *The Final Confrontation*, S. 174; Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437, Bl. 40 f.
- <sup>38</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 410.
- <sup>39</sup> Tagebuch von Marquis Kido Koichi, Bibliothek der Universität von Sheffield,

- Wolfson Microfilm 431, Dok. 1632W (63), 6. September 1941; Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 413; Toland, *The Rising Sun*, S. 98.
- <sup>40</sup> Das Folgende beruht (wenn nicht anders angemerkt) auf Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 138–151.
- <sup>41</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 172.
- <sup>42</sup> Tagebuch von Marquis Kido Koichi, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 431, Dok. 1632W (68), 6. September 1941; Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437, Bl. 41; Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 414; Morley, *The Final Confrontation*, S. 176; Toland, *The Rising Sun*, S. 99; Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 146 f.
- <sup>43</sup> Zit. in Morley, *The Final Confrontation*, S. 170 f.
- <sup>44</sup> Toland, *The Rising Sun*, S. 103.
- <sup>45</sup> Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437, Bl. 42; *FRUS, Japan 1931–41*, Bd. 2, S. 604–606; Grew, *Zehn Jahre in Japan*, S. 363–365 (Eintrag vom 6. September 1941); Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 148 f.; Toland, *The Rising Sun*, S. 100–102 (unter anderem auf der Grundlage eines Interviews mit Konoes nicht namentlich genannter Geliebter); Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1028–1031; Heinrichs, *American Ambassador*, S. 346; ders., *Threshold of War*, S. 185 f.; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 716. Zu Hulls »vier Prinzipien« siehe Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 994 f.
- <sup>46</sup> Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437, Bl. 36; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 704 f.; Morley, *The Final Confrontation*, S. 189, 194; Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 243.
- <sup>47</sup> *The »MAGIC« Background of Pearl Harbor*, Bd. 3, Anhang, S. A88–90; Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 163; Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 169.
- <sup>48</sup> Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 170 f. Grew äußerte sich am 22. September gegenüber Toyoda pessimistisch (Grew, *Zehn Jahre in Japan*, S. 370).
- <sup>49</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 163.
- <sup>50</sup> Siehe Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 155 f.
- <sup>51</sup> Tagebuch von Marquis Kido Koichi, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 431, Dok. 1632W (71), 26. September 1941; Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 150 f.; Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 176–178; Toland, *The Rising Sun*, S. 105; Morley, *The Final Confrontation*, S. 209.
- <sup>52</sup> *FRUS, Diplomatic Papers 1941*, Bd. 4, S. 494–497; *FRUS, Japan 1931–41*, Bd. 2, S. 656–661; Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1033; Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437, Bl. 47; Heinrichs, *American Ambassador*, S. 350.
- <sup>53</sup> Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 179 f.
- <sup>54</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 210.

- <sup>55</sup> Zit. in ebd., S. 213.
- <sup>56</sup> Ebd., S. 213–217; Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 164 f.
- <sup>57</sup> Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437, Bl. 49 f.; Morley, *The Final Confrontation*, S. 222–225; Toland, *The Rising Sun*, S. 109–111; vgl. auch Tojos Nachkriegsaussage über das Treffen vor dem Internationalen Militärgerichtshof für den Fernen Osten in: *Political Strategy Prior to the Outbreak of War (Part III)*, Militärgeschichtliches Amt, Heeresabteilung, Japanische Monographien, 147, Anhang 6 (<http://www.ibiblio.org/pha/monos/147/147app06.html>).
- <sup>58</sup> Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437, Bl. 50 f.; Toland, *The Rising Sun*, S. 111 f.; Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 155 f.
- <sup>59</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 227; Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 417; Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 156; Toland, *The Rising Sun*, S. 112 f.
- <sup>60</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 165 f.
- <sup>61</sup> Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 156 f.
- <sup>62</sup> Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437, Bl. 85 f.
- <sup>63</sup> Ebd., Bl. 52 f.; Tagebuch von Marquis Kido Koichi, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 431, Dok. 1632W (79–82); Morley, *The Final Confrontation*, S. 230–245; Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 285–301, 308; Toland, *The Rising Sun*, S. 113–118; Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 418 f.; Oka, *Konoe Fumimaro*, S. 157–159; Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 285 f.
- <sup>64</sup> Tojo, *Die Geheimdokumente von Ministerpräsident Tojo*, S. 478.
- <sup>65</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 239.
- <sup>66</sup> Tagebuch von Marquis Kido Koichi, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 431, Dok. 1632W (81), 17. Oktober 1941; Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 301 f.; Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 286 f.; Morley, *The Final Confrontation*, S. 241, 243 f.; Toland, *The Rising Sun*, S. 118.
- <sup>67</sup> Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 302–305; Morley, *The Final Confrontation*, S. 246 f.
- <sup>68</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 168–170.
- <sup>69</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 842 f.; Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 252; Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 304 f.
- <sup>70</sup> Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1054.
- <sup>71</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 845 f. (Memorandum der Gemeinsamen Kommission von Heer und Marine, 5. November 1941; Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 252.
- <sup>72</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 249.

- <sup>73</sup> Zit. in ebd., S. 247.
- <sup>74</sup> Ebd., S. 248 f.
- <sup>75</sup> Zit. in ebd., S. 249.
- <sup>76</sup> Zit. in ebd., S. 252.
- <sup>77</sup> Zit. in ebd., S. 250.
- <sup>78</sup> Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 195.
- <sup>79</sup> Ebd., S. 188.
- <sup>80</sup> Ebd., S. 191. Das war eine gute Voraussage. Zu den Fehlern der japanischen Planungen und den wachsenden Lücken zwischen geschätzter und realer Verfügbarkeit von Material und Schiffen siehe Morley, *The Final Confrontation*, S. 267–303.
- <sup>81</sup> Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 191 f., 195.
- <sup>82</sup> Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 198.
- <sup>83</sup> Ebd., S. 197 f.
- <sup>84</sup> Ebd., S. 198 f.
- <sup>85</sup> Die Zitate aus den Redebeiträgen auf der Konferenz stammen, wenn nicht anders nachgewiesen, aus Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 199–207.
- <sup>86</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 155–158; Toland, *The Rising Sun*, S. 124.
- <sup>87</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 368 f. (Anhang 9).
- <sup>88</sup> Ebd., S. 370 (Anhang 9); Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 878.
- <sup>89</sup> Zit. in Morley, *The Final Confrontation*, S. 263 f.
- <sup>90</sup> Ebd., S. 264 f.
- <sup>91</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 424.
- <sup>92</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 266; Toland, *The Rising Sun*, S. 130.
- <sup>93</sup> Alle Zitate aus den Redebeiträgen in der Konferenz stammen aus Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 208–239.
- <sup>94</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 177 f.
- <sup>95</sup> Grew, *Zehn Jahre in Tokio*, S. 398 f. (Bericht an Washington, 3. November 1941; fast identisch im Tagebucheintrag vom 4. November 1941, ebd., S. 400); *FRUS, Japan 1931–41*, Bd. 2, S. 703 f.
- <sup>96</sup> Toland, *The Rising Sun*, S. 129, 136.
- <sup>97</sup> Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1062.
- <sup>98</sup> Toland, *The Rising Sun*, S. 129 f.
- <sup>99</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 285; vgl. Bergamini, *Japan's Imperial Conspiracy*, Bd. 2, S. 1020–1023. Yamamoto – der ironischerweise einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten ablehnte – hatte seinen brillanten Plan tatsächlich schon im November 1940 ausgearbeitet und dem Kaiser vorgelegt, der ihn interessant fand und im Januar 1941 eine Analyse angeordnet hatte. Die Untersuchung war zu dem Schluss gelangt, »dass der Angriff extrem risikoreich wäre, aber eine vertretbare Erfolgchance hätte« (Bergamini, *Japan's Imperial Conspiracy*, Bd. 2, S. 954 f. und Anm. 1). Davon muss etwas durchgesickert sein (Prange, *At Dawn We Slept*, S. 31), denn Botschafter Grew meldete Washington bereits am 27. Januar 1941: »Man hört überall in der Stadt



- allerhand Gedanken, die Japaner hätten im Fall eines Bruchs mit den Vereinigten Staaten den Plan, alles an einen überraschenden Massenangriff auf Pearl Harbor zu setzen« (Grew, *Zehn Jahre in Tokio*, S. 314). Vgl. auch Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 984; *FRUS, Japan 1931–41*, Bd. 2, S. 17; zu einem biografischen Abriss siehe Weston, *Giants of Japan*, S. 190–200.
- <sup>100</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 170 f.
- <sup>101</sup> Zit. in Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 296; Bergamini, *Japan's Imperial Conspiracy*, Bd. 2, S. 1041.
- <sup>102</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 423; Morley, *The Final Confrontation*, S. 265.
- <sup>103</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 421 f.
- <sup>104</sup> Siehe Toland, *The Rising Sun*, S. 132–135. Laut Toland gibt es keine Belege für absichtliche falsche Übersetzungen (ebd., S. 133, Anm.). Robert J. C. Butow merkt an, »dass die Verzerrungen die tatsächlichen japanischen Absichten nicht grundsätzlich verfälschten« (*Tojo and the Coming of the War*, S. 335 und Anm. 38).
- <sup>105</sup> Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1056 f., 1060.
- <sup>106</sup> Zum unterschiedlichen Tonfall des Botschafters in Tokio und des Außenministeriums in Washington siehe Grew, *Zehn Jahre in Tokio*, S. 404 f. (3. November 1941); Morley, *The Final Confrontation*, S. 310 f.
- <sup>107</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 855–866; *FRUS, Japan 1931–41*, Bd. 2, S. 729–737; Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1058–1062; Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 303–305.
- <sup>108</sup> Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 307 f.; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 863 f.; Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 251 (Togos Bericht an die Verbindungskonferenz vom 20. November 1941); Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1063 f.; Morley, *The Final Confrontation*, S. 301–305.
- <sup>109</sup> Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1069–1071; Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 336–338.
- <sup>110</sup> *FRUS, Diplomatic Papers 1941*, Bd. 4, S. 635 f., 661–664 (letzter Entwurf); Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 881 f.
- <sup>111</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 872.
- <sup>112</sup> Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1072 f.
- <sup>113</sup> *FRUS, Diplomatic Papers 1941*, Bd. 4, S. 640, 650 f., 659–661, 666; Heinrichs, *Threshold of War*, S. 209–211.
- <sup>114</sup> *The »MAGIC« Background of Pearl Harbor*, Bd. 4, Anhang, S. A89.
- <sup>115</sup> *FRUS, Diplomatic Papers 1941*, Bd. 4, S. 660 f.; Henry L. Stimson, *Diaries 1909–1945*, Bibliothek der Universität von Yale, Film 7, Eintrag vom 26. November 1941.
- <sup>116</sup> *FRUS, Diplomatic Papers 1941*, Bd. 4, S. 665.
- <sup>117</sup> Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1081.
- <sup>118</sup> Ebd., S. 1074–1076, 1082; Toland, *The Rising Sun*, S. 140–143; Morley, *The Final Confrontation*, S. 305–307, 309; Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 255; Hein-

- richs, *Threshold of War*, S. 208–212; Henry L. Stimson, Diaries 1909–1945, Bibliothek der Universität von Yale, Film 7, Eintrag vom 27. November 1941.
- <sup>119</sup> *FRUS, Japan 1931–41*, Bd. 2, S. 766–770; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 896 f.; *Political Strategy Prior to the Outbreak of War (Part III)*, Militärgeschichtliches Amt, Heeresabteilung, Japanische Monographien, 147, Anhang 9 (<http://www.ibiblio.org/pha/monos/147/147app09.html>).
- <sup>120</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 313–315, 317 f.; Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 893, 898; Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1081–1084; Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 255 f.; Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 428.
- <sup>121</sup> Toland, *The Rising Sun*, S. 143.
- <sup>122</sup> Zit. in Morley, *The Final Confrontation*, S. 313.
- <sup>123</sup> Tojo sagte nach dem Krieg vor dem Internationalen Militärgerichtshof für den Fernen Osten aus, der amerikanische Vorschlag sei als Ultimatum aufgenommen worden und »angesichts der Härte der Forderungen [seien] alle sprachlos« gewesen (*Political Strategy Prior to the Outbreak of War [Part IV]*, Militärgeschichtliches Amt, Heeresabteilung, Japanische Monographien, 150, Anhang 3 [<http://www.ibiblio.org/pha/monos/150/150app03.html>]). Togo sprach in einem Telegramm an Kurusu und Nomura vom 28. November von »diesem demütigenden Vorschlag«, der »völlig unerwartet und äußerst bedauernswert« sei (*The »MAGIC« Background of Pearl Harbor*, Bd. 4, S. 84–86, und Anhang, S. A118). Zwei Tage zuvor hatte Nomura festgestellt, dass er und Kurusu »sprachlos« gewesen seien, als Hull ihnen das »Zehnpunkteprogramm« überreicht habe (ebd., Anhang, S. A102 f.).
- <sup>124</sup> Toland, *The Rising Sun*, S. 145.
- <sup>125</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 315–317; Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 256 f.
- <sup>126</sup> Zit. in Morley, *The Final Confrontation*, S. 320.
- <sup>127</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 430; Toland, *The Rising Sun*, S. 176–179; Morley, *The Final Confrontation*, S. 324–326.
- <sup>128</sup> *Political Strategy prior to the Outbreak of War (Part IV)*, Militärgeschichtliches Amt, Heeresabteilung, Japanische Monographien, 150, Anhang 4 (<http://www.ibiblio.org/pha/monos/150/150app04.html>).
- <sup>129</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 430 f.; Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 262 f. (mit einer irrtümlich auf sechs Uhr abends verlegten Abfahrtszeit der Flotte); Morley, *The Final Confrontation*, S. 332; Prange, *At Dawn We Slept*, S. 390; Bergamini, *Japan's Imperial Conspiracy*, Bd. 2, S. 1057–1059.
- <sup>130</sup> Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 261 und Anm. 46; Morley, *The Final Confrontation*, S. 327; Toland, *The Rising Sun*, S. 179.
- <sup>131</sup> Zit. in Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 430 f.
- <sup>132</sup> Ebd., S. 431.
- <sup>133</sup> Ike (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 271.

## ANMERKUNGEN

- <sup>134</sup> Ebd., S. 279.
- <sup>135</sup> Ebd., S. 282.
- <sup>136</sup> Ebd., S. 282 f.; Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 433.
- <sup>137</sup> Butow, *Tojo and the Coming of the War*, S. 363; Toland, *The Rising Sun*, S. 182.
- <sup>138</sup> Toland, *The Rising Sun*, S. 183; Morley, *The Final Confrontation*, S. 323.
- <sup>139</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 344; *The «MAGIC» Background of Pearl Harbor*, Bd. 4, Anhang, S. A130-134.
- <sup>140</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 329.
- <sup>141</sup> Ebd., S. 338.
- <sup>142</sup> Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, S. 430; Morley, *The Final Confrontation*, S. 344; Toland, *The Rising Sun*, S. 194.
- <sup>143</sup> Toland, *The Rising Sun*, S. 193 f., 198 f.; Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 436.
- <sup>144</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 344; Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 183.
- <sup>145</sup> Eine «prophetische» Denkschrift vom Juli 1941 hatte tatsächlich die Möglichkeit eines von Flugzeugträgern aus durchgeführten Luftangriffs in Erwägung gezogen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Verteidigung von Pearl Harbor zu verstärken (Prange, *At Dawn We Slept*, S. 185-188). Anschliessend hatten Heer und Marine gemeinsam einen ausgezeichneten hawaiianischen Verteidigungsplan zum Schutz Pearl Harbors vor einem Überraschungsangriff aus der Luft ausgearbeitet (Toland, *The Rising Sun*, S. 195). An die Warnung, die Joseph Grew im Januar aus Tokio geschickt hatte, schien sich niemand mehr zu erinnern (siehe Grew, *Zehn Jahre in Tokio*, S. 314).
- <sup>146</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 911, 926 f.; Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 183; Morley, *The Final Confrontation*, S. 345; Heinrichs, *Threshold of War*, S. 216.
- <sup>147</sup> Toland, *The Rising Sun*, S. 201 f.; Morley, *The Final Confrontation*, S. 334 h, 344 f.
- <sup>148</sup> Morley, *The Final Confrontation*, S. 338.
- <sup>149</sup> Dear/Foot [Hg.], *The Oxford Companion to the Second World War*, S. 872; Toland, *The Rising Sun*, S. 221,235; Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932-1945*, S. 311; Weinberg, *Eine Welt in Waffen*, S. 290-292.
- <sup>150</sup> Isoroku Yamamoto an Ryochi Sasakawa, 24. Januar 1941, als letztes Blatt angehängt an Fumimaro Konoe, Memoiren, Bibliothek der Universität von Sheffield, Wolfson Microfilm 437.
- <sup>151</sup> Es war ein derartiger Schock, dass bald Verschwörungstheorien auftauchten, die nie wieder ganz verschwanden. Im Wesentlichen besagten sie, die amerikanische Regierung habe von dem bevorstehenden Angriff gewusst, aber absichtlich keine angemessenen Schutzmassnahmen ergriffen und den verheerenden Angriff stattfinden lassen, weil er den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten gerechtfertigt habe. Diese Theorien waren allesamt aus der Luft gegriffen. Die eingehenden Untersuchungen der militärischen

## ANMERKUNGEN

Vorbereitungen auf Pearl Harbor sowohl auf japanischer als auch auf amerikanischer Seite durch Gordon W. Prange in *At Dawn We Slept* (siehe insbesondere das Schlusskapitel, S. 725-738) sowie der amerikanischen Nachrichtendiensterkenntnisse durch Roberta Wohlstetter in *Pearl Harbor* (insbesondere S. 382-396) haben zwar einen ganzen Katalog von Fehlern und Irrtümern zutage gefördert, aber keine hinter den aussergewöhnlichen Ereignissen agierende machiavellistische Verschwörung entdeckt. Diesen Befund untermauert auch die aus jüngerer Zeit stammende Studie *Intelligence and the War against Japan* von Richard J. Aldrich, in der auch (S. 68-84) eine weitere Verschwörungstheorie widerlegt wird, der zufolge Churchill eine klare nachrichtendienstliche Warnung hinsichtlich Pearl Harbor zugegangen sein soll, die er Roosevelt vorenthielt.

- <sup>152</sup> Toland, *The Rising Sun*, S. 227.
- <sup>153</sup> Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, S. 436 f.; das kaiserliche Reskript auf der Kriegserklärung ist abgedruckt in: *Political Strategy prior to the Outbreak of War (Part IV)*, Militärgeschichtliches Amt, Heeresabteilung, Japanische Monographien, 150, Anhang 7 (<http://www.ibiblio.org/pha/monos/150/15oappo7.html>).
- <sup>154</sup> Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1095-1097; Morley, *The Final Confrontation*, S. 338; *The «MAGIC» Background of Pearl Harbor*, Bd. 4, S. 101; Toland, *The Rising Sun*, S. 224 h; zu Nomuras Darstellung siehe: *Political Strategy prior to the Outbreak of War (Part IV)*, Militärgeschichtliches Amt, Heeresabteilung, Japanische Monographien, 150, Anhang 6 (<http://www.ibiblio.org/pha/monos/150/15oappo6.html>).
- <sup>155</sup> Roosevelt, *Links von der Mitte*, S. 394 h; Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 407; Bergamini, *Japans Imperial Conspiracy*, Bd. 2, S. 1096; Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 259.
- <sup>156</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 938 f.
- <sup>157</sup> Choucri/North/Yamakage, *The Challenge of Japan before World War II and After*, S. 37 f., 40-43, 118-120, 132-137.
- <sup>158</sup> Siehe P. W. Schroeder, *The Axis Alliance and Japanese-American Relations 1941*, S. 203-208. William Carr stellt diese Frage ebenfalls, um sie auf überzeugende Weise zu beantworten: «Kein amerikanischer Präsident – vor allem kein Präsident, der auf die öffentliche Meinung so empfindlich reagierte wie Roosevelt – hätte eine Kehrtwendung dieser Grössenordnung durchführen können gegen den Widerstand einer empörten Öffentlichkeit [...] Jede Spur eines Nachgebens gegenüber Japan hätte ferner einen demoralisierenden Effekt auf die Gegner der Achsenmächte gehabt» (*Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 245 f.).
- <sup>159</sup> Zu dieser Frage hat Herbert Feis schlüssig angemerkt, Konoe sei «freiwillig oder unfreiwillig ein Kriegsgefangener der Bedingungen gewesen, die in Konferenzen präzise festgelegt worden waren, deren Vorsitz er innehatte», und es sei «unwahrscheinlich, dass er sie hätte umgehen können oder dass er sie aus lauter Verzweiflung fallengelassen hätte. Dagegen spricht seine gesamte politische Laufbahn» (*The Road to Pearl Harbor*, S. 274f.).

## ANMERKUNGEN

- <sup>160</sup> Siehe beispielsweise Toland, *The Rising Sun*, Anm. zu S. 141,145; Morley, *The Final Confrontation*, S. 319.
- <sup>161</sup> Langer/Gleason, *The Undeclared War*, S. 721.
- <sup>162</sup> Iriye, *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, S. 178 f.

### 9 Berlin, Herbst 1941

- <sup>1</sup> Haffner, *Von Bismarck zu Hitler*, S. 293; vgl. auch Syring, «Hitlers Kriegserklärung an Amerika vom 11. Dezember 1941», S. 683.
- <sup>2</sup> Hitler, *Reden und Proklamationen 1932-1945*, S. 1809.
- <sup>3</sup> Die Kriegserklärung ist abgedruckt in ebd., S. 1808, Anm. 543; ADAP, Serie D, Bd. 13.2, Dok. 577, S. 817; vgl. auch Schmidt, *Statist auf politischer Bühne 1923-45*, S. 554.
- <sup>4</sup> *Meldungen aus dem Reich*, S. 198.
- <sup>5</sup> Flannery, *Assignment to Berlin*, S. 291.
- <sup>6</sup> *Mein Tagebuch*, S. 64.
- <sup>7</sup> Zit. in Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 321.
- <sup>8</sup> Hosenfeld, «Ich versuche jeden zu retten», S. 561.
- <sup>9</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 453 (Eintrag vom 8. Dezember 1941).
- <sup>10</sup> Von Below, *Als Hitlers Adjutant 1937-1945*, S. 296.
- <sup>11</sup> Dönitz, *Zehn Jahre und zwanzig Tage*, S. 190.
- <sup>12</sup> Warlimont, *Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 39-45*, S. 221 f.
- <sup>13</sup> Ebd., S. 217.
- <sup>14</sup> Ebd., S. 64.
- <sup>15</sup> Ribbentrop, *Zwischen London und Moskau*, S. 250.
- <sup>16</sup> Von Weizsäcker, *Erinnerungen*, S. 328.
- <sup>17</sup> Noch am 24. Februar 1945 sprach Hitler vom «unbegrenzten Raum» der Vereinigten Staaten, «auf dem sie ihre Energien ungehemmt ausarbeiten können», als Modell, das er für Deutschland in Europa nachahmen wollte, um «ihm eines Tages die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern in dem seiner Bevölkerungszahl angemessenen Lebensraum», denn ein grosses Volk, fügte er hinzu, «brauche ausreichenden Lebensraum» (Hitler, *Hitlers politisches Testament*, S. 104). Zu textlichen Problemen mit dieser Quelle siehe Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 1276-1278, Anm. 121.
- <sup>18</sup> Hitler, *Reden, Schriften, Anordnungen*, Bd. 3.1, S. 161 (18. Oktober 1928).
- <sup>19</sup> Ebd., Bd. 4.1, S. 417 (25. Juni 1931).
- <sup>20</sup> Die Darstellung in diesem Absatz stützt sich auf Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 87-103.
- <sup>21</sup> Ebd., S. 34-36.
- <sup>22</sup> Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924*, S. 96 f., 99.
- <sup>23</sup> Hitler, *Mein Kampf*, S. 722 f.

- <sup>24</sup> Aigner, »Hitler und die Weltherrschaft«, S. 62.
- <sup>25</sup> Siehe Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 95 f.; Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, S. 21; ders., »Hitler's Image of the United States«, S. 1009.
- <sup>26</sup> Hitler, *Hitlers zweites Buch*, S. 127, 130 f.
- <sup>27</sup> Die in fehlerhaften und ungläubwürdigen Quellen wie Edouard Calics *Ohne Maske* und Hermann Rauschnings *Gesprächen mit Hitler* überlieferten Bemerkungen Hitlers über die Vereinigten Staaten können nicht als authentisch angesehen werden.
- <sup>28</sup> Hanfstaengl, *Hitler*, S. 188.
- <sup>29</sup> Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 93 f.; Hillgruber, »Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941«, S. 4; Weinberg, »Hitler's Image of the United States«, S. 1010–1012.
- <sup>30</sup> Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, S. 133–158, insbesondere S. 145, 149, 157.
- <sup>31</sup> Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 183–246.
- <sup>32</sup> *Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler*, Teil 1, Bd. 1, S. 317; vgl. Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 183 f.
- <sup>33</sup> *IMG*, Bd. 25, Dok. 386 (Hoßbach-Niederschrift), S. 402–413.
- <sup>34</sup> *ADAP*, Serie D, Bd. 1, Dok. 423, S. 535; Hillgruber, »Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941«, S. 7; zur »Quarantänered«<sup>e</sup>, die sich vor allem gegen Japan richtete, siehe Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 148.
- <sup>35</sup> Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 246–259.
- <sup>36</sup> Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 314; Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 258 f.
- <sup>37</sup> Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 14 f.
- <sup>38</sup> Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 332.
- <sup>39</sup> Hitler, »Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10. November 1938)«, S. 191.
- <sup>40</sup> *ADAP*, Serie D, Bd. 4, Dok. 158, S. 168; Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 15.
- <sup>41</sup> Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 1058; Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 333 f.
- <sup>42</sup> Zu Roosevelts Bemerkung, die er privat machte, die aber zur Presse durchsickerte, siehe Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 181; zur Reaktion der deutschen Zeitungen siehe Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 261.
- <sup>43</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 84 f.; Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 1, S. 621.
- <sup>44</sup> Von Below, *Als Hitlers Adjutant 1937–1945*, S. 161.
- <sup>45</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 87.
- <sup>46</sup> Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 1148–1179 (die Passagen über Roosevelts »Antworten« finden sich auf S. 1166–1179).
- <sup>47</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 1, Bd. 6, S. 332 (Eintrag

- vom 29. April 1941); zur positiven Aufnahme der Rede in Deutschland vgl. Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 263–266.
- <sup>48</sup> Shirer, *Berliner Tagebuch*, S. 160 (Eintrag vom 28. April 1939). Shirer hatte recht, als er annahm, dass Hitlers Ausführungen bei Isolationisten gut ankommen würden (siehe Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 89).
- <sup>49</sup> Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 36; Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 271–277.
- <sup>50</sup> Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 40–43, 45 f.; *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945*, S. 82 (23. Februar 1940).
- <sup>51</sup> *KTB OKW*, Bd. 1, S. 108E; Hillgruber, »Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941«, S. 8.
- <sup>52</sup> *ADAP*, Serie D, Bd. 8, Dok. 172, S. 140 f. (1. Oktober 1939), Dok. 405, S. 369 (1. Dezember 1939); Hillgruber, »Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941«, S. 9.
- <sup>53</sup> *ADAP*, Serie D, Bd. 7, Dok. 378, S. 314 f. (28. August 1939); Hillgruber, »Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941«, S. 9.
- <sup>54</sup> Von Below, *Als Hitlers Adjutant 1937–1945*, S. 200.
- <sup>55</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 1, S. 86–90.
- <sup>56</sup> *ADAP*, Serie D, Bd. 9, Dok. 192, S. 224; Hillgruber, »Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941«, S. 9.
- <sup>57</sup> Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 516.
- <sup>58</sup> *ADAP*, Serie D, Bd. 10, Dok. 199, S. 213 f.; Hillgruber, »Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941«, S. 12.
- <sup>59</sup> Michalka, »Vom Antikominternpakt zum euro-asiatischen Kontinentalblock«.
- <sup>60</sup> Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 79.
- <sup>61</sup> Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 281.
- <sup>62</sup> Ebd., S. 284–286.
- <sup>63</sup> *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945*, S. 173 (27. Dezember 1940).
- <sup>64</sup> *ADAP*, Serie D, Bd. 11.2, Dok. 633, S. 884.
- <sup>65</sup> Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 113.
- <sup>66</sup> Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 1661.
- <sup>67</sup> *KTB OKW*, Bd. 1, S. 257 f.; Hillgruber, *Hitlers Strategie*, S. 364.
- <sup>68</sup> *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945*, S. 184.
- <sup>69</sup> Zit. in Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 115.
- <sup>70</sup> Zit. in ebd., S. 258, Anm. 62.
- <sup>71</sup> Engel, *Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943*, S. 99 (Eintragung vom 24. März 1941).
- <sup>72</sup> Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 136 f.
- <sup>73</sup> *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945*, S. 229 (22. Mai 1941); Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 138–140; Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 122–129.
- <sup>74</sup> Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 129–132, 138–144.

- <sup>75</sup> Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, S. 240 (6. Juni 1941).
- <sup>76</sup> Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 148 f.
- <sup>77</sup> Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, S. 263 (21. Juni 1941).
- <sup>78</sup> Hitler, *Hitlers Weisungen für die Kriegführung*, S. 121 (5. März 1941).
- <sup>79</sup> ADAP, Serie D, Bd. 12.1, Dok. 78, S. 114–124.
- <sup>80</sup> Siehe Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 129, 135.
- <sup>81</sup> ADAP, Serie D, Bd. 12.1, Dok. 218, S. 314.
- <sup>82</sup> Ebd., Dok. 222, S. 317–324.
- <sup>83</sup> Ebd., Dok. 266, S. 376.
- <sup>84</sup> Ebd., Bd. 12.2, Dok. 496, S. 647–650; Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 320 (Eintrag vom 12. Mai 1941).
- <sup>85</sup> ADAP, Serie D, Bd. 12, Dok. 596, S. 805–807.
- <sup>86</sup> KTB OKW, Bd. 1, S. 996.
- <sup>87</sup> Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, S. 264 (9. Juli 1941).
- <sup>88</sup> Ebd.
- <sup>89</sup> Ebd., S. 271 (25. Juli 1941).
- <sup>90</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 3, S. 38.
- <sup>91</sup> Hitler, *Hitlers Weisungen für die Kriegführung*, S. 159–162.
- <sup>92</sup> Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, S. 229 (22. Mai 1941); Hillgruber, »Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941«, S. 18.
- <sup>93</sup> Jäckel, *Hitler in History*, S. 72.
- <sup>94</sup> Hillgruber (Hg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 292–303; vgl. Hillgruber, »Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941«, S. 17.
- <sup>95</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 1, S. 263 (Eintrag vom 19. August 1941).
- <sup>96</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 3, S. 170 (Eintrag vom 11. August 1941).
- <sup>97</sup> Siehe Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 557–566.
- <sup>98</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 1, S. 236 f. (Eintrag vom 15. August 1941); zur deutschen Propaganda gegen die Atlantikcharta siehe Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 180–182; Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 312 f.
- <sup>99</sup> ADAP, Serie D, Bd. 13.1, Dok. 209, S. 267.
- <sup>100</sup> Telegramm von Böttichers, Nr. 2752, 14. August 1941, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin, Büro des Staatssekretärs, USA: R 29805.
- <sup>101</sup> Zu Churchills Kritikern in dieser Phase siehe Charmley, *Churchill*, S. 499 f.
- <sup>102</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 1, S. 263 (Eintrag vom 19. August 1941).
- <sup>103</sup> Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, S. 283 (22. August 1941).



## ANMERKUNGEN

- <sup>104</sup> Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 183-194.
- <sup>105</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 1, S. 367 f., 370 f., 375 f. (Einträge vom 6.-8. September 1941), Zitat auf S. 376.
- <sup>106</sup> Ebd., S. 407f., 417 (Einträge vom 13. und 14. August 1941).
- <sup>107</sup> *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939-1945*, S. 286 (17. September 1941).
- <sup>108</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 3, S. 219 (Eintrag vom 10. September 1941); Jäckel, *Hitler in History*, S. 75; von Weizsäcker, *Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950*, S. 268 (Eintrag vom 6. September 1941).
- <sup>109</sup> ADAP, Serie D, Bd. 13.1, Dok. 316, S. 411-413; Jäckel, *Hitler in History*, S. 75.
- <sup>110</sup> Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 191, 194.
- <sup>111</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 136 (Zitat), 149 (Einträge vom 18. und 21. Oktober 1941).
- <sup>112</sup> Ebd., S. 140, 145 (Einträge vom 19. und 20. Oktober 1941); Bailey/Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 202.
- <sup>113</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 216 (Zitat), 223 (Einträge vom 1. und 2. November 1941).
- <sup>114</sup> Hitler, *Reden und Proklamationen 1932-1945*, S. 1778.
- <sup>115</sup> *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939-1945*, S. 307 (13. November 1941); Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 201.
- <sup>116</sup> Carr, *Von Polen bis Pearl Harbor*, S. 223 F.
- <sup>117</sup> Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942*, S. 145 (10. September 1941); Hillgruber (Hg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 319 (Unterredung mit Ciano, 25. Oktober 1941); Hillgruber, «Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938-1941», S. 18.
- <sup>118</sup> Von Weizsäcker, *Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950*, S. 274 (Eintrag vom 21. Oktober 1941); ders., *Erinnerungen*, S. 326.
- <sup>119</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 180 (Eintrag vom 26. Oktober 1941).
- <sup>120</sup> ADAP, Serie D, Bd. 13.2, Dok. 434, S. 586 f.; Jäckel, *Hitler in History*, S. 77.
- <sup>121</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 240 (Eintrag vom 6. November 1941).
- <sup>122</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin, Büro des Staatssekretärs, Japan: R 29561; Jäckel, *Hitler in History*, S. 75; vgl. auch ADAP, Serie D, Bd. 13, Dok. 451, S. 610, Anm. 4.
- <sup>123</sup> ADAP, Serie D, Bd. 13.2, Dok. 480, S. 653; vgl. auch Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 210; Krebs, «Deutschland und Pearl Harbor», S. 341 f.
- <sup>124</sup> ADAP, Serie D, Bd. 13.2, Dok. 487, S. 660; Jäckel, *Hitler in History*, S. 76; Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 210; Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 762 f. Es überrascht nicht, dass Ott Ribbentrops Antwort als Zusage verstand, Japan auch unter Umständen zu unterstützen, die im Dreimächtepakt nicht vorgesehen waren, das heisst im Fall einer japanischen Aggression (Krebs, «Deutschland und Pearl Harbor», S. 342).

- <sup>125</sup> ADAP, Serie D, Bd. 13.2, Dok. 492, S. 665; Jäckel, *Hitler in History*, S. 77.
- <sup>126</sup> Hillgruber (Hg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 256 f. (4. April 1941).
- <sup>127</sup> Nobutaka (Hg.), *Japan's Decision for War*, S. 241 f. (12. November 1941).
- <sup>128</sup> Von Weizsäcker, *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, S. 277 (Eintrag vom 23. November 1941).
- <sup>129</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 308 (Eintrag vom 18. November 1941).
- <sup>130</sup> Hitler war vom 27. bis 29. November drei Tage lang von Gesprächen mit ausländischen Würdenträgern in Anspruch genommen, die zur Feier der Erweiterung des Antikominternpakts von 1936 in Berlin weilten (Hauner, *Hitler*, S. 171). Möglicherweise verzögerte dies die Antwort auf Okamotos Demarche.
- <sup>131</sup> ADAP, Serie D, Bd. 13.2, Dok. 506, S. 693 f.; Bloch, *Ribbentrop*, S. 346.
- <sup>132</sup> *The »MAGIC« Background of Pearl Harbor*, Bd. 4, Anhang, S. A383; ADAP, Serie D, Bd. 13.2, Dok. 512, S. 709; Jäckel, *Hitler in History*, S. 79; zur Frage der Echtheit von Hitlers Äußerung siehe Krebs, »Deutschland und Pearl Harbor«, S. 346 f.; Syring, »Hitlers Kriegserklärung an Amerika vom 11. Dezember 1941«, S. 688 f. Gerhard Krebs zitiert aus Oshimas Telegramm nach Tokio vom 29. November, in dem es heißt: »Ich habe bestätigt gefunden, dass er, falls in den japanisch-amerikanischen Beziehungen ein Konflikt entstehen sollte, Japan mit ganzer Kraft unterstützen wird« (Krebs, »Deutschland und Pearl Harbor«, S. 369).
- <sup>133</sup> IMG, Bd. 31, Dok. 2898-PS, S. 268; Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 210 f.
- <sup>134</sup> Zit. in Toland, *Hitler*, S. 817; *Nazi Conspiracy and Aggression*, Bd. 6, Dok. 3598-PS.
- <sup>135</sup> *The »MAGIC« Background of Pearl Harbor*, Bd. 4, Anhang, S. A387 f.; Jäckel, *Hitler in History*, S. 80; vgl. auch Boyd, *Hitler's Japanese Confidant*, S. 36. Enrico Syring lässt die unter Historikern umstrittene Frage offen, ob das Datum der 1. oder 2. Dezember war (»Hitlers Kriegserklärung an Amerika vom 11. Dezember 1941«, S. 689, vgl. auch S. 695, Anm. 57). Doch davon hängt nicht viel ab.
- <sup>136</sup> Krebs, »Deutschland und Pearl Harbor«, S. 352 f.; Jäckel, *Hitler in History*, S. 80 f.; Bloch, *Ribbentrop*, S. 346.
- <sup>137</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 376–378 (Einträge vom 3. und 5. Dezember 1941).
- <sup>138</sup> ADAP, Serie D, Bd. 13.2, Dok. 546, S. 779 f.; Jäckel, *Hitler in History*, S. 81; Krebs, »Deutschland und Pearl Harbor«, S. 352 f.
- <sup>139</sup> Von Weizsäcker, *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, S. 279 (Eintrag vom 6. Dezember 1941).
- <sup>140</sup> Von Weizsäcker, *Erinnerungen*, S. 327; Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 468 (Eintrag vom 10. Dezember 1941).
- <sup>141</sup> Von Weizsäcker, *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, S. 278 f. (Eintrag vom 6. Dezember 1941).
- <sup>142</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 3, S. 332 (Eintrag vom 7. Dezember 1941).

- <sup>143</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 439 (Eintrag vom 6. Dezember 1941).
- <sup>144</sup> Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 211.
- <sup>145</sup> Von Weizsäcker, *Erinnerungen*, S. 328; zu Jodls Überraschung und seiner Behauptung, Hitler sei ebenso überrascht gewesen, siehe: *IMG*, Bd. 15, S. 435.
- <sup>146</sup> Schmidt, *Statist auf politischer Bühne 1923–45*, S. 553.
- <sup>147</sup> Ciano, *Tagebücher*, Bd. 2, S. 378 (Eintrag vom 8. Dezember 1941).
- <sup>148</sup> Von Weizsäcker, *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, S. 279 f. (Eintrag vom 8. Dezember 1941).
- <sup>149</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 452 f. (Eintrag vom 8. Dezember 1941).
- <sup>150</sup> Walter Hewel, *Tagebuch*, Institut für Zeitgeschichte, München, ED 100 (Eintrag vom 8. Dezember 1941); Irving, *Hitlers Krieg*, S. 416 f.
- <sup>151</sup> Von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, S. 549.
- <sup>152</sup> Keitel, *Generalfeldmarschall Keitel*, S. 285. Auch Otto Dietrich bemerkte Hitlers augenblicklichen Stimmungsumschwung nach dem Eingang der Nachricht über Pearl Harbor (*12 Jahre mit Hitler*, S. 85).
- <sup>153</sup> Warlimont, *Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 39–45*, S. 221.
- <sup>154</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 469 (Eintrag vom 10. Dezember 1941).
- <sup>155</sup> Von Below, *Als Hitlers Adjutant 1937–1945*, S. 296.
- <sup>156</sup> Unveröffentlichte Notizen und Tonbandaufnahmen eines von Hans Mommsen geführten Interviews mit Wolfgang Brocke, 25. April 1997. Ich danke Professor Mommsen dafür, dass er mir dieses Material zugänglich gemacht hat.
- <sup>157</sup> Keitel, *Generalfeldmarschall Keitel*, S. 285.
- <sup>158</sup> Weinberg, *Eine Welt in Waffen*, S. ; Jäckel, *Hitler in History*, S. 82; Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 212.
- <sup>159</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 464 f. (Eintrag vom 10. Dezember 1941).
- <sup>160</sup> *IMG*, Bd. 10, S. 337; Ribbentrop, *Zwischen London und Moskau*, S. 250.
- <sup>161</sup> Siehe Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 1806 f.
- <sup>162</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 494 (Eintrag vom 13. Dezember 1941).
- <sup>163</sup> Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 1807.
- <sup>164</sup> Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 212.
- <sup>165</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 476 (Eintrag vom 11. Dezember 1941).
- <sup>166</sup> Ebd., S. 468 (Eintrag vom 10. Dezember 1941).
- <sup>167</sup> *Nazi Conspiracy and Aggression*, Anhangband B, S. 1199; vgl. Overy, *Verhöre*, S. 317. Mit etwas anderem Wortlaut in Ribbentrop, *Zwischen London und Moskau*, S. 250: »Wir müssen jetzt die Konsequenzen ziehen, sonst wird uns Japan das nie verzeihen.«
- <sup>168</sup> Ebd., S. 249.

- 169 ADAP, Serie D, Bd. 13.2, Dok. 569, S. 809; Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 212.
- 170 ADAP, Serie D, Bd. 13, Dok. 562, S. 799; Jäckel, *Hitler in History*, S. 82.
- 171 Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 1809 f.
- 172 Jäckel, *Hitler in History*, S. 86.
- 173 Syring, »Hitlers Kriegserklärung an Amerika vom 11. Dezember 1941«, S. 691.
- 174 Jäckel, *Hitler in History*, S. 83; Syring, »Hitlers Kriegserklärung an Amerika vom 11. Dezember 1941«, S. 688.
- 175 Siehe Syring, »Hitlers Kriegserklärung an Amerika vom 11. Dezember 1941«, S. 692; Gassert, *Amerika im Dritten Reich*, S. 317.
- 176 Von Weizsäcker, *Erinnerungen*, S. 328.
- 177 Von Weizsäcker, *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, S. 280 (Eintrag vom 10. Dezember 1941).
- 178 Siehe Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 433, 439 (Einträge vom 5. und 6. Dezember 1941).
- 179 Ebd., S. 468 (Eintrag vom 10. Dezember 1941).
- 180 Hillgruber, *Hitlers Strategie*, S. 554.
- 181 Dönitz, *Zehn Jahre und zwanzig Tage*, S. 209–215. Dennoch beklagte sich Dönitz darüber, dass ihm für diesen Zweck nur wenige U-Boote zur Verfügung standen, da auch im Mittelmeer und zum Schutz von Norwegen U-Boote benötigt wurden.
- 182 Kahn, *Hitler's Spies*, S. 83 f.
- 183 Am 3. Januar 1942 bemerkte Hitler gegenüber Oshima, wenn Deutschland und Japan zusammen darauf hinarbeiten würden, dass »England Indien verliert, stürzt eine Welt ein. Indien ist der Kern des englischen Empire« (zit. in Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 764).
- 184 Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 762.
- 185 Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, Bd. 2, S. 1099 f.
- 186 Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 408.
- 187 Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, S. 312.
- 188 Freidel, *Franklin D. Roosevelt*, S. 407.
- 189 Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 565–569.
- 190 Weinberg, *Eine Welt in Waffen*, S. 365.
- 191 David M. Kennedy zieht dagegen den Schluss, dass Roosevelt »mangels einer solchen rechtsgültigen Erklärung möglicherweise der Forderung nicht hätte widerstehen können, das Schwergewicht der amerikanischen Anstrengungen in den Pazifik zu verlegen, wo man in Gestalt Japans gegen einen förmlich anerkannten Gegner kämpfte, anstatt im Atlantik einen nicht erklärten Krieg gegen die Deutschen zu führen« (*Freedom from Fear*, S. 524).
- 192 Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 543; Dear/Foot (Hg.), *The Oxford Companion to the Second World War*, S. 860.
- 193 Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3.2, S. 269.
- 194 Hillgruber (Hg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 329 (Gespräch

mit dem dänischen Außenminister Erik Scavenius, 27. November 1941); zu einer ähnlichen Äußerung gegenüber seinem Gefolge siehe Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942*, S. 171 (27. Januar 1942).

10 *Berlin/Ostpreußen, Sommer und Herbst 1941*

- 1 Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 498 f. (Eintrag vom 13. Dezember 1941).
- 2 Krausnick/Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges*, S. 619.
- 3 Benz, *Dimension des Völkermords*, S. 17.
- 4 Roseman, *Die Wannsee-Konferenz*, S. 174 f.
- 5 Bloxham, »The Armenian Genocide of 1915-16«, S. 141–143, 146, 186–191; Naimark, *Flammender Hass*, S. 31–53.
- 6 Siehe Wistrich, *Hitler und der Holocaust*, S. 330 f.
- 7 Naimark, *Flammender Hass*, S. 49 f.
- 8 Mann, *Die dunkle Seite der Demokratie*, S. 204–206, 208; Bloxham, »The Armenian Genocide of 1915-16«, S. 152; vgl. auch Naimark, *Flammender Hass*, S. 42–44.
- 9 Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 1058.
- 10 Hitler, *Hitlers Briefe und Notizen*, S. 360 f.
- 11 Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, S. 89 f.
- 12 Hitler, *Mein Kampf*, S. 772.
- 13 IMG, Bd. 29, Dok. 1816-PS, S. 538 f.
- 14 Zit. in Graml, *Reichskristallnacht*, S. 187.
- 15 Zu Eichmanns Karriere siehe Cesarani, *Adolf Eichmann*, Kap. 1-3.
- 16 Siehe vor allem Wildt, *Generation des Unbedingten*, zu Karrieremöglichkeiten insbesondere S. 163–189.
- 17 Kulka, »Die deutsche Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus und die ›Endlösung‹«, S. 628 f.; ders., »Critique of Judaism in European Thought«, S. 128 f.; zum »Erlösungsantisemitismus« vgl. auch Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 1, S. 98, 101–105.
- 18 IMG, Bd. 29, S. 145 f.
- 19 Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 3, S. 561 (Eintrag vom 27. März 1942).
- 20 Damit möchte ich mich jedoch nicht den umstrittenen Behauptungen von Daniel Jonah Goldhagen anschließen, der den spezifischen Weg Deutschlands zum Völkermord hervorhebt, indem er erklärt, der »eliminatorische Antisemitismus« sei im 19. und frühen 20. Jahrhundert »in allen sozialen Klassen und Sektoren der deutschen Gesellschaft weit verbreitet [gewesen], eingebettet in das deutsche kulturelle und politische Leben, in das öffentliche ›Gespräch‹, in die moralische und politische Struktur der Gesellschaft« (*Hitlers willige Vollstrecker*, S. 104).

- <sup>21</sup> Kershaw, *Hitler*, Bd. 1, S. 66–69.
- <sup>22</sup> Poliakov, *Geschichte des Antisemitismus*, Bd. 7, S. 68–84.
- <sup>23</sup> Nipperdey, *Deutsche Geschichte, 1866–1918*, Bd. 2, S. 295.
- <sup>24</sup> Ebd., S. 299, 305; Mosse, *Ein Volk, ein Reich, ein Führer*, S. 104–109, 124; Hitler, *Reden, Schriften, Anordnungen*, Bd. 4.1, S. 133.
- <sup>25</sup> Siehe Nipperdey, *Deutsche Geschichte, 1866–1918*, Bd. 2, S. 289–311.
- <sup>26</sup> Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, S. 89.
- <sup>27</sup> Otto Dov Kulka macht als Grundlage der revolutionären Ideologie in Wagners Schriften eine frühe Form des messianischen Erlösungsantisemitismus aus (»Richard Wagner und die Anfänge des modernen Antisemitismus«, S. 281–300).
- <sup>28</sup> Herbert, »Generation der Sachlichkeit«, S. 115–144; Wildt, *Generation des Unbedingten*.
- <sup>29</sup> Gay, »In Deutschland zu Hause«, S. 31–43.
- <sup>30</sup> Hitler, *Monologe im Führerhauptquartier*, S. 108 (25. Oktober 1941).
- <sup>31</sup> Broszat, »Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus«, S. 403.
- <sup>32</sup> Zu der Formulierung »dem Führer entgegen arbeiten« siehe Kershaw, *Hitler*, Bd. 1, S. 665–667.
- <sup>33</sup> Siehe Schleunes, *The Twisted Road*.
- <sup>34</sup> Kulka/Jäckel (Hg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945*, S. 372 f. (aus dem SD-Bericht über das deutsche Judentum für das Jahr 1938).
- <sup>35</sup> Wildt, *Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938*, S. 32 f.
- <sup>36</sup> Barkai, *Vom Boykott zur »Entjudung«*, S. 156.
- <sup>37</sup> Longerich (Hg.), *Die Ermordung der europäischen Juden*, S. 45.
- <sup>38</sup> Siehe die Berichte der Behörden des Regimes selbst in Kulka/Jäckel (Hg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945*, S. 304–378; zu einer eingehenden Analyse siehe Korb, »Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die Novemberpogrome im Spiegel amtlicher Berichte«.
- <sup>39</sup> Kulka/Jäckel (Hg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945*, S. 367 f., 372 f.
- <sup>40</sup> Gówna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Gerichtsverhandlung gegen Artur Greiser, Bd. 27, Bl. 167, Warschau, Justizministerium.
- <sup>41</sup> Browning, *Entfesselung der »Endlösung«*, S. 50–54.
- <sup>42</sup> Ebd., S. 65–74.
- <sup>43</sup> Ebd., S. 79 f.
- <sup>44</sup> Zit. in ebd., S. 78.
- <sup>45</sup> Ebd., S. 103.
- <sup>46</sup> Ebd., S. 115.
- <sup>47</sup> Brechten, »Madagaskar für die Juden«, S. 16.
- <sup>48</sup> Browning, *Entfesselung der »Endlösung«*, S. 95.
- <sup>49</sup> Helmut Krausnick, »Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremd-

## ANMERKUNGEN

- völkischen im Osten (Mai 1940)», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 5 (1957), S. 197.
- <sup>50</sup> Browning, *Entfesselung der «Endlösung»*, S. 116,134.
- <sup>51</sup> Ebd., S. 133.
- <sup>52</sup> Ebd., S. 77.
- <sup>53</sup> Ebd., S. 140.
- <sup>54</sup> Heiber, «Der Generalplan Ost».
- <sup>55</sup> Engel, *Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943*, S. 94 f.
- <sup>56</sup> Zit. in Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 287; Aly, «*Endlösung*», S. 269; Browning, *Entfesselung der «Endlösung»*, S.; vgl. auch Husson, «Nous pouvons vivre sans les Juifs»: Novembre 1941», S. 71-73. Ich danke Edouard Husson für die Bereitstellung einer Kopie von Danneckers Denkschrift aus dem Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris (Signatur: DCL1-2, V-59).
- <sup>57</sup> Aly, «*Endlösung*», S. 196-200.
- <sup>58</sup> Ebd., S. 200.
- <sup>59</sup> Ebd., S. 268; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 287.
- <sup>60</sup> Aly, «*Endlösung*», S. 270 f.; Browning, *Entfesselung der «Endlösung»*, S. 163.
- <sup>61</sup> Frank, *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945*, 332 f., 336 f.
- <sup>62</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 1, Bd. 9, S. 193 (Eintrag vom 18. März 1941).
- <sup>63</sup> Zu den in diesem Absatz erwähnten Entwicklungen siehe Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 470-478.
- <sup>64</sup> *KTB OKW*, Bd. 1, S. 341.
- <sup>65</sup> Aly, «*Endlösung*», S. 270.
- <sup>66</sup> Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf*, S. 329 f.
- <sup>67</sup> Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 336-341.
- <sup>68</sup> Ebd., S. 347.
- <sup>69</sup> Hitler, *Reden und Proklamationen 1932-1945*, S. 1663.
- <sup>70</sup> Zit. in Bartov, *The Eastern Front 1941-45*, S. 116 f.
- <sup>71</sup> Matthäus, «Das ‚Unternehmen Barbarossa‘ und der Beginn der Judenvernichtung, Juni-Dezember 1941», S. 360 f.
- <sup>72</sup> Longerich (Hg.), *Die Ermordung der europäischen Juden*, S. 116-118; Krausnick / Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges*, S. 164.
- <sup>73</sup> Matthäus, «Das «Unternehmen Barbarossa» und der Beginn der Judenvernichtung, Juni-Dezember 1941», S. 379.
- <sup>74</sup> Ebd., S. 372-374; Breitman, *Der Architekt der «Endlösung»*, S. 241.
- <sup>75</sup> Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 345-348.
- <sup>76</sup> Krausnick/Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges*, S. 163.
- <sup>77</sup> Siehe Matthäus, «Das «Unternehmen Barbarossa» und der Beginn der Judenvernichtung, Juni-Dezember 1941», S. 391-405.
- <sup>78</sup> Krausnick/Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges*, S. 196.
- <sup>79</sup> Siehe Browning, *Entfesselung der «Endlösung»*, S. 453,458 f.

- <sup>80</sup> Himmler, *Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42*, S. 184 f.
- <sup>81</sup> Hitler, »Führer-Erlasse« 1939–1945, S. 188 f. (17. Juli 1941).
- <sup>82</sup> IMG, Bd. 38, Dok. 221-L, S. 86–94.
- <sup>83</sup> Himmler, *Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42*, S. 185.
- <sup>84</sup> Browning, *The Path to Genocide*, S. 105 f.; Breitman, *Der Architekt der »Endlösung«*, S. 260–263, 274; Büchler, »Kommandostab Reichsführer-SS«, S. 11–25; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 362–366.
- <sup>85</sup> Matthäus, »Das ›Unternehmen Barbarossa‹ und der Beginn der Judenvernichtung, Juni–Dezember 1941«, S. 407.
- <sup>86</sup> Zit. in Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 367; Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 560; Matthäus, »Das ›Unternehmen Barbarossa‹ und der Beginn der Judenvernichtung, Juni–Dezember 1941«, S. 410.
- <sup>87</sup> Siehe Hilberg, »The Kommandostab Revisited«, S. 360–362.
- <sup>88</sup> Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 560–566; Matthäus, »Das ›Unternehmen Barbarossa‹ und der Beginn der Judenvernichtung, Juni–Dezember 1941«, S. 410 f.
- <sup>89</sup> Hitler, *Monologe im Führerhauptquartier*, S. 106 (25. Oktober 1941).
- <sup>90</sup> Fleming, *Hitler und die Endlösung*, S. 58.
- <sup>91</sup> Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 573 f.
- <sup>92</sup> Streim, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im »Fall Barbarossa«*, S. 85 f.
- <sup>93</sup> Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 567–569.
- <sup>94</sup> Matthäus, »Das ›Unternehmen Barbarossa‹ und der Beginn der Judenvernichtung, Juni–Dezember 1941«, S. 413, 715 Anm. 213; Breitman, *Der Architekt der »Endlösung«*, S. 278–280; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 372 f.
- <sup>95</sup> Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 573 f. und Anm. 435.
- <sup>96</sup> Siehe Streim, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im »Fall Barbarossa«*, S. 89–93.
- <sup>97</sup> Roseman, *Die Wannsee-Konferenz*, S. 175; Aly, »Endlösung«, S. 302 f. und Anm. 10.
- <sup>98</sup> Allein in Ostgalizien kam nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion eine weitere halbe Million Juden unter NS-Herrschaft (Browning, *Entfesselung der »Endlösung«*, S. 499).
- <sup>99</sup> Walter Hewel, Tagebuch, Institut für Zeitgeschichte, München, ED 100 (Eintrag vom 10. Juli 1941); Irving, *Hitlers Krieg*, S. 347; Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 627.
- <sup>100</sup> Hillgruber (Hg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, S. 310; Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 628; Browning, *Entfesselung der »Endlösung«*, S. 455.
- <sup>101</sup> Zit. in Aly, »Endlösung«, S. 285; zu der überzeugenden Annahme, dass die auf der Wannseekonferenz im Januar 1942 vorgelegten Zahlen weitgehend die Planungsperspektive von Juni und Juli 1941 wiedergaben, siehe ebd., S. 301–306.
- <sup>102</sup> IMG, Bd. 26, Dok. 710-PS, S. 267.
- <sup>103</sup> Aly, »Endlösung«, S. 273, 328; Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 629.



- <sup>104</sup> Zit. in Browning, *Entfesselung der »Endlösung«*, S. 461.
- <sup>105</sup> Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 632.
- <sup>106</sup> Browning, *Entfesselung der »Endlösung«*, S. 461.
- <sup>107</sup> Aly, *»Endlösung«*, S. 338; Browning, *Entfesselung der »Endlösung«*, S. 466.
- <sup>108</sup> Longerich (Hg.), *Die Ermordung der europäischen Juden*, S. 157.
- <sup>109</sup> Ebd., S. 74.
- <sup>110</sup> Kershaw, *»Improvised Genocide?«*, S. 62–71.
- <sup>111</sup> Browning, *Entfesselung der »Endlösung«*, S. 474.
- <sup>112</sup> Ebd., S. 537 f. (Ausgangsorte sowie Abfahrts- und Ankunftsdaten der Deportationszüge).
- <sup>113</sup> Ebd., S. 444, 492–496, 500, 505.
- <sup>114</sup> Ebd., S. 533.
- <sup>115</sup> Gerlach, *»Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden«*, S. 100 f.; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 462 f.
- <sup>116</sup> Diese plausible Annahme vertritt Edouard Husson in seiner ausgezeichneten kurzen Studie *»Nous pouvons vivre sans les Juifs«: Novembre 1941«*, S. 145–155.
- <sup>117</sup> Hitler, *Monologe im Führerhauptquartier*, S. 125 f., 130 f.
- <sup>118</sup> Hitler, *Reden und Proklamationen 1932–1945*, S. 1772 f., 1781.
- <sup>119</sup> Hitler, *Monologe im Führerhauptquartier*, S. 148.
- <sup>120</sup> Roseman, *Die Wannsee-Konferenz*, S. 83.
- <sup>121</sup> Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 2, Bd. 2, S. 498 (Eintrag vom 13. Januar 1941).
- <sup>122</sup> Frank, *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945*, S. 457 f.; Browning, *Entfesselung der »Endlösung«*, S. 583 f.; vgl. auch Musial, *Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement*, S. 218–220.
- <sup>123</sup> Protokoll des Prozesses gegen Adolf Eichmann in Jerusalem, BA Koblenz, All. Proz. 6/57, Sitzung 78, 23. Juni 1961, S. Kk1. An einem anderen Verhandlungstag gestand Eichmann ein, dass in der Konferenz von »Töten und Eliminieren und Vernichten« gesprochen worden sei (ebd., All. Proz. 6/78, Sitzung 107, 24. Juli 1961, S. E1). Die plausibelste Erklärung für die absichtlich vage gehaltenen Formulierungen des Protokolls gibt Mark Roseman (*Die Wannsee-Konferenz*, S. 98–113).
- <sup>124</sup> Die Zivilverwaltung im Generalgouvernement nahm mit ihren organisatorischen Vorbereitungen bereits die »Endlösung« voraus (Musial, *Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement*, S. 220–222).
- <sup>125</sup> Roseman, *Die Wannsee-Konferenz*, S. 110.
- <sup>126</sup> Es ist weit plausibler, dies als Ausweitung des Mordprogramms zu betrachten, als darin das Ergebnis einer erst zu diesem Zeitpunkt, im Juni 1942, gefällten Grundsatzentscheidung für die Durchführung der »Endlösung« zu sehen (siehe Brayard, *La »solution finale de la question juive«*, insbesondere S. 16–18, 30–38).

## ANMERKUNGEN

<sup>127</sup> So der Untertitel von Richard Breitmans beeindruckendem Buch *Heinrich Himmler*.

<sup>128</sup> Jäckel, «From Barbarossa to Wannsee».

<sup>129</sup> Himmler an Gottlob Berger, 28. Juli 1942, in: Berlin Document Center, SS-HO, 933.

<sup>130</sup> Fleming, *Hitler und die Endlösung*, S. 119-126.

<sup>131</sup> Hitler, *Hitlers politisches Testament*, S. 69 f.

## Bibliografie

- 1941 god. Dokumenty, hg. von A. N. Jakowlew, W.P. Naumow u.a., 2 Bde., Moskau 1998
- Abendroth, Hans-Henning: «Deutschlands Rolle im Spanischen Bürgerkrieg», in Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*, S. 471-488
- Aigner, Dietrich: «Hitler und die Weltherrschaft», in Michalka (Hg.), *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, S. 49-69
- Akira, Hara: «Japan: Guns before Rice», in Harrison (Hg.), *The Economics of World War II*, S. 224-267
- Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler*, Teil 1, Bd. 1, hg. von Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1983
- Akten zur deutschen auswärtigen Politik [ADAP]*, Serie D: 1937-1945, 13 Bde., Baden-Baden/Frankfurt a.M./Bonn 1950-1970
- Aldrich, Richard J.: *Intelligence and the War against Japan. Britain, America and the Politics of Secret Service*, Cambridge 2000
- Allison, Graham T.: *The Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis*, Boston 1971
- Alsop, Joseph/Kintner, Robert: *American White Paper. The Story of American Diplomacy and the Second World War*, London 1940
- Aly, Götz: «Endlösung». *Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden*, Frankfurt a.M. 1995
- Aquarone, Alberto: «Public Opinion in Italy before the Outbreak of World War II», in Roland Sarti (Hg.), *The Ax Within. Italian Fascism in Action*, New York 1974, S. 209-222
- Assmann, Kurt: *Deutsche Schicksalsjahre*, Wiesbaden 1950
- Azzi, Stephen Corrado: «The Historiography of Fascist Foreign Policy», in: *Historical Journal* 36 (1993), S. 187-203
- Bach, Maurizio: *Die charismatischen Führerdiktaturen. Drittes Reich und italienischer Faschismus im Vergleich ihrer Herrschaftsstrukturen*, Baden-Baden 1990
- Badger, Tony: *The New Deal. The Depression Years, 1933-40*, London 1989
- Badoglio, Pietro: *Italien im Zweiten Weltkrieg. Erinnerungen und Dokumente*, München/Leipzig 1947
- Bailey, Thomas A./Ryan, Paul B.: *Hitler vs. Roosevelt. The Undeclared Naval War*, New York 1979
- Barber, John: «The Moscow Crisis of October 1941», in Julian Cooper, Maureen Perrie und E. A. Rees (Hg.), *Soviet History, 1917-53. Essays in Honour of R. W. Davies*, Basingstoke 1995, S. 201-218
- Barkai, Avraham: *Vom Boykott zur «Entjudung». Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943*, Frankfurt a.M. 1988

## BIBLIOGRAFIE

- Barron, Gloria J.: *Leadership in Crisis. FDR and the Path to Intervention*, Port Washington, New York/London 1973
- Bartov, Omer: *The Eastern Front 1941-45. German Troops and the Barbarisation of Warfare*, New York 1986
- Bastianini, Giuseppe: *Volevo fermare Mussolini. Memorie di un diplomatico fascista*, Mailand 2005 [Erstausgabe: *Uomini, cose fatti. Memorie di un ambasciatore*, Mailand 1959]
- Beard, Charles A.: *President Roosevelt and the Coming of War 1941. A Study in Appearance and Realities*, New Haven 1948
- Bell, P. M. H.: *A Certain Eventuality... Britain and the Fall of France*, London 1974
- Below, Nicolaus von: *Ais Hitlers Adjutant 1937-1945*, Mainz 1980
- Benz, Wolfgang (Hg.): *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991
- Bergamini, David: *Japan's Imperial Conspiracy*, 2 Bde., New York 1971
- Berija, Sergo L.: *Beria, My Father. Inside Stalin's Kremlin*, hg. von Françoise Thom, London 2001
- Besymenski, Lew: *Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren*, Berlin 2004
- Bialer, Seweryn (Hg.): *Stalin and his Generals. Soviet Military Memoirs of World War II*, London 1970
- Bix, Herbert P.: *Hirohito and the Making of Modern Japan*, London 2001
- Bloch, Michael: *Ribbentrop*, London 1994
- Bloss, Hartmut: «Deutsche Chinapolitik im Dritten Reich», in Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*, S. 407-429
- Bloxham, Donald: «The Armenian Genocide of 1915-16. Cumulative Radicalization and the Development of a Destruction Policy», in: *Past and Present* 181 (2003), S. 141-191
- Bock, von Fedor: *Zwischen Pflicht und Verweigerung. Das Kriegstagebuch*, München/Berlin 1995
- Bonwetsch, Bernd: «Stalin, the Red Army, and the ‚Great Patriotic War‘», in Kershaw/Lewin (Hg.), *Stalinism and Nazism*, S. 185-207
- Borg, Dorothy/Okamoto, Shumpei (Hg.): *Pearl Harbor as History. Japanese-American Relations 1931-1941*, New York 1973
- Boroznjak, Alexander L.: «Ein russischer Historikerstreit? Zur sowjetischen und russischen Historiographie über den deutschen Angriff auf die Sowjetunion», in Ueberschär/Bezymenskij (Hg.), *Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941*, S. 116-128
- Bosworth, R. J. B.: *The Italian Dictatorship. Problems and Perspectives in the Interpretation of Mussolini and Fascism*, London 1998
- *Italy, the Least of the Great Powers. Italian Foreign Policy before the First World War*, Cambridge 1979
- *Mussolini*, London 2002
- Bottai, Giuseppe: *Diario 1935-1944*, hg. von Giordano Bruno Guerri, Mailand 1981

## BIBLIOGRAFIE

- Boyd, Carl: *Hitler's Japanese Confidant. General Oshima Hiroshi and MAGIC Intelligence, 1941-1945*, Lawrence, Kansas, 1992
- Braithwaite, Rodric: *Moscow 1941. A City and Its People at War*, London 2006
- Brayard, Florent: *La «solution finale de la question juive». La technique, le temps et les categories de la decision*, Paris 2005
- Brechten, Magnus: «Madagaskar für die Juden». *Antisemitische Idee und politische Praxis 1885-1945*, München 1997
- Breitman, Richard: *Der Architekt der «Endlösung». Himmler und die Vernichtung der europäischen Juden*, Zürich/München 2000
- Brogan, Hugh: *The Pelican History of the United States of America*, Harmondsworth 1986
- Broszat, Martin: «Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 18 (1970), S. 392-409
- *Der Staat Hitlers*, München 1969
- Browning, Christopher R.: *Die Entfesselung der «Endlösung». Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942*, München 2003 (mit einem Beitrag von Jürgen Matthäus)
- *The Path to Genocide. Essays on Launching the Final Solution*, Cambridge 1992
- Büchler, Yehoshua: «Kommandostab Reichsführer-SS. Himmler's Personal Murder Brigades in 1941», in: *Holocaust and Genocide Studies* 1 (1986), S. 11-25
- Burckhardt, Carl J.: *Meine Danziger Mission 1937-1939*, München 1962
- Burgdorff, Stephan/Wiegrefe, Klaus (Hg.): *Der Erste Weltkrieg. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts*, München 2004
- Burgwyn, H. James: *Italian Foreign Policy in the Interwar Period 1918-1940*, Westport, Connecticut, 1997
- Burns, James MacGregor: *Roosevelt. The Soldier of Freedom 1940-1945*, London 1971
- Butow, Robert J. C.: *Tojo and the Coming of the War*, Princeton, New Jersey, 1961
- Cadogan, Alexander: *The Diaries of Sir Alexander Cadogan 1938-1945*, hg. von David Dilks, London 1971
- Calder, Angus: *The People's War*, London 1969
- Calic, Edouard: *Ohne Maske. Hitler, Breiting – Geheimgespräche 1931*, Frankfurt a.M. 1968
- Carley, Michael Jabara: *1939. The Alliance that Never Was and the Coming of World War II*, Chicago, Illinois, 1999
- Carr, William: *Von Polen bis Pearl Harbor. Zur Entwicklung des Zweiten Weltkrieges*, Hamburg/Leamington Spa/New York 1987
- Casey, Steven: *Cautious Crusade. Franklin D. Roosevelt, American Public Opinion, and the War against Nazi Germany*, Oxford/New York 2001
- «Cato» (Frank Owen): *Guilty Men*, London 1940
- Cecil, Robert: *Hitlers Griff nach Russland*, Graz/Wien/Köln 1977
- Cervi, Mario: *The Hollow Legions. Mussolini's Blunder in Greece, 1940-1941*, London 1972

## BIBLIOGRAFIE

- Cesarani, David: *Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder*, Berlin 2004
- Channon, Henry: *Chips. The Diaries of Sir Henry Channon*, hg. von Robert Rhodes James, London 1967
- Charmley, John: *Churchill. Das Ende einer Legende*, Berlin/Frankfurt a.M. 1995
- Choucri, Nazli/North, Robert C./Yamakage, Susumu: *The Challenge of Japan before World War II and After*, London/New York 1992
- Chruschtschow, Nikita S.: *Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren*, hg. von Strobe Talbott, Reinbek 1992
- Churchill, Winston S.: *The Churchill War Papers*, hg. von Martin Gilbert, Bd. 2: *Never Surrender, May 1940-December 1940*; Bd. 3: *The Ever-Widening War, 1941*, London 2000
- *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 1: *Der Sturm zieht auf*, 2 Tie., Bern 1948; Bd. 2: *Englands grösste Stunde*, 2 Tie., Bern 1949; Bd. 3: *Die grosse Allianz*, 2 Tie., Bern 1950; Bd. 4: *Schicksalswende*, 2 Tie., Bern 1951
  - /Roosevelt, Franklin D.: *Churchill and Roosevelt. The Complete Correspondence*, hg. von Warren F. Kimball, 3 Bde., Princeton, New Jersey, 1984
- Ciano, Galeazzo: *Ciano's Diplomatie Papers*, hg. von Malcolm Muggeridge, London 1948
- *Tagebücher*, Bd. 2: *1939-1943*, Bern 1946
- Clarke, Peter: *Hope and Glory. Britain 1900-1990*, London 1996
- Cole, Wayne S.: *Charles A. Lindbergh and the Battle against American Intervention in World War II*, New York/London 1974
- Colville, John: *The Fringes of Power. Downing Street Diaries 1939-1955*, London 1985 [dt.: *Downing Street Tagebücher 1939-1945*, Berlin 1988]
- Connors, Lesley: *The Emperor's Adviser. Saionji Kinmochi and Pre-War Japanese Politics*, London 1987
- Corner, Paul: «Everyday Fascism in the 1930s. Centre and Periphery in the Decline of Mussolini's Dictatorship», in: *Contemporary European History* 15 (2006), S. 195-222
- Costello, John: *Ten Days that Saved the West*, London 1991
- Creveld, Martin van: «25 October 1940. A Historical Puzzle», in: *Journal of Contemporary History* 6 (1971) 3, S. 87-96
- *Hitler's Strategy 1940-1941. The Balkan Clue*, Cambridge 1973
  - «Prelude to Disaster. The British Decision to Aid Greece, 1940-41», in: *Journal of Contemporary History* 9 (1974) 3, S. 65-92
- Crowson, Nick J.: *Facing Fascism. The Conservative Party and the European Dictators 1935-40*, London 1997
- Cull, Nicholas John: *Selling War. The British Propaganda Campaign against American «Neutrality» in World War II*, New York/Oxford 1995
- Dallek, Robert: *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932-1945*, New York 1979
- Dalton, Hugh: *The Second World War Diary of Hugh Dalton, 1940-1945*, hg. von Ben Pimlott, London 1988

## BIBLIOGRAFIE

- Davies, Joseph E.: *Als USA-Botschafter in Moskau. Authentische und vertrauliche Berichte über die Sowjet-Union bis Oktober 1941*, Zürich 1943
- Davies, Norman: *Europe. A History*, Oxford 1996
- Davies, Robert W.: *Soviet History in the Yeltsin Era*, London 1997
- Deakin, Frederick W.: *Die brutale Freundschaft. Hitler, Mussolini und der Untergang des italienischen Faschismus*, Köln/Berlin 1964
- Dear, I. C. B./Foot, M. R. D. (Hg.): *The Oxford Companion to the Second World War*, Oxford/New York 1995
- Detwiler, Donald S.: *Hitler, Franco und Gibraltar. Die Frage des spanischen Eintritts in den Zweiten Weltkrieg*, Wiesbaden 1962
- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg [DRZW]*, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bde. 3 und 4, Stuttgart 1983
- Deutscher, Isaac: *Stalin. Eine politische Biographie*, 2 Bde., Berlin 1979
- Dietrich, Otto: *12 Jahre mit Hitler*, München 1955
- Dilks, David: «The Twilight War and the Fall of France. Chamberlain and Churchill in 1940», in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5. Serie, 28 (1978), S. 61-86
- Divine, Robert A.: *The Reluctant Belligerent. American Entry into World War II*, New York 1965
- *Roosevelt and World War II*, Baltimore, Maryland, 1969
- I documenti diplomatici italiani [DDI]*, 9. Serie, 1939-1943, Rom 1954-1960
- Dönitz, Karl: *Zehn Jahre und zwanzig Tage*, Bonn 1958
- Dülffer, Jost: *Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939*, Düsseldorf 1973
- «Zum ‚decision-making process‘ in der deutschen Aussenpolitik 1933-1939», in Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*, S. 186-204
- Eden, Anthony: *The Eden Memoirs. The Reckoning*, London 1965
- Engel, Gerhard: *Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943. Aufzeichnungen des Majors Engel*, hg. von Hildegard von Kotze, Stuttgart 1974
- Erickson, John: *The Road to Stalingrad. Stalin's War with Germany*, Bd. 1, London 1998
- «Threat Identification and Strategie Appraisal by the Soviet Union 1930-1941», in May (Hg.), *Knowing One's Enemies*, S. 375-423
- /Dilks, David (Hg.): *Barbarossa. The Axis and the Allies*, Edinburgh 1994
- Esnouf, Guy Nicholas: «British Government War Aims and Attitudes towards a Negotiated Peace, September 1939 to July 1940», Dissertation, King's College London, 1988
- Falin, Valentin: *Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition*, München 1995
- Feiling, Keith: *The Life of Neville Chamberlain*, London 1946
- Feis, Herbert: *The Road to Pearl Harbor. The Coming of the War between the United States and Japan*, Princeton, New Jersey, 1950
- Felice, Renzo de: *Mussolini balleato 1940-1945*, Bd. 1, Turin 1990

## BIBLIOGRAFIE

- Ferguson, Niall: War of the World. History's Age of Hatred, *London 2006* /Krieg der Welt. Was ging schief im 20. Jahrhundert?, *Berlin 2006*]
- Flannery, Harry W: *Assignment to Berlin*, London 1942
- Fleming, Gerald: *Hitler und die Endlösung*. «*Es ist des Führers Wunsch...*», Frankfurt a.M./Berlin 1987
- Flynn, John T: *The Roosevelt Myth*, New York 1956
- Foreign Relations of the United States [FRUS], Diplomatic Papers 1938*, Bd. 1, Washington, D. C., 1955; *Diplomatic Papers 1941*, Bd. 4: *The Far East*, Washington, D. C., 1956; *Japan 1931-41*, Bd. 2, Washington, D. C., 1943
- Fox, John R: *Germany and the Far Eastern Crisis 1931-1938. A Study in Diplomacy and Ideology*, Oxford 1981
- Frank, Hans: *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945*, hg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975
- Freidel, Frank: *Franklin D. Roosevelt. A Rendezvous with Destiny*, Boston, Massachusetts, 1990
- Friedländer, Saul: *Auftakt zum Untergang. Hitler und die Vereinigten Staaten von Amerika 1939-1941*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1965
- *Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 1: *Die Jahre der Verfolgung, 1933-1939*, München 1998
- Funke, Manfred (Hg.): *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reichs*, Düsseldorf 1978
- Gardiner, Juliet: *Wartime Britain 1939-1945*, London 2004
- Gassert, Philipp: *Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933-1945*, Stuttgart 1997
- Gay, Peter: «In Deutschland zu Hause ... Die Juden der Weimarer Zeit», in Arnold Paucker (Hg.), *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland 1933-1943*, Tübingen 1986
- Gellman, Irwin E: *Secret Affairs. Franklin Roosevelt, Cordell Hull, and Sumner Welles*, Baltimore, Maryland/London 1995
- Gerlach, Christian: *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weissrussland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999
- «Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden», in ders., *Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1998, S. 85-166
- Getty, J. Arch: «The Politics of Repression Revisited», in ders./Manning (Hg.), *Stalinist Terror. New Perspectives*, S. 40-62
- /Manning, Roberta T. (Hg.): *Stalinist Terror. New Perspectives*, Cambridge 1993
- Gibbs, N. H.: *Grand Strategy*, Bd. 1: *Rearmament Policy*, London 1976
- Gilbert, Martin: *Winston S. Churchill*, Bd. 5: *1922-1939*, London, 1976; Bd. 6: *Their Finest Hour, 1939-1941*, London 1983
- Glantz, David M.: *Barbarossa. Hitler's Invasion of Russia 1941*, Stroud 2001



## BIBLIOGRAFIE

- *The Military Strategy of the Soviet Union. A History* London 1992
- «The Red Army in 1941», in ders. (Hg.), *The Initial Period of War on the Eastern Front*, S. 1-39
- *Stumbling Colossus. The Red Army on the Eve of World War*, Lawrence, Kansas, 1998
- (Hg.): *The Initial Period of War on the Eastern Front, 22 June-August 1941*, London 1993
- Goebbels, Joseph: *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hg. von Elke Fröhlich, Teil I: *Aufzeichnungen*, 9 Bde.; Teil II: *Diktate 1941-1945*, 15 Bde., München 1993-2005
- Goldhagen, Daniel Jonah: *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin 1996
- Gordon, Andrew: *A Modern History of Japan from Tokugawa Times to the Present*, New York/Oxford 2003
- Gorinov, Mikhail M.: «Muscovites» Moods, 22 June 1941 to May 1942», in Thurston/Bonwetsch (Hg.), *The People's War*, S. 108-136
- Gorodetsky, Gabriel: *Die grosse Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen «Barbarossa»*, Berlin 2001
- Graml, Hermann: *Reichkristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*, München 1988
- Grew, Joseph C.: *Zehn Jahre in Japan. Ein zeitgenössischer Bericht nach Tagebüchern und privaten und amtlichen Papieren von Joseph C. Grew, Botschafter der Vereinigten Staaten in Japan 1932-1942*, Stuttgart 1947
- Gruchmann, Lothar: «Die «verpassten strategischen Chancen» der Achsenmächte im Mittelmeerraum 1940/41», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 18 (1970), S. 456-475
- *Der Zweite Weltkrieg*, München 1975
- Haffner, Sebastian: *Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick*, München 1989
- Hagen, Mark L. von: «Soviet Soldiers and Officers on the Eve of the German Invasion. Toward a Description of Social Psychology and Political Attitudes», in Thurston/Bonwetsch (Hg.), *The People's War*, S. 187-210
- Halder, Franz: *Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres, 1939-1942*, 3 Bde., hg. von Hans-Adolf Jacobsen und Alfred Philippi, Stuttgart 1962-1964
- Hanfstaengl, Ernst: *Hitler. The Missing Years*, New York 1994
- Harrison, Mark (Hg.): *The Economics of World War II. Six Great Powers in International Comparison*, Cambridge 1998
- Harvey, Oliver: *The Diplomatie Diaries of Oliver Harvey 1937-1940*, hg. von John Harvey, London 1970
- Hata, Ikuhiko: «The Army's Move into Northern Indochina», in Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 155-208
- «The Japanese-Soviet Confrontation, 1935-1939», in Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 129-178.

## BIBLIOGRAFIE

- «The Marco Polo Bridge Incident, 1937», in Morley (Hg.), *The China Quagmire*, S. 243-286
- Hauner, Milan: *Hitler. A Chronology of his Life and Time*, Basingstoke/New York 2005
- Heiber, Helmut: «Der Generalplan Ost», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 6 (1958), S. 281-325
- Heinrichs, Waldo H. jr.: *American Ambassador. Joseph C. Grew and the Development of the United States Diplomatic Tradition*, Boston, Massachusetts, 1966 – *Threshold of War. Franklin D. Roosevelt and American Entry into World War II*, New York/Oxford 1988
- Herbert, Ulrich: ««Generation der Sachlichkeit. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland», in Werner Johe und Uwe Lohalm (Hg.), *Zivilisation und Barbarei*, Hamburg 1991, S. 115-144
- Hernandez Sandoica, Elena/Moradiellos, Enrique: «Spain and the Second World War, 1939-1945», in Wylie (Hg.), *European Neutrals and Non-Belligerents during the Second World War*, S. 241-267
- Higgins, Patrick: «The Political Beliefs of R. A. Butler», unveröffentlichter Aufsatz
- Hilberg, Raul: «The Kommandostab Revisited», in: *Yad Vashem Studies* 34 (2006), S. 355-367
- Hildebrand, Klaus: *Deutsche Aussenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma?*, Stuttgart/Berlin/Köln 1990
- *Das vergangene Reich. Deutsche Aussenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Stuttgart 1995
- *Vorn Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945*, München 1969
- Hilger, Gustav: *Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918-1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten*, Frankfurt a.M./Berlin 1955
- Hill, Christopher: *Cabinet Decisions on Foreign Policy. The British Experience, October 1938-June 1941*, Cambridge 1991
- Hillgruber, Andreas: «Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938-1941», in Michalka (Hg.), *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, S. 493-525
- *Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941*, Bonn 1993
- (Hg.): *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über die Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939-1941*, München 1969
- Himmler, Heinrich: *Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42*, hg. von Peter Witte, Martina Voigt, Dieter Pohl, Peter Klein, Christian Gerlach, Christoph Dieckmann und Andrej Angrick, Hamburg 1999
- Hinsley, Francis H.: «British Intelligence and Barbarossa», in Erickson/Dilks (Hg.), *Barbarossa*, S. 43-75
- *British Intelligence in the Second World War*, London 1993
- Hitler, Adolf: «Führer-Erlasse» 1939-1945. *Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges*

## BIBLIOGRAFIE

- schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung*, hg. von Martin Moll, Stuttgart 1997
- *Hitlers Briefe und Notizen. Sein Weltbild in handschriftlichen Dokumenten*, hg. von Werner Maser, Düsseldorf 1973
  - «Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936», hg. von Wilhelm Treue, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 204-210
  - *Hitlers politisches Testament. Die Bormann-Diktate vom Februar und April 1945*, Hamburg 1981
  - *Hitlers Weisungen für die Kriegführung. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht*, hg. von Walther Hubatsch, München 1965
  - *Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928*, hg. von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961
  - *Mein Kampf*, München (876.-880. Auflage) 1943
  - *Monologe im Führerhauptquartier*, hg. von Werner Jochmann, Hamburg 1980
  - «Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10. November 1938)», hg. von Wilhelm Treue, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 6 (1958), S. 175-191
  - *Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933*, hg. vom Institut für Zeitgeschichte, 5 Bde., München/London/New York/Paris, 1992-1998
  - *Reden und Proklamationen 1932-1945*, hg. von Max Domarus, Wiesbaden 1973
  - *Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924*, hg. von Eberhard Jäckel und Axel Kühn, Stuttgart 1980
- Höhne, Heinz: *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, Essen o. J.
- Hosenfeld, Wilm: «*Jeh versuche jeden zu retten*». *Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern*, hg. von Thomas Vogel, München 2004
- Hosoya, Chihiro: «The Japanese-Soviet Neutrality Pact», in Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 13-114
- «The Tripartite Pact, 1939-1940», in Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 191-257
- Hull, Cordell: *The Memoirs of Cordell Hull*, 2 Bde., New York 1948
- Husson, Edouard: «*Nous pouvons vivre sans les Juifs*»: *Novembre 1941. Quand et comment ils décidèrent de la solution finale*, Paris 2005
- Hüttenberger, Peter: «Nationalsozialistische Polykratie», in: *Geschichte und Gesellschaft* 2 (1976), S. 417-442
- Hyoe, Murakami/Harper, Thomas J. (Hg.): *Great Historical Figures of Japan*, Tokyo 1978
- Ickes, Harold L.: *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, Bd. 3: *The Lowering Clouds 1939-1941*, New York 1955
- Ike, Nobutaka (Hg.): *Japan's Decision for War. Records of the 1941 Policy Conferences*, Stanford, Kalifornien, 1967
- Iriye, Akira: *Across the Pacific. An Inner History of American-East Asian Relations*, New York 1967
- *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, London/New York 1987

## BIBLIOGRAFIE

- *Power and Culture. The Japanese-American War, 1941-1945*, Cambridge, Massachusetts, 1981
- Ironside, Edmund: *The Ironside Diaries, 1937-1940*, hg. von Roderick Macleod und Denis Kelly, London 1967
- Irving, David: *Churchill's War*, Bd. 1: *The Struggle for Power*, Bullsbrook, Australien, 1987 [dt.: *Churchill. Kampf um die Macht*, München/Berlin 1990]
- *Hitlers Krieg. Die Siege, 1939-1942*, München 1983
- Lord Ismay: *The Memoirs of General the Lord Ismay*, London 1960
- Jäckel, Eberhard: «From Barbarossa to Wannsee. The Role of Reinhard Heydrich», unveröffentlichter Aufsatz
- *Hitler in History*, Hanover/London 1984
- *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Tübingen 1969
- Jenkins, Roy: *Churchill*, London, 2001
- Jones, Francis C.: *Japan's New Order in East Asia. Its Rise and Fall, 1937-45*, Oxford 1954
- Jones, Thomas: *A Diary with Letters 1931-1950*, London 1954
- Judt, Tony: *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, München/Wien 2006
- Kahn, David: *Hitler's Spies. German Military Intelligence in World War II*, New York 2000
- Keitel, Wilhelm: *Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW*, hg. von Walter Görnitz, Göttingen/Berlin/Frankfurt a.M. 1961
- Kennedy, David M.: *Freedom from Fear. The American People in Depression and War, 1929-1945*, New York/Oxford 1999
- Kershaw, Ian: *Hitler*, Bd. 1: *1889-1936*, Stuttgart 1998; Bd. 2: *1936-1945*, Stuttgart 2000
- *Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg*, München 2005
- «Improvised Genocide? The Emergence of the ‚Final Solution‘ in the ‚Warthegau‘», in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 6. Serie, 2 (1992), S. 51-78
- *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Reinbek 1999
- Lewin, Moshe (Hg.): *Stalinism and Nazism. Dictatorships in Comparison*, Cambridge 1997
- Kimball, Warren R: *Forged in War. Churchill, Roosevelt and the Second World War*, London 1997
- *The Juggler. Franklin Roosevelt as Wartime Statesman*, Princeton, New Jersey, 1991
- *The Most Unsordid Act. Lend-Lease 1939-1941*, Baltimore, Maryland, 1969
- Kipp, Jacob: «Soviet War Planning», in Glantz (Hg.), *The Initial Period of War on the Eastern Front*, S. 40-54

## BIBLIOGRAFIE

- Klee, Karl: *Das Unternehmen 'Seelöwe'. Die geplante deutsche Landung in England 1940*, Göttingen 1958
- (Hg.): *Dokumente zum Unternehmen «Seelöwe». Die geplante deutsche Landung in England 1940*, Göttingen 1959
- Knight, Jonathan: «Churchill and the Approach to Mussolini and Hitler in May 1940. A Note», in: *British Journal of International Studies* 3 (1977), S. 92-96
- Knox, MacGregor: *Common Destiny. Dictatorship, Foreign Policy, and War in Fascist Italy and Nazi Germany*, Cambridge 2000
- «Fascist Italy Assesses its Enemies, 1935-1940», in May (Hg.), *Knowing One's Enemies*, S. 347-372
- *Hitler's Italian Allies. Royal Armed Forces, Fascist Regime, and the War of 1940-1943*, Cambridge 2000
- *Mussolini Unleashed 1939-1941. Politics and Strategy in Fascist Italy's Last War*, Cambridge 1986
- Koliopoulos, John S.: *Greece and the British Connection 1935-1941*, Oxford 1977
- Korb, Alexander Martin: *Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die Novemberpogrome im Spiegel amtlicher Berichte*, Saarbrücken 2008
- Krausnick, Helmut: «Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940)», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 5 (1957), S. 194-198
- /Wilhelm, Hans-Heinrich: *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942*, Stuttgart 1981
- Krebs, Gerhard: «Deutschland und Pearl Harbor», in: *Historische Zeitschrift* 253 (1991), s. 313-369
- Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab)*, hg. von Percy Ernst Schramm, 4 Bde., Frankfurt a.M. 1961-1965
- Kriegstagebuch der Seekriegsleitung 1939-1945 [KTB Skil]*, hg. von Werner Rahn und Gerhard Schreiber, Herford/Bonn 1989
- Kube, Alfred: *Pour le merite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich*, München 1986
- Kulka, Otto Dov: «Critique of Judaism in European Thought. On the Historical Meaning of Modern Antisemitism», in: *Jerusalem Quarterly* 52 (1989), S. 126-144 – «Die deutsche Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus und die ‚Endlösung‘. Tendenzen und Entwicklungsphasen 1924-1984», in: *Historische Zeitschrift* 240 (1985), S. 599-640
- «Richard Wagner und die Anfänge des modernen Antisemitismus», in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 4 (1961), S. 281-300
- /Jäckel, Eberhard (Hg.): *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933-1945*, Düsseldorf 2004
- Kuper, Leo: *Genocide. Its Political Use in the Twentieth Century*, Harmondsworth 1981
- Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939-1945*, hg. von Gerhard Wagner, München 1972

## BIBLIOGRAFIE

- Langer, William L./Gleason, S. Everett: *The Challenge to Isolation, 1937-1940*, New York 1952
- *The Undeclared War, 1940-1941*, New York 1953
- Langhorne, Richard (Hg.): *Diplomacy and Intelligence during the Second World War*, Cambridge 1985
- Larrabee, Eric: *Commander in Chief. Franklin Delano Roosevelt, his Lieutenants, and their War*, London 1987
- Lash, Joseph P: *Roosevelt and Churchill 1939-1941. The Partnership that Saved the West*, New York 1976
- Lawlor, Sheila: «Britain and the Russian Entry into the War», in Langhorne (Hg.), *Diplomacy and Intelligence during the Second World War*, S. 168-183
- Leach, Barry A.: *German Strategy against Russia 1939-1941*, Oxford 1973
- Lebra, Joyce C.: *Japan's Greater East Asia Co-Prosperity Sphere in World War II. Selected Readings and Documents*, Kuala Lumpur 1975
- Leigh, Michael: *Mobilizing Consent. Public Opinion and American Policy 1937-1947*, Westport, Connecticut, 1976
- Lewin, Moshe: «Bureaucracy and the Stalinist State», in Kershaw/Lewin (Hg.), *Stalinism and Nazism*, S. 53-74
- *The Making of the Soviet System. Essays in the Social History of Interwar Russia*, New York 1985
- *The Soviet Century*, London 2005
- Lewin, Ronald: *Entschied ULTRA den Krieg? Alliierte Funkaufklärung im 2. Weltkrieg*, Koblenz/Bonn 1981
- Lewis, Jonathan/Whitehead, Phillip: *Stalin. A Time for Judgement*, London 1991
- Liulevicius, Vejas Gabriel: *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärrherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002
- Longerich, Peter (Hg.): *Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941-1945*, München/Zürich 1989
- *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München/Zürich 1998
- Lukacs, John: *Churchill und Hitler. Der Zweikampf 10. Mai-31. Juli 1940*, Stuttgart 1993
- *Fünf Tage in London. England und Deutschland im Mai 1940, Berlin 2000 – June 1941. Hitler and Stalin*, New Haven/London 2006
- Lyttleton, Adrian: *The Seizure of Power*, London 1973
- Mack Smith, Denis: *Mussolini. Eine Biographie*, München/Wien 1983
- *Mussolini as a Military Leader*, Reading 1974
- *Mussolini's Roman Empire*, London/New York 1976
- Magenheimer, Heinz: *Die Militärstrategie Deutschlands 1940-1945. Führungentschlüsse, Hintergründe, Alternativen*, München <sup>2</sup>1997
- The «MAGIC» Background of Pearl Harbor*, 8 Bde., Washington, D. C., 1977/78
- Maisky, Ivan: *Wer half Hitler?*, Wuppertal 1992
- Mann, Michael: *Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung*, Hamburg 2007

## BIBLIOGRAFIE

- Marks, Frederick W. III.: *Wind over Sand. The Diplomacy of Franklin Roosevelt*, Athens, Georgia, 1988
- Martin, Bernd: «Das »Dritte Reich« und die »Friedens«-Frage im Zweiten Weltkrieg», in Michalka (Hg.), *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, S. 526-549
- Mason, Timothy W.: *Nazism, Fascism and the Working Class*, Cambridge 1995
- Matsuoka, Yosuke: *Der Mann und sein Leben*, Tokio 1974 [auf Japanisch]
- Matthäus, Jürgen: «Das »Unternehmen Barbarossa« und der Beginn der Judenvernichtung, Juni-Dezember 1941», in Browning, *Die Entfesselung der »Endlösung«*, S. 360-448
- Mawdsley, Evan: «Crossing the Rubicon. Soviet Plans for Offensive War in 1940-1941», in: *International History Review* 25 (2003), S. 818-865
- *The Stalin Years. The Soviet Union, 1929-1953*, Manchester 1998
- May, Ernest R. (Hg.): *Knowing One's Enemies. Intelligence Assessment before the Two World Wars*, Princeton, New Jersey, 1983
- Mazower, Mark: *Inside Hitler's Greece. The Experience of Occupation, 1941-44*, New Haven/London 1993
- Medvedev, Roy: *All Stalin's Men*, Oxford 1983
- *Das Urteil der Geschichte. Stalin und Stalinismus*, hg. von Helmut Ettinger, Bd. 3, Berlin 1992
- /Medvedev, Zhores: *The Unknown Stalin. His Life, Death, and Legacy*, Woodstock/New York 2004
- Meinecke, Friedrich: *Die deutsche Katastrophe*, Wiesbaden 1946
- Mein Tagebuch. Geschichten vom Überleben 1939-1947*, hg. von Heinrich Breloer, Köln 1984
- Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944*, hg. von Heinz Boberach, Neuwied/Berlin 1965
- Melograni, Piero: «The Cult of the Duce in Mussolini's Italy», in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), S. 221-237
- Merridale, Catherine: *Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939-1945*, Frankfurt a.M. 2006
- Michalka, Wolfgang: *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933-1940*, München 1980
- «Vom Antikominternpakt zum euro-asiatischen Kontinentalblock. Ribbentrops Alternativkonzeption zu Hitlers aussenpolitischen »Programm«», in ders. (Hg.), *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, S. 471-492
- (Hg.), *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, Darmstadt 1978
- Mikojan, Anastas L.: *Tak bylo. Rasmyslenija O minuwsem*, Moskau 1999, S. 123-133
- Mikoyan, Stepan A.: «Barbarossa and the Soviet Leadership», in Erickson/Dilks (Hg.), *Barbarossa*
- Molotow, Wjatscheslaw: *Molotov Remembers. Inside Kremlin Politics. Conversations with Felix Chuev*, Chicago, Illinois, 1993
- Montefiore, Simon Sebag: *Stalin. Am Hof des roten Zaren*, Frankfurt a.M. 2006

## BIBLIOGRAFIE

- Morgenthau, Henry: *From the Morgenthau Diaries*, hg. von John Morton Blum, Bd. 2: *Years of Urgency, 1938-1941*, Boston 1965
- Morley, James William (Hg.): *The China Quagmire. Japan's Expansion on the Asian Continent, 1933-1941*, New York 1983
- (Hg.): *Deterrent Diplomacy. Japan, Germany, and the USSR 1935-1940*, New York 1976
  - (Hg.): *The Fateful Choice. Japan's Advance into Southeast Asia, 1939-1941*, New York 1980
  - (Hg.): *The Final Confrontation. Japan's Negotiations with the United States, 1941*, Columbia, New York, 1994
  - (Hg.): *Japan Erupts. The London Naval Conference and the Manchurian Incident 1928-1932*, New York 1984
- Moseley, Ray: *Mussolini's Shadow. The Double Life of Count Galeazzo Ciano*, New Haven/London 1999 [*Zwischen Hitler und Mussolini. Das Doppelleben des Grafen Ciano*, Berlin 1998]
- Mosse, George: *Ein Volk, ein Reich, ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus*, Königstein 1979
- Mowat, Charles Loch: *Britain between the Wars, 1918-1940*, London 1956
- Müller, Klaus-Jürgen: *Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933-1940*, Stuttgart 1969
- Murphy, David E.: *What Stalin Knew. The Enigma of Barbarossa*, New Haven / London 2005
- Musial, Bogdan: *Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement*, Wiesbaden 1999
- Nagaoka, Shinjiro: «The Drive into Southern Indochina and Thailand», in Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 209-240
- «Economic Demands on the Dutch East Indies», in Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 125-153
- Naimark, Norman M.: *Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert*, München 2004
- Nazi Conspiracy and Aggression*, United States Government, 11 Bde., Washington, D. C., 1946-1948
- Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion, 1939-1941. Akten aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes*, hg. von Eber Malcolm Carroll und Fritz Theodor Epstein, Washington 1948
- Nicolson, Harold: *Diaries and Letters 1930-1964*, hg. von Stanley Olson, New York 1980 [dt.: *Tagebücher und Briefe*, hg. von Nigel Nicolson, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1969]
- Nipperdey, Thomas: *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Bd. 2: *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1991
- Nish, Ian: *Japanese Foreign Policy 1869-1942*, London 1977
- Noakes, Jeremy/Pridham, Geoffrey (Hg.): *Nazism 1919-1945. A Documentary Reader*, 4 Bde., Exeter 1983-1998



## BIBLIOGRAFIE

- Oka, Yoshitake: *Konoe Fumimaro. A Political Biography*, Tokio 1983
- Overy, Richard J.: *Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Russland*, München 2005
- *Russlands Krieg. 1941-1945*, Hamburg 2003
  - *Verhöre. Die NS-Elite in den Händen der Alliierten 1945*, München/Berlin 2002
  - *War and Economy in the Third Reich*, Oxford 1994
  - *Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen*, Stuttgart 2002
- Packard, Reynolds und Eleanor: *Balcony Empire. Fascist Italy at War*, London 1943
- Papen, Franz von: *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952
- Parker, R. A. C.: *Chamberlain and Appeasement. British Policy and the Coming of the Second World War*, London 1993
- *Churchill and Appeasement*, London 2000
- Payne, Stanley G.: *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung*, Berlin 2001
- Picher, Henry: *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942*, Stuttgart 1963
- Pious, Richard M.: *The American Presidency*, New York 1979
- Piper, Ernst: *Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe*, München 2005
- Pleshakov, Constantine: *Stalin's Folly. The Secret History of the German Invasion of Russia, June 1941*, London 2005
- Poliakov, Léon: *Geschichte des Antisemitismus*, Bd. 7: *Zwischen Assimilation und «jüdischer Weltverschwörung»*; Bd. 8: *Am Vorabend des Holocaust*, Frankfurt a.M. 1988
- Political Strategy Prior to the Outbreak of War (Parts III-IV)*, Office of the Chief of Military History, Department of the Army, Japanese Monographs, 144-50, o. O., o.J.
- Pope, Stephen/Wheal, Elizabeth-Anne: *The Macmillan Dictionary of the First World War*, London 1995
- Prange, Gordon W.: *At Dawn We Slept. The Untold Story of Pearl Harbor*, London 1982
- Preston, Paul: «Franco and Hitler. The Myth of Hendaye 1940», in: *Contemporary European History* 1 (1992), S. 1-16
- Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945-1. Oktober 1946* [IMG], 42 Bde., Nürnberg 1947-1949
- Public Opinion 1935-1946*, hg. von Hadley Cantrill, Westport, Connecticut, 1951
- Radzinsky, Edvard: *Stalin*, New York 1996
- Raeder, Erich: *Mein Leben*, Tübingen 1957
- Rauscher, Walter: *Hitler und Mussolini. Macht, Krieg und Terror*, Graz 2001
- Rauschnig, Hermann: *Gespräche mit Hitler. Mit dem Schlusskapitel «Hitler privat»*, Zürich 2005

## BIBLIOGRAFIE

- Read, Anthony/Fisher, David: *The Deadly Embrace. Hitler, Stalin and the Nazi-Soviet Pact 1939-1941*, London 1988
- Rebentisch, Dieter: *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg* Stuttgart 1989
- Reese, Roger R.: «The Red Army and the Great Purges», in Getty/Manning (Hg.), *Stalinist Terror*, S. 198-214
- Renshaw, Patrick: *Franklin D. Roosevelt. Profiles in Power*, London 2004
- Reynaud, Paul: *In the Thick of the Fight 1930-1945*, London 1955
- Reynolds, David: «Churchill and the British ‚Decision‘ to Fight on in 1940. Right Policy, Wrong Reasons», in Langhorne (Hg.), *Diplomacy and Intelligence during the Second World War*, S. 147-167
- «Churchill the Appeaser? Between Hitler, Roosevelt and Stalin in World War Two», in Michael Dockrill und Brian McKercher (Hg.), *Diplomacy and World Power. Studies in British Foreign Policy, 1890-1950*, Cambridge 1996, S. 197-220
  - *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937-1941. A Study in Competitive Co-operation*, Chapel Hill, North Carolina, 1982
  - *From Munich to Pearl Harbor. Roosevelt's America and the Origins of the Second World War*, Chicago, Illinois, 2001
  - *In Command of History. Churchill Fighting and Writing the Second World War*, London 2004
- Ribbentrop, Joachim von: *Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen*, hg. von Annelies von Ribbentrop, Leoni 1953
- Rintelen, Enno von: *Mussolini als Bundesgenosse. Erinnerungen des deutschen Militärattachés in Rom 1936-1943*, Tübingen/Stuttgart 1951
- Roberts, Andrew: «The Holy Fox». *The Life of Lord Halifax*, London 1997
- Roberts, Geoffrey: *The Soviet Union and the Origins of the Second World War. Russo-German Relations and the Road to War, 1933-1941*, London 1995
- *Stalin's Wars. From World War to Cold War, 1939-1953*, New Haven/London 2006
  - *Unholy Alliance. Stalin's Pact with Hitler*, London, 1989
- Rock, William R.: *Chamberlain and Roosevelt. British Foreign Policy and the United States, 1937-1940*, Columbus, Ohio, 1988
- Roosevelt, Franklin D.: *Amerika und Deutschland 1936-1945. Auszüge aus Reden und Dokumenten*, hg. im Auftrag der Regierung der Vereinigten Staaten, Washington, D. C., o. J.
- *FDR's Fireside Chats*, hg. von Russell D. Buhite und David W. Levy, New York 1992
  - *Links von der Mitte. Brief, Reden, Zeugnisse*, Frankfurt a.M. 1951
  - *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, hg. von Samuel I. Rosenman, 13 Bde., New York 1938-1950
  - *The Roosevelt Letters*, hg. von Elliott Roosevelt, Bd. 3, London 1952
  - /Bullitt, William C.: *For the President: Personal and Secret. Correspondence between Franklin D. Roosevelt and William C. Bullitt*, hg. von Orville H. Bullitt, London 1973

## BIBLIOGRAFIE

- Roseman, Mark: *Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte*, Berlin 2002
- Rotundo, Louis: «Stalin and the Outbreak of War in 1941», in: *Journal of Contemporary History* 24 (1989)
- Rybin, Alexej T.: *Next to Stalin. Notes of a Bodyguard*, Toronto 1996
- Sadkovich, James J.: «The Italo-Greek War in Context. Italian Priorities and Axis Diplomacy», in: *Journal of Contemporary History* 28 (1993), S. 439-464
- «Understanding Defeat. Reappraising Italy's Role in World War II», in: *Journal of Contemporary History* 24 (1989), S. 27-61
- Salewski, Michael: *Die deutsche Seekriegsleitung 1935-1945*, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1970; Bd. 3, Frankfurt a.M. 1973
- Sapir, Jacques: «The Economics of War in the Soviet Union during World War II», in Kershaw/Lewin (Hg.), *Stalinism and Nazism*, S. 208-236
- Sathre, Eugene: «Communication and Conflict. Japanese Foreign Policy Leading to the Pacific War», Dissertation, University of Minnesota, 1978
- Schleunes, Karl A.: *The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy toward German Jews 1933-1939*, Urbana, Illinois, 1970
- Schlie, Ulrich: *Kein Friede mit Deutschland. Die geheimen Gespräche im Zweiten Weltkrieg 1939-1941*, München/Berlin 1994
- Schmidt, Paul: *Statist auf diplomatischer Bühne 1923-45. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas*, Bonn 1953
- Schramm-von Thadden, Ehrengard: *Griechenland und die Grossmächte im Zweiten Weltkrieg*, Wiesbaden 1955
- Schreiber, Gerhard: «Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940. „Programm“ und militärische Planung», in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 27/2 (1980), S. 69-99
- *Revisionismus und Weltmachtstreben. Marineführung und deutsch-italienische Beziehungen 1919 bis 1944*, Stuttgart 1978
- «Zur Kontinuität des Gross- und Weltmachtstrebens der deutschen Marineführung», in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 25/2 (1979), S. 101-171
- Schroeder, Christa: *Er war mein Chef. Aus dem Nachlass der Sekretärin von Adolf Hitler*, hg. von Anton Joachimsthaler, München/Wien 1985
- Schroeder, Paul W.: *The Axis Alliance and Japanese-American Relations 1941*, Ithaca, New York, 1958
- Schukow, Georgi K.: *Erinnerungen und Gedanken*, 2 Bde., Berlin T983
- Schwendemann, Heinrich: *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941. Alternative zu Hitlers Ostprogramm?*, Berlin 1993
- Seaton, Albert: *Stalin as Warlord*, London 1976
- Seiichi, Imai: «Cabinet, Emperor, and Senior Statesmen», in Borg/Okamoto (Hg.), *Pearl Harbor as History*, S. 53-79
- Seki, Hiroharu: «The Manchurian Incident 1931», in Morley (Hg.), *Japan Erupts*, S. 139-230

## BIBLIOGRAFIE

- Sekrety Gittera no stole u Stalina*, Moskau 1995
- Sella, Amnon: «Barbarossa'. Surprise Attack and Communication», in: *Journal of Contemporary History* 13 (1978), S. 555-583
- Service, Robert: *Stalin. A Biography*, London 2004
- Sherry, Michael S.: *The Rise of American Air Power. The Creation of Armageddon*, New Haven/London 1987
- Sherwood, Robert E.: *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, 2 Bde., London 1948
- Shigeo, Misawa/Saburo, Minomiya: «The Role of the Diet and Political Parties», in Borg/Okamoto (Hg.), *Pearl Harbor as History*, S. 321-340
- Shirer, William L.: *Berliner Tagebuch. Aufzeichnungen 1934-1941*, hg. von Jürgen Schebera, Leipzig/Weimar 1991
- Smith, Richard Norton: *The Colonel. The Life and Legend of Robert R. McCormick 1880-1955*, Boston/New York 1997
- Smith, Woodruff D.: *The Ideological Origins of Nazi Imperialism*, New York/ Oxford 1986
- Sommer, Theo: *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935-1940. Vom Antikominternpakt zum Dreimächtepakt*, Tübingen 1962
- Speer, Albert: *Erinnerungen*, Frankfurt a.M. 1969
- Spotswood, Roger D.: «Japan's Southward Advance as an Issue in Japanese-American Relations, 1940-1941», Dissertation, Universität von Washington, 1974
- Stafford, David: *Roosevelt and Churchill. Men of Secrets*, London 2000
- Stauffer, Paul: *Zwischen Hofmannsthal und Hitler: Carl J. Burckhardt. Facetten einer aussergewöhnlichen Existenz*, Zürich 1991
- Steiner, Zara: *The Lights that Failed. European International History 1919-1933*, Oxford 2005
- Stevenson, David: *Cataclysm. The First World War as Political Tragedy*, New York 2004
- Stimson, Henry L./Bundy, McGeorge: *On Active Service in Peace and War*, New York 1948
- Stoakes, Geoffrey: *Hitler and the Quest for World Dominion*, Leamington Spa 1986
- Stoler, Mark A.: *Allies and Adversaries. The Joint Chiefs of Staff, the Grand Alliance, and U.S. Strategy in World War II*, Chapel Hill, North Carolina/London 2000
- Streim, Alfred: *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im «Fall Barbarossa»*, Heidelberg/Karlsruhe 1981
- Sudoplatow, Pawel A. und Anatoli: *Der Handlanger der Macht. Enthüllungen eines KGB-Generals*, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1994
- Sullivan, Brian R.: «Where One Man, and Only One Man, Led'. Italy's Path from Non-Alignment to Non-Belligerency to War, 1937-1940», in Wylie (Hg.), *European Neutrals and Non-Belligerents during the Second World War*, S. 119-149
- Suny, Ronald Grigor: «Stalin and his Stalinism. Power and Authority in the Soviet Union», in Kershaw/Lewin (Hg.), *Stalinism and Nazism*, S. 26-52

## BIBLIOGRAFIE

- Syring, Enrico: «Hitlers Kriegserklärung an Amerika vom n. Dezember 1941», in Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz*, München/Zürich 1989, S. 683-696
- Tanaka, Nobumasa (Hg.): *Dokumento Showa Tenno Dai Nikkan*, Bd. 2, Tokio 1988
- Tansill, Charles Callan: *Die Hintertür zum Krieg. Das Drama der internationalen Diplomatie von Versailles bis Pearl Harbour*, Selent 2000
- Taylor, A. J. P.: *English History 1914-1945*, Harmondsworth 1970
- *Die Ursprünge des Zweiten Weltkriegs. Die Jahre 1933-1939*, München 1980
- Thomas, Charles S.: *The German Navy in the Nazi Era*, London 1990
- Thurston, Robert W./Bonwetsch, Bernd (Hg.): *The People's War. Responses to World War II in the Soviet Union*, Urbana/Chicago 2000
- Tojo, Hideki: *Die Geheimdokumente von Ministerpräsident Tojo. Akten über die Worte und Taten von General Hideki Tojo* [auf Japanisch], hg. von Takashi Ito, Tadamitsu Hirohashi und Norio Katashima, Tokio o. J.
- Tokushiro, Ohata: «The Anti-Comintern Pact, 1935-1939», in Morley (Hg.), *Deterrent Diplomacy*, S. 9-111.
- Toland, John: *Adolf Hitler. Biographie 1889-1945*, Augsburg 2006
- *The Rising Sun. The Decline and Fall of the Japanese Empire, 1936-1945*, New York 1970
- Tolstoy, Nicolai: *Stalin's Secret War*, London 1981
- Tooze, Adam: *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007
- Toscano, Mario: *The Origins of the Pact of Steel*, Baltimore, Maryland, 1967
- Toshihiko, Shimada: «Designs on North China 1933-1937», in Morley (Hg.), *The China Quagmire*, S. 11-230
- Tsunoda, Jun: «The Navy's Role in the Southern Strategy», in Morley (Hg.), *The Fateful Choice*, S. 241-295
- Tucker, Robert C.: *Stalin in Power. The Revolution from Above, 1928-1941*, New York 1990
- Ueberschär, Gerd R.: «Hitlers Überfall auf die Sowjetunion 1941 und Stalins Absichten. Die Bewertung in der deutschen Geschichtsschreibung und die neuere ‚Präventivkriegsthese‘», in Ueberschär/Bezzymskij (Hg.), *Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941*, S. 48-69
- /Beszymski, Lew A. (Hg.): *Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese*, Darmstadt 1998
- Ulam, Adam: *Stalin, Koloss der Macht*, Esslingen 1977
- Vat, Dan van der: *Schlachtfeld Atlantik. Der deutsch-britische Seekrieg 1939-1945*, München 1990
- Villari, Luigi: *Italian Foreign Policy under Mussolini*, London 1959
- Visconti-Prasca, Sebastiano: *Io ho aggredito la Grecia*, Mailand <sup>2</sup>1947
- Vogelsang, Thilo: «Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930-1933», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 2 (1954), S. 397-436

## BIBLIOGRAFIE

- Warlimont, Walter: *Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 39-45. Grundlagen, Formen, Gestalten*, München <sup>3</sup>19/8
- Watson, Derek: *Molotov. A Biography*, London 2005
- Weeks, Albert L.: *Stalin's Other War. Soviet Grand Strategy 1939-1941*, Lanham, Maryland, 2002
- Wehler, Hans-Ulrich: «Die Urkatastrophe. Der Erste Weltkrieg als Auftakt und Vorbild für den Zweiten Weltkrieg», in: *Der Spiegel*, 16. Februar 2004, abgedruckt in Burgdorff/Wiegrefe (Hg.), *Der Erste Weltkrieg*, S. 23-35
- Weinberg, Gerhard L.: *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Stuttgart 1995
- *The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Revolution in Europe 1933-36*, Chicago, Illinois/London, 1970
  - *The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II, 1937-1939*, Chicago, Illinois/London, 1980
  - «German Colonial Plans and Policies 1938-1942», in Waldemar Besson und Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen (Hg.), *Geschichte und Gegenwartsbewusstsein. Historische Betrachtungen und Untersuchungen*, Göttingen 1963, S. 462-491
  - «Hitler's Image of the United States», in: *American Historical Review* 69 (1964), S. 1006-1021
- Weizsäcker, Ernst von: *Erinnerungen*, München/Leipzig/Freiburg 1950
- *Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950*, hg. von Leonidas E. Hill, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1974
- Welles, Sumner: *Jetzt oder nie!*, Stockholm 1944
- *Seven Major Decisions*, London 1951
- Werth, Alexander: *Russland im Krieg 1941-1945*, München/Zürich 1965
- Weston, Mark: *Giants of Japan. The Lives of Japan's Greatest Men and Women*, New York/Tokio/London 1999
- Whaley, Barton: *Codeword Barbarossa*, Cambridge, Massachusetts, 1973
- Whittam, John: *Fascist Italy*, Manchester 1995
- Whyman, Robert: *Der Mann mit den drei Gesichtern. Das Leben des Richard Sorge*, Berlin 2002
- Wildt, Michael: *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002
- *Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation*, München 1995
- Wilson, Theodore A.: *The First Summit. Roosevelt and Churchill at Placentia Bay 1941*, London 1970
- Wiskemann, Elizabeth: *The Rome-Berlin Axis. A Study of the Relations between Hitler and Mussolini*, London 1966
- Wistrich, Robert S.: *Hitler und der Holocaust*, Berlin 2003
- Wohlstetter, Roberta: *Pearl Harbor. Signale und Entscheidungen*, Zürich/Stuttgart 1966
- Wolkogonow, Dimitri: *Stalin. Triumph and Tragedy*, New York 1991 [*Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt, Düsseldorf 1989*]

## BIBLIOGRAFIE

Woodward, Llewellyn: *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. i, London 1970

Woolf, Stuart J. (Hg.): *Fascism in Europe*, London <sup>2</sup>198i

Wright, Jonathan: *Gustav Stresemann, 1878-1929. Weimars grösster Staatsmann*, München 2006

Wylie, Neville (Hg.): *European Neutrals and Non-Belligerents during the Second World War*, Cambridge 2002

Zamagni, Vera: «Italy: How to Lose the War and Win the Peace», in Harrison (Hg.), *The Economics of World War II*, S. 177-223

## Bildnachweis

- 1 Französische Infanteristen ergeben sich, Mai 1940 (akg-images)
- 2 Alliierte Truppen in Dünkirchen, 1940 (Alinari Archives)
- 3 Churchill mit Lord Halifax in der Downing Street, 1940 (akg-images)
- 4 Großadmiral Erich Raeder (akg-images)
- 5 Hitler und Franco in einem französischen Grenzbahnhof, Oktober 1940 (akg-images/ullstein bild)
- 6 Molotow und Ribbentrop in Berlin, 1940 (akg-images)
- 7 Japanische Panzer in Südchina, 1941 (akg-images/ullstein images)
- 8 Fürst Fumimaro Konoe (akg-images)
- 9 Die Unterzeichnung des Dreimächtepakts, September 1940 (Alinari Archives)
- 10 Eine Demonstration beim italienischen Kriegseintritt, Juni 1940 (akg-images)
- 11 Mussolini, Hitler, Ciano und Ribbentrop, Oktober 1940 (akg-images/ullstein bild)
- 12 Italienische Artillerie beschießt griechische Stellungen, März 1941 (akg-images/ullstein bild)
- 13 Roosevelt im Gespräch mit Cordell Hull, 1940 (akg-images)
- 14 George C. Marshall und Henry L. Stimson (Time Life Pictures/Getty Images)
- 15 Stalin und Molotow (akg-images)
- 16 Gefangene sowjetische Soldaten, Juni 1941 (Roger-Violett/Topfoto)
- 17 Festgefahrene sowjetische Panzer, Sommer 1941 (Topfoto)
- 18 Roosevelt und Churchill an Bord der Prince of Wales, August 1941 (AP/Empics)
- 19 General Hideki Tojo (Bettmann/Corbis)
- 20 Kaiser Hirohito bei der Abnahme einer Militärparade, Dezember 1941 (akg-images)
- 21 Der japanische Luftangriff auf Pearl Harbor, 7. Dezember 1941 (akg-images)
- 22 Deutsche Truppen beim Vormarsch auf Moskau, August 1941 (Topfoto)
- 23 Deutsche Panzer nähern sich Moskau, 1941 (AP/Empics)
- 24 Hitler erklärt den USA den Krieg, 11. Dezember 1941 (akg-images)
- 25 Heinrich Himmler (Time Life Pictures/Getty Images)
- 26 Reinhard Heydrich (Corbis)
- 27 Das Massaker von Babi Jar, September 1941 (Hulton Archive/Getty Images)
- 28 Einheimische suchen unter den Opfern einer Massenerschießung nach Angehörigen (akg-images)



## Personenregister

### A

Abe Nobuyuki 139  
Agnelli, Giovanni 201  
Alexandrowski, Sergej 322  
Alfieri, Dino 11, 200, 528  
Alsop, Joseph 272 f.  
Anami Korechika 149  
Antonescu, Ion 215 f.  
Arita Hachiro 144  
Armellini, Quirino 213  
Attlee, Clement 7, 41, 51-54, 59, 71, 598  
Attolico, Bernardo 11, 178, 180

### B

Badoglio, Pietro 11, 182, 187, 194, 198-201, 205, 207-210, 213 ff., 218, 220 ff., 225, 232  
Bahamonde, Francisco Franco *siehe* Franco  
Balbo, Italo 199 f., 207  
Baldwin, Stanley 32, 36 f.  
Bastianini, Giuseppe 4 ff., 55, 63, 71 f.  
Bastico, Ettore 183  
Beaverbrook, Lord 400  
Beck, Ludwig 85  
Below, Nicolaus 483  
Berija, Lawrenti 13, 309  
Borah, William E. 250  
Boris, König von Bulgarien 222  
Bottai, Giuseppe 206, 209, 216  
Bötticher, Friedrich 497, 500, 512, 532  
Brauchitsch, Walther von 8, 94, 113, 117  
Brocke, Wolfgang 524  
Bucharin, Nikolai 322  
Bühler, Josef 584  
Bullitt, William 251, 299  
Bunkichi Ito 438

Burckhardt, Carl 88

Butler, R. A. 608

### C

Cadogan, Alexander 7, 42, 46, 50, 53, 57, 63, 360  
Carls, Rolf 99  
Cavagnari, Domenico 11, 198, 202, 218, 222  
Chamberlain, Houston Stewart 550  
Chamberlain, Neville 7, 25, 27, 31-35, 37-43, 47, 52-56, 58, 60-65, 67, 70 f., 73 f., 86, 244 f., 324, 598 f.  
Chruschtschow, Nikita 327, 329, 334, 355, 367  
Churchill, Winston 7 f., 25 ff., 30 ff., 34, 36-44, 46-49, 51-74, 118, 155, 199, 203, 225, 232, 236, 239, 245, 250, 252, 264-267, 269, 271 f., 275-279, 281 f., 285 ff., 294, 298 ff., 303, 341, 343, 356, 375 f., 380, 385-388, 392 f., 396-401, 406 f., 414, 424 f., 464, 499, 511 f., 539, 589 f., 598 ff., 603 f.  
Ciano, Galeazzo 11, 62, 68, 177-180, 187-216, 218, 221 ff., 226, 232, 522, 528, 593  
Cohen, Benjamin 272 f.  
Colvill, John 57  
Corbin, Charles 58  
Cripps, Stafford 7, 342 f.

### D

Daladier, Édouard 46, 48, 63  
Dalton, Hugh 66  
Dannecker, Theo 562  
Davies, Joseph E. 383, 608  
Dekanosow, Wladimir 13, 344, 356, 360

PERSONENREGISTER

- Dieckhoff, Hans Heinrich 492, 570  
 Dimitroff, Georgi 360  
 Dollfuss, Engelbert 174  
 Dönitz, Karl 8, 483 f., 513  
 Dooman, Eugene H. 438  
 Dowding, Hugh 42  
 Dreyfus, Alfred 549
- E**
- Earle, George 241  
 Eden, Anthony 31  
 Edison, Charles 258  
 Edward VIII., König von England 37, 74  
 Eichmann, Adolf 8, 546, 556, 558, 560-563, 574, 576, 584  
 Elisabeth, Königin von England 39  
 Erbach-Schönberg, Viktor zu 211
- F**
- Farinacci, Roberto 185  
 Franco (*eigtl.* Francisco Franco Bahamonde) 20, 33, 87, 96, 104, 107-111, 113, 115, 176, 202, 223 f., 242  
 François-Poncet, André 52, 68  
 Frank, Hans 8, 541, 559, 563, 565, 580, 582 ff.  
 Frentz, Walter 572  
 Frick, Wilhelm 83  
 Fricke, Kurt 99, 103  
 Fritsch, Theodor 550  
 Fukudome Shigeru 441 ff., 456  
 Funk, Walther 95  
 Fushimi Hiroysasu 146
- G**
- Gaulle, Charles de 106  
 George VI., König 39  
 Goebbels, Joseph 8, 294, 481 ff., 495, 497, 511, 513, 515-519, 521-526, 528, 530, 541, 549, 563, 577  
 Golikow, Filip 13, 344, 347  
 Göring, Hermann 8, 44, 83, 117, 176, 345 f., 545, 562-565, 576, 582, 584, 601
- Gort, Lord 7,44  
 Grandi, Dino 187, 196, 201  
 Graziani, Rodolfo 11, 198, 207, 210, 215 f., 218, 220, 225, 228  
 Grazzi, Emanuele 208 f.  
 Greenwood, Arthur 7, 41, 55 f., 59, 61, 64, 70 f., 598  
 Greiser, Arthur 8, 557, 559, 579  
 Grew, Joseph C. 12, 425  
 Guzzoni, Alfredo 208, 211
- H**
- Halder, Franz 8, 77, 92, 94, 113, 117, 345, 508, 511, 521  
 Halifax, Lord 7, 25, 27, 33, 35, 39, 41, 48-61, 63 ff., 67, 69-72, 91 f., 277 f., 393, 407, 410, 414, 497, 589 f., 598 f., 603  
 Hanfstaengl, Ernst 490  
 Hara Yoshimichi 417, 432  
 Harnack, Arvid 344 ff.  
 Hata Shunroku 121, 145  
 Haushofer, Karl 80  
 Hess, Rudolf 80, 355 f.  
 Heydrich, Reinhard 8 f., 555-565, 567, 569, 572, 576-580, 582-586  
 Higashikuni, Prinz von Japan 446  
 Hillman, Sidney 290  
 Himmler, Heinrich 8, 83, 548, 555, 558 ff., 562-565, 567, 569-574, 576, 579 ff., 585 f.  
 Hindenburg, Paul von 83, 181  
 Hirohito, Kaiser von Japan 9, 138, 145, 159, 420, 430, 432, 435, 446 f., 467, 468 f., 471  
 Hitler, Adolf 8 f., 11, 17, 19, 21 ff., 25 ff., 29, 31-40, 43-49, 52, 54 ff., 60 f., 63-66, 69f., 72-75, 77-121, 132, 134, 145, 169, 173-181, 184 ff., 190 ff., 195, 199 f., 202-207, 209, 211 f., 214-218, 223 f.,

## PERSONENREGISTER

- 226 f., 230, 235, 238 f., 241 f., 245 ff.,  
 251 ff., 259, 263 f., 267, 278, 294, 298,  
 300, 302-306, 310ff., 315, 318, 320-330,  
 332 ff., 336, 341-348, 350, 352, 354 f.,  
 357, 359 ff., 364-371, 375 ff., 379-383,  
 386, 388, 390 ff., 396 f., 401, 404-407,  
 409, 411, 413 f., 417, 481-590, 593, 595-  
 598, 600, 602, 604
- Hoare, Samuel (Sir) 32,41  
 Hodja, Daud 210f.
- Hopkins, Harry 12, 237, 262, 271, 283,  
 1286 f., 295, 300 f., 385-388, 390 f., 393,  
 396, 400 f., 403
- Hornbeck, Stanley K. 12, 426, 438, 462
- Hull, Cordell 12 f., 162, 242 f., 246, 249,  
 261 f., 274-277, 282, 287, 322, 383, 403,  
 406, 411, 419, 424, 426, 438-442, 449,  
 461-469, 471 f., 476, 493 f., 506, 530,  
 535 f., 594, 599
- I**
- Ickes, Harold L. 12, 162, 261, 270, 273 f.,  
 282, 289, 298 f., 301, 377, 382, 384
- Ironside, Edmund (Sir) 42, 45
- Ito Seiichi 55
- J**
- Jackson, Robert H. 276,299
- Jacomoni, Francesco 11, 210 f., 213, 218f.,  
 221, 232
- Jodl, Alfred 9, 93 f., 101, 103, 109, 111,  
 116, 483 f., 500, 507, 532
- Johnson, Hiram 241, 280, 288
- K**
- Kanin Kotohito 129
- Kaya Okinori 451
- Keitel, Wilhelm 9, 111, 117, 484, 524 f.,  
 532
- Kelly, Edward J., 271
- Kennedy, John E 293
- Kennedy, Joseph 252, 266
- Kido Koichi 9, 133, 432
- King, Ernest, J. 259
- King, W.L. Mackenzie 276, 391
- Kirow, Sergei 312
- Kirponos, Michail P. 354
- Knox, William Franklin «Frank» 12, 162,  
 258 ff., 262, 273 f., 276, 284, 287, 289,  
 298 f., 301, 305, 382, 392, 395, 403,  
 469, 599
- Knudsen, William 289
- Kondo Nobutake 158
- Konoe Fumimaro 9, 128-130, 140-154,  
 158, 160, 165, 419, 420-452, 474-478,  
 512, 515, 517, 600, 602
- Krüger, Friedrich-Wilhelm 582
- Kube, Wilhelm 580
- Kurusu Saburo 10, 461, 463, 465, 472, 476
- Kvaternik, Sladko 575
- L**
- Lagarde, Paul de 559
- Lammers, Hans Heinrich 570
- LeHand, Marguerite («Missy») 254
- Lenin, V.I. 309, 311 f., 315 f., 346, 354,  
 365
- Leopold, König von Belgien 53, 57
- Litwinow, Maxim 322
- Lloyd George, David 7, 74
- Lohse, Hinrich 580 f.
- Lorraine, Percy (Sir) 58
- Lothian, Lord 8, 270 f., 274, 277, 281 f.,  
 285
- Ludendorff, Erich 79
- Lueger, Karl 549
- Lytton, Lord 125
- M**
- Mackensen, Hans Georg von 189, 197
- Maiski, Iwan 13, 356, 359 f.
- Malenkow, Georgi 13, 309, 316, 602
- Manstein, Erich 90
- Mao Tse-tung 360

## PERSONENREGISTER

- Marshall, George C. 12, 259 f., 262, 267, 273, 287, 382, 394 f., 470, 599
- Matsuoka Yosuke 10, 143 f., 150 f., 154-161, 163, 377, 417 ff., 448, 505 f., 512, 519, 602
- McCormick, Robert R. 293
- Mechlis, Lew S. 334
- Meiji, Kaiser von Japan 122, 138, 435, 445, 468
- Merkulow, Wsewolod 13, 310, 343, 347
- Metaxas, Ioannis 209
- Mikojan, Anastas 13, 309, 316, 341
- Molotow, Wjatscheslaw 13, 112f., 116, 226, 309, 316f., 326, 328, 332, 336, 342, 345, 348 ff., 355, 358 ff., 362, 364, 366 f., 370, 590
- Morgenthau jr., Henry 12, 162, 260 f., 271, 276, 282, 284, 286 f., 292, 298, 300, 599
- Mosley, Oswald 66, 73
- Müller, Heinrich 9, 572
- Mussolini, Benito 11 f., 17, 21, 28, 32, 45 f., 48-59, 62-68, 70 f., 96, 107-112, 115, 169-233, 242, 247, 250 f., 265, 277, 323, 331, 370, 494, 498, 506, 521, 535, 589, 592 f., 596 f., 600, 602
- N**
- Nagano Osami 10, 423, 429 ff., 433 ff., 440 ff., 449-452, 454 f., 457, 461, 467, 469
- Napoleon Bonaparte 77, 188
- Neurath, Konstantin von 491
- Nomura Kichisaburo 10, 139, 154, 419, 424-427, 439 f., 461-465, 472, 476
- O**
- Oikawa Koshiro 10, 144, 156 ff., 423, 435, 441 ff., 446 ff.
- Okamoto Kio Puku 518 ff.
- Oshima Hiroshi 10, 504 f., 509 f., 514f., 520 f., 528 ff.
- Ott, Eugen 9, 347, 358 f., 506, 517 f., 520, 528
- P**
- Paresci, Gabriele 49
- Pariani, Alberto 179
- Pawlow, Dmitri G. 339, 363
- Pershing, John J. 275
- Petacci, Claretta 171
- Pétain, Philippe 74, 96, 108, 110 f., 204, 223 f.
- Phillimore, Lord 49
- Pirelli, Alberto 201
- Ponomarjow, Nikolai W. 365
- Pricolo, Francesco 11, 213, 218
- R**
- Raeder, Erich 9, 99, 101 ff., 105-109, 113, 116, 118, 497, 499, 503 f., 507 f., 512ff., 516, 527
- Rankin, Jeannette 472
- Reynaud, Paul 42, 46, 49, 51-55, 57 ff., 61, 64 f., 67, 71, 268
- Ribbentrop, Joachim von 9, 108 f., 132, 155, 157, 178, 197, 212-216, 247, 326 f., 329, 332, 345, 361, 481, 484, 499, 504 f., 509, 511 f., 515, 517 f., 520 ff., 525, 528 ff., 532, 534
- Richardson, James O. 162
- Roatta, Mario 11, 184, 218-221
- Rommel, Erwin 229, 297, 342
- Roosevelt, Eleanor 253
- Roosevelt, Elliott 399
- Roosevelt, Franklin D. 12 f., 20 f., 46-49, 55, 58, 60 ff., 67, 70, 74, 118, 130, 162, 166, 199, 235-307, 375-415, 419, 422-427, 429, 435, 438 f., 441, 449, 463 ff., 469, 472, 475 ff., 481, 485, 491-495, 497-503, 505, 507 f., 511-516, 523, 525, 527, 530, 533-537, 589, 594 f., 599 f., 603 f.
- Roosevelt, Theodore 166, 186, 253
- Rosenberg, Alfred 9, 80, 570, 576

PERSONENREGISTER

Rosenman, Samuel 403, 409  
 Rössler, Rudolf («Lucy») 359  
 Rosso, Augusto 359  
 Rundstedt, Gerd von 43 f.

**S**

Saionji Kinmochi 139  
 Sawada Shigeru 151  
 Schaposchnikow, V.M. 337 f.  
 Scholl, Erwin 358  
 Schönerer, Georg 549  
 Schukow, Georgi 14, 337, 339, 341, 343,  
 349, 352 ff., 356 f., 361, 364 f., 372 f.  
 Schulenburg, Friedrich Werner von der 9,  
 350 f., 354 f., 361 f.  
 Schulze-Boysen, Harro (*alias* «Star-  
 shina») 344 f., 358  
 Sherwood, Robert 289, 297, 301  
 Shigemitsu Mamoru 431  
 Shimada, Shigetaro 10, 448, 451, 453 ff.,  
 467  
 Shirer, William 495  
 Simon, John (Sir) 31  
 Sinclair, Archibald 8, 56, 58, 64, 71  
 Soddu, Ubaldo 11, 218, 221, 223  
 Sorge, Richard (*alias* «Ramsai») 346 f.,  
 358  
 Stahlecker, Franz Walter 568  
 Stahmer, Heinrich 155, 157  
 Stalin, Josef 13 f., 22 f., 33, 35, 87, 89, 92,  
 95, 118, 247, 309-374, 376 f., 379, 382  
 f., 385-389, 391, 400, 486, 507, 534,  
 570, 578, 588 ff., 593 f., 598, 600, 602  
 Stamenow, Iwan 364  
 Starace, Achille 186  
 Stark, Harold R. «Betty» 13, 162, 262,  
 273, 277, 287, 296, 305, 382, 392 f., 398,  
 405, 470, 599  
 Stresemann, Gustav 30, 81  
 Sudoplatow, Pawel 364  
 Sugiyama Gen 10, 129, 423, 428-431,

434 f., 440, 449, 451, 453 f., 456 f., 459,  
 468 f.  
 Suzuki, Teiichi 434, 443, 451, 453 f., 459

**T**

Takamatsu, Prinz von Japan 129, 467  
 Tanaka Shin'ichi 423, 456  
 Timoschenko, Semjon K. 14, 334-339, 345,  
 349, 352 ff., 356 f., 361 f.  
 Togo Shigenori 10, 448  
 Tojo Hideki 10, 143, 417  
 Toyoda Soemu 448  
 Toyoda Teijiro 10, 156, 419  
 Trotzki, Leo 319, 545  
 Truman, Harry S. 20  
 Tschiang Kai-schek 123 f., 126, 128, 130 f.,  
 134, 139, 142, 147, 152, 159, 162, 323,  
 419 f., 428, 440, 448, 461, 464 f., 477  
 Tsukada Osamu 455  
 Tuchaschewski, Michail Nikolajewitsch  
 314, 336 f.  
 Tully, Grace 254, 271  
 Turati, Augusto 186

**U**

Umanski, Konstantin 14, 247, 388  
 Ushiba Tomohiko 438

**V**

Vansittart, Robert (Sir) 30, 46, 49, 63  
 Viktor Emanuel III., König von Italien 11f.,  
 179, 197  
 Visconti-Prasca, Sebastiano 11 f., 211, 218-  
 222, 232

**W**

Wagner, Gerhard 104f.  
 Wagner, Richard 552  
 Wang Tsching-wei 131, 134, 142, 162, 440  
 Warlimont, Walter 9, 101, 109, 116 f., 483  
 f.

## PERSONENREGISTER

- Wassilewski, Alexander M. 371 f.  
Watson, Edwin W. 254  
Weizsäcker, Ernst von 9, 110, 485, 519, 521  
f., 530, 534 f.  
Weygand, Maxime 53  
Wheeler, Burton K. 294, 396  
White, William Allen 263, 275, 283  
Willkie, Wendell 270 f., 274 f., 603 f.  
Woodring, Harry H. 246, 258
- Woroschilow, Kliment 14, 314, 334 f.,  
337
- Y**  
Yamamoto Isoroku 10, 163, 461  
Yonai Mitsumasa 10, 139  
Yoshida Zengo 10, 144  
Yoshihito 9, 138

## Ortsregister

### A

Abessinien 11, 32, 86, 174 f., 183, 185, 187 ff, 193 f., 241 f.

Adwa 175, 182

Afrika 107, 290, 296, 298, 560

Ägypten 27, 104, 112, 170, 207, 209 f., 212, 214 f., 217 f., 220, 225, 228 f.

Albanien 11 f., 17, 170, 173, 177, 178, 188, 208, 210-213, 218 f., 221 ff., 225, 232, 494

Algerien 106,209,270

Amerika (USA; Vereinigte Staaten von) 91, 106, 113f., 118, 130, 132, 153, 160, 164, 166, 235, 240, 243, 245, 247 f., 250, 252, 266, 269, 278, 288, 290, 291, 296, 299, 381, 391, 407, 409, 419, 445, 458, 472, 477, 481, 484, 486-493, 495 f., 500 f., 504-507, 509-512, 514, 516, 522, 524-528, 530 ff., 534, 538 f., 547, 595,6 02  
*siehe auch* Vereinigte Staaten von Amerika

Äquatorialafrika 106

Arta (Griechenland) 221 f.

Athen 170, 208, 211, 218, 220 f.

Atlantik 13, 22 f., 26, 47, 94, 104 f., 108, 118, 243, 251, 261, 268 f., 278, 285, 287, 296 ff., 302 f., 305 f., 377, 379 f., 382, 385, 387, 391 ff., 396-401, 404-408, 410, 412 ff., 424 f., 449, 485, 499, 502 f., 507 f., 511-516, 524-527, 531, 533 f., 536 f., 594 f.

Auschwitz-Birkenau 542, 585, 607

Äussere Mongolei 132 *siehe auch*

Innere Mongolei *sowie* Mongolei Australien 28, 30, 147, 290, 464

Azoren 100, 104 f., 108, 112, 113, 278, 298, 397, 502, 509

Balkan 17, 21, 77, 92, 94, 104, 170f., 174, 189, 191, 202, 208-214, 217, 223, 226 f., 303, 330 ff., 338, 342 f., 348, 360, 370 f., 375, 503, 591, 593, 602

Belgien 26, 36, 44, 57, 62, 89, 99,123, 134, 199 f., 350

Bergen-Belsen 542

Berlin 10 f., 13, 49, 73 f., 77-120, 127, 150, 155, 157, 161, 178, 190, 200, 214, 223, 226, 250, 277, 306, 321 f., 331 f., 344 f., 350 f., 355 f., 358-362, 364, 370, 417, 448, 461, 481-588, 590, 592

Bessarabien 212, 331, 364

Boulogne 36, 44, 50

Breslau 338

Brest-Litowsk 78, 338, 364, 593

Britisch-Somaliland 207, 216

Brjansk 365

Bukowina *siehe* Nordbukowina Bulgarien 219, 222, 342

Burma 145, 152, 153

### C

Calais 36, 43 f., 5,111

Caporetto 182

China 9, 15, 17, 30, 33, 121-125, 127-130, 132 f., 135, 138 f., 142, 145, 147, 149-152, 159, 162 f., 165 ff., 244, 261, 323, 417, 420 f., 427 f., 431, 436-442, 444-448, 450, 452, 456-461,464 ff., 468, 473 f., 476-479, 589, 591 f., 602, 605

### D

Dakar 100, 106

## ORTSREGISTER

- Dänemark 35, 39, 68, 89, 99, 134, 194, 250  
 Deutschland 7 f., 13, 15-19, 21 ff., 25, 28-32, 34 f., 37 f., 42, 45 ff., 51 f., 55, 57ff., 63f., 67ff., 74f., 77-121, 127, 132 ff., 137, 139, 141 f., 144 f., 147, 149, 151 f., 155-162, 164, 167, 169-176, 178 ff., 182, 184 ff., 188-193, 195 f., 198, 200, 202 ff., 206 f., 209, 211-215, 217, 226, 228, 230 f., 233, 235, 237 f., 240 ff., 244 ff., 250 f., 260, 263 f., 269 f., 272, 277 f., 290, 294, 296 f., 300, 309, 311, 315, 320-333, 336-339, 341 ff., 345 f., 346, 348-351, 353-357, 359f., 362, 364, 367-373, 375, 380 ff., 387 f., 391, 398, 400, 407 f., 412 ff., 417 ff., 434, 455, 458, 463, 477, 481-588, 590, 592-598, 600-605  
 DonaubeckenZ-region 173, 212, 215, 330, 331, 338, 370  
 Dschibuti (Französisch-Somaliland) 53, 193, 205, 215  
 Dünkirchen 7, 36, 40, 43 ff., 50, 57, 62 f., 66, 68 f., 75, 252, 599  
 Durazzo (Hafen) 219, 222
- E**  
 Elsass-Lothringen 111  
 Epirus (Griechenland) 211, 218-221, 225  
 Eritrea 175  
 Estland 78, 329 f., 338
- F**  
 Fernost 238, 261, 426, 477, 524, 530  
     Finland 78, 96, 314, 329-334, 338, 370  
 Fiume 173  
 Frankreich 9, 17, 20 f., 26-29, 32-37, 39-42, 44, 47 f., 51, 53, 55, 57-62, 64, 68, 70, 75, 77, 79, 87 ff., 91, 95 f., 99 ff., 103, 106 ff., 110 ff., 115-118, 121, 123, 131 f., 134, 145, 174f., 180, 182, 189-192, 194-199, 204-208, 210, 215, 223 f., 227, 244, 246-251, 253, 257, 259, 263, 266-269, 271, 305 f., 320-325, 329 f., 330, 357, 369 f., 390, 417, 419, 493, 496 ff., 532, 549, 560 f., 578, 589, 591, 596  
 Französisch-Äquatorialafrika 106  
     *siehe auch* Äquatorialafrika  
 Französisch-Indochina 152 f., 161, 421 f., 457 *siehe auch* Indochina  
 Französisch-Marokko 106 f.  
     *siehe auch* Marokko  
 Französisch-Somaliland 193  
     *siehe auch* Somaliland  
 Freetown 106
- G**  
 Gibraltar 25, 52 ff., 56, 64, 94, 101, 104, 107f., 110-113, 115, 177, 397  
 Griechenland 11f., 17, 21, 111, 115, 169 ff., 178, 185, 191, 208-214, 216-232, 297, 325, 331, 342 f., 370, 589, 592 f., 597  
 Grönland 298, 502  
 Grossbritannien 7 f., 12, 17-23, 25-75, 79, 86, 88 f., 91-96, 99-115, 117 f., 121, 123, 127, 131-134, 139, 144-148, 152 f., 155-158, 164, 173 ff., 178, 182, 187, 189, 192, 196, 199, 202 ff., 206 f., 213, 218, 223, 235, 237 ff., 241, 244-250, 252 f., 255, 257, 259, 263-270, 272 ff., 276-292, 294-300, 302-306, 320 ff., 324 ff., 329 ff., 342 ff., 347 f., 355, 358 f., 369, 371, 375 f., 378-381, 385, 387 f., 391, 393 f., 396 f., 399-402, 405, 407, 411-414, 418-421, 428, 431 ff., 437, 449, 455, 458, 461 f., 464 f., 472 f., 477, 483, 485-489, 492 f., 496-500, 505, 509, 514, 516f., 520 f., 523 f., 529, 532, 534, 536, 547, 561, 564, 576, 589 ff., 598-601, 603 ff.



## ORTSREGISTER

Guadacanal 538 Guadalajara 176

### H

Hainan 132

Hiroschima 20, 119, 472, 592

Holland *siehe* Niederlande

Hongkong 145, 147 f., 152, 471

### I

Indien 27, 30, 36, 104, 118, 533

*siehe auch* Niederländisch-Indien

Indischer Ozean 100, 104, 147, 177, 560

Indochina 145 f., 162, 378, 426, 428, 456 f., 465, 469, 470, 475

Innere Mongolei 122, 131, 440 *siehe auch* Äussere Mongolei *sowie* Mongolei

Irland 28, 410, 494

Island 294, 298, 392 ff., 397 f., 401 f., 408, 502, 507 ff.

Italien 11 f., 15, 17ff., 21, 28 f., 33, 45 f., 48-59, 63 f., 68, 70, 72, 94, 99, 101, 103 ff., 107 f., 110 ff., 115, 118, 121, 123, 133, 137, 139, 141, 144, 147, 149, 151 f., 155-159, 164, 167, 169-233, 242, 247, 250 f., 260, 271, 290, 296, 323, 331, 337 f., 359, 417, 458, 481, 489, 492, 536, 592, 595 ff., 600 f., 603 f.

### J

Japan 9f., 12f., 15-19, 21, 23, 28-31, 93, 101, 107 f., 118, 121-167, 195, 213, 239, 244, 250, 260 f., 278, 290, 296 f., 305, 321, 323, 326, 331, 337, 342, 371 f., 377 f., 382, 392, 396, 413 f., 417-479, 481, 483 ff., 492, 499, 501, 504-507, 509 f., 512, 514-524, 526-538, 583, 589, 591 f., 594, 597, 600 f., 603 ff.

Jugoslawien 172, 189, 191, 197 f., 208 ff., 212 ff., 219, 342 f., 350, 370

### K

Kanada 28, 42, 47, 249, 269, 273

Kanalinseln 100

Kanarische Inseln 100, 104 f., 107f., 112, 278

Kapverdische Inseln 100, 105, 108, 112

Kattowitz 558

Kefallonia 218

Kenia 56, 193

Kiew 314, 338, 354, 357, 388

Korea 122 f., 127, 444, 460

Korfu 172, 211, 218

Korsika 198, 204 f., 209, 215

Krakau 338, 558

Kreta 209, 220, 224, 297

Kroatien 178, 191, 194, 209

### L

Lettland 78, 329 f., 338

Libyen 104, 112, 115, 174, 193 f., 199, 207, 225, 228

Litauen 78, 329 f., 338, 568, 573

Locarno 30, 81, 174, 242, 321

Lodz 579

London 13, 25-75, 86, 88, 91, 96, 127, 145 f., 159, 220, 244, 250, 252 f., 266 f., 270, 275, 277, 281 ff., 304, 325 f., 356, 359, 385 f., 400, 448, 477, 499, 599, 603

Lublin 338, 362, 558, 561

### M

Madagaskar 99 f., 560-565, 576

Madeira 104

Mährisch Ostrau 558

Malaya 153, 461, 470

Malta 25, 52 ff., 56, 64, 204, 207, 228

Mandschurei 30, 122, 124 ff., 139 f., 147, 151, 165, 460, 466, 473 f.

Marokko 107, 110, 209

Mauritius 100

Mers-el-Kebir 270

Mersa Matruh 220, 222

## ORTSREGISTER

- Midway 538
- Minsk 338, 363, 373, 572 f., 579 f.
- Mittelmeer (raum) 28, 33, 45, 46, 49 f., 52 f., 56 f., 70 f., 94, 100, 103-113, 115f., 118 f., 169 f., 172, 174, 177 f., 183, 190-194, 198, 201, 214, 217f., 225, 229,231, 338, 375, 397, 589f., 602
- Mittlerer Osten *siehe* Suezkanal
- Mongolei 14,442 *siehe auch* Äussere
- Mongolei *sowie* Innere Mongolei Moskau 7,9f., 13, 96, 133, 157, 247, 309-374, 383, 385-390, 400, 417, 448, 499, 511, 514, 521, 523, 538, 582, 608
- München 27, 32, 34, 37, 45, 56, 70, 80, 85, 88, 119, 176 ff., 188, 205, 245 f., 282, 304, 325, 493, 552, 581
- N**
- Nagasaki 20, 119, 472, 592
- Nanking 123, 126, 129 ff., 142, 162, 166, 440
- Neuguinea 100
- Neuseeland 28, 30, 147, 419
- Niederlande 121, 123, 132, 145 f., 195, 251, 263, 305, 419, 421, 455, 458, 482, 464
- Niederländisch-Indien 144-147, 152 f., 159, 162, 419ff., 451,457, 461,477, 591 *siehe auch* Indien
- Nordafrika 11, 104, 110 ff., 115f., 118, 170f., 174, 205, 207, 209 f., 212, 214-217, 228-231, 269, 297, 303, 342, 360, 375, 397, 486, 538, 589 f. *siehe auch* Afrika
- Nordbukowina 212,330 f.
- Nordindochina 162 *siehe auch* Indochina
- Nordirland 36 *siehe auch* Irland
- Nordrhodesien 100 *siehe auch* Rhodesien
- Nordukraine 571 *siehe auch* Ukraine
- Nordwestafrika 106 f., 397 *siehe auch* Afrika
- Norwegen 35, 39, 89, 99, 134, 194, 214, 223, 250, 350
- O**
- Oran 110
- Ostafrika 99, 104 *siehe auch* Afrika
- Österreich 173-176, 245, 368, 492 f., 554, 557 f.
- Ostindien (niederländisch) 132
- Ostpreussen 113, 332, 352, 484, 508, 541-588
- P**
- Palästina 107,494
- Paris 42-45, 54, 56, 63, 88, 90, 140, 145, 250 f., 299, 325 f., 329 f.
- Pazifik *siehe* Stillter Ozean
- Pearl Harbor 10, 12, 20ff., 121, 163, 167, 389, 395, 408, 421, 461, 467, 469-472, 483, 485, 519, 522-525, 527 f., 530f., 534-537, 583, 592, 595, 600 f., 607
- Peking 122, 126, 128 f.
- Persischer Golf 94, 100, 332
- Philippinen 243, 419, 421, 428, 461, 464, 470 ff., 505
- Polen 8,17, 33 ff., 38, 68, 78, 84 f., 88 f., 121, 170, 178, 180, 190, 208, 246 ff., 311, 322, 324-327, 329, 333, 337 f., 352, 357, 362, 369, 373, 496, 498, 541 f., 544, 557-560, 563 ff., 574, 577 f., 585, 587
- Portugal 99, 112, 123, 397
- R**
- Rapallo 81,320 f.
- Rheinland 32, 86, 175, 242
- Rhodesien *siehe* Nordrhodesien *oder* Süd-rhodesien
- Riga 579 f.
- Rom 52 f., 58, 62 f., 68, 169-233, 250, 277, 359, 417, 506, 521 f.

## ORTSREGISTER

Rumänien 33, 178, 212, 215 ff., 324 f., 331 f., 338, 359, 370

### S

Sachalin 122

Saint Germain 29

Saloniki 218-221 Schanghai 30, 129, 166

Schweiz *siehe* Tessin Seychellen 100

Shetland-Inseln 100

Sibirien 160, 509, 533, 561, 575

Sidi Barrani (Ägypten) 207

Singapur 23, 146, 244, 425, 471, 504 ff., 509, 521, 533

Smolensk 363, 373

Sobibor 585

Somaliland 56

Sowjetunion 13 ff., 17 ff., 21 ff., 32, 37, 75, 77-120, 126 ff., 131 ff., 137, 145, 148 ff., 160, 179, 184, 202, 212, 226 ff., 238 f., 247, 278, 295, 302 f., 306, 309-314, 318-333, 335-340, 342-348, 351-362, 364, 366 f., 369 ff., 373, 375-381, 383-392, 394, 396, 400, 405, 412 ff., 417 ff., 419, 433 f., 473, 475, 478, 485, 498 f., 501, 503-507, 509 ff., 514, 517, 519, 532 ff., 541, 558, 561-567, 570-578, 580, 583 f., 586 f., 589 ff., 593, 596, 600 f., 603 ff.

Spanien 20, 87, 100 f., 103, 107 f., 110-113, 115, 118, 202, 227, 242

Spratly-Inseln 132 Stalingrad 538

Stiller Ozean 523 Stresa 174

Südafrika 28, 100, 106 *siehe auch* Afrika

Sudan 104 *siehe auch* Afrika

Südchinesisches Meer 132

Südindochina 397 *siehe auch* Indochina

Südtalien 486 *siehe auch* Italien

Südmandschurei 122 ff.

*siehe auch* Mandschurei

Südrhodesien 100 *siehe auch* Rhodesien

Südtirol 173, 488

Suezkanal 52, 100 f., 104, 107, 112 f., 115, 170, 177, 212

Syrien 107, 494

### T

Taiwan 122, 444, 460, 465

Tarent 222, 225, 230

Tessin 209

Tientsin 129, 132

Tilsit 568

Tokio 9, 12, 121-167, 277, 305, 347, 358 f., 377, 417-479, 504 ff., 515, 517-522, 524, 528, 533, 535, 592

Treblinka 585

Trianon 29

Tschechoslowakei 27, 33 f., 37, 85, 88, 176 f., 245 f., 323 f., 368, 492, 494, 558, 579

Tunesien 53, 106, 205, 209, 215 *siehe auch* Afrika

Tungchow 129

Tunis 228

Türkei 104, 107, 219, 223, 341, 345, 370, 542

### U

Uganda 56

Ukraine 78, 338, 340, 345 f., 356, 358, 361, 364, 383, 571

Ungarn 173, 212, 338, 359

USA *siehe* Amerika *sowie* Vereinigte Staaten von Amerika

### V

Vereinigte Staaten von Amerika (USA) 12 f., 15, 17-23, 26 f., 30 f., 42, 47 f., 52, 67 f., 75, 86, 91 f., 94 ff., 98, 100, 105-109,

## ORTSREGISTER

- 113 ff., 118 f., 121, 125, 127, 130-134, 139, 143-148, 151-167, 198 f., 236-241, 244f., 247-254, 260, 263-274, 276-282, 284-288, 290-300, 302-306, 320, 322, 331, 375-382, 384 f., 387-393, 396, 398-401, 405, 407, 409 f., 412ff, 417-423, 425, 427 f., 430, 432-438, 440 f., 444 f., 447 f., 450 ff., 454-458, 460-463, 465, 467 ff., 471-541, 577, 583, 586, 589-592, 595 f., 598-605 *siehe auch* Amerika
- Vereinigtes Königreich 36, 407 *siehe auch*  
Grossbritannien
- Versailles 82,242
- W**
- Wannsee 584 ff.
- Warthegau 8, 557 ff., 579 f.
- Washington 7f., 10, 14, 75, 123, 133 f., 146, 154, 159, 162, 235-307, 375-415, 419, 421 f., 424f., 427, 438, 442, 449, 461, 463, 469 ff., 473, 475-478, 490 ff, 497, 499 f., 505, 507, 512, 515, 519, 522, 527, 532 f., 591, 595
- Washington 7f., 10, 14, 75, 123,133 f., 146, 154, 159, 162, 235-307, 375-415, 419, 421 f., 424 f., 427, 438, 449, 461, 463, 469ff, 475-478, 490ff, 497, 499 f., 505, 507, 512, 515, 519, 522, 527, 532 f., 591,595
- Westafrika 100,105 *siehe auch* Afrika
- Wien 554, 556, 558, 563, 579
- Wladiwostok 157, 381, 509, 512
- Z**
- Zakynthos (Griechenland) 218
- Zentralafrika 99, 101, 106 *siehe auch*  
Afrika

Karte 1 Westeuropa, 1940



Karte 2 Der Ferne Osten, 1940/41

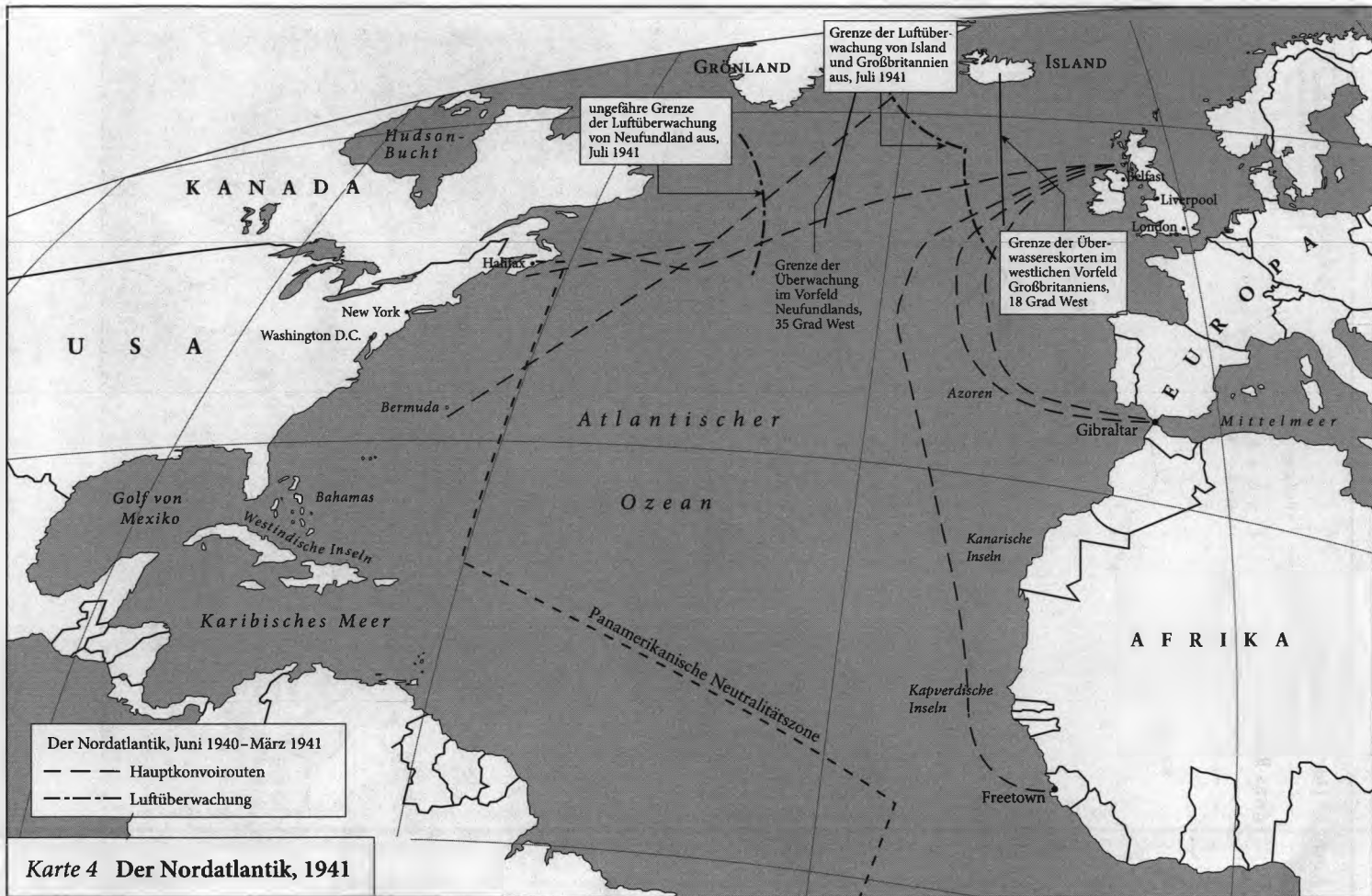
- Japanisches Reich
- von Japan bis 1941 besetzt



### Karte 3 Der Balkan, 1940/41

Die Daten in Klammern sagen aus, wann das jeweilige Land unter den Einfluss der Achse geriet.







Karte 5 Die Ostfront, 1941



— Demarkationslinie zwischen Deutschland und der Sowjetunion, 28. September 1939–26. Juni 1941

■ am 9. Juli 1941

■ am 1. September 1941

■ am 9. September 1941